FDP-Bundesvorstand

Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier

Sitzungsprotokolle
1954-1960

BEARBEITET
VON
UDO WENGST

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Copyright © 1991 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1991

ISBN 3-7700-5163-7

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

VIERTE REIHE
DEUTSCHLAND SEIT 1945

IM AUFTRAG DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER, RUDOLF MORSEY
UND HANS-PETER SCHWARZ

Bd. 7/II

FDP-Bundesvorstand
Die Liberalen unter dem Vorsitz von
Thomas Dehler und Reinhold Maier

Sitzungsprotokolle
1954–1960

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus
der Friedrich-Naumann-Stiftung

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF



Vorwort

Mit dem hier vorliegenden Band wird die Edition der Protokolle der Sitzungen des FDP-Bundesvorstandes, deren ersten beiden Halbbände 1990 erschienen sind, fortgesetzt. Der Band enthält die Protokolle der Sitzungen von Mitte März 1954 bis Ende Januar 1960, als Thomas Dehler bzw. Reinhold Maier als Vorsitzende fungierten. Ein weiterer Band, der den Zeitraum von 1960 bis Ende 1967 (Parteivorsitzender Erich Mende) abdeckt, wird in absehbarer Zeit folgen. Die Edition erfolgt mit Zustimmung der Friedrich-Naumann-Stiftung (Königswinter) und des Archivs des Deutschen Liberalismus (Gummersbach) in der alleinigen wissenschaftlichen Verantwortung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

Zu danken habe ich auch dieses Mal an erster Stelle den Mitarbeitern des Archivs des Deutschen Liberalismus, insbesondere Frau Dr. Monika Faßbender, Herrn Raymond Pradier und Herrn Wulf Busch, deren stets gewährte Unterstützung zum raschen Fortgang des Projektes viel beigetragen hat. Das Manuskript hat Herr Prof. Dr. Rudolf Morsey einer gründlichen Durchsicht unterzogen, an seiner Erstellung haben Frau Ingeborg Müller und Frau Ursula Bohnet mitgewirkt. Hierfür sei ihnen ebenso gedankt wie Herrn Dr. Martin Schumacher für die Betreuung bei der Drucklegung. Dank gebührt abschließend in besonderem Maße Frau Monika Demary, die wiederum für den weitaus größten Teil der Manuskripterstellung und die ansonsten anfallenden technischen Arbeiten verantwortlich war.

Bonn, Februar 1991 Udo Wengst



Thomas Dehler

Inhalt

Vorwort V

Einleitung IX

A. Der Bundesvorstand
1. Organisations- und Satzungsfragen X
2. Personelle Besetzung XVI

B. Bundespartei und Landesverbände
1. Politische Vorgänge in den Landesverbänden als Beratungsthemen des Bundesvorstandes XXVII
2. Finanzierungsprobleme XXXV

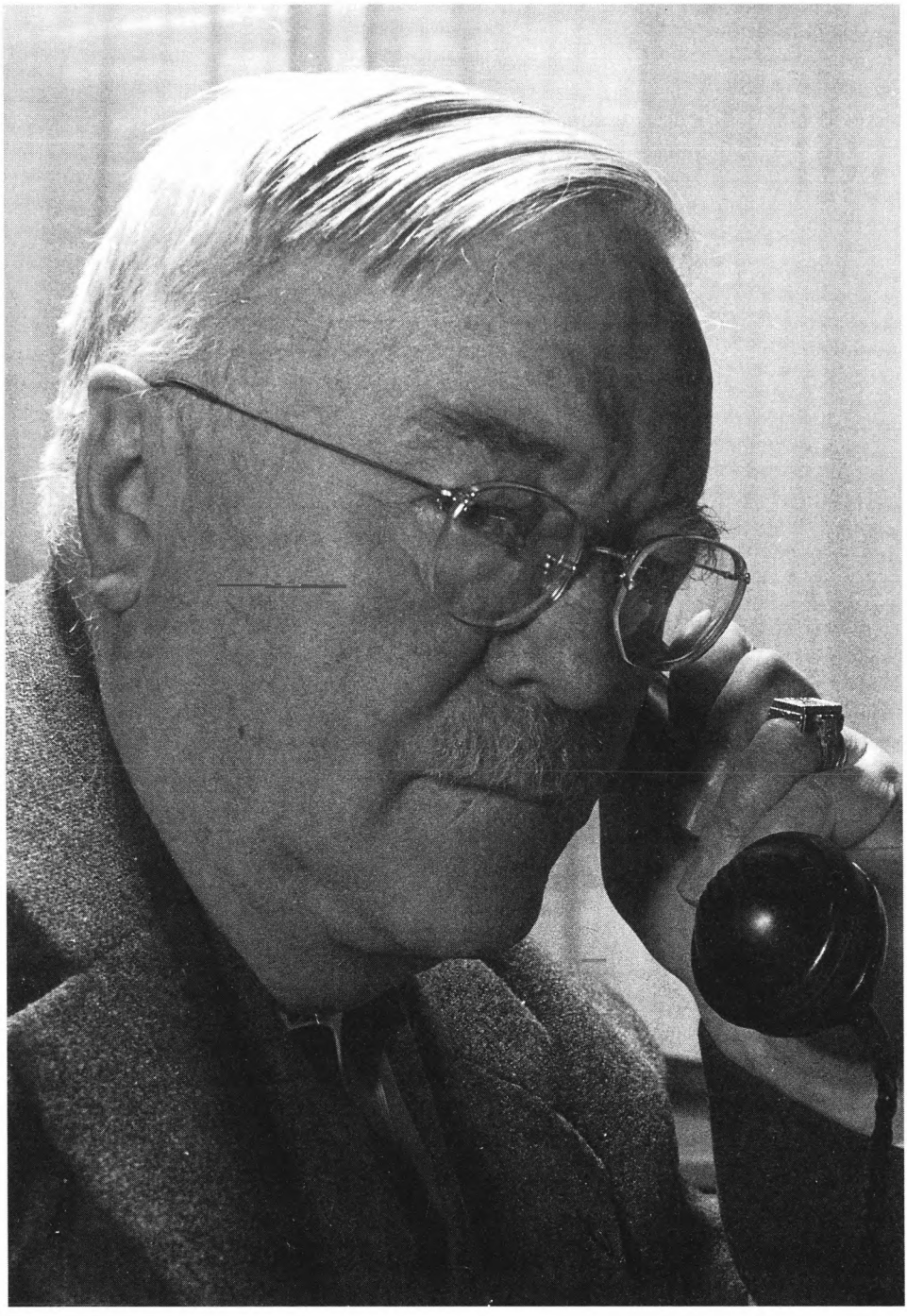
C. Etappen der politischen Entwicklung
1. Schwierige Koalitionspartnerschaft mit der CDU/CSU im Bund (bis Februar 1956) XLI
2. Konsolidierung der Partei nach der Spaltung der Bundestagsfraktion und Oppositionspolitik unter Dehler (März–Dezember 1956) XLVIII
3. Vom Berliner Programm zur Bundestagswahl 1957: Die Partei im Wahlkampf (Januar–September 1957) LIV
4. Orientierungsprobleme nach der Wahlniederlage: Auseinandersetzungen über die Oppositionspolitik unter Maier (September 1957–April 1959) LIX
5. Die Übergangsphase von Maier zu Mende (April 1959–Januar 1960) LXVI

D. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1954 bis 1960 LXXII

Einrichtung der Edition
A. Zur Edition LXXIII
B. Verzeichnis der Archivalien LXXVI
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur LXXVIII
D. Verzeichnis der Abkürzungen LXXX
E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte LXXXIII
F. Verzeichnis der Abbildungen XCV

Dokumente 1–70 1

Register 475



Reinhold Maier

Einleitung

Die Jahre von 1954 bis 1960, in denen die FDP aus der Bundesregierung ausschied und ab 1956 ihre bislang längste Zeit als Oppositionspartei in Bonn durchstehen mußte, stellen sich im Rückblick als die Phase dar, in der es der Partei gelang, ihre Eigenständigkeit zu behaupten – trotz aller Bestrebungen der Union, die FDP wie die anderen Parteien des „bürgerlichen" Spektrums zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen – und sich als die dritte Partei im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren. Dies war nicht zuletzt eine Folge davon, daß die nach wie vor bestehenden Bruchlinien in der Partei, die 1956 in der Spaltung der Bundestagsfraktion auch einen deutlich sichtbaren Ausdruck fanden, nicht wie in den Jahren davor in erster Linie aus dem Gegensatz von „liberaler Milieupartei" und „nationaler Sammlungsbewegung" (D. *Hein*) herrührten, sondern von anderen – vordergründigeren – Konflikten überlagert wurden. Allerdings erfolgte die Konsolidierung der FDP auf einem stimmenmäßig erheblich niedrigeren Niveau, als das in den Anfangsjahren von der Parteiführung erhofft und angestrebt worden war, und die fortdauernden Versuche, die FDP als „Dritte Kraft" zwischen der Union und der SPD zu etablieren, hatten insgesamt bis 1960 nur bescheidenen Erfolg.

Wie für die Einleitung der ersten beiden Bände dieser Edition gilt auch für die folgenden Ausführungen, daß sie dem Benutzer lediglich erste Orientierungshilfen geben und damit den „Einstieg" in die Lektüre der Protokolle erleichtern wollen. Eine detaillierte Bilanzierung ihres wissenschaftlichen Ertrages ist weder intendiert noch möglich. Da es sich bei folgendem Text um eine „Fortschreibung" der Einleitung der ersten beiden Bände handelt, ist der Rückgriff hierauf für den Leser angeraten.

A. Der Bundesvorstand

1. Organisations- und Satzungsfragen

Zusammensetzung und Kompetenzen des Bundesvorstandes erfuhren im hier dokumentierten Zeitraum kaum Veränderungen. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl gab es nur insofern, als Marie-Elisabeth *Lüders* 1957 zur Ehrenpräsidentin gewählt wurde: „mit dem Recht der Teilnahme an den Sitzungen aller Organe der Bundespartei".[1] Diese Regelung ad personam wurde im Januar 1960 durch eine Satzungsänderung ersetzt, derzufolge der Bundesparteitag „auf Vorschlag des Bundesvorstandes Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit" berufen konnte, die „Mitglieder des Bundesvorstandes mit Sitz und Stimme" waren.[2]

Unbestritten blieb das Recht des Vorstandes, „alle Angelegenheiten an sich [zu] ziehen, wenn es notwendig erscheint".[3] Alle anderen Organe der Partei waren verpflichtet, den Gesamtvorstand über „die wesentlichen Dinge" zu unterrichten[4], der weiterhin „für alle politischen Fragen" zuständig blieb[5], an dessen Verantwortlichkeit auch im Bundestagswahlkampf 1957 für die „politische Grundlinie" nach der Einsetzung einer Bundeswahlkampfleitung im Sommer 1956 festgehalten wurde.[6]

Der geschäftsführende Vorstand erlitt in der Amtszeit *Dehlers* (1954–1957) zunächst einen Bedeutungsverlust. Einer Wortmeldung *Eulers* im April 1955 zufolge „trat er gar nicht mehr zusammen".[7] Das Protokoll über diese Vorstandssitzung hielt als Vereinbarung fest, daß der geschäftsführende Vorstand „häufiger als bisher zusammengerufen werden" sollte.[8] Als wichtiger für die weitere Arbeit dieses Gremiums erwies sich jedoch, daß der Bundesvorstand im Dezember 1956 auf Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen[9] beschloß, die Zusammensetzung des geschäftsführenden Vorstandes zu ändern. An die Stelle der vom Bundesparteitag gewählten Beisitzer traten nunmehr die Landesvorsitzenden bzw. ihre Stellvertreter und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion.[10] Dieser Maßnahme lag die Absicht zugrunde, das Zusammen-

1 Nr. 33, S. 240.
2 Nr. 70, S. 472.
3 Nr. 1, S. 4.
4 Ebd.
5 Nr. 12, S. 116.
6 Nr. 25, S. 189.
7 Nr. 12, Anm. 2, S. 116.
8 Ebd., S. 116.
9 Nr. 26, S. 195; Nr. 30, S. 218; Nr. 31 b, S. 227 f.
10 Nr. 33, Anm. 7, S. 240.

wirken von Bundespartei und Landesverbänden sowie von Bundespartei und Bundestagsfraktion zu stärken.

Es hat den Anschein, als ob seitdem der geschäftsführende Vorstand wieder eine größere Rolle spielte. In den Protokollen der Sitzungen des Gesamtvorstandes finden sich nunmehr hin und wieder Hinweise auf Vorberatungen dieses Gremiums.[11] Der Nachteil bestand nun allerdings darin, daß der geschäftsführende Vorstand relativ groß war, so daß zu Beginn des Jahres 1959 eine vom Bundesvorstand eingesetzte Kommission „zur Reorganisation der Parteiarbeit" den Vorschlag unterbreitete, ihn abzuschaffen und an seiner Stelle einen „politischen Ausschuß" zu bilden.[12] Obwohl *Maier* und *Mende* ein „kleines Gremium" für notwendig hielten, scheuten sie jedoch zu diesem Zeitpunkt vor einer entsprechenden Satzungsänderung zurück. Auf Beschluß des Bundesparteitages von 1959 setzte der Bundesvorstand dann eine Kommission für Satzungsänderungen ein, die insbesondere eine „personelle Verringerung des Bundesvorstandes" prüfen sollte, um „eine Straffung der Führungstätigkeit dieses Vorstandes zu ermöglichen".[13] Von einer Umsetzung dieses Beschlusses sah der Bundesvorstand in der zweiten Novemberhälfte 1959 „im Hinblick auf den Zeitdruck und das bevorstehende Parteiengesetz" jedoch ab.[14]

Beibehalten wurde auch während der Jahre 1954 bis 1960 der anfangs so umstrittene Organisationsausschuß. In der ersten Vorstandssitzung unter seinem Vorsitz begründete *Dehler* dies mit den Worten: „Es hat sich bewährt, dieses kleine Gremium."[15] Es setzte sich zusammen aus dem Vorsitzenden, seinen drei Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister und einem, ab 1955 zwei weiteren Vertretern. Seine Aufgabe bestand nach wie vor darin, „aufgrund der Delegierung durch den Gesamtvorstand die laufenden und geschäftlichen Dinge [zu] behandeln und [zu] regeln".[16] Sein Einfluß im hier dokumentierten Zeitraum war allerdings unterschiedlich. Während er bis zum Jahre 1955 „ganz die Funktionen des geschäftsführenden Vorstandes übernommen" hatte[17], verlor er mit dessen Umorganisation wieder etwas an Bedeutung, und er mußte insbesondere während des Bundestagswahlkampfes Aufgaben an die Bundeswahlkampfleitung abtreten.[18] Er behielt jedoch auch in dieser Phase die Zuständigkeit über deren „finanzielle Dispositionen".[19]

Auf einem Beschluß des Organisationsausschusses beruhte die Idee, für die Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes 1957 ein besonderes Gremium zu bilden. Seinem Vorschlag, mit dieser Aufgabe die vier Landesgeschäftsführer *Brandt*, *Döring*, *Hummel* und *Lotz* zu betrauen, stimmte der Bundesvorstand

11 Siehe beispielsweise Nr. 34, S. 244 f.; Nr. 45, S. 299.
12 Nr. 57, S. 413.
13 Nr. 66, Anm. 16, S. 455.
14 Nr. 68, S. 466.
15 Nr. 1, S. 4.
16 Nr. 12, S. 116.
17 Ebd., Anm. 2.
18 Nr. 26, S. 195.
19 Nr. 25, S. 189.

im März 1956 zu.[20] Diese Entscheidung war aber dadurch kurze Zeit später überholt, daß der Bundesvorstand entschied, dem Bundesparteitag „die Wahl von drei geeigneten Persönlichkeiten als Beisitzer" vorzuschlagen, „die sich sowohl der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes wie der notwendigen Straffung der Parteiorganisation annehmen können".[21] Was den zuletzt genannten Aspekt anbetraf, so war das ein Reflex auf einen Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, im Rahmen des Bundesvorstandes ein „geschäftsführendes Direktorium" einzurichten, gegen den der Satzungsausschuß Stellung bezogen hatte.[22] Im weiteren Verlauf der Entwicklung fiel dieser Komplex gänzlich unter den Tisch, denn der Bundesparteitag wählte im April 1956 auf Vorschlag *Dehlers Scheel, Bucher* und *Mischnick* in den Parteivorstand, in dem sie sich allein mit der „geistigen, organisatorischen und propagandistischen Vorbereitung der Wahl" befassen sollten.[23]

Seine endgültige Form fand das für die Wahlkampfführung zuständige Gremium der FDP allerdings erst im Juli 1956, als der Bundesvorstand eine Wahlkampfleitung einsetzte. In dieser Bundeswahlkampfleitung ging das Dreierkomitee *Scheel, Bucher* und *Mischnick* auf, und ebenso beschloß der Bundesvorstand die Beteiligung der bereits genannten Landesgeschäftsführer *Brandt, Hummel* und *Lotz*. Weitere Mitglieder waren Bundesschatzmeister *Rubin,* der Hamburger Landesvorsitzende *Rademacher,* Bundesgeschäftsführer *Stephan* sowie der bisherige Landesgeschäftsführer von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang *Döring,* der als Bundeswahlkampfleiter in die Bundesgeschäftsstelle wechselte und dort die Leitung des Wahlkampfstabes übernahm.[24] Erweitert wurde die Bundeswahlkampfleitung im Oktober 1956 dadurch, daß auf Vorschlag des Bundesfrauenausschusses die Zuwahl Emmy *Diemers* erfolgte.[25]

Eine Neuerung gab es in der Organisation der Parteiarbeit der Bundespartei im hier behandelten Zeitraum, als nach der Bundestagswahl Arbeitskreise eingerichtet wurden. Ein diesbezüglicher Vorschlag hatte dem Bundesvorstand schon im Januar 1956 vorgelegen, begründet mit dem Hinweis, daß die Arbeit der Parteiausschüsse unbefriedigend sei.[26] Zur Ausgestaltung des Berliner Programms und der Wahlplattform wurden erstmals Arbeitskreise ad hoc gebildet.[27] Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle brachten sie im Herbst 1957 erneut in die Diskussion. „Anstelle der zu großen und unbeweglichen Bundesausschüsse", heißt es in einer Denkschrift, „sollten kleinere, fachlich qualifiziert besetzte Arbeitskreise für die einzelnen Fragenkomplexe ständig oder ad hoc zusammentreten."[28] Die Bundesausschüsse blieben neben den Arbeitskreisen bestehen, erlitten jedoch einen Bedeutungsverlust, da der Bundesvorstand

20 Nr. 20 b, S. 164.
21 Nr. 21, S. 167.
22 Ebd., Anm. 7 und 8.
23 Nr. 22 a mit Anm. 11, S. 172.
24 Nr. 25, S. 188 f.
25 Nr. 28, S. 212.
26 Nr. 17 mit Anm. 11, S. 132.
27 Nr. 31 a, S. 222 f., Nr. 33, S. 242, Nr. 35, S. 251 und Nr. 36, S. 255–259.
28 Nr. 45, Anm. 31, S. 311.

die Arbeitskreise künftig höher einschätzte und die einzelnen Fachausschüsse von der Auflösung durch den Bundesvorstand bedroht waren, sofern sie „neben den Arbeitskreisen keine Existenzberechtigung" mehr besaßen.[29]

Zudem war die Tätigkeit der Arbeitskreise, ihr „Recht" und ihre „Pflicht", „politische Aktionen anzuregen und vorzubereiten", auf Bundesvorstand und Bundestagsfraktion bezogen, denn beiden hatten sie „sachverständige Unterstützung" zu bieten. Die Verzahnung mit der Bundestagsfraktion kam auch darin zum Ausdruck, daß „die Mitglieder der Bundestagsfraktion [. . .] mit allen Rechten und Pflichten an den Arbeitskreisen teilnehmen" konnten, die mit „ihren Arbeitsgebieten in der Fraktion" übereinstimmten.[30] Eine Entsprechung fand diese Bestimmung auf der Fraktionsseite insofern, als auch sie Arbeitskreise bildete, in denen der Bundesvorstand durch seine Mitglieder vertreten war.[31] In der Praxis hat sich dann jedoch die Einrichtung paralleler Arbeitskreise von Partei und Fraktion nicht durchgesetzt, da die um Vorstandsmitglieder erweiterten Arbeitskreise der Fraktion die Arbeit an sich zogen und ab 1958 auch die Geschäftsführung der Arbeitskreise – die zunächst bei der Bundesgeschäftsstelle lag – auf die Fraktion überging.[32]

Die damit gleichwohl hergestellte Grundlage für eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion war in einer Debatte nach der Bundestagswahl von 1957 geschaffen worden. Angestoßen hatte sie Walter *Scheel* in der Sitzung am 19. 9. 1957, als er äußerte, „daß in Zukunft die Bundestagsfraktion den Vortrupp der Partei bilden müsse", aber sogleich hinzufügte, daß innerhalb des Bundesvorstandes „ein Gremium geschaffen werden" müsse, „das der Fraktion Anregungen für ihre Arbeit gibt".[33] Eine Denkschrift, die kurz darauf von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorsitzenden ausgearbeitet wurde, griff dieses Problem auf und versuchte es in einer Weise zu lösen, die von *Leuze* (und ähnlich von anderen Fraktionsmitgliedern) als „gleichbedeutend [. . .] mit der absoluten Unterwerfung der Fraktion unter den Parteivorstand" charakterisiert wurde.[34] *Maier*, der die Fraktion als „ein Organ innerhalb der Partei" charakterisierte und eine Sicherung dagegen verlangte, „daß große Differenzen zwischen Fraktion und Vorstand entstehen"[35], konnte seine Forderungen nur begrenzt durchsetzen und mußte sich mit der schon beschriebenen Verzahnung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion durch gemeinsame Arbeitskreise zufriedengeben.

Die Einheitlichkeit der Partei war jedoch nicht nur durch die mitunter voneinander abweichenden Vorstellungen von Bundesvorstand und Bundestagsfrakti-

29 Nr. 47, S. 331.
30 Ebd. Annahme der Satzungsänderung durch den Bundesparteitag am 29. 3. 1958, Nr. 50, Anm. 6, S. 360.
31 Nr. 46, S. 321 f.
32 Vgl. das Nachwort von Günter Meuschel in: Jörg Michael GUTSCHER, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfgängen bis 1961, Neuausgabe Königstein 1984, S. 348.
33 Nr. 44, S. 296.
34 Nr. 45, S. 310.
35 Ebd. S. 307 und S. 309.

on gefährdet, sondern in weit stärkerem Maße noch durch das recht schwierige Verhältnis zwischen Bundespartei und Landesverbänden. Anfangs hatte es zwar den Anschein, als ob infolge der Satzungsänderungen auf dem Wiesbadener Parteitag von 1954 gute Voraussetzungen für eine reibungslose Zusammenarbeit geschaffen seien.[36] So sah es jedenfalls der Parteivorsitzende *Dehler*, der die erste von ihm geleitete Bundesvorstandssitzung im März 1954 mit den Worten eröffnete: „Die neuen Satzungen geben nun immerhin die Möglichkeit einer stärkeren Auswirkung. Wir haben die Möglichkeit, auf die Landesverbände zu wirken, Einfluß zu nehmen."[37] Eine Reihe von Vorkommnissen in einzelnen Landesverbänden, auf die weiter unten noch einzugehen ist, ließ jedoch erkennen, daß *Dehlers* Hoffnung getrogen hatte und der Bundesvorstand gegenüber eigenmächtigem Vorgehen der Landesverbände wenig Handhaben besaß.

Um diesem Mißstand zu begegnen und eine einheitliche Haltung von Bundesvorstand und Landesverbänden zu erzielen, beschloß der Vorstand Ende 1956 – wie bereits dargestellt –, die Landesverbandsvorsitzenden qua Amt als Mitglieder in den geschäftsführenden Bundesvorstand aufzunehmen. Ergänzend hierzu hatte seinerzeit der Landesverband Nordrhein-Westfalen den Antrag auf eine weitere Satzungsänderung gestellt, der zufolge „der Bundesvorsitzende, jeder seiner Stellvertreter sowie jedes Bundesvorstandsmitglied, das seinen Auftrag nachzuweisen hat", das Recht haben sollte, „an allen Beratungen der nachgeordneten Gliederungen und den Organen der Partei teilzunehmen und – nun kam die Bestimmung, die die Wiesbadener Satzung noch nicht enthielt – Anträge zu stellen, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein."[38] Als *Nowack* in der Bundesvorstandssitzung am 23. Januar 1957 gegen diesen Antrag Bedenken erhob, zog ihn *Mende* im Namen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen mit Worten des Bedauerns über *Nowacks* „Mißtrauen" zurück. Daraufhin wurde der Antrag als „nicht spruchreif" bezeichnet und auf eine spätere Zeit vertagt.[39]

Auch nach der Bundestagswahl 1957 war der Bundesvorstand bestrebt, seine Stellung gegenüber den Landesverbänden zu stärken. Es gelang ihm, auf dem Parteitag von 1958 eine Satzungsänderung durchzusetzen, die die Landesverbände verpflichtete, „bei organisatorischen oder grundsätzlichen Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen (Gruppen) oder Teilen von diesen rechtzeitig die Genehmigung des Bundesvorstandes einzuholen".[40]

Aber hiermit gab sich der Bundesvorstand noch nicht zufrieden. Aus gegebenem Anlaß ergab eine Diskussion am 10. Mai 1959 „Einigkeit darüber, daß eine Stärkung der Bundespartei in ihrem Einfluß auf die Entscheidung der Landesverbände anzustreben" sei.[41] Einer vom Bundesparteitag von 1959 beantragten

36 Siehe FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, XXVI f.
37 Nr. 1, S. 3.
38 Nr. 31 b, S. 227 f.
39 Nr. 33, S. 238 f.
40 Nr. 47, S. 330; Nr. 48, S. 337 f.; Nr. 50, S. 359 f.
41 Nr. 62, S. 435.

und vom Bundesvorstand am 4. September gebildeten Kommission zur Ausarbeitung von Satzungsänderungen wurde für ihre Arbeit die Richtlinie gegeben, „die Vollmachten dieses Bundesvorstandes insbesondere den Landesverbänden gegenüber zu erweitern". Die Satzungsänderungen sollten dem Bundesvorstand vor allem „das Recht und die Möglichkeit geben, im gesamten Bundesgebiet im erforderlichen Fall nach Anhörung aller Beteiligten direkt und unmittelbar von sich aus organisatorisch initiativ zu werden".[42] Zu einer Realisierung dieses Auftrages kam es unter *Maiers* Ägide nicht mehr, weil der Bundesvorstand – wie oben bereits ausgeführt – „im Hinblick auf den Zeitdruck und das bevorstehende Parteiengesetz" die Satzungsänderung vertagte.[43]

Die Umsetzung der Politik des Bundesvorstandes gegenüber den nachgeordneten Parteiorganen und seine Wirkung in der Öffentlichkeit hing nicht zuletzt von der Effizienz der Bundesgeschäftsstelle ab. Hier gab es zu Beginn der Amtszeit *Dehlers* Kritik, die vor allem dem Hauptgeschäftsführer Lothar *Weirauch* galt, wenn z. B. moniert wurde, daß es in der Bundesgeschäftsstelle „an der überzeugenden Leitung und einer konstruktiven Koordinierung der gesamten Arbeit" mangele.[44] Da es zwischen der Parteiführung und *Weirauch* darüber hinaus zu Unstimmigkeiten gekommen war, trennte sich der Bundesvorstand im September 1954 von seinem bisherigen Hauptgeschäftsführer.[45]

Weirauchs Nachfolge trat im Januar 1955 Werner *Stephan* an, der von 1922 bis 1929 bereits Geschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei gewesen war.[46] *Stephan* leitete einen Neuaufbau der Bundesgeschäftsstelle ein[47], die dann ab September 1956 erneut reorganisiert (Gliederung in fünf Gruppen) und „in den Dienst der Wahlkampfleitung" gestellt wurde.[48] Eine gewichtige Rolle in der Bundesgeschäftsstelle spielte von jetzt an neben *Stephan* Bundeswahlkampfleiter Wolfgang *Döring*, dessen Vertrag nach der Bundestagswahl 1957 vom geschäftsführenden Vorstand verlängert wurde.[49] *Döring*, nunmehr auch Abgeordneter des Bundestages und im März 1958 vom Bundesparteitag als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt, hatte offensichtlich – wie im nachhinein in der Presse gemeldet wurde – Ambitionen, „vom Bundeswahlkampfleiter zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied" aufzusteigen.[50] Im Konflikt zwischen dem Bundesvorsitzenden und dem Landesverband Nordrhein-Westfalen über den Kurs der Partei im ersten Halbjahr 1958 wurde dann jedoch auch das Vertrauensverhältnis zwischen *Maier* und *Döring* zerstört[51], so daß *Döring* im September 1958 aus der Bundesgeschäftsstelle ausschied.[52]

---

42 Nr. 66 mit Anm. 16, S. 455.
43 Wie Anm. 14.
44 Nr. 10, Anm. 7, S. 112.
45 Ebd. und Nr. 5 mit Anm. 11, S. 103.
46 Nr. 9, S. 109.
47 Wie Anm. 44.
48 Nr. 27, S. 205 f.
49 Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 28. 9. 1957, ADL, Ordner-Nr. 137.
50 Nr. 55, Anm. 20, S. 392.
51 Nr. 53, S. 373 f.; Nr. 55, S. 395.
52 Ebd., Anm. 7, S. 390.

Am Jahresende 1958 kündigte *Stephan* an, daß er sein Dienstverhältnis am 31. 3. 1959 definitiv beenden werde. Da aus finanziellen Gründen keine Neueinstellung möglich war, entschied der Bundesvorstand, den bisherigen stellv. Pressechef und Leiter der politischen Abteilung in der Bundesgeschäftsstelle, Karl Hermann *Flach,* als kommissarischen Leiter in Aussicht zu nehmen.[53] Mit dem Wechsel von dem 1895 geborenen *Stephan* auf den damals knapp 30jährigen *Flach,* den der Bundesvorstand Ende Januar 1959 zum Bundesgeschäftsführer bestellte[54], vollzog sich an der Spitze der Bundesgeschäftsstelle ein Generationswechsel, der von Mitarbeiterentlassungen infolge von Geldknappheit und einer damit verursachten Umorganisation der Bundesgeschäftsstelle begleitet wurde.[55]

2. *Personelle Besetzung*

Die Hoffnung auf eine „neue Ära des Parteilebens", die mit der Wahl *Dehlers* zum Parteivorsitzenden beginnen[1] und vor allem in der Geschlossenheit nach außen zum Ausdruck kommen sollte, erfüllte sich nicht. Mit seinem impulsiven und ungezügelten Auftreten, das politische Gegner und Freunde oftmals verletzte, mit seinem auf Konflikt mit dem Koalitionspartner CDU/CSU angelegten politischen Kurs vor allem auf außenpolitischem Feld wirkte *Dehler* innerhalb der Partei alles andere als integrierend, und binnen relativ kurzer Frist brach die im März 1954 gewählte Führungsspitze der FDP auseinander.

Im Frühjahr 1955 verzichteten die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Hermann *Schäfer* und Carl Hubert *Schwennicke,* auf eine erneute Kandidatur für die bisher von ihnen innegehabten Ämter und verblieben nur noch qua Amt als Landesvorsitzender bzw. Bundesminister im Vorstand. Zwischen dem Berliner Landesvorsitzenden *Schwennicke* und *Dehler* war es zu Meinungsverschiedenheiten über deutschlandpolitische Fragen und im Zusammenhang damit auch zu persönlichen Spannungen gekommen[2], und Hermann *Schäfer* begründete seinen Verzicht damit, daß er „ohne Beschränkung durch ein Amt für die rasche Selbstbesinnung der FDP wirken" wolle.[3] Im Sommer 1955 trat *Wellhausen* nach einem persönlichen Konflikt mit *Dehler* von seinem Vorstandsposten zurück[4], und infolge der Spaltung der Bundestagsfraktion im Februar 1956 schieden mit den Bundesministern *Blücher, Preusker, Neumayer* und *Schäfer,* mit dem hessischen Landesvorsitzenden *Euler* und schließlich mit *Schwennicke* weitere prominente Mitglieder aus dem Vorstand aus.[5] Im Zusammenhang mit der Fraktionssezession, die durch den Koalitionswechsel der

53 Nr. 56, S. 408.
54 Nr. 57, S. 414 f.
55 Wie Anm. 53.
1 FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. XCIX.
2 Nr. 10 mit Anm. 17 und 18, S. 114, und Nr. 11 mit Anm. 6, S. 115.
3 Nr. 11 mit Anm. 4, S. 115.
4 Nr. 14 mit Anm. 1, S. 122.
5 Nr. 19, Anm. 1, S. 145; Nr. 21, S. 167 f.; Nr. 25, S. 189.

nordrhein-westfälischen FDP ausgelöst worden war, verlor auch *Middelhauve* sein Bundesvorstandsamt, da er, am 22. 2. 1956 als Landesvorsitzender zurückgetreten, von seinem Landesverband dem Bundesparteitag 1956 nicht mehr als Kandidat für den stellvertretenden Parteivorsitz vorgeschlagen wurde.[6] Als er gleichwohl zur Wahl antrat, unterlag er seinem Kontrahenten Erich *Mende*.[7] Auch als Beisitzer kehrte er nicht in den Bundesvorstand zurück.

Dehler, der 1954 mit 228 von 242 Stimmen zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war[8], war auch ein Jahr später innerhalb der Partei noch insoweit unumstritten, als es bei seiner Wiederwahl keinen Gegenkandidaten gab. Allerdings signalisierte das Wahlergebnis mit 172 von 223 Stimmen einen deutlichen Stimmenverlust[9], der im folgenden Jahr vor allem in der Bundestagsfraktion noch größere Dimensionen annahm. Im Januar 1957 konnte sich *Dehler* bei der Wahl um den Fraktionsvorsitz nur noch knapp mit 27 gegen 22 Stimmen, die für *Wellhausen* abgegeben worden waren, durchsetzen[10], ehe die Spaltung der Fraktion wenige Wochen später die nachlassende Integrationsfähigkeit *Dehlers* noch deutlicher sichtbar machte.

Auch in der Parteiorganisation wuchs die Opposition gegen *Dehler*, wie der Antrag des Landesverbandes Berlin vom 29. 2. 1956 erkennen ließ, auf dem Parteitag in Würzburg den Parteivorsitzenden auszuwechseln.[11] Unterstützung fand der Landesverband Berlin jedoch nur beim Landesverband Hessen, der aus taktischen Gründen seinen neugewählten Landesvorsitzenden Max *Becker* gegen *Dehler* kandidieren ließ.[12] Bei der Wahl setzte sich zwar *Dehler* mit 155 zu 67 Stimmen gegen *Becker* durch[13], doch bedeutete das Ergebnis für ihn einen erneuten Stimmenrückgang, und *Becker* hatte mehr Stimmen erhalten, als die Landesverbände Berlin und Hessen an Delegierten besaßen.

In den folgenden Monaten schwächte sich *Dehlers* Position innerhalb der Partei weiter ab, und im November 1956 beriet der Bundesvorstand erstmals über die Vorverlegung des Bundesparteitages 1957, der 14 Tage später für Ende Januar 1957 anberaumt wurde.[14] Ursache für diese Terminverschiebung war das Bestreben, *Dehler* möglichst bald als Parteivorsitzenden abzulösen. Als Nachfolgekandidat brachte der Landesverband Nordrhein-Westfalen Reinhold *Maier* ins Spiel[15], dessen Kandidatur am 1. Dezember 1956 die mehrheitliche Zustimmung der Landesvorsitzenden erhielt[16] und 14 Tage später auch vom Hauptausschuß der Partei befürwortet wurde.[17] Als *Dehler* unter den gegebe-

6 Nr. 21, S. 166, und Nr. 22 a, S. 171.
7 Nr. 22 b, Anm. 2, S. 173.
8 FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, S. 1451.
9 Nr. 11, Anm. 3, S. 115.
10 Nr. 17 mit Anm. 6, S. 131 f.
11 Nr. 20 a mit Anm. 3, S. 158.
12 Nr. 21, S. 166, und Nr. 22 b, S. 172.
13 Nr. 22 b, Anm. 2, S. 173.
14 Nr. 29, S. 213 f., und Nr. 30, S. 217.
15 Ebd., Anm. 2, S. 218.
16 Ebd. mit Anm. 4, S. 218.
17 Nr. 31 b mit Anm. 10, S. 230.

Dr. THOMAS DEHLER

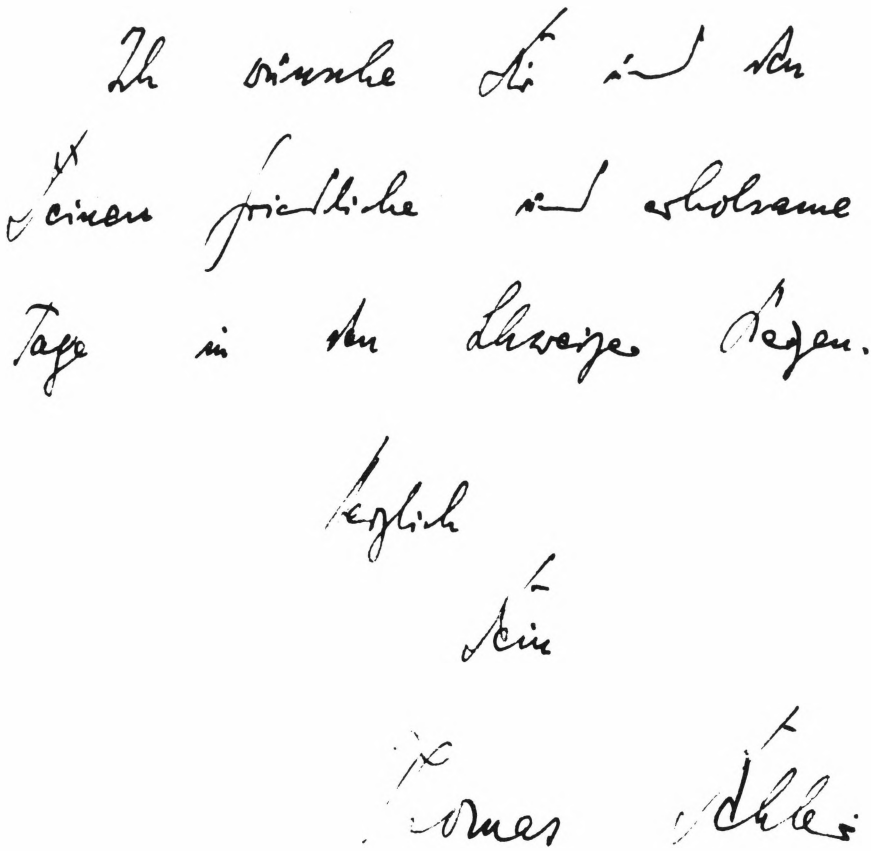
BONN
Bundeshaus

Weihnachtsabend.
1955

Lieber Freund Reinhold,

Ich möchte die Lage noch-
mals klar umschreiben:

Es wird bei der Beitrags-
parade seine Kreisbahn, für den
Bundesvorsitz zu canditieren, erklären.
Für diesen Fall besteht meine
hiermit wiederholte Erklärung, daß
ich mich für den Parteivorsitz
(auch für den Fraktionsvorsitz) nicht
zur Wahl stelle.



Dr. Reinhold Maier
z. Zt. Inner Arosa
Haus Schneck

28. 12. 56

Liebe Freund!

Ich wollte Dir heute auf diesem Wege schreiben und Dir nochmals sagen, dass es keinesfalls gegen Dich Kandidieren werde. Diesen Entschluss halte ich auch allen Seiten konsequent vertreten. Von Deinen nächsten Mitarbeitern habe ich Kenntnis genommen. Du stellst Dir aber den Ablauf des Dinge nicht richtig vor. Ich denke nicht daran, auf dem Parteitag die Erklärung abzugeben, dass ich kandidieren werde. Ich werde es von der Diskussion der Rede in den parteiinternen Gremien und auch in der Öffentlichkeit abhängig machen, ob ich mich der Entscheidung stelle. Die Partei ist so labil, dass Entscheidungen unverantwortlich sind. Es soll niemand eine Karte in Stich gekauft haben.

Ich grüsse mit meiner ganzen herzlichen Anteilnahme leidtragende aber nicht entmutigte Hohenzollernstadt. Vielen Dank für alle Grüsse an Dich und Deine Lieben auch Dank

mit herzlichen Wünschen für 1957
stets Dein R. M.

nen Umständen auf eine erneute Kandidatur verzichtete[18], nahm *Maier* nach einigem Zögern das angebotene Amt an[19] und wurde am 24. Januar vom Bundesparteitag mit überwältigender Mehrheit (223 von 228 Stimmen) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.[20] *Dehler,* der nunmehr auch als Vorsitzender der Bundestagsfraktion zurücktrat, erhielt vom Parteitag ein „Trostpflaster", als er mit derselben Stimmenzahl, die *Maier* erreicht hatte, als Beisitzer in den Bundesvorstand einzog.[21] Auch in den folgenden Jahren blieb *Dehler* Mitglied dieses Gremiums, in dem er mit seinem kämpferischen Naturell weiterhin für Unruhe sorgte und zu den heftigsten Kritikern des neuen Bundesvorsitzenden zählte.

Mit Reinhold *Maier* trat ein Mann an die Spitze der Partei, der 1957 schon ein langes Politikerleben hinter sich hatte. Der 1889 geborene Schwabe war bereits in der Weimarer Republik in hohe Positionen aufgestiegen. Er hatte die DDP bzw. die Deutsche Staatspartei von 1924 bis 1933 im Landtag von Württemberg und 1932/33 im Reichstag vertreten, von 1929 bis 1933 war er in Stuttgart württembergischer Wirtschaftsminister und Bevollmächtigter beim Reichsrat. Den Höhepunkt seiner Politikerkarriere erlebte *Maier* von 1945 bis 1953 als Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, als der er mit der Bundespartei wiederholt in Konflikt geriet.[22] 1953 war er in den Bundestag eingezogen, hatte sein Mandat aber im Mai 1956 niedergelegt, da er beabsichtigte, sich „aus der Bundespolitik zurückzuziehen".[23] Das Zögern *Maiers,* den Parteivorsitz zu übernehmen, war daher verständlich, und als er sich schließlich für die Annahme entschied, tat er es unter dem Vorbehalt, daß er auch künftig seinen Wohnsitz in Stuttgart behalten werde und starke Unterstützung in der Amtsführung durch seine Stellvertreter erwarte.[24] *Maier,* der nie ein Mann des Parteiapparates gewesen war, hielt auch als Parteivorsitzender auf eine gewisse Distanz von der eigenen Parteiorganisation, die u. a. darin zum Ausdruck kam, daß er sich höchst selten in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn sehen ließ und in Stuttgart ein eigenes kleines Büro einrichtete, das für ihn die laufenden Geschäfte erledigte.[25]

Trotz allem legte *Maier* Wert darauf, daß er letztlich „das Sagen" in der Partei hatte. Dies belegt nicht nur seine Auseinandersetzung mit *Mende* nach der Bundestagswahl 1957, als er diesem verübelte, daß er mit einer öffentlichen Äußerung zur Koalitionsfrage vorgeprescht war.[26] In einem seiner nicht seltenen Konflikte mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen betonte er am 1. 3. 1958, daß er nie eine andere Stellung als ein „primus inter pares" angestrebt habe, aber sich dagegen wehre, „daß die pares, die Gleichen, sich an-

18 Nr. 32, S. 233.
19 Ebd., S. 233 f.
20 Nr. 33, Anm. 12, S. 242.
21 Ebd.
22 Siehe FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, S. XLIII–XLIX.
23 Nr. 32, S. 233.
24 Ebd., S. 233 f.
25 K.-J. Matz, 1989, S. 456.
26 Nr. 44, S. 292 ff.

schicken, mit dem primus Fußball zu spielen".[27] Auf Kritik an seiner Amtsführung und Person reagierte er stets empfindlich, und die 1958 anstehende Wiederwahl zum Parteivorsitzenden versuchte er – allerdings erfolglos – an die Bedingung zu knüpfen, den mit ihm inzwischen hoffnungslos zerstrittenen *Dehler* weitgehend aus der Parteiarbeit auszuschalten.[28] Obwohl mit diesem Vorstoß gescheitert, stellte sich *Maier* erneut zur Wahl. Von dem „Traumergebnis" der ersten Wahl blieb er diesmal weit entfernt: Von 215 abgegebenen Stimmen erhielt er lediglich 180.[29]

Auch in der Folgezeit setzten sich die Auseinandersetzungen an der Parteispitze fort, insbesondere zwischen *Maier* und *Dehler* sowie zwischen den Landesverbänden von Baden-Württemberg, der *Maier* bedingungslos stützte, und Nordrhein-Westfalen. Angesichts der fortbestehenden kritischen Haltung in weiten Kreisen der Partei gegenüber der Amtsführung des Bundesvorsitzenden forderte der Landesverband Baden-Württemberg im Oktober 1958 ein „Vertrauensvotum" für *Maier*, das jedoch vom Landesverband Nordrhein-Westfalen abgelehnt wurde. Der Bundesvorstand verabschiedete lediglich eine Resolution, deren entscheidender Satz lautete: „Der Bundesvorstand erwartet, daß politische oder persönliche Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder durch mündliche Verhandlungen geklärt und bereinigt werden."[30]

An diese Resolution haben sich die Landesvorsitzenden gehalten, als im Frühjahr 1959 die Neuwahl des Bundesvorsitzenden anstand. In mündlicher Aussprache einigten sie sich am 6. April 1959 darauf, dem Bundesparteitag die erneute Wiederwahl *Maiers* zum Bundesvorsitzenden vorzuschlagen, diesen Vorschlag allerdings an die Zusicherung *Maiers* zu binden, 1960 nicht noch einmal zu kandidieren und selbst *Mende* als seinen Nachfolger zu nominieren.[31] Mit einer schriftlichen Vereinbarung vom 24. April 1959 verpflichteten sich die beiden Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf dieses Procedere und vereinbarten darüber hinaus, künftig „in allen Fragen aufs engste zusammenzuarbeiten und vor allem nach außen hin keinerlei Unstimmigkeiten zum Ausdruck zu bringen".[32] Am 22. Mai 1959 wurde absprachegemäß *Maier* noch einmal zum Parteivorsitzenden gewählt (161 von 202 Stimmen).[33] Aus der Parteiarbeit zog er sich nunmehr aber fast gänzlich zurück und überließ seinem designierten Nachfolger das Feld, der am 28. Januar 1960, vom Bundesparteitag mit überzeugender Mehrheit gewählt, auch offiziell das Amt von *Maier* übernahm, der nunmehr als Ehrenpräsident dem Bundesvorstand weiter angehörte.[34]

27 Nr. 49, S. 350.
28 Ebd. mit Anm. 45, S. 356.
29 Nr. 50, Anm. 9, S. 361.
30 Nr. 55, S. 390–396.
31 Nr. 61, Anm. 5, S. 431.
32 Ebd. mit Anm. 7, S. 432.
33 Nr. 64, Anm. 1, S. 442.
34 Nr. 70 mit Anm. 7 und 10, S. 472 f.

Der Aufstieg *Mendes,* 1916 geboren, Berufsoffizier a. D. und Ritterkreuzträger, in der Partei vollzog sich fast unauffällig und ist vor allem auf seine ständige Präsenz in Bonn, auf seine organisatorischen Fähigkeiten und seine Stellung im Landesverband Nordrhein-Westfalen zurückzuführen. Seit 1949 war *Mende* in erster Linie ein Mann der Bundestagsfraktion, der er zunächst von 1949 bis 1953 als parlamentarischer Geschäftsführer diente. 1953 stieg er zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf, und 1957 zum Fraktionsvorsitzenden. Von Beginn an Mitglied des Bundesvorstandes, ab 1951 des geschäftsführenden Vorstandes, entwickelte sich *Mende* zu einem Experten für Geschäftsordnungs- und Organisationsfragen, der in den innerparteilichen Auseinandersetzungen immer eine eher vermittelnde Position einnahm. Ursprünglich politisch ein Ziehsohn *Middelhauves,* war er schon frühzeitig auf Distanz zu ihm gegangen, ohne sich indessen von den Düsseldorfer „Jungtürken" ganz einvernehmen zu lassen, die ihn gleichwohl 1956 als ihren Kandidaten zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden vorschlugen.[35] In der Wahl setzte sich *Mende* gegen *Middelhauve* durch[36], und in den folgenden Jahren kandidierte er jeweils mit überzeugenden Wahlergebnissen ohne Gegenkandidaten.[37] Bereits Anfang 1958 war *Mendes* Position innerhalb der Partei so gefestigt, daß in der Presse Gerüchte kolportiert wurden, daß *Mendes* Wahl zum Bundesvorsitzenden unmittelbar bevorstehe.[38]

Mendes Weg an die Parteispitze war anfangs nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Bei der erstmaligen Wahl *Maiers* zum Bundesvorsitzenden 1957 hatten politische Auguren für die Zukunft eher den 1956 als Nachfolger *Middelhauves* zum Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen gewählten Willy *Weyer* auf ihrer Rechnung stehen.[39] Zusammen mit Wolfgang *Döring* und Walter *Scheel* bildete *Weyer* im stärksten FDP-Landesverband von diesem Zeitpunkt an eine die FDP-Politik an Rhein und Ruhr beherrschende Troika (die Düsseldorfer „Jungtürken"), die nunmehr auch im FDP-Bundesvorstand die bisherigen Vertreter des Landesverbandes verdrängte (von diesen schied 1958 als letzter Paul *Luchtenberg* aus, zusammen mit Hermann *Schwann,* der ein nur einjähriges Gastspiel gegeben hatte) und zunehmend das bundespolitische Erscheinungsbild der Partei mitprägte. Die drei genannten Politiker gehörten sämtlich der „Kriegsgeneration" an (ihre Geburtsjahre lagen zwischen 1917 und 1919), sie hatten alle drei in der Wehrmacht gedient (*Weyer* als Unteroffizier, *Döring* als Hauptmann und *Scheel* als Oberleutnant) und nach 1945 den Weg über die Jungdemokraten in die Politik gefunden.[40] Sie plädierten für einen forcierten deutschlandpolitischen Kurs und zeigten eine weitaus größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD, als es die von ihnen verdrängte Führungsriege ihrer Partei getan hatte. Der Generationswechsel in der nord-

35 Nr. 21, S. 166.
36 Nr. 22 b, Anm. 2, S. 173.
37 Nr. 33, Anm. 12, S. 242; Nr. 50, Anm. 9, S. 361; Nr. 64, Anm. 1, S. 442.
38 Nr. 50, Anm. 7, S. 360.
39 Nr. 49, S. 352.
40 Vgl. Jens FEDDERSEN, Der geistige Kopf der Revolution, in: NEUE RHEIN ZEITUNG, Köln, vom 21. 2. 1956.

rhein–westfälischen FDP wurde 1958 noch dadurch unterstrichen, daß nunmehr auch der nur unwesentlich ältere Ernst *Achenbach* (Jg. 1909) in den Bundesvorstand einrückte, so daß für den Landesverband Nordrhein-Westfalen ausschließlich Vertreter der Jahrgänge zwischen 1909 und 1919 dem Bundesvorstand angehörten, denn auch das Geburtsjahr von Schatzmeister *Rubin,* der dieses Amt weiterhin bekleidete, fiel in diese Zeitspanne.

Eine ähnlich starke Position wie der Landesverband Nordrhein-Westfalen nahm im Bundesvorstand der Landesverband Baden-Württemberg ein, der ab 1959 ebenso wie Nordrhein-Westfalen mit sechs Mitgliedern im höchsten Gremium der Partei vertreten war. Bestimmt wurde die Politik dieses Landesverbandes weitgehend von seinem Vorsitzenden Wolfgang *Haußmann,* der von 1955 bis 1957 auch als stellvertretender Bundesvorsitzender amtierte, diesen Posten aber aufgab, als *Maier* Parteivorsitzender wurde. Auch bei den Vertretern dieses Landesverbandes im Bundesvorstand ist ab 1956/57 ein Generationswechsel festzustellen. Während in den ersten Jahren die im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts geborenen Hermann *Kessler* und Otto *Gönnenwein* neben *Haußmann* den südwestdeutschen Landesverband im Bundesvorstand vertraten, nahmen ab 1956 die um einiges jüngeren Politiker Eduard *Leuze* – der nach zwei Jahren Unterbrechung 1956 wieder in den Bundesvorstand einrückte –, Ewald *Bucher,* Hans *Lenz* und Walter *Erbe* ihre Plätze ein. Erhöhtes bundespolitisches Gewicht kam dabei Ewald *Bucher* und Hans *Lenz* zu, da *Bucher* 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung war und ab 1956 das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion bekleidete, als deren stellvertretender Vorsitzender wiederum Hans *Lenz* ab Januar 1957 amtierte.

Neben dem Landesverband Baden-Württemberg gab es nur in den beiden Landesverbänden Bremen und Schleswig-Holstein, wo *Borttscheller* und *Leverenz* unverändert an der Spitze standen und damit qua Amt dem Bundesvorstand angehörten, wobei letzterer von 1958 bis 1960 auch als stellvertretender Vorsitzender fungierte, keine Auswechslung des Landesvorsitzenden und damit eine deutliche Kontinuität in der Vertretung im Bundesvorstand. Ab 1955 stellte Schleswig-Holstein mit Paul *Haas* (bis 1957) und anschließend Wilhelm *Jentzsch* noch einen zusätzlichen Vertreter.

Im einstmals gewichtigen Landesverband Hessen, der nach der Separation der Euler-Gruppe 1956 einen Einbruch in seine Wählerschaft erlebte, von dem er sich nicht mehr erholte, übernahm zunächst Max *Becker* den Landesvorsitz, den er 1958 dann an Oswald *Kohut* abtrat. Als Stellvertreter *Kohuts* im Landesvorsitz blieb *Becker,* Mitglied des Parlamentarischen Rates und des Bundestages seit 1949, in dem er die FDP-Fraktion von Januar 1956 bis Januar 1957 als stellvertretender Vorsitzender und anschließend bis September 1957 als Vorsitzender führte, auch nach 1958 Mitglied des Bundesvorstandes, weil *Kohut* 1956 zu einem der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden gewählt worden war und in diesem Amt in den folgenden Jahren bestätigt wurde. *Kohut,* der zuzeiten *Eulers* fest an dessen Seite gestanden und als „rechter" Flügelmann gegolten hatte, hielt 1956 der Partei die Treue, und es war in erster Linie auf seinen Einsatz zurückzuführen, daß der hessische Landesverband und die

Landtagsfraktion zusammengehalten werden konnten.[41] Unterstützung hatte er dabei bei dem jüngeren Wolfgang *Mischnick* gefunden[42], der, 1921 geboren, seine ersten politischen Schritte nach dem Krieg, an dessen Ende er den Rang eines Leutnants bekleidete, in der sowjetzonalen LDP gemacht hatte, aber 1948 in den Westen geflüchtet war. Als Bundesvorsitzender der Jungdemokraten gelangte er 1954 in den Bundesvorstand, in dem er von nun an verblieb, während Knut *Frhr. von Kühlmann-Stumm* lediglich von 1957 bis 1958 ein Vorstandsamt innehatte, in das er erst 1962 wieder zurückkehrte. Aus dem Landesverband Hessen kam 1957 mit Gerhard *Daub* auch *Mischnicks* Nachfolger als Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, die er seit dem Berliner Parteitag im Bundesvorstand vertrat. Diesem gehörte bis 1958 auch jeweils ein Mitglied des LSD an, von 1954 bis 1955 Hans Dieter *Wendt* und danach Günther *Reichardt*.

Im Landesverband Bayern verzichtete *Dehler* 1956 auf eine erneute Kandidatur um den Landesvorsitz. Er wurde aber – worauf schon hingewiesen worden ist – wie seine Kollegin Herta *Ilk* in den folgenden Jahren stets als Beisitzer im Bundesvorstand bestätigt. Dagegen schieden die langjährigen Mitglieder *Frühwald* und *Bezold* 1957 bzw. 1958 aus. Als einziger bayerischer Vertreter verblieb neben *Dehler* und Herta *Ilk* nur noch der neue Landesvorsitzende Albrecht *Haas* (geb. 1906) im Bundesvorstand. *Haas* hatte 1954 das Amt des Staatssekretärs und Chefs der bayerischen Staatskanzlei übernommen, 1957 war er in ein Ministeramt (Finanz- und Justizminister) aufgestiegen.

Wie in den Anfangsjahren der FDP gab es im Bundesvorstand neben Herta *Ilk* nur noch eine weitere Frau, Marie-Elisabeth *Lüders* aus Berlin. In diesem Landesverband übernahm nach dem Ausscheiden *Schwennickes* aus der Partei der 1893 geborene Versicherungsdirektor Rudolf *Will*, Mitbegründer der LDP in Berlin, die Parteiführung, die er 1958 in einer Kampfabstimmung an den prononciert linksliberalen Hans *Reif* (geb. 1899), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, verlor[43], ein Jahr später aber wieder zurückeroberte.[44] Als junge Kraft kam für Berlin ab 1957 Hans-Günther *Hoppe* in den Bundesvorstand, ein damals 35jähriger Assistent und Referent der Freien Universität, der wie *Mischnick* zunächst LDP-Mitglied im Osten gewesen, 1951 aber in den Westen Berlins übergesiedelt war.

In Hamburg verzichtete der langjährige Vorsitzende *Rademacher* 1958 wie *Dehler* zwei Jahre zuvor in Bayern auf eine erneute Kandidatur. Dem Bundesvorstand, in dem er von 1957 bis 1958 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden bekleidet hatte, gehörte er danach noch ein Jahr als gewählter Beisitzer an. Nachfolger im Landesvorsitz wurde sein bisheriger Stellvertreter Edgar *Engelhard* (geb. 1917), seit 1953 2. Bürgermeister von Hamburg, der schon 1954 in den FDP-Bundesvorstand eingerückt war.

41 Nr. 19 mit Anm. 19, S. 151. Dazu auch Walter HENKELS, 99 Bonner Köpfe, Düsseldorf-Wien 1963, S. 166.
42 Ebd., S. 217.
43 BERLIN 1957–1958, 1974, S. 543.
44 BERLIN 1959–1960, 1978, S. 131.

Einen zweifachen Vorsitzendenwechsel gab es im Landesverband Niedersachsen. Der erst im Januar 1954 gewählte Vorsitzende Joachim *Strömer* amtierte nur bis zum Herbst 1955 (Mitglied des Bundesvorstandes blieb er bis 1956), als er von Konrad *Mälzig* abgelöst wurde. Der Fabrikbesitzer *Mälzig* (Jg. 1900), von 1955 bis 1957 niedersächsischer Landesminister, verzichtete jedoch bereits nach einem Jahr auf das Amt des Landesvorsitzenden, das nunmehr Carlo *Graaff* übernahm, der es bis 1969 innehatte. *Graaff* (Jg. 1914), der von 1955 bis 1959 Bundestagsabgeordneter war und danach in Niedersachsen ein Ministeramt übernahm, war wie sein Vorgänger *Mälzig* Unternehmer, was ihn allerdings nicht davon abhielt, den einstmals „rechtslastigen" Landesverband Niedersachsen 1959 in eine Regierungskoalition mit der SPD zu führen.[45] Als weitere Vertreter entsandte der Landesverband Niedersachsen Winfried *Hedergott* (bis 1957), Arvid *von Nottbeck* (1958–1959) und Hans *Schäfer* (ab 1959) in den Bundesvorstand.

Im kleinen Landesverband Rheinland-Pfalz stolperte der Landesvorsitzende Wilhelm *Nowack,* der 1955 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden war, dessen erneute Kandidatur allerdings ein Jahr später scheiterte[46], 1958 über eine Affäre, die ihn den Landesvorsitz und das Amt des Landesministers kostete.[47] Sein Nachfolger wurde Fritz *Glahn* (Jg. 1899), von 1924 bis 1933 Geschäftsführer und Agrarjournalist im Reichslandbund, danach im Reichsnährstand, zuletzt als Abteilungsleiter und Hauptschriftleiter. Neben den jeweiligen Landesvorsitzenden vertraten den Landesverband im Bundesvorstand der ehemalige Vorsitzende Josef *Dohr* (1955–1956) und Karl *Atzenroth* (1956–1958), ein Fabrikant und Präsident eines Unternehmerverbandes.

Mit der Annäherung der DPS an die FDP sah sich der Bundesvorstand mit der Frage konfrontiert, ob eine Vertretung dieser Partei im Vorstand angeraten sei. Der Bundesparteitag von Würzburg 1956 hatte diese Frage bejaht und auf Vorschlag des Bundesvorstandes beschlossen, dem Vorsitzenden der DPS, Heinrich *Schneider,* das Recht einzuräumen, „beratend an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilzunehmen".[48] Von diesem Recht machte *Schneider* aber kaum Gebrauch, und er war auch nach dem Beitritt der DPS zur FDP im August 1957, durch den er ordentliches Mitglied des Bundesvorstandes wurde[49], bis 1958 ein nur selten gesehener Teilnehmer an dessen Sitzungen. Wenn in diesem Zeitraum überhaupt ein Mitglied der DPS zu den Sitzungen anreiste – was oft nicht der Fall war[50] –, so war dies Erich *Schwertner* – anfangs als Vertreter *Schneiders,* ab 1958 als gewählter Beisitzer –, der im Januar 1957 ebenso wie Heinrich *Schneider* auch als Abgeordneter in den Bundestag einzog.

45 Nr. 62, S. 434.
46 Nr. 22 b, Anm. 2, S. 173.
47 Nr. 53 mit Anm. 1 und 2, S. 373.
48 Nr. 27, Anm. 14, S. 205.
49 Nr. 42, S. 285 f.
50 Siehe die Klage *Stephans* in: Nr. 54, S. 381 f., außerdem die Teilnehmerverzeichnisse.

B. Bundespartei und Landesverbände

1. Politische Vorgänge in den Landesverbänden als Beratungsthemen des Bundesvorstandes

Die grundsätzliche Problematik in den Beziehungen zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden und die Versuche, durch organisatorische Maßnahmen und Satzungsbestimmungen Bundespartei und Landesverbände auf eine einheitliche politische Linie zu bringen, sind oben bereits skizziert worden.[1] An dieser Stelle ist nunmehr auf die konkreten Probleme im Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden einzugehen, aus denen sich die Notwendigkeit ergab, die Regelungen für die Zusammenarbeit zu überprüfen und evtl. zu korrigieren.

Der Landesverband, der den Bundesvorstand am meisten beschäftigte, war Niedersachsen. Zunächst einmal ging es darum, einen Schlußstrich unter die Stegner-Onnen-Krise zu ziehen.[2] Hier war insbesondere das Problem „Liberaler Bund" und im Rahmen der Finanzprüfung die Verantwortung von Hauptgeschäftsführer Horst *Huisgen* zu klären. In bezug auf den „Liberalen Bund" war der Bundesvorstand auf Zurückhaltung bedacht, da die Meinung überwog, daß es Aufgabe des neuen Landesvorstandes sei, „diese Sache selbst in Ordnung [zu] bringen".[3] Diese Auffassung vertraten entschieden auch der niedersächsische Landesvorsitzende *Strömer* und sein Stellvertreter *Hedergott,* die sich auch in der Behandlung der Angelegenheit *Huisgen,* dem der abschließende Finanzprüfungsbericht *Rubins* bescheinigt hatte, sich der „gestellten Aufgabe als nicht gewachsen erwiesen" zu haben[4], die Entscheidung vorbehalten wollten.[5] Dies gestand der Bundesvorstand schließlich unter der Voraussetzung zu, daß er über die Ergebnisse der Beratungen des Landesvorstandes informiert würde.[6]

Dieser Bericht blieb jedoch aus, so daß Hermann *Schäfer* im Dezember 1954 eine Beratung über den Landesverband Niedersachsen im Bundesvorstand beantragte.[7] Wegen der Abwesenheit *Strömers* kam es jedoch auch in der Januar-Sitzung 1955 nicht zur Behandlung der Niedersachsen-Angelegenheit, wo

1 Siehe oben S. XIII ff.
2 Hierzu FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. LXVI–LXIX.
3 Nr. 1, S. 28–38, und Nr. 2, S. 68–72, Zitat S. 70.
4 Nr. 3, Anm. 1, S. 75.
5 Ebd., S. 76.
6 Ebd., S. 79.
7 Nr. 8, Anm. 8, S. 109.

das „Problem *Huisgen*" immer noch nicht ausgestanden war.[8] Erst als der Bundesvorstand im Juni 1955 das Ausscheiden *Huisgens* als Hauptgeschäftsführer anmahnte[9], fiel in Hannover die vom Organisationsausschuß schon im Juli 1954 befürwortete Entscheidung[10], daß sich der Landesverband von seinem bisherigen Hauptgeschäftsführer trennte.

Zu diesem Zeitpunkt steckte der Landesverband allerdings schon in der nächsten Krise. Der nach den Landtagswahlen vom April 1955 zum Fraktionsvorsitzenden und mit der Regierungsbildung vom 26. Mai 1955 zum Kultusminister aufgestiegene FDP-Abgeordnete Leonhard *Schlüter* war wegen seiner rechtsradikalen Vergangenheit und dem Vorwurf einer Verwicklung in ein Verfahren wegen passiver Bestechung in die Schlagzeilen geraten und daraufhin am 11. Juni 1955 als Minister zurückgetreten.[11] Der Bundesvorstand schaltete sich in diese Affäre ein, indem er selbst Personalvorschläge für die Nachfolge *Schlüters* als Kultusminister machte[12], die allerdings nicht realisiert wurden, und auf den Austritt *Schlüters* aus der Partei und die Niederlegung seines Landtagsmandates drängte. Die beiden letzten Forderungen verband der Bundesvorstand am 30. August 1955 mit der Drohung, andernfalls ein „Ausschlußverfahren wegen ‚Täuschung' gegen *Schlüter* beim Landesverband zu beantragen".[13] An diesem Beschluß hat der Bundesvorstand dann jedoch nicht festgehalten. Am 21. September 1955 wurde die Angelegenheit zunächst einmal vertagt[14] und am 13. Okober 1955 auf Antrag des Landesverbandes Niedersachsen die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens gegen *Schlüter* bis zum Abschluß der Beratungen des vom niedersächsischen Landtag im Fall *Schlüter* eingesetzten Untersuchungsausschusses zurückgestellt.[15] Ohne erneute Behandlung im Bundesvorstand schied *Schlüter* endlich im Februar 1956 aus der FDP aus.

Während der Bundesvorstand im Jahr 1956 von niedersächsischen Problemen weitgehend verschont blieb – nur einmal befaßte er sich Ende Mai 1956 mit Querelen zwischen dem Landesverband und Ministerpräsident *Hellwege* über die Neubesetzung des Kultusministeriums[16] –, bahnte sich ein Jahr später ein neuer schwerwiegender Konflikt zwischen Bundespartei und Landesverband an, der im Herbst 1957 zu heftigen Auseinandersetzungen führte. Im Mai 1957 berichtete *Hedergott* eher beiläufig im Bundesvorstand über Gespräche mit Gruppen der DRP in Niedersachsen, worauf *Döring* sogleich zur Vorsicht riet.[17] Diese Kontakte wurden gleichwohl aufrechterhalten, denn als *Hedergott* Anfang November 1957 im Bundesvorstand die Lage in Niedersachsen

8 Nr. 9, S. 110.
9 Nr. 13, S. 121.
10 Nr. 3, S. 79.
11 Nr. 13, Anm. 7, S. 121.
12 Ebd., S. 121.
13 Nr. 14, S. 123.
14 Nr. 15, S. 127.
15 Nr. 16, S. 127.
16 Nr. 24, S. 183.
17 Nr. 38, S. 267.

nach dem Zusammenschluß der FDP- und BHE-Fraktion vom 28. September schilderte, der die Billigung des geschäftsführenden Vorstandes der FDP gefunden hatte[18], wies er darauf hin, daß die FDP den Anschluß der DRP an die Fraktionsgemeinschaft verhindert habe, „daß man aber über die Aufnahme einzelner DRP-Mitglieder in Verhandlung stehe".[19]

Als die Gemeinschaftsfraktion aus FDP und BHE entgegen dieser Äußerung *Hedergotts* gleichwohl einige Tage später sämtliche DRP-Abgeordneten als Hospitanten aufnahm, war die Empörung groß. Der Landesvorsitzende *Graaff* verteidigte vor dem Bundesvorstand am 30. November die Haltung des Landesverbandes und „erbat dringend den Verzicht auf überstürzte Gegenmaßnahmen". Nach der Debatte, in der die Kritiker an Niedersachsen ein starkes Übergewicht besaßen, verabschiedete der Bundesvorstand mit großer Mehrheit eine Entschließung, die den Landesvorstand Niedersachsens zur Überprüfung des Fraktionsverhältnisses in Hannover verpflichtete.[20]

Von seiten des Landesvorstandes geschah jedoch zunächst nichts, und als sich der Bundesvorstand am 6. Januar 1958 erneut mit dem Problem Niedersachsen befaßte, war kein Vertreter dieses Landesverbandes anwesend. *Maier* sprach im Hinblick auf Niedersachsen von einer „schwärenden Wunde am Parteikörper" und machte seine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz von der vorherigen Bereinigung der Lage in Niedersachsen abhängig. Der Bundesvorstand verabschiedete am Ende der Aussprache ein Ultimatum, mit dem er den Landesvorstand aufforderte, bis zum 31. Januar 1958 den Beschluß des Bundesvorstandes von Ende November durchzuführen und bis zu diesem Termin insbesondere den Ausschluß der Abgeordneten *Schütz* und *von Thadden* zu vollziehen. Andernfalls drohte der Bundesvorstand an, „Ermittlungen und Prüfungen" im Landesverband durchzuführen und den Landesverband gegebenenfalls aufzulösen.[21]

Nunmehr reagierte die FDP-Fraktion in Niedersachsen sofort, indem sie eine eingehende Prüfung der Beschlüsse des Bundesvorstandes zusagte, aber einen Ausschluß der Abgeordneten *Schütz* und *von Thadden* bis zum 31. Januar 1958 für kaum durchführbar erachtete. Außerdem bat die FDP-Fraktion um interne Beratungen der anstehenden Probleme.[22] Diese haben, sofern sie stattgefunden haben, in den Protokollen des Bundesvorstandes keinen Niederschlag gefunden. Über Niedersachsen beriet der Bundesvorstand erst wieder am 3. Juni 1958, einen Tag, nachdem das Hospitantenverhältnis mit der DRP endlich gelöst worden war.[23]

Gegenstand der Beratungen im Bundesvorstand war nunmehr ein Wahlabkommen, das der Landesverband Niedersachsen mit dem GB/BHE abgeschlossen hatte, um die gemeinsame Politik in Niedersachsen fortzusetzen.

---

18 Nr. 46, Anm. 3, S. 318.
19 Nr. 45, S. 316.
20 Nr. 46, S. 325–328.
21 Nr. 47, S. 334.
22 Ebd., Anm. 21, S. 334 f.
23 Nr. 52, S. 368.

Auf die Bitte *Graaffs*, diesem Abkommen die Zustimmung zu erteilen, ging der Bundesvorstand nicht ein, sondern behielt sich die abschließende Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt vor.[24] Die erbetene Billigung erhielt *Graaff* im September 1958, nachdem er mitgeteilt hatte, daß die FDP ein Zusammengehen mit dem GB/BHE unter einer „Bindestrich"-Bezeichnung ablehne, aber BHE-Vertreter auf der FDP-Liste kandidieren lassen wolle.[25]

Das allgemeine Problem von Wahlblockbildungen wie auch die Frage einer Fusion mit dem BHE stellte sich nicht nur im Landesverband Niedersachsen, sondern auch in anderen Landesverbänden und selbst auf Bundesebene. Die unterschiedlichen Ausgangspositionen und Interessenlagen der einzelnen Landesverbände bzgl. einer Wahlblockbildung waren schon in einer ausführlichen Diskussion im März 1954 zum Ausdruck gekommen[26], und sie zeigten sich auch wieder, als nach der Bundestagswahl von 1957 der bayerische Landesvorsitzende *Haas* ein Zusammengehen mit dem BHE für notwendig erachtete und den Bundesvorstand aufforderte, mit dem BHE auf Bundesebene zu verhandeln. Insbesondere *Maier* vermochte einem solchen Vorgehen aber wenig abzugewinnen und stellte abschließend gegenüber einem auf seinem Vorschlag beharrenden Albrecht *Haas* fest, daß der Landesverband Bayern „eine Taktik wünscht, die nicht mit der Vorstellung der Bundespartei übereinstimmt".[27]

Haas wiederholte gleichwohl in der folgenden Sitzung seinen Antrag, daß Gespräche mit dem BHE zentral zu führen seien. Hiermit drang er jedoch nicht durch, da der Bundesvorstand ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung beschloß, daß Verhandlungen mit dem BHE nur auf Landes- und Kreisebene zu führen und die Bundes- und Landesvorsitzenden zu informieren seien. Darüber hinaus wurden die verhandelnden Personen aufgefordert, den Rat des Bundesvorsitzenden in Anspruch zu nehmen und vor endgültigen Abmachungen die Genehmigung des Bundesvorstandes herbeizuführen.[28]

An die letzte Bestimmung, die durch Beschluß des Bundesparteitages von 1958 auch Eingang in die Satzung fand[29], haben sich die Landesverbände hinfort gehalten. Auf den Landesverband Niedersachsen ist schon hingewiesen worden. Bereits vor ihm hatte im März 1958 *Scheel* für den Landesverband Nordrhein-Westfalen dem Bundesvorstand über Verhandlungen mit dem BHE berichtet und die Zustimmung zum Abschluß erhalten[30], der dann jedoch am BHE scheiterte.[31]

Einen weiteren Versuch einer Zusammenfassung von FDP und BHE gab es schließlich noch im Vorfeld der Landtagswahlen von Schleswig-Holstein Ende September 1958. Dieses Mal schaltete sich *Maier* persönlich ein, indem er mit

24 Ebd., S. 368 ff.
25 Nr. 54, S. 387.
26 Nr. 1, S. 38–53.
27 Nr. 45, S. 314 ff.
28 Nr. 46, S. 318 ff.
29 Siehe oben, S. XIV.
30 Nr. 50, S. 362.
31 Nr. 51, S. 368.

dem BHE-Vorsitzenden *Seiboth* konferierte.[32] Ein erneutes Gespräch im erweiterten Kreis Anfang Dezember 1958 überzeugte die FDP-Vertreter, daß der BHE keine Zukunft mehr habe.[33] Dieser Auffassung entsprechend agierte *Leverenz* in den Verhandlungen zur Regierungsbildung in Schleswig-Holstein Anfang Oktober 1958, als er eine Einbeziehung des BHE in die Koalition ablehnte, um ihm „keine neue Chance" zu geben.[34]

Mit der Koalitions- und Regierungsbildung auf Landesebene ist das Thema angesprochen, mit dem sich der Bundesvorstand in bezug auf die Landesverbände am häufigsten befassen mußte, da die Landesvorstände aufgrund der Wiesbadener Satzung gehalten waren, „über Verhandlungen wegen der Beteiligung an einer Koalition sich mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen" (§ 9 Abs. 2). Festzuhalten bleibt, daß es dabei zwischen Bundesvorstand und den betroffenen Landesverbänden in der Mehrzahl der Fälle nicht zu Meinungsverschiedenheiten kam und die jeweiligen Koalitions- und Regierungsbildungen in Abstimmung mit dem Bundesvorstand erfolgten.[35] Bisweilen erhielten Landesverbände sogar ein ausdrückliches Lob durch den Parteivorsitzenden, so z. B. Ende November 1957 die Landesverbände Hamburg und Bayern, da ersterer „ein Muster dafür aufgestellt habe, wie ein Landesverband sich bei Koalitionsverhandlungen verhalten müsse"; und dem bayerischen Landesvorsitzenden *Haas* wurde attestiert, er habe „die Bundesparteileitung über die Koalitionsverhandlungen" stets „auf dem Laufenden" gehalten und in jeder Phase „mit den erreichbaren Herren" gesprochen.[36] Im Falle des Landesverbandes Baden-Württemberg kam es im März 1956 sogar im Einvernehmen mit dem Landesvorstand zu einem direkten Eingreifen des Parteivorsitzenden *Dehler* in die Koalitionsverhandlungen[37], und hin und wieder stellten Landesvorsitzende ihre Koalitions- bzw. Wahlstrategie vor Beginn der Verhandlungen bzw. des Wahlkampfes im Bundesvorstand zur Diskussion.[38]

Kritik von seiten des Bundesvorstandes gab es nur selten. Sie traf im Januar 1955 den Landesverband Berlin, als dieser nach den Wahlen vom 5. Dezember 1954 aus dem Senat ausschied. Das Protokoll der Bundesvorstandssitzung hält fest, daß nach dem Bericht *Schwennickes* betont worden sei, „daß der Kontakt zwischen der Bundespartei und dem Landesverband Berlin in Zukunft sehr viel enger gestaltet werden müsse".[39] Die fehlende Abstimmung zwischen dem Bundesvorstand und dem Landesverband wurde im Mai 1959 auch in bezug auf Niedersachsen beklagt, wo die FDP eine Koalition mit SPD und BHE abgeschlossen hatte, obwohl sie den Wahlkampf – und das nun monierte der

32 Nr. 53, S. 379.
33 Nr. 54, S. 387.
34 Nr. 55, S. 389.
35 Siehe z. B. Nr. 8, S. 107; Nr. 12, S. 118; Nr. 55, S. 389; Nr. 56, S. 402; Nr. 62, S. 434 f.
36 Nr. 46, S. 320 f.
37 Nr. 20 b, S. 164 f.
38 Nr. 5, S. 102; Nr. 54, S. 383 f.
39 Nr. 9, S. 110.

Bundesvorstand – auf die Bildung einer bürgerlichen Koalition angelegt hatte.[40]

Während in den soeben beschriebenen Fällen der Konflikt keine allzu großen Dimensionen annahm, kam es zwischen dem Bundesvorstand und dem Landesverband Nordrhein-Westfalen über Koalitions- und Regierungsbildungen bzw. über die Wahlkampfführung zu Auseinandersetzungen, die teilweise mit großer Härte geführt wurden und den begrenzten Einfluß der Bundespartei auf den stärksten Landesverband sichtbar machten.

Diese Feststellung gilt allerdings noch nicht für die Regierungsbildung nach den Landtagswahlen vom 27. Juni 1954. Als sie in ihr konkretes Stadium trat, unterrichtete Landesvorsitzender *Middelhauve* den Bundesvorstand über ihre Entwicklung und ihren Stand. Die anschließende Diskussion erbrachte das Ergebnis, „daß von seiten der FDP aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine Koalition mit der CDU erwünscht sei".[41] Der Landesverband hat sich im folgenden an diese Richtlinie gehalten und mit der CDU und dem Zentrum die Regierung gebildet.

Im Zuge der Auseinandersetzungen über das Bundestagswahlrecht Ende 1955/Anfang 1956 nahmen dann jedoch Mitglieder des FDP-Landesvorstandes Kontakt mit führenden SPD-Politikern Nordrhein-Westfalens auf, um die Möglichkeiten einer SPD/FDP-Koalition zu erörtern. Diese Besprechungen verliefen so erfolgreich, daß die FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag am 30. Januar 1956 beschloß, unabhängig vom Ausgang der Wahlgesetzdiskussion aus der Koalition mit der CDU „auszusteigen und eine neue Koalition mit SPD und Zentrum einzugehen".[42]

Hierüber fand nun wenige Tage später eine mehrstündige Diskussion im Bundesvorstand statt[43], in der der stellvertretende Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Willi *Weyer,* mit seiner Meinung, an der Absicht einer Koalitionsbildung mit der SPD an Rhein und Ruhr festzuhalten, nahezu allein stand. Der Landesvorsitzende *Middelhauve* distanzierte sich von seinem Landesverband und bat die Mitglieder des Bundesvorstandes um Stellungnahme und Unterstützung. Wenn auch die Mehrheit der Diskussionsredner für ihn Partei ergriff und der Berliner Vertreter *Hucklenbroich* betonte, „die Wünsche der Bundespartei" müßten „auf jeden Fall berücksichtigt werden", so hielt doch *Weyer* an seiner Auffassung fest und erklärte: „Wir sind nicht übermütig, und wir gehen nicht mit Begeisterung in eine SPD-Koalition. Die Verhältnisse liegen aber bei uns so." *Weyer* verwahrte sich dagegen, daß der am selben Tag tagende Hauptausschuß mit der Sache befaßt wurde, was er allerdings nicht verhindern konnte. Obwohl dieser seine Bedenken gegen den Kurs des nordrhein-westfälischen Landesverbandes zum Ausdruck brachte[44] – dabei seine Kompetenz, sich mit dieser Frage zu befassen, aber selbst in Frage stellte –,

40 Nr. 62, S. 434 f.
41 Nr. 3, S. 83.
42 Nr. 18 mit Anm. 8, 17 und 18, S. 135 und S. 142.
43 Ebd., S. 133–144.
44 Ebd., Anm. 19, S. 144.

ließen *Weyer* und seine Gefolgsleute nicht von ihrem Vorhaben ab, so daß Ministerpräsident *Arnold* am 20. Februar 1956 über einen gemeinsamen Mißtrauensantrag von SPD und FDP stürzte und die von ihm geführte Landesregierung durch eine Koalitionsregierung aus SDP, FDP und Zentrum ersetzt wurde.[45] Im Bundesvorstand kam das Verhalten des nordrhein-westfälischen Landesverbandes in dieser Angelegenheit im folgenden nicht mehr zur Sprache, da das im Zusammenhang hiermit erfolgte Auseinanderbrechen der FDP-Bundestagsfraktion und das Ausscheiden der FDP aus der Bundesregierung alle Aufmerksamkeit beanspruchte.

Kritik an der Koalitionsbildung von 1956 übte der Bundesvorsitzende *Maier* im Bundesvorstand erst über zwei Jahre später, als die FDP in der Landtagswahl vom 6. Juli erhebliche Verluste hinzunehmen und die CDU die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate errungen hatte. Im Hinblick auf die Vorgänge von 1956 stellte er fest, daß der Bundesvorstand sich klar werden müsse, „wie in Zukunft der Abschluß von Landeskoalitionen zu behandeln" sei, und er machte indirekt die Koalitionsbildung von 1956 für die Niederlage der FDP in Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Zu monieren hatte *Maier* auch die Wahlkampfführung des Landesvorstandes, und er beklagte sich schließlich darüber, daß „man von Düsseldorf her nach der Wahl in keiner Beziehung, auch nicht telefonisch, Verbindung mit ihm aufgenommen" habe. *Weyer* wies die Vorwürfe *Maiers* mit Entschiedenheit zurück, und der Bundesvorstand verabschiedete nach längerer Diskussion eine Resolution, die den erneut aufgebrochenen Konflikt zwischen der Bundespartei respektive des Landesverbandes Baden-Württemberg und dem Landesverband Nordrhein-Westfalen lediglich überdeckte, aber dennoch eine Basis bot, auf der eine weitere Zusammenarbeit möglich war.[46]

Als ein Sonderfall muß im Rahmen der Beziehungen von Bundespartei und Landesverbänden das Saarland behandelt werden, das mit Wirkung vom 1. Januar 1957 der Bundesrepublik Deutschland beitrat. Im Zuge des Annäherungsprozesses im Laufe des Jahres 1956 stellte sich für die FDP die Frage ihres künftigen Verhältnisses zur Demokratischen Partei Saar, wobei der Würzburger Parteitag – wie oben bereits erwähnt[47] – insofern eine erste Entscheidung fällte, als er dem Vorsitzenden der DPS, Heinrich *Schneider*, das Teilnahmerecht (mit beratender Stimme) an den Sitzungen des Bundesvorstandes einräumte. Da sich die DPS aber ihrerseits zurückhielt, „in ein engeres Verhältnis zur FDP" zu treten, erachtete es der FDP-Bundesvorstand als notwendig, eine Klärung herbeizuführen. Von Juli bis Oktober 1956 behandelte er das Problem DPS auf jeder seiner Sitzungen. Dabei war im Juli und August kein Vertreter der DPS anwesend, so daß sich der Bundesvorstand darauf beschränken mußte, Vorstandsmitglieder zu beauftragen, mit der Führung der DPS Fühlung aufzunehmen bzw. diese fortzusetzen.[48]

45 Ebd., Anm. 21, S. 144.
46 Nr. 53, S. 373–377.
47 Siehe oben S. XXVI.
48 Nr. 25, S. 186; Nr. 26, S. 197.

In der Septembersitzung war schließlich mit *Schwertner* ein Vertreter des DPS-Vorstandes anwesend, um mitzuteilen, daß der Landesparteitag, der wenige Tage zuvor stattgefunden hatte, beschlossen habe, an der „Eigenständigkeit der DPS" festzuhalten, was nach den Worten *Schwertners* allerdings nicht ausschloß, daß die DPS zu einem späteren Zeitpunkt „trotzdem Landesverband der FDP" werden könne. Die daraufhin von Vorstandsmitgliedern abgegebenen Stellungnahmen ließen eine deutliche Unzufriedenheit mit dem hinhaltenden Kurs der DPS erkennen, und *Dehler* drohte gar den Aufbau „einer eigenen Organisation im Saargebiet" an. *Schwertner* versuchte daraufhin, mit einer erneuten Wortmeldung die Gemüter zu besänftigen, und die schließlich einstimmig verabschiedete Entschließung verlautete, daß „eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Parteien vereinbart" worden sei.[49]

Im Oktober belastete *Dehler* mit öffentlich abgegebenen negativen Äußerungen über *Schneider* die Beziehungen zwischen beiden Parteien[50], deren Stand auf FDP-Seite nach wie vor als unbefriedigend empfunden wurde, da die DPS auf ihrem Standpunkt beharrte, daß sie „wegen der besonderen Verhältnisse im Saargebiet Zeit für die Regelung des Verhältnisses zur FDP brauche".[51] Eine Änderung der Haltung der DPS war erst im Dezember 1956 auszumachen, nachdem sie aus der Regierung des Saarlandes ausgetreten war. *Döring*, der in diesen Tagen im Saarland gewesen war, kehrte mit der Überzeugung nach Bonn zurück, daß nun „mit einer raschen Annäherung der DPS an die FDP zu rechnen" sei.[52] Diese Auffassung bestätigte *Schwertner* in der Bundesvorstandssitzung Anfang Januar 1957, als er ausführte, „daß die DPS eine loyale Zusammenarbeit mit der FDP anstrebe", und als Zielvorgabe seiner Partei von dem Zusammenwachsen mit der FDP „bis zur nächsten Bundestagswahl" sprach.[53]

An diese Zusagen hat sich die DPS, die in den folgenden Monaten in Konflikte mit dem LSD geriet, so daß der FDP-Bundesvorstand vermitteln mußte[54], dann auch gehalten. Sie beschloß auf ihrem Parteitag vom 11. August 1957 unter Beibehaltung ihres Namens den Beitritt zur FDP[55], dem der Bundesvorstand schon im voraus seine Zustimmung erteilt hatte.[56] Das Zusammenwachsen verlief jedoch nicht ohne weitere Reibungsverluste, denn auch nach der Vereinigung der beiden Parteien kam es zu Unstimmigkeiten auf beiden Seiten[57], die im Herbst 1958 vor allem in der DPS „viel Unzufriedenheit mit der FDP" erzeugt hatten, so daß zeitweise die Gefahr eines Ausscherens aus der FDP drohte, die allerdings gebannt werden konnte. Ursache für alle diese Pro-

49 Nr. 27, S. 203 ff.
50 Nr. 28, Anm. 8, S. 212.
51 Ebd., S. 212.
52 Nr. 31 a, S. 221 f.
53 Nr. 32, S. 235.
54 Nr. 34, S. 245 f.; Nr. 38, S. 266 f.; Nr. 39, S. 269.
55 Nr. 42, S. 285 f.
56 Ebd., S. 286.
57 Nr. 54, S. 381 f.; Nr. 55, S. 390–394.

bleme war nach *Mendes* Worten, daß „die Angliederung des Saarlandes [. . .] sich als schwieriger erwiesen [habe], als man erwartet habe".[58]

2 *Finanzierungsprobleme*

Wie in den Jahren zuvor spielten in der Parteifinanzierung der FDP die „eigentlichen Parteibeiträge [. . .] für die Bundespartei praktisch keine sehr große Rolle".[1] Zentrale Bedeutung besaßen dagegen die Spenden der Wirtschaft und der Finanzausgleich, zwei Probleme, die den Bundesvorstand immer wieder beschäftigten, zumal die finanzielle Lage der FDP stets mehr oder weniger angespannt war und es Bundesschatzmeister *Rubin* zu keinem Zeitpunkt gelang, die Finanzgestaltung der Partei auf eine sichere Grundlage zu stellen.

Als durchgängig unbefriedigend gestaltete sich das Verhältnis zwischen der FDP und den industriellen Fördergesellschaften, über die schon in der ersten Sitzung im März 1954 Klage geführt wurde, da von ihnen versucht worden war, auf einzelne Abgeordnete bei der Abstimmung über die Wehrgesetzgebung Druck auszuüben.[2] Die bei dieser Gelegenheit im Bundesvorstand geäußerte Befürchtung, gegenüber den Fördergesellschaften in ein Abhängigkeitsverhältnis zu geraten, erwies sich als berechtigt, denn zwei Jahr später stellte *Rubin* fest, daß die Bundespartei und die Landesverbände „trotz seiner Warnungen" „in immer steigendem Maße [. . .] von den Fördergesellschaften abhängig geworden" seien. Für die FDP hatte dies zu diesem Zeitpunkt fatale Folgen, da die Fördergesellschaften im Hinblick auf den Koalitionswechsel in Nordrhein-Westfalen und das Ausscheiden der FDP aus der Bundesregierung die Zahlungen an die Bundespartei sowie die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Hessen eingestellt hatten. Angesichts dieser Lage war sich der Bundesvorstand darüber einig, daß „auf die Dauer [. . .] ein Zusammenarbeiten mit der Fördergesellschaft nicht möglich" sei, jedoch ein sofortiger Bruch nicht in Frage kommen könne. *Rubin* erhielt daher den Auftrag zu Verhandlungen.[3]

Parallel zu diesen Entwicklungen liefen die Bemühungen des Bundesschatzmeisters, das innere Finanzierungswesen der Partei in den Griff zu bekommen. Einen ersten Schritt bedeuteten in dieser Hinsicht die Beschlüsse des Bundesvorstandes vom Dezember 1954, die insbesondere das Abrechnungsverfahren innerhalb der Partei regelten und die Landesverbände einer gewissen Aufsicht durch die Bundespartei unterstellten.[4] Das materielle Problem des Finanzausgleichs war damit allerdings noch nicht gelöst, und auch auf dem Bundesparteitag im März 1955 konnte *Rubin* eine Regelung in dieser Frage nur in Aus-

58 Nr. 56, S. 405.
1 Nr. 10, Anm. 6, S. 112.
2 Nr. 1, S. 54.
3 Nr. 20 a, S. 160 f.
4 Nr. 8, S. 107 f.

sicht stellen.[5] Einen konkreten Vorschlag unterbreitete der Bundesschatzmeister dem Organisationsausschuß im November 1955. Danach hatten „alle Landesverbände nach Maßgabe der Möglichkeiten" Zahlungen in einen „Ausgleichstopf" zu leisten, aus dem die finanzschwachen Landesverbände Zuschüsse erhalten sollten. Die Höhe der Zahlungen wie der Zuschüsse sollte in der Regel jeweils auf 10 % der Einnahmen begrenzt sein. Eine Ausnahme hiervon war nur für die finanzstarken Landesverbände vorgesehen, die 50 bis 100 %ige Zuschläge zu zahlen hatten.[6] Diesem Vorschlag erteilte der Bundesvorstand im März 1956 seine Zustimmung.[7] Gegen den Widerstand einzelner Landesverbände wurde er sodann Ende Mai noch einmal ausdrücklich bestätigt.[8]

Inzwischen hatten die Verhandlungen *Rubins* mit den Fördergesellschaften „die Möglichkeit eines halbwegs erträglichen Arrangements" ergeben[9], und Ende Mai 1956 ließ der Bundesschatzmeister nach einem positiv gefärbten Zwischenbericht[10] vernehmen, daß „die Finanzierung [. . .] bis über den Termin der Bundestagswahlen hinaus gesichert" sei. Trotzdem hielt *Rubin,* wie in der Sitzung zuvor, „eigene Anstrengungen zur weiteren Finanzierung" für „durchaus notwendig".[11]

Daß diese Mahnungen nicht unberechtigt waren, zeigte sich in den folgenden Monaten. Denn obwohl *Rubin* in der Bundesvorstandssitzung von Ende August 1956 nochmals betonte, daß mit Hilfe der Fördergesellschaften „die erforderlichen Mittel aufgebracht werden" könnten[12], blieb die Finanzlage auch in den folgenden Monaten unübersichtlich[13], und im Verhältnis zwischen dem Bundesschatzmeister und führenden Industriellen traten erste Probleme auf, für die *Mende* „bestimme Persönlichkeiten der Partei" verantwortlich machte.[14] Zudem meinte *Kohut* bereits im Februar 1957 konstatieren zu können, daß „gewisse Kreise der Wirtschaft" versuchten, „eine Bombe in unsere Partei zu werfen".[15] Diese Auffassung bestätigte *Rademacher* im Mai des Jahres, als er „von Persönlichkeiten aus Wirtschaftskreisen" sprach, „die die FDP noch einmal spalten möchten, falls die CDU mit ihren Satelliten keine 51 % erreicht".[16]

Von massiven finanziellen Unterstützungen der Wirtschaft für den BHE, der „durch Aufwendung beträchtlicher Summen gekauft" worden sei, war schon in der Bundesvorstandssitzung Ende April 1957 die Rede gewesen. *Döring*

5 Nr. 10, Anm. 6, S. 112.
6 Nr. 20 a, Anm. 11, S. 161.
7 Ebd.
8 Nr. 24, S. 183.
9 Nr. 22 a, S. 171.
10 Nr. 23, S. 178.
11 Nr. 24, S. 181 f.
12 Nr. 26, S. 196.
13 Nr. 34, Anm. 1, S. 244.
14 Ebd., S. 244.
15 Ebd.
16 Nr. 38, S. 265.

hatte in diesem Zusammenhang „auf die Gefahren eines konzentrischen Angriffes gegen uns sowie auf die Korrumpierung der Demokratie durch die geschilderten Methoden" hingewiesen. Für die FDP war zu diesem Zeitpunkt die Lage so bedrohlich geworden, daß Reinhold *Maier* vorschlug, ein Schreiben an den BDI zu richten und um eine Aussprache zu bitten.[17]

Über das Ergebnis dieser Besprechung, die am 31. Mai 1957 stattgefunden hatte, berichtete *Rubin* dem Bundesvorstand vier Wochen später. „Politische Bedingungen" seien nicht gestellt worden, von der FDP allerdings zugesagt worden, „daß unmittelbar nach den Bundestagswahlen eine neue Besprechung zwischen führenden Persönlichkeiten der FDP und der Fördergesellschaften" stattfinden sollte. Außerdem sei eine Besprechung für Mitte Juli 1957 unter Beteiligung *Maiers* ins Auge gefaßt worden, und der BDI-Vorsitzende *Berg* habe erkennen lassen, daß er großen Wert auf die Rückkehr der FDP in die Bundesregierung lege, „um den linken Flügel der CDU zu neutralisieren". Im Verlaufe der Diskussion im Bundesvorstand kamen sodann die Unstimmigkeiten zwischen dem Bundesschatzmeister und einigen Parteifreunden zur Sprache, die zu Störungen in den Beziehungen zwischen *Rubin* und den Fördergesellschaften geführt hätten. *Rubin* verwahrte sich nachdrücklich gegen diese Vorgänge und drohte bei Fortdauer von Interventionen gegen ihn bei den Fördergesellschaften an, „Verfahren wegen parteischädigenden Verhaltens zu beantragen".[18]

Die Lage blieb für den Bundesschatzmeister auch im folgenden ausgesprochen schwierig. Zwar verlief das Gespräch mit dem BDI, das am 16. Juli 1957 unter Teilnahme *Maiers* stattgefunden hatte, nach Auffassung *Mendes* „positiv", da die Erklärungen der FDP-Seite in bezug auf die Koalitionsbildung nach den Bundestagswahlen „befriedigt" hatten[19], insbesondere auch deshalb, weil von den FDP-Unterhändlern erneut „eine orientierende Fühlungnahme mit *Berg* und seinen Freunden nach dem 15. September vor der Bildung der neuen Bundesregierung zugesagt" worden war.[20] Als Positivum konnte darüber hinaus gelten, daß auch die Wahlkampffinanzierung nach *Rubins* Feststellung von Anfang August 1957 gesichert erschien, ja selbst bis zum 30. Juni 1958 lagen nunmehr „feste Zusagen" vor. Der Umfang der zur Verfügung stehenden Gelder war allerdings so begrenzt, daß der Bundesschatzmeister nicht nur eine Reduzierung des Aufwandes nach den Bundestagswahlen für unumgänglich hielt, sondern die Bundeswahlkampfleitung nachdrücklich davor warnte, weitere finanzielle Verpflichtungen einzugehen.[21] Außerdem kam es im Rahmen des Wahlkampfes zu Schwierigkeiten bei der Durchführung des Finanzausgleichs[22] sowie zu Auseinandersetzungen zwischen den Landesverbänden und

17 Nr. 37, S. 262 f.
18 Nr. 40, S. 271.
19 Nr. 42, Anm. 7, S. 281 f.
20 Ebd., S. 282.
21 Ebd., S. 286.
22 Nr. 41, S. 278.

der Bundespartei, der vorgeworfen wurde, die Finanzwerbung ohne Absprache mit den Landesverbänden zu betreiben.[23]

Wie zu erwarten wurden nach der Bundestagswahl von 1957 die Probleme für den Bundesschatzmeister keineswegs kleiner. Im Januar 1958 beklagte er sich über den Stand der Finanzierung und dabei insbesondere über das Verhalten einiger Landesverbände bei der Durchführung des Finanzausgleichs; er beantragte daher die Einsetzung einer Kommission, die „konkrete Vorschläge über die zukünftige Parteifinanzierung" vorlegen sollte.[24] Die daraufhin gebildete Kommission hielt eine Erhöhung der Einnahmen für notwendig und verwies auf eine „zentrale Konzernwerbung" und die Reaktivierung der Sozial- und Wirtschaftspolitischen Vereinigung.[25] Die Verfolgung dieses Weges war sicherlich grundsätzlich richtig, da die FDP Grund hatte – wie dem Bericht *Rubins* vor dem Parteitag Ende März 1958 zu entnehmen ist – über so manchen ihrer „Freunde und Gönner" zu klagen, da die finanziellen Zuwendungen weiter zurückgegangen waren und gewisse Organisationen geglaubt hatten, „eine Massierung ihrer finanziellen Möglichkeiten zugunsten der CDU vornehmen zu müssen".[26] Ohne konkrete Verbesserungen für die FDP erzielen zu können, hatte *Maier* erneute Gespräche mit der Spitze des BDI geführt[27], und im Mai 1958 befanden sich einige Landesverbände in solchen finanziellen Schwierigkeiten, so daß nur mit Mühe „das Schlimmste" verhindert werden konnte. *Rubin* hielt angesichts dieser Vorkommnisse den Zeitpunkt für gekommen, in die „Finanzhoheit" der Landesverbände einzugreifen, und bat *Maier* um Unterstützung.[28]

Maßnahmen im Sinne von *Rubins* Vorstellungen blieben allerdings zunächst aus, und der Bundesvorstand befaßte sich erst wieder Anfang Oktober 1958 mit der Finanzierungsfrage. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Problem für die Partei dadurch dramatisch zugespitzt, daß infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juni 1958, in dem die steuerliche Absetzung von Spenden für politische Parteien als verfassungswidrig erklärt wurde[29], die Staatsbürgerliche Vereinigung (Fördergesellschaft) schlagartig alle Zahlungen einstellte[30] und damit die „finanzielle Basis der Partei [. . .] erheblich beeinträchtigt" war.[31] Hinzu kam, daß der Finanzausgleich nicht mehr richtig funktionierte, d. h. daß einige Landesverbände mit ihren Zahlungen an die Parteizentrale beträchlich in Verzug geraten waren.[32] Ende September 1958 kündigte der Landesverband Baden-Württemberg seine Teilnahme am Finanzausgleich offiziell auf, da über die Berechnungsgrundlagen keine Einigkeit mit dem Bun-

23 Nr. 43, S. 291 f.
24 Nr. 47, S. 332 f.
25 Ebd., Anm. 16, S. 333 f.
26 Nr. 50, Anm. 3, S. 359.
27 Ebd., S. 358.
28 Nr. 51 mit Anm. 19, S. 367.
29 Nr. 55, Anm. 32, S. 397.
30 Ebd., S. 397.
31 Nr. 56, S. 408.
32 Nr. 55, S. 397.

desschatzmeister erzielt werden konnte.[33] In dieser Situation rief *Rubin* den Bundesvorstand nicht nur zur äußersten Sparsamkeit auf[34], sondern er bat darüber hinaus den Parteivorsitzenden, sich der Parteifinanzierung persönlich anzunehmen.[35]

Maier nahm daraufhin Besprechungen mit der Führung des BDI auf, als deren Ergebnis er im Februar 1959 *Rubin* mitteilte, daß es ihm gelungen sei, „eine Grundfinanzierung von monatlich DM 50 000 für die Bundesgeschäftsstelle bis auf weiteres sicherzustellen". Außerdem wußte *Maier* zu berichten, daß die im Juli und August 1958 ausgebliebenen Zahlungen der Partei zusätzlich überwiesen würden.[36] Gleichwohl kam es nunmehr zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen *Maier* und *Rubin*, der dem Parteivorsitzenden ein falsches Procedere vorwarf – da er als Bundesschatzmeister zu den Besprechungen nicht zugezogen wurde[37] – und ihm unterstellte, im Zusammenwirken „mit einigen sogenannten Vertretern der Wirtschaft" die bislang erfolgreiche Arbeit des Bundesschatzmeisters „nachhaltig zum Schaden unserer Partei zu stören".[38] *Maier* hingegen, der den Bundesschatzmeister für die „heillose finanzielle Lage" der Partei verantwortlich machte[39], hielt daran fest, daß er in den Verhandlungen über die Finanzierung „die Interessen der FDP voll gewahrt" habe.[40] Finanzierungsfragen überließ *Maier* fortan jedoch wieder dem Bundesschatzmeister, der sein Konzept Ende Februar 1959 im Bundesvorstand entwickelte.

Danach hielt *Rubin* das direkte Gespräch mit den Herren der Wirtschaft weiterhin für unbedingt notwendig, das allerdings „von einer einheitlichen Mannschaft im gleichen Geiste" geführt werden müsse. Außerdem votierte *Rubin* mit Entschiedenheit dafür, den Finanzausgleich als „die Basis für die politische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle" wieder in Kraft zu setzen. Für den Bundesschatzmeister stand außer Frage, daß mit „den bisherigen Methoden" Schluß gemacht und eine „breitere Basis" geschaffen werden müsse, „indem die Landesverbände ihre Verpflichtungen einhielten".[41]

Obwohl es *Rubin* im folgenden gelang, die Meinungsverschiedenheiten mit dem Landesverband Baden-Württemberg über dessen Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs zu beseitigen[42], war damit die Frage nach der Beibehaltung des Finanzausgleichs noch nicht beantwortet. *Rubin* stellte sie im Mai 1959 im Bundesvorstand zur Diskussion[43]; eine Entscheidung fiel allerdings erst wenige Wochen später, als der Bundesschatzmeister mit den Landes-

33 Nr. 58 mit Anm. 13, S. 422.
34 Nr. 55, S. 398.
35 Nr. 58, Anm. 10, S. 421.
36 Nr. 57 mit Anm. 11, S. 414.
37 Nr. 55, S. 397 f.; Nr. 59, Anm. 2, S. 424.
38 Nr. 58, Anm. 10, S. 421.
39 Ebd.
40 Ebd., Anm. 15, S. 423.
41 Ebd., S. 422.
42 Nr. 62, S. 437.
43 Ebd.

schatzmeistern übereinkam, den Finanzausgleich mit Wirkung vom 30. Juni 1959 auszusetzen.[44]

Die finanzielle Lage der Partei war derweil nach wie vor „sehr angespannt" und durch „eine ungünstige Entwicklung" gekennzeichnet[45], die sich nach vorübergehender „leichter Besserung" bis in den Herbst 1959 fortsetzte.[46] Dieses Schicksal traf allerdings nicht nur die FDP, sondern auch die anderen „bürgerlichen" Parteien, wie der Finanzbericht *Rubins* auf dem Bundesparteitag im Januar 1960 feststellte. Sie alle, so hieß es hierin, leben „am Rande des finanziellen Ruins". Gleichwohl gab es für sie Hoffnung – so der Bericht weiter – durch „die Bereitstellung öffentlicher Mittel".[47]

Einen Hinweis auf diese Möglichkeit der Parteifinanzierung enthält bereits das Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 20. Juni 1959. Danach berichtete *Weyer* über Gespräche mit dem nordrhein-westfälischen Finanzminister *Sträter* und Bundeskanzler *Adenauer* über die Parteienfinanzierung, aus denen sich eine „gewisse Aufgeschlossenheit" ergebe, „nach und nach zu einer Grundfinanzierung der Parteiarbeit aus öffentlichen Mitteln überzugehen".[48] Von der Notwendigkeit dieses Weges zeigte sich auch *Rubin* Anfang September 1959 überzeugt, als er im Bundesvorstand ausführte: „Wenn die Wirtschaft nicht bereit ist, die Parteien im notwendigen Ausmaß zu unterstützen, ist eine Teilfinanzierung der Parteiarbeit aus öffentlichen Mitteln nicht mehr zu umgehen. Das gegenwärtige Halbdunkel der Parteienfinanzierung, bei weitgehender rechtlicher Unklarheit, ist für alle Beteiligten nicht mehr lange zumutbar." Im Anschluß hieran wies der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hans *Lenz,* auf seine Bemühungen hin, die er zusammen mit dem CDU-Abgeordneten *Stoltenberg* unternommen habe, um „im Bundeshaushalt einen Titel für die Unterstützung der staatsbürgerlichen Arbeit der Parteien einzusetzen". Auf diese Art sei ein 5-Millionen-Fond entstanden, dessen Vergaberichtlinien allerdings noch beschlossen werden müßten.[49] Die Freigabe der zunächst noch gesperrten Gelder beschloß der Haushaltsausschuß des Bundestages am 10. Februar 1960 mit der Anweisung: „Die Aufteilung erfolgt auf die im Bundestag vertretenen Parteien nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament."[50]

44 Nr. 66, S. 456.
45 Nr. 62, S. 437.
46 Nr. 66, S. 455 f.
47 Nr. 70, Anm. 3, S. 471.
48 Nr. 65, S. 451.
49 Nr. 66, S. 456.
50 Ebd., Anm. 19.

C. Etappen der politischen Entwicklung

1. Schwierige Koalitionspartnerschaft mit der CDU/CSU im Bund (bis Februar 1956)

Als der Bundesvorstand am 19. Mai 1954 erstmals unter *Dehlers* Vorsitz zusammentrat, gab es sogleich Anlaß, über eine politische Niederlage zu reden. Am Tage zuvor hatte nämlich der Wahlmännerausschuß des Bundestages mit Josef *Wintrich* einen CSU-Vertreter als Nachfolger von *Höpker Aschoff* zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Wie *Dehler* dem Bundesvorstand mitteilte, sei er von Anfang an mit der Marschroute in die Nachfolgeverhandlungen gegangen, daß die FDP auch den neuen Verfassungsgerichtspräsidenten stellen müsse. Aus verschiedenen Gründen habe er dieses Konzept aber nicht durchhalten können. Aus den Reihen des Bundesvorstandes mußte er sich daher Kritik gefallen lassen, insbesondere durch *Haußmann,* der feststellte: „Wir können es uns nicht mehr gestatten, daß wir einen so ausgezeichneten Posten von *Höpker Aschoff* via Gebhard *Müller*-Kandidatur einfach verlieren." An die Adresse der Union gewandt fügte *Haußmann* hinzu: „Das Spiel, das hier mit Dr. *Dehler* getrieben worden ist, der offen, gutgläubig gehandelt hat, ist mal wieder bezeichnend."[1]

Nur wenige Wochen später kam es zu neuen Kontroversen mit *Adenauer* und der CDU, die allerdings bedeutend schwerwiegender waren, da sie die Außen- und Deutschlandpolitik betrafen. Ausgangspunkt war eine Rede *Pfleiderers* in der Haushaltsdebatte im Bundestag am 7. April 1954, in der er eine Forcierung der Ostpolitik der Bundesregierung anmahnte und sich dafür aussprach, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten und insbesondere mit Moskau und Peking anzustreben.[2] Als *Pfleiderer* dann auch noch äußerte, in absehbarer Zeit nach Moskau reisen zu wollen[3], ging *Adenauer,* der am 7. Mai 1954 seinerseits öffentlich die Möglichkeit diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten erwogen hatte[4], auf Distanz zu *Pfleiderer,* dem er vorwarf, die von der Bundesregierung vertretene Politik zu stören.[5]

Innerhalb der FDP war *Pfleiderers* Position umstritten. Während insbesondere *Schäfer, Becker* und auch *Schwennicke* von ihm abrückten[6], fand er bei *Dehler, Haußmann, Middelhauve, Mende* und *Weyer* Unterstützung. Allerdings be-

1 Nr. 1, S. 24–27, Zitate S. 26.
2 Nr. 2, Anm. 4, S. 56.
3 Ebd., Anm. 9, S. 59.
4 Ebd. mit Anm. 7, S. 57.
5 Ebd., S. 65.
6 *Schäfers* und *Beckers* Position in: ebd., Anm. 1 und 2, S. 56, *Schwennickes* Stellungnahme ebd., S. 60 f.

tonten auch *Pfleiderers* Fürsprecher die Notwendigkeit, die Verbindungen mit dem Westen aufrechtzuerhalten und die wirtschaftliche, militärische und politische Zusammenfassung Europas fortzusetzen.[7] Wenn sie gleichwohl für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion plädierten, so stand dahinter die Absicht – so *Nowack* –, „Deutschland zu einem Faktor mit eigenem Gewicht zu machen" und die „außenpolitische Einbahnstraße" zu verlassen.[8]

Während der Konflikt zwischen *Adenauer* und *Pfleiderer* fortdauerte, die an ihren grundsätzlichen Positionen weiterhin festhielten und sie auch in der Öffentlichkeit vertraten[9], wurde das Koalitionsklima durch weitere Auseinandersetzungen zusätzlich belastet. Familienminister *Wuermeling* erregte Aufsehen, als er die FDP als „liberale Meute" bezeichnete[10], *Preusker* und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stritten über die Novellierung des Wohnungsbaugesetzes[11], und schließlich kam es noch zwischen *Maier* und *Adenauer* zu einer heftigen, öffentlich ausgetragenen Kontroverse, weil der Bundeskanzler einen Bericht des Verfassungsschutzamtes mit *Maier* betreffende Feststellungen gegenüber dem Bundespräsidenten und innerhalb der Union verwandt hatte.[12] Einen neuen Höhepunkt erreichten die Mißstimmigkeiten in der Koalition im Sommer 1954 infolge der *John*-Affäre[13] und der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung.[14]

Als der Bundesvorstand am 10. September 1954 über diese Fragen beriet, nahm dies *Dehler* zum Anlaß einer Generalabrechnung mit dem Bundeskanzler und seiner Regierung. Der Parteivorsitzende konstatierte einen „krassen Mißerfolg" der Außenpolitik der Bundesregierung, da „die geistigen Voraussetzungen, die zur EVG führten, sich nicht als tragfähig erwiesen haben". *Dehler* kritisierte das Verhalten *Adenauers* und des Auswärtigen Amtes, das eine „neue Equipe" brauche. *Hallstein* war nach *Dehlers* Auffassung ebenso wenig zu halten wie Innenminister *Schröder,* dem ein Versagen in der *John*-Affäre bescheinigt wurde. *Dehlers* Kritik machte schließlich auch vor *Adenauer* nicht halt, dem er vorwarf, seine „Aufgabe als Kanzler" nicht mehr zu erfüllen, da die „von ihm angewandten Mittelchen eines Oberbürgermeisters" nicht mehr ausreichten.[15]

Während insbesondere *Middelhauve* und *Rademacher Dehlers* Position unterstützten, wobei ersterer vor allem auf eine Entbindung *Adenauers* vom Amt des Außenministers drängte[16], waren die Stellungnahmen der Bundesminister

7 Stellungnahme der Genannten ebd., S. 60–64; letzter Halbsatz inhaltliche Wiedergabe aus der verabschiedeten Resolution, ebd., S. 67.
8 Ebd., S. 64.
9 Nr. 3, Anm. 7, S. 82.
10 Nr. 2 mit Anm. 16, S. 60, und S. 74.
11 Ebd. mit Anm. 17, S. 60.
12 Nr. 3, Anm. 8, S. 82.
13 Nr. 4, Anm. 1, S. 86.
14 Ebd., Anm. 8, S. 86 f.
15 Ebd., S. 86 ff.
16 Ebd., S. 89 f.

Neumayer und *Preusker* von größerer Zurückhaltung geprägt. *Neumayer* gestand zwar das Scheitern der EVG zu, was für ihn aber nicht gleichbedeutend mit einem Scheitern „der gesamten Außenpolitik" war. Er warnte davor, mit ultimativen Forderungen an das Bundeskanzleramt heranzutreten oder aber dem Mißbilligungsantrag der SPD-Fraktion im Bundestag gegen Innenminister *Schröder* zuzustimmen, da sich sonst die Koalitionsfrage stellen könne.[17] Eine ähnliche Auffassung vertrat *Preusker,* der allerdings eine „Generalverhandlung" mit *Adenauer* über alle anstehenden Fragen für notwendig hielt, an deren Ende möglicherweise der Rücktritt der FDP-Minister stehen könne.[18]

Auf die vom FDP-Bundesvorstand am Ende seiner Sitzung vom 10. September 1954 beschlossene Aufforderung an den Bundeskanzler, die „notwendigen Konsequenzen innerhalb der Bundesregierung [zu] veranlassen"[19], ging *Adenauer* jedoch nicht ein. Er blieb weiterhin als Außenminister im Amt, ebenso *Hallstein* als Staatssekretär, und auch *Schröder* wurde nicht entlassen. Die FDP-Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung über den Mißbilligungsantrag gegen den Bundesinnenminister der Stimme[20], sie sorgte aber zugleich durch eine Rede *Maiers*[21], die nach den Worten *Eulers* auf eine „Kritik an der Koalition hinausgelaufen" sei[22], für neue Spannungen, die *Dehler* dadurch auszugleichen suchte, daß er nach *Maiers* Auftritt im Bundestag seinerseits das Wort ergriff und dem Bundeskanzler expressis verbis das Vertrauen der FDP-Fraktion aussprach.[23]

Währenddessen dauerte unterschwellig der Konflikt über den außen- und deutschlandpolitischen Kurs an. So übte *Maier* Ende September 1954 auf einer Parteiversammlung in Karlsruhe öffentlich Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung[24], und auf dem ersten Bundesdelegiertentreffen der Deutschen Jungdemokraten Anfang Oktober 1954 sprach sich *Dehler* für Verhandlungen mit der Sowjetunion aus, während *Schäfer* und *Euler* solche Verhandlungen erst nach dem Ausbau des westlichen Sicherheitssystems für aussichtsreich hielten.[25] Diese innerparteilichen Kontroversen traten Ende Oktober 1954 aber in den Hintergrund, als mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge und des Saarstatuts die außenpolitische Entwicklung in eine neue Phase trat.

Mit der Saarfrage kam nun ein Problem für die FDP zur Sprache, das schon zu *Blüchers* Zeiten einen zentralen Stellenwert für die Außen- und Deutschlandpolitik besessen[26] und das auch *Dehler* im Mai 1954 wiederholt in der Öffentlichkeit angesprochen und dabei eine Position bezogen hatte, die auf eine Di-

17 Ebd., S. 93.
18 Ebd., S. 96 f.
19 Ebd., Anm. 26, S. 97 f.
20 Nr. 5 mit Anm. 2, S. 98 f.
21 Ebd., S. 99.
22 Ebd.
23 Ebd.
24 Ebd., Anm. 7, S. 100.
25 Ebd., Anm. 5, S. 99.
26 FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, S. LXXXVIII und S. XCI ff.

stanzierung von der Saarpolitik des Bundeskanzlers bedacht war.[27] Auch das in Paris unterzeichnete Saarstatut stieß in der FDP-Bundestagsfraktion sogleich auf Ablehnung, und selbst Minister *Preusker* erklärte am 31. Oktober 1954 öffentlich, daß eine Zustimmung der FDP-Minister nicht zu erwarten stand.[28] Die FDP-Fraktion begründete ihren Standpunkt mit der „Gefahr einer Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung über die Saar durch diese vorläufige Autonomie"[29], und *Preusker* monierte zusätzlich, daß der Bundeskanzler „ohne Unterrichtung der Bundesregierung" gehandelt habe, so daß sich für ihn die Koalitionsfrage stelle.[30] Im Bundesvorstand wurde zwar am Vorpreschen der Fraktion Kritik geübt, ihre Haltung aber schließlich „einstimmig gebilligt".[31]

Daran änderte sich auch in den folgenden Wochen nichts. Sowohl im Dezember 1954 wie auch im Januar 1955 erteilte der Bundesvorstand der ablehnenden Haltung der FDP-Fraktion bezüglich des Saarstatutes seine Zustimmung.[32] Unterschiedliche Auffassungen gab es jedoch im Hinblick auf die Pariser Verträge, da *Pfleiderer* sie ablehnte und einer „Österreich-Lösung für Deutschland" oder einer „Verwirklichung des *Pfleiderer*-Planes von 1952" das Wort redete.[33] Gefolgschaft fand er jedoch hierfür zu diesem Zeitpunkt kaum, denn Bundesvorstand und Bundestagsfraktion beurteilten das Pariser Vertragswerk überwiegend positiv und unterstützten es – so *Dehler* im Bundestag – „mit allen Kräften".[34] *Schwennicke* war die gleichwohl fortdauernde Diskussion über die Vorstellungen *Pfleiderers* innerhalb der Partei ein solches Ärgernis, daß er darum bat, ihn vom „Vorsitz im gesamtdeutschen Ausschuß zu entbinden".[35]

Zum Eklat innerhalb der Partei kam es im Februar 1955 aber nicht im Zusammenhang mit *Pfleiderers* außen- und deutschlandpolitischen Überlegungen, sondern deshalb, weil *Blücher* entgegen einem Fraktionsbeschluß, nach dem das Saarstatut abzulehnen war, bei der Abstimmung im Bundestag am 27. Februar 1955 mit „Ja" stimmte und sich die Minister *Preusker* und *Schäfer* der Stimme enthielten. Das Verhalten *Blüchers*, der im Anschluß an die Abstimmung bei Bundeskanzler *Adenauer* sein Rücktrittsgesuch einreichte, das dieser aber nicht annahm, führte insbesondere im Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem er angehörte, zu heftigen Reaktionen. Er ersuchte die Bundestagsfraktion, beim Bundeskanzler die Auflösung des von *Blücher* geleiteten Ministeriums zu verlangen und das Rücktrittsgesuch *Blüchers* zu unterstützen. Dagegen sollten nach Ansicht des Landesverbandes *Preusker* und *Schäfer* im Kabinett verbleiben, ihnen jedoch die Mißbilligung durch die Frak-

27 Nr. 2 mit Anm. 12 und 13, S. 60.
28 Nr. 6 mit Anm. 3, S. 104 f.
29 Ebd. mit Anm. 2, S. 104.
30 Ebd., S. 104.
31 Ebd. mit Anm. 4, S. 105.
32 Nr. 7, S. 106, und Nr. 9, S. 111.
33 Nr. 7 mit Anm. 1, S. 106.
34 BT Sten. Ber., Bd. 22, S. 3164 A.
35 Nr. 8, Anm. 7, S. 109.

tion ausgesprochen werden. Die Koalitionsfrage wünschte der Landesverband nicht aufzuwerfen.[36]

Auf der Bundesvorstandssitzung am 19. März 1955 kritisierten *Neumayer* und *Schäfer* „mit ungeheurer Härte und Schärfe" den Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, *Middelhauve,* und *Schäfer* ging nun seinerseits mit der Ankündigung seines Kandidaturverzichtes für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden in die Offensive.[37] Auch *Blücher* war bestrebt, den Schwarzen Peter für die unbefriedigenden Zustände innerhalb der Partei *Dehler* zuzuspielen[38], dessen Situation dadurch geschwächt war, daß er zur selben Zeit in einen Konflikt mit dem Berliner Landesvorsitzenden *Schwennicke* verstrickt war, in dem er sich durch überzogene Vorwürfe ins Unrecht setzte.[39] *Dehler* blieb daher kaum eine andere Wahl, als auf dem eine Woche später stattfindenden Bundesparteitag den Versuch zu machen, die bestehenden Gegensätze zuzudecken. Er tat dies, indem er *Blücher* zu Beginn des Parteitages demonstrativ mit Handschlag begrüßte und in seiner Parteitagsrede *Blüchers* Verhalten in der Saarabstimmung mit verständnisvollen Worten kommentierte.[40]

Der Verlauf der Bundesvorstandswahlen mit dem Kandidaturverzicht von *Schäfer* und *Schwennicke*[41] hatte allerdings die in der Partei bestehenden Spannungen auch nach außen sichtbar gemacht. Schon bald kursierten Gerüchte über die Gründung einer Sozialkonservativen Partei, an der auch die FDP-Politiker *Blücher, Preusker, Neumayer, Euler, Fassbender, Schneider* und *Wellhausen* beteiligt sein sollten.[42] Die Parteiführung der FDP nahm die Meldungen so ernst, daß sie sie am 30. April 1955 auf die Tagesordnung der Bundesvorstandssitzung setzte. Auf Befragen bestritten die genannten Politiker sämtlich, „Verhandlungen der behaupteten Art geführt zu haben".[43] Entsprechend hieß es in einer Anfang Mai erscheinenden Verlautbarung der FDP, es habe sich in den Vorstandsbesprechungen „die völlige Haltlosigkeit der Behauptung" herausgestellt, „ein angeblicher Ministerflügel oder eine Gruppe von Abgeordneten der FDP trügen sich mit Gedanken einer Neugruppierung außerhalb des Rahmens ihrer Partei".[44]

Auf derselben Vorstandssitzung, auf der die Neugründungsgerüchte angesprochen wurden, fand auch eine ausführliche Beratung der außenpolitischen Lage statt[45], in der die nach wie vor bestehenden Divergenzen zwischen FDP und *Adenauer* zum Ausdruck kamen. Bei der Diskussion über die Wiedervereinigung wurde eine Lösung vorgeschlagen, die „auf dem Boden der Westverträ-

36 Nr. 10, Anm. 12, S. 113.
37 Ebd., S. 113.
38 Ebd., S. 113 f.
39 Ebd., S. 114.
40 Artikel „Wiederwahl Dehlers als FDP-Vorsitzender gesichert", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 26./27. 3. 1955.
41 Siehe oben S.XVI.
42 Nr. 12 mit Anm. 6 und 7, S. 117.
43 Ebd., S. 117.
44 Ebd., Anm. 10, S. 118.
45 Ebd., S. 118.

ge" liege, und es wurden „Angebote" an die Sowjetunion abgelehnt, „die die Pariser Verträge preisgeben". Marie-Elisabeth *Lüders* schränkte allerdings ein, daß man „irgendeinen Preis" für die Wiedervereinigung zahlen müsse, und fuhr dann fort: „Wir kommen keinen Schritt weiter, wenn wir an der sturen Haltung des Kanzlers festhalten." *Mende* ergänzte, daß trotz geringer Aussichten auf „annehmbare Lösungen" versucht werden müsse, „die militärpolitischen Situationen zu ergründen, die möglicherweise doch zu einem Angebot an die Russen führen könnten".[46]

Überlegungen dieser und ähnlicher Art drangen auch in die Öffentlichkeit und blieben somit auch *Adenauer* nicht verborgen, der gegenüber seinem Juniorpartner in der Regierung in den nächsten Wochen reserviert blieb. Auf den Vorschlag des FDP-Bundesvorstandes, Erich *Mende* zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu ernennen[47], ging er nicht ein. Und ebenso lehnte er das mit Nachdruck vorgebrachte Verlangen *Dehlers* ab, einen FDP-Politiker in die Delegation aufzunehmen, die im September 1955 unter des Kanzlers Leitung zu einem Besuch nach Moskau aufbrach.[48] Somit unterblieb die Einbindung der FDP in die Moskauer Verhandlungen, und *Dehler* begann noch vor der Rückkehr des Kanzlers damit, das Moskauer Ergebnis zu kritisieren und *Adenauer* zu attackieren.

Am 13. September 1955 warf *Dehler Adenauer* vor, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion die deutsche Teilung „geradezu verbrieft" zu haben, und er bemängelte, daß die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen insgesamt „sehr dürftig" seien.[49] *Dehler* handelte sich hiermit jedoch vorerst nur innerparteiliche Kritik ein[50], und er selbst mußte als Vorsitzender der Bundestagsfraktion im Bundestag eine positive Stellungnahme zu den Moskauer Gesprächen abgeben.[51] Diese Erfahrung hielt den Parteivorsitzenden jedoch nicht davon ab, auch weiterhin zu außenpolitischen Fragen öffentlich in einer Weise Stellung zu nehmen, „die mit den zuständigen Gremien der Partei nicht vorher abgestimmt" war. Der Landesverband Hessen veröffentlichte daher am 1. Oktober 1955 eine Entschließung, die *Dehler* dieserhalb kritisierte und seine Äußerungen auch inhaltlich verwarf, da sie den Eindruck erweckt hätten, „als sagten sich die Freien Demokraten los von einer Vertragspolitik, die sie selbst die Jahre hindurch mitgetragen haben".[52] Unter Einschaltung des Bundesvorstandes gelang zwar eine Beilegung des Konfliktes zwischen *Dehler* und dem hessischen Landesverband[53], eine Beruhigung trat innerhalb der Partei gleichwohl nicht ein.

Dies war nun vor allem auf *Adenauer* zurückzuführen, der seit dem November 1955 die FDP massiv unter Druck zu setzen begann. Er forderte sie ulti-

46 Ebd., Anm. 13, S. 118 f.
47 Nr. 13, S. 120, und Nr. 14, S. 123.
48 Nr. 14, S. 122, und Nr. 15 mit Anm. 1, S. 125.
49 Nr. 15, Anm. 7, S. 126.
50 Ebd., S. 126.
51 Ebd. mit Anm. 11.
52 Nr. 16 mit Anm. 3, S. 127 f.
53 Ebd. mit Anm. 5, S. 128.

mativ auf, nicht nur in der Außenpolitik, sondern ganz allgemein jegliche Distanzierung von der Bundesregierung aufzugeben, da er ansonsten die Koalitionsfrage stellen müsse.[54] Um den Druck auf die FDP zu verstärken, wurde von der Union nunmehr ein Wahlgesetzentwurf (Grabenwahl-System) präsentiert, der die Existenz der FDP gefährdete[55], und nicht zuletzt ermunterte *Adenauer Dehlers* Gegner in der Fraktion, die am Nachmittag des 10. Januar 1956 schließlich den – vergeblichen – Versuch starteten, *Dehler* als Fraktionsvorsitzenden durch *Wellhausen* zu ersetzen.[56]

Dehlers Gegenspieler in Bundesvorstand und Fraktion verwarfen die daraufhin vom Parteivorsitzenden vorgebrachte These, daß eine Koalitionskrise zu konstatieren sei. *Preusker* vermochte nur eine „Krise *Adenauer*-FDP bzw. *Adenauer-Dehler*" zu erkennen. *Dehlers* Kritik an *Adenauer* konnte nach *Preusker* in dem Satz zusammengefaßt werden: „Dieser Bundeskanzler redet viel von Wiedervereinigung, aber er tut nichts dafür." Daraus resultierte nach *Preusker* das Problem, daß *Dehler* „mit diesem tiefen Mißtrauen an der Spitze einer Fraktion steht, die in ihrer Mehrheit bekräftigt, daß sie hinter der Außenpolitik *Adenauers* steht". *Preusker* verteidigte im folgenden die Position des Bundeskanzlers und kritisierte seinen Parteivorsitzenden, dessen „Mißtrauen" er für die verfahrene Lage der Koalition verantwortlich machte.[57]

Die Zukunft dieser Koalition mußte sich nunmehr am Wahlrecht entscheiden, denn der Bundesvorstand beschloß am 10. Januar 1956, daß „das Grabensystem [. . .] für die FDP unannehmbar und keine Diskussionsgrundlage" sei. Im Falle eines Festhaltens der CDU an diesem System war der Bundesvorstand entschlossen, „die Konsequenzen der FDP in Bund und Ländern" festzulegen.[58]

In dieser Situation ergriff der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen die Initiative. Nach Fühlungnahme mit der SPD erklärte am 30. Januar 1956 die FDP-Landtagsfraktion ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Koalition mit der CDU in Nordrhein-Westfalen zu kündigen und mit SPD und Zentrum eine neue Regierung zu bilden.[59] Erst jetzt lenkte die CDU ein und ließ das Grabensystem fallen[60], ohne indessen den Koalitionswechsel in Düsseldorf aufhalten zu können. Dieser wiederum führte am 23. Februar 1956 zur Spaltung der Bundestagsfraktion[61] und einen Tag später zur Aufkündigung der Koalition mit der FDP im Bund durch die CDU.[62]

54 Nr. 18, Anm. 13, S. 139.
55 Ebd., Anm. 9, S. 136.
56 Nr. 17 mit Anm. 6, S. 131 f.
57 Ebd., S. 130.
58 Ebd., S. 131.
59 Siehe oben S. XXXII.
60 Nr. 18 mit Anm. 6 und 7, S. 134.
61 Nr. 19 mit Anm. 1, S. 145.
62 Ebd., Anm. 11, S. 147.

2. Konsolidierung der Partei nach der Spaltung der Bundestagsfraktion und Oppositionspolitik unter Dehler (Februar–Dezember 1956)

Als der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 25. Februar 1956 zu ergründen versuchte, warum es zur Spaltung der Bundestagsfraktion gekommen war, verwies *Dehler* auf die seit „Jahr und Tag" stattfindenden „Oppositionssitzungen der Hessen und der Ministergruppe".[1] Als letztlich Verantwortlichen bezeichnete der Parteivorsitzende den hessischen Landesvorsitzenden *Euler,* der „die Herrschaft in der Partei" haben oder ausscheiden wollte.[2] In der Verurteilung des Vorgehens der Ausgeschiedenen bestand im Bundesvorstand Übereinstimmung – *Middelhauve* gebrauchte dafür die Worte „Fahnenflucht und Dolchstoß"[3] –, Auffassungsunterschiede bestanden aber darüber, wie den Ausgeschiedenen in Zukunft zu begegnen sei: Während *Dehler* und mit ihm die Mehrheit des Bundesvorstandes für einen scharfen Einschnitt plädierte – *Dehler:* Man solle „nicht tuschen, nicht leimen, nicht kitten"[4] –, votierten *Middelhauve* und Albrecht *Haas* dafür, „so großzügig wie möglich" zu sein, „um den Rückweg zu ebnen".[5] Man einigte sich schließlich darauf, einzelnen Ausgeschiedenen, „die zu der Überzeugung kommen sollten, übereilt gehandelt zu haben", die Wiederaufnahme in die Partei zu ermöglichen.[6] Versperrt bleiben sollte dieser Weg allerdings für maßgebliche Leute unter den Ausgeschiedenen, denn *Dehler* stellte apodiktisch fest: „Ich werde mit *Euler* und *Blücher* keinesfalls mehr in einer Partei sein."[7]

Uneinheitlich war das Verhalten der Ausgeschiedenen nach dem 23. Februar. Während *Euler,* durch das entschiedene Vorgehen des stellvertretenden Landesvorsitzenden *Kohut* im Landesverband isoliert, am 25. Februar seinen Rücktritt als Landesvorsitzender und seinen Austritt aus der FDP erklärte[8], hielten *Blücher* und *Schäfer* zunächst an ihrer Parteimitgliedschaft in der FDP fest[9], so daß die FDP-Führung ihrerseits die Frage diskutieren mußte, wie sie hierauf reagieren sollte. Da die Satzung in diesem Punkt nicht eindeutig war, wurde im Bundesvorstand am 17. März 1956 ein Antrag auf Änderung der Satzung eingebracht, demzufolge die Parteimitgliedschaft automatisch endet, wenn ein Mitglied „nach seiner Wahl in ein Parlament der parlamentarischen Gruppe der Partei nicht beitritt oder wenn es aus einer parlamentarischen Gruppe der Partei austritt, ohne sein Mandat niederzulegen".[10] Diese Sat-

1 Nr. 19, S. 145.
2 Ebd., S. 148.
3 Ebd., S. 149.
4 Ebd., S. 151.
5 Ebd., S. 149 und S. 154.
6 Ebd., S. 156.
7 Ebd., S. 151.
8 Ebd., Anm. 23, S. 152.
9 Ebd. mit Anm. 12 und Anm. 18, S. 147 und S. 151.
10 Nr. 20 a mit Anm. 2, S. 157.

zungsänderung hat der Würzburger Parteitag am 21. April 1956 einstimmig angenommen.[11]

Da der Bundesvorstand jedoch schon vorher Maßnahmen gegen die Sezessionisten für erforderlich hielt, beriet er am 9. April 1956 darüber, ob Ausschlußanträge ad personam gestellt werden sollten. Dabei stellte sich heraus, daß die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Ausschlußverfahren gegen *Blücher* bzw. *Neumayer* eingeleitet hatten und der Landesverband Hamburg *Schäfer* als ausgeschieden betrachtete, der seinerseits dieser Feststellung widersprochen hatte. Der Bundesvorstand faßte daraufhin den Beschluß, den eingeleiteten Verfahren gegen *Blücher* und *Neumayer* beizutreten und beim Bundesschiedsgericht Ausschlußanträge gegen *Preusker* und *Schäfer* einzureichen.[12] Den gegen sie eingeleiteten Verfahren entzogen sich die Betroffenen wenig später selbst, als sie am 21. April 1956 ihren Austritt aus der Partei erklärten.[13]

Im Fadenkreuz der Kritik des Bundesvorstandes stand von Beginn an auch der Berliner Landesvorsitzende *Schwennicke,* den *Dehler* nicht nur einer Kooperation mit *Euler* und *Blücher* verdächtigte, sondern dem er auch unterstellte, sich mit *Adenauer* laufend abgestimmt zu haben.[14] Am 17. März 1956 befaßte sich daher der Bundesvorstand mit der Frage, ob auch ein Ausschlußantrag gegen *Schwennicke* zu stellen sei.[15] Hiervon wurde nach Verhandlungen mit dem Berliner Landesvorsitzenden[16] aber abgesehen, da *Schwennicke* „die nötigen Aufklärungen" geben konnte.[17]

Der Erfolg der Sezessionisten, die am 23. April 1956 beschlossen, eine neue Partei unter dem Namen „Freie Volkspartei" zu gründen[18], hielt sich in engen Grenzen, da, wie Albrecht *Haas* schon am 25. Februar 1956 vermutete[19], die Parteiorganisation der FDP insgesamt intakt blieb und auch der Mitgliederverlust keine allzu großen Ausmaße annahm. Aus den Meldungen der Landesvorsitzenden im Bundesvorstand ergibt sich, daß nur in den Landesverbänden Hessen und Hamburg sowie bedingt in Rheinland-Pfalz Abgänge zu verzeichnen waren, während in den übrigen Ländern „keine nennenswerte Tätigkeit der FVP" festgestellt werden konnte.[20] Von den 48 Kreisverbänden in Hessen traten bis Anfang April 1956 nur vier zur Euler-Gruppe über, weitere vier verloren Vorstands- und Kreistagsmitglieder. Von den 6 000 Mitgliedern verließen den Landesverband zunächst 100[21], bis zum Juli 1956 dann 300[22], an eini-

11 Nr. 22 a mit Anm. 1, S. 170.
12 Nr. 21, S. 167 f.
13 Nr. 23, Anm. 12, S. 178.
14 Nr. 20 a, S. 158 f.
15 Ebd., S. 157–160.
16 Nr. 20 b, S. 163 f.
17 Nr. 21, S. 168.
18 Nr. 23, Anm. 11, S. 177.
19 Nr. 19, S. 153.
20 Nr. 24, S. 183 f.
21 Nr. 23, S. 177.
22 Nr. 25, S. 190.

gen Orten kam es auch zu Gruppenaustritten.[23] In Hamburg waren *Schäfer* bis Anfag April 1956 70 Personen gefolgt, „darunter ein Bezirksvorsitzender und zwei Kreisvorsitzende"[24], in Rheinland-Pfalz wechselten zwei Bezirksgeschäftsführer zur FVP.[25]

Einen Einbruch in ihre Organisation erlebte die FDP nur in Berlin, als *Schwennicke* am 21. Juni 1956 schließlich doch noch seinen Austritt aus der FDP erklärte.[26] Wie dem Bericht seines Nachfolgers im Landesvorsitz, *Will,* am 18. Juli 1956 vor dem Bundesvorstand zu entnehmen ist, waren seinem Beispiel 15 % der Mitglieder gefolgt und hatten 8 von 19 Mitgliedern die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus verlassen. Außerdem war der FDP ihre Parteizeitung verlorengegangen, die Geschäftsstelle verwaist, und sie hatte den Verlust von 10 ihrer 79 Bezirksverordneten zu beklagen.[27]

Obwohl es sich bei Berlin um einen Sonderfall handelte, der sich auf andere Landesverbände nicht auswirkte, blieb die FDP gegenüber der FVP auf der Hut. Als im September 1956 Gerüchte über eine Verschmelzung von FVP und DP unter dem Namen „Deutsche Volkspartei" auftauchten, ergriff die Parteiführung sofort Gegenmaßnahmen, indem sie in Nordrhein-Westfalen den Namen durch „nahestehende Persönlichkeiten" in das Vereinsregister eintragen ließ und ihn damit blockierte.[28] Außerdem verabschiedete sie eine Resolution, in der „Fusionsgespräche mit der abgesplitterten FVP-Gruppe" ebenso abgelehnt wurden „wie Wahlbündnisse mit der neu gebildeten Fraktionsgemeinschaft FVP/DP".[29]

Diese Diskussion über die Haltung zur FVP stand im Zusammenhang einer Aussprache im Bundesvorstand am 28. September über Gespräche, die *Dehler* mit *Erhard, Adenauer* und *Preusker* über künftige Koalitionsmöglichkeiten geführt hatte, die in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben waren. Das Protokoll über die Bundesvorstandssitzung läßt erkennen, daß *Dehlers* Gespräche nicht von allen Vorstandsmitgliedern gutgeheißen wurden. Dies geht aus dem Verlangen *Weyers* hervor, daß „Gespräche mit Persönlichkeiten anderer Parteien [. . .], falls die andere Partei mehrere Vertreter entsendet, auch nicht von einem Mann unserer Partei allein geführt werden" sollen.[30] Die im Anschluß an die Sitzung veröffentlichte Entschließung entzog sodann weiteren koalitionspolitischen Gesprächen den Boden, indem sie die „Würzburger Formel" – Beschluß des Würzburger Parteitages vom April 1956, die Entscheidung der FDP über eine Beteiligung an einer Koalition in Bonn erst nach dem Vorliegen des Bundestagswahlergebnisses von 1957 zu treffen[31] – weiterhin für

23 Nr. 24, S. 183.
24 Nr. 23, S. 178.
25 Nr. 24, S. 184.
26 Nr. 25, Anm. 16, S. 189.
27 Ebd., S. 189.
28 Nr. 27, S. 200.
29 Ebd., S. 201.
30 Ebd., S. 200.
31 Ebd., Anm. 4, S. 201.

verbindlich erklärte und expressis verbis vorweggenommene „Parteiabsprachen" ausschloß.[32]

Dehlers Fühlungnahme mit den Unionspolitikern hing mit dem Verlauf des Bundesparteitages der SPD Mitte Juli 1956 in München zusammen, auf dem nach Auffassung *Nowacks* „lebhaft für den Marxismus Propaganda gemacht worden sei".[33] Im Hinblick hierauf trat auch *Dehler* für „eine Distanzierung" von der SPD ein[34], und er gab im Bundesvorstand am 18. Juli 1956 die Zusicherung, in seinen Wahlreden um eine klare Abgrenzung von der SPD besorgt zu sein.[35]

Gegenüber der Bundesregierung und der sie tragenden Parlamentsmehrheit betrieb der Bundesvorstand Oppositionspolitik mit Hilfe von Resolutionen und Empfehlungen an die Bundestagsfraktion. Die verabschiedeten Entschließungen betrafen die Finanz- und Wirtschaftspolitik[36], die Agrarpolitik[37] und die Wehrpolitik[38] sowie schließlich die Sitzordnung im Parlament.[39] Der Bundeskanzler und seine Regierung mußten sich dabei den Vorwurf der „mangelnden Entschlußfähigkeit" gefallen lassen[40], der Regierungsmehrheit wurde „autoritatives und diktatorisches Verhalten" vorgeworfen[41], und in einem Entwurf, der dann allerdings in dieser Form nicht veröffentlicht wurde, ist gar von „der vollkommenen Hilflosigkeit einer Bundesregierung" die Rede, „deren Chef zwar nach dem Gesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, sie aber offensichtlich nicht gibt oder nicht durchzusetzen vermag".[42] Empfehlungen erhielt die Bundestagsfraktion für die Abstimmung über das Gesetz über die Feststellung des Grundwehrdienstes[43] sowie im Fall der Sozial- und Rentenreform, als die FDP-Bundestagsfraktion auf Beschluß des Bundesvorstandes die Veröffentlichung von Sachverständigengutachten beantragte.[44]

Von größerem Gewicht als diese punktuellen Äußerungen und Einflußnahmen war jedoch, daß die FDP ab Juli 1956 eine neuen Versuch startete, um die Deutschlandfrage voranzubringen. „Aufgrund zahlreicher Einzelinitiativen" war es im Laufe des Jahres zu Kontakten zwischen FDP- und LDP-Vertretern gekommen, die nach Auffassung von Walter *Scheel* – wie er im Bundesvorstand Ende August 1956 ausführte – „von seiten der Zentrale in die Hand zu nehmen" seien.[45] Der LDP-Bundesbeirat hatte diesen Kontakten am 21. Juli unter der Voraussetzung zugestimmt, „daß westdeutsche Besucher in öffentli-

32 Ebd., S. 201.
33 Nr. 26, S. 199.
34 Nr. 25, S. 186.
35 Ebd., S. 188.
36 Nr. 24, S. 185.
37 Nr. 26, S. 196.
38 Ebd., S. 198.
39 Nr. 25 mit Anm. 7, S. 187.
40 Wie Anm. 36.
41 Wie Anm. 39.
42 Nr. 27, S. 207 f.
43 Nr. 26, S. 198.
44 Nr. 28, S. 209 f.
45 Nr. 26, S. 193.

chen Versammlungen in der SBZ frei und ungehindert die Stellung der FDP zu den entscheidenden deutschen Problemen vortragen können", und gleichzeitig die Frage aufgeworfen, „ob nicht die FDP von sich aus eine große Versammlungswelle mit prominenten Vertretern unserer Partei in der Zone vorschlagen soll und der LDP verspricht, als Gegenleistung ihre Redner in Versammlungen der Bundesrepublik frei auftreten zu lassen".[46] Über die Ebene, auf der diese Kontakte ablaufen sollten, und über die damit verbundenen erreichbaren Ziele gab es im Bundesvorstand zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Einigkeit, so daß ein Ausschuß eingesetzt wurde, „der die Möglichkeiten der politischen Verbindung mit den Menschen in der Sowjetzone prüfen" sollte.[47]

Der Vorsitzende des Ausschusses, Wilhelm *Nowack,* erstattete dem Bundesvorstand Ende September Bericht. Er enthielt einen Katalog von Vorschlägen, wie die vom Ausschuß befürwortete Fortsetzung der Kontakte zu gestalten war. Ziel der Initiative waren nach *Nowack* nicht „Verhandlungen zur Wiedervereinigung", sondern ein öffentlich geführtes Gespräch zwischen beiden Seiten über die Grenze hinweg. Erwartet wurden jedoch auch konkrete Ergebnisse wie die Beseitigung des Stacheldrahtes durch Deutschland *(Weyer)* oder der freie Reiseverkehr über die Grenze hinweg *(Nowack).* Der Bundesvorstand machte Bedenken gegen eine Fortsetzung der Kontaktbemühungen nicht geltend.[48]

Im Bundesvorstand war es insbesondere Wahlkampfleiter *Döring,* der sich für diese Frage interessierte und um ihre Koordinierung und Billigung durch das höchste Organ der Partei bemüht war.[49] *Döring* war es auch, der zusammen mit *Mende* und *Scheel* vom 5. bis 7. Oktober 1956 in Weimar mit Vertretern des Zentralvorstandes der LDP zu einer Aussprache zusammentraf. Als Ergebnis wurde eine Vereinbarung erzielt, in der es nunmehr doch hieß: „Im Mittelpunkt der Besprechung standen Fragen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Parteien zur Erreichung dieses Zieles und damit zur Beendigung der unseligen Spaltung Deutschlands." Übereinstimmend wurde die „Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen" als Beitrag „zur innerdeutschen Entspannung" gewertet und eine Fortsetzung des öffentlichen Meinungsaustausches für sinnvoll gehalten. Als die Vereinbarung am 18. Oktober 1956 dem Bundesvorstand vorgelegt wurde, gab er eine Stellungnahme nicht ab, sondern beauftragte den Ausschuß für Wiedervereinigung unter Vorsitz von *Nowack,* „auf der Basis der bisherigen Besprechungen ein Programm für die Fortführung der Kontakte" aufzustellen.[50]

Das militärische Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs im Suez-Kanal-Konflikt und die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjets Ende Oktober/Anfang November 1956 führten zu einer dramatischen

46 Ebd., Anm. 5, S. 193.
47 Ebd., S. 194.
48 Nr. 27, S. 201 ff.
49 Nr. 26, S. 193, und Nr. 27, S. 202 f.
50 Nr. 28, S. 210 f.

Verschlechterung der internationalen Lage und ließen innerhalb der FDP starke Zweifel an einer Fortführung des Dialogs mit der LDP aufkommen. Der Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes, Albrecht *Haas,* forderte öffentlich eine Überprüfung der Haltung der FDP in der „Wehrpolitik und der Wiedervereinigungspolitik" und stellte fest, „daß es im Augenblick keine realen Möglichkeiten für die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik gebe". Die Kontaktversuche mit der LDP bezeichnete er als gescheitert, weil bei den Funktionären der LDP „auch nicht ein Funke liberalen Geistes mehr vorhanden" sei.[51]

Als der Bundesvorstand hierüber am 16. November 1956 diskutierte, zeigte sich, daß *Haas* noch eine Minderheitsposition vertrat, denn eine „einstimmig" (!) verabschiedete Resolution kam zu dem Ergebnis, „daß die Politik der FDP eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren habe". Dies galt nach dem Text der Entschließung insbesondere für die Vorschläge der FDP, „aus der NATO und dem Wahrschauer Pakt ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen". Zu den Gesprächen mit der LDP hieß es sibyllinisch, daß das Bemühen „mit der mitteldeutschen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen", fortgesetzt, aufgrund der jüngsten Entwicklung aber überlegt werden müsse, „auf welche Weise dieses Ziel zu erreichen" sei.[52]

Das praktische Ende der Gespräche ergab sich schließlich aufgrund eines Antrages des Landesverbandes Baden-Württemberg, der am 1. Dezember 1956 im Bundesvorstand eingebracht wurde. Danach hatten „alle sogenannten Ost-West-Kontakte" bis auf weiteres zu unterbleiben, und eine Wiederaufnahme sollte nur dann erfolgen, „nachdem in den verantwortlichen Parteigremien eine Abstimmung der Meinungen herbeigeführt worden war". Aufgrund geschäftsordnungsmäßiger Einwände unterblieb eine Beschlußfassung über den Antrag, eine Führung von Gesprächen mit ostzonalen Vertretern „in der gegenwärtigen Situation" wurde aber übereinstimmend ausgeschlossen.[53] Eine förmliche Abstimmung über den Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg hielt *Weyer* auch 14 Tage später noch für überflüssig, da es seiner Meinung nach falsch war, „heute öffentlich dem Gedanken der Kontakte eine Absage zu erteilen". Er hielt es für richtig, „die Dinge in der Schwebe zu lassen und keine Bekenntnisse abzulegen, solange man es vermeiden kann". Der Vorstand erzielte jedoch erneut Übereinstimmung darüber, „daß einstweilen keine weiteren Kontakte vorgenommen werden sollen", und er beschloß, ein Rundschreiben an die Landesverbände mit dem Inhalt abzusenden, „daß ohne vorherige Verständigung mit dem Bundesvorstand keine Untergliederung der Partei Kontakte" mit ostzonalen Stellen aufnehmen darf.[54]

51 Nr. 29 mit Anm. 8, S. 216.
52 Ebd., S. 215 f.
53 Nr. 30, S. 219 f.
54 Nr. 31 b, S. 226 f.

3. Vom Berliner Programm zur Bundestagswahl 1957: Die Partei im Wahlkampf (Januar bis September 1957)

Noch unter *Dehlers* Vorsitz, am 19. September 1956, erhielt der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Franz *Niebel,* den Auftrag, eine „Materialsammlung" für einen „Programmentwurf" der FDP zu erstellen.[1] Die Zustimmung des Bundesvorstandes hierzu erhielt die Wahlkampfleitung einige Tage später.[2] Am 1. Dezember 1956 teilte *Niebel* dem Bundesvorstand mit, daß er den Programmentwurf fertiggestellt habe. Es handele sich dabei um kein „umfassendes Parteiprogramm", sondern „um eine Zusammenstellung von Punkten, zu denen jeweils eine Erläuterung gegeben werde".[3] Über die Genesis des Entwurfs erklärte *Niebel* 14 Tage später, daß er auf dem umfangreichen Material basiere, das seit Jahresbeginn von Ausschüssen der Bundespartei und den Landesverbänden sowie von Einzelpersonen erarbeitet und das auf Konferenzen von Abteilungsleitern und Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion „begutachtet und ergänzt" worden sei.[4]

Der Entwurf umfaßte 10 Thesen (mit Erläuterungen), die vom Bundesvorstand in seiner Sitzung am 14. Dezember 1956 ausführlich diskutiert, abgeändert oder weitgehend neu formuliert wurden.[5] Die ersten beiden Thesen waren allgemein gehalten und definierten die FDP als „politische Heimat aller Deutschen, die sich zur Freiheit des einzelnen Menschen und zur Freiheit ihres Volkes bekennen, den Marxismus und sozialistische Experimente jeder Art ablehnen und den christlichen Glauben nicht im politischen Tageskampf mißbrauchen lassen wollen" (These 1), und postulierten ein „Vertrauensverhältnis" zwischen Bürger und Staat, „damit unser Volk die geistige, soziale und politische Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien besteht" (These 2). Die übrigen Thesen betrafen Einzelbereiche der Politik wie Kulturpolitik, Wirtschaftsordnung (Sozialverpflichtete Marktwirtschaft), Agrarpolitik, Außenpolitik und Deutschlandpolitik. Was den letzten Punkt anbetraf, so wurde die „Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und – dies auf einstimmigen Beschluß des Bundesvorstandes – des ostdeutschen Gebietes" als „oberstes Ziel" bezeichnet, dem „alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen [. . .] in erster Linie" zu dienen hatten.

Der durch den Bundesvorstand umgestaltete Programmentwurf wurde am Rande des Berliner Parteitages im Januar 1957 nochmals von vier Arbeitskreisen durchberaten, über deren Besetzung (Vorsitzender und Berichterstatter) der Bundesvorstand am 1. bzw. 14. Dezember 1956 entschieden hatte.[6] Das Ergebnis der Arbeitskreisberatungen trug Walter *Erbe* am 26. Januar 1957 dem

1 Nr. 31 a, Anm. 7, S. 222.
2 Nr. 27, S. 206.
3 Nr. 30, S. 220.
4 Nr. 31 a, S. 222.
5 Ebd., S. 223 f. Zum Inhalt der folgenden Thesen ebd., Anm. 9–14.
6 Nr. 30 S. 218, und Nr. 31 a, S. 222 f.

Parteitag vor[7], der es nach einer nochmaligen redaktionellen Überarbeitung durch eine Kommission verabschiedete.[8] Im Prinzip hatte sich an dem vom Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf wenig geändert. Die Werbewirksamkeit der Thesen war jedoch durch prägnante kurze Überschriften, die die Zielrichtung der jeweiligen These deutlich machten, erhöht worden. Aufgrund von Eingaben aus der Partei beschloß der Bundesvorstand am 23. Februar 1957 eine nochmalige partielle Überarbeitung des Programms durch eine Redaktionskommission.[9] Erst danach erfolgte die parteiamtliche Veröffenlichung des Berliner Programms.[10]

Noch vor der endgültigen Redaktion und Veröffentlichung ihres ersten Parteiprogramms begannen in der FDP die Vorarbeiten für die Ausarbeitung einer Wahlplattform. Aufgrund eines Vorschlages von Bundeswahlkampfleiter *Döring* sollte sie die fünf Schwerpunkte Wiedervereinigung, Außen- und Wehrpolitik, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Staats- und Gesellschaftspolitik sowie Agrarpolitik behandeln. Dieser Vorstellung entsprechend bildete der Bundesvorstand am 23. Februar 1957 fünf Arbeitskreise, die einen Entwurf ausarbeiten sollten.[11] Dafür setzte der Bundesvorstand am 20. März 1957 eine eigene Arbeitskreistagung für den 6. und 7. April 1957 in Rengsdorf an, an die sich eine Sitzung des Bundesvorstandes anschließen sollte.[12] Entsprechend ist sodann verfahren worden.

Die Arbeitskreistagung erbrachte für alle Schwerpunkte Zusammenstellungen von Forderungen und Zielsetzungen, die der Bundesvorstand ausführlich beriet, abänderte und ergänzte. Auf Anregung von *Maier* erhielt die Wahlkampfleitung den Auftrag, das erarbeitete Material „in Form" zu bringen und es sodann zwecks Beratung an die Landesverbände und die Bundestagsfraktion zu schicken.[13] Am 29. und 30. April stand es schließlich erneut im Bundesvorstand und ebenfalls im Hauptausschuß zur Diskussion und zur Verabschiedung an.

Im Laufe dieser Aussprache entschied der Bundesvorstand, der Wahlplattform die Bezeichnung „Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei" zu geben. Der Entwurf selbst wurde nochmals ausgiebig besprochen und abschnittweise fertiggestellt.[14] Sehr ausführlich behandelte auch der Bundeshauptausschuß das Programm – es gab nicht weniger als 88 Wortmeldungen –, seine Verabschiedung überließ er jedoch der Bundesparteileitung[15], die die Abschlußredaktion einer Kommission aus Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern der Bundesgeschäftstelle übertrug.[16]

---

7 Nr. 33 mit Anm. 14, S. 242.
8 Ebd. mit Anm. 15.
9 Nr. 34, S. 249.
10 Ebd., Anm. 14, S. 250.
11 Nr. 34, S. 246 ff.
12 Nr. 35, S. 251.
13 Nr. 36, S. 255–259.
14 Nr. 37, S. 263.
15 Ebd., Anm. 17.
16 Ebd., S. 263.

Das am 24. Mai 1957 fertiggestellte Aktionsprogramm[17] verkündete *Döring* auf dem Hamburger Wahlkongreß[18] der FDP am 5. Juni 1957. Die Forderungen des Programms standen unter folgenden Überschriften: „1. Schafft endlich Deutschlands Einheit! Erst Deutschland – dann Europa! 2. Bewahrt uns vor Atomgefahr! 3. Sorgt für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung! 4. Rettet die D-Mark – Sichert die Kaufkraft! 5. Schafft ein gesundes Bauerntum! 6. Verhindert die Allmacht des Staates! 7. Nie wieder Einparteien-Herrschaft!"[19]

Daß die Fragen der deutschen Einheit und der atomaren Bedrohung an der Spitze des Aktionsprogramms aufgeführt wurden, stand in einem gewissen Widerspruch zu der Auffassung des Parteivorsitzenden *Maier,* der noch vor seiner Wahl im Bundesvorstand verkündet hatte, daß „die Fragen der Wehrpolitik, der Außenpolitik [. . .] aus dem Wahlkampf möglichst herausgehalten" werden sollten.[20] In Übereinstimmung hiermit befand sich im Februar 1957 *Döring,* als er im Bundesvorstand ausführte, er halte es nicht für „erfolgversprechend, die Fragen der Außen-, Wehr- und Wiedervereinigungspolitik in den Vordergrund zu rücken, weil dort alles zu behaupten und nichts zu beweisen sei". Außerdem konstatierte *Döring* eine Skepsis der Wähler gegenüber diesen Fragen, der deshalb mahnte, insbesondere von einer polemischen Behandlung der Außen-, Wehr- und Wiedervereinigungspolitik abzusehen.[21] Den von *Maier* und *Döring* ausgesprochenen weitgehenden Verzicht auf außen- und deutschlandpolitische Themen in der Wahlpropaganda der FDP stellte *Rademacher* am 20. März 1957 im Bundesvorstand nochmals zur Diskussion, da er ihm bedenklich erschien. *Maier* rückte nunmehr insoweit von seiner Ausgangsposition ab, als er in gewisser Anlehnung an *Dörings* Erklärungen von einem Monat zuvor äußerte, daß er lediglich davon gesprochen habe, „es müsse die polemische Kraft im Wahlkampf auf innenpolitische Themen gelegt werden, während Außenpolitik und Wiedervereinigung zwar behandelt, aber nicht polemisch ausgewertet werden sollten".[22]

Ohne eine gewisse Polemik ging es dann bei der Behandlung dieser Frage im Bundestagswahlkampf doch nicht ab. In einer Resolution, die der Bundesvorstand am 3. August 1957 verabschiedete und veröffentlichte, hieß es z. B., daß die FDP eine Politik ablehne, „die uns der Wiedervereinigung nach weiteren vier Jahren nicht näher gebracht haben wird als heute und die sich der gleichen Methoden bedient, an denen die Bonner Koalition 1956 zerbrochen ist". Im Hinblick auf eine mögliche Regierungsbeteiligung hieß es dann weiter: „Eine Partei, die Wert auf eine Zusammenarbeit mit der FDP legt, muß den Beweis erbringen, daß sie die Wiedervereinigung wirklich will."[23] Damit war nun die Koalitionsfrage angesprochen, mit der sich der Bundesvorstand wiederholt befaßte.

17 Nr. 38, S. 264.
18 Nr. 39, Anm. 1, S. 268.
19 Ebd., Anm. 4, S. 269.
20 Nr. 33, S. 242 f.
21 Nr. 34, Anm. 9, S. 246 f.
22 Nr. 35, S. 252 f.
23 Nr. 42, S. 283.

Im Hinblick auf eine mögliche Koalitionsbeteiligung der FDP nach der Bundestagswahl 1957 hatte sich der Bundesparteitag vom April 1956 mit der Verabschiedung der „Würzburger Formel" insoweit festgelegt, als diese Frage bis nach dem Vorliegen des Wahlergebnisses offengehalten werden sollte.[24] Eine Bestätigung dieser Haltung durch den Bundesvorstand war aus gegebenem Anlaß Ende September 1956 erfolgt[25], und auch *Maier* hielt im Januar 1957 an dieser Maxime fest, als er äußerte, daß er im Wahlkampf die Koalitionsfrage „ganz in den Hintergrund drängen" werde.[26] Seine Haltung in diesem Punkte verdeutlichte er noch einmal wenig später im geschäftsführenden Vorstand, als er auf die Erörterung „in allen zuständigen Gremien" der Partei „nach den Wahlen" abhob. Mit solchen Äußerungen ließ sich eine interne Diskussion über eine mögliche Koalitionsbeteiligung der FDP nicht verhindern, um so weniger, als durch Pressespekulationen dieser Punkt immer wieder ins Gespräch gebracht wurde. So kam auch *Maier* schon bald um eine Stellungnahme nicht herum, die in der bereits erwähnten Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes wie folgt ausfiel: Der Bundesvorsitzende hielt eine Regierungsbeteiligung der FDP für nicht angebracht, „wenn sie zur Mehrheitsbildung nicht nötig" sei.[27]

Eine gute Woche später kam die Frage auch im Bundesvorstand zur Sprache, ohne daß eine Entscheidung fiel. *Döring,* dessen Ausführungen erkennen ließen, daß in der Partei unterschiedliche Auffassungen bestanden, mit welcher der beiden großen Parteien eine Koalitionsbildung anzustreben war[28], regte eine Bindung in der Weise an, daß eine Koalitionsbildung nur mit einer Partei in Frage kommen könne, die nicht mehr als 50 % der Stimmen erhalten habe (entsprechend *Maiers* Vorschlag im geschäftsführenden Vorstand), und daß eine Koalitionsbildung mit mehr als einem Partner ausgeschlossen werden solle. Als überlegenswert hielt er zusätzlich die Festlegung, einen Koalitionseintritt unter der Kanzlerschaft *Adenauers* abzulehnen.[29]

Maier, der noch Ende Februar 1957 im Bundesvorstand betont hatte, daß man die Koalitionsfrage zwar intern besprechen könne, sich jedoch nicht „verlocken" lassen dürfe, öffentliche Erklärungen abzugeben[30], sorgte Ende Juni 1957 dafür, daß im Bundesvorstand die Koalitionsfrage erneut zur Diskussion gestellt wurde. Anlaß war ein Gespräch *Maiers* mit den Bonner Vertretern der Auslandspresse, in dem sich der FDP-Vorsitzende skeptisch über eine Koalition mit der SPD geäußert, eine Koalitionsbildung mit der CDU aber offen gelassen hatte.[31] In der Debatte im Bundesvorstand, in der hauptsächlich die Schwierigkeiten der Wahlkampfführung in der Auseinandersetzung mit *Adenauer* zur Sprache kamen (keine „Erfolgsmöglichkeit von Angriffen auf *Ade-*

24 Nr. 27, Anm. 4, S. 201.
25 Siehe oben S. L f.
26 Nr. 33, S. 243.
27 Nr. 34, Anm. 3, S. 245.
28 Ebd., Anm. 4.
29 Ebd., S. 245.
30 Ebd., Anm. 4.
31 Nr. 41, Anm. 4, S. 276

nauer"), verlangte insbesondere *Leuze*, „unseren Standpunkt in der Koalitionsfrage scharf zu vertreten und das Gleichgewicht zwischen CDU und SPD zu halten". *Maier* schloß die Diskussion mit der Bemerkung, „daß Beschlüsse, die die höchsten Gremien der Partei gefaßt haben", auch „beachtet werden" müssen.[32]

In dieselbe Richtung wie *Maiers* Äußerungen vor der Auslandspresse zielten die Erklärungen, die die FDP-Vertreter am 16. Juli 1957 in einem Gespräch mit der Führung des BDI abgaben. Zwar wurde bei dieser Gelegenheit von FDP-Seite wiederum betont, daß man nicht in der Lage sei, „irgendwelche Bindungen über Koalitionsmöglichkeiten einzugehen", gleichzeitig aber hinzugefügt, daß keine Koalition abgeschlossen würde, „in der die Wirtschafts- und Sozialpolitik durch sozialistische Experimente irgendwo gefährdet werden könnte". Das aber hieß, wie die FDP-Vertreter hinzufügten, daß „eine Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP [. . .] auf Bundesebene daher höchst unwahrscheinlich, wenn nicht klar ausgeschlossen" erscheine.[33]

Nicht zuletzt aufgrund des Berichtes im Bundesvorstand über dieses Gespräch sah sich *Rademacher* veranlaßt, in der Bundesvorstandssitzung am 3. August 1957 die Frage zu stellen, ob die „Würzburger Formel" für die Partei noch Gültigkeit habe oder ob nunmehr bereits über die Koalitionsfrage entschieden werden müsse. Die anschließende Debatte erbrachte drei Vorschläge. *Döring* votierte für die Erklärung eines „nationalen Notstandes" und die Bildung einer Allparteienregierung. *Rubin* wiederholte den Standpunkt, den die FDP-Delegation gegenüber den BDI-Vertretern eingenommen hatte, allerdings mit der Einschränkung, daß eine Koalition mit der CDU „nur ohne *Adenauer*" möglich sei. *Kohut* plädierte dafür, die „Koalitionsbedingungen der FDP im einzelnen" aufzustellen. Ein besonderes Schwergewicht bildete in der Aussprache das Problem, ob die FDP „auch bei einer Kanzlerschaft *Adenauers* in eine Regierung eintreten könne". Eine Entscheidung hierüber fiel ebenso wenig wie zu den von *Döring*, *Rubin* und *Kohut* vorgetragenen Alternativen. Die vom Bundesvorstand beschlossene Resolution blieb letztlich im Unklaren stecken, da sie CDU und SPD gleichermaßen mit Vorwürfen überhäufte und als Ziel der FDP postulierte: „Schluß mit der Politik des toten Punktes in der nationalen Existenzfrage und die Bereitschaft zu äußersten Anstrengungen im Verein mit allen verantwortungsbewußten Kräften unseres Volkes."[34]

Der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende *Nowack* versandte im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung vom 3. August ein Rundschreiben, in dem er aufforderte, im Wahlkampf an der „Würzburger Formel" festzuhalten.[35] Als der Bundesvorstand hierüber am 19. August beriet, ermächtigte er *Maier*, in einer Pressekonferenz zur Koalitionsfrage Stellung zu nehmen.[36] *Maier* nahm die Gelegenheit wahr, um auf eine inzwischen vom Bundesvorstand angesetzte

32 Ebd., S. 276.
33 Nr. 42, Anm. 7, S. 281 f.
34 Ebd., S. 282 f.
35 Nr. 43, Anm. 3, S. 289.
36 Ebd., S. 289.

„Bundesversammlung der FDP" zu verweisen, in der die Partei „die grundsätzlichen Bedingungen bekanntgeben" werde, „von denen sie eine etwaige Beteiligung an der künftigen Bundesregierung abhängig" mache.[37]

Auf der „Bundesversammlung", die am 5. September 1957 in Frankfurt am Main stattfand, verkündete *Maier* einen 10-Punkte-Katalog, der die Koalitionsbedingungen der FDP enthielt und insbesondere eine echte Partnerschaft der Koalitionspartner anmahnte. Im Hinblick auf die zurückliegende Koalition mit der CDU im Bund stellte *Maier* fest: „Eine Koalition ist eine Verbindung von Parteien miteinander, keine Verbindung, in welcher der Leiter der Koalition und seine Partei die anderen in ihrem Inneren auflöst und nach außen ruiniert. Eine Koalition mit irgend jemand gehen wir Freien Demokraten in aller Zukunft jemals wieder ein, wenn eine echte Partnerschaft in ihr sichergestellt erscheint. Ein Katz- und Maus-Spiel – so wie genossen – fangen wir gar nicht erst an." Eine Option für einen bestimmten Partner enthielten die Koalitionsbedingungen nicht – die FDP hielt sich alle Möglichkeiten offen, selbst einen Eintritt in eine Bundesregierung unter *Adenauer*. Auf eine diesbezügliche Frage eines Journalisten in der auf die Bundesversammlung folgenden Pressekonferenz antwortete *Maier* positiv mit der Einschränkung, daß *Adenauer* dann zuvor „Buße in Sack und Asche" tun müsse.[38]

4. Orientierungsprobleme nach der Wahlniederlage: Auseinandersetzungen über die Oppositionspolitik unter Maier (September 1957–April 1959)

Alle Spekulationen auf eine Beteiligung der FDP an der Bundesregierung waren mit dem Vorliegen des Wahlergebnisses vom 15. September 1957 eigentlich hinfällig, denn CDU und CSU hatten die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate errungen. Gleichwohl hatte *Maier* in seiner ersten Stellungnahme zum Wahlergebnis die zukünftige Haltung der FDP offengelassen[1], und auf eine öffentliche Festlegung *Mendes* gegen einen Eintritt der FDP in die Bundesregierung, die ohne Absprache mit dem Bundesvorsitzenden erfolgt war, reagierte *Maier* überaus empfindlich.[2] In Übereinstimmung mit den Geldgebern der FDP in Stuttgart[3] votierte *Maier* auch in der Bundesvorstandssitzung am 19. September 1957 dagegen, sich förmlich auf die Oppositionsrolle festzulegen und einen Regierungseintritt expressis verbis auszuschließen, wie es einige Landesverbände anstrebten. Nur mit Mühe gelang es dem Bundesvorsitzenden, die einmütige Annahme einer Resolution durchzusetzen, die die Worte „Opposition" und „Regierungskoalition" nicht enthielt, sondern lediglich von einer „nach allen Seiten unabhängigen Politik" der FDP sprach und sich insbe-

37 Ebd., Anm. 4, S. 289.
38 Ebd., Anm. 2, S. 288 f.
1 Nr. 44, S. 296 f.
2 Ebd., S. 292 ff.
3 Ebd., Anm. 10, S. 296.

sondere gegen alle „sozialistischen Experimente" wandte und für eine Förderung der Wiedervereinigung und der Erhaltung des Friedens plädierte.[4]

Als der Bundesvorstand am 1. und 2. November 1957 zu seiner nächsten Sitzung zusammentrat, gab es an der Oppositionsstellung der FDP nichts mehr zu deuteln, und *Maier* nutzte das einleitende Referat, um sich mit der CDU äußerst kritisch auseinanderzusetzen. Er warf ihr vor, einen „Autoritätsstaat" anzustreben und mit Hilfe von Wahlrechtsmanipulationen „die Bundesrepublik in die Hand bekommen und sie niemals mehr aus der Hand geben" zu wollen. An die Adresse *Adenauers* richtete *Maier* den Vorwurf, „seine Anti-FDP-Politik konsequent" fortzusetzen und zu versuchen, in Bundestag und Bundesrat „eine allmächtige, omnipotente Position zu erringen". Gleichwohl wandte sich der Parteivorsitzende gegen eine nur verneinende Oppositionspolitik, sondern verlangte eine Politik des „Dafür" und „Wofür", mit der man sich vor allem von der SPD absetzen müsse und könne, „um die optische Gleichstellung von FDP und SPD zu verhindern".[5]

Unterstützung erhielt *Maier* durch *Mende,* der die „Grundsätze der FDP in der Opposition" entwickelte und sich dabei von der „absoluten Opposition" der SPD absetzte und für eine „relative Opposition aus der Sache" plädierte. Inhaltlich setzte *Mende* – damit mit *Maier* ebenfalls weitgehend übereinstimmend – die Schwerpunkte in der Innenpolitik auf die Bewahrung des Rechtsstaates und in der Außenpolitik auf die Wiedervereinigung, der zentralen Frage der Deutschlandpolitik.[6] Mit drei außenpolitischen Resolutionen, die *Mende* Ende November 1957 im Bundesvorstand ein- und zur Verabschiedung brachte, gab er diesem Aspekt der Oppositionspolitik der FDP erstmals reale Gestalt. Mit einem Appell gegen den „selbstmörderischen Wettlauf der atomaren Rüstung", mit einer zustimmenden Erklärung zu Plänen des amerikanischen Diplomaten *Kennan,* die Bewegung in die Deutschlandfrage zu bringen suchten, und mit einer Stellungnahme zu Forderungen sozialdemokratischer Politiker nach Geheimverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über die Abrüstung versuchte die FDP jeweils eigenständige Positionen zu beziehen.[7]

Angesichts der bereits im Wahlkampf unterschwellig stets vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs der Partei, die auch sogleich in der Sitzung des Bundesvorstandes am 19. September 1957 aufgebrochen waren, als in den eingebrachten Resolutionsentwürfen die anzustrebende Oppositionspolitik jeweils ganz unterschiedlich definiert wurde[8], hielt es der Parteivorsitzende auch nach den Grundsatzreferaten von ihm und *Mende* von Anfang November 1957 für notwendig, „das Oppositionsprogramm der Partei" zu erstellen.[9] Nach den Vorstellungen *Maiers* sollten die Unterlagen hierfür in Arbeitskreissitzungen erarbeitet und auf einer Koordinierungstagung Anfang

4 Ebd., S. 294–297.
5 Nr. 45, S. 300 ff. und S. 306.
6 Ebd., Anm. 33, S. 313.
7 Nr. 46, S. 324 f.
8 Nr. 44, S. 295 f.
9 Nr. 46, S. 323.

März 1958 „miteinander in Übereinstimmung" gebracht und sodann vom Hauptausschuß verabschiedet werden. Obwohl *Maier* in der Bundesvorstandssitzung vom 28. Februar 1958 den Begriff „Aktionsprogramm" fallenließ und durch die Bezeichnung „Leitsätze für die Politik der FDP" ersetzte, stieß er auf Widerstand, da die Notwendigkeit neuer programmatischer Beschlüsse bezweifelt wurde.[10] Bei der Weiterbehandlung der Frage setzten sich die Opponenten *Maiers* weitgehend durch. Zwar fanden Anfang März 1958 die vorgesehenen Arbeitskreistagungen statt – aber ein abschließendes Ergebnis erzielte anscheinend nur der Arbeitskreis I „Außenpolitik, Wehrpolitik und Gesamtdeutsche Fragen", denn nur von ihm sind Leitsätze überliefert.[11] Bedeutung kam ihnen jedoch kaum zu, da sie durch kein Gremium der Partei abgesegnet und den Mitgliedern des Hauptausschusses mit der Mitteilung zugesandt wurden, daß das Berliner Programm künftighin „als einzige Grundlage" der Parteiarbeit zu gelten habe.[12]

Diesem Beschluß war eine erneute heftige Auseinandersetzung über die Oppositionspolitik der Bundespartei im Bundesvorstand unmittelbar vorausgegangen. Anlaß hierfür war der Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP am 7. und 8. Februar 1958, auf dem vor allem *Weyer* und *Döring* Reden gehalten hatten, die die „Neue Zürcher Zeitung" unter der Überschrift „Radikalisierung im Fahrwasser *Dehlers*" abhandelte.[13] Dies war insbesondere auf die Außen- und Deutschlandpolitik bezogen, denn *Döring* hatte ein 5-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vorgelegt und *Weyer* eine deutschlandpolitische Konzeption vorgetragen, die auf eine Forcierung deutschlandpolitischer Aktivitäten der FDP drangen und insgesamt auf eine deutliche Absetzung von der Bonner CDU-Politik bedacht waren.[14]

Maier zog aus den Vorgängen auf dem Landesparteitag die Schlußfolgerung, daß „zwei Richtungen und Auffassungen in der Partei" vorliegen. Die eine agiere nach der Devise: „Wir machen eine rasante Opposition!" und votiere für eine „dynamische Politik", eine „radikale Außenpolitik" und eine „hochaktive Ostpolitik" mit der Absicht, „alles zu überrennen" und „neue Wählerschichten zu gewinnen". Dagegen setzte *Maier* die andere Richtung, die die angestammten Wählerschichten der FDP erhalten wolle und die eine „zwar aktive, aber überlegte, konsequente Außenpolitik" befürworte, dabei aber im Auge behalte, „daß wir die Kontinuität der FDP-Linie in der Außenpolitik nicht einfach unterbrechen können". Damit meinte *Maier* insbesondere das Festhalten an der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland.[15]

Weyer setzte sich gegen *Maiers* Vorwürfe vehement zur Wehr und warf dem Parteivorsitzenden dabei insbesondere vor, daß seine Angriffe auf Nordrhein-Westfalen nicht auf Tatsachen, sondern auf – nicht ganz korrekten –

10 Nr. 48, S. 336 f.
11 Nr. 49 mit Anm. 46, S. 357.
12 Ebd., S. 357.
13 Ebd., Anm. 22, S. 351.
14 Ebd., Anm. 19, 22 und 24, S. 348 und S. 351.
15 Ebd., S. 345 f.

Presseberichten basierten. Außerdem verwies er auf eine Rede *Haußmanns* zur Außenpolitik, die ähnliche Töne angeschlagen habe, wie sie in Düsseldorf geäußert worden seien, und er beklagte sich ganz allgemein über die persönliche „Empfindlichkeit" *Maiers.*[16] Gegen den Parteivorsitzenden wandte sich auch der zuvor von *Maier* heftig attackierte *Dehler,* der sich insbesondere für Verhandlungen mit Pankow stark machte und *Maier* dann auch noch vorwarf, er habe nach dem 15. September 1957 „systematisch die politische Arbeit der Partei untergraben".[17]

Die Auseinandersetzung wurde durch die Verabschiedung einer – nicht zur Veröffentlichung kommenden – Resolution beigelegt, die feststellte, daß im Bundesvorstand niemand „für Verhandlungen mit Pankow" eintrete und dies auf Befragen auch öffentlich bekanntzugeben sei.[18] Pressereferent *Ungeheuer* teilte nach der Sitzung den Journalisten mit, im Mittelpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes habe „die Forderung der Freien Demokraten nach einer gemeinsamen Deutschlandpolitik als Alternative zum gegenwärtigen starren Bonner Kurs" gestanden.[19]

Nur wenig später sah sich die FDP mit der Frage konfrontiert, welche Haltung die Partei zu einem Antrag einnehmen sollte, den die SPD am 25. März 1958 im Bundestag einbrachte und der einen Gesetzentwurf zur Volksbefragung wegen einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr enthielt.[20] Der FDP, die an der Ablehnung der atomaren Bewaffnung nie einen Zweifel hatte aufkommen lassen[21], fiel die Entscheidung nicht leicht, wie sie auf den Gesetzentwurf der SPD reagieren sollte, und es gab in diesem Fall ebenso unterschiedliche Auffassungen wie in der Beurteilung einer Beteiligung von FDP-Politikern an der Aktion „Kampf dem Atomtod". Eine Mehrheit votierte im Bundesvorstand in beiden Fällen für Zurückhaltung: bei der Atomtod-Kampagne wegen der Gefahr, hieran allein mit der SPD beteiligt zu sein[22], bei der Volksbefragung wegen „verfassungsrechtlicher Zweifel" und aus Gründen der „politischen Zweckmäßigkeit".[23]

Der Bundesparteitag wich Ende März einer eindeutigen Entscheidung über die Möglichkeit einer Volksbefragung über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus[24], und als nach Pressemeldungen Anfang April 1958 die Haltung der FDP-Bundestagsfraktion zum SPD-Antrag unsicher erschien, sah sich *Maier* zu einem Brief an *Mende* veranlaßt, in dem er mitteilte, daß er an einer Ablehnung festhalte.[25] An der Unsicherheit in dieser Frage innerhalb der Partei war *Maier* allerdings selbst nicht ganz unschuldig, da er einer Beteiligung von

16 Ebd., S. 350 ff., Rede *Haußmanns* Anm. 26, S. 351.
17 Ebd., S. 353 ff.
18 Ebd., S. 355.
19 Ebd., Anm. 43.
20 Ebd., Anm. 17, S. 348.
21 Nr. 37, S. 260 f.
22 Nr. 48, S. 339 f.
23 Nr. 50, S. 361 f.
24 Ebd., Anm. 15, S. 362.
25 Nr. 51, Anm. 7, S. 364.

FDP-Organisationen bei örtlichen Befragungen zuvor zugestimmt hatte.[26] Von den Landesverbänden Hamburg und Bremen war daher eine Volksbefragung in den Stadtstaaten befürwortet worden, und das gleiche war in Frankfurt seitens der Stadtratsfraktion geschehen.[27] Hierzu erteilte der Bundesvorstand am 18. April 1958 seine Zustimmung, widersprach einer Volksbefragung auf Bundesebene aber genauso wie er seine Zurückhaltung gegenüber einer Mitarbeit in den Ausschüssen der Aktion „Kampf dem Atomtod" aufrechterhielt.[28] Die Bundestagsfraktion folgte wenige Tage später dem Bundesvorstand, als sie den SPD-Antrag als „verfassungspolitisch verfehlt" ablehnte.[29] Auch der Landesverband Nordrhein-Westfalen, der der Idee einer Volksbefragung zeitweise positiv gegenüberstand[30], war nunmehr davon abgerückt, obleich er den Gegenstand der Volksbefragung, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, als etwas bezeichnete, „was den Menschen nach 1945 wieder ernsthaft an die Nieren geht" *(Döring)*. Von einer Volksbefragung wollte der Landesverband aber nunmehr absehen, weil am 6. Juli 1958 die Landtagswahl anstand, die als „Plebiszit" auch über diese Frage gewertet werden sollte.[31]

Das Ergebnis dieser Landtagswahl, die der CDU die absolute Mehrheit brachte, fiel für die FDP mit 7,1 % überaus enttäuschend aus und brachte die Partei – wie Reinhold *Maier* im Bundesvorstand am 11. Juli feststellte – „an den Rand der Fortexistenz".[32] Der Parteivorsitzende hatte bereits am 8. Juli eine Erklärung zum Wahlergebnis veröffentlicht, in der eine deutliche Kritik am Landesverband Nordrhein-Westfalen enthalten war[33], die er im Bundesvorstand drei Tage später begründete. *Maier* bestritt hierbei zwar, daß eine „Annäherung an die Bonner Regierungskoalition zur Debatte" stünde, konstatierte aber, „daß innerhalb der CDU eine freundlichere Haltung gegenüber der FDP sich anbahne."[34] Die Vertreter des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, *Weyer* und *Döring*, verwahrten sich gegen die Kritik des Parteivorsitzenden, und insbesondere *Döring* bezweifelte, „daß man mit der gegenwärtigen Bundesregierung gemeinsame Außenpolitik machen könne".[35] Aber auch in diesem Punkt vertrat *Maier* eine abweichende Auffassung, da er aus einem Gespräch mit Ernst *Lemmer* von der CDU die Bereitschaft entnommen hatte, in „gesamtdeutschen Angelegenheiten" zusammenzuarbeiten.[36] Die vom Bundesvorstand verabschiedete Resolution verdeckte jedoch wie üblich die unterschiedlichen Beurteilungen durch außen- und deutschlandpolitische Formulierungen des „sowohl als auch" und betonte erneut die „völlige Freiheit und Un-

26 Ebd. mit Anm. 13, S. 365.
27 Ebd., S. 365.
28 Ebd., S. 365 f.
29 Ebd., Anm. 6, S. 364.
30 Nr. 49, Anm. 19, S. 348.
31 Nr. 51, S. 365.
32 Nr. 53, S. 373 f.
33 Ebd., Anm. 4, S. 374.
34 Ebd., S. 373 f.
35 Ebd., S. 374 f. und S. 378.
36 Ebd. mit Anm. 15, S. 378.

abhängigkeit" der FDP „gegenüber der CDU wie gegenüber der SPD [. . .] in Bund und Ländern".[37]

Maiers politischer Kurs zeichnete sich in den folgenden Monaten nicht durch besondere Klarheit aus. Während der Parteivorsitzende Ende des Monats Juli 1958 in einem Rundbrief an die Vorstandsmitglieder erkennen ließ, daß nach seiner Meinung „die FDP als erklärte Oppositionspartei keine Chance mehr habe"[38], und hiermit – da der Brief der Presse bekannt wurde – öffentliche Spekulationen über eine Annäherung der FDP an die CDU auslöste[39], griff er andererseits im September 1958 die CDU vehement an (die CDU wende sich „gegen eine freiheitliche Entwicklung")[40] und schloß in einer Pressekonferenz einen „Kurswechsel" in der FDP aus. Für die FDP – so *Maier* bei dieser Gelegenheit – „bestehe keinerlei Veranlassung [. . .] ihren grundsätzlichen Standpunkt zu ändern, demzufolge CDU und SPD für sie gegnerische Parteien seien".[41]

Innerhalb der Partei blieb *Maiers* Vorgehen weiterhin heftig umstritten. Insbesondere *Dehler* und *Döring* kritisierten ihn im Bundesvorstand am 8. Oktober 1958 mit aller Schärfe. *Dehler* warf ihm vor, er habe aus der FDP eine „Oppositionspartei ohne Opposition" gemacht; nach der Auffassung des ehemaligen Parteivorsitzenden verlangten die „*Adenauer*sche Außenpolitik", „die Kanzlerdemokratie" und „die Beherrschung des Staates durch die katholische Staatspartei" eine eindeutige Stellungnahme der FDP: „Unerbittliche Klarheit ist nötig, nicht leises Auftreten."[42] Und *Döring* formulierte im Hinblick auf *Maiers* Lavieren: „Wir wollen lieber mit klarer Haltung untergehen als überleben, wenn wir in eine andere Richtung integriert werden sollen."[43] Der Wille zu einem Ausgleich war jedoch auch dieses Mal unübersehbar, vor allem bei *Weyer,* der erklärte, daß „die Auseinandersetzungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und die zwischen Dr. *Dehler* und Dr. Reinhold *Maier* [. . .] so nicht weitergehen" dürften.[44] Am Ende stand auch in dieser Sitzung eine einstimmig verabschiedete Erklärung, die insbesondere Presseangriffe auf *Maier* zurückwies, sich gegen die Polemik einiger Zeitungen wandte und ein Ende der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei durch „mündliche Verhandlungen" erwartete.[45]

In diesem Zusammenhang kam einer vom Bundesvorstand beschlossenen Klausurtagung[46], für die *Maier* mit Schreiben vom 17. November 1958 für den 12. und 13. Dezember einlud, besondere Bedeutung zu. Denn auf dieser Tagung sollte vor allem aufgrund einer politischen Lageanalyse über den grund-

37 Ebd., S. 377.
38 Nr. 55, Anm. 14, S. 391.
39 Ebd., Anm. 11 und 13.
40 Nr. 54, S. 380 f.
41 Ebd., Anm. 21, S. 385.
42 Nr. 55, S. 392.
43 Ebd., S. 395.
44 Ebd., S. 393.
45 Ebd., S. 396.
46 Nr. 54, S. 386.

sätzlichen Kurs und die Methoden der zukünftigen Arbeit debattiert und entschieden werden.[47] Erschwert wurde diese Absicht allerdings dadurch, daß Anfang Dezember 1958 ein neuer Konflikt zwischen den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ausbrach, der eine Behandlung durch den Bundesvorstand unmittelbar vor der Klausurtagung notwendig machte.

Anlaß der Auseinandersetzung war eine Rede *Dörings* auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen am 6. Dezember 1958, auf dem laut Pressemeldungen *Döring* es abgelehnt hatte, die FDP als „bürgerliche Partei" zu bezeichnen, und hinzugefügt hatte: „Ein in der SPD organisierter und für die Wiedervereinigung eintretender Arbeiter sei ihm lieber als jeder andere, der die Einheit stillschweigend abgeschrieben habe."[48] *Haußmann* und *Leuze* reagierten hierauf mit einem Telegramm, in dem sie *Döring* aufforderten, „sich endlich in die allgemeine Linie der Gesamt-FDP einzuordnen", und in dem sie grundsätzlich am Begriff der „bürgerlichen Partei" festhielten.[49]

In der Debatte im Bundesvorstand am 11. Dezember ging es in erster Linie um die Feststellung des genauen Textes der zur Diskussion stehenden Äußerung *Dörings* und sodann darum, den Dissens zu beseitigen. Dabei stellte sich heraus, daß es schwerfiel, sich im Bundesvorstand darauf zu einigen, welche Bezeichnung zur Charakterisierung der FDP angemessen sei. Der Vorschlag, am Begriff „bürgerliche Partei" festzuhalten, fand keine Mehrheit. Einmütig angenommen wurde schließlich die Formulierung, „daß die FDP eine freiheitlich-demokratische und antisozialistische Partei ist und bleibt".[50]

Auf eine Integration der unterschiedlichen Flügel war auch die Lageanalyse *Stephans* am folgenden Tag angelegt, als er auf der Klausurtagung die Notwendigkeit eines Wandels der FDP von der Honoratioren- zur Volkspartei herausarbeitete. Für die FDP ging es nach *Stephan* darum, „neue Schichten [zu] gewinnen, ohne die alten abzustoßen", und sie müsse dabei berücksichtigen, daß die Mehrzahl der FDP-Anhänger „keine Annäherung an die SPD" wolle, „aber auch gegen eine Überlassung weiterer Machtpositionen an die CDU" sei.[51] Obwohl die Frage einer Realisierung dieses Konzepts Schwierigkeiten aufwerfen mußte, stellte es zuerst einmal alle Strömungen der Partei zufrieden, und auch der Parteivorsitzende leistete einen Beitrag zur Beendigung der Querelen über den politischen Kurs, indem er ein „unveräußerliches Bekenntnis" zum Berliner Programm abgab und klar und deutlich von seinen umstrittenen Annäherungsversuchen an die CDU abrückte: „Nichts deutet auf eine Rückkehr der FDP in die Bundesregierung hin, nichts kann als die Absicht der Rückkehr gedeutet werden, nichts ist in dieser Hinsicht unternommen worden."[52]

47 So das Einladungsschreiben. Ebd., Anm. 23, S. 386.
48 Nr. 56, Anm. 12, S. 402.
49 Ebd., Anm. 13.
50 Ebd., S. 402–406.
51 Nr. 54, Anm. 23, S. 386.
52 Ebd.

Das Jahr 1959 begann die FDP dann in der Tat mit weniger innerparteilichem Streit, und in der Deutschlandpolitik gelang es ihr, im Bundesvorstand fast Einmütigkeit herzustellen. Im Verfolg der Berlin-Krise und der Vorlage eines Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland von sowjetischer Seite am 10. Januar 1959, entwarf die FDP-Bundestagsfraktion ihrerseits einen Friedensvertrag (Deutschlandvertrag), dem der Bundesvorstand am 29. Januar 1959 zustimmte.[53] Dieser Vertrag, der die Vereinigung Deutschlands in einem gesamteuropäischen Bündnissystem anstrebte, wurde vom Bundeshauptausschuß am 21. März 1959 als deutschlandpolitische Leitlinie der FDP für verbindlich erklärt.[54] Meinungsverschiedenheiten gab es hierbei nur in taktischen Fragen[55], die bereits zuvor im Bundesvorstand aufgetreten waren, als Ende Februar 1959 darüber diskutiert wurde, ob die Deutschlandfrage im Bundestag debattiert werden sollte. Während der Bundesvorstand wie die Bundestagsfraktion mehrheitlich für Zurückhaltung plädierten, blieb es *Dehler* vorbehalten, einen abweichenden Standpunkt vorzutragen.[56]

Die Scheidelinie zwischen *Dehler* und einer übergroßen Mehrheit im Bundesvorstand in der Deutschlandpolitik bestand auch noch im April 1959, als *Dehler* eine „Kampfdebatte gegen die Politik *Adenauers*" verlangte und es als „Schicksalsfrage für die Partei" erklärte, „in der Deutschlandfrage zum Angriff überzugehen". Die Mehrheit mit *Maier* und *Mende* an der Spitze setzte allerdings weiter auf den Versuch einer gemeinsamen Außenpolitik aller Parteien, wobei über die Zielsetzung, die deutsche Einheit über einen Friedensvertrag zu erlangen, Einigkeit bestand. „Gewisse Meinungsverschiedenheiten" traten in der Bundesvorstandssitzung am 6. April auf, ob eine Bundestagsdebatte vor Beginn der Genfer Konferenz angeraten erscheine, und außerdem ließ die Diskussion erkennen, daß das Problem der deutschen Ostgrenze innerhalb der FDP als besonders gravierend angesehen wurde.[57]

5. Die Übergangsphase von Maier zu Mende (April 1959–Januar 1960)

Der Einflußverlust *Maiers* und der gleichzeitige Zuwachs an Gestaltungsmöglichkeiten für *Mende* läßt sich an einem Detailproblem, dem Verhalten der FDP in der Diskussion um die Nachfolge von Bundespräsident *Heuss,* beispielhaft veranschaulichen. Der Bundesvorstand befaßte sich erstmals am 27. Februar 1959 mit dieser Frage, und *Maier* vertrat bereits hier die Meinung, von der er nicht mehr abwich, daß die FDP davon absehen sollte, einen eigenen Kandidaten zu präsentieren.[1] Dagegen gab es jedoch schon in dieser Sit-

53 Nr. 57, S. 416.
54 Nr. 58, Anm. 6, S. 420.
55 So *Maier* in: Nr. 60, S. 427.
56 Nr. 58, S. 419.
57 Nr. 60, S. 427–430.
1 Nr. 58, S. 417 f.

zung Widerstand, und am 10. Mai 1959 schlugen *Mischnick* und *Weyer* in Abwesenheit *Maiers* vor, Max *Becker* als Kandidaten der FDP für das Bundespräsidentenamt zu nominieren.[2] Hiergegen nahm *Maier* am 20. Mai 1959 dezidiert Stellung, konnte sich jedoch nicht mehr durchsetzen. Erich *Mende* hatte zu Beginn der Sitzung erneut Max *Becker* als FDP-Kandidaten vorgeschlagen, und alle Landesvorsitzenden stimmten auf Anfrage seiner Anregung zu. Daraufhin gab *Maier* die Erklärung ab, daß er selbst dem Bundesparteitag Max *Becker* als FDP-Kandidaten für das höchste Amt im Staate vorschlagen werde.[3] Am 20. Juni 1959 war es dann wiederum *Mende*, der im Bundesvorstand die Marschroute der FDP-Wahlmänner in der Bundesversammlung vorzeichnete (Festhalten an der Wahl *Beckers* in allen Wahlgängen) und hierfür allgemeine Zustimmung erhielt.[4]

Schwerpunkt der Aktivitäten des FDP-Bundesvorstandes war im Frühjahr und Sommer 1959 die Deutschlandpolitik, und auch auf diesem Gebiet nahm *Mende* entschlossen die Fäden in die Hand. Einen Tag vor Beginn der Genfer Außenministerkonferenz gab er im Bundesvorstand eine kurzen Lagebericht und ermahnte bei dieser Gelegenheit die Parteifreunde zur Zurückhaltung bei der Behandlung deutschlandpolitischer Fragen in der Öffentlichkeit, damit die Position der Bundesregierung nicht durch vorzeitige Kritik aus der Opposition erschwert werde.[5]

Eine inhaltliche Festlegung der Deutschlandpolitik der FDP erfolgte wenige Tage später auf dem Bundesparteitag in Berlin mit der Verabschiedung der sog. Berliner Erklärung. Der Text dieser Erklärung war im Bundesvorstand anhand verschiedener Entwürfe[6] ausführlich vorberaten worden, und wiederum hatte *Mende* entscheidenden Anteil daran, daß eine Formulierung gefunden wurde, der alle Vorstandsmitglieder zustimmen konnten.[7] Die Berliner Erklärung hielt am Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen eines internationalen Sicherheitssystems fest (Abschnitt 1), appellierte an die Vier Mächte, die Genfer Konferenz in der deutschen Frage zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, der mindestens einen Gewaltverzicht, die Einrichtung einer Ständigen Konferenz der ehemaligen Alliierten und die Einsetzung gemischter deutscher Kommissionen enthalten sollte (Abschnitt 2), und bekannte sich nochmals nachdrücklich zum Deutschlandplan der FDP und zum Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik aller Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (Abschnitt 3).[8]

Als besonders problematisch erwies sich in den Vorberatungen im Bundesvorstand die Frage der deutschen Ostgrenze. Der Landesverband Saar hatte Anfang Mai 1959 einen Antrag eingebracht, der als Ziel der deutschen Wiederver-

2 Nr. 62, S. 437.
3 Nr. 63, S. 440 f.
4 Nr. 65, S. 446 f.
5 Nr. 62 mit Anm. 6, S. 435 f.
6 Nr. 63, Anm. 3, S. 439, und Nr. 64, Anm. 3, S. 442 ff.
7 Nr. 64, S. 444.
8 Ebd., S. 445.

einigung den „friedlichen Zusammenschluß aller deutschen Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten, in einem gemeinsamen Vaterland" bezeichnete.[9] Die hierüber im Bundesvorstand geführte Diskussion zeigte auf, daß eine Debatte über die Grenzfrage auf dem Parteitag von vielen als problematisch angesehen wurde.[10] Da eine Stellungnahme der FDP aber unausweichlich erschien, erhielt *Becker* den Auftrag, einen Alternativentwurf auszuarbeiten.[11]

Dieser Entwurf lag wenig später vor[12], und er unterschied sich insoweit von der Formulierung des Saarantrages, als er das Heimatrecht stärker herausarbeitete, das auch jenen Menschen zustehen sollte, die nunmehr in den ehemals deutschen Ostgebieten lebten. Der Antragstext *Beckers* wurde sodann weitgehend in Abschnitt 1 der Berliner Erklärung übernommen[13], in der es nunmehr hieß, daß die FDP ihren Standpunkt bekräftige, daß die friedliche Wiedervereinigung alle Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten, umfassen müsse und der Verzicht „auf deutsches Land" nur nach einer Volksbefragung ausgesprochen werden könne, daß aber das Heimatrecht allen zustände und jedem Menschen das Recht gewähre, „im Land seiner Geburt oder seines langjährigen Aufenthaltes gleichberechtigt mit den Bürgern dieses Landes sich niederzulassen und tätig zu werden".

Die Hoffnungen der FDP auf die Genfer Konferenz erfüllten sich nicht, denn nach einer Unterbrechung am 20. Juni 1959 ging sie am 4. August 1959 ohne konkretes Ergebnis zu Ende. Für den aus der Sicht der FDP ungünstigen Verlauf machte *Dehler* am 20. Juni im Bundesvorstand in erster Linie die „verantwortungslose Behandlung der deutschen Dinge durch die deutsche Delegation" verantwortlich. Als Ausweg sah *Dehler* nunmehr Gespräche zwischen den Deutschen aus Ost und West, und er fand hierfür vielstimmige Zustimmung im Kreis der Vorstandsmitglieder.[14] In der vom Bundesvorstand verabschiedeten Resolution kam dies allerdings nicht zum Ausdruck. Hierin lag der Schwerpunkt auf dem Appell an die Bundesregierung, weiterhin „alle Anstrengungen auf eine umfassende Behandlung der Deutschlandfrage zu richten und sich nicht bei fragwürdigen isolierten Lösungsversuchen für Berlin aufzuhalten".[15]

Die Gegenposition zu *Dehler* und seinen Gefolgsleuten in der Beurteilung von Genf bezog wieder einmal *Maier,* für den sich herausgestellt hatte, daß „DDR und UdSSR unsere schärfsten und konsequentesten Gegner" seien und sich daraus „unsere harte Frontstellung gegen die Widersacher UdSSR und DDR klar und eindeutig" ergebe. *Maier* lehnte die These *Dehlers „Adenauer* ist an allem schuld" ab und mahnte, nicht „wegen des innenpolitischen Widersachers [. . .] den entscheidenden außenpolitischen Gegner [zu] verkennen".[16]

---

9 Nr. 62, Anm. 8, S. 436.
10 Ebd.
11 Ebd.
12 Nr. 63, Anm. 6, S. 440.
13 Nr. 64 mit Anm. 7, S. 444.
14 Nr. 65, Anm. 12, S. 448.
15 Ebd., S. 449.
16 Ebd., Anm. 12, S. 448 f.

Im Prinzip ähnlich gehalten waren die Ausführungen, die *Mende* im Bundesvorstand am 4. September 1959 machte. Er zeigte sich nunmehr „deprimiert von Genf" und betonte, daß die Konferenz „nicht nur an *Adenauer*" gescheitert sei, sondern auch am „Verhalten der Sowjets", der „unduldsamen Haltung *Chruschtschows*". Die Wiedervereinigung sah *Mende* „ferner denn je", und Berlin betrachtete er als gefährdet, da es den Sowjets als „Daumenschraube" dienen könne und die westliche Seite „immer [den] kürzeren ziehen" werde.[17] Aufgrund der Entwicklung stellte *Mende* die Frage zur Diskussion, ob „die FDP in ihrer künftigen Arbeit das Schwergewicht weiterhin auf die Außenpolitik legen" wolle. Es ergab sich Übereinstimmung, in Zukunft „auf jeden Fall die innenpolitischen Aufgaben ebenso stark in den Vordergrund zu stellen wie die außenpolitischen" und vor weiteren Stellungnahmen hierzu die weitere politische Entwicklung abzuwarten.[18]

Anlaß für den Bundesvorstand, sich mit innenpolitischen Fragen auseinanderzusetzen, bot zunächst ein Brief des Vorsitzenden des FDP-Bezirksverbandes Augsburg, Dietrich *Bahner,* vom 2. Juli 1959, der die innenpolitische Arbeit der FDP heftig kritisierte. *Bahner* vermißte „eine klare liberale Profilierung" der FDP „auf wirtschaftlichem Gebiet" und warf der Parteiführung vor, „der CDU/CSU die Führung im Kampf um eine Liberalisierung unseres Staatswesens" zu überlassen.[19] *Bahner* trug seine Kritik in der Bundesvorstandssitzung am 24. Oktober 1959 vor, mußte sich jedoch von Reinhold *Maier* sagen lassen, daß die FDP in zahlreichen Fällen „selbst mit unpopulären Maßnahmen die liberalen Grundsätze" vertreten habe, und er erinnerte in diesem Zusammenhang insbesondere an die ablehnende Haltung der FDP bei der Rentenreform und ihren „Kampf gegen Kohlezoll und Heizölsteuer".[20]

Mochte es sich bei der innerparteilichen Kritik *Bahners* um eine Randerscheinung handeln, mit der der Bundesvorstand schnell fertig wurde, so bedeutete die programmatische Neuorientierung der SPD auf ihrem Godesberger Parteitag von Mitte November 1959 eine Zäsur nicht nur für den Sozialdemokraten, sondern auch für die gesamte parteipolitische Konstellation in der Bundesrepublik Deutschland, auf die der FDP-Bundesvorstand reagieren mußte. *Mende* leitete die Diskussion, die in diesem Gremium am 21. November über die SPD geführt wurde, damit ein, daß er eine „Gefahr" für die FDP feststellte, auf die mit einem „Gegenangriff" reagiert werden müsse.[21] In der Aussprache nahm *Dehler* als erster das Wort und bezeichnete das Godesberger Programm als schlichtweg „ungeheuerlich", da die SPD „alles über Bord" werfe, „was sie jahrelang vertreten" habe. *Dehler* folgerte wie zuvor *Mende* aus dem programmatischen Wandel der SPD eine „Gefahr" für die FDP, der begegnet werden müsse. *Rubin* hielt es für notwendig, in der Sozialpolitik „glaubwürdiger" zu werden und gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß sich die FDP von der SPD

17 Nr. 66, Anm. 2, S. 452.
18 Ebd., S. 452.
19 Nr. 67, Anm. 10, S. 459.
20 Ebd., S. 459 f.
21 Nr. 68 mit Anm. 6, S. 463.

durch eine „solide Finanz- und Wirtschaftspolitik" unterscheide. *Mende* bezweifelte, daß sich die SPD vom „Versorgungsstaat" getrennt habe, und hielt es für notwendig, die „Popanzgefahr" für den „Mittelstand" darzulegen. *Daub* und *Leuze* plädierten dafür, in der Öffentlichkeit das Scheitern der SPD festzustellen und auf die „Preisgabe des Sozialismus" und den Sieg der „bürgerlichen Vorstellungen" hinzuweisen.[22] Im Tenor dieser Diskussionsbeiträge war die Resolution gehalten, die der Bundesvorstand am Ende der Aussprache verabschiedete. Zusätzlich war hierin noch ein Hinweis auf den Antrag der FDP zur Änderung von Art. 15 GG enthalten, der der SPD und ebenso großen Teilen der CDU Gelegenheit gebe zu beweisen, wie ernst es ihnen mit der Ablehnung sozialistischer Vorstellungen sei.[23]

Eine Distanzierung der FDP von der CDU und der von ihr gebildeten Bundesregierung erfolgte im Januar 1960 auch in der Frage der Notstandsgesetzgebung. Dem von Innenminister *Schröder* am 18. Januar 1960 der Öffentlichkeit unterbreiteten Entwurf eines Notstandsgesetzes erteilte der Bundesvorstand einen Tag später eine Abfuhr, als er nach eingehender Debatte, in der *Dehler* als Hauptredner agierte, erklärte, „daß der vorgelegte Entwurf aus politischen und rechtsstaatlichen Gründen abgelehnt" werden müsse.[24]

Auf außenpolitischem Gebiet kam im Bundesvorstand im Herbst 1959 erneut das Problem der deutschen Ostgrenze zur Sprache, aber ebenso die allgemeinen Probleme der internationalen Beziehungen und die Politik der Bundesregierung. Die deutsche Ostgrenze war vor allem von dem französischen Ministerpräsidenten *Debré* in die Diskussion gebracht worden, der den status quo bekräftigt und eine Respektierung der Oder-Neiße-Linie verlangt hatte.[25] *Mende* hatte diese Erklärung im Bundestag zurückgewiesen, und im Bundesvorstand erörterte er am 21. November nochmals die Rechtslage, fügte aber hinzu: „Zwischen Anspruch und Durchsetzung weite Spanne."[26] *Engelhard* unterstützte *Mende,* indem er aufforderte, am „Rechtsstandpunkt" festzuhalten, aber hinzusetzte, man habe „den Krieg nicht umsonst verloren".[27] In bezug auf die USA meinte *Mende,* eine „neue Politik" gegenüber dem kommunistischen System feststellen zu können, die auf „Abkühlung der akuten politischen Fragen" setzte.[28] Diese Auffassung bekräftigten in der Diskussion auch andere Vorstandsmitglieder, unter ihnen *Dehler,* der dabei erneut heftige Breitseiten gegen *Adenauer* abfeuerte und ihm insbesondere unterstellte, Wiedervereinigungsmöglichkeiten zu hintertreiben. Zustimmung erhielt er in diesem Punkt nun von *Maier,* der erklärte: „*Adenauer* will von Wiedervereinigung weg." Desweiteren wußte *Maier* aber zu berichten, daß *Adenauer* „von Monat zu Monat an Ansehen" verliere und der „Führungskreis" der Union an

22 Ebd. mit Anm. 11, S. 464 f.
23 Ebd., S. 465.
24 Nr. 69, S. 469 f.
25 Nr. 68, Anm. 2, S. 462.
26 Ebd.
27 Ebd., Anm. 8, S. 463.
28 Ebd., Anm. 4.

ihm verzweifele.[29] Der Bundesvorstand beauftragte die Bundesgeschäftsstelle, „dokumentarisches Material über die Politik *Adenauers*" zusammenzustellen, und verabschiedete eine Resolution, die die Haltung der Bundesregierung zur Olympiaflagge einer gesamtdeutschen Mannschaft kritisierte.[30]

Dies war die letzte Resolution, die die FDP vor der offiziellen Betrauung *Mendes* mit dem Parteivorsitz verabschiedete. Während des Stuttgarter Parteitages lag dem Bundesvorstand zwar ein Entschließungsentwurf vor, der die deutschlandpolitischen Forderungen der FDP nochmals zusammenfaßte: Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; Ablehnung „ungerechtfertigter territorialer Opfer" und „verbindliche Abmachungen zwischen beiden Teilen Deutschlands über die Modalitäten und den Zeitpunkt von gesamtdeutschen Wahlen"; Bildung eines gesamteuropäischen Bündnissystems unter Einschluß der Vier Mächte; Ablehnung einer „isolierten Lösung" der Berlin-Frage.[31] Zur endgültigen Formulierung dieser Entschließung setzte der Bundesvorstand am 27. Januar 1960 einen Arbeitskreis ein[32] – eine Diskussion oder Verabschiedung der deutschlandpolitischen Entschließung auf dem Bundesparteitag erfolgte jedoch nicht. Der abtretende Parteivorsitzende *Maier* hatte sich dagegen ausgesprochen, da ihm die in der Entschließung „vorgenommene deutliche Distanzierung von der Deutschland- und Berlin-Politik der CDU nicht in sein koalitionspolitisches Konzept" paßte.[33] Der neue Bundesvorsitzende *Mende* sah dies sicherlich nicht anders als sein Vorgänger, denn in seinem Grundsatzreferat vor dem Parteitag betonte er vor allem die Notwendigkeit, die FDP in Bund und Ländern aus der Opposition in die Regierungsverantwortung zu führen[34], was nach *Mendes* Auffassung – wie sich bald herausstellte – auf Bundesebene durch eine Annäherung der FDP an die Union erreicht werden sollte.

29 Ebd., Anm. 8.
30 Ebd., S. 463 f.
31 Nr. 70, Anm. 9, S. 472.
32 Ebd., S. 472.
33 Wolfgang SCHOLLWER, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hrsg. von Monika Faßbender, München 1990, S. 110.
34 Artikel „Freie Demokraten wollen wieder mitregieren", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29. 1. 1960, S. 1.

D. Tabellarische Übersicht über die Bundesparteitage von 1954 bis 1960

5.–7. März 1954:	Ordentlicher Bundesparteitag in Wiesbaden
25./26. März 1955:	Ordentlicher Bundesparteitag in Oldenburg
20./21. April 1956:	Ordentlicher Bundesparteitag in Würzburg
24.–26. Januar 1957:	Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin
5./6. Juni 1957:	Wahlkongreß in Hamburg
28./29. März 1958:	Ordentlicher Bundesparteitag in Düsseldorf
21.–23. Mai 1959:	Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin
28./29. Januar 1960:	Ordentlicher Bundesparteitag in Stuttgart

Einrichtung der Edition

A. Zur Edition

Grundlage der hier edierten Protokolle ist der im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach archivierte Bestand. Er ist bis auf wenige Lücken vollständig, wobei die Protokollexemplare mit Ausnahme von Nr. 1 aus Durchschlägen oder Vervielfältigungen bestehen. Andere Exemplare der jeweiligen Niederschriften, über deren Gesamtzahl keine Angaben vorliegen, befinden sich in den Nachlässen von FDP-Politikern. Diese Überlieferungen sind jedoch alle mehr oder weniger lückenhaft. Auf die Angabe zusätzlicher Fundorte wurde im Einzelfall verzichtet. Es fehlen in der Protokollsammlung im Archiv des Deutschen Liberalismus die Niederschriften für die Sitzungen am 19. 3. (Nr. 10) und 25. 3. 1955 (Nr. 11). Da sich hierüber auch in anderen einschlägigen Beständen keine Protokolle finden ließen, gelangen in diesen Fällen das Teilnehmerverzeichnis, die Tagesordnung, ein Erinnerungsvermerk *Blüchers* und ein Kurzbericht *Schwennickes* (Nr. 10) bzw. der Ausschnitt eines Zeitungsartikels (Nr. 11) zum Abdruck. Um den unterschiedlichen Charakter dieser Dokumente gegenüber den Protokollen auch optisch zu kennzeichnen, sind sie im Petitdruck wiedergegeben.

Mit Ausnahme des Protokolls der Sitzung vom 19. 3. 1954 (Nr. 1), bei dem es sich um eine stenographische Aufnahme handelt, sind alle anderen Protokolle in der Verlaufs-, Ergebnis- oder Kurzform abgefaßt. In zwei Fällen sind Wortprotokollfragmente vorhanden, die auch in die Edition aufgenommen wurden (Nr. 15 und Nr. 17), und ebenso werden Reden *Maiers* im Bundesvorstand, die stenographisch erfaßt wurden, in vollem Wortlaut wiedergegeben. Nur wenige Protokolle sind ungezeichnet (Nr. 1, 5, 20 a und b sowie Nr. 45), ansonsten haben Erika *Fischer* (Nrn. 2–4, 7–9, 13–15 und 17–19), Fritz *Niebel* (Nr. 6), Werner *Stephan* (Nrn. 12, 16, 21–44 und 46–59) sowie Karl-Hermann *Flach* (Nrn. 60–70) die Protokolle erstellt. Die Länge der Protokollmanuskripte (mit Ausnahme von Nr. 1) variiert zwischen einer und 20 Seiten, wobei die große Mehrheit einen Umfang von 3 bis 7 Seiten aufweist. Die Form der Protokolle wurde im Laufe der Zeit mehr und mehr standardisiert, indem das Teilnehmerverzeichnis mit nur wenigen Ausnahmen in die Protokolle aufgenommen sowie die entschuldigt fehlenden Mitglieder aufgeführt (ab Nr. 29) wurden und eine Gegenzeichnung durch den bzw. einen Sitzungsleiter erfolgte (ab Nr. 13, fehlt aber in Nrn. 18–20 b, 23 und 45). Der oder die Sitzungsleiter wurden außerdem ab Protokoll Nr. 32 (aber nicht in den Nrn. 41 und 45) noch einmal gesondert aufgeführt.

Die Einrichtung der Edition richtet sich nach den Grundsätzen, die für die Gestaltung der bisherigen Bände maßgebend waren. Die fortlaufend numerier-

te Dokumentenabfolge wird grundsätzlich durch die Chronologie bestimmt. Mehrere am selben Tag oder innerhalb weniger Tage (z. B. am Rande eines Bundesparteitages) nacheinander abgehaltene Sitzungen wurden dabei unter einer Nummer vereinigt und die einzelnen Dokumente jeweils durch kleine lateinische Buchstaben in der Reihenfolge des Alphabets bezeichnet.

An der Spitze eines jeden Dokumentes stehen zwei Kopfregesten. Das erste Regest enthält das Sitzungsdatum und bezeichnet das Dokument, indem das jeweilige Zusammentreffen näher gekennzeichnet (Sitzung, Besprechung) und die beteiligten Gremien aufgeführt werden: Das letztere ist deshalb notwendig, weil der Bundesvorstand bisweilen zusammen mit anderen Gremien tagte, so vor allem mit der Bundestagsfraktion oder Teilen von ihr.

Das zweite Kopfregest gibt den genauen Fundort an und nennt – soweit bekannt – den Protokollführer und das gegenzeichnende Vorstandsmitglied. Darauf folgt die Originalüberschrift. Sollte hierin eine Ortsangabe nicht enthalten sein, wird sie gesondert aufgeführt. Den Abschluß bilden die Angaben – sofern in der Vorlage enthalten – des oder der Sitzungsleiter sowie von Beginn und Schluß der Sitzung.

Das Teilnehmerverzeichnis, das dem Text der Dokumente vorangestellt ist, ist grundsätzlich alphabetisch angeordnet und unterscheidet nicht nach Bundesvorstandsmitgliedern und anderen Sitzungsteilnehmern. Zur Unterscheidung von weiblichen und männlichen Teilnehmern sind die ersteren mit Vornamen aufgeführt. Bei letzteren wird ebenfalls ein Vorname angegeben, wenn Namensübereinstimmungen vorliegen (z. B. Hans und Hermann Schäfer). Sitzungsteilnehmer, die in der Vorlage des Teilnehmerverzeichnisses nicht enthalten sind, deren Anwesenheit jedoch aufgrund des Protokolls nachgewiesen werden kann, sind im Teilnehmerverzeichnis in eckigen Klammern [. . .] aufgeführt. Zu beachten ist dabei, daß die Teilnehmerverzeichnisse in den Vorlagen nicht immer vollständig sind. Insbesondere fehlt bei gemeinsamen Sitzungen von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion die namentliche Aufführung der anwesenden Fraktionsmitglieder. Ebenso besagt der Eintrag in den Teilnehmerverzeichnissen wenig über die Dauer der Anwesenheit. Auf die Angabe der entschuldigt fehlenden Mitglieder wird grundsätzlich verzichtet.

Die Tagesordnungspunkte sind in den Dokumententext eingeschoben und in GROSSBUCHSTABEN geschrieben. Sind sie in der Vorlage nicht enthalten und vom Bearbeiter eingesetzt, so ist dies durch eckige Klammern gekennzeichnet. Die Sprecher sind durch KAPITÄLCHEN hervorgehoben, sonstige Namen in *Kursiv*Schrift wiedergegeben. Gebräuchliche Abkürzungen werden beibehalten, ungebräuchliche aufgelöst, orthographische Fehler stillschweigend verbessert, altertümliche Schreibweisen modernisiert und die Interpunktion heutigem Gebrauch gemäß geändert. Hervorhebungen im Text werden nicht wiedergegeben, handschriftliche Korrekturen und Ergänzungen nicht kenntlich gemacht.

Der Anmerkungsapparat enthält wesentliche Ergänzungen zu den Dokumenten. Dies gilt insbesondere für die Teile der Kommentierung, die Unterlagen aus dem Nachlaß Haußmann verwerten und die es ermöglichen, den Verlauf

zahlreicher Sitzungen des Bundesvorstandes erheblich deutlicher zu dokumentieren, als das in den Protokollen zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus ist aus dem Nachlaß Haußmann, aber auch aus den Beständen des Archivs des Deutschen Liberalismus (vor allem der Nachlaß Dehler) im Anmerkungsapparat eine Fülle von Material verarbeitet, das viele der in den Protokolltexten angesprochenen Zusammenhänge erst verständlich macht. Ansonsten ist die Kommentierung knapp gehalten worden. Sie verweist – wo nötig und sinnvoll – auf einschlägige Quelleneditionen und Literatur, und sie enthält Querverweise auf andere Dokumente der Edition und deren Anmerkungen, um auf diese Weise den jeweiligen Sachzusammenhang herzustellen und damit das Register zu ergänzen.

B. Verzeichnis der Archivalien

Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), Gummersbach

Ordner-Nrn.: 64, 66, 83, 109, 122, 134, 136–138, 224, 616, 851, 970, 1090, 1302, 1453, 1852, 1927, 2025, 3152, 3154, 3155, 3157, 3159, 3163, 3164, 3171, 3175

A 1: Bundesparteitag

A 5: Bundesfrauenausschuß

A 10: Kommunalpolitischer Bundesausschuß

A 12: Bundeshauptausschuß

A 31: Mende, Erich (Teil II)

A 34: Maier, Reinhold

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn

Sammlung Personalia

Bundespresseamt-Archiv (BPA-Archiv), Bonn

Informationsdienst Ausland
Inlandspressespiegel
Morgenberichte

Deutscher Bundestag-Parlamentsarchiv (BT Parl. Arch.), Bonn

Gesetzesdokumentation II/330
Sammlung der Ausschußprotokolle (2. und 3. Legislaturperiode)

Deutscher Bundestag-Pressedokumentation, Bonn

Presseausschnittsammlung

FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Düsseldorf

Akten des FDP-LV NRW

Nachlässe

NL Becker (ADL Gummersbach)
NL Blücher (BA Koblenz)
NL Dehler (ADL Gummersbach)
NL Fischer (ADL Gummersbach)
NL Haußmann (HStA Stuttgart)
NL Maier (HStA Stuttgart)
NL Reif (ADL Gummersbach)

Zeitungen, Zeitschriften, Pressekorrespondenzen (mehrfach zitiert)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Frankfurter Rundschau
Freie Demokratische Korrespondenz (fdk)
Das Freie Wort
General-Anzeiger, Bonn
Neue Rheinzeitung, Köln
Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
Der Spiegel
Stuttgarter Nachrichten
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Die Welt

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1953–1955, Bd. 2, Stuttgart 1966.

ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1955–1959, Bd. 3, Stuttgart 1967.

AdG: Keesing's Archiv der Gegenwart, 24.–30. Jg., 1954–1960, Essen u. a.

BAUSCH, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3), München 1980.

BERLIN, 1955–1956, Chronik der Jahre 1955–1956, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichardt, Joachim Drogmann und Hans U. Treutler, Berlin 1971.

BERLIN, 1957–1958, Chronik der Jahre 1957–1958, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin., bearb. durch Hans. J. Reichardt, Joachim Drogmann und Hans U. Treutler, Berlin 1974.

BERLIN, 1959–1960, Chronik der Jahre 1959–1960, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearb. durch Hans J. Reichardt, Joachim Drogmann und Hans U. Treutler, Berlin 1978.

BEYER, Helmut/MÜLLER, Klaus: Der Niedersächsische Landtag in den fünfziger Jahren. Voraussetzungen, Ablauf, Ergebnisse und Folgen der Landtagswahl 1955, Düsseldorf 1988.

BR SITZ. BER.: Sitzungsberichte des Bundesrates, Bonn 1954–1960.

BT STEN. BER.: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953: Stenographische Berichte Bd. 18–38, Bonn 1953–1957; 3. Wahlperiode 1957: Stenographische Berichte Bd. 60–67, Bonn 1957–1959.

BT STEN. BER.: Anlg.-Bd. 26–67. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953: Anlagen zu den stenographischen Berichten. Drucksachen Nr. 1–3783 (Bd. 26–54); 3. Wahlperiode: Anlagen zu den stenographischen Berichten. Drucksachen Nr. 1–1800 (Bd. 55–67), Bonn 1957–1959.

DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, verfaßt und bearb. von Peter Schindler, Bonn 1983.

DEUERLEIN, Ernst/GRUNER, Wolf D.: Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, hrsg. von Max Spindler, München 1974.

DORN, Wolfram/WIEDNER, Wolfgang: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring – eine politische Biographie, Bonn 1974.

ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 5. Bd., Tübingen 1956; 6. Bd., Tübingen 1957; 8. Bd., Tübingen 1959.

FDP-BUNDESVORSTAND: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954, bearb. von Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/I), Düsseldorf 1990.

FDP-BUNDESVORSTAND: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearb. von Reinhard Schiffers (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/III), Düsseldorf 1993.

GREWE, Wilhelm G.: Rückblenden 1976–1951, Frankfurt/M. u. a. 1979.

HOCKERTS, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 1), Stuttgart 1980.

HÜWEL, Detlef: Karl Arnold. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 1), Wuppertal 1980.

KLINGL, Friedrich: „Das ganze Deutschland soll es sein!" – Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre. Eine Analyse der außenpolitischen Konzeption und des außenpolitischen Verhaltens Thomas Dehlers, phil. Diss. Regensburg 1985.

KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei: Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin-Bonn 1982.

KOCH, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage, München 1972.

KÜSTERS, Hanns Jürgen: die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982.

LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Meisenheim am Glan 1975.

LANGE, Erhard H. M.: Vom Wahlrechtsstreit zur Regierungskrise. Die Wahlrechtsentwicklung Nordrhein-Westfalens bis 1956 (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 8), Köln u. a. 1980.

MARTEN, Heinz Georg: die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenhaften Neubelebung des politischen Liberalismus unter besonderer Berücksichtigung der innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen FDP-Landesverbandes (Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen, Bd. 1), Göttingen 1978.

MATZ, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 89), Düsseldorf 1989.

MENDE, Erich: Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961, Bergisch-Gladbach 1986 (Lizensausgabe von München-Berlin 1984).

MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 29), Düsseldorf 1965.

NEUMANN, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 5), Meisenheim am Glan 1988.

RITTER, Gerhard A./NIEHUSS, Merith: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1987.

SCHNEIDER, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetzgebung. Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968)(Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 17), Bonn 1986.

SCHWARZ, Hans Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart-Wiesbaden 1981.

SCHWARZ, Hans Peter: Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3), Stuttgart-Wiesbaden 1983.

STÖSS, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bde. 38 und 39), Opladen 1983 und 1984.

STORBECK, Anna Christine: Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945 (Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 4), München-Wien 1970.

UNGER, Ilse: Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Stuttgart 1979.

WAGNER, Wolfgang: Die Bundespräsidentenwahl 1959 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Bd. 13: Adenauer-Studien II), Mainz 1972.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abg.	Abgeordneter
AdG	(Keesings) Archiv der Gegenwart
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
BA	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMI	Bundesministerium des Innern
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BP	Bayernpartei
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BR	Bundesrat
BT	Deutscher Bundestag
BV	Bezirksverband
BvD	Bundesverband vertriebener Deutscher
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJD	Deutsche Jungdemokraten
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presseagentur
DPS	Demokratische Partei Saar
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	vor 1933: Deutsche Volkspartei nach 1945: Demokratische Volkspartei
EFTA	Kleine Freihandelszone
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
em.	emeritiert
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
Frhr.	Freiherr
FU	Freie Universität
FVP	Freie Volkspartei

GB	Gesamtdeutscher Block
GG	Grundgesetz
GHH	Gutehoffnungshütte
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HStASt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
IG	Industriegemeinschaft/Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IOK	Internationales Olympisches Komitee
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KV	Kreisverband
LDP/LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands (DDR)
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestages
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtages
MinDir	Ministerialdirektor
MRP	Mouvemont Républicain Populaire
NATO	Nordatlantikpakt
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NL	Nachlaß
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
OLG	Oberlandesgericht
Parl. Arch.	Parlamentsarchiv
PPP-Informationsdienst	Politisch-Parlamentarischer Presse- und Informationsdienst
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHP	Schleswig-Holsteinische Landespartei
Sitz. Ber.	Sitzungsberichte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
SU	Sowjetunion
TASS	Telegrafenagentur der Sowjetunion
TH	Technische Hochschule
TO/TOP	Tagesordnung/-spunkt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UNICEF	Kinderhilfswerk der UNO
UNO	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

Vol.	Volume
Vors.	Vorsitzender
WSV	Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung
ZK	Zentralkomitee
z. Wv.	zur Wiederverwendung

E. Verzeichnis der Sitzungen und Tagesordnungspunkte

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
1	19. 3. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Konstituierung des Bundesvorstandes (3) – Indiskretionen in der Bundesgeschäftsstelle und in der Bundestagsfraktion (5) – Bericht und Aussprache über Entscheidungen des Bundesrates, insbesondere Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention (8) – Kartelle und Monopole: Referat und Aussprache (13) – Regelung der Nachfolge von Höpker Aschoff als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes (24) – Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention, Fortsetzung (27) – Entschließung des Liberalen Bundes, Hannover (28) – Wahlblockbildungen (38) – Verschiedenes (54)*	3
2	17. 5. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Präliminarien (55) – Referat Pfleiderers über die außenpolitische Situation mit anschließender Diskussion (56) – Antrag des Landesverbandes Hamburg, eine Sitzung des Bundesvorstandes in Hannover abzuhalten; Anträge der Landtagsabgeordneten Grete Sehlmeyer und Bruno Schröder, Hannover, um Aufnahme als Mitglieder bei der Bundespartei (68) – Gespräch mit den Kirchen (72) – Modernisierung der Parteiwerbung (Waage-Aktion) (73) – Förderung der FDP-Kommunalpolitik; Konstituierung des außenpolitischen Ausschusses (73) – Verschiedenes (73) – Gespräch mit dem Bundeskanzler (74) – Aussprache über die Äußerungen des Familienministers Dr. Wuermeling (74)*	55
3	10. 7. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Finanzprüfung im Landesverband Niedersachsen (75) – Förderung der FDP-Kommunalpolitik (79) – Antrag des Herrn Dr. Kurt Krebs von der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Paris um Aufnahme in die Partei (80) – Wahl der Farben für die Werbemittel der Partei (80) – Modernisierung der Parteiwerbung (Waage-Aktion) und gegenseitige Hilfe der Landesverbände bei den Landtagswahlen (81) – Aussprache über die politische Lage (81) – Die Arbeit der Bundesfachausschüsse (Bericht des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Dr. Friedrich Middelhauve, über den*	*75*

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
		Stand der Ausschußarbeit und Vortrag von Reformvorschlägen (83) – Konstituierung des außenpolitischen Ausschusses (83) – Verschiedenes (84)	
4	10. 9. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion .... *Aussprache über die politische Lage nach dem Scheitern der EVG und über den Fall John (85) – Verschiedenes (98)*	85
5	8. 10. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die politische Lage (98) – Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein (102) – Fall Weirauch (103)*	98
6	2. 11. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion ..... *Pariser Verhandlungen (Saarstatut) (104) – Finanzwerbung (105)*	104
7	8. 12. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses ..... *Konstituierung des außenpolitischen Ausschusses (105) – Außenpolitische Referate und Grundsatzdebatte (106) – Nächste Sitzung des außenpolitischen Ausschusses (106)*	105
8	18. 12. 1954	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Allgemeinpolitische Aussprache (107) – Länderwahlen (107) – Finanzierungsfragen (107) – Einstellung des Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle (108) – Festlegung des Bundesparteitages 1955 (108) – Verschiedenes (109)*	107
9	15. 1. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Einstellung eines Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle (109) – Festsetzung der Tagesordnung für den Bundesparteitag (110) – Niedersachsen (110) – Länderwahlen und politische Lage (110) – Gesamtdeutscher Ausschuß (111)*	109
10	19. 3. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Tagesordnung (111) – Persönlicher Erinnerungsvermerk Blüchers über die Bundesvorstandssitzung (113) – Kurzbericht Schwennickes über die Bundesvorstandssitzung (114)*	111
11	25. 3. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahlen zum Bundesvorstand (115)*	115

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
12	30. 4. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Konstituierung des Vorstandes (116) – Organisation der Bundesgeschäftsstelle (117) – Politische Lage (117) – Neuordnung des Rundfunkwesens (119) – Verschiedenes (119)*	116
13	11. 6. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wehrverfassung (120) – Wahlgesetz (120) – Regierungsbildung in Niedersachsen (121) – Verschiedenes (121)*	119
14	30. 8. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Ausscheiden Wellhausens aus dem Bundesvorstand (122) – Beteiligung der FDP an der Moskaureise Adenauers (122) – Zur Lage im Saargebiet (123) – Lage in Niedersachsen (123) – Staatssekretär im Verteidigungsministerium (123) – Ausschußneubesetzung (123) – Bildung eines Ausschusses für Atomenergie (124) – Gehalt Dr. Keim, Antrag Frühwald (124) – Mitgliedschaft von Parteifreunden im Ausland (124)*	122
15	21. 9. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Politische Lage, insbesondere Außenpolitik (125) – Ausschlußverfahren gegen Leonhard Schlüter (127)*	125
16	13. 10. 1955	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Antrag des Landesverbandes Niedersachsen: Der Bundesvorstand möge auf Einleitung des Ehrengerichtsverfahrens gegen Schlüter verzichten (127) – Politische Lage, insbesondere Beschluß des Landesverbandes Hessen vom 1. Oktober 1955 (127)*	127
17	10. 1. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Politische Lage (130) – Fristen für Sitzungen von Parteigremien (132) – Verschiedenes (132)*	129
18	3. 2. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahlrecht und Koalitionspolitik in Nordrhein-Westfalen (133)*	133
19	25. 2. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion, Ausscheiden der FDP aus der Regierungskoalition (145)*	144

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
20 a	17. 3. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Antrag auf Satzungsänderung für den Bundesparteitag (157) – Ausschlußantrag gegen Dr. C. H. Schwennicke (157) – Vorbereitung des Bundesparteitages (160) – Organisatorische und finanzielle Fragen (160) – Verschiedenes (162)*	157
20 b	18. 3. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Entschließung betr. Koalitionspolitik (162) – Entscheidungen betr. Landesverband Berlin (163) – Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes (164) – Wahlen und Regierungsbildung in Baden-Württemberg (164)*	162
21	9. 4. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung Parteitag (165) – Verschiedenes (167) – Ausschluß Blücher, Neumayer, Preusker, Schäfer, Schwennicke (167) – Wahl eines neuen Vorsitzenden für den sozialpolitischen Ausschuß der Bundespartei und evtl. wirtschaftspolitischen Ausschuß (168) – Verschiedenes, Fortsetzung (169)*	165
22 a	19. 4. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Bundesparteitages (170)*	170
22 b	20. 4. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahl des Bundesvorstandes (172)*	172
23	4. 5. 1956	Besprechung des Bundesvorstandes ..... *Bundesparteischule (173) – „Freies Wort" (174) – Herausgabe von Broschüren (175) – Großveranstaltungen (175) – Propagandamaßnahmen (176) – Mitgliederwerbung (176) – Ausschußtätigkeit (177) – Lage in Hessen und anderen Landesverbänden (177) – Verteilung der Zuständigkeiten im Bundesvorstand (178) – Finanzlage (178) – Dreier-Komitee (178)*	173
24	31. 5. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Konstituierung des Vorstandes (179) – Erste Maßnahmen zur Vorbereitung der Bundestagswahlen (179) – Finanzlage, Finanzausgleich (181) – Lage in den Ländern (183) – Ausschußarbeit (184) – Politische Lage im Bund (185)*	179

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
25	18. 7. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verhältnis zur DPS (186) – Politische Lage (186) – Einsetzung einer Wahlkampfleitung (188) – Die Lage in den Landesverbänden Berlin, Hessen und Niedersachsen (189) – Bezug des „Freien Wortes" durch die Landesverbände (191) – Beziehung zur Liberalen Weltunion (191) – Teilnahme am Aktionskomitee der Vereinigten Staaten von Europa (191) – Verschiedenes (192)*	186
26	31. 8. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Politischer Lagebericht (192) – Kontakte mit der LDP (193) – Vorbereitungen für den Wahlkampf (195) – Verstärkung der Wahlkampfleitung durch ein Mitglied des Bundesfrauenausschusses (195) – Fördergesellschaften und Parteifinanzierung (196) – Agrarpolitik und Zollfragen (196) – Vertretung beim DGB-Kongreß (196) – Neuordnung der Ausschußarbeit (197) – Verschiedenes (197)*	192
27	28. 9. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes unter zeitweiser Teilnahme der Bundestagsfraktion ..... *Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten anderer Parteien (200) – Beziehungen zur Sowjetzone (201) – Verhältnis zur DPS (203) – Stand der Wahlkampfvorbereitungen (205) – Bildung eines Arbeitskreises zwecks Aufstellung eines Förderungsplanes für Wissenschaft und Forschung usw. (206) – Parteifinanzierung und Fördergesellschaften (207) – Agrarpolitik, Zollfragen und Konjunkturpolitik (207) – Bericht des Abg. Schwann über seine Ostasienreise (209) – Antrag der bayerischen FDP, einen kleinen Kreis von Parteifreunden zu berufen, der die Aufgabe hat, die allgemeine geistige und politische Grundlage der FDP und ihre Ausstrahlung auf die großen Lebensgebiete der Nation klar und allgemein verständlich in knapper Form niederzulegen (209) – Verschiedenes (209)*	199
28	18. 10. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Stand der Sozial- und Rentenreform (209) – Bericht über die Ost-West-Kontakte (210) – Parteifinanzierung und Fördergesellschaften (211) – Bestätigung der Wahl der stellv. Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses (211) – Erweiterung der Bundeswahlkampfleitung um eine Frau (212) – Verhältnis von FDP und DPS (212)*	209

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
29	16. 11. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme von Mitgliedern der Bundestagsfraktion ..... *Vorverlegung des Bundesparteitages (213) – Politische Aussprache (214) – Vorverlegung des Bundesparteitages, Fortsetzung (214) – Politische Aussprache, Fortsetzung (216)*	213
30	1. 12. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorsitz im LDP-Bundesbeirat (217) – Festsetzung des Bundesparteitages (217) – Bericht der Wahlkampfleitung (219) – Antrag Baden-Württemberg bzgl. Ostkontakte (219) – Programmatische Richtlinien (220) – Wahlabkommen mit anderen Parteien (220)*	217
31 a	14. 12. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verhältnis von FDP und DPS (221) – Vorbereitung der Hauptausschußsitzung (222)*	221
31 b	15. 12. 1956	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Antrag bezüglich Parteidisziplin (225) – Antrag Baden-Württemberg bezüglich Ostkontakte (226) – Antrag NRW auf Satzungsänderung (227) – Antrag Bayern gegen Bundeskultusministerium (229) – Behandlung der Wahl des Parteivorsitzenden im Hauptausschuß (230)*	225
32	6. 1. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Bundesparteitages (231) – Verhältnis zur DPS (235) – Arbeitskreise (236) – Ablauf des Bundesparteitages im Allgemeinen (237) – Antrag der bayerischen FDP betr. Bundeskultusministerium (238)*	230
33	23. 1. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Satzungsänderung (238) – Vorbereitungen für die Neuwahl der Parteigremien (239) – Ablauf des Bundesparteitages (242)*	238

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
34	23. 2. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über Verlauf der Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes (244) – Hamburger Tagung zur Eröffnung des Wahlkampfes (246) – Wahl eines neuen Vorsitzenden des agrarpolitischen Bundesausschusses (248) – Bericht der Bundeswahlkampfleitung, Schwerpunktbildung für den Wahlkampf (249) – Bericht über Aktionen der Partei (249) – Beratung des Entwurfs der Richtlinien der Freien Demokratischen Partei zur Förderung der Wissenschaft und Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses (250)*	243
35	20. 3. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes unter zeitweiser Teilnahme der Bundestagsfraktion ..... *Arbeitskreistagung in Rengsdorf (251) – Neuwahl eines Vorsitzenden des verkehrspolitischen Bundesausschusses (251) – Der gemeinsame Markt (251) – Verschiedenes (252) – Der gemeinsame Markt, Fortsetzung (253)*	250
36	6./7. 4. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Arbeitskreise ..... *Vorbereitung der Wahlplattform (255)*	254
37	29./30. 4. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Atomare Bewaffnung der Bundeswehr (260) – Vorbereitung des Hamburger Wahlkongresses (262) – Wahlplattform (262) – Gemeinsamer Markt (264)*	260
38	25. 5. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Politischer Lagebericht (265) – Antrag auf Änderung von Art. 15 GG (265) – Heilbronner Beschlüsse des LSD (266) – Wahlkampfprobleme (267)*	264
39	4. 6. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Hamburger Kongresses (268) – Heilbronner Beschlüsse des LSD (269) – Verschiedenes (269)*	268
40	27. 6. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Besprechungen mit den Fördergesellschaften (271) – Unsere Stellung zur Liberalen Weltunion (271) – Das Ergebnis des Hamburger Kongresses und Wahlkampfvorbereitungen (273) – Verschiedenes (274)*	270

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
41	8. 7. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahlfilm (275) – Politische Aussprache (276) – Agrarpolitik (277) – Kirche und Christentum im Wahlkampf (277) – Finanzielle Lage (278) – Wahlkampfvorbereitungen (278) – Personalien der Bundesgeschäftsstelle (280)*	275
42	3. 8. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Politische Aussprache (281) – Organisatorische Fragen (283) – DPS-Parteitag in Saarbrücken (285) – Finanzielle Verpflichtungen und ihre Deckung (286) – Verschiedenes (287)*	280
43	19. 8. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung der Frankfurter Tagung vom 5. September (288) – Wahlkampf und Koalitionsfrage (289) – Bundestagskandidatur Schwanns auf der Landesliste von NRW (289) – Veröffentlichungen des „Neuen Abendland" (290) – Vorstöße in der Frage einer Wirtschaftskontrolle (291) – Finanzwerbung (291)*	287
44	19. 9. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Bundestagsfraktion ..... *Konflikt Maier/Mende (292) – Politische Aussprache: Konsequenzen für die Partei aufgrund des Wahlergebnisses (294) – Verschiedenes (297)*	292
45	1./2. 11. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion (299) – Aussprache: Schwerpunkt Zusammenschluß von Parteien (314) – Verschiedenes (317)*	298
46	30. 11. 1957	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Bundestagsfraktion und der Landesgeschäftsführer ..... *Bildung der „Dritten Kraft" (318) – Koalitionsverhandlungen in Hamburg und Bayern (320) – Ausführung der Frankfurter Beschlüsse (321) – Bundesparteitag 1958 (323) – Außenpolitische Entschließungen (324) – Vorgänge im niedersächsischen Landtag (325)*	317

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
47	6. 1. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Bundesparteitag (329) – Satzungsänderungen (330) – Finanzlage (332) – Vorgänge im niedersächsischen Landtag (334)*	329
48	28. 2. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Vorbereitung des Bundesparteitages (335) – Aktionsprogramm (336) – Satzungsänderungen (337) – Aktion Atomtod (339) – Europa-Union (340) – Liberale Weltunion (340) – Brief der LDPD (340)*	335
49	1. 3. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme von zahlreichen Mitgliedern der Bundestagsfraktion . *Rede des Bundesvorsitzenden über die politische Lage mit anschließender Aussprache (341) – Erneute Kandidatur Maiers für das Amt des Bundesvorsitzenden (356) – Absetzung der Sitzung des Hauptausschusses (357) – Verschiedenes (357)*	341
50	27. 3. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Bundesparteitag (358) – Besprechungen mit den führenden Herren des BDI (358) – Satzungsänderungen (359) – Vorstandswahl (360) – Politische Fragen auf dem Bundesparteitag (361) – Verhandlungen mit dem BHE in NRW (362)*	358
51	18. 4. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Bundestagsfraktion . . . . . *Zur Geschäftsordnung (363) – Politische Lage: Volksbefragung und Mitgliedschaft im Ausschuß „Kampf dem Atomtod" (364) – Verschiedenes (367)*	363
52	3. 6. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Lage in Niedersachsen (368) – Bundeshauptausschuß (370) – Liberale Weltunion (371) – Verhältnis zur Europa-Union (372)*	368
53	11. 7. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes . . . . . *Wirtschaftspolitischer Bundesausschuß (373) – Entschließung Rheinland-Pfalz (373) – Folgerungen aus dem Wahlkampf und dem Wahlergebnis in NRW (373) – Wirtschaftspolitischer Bundesausschuß, Fortsetzung (378) – Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (379)*	372

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
54	23. 9. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Stellungnahme Maiers zu einer Parteitagsrede Gerstenmaiers (380) – Verschiedenes (381) – Zum politischen Kurs der Partei (382) – Politische Lage zu Beginn der neuen Parlamentssession (383) – Festlegung des Termins für eine Klausurtagung (386) – Verabschiedung der kommunalpolitischen Richtlinien (387) – Bericht über Besprechungen mit dem BHE, insbesondere wegen Niedersachsen (387) – Einladungen und Reisen (387) – Verhandlungen mit der FVP in Berlin (387) – Zwischenbericht in der Angelegenheit Dr. Nowack (388)*	380
55	8. 10. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahlergebnis und Regierungsbildung in Schleswig-Holstein (389) – Folgerungen für die Bundespartei aus innerparteilichen Auseinandersetzungen (390) – Neueinteilung der Bundestagswahlkreise (394) – Folgerungen für die Bundespartei aus innerparteilichen Auseinandersetzungen, Fortsetzung (394) – Restpunkte der TO der vorigen Sitzung (396) – Finanzlage der Partei (397)*	388
56	11./13. 12. 1958	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Wahlen (399) – Kommunalpolitische Richtlinien und Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft (400) – Berliner Wahlen (400) – Landtagswahlen in Hessen (401) – Landtagswahlen in Bayern (402) – Bericht der „Stuttgarter Zeitung" (402) – Bericht über Besprechungen in Saarbrücken (405) – Bericht der „Stuttgarter Zeitung", Fortsetzung (405) – Festsetzung von Ort und Zeitpunkt des Bundesparteitages 1959 (406) – Bundesparteitag (406) – Brief an Brentano (407) – Etat der Bundesgeschäftsstelle (408)*	399
57	29. 1. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Kommunalpolitische Richtlinien und Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft (409) – Fall Niemöller (410) – Organisationsfragen (411) – Finanzlage der Partei (414) – Personalien (414) – Wahlkampfhilfe für Rheinland-Pfalz und Niedersachsen (415) – Weitere organisatorische Beschlüsse (415) – Politische Lage (416)*	409

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
58	27. 2. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundespräsidentenwahl (417) – Berlin-Frage (419) – Vorbereitung der Sitzung des Bundeshauptausschusses (420) – Vorbereitung des Bundesparteitages (420) – Zum Fall Altmaier (421) – Finanzlage der Partei (421) – Bundesparteitag, Fortsetzung (423)*	417
59	19. 3. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Anträge (424) – Finanzlage (424) – Bundesparteitag 1959 (425)*	424
60	6. 4. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Bundesparteitages (426) – Die Deutschlandfrage (427) – Bericht über Südtirol (430)*	426
61	15. 4. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bundesparteitag 1959 (431)*	431
62	10. 5. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (434) – Verschiedenes (435) – Bundesparteitag 1959 (436) – Finanzlage (437) – Wahl des Bundespräsidenten (437) – Kommuniqué der Sitzung (438)*	434
63	20. 5. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Verhandlungen mit dem Bezirksvorstand Hannover (439) – Bundesparteitag (439) – Wahl des Bundespräsidenten (440)*	439
64	22. 5. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Berliner Erklärung (442) – Bundesparteitag, innenpolitische Entschließungen (445) – Wahl des Bundespräsidenten (445)*	442
65	20. 6. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Die innenpolitische Lage nach dem Rücktritt Adenauers von der Präsidentschaftskandidatur, Vorbereitung der Sitzung der Bundesversammlung (446) – Entwicklungen im DP-Landesverband NRW (448) – Die außenpolitische Lage nach dem Ablauf der Genfer Konferenz (448) – Teilnahme von DJD und LSD an den Weltjugendfestspielen in Wien (450) – Verhältnis zur Liberalen Weltunion (450) – Umbenennung des Beamtenausschusses (450) – Wahl eines neuen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses (450) – Parteienfinanzierung (451)*	446

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Tagesordnung	Seite
66	4. 9. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Die außen- und innenpolitische Lage (452) – Einberufung des Bundeshauptausschusses (453) – Geschäftsverteilung im Bundesvorstand (454) – Bildung des Organisationsausschusses (454) – Bildung einer Beschwerdekommission (455) – Bildung einer siebenköpfigen Kommission zur Ausarbeitung von Satzungsänderungen gem. Beschluß des Bundesparteitages vom 23. Mai 1959, Antrag 1 (455) – Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzlage (455) – Brief des Bezirksvorsitzenden Dietrich Bahner (457) – Besprechungen mit dem BHE (457)*	451
67	24. 10. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die politische Lage (457) – Vorbereitung des Bundesparteitages 1960 (459) – Vorwürfe der SPD gegenüber Leverenz (459) – Brief des Bezirksvorsitzenden Dietrich Bahner, Augsburg (459) – Bericht über Verlauf und Ergebnis der Vorbesprechungen betr. Generalamnestie (461) – Stellungnahme zum Entwurf des Internationalen Roten Kreuzes betr. Gefahren für die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten (461)*	457
68	21. 11. 1959	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Bericht über die politische Lage (462) – Vorbereitung des Bundesparteitages 1960 (466) – Parteiengesetz und Parteienfinanzierung (467) – Stellungnahme zum Bundesrundfunkgesetz (467) – Verhältnis zwischen FDP, DJD und LSD (467)*	462
69	19. 1. 1960	Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ..... *Notstandsgesetz (469) – Tarifvertragsgesetz (470) – Bundesrundfunkgesetz (470)*	468
70	27. 1. 1960	Sitzung des Bundesvorstandes ..... *Vorbereitung des Bundesparteitages (471)*	471

F. Verzeichnis der Abbildungen

Thomas Dehler während einer öffentlichen Versammlung in Wattenscheid am 18. 10. 1956
ADL, N 1-703/11 (NL Dehler) VI

Reinhold Maier
ADL, unverzeichneter Bestand VIII

Handschreiben Thomas Dehlers an Reinhold Maier am Weihnachtsabend 1956
HStASt, Q/8 Bü 362 (NL Maier) XVIII

Handschreiben Reinhold Maiers an Thomas Dehler am 28. 12. 1956 (nicht 1957, wie von Maier angegeben)
ADL, N 1-3148 (NL Dehler) XX

DOKUMENTE

1954–1960

1.

19. 3. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 101. Überschrift: „Sitzung des Gesamtvorstandes am Freitag, den 20. [recte 19.] 3. 54, Bundeshaus." Bonn. 15.10 Uhr–22.15 Uhr.

Teilnehmer: Dehler, Ehrich, Euler, Frühwald, Gönnenwein, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, [Kellner], Kessler, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Middelhauve, [Miessner], Mischnick, Neumayer, Nowack, Rademacher, [Reif], Hermann Schäfer, [Scheel], Schwennicke, Strömer, [Ungeheuer, Weirauch], Wellhausen, Wendt, Weyer.

Dr. DEHLER eröffnet die Sitzung und erklärt, daß der Freund *Preusker* mitgeteilt habe, daß er nicht kommen könne und auch morgen nicht zur Verfügung stehe. Unter diesen Umständen wird es wohl nicht notwendig sein, daß wir morgen tagen, sondern heute fertig werden.[1]

Die Landesverbände sind, außer unserem Freund *Rademacher,* überhaupt noch nicht vertreten.

Entschuldigt haben sich *Blücher* (er ist Verpflichtungen eingegangen), *Rubin,* der krank ist, *Engelhard, Mende* (ist in Paris), *Bezold* hat Landtagsverpflichtungen.

Herr Dr. *Dehler* verliest den Brief von Frau *Mayer* zum Gedenken ihres Gatten usw.[2]

[KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES]

Ich darf uns nun zunächst allen einen guten Beginn wünschen, von dem für unsere Arbeit viel abhängt. Ich möchte meinen, daß die Voraussetzungen hierzu gegeben sind, daß wir zusammenwachsen, daß uns ein einheitlicher Wille beseelt und daß wir hieraus einen guten Beginn haben. Es wird erforderlich sein, daß wir teils organisatorisch straffen, aber gut Ding will Weile haben. Jeder mache sich Gedanken. Die neuen Satzungen[3] geben uns immerhin die Möglichkeit einer stärkeren Auswirkung. Wir haben die Möglichkeit, auf die Landesverbände zu wirken, Einfluß zu nehmen. An sich sollen die Satzungen nicht das Mittel sein, das den inneren Zusammenhalt schafft, sondern daß aus dem engen Kontakt heraus der Zusammenhalt geschaffen ist, daß der Bundesvorstand mit den Vertretern der Landesverbände, die hier mit Sitz und Stimme sind, zusammenarbeiten kann. Ich kann Ihnen zu Beginn die Versicherung meines guten Willens geben und die gute Hoffnung, die ich an unsere Arbeit knüpfe.

---

1 Gemäß Tagesordnung war vorgesehen, die Sitzung zweitägig – 19. und 20. 3. 1954 – abzuhalten. ADL, Ordner-Nr. 101.

2 Nicht ermittelt.

3 Verabschiedet auf dem Wiesbadener Parteitag. FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 43 b mit Anm. 7, S. 1441.

Wir müssen die Aufgabenbereiche der stellvertretenden Vorsitzenden festlegen. Wir haben uns die Arbeit schon mal überlegt. Ich will noch nichts Endgültiges sagen, aber Ihnen doch mal unsere Vorstellungen mitteilen.

Die Organisation liegt natürlich bei mir, in finanzieller Hinsicht zusammen mit dem Schatzmeister *Rubin.* Wir haben gedacht, daß *Schäfer* in allen Fragen, in Dingen der inneren Organisation mich vertritt, daß er Besprechungen mit der Propaganda, dem Rundfunk übernimmt und Verbindung zu den Landesverbänden hält, mit den Organisationen des öffentlichen Lebens, daß er die Verbindung mit den üblichen Verbänden in der Hand hält und gegebenenfalls die Leute, die geeignet sind, dann ins Feuer schickt.

Middelhauve soll die Ausschüsse der Partei überwachen, inhaltlich und organisatorisch, die Tätigkeit der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen koordinieren, die Verbindung mit der Liberalen Weltunion halten und den anderen ausländischen Organisationen.

Schwennicke soll die Verbindung der Bundespartei mit den Landesverbänden besonders in die Hand nehmen, da er als Landesverbandsvorsitzender die richtige Sicht für die Anliegen der Landesverbände hat. Auch das Ostbüro soll er überwachen.

Das wären unsere Vorstellungen. Unsere Hoffnung ist, daß man die Organisation der Bundesgeschäftsstelle auch abstimmt mit den Aufgabengebieten der Vorsitzenden. Wir wollen elastisch sein, die Dinge sollen sich einspielen, wir werden ja dann sehen, was zweckmäßig ist.

Der Organisationsausschuß soll beibehalten werden.[4] Es hat sich bewährt, dieses kleine Gremium, dem der Vorstand im Organisationsausschuß Vollmachten gibt zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten, aber der Gesamtvorstand kann alle Angelegenheiten an sich ziehen, wenn es notwendig erscheint.

WEYER: Es wäre gut, wenn der Gesamtvorstand von Zeit zu Zeit einen Überblick bekäme über das, was im Organisationsausschuß beschlossen wird.

DEHLER: Wir haben festgestellt, daß das zu Unrecht unterblieben ist. Der Gesamtvorstand muß über die wesentlichen Dinge unterrichtet werden.

Der Organisationsausschuß hat bisher bestanden aus den Herren: *Middelhauve, Rubin, Rademacher, Stegner,* der ausgeschieden ist, und mir. Unser Gedanke ist, ihn jetzt zusammenzusetzen aus den vier Vorsitzenden, *Rubin* und *Rademacher.*

WEYER: Ist es richtig, wenn die vier Vorsitzenden im Organisationsausschuß sind? Es soll doch der engere Vorstand entlastet werden.

DEHLER: Die Dinge, die bisher im Organisationsausschuß behandelt worden sind, waren alle durchwegs wichtig. Es waren Entscheidungen zu treffen, die immerhin eine gewisse Tragweite hatten, personelle Dinge, Einstellungen usw.

---

4 Zum Organisationsausschuß ebd., S. XI f.

Es ist wichtig, aber wir dürfen nichts überstürzen. Sie müssen bedenken, *Schwennicke* hat sich insbesondere bereit erklärt mitzutun, hat uns dazu gebracht, daß die vier Vorsitzenden im Ausschuß drinsitzen. *Rubin* muß dabei sein. Die Mitarbeit *Rademachers* ist ebenfalls sehr wertwoll.

Einverständnis.

Noch ein paar ökonomische Dinge. Zunächst etwas Unangenehmes, ein Vorfall in der Geschäftsstelle, der aber von Bedeutung ist. (Herr *Hornung*, verlassen Sie uns bitte bei Behandlung dieses Punktes.) *Kellner* soll dazu dableiben.

[INDISKRETIONEN IN DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE UND IN DER BUNDESTAGSFRAKTION]

Vor dem Parteitag hat die Bundesgeschäftsstelle einen Tätigkeitsbericht herausgegeben; er wurde bis zum Parteitag vertraulich behandelt und allen Referaten zugeleitet.[5] Kurze Zeit darauf sind Einzelheiten dieses Tätigkeitsberichtes in der Korrespondenz „Politik und Wirtschaft", die der Sozialdemokratie nahesteht, erschienen, besonders geschickt gemacht. Es wurde da erzählt, wer Leiter von Presse und Rundfunk ist, das Saarreferat, Koordination, also keine Begebenheiten, die als besonders vertraulich zu bezeichnen wären. Aber immerhin muß ein Vertrauensbruch vorgekommen sein. Es wurde dann nachgeprüft, wo die Exemplare waren. Alle waren vorhanden, nur bei Herrn *Burandt* war das Exemplar verschwunden. Dieses war von seinem Mitarbeiter, Herrn *Schöne,* abgeholt worden aus dem Postfach. Er gab an, er habe es zu Hause. Er hat es aber nicht zu Hause gehabt. Nach meiner Auffassung ist es zweifelsohne so, daß er es dem Mitarbeiter von „Politik und Wirtschaft", Herrn *Schulze,* gegeben hat. Sie leugnen es beide ab. Es ist dies ein typischer Ausschnitt aus der Bonner widerlichen Atmosphäre, bezeichnend für den Tiefstand des Journalistentums. Es ist nun die Frage, ob wir einen zwingenden Beweis bei Gericht führen können – das weiß man nicht. Wir haben ihm fristlos gekündigt, nicht leicht für ihn. Seine Frau war früher Mitarbeiterin unseres Freundes Dr. *Ungeheuer* und ist jetzt Sekretärin von Dr. *Atzenroth.*

Auch Einzelheiten über Fraktionssitzungen – Grundgesetz – sind mit allen Details wiedergegeben. Wir wollen solche Dinge nicht hinnehmen, sie nehmen die Luft zum Atmen. Ich erbitte Ihr Einverständnis, daß wir das durchstehen. Ich habe auch abgelehnt, diese Kündigung in eine reguläre umzuwandeln. Es kommen in diesem Zusammenhang auch allerhand andere dumme Dinge zur Sprache. Z. B. hat *Schöne* gesagt, daß der Sekretär von *Rademacher* auch dem *Schulze* Material liefert.

LÜDERS: Mir ist das vollkommen unbekannt aus meiner jahrzehntelangen politischen Arbeit. Ich sehe mich nicht imstande, an Fraktionssitzungen teilzunehmen, wenn ich nicht das Gefühl habe, ich kann dort offen und ehrlich sagen,

5 Freie Demokratische Partei: Tätigkeitsbericht der Bundesgeschäftsstelle vom November 1952 bis Februar 1954 (vertraulich), HStASt, Q 1/22, Bü 718 (NL Haußmann).

was ich meine, wenn ich Gefahr laufe, daß Bemerkungen von mir und meinen Kollegen, noch dazu entstellte Bemerkungen, an die Presse gelangen.

WEYER: Ich weiß nicht, Herr Dr. *Dehler,* ob wir das Pferd nicht am Schwanze aufzäumen. Es hat doch auch Fraktionssitzungen gegeben, an denen keiner dieser Herren teilgenommen hat, und doch war es am nächsten Tag in der Presse publik.

Dr. UNGEHEUER: In den „Stuttgarter Nachrichten" von gestern stand z. B., daß *Prinz Löwenstein* referiert hat, daß die Fraktion bereit sei, aus der Regierung auszutreten, wenn die Saarfrage nicht in unserem Sinne geregelt würde. Das ist gewiß eine Pressepolitik, die uns schaden könnte.

EULER: Durch wen ist das denn da reingekommen?

Dr. DEHLER: Das wissen wir nicht.

Dr. ILK: Wir bringen hier etwas durcheinander, Indiskretionen in der Fraktion mit dem Vorfall der Geschäftsstelle. Es ist doch auch komisch, daß der bayerische Staatskanzler [sic!] aus einer ausdrücklich vertraulichen Besprechung unserer Fraktion Bescheid weiß, daß ein bayerischer Ministerialrat aus der Staatskanzlei, ich nenne keine Namen, Berichte aus unserer Fraktion bringt, die stimmen. Ich bin überzeugt, daß wir den Eindruck haben können, daß *Schöne* der Schuldige ist. Er versichert zwar ein übers andere Mal, die Sache nicht weitergeleitet zu haben. Herr Dr. *Dehler,* ist es nicht schlecht, ihn fristlos zu entlassen? Denn ergibt sich ein Prozeß, werden wir vielleicht unter Umständen abgeschmettert.

Dr. DEHLER: Ob unter Eid vor Gericht *Schulze* die Wahrheit sagen wird, wissen wir nicht.

Dr. SCHÄFER: Er wird die Aussage verweigern.

WEYER: Ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß es schwer ist, vor dem Arbeitsgericht einen Prozeß zu gewinnen.

WEIRAUCH: Ich habe mich deshalb verpflichtet gefühlt, eine Prüfung vorzunehmen, weil mir der Dienst vorgelegt wurde. Ich möchte aber ausdrücklich bemerken, daß *Burandt* völlig unschuldig ist, damit nicht ein Mißverständnis entsteht. Ich möchte zur Ergänzung noch sagen, *Schöne* hat nie etwas mit Parteisachen zu tun gehabt. Dies war die erste vertrauliche Sache, die ihm in die Hände gekommen ist.

Burandt hat mir erzählt, daß er auch andere Sachen von seinem Dienst weitergegeben hätte.

Wenn es notwendig erscheint, können wir in Details in Ergänzung alles darlegen. Er hat erklärt, er habe den Bericht zu Hause. Da sind Herr *Müller-Kox* und Dr. *Kellner* in die Wohnung des Herrn *Schöne* gefahren, sie waren vorher in Godesberg.

EULER: Wir haben uns pflichtgemäß eine Überzeugung gebildet, und wir brauchen uns nicht Einzelheiten vortragen lassen. Wohin kämen wir denn da? In einem solchen Fall muß der Vorsitzende sagen können: „Es wurde alles getan, wir haben geprüft, die fristlose Entlassung besteht zu Recht."

DEHLER: Es steckt in der fristlosen Entlassung ja der Wille zur Lösung des Arbeitsverhältnisses.

KELLNER: Wir haben Bedenken wegen der Beweiserbringung.

SCHWENNICKE: Es ist zweiffellos richtig, was Dr. *Kellner* gesagt hat. Ich kenne die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte. Aber ich möchte bemerken, daß für sogenannte Tendenzbetriebe, zu denen Parteien, Gewerkschaften, Zeitungsverlage gehören, ein doch etwas abweichender Grundsatz in der Rechtsprechung besteht, weil hier auch noch Sache des Vertrauens mitspielt, was in anderen Betrieben nicht die entscheidende Rolle spielt. Wir können und müssen es darauf ankommen lassen. Wir können jetzt nicht sagen, wenn es zu einem Arbeitsgerichtsverfahren kommt, könnte die Angelegenheit zu unseren Ungunsten ausgehen, wir entschließen uns zurückzutreten. Ich glaube, wir sollten die Angelegenheit auf uns zukommen lassen. Schlimmstenfalls werden wir verurteilt, ein halbes Jahr das Gehalt zu zahlen. Hat er denn mit Klage gedroht?

WEIRAUCH: Er hat den Vorschlag gemacht zur Kündigung zum 31. Mai ausscheidend.

WEYER: Ich führe Arbeitsgerichtsprozesse. Es ist ungeheuer schwer, da Prozesse zu gewinnen, wenn man nicht lückenloses Beweismaterial hat, und mir scheint kein Beweismaterial da zu sein. Ich würde empfehlen, die fristlose Kündigung zumindest in eine fristgemäße Kündigung umzuwandeln. Wenn es hier einen Weg gibt, Entlassung zum ? Mai, würde ich diesen Weg gehen trotz der grundsätzlichen Bedenken.

DEHLER: Ich wollte das eben nicht, ich wollte konsequent vorgehen.

KELLNER: An unserer Rechtsauffassung hat sich nichts geändert, wenn wir eine vergleichsweise Regelung durchführen unter Beibehaltung des Rechtsstandpunktes.

DEHLER: Das ist sachlich kein Unterschied. Meine Empfindung ist, wir lassen es auf eine Klage ankommen.

RADEMACHER: Ich möchte zu der Sache meines Sekretärs *Gedeke* eine Erklärung geben: Er ist freier Journalist, ist nicht voll ausgelastet, und ich habe diesen Mann mit bestimmten Kenntnissen auf dem Gebiet des Verkehrs zu meiner Mitarbeit herangezogen. Er hat nur Dinge herausgeben dürfen mit meiner ausdrücklichen Genehmigung. Ich werde die Angelegenheit überprüfen und glaube, daß diese Erklärung genügt.

DEHLER: *Preusker* hat leider abgesagt, er kann auch morgen nicht an unserer Sitzung teilnehmen. Das tut mir leid, auch in der Form leid, denn er hatte doch zugesagt.

WEIRAUCH: Begründung: kleines Wirtschaftskabinett.

DEHLER: Ich würde nun vorschlagen, heute etwas länger zusammenzubleiben. Wir würden dann wohl heute fertig werden und brauchen morgen nicht zusammenkommen.

Einverständnis.

UNGEHEUER: Ich darf an die Bitte von Prof. *Luchtenberg* erinnern.

DEHLER: *Luchtenberg* muß entsprechend unterrichtet werden.

RADEMACHER: Ich muß nachher auf ca. zwei Stunden weg. Ich glaubte, daß jetzt die Referate kämen.[6]

DEHLER: Wir müssen dann auch noch die Angelegenheit „Liberaler Bund" behandeln.[7] Aber bitte, Herr *Reif,* beginnen Sie mit Ihrem Referat.

[BERICHT UND AUSSPACHE ÜBER ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESRATES, INSBESONDERE ZUSATZPROTOKOLL ZUR MENSCHENRECHTSKONVENTION]

HAUSSMANN: Vielleicht kann ich vorher noch berichten über den Verlauf des heutigen Bundesrates.[8]

Ich möchte berichten, daß der Bundesrat heute mit 20 gegen 18 Stimmen, wobei Württemberg den Ausschlag gab, es abgelehnt hat[9], die Regierungsvorlage in der Frage Einbruch in die obligatorische Zivilehe anzunehmen.[10] Dagegen ist ein Antragdes Innen- und Rechtsausschusses des Bundesrates angenommen worden, wobei es bei der Strafdrohung bleibt, nur ist das Strafmaß entgegen der Regelung der Zeit des Nationalsozialismus auf DM 300 und drei Monate herabgesetzt worden. Ich bedauere, daß *Nowack* nicht da ist. Es ist so gewesen, daß ausgerechnet unser Justizminister *Becher* für einen Antrag von Rheinland-Pfalz geworben hat, der im Anschluß an die schweizerische Regelung geglaubt hat, auf jede Strafdrohung verzichten zu sollen. Sie sehen aus dem Ergebnis, 20:18, wie knapp die Dinge sind. Ich kann Ihnen im Vertrauen sagen, es hat bei uns im Kabinett eine Abstimmung stattgefunden. Ohne unsere Stimmen wäre es dort anders gegangen. Es hat an einem Faden gehangen, und ich möchte dringend bitten, daß unsere Frau Dr. *Lüders* und andere Mitglieder des Rechtsausschusses unterstützt werden, nicht nur im Rechtsausschuß, sondern auch im Plenum, wo diese Sache noch nicht ausgefochten ist.

Dann noch eine andere Angelegenheit. Die Frage des Gesetzes zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.[11] Hier hat das Land Niedersachsen einen Antrag beim Bundesrat vorgebracht. Dr. *Haußmann* ver-

6 Die Tagesordnung hatte Referate von *Preusker* über „Kapitalmarktpolitik" und von *Reif* über „Kartelle und Monopole" angekündigt. Siehe u. in diesem Dokument.

7 Siehe u. in diesem Dokument.

8 Der Bundesrat hatte am Morgen des 19. 3. 1954 von 10.00 Uhr bis 12.26 Uhr getagt. BR SITZ. BER. 1954, S. 51 A–73 C.

9 Korrigiert aus: „Ich möchte berichten, daß wir Bundesrat heute mit 20 gegen 18 Stimmen aus Württemberg den Ausschlag gab, es abgelehnt hat . . ."

10 Hierzu und zum folgenden BR SITZ. BER. 1954, S. 65 A–68 A.

11 Gemeint das Gesetz über das Zusatzprotokoll vom 20. 3. 1952 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Umstritten vor allem der Artikel 2 des Protokolls: „Das Recht auf Bildung darf niemandem verwehrt werden. Der Staat hat bei Ausübung der von ihm auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts übernommenen Aufgaben das Recht der Eltern zu achten, die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen." BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 26, Drucks. Nr. 85.

liest den Passus.[12] An sich wäre es wünschenswert, wenn heute in dieser Sache eine Klarstellung erfolgen würde. Die Dinge sind plötzlich dadurch aufgetaucht, daß mir der Ministerpräsident von Niedersachsen Mitteilung gab, daß der apostolische Nuntius in Deutschland schriftlich und mündlich gegen die [Regelung] im Lande Niedersachsen opponiert hat (verliest im Wortlaut die Erklärungen des apostolischen Nuntius[13]).

Die Dinge sind leider im Durchlauf durchgegangen, wir konnten nicht mehr abklären. Es wäre doch wohl so gewesen, daß wir in unserem Kabinett Stimmengleichheit 6:6 gehabt hätten, dann wäre der Antrag abgelehnt worden.[14] Wir haben zu erwägen, ob wir nicht im Landtag den Antrag stellen lassen. Mir wurde während der Sitzung gesagt, man möge doch umgehend bei den Bundestagsfraktionen auf diese Dinge hinweisen. Es bestehe die Gefahr, daß nach der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieser speziellen Frage plötzlich hier etwas passiert, wenn nicht parlamentstaktisch rechtzeitig darauf hingewiesen wird. Ich wollte nicht versäumen, unter dem unmittelbaren Eindruck den Vorstand zu unterrichten und aufmerksam zu machen auf die ungeheure Gefahr. Ich wäre dankbar, wenn wir auf dem Laufenden gehalten werden könnten über die Angelegenheit.

DEHLER: Der auswärtige Ausschuß ist zuständig. Es muß ein Vorbehalt angemeldet werden. Ich habe die Erklärung von *Eden*[15] mit *Pfleiderer* abgestimmt.

Dr. MIDDELHAUVE: Wir haben uns damit im außenpolitischen Ausschuß beschäftigt. Ich sehe im Antrag von Niedersachsen zu Art. 1[16] in dem Vorbehalt

---

12 Hiernach sollte die Zustimmung zum Gesetz an den Vorbehalt gebunden sein, „daß die Verpflichtungen aus Art. 2 Satz 2 des Zusatzprotokolls über die sich aus dem Grundgesetz ergebenden Verpflichtungen der Länder nicht hinausgehen". BT Parl. Arch., Gesetzesdokumentation II/330.

13 Der Apostolische Nuntius hatte in Schreiben an den Bundeskanzler und das Auswärtige Amt seit Juli 1953 wiederholt beanstandet, „daß der Schulgesetzentwurf des Landes Niedersachsen hinsichtlich der katholischen Konfessionsschulen und Lehrerbildungsanstalten Bestimmungen enthalte, die mit den Artikeln 23 und 24 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 nicht vereinbar seien". *Hallstein* an Ministerpräsident *Kopf* vom 7. 7. 1953. Die Kritik an Niedersachsen hatte der Nuntius nochmals ausführlich in einem Schreiben an Bundeskanzler *Adenauer* vom 17. 2. 1954 vorgetragen, und er hatte sich hierin nicht nur auf das Konkordat, sondern auch auf Art. 2 des Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention bezogen. Der gesammelte Schriftwechsel hierzu in: BT Parl. Arch., Gesetzesdokumentation II/330.

14 Baden-Württemberg hatte im Bundesrat gegen den Antrag Niedersachsens (Anm. 12) gestimmt, der mit 23 zu 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt worden war. BR SITZ. BER. 1954, S. 61 B.

15 *Eden* hatte die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention mit folgendem Vorbehalt verbunden: „Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung [. . .] erkläre ich, daß im Hinblick auf gewisse Bestimmungen der im Vereinigten Königreich geltenden Gesetze über das Erziehungswesen der im zweiten Satz von Artikel 2 aufgestellte Grundsatz von dem Vereinigten Königreich nur insoweit angenommen wird, als er mit der Bereitstellung eines wirksamen Unterrichts und einer wirksamen Ausbildung vereinbar ist und keine übermäßigen Ausgaben nach sich zieht." Zitat nach dem Artikel „Durch die Hintertür", in: ALLGEMEINE DEUTSCHE LEHRERZEITUNG, Nr. 1 (1954).

16 Gemeint Art. 1 des diesbezüglichen Gesetzentwurfes der Bundesregierung, BT STEN. BER.,

eine sehr gute Grundlage, die wir durchpauken sollten im außenpolitischen Ausschuß. Ich glaube auch, daß dazu die Möglichkeit noch gegeben ist.

Dr. LÜDERS: Die Sache ist schon vor einiger Zeit im Rechts- und außenpolitischen Ausschuß vorgenommen worden. Bei der Gelegenheit habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß man über die Sache sprechen könnte. Es ist mir aber nicht gelungen, die Leute zu überzeugen; sie haben sich nicht überzeugen lassen.

Die Sache Mr. *Eden* hängt mit dem englischen Schulsystem zusammen. Dieser Vorbehalt paßte nicht auf das deutsche Schulsystem. Ich glaube, dieser Vorschlag wäre gut; es wäre schön, wenn wir den verlesenen Vorschlag bekommen könnten.

Dr. HAUSSMANN: Ich bin dahingehend informiert, daß im auswärtigen Ausschuß des Bundestages die Dinge schon mal behandelt worden sind. Ich habe in der Pause mit *Nowack* und *Becher* kurz gesprochen, und Kollege *Nowack* war mit mir dieser Auffassung, daß die *Eden*sche Erklärung doch von uns vertreten werden solle. Im Bundesrat ist es bisher nicht geglückt, es wird auch hier alles bei den Ausschüssen des Bundestages und beim Plenum des Bundestages liegen. Ich habe inzwischen vom Bundesrat her noch genau feststellen lassen, wie die Dinge liegen. Ich bekomme in unserer Sitzung noch Bericht und werde ihn dem Vorsitzenden vorlegen.

NOWACK: Es gibt zu dieser Frage eine gute Stellungnahme der Lehrerbünde Deutschlands.[17]

LÜDERS: Die haben wir.

NOWACK: Ich bitte auch nicht zu vergessen, das nachzulesen, was Staatssekretär *Strauß* gesagt hat.[18] Er hat erklärt, die englische Floskel komme für Deutschland gar nicht in Frage, da sie nur auf englisches Recht zugeschnitten sei. Zweifellos bedeutet das eine generelle Zustimmung vorbehaltlich der Berufung in Zukunft nicht nur auf das Grundgesetz, sondern auch auf interne Abmachungen. Es werden starke Widerstände kommen, wir werden sehr intensiv arbeiten müssen hinter den Kulissen.

HAUSSMANN: Ich bin *Nowack* dankbar, daß er meine Erklärungen noch ergänzt hat. Ich war in diesem Augenblick nicht anwesend. Ich habe *Blücher,* der die Bundesregierung als Vizekanzler vertrat, auf diese Situation hingewiesen und gebeten, *Neumayer* noch einmal anzusprechen und zu bitten, daß er *Strauß* entsprechend seine Meinung sagt. *Blücher, Neumayer* und ich waren uns vollständig einig. *Strauß* hatte aber inzwischen bereits seine Ausführungen gemacht, so daß *Neumayer* keine Gelegenheit zum Eingreifen mehr hatte.

Wenn der Art. 2 mit dem Grundgesetz nicht in Einklang steht, ist der Vorbehalt notwendig, damit das Ratifikationsgesetz nicht in Widerspruch zum

---

Anlg.-Bd. 26, Drucks. Nr. 85. Vorbehalt bezieht sich auf Art. 2 des Zusatzprotokolls, siehe Anm. 11 und 12.

17 Nicht ermittelt.

18 Stellungnahme von *Strauß* in der Bundesratssitzung am 19. 3. 1954. BR SITZ. BER. 1954, S. 60 D.

Grundgesetz kommt. Ich glaube, so müssen wir argumentieren, dringend bitten, uns den Appell des Kollegen *Nowack* zu Herzen zu nehmen, wenn wir hier nicht eine Überraschung erleben wollen.

Ich wäre dankbar, wenn die Damen und Herren des Vorstandes dafür sorgen würden, daß die Dinge nochmals zum Tragen kommen. Wir werden uns bemühen, in der Erklärung von Baden-Württemberg auf den Ernst hinzuweisen.

DEHLER: Zu der Methode *Adenauer,* die parallel mit dem liegt, was Reinhold *Maier* geschah: Es ist nie im ersten Kabinett ein Beschluß gefaßt worden in der Frage Konkordat. Das Auswärtige Amt war federführend und hat sich auf den Standpunkt gestellt, das Konkordat ist gültig und bindet Reich und Länder. Das Bundeskabinett hat sich nicht mit der Frage befaßt, und jetzt heißt es, es wurden vertragliche Bestimmungen mißachtet.[19] Ich weiß nicht, *Schäfer,* ob Sie das nicht im Kabinett zur Sprache bringen sollen. Reinhold *Maier* hat doch die Unterlagen, das sind ja publizierte Schreiben[20]; es wäre gut, wenn Sie uns diese Unterlagen zuleiten würden.

LÜDERS: Ich mache darauf aufmerksam, daß es im auswärtigen Ausschuß ebenso gemacht werden wird, wie es Frau *Weber* gemacht hat. Man wird hinweisen auf die Verschiedenheit des deutschen und des englischen Schulwesens. Wer uns in dieser Sache vertritt, der muß einer Diskussion über die Schulsysteme in England und in Deutschland gewachsen sein.

MIDDELHAUVE: Der Abgeordnete *Haasler* vom BHE hat dieses Material vorgebracht. Wir sind stutzig geworden dadurch. Ich habe auf die Begründung der Bundesregierung zu diesem Gesetzentwurf und auf das Zusatzprotokoll hingewiesen. Es wurde eine so weit ausdehnbare und auslegbare Kommentierung gegeben, die wohl allem Tor und Tür öffnen kann. Deswegen haben wir schon im außenpolitischen Ausschuß gefordert, nachdem erklärt wurde von *Kiesinger,* die Dinge seien geklärt in den Äußerungen im Europarat: eine Modifikation vom Bundestag. Die haben wir bekommen, erteilt durch *Neumayer.* Das genügt mir aber nicht, nachdem ich jetzt den Antrag von Niedersachsen kennengelernt habe. Ich bin der Auffassung, wir sollten diesen Antrag zu unserem Antrag machen. Wir haben die Verpflichtung, auf die möglichen Auswirkungen und möglichen Mißbräuche hinzuweisen. Wenn wir überstimmt werden, dann ist das in der Demokratie nicht zu vermeiden, aber wir sollten im Rechtsausschuß wie auch im außenpolitischen Ausschuß den Antrag stellen.

EULER: Diese Dinge werden in der nächsten Sitzung des außenpolitischen Ausschusses behandelt.

HEDERGOTT: Wir haben in Niedersachsen auf dem Standpunkt gestanden, das hängt nach wie vor noch in der Luft.

---

19 Diese Auffassung vertraten Staatssekretär *Hallstein* und Bundeskanzler *Adenauer* im Schreiben an Ministerpräsident *Kopf* vom 18. 2. bzw. 5. 3. 1954. BT Parl. Arch., Gesetzesdokumentation II/330.

20 Vgl. hierzu die Ausführungen *Maiers* im FDP-Bundesvorstand am 11. 9. 1953, FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 36 mit Anm. 5 und 6, S. 1146.

Dr. DEHLER: *Höpker Aschoff* hat mal gesagt, dieses Abkommen wurde von einem Verbrecher abgeschlossen, es kann nicht rechtens sein.[21] Die Übergangsbestimmungen wurden hinausgezogen.

HEDERGOTT: Bei uns im Parlament hat das wiederholt eine Rolle gespielt. Unsere FDP im Landtag rechnet aber mit der Möglichkeit, daß das Konkordat gültig ist. Die Bestimmungen sind so gefaßt, daß bei Gültigkeit unsere Schulgesetzvorlage nicht betroffen wird. Wenn das Konkordat gültig ist, kommen wir mit der Vorlage immer noch durch.

Wir können es uns als Partei schlecht erlauben, daß wir irgendwie auf der Stelle oder leise treten. Wir stehen in einem heftigen Kampf seit Wochen und Monaten in Niedersachsen.

Dr. DEHLER: Es ist nicht nur eine Rechtsfrage, sondern eine politische Willensfrage, die Frage: Gilt dieser Vertrag noch? Ich finde es als einen großen Mangel, daß der Vatikan diesen unter *Hitler* unterschriebenen Vertrag (und abgeschlossenen) noch als gültig erklärt.

Dr. MIDDELHAUVE: Es gibt das schöne Sprichwort: Der Staat kann nicht erröten. Glauben Sie, daß der Vatikan erröten kann?

Dr. NOWACK: Dies ist eine Entscheidung des politischen Willens. Darum möchte ich vor dem Vorschlag von Frau Dr. *Lüders* warnen, sich auf eine Debatte englisches und deutsches Schulsystem einzulassen. Es ist zweifellos der Versuch, der von der CDU gemacht wird. Man sollte von vornherein sagen, dieser Hinweis ist falsch.

Dr. DEHLER: Diese Entscheidung ist unter amerikanischen Voraussetzungen geschaffen worden.

Dr. SCHÄFER: Es ist aus der antibolschewistischen Tendenz gemacht worden, es wird in Deutschland bewußt mißbraucht.

DEHLER: Ich bitte nach dieser bestimmt notwendigen Debatte, *Reif* jetzt mit seinem Referat zu beginnen.

---

21 Die angesprochene Äußerung *Höpker Aschoffs* in der Sitzung des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates am 8. 12. 1948; sie lautete wörtlich: „Das sogenannte Reichskonkordat von 1937 [sic!] aber ist von einer Verbrecherbande abgeschlossen worden, in der vorherigen Absicht, es nicht einzuhalten. Man kann uns nicht zumuten, dieses Reichskonkordat hier im Grundgesetz ausdrücklich anzuerkennen." PARLAMENTARISCHER RAT. VERHANDLUNGEN DES HAUPTAUSSCHUSSES. Bonn 1948/49, S. 260.

[KARTELLE UND MONOPOLE: REFERAT UND AUSSPRACHE]

(Referat Dr. *Reif* siehe Anlage).[22]

DEHLER: Ich habe Anlaß, unserem Freunde *Reif* für seine Ausführungen zu danken. Es sind gute Grundlagen zu einer Diskussion, das wird auch unser Freund *Weyer* anerkennen.

Reif ist auf das Grundsätzliche eingegangen, und wir sind ihm zu Dank verpflichtet für die interessante grundsätzliche Entwicklung. Wir kommen also zur Diskussion.

SCHEEL: Zum Grundsätzlichen ist wenig zu sagen, da sind wir uns wohl alle einig. Ich bin im übrigen auf diese Debatte keineswegs vorbereitet, danke aber *Weyer*, daß er mich aufmerksam machte, daß dieses Thema heute hier behandelt wird.

Es ist die Verfahrensregelung, über die wir uns nicht einig sind, und zur Wertung der Verfahrensregelung scheint mir der Akzent verschieden zu sein. Es muß festgestellt werden, daß es nicht nur bösartige Kartelle gibt, sie können auch einen wünschenswerten Charakter haben. Ich bedauere immer, daß wir uns in der Öffentlichkeit im Nebulösen bewegen. Jeder stellt sich unter „Freier Marktwirtschaft" etwas anderes vor. Daß wir diesen Begriff genommen haben, hat den Vorteil gehabt, daß wir das Schlagwort der SPD wettgemacht haben. Es scheint notwendig zu sein, daß das, was wir betrieben haben und betreiben werden, klassischer Interventionismus ist. Gerade das, was vor uns steht, Marktwirtschaft, die marktwirtschaftliche Ordnung der Preise usw. sind die Bedingungen, die wir an [die] Volkswirtschaft stellen müssen. Dahin, einem höheren Ziel wegen, muß der Apparat gesteuert werden. Wie man früher die Postkutsche dirigiert hat, kann man heute nicht die D-Zuglokomotive dirigieren. Die Dinge haben sich im Laufe der Geschichte geändert. Das müssen wir als Grundlage anerkennen. Das Kartell in der Vergangenheit und das Kartell in der Zukunft und die ganze Bedeutung.

Wir sprechen in rühriger Weise von einem Kartellgesetz.[23] Ich persönlich habe den Eindruck, daß dieser Teil, der Kartellteil, in diesem Gesetz weniger wichtig ist als der Monopolteil. Der Monopolteil ist wichtig, weil Monopole, Trusts, für die Volkswirtschaft viel unangenehmer sind als Kartelle in dem Bereich, über den wir uns doch nur unterhalten können. Kartelle sind im Bereich

---

22 *Reif* wandte sich mit Verve gegen Kartelle und Monopole, da man mit ihrer Existenz „das Prinzip der Marktwirtschaft" preigebe. „Kartellierte Wirtschaft" hieß für *Reif* „Planwirtschaft" und war deshalb grundsätzlich abzulehnen. Unter bestimmten Bedingungen konnte jedoch auch nach *Reifs* Ansicht die Notwendigkeit zur Kartellbildung bestehen, wobei er jedoch daran festhielt, „daß das prinzipielle Verbot mit Ausnahmegenehmigung sachlich zweckmäßiger ist als die prinzipielle Erlaubnis mit Mißbrauchsbekämpfung". ADL, N 1-3504 (NL Dehler).

23 Die Verabschiedung eines Kartellgesetzes war in der ersten Legislaturperiode nicht mehr zustande gekommen. Den seinerzeit vorgelegten Entwurf brachte die Bundesregierung im Februar 1954 unverändert in den Gesetzgebungsprozeß. Volker BERGHAHN, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1985, S. 171. Gesetzentwurf abgedruckt in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 33, Drucks. Nr. 1158.

der Konsumgüterindustrie uninteressant, gefährlich bei der Grundstoffindustrie bis zur Zulieferungsindustrie.

Wir wissen doch, daß wir auf diesem Sektor keine Freiheit haben. Sie werden doch zugeben müssen, daß die Montanunion jetzt praktisch einem Kartell gleichkommt und sich in dieser Richtung noch weiter ausbauen läßt. Von einem freien Wettbewerb innerhalb der Montanunionsfirmen kann nicht gesprochen werden. Es wird doch der Versuch gemacht, Kreise abzuwerten usw.

In den anderen Berichten von Kartellen sind die Stufen schon genannt. Zunächst Konditionskartelle. Es wird kein Zweifel sein, wenn dies nicht bestehen würde, würde es erfunden werden müssen. Wenn wir in den Konditionen völlige Freiheit besitzen würden, gäbe es keinen Käufer, der in der Lage wäre, in der Tat, ohne betrogen zu werden, preisgünstig kaufen zu können.

Ich sehe an einigem Kopfschütteln, daß das nicht anerkannt wird. Ich glaube aber, jeder Käufer einer Ware würde bei einer konditionslosen Zeit sich wundern, wie groß die Preisunterschiede sind, und würde sich noch mehr wundern, wenn er die Konditionen gegeneinander abstimmt, festzustellen, daß das Billigste das Unglücklichste ist.

Rationalisierungskartelle: In diesem Zusammenhang muß ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der nicht erwähnt wurde. Wir haben den Eindruck, als ob in einem Kartell alle Wettbewerber des gleichen Industriezweiges drinnen sind. Das will niemand, von Zwangskartellen spricht niemand. Wir meinen das freiwillige Kartell, und das freiwillige Kartell hat die Eigenart, daß meistens die Großen draußen sind. Beispiel: Industriegruppen von 500 Wettbewerbern, davon 450 kleine gegen 50 große. Insoweit ist es nicht Wettbewerb ausschließend, es geht vielmehr darum, daß die 450 Kleinen insoweit Schutz genießen, daß sie im kleinen Rahmen den Leistungsstand einnehmen, der im großen Betrieb erreicht wird. Also Leistungsstand erhöhen, zugunsten der Konsumenten unter Beibehaltung der mittelständischen Existenzen, im Gegenteil zu den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten, wo sich die gesamte Produktion in drei bis vier Händen befindet, z. B. Autoindustrie, Aluminium, Kautschuk usw. Diese Entwicklung wünschen wir bei uns nicht. Wir wollen mit einem vernünftigen Kartellgesetz, das auf wirtschaftlichen Postulaten sozialpolitisch aufgebaut ist, möglichst mittelständische Existenzen erhalten. Wir stehen in der Praxis immer vor der Frage: Kartelle oder keine Kartelle, und haben dieses Problem gerade in den letzten Tagen gehabt. Frage: Ist die Industrie gesund, braucht sie Schutz, fordert sie Schutz, wenn man sich zusammenschließt und ein Produktionskartell sucht? Was geschieht, wenn man ein solches Kartell verweigert? Ein klassisches Beispiel ist da die Mühlen-Industrie, die uns in diesen Tagen beschäftigt hat.[24]

---

24 Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bundestages hatte am 16. 3. 1954 seine Zustimmung zu einem freiwilligen Kartell der Mühlenindustrie erklärt. Bundeswirtschaftsminister *Erhard* hatte seine Zustimmung mit der Bedingung verknüpft, „daß der Wettbewerb bestehen bleibt und die überflüssigen Kapazitäten echt verschwinden", und mittlerweile die Alliierten um Genehmigung gebeten. Kurzprotokoll der 12. Sitzung des Ausschusses vom 16. 3. 1954, BT Parl. Arch., Sammlung der Ausschußprotokolle. Am 8. 9. 1954 teilte

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Ich gestatte ihnen ein Produktionskartell, oder ich kontingentiere. Ich habe mich in dieser Beziehung gegen meinen Kollegen *Fassbender,* der kontingentieren wollte, vor drei Tagen im Bundestag durchgesetzt, und der Befürworter war Prof. *Erhard:* Er hofft, daß das von ihm beantragte Kartell genehmigt wird.

Man darf aber abgesehen davon nicht außer acht lassen, daß ein Kartell nicht des Spaßes halber gebildet wird, sondern daß es eine außerordentliche Entscheidung für einen Industriellen bedeutet, wenn er in ein Kartell hineingehen soll. Freiwillig tut er das bestimmt nicht aus Spaß. Das Kartell legt ihm Bindungen auf, die zu erfüllen, ihm allgemein schwer sind. Darum möchte ich sagen, daß man die Frage Kartelle nicht so schwarz sehen soll, wie das manchmal getan wird.

Nun zum Verfahren selbst. Ich bin in der Einleitung der umgekehrten Auffassung von *Reif.* Das Gesetz, das Kartelle und Monopole umfaßt, macht ja eine Bundesbehörde, ganz gleich wie es aussieht. Wenn ich eine Verbotsgesetzgebung schaffe, die Anmeldungen entgegennimmt und dann Genehmigungen ausspreche, kann ich auf der anderen Seite keine Mißbrauchsbehörde schaffen. Ich habe mich werben lassen. Ich bin überzeugt, daß zur Beurteilung eines Kartellantrags alte, bewährte Leute hinzugezogen werden, die an und für sich das Kartell zu bilden beabsichtigen.

Unabhängig davon, ob Sie eine eigene Stellungnahme abgeben oder nicht, das Verfahren wird so und so das gleiche sein. Meine Auffassung: Man sollte es der Industrie gestatten, Kartelle im eigenen Entschluß zu bilden, und wir werden bei den Mühlenkartellen ein praktisches Beispiel dafür bekommen, daß so etwas nicht einfach ist. Ich habe die Befürchtung oder Hoffnung, daß das Mühlenkartell nicht zustande kommen wird, weil die Betroffenen nicht hineingehen werden, sie werden nicht strömen, denn es ist eine schwierige Angelegenheit. Warum soll man nicht die Freiheit geben, die ausgenützt werden kann, wenn eine Notwendigkeit besteht? Um Mißbrauch zu vermeiden, sollte man den Rechtsschutz erheblich einschränken, man sollte die Kündigungsmöglichkeiten anders erstellen als es früher war, grundsätzlich mit Ende des Jahres. Damit ist nicht eine Macht des Kartells gegeben, das sich über Jahre hinaus auswirken kann, und es sind Zweckmäßigkeiten betont. Soweit meine Ausführungen. Im Grundsätzlichen unterscheide ich mich nicht von Herrn Dr. *Reif.*

Dr. DEHLER: Es sind keine Anhänger der sozialen Marktwirtschaft, sondern der Marktwirtschaft. Ich habe es immer für einen sprachlichen Mißbrauch gehalten. Eine schöne pathetische Einleitung: Es gibt nur eine Marktwirtschaft. Wenn Sie soweit gehen und sagen, dieses zur Förderung der ständigen Intervention, um die Marktwirtschaft zu einer Wirkung zu bringen, bin ich anderer Meinung. Soziale Wirkung liegt in der Leistung der Marktwirtschaft. Soziale

---

Staatssekretär *Sonnemann* dem Ausschuß mit, daß die Alliierte Hohe Kommission die Bildung des Mühlenkartells abgelehnt habe. Kurzprotokoll der 29. Sitzung des Ausschusses, ebd.

Marktwirtschaft, die in ihrem Wesen verfälscht wird dadurch, daß man ihr die Marktfunktion nimmt, ist bei uns nicht debattiert worden.

SCHEEL: Sicherlich hat das Wort sozial in der Tat eine Bedeutung. Es soll zum Ausdruck bringen, daß sie gesteuert werden muß, um Effekte zu erbringen. Ich kann in aller Offenheit sagen, daß ich auf diesem Gebiete Ihrer Auffassung nicht folgen würde, sondern anderer Meinung aus anderen Gründen bin. Ich bin der Meinung, daß die Entwicklung des Staates eine gewisse Wirtschaftspolitik möglich macht, eine gestaltende Wirtschaftspolitik, das ist das Schlagwort „soziale Marktwirtschaft".

DEHLER: Wir wollen das Problem heute nicht austragen.

Ich würde es für richtig halten, wenn *Reif* gleich antwortet.

REIF: eine Bemerkung: Es leben zwei Millionen Wähler und einige Millionen Nutznießer. Daß wirtschaftlich die Sache ein Mißerfolg war, das kann ich nicht sagen.

Montan-Union: Wir werden die Sünden der Vergangenheit nicht so schnell los, so daß wir die aus besonderen Gründen überkapitalisierte Kohlen- und Eisenindustrien nicht so schnell in Ordnung bringen können und Übergangsmaßnahmen notwendig sind: Das ist selbstverständlich. Man kann sie als Vorwand benutzen, das weiß ich, aber nach einem Jahr Praxis kann man nicht sagen, daß das zu einem Kartell führt. Das Kartell ist verboten, es sind alle möglichen Rechtswege geschaffen, um das zu vermeiden, bzw. zu verhindern. Ich gebe zu, man kann uns betrügen. Ebenso haben wir bei dem Mühlenkartell eine unglückliche Vergangenheit zu liquidieren. Es liegt eine überkapitalisierte Mühlenindustrie vor, und wir müssen mit diesem Komplex irgendwie fertigwerden. Es werden Übergangsmaßnahmen geschaffen werden müssen; man muß sich aber fragen: mit welchem Ziele?

SCHEEL: Ich bin Ihrer Auffassung: nur Übergangsmaßnahmen.

REIF: Sie haben selbst gesagt, im Grunde sind Sie mit mir einig. Ich bleibe bei der Auffassung, und sie ist mir noch nicht widerlegt worden, daß dort, wo Kartelle vernünftig und richtig sind, daß dort die Interessenten die Beweise selbst tragen müssen. Sie müssen begründen, und ein Sachverständiger im Kartellamt muß dazu Ja sagen. Ich halte diese Beweislast für das Entscheidende, und man wird viele Fälle haben, wo man auch Ja sagen kann und Ja sagen muß. Zusammenschluß der kleinen Betriebe gegen die großen: Das kennen wir ja bereits seit Jahrzehnten; und das will ja auch niemand beseitigen.

Ich sehe aber nicht ein, warum man eines nicht kann: Eine gewisse Praxis in der Durchleuchtung der Märkte wird sich herausbilden und gerade dort, wo ein Rechtsschutz ist. Wem wollen Sie sonst die Dinge anvertrauen? Ich sehe da keinen Widerspruch. Ich möchte aber vor etwas warnen: Auch auf dem amerikanischen Markt sind Einrichtungen da, die einen Mißbrauch der über Markt monopolisierten Firmen zu verhindern versuchen. Nun können Sie sagen: Das amerikanische System ist nicht frei von Korruption. Also, um wen handelt es sich? Politische Einflußmöglichkeiten? Ich möchte sagen: Vorsicht. Man muß auf Geldgeber oder Wählerschichten Rücksicht nehmen. Gestern hat der DGB

eine gehässige Mitteilung gegen die Verbotsgesetzgebung herausgegeben[25], daß gewisse Arbeitsgruppen sich für Kartelle einsetzen, für politische Gewerkschaften, daß die Kartelle wesentlich unterstützt werden müssen. Das sind immer wieder die Rohstoffe, Kohle, Eisen, Halbfabrikate. Die Arbeiter haben längst gemerkt, wenn der Unternehmer kartellisiert ist, können sie mit Lohnforderungen kommen. Aber was tun sie damit? Sie beuten ihre Arbeitskollegen aus, nehmen ihnen die Arbeitsplätze weg dadurch, daß sie ihnen die Entwicklungsmöglichkeiten nehmen.

DEHLER: Es genügt wohl, wenn eine potentielle Konkurrenz vorhanden ist. Es ist immer das Bestreben jedes Mitgliedes, die Lage auszunützen, um auf dem Markt zum Zuge zu kommen. Notwendig ist es, die Bindung zu befristen, also zum Jahresende aus dem Kartell herauszukommen; dann wird das Kartell entgiftet.

REIF: Lassen Sie mich noch ein Beispiel bringen: Glühstrumpfsyndikat. Ein kleiner Fabrikant hat mir gesagt, je weniger ich produziere, desto besser, denn was ich nicht produziere, macht Auer. Ich frage Sie nun: Ist das gesund oder nicht gesund, ist das moralisch? Eine große Firma, die das Kartell beherrscht, trägt den Einkommensausfall einer anderen Firma.

SCHEEL: Das ist noch nicht erreicht.

REIF: Nein, aber das war in Deutschland vorhanden. Wir kennen doch die Entwicklungen.

Kartellsozialismus ist belastet mit der Art Sozialismus der Stabilisierung der Daten von vorgestern und mit der Entwicklung. Jede Regierung muß rückschauend Berechnungsgrundlagen finden, von der Vergangenheit kann sie nicht leben. Wir wollen Leute, die risikofreudig sind. Alle sind verwöhnt durch das Dritte Reich, man hatte es gar nicht mehr notwendig, Unternehmer zu sein. Wenn es uns aber nicht gelingt, wieder wirklich Unternehmer zu schaffen, dann gehen wir zugrunde. Eine Unternehmerwirtschaft ohne Unternehmer gibt es nicht.

SCHEEL: Es darf nicht der falsche Eindruck entstehen, als ob bei einem Kartellgesetz nun ein wildes Rennen in die Kartelle losginge. Ich bin der Ansicht, daß ein Kartell nur unter ganz besonderen Gesichtspunkten gegründet werden kann. Warten wir doch ab, was mit dem Mühlenkartell wird. Es wird nicht so sein, daß wir eine steif kartellisierte Wirtschaft bekommen haben.

DEHLER: Wir haben doch 4 000–5 000 Kartelle gehabt. Die damalige Mißbrauchsgesetzgebung ist gescheitert.

---

25 Laut Auskunft der Bibliothek des DGB keine entsprechende Mitteilung überliefert. Die Haltung des DGB zur Kartellfrage in diesen Wochen in dem Artikel „Viel Lärm um das Kartellgesetz", in: DIE QUELLE, Heft 1, Jg. 1954, S. 2 f. Darin kommt eine insgesamt kartellfreundliche Haltung zum Ausdruck, die in dem Satz zusammengefaßt wird, daß es für die Gewerkschaften eine „Selbstverständlichkeit" sei, „daß es in der modernen Wirtschaft keinen unbeschränkten Wettbewerb geben kann". Für die Gewerkschaften ging es nicht um das „ob" einer „geordneten Wirtschaft", sondern darum, „wer sie ordnet und zu wessen Gunsten das geschieht".

SCHEEL: Diese Kartelle hätten wir unter der Verbotsgesetzgebung auch gehabt. Bisher haben wir Seife und Mühlen, und beide sind unter Verbotsgesetzgebung beantragt worden.

REIF: keine andern sind gebildet worden?

SCHEEL: nein! Die sich freiwillig gründen wollen, werden auch unter der Verbotsgesetzgebung Anträge stellen.

DEHLER: Der Käufer bekommt die Möglichkeit des Vergleichens; er steht sonst einem Angebot gegenüber, das er nicht übersieht. Bei den Besprechungen mit dem Präsidenten der deutschen Versicherungswirtschaft hat diese Frage eine große Rolle gespielt, bei der Lebensversicherung ist sie selbstverständlich. Sehr überzeugend war es nicht, besonders der Fall, daß ein besonderes Risiko versichert werden muß, ein Risiko, das ein Unternehmen gar nicht tragen kann, [das] also auf verschiedene Unternehmen übertragen wird. Das ist kein Fall der Wettbewerbsverletzung, wenn mehrere Unternehmen ein Geschäft machen. Und sonst konnte man nicht viel sagen. Sachversicherer? Ist keine Verletzung, berührt auch nicht das Verbot, wenn eine Sparte versucht, die Produktionsvoraussetzungen zu klären; das ist eine beinahe wissenschaftliche Tätigkeit.

SCHEEL: Das ist der Fall bei den amerikanischen Kartellen. Sie teilen sich gegenseitig zur Steigerung des Wettbewerbes alles mit. Das können wir nicht, derartige offene Gespräche können wir bei uns nicht führen.

EULER: Das kann aber bei uns kommen.

SCHEEL: Die Amerikaner haben ein scharfes Gesetz, aber eine ganz andere Rechtsprechung. Der Richter sagt im Sonderfall: „Das ist ein Sonderfall in der Justiz. Wenn die Gesetzgeber vor vier Jahren gewußt hätten, daß das und das passiert, dann hätte man das Gesetz anders gemacht!“ - Bei uns wird nach dem Buchstaben des Gesetzes geurteilt. So ist es doch.

EULER: Wir können keine andere Position einnehmen, als in dem gegenwärtigen Gesetzesentwurf eingenommen ist. Wir können unmöglich den Standpunkt vertreten, daß es anerkannt werden soll, daß ein auf den Markt kommendes Unternehmen die Möglichkeit hat, den Wettbewerb abzuschaffen.

SCHEEL: Das ist Mißbrauch, das dürfen wir nicht.

EULER: Es gibt kein Kartell, das diese Tendenz nicht in sich trägt. Insofern stimmen Theorie und Praxis überein. Jedes Kartell strebt den Zustand an, die Außenseiter wegzubringen; darüber darf man sich nicht täuschen. Ich war selbst einige Jahre Jurist bei der IG und weiß, was da angestrebt wurde.

SCHEEL: Das war Monopol.

EULER: Es kann keinen Streit darüber geben, daß auf jedem Gebiet das Kartell den Zustand der Marktbeherrschung anstrebt, weil sonst Absprachen nicht gehalten werden können oder überprüft werden können. Das Kartell strebt eine monopolistische Marktbeherrschung an. Wir können nicht zugeben, daß der Wettbewerb auf einen bestimmten Markt oder auf Teile des Marktes derartig beschränkend wirkt, daß er vom Kartell beherrscht wird, und daß er überhaupt nicht oder in geschwächter Form zur Auswirkung kommt. Seien wir uns

im klaren, daß die Syndikate das immer gewußt haben. Früher haben die Syndikate alle Bestrebungen zur Monopolisierung der Wirtschaft gestärkt.

Dr. REIF: Die SPD hat neulich in der Debatte entweder zur Regierungserklärung oder durch *Ollenhauer* vortragen lassen, daß sie naturgemäß bei den Diskussionen über das Kartellgesetz feststellen werde, inwieweit es den Anhängern der Wettbewerbswirtschaft oder sozialen Marktwirtschaft mit ihrem Eintreten für die Wettbewerbswirtschaft ernst sei.[26]

Ich weiß nicht, warum man gegenüber dem *Erhard*schen Kartellgesetz in der Wirtschaft so ängstlich operiert mit der Verbotsgesetzgebung. Dabei stelle ich in der Wirtschaft immer wieder fest, daß die meisten, die so entrüstet über die Verbotsgesetzgebung reden, nicht einmal wissen, daß eine echte Verbotsgesetzgebung mit der Frage der strafrechtlichen Verfolgung für den Fall der Übertretung des Verbots im *Erhard*schen Entwurf nicht vorgesehen ist. Es ist nur vorgesehen, daß eine Kartellisierung, durch die das Verbot verletzt wird, keinen Rechtsschutz einschließt.

EULER: Strafbestimmungen gegenüber Einzeltatbeständen, aber nicht gegenüber dem Prinzip. Lediglich ist festgelegt, daß derartige Vereinbarungen keinen Rechtsschutz genießen.

Nur hinsichtlich einiger besonders qualifizierter Tatbestände, nicht hinsichtlich des Prinzips. Dieser Unterschied wird entweder nicht gesehen oder bewußt in seiner Bedeutung gemindert, um auf diese Art und Weise einen falschen Eindruck über das Gesetz zu erzielen und ferner, gerade die Ausführungen unseres Kollegen *Scheel* haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, daß bei der Regelung der Beweislast, wie sie der Kollege *Reif* vortrug, sicher sein muß, daß in allen Fällen, wo ein Kartell wirklich nötig ist, es auch den Interessenten gelingt, die Notwendigkeit darzutun. Man kann nicht damit kommen und sagen: Ja, unsere Behörden sind in diesen Dingen unerfahren. Man muß wohl zugeben, daß jedes Gesetz sich sein Profil schafft und diejenigen erzieht, die seine praktische Anwendung regulieren sollen.

ILK: Ich habe einige Fragen an Herrn *Scheel:* Sie haben gesagt, daß bei den Kartellen für den Verbraucher besondere Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Das würde ich als grotesk empfinden. Ich sehe da keine Vergleichsmöglichkeiten, die sind doch gerade ausgeschaltet. Der freie Wettbewerb kann große Vergleichsmöglichkeiten herausstellen.

SCHEEL: Das bezieht sich nur auf Konditionskartelle. Wenn 1 000 Wettbewerber den gleichen Artikel herstellen und die gleichen Grundsätze haben und dann einen Preis auswerfen auf dem Markt, dann können Sie vergleichen. Wenn sie aber unterschiedliche Bedingungen haben, dann ist der Preis nicht echt, es zeigen sich absolute Preisunterschiede. Das gilt im wesentlichen nicht für eine Anzahl Artikel im Einzelhandelsgeschäft, sondern für den berufsmäßigen Hersteller oder Händler, bzw. Wareneinkäufer.

---

26 Dazu die Äußerungen *Ollenhauers* und *Schönes* in der Aussprache zur Regierungserklärung am 28. bzw. 29. 10. 1953. BT STEN. BER., Bd. 18, S. 40 B und S. 102 B.

ILK: meine zweite Frage: Wenn ich ausgehe von dem kleinen Konsumenten, z. B. das Seifenkartell, das trifft doch den kleinsten Verbraucher?

SCHEEL: Das ist kein Konditionskartell, sondern ein Preiskartell.

ILK: Sie sprechen von den Vorteilen, die den kleinen Vertragsgruppen erwachsen. Nicht überzeugen kann mich aber: Welcher Vorteil erwächst dem letzten Verbraucher? Der hat nur Nachteile.

SCHEEL: nur ein Beispiel: Da ist eine Gruppe von 100 Wettbewerbern, von denen zehn große Betriebe sind. Diesen Betrieben ist es aufgrund ihrer Kapitalkraft und Einrichtungen möglich, so zu spezialisieren, daß die große Gruppe der kleinen und kleinsten Betriebe zurückhinkt. Es gibt hier zwei Möglichkeiten: Entweder schließen die kleinen Betriebe, dann sind sie weg und die Endverbraucher würden den Vorteil im Preis haben, oder man gestattet in einer Übergangszeit dieser Gruppe mittelständischer Existenzen eine Möglichkeit, unter dem Schutz eines Kartells ihre frühere Produktion so aufeinander abzustimmen, daß sie so typisieren können, daß sie genauso leistungsfähig sind, bei gleicher Qualität zu diesen billigen Preisen zu liefern wie der große Betrieb. Das ist in der Tat ein Kartell, was auf Leistungsfähigkeit abgestimmt ist.

Diese Frage ist in beiden Gesetzesentwürfen völlig gleichartig, und es ist auch hier von mir vertreten der Gesetzentwurf Mißbrauchsgesetzgebung. Es darf kein Kartell verbraucherfeindlich sein, es darf und soll nicht Monopolbestrebungen haben, es darf und soll nicht wettbewerbsausschließend sein, wenn es die Bedingungen erfüllt. Ist es umgekehrt der Fall, ist dies ein Mißbrauch.

Bezüglich des Mühlenkartells möchte ich sagen, unter einer Verbotsgesetzgebung ist das Zustandekommen eines Kartells leichter.

ILK: Ich kann das trotz allem nicht verstehen, denn das würde bedeuten, daß drei oder vier Großunternehmen, die schon eine marktbeherrschende Wirkung haben, noch ein Block zur Seite gestellt wird. Dann werden drei oder vier Unternehmen dem Verbraucher gegenüberstehen – möglicherweise als Konkurrenten –, die werden sich aber schon einig. Ich sehe aber die Gefahr darin, daß es praktisch keine Außenseiter mehr gibt. Die werden sich zusammenfinden und werden bei einem Glas Wein das besprechen, was zu besprechen ist, und in der Praxis wird dann das nicht mehr vorhanden sein, was dem Verbraucher zugute kommt. Das ist meine große Sorge.

SCHÄFER: Es wurde gesagt, wir leben im Stadium der Intention wirtschaftlicher Fragen. Mit welcher Zielsetzung? Könnten wir nicht da, wo Unfreiheiten bestehen, wieder Freiheiten für uns bekommen? Das unterscheidet uns vom Sozialismus. Wir haben eine schauerliche Erbschaft angetreten. Wir können keine Marktwirtschaft restlos durchführen. Das Versagen des Kapitalmarktes macht uns das unmöglich. Also Intervention mit dem Ziel der Freiheit.

Ich will noch erinnern an die Auseinandersetzung mit Prof. *Isay*.[27] Zum Schluß habe ich die Frage aufgeworfen, wie man sich die Kartellformen vor-

27 Prof. *Isay* hatte für den Ausschuß für Wettbewerbsordnung des BDI ein Gutachten erstellt, das das Deutsche Industrieinstitut am 5. 2. 1954 unter der Überschrift „Mißbrauchsprinzip

stellt. Es kam erst einmal das Wort „marktkonform", das Wort, das man immer wieder benutzt als Verschleierungsausdruck. Wie stellt man sich vor „Verkaufskontore"? Eine tolle Form der Kartellbildung, die wir erlebt haben.

DEHLER: nur für die Kohle.

SCHÄFER: Ich nahm das als Beispiel. So wird das nicht gehen. Der schlecht funktionierende Betrieb stellt die Grundlage dar, und das Ganze geht auf Kosten der Verbraucher.

Dann war da die Frage nach der Konventionalstrafe. Auch die wollte man noch weiter haben. Eine dritte Frage, auf die überhaupt nicht geantwortet wurde – eine Verhinderung, die man sich angemaßt hat –: die Außenseiter weg zu konkurrieren. Zum Beispiel: Da macht ein Mann Konfektionsgegenstände. Der kleine mittelständische Mann verkauft sie billiger als die großen Betriebe, also Drohung: Wenn Du ... usw. Das hat mit Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Das sind Beispiele der Vergangenheit.

Hier in Port [?] stand ein halbfertiger Hochofen. Diese Ruine eines nicht vollendeten Hochofens kaufte ein Schiffskapitän und fing an, setzte einige Leute dran, entwickelte so den Eindruck, als wenn er das Ding fertig bauen wollte; und was geschah? Der Stahlwerksverband kam und kaufte ihm die Ruine für 1,2 Millionen ab. Umgelegt wurde das dann auf den Verbraucher. Oder denken sie an das Röhrensyndikat, wo so und so viele Betriebe stillgelegt wurden. Die Verbote gingen weiter. Das sind Erscheinungen und Ausschreitungen gewesen, die nichts mit harmlosen Dingen zu tun haben. Dann die Frage der mittelständischen Schichten, da ist eine Klärung notwendig. Es ist die große Schwierigkeit, daß der mittelständische Betrieb nicht über die gewichtigen Beziehungen wie der Großbetrieb verfügt. Wir dürfen aber auf der anderen Seite nicht so weit gehen und sagen: Weil es ein Kleinbetrieb ist, muß er unter allen Umständen gehalten werden. Eine gewisse Bereitschaft zum Wettbewerb muß aber da sein, weil unsere Wirtschaft in ihrer fortschreitenden Existenz abhängt im Grunde genommen von der Tüchtigkeit der Unternehmerfiguren. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich im Wettbewerb durchsetzt.

Nehmen Sie die Situation der bergischen Kleineisenindustrie, die Ihnen sicher bekannt ist. Da sitzt diese Generation und ist sehr kartellfreudig. Warum? Weil die Leute, die die Betriebe geerbt haben, nicht mehr so Unternehmertypen sind, die keine Wagnisfreudigkeit und keinen Einfallsreichtum und Bereitschaft mehr haben, in die Betriebe hineinzugehen; sie haben andere, außerbetriebliche Interessen. Da müssen wir auch die Härte des Wettbewerbs bewußt einsetzen, wenn wir nicht in eine Entwicklung hineingeraten wollen, die dann im Sozialismus endet, in dem Verwaltungstypus, der nur noch Verwalter ist.

---

statt eines Kartellverbots" veröffentlichte. Auf FDP-Seite war es vor allem Hans *Ilau*, der Prof. *Isay* vehement widersprach und in dessen Vorschlägen keine „marktkonforme Lösung des Kartellproblems" erblickte. Nähere Angaben zu dieser Kontroverse in: *Ilau* an *Dehler* vom 24. 3. 1954, ADL, N 1-3507 (NL Dehler).

Nun noch eine letzte Bemerkung hinsichtlich der Entwicklung der Dinge, eine Frage: Wenn man schon für bestimmte Dinge für den inneren Markt – Außenhandelskartell scheidet aus – das zuläßt: Wie wäre es, ob man nicht so etwas wie eine gewisse Verpflichtung einer Art von Mitbestimmung macht für die Abnehmer, daß man die Möglichkeit der Mitbestimmung vom Abnehmer in jedem Kartell von vornherein einfügt?

REIF: noch eine letzte Bemerkung: Das Ziel bei der ganzen Geschichte ist noch immer, die Preise möglichst hoch zu halten, sich zu orientieren nach dem schwächsten Betrieb – bessere Lage, Standort, Frachtbasen und ähnliche Dinge spielen da mit. Aber einen Effekt haben wir noch: Diese Politik führt dahin, daß die Kaufkraft des Geldes fortgesetzt sinkt. Das geht schon so seit den achtziger Jahren: Preise steigen, Löhne steigen, und am Ende kommt für keinen etwas dabei heraus. Nur die Zahlungsmittel werden weniger; die, die Immobilienbesitz haben, trifft es weniger, die passen sich an. Immer aber ist der Dumme der Sparer, denn er bekommt für sein eingezahltes Geld immer weniger heraus. Das ist die Folge der Kartelle, ein wechselseitiger Selbstbetrug. Und das zu verstärken, scheint mir bedenklich zu sein in dem Ziel, möglichst viel Kleineigentum zu bilden. Wenn ich das fordern will, muß ich dafür sorgen, daß nicht jedes Jahr die Kaufkraft verrutscht und nicht einmal durch den Zins ausgeglichen wird. In dieser Hinsicht müssen wir die Wirkung der Kartelle sehen.

SCHEEL: Meine Damen und Herren, ich muß noch einmal feststellen: Es hat den Anschein, als wenn ich zunächst mit meiner Auffassung im Verfahren allein stehe und mich im Grundsatz unterscheiden würde. Was *Schäfer* sagte, davon unterscheide ich mich in nichts. Der Kartellgesetzentwurf, den wir vorliegen haben, soll nicht in der Tendenz geändert werden, nur im Verfahren. Es würde genau die gleiche Beobachtungsmöglichkeit und die gleiche Straffälligkeit bei jedem Mißbrauch erhalten bleiben, das unterliegt keinem Zweifel.

Nun noch einige Bemerkungen zu dem, was über Kartelle gesprochen wurde, zur Neigung, daß den Sozialisten durch die Zulassung von Kartellen vorsozialistischer Ruhm geschaffen würde. Er wird sich wundern, Sozialisten sind zum überwiegenden Teil Anhänger der Verbotsgesetzgebung. Ich möchte fest annehmen, daß in dieser Beziehung eine Fraktionseinigkeit bestehen könnte. Sie tun das meiner Auffassung [nach] nur im Verfahren, weil ihnen irgendwie das Zentralgut „Kartell" verlockend[er] erscheint als eine weitere bürokratische Machtzentrale. Dann dürfen wir aber nicht außer acht lassen, daß wir ein Zentralinstitut schaffen, das eine außerordentliche Macht haben wird. Wir sollten dies überlegen und über die Gefahren sprechen. Wir sollten es vielmehr in der Öffentlichkeit tun, auch über die Gefahren der Rentabilität des Marktes; wir sollten auch darüber sprechen, daß der Bund ein Drittel des deutschen Aktienkapitals für sich in der Hand hält. Das ist zweifellos eine viel größere Gefahr, als ein kleines Werkzeugschlüsselkartell sein würde, dies muß man im selben Zusammenhang sehen.

DEHLER: Ich habe in Erinnerung, daß gesagt wurde: auf die besondere Situation Rücksicht nehmen. Eine Schachtanlage z. B. verlangt zwei Millionen, deswegen Notwendigkeit der Stabilität des Absatzes. Sonst hätte man abgelehnt.

EHRICH: *Scheel* hat gemeint, daß die Behörde, die kontrolliert, langsam und schwerfällig arbeiten wird. Das scheint mir aber noch immer erträglicher als umgekehrt das Verbot, das dann schon da ist. Aber das spricht für die Beweislast.

REIF: noch ein Wort zu einer Bemerkung von *Scheel:* Die Tendenz in der SPD scheint mir nicht dadurch bestimmt zu sein, daß sie sich von diesem Kartellamt eine zentrale Behörde großen Stils erwartet, denn sie vermutet – was auch ich vermute –, daß das Amt, das recherchiert, größer sein wird als die Behörde, die nur den Antrag zu überprüfen hat. Ich erinnere aber daran, als wir im 1. Bundestag die Sache diskutierten.

(Zwischenruf: *Nölting!*)

Euler hat Recht, die SPD war der Auffassung: „Unternehmer, bereite uns das vor, wir brauchen dann nur zuzugreifen." Sozialisierte Planwirtschaft, wenn man sich jetzt unter dem Einfluß von Prof. *Schiller* und anderen Leuten etwas loslösen will von den alten Vorstellungen. Dann werden wir feststellen, daß man geneigter ist, eine Gesetzgebung mitzumachen, wie sie uns vorschwebt: Ein Kontrollamt, das kontrolliert, das einen Mißbrauch erst finden muß, da sind die Einflußmöglichkeiten viel größer. Es ist aber sehr viel leichter, die Korrektheit eines Verbandes zu kontrollieren, der genehmigt ist, der seine Unterlagen eingereicht hat. Es kann vorkommen, daß festgestellt wird: Die Voraussetzungen auf dem Markt existieren gar nicht mehr. Denn das, was *Euler* sagte, ist vollkommen richtig. Wenn erst einmal eine Zeche zum Absaufen gekommen ist, dann stecken die Millionen drin.

SCHEEL: Das erschwert. Wenn unter der Verbotsgesetzgebung jemand einen Antrag stellt, dann dauert es zwei Monate, bis der Antrag genehmigt ist. Im anderen Fall kann das Kartell in Kraft treten, bevor das alles genehmigt ist. Diese Freiheit des schnellen Entschlusses sollte man lassen, wenn man nachher sowieso mit der nötigen Schärfe kontrolliert.

DEHLER: Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied.

REIF: Die Verbotsgesetzgebung ist nachgeahmt worden. Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien haben das übernommen.

SCHEEL: Wir berühren hier nur den kleinen Bereich der gewerblichen Industrie. Die Grundstoffindustrie scheidet aus, die Landwirtschaft scheidet aus, der Verkehr, die Kreditwirtschaft. Es bleiben übrig die lächerlichen Fabrikanten von Zubehörteilen usw. Da geht es im allgemeinen um Exportkartelle.

DEHLER: Ich glaube, wir können das heute nicht erschöpfend besprechen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie es jetzt in Ihren Kreisen Nordrhein-Westfalen usw. zur Diskussion stellen würden. Es ist von großer politischer Bedeutung.

[REGELUNG DER NACHFOLGE VON HÖPKER ASCHOFF ALS PRÄSIDENT DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES]

Ich glaube, ich muß Ihnen nun noch ein Wort sagen über die Nachfolge von *Höpker Aschoff,* die nicht [so], wie wir es wollten, gelaufen ist.[28]

Zuerst hatte sich Gebhard *Müller,* der 1952 schon von allen Parteien akzeptiert worden war, als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes angeboten. Er wollte sich zur Verfügung stellen. Die CDU hat behauptet, er sei damit einverstanden und habe ausdrücklich seine Einwilligung erklärt. Unter diesen Umständen ist über unseren Vorschlag, unseren Freund *Becker* zu wählen, ernstlich nicht diskutiert worden. Sie wissen, daß die Situation schwierig war. Die Richter wurden gewählt vom Wahlgremium, der Präsident gewählt vom Bundesrat, und es hat eine Besprechung zwischen einigen Vertretern des Bundesrates und einigen Vertretern des Wahlgremiums stattgefunden. Es wurde *Becker* vorgeschlagen; *Müller* überschattete alles. Nebenbei tauchte dann die Frage auf: Wenn wider Erwarten *Müller* nicht klappen sollte, wer soll in Betracht kommen? Es wurde der Name *Wintrich* genannt. Er ist schon ein Mann in Bayern. Er ist zwar bei dem Ausscheiden des Präsidenten *Welsch,* Chefpräsident des Oberlandesgerichts München, nicht zum Zuge gekommen, sondern der Nürnberger Chefpräsident *Walther* wurde gewählt infolge unserer Opposition. Mit *Wintrich* hat sich vor allem die Sozialdemokratie einverstanden erklärt. Hinterher kamen Bedenken, weil er klerikal gebunden sei. Ich habe mit *Bezold* gesprochen. Sonst ist nichts Nachteiliges bekannt, vielleicht eine gewisse Regierungsfrömmigkeit.

Ich habe in den letzten Tages alles getan, um die Sozialdemokraten zu bewegen, daß sie sagen, sie erheben Bedenken. *Brenner,* mit dem ich diese Verhandlungen gepflogen habe, hat alles versucht, seitens der bayerischen Sozialdemokraten Proteststimmung zu schaffen, aber man fühlte sich etwas gebunden. Wir konnten unseren Kandidaten erst präsentieren, wenn diese Vorfragen geklärt waren. *Kiesinger* war nicht uneinsichtig; er sagte, *Wintrich* habe Nachteile, weil er kein Format habe. Der richtige Mann wäre schon Reinhold *Maier* gewesen, wenn er nicht bei der CDU auf Ablehnung gestoßen wäre. Es hat geheißen, wenn jemand kommt, der ohne weiteres *Wintrich* aus dem Felde schlägt, der kraftvoller auftritt, dann wären Möglichkeiten. Ich will keine Namen nennen; es sind immer wieder Einwendungen gekommen, und nun sind gestern die Dinge über die Bühne gegangen mit der Einschränkung, daß *Wintrich* für den Rest der Amtszeit, die *Höpker Aschoff* noch vor sich gehabt hätte, das Amt übernimmt.[29]

LÜDERS: Ich verstehe nicht, daß man es gar nicht ernstlich diskutieren konnte, ob *Becker* dafür der Mann ist. Ich habe auch nie verstanden, daß fortgesetzt *Weinkauff* ins Spiel gebracht wurde, ein Mann, von dem man wußte, daß die

28 Knappe Zusammenfassung der Vorgänge in: Heinz LAUFER, Verfassungsgerichtsbarkeit und politischer Prozeß. Studien zum Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen1968, S. 236 ff.

29 Die Wahl *Wintrichs* durch den Wahlmännerausschuß des Bundestages erfolgte am 18. 3. 1954, die Bestätigung durch den Bundesrat erging am 19. 3. 1954. Ebd., S. 238.

SPD ihn unter keinen Umständen billigen konnte. Ich habe auch nicht verstanden, daß man sich nicht für *Becker* eingesetzt hatte; und was für Einwendungen sind gegen *Koch* gemacht worden? Uns ist nichts davon bekannt geworden. Ich will nicht behaupten, daß man unsere Vorschläge von unserer Seite nicht stark genug unterstützt hat. Ich habe aber in der Sache ein unangenehmes Gefühl, wenn jetzt noch gesagt wird, Herr *Wintrich* hätte nicht das entsprechende Format; da weiß ich nicht, weshalb man unseren Freund *Becker* nicht stärker unterstützt hat. Herr *Becker* hat nicht von vornherein Nein gesagt, er hat es erst nach einigen Tagen getan. Ich weiß nicht, ob er nicht das Gefühl hatte, nicht stark genug von uns in dem entsprechenden Ausschuß unterstützt und vorgeschlagen zu sein. Welche Einwendungen haben gegen *Koch* vorgelegen?

DEHLER: zunächst das Problem *Weinkauff.* Er ist ein ausgezeichneter Mann. Er ist der erste Richter unseres Staates, und ich hatte schon bei der ersten Besetzung *Weinkauff* ins Gespräch gebracht. Ich halte ihn für einen hervorragenden Mann mit der Substanz, die beim Bundesverfassungsgericht nicht genügend vorhanden ist. Ich hatte aber das Gefühl, er wollte nicht wegen der Verhältnisse. Andere haben mit ihm gesprochen, da hat er sich bereit erklärt. In dem Gespräch hat man aber gesagt, die Sozialdemokraten nehmen ihn nicht.

Bezüglich *Becker:* Ihn habe ich bei der ersten Besprechung sofort empfohlen, es war alles positiv, was für ihn sprach, seine verfassungsrechtliche Erfahrung, ich brauche das nicht im einzelnen zu erzählen. Die Sozialdemokraten haben sich in keiner Weise für ihn eingesetzt. Später kam *Greve* und sagte, Ihr müßt euren Anspruch geltend machen, während *Zinn* auf meine Anregungen nicht eingegangen ist. *Euler,* hat *Zinn* mit Ihnen über *Becker* gesprochen?

EULER: ja!

DEHLER: *Becker* hat gesagt, während diese Verhandlungen schwebten, er will nicht. Er kann also nicht die Auffassung haben, daß ich nicht genügend für ihn eingetreten bin. Gott, ich war doch auch mal Justizminister, und daß ich vom Standpunkt dieses Amtes die Dinge überdachte, war doch klar. *Koch,* er ist der Kopf des Erich *Koch,* nicht etwa nach seinem Bruder Harald *Koch* zu beurteilen, er ist ein wertvoller Mann, zu dem ich persönlich ein gutes Verhältnis habe, ich habe mich mit ihm intensiv unterhalten. Er hat es aber abgelehnt, weil ihm diese Dinge nicht lägen und er nicht ins Gericht will.

Dr. LÜDERS: *Koch* behauptet, weil ihm nicht klar gewesen sei, was man von ihm gewollt hätte.

DEHLER: Das war schon acht Tage vorher. Ich habe wiederholt mit *Koch* gesprochen, er hat es sich reiflich überlegt und mit abgewogenen Gründen abgelehnt, er will das Amt nicht übernehmen. Er war stellvertretender Staatssekretär in Hannover, er ist ein hochqualifizierter Mann, den auch die SPD akzeptiert hätte. Ich glaube nicht, daß ich da etwas unterlassen habe.

ILK: Ich habe das Gefühl, daß da die CDU etwas abgesprochen hat mit der CSU, was sie uns nicht sagen wird. Man hat ein Bonbon hingehalten in der Person des Herrn *Wintrich. Strauß* hatte da seine Hand im Spiel. Man hat erklärt, man würde niemanden akzeptieren, der als Anwalt tätig war. Viel wich-

tiger scheint mir hier aber die Frage: Inwieweit war hier ein Abkommen zwischen CDU und CSU? Bezüglich der Vorschläge, die wir in diesem Falle gemacht hätten, bin ich der Meinung, daß die CDU/CSU alles abgelehnt hätte, was wir angeboten hätten.

DEHLER: Ich hatte, wie schon gesagt, das Gefühl, daß *Kiesinger* sehr entgegenkommend war.

Dr. HAUSSMANN: Meine lieben Freunde! Die Sache ist bitter und schmerzlich für uns alle, ich möchte das auch hier klar zum Ausdruck bringen. Es war so, daß man mir gesagt hat, daß sich die CDU auf den Standpunkt gestellt hat, es sei eine Bindung der anderen Fraktionen, der SPD und FDP, erfolgt auf *Wintrich* für den Fall, daß Gebhard *Müller* nicht zum Zuge käme. *Dehler* hat mir aber bei den wiederholten Anrufen und auch *Frank* gegenüber bestimmt erklärt, es sei keine Bindung.

Dr. DEHLER: Tatsache dafür ist doch, daß ich fortgesetzt mit *Kiesinger* gesprochen habe, mit *Erbe,* der von der SPD angenommen wurde, [das ist] doch ein Beweis, daß keine Festlegung vorlag. Ich habe von *Erbe* gesprochen, man hat aber gesagt, bringt einen anderen.

Dr. HAUSSMANN: Ich bitte das nicht mißzuverstehen. Ich wurde am Montag früh im Justizministerium angerufen, es könne vor der Vorstandssitzung in Bonn aus unserem Raume noch jemand vorgeschlagen werden, es bestehe eine echte Chance. Ich hatte bis zu diesem Augenblick keine Ahnung davon, daß *Erbe* gefallen war. Es richtet sich auch nicht gegen Sie, Herr Dr. *Dehler,* es war dies nur ein Musterbeispiel wieder mal dafür, wie so etwas bei uns nicht mehr gehen darf. Wir können es uns nicht mehr gestatten, daß wir einen so ausgezeichneten Posten von *Höpker Aschoff* via Gebhard *Müller*-Kandidatur einfach verlieren. Ich habe selbst im Kabinett gekämpft, ich will keine Namen nennen. Unsere Kabinettssitzung wurde unterbrochen, [die] CDU hat dann mit *Kiesinger* gesprochen und ich auf der anderen Leitung mit Dr. *Dehler.* Es kamen von *Kiesinger* und *Dehler* widersprechende Angaben. Leider ist es eine belämmernswerte Situation von unserem Standpunkte her, da wir Persönlichkeiten hatten, die dafür zur Verfügung gestellt hätten werden können. Das Spiel, das hier mit Dr. *Dehler* getrieben worden ist, der offen, gutgläubig gehandelt hat, ist mal wieder bezeichnend.

Als ich am Mittwoch abend hierher fuhr, da war, als wir beim Abendessen beim Bundespräsidenten waren, noch alles im Fluß; aber es wurde von der Sozialdemokratie erklärt, wir sind im Wort. Es wurde gesagt, *Dehler* und die FDP seien an *Wintrich* gebunden.

DEHLER: Was heißt denn hier gebunden? Ich habe von Anfang an erklärt, *Höpker Aschoff* war unser Mann. Es ist klar: Wir stellen den Nachfolger. Dann wurde gesagt, daß *Höpker Aschoff* schon nur gegen stärksten Widerstand akzeptiert wurde. Ich habe aber dann durchgesetzt, daß mir *Kiesinger* erklärte: „Bringen Sie mir einen, von dem wir sagen können, der Mann ist so eindeutig als Verfassungsrichter und als Politiker, dann akzeptieren wir ihn."

MIDDELHAUVE: Daß eine solche Bindung *Dehlers* nicht bestand, ist für alle Mitglieder des Fraktionsvorstandes klar, die bei der Fraktionsvorstandssitzung

anwesend waren. Jedes Vertrauen in *Dehler* wäre doch untergraben, wenn es so wäre, wie *Haußmann* sagte.

EULER: Es ist bedauerlich, daß *Becker* nicht zu gewinnen war, denn nach dem Ausfall von *Müller* war er der Kandidat, der die besten Chancen gehabt hätte. Aber er war nicht zu gewinnen, weil er keine Lust hatte, aus dem politischen Leben auszuscheiden.

DEHLER: Ich habe wiederholt mit *Becker* gesprochen. Auch das ist ein Beweis, daß keine Bindung vorlag. Für eineinhalb Jahre wollte *Becker* nicht. Ich habe ihm dann auch die andere Chance geboten, als Richter[30]; er wollte aber nicht.

[ZUSATZPROTOKOLL ZUR MENSCHENRECHTSKONVENTION – FORTSETZUNG]

Minister NEUMAYER: *Strauß* hat die Erklärung abgegeben, daß eine Bindung des Staates zur Errichtung bestimmter Schulen nicht gegeben worden sei.[31] Ich halte es trotzdem für richtig, daß wir einen Vorschlag machen.

Ich wollte noch mit *Strauß* sprechen, habe aber nur den Schluß gehört. Ich habe es aber so verstanden, daß eine Bindung nicht besteht.

Dr. DEHLER: Der Standpunkt, den wir damals festgestellt haben: Art 2 hat für das Elternrecht im deutschen Sinne keine Bedeutung.

Inzwischen kam die Erklärung *Adenauers* zur Rechtslage.

Minister NEUMAYER: Brief des katholischen Nuntius.[32]

Dr. HAUSSMANN: Ich habe vorhin, bevor Sie da sein konnten, mit Unterstützung von Dr. *Nowack* über diese Dinge berichtet, weil ich mit *Blücher* und Ihnen heute morgen der Auffassung war, daß diese Dinge von unserem Standpunkt aus von großer Bedeutung sind; Hintergrund niedersächsischer Antrag.[33]

Es ist die Frage: Wie kann hier im Zusammenwirken von Bundestagsfraktion und Mitgliedern der Bundesregierung von uns das Unheil noch verhütet werden? Besteht noch eine echte Chance? Im Bundesrat ist es leider nicht gelun-

---

30 Wahl zum Bundesverfassungsrichter im Ersten Senat, in dem nach dem Ausscheiden von Kurt *Zweigert* eine Stelle noch unbesetzt war.

31 Bezieht sich auf Ausführungen von *Strauß* im Bundesrat am Morgen des 19. 3. 1954, Anm. 18. Der angesprochene Satz lautete wörtlich: „Im übrigen erkläre ich im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesminister des Innern, daß Art. 2 des Zusatzprotokolls zur europäischen Menschenrechtskonvention nicht eine Verpflichtung eines Staates darstellt, unter gänzlicher oder teilweiser Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln Schulen zu errichten oder aufrechtzuerhalten, die den verschiedenen in der Bevölkerung bestehenden Richtungen entsprechen."

32 Brief vom 17. 2. 1954, siehe Anm. 13. Mit der Erklärung *Adenauers* ist wohl sein Brief an Ministerpräsident *Kopf* vom 5. 3. 1954 gemeint, dem das Schreiben des Nuntius und ein Promemoria des Apostolischen Nuntius beigelegt war. *Adenauer* ließ gegenüber *Kopf* keinen Zweifel darüber, daß er in der Auseinandersetzung zwischen Niedersachsen und dem Vatikan auf seiten des letzteren stand. BT Parl. Arch., Gesetzesdokumentation II/330.

33 Anm. 12.

gen, und es liegt alles am Bundestag. Die Fraktion allein wird es nicht schaffen, auch bekanntlich nicht ohne SPD/BHE.

Minister NEUMAYER: Das Kabinett hat sich schon mit der Frage befaßt. Es kann nicht an den Bundesrat kommen, ohne daß es im Kabinett war.

Dr. SCHÄFER: Da sind aber die Dinge, die Sie zitiert haben, nicht erörtert worden.

Dr. LÜDERS: Wir werden in der Fraktion darüber sprechen.

Wenn das der Versuch ist, uns zu belügen: Das hat mit dem Art. 6 [GG] nichts zu tun. Es wird versucht, unter Hinweis auf diesen Artikel – Unterstützung des Konkordats –, uns zu behumpsen, eine Gesetzgebung zu verhindern. Es ist ein niederträchtiger Betrugsversuch, der noch umflort wird von nutzlosem Geschwätz.

Dr. DEHLER: Wir haben noch § 67 des Personenstandsgesetzes besprochen.[34]

Minister NEUMAYER: Der Bundesrat hat sich auf die alte Bestimmung mit den DM 500 Geldstrafe und drei Monaten befaßt.

Dr. LÜDERS: Die Nazi-Verschärfung ist raus.

Minister NEUMAYER: So ist der Bundesrat vorgegangen, ich hoffe, daß es im Kabinett angenommen wird.

Dr. HAUSSMANN: gegen den Antrag von Rheinland-Pfalz.

NOWACK: Es wird von der CDU scharf behauptet, das sei eine Bestimmung aus der Kulturkampfzeit. Es muß von uns ganz klar herausgestellt werden, daß das nicht stimmt. Das stand 1868 schon in der Verfassung des deutschen Bundes.[35]

NEUMAYER: Interessant ist, daß damals dagegen gestimmt hat die Demokratische Partei.

[ENTSCHLIESSUNG DES „LIBERALEN BUNDES", HANNOVER]

DEHLER: Ich würde vorschlagen, daß wir nun das Problem „Liberaler Bund" erörtern[36], und ich bitte *Middelhauve* und *Schäfer*, uns darüber zu berichten.

SCHÄFER: Ich will es kurz machen. Unser letztes Gespräch in Niedersachsen, Landtagsfraktion und Mitglieder des Landesvorstandes, Resümee: Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in einer Fraktion Leute sind, die nicht der Partei angehören. Das muß beseitigt werden. Es ist auch unerwünscht, daß da zwei Gruppen sind, die sich gegenseitig nur schädigen. Unser Vorschlag: Die, die

34 Siehe o. mit Anm. 10.

35 Gemeint ist möglicherweise die Paulskirchenverfassung, § 150: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig; die kirchliche Trauung kann nur nach Vollziehung des Civilaktes stattfinden." Reichsrechtlich galt diese Bestimmung erst 1875, vorher nur in Frankfurt/Main (1850), Baden (1869) und Preußen (1874). Jörg-Detlef KÜHNE, Die Reichsverfassung der Paulskirche. Vorbild und Verwirklichung im späteren deutschen Rechtsleben, Frankfurt/Main 1985, S. 493 f.

36 Zur Vorgeschichte FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. LXVIII.

ausgetreten sind, sollen die Möglichkeit der Rückkehr bekommen, sie sollen dann wieder in der Lage sein, Mitglieder der FDP zu sein. Nun ist aus der Geschichte bisher nichts geworden. Ich habe gedacht, damit ist die einfachste aller Lösungen gefunden. Inzwischen ist allerhand geschrieben worden usw. Ich halte es nicht für möglich, daß die eine oder andere Seite jetzt Konditionen aufstellt und sagt, wir nehmen nur die, die uns passen. Das war nicht Gegenstand unserer Diskussion. Man kann auch keine Fusion schaffen wegen der Verteilung künftiger Positionen. Der Stand ist also so, daß die Tür geöffnet ist, um wieder zusammenzugehen, nur hat bisher keiner Gebrauch gemacht davon. Es sind neue Auseinandersetzungen ausgebrochen, und ich habe immer wieder geantwortet mit der Feststellung: Austritte rückgängig [zu] machen, ist möglich, und damit ist eine Chance gegeben. Die Mitglieder, die ausgetreten waren und sich im „Liberalen Bund" zusammengeschlossen haben, versicherten uns immer wieder, daß sie sich zur FDP gehörig fühlen.

EULER: Aber vor dem Wahlkampf haben sie gesagt, daß sie nicht zur FDP gehört haben.

SCHÄFER: Jeder hat Fehler gemacht in Niedersachsen. Das Haupthindernis und der Hauptanstoß war doch nun einmal *Stegner,* und der ist nicht mehr da, und so müßten doch Möglichkeiten gegeben sein, um die Dinge in Ordnung zu bringen.

Dr. DEHLER: Es liegt eine Entschließung des „Liberalen Bundes" vom 12. Februar vor, wo behauptet wird, worin behauptet wird, der Landesparteitag vom 17. Januar[37] habe keine Klärung des politischen Kurses gebracht. Schon auf dem Parteitag sei die künftige Mitarbeit von sechs bewährten Mitgliedern des „Liberalen Bundes" abgelehnt worden, dementsprechend habe man zwei Abgeordnete aus der Landtagsfraktion ausgeschlossen. *Schäfer* und ich waren auf dem Parteitag.

Der Parteitag wurde korrekt unter der Leitung von *Hedergott* abgewickelt. Natürlich waren die Kräfteverhältnisse so, wie sie sich entwickelt haben. Verschiedene Gruppen haben verlangt, daß der „Liberale Bund" en bloc wieder aufgenommen wird. Das konnte man nicht befürworten, nachdem der „Liberale Bund" im Wahlkampf das vollbracht hat, nämlich, daß Parteifreunde austreten und dann im Wahlkampf öffentlich gegen die Partei polemisieren, trotzdem diese Parteifreunde mir und unserem Freund *Blücher* genau die gegenseitige Zusicherung gemacht hatten. Das kann doch nicht vergessen werden und muß in Ordnung gebracht werden. Wir waren der Meinung, wer sich daran nicht beteiligt hat, dem steht der Weg offen.

1. Vorsitzender der Fraktion: Für die Person des bisherigen Vorsitzenden[38] wurde dies prompt abgelehnt, der nicht Mitglied des „Liberalen Bundes" ist.

Ich habe gebeten, daß unser Freund *Miessner* aus Hannover anwesend ist.

---

37 Ebd., S. LXIX.
38 Hermann *Föge*.

2. Die maßgeblichen Überprüfungen liegen in den Händen unserer Freunde *Middelhauve* und *Schäfer* und *Rubin.*
3. Die Satzung: Diese entspricht durchaus der Ordnungsmäßigkeit, sie wurde in Nienburg[39] gebildet.

Zur Versammlung am 17. 1. in Hannover[40], zu der auch die Mitglieder des „Liberalen Bundes" eingeladen waren, nur die Äußerungen: *Dehler* nach Israel, *Dehler* raus! *Miessner* hat die Versammlung geleitet. Der Raum war an und für sich ungünstig, und ich habe die Worte von *Wunderlich* nicht gehört. Ich selbst habe sie nicht gehört und auch *Miessner* nicht, daß antisemitische Äußerungen gefallen sind. Gehässige Äußerungen fielen, die dann wortwörtlich der sozialdemokratischen Presse übergeben worden sind, offensichtlich persönlich. Ich habe meine Meinung zur Wiederaufnahme der Herren und Damen des „Liberalen Bundes" genauso geäußert, und *Miessner* hat dem zugestimmt.

MIDDELHAUVE: Ich darf nochmals auf das hinweisen, was ich früher schon gesagt habe. Ich glaube, *Schäfer* und ich dürfen für uns in Anspruch nehmen, daß wir in der besten Absicht, ohne Voreingenommenheit gegen die eine oder die anderen Gruppe nach Hannover gefahren sind. Ich hatte ein Gespräch mit den Mitgliedern des damaligen Landesverbandsvorstandes – er ist inzwischen neu gewählt worden – und mit den Mitgliedern des „Liberalen Bundes", und ich hatte damals schon den Eindruck, daß die größere Duldsamkeit, das größere Verständnis und Entgegenkommen eindeutig zu liegen schien bei dem Landesverbandsvorstand, während ich bei den Mitgliedern des „Liberalen Bundes" starke Verhärtung und Verkrampfung vorfand, von der ich auch deutlich gesprochen hatte.[41]

Bei der zweiten Zusammenkunft, wo sämtliche Mitglieder der Landtagsfraktion beisammen waren – also auch die drei[42] ausgetretenen, die aber noch Mitglied der Fraktion sind, ein Zustand, der beendet werden muß –, da haben wir versucht, beide Teile einander anzunähern. Wir haben Voraussetzungen gesucht, die für beide Teile annehmbar waren, wobei das größere Verständnis vorausgesetzt wurde von dem legal gewählten Landesvorstand, weil gesagt wurde, die Mitglieder, die ausgetreten sind, brauchen nur ihren Austritt zu widerrufen. Das ist bei *Lehnhoff* geschehen, der sich und seine Frau vor kurzem wieder angemeldet hat und wieder aufgenommen worden ist. *Miessner* wird dazu auch noch Stellung nehmen, er hat mir gesagt, man wird *Lehnhoff* sogar in den Vorstand wählen. Deshalb war ich betroffen über die Entschließung des „Liberalen Bundes", die in ihrer Art sehr unerfreulich ist, z. B. „illegaler

39 Landesparteitag am 17. 1. 1954.

40 Hinweis auf die Versammlung des Kreisverbandes Hannover am Abend des 17. 1. 1954 in einer Entschließung des „Liberalen Bundes" vom 12. 2. 1954, ADL, N 1-2320 (NL Dehler). Auch hierin die von *Dehler* monierten Äußerungen. Desweiteren darin die Mitteilung, daß *Miessner* bei dieser Gelegenheit „entwürdigende Bedingungen für die Rückkehr Liberaler in den Kreisverband" gestellt habe.

41 FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 39, S. 1280 ff.

42 Es waren nur zwei: *Schröder* und *Sehlmeyer.* Der unten angesprochene *Lehnhoff* gehörte der Landtagsfraktion nicht an.

Kreisverband Hannover", das ist sehr bedauerlich. Ich habe das Gefühl, daß der „Liberale Bund" immer mehr an Geschlossenheit und Abwehrwillen verliert, weil eine Menge Leute erkannt haben, daß jetzt nach dem Parteitag in Wiesbaden der Weg zurück gefunden werden muß.

Wenn es nicht gelingen sollte, einige wenige zurückzuführen in die FDP oder vom „Liberalen Bund" weg zur FDP, so muß man darauf verzichten, aber ich glaube, unser Anliegen sollte auch heute noch an unsere Freunde vom Landesverbandsvorstand sein: das Entgegenkommen, das sie bekundet haben und auch versprochen haben auf der letzten gemeinsamen Besprechung zwischen *Schäfer* und mir, trotz der wenig erfreulichen Entschließung des „Liberalen Bundes" zu zeigen.

Dr. DEHLER: Vielleicht darf ich einen Eindruck geben bezüglich der Wahl von unserem Freund *Strömer.* Ich habe wirklich das Gefühl, daß unser Freund *Strömer,* den wir bei verschiedenen Gelegenheiten kennenlernen konnten und seine Haltung beurteilen konnten, den Willen und das Zeug hat, den Landesverband Niedersachsen aus den Schwierigkeiten herauszuführen in unserem Sinne und auch so weiterzuführen.

STRÖMER: Meine Damen und Herren! Wir sind ja immer noch im Gespräch mit den Mitgliedern des „Liberalen Bundes", was wir mit *Schäfer, Middelhauve* und den Freunden aus der Fraktion verabredet haben. Ich muß sehr behutsam vorgehen, weil die Fronten sich verhärtet haben in der Vergangenheit. Ich bedauere direkt, daß diese Entschließung hier heute auf die Tagesordnung gekommen ist, und ich will Ihnen auch sagen, warum: weil daraus die Mitglieder des „Liberalen Bundes" ersehen, welche Bedeutung ihr Einspruch hat; das bedauere ich.

Was in der Entschließung drin steht, ist völlig falsch, und Herr Dr. *Dehler* hat ja schon zu den einzelnen Punkten Stellung genommen. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, noch mal darauf zurückzukommen. Wesentlich ist der Punkt 1, das ist die Hauptschwierigkeit bei der ganzen Geschichte, nämlich das Verhältnis unserer Landtagsfraktion. Das Schwergewicht des „Liberalen Bundes" liegt bei den zwei Mitgliedern der Landtagsfraktion Frau *Sehlmeyer* und *Schröder;* und wer ist es noch? Ein gewisses Interesse kommt *Muttray* zu. Er wurde im Zusammenhang mit der Regierungsbildung mal als Minister genannt. Um diese wenigen dreht es sich im Grunde. Ich habe Herrn *Föge* gesagt, als ich zu ihm ging: „Herr *Föge,* der Landesverband hat seine Konsequenzen gezogen, *Stegner* usw., bitte tun Sie das auch, und schaffen Sie die Verhältnisse in der Fraktion, die wir haben müssen. Es geht nicht an, daß ohne weiteres zwei Abgeordnete da sind, die nicht Mitglieder der FDP sind. Wir müssen in der Fraktion darüber reden, wie wir in Zukunft zusammenarbeiten wollen." Das waren meine Forderungen; ich habe auch durchblicken lassen, daß es möglich sein könnte, daß wir uns einigen.

Die Zugehörigkeit des Vorsitzenden der Landtagsfraktion als Mitglied des Landesvorstandes ist eigentlich im Grundsatz bejaht worden, weil *Föge* so sehr unglücklich taktiert hat auf dem Landesparteitag und *Föge* ein großer Teil Schuld an der Verhärtung der Fronten hat. Er hat, als der Vorschlag kam,

nicht die Zweidrittelmehrheit gefunden, und eine Satzungsänderung bedarf bei uns einer Zweidrittelmehrheit. Es ist in den Vorstand reingekommen *Dannemann,* Landwirtschaftskammerdirektor.[43] Dann darf ich vielleicht sagen, daß ich als Landesvorsitzender vom Vertrauen aller getragen bin; eine größere Veränderung können Sie in einem solchen Landesverband nicht erwarten. Es wurde weitgehend Rücksicht genommen auf die Wünsche des „Liberalen Bundes". Sie können daraus erkennen, daß auch der Kreisverband Hannover-Stadt sehr entgegenkommend ist, *Miessner* wird es bestätigen. Ich freue mich, ein so achtbares Mitglied wie Herrn *Lehnhoff* (Stadtfraktion) wieder in die Partei aufzunehmen; ich hoffe, es gelingt, ihn am kommenden Montag in den Landesvorstand hineinzubekommen.

Die Schwierigkeit ist doch die Behandlung der einzelnen Leute, die verantwortlich sind für die Propaganda, bzw. Gegenpropaganda vor der Wahl. Es kommt nicht nur darauf an, was ich als Vorsitzender sage, das Echo im Lande war doch sehr, sehr schlecht. Wir wollen uns über eines klar sein – ich stehe da in Gegensatz zu *Blücher* –: Es dreht sich nicht so sehr um politische Ideale, es dreht sich um ganz andere Dinge. Ich möchte Sie bitten, hier nicht mehr weiter zu diskutieren; überlassen Sie es mir, ich will versuchen, das Beste daraus zu machen. Aber würdigen Sie den Rest der „Liberalen" nicht so, wie die es wünschen.

Dehler: *Miessner* und *Hedergott* möchten uns noch berichten. Meine Meinung generell: So weit die Leute den Aufruf[44] nicht unterzeichnet haben – wenn sie ihren Austritt widerrufen: gut, in Ordnung.

Hedergott: Der „Liberale Bund" beschränkt sich auf Hannover-Stadt, die Mitglieder des „Liberalen Bundes" sind in der Masse niemals aus der FDP ausgetreten. Für die gibt es also nicht das Problem der Wiederaufnahme. Das waren nur 13 Fälle, davon sind jetzt noch zehn übrig. Ich möchte aber auf eines hinweisen. Wir haben jetzt erstmalig einen in geheimer Wahl so geschlossen gewählten Landesverbandsvorstand – Vorsitzender, Stellvertreter, Schatzmeister sind mit Zweidrittelmehrheit gewählt worden –, wie wir es noch nie gehabt haben. Also, ein vollkommen legaler Landesverbandsvorstand. Die Satzung ist angefochten worden, sie ist aber praktisch bestätigt worden. Es heißt, die Satzung sei undemokratisch; es ist aber noch nie ein Punkt genannt worden, warum sie undemokratisch sei. Im übrigen haben wir ja jetzt die Bundessatzung.

Dr. Miessner: Wir sind uns darüber im klaren, daß es niemals Aufgabe eines Kreisverbandsvorstandes einer solchen Stadt sein kann, irgendeiner Flügeltendenz nachzugeben, sondern daß da sich die Dinge möglichst in einer Mittellinie der FDP konzentrieren müssen. Ich habe daher vom ersten Tage an diese Politik betrieben, was auch dazu geführt hat, daß einige Mitglieder, die sich

43 In der Vorlage anstelle von „Landwirtschaftskammerdirektor" das Wort „Busemalker". Es handelt sich hierbei offensichtlich um einen Hörfehler des Stenografen. Übersicht über den am 17. 1. 1954 gewählten FDP-Landesvorstand in Niedersachsen, in: H. G. Marten, 1978, S. 303.

44 Siehe FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, Nr. 39, S. 1281.

vielleicht doch etwas anderes vorgestellt haben, in der FDP inzwischen ihren Austritt erklärt haben, weil sie mit diesem gemäßigten Kurs des Kreisvorstandes nicht einverstanden waren. Es sind vielleicht sechs bis zehn Mitglieder, die ausgetreten sind. Herr *Freiberger* noch nicht. Desgleichen habe ich die Bemühungen aufgegriffen, mich insbesondere mit den prominenten Mitgliedern der Rathausfraktion – das ist ja mein Gebiet als Kreisverbandsvorsitzender – in Verbindung zu setzen.

Ein prominentes Mitglied, das ausgetreten war, die Wahlpropaganda aber nicht mitgemacht hatte, hoffte ich wiederzugewinnen, und es ist mir auch gelungen, den Aufnahmeschein von *Lehnhoff,* seiner Frau und des Vaters vor zehn Tagen für meinen Kreisverband zu erhalten. Damit haben wir den langjährigen Fraktionsvorsitzenden der Rathausfraktion wieder zur FDP zurückbekommen. Wir sind wieder mit drei FDP-Mitgliedern im Rathaus vertreten. Am 29. 3. haben wir die Kreisvorstandswahl. Wir haben den Termin bewußt auf den 29. 3. gesetzt in der Hoffnung, daß noch möglichst viele vom „Liberalen Bund" zurückkommen. Es sind auch inzwischen einige andere zurückgekommen, die hin- und herpendelten. Ich habe persönlich mit den Leuten keine Zerwürfnisse. So habe ich z. B. Herrn *Henkel* angerufen, und er ist kurz davor, seinen Eintritt in die FDP zu erklären, ebenso Herr *Waldau.* Die Situation ist im Augenblick so, daß hinsichtlich derjenigen Mitglieder, die mit dem ersten Sturm zum „Liberalen Bund" übergetreten sind, daß diese doch wieder zurückkommen, und da liegt die Problematik, und auch noch liegt diese Problematik bei den zehn Mitgliedern, die den Aufruf unterschrieben haben.

Eine gewisse Problematik liegt bei den zehn Mitgliedern. Dazu gehören *Lehnhoff* und *Waldau,* da stehen wir aber schon vor dem Erfolg. Leider mußte man bemerken, daß – in je größerem Ausmaße es gelang, die einzelnen Vertreter des „Liberalen Bundes" zurückzugewinnen – von Frau *Sehlmeyer* her in gleichem Maße der Widerstand gegen den Kreisverband Hannover größer wurde. Das hat in den letzten drei bis vier Wochen zu einer erneuten Verhärtung gegenüber Frau *Sehlmeyer* geführt. Ich darf Ihnen auch sagen, daß ich es nicht verstehe, wenn man in ein Gespräch kommen will, um die Dinge zu bereinigen, daß man jetzt dazu übergeht, verleumderische Behauptungen aufzustellen (wie Ausdruck Schweinehund *Muttray*). Irgendwie ist Frau *Sehlmeyer* daran interessiert, die Dinge verhärten zu lassen, und ich erkläre mir das so, daß sie glaubt, nicht mehr zum Zuge zu kommen bei der nächsten Wahl, und den „Liberalen Bund" am Leben halten will, um ihn als Druckmittel benützen zu können. Der „Liberale Bund" hat seine Geschäftsräume geschlossen, die Post geht bei uns ein – einschließlich der unbezahlten Rechnungen. Unsere Kasse ist ja seinerzeit mitgegangen zum „Liberalen Bund". Sie war auch sicher notwendig für die Anzeigen, die gegen die FDP erschienen sind. Man sollte an den Dingen möglichst wenig rühren; ich habe alles vermieden, um die Bevölkerung von Hannover möglichst wenig zu beunruhigen. Die Bevölkerung der Stadt Hannover hat das auch längst vergessen. Der „Liberale Bund" besteht heute nur noch aus höchstens 30 Mann, die aber immer noch Argumente gegen uns ins Feld führen. Mit einigen von ihnen wird allerdings schwer zu verhandeln sein.

Dr. MIDDELHAUVE: Ich möchte das Positive von dem, was der Kreisverbandsvorsitzende von Hannover-Stadt, um dessen Kreisverband und Mitgliedschaft es sich hier handelt, [hier ausgeführt hat], nur unterstreichen. Ich glaube, wir haben alle das Vertrauen, daß unser Freund *Strömer* als neuer Landesverbandsvorsitzender in seiner ruhigen, gelassenen Art und mit seinem guten Willen, den wir in Hannover wirklich kennengelernt haben, die Dinge drüben in ihren letzten Phasen noch zu einem guten Ende bringen wird. Wenn *Schäfer* und ich nochmals heraufgebeten werden sollten, werden wir gern kommen. Wir werden ja auch dem Vorstand einen Abschlußbericht erstellen müssen; vor allen Dingen wird er von *Rubin* kommen müssen, der über die Finanzverhältnisse einen Einblick bekommen hat.

Nun noch eine Frage, die aufgeworfen wurde, die ich hier offen an *Strömer* und auch *Hedergott* richten will: Es ist kein Geheimnis, daß hier im Bundestag immer wieder der Name *Huisgen* auftaucht – *Freiberger* ist gegangen: Und ich bin der Überzeugung, daß es richtig war, daß er gegangen ist. Ich glaube doch, daß auch im Kreisverband Hannover-Stadt nun nach und nach Ordnung eintritt. Es wird aber immer gesagt: *Huisgen* ist geblieben; es werden starke Einwendungen gegen ihn erhoben, die aus begreiflichen Gründen haften bleiben. Deshalb möchte ich an Freund *Strömer* die Frage richten: Können Sie nicht mal kurz etwas sagen über die Vorwürfe gegen *Huisgen* und die Tatsache, daß *Huisgen* als Geschäftsführer [geblieben ist], der zweifelsohne mitverantwortlich für die Vergangenheit ist?

STRÖMER: Ich bin dankbar, daß Sie das Thema anschneiden. Als ich Vorsitzender wurde und auch schon vorher, als ich zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, habe ich mich mit den Personen sehr eingehend beschäftigt. Wir haben auch nach dem Landesparteitag eine sehr sorgfältige Prüfung – auch charakterlich – in der Geschäftsstelle in Hannover und im Land vorgenommen. Ich wußte, daß über *Huisgen* die unglaublichsten Dinge im Gange waren und noch sind, und ich habe mir ihn ganz besonders vorgenommen. Es ist nichts, aber auch gar nichts übrig geblieben, wonach ich sagen müßte, wir können ihn nicht mehr brauchen. Ich habe *Huisgen* als einen anständigen, charaktervollen und ehrlichen Menschen kennengelernt. Es müßten jetzt die anderen nachweisen, was an den Gerüchten Wahres ist.

RADEMACHER: und der Brief *Kaufmann*?[45]

STRÖMER: Der Brief ist unmöglich. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, wenn ich als Landesvorsitzender den Hauptgeschäftsführer veranlasse, einen solchen Brief zu schreiben, dann bin ich als Landesvorsitzender verantwortlich dafür und nicht *Huisgen* als Ausführender.[46] Wo kämen wir denn hin, wenn ich für einen Brief, der in meinem Auftrag geschrieben wurde, meinen Prokuristen verantwortlich machen wollte?! Nach meiner Ansicht gibt es keinen Grund, gar keinen Grund, gegen *Huisgen* Vorwürfe zu erheben.

---

45 Ebd., Nr. 30, S. 918.

46 Zur Debatte darüber, wer für den Brief an *Kaufmann* verantwortlich war, ebd., Nr. 39, S. 1263, 1284 und S. 1289.

Dr. DEHLER: Die Sache um *Kaufmann,* den Naumann-Kreis, war doch bedenklich. Schwer ist es zu klären, bei wem die Schuld lag, ob bei *Huisgen,* bei *Stegner,* ob *Huisgen* der Beauftragte von *Stegner* war. An sich war *Stegner* bereit, *Huisgen* zu entlassen zum 1. Oktober; er hat ihn nicht entlassen. Man spricht jedoch davon, daß *Huisgen* von *Stegner* in einer nicht zu überbietenden Art bekämpft wird.

Wir wollen das heute nicht entscheiden. Wir wollen die Zeit reden lassen, erwägen, ob nicht ein anderer in die Geschäftsstelle des Landesverbandes kommt und man vielleicht Herrn *Huisgen* eine andere Funktion überträgt.

HEDERGOTT: Ich darf auf folgendes hinweisen: Sie kennen den Landesverband Niedersachsen seit seiner Gründung. Das, was *Stegner* mit *Freiberger* machen konnte und gemacht hat, wird der Ergebnisbericht von *Rubin* ausweisen. Wenn *Huisgen* nicht die charakterlichen Qualitäten gehabt hätte, hätte *Huisgen* mitgemacht. Die ganze Sache mit *Stegner* ist aber nur ins Rollen gekommen, weil er *[Huisgen]* als Geschäftsführer gesagt hat: Das mache ich nicht mehr mit. *Huisgen* hat sich geweigert, das, was man als krumme Tour bezeichnet, mitzumachen. Wir haben von Niedersachsen aus nicht das Gefühl, daß *Huisgen* der Mann ist, der schiefe Dinge in der Partei mitmacht.

EULER: zunächst etwas wegen *Huisgen:* Es kann nicht angehen, etwas ohne Beweis zu machen. Ich habe vorhin zufälligerweise ein Gespräch mit *Huisgen* gehabt, der mir sagte, daß er es doch war, der sich mit großer Entschiedenheit im Landesvorstand dagegen ausgesprochen habe, die Dinge seien dokumentiert. Die Verantwortung liege bei *Stegner* und denjenigen, die ihn im Landesvorstand unterstützt haben. Es ist schlecht, wenn ein allgemeines Gerede ins Feld geführt wird. Wie wenig darauf zu geben ist, und wie man bemüht sein muß, ihm den Garaus zu machen, dafür habe ich selbst ein böses Beispiel vor dem Parteitag erlebt. Gerade nach dem Beispiel, was ich selbst erlebt habe, haben wir allen Anlaß, diesen Gerüchtemachern entgegenzutreten und nicht dem, was erzählt wird, den Wert eines Beweises oder Beweisversuches zu geben. Solange nicht Beweise vorliegen, soll man da gar nichts unternehmen.

Was den „Liberalen Bund" in Hannover anlangt, so gibt die Entschließung, die uns heute hier vorgelegt wurde, Anlaß zu sagen, daß dort Leute tätig sind, die nicht von Vernunft und Einsicht angetan sind. Schon vor den Wahlen stand es für mich fest, daß man hier nicht aus politischem Notstand gehandelt hat; nein, aus ganz anderen Motiven.

WELLHAUSEN: Es war doch wohl noch etwas anderes.

EULER: Es ist ein Unterschied, ob ich mich zeitweilig von der Parteiarbeit zurückziehe oder einen solchen Aufruf veranlasse in der Öffentlichkeit.

DEHLER: Der Austritt als solcher war es. Daß eine gewisse Berechtigung da war, sich gegen *Stegner* zu distanzieren, ist doch verständlich.

EULER: Es ist ein Unterschied zwischen Distanzierung und einem Wahlkampf, der gegen unsere Partei geführt wird. Diese Leute sind es ja auch heute, die sich der Einigung widersetzen. Darum handelt es sich doch, daß es dieselben sind und nicht ein großer Haufen, sondern einige wenige, deren Namen man

kennt. Ich bin entschieden dagegen, daß man diesen Leuten nachrennt. Ich halte vielmehr dafür, daß diese Leute in Zukunft bei jeder Gelegenheit eine Belastung für unsere Partei bedeuten werden, weil sie bei jedem Streitfall, der auftreten würde, sich sofort wieder so verhalten würden. Es kann nicht in Betracht kommen, daß der Landesverband Niedersachsen von hier aus beeinflußt wird, diese Leute ausnahmslos global wieder aufzunehmen; man muß sich diese Leute sehr ernsthaft ansehen. Es kann nicht in Betracht kommen, daß sie ohne weiteres wieder Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen werden. Es muß ein großer Unterschied gemacht werden zwischen denen, die lediglich gefolgt sind, und denen, die in aller Öffentlichkeit aufgepeitscht haben.

Dr. DEHLER: Wir gehen an dem, was *Strömer* und *Miessner* gesagt haben, vorbei; wir wollen mal differenzieren und uns die Leute von damals anschauen. Wenn diese reumütig sind und einsehen, daß ihr Verhalten falsch war, dann sollten wir sie wieder aufnehmen.

EULER: Verzeihen Sie: Empfinden Sie in der Textierung der Entschließung von heute auch nur den Schimmer eines Bedauerns über das ganze bisherige Verhalten?

Die Frage *Huisgen:* Ich habe damals mit *Huisgen* verhandelt und mit ihm gesprochen. Es war typisch, daß *Stegner* sich weigert, die Anteile an den Gesellschaften[47] abzutreten. Nun zu *Huisgen* selbst: Man muß Herrn *Huisgen* sehen unter dem Druck *Stegners.* So, wie wir *Stegner* kennen, wird niemand glauben, daß *Huisgen Stegner* irregeführt hat. Daß Herr *Huisgen* bestimmte Tendenzen zu nationalsozialistischen Kreisen hatte, ist richtig; sie verleugnet er auch nicht. Ich habe aber den Eindruck aus zahllosen Gesprächen, daß er ein charakterlich sauberer Mann ist, kein politischer Mensch, und er wird es auch nie werden. Man wird nicht sagen können, man muß ihn unbedingt herauswerfen. Ob er der geeignete Mann ist, müßte Herr *Strömer* entscheiden, und wir bitten, daß in diesem Falle dann unser Freund *Strömer* auch das Gespräch mit uns sucht.

Dr. LÜDERS: Ich glaube, daß es absolut richtig ist, was der Vorstand von Niedersachsen augenblicklich tut. Wir sind uns alle darüber einig, daß der Vorstand versucht, diese Menschen zur Vernunft zu bringen. Ich glaube, Herr *Euler,* genauso, wie Sie es ablehnen, daß in anderer Weise ein Druck vom Vorstand ausgeübt wird, genauso können wir es ablehnen. Die Darstellung *Miessners* war mir zu einseitig. Den Schritt der mir seit über 30 Jahren bekannten Frau *Sehlmeyer* verstehe ich nicht; wie sie das mitmachen konnte! Ich kann mir nur denken, daß sie durch die höchst unerfreulichen Zustände des Herrn *Stegner* zu dieser Entscheidung und Haltung bestimmt worden ist.

Der Komplex *Stegner* ist ausschlaggebend gewesen für einen guten Teil der Personen, die sich so unerfreulich verhalten haben, und ich glaube, die Entwicklung, die wir inzwischen aufgedeckt haben und die sich als wahr herausgestellt hat, gibt diesen Leuten doch bis zu einem gewissen Grade recht, daß sie zumindest bis zu einem gewissen Maße ein erhebliches Mißtrauen haben

47 Vgl. ebd., S. XXXII.

mußten. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, daß ein Geschäftsführer von diesen ganzen Machenschaften keinerlei Ahnung gehabt hat; aber das ist Sache des Landesvorstandes, das festzustellen. Ich kann es mir vorerst nicht vorstellen, daß man davon keine Ahnung hat, wenn man Erster Geschäftsführer ist. Das würde allerdings doch ein sehr starkes Negativum gegen den zur Zeit noch beschäftigten Geschäftsführer sein. Aber das ist Ihre Sache. Ich glaube, daß Sie selber genug nachsehen werden.

SCHÄFER: Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber ich muß *Euler* widersprechen. So ist es nicht – die Vorgeschichte ist nicht so einfach –, es hat nicht mit dem Wahlaufruf angefangen; es sind Dinge vorausgegangen, die sehr aufreizend waren. *Stegner* ist dafür weitgehendst verantwortlich. Es sind Publikationen ergangen, wo man sehr überlegen mußte, ob das im Rahmen der FDP noch verantwortlich war. Und man muß sich überlegen, daß aufgrund dieser verletzten Gefühle diese Reaktion kam. Es gibt nur eines: Man hört mit diesen Dingen jetzt auf und versucht, wieder zusammenzukommen in positiver Gemeinsamkeit. Nur keine Debatten über die eine oder die andere Seite!

HEDERGOTT: Die bestimmten Vorgänge um Herrn *Stegner* sind im gesamten Landesverband Niedersachsen bekannt geworden, und im ganzen Landesverband gab es berechtigte Kritik, aber nur in Hannover hat sich der „Liberale Bund" gegründet. Alle haben sich von *Stegner* abgesetzt, aber sie haben nicht den Schritt getan, den der „Liberale Bund" getan hat.

Zu dem, was Frau *Lüders* gesagt hat: Wie weit hat *Huisgen* um die Dinge gewußt oder sich durch Schweigen mitschuldig gemacht? Wir hatten in Niedersachsen eine eigentliche Parteiarbeit überhaupt nicht mehr. Wir hatten eine „Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft", wir hatten ein „Sprachrohr", und wir hatten die Fördergesellschaft. Es ist von *Huisgen* immer wieder der Versuch gemacht worden, doch einmal zu erfahren, was da abgesprochen wurde, denn praktisch hat alles *Stegner* mit *Freiberger* allein gemacht. Alle Dinge sind daran gescheitert, daß sich alle von *Stegner* beschwatzen ließen und umgefallen sind. Die Dinge sind verschoben worden auf die Geleise der „Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft" und auf das „Sprachrohr". Ich hätte es begrüßt, wenn die Kreise um *Föge* uns unterstützt hätten bei der Beseitigung all dieser Mißstände, aber nur *Huisgen* hat mitgeholfen bei der Beseitigung dieser Mißstände.

Dr. DEHLER: Ich habe mir viel Mühe gegeben, wir haben mit ihm zusammengesessen. Es ist ihm schlecht gegangen in den Sitzungen des Vorstandes.

Dr. LÜDERS: Schließlich haben sich die Leute empört, daß nichts geschehen ist.

Dr. DEHLER: Warum sind sie aus der FDP ausgetreten?

STRÖMER: Ich gehöre dem Landesvorstand als Bezirksvorsitzender seit 1951 an. Ich habe kaum an einer Landesvorstandssitzung gefehlt. Ich habe nie erlebt, daß Frau *Sehlmeyer,* Herr *Barz* oder andere bei diesen Sitzungen irgendwie eine Kritik hatten. Ich will Ihnen noch was sagen: Sie glauben nicht – *Hedergott* ist mein Zeuge –, wie er, als ich ihn am 20. September angerufen *(Stegner)* habe, mich angebrüllt hat.

Dr. DEHLER: Der Wunsch an *Strömer,* daß die Dinge in Hannover bereinigt werden.

TOP 4: WAHLBLOCKBILDUNGEN

EULER: Ich habe in der Fraktion schon vor einigen Wochen über die hessische Situation berichtet und möchte das auch gern hier im Vorstand tun, zumal ich aus gelegentlichen Äußerungen von Kollegen, die über die hessischen Verhältnisse wenig informiert sind, die Gefahr erkenne, daß Mißverständnisse auftreten könnten. Über die Situation kann nur sprechen, wer weiß, daß wir seit 1950 [ein] Landtagswahlrecht haben, daß die SPD mit 60 % oder 65 % der Mandate vertreten ist, das darauf angelegt ist, die SPD unverhältnismäßig zu bevorzugen.[48] In einer Zahl ausgedrückt: Bei der Wahl von 1950 hat ein Wahlkreismandat rund 15 000 Stimmen gekostet, ein Landeslistenmandat rund 37 000 Stimmen, und wenn man die Verhältnisse der Bundestagswahl vom 6. 9. [1953] einer Landtagswahl zugrundelegt, also annimmt, [daß] am 6. 9. Landtags- und Bundestagswahl [gewesen seien, dann] hätte ein Wahlkreismandat 16 000 Stimmen, hingegen ein Landeslistenmandat nicht weniger als 52 000 Stimmen gekostet. Nun ist es klar, wenn die CDU und FDP bei diesem Wahlrecht getrennt auftreten, in allen Wahlkreisen der SPD das Vorrecht lassen, weil gerade das Verhältnis CDU/FDP gleich stark ist, auch in den Kreisen, wo die SPD am stärksten ist. Weil gerade in den meisten Kreisen der Vorsprung der SPD da ist, um so grotesker wird das Verhältnis bei der Gestaltung des Landtags in bezug auf die Verteilung der Mandate, weil die SPD die meisten Wahlkreismandate macht und für die Oppositionsparteien FDP/CDU die Landeslistenmandate übrig bleiben, von denen ich Ihnen sagte, daß ein Landeslistenmandat 52 000 Stimmen gegenüber einem Wahlkreismandat von 16 000 Stimmen haben muß. Man muß weiter hinzurechnen, daß in breiten Schichten der hessischen Wählerschaft eine Ungehaltenheit darüber besteht, daß die SPD seit 1946 erst Haupt- und danach Regierungspartei war und aus den verschiedenen Verhältnissen sich die Zustände erschwert haben, die man nur beseitigen kann, insbesondere in bezug auf die Verwaltung, wenn die SPD nicht mehr Regierungspartei ist.

Deswegen sind CDU und FDP schon von der Wählerschaft einem starken Druck ausgesetzt; der Wähler sagt, an uns liegt es nicht mehr, also müßt ihr nichtsozialistischen Parteien in der Lage sein, irgend eine Form zu finden, die erforderlich ist, um eine Benachteiligung durch das Wahlrecht auszuschließen. Würden wir bei diesem Wahlrecht, wie es in Hessen besteht, in die Wahl gehen, ohne daß ein Block zwischen CDU und FDP zustande kommt, würden die Wähler sagen: Dann brauchen wir gar nicht zu wählen; also würden wir mit Enthaltung bestraft.

---

48 Aufgrund des Landeswahlgesetzes vom 18. 9. 1950 war es der SPD gelungen, mit einem Stimmanteil von 44,4 % 47 (davon 36 Direktmandate) der 80 Landtagsamandate zu erringen. Zahlen nach Herbert LILGE, Die politische Entwicklung des Landes Hessen. Ein notwendiger Rückblick, in: 30 Jahre hessische Verfassung 1946–1976, hrsg. von Erwin STEIN, Wiesbaden 1976, S. 59. Klage *Eulers* über das hessische Wahlrecht schon in: FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 37, S. 1198 ff.

Meine Theorie: Gerade wenn man den Wahlkampf getrennt führen will, bedarf es des technischen Mittels der Wahlblockbildung, weil nur dadurch die SPD dazu gebracht werden kann, das Wahlrecht zu ändern. CDU und FDP haben beantragt, daß das Verhältniswahlrecht in Hessen eingeführt werden müsse.[49] Das liegt in der Linie unserer Politik, ist aber das Gegenteil von dem, was die CDU immer vertreten hat. Sie verlangt also mit uns das Verhältniswahlrecht. Käme also ein Verhältniswahlrecht oder ein Wahlrecht, das nur eine geringfügige Änderung mit sich brächte, dann würde das eintreten, was wir am liebsten wollen: jede Partei getrennt, mit eigenem Namen zum Wahlkampf antreten.

[Das ist eine Taktik], von der wir sagen, sie hat sich bewährt und es immer wieder dazu gebracht, daß unsere Partei 20 % der Stimmen erhalten hat und [wir] somit als hessischer Landesverband den weitaus höchsten prozentualen Anteil aller Landesverbände haben. Wir könnten, wenn wir getrennt in den Landtagswahlkampf von der CDU eintreten könnten, die Verhältnisse vom 6. 9. [1953] beseitigen[50] und plötzlich als stärkere Partei gegenüber der CDU [in den Landtag] einziehen. Das würde zur Folge haben, daß wir in der Koalition gegenüber der CDU die führende Partei wären. So sind wir naturgemäß darauf ausgerichtet, ein Wahlrecht zu erreichen, das uns erlaubt, als FDP selbständig aufzutreten, selbständig gegenüber der CDU zu marschieren, um dann hinterher vereinigt in Koalitionsgebundenheit gegen die SPD zu schlagen. Es ist das Ziel zu erreichen, der SPD die Vorteile aufzugeben und ihr zu sagen: Bleibt das gegenwärtige Wahlrecht, dann kommt die notwendige politische Antwort, der hessische Wahlblock, dann exerzieren wir Euch vor, daß wir Euch die Vorteile des Wahlrechts entreißen. Ich glaube, ich habe die hessische Position so umrissen, daß sie in diesem Kreise verstanden werden wird.

Die Verhandlungen sind im Gange, aber die SPD ist sehr zurückhaltend. Es hat den Anschein, daß sie erst mal wissen [will], ob die Konstruktion des Blockes gelingt. Wir sind der Auffassung, sie wird geneigter sein, je früher man diese Blockbildung durchführt. Es ist doch einfach, dann von dem gebildeten Block keinen Gebrauch zu machen, sondern selbständig in den Wahlkampf zu gehen. Der Schlüssel des Wahlrechts liegt bei der SPD. Nur sie kann das Wahlrecht ändern. Ob es gelingt, ist von der SPD abhängig. Das ganze bisherige Verhalten der SPD bestätigt die Richtigkeit meiner Auffassung, daß die SPD zur Änderung des Wahlrechts gebracht werden kann, wenn sie befürchtet, daß sonst die Wahlblockbildung in Kraft tritt und [dies] die politische Antwort ist.

---

49 Ein neues Landeswahlgesetz mit einer überwiegenden verhältniswahlrechtlichen Komponente erging am 15. 4. 1954. Rolf Gross, Ausführung der Hessischen Verfassung durch die Gesetzgebung, in: 30 Jahre hessische Verfassung, Anm. 48, S. 285.

50 In den Bundestagswahlen am 6. 9. 1953 hatte sich der Stimmenanteil der hessischen FDP von 31,8 % in den Landtagswahlen vom 19. 11. 1950 auf 19,7 % reduziert, während der Stimmenanteil der CDU von 18,8 % (Landtagswahlen) auf 33,2 % (Bundestagswahlen) angestiegen war. G. A. Ritter/M. Niehuss, 1987, S. 95 und S. 143.

LEVERENZ: Wir wählen in den ersten Septembertagen[51], wenn nicht im August. Es ergibt sich bei uns folgende Situation: Die CDU ist im Bundestagswahlkampf als erster Sieger hervorgegangen, und sie verfolgt das eindeutige Ziel des Zweiparteiensystems. Sie hat die DP kaputt gemacht, alle Abgeordneten sind in die CDU eingetreten. Sie kämpft erbittert gegen uns, von unseren acht Abgeordneten haben wir vier verloren. Wir haben es aber immerhin noch geschafft, daß wir als Fraktion bestehen geblieben sind.[52] Ich bin in der Bundestagswahl keinen Tag und keine Nacht daheim gewesen, wir haben bei unseren Wahlversammlungen deutlich hervortreten lassen den Unterschied zwischen CDU und FDP. Die Folge war, daß *Leverenz* persona grata geworden ist, da wir den Mut hatten, gegen die CDU aufzutreten. Durch das Land geht aber ein erhebliches Erwachen. Weite Kreise sind nicht einverstanden mit *Lübke,* die konfessionellen Dinge spielen eine vielleicht größere Rolle als in Baden-Württemberg. Es sind da Dinge auf mich zugekommen – man hat allerhand von mir wissen wollen –, ich habe Besprechungen gehabt. Sie dürfen aber nicht vergessen, wir haben den BHE, der bei uns geboren wurde – er spielt eine große Rolle bei uns, er war seit Jahren der Koalitionspartner der CDU[53] –: Das sind keine homogenen Elemente, und wenn sie *Kraft* hier kennengelernt haben, werden Sie das verstehen. Nun ist *Asbach* Stellvertreter; die Personalpolitik, die da gemacht wird, ist unerhört. Es ist eine erhebliche Antipathie im Lande, und – das scheint mir wichtig – auch in vernünftigen Kreisen. Der Rückgang unserer Stimmen[54] ist auch damit zu erklären, daß *Oellers* die FDP in Schleswig-Holstein als reine Flüchtlingspartei aufgezogen hatte. Für mich ist es dann nicht ganz leicht gewesen, die FDP von diesem Odium zu befreien.

Was sollen wir also nun zur Landtagswahl machen? Daher meine Bitte, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Es gibt bei uns den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund[55] und den Wählerverband, das ist ein großer Kreis

---

51 12. 9. 1954.

52 CDU, FDP und DP waren im schleswig-holsteinischen Wahlkampf 1950 als „Deutscher Wahlblock" gemeinsam angetreten und bildeten anfangs auch eine gemeinsame Landtagsfraktion. Im Februar 1952 schied die FDP aus, aber von ihren acht Abgeordneten folgten nur vier dieser Entscheidung. Die übrigen FDP- und DP-Abgeordneten traten im Laufe des Jahres zur CDU über, so daß sich im September eine CDU-Fraktion bilden konnte. Kurt JÜRGENSEN/Gabriele STÜBER, Die parlamentarische Arbeit der zehn gewählten Landtage 1947–1987, in: Rudolf TITZEK (Hrsg.), Landtage in Schleswig-Holstein. Gestern-heute-morgen. Zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl am 20. April 1947, Husum 1987, S. 114.

53 Der BHE hatte in den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen 1950 23,4 %, in den Bundestagswahlen 1953 in diesem Land noch 11,6 % der Stimmen erhalten. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 87 und S. 138. Im September 1950 wurde eine Landesregierung gebildet, die durch eine Koalition aus Deutschem Wahlblock und dem BHE getragen wurde. Kurt JÜRGENSEN/Gabriele STÜBER, Anm. 52, S. 115.

54 Die FDP hatte in den Bundestagswahlen 1953 in Schleswig-Holstein nur noch 4,5 % errungen. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 87.

55 Gemeint ist wahrscheinlich die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft (1950), aus der die Schleswig-Holsteinische Wählergemeinschaft hervorging (1951), von der sich wiederum die Schleswig-Holsteinische Landespartei abspaltete (1953). Horst W. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, in: R. STÖSS, 1983, S. 1065.

von Menschen. Ich hatte schon zur Bundestagswahl gute Verbindungen dort hin. Schleswig-Holstein war immer ein liberales Land, und die CDU paßt da gar nicht hin. Damals haben die Dinge noch nicht richtig funktioniert, da der Vorsitzende zu sehr unter der Fuchtel der CDU stand. Dann haben wir noch die Schleswig-Holsteinische Landespartei, das ist eine Gruppe, die am liebsten alle [des] Landes verweisen möchte, die nicht Schleswig-Holsteiner sind.

DEHLER: Das Leben ist doch schwer.

LEVERENZ: Die CDU wird abgelehnt von der Wählergemeinschaft. Sie ist nun an mich herangetreten mit dem Wunsch, es soll ein Schleswig-Holstein-Block gebildet werden als massive Kraft gegen die CDU.[56] Es sollen diesem Block angehören: Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft, die DP und die FDP. Es würden dann zur Wahl stehen: dieser Block, die CDU und [der] BHE. Das ist eine Möglichkeit. Ich habe in dieser Richtung schon viele Besprechungen gehabt, habe aber eine Entscheidung hinausgeschoben. Das ist eine Lösung.

Mir persönlich ist diese Lösung nicht sehr lieb. Nach meinem Wunsch wäre es das beste, wir würden allein gehen. Ich würde mir selbst etwas untreu werden, wenn ich mit diesen Dingen spekuliere, aber es ist ja in der Politik so, daß man manchmal die Umwege gehen muß, man muß Realist sein. Da muß man sehen, daß man bei dem Sog der CDU, auf der anderen Seite ist der Schleswig-Holstein-Block da, nicht zwischen diese Mühlsteine gerät. Nun habe ich am vorigen Donnerstag mit dem zweiten Vorsitzenden des Schleswig-Holstein-Blocks gesprochen und ihn gefragt: „Was würde passieren, wenn die FDP nicht mitmacht?" Er hat gesagt: „Sie sind für uns die wichtigste Gruppe, weil wir gedankenmäßig mit Ihnen übereinstimmen." Wenn wir nicht mitmachen, fliegt die Geschichte auf, dann gibt es eine Masse Austritte aus der Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft. Die DP kann alleine nichts werden. Es wäre die Möglichkeit, diese Geschichte zu liquidieren. Die andere Geschichte wäre die, daß man gerade mit dieser Spekulation: Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft, Deutsche Partei ausscheiden, in ein Gespräch mit der CDU käme; daß man den Gedanken aufgreift, den *Adenauer* vor kurzem gesagt hat: Die Freien Demokraten sind die geborenen Koalitionspartner für die CDU. Aber, das steht fest, die CDU muß sich nach einem neuen CDU-Partner umsehen, weil sie nach Möglichkeit nicht mehr mit dem BHE gehen will. Es ist die Frage: Versucht man mit *Lübke* in ein Gespräch zu kommen über die Aufteilung der Wahlkreise in irgendeiner Form? Daß wir den Willen haben, das sind alles Probleme, die sich abzeichnen. Verschiedene CDU-Kreise sind bereits an uns herangetreten. Wir möchten das Gespräch mit der CDU führen.

EULER: Ist Ihr Wahlrecht noch dasselbe?

LEVERENZ: Das Wahlrecht ist nicht dasselbe. Bei der letzten Regierungsbildung habe ich die Regierungsbildung davon abhängig gemacht, daß das Wahl-

56 Vgl. ebd., S. 1065 f.

recht der SPD geändert wird. Im Ergebnis: Verhältniswahlrecht mit 5 %-Klausel.[57]

DEHLER: *Middelhauve* wird uns noch über Nordrhein-Westfalen berichten.

WELLHAUSEN: Sagen Sie doch auch etwas über Bayern, Herr *Dehler.*

MIDDELHAUVE: Die Situation ist bei uns folgende[58]: Ausgangspunkt ist die gesetzliche Grundlage, die zu ändern wir uns bemüht haben. Zu 150 Direktmandaten treten 50 Reservelistenmandate; Relation 75:25; ist also schlecht, da es große Überhänge gibt. Der Überhang betrug für die CDU 1950 acht Sitze. Wir hatten bis dahin eine schwarz-rote Koalition, und wir wollten sie brechen. Weil die Mehrheitsverhältnisse in Nordrhein-[Westfalen] sehr knapp waren, hatten wir Wahlvereinbarungen mit der CDU getroffen mit der Absicht, die von *Arnold* klar herausgestellt wurde, eine Koalition nach Bundesmuster, also CDU-FDP zu bilden. Es kam dann die plumpe und grobe Enttäuschung durch Herrn *Arnold.*[59]

DEHLER: Plump waren Sie und grob der Herr *Arnold.*

MIDDELHAUVE: Das gehört in die Geschichte der FDP, und das ist Punkt 8 der heutigen Tagesordnung.[60]

Durch diese Koalition mit drei Stimmen Mehrheit wurde nicht nur durch Jahre hindurch regiert, es wurde auch ein Schulgesetz geschaffen, das sehr einseitig war[61], und man konnte auch das Wahlgesetz verlängern gegen unseren Willen.[62] Wir hatten den guten Vorschlag gemacht, diesen Überhang mit der gleichen Zahl von Mandaten über Reserveliste auszugleichen. Aber die CDU hat – ob mit oder ohne Wissen – nicht pariert, hat das Zentrum gekauft und hat das alte Wahlgesetz weiter durchgesetzt. Man sucht uns nun zu zwingen zu Wahlvereinbarungen.

Der vor einigen Wochen stattgefundene Landesparteitag[63] hat eine generelle Entscheidung getroffen. Wir werden keine Wahlvereinbarung treffen, sonst kommt ja wohl niemand in Frage. Ich glaube, ich brauche nicht näher [darauf] einzugehen, aber Wahlvereinbarungen mit anderen Parteien sind nicht drin. Die Wahlvereinbarungen sind vom Parteitag abgelehnt worden.

Aber ich fühle mich verpflichtet, auf eine echte Schwierigkeit in unserem Landesverband einzugehen. Es ist schon zur Tradition geworden, daß Vereinba-

---

57 Zu den Änderungen des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes die Angaben in: G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 123 und S. 131.

58 Zum folgenden – sowohl Wahlgesetzbestimmungen als auch Wahlvereinbarungen – E. H. M. LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 109 ff.

59 Siehe Peter HÜTTENBERGER, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie, Siegburg 1973, S. 480 ff.

60 Punkt 8 der Tagesordnung lautete: „Herausgabe einer Geschichte der FDP."

61 Dazu Dorothee BUCHHAAS, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz. Eine vergleichende Untersuchung zum Einfluß von Parteien, Kirchen und Verbänden in Land und Bund 1945–1952, Düsseldorf 1985, S. 69–177.

62 Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 112–128.

63 Am 21. 2. 1954. Die Entscheidung, für die Wahl keine Wahlabsprachen zu treffen, war einstimmig gefallen. BPA-Archiv, Inlandspressespiegel vom 22. 2. 1954.

rungen regional getroffen worden sind, nämlich in Wuppertal, wo zwei Direktmandate der CDU und zwei der FDP zufielen. Inzwischen ist die CDU und unser Parteifreund von Wuppertal, *Wirths*, mit dem Angebot gekommen: 2:2. Nachdem wir nun den Beschluß gefaßt haben, ist dies sehr schwierig. *Wirths* sagt sich: Wie soll ich das Angebot ablehnen? Da kommen die Sozialdemokraten in den Landtag. *Wirths* hat mich dieserhalb vor einigen Tagen angesprochen, und hier gibt es eine echte Schwierigkeit für uns, die sich schlecht überwinden läßt.

Aber wir sind gebunden durch den eindeutigen Parteitagsbeschluß. Wir haben versucht zu erreichen, daß der Parteitag sagte, Wahlvereinbarungen dürfen grundsätzlich nicht durchgeführt werden; aber dies wurde abgelehnt mit großer Stimmenmehrheit, weil man wußte, es geht um Wuppertal.

Wenn man aber davon abgeht, versucht man an anderen Stellen in unserer Partei gewisse Mandatsplätze zu behaupten. In dieser Gefahr stehen wir, und ich glaube, daß die Partei auch in Wuppertal eine Ausnahme nicht zulassen wird, so schwierig diese Frage auch sein wird.

Zum Schluß darf ich noch sagen, daß wir in Nordrhein-Westfalen entschlossen sind, den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen scharf differenziert von der CDU zu führen. Ich habe das auch dem Bundeskanzler [gegenüber], der mich gebeten hat, keinen Wahlkampf gegeneinander zu führen, als den Willen des Landesverbandes ausgesprochen, und wir sind in Nordrhein-Westfalen, nachdem sich die kulturpolitische Entwicklung so einseitig zugespitzt hat, [entschlossen], dies zu tun.

Hedergott: Wir stehen schon beinahe in einem Wahlkampf drinnen, und es ergibt sich die Notwendigkeit, die Chancen auszunützen, die sich uns bieten. Wir haben zwar unsere Wahlen erst im April oder Mai nächsten Jahres [24. 4. 1955], aber ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, um den Landesverbänden, die dieses Jahr nicht wählen, eine Anregung zu geben. Wir haben uns mit dem BHE geeinigt, es muß das Wahlgesetz sofort abgeändert werden[64], da weder die FDP noch die DP gezwungen werden können, mit der CDU in den Wahlkampf zu gehen. Die Wähler werden uns im Stich lassen, wenn sie sich ausrechnen können – und man hat es schon ausgerechnet –, wie das Verhältnis der Listenmandate zu den Direktmandaten ist. Man will ändern, 50:50, dann haben wir ein fast vollständiges Verhältniswahlsystem. Die Verteilung der Überhangmandate: bis zu 9 verbleiben der siegreichen Partei.[65] Hier findet ein Ausgleich statt, man kann das aber begrenzen usw. so, daß die CDU mehr Abgeordnete bekommen hat. Die SPD hat hier durchblicken lassen, daß auch diese Bestimmung gestrichen wird, um der CDU die Möglichkeit zu nehmen zu sagen, ein echter Proporz ist nicht gegeben. Diese Bestimmung wird dann auch zu Fall zu bringen sein. Wir fangen deshalb so rechtzeitig an, weil die Blockpolitik der CDU auch schon eineinhalb Jahre vorher beginnt. Man muß

64 Eine Änderung des niedersächsischen Wahlgesetzes gab es 1955 insofern, als Ausgleichsmandate bis zur Zahl der Überhangmandate vergeben wurden. Vgl. G. A. Ritter/M. Niehuss, 1987, S. 132.

65 Vgl. ebd., S. 124.

rechtzeitig die Ungefährlichkeit des Alleingangs den Wählern klarmachen. Ich möchte also die Landesverbände, die auch erst im nächsten Jahr wählen, aufmerksam machen, sich rechtzeitig mit den anderen Parteien auseinanderzusetzen, bzw. zusammenzusetzen.

DEHLER: Welcher Landesverband wählt noch im nächsten Jahr?

EHRICH: Bremen.

WEYER: Sollen wir uns heute schon mit diesen Dingen beschäftigen?

EHRICH: Das Wahlrecht in Bremen ist ein reines Proporz-Wahlrecht.[66] Es besteht auch keine Befürchtung, daß es geändert wird. Was sich tun wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Fest steht allerdings, daß sich das Verhältnis zwischen CDU und FDP verschlechtert hat, weil die CDU sich bereit erklärt hat, mit der SPD zu ziehen (6-jährige Grundschule). Die SPD soll die nötigen Zuschüsse geben. Das Zweite ist die Frage der Privatschulen. Ich glaube, daß wir Wert darauf legen müßten, uns gerade in den Kulturdingen stark von der CDU abzusetzen. Wenn Sie bedenken, daß die CDU mit 9 Sitzen eingezogen ist und nach den letzten Bundestagswahlen hätte mit 30 Sitzen einziehen können?![67] Alles durch den Sog *Adenauers*. Ich glaube nicht, daß es zu einer Blockbildung kommt, weil sich eine solche nicht günstig auswirkt. Wir werden also mit getrennten Parteien in den Wahlkampf ziehen.

SCHWENNICKE: Berlin wird am 5. Dezember wählen, also die letzten Wahlen dieses Jahres. Das Wahlgesetz steht in den nächsten Wochen zum Verabschieden. Wir bemühen uns aufrichtig, das Verhältniswahlrecht durchzusetzen, obwohl nicht wenige Kreise der CDU auf ein gemischtes Wahlrecht ausgehen.[68]

Es besteht alle Hoffnung, daß es bei dem Verhältniswahlrecht in Berlin bleibt und weder das Mischwahlrecht noch das Mehrheitswahlrecht in Betracht kommt. Auf der anderen Seite werden sich in Berlin erhebliche Tendenzen zur Zersplitterung zeigen, die zur Stärkung der SPD beitragen werden. Außer uns und der CDU sind noch die Parteien BHE, Konservative Partei, Republikanische Partei, andere soziale Gruppen. Diesen werden alle auftreten. Wir haben die 5 %-Minderheitsklausel drin. Aber durch diese Vielzahl der Parteien besteht die Gefahr, daß mindestens acht oder zehn Mandate zersplittert werden und der SPD zugute kommen. Wir haben nicht die Absicht, Wahlabreden mit irgendeiner Gruppe zu machen, sondern sind der Meinung, wir sollten diesen Wahlkampf für uns führen, auch auf die Gefahr hin, daß die CDU aus naheliegenden Gründen Verbindungen mit einzelnen der anderen Gruppen eingehen sollte.

---

66 Vgl. ebd., S. 123 und S. 132.

67 In den Wahlen in Bremen im Oktober 1951 hatte die CDU mit 9 % der Stimmen 9 Mandate errungen. In der Bundestagswahl 1953 hatte sie ihren Stimmenanteil in Bremen auf 24,8 % erhöht. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 90 und S. 141.

68 Bis 1954 galt ein reines Verhältniswahlrecht, ab 1958 ein personalisiertes Verhältniswahlrecht. Hierzu und den sonstigen Bestimmungen G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 135.

Der endgültige Stand der Dinge wird sich aber erst in einigen Wochen sagen lassen.

Dr. DEHLER: In Bayern ist die Situation nicht ganz einfach. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, vor vier Jahren eine Koalition mit der CSU und Bayernpartei zu machen.[69]

Ich habe mal mit *Schäffer* verhandelt, der davon träumt, bayerischer Ministerpräsident zu werden, wenn nicht er sofort, dann *Seidel.* Wir müssen die Dinge in Bayern sehr überlegen. Es hängt nicht von einer Entscheidung des Vorstandes ab, während Hessen und Schleswig-Holstein von uns entschieden werden können.

Zunächst können wir aber vielleicht mal über Hessen sprechen.

RADEMACHER: Welche Gefahren bestehen nach den Landeswahlgesetzen, daß die CDU Herrn *Adenauer* als Spitzenkandidat aufstellt?

Dr. DEHLER: in Bayern nicht.

Dr. MIDDELHAUVE: In Nordrhein-Westfalen hat es keine Bedeutung.

Problem Hessen: Ich verstehe, daß *Euler* bemüht ist, durch das Zustandekommen des Wahlgesetzes den einseitigen Vorteil der SPD zu beseitigen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind es in erster Linie taktische Überlegungen, die Sie veranlassen, diesen sogenannten Wahlblock oder Hessen-Block zu bilden, ohne damit eine Verpflichtung einzugehen. Ich sehe aber darin doch eine gewisse Gefahr, Herr *Euler,* nämlich, daß man dann wieder immer stärker die FDP letzten Endes aus dem Blickfeld verschwinden läßt. Ich verstehe, daß in Hamburg der Hamburg-Block gebildet wurde.[70] Da waren aber drei Parteien; das ist aber anders, als wenn es zwei Parteien tun. Ich fürchte, daß sich dies in der Optik schlecht auswirkt, auch über Hessen hinaus, weil die CDU bewußt immer sagt: Wir müssen und wollen auf den Stand des Zweiparteiensystems hinauskommen. Wir müssen die CDU als die bürgerliche Partei proklamieren, und deshalb habe ich ehrliche Bedenken gegen Ihre an sich begreifliche Absicht.

FRÜHWALD: eine Vorbemerkung, Herr bayerischer Vorsitzender! Ich glaube, wir sind diesem Kreise eins schuldig, nämlich festzustellen, daß man die bayerische Politik nicht von Bonn aus beurteilen kann. Das kann man von hier aus nicht verstehen. Wenn man begreifen will, muß man in München dabei sein. Nun zum Problem Hessen, Herr *Euler.* Sie wissen, auf mich wirkt diese Frage wie ein rotes Tuch aufgrund meiner Erfahrungen aus den Jahren 1930 bis 1933. In dem Moment, wo irgendeine Partei anfängt zu sammeln, in diesem Moment wird sie vom Wähler als Bettler behandelt. In dem Augenblick, wo man in Hessen versucht, irgendwie zu sammeln, auch mit der dort landläufigen Parole gegen die Vorherrschaft der SPD, hat die SPD in Hessen noch ein Plus. Und

69 Regierungsbildung Ende 1950, die zu einer Koalition aus CSU, SPD und dem BHE führte. E. DEUERLEIN/W. D. GRUNER, 1974, S. 624.

70 Gebildet am 28. 9. 1953 aus CDU, FDP und DP. Siehe Ute SCHMIDT, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, in: R. STÖSS, 1983, S. 567 f.

in bezug auf das Wahlgesetz werden sie sagen: Ihr habt doch mitgemacht, daß es zustande kam.

Auf mich persönlich wirkt der Verzicht auf die eigene Firma bei einer Wahl wie ein rotes Tuch, da habe ich sofort alle Hoffnung verloren, denn man muß sein Gesicht zeigen, man muß sein Gesicht wahren. Man setzt sich nicht eine Larve auf, wenn man diese Möglichkeit hat. Das heißt für den politisch denkenden Menschen, sich einzugliedern in die Partei der Nichtwähler. Wenn es geschieht, dann kann man sagen: aber nicht unter Verzicht auf die eigene Firma, auf eigene Parolen! Das ist notwendig, wenn wir unsere politische Linie so entwickeln wollen, wenn in den nächsten Wahlen der Begriff FDP nicht mehr gleichzusetzen sein soll dem Begriff *Adenauer*. Das müssen wir bei den Landtagswahlen sehr genau beachten.

Wenn wir in Nordrhein, in Schleswig, in Bayern und in Hessen überall andere Landtagswahlen machen, wenn wir in dem einen Land unter Hessen-Block auftreten und im anderen Land wieder unter einem anderen Block, dann erklärt uns die CSU in Bayern: Ihr seid keine Partei als solche, man kann Euch politisch nicht ernst nehmen; in einem Teil Deutschlands geht Ihr mit uns, im anderen stellt Ihr Euch gegen uns. Ich habe vor einer solchen Entwicklung einen heillosen Respekt, und ich weiß gar nicht, ob ich unter solchen Verhältnissen mitmache.

Weyer: Ich habe Verständnis für taktische Erwägungen wie von *Leverenz*, wenn bestimmte Klauseln bestehen und man in Schwierigkeiten geraten könnte. Ich habe auch Verständnis für Erwägungen, indem man sagt, wir können mit Hilfe einer Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft, der Deutschen Partei und FDP einen erheblichen Prozentsatz der Wähler vereinigen. Aber ich habe kein Verständnis für eine Blockbildung mit der größeren Partei, der CDU. Die CDU ist bemüht, uns schnellstens zum Verschwinden zu bringen. Das deutet doch auch darauf hin, daß wir alle den Willen haben, uns schärfer von der CDU zu distanzieren.

Wenn wir in Landesverbänden wie in Hessen, mit 20 % Anteil ein Wahlbündnis mit einer gleichstarken CDU eingehen, so kann das in Hessen die von *Euler* beabsichtigte Wirkung haben, aber in anderen Landesverbänden wird es verheerend sein.

Wir haben auch eben durch Dr. *Middelhauve* die Erklärung abgegeben. Ja, meine Damen und Herren, bei uns sind auch Überlegungen mit dem BHE, auch eine Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die CDU hat die absolute Chance, 51 % zu bekommen aufgrund des Wahlgesetzes. Jede Zersplitterung in Nordrhein-Westfalen könnte dazu dienen, daß die CDU 51 % bekommt, also 50 bis 55 Sitze (prozentmäßig gesehen) im Landtag. Eine Überlegung mit dem BHE wäre möglich, aber wir haben sie dennoch abgelehnt, weil wir keine Vermischung wollen. Wir werden die große Bereitschaft des BHE ablehnen müssen. Wir können als große Partei erwarten, daß diese anderen bürgerlichen Parteien Staatspolitik betreiben. Ich möchte auch warnen vor Bündnissen mit der Deutschen Partei in Blockbildung, es sei denn, daß die DP sich bereit erklärt, in irgendeiner Relation auf unseren Listen zu kandidieren.

Sie ist eine Partei, die sich m. E. höchstens noch drei, vier Jahre hält. Wir sollten wirklich stark genug sein, daß wir unseren Weg stur und starr alleine gehen.

EULER: Wenn unsere Partei irgendwo stark ist, so daß sie allein gehen kann, dann in Hessen. Wenn wir uns entschlossen haben zu einem Block, dann deshalb, weil wir uns andernfalls den großen Schaden tun, und wir verhalten uns unzweckmäßig und fügen uns in weiten Kreisen unserer Wähler Schaden zu. Daher die Einmütigkeit von den Kreisverbänden bis hinauf zum Landesvorstand. Das muß der Bundesvorstand auch wissen. Bei diesem Mißverhältnis, bei den Kosten für den Wahlkreissitz und einem Landeslistensitz – und wir haben 1 135 000 Wähler –; wir behaupten, daß es Harakiri der bürgerlichen Parteien wäre, wenn sie in Konkurrenz zueinander in den Wahlkampf gingen. Es ist heute in Hessen genauso wie vor der Hamburg-Wahl. Ohne Block hätte die nicht stattzufinden brauchen. Wir haben großen Wert auf die Darstellung gelegt, daß der Block für uns einstweilen ein Mittel ist, um die SPD zur Vernunft zu bringen. Sie ist allein in der Lage, es abzuändern; ob sie es tun wird, steht noch dahin. Ihre bisherigen Vorschläge laufen darauf hinaus, daß sie Veränderungen vornehmen will, daß sie 80 % von dem erhalten will, was sie jetzt hat. Wir sind der Ansicht, machen wir – also CDU und FDP – den Block nicht, dann wird die SPD mit der Änderung des Wahlrechtes nicht kommen. Wir haben da schon Beweise. Jedesmal, wenn etwas zutage tritt, das darauf schließen läßt, daß die Blockbildungsmöglichkeiten größer werden, ist die SPD zu Gesprächen bereit, die sie vorher nicht führen wollte. Ich sagte vorhin schon, daß wir viel lieber den Wahlkampf so führen würden, daß wir unter unserem eigenen Namen auftreten. Gelingt es aber nicht, die Veränderung des Wahlrechts durchzusetzen, dann gibt es nur eine Antwort. Die CDU weiß, daß wir für die Landtagswahlen viel stärker sind, und sie ist auch bereit, einen großen *Adenauer*-Rabatt zu gewähren. Wir bekommen also ein weit günstigeres Verhältnis, als nach den Bundestagswahlen anzunehmen war.

Und das müssen sich nun auch unsere anderen Landesverbände sagen lassen, daß es sich in Hessen nicht darum handelt, daß ein Großer mit einem sehr Kleinen einen Wahlblock schließt oder aber sich „einsammeln" läßt, daß vielmehr hier zwei gleich Große einen Block schließen. Schwer wäre es, getrennt zu marschieren und bei der Landtagswahl die CDU zu überrunden. Das ist vorläufig noch ein Traum, aber es liegt in der Linie, wenn der Block auch als Abwehrposition gewählt werden muß. Es handelt sich nicht darum, daß eine große Partei eine kleine Partei kassiert, es handelt sich darum, daß zwei gleichstarke Parteien zusammen auftreten. Es wäre eine große politische Torheit, wenn wir uns anders verhalten würden. Der Erfolg wird uns Recht geben.

RADEMACHER: Ich möchte aus der Erfahrung des Wahlblocks sagen, daß es doch ebenso gilt für Hamburg, Schleswig-Holstein wie für Hessen.

Wir haben ja in Hamburg das politische Ziel erreicht; aber unter welchen beschwerlichen Opfern? Es gibt keine selbständige FDP-Fraktion. Die SPD wiederholt immer wieder in Hamburg die Parole: Ihr seid keine selbständige Partei, als Wahlblock seid Ihr der Zusammenschluß von drei Parteien, von dem

von jedem noch ein selbständiger Landesverband in Hamburg besteht, daß wir also als selbständige FDP-Fraktion überhaupt nicht mehr in Erscheinung treten. Auf das Wunder, auf welches ich warte – daß die SPD mutmaßlich spätestens ein Jahr vor den Neuwahlen mit dem Verhältniswahlrecht kommt.

Wo irgendeine Möglichkeit besteht, würde ich vorschlagen, lieber zu Wahlvereinbarungen als zu einem Wahlblock zu kommen.

HAUSSMANN: Baden-Württemberg hat erst im übernächsten Jahr Wahlen, aber *Hedergott* hat recht, man muß diese Dinge zeitig vorbereiten. Ich stimme *Frühwald* zu, man sollte eine Möglichkeit suchen, daß wir nicht zu sehr auseinanderfallen in den einzelnen Ländern und unsere Parei als solche wieder sichtbar wird. Im übrigen auch eine möglichst einheitliche Linie der Gesamtpartei.

Ich möchte, daß es möglich ist, daß hier eine Situation geschaffen wird, die uns unseren Zielen näher bringt. Ich schließe mich auch den Bedenken an, die von verschiedenen Seiten zu den Ausführungen unseres Freundes *Euler* zum Ausdruck gekommen sind.

HEDERGOTT: Ich habe vorhin schon auf den Zeitfaktor hingewiesen. Wir müssen frühzeitig den Weg wissen. Wir haben der SPD gesagt, wir sind nicht interessiert, daß die Dinge vor der Wahl gelöst werden. Aber die Festlegung muß doch vorher erfolgen. Alles drängt nun in Hessen auf diese Partei. Nun ändert die SPD kurz vor Toresschluß im letzten Moment das Wahlrecht und bringt den Proporz heraus. Da kommt man in Teufels Küche. Ich muß Ihnen sagen, bei uns in Niedersachsen ist es so: Wenn wir heute den Leuten sagen würden, CDU/FDP bilden einen Niedersachsen-Block, und wir würden das dann noch ein viertel Jahr vorher tun, so wäre das katastrophal. Wir sind alle für die Beseitigung des *Adenauer*-Soges. Ich nehme auch an, daß in Hessen mit dem Druck nicht viel gemacht werden kann.

FRÜHWALD: eine Frage: Scheidet mit dem Hessen-Block dann jede weitere Möglichkeit, daß irgendein anderer Wahlvorschlag in Erscheinung tritt, faktisch aus? Ist das dann total ausgeschlossen?

LEVERENZ: Als wir diese Sache vor einigen Monaten auf die Tagesordnung brachten aus meiner Besorgnis heraus, wie die Hamburger Frage auf uns abfärben wird, mußte ich dauernd hören, wir verstehen das nicht. Daher ist es wichtig, daß wir bundeseinheitlich diese Frage durchexerzieren. Wir können uns einen Erfolg in einem Landesverband auf Kosten des anderen Landesverbandes nicht leisten. Haben Sie sich eines überlegt, Herr *Euler?* Die CDU kämpft für das Zweiparteiensystem. Sie können das Mehrheitswahlrecht doch bekommen gegen das Verhältniswahlrecht. Wenn die CDU es jetzt anders will, dann ist sie sich selbst untreu. Wer sagt Ihnen denn, daß sie nicht im nächsten Landtag schon ein anderes Wahlrecht macht?

Die große Besorgnis wegen einer fehlenden Fraktion hat *Rademacher* schon hervorgehoben. Bei uns im Lande hat uns die CDU vorexerziert, daß es keine politische Moral gibt; denken Sie an den Übertritt der DP- und FDP-Abgeordneten.

Dr. LÜDERS: Der Kollege *Hedergott* hat auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich ergeben könnten. Mir scheint das eine moralische Konsequenz zu sein. Das werden doch diese Leute gemerkt haben, daß das ein Schwindelmanöver ist, was man machen wollte.

Frühwald hat schon hingewiesen auf seine Erfahrung. Ich kann nur sagen, was von Hessen ausgeführt worden ist, erinnert mich sehr stark an Manipulationen, die seinerzeit in der DP geführt worden sind.

EULER: Ich habe noch einiges zu bemerken zu den Gesichtspunkten, die von einigen Kollegen vorgetragen worden sind.

Zunächst zu den Ausführungen von *Hedergott:* Sie dürfen überzeugt sein, was die Frage des Wahlrechts und Blocks anbelangt, daß ich der hessischen SPD gesagt habe, wie die Problematik steht. Ich habe anschließend an die Bundestagswahl ein Gespräch mit der SPD gehabt und auch gemerkt, wie unangenehm die Wahlblockbildung ist. Man sagte, es läge auch im Interesse der SPD, nun auf der Basis eines anderen Wahlrechts, eines fairen Wahlrechts, das nicht eine Partei unverhältnismäßig begünstige, zu einem offenen Wahlkampf zu kommen. Die SPD ist von uns angesprochen worden, frühzeitig, zu einem Zeitpunkt, als die Blockbildung wohl als Möglichkeit aufgegriffen wurde, aber nicht als greifbare Realität vorhanden war. Wir haben in Hessen eine echte Volksbewegung, die dem Ziele dient, den politischen Umschwung in Hessen sicherzustellen, nicht nur getragen von uns, der CDU, sondern von den Verbänden des Mittelstandsblocks im weitesten Sinne, also auch von Soldatenverbänden, Kulturorganisationen usw. Es ist eine wirklich breite Front, die dem Ziele dient, eine wirkliche Umkehr mit Sicherheit in Hessen herbeizuführen.

Ändert also die SPD ihr Wahlrecht nicht, dann machen wir den Block als Mittel zur Erreichung des politischen Zieles in Hessen. Aber das Verhältniswahlrecht ist uns das Liebste. Wir haben das auch geäußert und offen erklärt; sonst machen wir den Block. Daß der politische Sieg, der dabei herauskäme, ein Pyrrhussieg wäre, kann man nicht sagen. Wir sind diejenigen, die zuletzt die Landtagswahlen haben; und wenn z. B. die Wahlen in Bayern gut ausfallen sollen, dann sind wir daran interessiert, vorher bei uns gut durchzukommen.

FRÜHWALD: Besteht die Möglichkeit, daß beide Wahlen am gleichen Tage sind?

EULER: Nein, und den Landesverbänden, die dieses Jahr wählen, können wir mit einem Block nicht schaden. Im übrigen gibt es keine günstigere Situation, als wenn wir bei dem 50:50-Abkommen zum Tragen kämen. Wir könnten zufrieden sein, wenn das in allen Landesverbänden so erwartet werden könnte. Auch die Erwägung greift nicht Platz, daß man befürchten müßte, dann im neuen Landtag mit einem Mehrheitswahlrecht überrascht zu werden. Die CDU kann nicht einen Positionswechsel vornehmen. Im übrigen muß ich sagen, daß bei der Diskussion der Frage in unseren hessischen Gremien allerhand Einwendungen vorgebracht wurden, und zum Schluß sind wir doch zu einer Einmütigkeit gekommen in der Erkenntnis der Mittel und Wege, die begangen werden müssen. Wie ein eiserner Block steht Hessen da zusammen.

KESSLER: Mir ist der 50:50-Block nicht ganz klar. Sind die Abgeordneten dann Abgeordnete des Hessen-Blocks und nicht der FDP?

DEHLER: Wir reden etwas viel über eine an sich einfache Frage. Ohne Block wird dieses Wahlrecht niemals beseitigt.

In Hamburg hat man sich zusammengeschlossen auch in dem Bewußtsein, einen bitteren Weg zu gehen. Die Frage ist: Soll man das Hessen konzedieren oder nicht? Daß Rückwirkungen kommen, ist zweifellos, und man muß sich fragen: Was ist wichtiger? Ich habe heute eine Verhandlung gehabt mit *Euler* und dem CDU-Vorsitzenden von Hessen. Es sind da große Schwierigkeiten, Verständigung über die kulturpolitischen Fragen z. B.

WEYER: Zustimmung zur Konfessionsschule?

EULER: nein!

WEYER: Wir geben uns im Endergebnis selbst auf.

LÜDERS: Was soll denn konzediert werden?

DEHLER: In der hessischen Verfassung ist die Konfessionsfrage geklärt, bedarf aber eines Ausführungsgesetzes.[71]

EULER: Wir machen keine Zugeständnisse in der Konfessionsschule.

DEHLER: Ich halte es für richtig, daß *Euler* so taktiert; der Block ist eine politische Notwendigkeit, und ich will auch von mir aus versuchen einzugreifen, daß das Wahlrecht geändert wird, denn dann brauchen wir keinen Block.

MIDDELHAUVE: Wenn das Wahlgesetz durch dieses Druckmittel geändert ist, besteht ja doch Möglichkeit als FDP in den Wahlkampf zu gehen.

Dürfen wir damit rechnen, Herr *Euler,* daß, wenn das allgemeine Druckmittel, Hessen-Block, erreicht ist, daß Sie dann doch als FDP in den Wahlkampf gehen?

EULER: Ich habe es nicht als die Möglichkeit herausgestellt. Ich habe gesagt, daß dies das erste Ziel ist, das wir anstreben, daß wir der SPD Beine machen wollen zur Änderung des Wahlrechts. Ein Mißverständnis kann es da doch nicht geben.

Dr. DEHLER: Immerhin sind ausreichend begründete Hemmungen hervorgetreten, die nicht von der Hand zu bringen sind. Insgesamt halte ich die Blockbildung (Taktik *Eulers*) für richtig. Beseitigung hierdurch in bezug des Wahlgesetzes [sic!].

RADEMACHER: Es wäre wirklich gut, wenn das Verhältniswahlrecht im Landtag eingebracht würde.

EULER: Das Wahlrecht wird zur Zeit im hessischen Landtag (Hauptausschuß) behandelt. Es finden interfraktionelle Verhandlungen statt des hessischen

---

71 Art. 56 Abs. 2 der hessischen Verfassung bestimmte „die hessischen Schulen als Gemeinschaftsschulen christlicher Prägung". Versuche von kirchlicher Seite, mit Hilfe dieses Artikels Bekenntnisschulen einzurichten, scheiterten allesamt. Walter SCHULZE, Das Bildungskonzept der hesssichen Verfassung und seine Verwirklichung im Schulwesen und in der Lehrerbildung, in: 30 Jahre hessische Verfassung, Anm. 48, S. 231 f.

Landtags, und zwar nicht nur zu der Regierungspartei und einer der Oppositionsparteien, sondern allgemein. Trotzdem kommt die SPD nicht von sich aus mit dem Zugeständnis. Der ausgearbeitete Vorschlag im Hauptausschuß wird Grundlage für die zweite und dritte Lesung sein.

Dr. DEHLER: Schleswig-Holstein: Ich kann es nicht als Vorteil werten, wenn die FDP in einem Sammelsurium untergeht. Es ist ein Wahlkampf, in dem wir nicht unsere Fahne zeigen, wenn es nicht so ist, wie man es möchte. Ich glaube nicht, daß diese Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft eine Garantie für uns bietet, wie sie es dargestellt hat. Besteht jedoch die Möglichkeit, daß diese Gemeinschaft zerbricht, dann werden viele zu Ihnen finden.

EULER: Ich weiß nicht recht, ob in Schleswig-Holstein nicht doch die Wahlblockbildung das Richtige wäre. Ich bin bisher immer in Versammlungen in Schleswig-Holstein gewesen und weiß, daß aufgrund der von *Oellers* geschaffenen Situation Schwierigkeiten da waren (Flüchtlingspartei vor dem BHE). Alle jetzt beim BHE maßgebenden Leute waren früher in der FDP. Wir sind bis heute nicht in der Breite des Landes verankert.

SCHÄFER: Das stimmt nicht.

EULER: Doch, *Oellers* und auch *Kraft* haben es mir gesagt. Wenn wir als 4. Partei in den Wahlkampf eintreten, hätten wir vielleicht Möglichkeiten, auf Kosten der CDU Boden zu gewinnen. Ich könnte mir denken, daß wir da Chancen hätten, die wir uns sonst abschneiden. Das ist eine Betrachtung, die unverbindlich ist, da ich Ihren Landesverband nicht so gut kenne, Herr *Leverenz,* wie Sie selbst.

Dr. LEVERENZ: Ihre Bedenken, daß wir nicht mehr als FDP erscheinen, verstehe ich nicht, denn wir würden ja immer mit dem Zusatz FDP auftreten, sei es Schleswig-Holstein-Block/FDP oder umgekehrt, wie Sie es wollen.

Bedenken im Landtag würden nicht bestehen. Wir hätten hier auch für den nächsten Bundestagswahlkampf die größte Unterstützung.

Dr. EHRICH: Wenn Sie eine Verfassung hätten wie Bremen, dann brauchten Sie sich über das Wahlrecht nicht zu unterhalten.

WEYER: Es ist immer schwer, sich in die Lage eines anderen Landesverbandes zu versetzen. In jedem Landesverband werden wir andere Gegebenheiten haben.

Dr. LEVERENZ: Ich darf nochmals darauf hinweisen, wie schwierig die Situation bei uns ist. Seit ca. fünf oder sechs Wochen vergeht nicht eine Woche, wo nicht zumindest ein Prominenter der CDU-Bundespartei in Schleswig-Holstein ihre Wahlreise machen, wir haben aber dagegen nichts zu bieten.

Ich habe zu meinem außerordentlichen Bedauern feststellen müssen, daß ich *Preusker* heute wieder nicht sprechen kann. Jedes Mal, wenn ich hier war, wurde daraus nichts. Er sagte dann immer, rufen Sie mich mal an, ich habe jetzt keine Zeit. Auch jetzt bin ich wieder in der Hoffnung hergekommen, heute oder morgen mit *Preusker* zu sprechen, aber aus der Sache wird wieder nichts. Von sechs Tagen bin ich vier Tage nicht in meiner Praxis, aber dies hat auch irgendwo seine Grenze.

Dr. DEHLER: Er kommt selten in die Fraktion.

EULER: Herr Dr. *Leverenz,* ich werde mit *Preusker* sprechen.

Dr. LEVERENZ: Ich brauche die Minster der Bundespartei und Ihre Unterstützung, Herr *Dehler,* für ein Gespräch mit *Lübke,* das in der Presse angekündigt war. Ich halte es für notwendig, wenn es geschehen soll, daß es sofort geschieht.

Bezüglich *Lübke* hatte ich angeregt, über einen Mittelsmann, an einem Abend, wo *Preusker* da ist, ein Abendessen in meiner Wohnung und angeregt, daß *Lübke* hieran teilnehmen sollte. Nun will *Lübke* es umdrehen, er wolle *Preusker* zu sich einladen. Er könne mich aber nicht über den Kopf eines Ministers einladen.

Dr. DEHLER: Wollen wir unserem Freund *Leverenz* nicht die Unterstützung gewähren? Wir wollen doch *Leverenz* einen Rat geben.

MIDDELHAUVE: Ich verstehe, wenn Sie sagen, gut, wenn uns das weiterhelfen kann, dann wollen wir diesen Schleswig-Holstein-Block bilden; ich verstehe aber auch Ihr Unbehagen dabei. Da Sie mit der CDU Wahlvereinbarungen durch Wahlkreisaufteilungen treffen wollen, sind Sie dann im Wahlkampf stark behindert. Sie können die Schärfe nicht mehr zeigen, und ich glaube, wenn sich die FDP erholen will, kann sie es nur durch eine scharfe Distanzierung tun. Es ist schwer, die Verhältnisse von hier aus zu beurteilen, und mein Rat wäre, nicht mit der CDU in irgend welche nähere Liaison. Eine Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft könnte ich noch eher verstehen, aber in der Wahlliste deutlich [die] FDP hervortreten lassen.

DEHLER: In Holstein wird die CDU anders sein als in Bayern die CSU. Die Gegnerschaft ist dort – abgesehen von der Person *Lübke* – nicht so scharf wie bei uns im Süden.

LEVERENZ: Sie ist vielleicht deshalb schärfer, weil man stur auf das Zweiparteiensystem hinaus will.

Ursprünglich wurde gegründet die demokratische Partei durch Herrn *Steltzer,* der sich Demokrat nannte. Dann plötzlich schwenkte er ein zur CDU, und dann hat die FDP dort begonnen.[72] Dann ist versucht worden, die Sache auszustreichen, als *Oellers* diesen für die letzte Landtagswahl ungünstigen Wahlblock machte: Er hat sich nicht bewährt. Es blieb eine selbständige Fraktion übrig. Jetzt soll die FDP allein gehen. Mit einer eigenen Fahne gehen ist wunderschön. Man muß sich aber überlegen, worauf es bei der Wahl ankommt: Das ist, daß man zunächst sich in die Lage versetzt, eine Landtagsfraktion zu bilden, nach der sie ein paar anständige Fahnenträger hat. Wenn ich auf Umwegen eine bessere Position machen kann, dann tue ich das; das ist eine Erwägung, die anzustellen ist. Damit ich eine Fraktion erhalte, mache ich einen Wahlblock da, wo diese Chance besteht.

---

72 Knappe Darstellung der Gründungsgeschichte in: Dieter HEIN, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985, S. 98 ff.

WEYER: Glauben Sie, Herr *Leverenz,* daß Sie die Prozente schaffen, wenn Sie allein in den Wahlkampf gehen?

LEVERENZ: Wenn wir zwischen die Mühle kommen, weiß ich es nicht.

WEYER: Wie stark schätzen Sie die Wählervereinigung?

SCHÄFER: ein halbes Mandat.

LEVERENZ: nein, mehr.

WEYER: Würden Sie mit der DP, Wählervereinigung und FDP jede Hürde überspringen?

LEVERENZ: Das Positive wäre, daß das unsere Leute sind, die vorher für die Wählergemeinschaft kandidierten.

DEHLER: Ist eine Verständigung mit der CDU die größere Chance?

LEVERENZ: Das wäre vielleicht die beste Lösung.

MIDDELHAUVE: Wird man Ihnen nicht übelnehmen, daß Sie eine Wahlvereinbarung mit dem Manne treffen, der damals unseren Minister so schändlich behandelt hat?[73]

RADEMACHER: Sie haben doch bei der Bundestagswahl tatsächlich mit der CDU verhandelt. Man hat Sie dann so lange hingehalten, bis Sie keine Chance mehr hatten, und in diese Situation kommen Sie auch diesmal hinein.

LEVERENZ: Deshalb mein Drängen; wir sollen keine Zeit verlieren.

WEYER: Es scheint doch gar kein anderer Weg mehr möglich zu sein, als Zusammengehen von DP, FDP und Wählervereinigung.

LEVERENZ: Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft hat eine klare Frontstellung gegen die CDU, das hat zu den Bundestagswahlen niemand für möglich gehalten, und das ist etwas Positives. *Christiansen,* der ungekrönte König bei uns, der sich kraß für die CDU eingesetzt hat, der kam neulich zu mir und sagte: „Ich sehe ein, welche Fehler gemacht wurden; die Vorherrschaft der CDU ist unerträglich!"

LÜDERS: Der arme *Leverenz* sitzt mit seinen Sorgen in Schleswig-Holstein vollkommen allein da, und es nützt ihm nichts, wenn wir ihm Ratschläge geben. Notwendig ist, daß jeder von uns bereit ist, hinauf zu kommen und Versammlungen abzuhalten.

DEHLER: Wir wollen diesen Appell aufnehmen und Schleswig-Holstein unterstützen, wo wir nur können.

LEVERENZ: Der Wahlblock würde also von Ihnen nicht mißbilligt werden?

MIDDELHAUVE: Das ist ein Rechenexempel.

LEVERENZ: Fassen Sie doch den Beschluß, daß Sie dringend abraten von einem Zusammengehen mit der CDU, bzw. daß wir die andere Sache versuchen.[74]

---

73 Anspielung auf die Entlassung von Wirtschaftsminister Hermann *Andersen* (FDP) durch Ministerpräsident *Lübke* (CDU) am 4. 1. 1952. fdk, 2. Jg., Nr. 94 vom 8. 1. 1952.

74 In den Landtagswahlen am 12. 9. 1954 kandidierte die FDP mit einer eigenen Liste und errang 7,5 % der Stimmen bzw. 5 Mandate. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 138.

[VERSCHIEDENES]

ILK: Es hat sich bei der Abstimmung über die Wehrfrage[75] folgendes zugetragen:

Am selben Tag, als *Adenauer* hier war[76], bzw. am nächsten Tag ist Gegenstand des Gesprächs gewesen, daß in Industriekreisen und in Fördergesellschaftskreisen darüber gesprochen wurde, daß die Abgeordneten aus diesen Wahlkreisen nicht Order pariert haben. Es betraf auch mich. *Wellhausen* weiß es. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer und des Industrieverbandes wollte mich auf Vordermann bringen. Es ging nicht nur mir so, auch *Margulies* wurde angerufen, und es hieß z. B.: „Hören Sie, Sie wagen es, sich anders zu verhalten!" Es hat sich zwar herausgestellt, daß nicht *Globke* angerufen hatte; ein Herr *Weisner* – oder ähnlich war der Name – soll es gewesen sein.

Wenn das so weitergeht, kommen wir in ein Abhängigkeitsverhältnis, das nicht mehr tragbar ist. Ich finde das unerhört, und es kommt das heraus, was *Schäfer* schon vor einem Jahr gesagt hat.[77]

DEHLER: Ich bitte um genaue Angaben, wer angerufen hat und wer angerufen worden ist. Ich werde dann der Sache nachgehen. Frau Dr. *Ilk*, stellen Sie fest, wer angerufen hat und wer angerufen worden ist.

Es liegt ein Programm zur Neuregelung der [rechtlichen und wirtschaftlichen Stellung der Jungakademiker[78] vor].

Es werden bstimmt: *Blücher, Mende,* Dr. *Schäfer.*

Zustimmung.

Dr. HAUSSMANN: Ich möchte noch geklärt haben, daß wir *Leverenz* die größtmöglichste Unterstützung gewähren.

Dr. LÜDERS: Die SPD macht ihren Parteitag in Berlin.[79]

Dr. DEHLER: Wir sind des guten Willens, den schwachen Landesverbänden zu helfen.

Ich darf dann mit Dank diese Sitzung schließen.

---

75 Verabschiedung des Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes im Bundestag am 26. 2. 1954, BT STEN. BER., Bd. 18, S. 552 B–S. 583 A.

76 Besuche *Adenauers* in der FDP-Bundestagsfraktion hatte es am 24. 2. um 18.00 Uhr und am 25. 2. 1954 um 20.30 Uhr zu einem „Bierabend" gegeben. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Terminkalender Adenauers. Hinweis hierauf mit ähnlichen Feststellungen wie die folgenden von Herta *Ilk* in: *Becker* an den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion vom 17. 3. 1954, ADL, N 1-3414 (NL Dehler).

77 Zur Kritik *Schäfers* an der Parteifinanzierung durch die Fördergesellschaften insbesondere FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 39, S. 1277.

78 Ergänzung aufgrund der Tagesordnung.

79 20.–24. 7. 1954. AdG 1954, S. 4642 D.

2.

17. 5. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Montag, dem 17. Mai 1954, in Bonn, Bundeshaus." 11.20 Uhr–19.10 Uhr.

Teilnehmer: Borttscheller, Dehler, Frühwald, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leverenz, Luchtenberg, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Pfleiderer, Richter, Schwennicke, Strömer, [Ungeheuer, Weirauch], Wellhausen, Wendt, Weyer, Will.

[PRÄLIMINARIEN]

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Vorstand auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, die bisherige Bestimmung, über die Vorstandssitzungen Wortprotokoll zu führen, aufzuheben. Es soll in Zukunft nur noch ein Sinnprotokoll (Kurzprotokoll) hergestellt werden.

Herr Dr. DEHLER gibt dann weiter bekannt, daß der Herr Bundeskanzler die Bitte nach einer Besprechung in der Angelegenheit *„Pfleiderer"* geäußert habe. Die Frage ist, wann diese Besprechung stattfinden soll. Der Kanzler hat um die Einhaltung eines Termines um 11.30 Uhr gebeten.

Dr. MIDDELHAUVE erklärt, daß es sinnvoller wäre, erst Herrn Dr. *Pfleiderer* zu hören, eine kurze Diskussion über die Vorschläge von *Pfleiderer* stattfinden zu lassen und erst dann zum Herrn Bundeskanzler zu gehen.

Die Herren Dr. *Haußmann* und Dr. *Mende* stimmen dem Vorschlag von Herrn Dr. *Middelhauve* zu. Infolgedessen wird dem Herrn Bundeskanzler mitgeteilt, daß Herr Dr. *Dehler* mit einigen Herren des Vorstandes um 12.30 Uhr bei ihm sein werde.

Herr Dr. HAUSSMANN macht darauf aufmerksam, daß es bei der Wichtigkeit der zu erörternden Gegenstände unbedingt erforderlich sei, daß außer dem anwesenden Minister *Neumayer* auch die anderen Minister der FDP an dieser Sitzung teilnehmen sollten.

Herr Dr. DEHLER weist darauf hin, daß Herr Dr. *Schäfer* sich in einem Erholungsurlaub befände, Herr *Blücher* zu einer wichtigen Tagung nach Essen gefahren sei und Herr Dr. *Preusker* in Straßburg wäre.

Dr. *Dehler* gibt dann weiter bekannt, daß zu der Frage West-Ost-Problem eine schriftliche Erklärung von Herrn Dr. *Becker* vorliege, in der Herr Dr. *Becker* seinen Widerspruch gegen die von Herrn Dr. *Pfleiderer* vertretene Auf-

fassung erhoben habe.[1] Außerdem hat Herr Dr. *Schäfer* in einem längeren Schreiben seine Bedenken dargelegt.[2]

[REFERAT PFLEIDERERS ÜBER DIE AUSSENPOLITISCHE SITUATION MIT ANSCHLIESSENDER DISKUSSION]

Vortrag Dr. PFLEIDERER: Das Thema hat sich in letzter Zeit völlig verschoben. Zunächst stand eine rein diplomatische Frage zur Debatte, die sich inzwischen zu einer Pressepolemik entwickelt hat (clumsy butterfingers).[3] Der Ausgangspunkt *Pfleiderers* war seine Rede am 7. 4. 1954 im Plenum, wo er in seinem Schlußpassus darauf hinwies, daß innerhalb der diplomatischen Beziehungen der deutschen Bundesrepublik große Teile der Welt weiße Flecken hätten (Dr. *Pfleiderer* verliest diesen Passus[4]).

Die Fraktion hat sich zu dieser Rede sehr freundlich geäußert. Am Tage darauf erschien in der fdk ein Artikel darüber[5], der zwar in der Presse einen lebhaften, aber keinen übertriebenen Widerhall fand. In der Saardebatte[6] ist, nach Absprachen in der Fraktion, über den gesamten Komplex nichts gebracht worden.

Vertraulich teilt Dr. *Pfleiderer* mit, daß im Anschluß an seine Rede vom 7. 4. 1954 ihn *Hallstein* angesprochen habe und ihm, nach Absprache mit dem

---

1 8-seitiges Schreiben *Beckers* an *Dehler* vom 13. 5. 1954, ADL, N 1-3234 (NL Dehler). Darin Protest gegen die „konsequente, europaabgekehrte russophile Politik" *Pfleiderers*. Vgl. F. KLINGL, 1985, S. 223.

2 5-seitiges Schreiben *Schäfers* an *Dehler* vom 14. 5. 1954. ADL, N 1-2334 (NL Dehler). Darin der Ausdruck von Besorgnis gegenüber Äußerungen von *Pfleiderer* und *Dehler*, „die ein völliges Verlassen des bisherigen außenpolitischen Kurses der Partei bedeuten und Auffassungen vertreten, die ich für unser Volk als lebensgefährlich ansehen muß".

3 Einen Artikel mit dieser Überschrift oder diesem Zitat wurde nicht ermittelt. Kritische Reaktionen vor allem ausländischer Zeitungen zu den Vorstellungen *Pfleiderers* in den Presseberichten des Bundespresseamtes, so z. B. im Allgemeinen Morgenbericht vom 12. 4. und 20. 4. 1954 und im Informationsdienst Ausland weiß vom 17. 5. 1954. Dem Allgemeinen Morgenbericht vom 12. 4. 1954 zufolge hatten die „Basler Nachrichten" *Pfleiderers* Rede vom 7. 4. 1954 (Anm. 4.) „als peinlich und unzeitgemäß" bezeichnet, und der Informationsdienst vom 17. 5. 1954 hatte einen Artikel des Pariser „Combat" vom 14. 5. 1954 zitiert, in dem im Hinblick auf *Pfleiderers* Reisepläne nach Moskau – siehe Hinweis in Anm. 9 – gemutmaßt wurde, „daß sich eine deutsch-russische Politik, ein Pol der ständigen Alternative Deutschlands", abzeichne.

4 BT STEN. BER., Bd. 19, S. 818 A–823 B. Im Schlußpassus hatte *Pfleiderer* darauf hingewiesen, daß nach wie vor eine „rechte terra incognita der auswärtigen Politik" bestehe, da „die ganze Welt von Warschau, Prag, Budapest, Sofia, Bukarest über Moskau bis nach Peking im Fernen Osten" ausgespart bleibe, da hier diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik weder existierten noch vorgesehen seien. Nach *Pfleiderers* Worten war damit ein Problem angesprochen, das „zu den schwierigsten politischen Fragen unserer Außenpolitik" gehöre. Er fuhr dann fort: „Diese Fragen können wir hier und heute nicht behandeln, aber ich glaube, wir alle fühlen, daß sie unaufschiebbar sind. Unser deutsches Dasein hängt damit zusammen, und ich möchte wünschen [. . .], daß wir bis zu unseren nächsten Haushaltsberatungen hier einen Schritt weiter sind auf dem Wege zur Sicherheit, zur Einigkeit, zum Frieden für Deutschland und durch Deutschland für den Frieden der ganzen Welt."

5 fdk, 5. Jg., Nr. 23 vom 8. 4. 1954: „Deutsch-sowjetische Beziehungen?"

6 Anm. 29 und 30. 4. 1954. BT STEN. BER., Bd. 19, S. 1057 D–1140 D und S. 1147 C–1179 D. Kurze Übersicht in: AdG 1954, S. 4495 C.

Herrn Bundeskanzler, eine ganz private Reise nach Peking vorgeschlagen habe. Dr. *Pfleiderer* hat sich darüber zunächst mit seinen Freunden beraten und am 13. 4. 1954 unter außerordentlich schwierigen Umständen *Hallstein* aufgesucht, um ihm mitzuteilen, daß es ganz unmöglich sei, nach Peking zu gehen, ehe man nicht in Moskau war, da man sonst zwangsläufig in Spannungen einbezogen würde. Er habe vorgeschlagen, daß ein paar Abgeordnete, evtl. interfraktionell zusammengesetzt, nach Moskau reisen sollten, damit sich die Regierung als solche nicht zu engagieren braucht. *Hallstein* habe zugesagt, sich die Sache durch den Kopf gehen zu lassen. Seitdem sei aber nichts erfolgt. Alles, was geschehen ist, ist ohne Fühlungnahme mit Herrn Dr. *Pfleiderer* geschehen.

Inzwischen sei am 7. 5. 1954 in Hamburg die Äußerung des Kanzlers gefallen, daß er diplomatische Beziehungen zu dem Osten für möglich hielte.[7] Damit sei die Sache wieder hochgekommen. Bei einem zufälligen Zusammentreffen von *Dehler,* ihm und *Rapp,* habe *Rapp* die Dinge angesprochen. Er sei aber ausdrücklich von *Dehler* und ihm gebeten worden, nichts Großes daraus zu machen.

Was sein Verhältnis zu den Alliierten anbeträfe, so habe er schon am 1. 5. 1953 im State Department in Washington darauf hingewiesen, daß es unausweichlich sei, daß die Deutschen den Wunsch hätten, mit Rußland in Beziehungen bzw. in Verbindung zu kommen. Im September vorigen Jahres habe er in einer Nachtsitzung der Beratenden Versammlung des Europarates wieder diese Sache offen vorgebracht und habe auf die Notwendigkeit der deutschen Beziehungen zum Osten hingewiesen.[8] Außerdem habe er bei Einladungen zu alliierten Stellen, z. B. am 4. 2. 1954 und im März 1954, über diesen Komplex offen gesprochen.

Sein Ausgangspunkt sei weniger politisch als diplomatisch. „Wir können zu einem Staat wie Rußland nicht keine Beziehungen haben." Über den Zeitpunkt könne man sprechen, nicht aber über die Tatsache als solche. Diplomatische Verhandlungen seien immer ein Mittel des Friedens. Der Krieg habe auf allen Linien bankrott gemacht, und wir müßten zur Diplomatie zurück. Dieser Gedankengang sei einer der wesentlichsten Beweggründe seines Handelns gewesen.

Die Frage der Deutschen Demokratischen Republik sei nach wie vor eine innerpolitische und keine außenpolitische Frage. Keiner, weder im Westen noch im Osten, hat gewagt, das anzutasten. Wir können uns aber von Pankow unser Verhalten nicht vorschreiben lassen. Herr Dr. *Pfleiderer* weist in diesem

7 AdG 1954, S. 4511 B.

8 20. Sitzung am 22. 9. 1953. Hierin *Pfleiderer* wörtlich: „In the long run, this absence of contact between the German politicans and the occupying power on which the fate of our country principally depends [the USSR] becomes an impossible situation." COUNCIL OF EUROPE. CONSULTATIVE ASSEMBLY. Fifth ordinary session. Official Report of Debates. Vol. IV, S. 537.

Zusammenhang auf die Lage der nordischen Staaten hin, für die es sozusagen eine Existenzfrage bedeutet, mit Pankow Beziehungen aufzunehmen. Wir müßten uns aber sagen, daß die Grundbestimmungen der deutschen Politik nicht durch Pankow gestört werden könnten.

Im Augenblick seien kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen reif, was natürlich nicht ausschlösse, daß damit auch politische Fragen auftauchen, z. B. das Verhältnis zu den Satellitenstaaten (Revisionismus), das Verhältnis zu China usw.

Was die kulturellen Beziehungen anbeträfe, so müsse natürlich vorläufig Kunst- und Kulturaustausch ausgeschaltet bleiben, solange noch deutsche Kriegsgefangene drüben sind. Wichtig sei vor allem die Fühlungnahme durch das Deutsche Rote Kreuz, die kirchlichen Beziehungen und die Wirtschaft. England und Schweden haben sich sehr intensiv in das Ostgeschäft eingeschaltet und unsere Märkte gewonnen. Diese Lage müsse sehr aufmerksam beobachtet werden.

Also, sowohl im diplomatischen wie im kulturell-ökonomischen Bereich seien genügend Beziehungspunkte da. Die Frage sei nur, wieviel Politik man in diese Dinge stecken solle. Er stünde auf dem Standpunkt, daß man möglichst wenig Politik damit treiben solle. Ihm würde aber unterstellt, daß er die Politik der Bundesregierung um den Haufen werfen wolle.

Dr. *Pfleiderer* geht dann kurz auf die Vorwürfe, die ihm gemacht werden, ein, und zwar

1. er sei noch nicht lange genug in der FDP, und
2. er sei russophil eingestellt.

Er erklärt, daß er jeden ideologisch-gemeinsamen Brei ablehne, daß er trotz größter Verführungsversuche eine Vermischung mit *Heinemann, Wirth* usw. immer rigoros abgelehnt habe.

Bei uns hätte eine gefährliche Unterschätzung der Einwirkung des Ostens auf unsere Politik um sich gegriffen. „Man macht die Augen zu und läßt die Russen im dunkeln sitzen und glaubt, damit sei das Problem gelöst."

Gegenwirkungen werden mit Sicherheit kommen. Es sei eine Nachlässigkeit ohnegleichen, daß man sich darüber noch keine Gedanken gemacht habe.

Er hätte zu *Adenauer* immer gesagt: „Lassen Sie mich doch laufen! Wenn ich nichts nach Hause bringe, ist es mein Fehler, und wenn ich etwas nach Hause bringe, bringe ich es doch Ihnen."

Wir stehen mit vollkommen offener Flanke der östlichen Welt gegenüber, unter deren Herrschaft schließlich 17 000 000 Deutsche stehen. Was wäre aber, wenn die östliche Welt die Schraube anziehen würde? Hier lägen für uns und vor allem für die russisch besetzte Zone ganz große Gefahren.

Dies alles sei der Sinn seiner Rede am 7. 4. 1954 im Plenum gewesen. Durch die Erklärung des Kanzlers in Hamburg, die deshalb ein ungeheures Echo gehabt hätte, weil jeder spüre, daß hier etwas Wichtiges auf dem Spiele stehe, sei

das Unglück passiert. *Adenauer* würde sich selbst desavouieren, indem er ihn *(Pfleiderer)* preisgäbe.[9] Er wolle damit nur seine Weste bei den Alliierten wieder reinwaschen.

Sein Gedanke sei gewesen – aber das sei durch die Hamburger Erklärung des Kanzlers verdorben worden –, einen Antrag einzubringen, der die Prüfung der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Osten beinhalten sollte. Dieser Antrag wäre dann dem Ausschuß überwiesen worden, und man hätte so die Sache inhaltlich und zeitlich in der Hand gehabt. Jetzt sei dieser Weg wahrscheinlich nicht mehr zu gehen. *Adenauer* sei augenblicklich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Seine Politik zerönne ihm unter den Händen. Dazu käme, daß nach dem *Grotewohl*-Brief[10] und alles, was damit dann im Zusammenhang gestanden hätte, die Russen ihre Taktik geändert haben. Sie hätten über Frankreich eine Einflußnahme versucht und hätten erreicht, daß bis heute noch keine Termine für die Kammer in bezug auf den EVG[-Vertrag] da seien. Gerade jetzt würden wir aber für die Russen wieder interessant, da neue deutsche Entscheidungen wichtig werden. Wenn wir heute einen unmittelbaren Draht nach Moskau hätten, würde Pankow abgewertet. Diese Beziehung sei deshalb vor allem auch im Interesse der Bevölkerung der SBZ.

Zusammenfassend hebt Dr. *Pfleiderer* nochmals folgende Gesichtspunkte heraus:

1. Deutschland kann nicht auf den unmittelbaren Kontakt zum Ostblock verzichten. Dieser Kontakt muß früher oder später kommen.
2. Der Zeitpunkt ist mit Rücksicht auf Genf[11] usw. zu überlegen.
3. Die Politik *Adenauers* ist in Schwierigkeiten geraten, und man müßte sich Gedanken darüber machen, was nun geschehen soll.
4. Man müsse die Lage der Bundesrepublik, die zu verschiedenen Systemen (sechs Staaten der Schumanplan-Länder und vier Besatzungsmächte) gehöre, parallel sehen und parallel spielen.
5. Die Entwicklung der westlichen Politik sei so, daß sich die Notwendigkeit der Beziehungen zum Osten zwangsläufig stellt; wichtig sei allerdings ein behutsames Vorgehen.

---

9 Diese Äußerung zielt auf eine Veröffentlichung des Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 15. 5. 1954 ab, in der dementiert wurde, daß *Adenauer* den Gedanken erwäge, *Pfleiderer* zu *Mao Tse Tung* zu entsenden. *Adenauer* habe lediglich mit *Pfleiderer* eine private Studienreise nach Ostasien erörtert. Desweiteren heißt es darin, *Adenauer* lehne die von *Pfleiderer* geäußerte Absicht ab, „in nächster Zeit nach Sowjetrußland zu reisen, um dort mit russischen Stellen Kontakt zu suchen". AdG 1954, S. 4524 A. Zu den Hintergründen der von *Pfleiderer* beabsichtigten Reise einer Parlamentsdelegation nach Moskau Karl-Heinz SCHLARP, Alternativen zur deutschen Außenpolitik 1952–1955, in: Wolfgang BENZ/Hermann GRAML (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 243 f.

10 Brief *Grotewohls* an *Adenauer* vom 30. 11. 1950 mit Vorschlägen zur Einigung Deutschlands. Brief abgedruckt in: K. ADENAUER, Bd. 2, 1966, S. 33 f. Zu den nachfolgenden Entwicklungen ebd., S. 34–62.

11 Genfer Ostasienkonferenz, die am 26. 4. 1954 begann. AdG 1954, S. 4497 A.

Dr. DEHLER ergänzt den Bericht von Dr. *Pfleiderer* und weist insbesondere auf seine, nach der Rückkehr aus Amerika abgehaltene Pressekonferenz[12], auf seine Reden in Zweibrücken und Kaufbeuren[13] hin, in denen er diese Dinge auch sehr deutlich angesprochen habe. Er betont, daß das Gespräch mit *Rapp* rein zufälliger Natur gewesen sei und im Anschluß an die Hamburger Erklärung *Adenauers* und Radiomeldungen über Reden von ihm stattgefunden habe. Es sei nicht loyal von *Rapp* gewesen, dieses Gespräch wiederzugeben.[14]

Am Montag mittag[15] habe ein Gespräch mit *Adenauer* über die bekannten Streitpunkte (*Wuermeling*[16], *Preusker*[17] usw.) stattgefunden, es sei dabei aber kein Wort über *Pfleiderer* gefallen. Am Dienstag nachmittag habe *Preusker* von Straßburg angerufen und erklärt, daß die Lage verzweifelt wäre, da die deutsche Haltung als unsicher erschiene. Daraufhin habe er *(Dehler)* die Presseerklärung abgegeben, daß unsere Haltung zum Westen nach wie vor unverändert sei.[18] Am Freitag habe ihn *Blankenhorn* angerufen und mitgeteilt, daß aufgrund der verschiedenen Äußerungen eine offizielle Demarche Amerikas vorläge. *Blankenhorn* habe auf Genf, auf die hoffnungslose Lage in Indochina hingewiesen und die Bitte um Zurückhaltung ausgesprochen. In seiner Antwort an *Blankenhorn* habe er erklärt, daß der Bundesvorstand der FDP am Montag über diese Fragen beraten werde. Ihm *(Dehler)* erschiene es offensichtlich, daß der Kanzler nur auf einen massiven Druck der USA hin abgebremst habe.

C. H. SCHWENNICKE: Man muß zwei Dinge trennen:

---

12 In seiner Pressekonferenz am 6. 5. 1954 hatte sich *Dehler* insbesondere von der Saarpolitik des Bundeskanzlers distanziert und den Standpunkt vertreten, „daß eine Europäisierung der Saar nur möglich sei, wenn vorher die EVG beschlossen und installiert ist". Artikel „Dehler distanziert sich von Saarerklärungen des Kanzlers" in: DIE NEUE ZEITUNG vom 7. 5. 1954.

13 Reden *Dehlers* am 8. 5. 1954 in Zweibrücken (Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz) und am 9. 5. 1954 in Kaufbeuren. In beiden Reden wiederholte *Dehler* seinen Standpunkt in der Saarfrage und ließ darüber hinaus erkennen, daß er die Bestrebungen *Pfleiderers*, Beziehungen zu den Ostblockstaaten aufzunehmen, unterstütze. Artikel „Dehler: Außenpolitik in echter Krise" in: DIE FREIHEIT, Mainz, vom 10. 5. 1954 und Artikel „Europa ist ferner denn je" in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 10. 5. 1954.

14 Bezieht sich wahrscheinlich auf den Drahtbericht *Rapps* „Bundestagsabgeordnete nach Moskau?" in der FAZ vom 11. 5. 1954 auf der Titelseite. Aus dem Text geht nicht expressis verbis hervor, daß ihm eine Unterredung mit *Dehler* zugrunde liegt.

15 10. 5. 1954.

16 Zwischen der FDP und *Wuermeling* war es zu Unstimmigkeiten gekommen, weil *Wuermeling* die FDP als „liberale Meute" bezeichnet hatte. AdG 1954, S. 4510 A. Debatte hierüber unten in diesem Dokument.

17 Zwischen *Preusker* und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es über die Novellierung des Wohnungsbaugesetzes (Entwürfe zu einem zweiten Wohnungsbaugesetz) zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Artikel „Dehler und Adenauer sind sich einig. Die Streitigkeiten in der Koalition werden beigelegt", in: FAZ vom 11. 5. 1954 (Titelseite).

18 Wörtlich hieß es hierin, daß *Pfleiderers* Vorstellungen und Absichten „keineswegs von der Grundlinie der gegenwärtigen Außenpolitik der Bundesrepublik" abweichen, deren „Verbindungen mit dem Westen, besonders mit den USA, und ihr unbedingter Wille zur wirtschaftlichen und militärischen und politischen Zusammenfassung Europas [...] dadurch nicht berührt" werden. ADL, N1-3234 (NL Dehler).

1. Die Sache an sich, zu der wir unsere Zustimmung geben können, nämlich die Lösung aus der Unmündigkeit der politischen Beziehungen. Es muß unser Ziel sein, auch mit der Sowjetunion in diplomatische Beziehungen zu kommen.
2. Was die Sache der Form anbetrifft, so sei er nicht mit *Pfleiderer* in Übereinstimmung. Sowohl die Partei, als auch die Landesverbände, als auch die Fraktion hätten nichts von dieser Sache gewußt, und es wäre besser gewesen, wenn in Vorstand und Fraktion diese Frage erörtert worden wäre.

Die letzte Frage sei, ob man ein solches Spiel spielen oder ein konkretes Ergebnis haben wolle. Es spreche vieles für beides. Ein Spiel könne von Wirkung sein, aber nur bei einem einzelnen, nicht aber bei einer Partei oder einer Fraktion.

Die Politik der EVG sei gescheitert. Wir befänden uns in der scheußlichen Situation, diese Politik, von der der Charme weg sei, weiter betreiben zu müssen. Auf der anderen Seite sei es die Frage, ob die Beziehungen zu Moskau ein neuer Weg sind, und diese Frage sei schwer zu entscheiden. Auf jeden Fall wäre es besser gewesen, eine ausführliche Vorbereitung zu treffen, damit Mißdeutungen von vornherein ausgeschaltet worden wären.

Dr. PFLEIDERER wirft ein, daß im Kreise der Fraktion über diese Dinge gesprochen worden sei und daß eine Vorstandssitzung einberufen werden sollte. Die Erklärung des Kanzlers aber sei dazwischen gekommen.

C. H. SCHWENNICKE weist darauf hin, daß die Erklärungen *Pfleiderers* vor allen Dingen auch in der SBZ eine Schockwirkung hervorgerufen hätten. Man spräche vom Verrat am Schicksal dieser Menschen. Es sei klar, daß *Pfleiderer* genau das Gegenteil bewirken wolle, aber man hätte für eine genügende Aufklärung vorher sorgen und eine Erklärung finden müssen, die möglichst wenig Spielraum für Mißdeutungen zuließe.

Die Frage sei nun: Wie taktieren wir weiter? Die Partei als Institution könne die Vorschläge *Pfleiderers* nicht zu einem eigenen Beschluß verwenden und nicht als Grundlage des eigenen Vorgehens machen. Richtiger wäre es, wenn ein Mitglied der Partei aus der diplomatischen Sphäre als Person eine solche Sache unternehmen würde. Denn wenn die Dinge negativ ausliefen, wäre die Partei zwangsläufig mit erheblichen Schwierigkeiten belastet. Wir sollten deshalb, obwohl wir als Partei die Auffassung, daß wir aus der Umklammerung heraus müßten, vertreten, die Aufgabe auf *Pfleiderer* abgestellt sein lassen und sie nicht zur Grundlage einer politischen Aktion der Fraktion oder der Partei machen.

Dr. DEHLER betont, daß inzwischen die Entwicklung schon weitergegangen sei. Er weist auf seine Ausführungen zur Pressekonferenz in Zweibrücken und Kaufbeuren hin. Im übrigen sei immer wieder betont worden, daß sich an unserer Bindung an den Westen nichts ändert. Sicher sei aber auch, daß wir gerade jetzt besondere Fähigkeiten zum Gespräch hätten.

Dr. MIDDELHAUVE: Eine Absprache mit dem Vorstand wäre sicherlich gut gewesen, aber die Partei würde keinen grundsätzlichen Kurswechsel in ihrer Po-

litik anstreben, sondern in eine Prüfung der von *Pfleiderer* in seiner Rede angeschnittenen Frage eintreten. Man dürfe die Dinge nicht dramatisieren. Die Einseitigkeit der *Adenauer*schen Außenpolitik in ihrer ideologischen Verkrampfung würde immer verhängnisvoller und hätte immer verhängnisvollere Auswirkungen.

Die Frage wäre: Was will *Pfleiderer* mit seinem Vorschlag? Er will, daß wir prüfen, ob nicht diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion möglich sind. Falls diese Prüfung positiv ausginge, würde die Anerkennung der Bundesrepublik durch die Sowjetunion erreicht, und gerade hier läge eine nationale Verpflichtung vor. Die Partei müsse Ja zu dem *Pfleiderer*schen Vorschlag sagen.

Ist der Zeitpunkt zu früh? Nein, denn wir hatten seit drei Jahren die Möglichkeit, deutsche Außenpolitik zu machen. Dies könne aber nicht so geschehen, daß wir einen großen Teil der Welt überhaupt ausschalten. Wir müssen immer wieder betonen, daß der Ausbau unserer Vertretungen keinen grundsätzlichen Kurswechsel unserer Politik bedeutet.

Dr. *Middelhauve* verweist auf die Ausführungen von *Kaiser*[19] und *Lemmer*[20] und erklärt, daß man dem Kanzler zwei Komplexe deutlich machen müsse:

1. Wir stehen positiv zu der westlich orientierten Außenpolitik.
2. Es besteht eine deutsche Verpflichtung des Gespräches mit dem Ziele der Prüfung von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.

Er sei der Meinung, daß die Dinge nicht auf *Pfleiderer* abgestellt werden sollten, sondern daß sich die Partei dahinterstellen müsse, ganz abgesehen davon, daß *Pfleiderer* und *Dehler* von uns gedeckt werden müßten.

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß es nicht ungeschickt sei, die Franzosen jetzt ein wenig zu reizen. Wir sollten zeigen, daß wir einen eigenen politischen Willen haben. Außerdem: Was könne denn ein Gespräch schaden?

Dr. HAUSSMANN: Wir müßten betonen, daß wir vor einem Gespräch keine Angst haben. Denn ein Gespräch bedeutet ja keine Bindung. Im übrigen sei gerade die FDP nach ihrem Wiesbadener Parteitag dazu verpflichtet.

Pfleiderer hätte ein Höchstmaß von Loyalität angewendet. Wir wollten der Bundesregierung keine Schwierigkeiten machen, aber es könne doch nicht so sein, daß wir in der Vertretung von politischen Gedanken mundtot sind. Er verweist auf die seinerzeitige Rede von *Churchill*[21] und fährt fort, daß wir ge-

---

19 Bundesminister *Kaiser* hatte am 15. 5. 1954 im Sender RIAS eine Ansprache gehalten, in der er den „Willen zur Wiedervereinigung" beschwor, die er nur auf dem Wege „einer Verständigung mit den Vier Mächten" als erreichbar betrachtete. Artikel „Deutsche Frage muß wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik", in: BULLETIN DES PRESSE- UND INFORMATIONSAMTES DER BUNDESREGIERUNG vom 18. 5. 1954.

20 Ernst *Lemmer* hatte sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion ausgesprochen. Artikel „CDU-Lemmer gegen Adenauer", in: WESTDEUTSCHES TAGEBLATT vom 22. 5. 1954.

21 Gemeint ist offensichtlich die Rede *Churchills* am 30. 4. 1954 in London vor der Primerose Ligue, in der er u. a. ausgeführt hatte: „Wir müssen solche Beziehungen zu Rußland herstellen, die trotz aller Gereiztheit, aller Befürchtungen und Meinungsverschiedenheiten das russische Volk und die Sowjetregierung davon überzeugen werden, daß wir ihnen Frieden, Glück, zu-

rade dazu verpflichtet wären, uns zu überlegen, wie es in der Welt aussieht, und die Realitäten zu sehen.

Dr. *Haußmann* führt sein persönliches Gespräch mit dem deutschen Beauftragten in Helsinki an, der besonders auf die schwierige Lage seit der Anerkennung Pankows[22] hingewiesen hätte. Was die Partei anbeträfe, so stünde sie positiv hinter den Vorschlägen von *Pfleiderer*. Sowohl Reinhold *Maier*, wie *Margulies*, wie die Delegierten des Kreisparteitages von Mannheim hätten ihn ausdrücklich gebeten, dies dem Bundesvorstand gegenüber vorzubringen.

Das Unglück sei jedoch, daß die Presse aus einer Sache, die subtil behandelt werden muß, eine Sensation gemacht habe. Wir müßten aber verhindern, daß die Dinge kaputt gemacht werden. Er sei der Überzeugung, daß wir richtig lägen. Wir dürften uns nicht an die Wand drücken lassen, sonst würde später wieder einmal die Vaterschaft nicht mehr anerkannt. Er sei deshalb der Meinung, daß wir uns nicht nur nicht von *Pfleiderer* distanzieren, sondern hinter diesen und *Dehler* als Partei treten müßten.

Dr. MENDE: Es sind genügend Motive zur Aufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion da:

1. das Deutsche Rote Kreuz (Hinweis auf 1,2 Millionen Kriegsgefangene);
2. handelspolitische Fragen (Harold *Wilson*[23]);
3. diplomatische Beziehungen.

Pfleiderer hat weder die Fraktion, noch den Vorstand, noch die Bundesregierung überfahren. Wir könnten und dürften nicht revozieren, sondern müßten uns hinter *Dehler* und *Pfleiderer* stellen. Eine Koalition bedeute ja schließlich keine Gedankeneinheit. Im übrigen sei der Vorschlag *Pfleiderers* ein Mittel, die SED auszulavieren.

WEYER: Herr *Weyer* macht vier Feststellungen:

1. Durch einen direkten Draht nach Moskau können wir die Ostzone ausschalten.
2. *Pfleiderer* hat gegenüber Fraktion und Vorstand loyal gehandelt.
3. Das Echo in den Versammlungen ist ausgezeichnet.
4. Der Vorschlag *Pfleiderer* sollte als Parteivorschlag aufgegriffen werden.

Die Taktik nach außen hinge weitgehend vom Kanzler ab. Wenn er nicht in der Lage sei, unsere Gründe zu entkräften, dann sollten wir mit einer entspre-

---

nehmenden Wohlstand und ein immer schöneres Leben in ihrem mächtigen Land wünschen und daß wir sie eine würdige und ruhmvolle Rolle in der Führung der Menschheit spielen sehen wollen." AdG 1954, S. 4518 E.

22 Bezieht sich auf die Erklärung der Sowjetregierung vom 25. 3. 1954 zur Souveränität der DDR, AdG 1954, S. 4443 A.

23 Unter der Schirmherrschaft der Europäischen Bewegung fand vom 21. bis 24. 4. 1954 in Paris eine Europäische Parlamentarische Konferenz statt, in deren Verlauf Harold *Wilson* einen Vortrag gehalten hatte, der „sich insbesondere mit den Problemen des Ost-West-Handels" befaßte. EUROPA-ARCHIV, 9. Jg. (1954), S. 6592.

chenden Erklärung an die Öffentlichkeit gehen, zumal das Zurückweichen *Adenauers* erst seit Donnerstag sichtbar wäre.

Auch Herr Dr. LEVERENZ spricht sich dafür aus, den Vorschlag *Pfleiderers* qua Partei zu machen. Er weist insbesondere auf die erschreckende Ausdehnung des Osthandels ohne uns hin (Gespräche mit Reedern).

HEDERGOTT: Der Vorschlag *Pfleiderers* müsse unbedingt bejaht werden. Die Bevölkerung wolle wissen, ob der Koalitionspartner noch eigene Gedanken äußern könne, ohne zurückgepfiffen zu werden. Sie erwarte neue Initiativen. Man dürfe nicht alles *Adenauer* und *Kaiser* überlassen.

Der Schock, von dem vorher gesprochen worden wäre, sei in der Bevölkerung der Sowjetzone ein positiver Schock gewesen. Er wisse aus genügend Gesprächen und Briefen, daß die Bevölkerung der Ostzone etwas von uns erwartet. Der negative Schock sei nur deshalb entstanden, weil die Presse einmal wieder ihr Fingerspitzengefühl in dieser Sache bewiesen habe.

Frau Dr. ILK bestätigt die Aussagen von Herrn *Hedergott* über die positive Auswirkung der *Pfleiderer*schen Vorschläge in der SBZ.

Dr. NOWACK: Der Vorschlag *Pfleiderers* sei in der Presse primitivisiert worden, davon müßten wir weg. Wir sollten zweierlei herausstellen, das Festhalten am EVG[-Vertrag] und die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Moskau. Es müsse aber gewährleistet sein, daß wir nicht aus dem amerikanischen Regen in die sowjetische Traufe gerieten. Unser Ziel müsse sein, Deutschland zu einem Faktor mit eigenem Gewicht zu machen. Die Zeit der außenpolitischen Einbahnstraße sei vorüber.

Abschließend weist Herr Dr. *Nowack* darauf hin, daß es gerade jetzt vielleicht wieder an der Zeit wäre, dem Bundeskanzler gegenüber zu betonen, daß die FDP einen vom Bundeskanzleramt getrennten Außenminister wünsche.

MISCHNICK bestätigt die von Herrn *Hedergott* und von Frau Dr. *Ilk* gemachten Angaben in bezug auf die Bevölkerung in der Sowjetzone.

Herr Dr. BORTTSCHELLER betont seine volle Zustimmung zu den Vorschlägen *Pfleiderers* und rät, den Bundeskanzler auf seine Erklärung in Hamburg festzulegen.

Dr. WILL: Nicht das Verbindende zu Moskau, sondern das Gegensätzliche zu Pankow muß herausgestellt werden.

An der von dem Herrn Bundeskanzler erbetenen Besprechung nehmen außer dem Fraktionsvorsitzenden Dr. *Dehler* teil die Herren Dr. *Middelhauve,* C. H. *Schwennicke,* Minister *Neumayer,* Dr. *Haußmann* und Dr. *Mende.* Dr. *Pfleiderer* nimmt auf eigenen Wunsch an dieser Besprechung zunächst nicht teil.

Die Sitzung wird bis 14.30 Uhr unterbrochen.

Nach der Rückkehr berichtet Dr. DEHLER über die Besprechung mit dem Bundeskanzler. *Adenauer* habe erklärt, daß ihm bei der Rede von Dr. *Pfleiderer* am 7. 4. 1954 der Gedanke gekommen sei, daß *Pfleiderer,* da er über besondere Erfahrungen verfüge, nach Peking gehen solle. Er habe diesen Gedanken

Dr. *Pfleiderer* durch *Hallstein* übermitteln lassen. Dr. *Pfleiderer* habe Herrn *Hallstein* gegenüber den Gegenvorschlag gemacht, vorher nach Moskau zu fahren, da ihm sonst eine Reise nach Peking nicht sinnvoll erschiene. Er, der Bundeskanzler, habe das, ebenso wie Herr *Hallstein*, abgelehnt. Er habe aber angenommen, daß Dr. *Pfleiderer* seine ablehnende Haltung durch *Hallstein* mitgeteilt worden sei. Hier läge die entscheidende Differenz. Das habe die Delegation deutlich herausgestellt. *Adenauer* habe darauf erwidert, daß er bei dieser Sachlage *Pfleiderer* innerlich abbitten müsse.

Der Bundeskanzler habe die Auffassung vertreten, daß der Vorschlag *Pfleiderers* die von der Bundesrepublik vertretene Politik störe. Amerika und Frankreich hätten keine Demarche unternommen, sondern er habe von sich aus so scharf abgewehrt, um keine Mißstimmung aufkommen zu lassen. In Amerika und Frankreich sei man ihm dafür dankbar.

Demgegenüber hat die Delegation den Standpunkt der FDP, daß zuverlässige Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit vorstoßen sollten, dargelegt. *Adenauer* habe sich aber dem Gedanken des Besuches von Abgeordneten in Moskau gegenüber völlig ablehnend verhalten. Auf die Gedankengänge, daß ein Gespräch mit dem Osten unbedingt erforderlich sei, habe der Bundeskanzler nicht reagiert. Er habe erklärt, da die Weltlage gespannt sei, müsse alles vermieden werden, was das Konzept verderben könne. In bezug auf die EVG sei er guter Hoffnung. Insgesamt habe er die Sache nicht dramatisiert, ihr nicht einmal die Bedeutung beigemessen, die die FDP in ihr als politische Aktion sieht. Im Grunde genommen habe er sich für die schroffe Replik auf die Sache *Pfleiderer* entschuldigt und den Wunsch geäußert, um 16.30 Uhr in einem Gespräch zwischen ihm, *Dehler*, *Pfleiderer* und *Hallstein* mit *Pfleiderer* die Sache zu bereinigen.

Die Delegation bestätigt den Eindruck, daß außer dem Wunsch, mit *Pfleiderer* in Ordnung zu kommen, für den Bundeskanzler die Angelegenheit abgeschlossen sei, und daß er im einzelnen den väterlichen Wunsch ausgesprochen habe, nichts zu verderben.

C. H. SCHWENNICKE ergänzt, daß *Adenauer* keine Aktion offizieller Art im Bundestag erwartet, weil dadurch der Sache nur ein größeres Schwergewicht beigemessen würde.

Dr. HAUSSMANN unterstreicht, daß *Adenauer* wohl den diplomatischen Weg wolle, nicht aber eine Reise von Abgeordneten. Der Bundeskanzler hielte es nach wie vor für sinnvoll, wenn *Pfleiderers* Gedanken vom 7. 4., eine Reise nach dem Fernen Osten, nicht unter den Tisch fallen würden; er wünscht jedoch nicht den Weg über Moskau.

Dr. MIDDELHAUVE: 1. Wir haben deutlich erklärt, daß wir auf dem Boden der Außenpolitik der Regierung stehen und daß wir das, falls eine Erklärung der FDP abgegeben würde, zum Ausdruck bringen werden.

2. Wir haben weiter erklärt, daß diplomatische Beziehungen zu Rußland aufgenommen werden müßten. Diesem Gedanken hat *Adenauer* im wesentlichen zugestimmt. Differenzen ergäben sich nur, indem er den Zeitpunkt nicht für richtig hält und indem er in der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen ei-

nen rein sachlichen Vorgang sieht. Eine Reise von Abgeordneten würde aber ein politischer Akt sein.

Eine Presseerklärung muß vom Bundesvorstand der FDP abgefaßt und ihr Inhalt dem Bundeskanzler mitgeteilt werden, damit er weiß, welche Konzeption wir für richtig halten. Es bliebe ihm selbstverständlich unbenommen, daß er diesen Standpunkt nicht teilt.

Herr WEYER weist auf die Rede *Ollenhauers* hin[24], in der er *Pfleiderer* nicht unterstützt habe. Das sei insofern gut für uns, weil dadurch die eigene FDP-Initiative unterstrichen würde.

Dr. PFLEIDERER stellt die Frage, ob der Kanzler daran denke, von sich aus eine Erklärung herauszugeben, die seine Hamburger Pressesache richtigstellt.

Dr. DEHLER erwidert, daß man das Gespräch zwischen *Adenauer* und *Pfleiderer* abwarten solle. Er richtet an Herrn Dr. *Pfleiderer* die konkrete Frage, ob Anlaß besteht, den Besuch von Abgeordneten in Rußland zu forcieren.

Dr. PFLEIDERER: Im großen und ganzen sollte man die Beantwortung von dem Gespräch mit dem Kanzler abhängig machen. Im übrigen sei aber das Verhältnis zwischen Ost-West so schwierig, daß nach einer neuen Ebene gesucht werden müsse. Er habe das *Adenauer* wiederholt gesagt und stünde noch heute auf diesem Standpunkt. Zu dem „Das" bekenne er sich heute noch, das „Wie" könne offen bleiben. Es stünde aber fest, daß für Deutschland und die FDP diese Sache nicht mit Nichts enden könne.

Dr. UNGEHEUER weist darauf hin, daß, falls der Bundesvorstand eine Erklärung herausgibt, dies nicht vom Gespräch mit *Adenauer* abhängig gemacht werden kann, weil sie sonst zu spät käme. Es sei nicht notwendig, auf Details einzugehen, sondern wir sollten erklären, wie wir der Frage sachlich gegenüber stehen, und könnten hinsichtlich des Zeitpunktes Konzessionen machen.

Herr HEDERGOTT weist auf die mittags über den NWDR gekommene Meldung über die Sitzung des Bundesvorstandes und das Gespräch mit *Adenauer* hin. Auch das sei ein Grund, daß die FDP etwas sagen müsse, um sich vor der Öffentlichkeit nicht erneut lächerlich zu machen.

Dr. WILL wirft die Frage auf, wie wir praktisch ins Gespräch kommen. Richtig sei, daß *Pfleiderer* nicht nach Peking reisen könne, ohne vorher in Moskau gewesen zu sein. Er könne aber nicht nach Moskau fahren, ohne vorher nach Karlshorst zu gehen. Am besten wäre es, wenn *Pfleiderer* nach Berlin eingeladen würde, um von dort aus die Chancen zu ermitteln. Als Motive könne man angeben, Erleichterung im Interzonen-Grenzverkehr, Deutsches Rotes Kreuz, usw. Auf diese Weise könne praktisch die Reise von *Pfleiderer* ermöglicht werden. Was er dann daraus mache, sei seine Sache.

---

24 Bezieht sich wahrscheinlich auf grundsätzliche Ausführungen *Ollenhauers* zur Außenpolitik der Bundesrepublik im Bundestag am 29. 4. 1954, BT STEN. BER., Bd. 19, S. 1076 D–1085 D. Ohne *Pfleiderer* anzusprechen, wies *Ollenhauer* auf die Notwendigkeit der Regelung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik hin. Ebd., S. 1080 D.

Dr. NOWACK rät, in dem von Herrn Dr. *Pfleiderer,* Herrn *Schwennicke* und Herrn Dr. *Ungeheuer* auszuarbeitenden Entwurf das Festhalten an der bisherigen Regierungspolitik zu betonen und den Gedanken aufzugreifen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Beziehungen zu Moskau über verschiedene Wege herzustellen. Dadurch kämen wir nicht in Kollision mit *Adenauer,* hätten aber unser Gesicht gewahrt.

Dr. DEHLER erklärt, daß *Adenauer* darauf hingewiesen habe, daß ohne die Besatzungsmächte nichts geschehen könne.

Dr. MENDE bittet, in die Entschließung die menschliche Seite hineinzubringen und zu erklären, daß wegen der Vermißten und Gefangenen alle Wege, die Aufklärung über sie bringen, begrüßt werden müßten.

Herr WENDT bittet, die Erklärung so abzufassen, daß bei den Menschen in der Sowjetzone von vornherein die Mißverständnisse beseitigt wären.

Frau Dr. ILK widerspricht den Vorschlägen von *Nowack* und *Mende,* da sie die FDP-Erklärung abzuschwächen geeignet wären. Man solle *Pfleiderer* die Möglichkeit geben, aus seiner ursprünglichen Konzeption heraus den Entwurf zu machen.

Dr. HAUSSMANN: Der Kanzler glaubt an den EVG[-Vertrag] und hält außer diplomatischen Wegen alles andere für unmöglich. Wir seien deshalb verpflichtet, die Gedanken *Dehlers* und *Pfleiderers* aufzugreifen.

Dr. KOHUT: In der Erklärung muß unbedingt zum Ausdruck gebracht werden, daß hier eine Möglichkeit liegt, in der Sache der Wiedervereinigung selbst, also von deutscher Seite aus, etwas zu tun.

Die Redaktionskommission, bestehend aus Dr. *Pfleiderer,* C. H. *Schwennicke* und Dr. *Ungeheuer,* legt eine entsprechende Erklärung vor, die nach einer eingehenden Diskussion wie folgt angenommen wird:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat sich in seiner Sitzung vom 17. Mai 1954 in eingehender Aussprache mit dem Vorschlag von Dr. Karl-Georg *Pfleiderer,* Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Ostblocks aufzunehmen, befaßt und stellt fest:

Die Verbundenheit mit den Staaten der westlichen Welt muß nach wie vor die Grundlage der deutschen Außenpolitik bilden. Sie ist eine unerläßliche Voraussetzung, um Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt zu gewährleisten.

Der Vorstand weiß sich in Übereinstimmung mit Dr. *Pfleiderer,* wenn er eine künftige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion für erforderlich hält. Er sieht in dem weiteren Vorschlag Dr. *Pfleiderers* eine Initiative, die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion zu normalisieren und damit nicht zuletzt der Wiedervereinigung zu dienen. Gleichzeitig kann die Initiative dazu beitragen, die Frage unserer Kriegsgefangenen zum Abschluß zu bringen."

TOP 2 und 3: ANTRAG DES LANDESVERBANDES HAMBURG, EINE SITZUNG DES BUNDESVORSTANDES IN HANNOVER ABZUHALTEN; ANTRÄGE DER LANDTAGSABGEORDNETEN GRETE SEHLMEYER UND BRUNO SCHRÖDER, HANNOVER, UM AUFNAHME ALS MITGLIEDER BEI DER BUNDESPARTEI

Der Vorsitzende verliest das vom Landesverband Hamburg eingegangene Telegramm, in dem die Abhaltung einer Vorstandssitzung in Hannover (mit entsprechender Begründung) gefordert wird.[25] Desgleichen kommen zur Vorlesung die Schreiben von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder*, in denen sie um Aufnahme als bundesunmittelbare Mitglieder bitten.[26]

STRÖMER: Die Beunruhigung, die aus dem Hamburger Telegramm spricht, ist unbegründet. Die Situation in Niedersachsen hat sich weitestgehend bereinigt, nur Frau *Sehlmeyer* und Herr *Schröder* waren nicht zu bewegen, wieder in die FDP einzutreten. Daraufhin seien sie, aufgrund der Satzung, aus der Fraktion ohne Gegenstimmen ausgeschlossen worden.

Nach der letzten Bundesvorstandssitzung habe er an Dr. *Middelhauve* die Bitte gerichtet, bei der entscheidenden Sitzung des Landesvorstandes in Hannover anwesend zu sein. Dr. *Middelhauve* könnte bestätigen, daß sie sich absolut loyal verhalten hätten. Sie hätten die Mitglieder des „Liberalen Bundes" aufgefordert, sich zu entscheiden, ob sie beim „Liberalen Bund" verbleiben oder der FPD wieder beitreten wollten. In den entsprechenden Schreiben sei ein Termin gesetzt worden; weder von Frau *Sehlmeyer* noch von Herrn *Schröder* seien aber Erklärungen eingegangen.

Die Stellungnahme des Vorstandes des Landesverbandes Niedersachsen hinsichtlich der Aufnahme von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* aufgrund der Bundessatzung § 4,2 läge schriftlich vor. Sämtliche Mitglieder des Vorstandes hätten sich, bei einer Stimmenthaltung, gegen die Aufnahme beider Persönlichkeiten als Mitglieder bei der Bundespartei ausgesprochen.

Es sei bedauerlich, daß weder im Falle *Sehlmeyer* noch im Falle *Schröder* eine Bereinigung hätte erzielt werden können. Man sollte die Dinge aber der Zeit überlassen, vielleicht fänden sie doch noch zurück. Wenn für beide eine bundesunmittelbare Mitgliedschaft ausgesprochen würde, käme der Krawall im Landesverband Niedersachsen wieder hoch. Er bäte deshalb dringend, die Anträge von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* abzulehnen.

Herr RICHTER, Hamburg, betont, daß sich der Landesverband Hamburg keinesfalls in interne Angelegenheiten eines anderen Landesverbandes einmischen wolle. Das Telegramm sei mit Rücksicht auf die für die Partei gefährliche Un-

25 Das Telegramm datierte vom 29. 4. 1954 und lautete: „LV Hamburg durch Vorgänge Niedersachsens und Presse außerordentlich bestürzt; hofften, daß in Niedersachsen faire und zufriedenstellende Regelung erreicht würde. Es besteht Gefahr, daß sich Bundespartei erneut in Richtungskämpfen verzettelt und Wähler abgestoßen werden. Denken dabei an bevorstehende Landtagswahlen." Es folgte der Antrag auf sofortige Einberufung einer Bundesvorstandssitzung in Hannover. ADL, N 1-2320 (NL Dehler).

26 *Sehlmeyer* an den Bundesvorstand vom 25. 4. 1954; *Schröder* an die Bundesleitung/Bundesgeschäftsstelle vom 26. 4. 1954, ADL, N 1-2320 (NL Dehler).

ruhe in der Öffentlichkeit abgesandt worden. Im übrigen sei die Entwicklung in der Angelegenheit *Sehlmeyer/Schröder,* die alle als gute Demokraten kennen würden, außerordentlich zu bedauern. Er glaube, daß das Verhalten von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* auf folgende Gedankengänge zurückzuführen sei: In den entsprechenden Schreiben und in einem Brief von Herrn *Henkel* an Herrn Dr. *Dehler*[27] sei der Ausdruck gefallen, daß sich der Kreisverband Hannover überlegen wolle, ob sie die beiden wieder als Mitglieder aufnehmen können. Frau *Sehlmeyer* und Herr *Schröder* lehnten aber diese Bedingung als eine Diffamierung ab. Auch die Fristsetzung sei zu scharf gewesen. Mit der von Hamburg vorgeschlagenen Sitzung des Bundesvorstandes solle in Hannover versucht werden, die Atmosphäre insgesamt zu bereinigen.

Herr Dr. MIDDELHAUVE: Die erste Besprechung in Hannover habe im Dezember, die nächste im Februar, und zwar mit beiden Teilen, stattgefunden. Sowohl Dr. *Schäfer* als auch er hätten dabei immer wieder betont, daß eine Mitgliedschaft „Liberaler Bund" und FDP nicht möglich sei. Es sei dann die Entschließung von Frau *Sehlmeyer* usw. erfolgt, die in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes vorlag und die im ganzen Tenor außerordentlich unerfreulich gewesen sei.[28] Am 15. 4. 1954 habe, anläßlich seiner beruflichen Anwesenheit in Hannover, eine Besprechung mit dem Vorstand des Landesverbandes und der Fraktion ohne Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* stattgefunden. Er habe damals im Sinne der Satzung § 4,2 den Vorschlag gemacht, daß den Mitgliedern des „Liberalen Bundes" nahegelegt werden solle, ihre Mitgliedschaft bei der FDP im Kreisverband Hannover-Stadt wieder zu erwerben. Diskriminierende Bedingungen seien ihm nicht bekannt. Dr. *Middelhauve* verweist auf den sehr herzlich gehaltenen Brief von Herrn Dr. *Miessner* an Herrn *Henkel* und verliest einzelne Stellen daraus.[29] Daß der von ihm vorgeschlagene Weg der richtige sei, beweise das Verhalten von Herrn *Lehnhoff,* der in die FDP zurückgekommen und inzwischen auch in den Vorstand des Kreisverbandes Hannover-Stadt gewählt worden wäre.

Gegen eine en-bloc-Aufnahme bestünden Bedenken, vor allem, nachdem Herr *Müller,* Osterode, einen Brief verlesen habe, in dem Dr. *Dehler* und Dr. *Schäfer,* anläßlich ihrer Anwesenheit in Nienburg, als Papierkörbe bezeichnet worden seien.

Frau *Sehlmeyer* sei nahegelegt worden, ihren Austritt aus der Partei zu widerrufen. Vielleicht sei die 14-tägige Frist zu kurz; man müsse aber berücksichtigen, daß der Komplex monatealt sei. Die Fraktion ihrerseits sei, aufgrund der Satzung § 7,7, nach dem in der Fraktion nur Mitglieder der Partei sei könnten, zum Handeln gezwungen gewesen.

---

27 *Henkel* an *Schäfer* vom 8. 5. 1954, Durchschrift an *Dehler,* ADL, N 1-2320 (NL Dehler). Darin sprach sich *Henkel* für „eine einfache Erklärung über die Wiederherstellung der Mitgliedschaft" aus.

28 Nr. 1 mit Anm. 37.

29 *Miessner* an *Henkel* vom 24. 3. 1954. Darin legte *Miessner Henkel* den „Schritt sehr herzlich nahe", sich der FDP wiederum anzuschließen. ADL, N 1-2320 (NL Dehler).

Er bedauere außerordentlich das Schreiben von Herrn Dr. *Schäfer* an Herrn Dr. *Dehler* vom 5. 5.[30], in dem Herr Dr. *Schäfer* die Forderung der Entscheidung als ein Manöver, um einen Vorwand für den endgültigen Ausschluß zu gewinnen, bezeichnet habe. Sie diene lediglich dazu, einen Vorwand für den endgültigen Ausschluß zu gewinnen.

Er (Dr. *Middelhauve*) sehe nicht ein zu erklären [sic!], daß der Landesvorstand von Niedersachsen alles getan hätte, um die Dinge zu einer guten Lösung im Sinne des Zusammenwachsens der Partei zu bringen.

Er müsse aus allen diesen Gründen sowohl den Antrag Hamburgs als auch die Anträge von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* ablehnen. Die Satzung habe keine Handhabe für eine Bundesmitgliedschaft, da kein begründeter Ausnahmefall vorläge. Er würde deshalb vorschlagen, daß der Parteivorsitzende an Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* einen Brief richtet, in dem er beiden nahelegt, den satzungsmäßig richtigen Weg zu gehen, also entweder beim Kreisverband oder dem Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei zu stellen.

Dr. DEHLER schlägt vor, daß er selbst ein persönliches Gespräch mit Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* sowie mit Vertretern des Kreisverbandes Hannover in dieser Angelegenheit führen wolle. In der Darstellung von Herrn Dr. *Middelhauve* seien die Schwierigkeiten unterschätzt worden. Der entscheidende Punkt für Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder* wäre die Unsicherheit, wie ihr Gesuch behandelt würde. Es sei ja auch bekannt, daß viele Stimmen aus dem Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen überhaupt keine Mitgliedschaft dieser beiden Persönlichkeiten mehr wünschten. Auf der anderen Seite würde die Satzung klar beweisen, daß eine unmittelbare Bundesmitgliedschaft nicht in Frage kommt. Als einziger Ausweg aus dieser Lage erschiene ihm sein vorher erwähnter Vorschlag. Nur so würden die beiden von vornherein wissen, was gespielt wird.

Herr WENDT hält eine Sitzung des Bundesvorstandes in Hannover für wünschenswert, da in Niedersachsen eine Bewegung im Gange sei, die auf Richtungskämpfe und Spaltung hinaus laufen könne. Diese Unruhe beträfe nicht nur die Mitglieder des „Liberalen Bundes", sondern die Gesamtheit der Mitglieder in Niedersachsen.

Dr. DEHLER ist der Meinung, daß die Dinge in Niedersachsen gut laufen. Der Landesverband muß diese Angelegenheit selbst in Ordnung bringen. Selbstverständlich ist es klar, daß nicht mit einem Schlag alles korrigiert werden kann. Dafür wären die Dinge zu verhärtet. Er halte nichts von einer Sitzung des Bundesvorstandes in Hannover, glaube aber, daß sein Gegenvorschlag des persönlichen Gespräches zwischen ihm, Dr. *Miessner,* Herrn *Nicolai,* Frau *Sehlmeyer,* Herrn *Schröder* und Herrn *Strömer* der Sache viel nützen könne.

HEDERGOTT bestätigt, daß im Zusammenhang mit der Affäre *Stegner* und im Zusammenhang mit den Vorgängen um den „Liberalen Bund", Unruhe in Niedersachsen vorhanden war und der FDP geschadet hat. Die Dinge seien

30 ADL, N 1-2320 (NL Dehler).

aber jetzt im Fluß und würden gut geordnet werden. Er müsse jedenfalls darauf hinweisen, daß, seitdem Frau *Sehlmeyer* und Herr *Schröder* aus der niedersächsischen Fraktion ausgeschieden seien, eine sachliche Arbeit möglich wäre. Der Beweis dafür sei, daß *Föge* einstimmig wieder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden wäre. Der Gedanke einer Parteispaltung sei maßlos übertrieben. Er warne aber vor neuen Schreiben und neuen Gesprächen, weil dadurch nur wieder Unsicherheit aufkäme. Aus diesem Grunde stünde er auch ablehnend dem Vorschlag von Dr. *Dehler* gegenüber. Besser wäre es, die Dinge weiter so zu behandeln wie bisher. Zweifellos wäre, daß *Strömer* und der Landesverbandsvorstand auf diesem Wege der Bereinigung und Beruhigung wesentliche Erfolge zu verbuchen hätten. Herr *Föge* z. B. stünde jetzt hinter dem Landesverbandsvorstand und dieser hinter ihm.

Herr Dr. KOHUT stellt den Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung.

Dieser Antrag wird von Dr. MIDDELHAUVE auf Schluß der Rednerliste abgewandelt.

Die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte wird mit sechs gegen neun Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Schluß der Rednerliste wird mit Mehrheit angenommen.

Dr. MENDE unterstützt den Vorschlag von Dr. *Dehler* und stellt an Herrn *Strömer* die Frage, ob die Sezessionsbestrebungen in Göttingen (Anruf Dr. *Drechsel*) den Tatsachen entsprechen. Im übrigen verweise er auf die Dringlichkeit des Abschlußberichtes Niedersachsens, vor allem in finanzieller Hinsicht.

Dr. MIDDELHAUVE entgegnet, daß dieser Antrag von Herrn Dr. *Mende* überflüssig sei. Der finanzielle Abschlußbericht könne nur deshalb nicht gegeben werden, weil *Rubin* unterwegs wäre.

Frau Dr. ILK spricht sich für den Vorschlag von Dr. *Dehler* aus.

Dr. MIDDELHAUVE weist darauf hin, daß in der Angelegenheit bundesunmittelbare Mitgliedschaft von Frau *Sehlmeyer* und Herrn *Schröder,* aufgrund vorliegender schriftlicher Erklärungen, bei einer Stimmenthaltung, sich der gesamte Landesverbandsvorstand gegen eine solche ausgesprochen habe.

STRÖMER: Aufgrund des Anrufes Dr. *Drechsel*/Dr. *Mende*/*Strömer* habe sich *Strömer* sofort mit *Drechsel* und *Föge* getroffen und *Föge* nach etwaigen Sezessionsbestrebungen gefragt. *Föge* habe geantwortet: „Davon weiß ich nichts." Herr *Strömer* spricht sich gegen den Vorschlag von Herrn Dr. *Dehler* aus und weist auf die damit verbundene Gefahr der erneuten Erhärtung der Fronten hin.

Dr. MIDDELHAUVE stellt fest, daß die Intervention von Dr. *Schäfer,* Herrn *Günzel* und ihm positive Auswirkungen nach beiden Seiten hin gehabt hätte, auch wenn nicht nur positive Ergebnisse zustande gekommen wären. Das aber hat in der Natur der Sache gelegen.

Was den Antrag des Landesverbandes Hamburg anbeträfe, der ihm aus verschiedenen Gründen nicht opportun erschiene, so bitte er um Abstimmung.

Das Ergebnis der Abstimmung: Die Mehrheit ist gegen den Antrag Hamburgs (eine Stimme dafür).

Dr. HAUSSMANN gibt zur Abstimmung folgende Erklärung ab: Aufgrund des Verlaufes der Aussprache habe er den Antrag Hamburgs, der ihm zunächst sehr vernünftig vorgekommen sei, nicht unterstützt.

Abstimmung über die Anträge *Sehlmeyer/Schröder:* Bei einer Ja-Stimme und zwei Enthaltungen wird der Antrag von der Mehrheit des Vorstandes abgelehnt.[31]

Dr. MIDDELHAUVE stellt den Vorschlag Dr. *Dehlers* nicht zur Abtimmung, da es dessen gutes Recht als Parteivorsitzender sei zu intervenieren.

TOP 5: GESPRÄCH MIT DEN KIRCHEN

Herr Prof. Dr. LUCHTENBERG berichtet über das vor längerer Zeit stattgefundene Gespräch zwischen dem Prälaten *Kunst,* Dr. *Preusker,* Dr. *Blank* und ihm. Dieses Gespräch sei außerordentlich positiv gewesen, und es wäre die Fortsetzung vereinbart worden. Dafür habe er die vorliegenden Thesen ausgearbeitet[32], die er seit Monaten fertiggestellt habe, die aber noch nicht behandelt worden seien. Im übrigen verweise er auf seine Stellungnahme in einem Schreiben an Herrn Dr. *Middelhauve.*[33]

Die Thesen, die sozusagen nur als Grundlage bzw. als Plattform der Verständigung dienen sollen, sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sollten aber vom Vorstand angenommen werden. Dr. *Wellhausen,* Dr. *Blank* und Dr. *Preusker* seien mit ihnen einverstanden; Herr *Blücher* habe redaktionelle Änderungen vorgeschlagen, während Herr Dr. *Hammer* geäußert habe, daß er einige sachliche Bedenken hätte.

Dr. MIDDELHAUVE dankt Herrn Prof. Dr. *Luchtenberg* für seine Bemühungen und schlägt folgendes Vorgehen vor: Die von Herrn Prof. Dr. *Luchtenberg* ausgearbeiteten Thesen sollen den Mitgliedern des Vorstandes zugestellt werden. Änderungsvorschläge sollen an die Bundesgeschäftsstelle, z. Hdn. von Herrn Dr. *Ungeheuer,* im Laufe von zehn Tagen gegeben werden. Falls keine Stellungnahme erfolgt, wird angenommen, daß grundsätzliches Einverständnis vorliegt. Bei auftauchenden Schwierigkeiten soll Herr Dr. *Dehler,* zusammen mit Herrn Prof. Dr. *Luchtenberg,* entscheiden.

Der Vorstand stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. *Middelhauve* zu.

Als Gesprächspartner für die evangelische Kirche werden vorgesehen die Herrn Dr. *Dehler,* Prof. Dr. *Luchtenberg,* Dr. *Wellhausen,* Dr. *Hammer, Frühwald,* Dr. *Preusker,* Dr. *Blank* und *Schneider*/Wuppertal.

---

31 Diese Entscheidung des Bundesvorstandes wurde Grete *Sehlmeyer* und Bruno *Schröder* mit Schreiben vom 28. 5. 1954 mitgeteilt. Gleichzeitig regte darin *Dehler* eine „persönliche Aussprache" aller Beteiligten an, um „eine Verständigung herbeizuführen". ADL, N 1-2320 (NL Dehler).

32 FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 43 a mit Anm. 18, S. 1436 f.

33 Nicht ermittelt.

Für die Gespräche mit der katholischen Kirche werden vorgesehen die Herren Dr. *Dehler,* Prof. Dr. *Luchtenberg,* Dr. *Mende* und *Prinz zu Löwenstein.* Gegebenenfalls wird es in das Ermessen des Parteivorsitzenden gestellt, noch weitere geeignete Persönlichkeiten hinzuzuziehen.

Herr HEDERGOTT bittet gegebenenfalls um Hinzuziehung eines Vertreters aus Niedersachsen beim Gespräch mit der evangelischen Kirche, falls Schulfragen angesprochen werden.

Dr. MIDDELHAUVE weist darauf hin, daß selbstverständlich die Gespräche mit den Kirchen auch auf Landesebene geführt werden sollen.

TOP 6: MODERNISIERUNG DER PARTEIWERBUNG (WAAGE-AKTION)

Dieser Punkt der Tagesordnung wird mit Zustimmung des Vorstandes zurückgestellt, um ihn dringlich und bevorzugt auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung zu setzen.

TOP 7 und 8: FÖRDERUNG DER FDP-KOMMUNALPOLITIK; KONSTITUIERUNG DES AUSSENPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

Diese Punkte der Tagesordnung werden zurückgestellt.

TOP 9: VERSCHIEDENES

a) Anfechtung der Bestätigung der Rechnungsprüfer *Ullmann* und *Kussmaul.*

Nach dem Bericht von Herrn *Weirauch,* der insbesondere auf die Überprüfung des Protokolls des Bundesparteitages in Wiesbaden und den dabei vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen Wahlmodus sowie eine nochmalige Stimmenauszählung durch die Bundesgeschäftsstelle hinweist, beschließt der Vorstand, Herrn *Radecker* mitzuteilen, daß, obwohl der Wahlmodus zweifellos merkwürdig und unklar war, nach neuer Überprüfung der Bundesvorstand keine Möglichkeit sieht, dem Einspruch von Herrn *Radecker* Rechnung zu tragen, zumal auf dem Parteitag in Wiesbaden keine offizielle Anfechtung des vom Parteivorsitzenden vorgeschlagenen Wahlmodus stattgefunden habe.

b) Rangfolge der Vorstandsmitglieder.

Herr WEIRAUCH bringt den entsprechenden Brief von Herrn Dr. *Wellhausen* zur Verlesung[34] und referiert über die Ansicht von Herrn Dr. *Schäfer,* die Rangfolge der Vorstandsmitglieder auf die Amtsdauer abzustellen.[35]

Herr SCHWENNICKE gibt die Ansicht des Organisationsausschusses wieder, die dahin geht, daß, nachdem in den Veröffentlichungen der Partei die Zusam-

34 *Wellhausen* an *Dehler* vom 19. 3. 1954, ADL, N 1-1375 (NL Dehler). Darin hatte *Wellhausen* ein Rundschreiben moniert, in dem er unter den Beisitzern des Bundesvorstandes an vorletzter Stelle rangierte. *Wellhausen* verwies darauf, daß er bei der Wahl der Beisitzer „mit Abstand die meisten Stimmen erhalten habe", und er hielt es daher „für richtig, daß ich auch an erster Stelle rangiere".

35 So in einem Schreiben *Schäfers* an *Dehler* vom 13. 3. 1954, ADL, N 1-1349 (NL Dehler).

menstellung des Vorstandes mit den entsprechenden Stimmen veröffentlicht worden sei, nunmehr auf Listen usw. nach dem Alphabet verfahren werden sollte.

Der Vorstand lehnt jede irgendwie geartete Rangfolge der Vorstandsmitglieder ab und beschließt, daß für Listen usw. das Alphabet maßgebend sein soll.

c) Angebot des Herrn *Dellbruegger,* seine Dienste für die Vermittlung von Ansichten und Meinungen der FDP in Frankreich zur Verfügung zu stellen.

Da über den Vorschlag von Herrn *Dellbruegger* nichts Näheres bekannt ist, vor allem in dem Angebot nicht ersichtlich wurde, ob mit dem Vorschlag finanzielle Absichten verbunden sind, wird die Bundesgeschäftsstelle beauftragt, durch eine Verbindung mit Herrn *Dellbruegger* die näheren Umstände festzustellen. Sobald darüber Bericht vorliegt, wird der Vorstand entscheiden.

[GESPRÄCH MIT DEM BUNDESKANZLER]

Herr Dr. DEHLER berichtet über das inzwischen bei dem Herrn Bundeskanzler unter Teilnahme von Herrn Dr. *Pfleiderer* und Prof. *Hallstein* stattgefundene Gespräch. Dr. *Pfleiderer* habe seine Thesen entwickelt und darauf hingewiesen, daß das, was offiziell nicht geschehen kann, inoffiziell gemacht werden könne. Diese Ansicht sei bei dem Kanzler auf unbedingte Ablehnung gestoßen, da er glaube, daß diese Dinge nur ausgenützt würden, um bei uns Spannungen zu schaffen. Er habe sich außerordentlich empört über die Fühlungnahme von Dr. *Pfleiderer* mit dem Stabe *Semjonow* gezeigt, seine Haltung im ganzen sei viel ablehnender gewesen als bei dem vorhergehenden Gespräch. Er (Dr. *Dehler*) habe darauf hingewiesen, daß der Vorstand der FDP eine Resolution über diese Dinge herausgeben würde. Der Kanzler habe das ohne irgendwelche Äußerungen zur Kenntnis genommen.

Unterbrechung der Sitzung.

TOP 4: AUSSPRACHE ÜBER DIE ÄUSSERUNGEN DES FAMILIENMINISTERS DR. WUERMELING

Dr. DEHLER berichtet über seine Gespräche mit dem Bundeskanzler, in denen dieser sich von *Wuermeling* distanziert habe. Er habe geäußert, mehr scherzhaft, man könne nicht von einer „liberalen Meute" sprechen, aber auch nicht von einer „christlichen Meute."[36] Dem Kanzler sei darauf erwidert worden, daß man in den Begriffen liberal und christlich keine Antithese erblicken könne.

Da die im Zusammenhang mit *Wuermeling* stehenden Dinge im Augenblick nicht sehr dringlich sind, wird im übrigen dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

Die nächste Sitzung des Vorstandes soll spätestens in den nächsten vier Wochen stattfinden.

---

36 Siehe Anm. 16.

3.

10. 7. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Vorstandes der FDP am 10. Juli 1954 in Bonn, Bundeshaus." 9.50 Uhr–17.50 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blücher, Borttscheller, Dehler, Euler, Frühwald, Gönnenwein, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Middelhauve, Neumayer, Nowack, Pietschack, Rademacher, Rubin, Schwennicke, Strömer, [Weirauch], Wellhausen, Wendt, Weyer, Will.

Herr SCHWENNICKE eröffnet die Sitzung und bittet, da sowohl Herr Dr. *Dehler* wie Herr Dr. *Middelhauve* wegen der Regierungbildung von Nordrhein-Westfalen beim Bundeskanzler seien, um Vorziehung des

TOP 2: FINANZPRÜFUNG IM LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Herr RUBIN verliest den aufgrund der Prüfung hergestellten Bericht[1] und gibt im Anschluß daran noch einige Einzelheiten zu bestimmten Fragen bekannt.

Herr SCHWENNICKE hält es für notwendig, möglichst in dieser Sitzung unter die Angelegenheit Niedersachsen endgültig einen Schlußstrich zu ziehen. Zwei Dinge seien aber noch notwendig:

a) Eine kurze Aufklärung von *Strömer* und *Hedergott* darüber, wie der Landesverband Niedersachsen die Vergangenheit endgültig zu liquidieren gedenkt.
b) Es sollte eine Vorsorge getroffen werden, daß sich die in Niedersachsen zu Tage getragenen Dinge nicht in einem anderen Landesverband wiederholen können.

Franz BLÜCHER geht auf die Frage der Ausgabenkontrolle ein. Ebenso wichtig wie eine Ausgabenkontrolle erschiene ihm die Einnahmekontrolle. Herr *Rubin* sollte gemeinsam mit den Herren des Organisationsausschusses versuchen, in dieser Frage zu bestimmten Schlußfolgerungen zu kommen. Ihm erschiene es am nützlichsten, persönliche Verantwortungen zu schaffen, da nur unter dieser Voraussetzung das Nebeneinander der verschiedenen Organisationen tragbar sein könnte.

---

1 „Abschlußbericht über die beim Landesverband Niedersachsen der FDP, Hannover, Heiliger Str. 6, durchgeführte Buch- und Wirtschaftsprüfung", von *Rubin* mit Schreiben vom 21. 6. 1954 an *Dehler* gesandt. ADL, N 1-2320 (NL Dehler). Ergebnisse: a) Verantwortlich für die finanzielle Mißwirtschaft sei in erster Linie *Stegner*, da er „es an der notwendigen Aufsicht" hat fehlen lassen und der Unterschlagung überführt worden sei. b) Dem bis zum 17. 1. 1954 amtierenden Landesvorstand könne keine Entlastung erteilt werden, da der „Vorwurf mangelnder Dienstaufsicht" erhoben werden müsse. c) Hauptgeschäftsführer *Huisgen* habe sich der „gestellten Aufgabe als nicht gewachsen erwiesen": Vorwurf der „Aufsichtsverletzung" und der „mangelnden Überwachung". d) Als Hauptverantwortlicher müsse Landesgeschäftsführer *Freiberger* gelten, der „in eine Vielzahl äußerst undurchsichtiger Vorgänge verwickelt" sei, „die über die bereits erfolgte Entlassung hinaus zur Einleitung eines Ausschlußverfahrens führen" müßten.

Herr STRÖMER dankt Herrn *Rubin* und stellt nachdrücklich fest, daß es der alte Landesverbandsvorstand von Niedersachsen war, der die Veranlassung zu dieser Aktion gegeben hat. Herr *Rubin* habe von den alten Vorstandsmitgliedern alle Unterstützungen bei der Aufklärung erhalten. Was die Frage der Mitbelastung der stellvertretenden Vorsitzenden anginge, so sehe die Satzung von Niedersachsen keine Sonderverantwortung für stellvertretende Vorsitzende vor. Die Verantwortung trüge der gesamte Landesverbandsvorstand. Im übrigen sei die finanzielle Kalamität nicht nur durch eine Mißwirtschaft hervorgerufen worden, sondern auch durch Nichteinhalten finanzieller Zusagen.

Herr *Strömer* erklärt, daß der Landesverbandsvorstand bereits Konsequenzen gezogen habe und sie noch ziehen würde. In Nienburg wäre der gesamte Landesverbandsvorstand umgekrempelt worden.[2] Die notwendigen Entlassungen der hauptamtlichen Angestellten wären bzw. würden vorgenommen. Das aber sollte man dem neuen Vorstand überlassen.

Herr HEDERGOTT unterstreicht die Ausführungen von Herrn *Strömer* und betont, daß der alte Landesverbandsvorstand die Dinge ins Rollen gebracht habe. Er gibt nochmals eine detaillierte Darstellung der Ereignisse im einzelnen.

Was die Folgerungen anbeträfe, so habe der Vorstand personell schon viel unternommen. In Nienburg seien die abgewählt worden, die mitverantwortlich für die Zustände seien. Bei den Angestellten seien die Dinge ebenfalls im wesentlichen bereinigt. Weitere sich ergebende Konsequenzen solle man aber auf jeden Fall dem neuen Landesverbandsvorstand überlassen.

Frau Dr. LÜDERS stellt folgende Fragen:

1. Wer bezahlt den langfristigen Kredit?
2. Welche Honorare und wofür sind an *Stegner* bzw. an *Onnen* gegeben worden?
3. Wer ist von den schwerbelasteten Personen noch in der Partei bzw. sogar noch in der Geschäftsführung?
4. Gegen wen hat die Partei Rechtsansprüche?

Herr RUBIN beantwortet die von Frau Dr. *Lüders* gestellten Fragen wie folgt:

ad 1. Der langfristige Kredit wird von dem Landesverband bezahlt.

ad 2. Nur Herr *Stegner* habe monatlich einen bestimmten Betrag von DM 500 erhalten.

ad 3. Die Dinge wären z. T. bereits bereinigt und würden völlig beseitigt werden.

ad 4. Von Rechtsansprüchen der Partei zu sprechen, sei, da nichts vorhanden wäre, akademisch und illusorisch.

Auf die Frage von Frau Dr. LÜDERS, ob ein anderer Landesverband Geld nach Niedersachsen gegeben habe, erwidert Herr RUBIN, daß vom Landesverband Nordrhein-Westfalen DM 4 000 als Darlehen nach Niedersachsen gegeben sei-

2 Landesparteitag vom 17. 1. 1954. Vgl. H. G. MARTEN, 1978, S. 303.

en. Diese Summe stünde nach wie vor zu Buche und soll nach den getroffenen Abmachungen erst nach der Abdeckung der anderen Verpflichtungen erledigt werden.

Herr Dr. NOWACK führt aus, daß jede Organisation in finanzielle Schwierigkeiten kommen kann. Das Bild, das heute von Niedersachsen gegeben worden wäre, sei aber nicht mit einer solchen Schwierigkeit zu vergleichen, sondern sei eine Schweinerei. Hier läge eine echte Korruption vor, die jahrelang betrieben worden wäre. Er müsse, zusätzlich zu den Fragen von Frau Dr. *Lüders,* noch folgende Fragen stellen:

1. Ist Herr *Stegner* bei den Überprüfungsmaßnahmen zum Zwecke der Aufklärung ebenfalls gehört worden?
2. Der Bundesvorstand habe bewilligt, daß von der Bundespartei an den Landesverband Niedersachsen ein Darlehen in Höhe von DM 20 000 gegeben werden könne.[3] Er bäte um Auskunft darüber, wie hoch dieser Betrag tatsächlich sei und wann er zurückgezahlt würde.
3. Er bäte um Aufklärung darüber, wie hoch das von Herrn *Rubin* benannte langfristige Darlehen sei, wer die Bürgschaft übernommen habe und wie man sich die Zurückzahlung vorstelle.
4. Welche finanzielle Grundlage hat der Landesverband jetzt, um alle seine Schulden abdecken zu können?

Frau Dr. ILK: Herr *Rubin* habe ausgeführt, daß dem Schatzmeister *Hoppenstock* die Einsicht in die Dinge gefehlt habe. Sie müsse fragen, wer ihm diese Einsicht verwehrt habe, und müsse betonen, daß zumindest eine Mithaftung des Hauptgeschäftsführers *Huisgen* vorläge.

Im übrigen habe *Stegner* im Vorstand erklärt, daß die Berechtigung, sich Artikel honorieren zu lassen, darauf zurückzuführen sei, daß er auf bestimmte Einnahmen verzichtet habe. Sie bäte um Aufklärung in dieser Angelegenheit.

Was Herrn *Onnen* anbeträfe, so zweifle sie daran, daß *Onnen* regreßpflichtig gemacht werden könne. Im übrigen sei sie aber der Meinung, daß bei der Nachprüfung der Dinge sowohl *Stegner* als auch *Onnen* hätten gehört werden müssen.

RUBIN: Eine Aufklärung von Herrn *Stegner* zu erfahren, müsse als etwas Unmögliches angesehen werden. Versuche seien wohl unternommen worden, aber gescheitert, da er zu einer sachlichen Unterhaltung nicht bereit gewesen wäre. Im übrigen hielte er die Unterhaltung mit *Stegner* auch nicht für zweckmäßig, zumal die Dinge anhand von Unterlagen sichtbar wären.

Von einer Aufrechnung *Stegners* könne keine Rede sein, da keine Einnahmen aus Pressehonoraren feststellbar gewesen wären.

Onnen habe den soeben verlesenen Bericht vor ca. 14 Tagen erhalten, ohne daß bis jetzt eine offizielle Rückäußerung vorläge.

---

3 Siehe FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 38, S. 1227 f.

Herr STRÖMER weist darauf hin, daß *Onnen* ihn angesprochen und gefordert habe, daß er zu den einzelnen Vorwürfen noch gehört würde. Er, *Strömer,* habe das als Landesverbandsvorsitzender zugesagt.

RADEMACHER: *Onnen* sei von allen Dingen in Niedersachsen genau unterrichtet. Er wisse z. B., daß neben dem soeben verlesenen Bericht noch ein sog. Kladde-Protokoll existiere, in das er Einsicht verlange. Er drohe außerdem, mit den Dingen noch an die Öffentlichkeit zu gehen.

Für seine Begriffe seien verantwortlich der Vorsitzende, der Schatzmeister, der Revisor und die infrage kommenden hauptamtlich Angestellten. Alle Darlehen, die an Niedersachsen gegeben worden wären, seien durch die moralische Unterstützung der gesamten Partei zustande gekommen. An das Darlehen über DM 20 000 seien im übrigen im Organisationsausschuß und Vorstand bestimmte Konsequenzen geknüpft worden. Eine der Konsequenzen erschiene ihm, gerade nach dem Bericht, den Herr *Rubin* verlesen habe, die Trennung von *Huisgen* zu sein. Er halte es deshalb für richtig, von Niedersachsen eine Willenserklärung etwa in dem Sinne zu erhalten, daß sich der Landesverbandsvorstand innerhalb einer bestimmten Frist von Herrn *Huisgen* trennt.

Herr BEZOLD betont, daß man in die Gefahr gerät, zivilrechtliche Fragen mit politischen zu verwechseln. Die Partei habe aus politisch-moralischen Gründen teils mittelbar, teils unmittelbar Gelder gegeben. Der Bericht von Herrn *Rubin* müsse irgendwie zur Erledigung kommen, d. h. man müsse aus ihm bestimmte Folgerungen ziehen:

1. Der Vorstand habe die Dinge überdeckt und könne deshalb jetzt auf dem Ziehen der politischen Konsequenzen bestehen.
2. Es entstünde die Frage, ob man die Sache zivilrechtlich weiter verfolgen wolle. Zweifellos wäre, daß der alte Vorstand für die Beträge hafte, gleichgültig, ob er aus Bosheit oder aus Dummheit gehandelt habe. Jedenfalls verlange er, daß aus dem Bericht die erforderlichen Schritte erfolgen würden.

Herr STRÖMER weist darauf hin, daß er den Bericht erst am 5. 7. 1954 bekommen habe und sich mit dem Landesverbandsvorstand darüber noch nicht verständigen konnte. Deshalb könne heute auch noch keine Antwort auf die Frage gegeben werden. Im übrigen drehe es sich nicht nur um *Huisgen,* sondern um den alten Landesverbandsvorstand, da diese Dinge verkoppelt seien. Die Verantwortung läge, das sei ganz offensichtlich, beim Landesverbandsvorstand, und er stelle deshalb nochmals die dringende Bitte, die Sache erst im Landesverbandsvorstand beraten zu lassen.

Dr. DEHLER: Das Problem *Huisgen* ist nicht einfach. Man könne wohl sagen, daß er politisch naiv und nicht böswillig wäre. Zweifellos habe er zu dem Dreiecksverhältnis *Stegner-Onnen-Huisgen* gehört, wäre aber der Beste von den Dreien gewesen. Offensichtlich wären ihm auch finanzielle Dinge verborgen worden. Soll man ihn sofort wegschicken? Daß man das Verhältnis mit ihm beenden müsse, sei klar. Die Frage wäre nur: sofort oder erst nach der Übergangszeit?

Der Organisationsausschuß sei unter Zustimmung von Herrn *Strömer* zu dem Entschluß gekommen, daß *Huisgen* ausscheiden müsse, der Zeitpunkt aber durch den Landesverbandsvorstand bestimmt werden solle.

August Martin EULER weist darauf hin, daß man nicht den Fehler begehen dürfe, das Mißtrauen auf den neuen Landesverbandsvorstand zu übertragen (Zuruf: hat keiner!). Außerdem solle man keine zivilrechtlichen Dinge in Gang setzen, sondern dafür sorgen, daß der Landesverband seine politische Schlagkraft wieder bekäme. Er schlüge deshalb vor:

1. die Beratung im Landesverbandsvorstand von Niedersachsen abzuwarten und
2. einen abschließenden Bericht über die Ergebnisse der Beratungen im Vorstand zu erhalten.

Man könne sich dann darüber klar werden, ob außer den Konsequenzen, die Niedersachsen von sich aus gezogen habe, vom Bundesvorstand her noch etwas zu tun sei.

Herr SCHWENNICKE erklärt, daß man dem Wunsche des Landesverbandes nachkommen müsse. Er schlüge deshalb vor, die Debatte jetzt abzuschließen und Herrn *Strömer* zu bitten, dem Bundesvorstand über die Konsequenzen zu berichten.

Herr BLÜCHER bestätigt die Ausführungen von Herrn *Euler* und Herrn *Schwennicke,* wirft aber nochmals die Frage auf, vom Organisationsausschuß eine Anweisung über die Finanzgebarung der Partei herauszugeben.

Frau Dr. ILK übermittelt die Bitte von Herrn *Onnen,* im Vorstand zu den Dingen gehört zu werden.

Es wird erklärt, daß ihm dieses Recht zustünde. Das ganze sei aber eine Angelegenheit des Landesverbandes und nicht des Bundesvorstandes oder des Organisationsausschusses. Herr *Strömer* wird sich deshalb mit Herrn *Onnen* in Verbindung setzen.

TOP 3: FÖRDERUNG DER FDP-KOMMUNALPOLITIK

Unter Bezugnahme auf das Schreiben von Klaus *Dehler*[4] weist Dr. DEHLER darauf hin, daß die FDP in bezug auf die Kommunalpolitik bisher sehr wenig aktiv in Erscheinung getreten sei und daß hier eine Änderung erfolge müsse.

Prof. GÖNNENWEIN erklärt, daß man versuchen solle, die FDP in den Spitzenorganisationen, z. B. im Deutschen Städtetag, zusammenzufassen. Bisher habe man sich wenig durchsetzen können, vor allen Dingen [deshalb], da man keine genaue Übersicht habe, wie sich unsere Mitglieder auf die einzelnen Organisationen verteilen. Deshalb sollte die Bundesgeschäftsstelle, vielleicht durch ein Rundschreiben, diese Angelegenheit in Angriff nehmen und feststellen, wer von der FDP kommunalpolitisch und wo tätig sei.

4 In seinem Schreiben vom 11. 6. 1954 hatte Klaus *Dehler* eine „Koordinierung der Kommunalarbeit" der FDP angeregt, um die bisherige Schwäche der Partei in der Kommunalpolitik zu beseitigen. ADL, A 10-1.

Franz BLÜCHER: Es ist notwendig, unsere Leute in den Gemeindeparlamenten anzusprechen. Hier läge die echte Verstärkung für die Partei. Im übrigen sei es notwendig, sich mit grundsätzlichen Dingen, z. B. die Stellung der Gemeinde im demokratischen Staatswesen, zu befassen.

Demgegenüber steht Herr Dr. DEHLER auf dem Standpunkt, daß es gut sei, in der Gemeinde die Dinge zu entpolitisieren. Es käme vielmehr darauf an, die Fraktion der FDP im Städtetag zu verstärken und sichtbar werden zu lassen.

Prof. GÖNNENWEIN weist darauf hin, daß von seiten des kommunalpolitischen Ausschusses der Bundespartei die kommunalpolitischen Richtlinien erarbeitet worden seien. Von dort aus müsse man weitergehen und den Versuch unternehmen, alle kommunalpolitisch Tätigen innerhalb der FDP zusammenzufassen, und zwar wäre es wünschenswert, eine große Tagung, ähnlich wie sie die SPD abgehalten habe[5], zu veranstalten. Das sei aber eine Frage der Finanzierung.

Aus diesem Grunde bittet Herr RUBIN, genau zu ermitteln, wer und wieviele in Frage kommen und ob evtl. die Kosten durch die jeweiligen Gemeinden z. T. getragen werden.

Es wird beschlossen, daß zunächst Herr Prof. *Gönnenwein* den Bundesausschuß für Kommunalpolitik zur Vorbereitung aller dieser Dinge einberufen soll, daß die Bundesgeschäftsstelle die personellen und finanziellen Fragen klärt und daß versucht werden soll, in absehbarer Zeit eine große Tagung einzuberufen, an der nicht nur die FDP-Vertreter innerhalb der Kommunen, sondern auch diejenigen innerhalb der Kreise und die entsprechenden Fachvertreter aus den Landtagen teilnehmen sollen.

TOP 9: ANTRAG DES HERRN DR. KURT KREBS VON DER DIPLOMATISCHEN VERTRETUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN PARIS UM AUFNAHME IN DIE PARTEI (MIT RÜCKSICHT AUF DEN WOHNSITZ PARIS IST NUR BUNDESUNMITTELBARE MITGLIEDSCHAFT MÖGLICH)

Nach einem kurzen Bericht von Herrn *Weirauch* wird beschlossen, Herrn Dr. *Krebs* in bundesunmittelbare Mitgliedschaft in die FDP aufzunehmen, jedoch mit der Bestimmung, daß, wenn Herr Dr. *Krebs* seinen Wohnsitz nach Deutschland zurückverlagert, er als Mitglied in den betreffenden Kreisverband überwiesen wird.

TOP 6: WAHL DER FARBEN FÜR DIE WERBEMITTEL DER PARTEI

Herr WEIRAUCH verweist in diesem Zusammenhang auf den Wunsch von Herrn Dr. *Schäfer* und verliest dessen Brief.[6]

---

5 4. Kommunalpolitische Bundeskonferenz am 14. und 15. 5. 1954 in Karlsruhe. Bericht hierüber in: JAHRBUCH DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS 1954/55, Hannover-Bonn 1956, S. 418 f.

6 *Schäfer* an *Dehler* vom 22. 6. 1954, ADL, N 1-2426 (NL Dehler). Anlaß des Schreibens war eine Kontroverse über ein Wahlplakat des Landesverbandes NRW mit den Farben schwarz-

Herr SCHWENNICKE berichtet, daß man im Organisationsausschuß über diese Frage bereits gesprochen habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, daß eine größere Einheitlichkeit in der Farbenverwendung anzustreben wäre. Es sei aber unmöglich, zumal Herr Dr. *Schäfer* nicht anwesend sei, heute zu endgültigen Resultaten zu kommen.

Franz BLÜCHER verweist auf die mißbräuchliche Verwendung von Flaggenfarben, insbesondere, was den Kreisverband Bonn anbetrifft. Die Weihe der Farben schwarz-rot-gold sei durch den 17. Juni 1953 erfolgt. Man solle deshalb auch diese Farben nicht zu Parteizwecken verwenden. Auch werbetechnisch sei eine einheitliche Farbgebung gut.

Frau Dr. LÜDERS betont, daß sie kompromißlos gegen die Farbgebung schwarz-weiß-rot sei, die aus ganz bestimmten Gründen erfolge. Auch sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Haltung des Kreisverbandes Bonn. Sie habe die dringende Bitte, von jeder Plakatierung mit den Farben schwarz-weiß-rot abzusehen, und müsse erklären, daß sie, falls mit diesen Farben Mißbrauch getrieben würde, nicht in der Lage sei, an den betreffenden Stellen für die Partei aufzutreten.

Frau Dr. ILK stimmt Frau Dr. *Lüders* zu, bittet aber, möglichst keinen neuen Flaggen- bzw. Farbenstreit hervorzurufen. Der einzige Ausweg sei die schon besprochene einheitliche Farbgebung.

Herr SCHWENNICKE schlägt vor, die einheitliche Farbgebung durch Anfordern besonderer Gutachten von Werbefachleuten durch die Bundesgeschäftsstelle prüfen zu lassen und die Frage in der nächsten Sitzung des Vorstandes endgültig zu beschließen.

TOP 7 und 8: MODERNISIERUNG DER PARTEIWERBUNG (WAAGE-AKTION) [UND] GEGENSEITIGE HILFE DER LANDESVERBÄNDE BEI DEN LANDTAGSWAHLEN

Zurückgestellt.

Mittagspause.

TOP 1: AUSSPRACHE ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Dr. DEHLER geht ausführlich auf das „undisziplinierte Verhalten" der Partei in bezug auf Verlautbarungen ein. Dadurch, daß gerade in der letzten Zeit von führenden Parteimitgliedern Äußerungen getan wurden, die sich zum Teil widersprechen, ist der Eindruck eines Gegen- und Durcheinanders entstanden.

Franz BLÜCHER weist darauf hin, daß nicht die Gegenäußerungen das Verderbliche seien, sondern die spontan gemachten Äußerungen. Man könne nicht, wenn man eine primäre Äußerung für schädlich halte, dann durch Schweigen zustimmen.

---

weiß-rot. *Schäfer* hielt es nicht für angeraten, daß die Partei „in ihrer Werbung frühere oder jetzige Nationalfarben" verwandte.

Dr. DEHLER erklärt, daß dem nicht ganz so sei. Was z. B. die *Pfleiderer*-Angelegenheit anbeträfe, so läge die Äußerung des Gesamtvorstandes vor.[7] Sollte jemand eine andere Meinung vertreten, dann müßte er das mit den in Frage kommenden Gremium abstimmen, u. U. sei der einzelne gezwungen, die Peinlichkeit auf sich zu nehmen, als ob er zustimme, damit die Partei keinen Schaden erleide.

Es wird dann im einzelnen auf die Fälle: *Pfleiderer,* Reinhold *Maier*[8], *Euler*[9], *Lange-Wendt*[10] eingegangen.

Herr RUBIN weist darauf hin, daß im Grunde Einigkeit darüber betehe, daß für alle Äußerungen Disziplin verlangt werden müsse und daß die Dinge, wie sie gerade in der letzten Zeit passiert seien, abgestellt werden müßten.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. *Middelhauve* wird beschlossen, daß abwegige Meinungsäußerungen primärer und sekundärer Art mit den zuständigen verantwortlichen Stellen (Vorsitzende der Partei, Fraktionsvorsitzender, Landesverbandsvorsitzende) abgestimmt werden müssen.

Franz BLÜCHER berichtet über die innenpolitische und außenpolitische Lage vom Standpunkt des Kabinetts aus. Innenpolitisch weist er insbesondere auf die Finanzgesetze[11], auf das Kriegsschädenschlußgesetz[12] und auf die Sozialreform[13] hin. Er zeigt die Gefahr der Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes

---

7 Siehe Nr. 2, TOP „Referat Pfleiderers über die außenpolitische Situation mit anschließender Diskussion". Am 26. 5. 1954 war *Adenauer* nochmals in aller Öffentlichkeit von *Pfleiderer* abgerückt, dessen Initiativen gegenüber dem Osten er als „unverantwortlich" bezeichnete. AdG 1954, S. 4545 B 2. Diese Kritik hatte *Pfleiderer* am 9. 6. 1954 zurückgewiesen und weiterhin einer Öffnung nach Osten das Wort geredet. Ebd., S. 4564 C 2.

8 Zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und Reinhold *Maier* war es zu einer Kontroverse gekommen, weil *Adenauer* einen Bericht des Verfassungsschutzamtes *Heuss* und *Dehler* zur Kenntnis gebracht und auch in einem Gremium der Union verwertet hatte, demzufolge *Maier* und *Pfleiderer* Kontakte mit der GVP pflegten, *Maier* sich zu einer Moskaureise bereit erklärt habe und außerdem beabsichtige, in der FDP „die ‚adenauerhörigen' Minister von dem ‚verständigungsbereiten Teil' der Bundestagsfraktion zu isolieren". Infolge hiervon war es zu einem Briefwechsel zwischen *Maier* und *Adenauer* gekommen, in dem *Adenauer* die Vorwürfe zurückwies, die *Maier* indessen aufrechterhielt. Artikel „Nachspiel zum Fall Pfleiderer", in: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 28. 6. 1954, und Artikel „Wer anders denkt, ist ein Staatsfeind", in: FAZ vom 1. 7. 1954.

9 In der Auseinandersetzung zwischen *Maier* und *Adenauer* hatte sich *Euler* von den Vorwürfen *Maiers* an die Adresse des Bundeskanzlers öffentlich distanziert und auch dessen Eintreten für einen direkten Gedankenaustausch mit der SU kritisiert. Artikel „Euler distanziert sich von Maier", in: FAZ vom 3. 7. 1954.

10 Näheres nicht ermittelt.

11 Hierbei handelte es sich sehr wahrscheinlich um die Gesetzentwürfe zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz), zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern an die Finanzverfassung (Finanzanpassungsgesetz) und über den Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanzausgleichsgesetz), die Bundeskanzler *Adenauer* am 29. 4. 1954 zur Beratung an den Bundestag gesandt hatte. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 29, Drucks. Nr. 480.

12 Bundesfinanzminister *Schäffer* hatte im Bundestag erstmals am 22. 1. 1954 erklärt, daß er dem Kabinett ein Kriegsfolgenschlußgesetz „in Umrissen" vorgetragen habe. BT STEN. BER., Bd. 18, S. 312 D. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung ging erst im Sommer 1955 in die parlamentarische Beratung. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 37, Drucks. Nr. 1659.

13 Zum Stand der Sozialreform 1954 H. G. HOCKERTS, 1980, S. 246–279.

Kohle, Stahl und Eisen auf die Holdinggesellschaften auf.[14] Was das Wahlgesetz anbeträfe, so sei der Termin der Verabschiedung für die FDP abhängig von den Wahlergebnissen für die Landtagswahlen.[15]

Bei der sehr ausführlichen außenpolitischen Berichterstattung geht Franz *Blücher* insbesondere auf die Lage im allgemeinen, auf Frankreich, England, Rußland und [die] USA im besonderen ein.

Anschließend an den Bericht von Franz *Blücher* ergänzt Dr. DEHLER diese Ausführungen vom Standpunkt der Fraktion aus.

In der Diskussion werden insbesondere die Fragen Rußland, *Pfleiderer, Mendès-France*[16] und das Verhalten der FDP in der gegenwärtigen Situation herausgestellt.

Anschließend gibt Herr Dr. MIDDELHAUVE einen detaillierten Bericht über die Entwicklung und den Stand der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen, ergänzt durch Herrn WEYER.[17]

Die Diskussion und die Meinungsäußerungen der Vertreter der einzelnen Landesverbände ergibt, daß von seiten der FDP aus, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus eine Koalition mit der CDU sehr erwünscht sei. Demgegenüber sollen technische und personelle Fragen möglichst zurücktreten.

TOP 4: DIE ARBEIT DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE (BERICHT DES STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN, DR. FRIEDRICH MIDDELHAUVE, ÜBER DEN STAND DER AUSSCHUSSARBEIT UND VORTRAG VON REFORMVORSCHLÄGEN)

Da Herr Dr. *Middelhauve* infolge einer Besprechung mit dem Kanzler in der Vorstandssitzung nicht mehr anwesend sein kann, wird dieser Punkt zurückgestellt.

TOP 5: KONSTITUIERUNG DES AUSSENPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

Da die Neukonstituierung des außenpolitischen Ausschusses als sehr dringend erscheint, wird beschlossen, daß Dr. *Dehler* etwa Mitte September den außenpolitischen Ausschuß aufgrund der Benennungen der Landesverbände konsti-

14 Bezieht sich auf den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 32, Drucks. Nr. 986.

15 Zur Debatte innerhalb der FDP-Führung über das Wahlrecht in diesen Tagen E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 610 f.

16 *Mendès-France*, seit Juni 1954 Minsterpräsident Frankreichs, hatte Anfang Juli zu erkennen gegeben, daß eine Zustimmung Frankreichs zum EVG-Vertrag nur zu erwarten sei, wenn zuvor inhaltliche Änderungen vorgenommen worden seien. AdG 1954, S. 4604 C 4.

17 Nach den Landtagswahlen vom 27. 6. 1954 waren die Koalitionsverhandlungen von Ministerpräsident Karl *Arnold* mit der FDP am 8. und 9. 7. 1954 in ein konkretes Stadium getreten. Sie endeten mit einer Koalitionsbildung von CDU, FDP und Zentrum. Friedrich *Middelhauve* und Willy *Weyer* traten für die FDP in das Kabinett ein. W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 25 f.; D. HÜWEL, 1980, S. 265 f.

tuiert. Eine endgültige Entscheidung über den Ausschußvorsitzenden soll in der nächsten Vorstandssitzung erfolgen, weil es als unbedingt erforderlich erscheint, daß bei dieser Beschlußfassung der Vorstand möglichst vollzählig anwesend ist.

TOP 10: VERSCHIEDENES

Aufgrund des vorliegenden Antrages, im Organisationsausschuß eine Frau als Mitglied zu haben, wird, nachdem sich vor allen Dingen Frau Dr. *Ilk* mit dem von Herrn Dr. *Dehler* gemachten Vorschlag einverstanden erklärt, beschlossen, daß entweder Frau Dr. *Ilk* oder Frau Dr. *Lüders* zu den Beratungen im Organisationsausschuß hinzugezogen werden, wenn die Verhandlungen besondere Interessen der Frauen berühren. Das gilt vor allem auch für alle personellen Angelegenheiten der Bundesgeschäftsstelle.

Da aufgrund einer Pressemeldung in der Botschaft in Rio eine antisemitische Haltung sichtbar geworden zu sein scheint, soll Herr Dr. *Oellers* durch Herrn Dr. *Dehler* zu einem Bericht über die entsprechenden Vorgänge aufgefordert werden. Herr *Rademacher* wird gebeten, das bei ihm vorhandene Material an Herrn Dr. *Dehler* weiterzuleiten.[18]

Der Vorstand tritt in eine längere Diskussion über die Hintergründe des Gespräches zwischen *Ehlers* und *Strauß* mit *Dieckmann* und *Nuschke* in Leipzig ein.[19] Trotzdem es offensichtlich ist, daß in allen diesen Dingen mit zweierlei Maß gemessen wird, beschließt der Vorstand, daß die FDP zu den Vorgängen in der Öffentlichkeit nichts aussagt. Die Gründe dafür sind, daß über die Gespräche an sich nichts Näheres bekannt ist und daß es als zweckmäßig erscheint, der CDU in dieser Angelegenheit den Vortritt zu überlassen, da sonst die FDP in eine heikle Situation geraten könne.

In der Angelegenheit Dr. *Ungeheuer* (fdk-Artikel „Von Lenz zu Berg?"[20]) betont Herr Dr. HAUSSMANN, daß diese Frage, da Herr Dr. *Ungeheuer* Angestellter der Partei sei, vor den Gesamtvorstand der Partei und nicht vor die Fraktion gehört hätte. Im übrigen sprechen sowohl Herr Dr. *Haußmann* wie Herr BORTTSCHELLER ihre Genugtuung über den Artikel von Herrn Dr. *Ungeheuer* aus.

---

18 Über antisemitische Äußerungen von Botschaftsangehörigen hatte die NEUE RHEINZEITUNG am 7. 7. 1954 in dem Artikel „An Juden keine Aufträge" berichtet. Anlaß war ein Prozeß, den der ehemalige Vizekonsul der Botschaft, Hans-Karl *Forster*, Schwerbeschädigter, Halbjude, politisch Verfolgter und SPD-Mitglied, wegen seiner Entlassung gegen das AA angestrengt hatte. Grundlage der Entlassung war in erster Linie eine Beurteilung von *Oellers*, in der es u. a. hieß, daß *Forster* „weder die fachlichen noch die charakterlichen Voraussetzungen für einen Diplomaten mitbringe". Der in dieser Angelegenheit mit *Oellers* geführte Briefwechsel in: ADL, N 1-1333 (NL Dehler).

19 Zu diesem Gespräch war es anläßlich des 6. Evangelischen Kirchentages in Leipzig (7.–11. 7. 1954) gekommen. AdG 1954, S. 4621 A 4.

20 fdk, 5. Jg., Nr. 42 vom 24. 6. 1954. Hierin eine Kritik an einem Interview von Fritz *Berg* in der „Welt", in dem er in Absetzung von *Pfleiderer* und *Brüning* (Rede vor dem Rhein-Ruhr-Klub) im Namen der deutschen Industrie erklärt hatte, „daß deren Option für den Westen definitiv sei".

Frau Dr. ILK bittet darum, bei den vorgesehenen Verhandlungen mit der evangelischen Kirche als Teilnehmer benannt zu werden.[21]

Dr. DEHLER gibt eine kurze Übersicht über die Vorgänge, die zu der Klage von *Ollenhauer* gegen Herrn *Döring* und Herrn *Rinné* geführt hätten.[22] Der Vorstand mißbilligt das Vorgehen von Herrn *Rinné*, gibt aber Herrn Dr. *Dehler* die Vollmacht, die Angelegenheit zu bereinigen.

Im Zusammenhang damit weist Herr WEIRAUCH darauf hin, daß ein ähnliches Vorkommnis nicht wieder vorkommen werde.

Herr Dr. HAUSSMANN bittet, für Vorstandssitzungen im voraus einen Plan festzulegen, damit die einzelnen Mitglieder disponieren können.

Eine Hauptausschußsitzung soll entweder im September oder im Oktober stattfinden. Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes soll einberufen werden für den 18. 9. 1954 in Bonn unter der Voraussetzung, daß in dieser Woche der Bundestag tagt.

4.

10. 9. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP und des außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion am Freitag, dem 10. 9. 54, in Bonn, Bundeshaus." 10.10 Uhr–15.45 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Dehler, Ehrich, Gönnenwein, Haußmann, Hedergott, Kohut, Marie-Elisabeth Lüders, [Maier], Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Preusker, Rademacher, Rubin, [Schloß], Strömer, Wendt, Weyer.

[AUSSPRACHE ÜBER DIE POLITISCHE LAGE NACH DEM SCHEITERN DER EVG UND ÜBER DEN FALL JOHN]

Dr. DEHLER eröffnet die Sitzung und begründet den vorzeitigen Termin der Einberufung der heutigen Sitzung. Es kommt in dieser Sitzung vor allen Dingen darauf an, von dem Vorstand als dem obersten Gremium der Partei Impulse für die außenpolitische Arbeit der Fraktion usw. zu erhalten.

Das erste Jahr des zweiten Deutschen Bundestages ist schlecht genutzt worden, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch (soziale Gesetzgebung, Steuerreform

21 Vgl. Nr. 2, TOP 5.

22 *Ollenhauer* hatte die Klage eingereicht, weil der Rednerschnellbrief der FDP Nr. 38/53, verantwortlich *Rinné*, aufgrund von Informationen des FDP-Landesverbandes NRW, verantwortlich *Döring*, berichtet hatte, daß *Ollenhauer* im Zeitraum vom Februar 1952 bis zum März 1953 sein Privatvermögen von ca. 84 000 DM auf ca. 342 000 DM erhöht habe.

usw.). Die Fälle *John*[1] und *Wittmack*[2] sind verheerend. Vor allem aber kommt es darauf an, das gesamte außenpolitische Problem zu erörtern.

Objektiv muß man feststellen, daß die von der Bundesregierung verfolgte Außenpolitik einen krassen Mißerfolg gezeitigt hat. Es ist politisch falsch gehandelt worden, weil wir uns der Einsicht in die wirklichen Verhältnisse verschlossen haben. Der EVG-Gedanke ist sei zwei Jahren ohne Aussicht, zumindest aber seit dem Sturze *Schumans*.[3] *Mendès-France* kann des Versagens wegen nicht beschuldigt werden, denn hinter der gesamten Entwicklung verbergen sich tiefe geistige Wandlungen in Frankreich. Hinweis auf das Problem der klerikalen MRP und darauf, daß das Schicksal des EVG-Vertrages weitgehend mit dem Schicksal der MRP verknüpft ist. Daß das Kabinett Mendès-France[4] möglich war, liegt daran, daß sich die Franzosen auf ihren politischen Laizismus besonnen haben. Diese allgemeine Entwicklung ist nicht begrenzt alleine auf Frankreich, das gleiche kann in Belglien, Italien usw. festgestellt werden. Die klerikalen Parteien werden überall ausmanövriert bzw. haben in sich sehr schwierige Differenzen (Italien).

Wir müssen feststellen, daß die geistigen Voraussetzungen, die zur EVG führten, sich nicht als tragfähig erwiesen haben. Dr. *Dehler* gibt dann eine Darstellung der Entwicklung des EVG-Vertrages in seinen verschiedensten Abänderungen.

Unsere Apparate haben nicht funktioniert. Es muß festgestellt werden, daß, wenn ein Politiker die Tatsachen nicht erkennt, er schlecht ist. *Hallstein* usw. haben sich nur in Illusionen gewiegt.

Anschließend kritisiert Dr. *Dehler* das Verhalten des Kanzlers gegenüber *Mendès-France* (Interview[5], *Beaumont*[6], Brüssel[7] usw.) und gibt eine Schilderung der Persönlichkeit des französischen Ministerpräsidenten. Die Haltung von *Mendès-France* gegenüber der EVG ist aus einer Zwangslage geboren worden.[8]

---

1 Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto *John*, war am 21. 7. 1954 in die DDR übergewechselt; ob dies aus eigenem Antrieb geschah oder ob er verschleppt worden war – wie *John* selbst später behauptete –, ist bis heute ungeklärt. Zur *John*-Affäre die zusammenfassende Darstellung in: H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 236–239.

2 Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karlfranz *Schmidt-Wittmack* hatte sich am 21. 8. 1954 mit seiner Familie in die DDR begeben und diesen Schritt auf einer Pressekonferenz in Ostberlin begründet. DATENHANDBUCH, 1983, S. 115; Auszüge aus der Pressekonferenz abgedruckt in: AdG 1954, S. 4698 E.

3 Die Regierung Pinay, in der Robert *Schuman* als Außenminister fungierte, hatte in der Nacht vom 22. zum 23. 12. 1952 demissioniert. AdG 1952, S. 3800 A.

4 Er amtierte seit dem 18. 6. 1954. AdG 1954, S. 4575 C.

5 Bezieht sich höchstwahrscheinlich auf das Interview *Adenauers* mit Ernst *Friedlaender* am 2. 7. 1954, in dem sich *Adenauer* eingehend zum EVG-Problem und Frankreichs Haltung hierzu äußerte und damit eine Kritik an *Mendès-France* verband. Ebd., S. 4604 C 4.

6 Das Interview (Anm. 5) hatte in französischen Regierungskreisen Verstimmung ausgelöst und zur Absage einer Bonn-Reise des Staatssekretärs *Beaumont* geführt. *Adenauers* Verhalten hatte *Euler* kritisiert. fdk, 5. Jg., Nr. 45 vom 6. 7. 1954.

7 Brüsseler Außenministerkonferenz vom 19.–22. 8. 1954 über das EVG-Problem; AdG 1954, S. 4690 D. Vgl. K. ADENAUER, Bd. 2, 1966, S. 280–286.

8 Die französische Nationalversammlung hatte in der Nacht vom 30. zum 31. 8. 1954 die EVG

In der Kabinettssitzung (Bühler Höhe)[9] setzten sich in der Beurteilung von *Mendès-France* die Anschauungen von *Strauß* durch, der der Meinung ist, daß *Mendès-France* eine Politik mit Rußland betreiben will. Die Folge war in der Taktik ein völlig unglückliches Verhalten in absoluter Verkennung der Situation (Hinweis auf die Frage: Was ist Integration?).

Es ist selbstverständlich, daß der Gedanke der Zusammenfassung Europas bleibt, es ist aber auch offensichtlich geworden, daß der bisherige Weg falsch war. Notwendig ist eine neue Equipe im Auswärtigen Amt, das an sich einen guten Apparat hat. Allerdings ist die europäische Abteilung schlecht, und es gibt z. B. niemand, der Frankreich wirklich kennt. So kommt es, daß die Fehlentwicklung, die seit 1933 stattgefunden hat, sich jetzt in beinahe schlimmerer Form wiederholt. Persönlichkeiten, die Bescheid wissen, kommen nicht zum Vortrag, d. h. *Hallstein* benutzt den Apparat überhaupt nicht (Berichterstattung *Sonnenhol*).

Die Frage ist nun: Wie kommen wir weiter? Wichtig ist, in der Öffentlichkeit nicht allzu viel Depression zu zeigen. Gibt es einen Weg, zu einer vernünftigen militärischen Kooperation zu kommen? Plan der Konferenz in England ist gut.[10] Wenn dies auch nicht zu konkreten Ergebnissen führt, so besteht doch die Möglichkeit, sich über einzelne Wege zu unterhalten. Außerordentlich gut und geschickt ist auch die Reise *Edens* in die EVG-Länder. Anscheinend ist die nationale Aufrüstung die einzige Alternative, wobei die deutsche Armee in irgendeiner Form an die NATO angeschlossen werden muß.

Zu den Fällen *John* und *Wittmack:* In der Fraktion bestand die fast einstimmige Meinung, daß *Schröder* nicht mehr haltbar sei, weil es bei dieser Angelegenheit nicht auf Schuld, sondern auf Verantwortung ankommt. *Preusker* und *Euler* haben mit *Schröder* verhandelt. *Schröder* aber hat auf *Dehler* und *Becker* hingewiesen, ist also bereit, zum Gegenangriff überzugehen. Daß wir gemeinsam mit der SPD dem von ihr gestellten Mißtrauensvotum[11] zustimmen, ist für uns als Koalitionspartei nicht möglich. Deshalb wurde in der Fraktion beschlossen, dem Kanzler die Situation eingehend zu schildern. Das Gespräch hat gestern stattgefunden *(Preusker, Dehler, Euler).* Insbesondere wurde die Angelegenheit mit den DM 500 000, wo *Blücher* übergangen, wohl aber der Kanzler um Zustimmung gebeten wurde[12], ins Feld geführt. Er zeigt sich anscheinend nicht abgeneigt, den Vorstellungen der FDP nachzugeben, da er sich eine Koalitionskrise bzw. ein Austreten aus der Koalition, die bei der zweifel-

---

abgelehnt. Zur Haltung von *Mendès-France* in dieser Debatte seine ausführliche Rede, abgedruckt in: AdG 1954, S. 4705 A.

9 Am 1. 9. 1954. Die Erklärung der Bundesregierung bzgl. der EVG, die in dieser Sitzung verabschiedet wurde, abgedruckt in: AdG 1954, S. 4714 D 1.

10 Die britische Regierung hatte am 1. 9. 1954 eine Acht-Mächte-Konferenz für den 14. 9. 1954 in London vorgeschlagen. Am 8. 9. 1954 beschloß die Regierung, die in Aussicht genommene Konferenz auf Ende September 1954 zu verschieben und zunächst Außenminister *Eden* auf eine Konsultationsreise zu schicken. AdG 1954, S. 4714 D 3 und S. 4731 B 2.

11 Mißbilligungsvotum vom 12. 8. 1954, BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 31, Drucks. Nr. 769.

12 Zur Aufklärung des Falles *John* hatte der Innenminister 500 000 DM ausgesetzt. Artikel „John-Toto ohne Treffer", in: Rhein-Zeitung vom 9. 9. 1954.

los zustimmenden Haltung der meisten Mitglieder der Fraktion zum Mißtrauensantrag der SPD eintreten würde, nicht leisten kann. In diesem Falle würde er *Schröder* fallenlassen.

Im übrigen hat sich herausgestellt, daß *Adenauer* seine Aufgabe als Kanzler nicht mehr erfüllt. Die von ihm angewandten Mittelchen eines Oberbürgermeisters reichen nicht aus. In der gesamten Angelegenheit *Schröder* wurde mit dem Kanzler vereinbart, daß *Euler, Preusker* und *Dehler* das Gespräch mit *Schröder* fortsetzen und dem Kanzler berichten.

Was den Streik anbetrifft[13], so hat sich die Impotenz der CDU erwiesen. Es wird darauf hingewiesen, daß sich, während der Streik auf dem Höhepunkt stand, der Arbeitsminister in Urlaub befand. Dieses aber wird von Dr. *Dehler* nur als Hinweis gegeben. Die innenpolitischen Dinge sollen heute nicht besprochen werden.

Eine konkrete Frage bleibt offen: Die Montanunion, d. h. soll sie gehalten werden oder sind die dort durch Deutschland gemachten Vorleistungen auf die Dauer nicht zu ertragen?

Herr SCHLOSS weist darauf hin, daß die aktive Rolle der Sowjetunion beim Scheitern der EVG durch Dr. *Dehler* zu wenig berücksichtigt wurde. Zweifellos sei doch *Mendès-France* schon Indochinas wegen [in] diesem Spiel unterlegen. Es ist richtig, daß wir *Mendès-France* nicht verdächtigen dürfen, wir sollten aber auch keine Lobreden auf ihn halten, sondern Zurückhaltung ausüben.

Unser Apparat und unsere Politik haben versagt. Wir hätten Alternativen bereithalten müssen. Die Gegner Deutschlands, der USA und der EVG sind leichtfertig unterschätzt worden.

Welche Konsequenzen sind aus alledem zu ziehen? Zunächst persönliche Opfer von Leuten, die an der Sache schuld sind. In das Auswärtige Amt müssen jetzt Persönlichkeiten kommen, die jünger und wendiger sind und die Dinge richtig beurteilen können. Außerordentlich notwendig ist es, sich ein wahres Bild über Frankreich und die Verhältnisse überhaupt zu verschaffen. [Die] USA hat die französische Psyche völlig verkannt, und der Kanzler hat dieses noch übertrumpft.

Unser Positivum ist, daß die Schuld am Scheitern der EVG bei Frankreich liegt. Hier ist ein Ansatzpunkt für die deutsche Politik. Voraussetzung ist allerdings, daß der selbstherrliche Bundeskanzler nicht mehr als Außenminister fungiert, sondern ein echter Außenminister berufen wird. Unser Ziel muß bleiben, eine echte deutsche Souveränität zu erreichen und – leider – eine deutsche Nationalarmee anzustreben. Man kann schon jetzt prognostizieren, daß gegen die deutsche Nationalarmee alles in Feld geführt wird, was ins Feld geführt werden kann. Dem müssen wir von vornherein mit Klugheit begegnen. Die deutsche Außenpolitik ist in der Vergangenheit hysterisch aktiv gewesen. Sie wird jetzt stiller und zurückhaltender sein müssen. Darauf alleine

13 Streik in der bayerischen Metallindustrie vom 9.–31. 8. 1954. AdG 1954, S. 4726 B 4.

kommt es an. Es liegt bei den anderen, jetzt Vorschläge zu machen, nicht bei uns.

Was den sog. Fall *John* anbetrifft, so muß im Zusammenhang damit eine innenpolitische Bereinigung vorgenommen werden. *Schröder* muß sein Amt zur Verfügung stellen, ehe man uns zwingt, mit der SPD zu ziehen. Nur wenn unsere innenpolitischen Dinge bereinigt sind, können wir wieder eine vernünftige Außenpolitik machen.

Herr HEDERGOTT weist auf die psychologisch wichtige Rolle der SPD in der gesamten Angelegenheit EVG hin. Wir (die FDP) haben immer in der Kontroverse *Ollenhauer/Adenauer* gestanden.

Daraus ergab sich unsere sog. 120-Prozentigkeit. Man hat immer gemeint, daß es zur EVG nur über USA geht und hat durch diese Alternativlosigkeit die Franzosen vor den Kopf gestoßen. Vorschläge, die von uns (Reinhold *Maier, Pfleiderer*[14]) gemacht wurden, haben wir entweder selbst abgelehnt, oder sie sind von der CDU zunichte gemacht worden.

Was uns Not tut, ist vor allem auch eine Selbstkritik. Wir haben vor allem den Fehler begangen, die Gegner der EVG zu diffamieren, als ob sie Steigbügelhalter von Moskau wären. Das gleiche hat sich innenpolitisch abgespielt. Diese Schwarz-weiß-Malerei ist völlig falsch und unpolitisch. Vor vier Jahren wäre es z. B. nicht möglich gewesen, von uns aus eine Nationalarmee zu fordern. Trotzdem hätten wir, was das Gesamte der Außenpolitik anbetrifft, ruhiger sein können, wie es z. B. die Gegner waren.

Was wir brauchen heute, sind Kenntnisse der einzelnen Länder, d. h. aber praktisch, daß eine Auflockerung der Außenpolitik notwendig ist. *Adenauer* hat immer gesagt, wenn die EVG scheitert, würde sich Amerika zurückziehen, und außerdem würde das Scheitern der EVG bedeuten, daß es dann keine andere Möglichkeit der Sicherung Westeuropas mehr gäbe. Beides wird nicht zutreffen, d. h. aber praktisch, daß die Glaubwürdigkeit des Außenministers aufs schwerste erschüttert ist. Wenn wir fragen, ob *Schröder* noch tragbar ist, müßten wir die gleiche Frage für den Außenminister stellen.

Dr. MIDDELHAUVE geht zunächst auf die Frage des Innenministers ein. *Schröder* sei nicht nur in die Wüste zu schicken wegen seiner Dummheiten in der Frage *John.*[15] Diese Angelegenheit sei gleichsam nur der letzte Stein gewesen. *Schröder* habe z. B., verführt durch *Adenauer,* seinerzeit das törichte Filmverbot erlassen[16] und den berühmten Gesetzentwurf wegen neonazistischer Re-

14 Vgl. FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. LXXVI und S. LXXXIX.

15 Zur Kritik der FDP am Verhalten des Innenministers im Falle *John* die Reden *Maiers* und *Dehlers* im Bundestag am 16. 9. 1954, BT STEN. BER., Bd. 21, S. 1966 A–1976 D. Vorgehalten wurde *Schröder* u. a., wie es *Dehler* ausführte, daß er „in jeder Hinsicht nicht rasch, nicht entschlossen, nicht mit sicherem Gefühl gehandelt" habe. Ebd., S. 1976 A. Zum etwas unterschiedlichen Tenor der beiden Reden Nr. 5 mit Anm. 3 und 4.

16 Hierbei handelte es sich um den Film „Bis fünf nach zwölf", der im November 1953 von den Innenministern der Länder auf Druck der Bundesregierung mit der Begründung verboten wurde, er wirke „als Verherrlichung des Nationalsozialismus". Hierzu Ulrich ENDERS, Der Hitler-Film „Bis fünf nach zwölf". Vergangenheitsbewältigung oder Westintegration?, in:

naissance-Tendenzen eingebracht[17], der allerdings schon im Kabinett hängengeblieben wäre, aber eine Bestrafung von Gesinnung beinhaltet hätte. Zum Himmel schreiend seien selbstverständlich die Pflichtversäumnisse *Schröders* in der Angelegenheit *John. Schröder* sei nicht mehr zu halten. Das sei nicht nur eine personelle Frage, sondern eine Frage, die die Demokratie als solche anginge. Es stünde ziemlich fest, daß *Schröder* versuchen würde zu boxen. Deshalb müsse die Entscheidung vor der Bundestagssitzung fallen, und zwar so, daß er entweder zurücktritt oder gegangen würde. Wenn aber *Schröder* stürzt, und das müsse durchgesetzt werden, wird es wohl schwer sein, gleichzeitig die Trennung des Außenministers vom Kanzler durchzusetzen. Ein solcher Schritt würde in der Öffentlichkeit als Mißtrauen gegen *Adenauer* empfunden werden. Man müßte wohl die Forderung stellen, sich aber gleichzeitig darüber klar sein, daß sie im Augenblick nicht durchgesetzt werden könne.

Der Fehler in der außenpolitischen Entwicklung war, daß man den dritten Schritt vor dem zweiten getan hätte. Der erste Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Integration sei zweifellos die Montanunion gewesen, die man deshalb nicht preisgeben dürfe, sondern halten und verstärken müsse. Man solle auch, ähnlich wie seinerzeit in Deutschland, eine europäische Zollunion anstreben und dürfe auf keinen Fall die Montanunion von uns aus anfechten.

Der zweite Schritt wäre logischerweise die Herstellung einer europäischen politischen Gemeinschaft gewesen. Dr. *Middelhauve* verweist in diesem Zusammenhang auf den Verfassungsentwurf des ad-hoc-Ausschusses.[18] Daraus hätte sich zwangsläufig der dritte Schritt, nämlich die europäische Verteidigungsgemeinschaft, ergeben.

Unsere Pflicht als FDP sei es, alle Äußerungen auf die europäische politische Integration abzustellen. Das Bekenntnis der FDP zu einer europäisch-politischen Gemeinschaft sei deshalb notwendig. Die deutsche Souveränität ist selbstverständlich als Voraussetzung für jede weitere deutsche Außenpolitik anzustreben und in ihrem Rahmen die Nationalarmee, allerdings ohne jede Diskriminierung.

Eine klare Formulierung und Stellungnahme des Vorstandes müsse zu all diesen Fragen noch heute formuliert werden.

Friedrich P. KAHLENBERG (Hrsg.), Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms, Boppard/Rh. 1989, S. 916–936.

17 Der Bundesinnenminister hatte am 24. 11. 1953 im Kabinett einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Art. 139 GG eingebracht, der Bestimmungen enthielt, die die „Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes" verhindern bzw. die „Bekämpfung staatsfeindlicher Publikationen" ermöglichen sollte. Am 8. 12. 1953 entschied das Kabinett, die Vorlage zurückzustellen, da die „erforderliche qualifizierte Mehrheit" im Bundesrat kaum zu erreichen und die Haltung des Bundestages „zweifelhaft" sei: Die KABINETTSPROTOKOLLE der Bundesregierung, Bd. 6: 1953, bearb. von Ulrich ENDERS und Konrad REISER, Boppard/Rh. 1989, S. 533 und S. 550 f.

18 Satzungsentwurf der Verfassungskommission der ad-hoc-Versammlung zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaft vom Januar 1953 abgedruckt in: AdG 1953, S. 3817 B.

Dr. NOWACK betont, daß man nicht nach Schuld fragen und nicht nach Schuldigen suchen solle. Der Gedanke der EVG war als Ausgangspunkt und als Möglichkeit für Deutschland durchaus positiv. Wir hätten dadurch das Petersberger Abkommen[19], die Befreiung von Kontrollinstanzen usw. erreicht. Falsch wäre es, jetzt pessimistische Äußerungen zu tun und damit den Franzosen die Argumentation zu erleichtern. Im übrigen habe sich gerade die FDP mit der Frage befaßt: Was wird, wenn die EVG scheitert? Wichtig wäre jetzt, ein Programm zu erstellen und neue Wege aufzuzeigen.

Die konkrete Tatsache wäre, daß sich die Völker alle mehr und mehr von den amerikanischen Subventionen befreit hätten, und zwar in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Im übrigen wären wir immer in den Fehler verfallen, Frankreich mit Wunschaugen anzusehen. Es sei aber erwiesen, daß die deutsche Bereitschaft zur Verständigung bei weitem größer war als die französische. Ihm erschiene es wichtig, in Zukunft die Forderung zur europäischen Solidarität von der Forderung nach einer europäischen Sicherheit zu trennen. Die Frage der Wiedervereinigung könne zu einem neuen Ansatzpunkt für die Europapolitik werden, denn die anderen müßten sagen, was sie dazu beitragen wollen oder daß sie sie nicht wollen. Gerade in diesem Zusammenhang sei es ein großer Mangel, daß die Wiedervereinigung in der Regierungserklärung nicht angesprochen wurde.[20]

Wir müßten unsere Außenpolitik gut organisieren, aber nach außen hin uns sehr ruhig verhalten. Unsere Situation sei zwar nicht gut, aber auch nicht schlecht, denn die anderen wären an der Lösung der Probleme genauso interessiert wie wir. Deshalb könnten wir abwarten, bis die anderen ihre Vorschläge machten. Wir sollten von uns aus nicht nach Souveränität und nicht nach einer Nationalarmee schreien, sondern uns dieses antragen lassen. Dadurch ergäbe sich auch eine viel bessere Verhandlungsbasis.

Für all das sei es aber notwendig, daß wir einen eigenen Außenminister fordern, was wir zwar schon immer getan haben, ohne uns jedoch durchzusetzen. Eine Forderung in der Öffentlichkeit würde allerdings eine Prestigefrage bedeuten. Deshalb sei sein Vorschlag, interne Gespräche mit einigen Leuten der CDU und *Adenauer* darüber zu führen.

Die Sache *Schröder* könne im Zuge eines allgemeinen Revirements gelöst werden.

Herr RUBIN weist auf die Gefahr hin, daß aus der gegenwärtigen Vertrauenskrise leicht eine Staatskrise werden könne. Seines Erachtens nach käme es darauf an, eine andere Europaidee zu entwickeln und nicht die Verteidigung in den Vordergrund zu stellen. Europa ist die psychologische Voraussetzung für die EVG, oder die EVG und ähnliche Gebilde sind nicht mehr vorhanden. Wir hätten einen großen Teil Schuld daran, daß die Entwicklung so gekommen ist,

---

19 Datiert vom 22. 11. 1949, abgedruckt in: Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, hrsg. von Horst LADEMACHER und Walter MÜHLHAUSEN, Melsungen 1985, S. 87–90.

20 Die Regierungserklärung vom 1. 9. 1954 enthielt einen Hinweis auf die Wiedervereinigung, AdG 1954, S. 4714 D 1.

weil wir zu selbstbewußt geworden wären und zu sehr renomiert hätten. Deshalb müßten wir jetzt die gesamte Situation sehr selbstkritisch analysieren und uns zurückhalten.

Das außenpolitische Dilemma sei deshalb so erschütternd für uns, weil es zusammenträfe mit der Erkenntnis, daß wir auch innenpolitisch schwimmen. Wir hätten nicht gesehen, was sich unter der Oberfläche verbirgt, daß entscheidende Wandlungen stattgefunden hätten und daß nach und nach die Brüchigkeit der sozialen Situation zutage tritt. Deshalb wolle er darauf hinweisen, daß die Dinge nicht nur unter außenpolitischen Aspekten gesehen werden könnten, sondern daß die gesamte Situation einer eingehenden wirtschaftlichen und sozialen Analyse bedürfe.

Was die Montanunion anbeträfe, so müsse man, trotz der von uns aufgebrachten Vorleistungen, unbedingt an ihr aus wirtschaftlichen und politischen Gründen festhalten.

Frau Dr. LÜDERS: Der Bundestag und die Regierung und die Demokratie überhaupt hätten schwerste Vertrauensverluste erlitten, die sich eigentlich nur mit der Situation 1931/32 vergleichen ließen. Wir leben dauernd unter dem Gesichtspunkt „als ob". Mit der CDU sind wir mit Mannestreue durch Dick und Dünn gegangen. Ernste Warnungen sind ungehört verhallt. Vor allem hätten wir an einem „chronischen Rotkoller" gelitten, und es sei klar, daß *Adenauer* durch unsere Haltung das Gefühl gehabt hätte: Ich habe das Kabinett hinter mir. Wenn das nicht gewesen wäre, hätte er sich vielleicht besonnen. Es steht fest, daß er auch jetzt wieder versuchen würde, uns Mannestreue abzuhandeln. Wir müssen deshalb eine Ämterteilung fordern und *Schröder* ersetzen.

Politik kann nur mit Geduld in der Sache und in der Form getrieben werden. Uns tut Zurückhaltung nicht nur in unserem Handeln, sondern auch in unserer Ausdruckweise nach außen Not. Sie hielte es deshalb für richtig, den Rücktritt *Schröders,* einen eigenen Außenminister und eine Umbesetzung des Auswärtigen Amtes zu fordern.

Herr Dr. HAUSSMANN gibt zunächst seinem Befremden darüber Ausdruck, daß außer Herrn Minister *Neumayer* keiner unserer Bundesminister bei der gegenwärtigen Sitzung anwesend sei (Dr. *Schäfer* ist wegen seines Wahlkampfes in Schleswig-Holstein entschuldigt).

Außerdem müsse sichergestellt werden, daß die Fraktion die Beschlüsse des Vorstandes nicht desavouiert. Die Politik des Bundes sei auch für die Länder ungeheuer wichtig, da sich mehr und mehr herausgestellt habe, daß die Länderwahlen im Schatten des Bundes stehen.

Die entscheidende Frage sei: Hat die Bundesregierung die Kraft und den Willen, aus der veränderten weltpolitischen Situation die Konsequenzen zu ziehen?

Wir sollten einen eigenen Außenminister fordern, ebenso den Rücktritt *Schröders.* Wir wüßten aber alle, daß im Zusammenhang damit sofort die Personenfrage auftaucht und daß das ein Mittel sei, uns hinzuhalten. Wir sollten des-

halb, wenn wir diese Dinge verlangen, dann auch bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen, wenn wir nicht durchkommen.

Herr Dr. *Haußmann* verweist sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit, das Bundestagswahlrecht jetzt mit anzusprechen, damit wir nicht in Zeitdruck kommen, und dafür Sorge zu tragen, daß es jetzt in unserem Sinne durchgesetzt wird.

Dr. DEHLER erklärt in diesem Zusammenhang, daß er gerade in dieser Angelegenheit an den Bundeskanzler geschrieben und um eine sofortige Besprechung in der Wahlrechtsfrage gebeten habe.[21]

Minister NEUMAYER: Es steht fest, daß die EVG gescheitert wäre; das hieße aber nicht, daß das auch von der gesamten Außenpolitik gesagt werden könne. Wenn wir diese Meinung hätten, dann wäre die Konsequenz ein Umwerfen des Steuers in der Richtung *Pfleiderer*. Psychologisch müsse er darauf hinweisen, daß der Europagedanke als solcher einen Auftrieb erhalten hätte und daß die Integration trotz Rückschlägen stattfinden werde. Alternativen seien da, wir müßten uns aber jetzt still verhalten. Das Scheitern der EVG läge an Frankreich, deshalb sei es auch an den anderen Staaten, uns jetzt Vorschläge zu machen. Im übrigen müsse er auf die Gefahr der Isolierung der USA hinweisen, was für uns eine tödliche Gefahr bedeuten würde.

Wir dürften keine Vorschläge machen, sondern müßten die an sich selbstverständliche Souveränität und die Wiederbewaffnung auf uns zukommen lassen. Außerdem sollten wir mehr als bisher auf die englische Karte setzen und die Mentalität des französischen Volkes stärker beachten.

Die Frage des Außenministers läßt sich nicht von heute auf morgen lösen. Deshalb sollten wir die Schaffung eines eigenständigen Außenministers nicht in einer ultimativen Form verlangen, denn das würde die Preisgabe der Koalition bedeuten. Es wäre aber ein Unglück, wenn wir gerade im gegenwärtigen Moment aus der Koalition ausscheiden würden. Was die Angelegenheit *Schröder* anbeträfe, der ja für die Wahl von *John* nicht verantwortlich wäre, so erhöbe sich die Frage, ob unabhängig von Verschulden usw. ein Minister zurückzutreten habe. Fest stünde jedenfalls, daß, wenn die Fraktion sich dem Mißtrauensantrag der SPD gegen *Schröder* anschlösse, ein Verbleiben der FDP-Minister im Amt nicht mehr möglich wäre. Deshalb soll der größte Wert auf die Besprechung mit *Schröder* und *Adenauer* gelegt werden, um *Schröder* von sich aus zu einem Verzicht auf sein Amt zu bewegen.

Herr RADEMACHER nimmt zunächst zur Frage der Montanunion Stellung und legt dar, daß er im allgemeinen für keine Absentierung sei, daß er jedoch darauf hinweisen müßte, daß, wenn sich in der Frage der Verkehrstarife die anderen Mächte durchsetzen, es sich für uns katastrophal auswirken würde (Verluste der Absatzgebiete südlich des Mains, Belastung der Deutschen Bundesbahn, Verteuerung der Kohle in bestimmten Gebieten, insbesondere für den Hausbrand). Das Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, daß wir

21 Auszug aus diesem Brief vom 6. 7. 1954 abgedruckt in: E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 610.

auch hier Opfer bringen müßten. Er sei jedoch der Meinung, daß wir die Ansicht des Verkehrsministers teilen sollten.[22]

In der Angelegenheit *Schröder* geht es um die Frage, ob der verantwortliche Minister richtig taktiert habe. Es sei selbstverständlich, daß wir diese Frage verneinen müßten, er glaube jedoch nicht an einen Rücktritt *Schröders* hinter den Kulissen und müsse betonen, daß er seinerseits für den Mißtrauensantrag der SPD stimmen werde.

Was die Außenpolitik anbeträfe, so sei er glücklich, daß durch *Dehler* und die Haltung der FDP allmählich eine Lösung von der CDU erfolge. Wichtig sei aber zu überlegen, wer eigentlich in England und Frankreich unsere Vertreter sind. So sehr er diese Männer persönlich schätze, so sei doch klar, daß dorthin nur die allerfähigsten Persönlichkeiten gehörten. Die Voraussetzung einer neuen Außenpolitik läge in einem Gesamtrevirement, in das auch die Besetzung in London und Paris einbezogen werden müsse.

Für die gesamte Entwicklung sei entscheidend gewesen, daß wir für uns den Führungsanspruch in der Frage der europäischen Integration in Anspruch genommen hätten. Hier läge der psychologische Fehler, und hieraus sei auch zu erklären, daß es zur „deutschen Hetze" gekommen sei. Gleichfalls falsch taktiert wurde in der Saarfrage, indem wir die Franzosen provozierten, diesen Komplex in die Außenpolitik mit einzubeziehen. Was eine Alternativlösung anbeträfe, so müsse er davor warnen, allzu einseitig zu sein, damit wir nicht in einem halben bis einem Jahr wieder in eine Sackgasse geführt würden. Es gäbe in Bonn sehr viele, die nicht gerade böse darüber wären, daß die EVG geplatzt ist und wahrscheinlich eine Nationalarmee kommt. Die Frage der Trennung des Außenministeriums vom Bundeskanzleramt müßte jetzt durchgezogen werden, weil wir sonst den selbständigen Außenminister nie bekämen.

Zur Frage des „chronischen Rotkollers" müsse er die Frage aufwerfen, ob es nicht richtig sei, zu irgendeiner Zeit eine gemeinsame Außenpolitik trotz der Sturheit der SPD mit der Opposition zu betreiben. Er sei der Meinung und stelle diese Frage zur Diskussion, daß man an den Kanzler die Forderung stellen solle, alle Fraktionsführer, einschließlich der SPD, zu gemeinsamen Besprechungen zusammenzurufen. Falls der Kanzler dies ablehnen sollte, müsse man den Mut haben, dieses Gespräch von sich aus zu führen.

Er riete zur Vorsicht in der zukünftigen Außenpolitik und glaube, daß es vernünftig sei, von der FDP aus keinen Alternativvorschlag zu machen, sondern die Entwicklung abzuwarten. Was die Viererkonferenz anbeträfe, so halte er es für falsch, daß man jeden Tag in der Zeitung läse, wir seien dagegen. Er sei der

---

22 Über die „Einführung direkter Tarife" im Montanbereich dabattierte im Sommer 1954 das Wirtschaftskabinett. Die Positionen der einzelnen Ministerien hält die Aufzeichnung einer Ressortbesprechung am 12. 8. 1954 fest. Demnach war das Verkehrsministerium zu einem Entgegenkommen gegenüber den von der Hohen Behörde gemachten Vorschlägen bereit, obwohl sie „Diskriminierungen" für die deutsche Seite mit sich brachten. Zusammen mit den Vertretern des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums sprachen sich die anwesenden Beamten des Auswärtigen Amtes gegen ein Entgegenkommen aus. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Abteilung 2, Referat 213, Az. 86.07/2, Bd. 1954.

Überzeugung, daß diese Viererkonferenz kommt und wir sie nicht verhindern könnten.

Die Fraktion muß zu einem neuen Standpunkt in der Innen- und Außenpolitik kommen und innen- und außenpolitisch klare Forderungen aufstellen, aus denen sich die entsprechenden Konsequenzen ergäben. Mit einer guten allgemeinpolitischen Konzeption hätten wir auch die Chance, einen Teil der CDU von ihrem verkehrten Weg zu überzeugen.

Dr. EHRICH betont eingangs, ebenso wie Herr Dr. *Haußmann,* daß er es für unbedingt erforderlich hielte, daß bei solchen wichtigen Sitzungen sowohl alle Kabinettsmitglieder der FDP wie auch alle Vorstandsmitglieder anwesend sein müßten.

Im Falle *Schröder* müßten die Konsequenzen gezogen werden, und zwar um der Demokratie willen.

Was die Montanunion anbeträfe, so sei die deutsche wirtschaftliche Schädigung durch die Vorleistungen allmählich bedenklich. Man solle dafür eintreten, daß die Zeit der Vorleistungen vorbei sein müßte.

Um einen eigenen Außenminister zu erlangen, genüge es nicht, wieder zu sagen, grundsätzlich sind wir dafür, aber augenblicklich geht es nicht. Die FDP käme allmählich in den Geruch, wohl hin und wider gegen den Stachel zu lökken, dann aber doch nachzugeben.

Herr WENDT glaubt, daß zwei Dinge nicht richtig diskutiert worden wären. Die FDP hätte als erste Partei zur Wiedervereinigung Stellung nehmen müssen. Er hielte den Vorschlag von Herrn *Rademacher,* eine große Koalition anzustreben, für richtig.

Was *Schröder* anbeträfe, so sei es bedauerlich, daß es gerade Herr *Schröder* wäre, der demokratisch sei. Wir wüßten nicht, wen wir dann als Innenminister bekämen. Es könnte ein zweiter *Lehr* sein, der nicht demokratisch wäre.

Herr *Wendt* kommt dann noch kurz auf die Frage der notwendigen Ehrenerklärung von seiten *Adenauers* für die Männer des 20. Juli zu sprechen und bedauert, daß die FDP hier nicht aktiv geworden wäre.

Nachdem Herr Dr. DEHLER betont hat, daß *Lehr* eine durchaus demokratische Persönlichkeit ist, führt

Herr Dr. KOHUT aus, daß es bekannt wäre, daß wir in eine Sackgasse geraten wären. Erschütternd wäre aber, daß in Bonn niemand wisse, wie es weitergehen sollte. *Adenauer* habe schlechte Berater, er kennt die Stimmung in den einzelnen Ländern nicht, und *Adenauer* ist überlastet. Diese Dinge zeigten aber deutlich, daß ein Wandel geschaffen werden muß.

Reinhold MAIER: In der Außenpolitik legt sich starke Zurückhaltung deutscherseits logisch auf. Diese Zurückhaltung wäre aber nicht möglich, weil *Adenauer* immer weiter vorwärts schreiten müsse. Das Gesetz der Zurückhaltung würde nicht eingehalten, und deshalb würden weiter Fehler auf Fehler begangen werden. Diese Entwicklung würde unser Schicksal sein.

Ich glaube, daß man den Fall *Schröder* nicht als erstranging behandeln und sich nicht allzu sehr dabei versteifen soll. Es wäre richtig, in der Debatte die politischen Fragen, die mit dem Verfassungsschutz in Zusammenhang stehen, in den Vordergrund zu stellen. Er schlüge deshalb vor, im Falle *Schröder* keinen Beschluß durch den Vorstand zu fassen.

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß der Fraktionsvorstand bereits zu dieser Frage Stellung genommen habe und seine Vorschläge dem Kanzler unterbreitet worden seien.[23] Dies könne nicht zurückgerufen werden.

Dr. PREUSKER legt die Stellungnahme der Kabinettsmitglieder in der Sache *Schröder* dar. Danach ist es so, daß, falls ein größerer Teil der Fraktion dem Mißtrauensantrag gegen *Schröder* zustimmt, den Kabinettsmitgliedern der FDP, falls *Schröder* gehalten würde, nichts anderes übrig bliebe, als geschlossen zurückzutreten.

Die Lösung der Frage des selbständigen Außenministers und das Gesamtrevirement im Auswärtigen Amt (einschließlich London, Paris und Washington) ist außerordentlich wichtig, denn in den kommenden Monaten werden die Lösungen nicht auf Konferenzen gefunden, sondern zunächst in Gesprächen gesucht werden müssen. Deshalb solle man die Verhandlungen um *Schröder* mit den Gesprächen um den Außenminister und das Revirement verbinden.

Was die gemeinsame Außenpolitik mit der SPD anbeträfe, so müsse er auf die sture Haltung der SPD mit ihrer Forderung nach einer Vier-Mächte-Konferenz hinweisen. Obwohl die Forderung an sich richtig wäre, sei das Abhalten einer solchen Konferenz gerade im gegenwärtigen Augenblick inopportun. (Beispiel: Berliner Konferenz[24] und verändertes Abstimmungsverhältnis 2:2).

Die Wiedervereinigung sei auf drei Wegen möglich. Entweder man stimme der russischen Version zu, das sei untragbar. Die Neutralisierung Deutschlands wäre ebenfalls untragbar, da dadurch sozusagen Deutschland nicht im Flugzeug, wohl aber im Bummelzug nach Moskau reisen würde. Der dritte Weg, den wir immer verfolgt hätten, sei der, die deutsche Wiedervereinigung über einen einigen, starken Westen zu erreichen. Diese Möglichkeit müsse aber im Gesamtrahmen der Weltpolitik liegen. In dieser Hinsicht sei auch die Außenpolitik im Grunde nicht gescheitert, denn sie hätte den dritten und für uns richtigen Weg zur Wiedervereinigung gesucht, wenn auch die Taktik und die Mittel, die der „Oberbürgermeister von Europa" angewandt hat, falsch waren.

---

23 Im Zusammenhang mit dem Fall *John* hatte die FDP-Bundestagsfraktion grundsätzlich zum Verfassungsschutz wie folgt Stellung genommen: „1. Zusammenfassung der Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung. 2. Zusammenfassung sämtlicher übrigen Nachrichtendienste im Gebiet der Bundesrepublik, insbesondere der Organisation Gehlen und des Abwehrdienstes des Amtes Blank. 3. Überprüfung sämtlicher im Abwehrdienst tätigen Personen auf ihre fachliche, charakterliche und politische Zuverlässigkeit [...]. 4. Beschränkung der Tätigkeit des Verfassungsschutzes auf sein Aufgabengebiet [...]. 5. Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes durch einen Kontrollausschuß, der aus Mitgliedern des Ausschusses zum Schutz der Verfassung zu bilden ist." Informationsrundbrief Nr. 23 der FDP-Bundestagsfraktion vom 30. 7. 1954, ADL, unverzeichneter Bestand.

24 25. 1.–23. 2. 1954.

Die SPD hat außenpolitisch keine echte Konzeption. Trotzdem werden wir mit ihr sprechen müssen, um sie vor die Gretchenfrage zu stellen, ob sie konstruktiv mitarbeiten will. Leider mache es uns die SPD durch ihr Verhalten außerordentlich schwer, uns gegenüber der CDU abzusetzen.

Alles in allem genommen sei sein Vorschlag, in einer Generalverhandlung mit *Adenauer* alle Fragen aufzuwerfen und auch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Die FDP-Minister im Kabinett seien bereit, erforderlichenfalls zurückzutreten.

Herr RADEMACHER weist im Zusammenhang mit seinem Artikel[25] zunächst darauf hin, daß dieser Artikel seine persönliche Meinung wiedergegeben habe. Die parteipolitischen Fronten müßten aufgelöst werden. Unter *Adenauer* geht das nicht. Wir sind so unselbständig, daß wir nicht einmal den Mut hatten und haben, mit der SPD über die Wahlgesetzfrage zu sprechen.

Dr. MIDDELHAUVE weist auf die Besprechungen mit der SPD hin, die während der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben. Wenn die CDU ewig an der Regierung, die SPD ewig in Opposition sei, dann könne am Ende nur eine Verkrampfung der parlamentarischen Demokratie herauskommen. Diese Verkrampfung müsse gelöst und ein Gespräch ermöglicht werden. Wenn die Entwicklung so läuft, daß die schwarze Gefahr größer als die rote ist, müßten wir mit der SPD ziehen.

Es wird im Zusammenhang mit dieser Frage und dem Problem einer konservativen Partei beschlossen, in einer der nächsten Vorstandssitzungen (Referat Prof. Dr. *Reif*) über diesen Problemkomplex zu sprechen.

Anschließend wird die durch Dr. *Middelhauve* und Dr. *Nowack* formulierte Entschließung diskutiert. Sie wird im folgenden Wortlaut angenommen: (Anlage[26]).

---

25 Der Artikel *Rademachers* war am 28. 8. 1954 im „Hamburger Anzeiger" erschienen. Darin hatte er sich für die Bildung einer großen Koalition aus CDU, SPD und FDP ausgesprochen, um die starren Fronten durch Beteiligung der Sozialdemokraten an der Bundesregierung aufzulösen. AdsD, Sammlung Personalia-Rademacher.

26 „Der Bundesvorstand bedauert das Scheitern des EVG-Plans, weil dadurch die Einmütigkeit des Westens bedroht und die dringend notwendige gemeinsame Sicherung der Freiheit verzögert wird. Ohne die Geschlossenheit der westlichen Partner, die auch im gemeinsamen Verteidigungswillen zutage tritt, kann von einem kommenden Ost-West-Gespräch kein günstiger Ausgang erwartet werden. Der Bundesvorstand ist sich bewußt, daß angesichts dieser für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetretenen Erschwernisse mit um so größerer Festigkeit an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit gearbeitet werden muß. Trotz der Ablehnung des vor zwei Jahren unterzeichneten Vertragswerkes durch Frankreich tritt der Bundesvorstand dafür ein, daß die nachhaltigen Bemühungen um eine politische, wirtschaftliche und wehrmäßige Zusammenarbeit der freien Völker auf der Grundlage westlicher Solidarität fortgesetzt werden. Die Außenpolitik der Bundesrepublik steht nunmehr vor der Aufgabe, die Anerkennung der deutschen Souveränität herbeizuführen und anstelle der gescheiterten EVG-Konzeption neue Formen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit mit dem unveränderten Ziel der Sicherung der Freiheit und der politischen Einigung Europas zu entwickeln. Statt jedoch gegenüber unverbindlich geäußerten Ersatzvorschlägen, wie sie in auswärtigen Hauptstädten erörtert werden, voreilige Festlegungen zu vollziehen, empfiehlt der Bundesvorstand vorerst eine sorgsame Abklärung der Grundanschauungen über die gleichberechtigte Eingliederung der Bundesrepublik in ein gemeinsames Verteidigungssystem. Bei Prüfung der innen-

[VERSCHIEDENES]

Der Vorstand beschließt, als Vorsitzende für den Kriegsopferauschuß Frau *Gusovius,* als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn *Zörner* zu bestellen.

Als Vorsitzender des Jugendausschusses wird Herr *Mischnick,* als Stellvertreter Herr *Wendt* bestellt.

Im Zusammenhang mit der Frage des Umzuges von Parteifreunden ins Ausland wird beschlossen, daß die Landesverbände in einem solchen Falle den Namen an die Bundesgeschäftsstelle melden sollen, damit die betreffenden Mitglieder dort weitergeführt werden.

Die nächste Sitzung des Vorstandes findet am 8. Oktober 1954 statt. Das gleiche gilt für die Besprechungen über den Finanzausgleich.

Die Konstituierung und Einberufung des außenpolitischen Ausschusses wird zurückgestellt.

5.

8. 10. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 101. Überschrift: „Kurzprotokoll von der Sitzung des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei am 8. 10. 54 in Bonn, Bundeshaus." Beginn: 14.50 Uhr.

Teilnehmer: Blücher, Dehler, Ehrich, Euler, Frühwald, Günzel, Haußmann, Hedergott, Hummel, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Mischnick, Müller-Link, Neumayer, Nowack, Preusker, Rademacher, Rubin, Hermann Schäfer, Schwennicke, Strömer, Wendt, Weyer.

TOP 1: BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Der Parteivorsitzende Dr. DEHLER eröffnet die Sitzung und gibt als Einführung einen Kurzbericht über die politische Lage. Er referiert über den Fall *John*[1] und legt die Gründe dar, weswegen die FDP sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe.[2] Reinhold *Maier* habe der Fraktion zugesichert, er

---

politischen Lage stellt der Bundesvorstand fest, daß die Fälle *John* und *Schmidt-Wittmack* und ihre Fehlbehandlung durch eine Kette von psychologischen Ungeschicklichkeiten und Mißgriffen das öffentliche Vertrauen erschüttert haben. Das Volk beurteilt solche Vorfälle mit Recht auch nach der demokratischen Verantwortlichkeit für den verwalteten Amtsbereich. Der Bundesvorstand erwartet, daß die außen- und innenpolitischen Entwicklungen den Bundeskanzler zu notwendigen Konsequenzen innerhalb der Bundesregierung veranlassen." fdk, 5. Jg., Nr. 57 vom 13. 9. 1954.

1 Vgl. Nr. 4, Anm. 1.

2 Abstimmung im Bundestag über den Antrag der SPD-Fraktion betr. Mißbilligung des Verhal-

werde im Plenum äußerst milde und sachlich sprechen. Dessen ungeachtet hätten seine Ausführungen[3] einige Überspitzungen mitgebracht, die er, Dr. *Dehler*, dann versucht habe auszugleichen.[4]

RADEMACHER meint, ihm hätten ein bis zwei Passagen, in denen Reinhold *Maier* die Demokratie schlechthin angegriffen habe, nicht gefallen. Im übrigen sei die Rede aber draußen sehr gut angekommen. Durch die Rede Reinhold *Maiers* sei die Kernfrage angeschnitten worden, nämlich das Recht der freien Meinungsäußerung, zumal sich auch der Bundesminister Dr. *Schröder* unwürdig verhalten habe.

EULER meint, Reinhold *Maier* habe der Fraktion gegenüber Versicherungen abgegeben, die er dann bei der Rede nicht eingehalten habe. In Wirklichkeit sei seine Rede auf eine Kritik an der Koalition hinausgelaufen. Dies alles auf dem Hintergrund maßloser Übertreibungen. Man habe den Eindruck gewonnen, als wollte *Maier* andeuten, der Bundestag sei nicht mehr weit entfernt von der Volkskammer. Es herrsche bei uns allgemein Korruption, oppositionelle oder auch nur abweichende Meinungen würden mundtot gemacht, so daß man sich fragen müsse, warum wir immer noch in der Koalition verblieben seien.

Er sei in Frankfurt bei der Tagung der Deutschen Jungdemokraten nicht von sich aus auf das Thema *Maier*-Rede eingegangen. An ihn sei vielmehr die Frage gestellt worden, was er von dem Fall *Maier* halte. Zu diesen Fragen habe er Stellung genommen.[5]

Dr. MIDDELHAUVE: Die Überspitzung habe manches von der Wirkung der Rede genommen. Es wäre aber gut, daß *Maier* die Dinge einmal angesprochen habe. Er erinnere an das Filmverbot („5 Minuten nach 12")[6], das ohne jede Rechtsgrundlage ausgesprochen worden sei. Jeder müsse den Eindruck haben, daß die Verwaltungsgerichte erst die Freiheit wieder sichern müssen, die damals das Filmverbot aufgehoben hätten.

Man hätte den Rücktritt *Schröders* der Öffentlichkeit wegen durchsetzen müssen. Man hätte direkt beim Kanzler und in Anwesenheit *Schröders* auch seinen Rücktritt durchsetzen können.

HEDERGOTT meint, es sei draußen gut angekommen, daß die FDP-Fraktion sich geschlossen der Stimme enthalten habe. Die Rede *Maiers* hätte insbesondere bei ernsthaft politisch Denkenden großen Eindruck gemacht. *Maier* habe sicherlich übertrieben. Man dürfe jedoch nicht gleich einen Angriff auf die De-

---

tens des Bundesministers des Innern (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 31, Drucks Nr. 769) am 17. 9. 1954, BT STEN. BER., Bd. 21, S. 2052 A–C.

3 Ebd., S. 1966 A–1973 D.

4 Ebd., S. 1974 B–1976 D.

5 Auf dem ersten Bundesdelegiertentreffen der Deutschen Jungdemokraten vom 1.–3. 10. 1954 in Frankfurt waren *Dehler*, *Schäfer* und *Euler* als Redner aufgetreten. fdk, 5. Jg., Nr. 61 vom 28. 9. 1954. Dabei hatte *Dehler* sich für Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgesprochen, während *Schäfer* und *Euler* Verhandlungen mit der SU erst nach dem Ausbau des westlichen Sicherheitssystems für aussichtsreich hielten. Artikel „Widersprüche innerhalb der FDP", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 4. 10. 1954. Äußerungen *Eulers* zu *Maier* werden in der Presseberichterstattung nicht wiedergegeben.

6 Siehe Nr. 4, Anm. 16.

mokratie gleichsetzen mit einem Angriff auf die Kanzlerdemokratie. Es sehe so aus, als ob wir auch die berechtigte Kritik der SPD übelnähmen, weil wir uns nichts zu sagen trauten. Es sei aber so, daß doch die Koalition vielmehr durch Herrn Dr. *Schröder* selbst als durch die Rede Reinhold *Maiers* belastet worden sei.

Dr. NOWACK: Reinhold *Maier* habe die Sache so zur Sprache gebracht, wie sie der einfache Mann im Volke empfinde.

Dr. PREUSKER: In einer Koalition könne man ein Ziel nicht dadurch erreichen, daß man mit der Opposition gemeinsam lärme, sondern nur dadurch, daß man derartige Dinge innerhalb der Koalition selbst bereinige.

Dr. NOWACK: Man müsse das Grundproblem sehen, nämlich daß die Bürokratie immer mächtiger werde, und zwar im Land und im Bund. Schließlich sei diese Entwicklung nicht verwunderlich, da dort die größere Sachkenntnis säße.

KESSLER: In den Landesverbänden müßte man auch an die Wahlen denken, nicht nur an die wenigen Leute, die im Bund betroffen wären. Man habe in Karlsruhe eine Versammlung mit Reinhold *Maier* abgehalten[7], also in einem Ort, der Reinhold *Maier* nicht gerade besonders gewogen sei, zumal dort noch alte Feindschaften aus der Zeit der Gründung des Südweststaates abzutragen seien. Man habe bisher in Karlsruhe auch immer eine schlechte Presse gehabt. Diesmal sei die Versammlung überfüllt gewesen.

Dr. EHRICH: Das Schlimmste an der *Maier*-Rede sei die Tatsache, daß Reinhold *Maier* zunächst eine scharfe Rede gehalten habe und dann die andere (Dr. *Dehler*) derart mäßigend gewesen sei. Man sehe nun, es gebe auch hier glücklich wieder zwei Meinungen innerhalb der FDP.

GÜNZEL: Der zweite Teil der Rede Reinhold *Maiers* habe in der Zone katastrophal gewirkt. Die Ostsender und die östlichen Zeitungen hätten sie durchwegs gebracht. Es werde nun einmal sehr regional gedacht. Wenn er dies nun für Berlin tue, dann könne er für Berlin jetzt schon verhängnisvolle Folgen voraussagen. Auf die Art, wie Reinhold *Maier* gesprochen habe, leisteten wir Vorschub all den Parteien, die bisher in Berlin nicht zum Zuge gekommen seien.

WEYER: Wir sollten die Dinge nicht zu regional sehen, vor allem nicht unter dem Gesichtspunkt der Wahlen. Er selbst habe die Rede mit Herren seines Hauses gehört, die tief beeindruckt gewesen seien. Man dürfe vor allem nicht nur immer die Bonner Atmosphäre sehen, das mache betriebsblind. Wir sollten uns über die Rede Reinhold *Maiers* freuen. Er glaube auch nicht daran, daß

---

7 Die Versammlung in Karlsruhe fand am 23. 9. 1954 statt. *Maier* hatte sich dabei kritisch zur Außenpolitik der Bundesregierung und *Adenauers* Demokratieverständnis geäußert. Artikel „Maier fordert einen Neubeginn", in: FAZ vom 24. 9. 1954. Dieser Artikel war Anlaß eines Schreibens von *Brentano* an *Dehler* vom 24. 9. 1954, das einen Briefwechsel zwischen *Dehler* und *Maier* auslöste. Alle Schreiben in: ADL, N 1-1319 (NL Dehler).

die CDU Dr. *Schröder* jemals hätte fallenlassen. Wie wäre sonst das Vertrauensvotum, und zwar bereits vor der Rede *Maiers,* zu erklären gewesen.[8]

Dr. BLÜCHER: Es gebe zwei Möglichkeiten, entweder Dr. *Schröder* hätte die Konsequenzen gezogen oder der Kanzler hätte *Schröders* Rücktritt veranlaßt.

Gehalten sei *Schröder* von dem evangelischen Flügel der CDU worden, der im Falle seines Rücktritts befürchtete, der katholische Einfluß könne sich verstärken. Er verwahre sich dagegen, als Maßstab den Eindruck in der Öffentlichkeit zu nehmen.

Die von Dr. *Nowack* beklagten Erscheinungen kämen davon, daß wir z. Zt. in einer Antragsflut ertränken. An die Stelle der reinen Politik trete immer wieder die Auseinandersetzung mit dem Haushalt und die Sorge um die Währung.

EULER möchte sich auf die Feststellung beschränken, daß Reinhold *Maier* einer ausdrücklichen Zusage zuwidergehandelt habe, daß er sich zu einem durchgängigen Negativismus bekannt habe, der zur Waffe der Opposition werde. Außerdem habe Reinhold *Maiers* Rede den Weg zur Klarstellung des Prinzips der demokratischen Verantwortung verbaut.

Dr. SCHÄFER: Die sachliche Leistung des Parlaments sei gering geworden. Was im Bundestag geschehe, werde durch die Presse, mit entsprechenden Schlagzeilen versehen, entsprechend aufgemacht („Presse ist der Handel mit bedrucktem Papier.").

HEDERGOTT: Es sei nicht entscheidend, wie eine Rede draußen ankomme, allerdings genauso wenig, wie sie im Bundestag ankomme.

SCHWENNICKE beklagt die meist nur zu gedankenlosen Reden von der Wiedervereinigung, die dadurch praktisch zum Schlagwort herabgewürdigt worden sei. In der Zone achte man äußerst genau auf alle Äußerungen und auf alles, was sich hier in der Bundesrepublik abspiele. Wir müßten bei allem, was wir hier tun oder sagen, immer berücksichtigen, was die 20 Millionen in der Zone dazu sagen würden. Die Menschen in der Zone beginnen allmählich zu resignieren, und erklären, es habe ja keinen Zweck mehr, am besten, man fände sich mit dem Schicksal ab. Dies käme davon, wenn man die Dinge immer nur von Bonn aus betrachte.

Dr. DEHLER: Objektiv sei das, was Reinhold *Maier* getan habe, nicht mit der Stimmung der Bundestagsfraktion konform gewesen. Es hätte bei seiner Rede seine persönliche Einstellung zum Bundeskanzler natürlich mitgespielt. Nun wäre es aber vollkommen verfehlt, wenn man den Effekt, den die Rede nun tatsächlich gehabt habe, noch von uns aus stören wolle, denn dann sei der Schlußeffekt auf jeden Fall negativ.

---

8 Bezieht sich auf die Rede *Kiesingers* im Bundestag am 16. 9. 1954, die er unmittelbar vor *Maiers* Ausführungen hielt. Darin die Feststellung: „Es kann niemand behaupten, der Bundesminister des Innern habe das Geringste unterlassen, das notwendig war, um den Fall aufzuklären und die daraus drohenden Gefahren zu vermeiden." BT STEN. BER., Bd. 21, S. 1959 D–1966 A, Zitat S. 1962 A.

TOP 2: DAS WAHLERGEBNIS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Dr. LEVERENZ berichtet über die Landtagswahl in Schleswig-Holstein[9] und die Situation, die sich durch die Bildung der neuen Landesregierung ergeben habe.[10]

Dr. *Gille* (BHE) tendiere nach links. *Lübke,* der derzeitige Ministerpräsident, erledige seit ungefähr zehn Wochen seine Amtsgeschäfte von seinem Krankenzimmer aus. Es sei damit zu rechnen, daß an seine Stelle Kai-Uwe *[von] Hassel* treten werde. Die CDU werde bei einer Koalition mit BHE und FDP außer dem Ministerpräsidenten noch die Landesministerien für Landwirtschaft, Wirtschaft, Kultus und das Innenministerium fordern. Für den BHE sei das Sozialministerium *(Asbach)* und das Finanzministerium *(Schaefer)* vorgesehen, während wir das Justizministerium erhalten würden. Außerdem sei uns die ordentliche Mitgliedschaft in allen Landtagsausschüssen, darunter zwei Ausschußvorsitzende, zugesagt worden.

Unterdessen sei ein neuer Vorschlag aufgetaucht, den Rechtsanwalt *Ehmke* aus Kiel als neutralen, nicht parteigebundenen Bewerber für die Stellung eines Ministerpräsidenten vorzuschlagen.

Es werde bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung vor allem darauf ankommen, wie diese in unsere Gesamtkonzeption einzuordnen seien.

Dr. MIDDELHAUVE: Man müsse berücksichtigen, daß in Hessen, Bayern und Berlin Landtagswahlen in kürzester Zeit stattfinden werden. Einheitlich käme es überall darauf an, die SPD-Mehrheit zu brechen. Darum dürfe in Schleswig-Holstein nur eine Koalition mit CDU und BHE in Frage kommen.

EULER: Was die SPD im Verein mit dem BHE in Ämterpatronage getan habe, sei unvorstellbar. Wir kämen bei einer Koalition mit der SPD in eine Opposition zur CDU und zur DP. Auch nach seiner Ansicht käme nur eine Koalition mit CDU und BHE in Frage, jede andere Konstellation würde nachhaltige Auswirkungen für die Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Berlin haben.

HEDERGOTT spricht sich ebenfalls für eine Koalition mit CDU und BHE aus.

Dr. DEHLER: Man sollte die Chance nutzen, in die Regierung zu kommen.

MÜLLER-LINK: Wenn man mit [der] CDU und, wie in Schleswig-Holstein, mit [dem] BHE in eine Koalition gehe, könne man sich in personeller Hinsicht immer noch durchsetzen. Es sei in Hamburg auch gelungen, einige CDU-Mitglieder mit Erfolg abzulehnen. Wenn man sich aber bis jetzt bei den Verhandlungen mit ihnen, wie geschehen, eingelassen habe, dann würde man eine Koalition aufs Spiel setzen.

---

9 In den Landtagswahlen am 12. 9. 1954 hatten die CDU 32,2 %, die SPD 33,2 %, der BHE 14,0 %, die FDP 7,5 % und die Schleswig-Holsteinische Landespartei 6,1 % errungen. Das ergab folgende Mandatsverteilung: CDU: 25, SPD: 25, BHE: 10, FDP: 5, SHLP: 4. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 138.

10 Kai-Uwe *von Hassel* (CDU) bildete am 11. 10. 1954 eine Regierung aus CDU, BHE und FDP. Für die FDP trat Bernhard *Leverenz* als Justizminister in die Regierung ein. A. C. STORBECK, 1970, S. 343 f.

RUBIN: Entscheidend sei, ob es zweckmäßig sei, in die Regierung zu gehen. Bejahendenfalls bestünden gewisse reale Möglichkeiten, Herrn *von Hassel* abzulehnen. Nach allem, was hinsichtlich seines Lebenslaufes in diesem Kreise vorgetragen worden sei, scheine er nicht geeignet zu sein. Eine andere Frage sei die, wieweit man Herrn *Asbach* ablehnen könne.

Der Bundesvorstand schlägt aufgrund seiner Beratungen vor, Herr Dr. *Leverenz* solle mit Herrn *von Hassel* wegen dessen Ministerpräsidentschaft ein persönliches Gespräch führen. Er ist ferner der Auffassung, daß Herr *Ehmke* für das Amt des Ministerpräsidenten nicht in Frage käme.

Dr. MIDDELHAUVE schlägt vor, *Leverenz* solle in einem persönlichen Gespräch mit *Asbach* dessen Ausscheiden auf solide Art vorbereiten.

Dr. LEVERENZ meint, er brauche schließlich ja nur auf all das zurück[zu]kommen, was die CDU selbst schon mal hinsichtlich der Vergangenheit des Herrn *Asbach* angeschnitten habe.

[FALL WEIRAUCH]

Als Tagesordnungspunkt 3 erörtert sodann der Bundesvorstand den Fall *Weirauch*.[11]

[. . .].[12]

11 Am 18. 9. 1954 hatte *Dehler* an die Mitglieder des Bundesvorstandes ein „persönliches Rundschreiben" gesandt: „In der gestrigen Sitzung des Organisationsausschusses ist mit Herrn Lothar *Weirauch* eine Vereinbarung getroffen worden, daß sein Dienstverhältnis als Hauptgeschäftsführer der Partei vertragsgemäß am 30. Juni 1955 gelöst und daß er bis dahin beurlaubt wird." ADL, N 1-2451 (NL Dehler). In dem Artikel „Muß Dehler einen Wechsel einlösen?" befaßte sich die FRANKFURTER RUNDSCHAU am 8./9. 1. 1955 mit dem Fall und stellte dabei die Vermutung an, *Weirauch* sei deshalb beurlaubt und entlassen worden, „weil er Nachrichtenverbindungen zu anderen Parteien und Bundesdienststellen" unterhalten habe.

12 Dem ebenfalls überlieferten Kurzprotokoll über diese Bundesvorstandssitzung nach entschied der Vorstand außerdem über die Besetzung des Vorsitzes des neu zu konstituierenden außenpolitischen Ausschusses. Die Wahl fiel auf Thomas *Dehler*.

6.

2. 11. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Niebel. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Bundestagsfraktion und der Bundespartei, 2. 11. 54." Bonn. 19.45 Uhr–23.45 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Euler, Frühwald, Haußmann, Hedergott, Hummel, Herta Ilk, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Preusker, Rademacher, Hermann Schäfer, Schwennicke, Strömer, Wellhausen, Wendt.

[PARISER VERHANDLUNGEN – SAARSTATUT]

Dr. DEHLER berichtet zunächst für die nicht dem Fraktionsvorstand angehörenden Mitglieder des Bundesvorstandes über seine Eindrücke bei den Pariser Verhandlungen über die Wiederherstellung der Souveränität und die Aufnahme in den Brüsseler Pakt und die NATO sowie über die Saarfrage.[1] Er legt sodann die Gründe für den Beschluß der Bundestagsfraktion dar, dem Saarabkommen in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.[2]

RADEMACHER kritisiert den nach seiner Auffassung zu frühen Zeitpunkt der Fraktionsstellungnahme, auch SCHWENNICKE findet die Frage des Zeitpunktes diskussionswürdig.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden die Gründe für die Haltung der Fraktion und ihre Stellungnahme eingehend gewürdigt. Dr. PREUSKER hebt hierbei hervor, daß der Bundeskanzler entgegen seiner ausdrücklich wiederholten Zusage, ohne Befragen des Kabinetts keine Abmachungen zu treffen, ohne Unterrichtung der Bundesregierung gehandelt hat. Er habe deswegen bereits in der Öffentlichkeit erklärt, daß die FDP-Minister das Abkommen nicht zu billigen vermöchten.[3] Er wirft weiterhin die Frage auf, ob die FDP-Minister dem Kabinett auch fernerhin angehören könnten.

---

1 Übersicht über die Beschlüsse der Pariser Konferenz vom 19. bis 23. 10. 1954 in: AdG 1954, S. 4802 C. Vgl. ebenfalls die ausführliche Darstellung in: K. ADENAUER, Bd. 2, S. 355–383. Am 20. 10. 1954 hatte *Adenauer* die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der Regierungsparteien, einen Tag später auch Vertreter der SPD nach Paris berufen, um deren Zustimmung zur Regelung der Saarfrage zu erhalten.

2 Sowohl in einer Sitzung des Fraktionsvorstandes am 27. 10. 1954 wie auch in einer Sitzung der Fraktion am 28. 10. 1954 waren „schon Bedenken gegen das Saarabkommen" erhoben worden. Der Fraktionsvorstand hatte insbesondere auf die „Gefahr einer Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung über die Saar durch diese vorläufige Autonomie" hingewiesen. Artikel „Verstärkte Bedenken der Freien Demokraten" in: FAZ vom 28. 10. 1954, und Artikel „Vorwürfe der Freien Demokraten gegen Adenauer", in: FAZ vom 29. 10. 1954.

3 Diese Erklärung hatte *Preusker* am 31. 10. 1954 auf einer FDP-Kundgebung in Bad Homburg abgegeben. Nach dem Bericht unter der Überschrift „FDP-Minister gegen Saarabkommen" in: DIE NEUE ZEITUNG vom 2. 11. 1954, hatte *Preusker* die Revision des Pariser Abkommens gefordert, „um die Grundlage für eine deutsch-französische Annäherung zu schaffen". *Preusker* hat-

Die Haltung der Fraktion in der Saarfrage wurde einstimmig gebilligt.[4]

Es wurde betont, daß die Landesverbände zumindest in außenpolitischen Fragen keine selbständigen Erklärungen abgeben sollen, es sei denn nach vorheriger Abstimmung mit dem Parteivorsitzenden.

[FINANZWERBUNG]

Herr RADEMACHER weist nochmals auf die durch Vorstand und Organisationsausschuß getroffene Vereinbarung hin, nach der jegliche Finanzwerbung im Bereiche eines Landesverbandes nur im Einvernehmen mit dem Landesverband, in dessen Gebiet die Werbung durchgeführt wird, zulässig ist.

7.

8. 12. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses der FDP am 8. Dezember 1954 in Bonn, Bundeshaus." 10.20 Uhr–20.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bernhard, Borttscheller, Dehler, Euler, Fabricius, Frühwald, Gienanth, Gönnenwein, Haußmann, Hedergott, Helmken, Jentzsch, Leverenz, Prinz zu Löwenstein, Lohmann, Maier, von Manteuffel, Mayer-Falkenberg, Mischnick, Müller-Link, Neumayer, Nolting-Hauff, Nowack, Pfleiderer, Preusker, Rademacher, Rahn, Rodemer, Rubin, Hermann Schäfer, Schulze, Strömer, Ullmann, Wellhausen, Wendt, Weyer, Will.

KONSTITUIERUNG DES AUSSENPOLITISCHEN AUSSCHUSSES

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses wird Herr Dr. *Preusker,* zum Sekretär des Ausschusses Herr Dr. *Sonnenhol* gewählt.

---

te hinzugefügt, daß die FDP bereit sei, hierfür „einen Preis auf wirtschaftlichem Gebiet zu akzeptieren".

4 Hierzu hieß es in der fdk, 5. Jg., Nr. 70 vom 3. 11. 1954: „Der Bundesvorstand sprach einstimmig die Billigung des vor einer Woche von der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten vollzogenen Beschlusses zum Saarabkommen aus. Auch der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die Freien Demokraten sich nicht in der Lage sehen, dem Saarabkommen zuzustimmen. Schwerwiegende Bedenken ergeben sich schon aus der Form des Regierungsabkommens, das auffallenderweise im Widerspruch zu Art. 59 GG nicht den Bundespräsidenten, sondern die Bundesregierung als vertragsschließenden Teil erscheinen läßt."

[AUSSENPOLITISCHE REFERATE UND GRUNDSATZDEBATTE]

Im Anschluß an die Referate der Herren Dr. *Pfleiderer* (das Referat ist als Anlage beigefügt)[1], Dr. *Rahn* (Das Referat liegt, soweit es die Mitglieder des Bundesvorstandes und des außenpolitischen Ausschusses nicht während der Sitzung erhielten, ebenfalls als Anlage bei)[2], *von Manteuffel*[3], Dr. *Fabricius*[4] und *Euler*[5] und der daraus sich ergebenden Generaldebatte werden Haltung und Vorschläge der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes gebilligt.[6]

Es wird bedauert, daß – entgegen dem Willen der Fraktion – die erste Lesung der Verträge vor der Debatte in Paris stattfindet.[7]

[NÄCHSTE SITZUNG DES AUSSENPOLITISCHEN AUSSCHUSSES]

Die nächste Sitzung des außenpolitischen Ausschusses soll vor der zweiten Lesung der Verträge im Bundestag stattfinden, wobei das dafür notwendige Material rechtzeitig vorgelegt werden soll.[8]

---

1 Thema: „Zur außenpolitischen Lage." Darin enthalten ein Überblick über die gesamte weltpolitische Lage mit der Feststellung, daß die Spannung zwischen den USA und der Sowjetunion nachgelassen habe und letztere keinen Krieg mehr wolle. Europa habe einen Machtverlust erlitten, und Deutschland sei fast handlungsunfähig. Die Wiedervereinigung Deutschlands war nach *Pfleiderer* die Voraussetzung für die Rückkehr Europas als weltpolitischer Faktor. Die bisherige westeuropäische Integrationspolitik verfiel dem Verdikt *Pfleiderers,* der die Europapolitik der Bundesregierung als gescheitert erklärte. Lösungen für die Zukunft sah *Pfleiderer* nicht in den Pariser Verträgen, sondern in einer Österreich-Lösung für Deutschland oder in der Verwirklichung des *Pfleiderer*-Planes von 1952.

2 Thema: „Die neue Fassung des Bonner Vertrages." Vergleich zwischen den Vertragswerken von 1952 und 1954, den *Rahn* mit der Feststellung abschloß, mit der neuen Fassung sei „ein erheblicher Fortschritt erzielt worden durch eine sehr viel eindeutigere Anerkennung und praktische Berücksichtigung des deutschen Souveränitätsanspruches".

3 Thema: „Die militärischen Aspekte des Brüsseler Paktes und der Atlantikgemeinschaft".

4 Thema: „Überleitungsvertrag."

5 Thema: „Saarabkommen."

6 Betr. Saarstatut siehe Nr. 6 mit Anm. 2 und 4. Die Pariser Verträge selbst fanden Zustimmung. BT Sten. Ber., Bd. 22, S. 3164 A.

7 Die erste Lesung im Bundestag erfolgte am 15. und 16. 12. 1954. BT Sten. Ber., Bd. 22, S. 3120 B–3164 A und S. 3177 A–3258 A.

8 Hierzu hieß es in der fdk, 5. Jg., Nr. 82 vom 9. 12. 1954: „Für Januar ist eine weitere Sitzung des außenpolitischen Ausschusses vorgesehen, die sich mit den im Falle der Ratifizierung der Westverträge notwendig werdenden Schritten in Richtung einer Ost-West-Konferenz und einer die Wiedervereinigung einschließenden Koexistenzpolitik befaßt."

8.

18. 12. 1954: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 101. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Samstag, dem 18. Dezember 1954, in Bonn, Bundeshaus." 9.25 Uhr–18.10 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Engelhard, Euler, Frühwald, Gönnenwein, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mauk, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Preusker, Rademacher, Rubin, Hermann Schäfer, Strömer, Wellhausen, Wendt, Weyer.

[ALLGEMEINPOLITISCHE AUSSPRACHE]

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ein Gedankenaustausch über allgemeinpolitische Fragen statt, wobei betont wird, daß die Partei besonders auf sozialpoltischem Gebiete eine stärkere Initiative entwickeln müsse.

TOP 1: LÄNDERWAHLEN

Das Thema wird zur Behandlung in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes zurückgestellt, lediglich der Bericht von Herrn *Bezold* über die Regierungsbildung in Bayern wird entgegengenommen.[1]

TOP 2: FINANZIERUNGSFRAGEN[2]

a) Zur Entgegennahme der im Gesetz vorgesehenen abzugsfähigen Parteispenden soll auf Bundes- und Landesebene je eine neue Institution gegründet werden, die allein in der Lage ist, von den Finanzämtern anerkannte Empfangsbestätigungen zu geben.

b) Soweit Beträge von den Orts- bzw. Kreisverbänden bar in Empfang genommen werden, können Quittungen nur auf bei den Kreis- und Landesverbänden durchlaufenden numerierten Durchschreibeblocks erteilt werden, die von der Zentrale herausgegeben werden.

c) Echte Parteibeiträge, die gleichfalls abzugsfähig sind, laufen selbstverständlich außerhalb der vorgenannten Regelung.

---

1 Nach den Landtagswahlen vom 28. 11. 1954 wurde in Bayern eine Viererkoalition aus SPD, BP, FDP und GB/BHE unter Ministerpräsident *Hoegner* gebildet, dessen Wahl durch den Landtag am 14. 12. 1954 erfolgte. Vgl. E. Deuerlein und W. D. Gruner, 1974, S. 627 f.

2 Die Protokollierung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte im nachhinein aufgrund eines Schreibens von *Rubin* an *Bode* vom 27. 12. 1954, da *Rubin* die Erstfassung des Protokolls als „recht mangelhaft" empfand. Anlagen zum Protokoll.

d) Die bisherigen Institutionen, wie WSV[3], Schutzvereinigung, Forschungsgesellschaften, sollen zumindest voerst unter Beachtung der sich aus der neuen Regelung ergebenden Konsequenzen bestehen bleiben.

e) Eine endgültige Entscheidung über unsere Einstellung zu den Förderungsgesellschaften kann z. Zt. noch nicht getroffen werden.

f) Um eine vollkommene Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Partei zu erlangen, ist ein einheitliches Buchungs- und Abrechnungssystem bei allen Landesverbänden und der Bundespartei zu entwickeln. Die Landesverbände sind verpflichtet, die notwendigen monatlichen Meldungen, gegebenenfalls in Form einer Art „Betriebsabrechnungsbogen", einzureichen.

Herr *Rubin* wird bevollmächtigt, alles zur Durchführung dieser Beschlüsse Erforderliche zu veranlassen und gebeten, den Landesverbänden die entsprechenden Richtlinien zuzustellen.[4]

Der seinerzeitige Beschluß des Organisationsausschusses und des Vorstandes, daß unter keinem Titel und unter keinem Vorwand in anderen Landesverbänden Finanzwerbungen, ohne Einverständnis des Vorstandes des betreffenden Landesverbandes, durchgeführt werden dürfen[5], wird erneut bestätigt.

TOP 3: EINSTELLUNG DES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Die Entscheidung über die Einstellung eines Hauptgeschäftsführers der Bundesgeschäftsstelle soll in der nächsten Vorstandssitzung getroffen werden.[6]

TOP 4: FESTLEGUNG DES BUNDESPARTEITAGES 1955

a) Der Bundesparteitag 1955 findet am 26. und 27. März 1955 in Oldenburg statt.

b) Der Hauptausschuß der Partei wird für den 26. und 27. Februar 1955 nach Rheinland-Pfalz mit den Themen Außen- und Sozialpolitik einberufen.

---

3 Hierzu und zum Problem der Parteifinanzierung bis 1954 allgemein FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. XXVII–XXXIII.

4 Mit Schreiben *Rubins* vom 28. 12. 1954 wurden die Landesverbände über die Beschlüsse des Bundesvorstandes betr. Neuregelung der Parteifinanzierung unterrichtet. Anlage zum Protokoll.

5 Vgl. Nr. 6, TOP „Finanzwerbung".

6 Nach einem Bericht der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 8./9. 1. 1955 hatte *Dehler* den Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes NRW, Wolfgang *Döring*, vorgeschlagen, war hiermit jedoch auf Widerstand gestoßen. Artikel „Muß Dehler einen Wechsel einlösen?" Hierzu ebenfalls Werner STEPHAN, Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen, Düsseldorf 1983, S. 300. Hiernach wurde *Stephan* „telefonisch in die Sitzung des Bundesvorstandes" gerufen. „Dort eröffnete man mir, daß ich neben Wolfgang *Döring* für den Posten des Bundesgeschäftsführers der FDP vorgeschlagen sei. Ich mußte einen Lebensbericht geben und viele Fragen über politische Organisationen und Propaganda beantworten. Das tat ich unbefangen, weil ich die fragliche Stellung nicht anstrebte. Die Entscheidung wurde vertagt. Ich fühlte aber, daß sich trotz *Dehlers* Widerstreben die Mehrheit mir zuneigte." Fortgang Nr. 9, TOP 1.

c) Die nächste Vorstandssitzung findet am Samstag, den 15. Januar 1955, in Bonn statt.

TOP 5: VERSCHIEDENES

a) Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Wahlrechtsausschusses wird Herr Lothar *Steuer,* MdL von Nordrhein-Westfalen, bestellt.

b) Die Entscheidung über den Vorsitz im gesamtdeutschen Ausschuß (Schreiben C. H. *Schwennicke*)[7] soll in Anwesenheit von Herrn *Schwennicke* behandelt werden.

c) In der nächsten Vorstandssitzung soll die noch anstehende Angelegenheit Niedersachsen[8] (Bericht Herr *Strömer*) zur Behandlung kommen.

9.

15. 1. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Samstag, dem 15. 1. 1955, in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer der FDP." 10.15 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Blank, Bleek, Blücher, Dehler, Engelhard, Frühwald, Gönnenwein, Günzel, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Meineke, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Preusker, Rodemer, Rubin, Hermann Schäfer, Schwennicke, Wendt, Weyer.

TOP 1: EINSTELLUNG EINES HAUPTGESCHÄFTSFÜHRERS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Herr Werner *Stephan* wird vom Vorstand ohne Gegenstimmen bei einigen Stimmenthaltungen zum Hauptgeschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle bestimmt.[1]

---

7 *Schwennicke* hatte mit Schreiben vom 8. 12. 1954 darum gebeten, ihn vom „Vorsitz im gesamtdeutschen Ausschuß zu entbinden", da er infolge der Diskussion in der Partei über die Vorstellungen *Pfleiderers* die „Verantwortung nicht mehr zu tragen in der Lage" sei. ADL, N 1-1358 (NL Dehler).

8 Um die Behandlung „der inneren Situation des Landesverbandes Niedersachsen" hatte *Schäfer Dehler* mit Schreiben vom 7. 12. 1954 für die Sitzung vom 8. 12. 1954 gebeten, „um einmal den drohenden Zerfall der Partei in Niedersachsen aufzuhalten, zum zweiten die Geschäftsführung des Landesverbandes neu zu ordnen und zum dritten eine Zusammensetzung der Parteiorgane und der Landesliste für die Landtagswahl zu bewirken, die den aus der Stimmenverteilung bei der letzten Bundestagswahl sich ergebenden Stärkenverhältnissen entspricht". ADL, N 1-2321 (NL Dehler). Fortgang Nr. 9, TOP 3.

1 Vorgeschichte in Nr. 8 mit Anm. 6.

TOP 2: FESTSETZUNG DER TAGESORDNUNG FÜR DEN BUNDESPARTEITAG

a) Aus technischen Gründen wird der Termin des Parteitages auf Freitag, den 25., und Samstag, den 26. 3. 1955, festgesetzt.

b) Die Tagesordnung soll in nachstehender Reihenfolge abgewickelt werden: Freitag, 25. März 1955: 11.00 Uhr Eröffnung des Bundesparteitages: Politischer Bericht des Bundesvorsitzenden, Aussprache. Samstag, 26. März 1955: 9.00 Uhr Fortsetzung des Bundesparteitages: Fortsetzung der politischen Aussprache. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Aussprache. Entlastung. Neuwahlen. Anträge und Entschließungen. 17.30 Uhr Ausklang des Bundesparteitages.

c) Die den Parteitag vorbereitenden Vorstandssitzungen wurden angesetzt auf: 1. Samstag, den 19. 3. 1955 – 9.30 Uhr in Bonn, Bundeshaus. 2. Freitag, den 25. 3. 1955 – 9.00 Uhr in Oldenburg i. O.

d) Die technischen Vorbereitungen des Parteitages übernimmt die Bundesgeschäftsstelle.

TOP 3: NIEDERSACHSEN

a) Da Herr *Strömer* wegen dringender geschäftlicher Angelegenheiten an der Sitzung des Vorstandes nicht teilnehmen konnte, wird sein Bericht zurückgestellt.

b) Nach den Wahlen in Niedersachsen soll das „Problem *Huisgen*“[2] mit dem Landesverband Niedersachsen behandelt werden.

c) Da im Zusammenhang mit der Frage Niedersachsen die Arbeit von Herrn *May* für die Bundesgeschäftsstelle zur Sprache kommt, wird beschlossen, daß Herr *May,* ehe sein Einsatz nicht im Organisationsausschuß besprochen worden ist, zunächst nicht mehr für die Bundesgeschäftsstelle tätig sein soll.[3]

TOP 4: LÄNDERWAHLEN UND POLITISCHE LAGE

Nach dem Bericht von Herrn *Schwennicke* wird betont, daß der Kontakt zwischen der Bundespartei und dem Landesverband Berlin in Zukunft sehr viel enger gestaltet werden müsse.[4]

---

2 Zum Problem *Huisgen* Nr. 1, TOP „Entschließung des ‚Liberalen Bundes‘ Hannover“, und Nr. 3, Anm. 1.

3 Gegen diese Formulierung hatte *Wendt* Einspruch erhoben. Nach seiner Erinnerung hatte der Vorstand beschlossen, „die Tätigkeit des Herrn *May* so lange auszusetzen, bis der Organisationsausschuß sich mit dieser Frage beschäftigt und der Bundesvorstand dazu Stellung genommen hat“. Nach Rücksprache mit *Dehler* notierte Erika *Fischer:* „Keine ‚Richtigstellung‘ durchgeben.“ Anlage zum Protokoll.

4 Nach den Wahlen in Berlin am 5. 12. 1954 hatten sich CDU und SPD am 31. 12. 1954 auf eine gemeinsame Senatsbildung verständigt, die den bisher aus CDU und FDP gebildeten Senat ablöste. Am 22. 1. 1955 wurde Otto *Suhr* (SPD) zum neuen Regierenden Bürgermeister gewählt. Eine von der CDU gewünschte Beteiligung der FDP am Senat war an der Zurückhaltung der Berliner Liberalen selbst und an der Weigerung der SPD gescheitert. BERLIN 1955–1956, 1971, S. 11 und S. 18 f.

Der Vorstand billigt erneut die Haltung der Fraktion in der Saarfrage[5] und beschließt, in Zukunft verstärktes Gewicht auf die Sozialpolitik zu legen.

TOP 5: GESAMTDEUTSCHER AUSSCHUSS

Wird zurückgestellt.

10.

19. 3. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes[1]

ADL, Ordner-Nr. 102 (Teilnehmerverzeichnis, Tagesordnung); NL Blücher 299 (Erinnerungsvermerk Blüchers); NL Dehler 2278 (Kurzbericht Schwennickes). Bonn, Beginn: 9.30 Uhr.[2]

Teilnehmer: Blücher, Borttscheller, Dehler, Euler, Gönnenwein, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Plat, Preusker, Rubin, Hermann Schäfer, Schwennicke, Strömer, Wendt, Will.

TAGESORDNUNG:

1. Parteitag

a) Technische Abwicklung (Bericht *Rinnés*)[3]

b) Rede des Parteivorsitzenden und Diskussion[4]

c) Vorbereitung von Anträgen[5]

---

5 In der ersten Lesung der Pariser Verträge am 15. und 16. 12. 1954 hatten sowohl *Dehler* als auch *Becker* im Bundestag für die FDP-Fraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie dem Saarstatut nicht zustimmen werde. BT STEN. BER., Bd. 22, S. 3163 B und S. 3235 D.

1 Ein Protokoll ist nicht ermittelt.

2 Angabe der Uhrzeit aufgrund der Einladung.

3 Zur bisherigen Planung Nr. 9.

4 In einem Ausblick auf den Parteitag hatte DIE DEUTSCHE ZUKUNFT am 17. 3. 1955 hierzu geschrieben: „Die Beratungen des Oldenburger Parteitages sind diesmal so organisiert worden, daß nach einem politischen Bericht des Bundesvorsitzenden Dr. *Dehler* ausreichende Gelegenheit zur Diskussion des Referates am gleichen und folgenden Tag gegeben ist, ohne diese Zeit durch weitere Referate einzuengen. Auf diese Weise wird der bevorstehende Parteitag besonders geeignet sein, die politische Haltung der Partei während der bisherigen Legislaturperiode einer rückschauenden Betrachtung zu unterziehen, um als Konsequenz dessen die zukünftige Stellungnahme der FDP zu den bevorstehenden politischen Aussagen und den mit ihnen verbundenen Gesetzgebungswerken zu erarbeiten." Überschrift des Artikels: „Rechenschaftslegung und Zielabsteckung." Rede *Dehlers* in: ADL, A 1-86, S. 22–54. *Dehler* behandelte insbesondere folgende Themen: Idee der Freiheit; staatspolitische Aufgabe der Partei; Wesen der Demokratie (Zusammenhang zwischen Geist, Politik, Wirtschaft); Wesen des Sozialismus; Verhältnis Kirche und Staat; Bedrohungen für die Demokratie; Wahlrecht; Zweiparteiensystem; Gewerkschaften; Wiedervereinigung; Koalition; SPD; Steuerpolitik; Sozialpolitik; Wirtschaftspolitik; Außenpolitik (Aufzählung gemäß Findbuch).

5 Dem Bundesvorstand lagen 5 Anträge des Bundesfrauenausschusses vor. Sie betrafen die Erhö-

d) Vor-Finanzbericht durch Herrn *Rubin*[6]

2. Verschiedenes

a) Bundesgeschäftsstelle[7]

b) DJD[8]

c) Rundschreiben an Vorstandsmitglieder[9]

d) Anstellung eines stellv. Vorsitzenden für den Sicherheitsausschuß (Vorschlag des Ausschusses: General a. D. *Brennecke*)[10]

---

hung des Beitrages für UNICEF, die Vorlage eines Entwurfes für ein Bewahrungsgesetz, die Sonderauszählung der Frauenstimmen bei Wahlen, den Abschluß von Frauen diskriminierenden Arbeitsverträgen und die Forderung nach einer „intensiven Bearbeitung sozialpolitischer Fragen aus innerpolitischen Gründen". Anlage zum Protokoll. Während des Parteitages brachte *Kessler* vom LV Baden-Württemberg eine Entschließung ein, die eine Kritik am Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion enthielt, da sie in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hatten, daß die FDP „nicht in der Lage und nicht bereit" sei, „in ernster Diskussion eine gemeinsame politische Linie zu erarbeiten und in aller Entschiedenheit geschlossen zu vertreten". ADL, A 1-83. Der Parteitag verabschiedete allerdings keine der vorgelegten Entschließungsentwürfe. *Dehler* nahm hierzu auf der den Parteitag abschließenden Pressekonferenz wie folgt Stellung: „Das geht auf mich zurück. Ich bin so entschließungsmüde. Wie viele Entschließungen haben wir im Bundestag, in den Landtagen, auf unseren Bundesparteitagen angenommen, und keine Katze hat sich darum gekümmert. Wenn man nicht den Mut hat zu einer Entscheidung, dann beschließt man eine Entschließung! Das ist doch im allgemeinen nur ein Ausweichen." Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-108, S. 102.

6 *Rubin* gab seinen Finanzbericht vor dem Parteitag am 26. 3. 1955 ab. Er begann ihn mit der Feststellung: „Die finanzielle Lage der Gesamtpartei hat sich im vergangenen Jahr nicht so befriedigend entwickelt, wie dies im Interesse der politischen und organisatorischen Arbeit notwendig gewesen wäre." *Rubin* wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Finanzwerbung hin, da die „eigentlichen Parteibeiträge [. . .] für die Bundespartei praktisch keine sehr große Rolle" spielten. Nach *Rubins* Bericht standen 1954 der Bundespartei 1 048 381,02 DM an Einnahmen zur Verfügung, denen 1 037 140,52 DM an Ausgaben gegenüberstanden. *Rubin* bezeichnete dies als ein „schlechtes Ergebnis", da keine „Rücklagen" gebildet werden konnten. Als Positivum hob *Rubin* hervor, daß in absehbarer Zeit damit gerechnet werden könne, zu einer Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bundespartei und Landesverbänden zu kommen. Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-88, S. 14–22.

7 TOP betraf wahrscheinlich die Umorganisation der Bundesgeschäftsstelle, die im Zusammenhang mit dem Wechsel des Hauptgeschäftsführers erfolgte (siehe Nr. 5 mit Anm. 11, Nr. 8 mit Anm. 6 und Nr. 9, TOP 1). Im Geschäftsbericht vor dem Bundesparteitag äußerte sich *Rubin* am 26. 3. 1955 hierzu wie folgt: „Ich komme nunmehr auf die Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle zu sprechen, die nicht immer ungeteilten Beifall fand. Neben recht guten Referaten, deren Leiter und Mitarbeiter unseren Dank verdienen, ließ die Arbeit in anderen Abteilungen auch hinsichtlich der Betreuung der Ausschüsse zu wünschen übrig. Insbesondere mangelt es aber an der überzeugenden Leitung und einer konstruktiven Koordinierung der gesamten Arbeit. Nachdem auch in anderen Fragen Meinungsverschiedenheiten auftraten, entschloß sich der Vorstand daher, das Verhältnis zu dem Hauptgeschäftsführer *Weirauch* zu lösen. An seine Stelle tritt mit Wirkung vom 15. März Herr Werner *Stephan* [. . .]. Der Neuaufbau der Bundesgeschäftsstelle ist [. . .] eingeleitet. Ich hoffe, daß es Herrn *Stephan* gelingt, hierbei zu einer guten Teamarbeit zu kommen." Parteitagsprotokoll, ADL A 1-88, S. 12 f.

8 Der Vorsitzende der DJD, Wolfgang *Mischnick*, war am 14. 3. 1955 von der Bundesgeschäftsstelle an eine Besprechung vom 15. 1. 1955 und die dabei erzielte Vereinbarung erinnert worden, „im Verlauf des Monates März Herrn Dr. *Dehler* und Herrn *Rubin* [den] neuen Haushaltsplan zur Abstimmung und Festlegung der von der Partei zu tragenden Summen" vorzulegen. ADL, Ordner-Nr. 1919.

9 Nicht ermittelt.

10 Ergebnis nicht ermittelt.

[PERSÖNLICHER ERINNERUNGSVERMERK BLÜCHERS ÜBER DIE BUNDESVORSTANDSSITZUNG[11]]

Es geht alles mit gedämpftem Trommelklang. *Neumayer* und *Schäfer* mit ungeheurer Härte und Schärfe gegen *Middelhauve* und Landesausschuß Nordrhein-Westfalen wegen deren Äußerung contra *Blücher* und Forderung auf Auflösung des BMZ.[12] Man wisse scheinbar in Nordrhein-Westfalen nicht, wer und in welchem Maße wirklich etwas in der Regierung vorstelle.

Dann ungeheuer harte Ausführungen *Schäfers* über die vergangenen Jahre und die Entwicklung der Dinge mit der verbindlichen Schlußerklärung, daß er unter diesen Umständen nicht mehr im Vorstand bleiben könne und nicht mehr in Oldenburg kandidieren werde.[13] *Middelhauve* und *Dehler* versuchen, ihm trotz ihrer wirklichen Ansichten zuzureden!

Erneutes Klagelied *Haußmanns*, daß alles anders wäre, wenn das persönliche Verhältnis zwischen *Dehler* und *Blücher* ein besseres wäre. Darauf meine Antwort:

Unterscheidung deutlich machen:

a) Was heißt persönliches Verhältnis – doch wohl Zusammenarbeit zwischen zwei Persönlichkeiten in einer Partei? Wie wirkt sich hier Störung oder Nichtstörung aus? – Nur, indem der eine oder andere in der Öffentlichkeit direkt oder indirekt spricht oder nicht. Wer gesprochen hat, ist ja ganz klar.

b) Das Verhältnis richtet sich auch nach den Handlungen der beiden Persönlichkeiten. Hier eine Frage: Habe ich mich einem von Ihnen jemals bei der Arbeit entzogen? Antwort: nein.

c) Weitere Frage von mir: Wer hat sich objektiv und mit außerordentlichem Aufwand immer wieder bemüht, den größten politischen Unsinn durch geschickte Formulierungen zurechtzubiegen? Zustimmung.

d) Wer hat sich in jedem Wahlkampf zur Verfügung gestellt? Wiederum Zustimmung.

---

11 Die Überschrift lautet vollständig: „Streng vertraulicher, rein persönlicher, für Herrn Minister *Blücher* bestimmter Erinnerungsvermerk. Vorstandssitzung FDP am 19. 3. 1955."

12 Die Kritik an *Blücher* war durch dessen Verhalten bei der Abstimmung über das Saarstatut im Bundestag am 27. 2. 1955 ausgelöst worden, als *Blücher* in Abweichung von einem Fraktionsbeschluß mit Ja stimmte. BT STEN. BER., Bd. 23, S. 3945. *Blücher* hatte anschließend bei *Adenauer* sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das dieser aber nicht annahm. Über die Stellungnahme des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen berichtete der Bonner GENERAL-ANZEIGER am 4. 3. 1955 auf der Titelseite in dem Artikel „Wird Blücher-Ministerium aufgelöst?" wie folgt: „Die Auflösung des vom Vizekanzler Dr. h. c. *Blücher* geleiteten Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Aufteilung der einzelnen Abteilungen auf die übrigen Bundesministerien haben der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP einschließlich der FDP-Bundestags- und Landtagsabgeordneten vorgeschlagen. Die Bundestagsfraktion wurde gebeten, in diesem Sinne beim Bundeskanzler vorstellig zu werden. Außerdem wurde ihr empfohlen, das Rücktrittsgesuch von Vizekanzler *Blücher* anzunehmen. Dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Dehler* wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen [. . .]. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden, daß die Bundesminister *Preusker* und *Schäfer* im Kabinett bleiben, jedoch soll die Fraktion ihnen ihre Mißbilligung aussprechen, weil sie sich bei der Abstimmung über das Saarabkommen ihrer Stimme enthalten haben. An der Fortführung der Koalition hielt der Landesverband Nordrhein-Westfalen fest."

13 Siehe Nr. 11, Anm. 4.

e) Darauf meine abschließende Bemerkung, daß ich nach diesem Sachverhalt wirklich nicht mehr weiter das Thema erörtern möchte.

Bei dieser eindeutigen Klarlegung des wirklichen Sachverhalts hat *Dehler* nicht einmal mehr eine Antwort gegeben.

Dehler führte im übrigen aus, daß die Partei „den Vorsitzenden über seinen Wert hinaus erhöhen müsse"!

Dehler übte weiter Kritik an den Vorgängen auf dem Parteitag in München.[14] Darauf hatte *Middelhauve* die Stirn zu behaupten, er habe München nicht verhindern können.

Ausgerechnet *Hedergott* sang das Loblied auf *Dehler.*

[KURZBERICHT SCHWENNICKES ÜBER DIE BUNDESVORSTANDSSITZUNG[15]]

Schwennicke gibt eingangs einen kurzen Bericht über die letzte Sitzung des Bundesparteivorstandes in Bonn, der sich in stundenlanger Aussprache mit dem Ablauf des Berliner Parteitages[16] beschäftigte. Eine äußere Beilegung der Differenzen[17] ist durch Vorlage des Protokolls der Parteitagsreden erfolgt. Dr. *Dehler* mußte zugeben, seine Telegramme aufgrund unrichtiger Informationen aus Berlin abgeschickt zu haben, eine offizielle Rücknahme des Vorwurfs des Wortbruches erfolgte bedauerlicherweise nicht.[18]

---

14 Bezieht sich anscheinend auf den Bundesparteitag vom 21.–23. 9. 1951, auf dem es zu Auseinandersetzungen zwischen dem „rechten" und „linken" Parteiflügel gekommen war und *von Rechenberg* als Vertreter des „rechten" Flügels bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden gegen *Blücher* angetreten war. FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954. 1990, S. 245–285.

15 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Berliner FDP-Vorstandes und der Parteitagsdelegation am 22. 3. 1955, ADL, N 1-2278 (NL Dehler).

16 Am 12. und 13. 3. 1955.

17 Auf Bitten des Berliner Landesverbandes hatte *Dehler* darauf verzichtet, an dem Parteitag teilzunehmen. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß die in der Bundestagsfraktion und in der Bundespartei schwebenden Spannungen über den Kurs der Partei zum Austrag kommen. *Dehler* hatte seine Abwesenheit allerdings an die Zusage *Schwennickes* gebunden, daß sich dessen „Referat im Rahmen der Berliner Probleme halten und auf die Vorkommnisse im Zusammenhang und in Auswirkung der Saarabstimmung nicht eingehen würde". Als *Reif* im Verlauf des Parteitages diese Dinge dennoch ansprach, ging auch *Schwennicke* darauf ein. *Dehler* nahm dies zum Anlaß, Telegramme an *Schäfer, Schwennicke* und Ella *Barowsky* zu schicken, in denen er *Schwennicke* des Wortbruches bezichtigte. Die zwischen *Dehler* und *Schwennicke* bereits bestehenden Differenzen über außenpolitische Fragen erfuhren dadurch eine „persönliche Verschärfung". Darstellung aufgrund eines Briefes von *Schwennicke* an *Dehler* vom 14. 3. 1955 und eines Rundschreibens *Schwennickes* an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion vom 16. 3. 1955, ADL, N 1-2277 (NL Dehler). Abschriften der genannten Telegramme ebd.

18 Im Gegensatz zur Meldung der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 21. 3. 1955, daß die „Mißverständnisse" zwischen *Dehler* und *Schwennicke* im Verlauf der Bundesvorstandssitzung in einer „offenen Aussprache erörtert und geklärt" worden seien (Artikel „Feindliche FDP-Brüder bei Adenauer"), ergab der Verzicht *Schwennickes* auf eine erneute Kandidatur für den stellvertretenden Parteivorsitz und seine Begründung, daß der Dissens zwischen *Dehler* und *Schwennicke* fortbestand. Siehe Nr. 11, Anm. 6.

11.

25. 3. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes[1]

Artikel „Wiederwahl Dehlers als FDP-Vorsitzender" gesichert, in: „Frankfurter Rundschau" vom 26./27. 3. 1955 (Auszug). Oldenburg. Beginn: 9.00 Uhr.[2]

[WAHLEN ZUM BUNDESVORSTAND]

Die Wiederwahl *Dehlers* gilt als gesichert.[3] Nach dem Ergebnis der Vorstandsberatungen vom Freitagvormittag dürfte der nicht wieder kandidierende stellvertretende Bundesvorsitzende Hermann *Schäfer*[4] durch den rheinland-pfälzischen Finanzminister *Nowack*[5] und der stellvertretende Bundesvorsitzende Hubert *Schwennicke* (Berlin)[6] durch den Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, *Haußmann,* ersetzt werden.[7]

---

1 Ein Protokoll ist nicht überliefert.

2 Angabe der Uhrzeit aufgrund der Einladung.

3 *Dehler* war einziger Kandidat. Von 223 Stimmen entfielen 172 auf ihn. Von den 51 Enthaltungen waren 11 als Gegenstimmen gekennzeichnet. Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-88, S. A 26 f.

4 Hermann *Schäfer* begründete seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur in einem Aufruf vom 21. 3. 1955, der unter der Überschrift stand: „Sorge um die FDP. Realistischer Aufruf zur Selbstbesinnung." In diesem reichlich sechs Seiten langen Schreiben, das allen Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion zuging, zog *Schäfer* eine kritische Bilanz der bisherigen Entwicklung der FDP. Er schloß das Schreiben mit dem Satz, er scheide aus dem Bundesvorstand aus, „um ohne die Beschränkung durch ein Parteiamt für die rasche Selbstbesinnung der FDP wirken zu können". HStASt, Q 1/22, Bü 719 (NL Haußmann).

5 *Nowack* wurde bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden ohne Gegenkandidat gewählt. Von 239 abgegebenen Stimmen (davon 6 ungültig) entfielen 177 auf ihn. Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-88, S. A 34.

6 Den Verzicht *Schwennickes* auf eine erneute Kandidatur für den stellvertretenden Vorsitzenden begründete ein Berliner Delegierter vor dem Parteitag wie folgt: „Die Rede des Parteivorsitzenden und die anschließenden Verhandlungen des Bundesparteitages haben die Unterschiede in den Auffassungen, die in der letzten Zeit zwischen dem Berliner Landesverband und der Bundesparteileitung in Fragen der Außenpolitik zutage getreten sind, nicht beseitigt. Der Landesverband Berlin sieht daher davon ab, seinen Vorsitzenden Carl Hubert *Schwennicke* erneut für das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Bundespartei vorzuschlagen. Diese Erklärung erfolgt in Übereinstimmung mit Herrn *Schwennicke.*" Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-88, S. A 29.

7 *Haußmann,* ebenfalls ohne Gegenkandidat zur Wahl angetreten, erhielt von 234 abgegebenen gültigen Stimmen 137. Parteitagsprotokoll, ADL, A 1-88, S. A 32. Die weiteren Ergebnisse der Wahlen zum Bundesvorstand: *Middelhauve* setzte sich bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden mit 151 zu 63 Stimmen gegen *Euler* durch (Ebd., S. A 31). *Rubin* wurde als Schatzmeister bestätigt (153 Ja-Stimmen, 85 Enthaltungen, ebd., S. A 36); Beisitzer (geschäftsführender Vorstand): Marie-Elisabeth *Lüders* (202 Ja-Stimmen, 36 Enthaltungen bzw. Gegenstimmen), *Euler* (158, 58), *Mende* (167/68), *Rademacher* (130, 87), *Kessler* (130/91), *Strömer* (149/69). Ebd. S. A 36–A 42; übrige Beisitzer: *Becker* (204), *Mischnick* (142), *Luchtenberg* (131), *Wellhausen* (127), Herta *Ilk* (123), *Leverenz* (104), *Frühwald* (107). Ebd., S. A 67 und S. A 81.

12.

30. 4. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Stephan. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am Samstag, dem 30. 4. 1955, in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer der FDP." 9.30 Uhr–18.00 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Bleek (zeitweise), Blücher, Borttscheller, Dehler, Dohr, Engelhard, Euler, Gönnenwein, Paul Haas, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Neumayer, Nowack, Preusker, Hermann Schäfer, Schwann (zeitweise), Strömer, Wellhausen, Weyer, Will.

TOP 1: KONSTITUIERUNG DES VORSTANDES[1]

Nach längerer Aussprache wird beschlossen, erneut einen Organisationsausschuß einzusetzen.[2] Ihm sollen wie bisher der Bundesvorsitzende und seine drei Stellvertreter sowie der Bundesschatzmeister angehören; der Hamburger Landesverbandsvorsitzende *Rademacher* wird wieder- und Bundesminister Dr. Hermann *Schäfer* neu zum Mitglied des Organisationsausschusses gewählt.

Der Organisationsausschuß soll aufgrund der Delegierung durch den Gesamtvorstand die laufenden geschäftlichen Dinge behandeln und regeln.

Herr Dr. SCHÄFER beantragt, einen Stellenplan und einen Haushaltsplan für die Bundesgeschäftsstelle aufzustellen, nach deren Verabschiedung im Rahmen dieser Pläne Ausgaben ohne besondere Genehmigung vorgenommen werden können.

Der Vorstand wünscht die Vorlage einer Geschäftsordnung, in der die Aufgaben des Gesamtvorstandes, des geschäftsführenden Vorstandes und des Organisationsausschusses gegeneinander abgegrenzt werden. Die bereits vorliegenden Entwürfe einer Geschäftsordnung sollen den Beratungen zugrunde gelegt werden.

Für alle politischen Fragen bleibt weiterhin laut Satzung der Gesamtvorstand zuständig. Der geschäftsführende Vorstand soll häufiger als bisher zusammengerufen werden.

---

1 Zusammensetzung des in Oldenburg gewählten Bundesvorstandes in: Nr. 11.

2 Zum Organisationsausschuß siehe Nr. 1 mit Anm. 4. In einer handschriftlichen Aufzeichnung *Gönnenweins* über die Bundesvorstandssitzung heißt es zu diesem TOP: „Organisationsausschuß. Er hat in den letzten zwei Jahren ganz die Funktionen des geschäftsführenden Vorstandes übernommen; letzterer trat gar nicht mehr zusammen (so *Euler!*). Organisationsausschuß soll Sonderfunktion des geschäftsführenden Vorstandes sein; Beschlußfähigkeit kann ihm nur in begrenztem Umfang zugestanden werden; Einspruchsrecht gegen seine Beschlüsse muß dem geschäftsführenden Vorstand eingeräumt werden. Organisationsausschuß soll also bleiben als beauftragtes Organ des Gesamtvorstandes mit der Verpflichtung zu berichten; weiter den Vorsitzenden zu vertreten. Der Organisationsausschuß soll aus sieben (seither sechs) Mitgliedern bestehen; neu dazu: *Schäfer.*" HStASt, Q I/22, Bü 800 (NL Haußmann).

TOP 2: ORGANISATION DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Wird abgesetzt.

TOP 3: POLITISCHE LAGE

a) Fall *Schwann:* Der Abgeordnete *Schwann* war, nachdem die Presse am Tage zuvor überraschend über seine Reise nach Ostberlin berichtet hatte[3], vom Bundesvorstand aufgefordert worden, über sein Gespräch in Karlshorst dem Vorstand Bericht zu erstatten. Nach längeren Ausführungen des Herrn *Schwann*[4] und ausführlicher Beratung stellt der Bundesvorstand einstimmig fest, daß Herr *Schwann* ohne vorherige Unterrichtung auch nur eines Mitgliedes des Bundesvorstandes oder der Bundestagsfraktion seinen Besuch bei dem sowjetischen Botschafter *Puschkin* unternommen hat. Der Vorstand mißbilligt diese von keiner Seite autorisierte einzelgängerische Handlung in ihrer realpolitischen Aussichtslosigkeit auf das Schärfste.[5]

Dieser Beschluß wird der Bundestagsfraktion der FDP zugeleitet, die sich umgehend mit dem Fall befassen wird.

b) Die Gerüchte über die bevorstehende Neugründung einer Sozial-Konservativen Partei[6] werden ausführlich behandelt. Es wird festgestellt, daß die Quelle der Gerüchte beim BHE liegt, wo beide miteinander uneinigen Teile Fühlung nach den verschiedensten Seiten hin aufgenommen haben. Von mehreren Vorstandsmitgliedern wird darauf hingewiesen, daß einzelne Abgeordnete des BHE einen erwünschten Zuwachs bilden könnten. Jedoch könne man nicht zu einem kollektiven Abschluß mit dem BHE oder einem seiner beiden Teile gelangen. Die in Informationsdiensten der SPD genannten Vorstandsmitglieder[7] erklären sämtlich, daß sie keinerlei Verhandlungen der behaupteten Art geführt haben.

---

3 Ausführlicher Bericht über die Reise *Schwanns,* die am 24. 4. 1955 erfolgt war, in: DER SPIEGEL, 9. Jg., Nr. 20 vom 11. 5. 1955, S. 11 f.

4 Hierzu heißt es in der Aufzeichnung *Gönnenweins* (Anm. 2): „MdB *Schwann* berichtet über die Behauptungen der ‚Welt'. Hat sich mit *Puschkin* über Kriegsgefangenenfrage unterhalten, aber auch über die Notwendigkeit der Verhandlungen mit der Sowjetunion; er habe es nicht für notwendig und richtig gehalten, die Partei und ihren Vorsitzenden zu unterrichten. An der Presseverlautbarung sei er, *Schwann,* unschuldig."

5 Die Mißbilligung veröffentlicht in: fdk, 6. Jg., Nr. 30 vom 3. 5. 1955. Nach der Aufzeichnung *Gönnenweins* (Anm. 2) fand die Entschließung im Bundesvorstand einstimmige Annahme.

6 Hierzu beispielsweise der Kommentar von Werner *Runge* unter der Überschrift „Politische Kernspaltung" in: MÜNCHENER MERKUR vom 19. 4. 1955. Darin u. a. die Sätze: „Minister und Ministergruppen, die die mittleren und kleineren Parteien ins Parlament entsandten, haben [. . .] zwischen ihrer Partei und ihrer Kabinettszugehörigkeit den Spielraum entdeckt, in dem sich Kanzlertreue und Umgruppierung in neuartige Fronten vereinen lassen. Die [. . .] Deutsche Partei ist sicherlich durch keine Hemmungen beschwert, wenn es für sie gilt, aktiv an Plänen mitzuarbeiten, die, gegen ein eventuelles Zweiparteiensystem aus CDU/CSU und SPD gerichtet, auf eine dritte Partei mit ausgesprochenen sozialem Trend unter konservativen Aspekten zielen."

7 Der PPP-INFORMATIONSBRIEF, Nr. 49 vom 29. 4. 1955, hatte folgende Namen genannt: *Blücher, Preusker, Neumayer, Euler, Fassbender, Schneider* und *Wellhausen.*

Das von der fdk bereits herausgegebene Dementi, in dem diesbezügliche Gerüchte als „barer Unsinn" bezeichnet werden[8], wird von allen Seiten als richtig bestätigt.

Auf eine Mitteilung hin, daß der „Spiegel" eine größere Veröffentlichung über neue Parteigründungen bringen werde[9], wird beschlossen, in solchem Falle eine autoritative Erklärung abzugeben.[10]

Es wird festgestellt, daß in Kreisen der FDP keine Fusion mit einer anderen Partei vorbereitet werde, daß auch keine Separation bevorstehe, daß aber die FDP offen sei für alle Kräfte, die ihren Zielen nahestehen.

c) Nachdem Herr Dr. DEHLER über die niedersächsischen Wahlen und Herr STRÖMER über die Möglichkeiten der Regierungsbildung referiert haben[11], billigt der Vorstand die Haltung der niedersächsischen Freien Demokraten zur Frage der Regierungsbildung (Koalition mit CDU, BHE, DP).

Auf Antrag von Herrn Dr. *Mende* sollen die Vorwürfe, die in einem Schreiben des Abg. *Miessner* gegen die Kandidatenaufstellung in Niedersachsen erhoben worden sind[12], dem Landesverband zur Stellungnahme zugeleitet werden.

d) Ausführlich wird die außenpolitische Lage beraten.[13] Herr EULER berichtet über die Verhandlungen des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestags-

---

8 Vgl. fdk, 6. Jg., Nr. 30 vom 3. 5. 1955.

9 Ein entsprechender Artikel wurde nicht ermittelt.

10 Entsprechend hieß es in der fdk, 6. Jg., Nr. 31 vom 5. 5. 1955: „Trotz der unmißverständlichen Feststellung der Freien Demokraten, daß Spekulationen über ihre Beteiligung an einer zu gründenden Sozial-Konservativen Partei barer Unsinn seien, erhält sich hartnäckig die politische Legende vom Kommen einer Rechtspartei unter Einschluß ‚Kanzler-Treuer' Freier Demokraten. Der Bundesvorstand der Freien Demokraten befaßte sich auf seiner letzten Sitzung am vergangenen Wochenende mit diesen Gerüchten. Das Ergebnis der Vorstandsbesprechungen bestätigte nur erneut die völlige Haltlosigkeit der Behauptung, ein angeblicher Ministerflügel oder eine Gruppe von Abgeordneten der FDP trügen sich mit Gedanken einer Neugruppierung außerhalb des Rahmens ihrer Partei." In der Aufzeichnung *Gönnenweins* (Anm. 2) hieß es zu diesem TOP: „Frage der Sozial-Konservativen Partei: Gespräche schon 1952 geführt, aber nicht mit Ermächtigung der Partei. Namen: *Fassbender, Wellhausen* u. a., *Schneider, Hepp.* Absichten dieser Art waren innerhalb der FDP ohne Zweifel vorhanden! (Dunkle Sache!) ‚Sozial-Konservativer' stammt wohl von *Fassbender!!!*"

11 Am 24. 4. 1955 hatten in Niedersachsen Landtagswahlen stattgefunden, in denen die SPD 35,2 % (59 Mandate), die CDU 26,6 % (43), die DP 12,4 % (19), der GB/BHE 11,0 % (17) und die FDP 7,9 % (12) errungen hatten. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 140. Heinrich *Hellwege* (DP) bildete aus CDU, DP, GB/BHE und FDP eine Landesregierung, die am 26. 5. 1955 ihr Amt antrat. A. C. STORBECK, 1970, S. 234 f. – Dazu *Gönnenwein* (Anm. 2): „Niedersachsen: Ministerpräsident *Hellwege,* 4 Minister CDU (u. a. Finanzen), 2 BHE, 1 DP (Justiz und Ministerpräsident), 2 FDP (Kultus und Wohnungsbau".)

12 *Miessner* hatte den Vorstandsmitgliedern ein Schreiben des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Hannover-West, Lothar *Kühne,* übersandt, das diesbezügliche Klagen enthielt. In seiner Antwort vom 5. 5. 1955 kritisierte *Dehler,* die Vorwürfe seien „zu allgemein gehalten", und bat um Konkretisierung. ADL, N 1-2322 (NL Dehler).

13 Hierzu hieß es in der Aufzeichnung *Gönnenweins* (Anm. 2): „Wiedervereinigung. Keine Propagandabedürfnisse; dagegen gründliche Vorbereitung der Mächtekonferenz mit einheitlicher Stellungnahme des Westens. Dabei muß Bundesrepublik Vorschläge unterbreiten. Wo liegen Chancen für ein sachliches Gespräch? (Entmilitaristische Zone u. a.) Sie müßte auf dem Boden der Westverträge liegen, aber keine Angebote, die die Pariser Verträge preisgeben! Drei Ar-

fraktion vom 25. 4.[14] Am Schluß der Aussprache erklärt Herr Dr. DEHLER, daß der außenpolitische Ausschuß der Partei einberufen werden soll, sobald die Arbeiten des außenpolitischen Arbeitskreises weiter gefördert sind.

TOP 4: NEUORDNUNG DES RUNDFUNKWESENS

Wird zurückgestellt.[15]

Herr Dr. MENDE teilt mit, daß ein Sachverständigenausschuß zusammengerufen wird, dem u. a. sämtliche FDP-Mitglieder der Rundfunkräte angehören.

TOP 5: VERSCHIEDENES

a) Anstelle des verstorbenen Herrn Willy *Langhoff* wird Herr Dr. Hermann *Schäfer* zum Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses gewählt. Frau Dr. *Fischer-Bosch* wird als stellv. Vorsitzende bestätigt.

b) Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes soll am 11. Juni 1955 stattfinden.

13.

11. 6. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Erika Fischer. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am 11. 6. 1955 in Bonn, Bundeshaus." 9.50 Uhr–18.10 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Borttscheller, Dehler, Dohr, Euler, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Kessler, Kohut, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Mischnick, Müller-Link, Neumayer, Nowack, Rademacher, Hermann Schäfer.

---

beitskreise der Partei werden konkrete Vorschläge auszuarbeiten versuchen (so Referat von A. M. *Euler*). Irgendeinen Preis müssen wir für die Wiedervereinigung bezahlen! Wir kommen keinen Schritt weiter, wenn wir an der sturen Haltung des Kanzlers festhalten (M.-E. *Lüders*). Aber, so gering die Aussichten auf annehmbare Lösungen sind, es muß versucht werden, die militärpolitischen Situationen zu ergründen, die möglicherweise doch zu einem Angebot an die Russen führen könnten *(Mende)*."

14 Bericht über diese Sitzung in: fdk, 6. Jg., Nr. 28 vom 26. 4. 1955. Als Aufgabe der FDP wurde hierin formuliert, „an einem deutschen Beitrag zur Wiedervereinigung auf dem Boden der (Pariser) Verträge mitzuarbeiten".

15 Diese Zurückstellung erfolgte auf Wunsch von Wolfgang *Haußmann*, da weder er noch *Kessler* an der Sitzung teilnehmen konnten. *Haußmann* an *Dehler* vom 26. 4. 1955 und *Stephan* an *Haußmann* vom 5. 5. 1955, ADL, Ordner-Nr. 134.

WEHRVERFASSUNG

Nach dem einleitenden Referat von Herrn Dr. MENDE, in dem insbesondere auf die Fragen Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Struktur des Verteidigungsrates, Organisation und Funktion des Verteidigungsministeriums (parlamentarische Verantwortung), Wehrverwaltung (Bundeswehrverwaltung oder Auftragsverwaltung), landsmannschaftliche Gliederung, Personalausschuß (Gutachterausschuß) und Freiwilligengesetz (Art der Verabschiedung)[1] eingegangen wurde, beschließt der Bundesvorstand:

1. Die grundgesetzliche Ordnung der Wehrverfassung im Sinne der von der Bundestagsfraktion der FDP im Dezember 1953 und im Januar 1954 (Drucksachen Nr. 124, 125, 171[2]) eingebrachten Anträge – Oberbefehl des Bundespräsidenten, bundeseigene Wehrverwaltung mit entsprechendem Unterbau, Berücksichtigung besonderer landsmannschaftlicher Verhältnisse – ist unbedingt erforderlich (Beschluß durch Abstimmung).
2. Dieser Beschluß soll dem Bundeskanzler mitgeteilt und gleichzeitig um eine Koalitionsbesprechung gebeten werden.[3]
3. Als Staatssekretär im Verteidigungsministerium wird von der FDP aus Herr Dr. *Mende* vorgeschlagen.[4]
4. Die Landesverbände sollen um Benennung geeigneter Persönlichkeiten für den Personalausschuß gebeten werden.
5. Die Bundestagsfraktion wird um eine schnelle Unterrichtung der der FDP angehörenden Länderminister, insbesondere in Fragen der Wehrgesetzgebung, ersucht.

WAHLGESETZ

Da zum Teil gegen den von der FDP-Bundestagsfraktion vorgelegten Wahlgesetzentwurf[5] Bedenken erhoben werden, wird der Wahlausschuß der Partei so schnell wie möglich zusammentreten (24. 6. 1955), um diesen Entwurf einer gründlichen Beratung zu unterziehen.[6]

---

1 Der Entwurf des Freiwilligengesetzes war vom Bundesrat am Vortag im ersten Durchgang behandelt worden. Am 15. 6. 1955 übersandte Vizekanzler *Blücher* den Gesetzentwurf und die Stellungnahme des Bundesrates mit der Mitteilung an den Bundestagspräsidenten, daß die Bundesregierung sich zu der Stellungnahme des Bundesrates „bei der Einbringung der Vorlage im Bundestag" äußern werde. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 35, Drucks. Nr. 1467.

2 Ebd., Anlg.-Bde. 26 und 27.

3 Die Bitte um eine Koalitionsbesprechung erübrigte sich, da am 13. 6. 1955 ein Schreiben *Adenauers* vom 8. 6. 1955 eintraf, demzufolge eine von ihm in Aussicht genommene Koalitionsbesprechung vorerst nicht möglich sei, da er durch die Vorbereitungen für seine Reisen in die USA und nach Großbritannien „so stark in Anspruch genommen" sei. *Adenauer* stellte sodann eine Koalitionsbesprechung „unmittelbar nach der Rückkehr" in Aussicht. ADL, N 1-2220 (NL Dehler).

4 Vgl. hierzu HEUSS-ADENAUER. Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearb. von Herrn Peter MENSING, Berlin 1989, S. 180 und S. 188; E. MENDE, 1984, S. 470.

5 Dieser Wahlgesetzentwurf vom 10. 6. 1955 in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 35, Drucks. Nr. 1444.

6 Zu den Ergebnissen dieser Besprechung E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 631 f.

REGIERUNGSBILDUNG IN NIEDERSACHSEN

Nach der von Herrn Dr. DEHLER gegebenen Darstellung der Entwicklung, den ergänzenden Ausführungen von Herrn Dr. MIDDELHAUVE und Herrn Dr. NOWACK und einer ausgedehnten Diskussion, beschließt der Bundesvorstand:

1. Zur Veröffentlichung in der Presse wird folgende Verlautbarung herausgegeben (Beschluß durch Abstimmung): Durch den Rücktritt des Herrn *Schlüter*[7] ist der Weg zu einer Neubesetzung des niedersächsischen Kultusministeriums freigemacht worden. Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei erwartet, daß die niedersächsische Landtagsfraktion der Freien Demokratischen Partei im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand eine Persönlichkeit vorschlägt, die durch ihre liberale Gesinnung und ihren geistigen Rang keinen Zweifel an ihrer Eignung für das Amt aufkommen läßt.
2. Der Bundesvorsitzende wird beauftragt, der Landtagsfraktion der FDP von Niedersachsen mitzuteilen:

a) daß der Bundesvorstand eine schnelle Neubenennung des Kultusministers durch die FDP für notwendig hält.

b) Der Bundesvorstand schlägt dafür die Herren Prof. Dr. *Luchtenberg* und Prof. Dr. *Erbe* vor.

3. Die politischen Hintergründe des Falles *Schlüter* bedürfen einer sorgfältigen Klärung, vor allem auch im Hinblick auf die Tatsache, daß Herr *Schlüter* Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion von Niedersachsen ist.
4. Das Ausscheiden von Herrn *Huisgen* als Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Niedersachsen wird – seinem eigenen Wunsche entsprechend[8] – für notwendig gehalten.[9]

VERSCHIEDENES

1. Der Vorstand konstituiert einen Bundesausschuß für Presse, Rundfunk und Film. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wird Herr Dr. *Mende*, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Minister *Becher* berufen.
2. Die nächste Tagung des Hauptausschusses findet am 2. und 3. Juli 1955 in Bonn statt. Das Thema dieser Tagung lautet: Die Wiedervereinigung Deutschlands (politische, wirtschaftliche und militärische Aspekte).
3. Der Termin für die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP wird auf Samstag, den 16. Juli 1955, festgesetzt.[10]

---

7 Der niedersächsische Kultusminister Leonhard *Schlüter* hatte am 9. 6. 1955 *Hellwege* seinen Rücktritt angeboten. Zu den Hintergründen dieses Schrittes, der durch Attacken in der Öffentlichkeit wegen *Schlüters* rechtsradikaler Vergangenheit und seiner Verwicklung in ein Verfahren wegen passiver Bestechung ausgelöst worden war, Heinz-Georg MARTEN, Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.

8 Vgl. H. G. MARTEN, 1978, S. 358.

9 Bericht über die Ergebnisse der Vorstandssitzung – Haltung zur Wehrfrage und zum Ministerrücktritt in Niedersachen – in: fdk, 6. Jg., Nr. 41 vom 14. 6. 1955.

10 Eine Bundesvorstandssitzung fand erst wieder am 30. 8. 1955 statt. Siehe Nr. 14.

14.

30. 8. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Erika Fischer. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei vom 30. 8. 1955 in Bonn, Bundeshaus." 9.30 Uhr–19.15 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bleek, Blücher, Borttscheller, Dehler, Dohr, Engelhard, Frühwald, Paul Haas, Herta Ilk, Kohut, Kresse, Leverenz, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Preusker, Rademacher, Rubin, Hermann Schäfer, Heinrich Schneider, Ludwig Schneider, Schwennicke, Strömer.

TOP 1: [AUSSCHEIDEN WELLHAUSENS AUS DEM BUNDESVORSTAND]

Die Fragen, die mit der Niederlegung des Vorstandsamtes durch Herrn Dr. *Wellhausen*[1] zusammenhängen, werden zurückgestellt; sie sollen in Anwesenheit von Herrn Dr. *Wellhausen* behandelt werden.

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Partei werden gebeten, die Angelegenheit mit Herrn Dr. *Wellhausen* zu besprechen.

TOP 2: [BETEILIGUNG DER FDP AN DER MOSKAUREISE ADENAUERS]

Im Anschluß an den Bericht von Herrn Dr. DEHLER über seine Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Außenminister[2] und der daran anschließenden Diskussion, die die einzelnen Standpunkte über die Zweckmäßigkeit einer Beteiligung an der Moskaureise seitens der FDP klarlegt, wird beschlossen (durch Abstimmung):

a) Dem Herrn Bundeskanzler wird durch den Parteivorsitzenden mitgeteilt, daß der Bundesvorstand der FDP eine Vertretung der Repräsentanten der großen politischen Willensrichtungen des Volkes an der Moskaureise für wünschenswert hält.

b) Falls die Durchsetzung dieses Beschlusses nicht möglich ist, soll versucht werden, einen FDP-Vertreter via außenpolitischen Ausschuß des Bundestages mit nach Moskau zu entsenden.[3]

---

1 *Wellhausen* hatte mit Schreiben an *Dehler* vom 20. 6. 1955 seinen Austritt aus dem Bundesvorstand erklärt. Anlaß war ein Konflikt mit *Dehler* in der Sitzung der Bundestagsfraktion am 20. 6. 1955 über die Besetzung des Kultusministeriums für Niedersachsen (*Luchtenberg* oder *Erbe*), in dessen Verlauf beide einander vorwarfen, die FDP sprengen zu wollen. *Wellhausen* an die Mitglieder der Bundestagsfraktion vom 22. 6. 1955 und *Dehler* an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 23. 6. 1955. Alle Schreiben in: ADL, N 1-3511 (NL Dehler).

2 *Dehlers* Terminkalender zufolge haben die Gespräche am 29. 8. 1955 um 11.30 Uhr *(Brentano)* und um 18.00 Uhr stattgefunden. ADL, N 1-670 (NL Dehler).

3 *Dehler* an *Adenauer* vom 30. 8. 1955, ADL, N 1-2221 (NL Dehler). Darin die Mitteilung, daß der Bundesvorstand es begrüßen würde, „wenn sich die Beteiligung führender Vertreter der Bundestagsfraktion ermöglichen ließe". Im Falle der Nichtverwirklichung dieses Vorschlages regte *Dehler* im Namen des Bundesvorstandes an, „durch eines der Mitglieder" der FDP-Frak-

TOP 3: [ZUR LAGE IM SAARGEBIET]

Herr Dr. SCHNEIDER, Saar, erstattet dem Vorstand einen ausführlichen Situationsbericht und bittet, darauf einzuwirken, daß

a) weitere Eingriffe seitens der CDU bzw. des Herrn Bundeskanzlers in den Abstimmungskampf unterbleiben[4];

b) eine Klärung der innenpolitischen Lage an der Saar vor dem Referendum[5] erfolgt.

TOP 4: [LAGE IN NIEDERSACHSEN]

In bezug auf Niedersachsen wird beschlossen:

a) An der Kandidatur von Herrn Dr. *Tantzen* als Kultusminister für Niedersachsen soll, wenn verläßliche Auskünfte über Herrn Dr. *Tantzen* vorliegen, festgehalten und die Berufung beschleunigt werden.[6]

b) An dem Landesparteitag der FDP von Niedersachsen in Uelzen[7] sollen möglichst viele Mitglieder des Bundesvorstandes teilnehmen.

c) Der Landesverband Niedersachsen erhält die Zusage nachbarschaftlicher Hilfe bei der Organisation des Landesverbandes.

d) Herrn *Schlüter* soll dringend nahegelegt werden, seinen Austritt aus der FDP zu erklären[8] und sein Mandat niederzulegen. Falls er diese Konsequenzen nicht zieht, wird die Partei ein Ausschlußverfahren wegen „Täuschung" gegen ihn beim Landesverband beantragen.

TOP 5: [STAATSSEKRETÄR IM VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM]

Dem Herrn Bundeskanzler soll mitgeteilt werden, daß die FDP an ihrer Forderung, den Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu stellen, festhält. Den Kandidaten soll die Fraktion bestimmen. Der Bundesvorstand empfiehlt, Herrn Dr. *Mende* zu nominieren.[9]

TOP 6: [AUSSCHUSSNEUBESETZUNG]

a) Als stellvertretender Vorsitzender für den Ausschuß Presse, Rundfunk und Film wird Herr Dr. *Ungeheuer* bestellt.

---

tion „im außenpolitischen Auschuß des Bundestages bei den Verhandlungen in Moskau vertreten zu sein".

4 Bezieht sich möglicherweise auf eine Stellungnahme des CDU-Pressedienstes vom 4. 8. 1955, mit der die CDU des Saarlandes aufgefordert wurde, dem Saarstatut zuzustimmen. AdG 1955, S. 5298 C 1.

5 Der Termin für das Saarreferendum war am 23. 7. 1955 auf den 23. 10. 1955 festgesetzt worden. Ebd., S. 5276 A.

6 Richard *Tantzen* (FDP) wurde am 14. 9. 1955 zum Kultusminister ernannt. Zu den vorausgegangenen Debatten vgl. Nr. 13, TOP „Regierungsbildung in Niedersachsen", und Nr. 14, Anm. 1. A. C. STORBECK, 1970, S. 234.

7 Am 24./25. 9. 1955. Vgl. H. G. MARTEN, 1978, S. 359 ff.

8 *Schlüter* schied Anfang Februar 1956 aus der FDP aus; ebd., S. 358.

9 *Dehler* an *Adenauer* vom 31. 8. 1955, ADL, N 1-2221 (NL Dehler). Vgl. auch Nr. 13, Anm. 4.

b) Als Vorsitzender für den Ausschuß Bau- und Wohnungswesen wird Herr Dr. *Kutzscher,* Berlin, als stellvertretender Vorsitzender Herr Dr. *Kersig,* Schleswig-Holstein, berufen.

c) Zum stellvertretenden Vorsitzenden für den gewerbepolitischen Ausschuß wird Herr *Zulauf,* Nordrhein-Westfalen, ernannt.

d) Zur Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses wird, da Frau *Buscham* dieses Amt niedergelegt hat, Frau Dr. Dr. h. c. Marie-Elisabeth *Lüders* gewählt.

e) In die Fachausschüsse der Bundespartei werden folgende Vertreterinnen der Frauen kooptiert: Agrarpolitik: Frau *Unckel;* Außenpolitik: Frau *Hahn;* Beamtenfragen: Frau Dr. *Schmücker;* Finanzfragen: Frau Dr. Ella *Barowsky;* Gesundheitsfragen: Schwester Käte *Müller;* Gewerbepolitik: Frau Melitta *Schöpf;* Jugendfragen: Frau *Schepp-Merkel;* Kommunalpolitik: Frau Christa *Seib;* Satzungsfragen: Frau Dr. Susanne *Netzer;* Verkehrsfragen: Frau Rosel *Gönnenwein;* Wahlrechtsfragen: Frau Dr. Emmy *Diemer;* Wirtschaftspolitik: Frau Elly *Ley.*

TOP 7: [BILDUNG EINES AUSSCHUSSES FÜR ATOMENERGIE]

Der Vorstand gründet einen Beirat für Atomenergie. Die Leitung übernimmt Herr Dr. *Dehler.* Er wird bevollmächtigt, die Mitglieder zu berufen.

TOP 8: [GEHALT DR. KEIM – ANTRAG FRÜHWALD]

Der Antrag von Herrn *Frühwald* (Gehalt Herr Dr. *Keim*) soll im Organisationsausschuß behandelt werden. Herr *Stephan* wird gebeten, den Stellenplan für die Bundesgeschäftsstelle, nach Besprechung im Organisationsausschuß, dem Bundesvorstand vorzulegen.[10]

TOP 9: [MITGLIEDSCHAFT VON PARTEIFREUNDEN IM AUSLAND]

Gegen eine Mitgliedschaft von Herrn *Striegler,* St. Gilgen, in der FDP ist nichts einzuwenden.

Alle weiteren auf der Tagesordnung angeführten Punkte[11], die aus Zeitgründen nicht behandelt werden konnten, werden für die nächste Vorstandssitzung zurückgestellt.

---

10 *Frühwald* hatte beantragt, das Gehalt *Keims* durch die Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung in Höhe von 300 DM aufzubessern. Eine Entscheidung hierüber fiel zunächst jedoch nicht, wie aus einem Brief *Keims* an *Hummel* vom 21. 10. 1955 zu entnehmen ist. Auch zu diesem Zeitpunkt erhielt *Keim* ein Monatsgehalt in Höhe von 1 000 DM, das dem Gehalt entsprach, das ihm seit seiner Einstellung als Referent im Juni 1953 gezahlt wurde. HStASt, Q I/22, Bü 829 (NL Haußmann).

11 „Methode der Kandidatenaufstellung in den Landesverbänden; Geschäftsordnung; Vorbereitung der Wiedervereinigung nach der organisatorischen Seite; Stärkung der Einheit der Partei."

15.

21. 9. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Mittwoch, dem 21. September 1955, in Bonn, Bundeshaus." 15.20 Uhr–19.05 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Borttscheller, Dehler, Frühwald, Giloy, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Koenigs, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Rademacher, Hermann Schäfer, Schröder, Will.

TOP 1: [POLITISCHE LAGE, INSBESONDERE AUSSENPOLITIK]

Nach dem Bericht von Herrn Dr. DEHLER über seine Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler unmittelbar vor und nach der Moskaureise[1] und den ergänzenden Ausführungen der Herren Minister NEUMAYER und Dr. SCHÄFER tritt der Vorstand in eine eingehende Diskussion über die durch die Moskauer Beschlüsse geschaffene politische Lage ein.[2]

WILL: Wir hatten in Berlin die Hoffnung gehabt, daß *Adenauer* mehr mitbringen wird. Das ist bedauerlich, weil man mit der Wiedervereinigung in Berlin beginnen muß. Die neue Lage wird in Bonn ein Umlernen verlangen, es wird ein Gegenspieler da sein.[3] Die Abstimmung, die uns bevorsteht[4], ist ein Kinderspiel gegenüber der Abstimmung vom Vorjahr (Militärbündnis).[5] Von Bedeutung ist nur der Gegensatz Amerikaner – Russen, das ist die einzige Chance, die wir haben. Wenn jemand eine Möglichkeit hat, zum Ausgleich zwischen Russen und Amerikanern beizutragen, dann sind wir es.

SCHRÖDER: Es wäre falsch, wenn die FDP an diese neue Politik mit Vorbehalten und Ressentiments herangeht. Daß wir nicht nach Moskau mitgenommen worden sind[6], ist wohl in der Hauptsache auf persönliche Spannungen zwischen *Adenauer* und *Dehler* zurückzuführen. Bisher waren wir Objekt der Politik der anderen, wir sollten aber jetzt Subjekt sein.

---

1 Zu Adenauers Moskaureise vom 9.–13. 9. 1955 die zusammenfassende Darstellung in: H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 273–278. Das Gespräch *Adenauer-Dehler* vor der Reise hatte am 2. 9. 1955 (AdG 1955, S. 5333 A) stattgefunden. Darin hatte *Adenauer* eine Beteiligung von Vertretern der Bundestagsfraktion an der Moskaureise abgelehnt. *Dehler* bat daraufhin *Adenauer* nochmals brieflich – allerdings vergeblich – um die Aufnahme eines FDP-Mitgliedes des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages in die Moskauer Delegation. *Dehler* an *Adenauer* vom 2. 9. 1955, ADL, N 1-2221 (NL Dehler).

2 Das folgende Fragment eines Wortprotokolls der Sitzung im selben Bestand. Überschrift: „Vorstandssitzung 21. 9. 55."

3 Bezieht sich darauf, daß in Moskau nunmehr zwei deutsche Botschafter, einer aus der DDR und einer aus der Bundesrepublik, vertreten sein würden.

4 Abstimmung des Bundestages über die Aufnahme der diplomantischen Beziehungen mit der Sowjetunion, die am 23. 9. 1955 „einmütig" erfolgte. BT STEN. BER., Bd. 26, S. 5670 C.

5 Bezieht sich auf die Debatten und Abstimmungen über die Pariser Verträge.

6 Die FDP hatte eine Beteiligung gewünscht. Vgl. Nr. 14 mit Anm. 3 und Nr. 15, Anm. 1.

Ich habe mich hier eines Auftrages zu erledigen: Wir sind mit der Landtagsfraktion Hessen zusammengesessen, und es ist ein einmütiger Unwille zum Ausdruck gekommen, daß Sie, Herr *Dehler,* diese Erklärung abgegeben haben[7], bevor die Dinge abgeschlossen waren. Diese Erklärung ist draußen denkbar schlecht angekommen. Ich will nicht über die Ausdrücke berichten, die darüber gefallen sind, z. B. beim Abhören der Meldung am Lautsprecher, in Zuschriften, die wir bekommen haben usw. Ich betone, daß etwas mehr Zurückhaltung viel richtiger wäre. Ich sage mit aller Klarheit, daß es notwendig wird, daß in Zukunft solche Erklärungen unterbleiben, von denen die SPD gesagt hat - ich will mich damit nicht identifizieren – sie seien unbedacht, unwahrscheinlich, unwahr usw. Wir sollten uns persönlich zu dem Ergebnis bekennen und uns nicht dagegen stellen. Wir sollten es für uns mit in Anspruch nehmen. Wir können Bedenken anmelden und die Gefahr aufzeigen, das ist aber auch alles. Die Beziehungen zu den Russen dürfen nicht verniedlicht werden (Verbrüderungs-Szenen in Österreich), da müssen wir warnen; wir müssen aber die Entspannungspolitik mitmachen. Es wird für die Partei unerträglich, wenn solche Erklärungen abgegeben werden. Wer draußen Tag und Nacht tätig ist, sieht da eine Schädigung der Partei.

DEHLER: Darüber wollen wir nicht diskutieren, das ist Gegenstand einer anderen Auseinandersetzung. Wenn Sie glauben, daß Moskau etwas Positives gewesen ist . . ., wenn Sie meinen, daß wir unserem Volk so etwas weißmachen können.

Inzwischen ist unser Freund *Becker* aus dem Ausschuß[8] zu uns gekommen. Ich bitte, daß er uns berichtet.

BECKER: Wenn man die Zeitungen der letzten Tage genau gelesen hat, dann wurde in dem Ausschuß, aus dem ich komme, 50 % von diesen Zeitungsmeldungen wiederholt. Es sind Fragen gestellt worden. Ich habe die Frage, die uns *Czermak* in der Fraktion gestellt hat[9], weitergegeben. Einige Dinge sind streng vertraulich behandelt worden, darüber möchte ich hier nicht sprechen.[10]

[Beschluß des Bundesvorstandes:]

a) Trotz starker Bedenken über den Lauf der Entwicklung billigt der Vorstand die Absicht der Fraktion, in der Bundestagsdebatte positiv zu dem Moskauer Abkommen Stellung zu nehmen.[11]

---

7 In einer Erklärung vom 13. 9. 1955 hatte *Dehler Adenauer* vorgeworfen, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur SU die deutsche Teilung „geradezu verbrieft" zu haben. Die Ergebnisse des Moskaubesuches hatte *Dehler* bei dieser Gelegenheit als „sehr dürftig" bezeichnet. F. KLINGL, 1985, S. 331.

8 Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für gesamtdeutsche Fragen des Bundestages und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates in Anwesenheit des Bundeskanzlers. Siehe den Artikel „Gegensätze trotz gemeinsamer Zustimmung", in: FAZ vom 22. 9. 1955 (Titelseite).

9 Nicht ermittelt.

10 Ende des Wortprotokollfragmentes.

11 Vgl. die Rede *Dehlers* im Bundestag am 23. 9. 1955, BT STEN. BER., Bd. 26, S. 5663 A–5665 C.

b) Zur Beratung der sich aus der politischen Situation ergebenden Konsequenzen soll der außenpolitische Ausschuß der Bundespartei einberufen werden.

TOP 2: [AUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN LEONHARD SCHLÜTER]

Der zweite Teil des Beschlusses des Vorstandes in der Sitzung vom 30. August 1955[12] (Fall *Schlüter*): „Falls er diese Konsequenzen nicht zieht, wird die Partei ein Ausschlußverfahren wegen Täuschung gegen ihn beim Landesverband beantragen", soll unmittelbar nach dem Parteitag des Landesverbandes Niedersachsen[13] durchgeführt werden.

16.

13. 10. 1955: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 102. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Donnerstag, den 13. Oktober 1955, in Bonn, Bundeshaus." 10.40 Uhr–18.30 Uhr.

Teilnehmer: Blank, Borttscheller, Dehler, Engelhard, Euler, Glahn, Paul Haas, Haußmann, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Leuze, Mälzig, Mende, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Nowack, Rubin, Hermann Schäfer, Strömer, Weyer, Will.

TOP 1: ANTRAG DES LANDESVERBANDES NIEDERSACHSEN: DER BUNDESVORSTAND MÖGE AUF EINLEITUNG DES EHRENGERICHTSVERFAHRENS GEGEN SCHLÜTER VERZICHTEN

Der Bundesvorstand der FDP hat einstimmig beschlossen, von dem Antrag eines Ausschlußverfahrens gegen den Landtagsabgeordneten Leonhard *Schlüter*[1] abzusehen, solange die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ernennung des Abg. *Schlüter* zum Kultusminister des Landes Niedersachsen laufen.[2]

TOP 2: POLITISCHE LAGE, INSBESONDERE BESCHLUSS DES LANDESVERBANDES HESSEN VOM 1. OKTOBER 1955

Herr Dr. DEHLER erstattet ein eingehendes Referat über die Lage, anschließend stellt Herr EULER dar, welche Momente die hessischen Parteigremien zu ihrem

12 Nr. 14, TOP 4.
13 Ebd., Anm. 7.
1 Vgl. Nr. 15, TOP 2.
2 Dieser hatte am 23. 8. 1955 seine Arbeit aufgenommen, die sich bis zum 4. 2. 1956 hinzog. H. G. MARTEN, 1978, S. 355–358.

Beschluß vom 1. Oktober[3] veranlaßt haben. Eine ausführliche Aussprache, an der sich fast alle Anwesenden beteiligen, schließt sich an; sie geben, soweit sie nicht dem hessischen Landesverband angehören, durchweg ihrem Bedauern über die Veröffentlichung des hessischen Beschlusses Ausdruck.

Herr Dr. BORTTSCHELLER, der über das Bremer Wahlergebnis[4] berichtet, betont die negativen Auswirkungen des Falles *Schlüter* und der eine Woche vor der Bremer Wahl erlassenen Erklärung des Landesverbandes Hessen.

Herr Dr. NOWACK verlangt mehr sachliche Arbeit, die in der Form der Team-Arbeit geleistet werden müsse. Es sei ein stärkerer Kontakt innerhalb des Vorstandes nötig. Herr Dr. DEHLER wünscht diesen sachlichen Kontakt vor allem mit den Bundesministern.

Als Vertreter von Berlin stellt Herr Dr. WILL fest, daß Anträge, die sich auf die Person des Vorsitzenden beziehen, nicht gestellt worden sind und daß sie auch nicht möglich gewesen wären. Berlin würde einem Mißtrauensantrag nicht zugestimmt haben.

Herr Dr. *Dehler* wird gebeten, an der Sitzung des hessischen Hauptausschusses am 15. 10. 1955 teilzunehmen.[5]

Einstimmig angenommen wird der folgende Antrag von Herrn *Engelhard*, Hamburg: „Der Vorstand der Bundespartei wolle heute beschließen, den Parteivorstand, ggf. erweitert durch einige Mitglieder der Bundestagsfraktion, im November, spätestens im Dezember an irgendeinem kleinen Ort in der Bundesrepublik für zwei bis drei Tage zusammenzurufen.[6]"

Herr EULER stimmt zu mit der Maßgabe, daß diese Tagung möglichst rasch stattfinden soll.

Einstimmig angenommen wird dann der folgende Antrag von Herrn Dr. *Haußmann*, der noch von den Herren Dr. *Nowack*, Dr. *Mälzig*, Prof. *Haas*, *Engelhard*, *Weyer*, *Euler*, Dr. *Borttscheller*, Dr. *Leuze*, Dr. *Mende* und Frau Dr. *Ilk* unterzeichnet ist:

---

3 Die Entschließung der hessischen FDP vom 1. 10. 1955 enthielt den Vorwurf an *Dehler*, in letzter Zeit wiederum zu außenpolitischen Fragen öffentliche Erklärungen abgegeben zu haben, „die mit dem zuständigen Gremium der Partei nicht vorher abgestimmt waren". Notiz „FDP Hessen kritisiert Dehlers außenpolitische Erklärungen", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 3. 10. 1955. Der Landesvorstand bedauerte die Äußerungen *Dehlers* auch inhaltlich, da sie den Eindruck erweckt hätten, „als sagten sich die Freien Demokraten los von einer Vertragspolitik, die sie selbst die Jahre hindurch mitgetragen haben". fdk, 6. Jg., Nr. 71 vom 18. 10. 1955.

4 Das Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahlen vom 9. 10. 1955 lautete wie folgt: SPD 47,7 %; CDU 18,0 %; DP 16,6 %; FDP 8,6 %; KPD 5,0 %; BHE 2,9 %. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 141.

5 Auf dieser Tagung in Gießen nahm der Landeshauptausschuß folgende Entschließung an: „Er [der Landeshauptausschuß] erörtete in Gegenwart des Parteivorsitzenden Dr. *Dehler* ausführlich die gegenwärtige politische Lage. Der Hauptausschuß gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Beschlüsse des Landesvorstandes vom 1. 10. 1955 und die hierdurch herbeigeführten Erörterungen im Bundesvorstand und in der heutigen Sitzung zur Festigung und wirksamen Vertretung der Parteilinie führen, die die bisherigen Meinungsverschiedenheiten für die Zukunft ausschließen." fdk, 6. Jg., Nr. 71 vom 18. 10. 1955; AdG 1955, S. 5415 K.

6 Siehe Nr. 17, Anm. 10.

1. Der Bundesvorstand der FDP hält eine Erörterung der bisherigen Innen- und Außenpolitik für dringend erforderlich.
2. Aus der alsbaldigen Überprüfung sollen folgende Folgerungen gezogen werden:

a) Zusammenfassung derjenigen Punkte, über die volle Übereinstimmung erzielt werden konnte;

b) Zusammenfassung derjenigen Punkte, über die nur teilweise oder keine Übereinstimmung zu erzielen ist.

3. Diejenigen Punkte, in denen eine Übereinstimmung erzielt werden kann, sollen in einem Leitfaden („Plattform") zusammengefaßt und allen Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion zur entsprechenden politischen und publizistischen Auswertung überlassen werden.
4. Diejenigen Diskussionspunkte, über die eine Übereinstimmung nur teilweise oder gar nicht erzielt werden kann, müssen raschestens auf die Haltbarkeit der Für- oder Gegenargumente überprüft werden.
5. Ziel ist die Herbeiführung des allseits als notwendig anerkannten geschlossenen Auftretens der Partei gegenüber der Öffentlichkeit.

Herr Dr. MENDE weist ergänzend darauf hin, daß die Koalitionsvereinbarungen vom Herbst 1953 jetzt, wo die Halbzeit der Legislaturperiode erreicht ist, überprüft werden müssen. Dieses soll von seiten der Fraktion geschehen.

Der Vorstand beschließt, die zuständigen Stellen zu ersuchen, von der Ernennung des Bundesministers *Strauß* zum Minister für Atomfragen[7] vorerst abzusehen, da Bedenken gegen die Verschiebung der inneren Kräfteverhältnisse in der Regierungskoalition ausführlich vorgebracht werden sollen.

17.

10. 1. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Erika Fischer. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes und der Bundestagsfraktion der FDP am 10. 1. 1956 in Bonn, Bundeshaus." 9.15 Uhr–16.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Bleek, Borttscheller, Dehler, Dohr, Engelhard, Euler, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leuze, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Mende, Mischnick, Neumayer, Nowack, Preusker, Rademacher, Rubin, Hermann Schäfer, Schwennicke, Strömer, Weyer.

---

7 Die Ernennung von *Strauß* zum Minister für Atomfragen hatte dpa am 12. 9. 1955 gemeldet. AdG 1955, S. 5408 A.

TOP 1: POLITISCHE LAGE

[. . .] Ausführlicher Bericht von Herrn Dr. Thomas DEHLER über die politischen Vorgänge der letzten Zeit (Ergänzungen durch Dr. MENDE, Dr. HAUSSMANN und Willi WEYER) und [. . .] sich an die Berichte anschließende Generaldebatte.[1]

PREUSKER: Die These Dr. *Dehlers,* daß eine Krise zwischen FDP und CDU vorhanden sei, ist nicht richtig. Es besteht eine Krise *Adenauer*-FDP bzw. *Adenauer-Dehler.*[2] Der angebliche Wunsch Dr. *Adenauers,* FDP ohne Profil („geduldetes Hilfstruppen-Element") entspricht nicht den Tatsachen. Die kritische Entwicklung in der Koalition hat ihre Ursachen nicht darin, daß die FDP unbequem sei. Differenzen im echten Sinne bestehen in der Koalition auf außenpolitischem Gebiet, weil es in der CDU Interessenten gibt, die sich die Macht sichern möchten. Diese bauen auf die Differenzen *Adenauer*-FDP.

Die menschliche Tragik ist, daß Dr. *Dehler* in den letzten zwei Jahren Kritik an *Adenauer* geübt hat, die in dem Satz Dr. *Dehlers* zusammengefaßt werden kann: „Dieser Bundeskanzler redet viel von Wiedervereinigung, aber er tut nichts dafür." Die menschliche Tragik besteht nun darin, daß Dr. *Dehler* mit diesem tiefen Mißtrauen an der Spitze einer Fraktion steht, die in ihrer Mehrheit bekräftigt, daß sie hinter der Außenpolitik *Adenauers* steht. In diesem Punkt liegt die Krise. In diesen Konflikt sind aber auch vier Minister der FDP gestellt, die die Politik des Kanzlers mitgetragen haben.

Die Entwicklung der Geschichte der Außenpolitik hat bewiesen, daß alles unternommen wird und unternommen worden ist, was denkbar ist, um die Wiedervereinigung zu ereichen, wobei betont werden muß, daß vieles, was geschieht, nicht offen gesagt werden kann.

Die Kritik Dr. *Dehlers* an Moskau ist falsch.[3] Wenn es dabei eine Möglichkeit für die Wiedervereinigung gegeben hätte, dann wäre sie genutzt worden. Schon vor dem Angebot, verschiedene Parlamentarier wegen der Kriegsgefangenenfrage nach Moskau zu entsenden, liegt z. B. die Absicht der Reise des Präsidenten des Roten Kreuzes nach Moskau.

Die Krise liegt also im Mißtrauen Dr. *Dehlers;* daraus kommen alle Differenzen und Zweifel, und hier liegen auch die Wurzeln des Zweifels des Auslandes begründet.

Aber nicht nur in der Außenpolitik, auch in der Innenpolitik spielen diese Dinge eine verderbliche Rolle. Daß innerhalb der CDU Tendenzen gegen die FDP bestehen, ist klar. (*Stücklen, Schäffer* usw.) Die Frage der Nachfolge *Adenauers* spielt dabei die Hauptrolle.

---

1 Der Satz heißt in der Vorlage: „Nach dem ausführlichen Bericht . . . und der sich . . . anschließenden Generaldebatte wird beschlossen:" Im folgenden wird ein Beitrag *Preuskers* in dieser Generaldebatte abgedruckt, der dem Protokoll beiliegt. Überschrift: „Vorstandssitzung 10. 1. 1956."

2 Zu den Konflikten zwischen *Adenauer* und *Dehler* im Spätherbst 1955 F. KLINGL, 1985, S. 347–356. Hierin – S. 355 f. – auch Abdruck einer Passage dieses Protokollauszuges. Vgl. ebenfalls E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 643–649, S. 660–663.

3 Vgl. Nr. 15, insbesondere Anm. 7.

Wenn *Adenauer* das Gefühl gehabt hätte, daß er sich auf die FDP verlassen kann, hätte er *Schäffer* usw. längst über Bord geworfen. In *Schäffer* und in uns stehen sich unüberbrückbar zwei Prinzipien gegenüber (Staatssozialismus-Liberalismus). Es geht also nicht um Personen, es geht um mehr, und die Gefahr ist, daß reine Machtansprüche gerade in der CDU eine zehnjährige Arbeit kaputtmachen.

In dieser Situation muß man eine Politik betreiben, die der CDU nicht die Möglichkeit gibt, sich zusammenzuschweißen, man muß vielmehr versuchen, sie auseinanderzutreiben. Diese Möglichkeit besteht auch heute noch. Wenn wir diese Chance nützen, könnte die FDP ganz anders dastehen.

Dr. *Preusker* verweist zum Schluß auf die bedeutende Arbeit der FDP-Minister im Kabinett. Es sei außerordentlich schwer gewesen, für die FDP ein Ministeramt zu tragen.

[Es] wird beschlossen:

1. zur Wahlrechtsfrage[4] (Antrag Dr. *Becker*):

a) Das Grabensystem ist für die FDP unannehmbar und keine Diskussionsgrundlage.

b) Die FDP besteht auf einem Verhältniswahlrecht. Sie ist der Meinung, daß das Wahlrecht von 1953 schon einen Kompromiß zwischen einem reinen Verhältniswahlrecht und dem sogenannten Mehrheitswahlrecht darstellt.

c) Mit der CDU ist zu klären, ob sie andere Vorschläge auf der Basis des Verhältniswahlrechts machen kann.

d) Die FDP wird auf einer baldigen Fortsetzung folgender Fragen bestehen:

aa) das System der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage;

bb) das System selbst;

cc) die Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag bis Ende Februar.

e) Es darf künftig keine Änderung des Wahlgesetzes in den letzten zwei Jahren einer Legislaturperiode erfolgen. Erscheint eine solche Änderung trotzdem als notwendig, so muß sie mit qualifizierter Mehrheit erfolgen (Beschluß durch Abstimmung: einstimmige Annahme). Sollte die CDU auf dem Grabensystem beharren, müssen (nach den Besprechungen am 13. und 20. 1. 1956[5]) die Konsequenzen der FDP in Bund und Ländern festgelegt werden.

2. Zur Wahl des Fraktionsvorsitzenden:

Der Antrag: „Der Bundesvorstand wolle beschließen, der Bundestagsfraktion zu empfehlen, Dr. Thomas *Dehler* wiederum zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen. gez. Wolfgang *Haußmann*, Otto *Bezold*, Dr. *Kessler*, *Engelhard*, *Haas* zugl. für Schleswig-Holstein, *Weyer*, *Borttscheller*, *Strömer*, Dr. *Mälzig*, Dr. *Nowack*." wird unter Einspruch der Vorstandsmitglieder August Martin

4 Zum Stand der Auseinandersetzungen hierüber E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 663–673.

5 Zu diesen ergebnislos verlaufenden Besprechungen: ebd., S. 676.

Euler und Dr. *Kohut* (Feststellung durch Abstimmung) zur Abstimmung im Vorstand gebracht und mit 22:7 Stimmen (Enthaltung Dr. *Dehler*) angenommen.[6]

TOP 2: FRISTEN FÜR SITZUNGEN VON PARTEIGREMIEN

1. Der ordentliche Parteitag 1956 wird festgesetzt auf: 20. bis 22. April 1956 in einem zentral gelegenen Ort (evtl. Frankfurt oder Kassel[7]). Die endgültige Festsetzung des Ortes soll durch den Parteivorsitzenden und seine drei Stellvertreter erfolgen. Für den Parteitag 1957 wird Hamburg das Vorrecht zugestanden.
2. Die Entscheidung über die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages soll nach den Besprechungen mit der CDU[8] getroffen werden.
3. Die Sitzung des Hauptausschusses findet wie vorgesehen am 4. 2. 1956 in Stuttgart mit politischer Themenstellung statt.[9]
4. Die nächste Vorstandssitzung soll, wenn es nach der Besprechung am 13. 1. notwendig erscheint, gemeinsam mit der Fraktion am Dienstag, 17. 1. 1956, um 15.00 Uhr im Bundeshaus stattfinden.
5. Die neue Terminfestsetzung für das abgesagte Konklave[10] wird dem Parteivorsitzenden und seinen drei Stellvertretern übertragen.

Die für Neuhaus erarbeiteten Thesen sollen inzwischen, evtl. nach Überarbeitung durch die Verfasser, zusätzlich allen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der FDP zugestellt werden.

TOP 3: VERSCHIEDENES

1. Herr Dr. *Bruhn* (fdk) wird zum ehrenamtlichen Bearbeiter kulturpolitischer Fragen in der Bundesgeschäftsstelle bestellt.
2. Der Bericht von Herrn Dr. *Middelhauve* über „Koordinationsarbeit" wird auf die nächste Vorstandssitzung vertagt.[11]

---

6 In der Wahl in der Fraktion am Nachmittag erhielt *Dehler* 27, sein Gegenkandidat *Wellhausen* 22 Stimmen, E. MENDE, 1984, S. 492 f.

7 Die Wahl fiel auf Würzburg. Siehe Nr. 22 a und b.

8 Besprechungen über das Bundestagswahlrecht am 13. 1. 1956, die ergebnislos verliefen. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 676.

9 Zum Ergebnis dieser Sitzung Nr. 18, Anm. 19.

10 Das Konklave war vorgesehen gewesen für die Zeit vom 17.–19. 12. 1955. Als Tagungsort war Neuhaus im Solling ins Auge gefaßt worden. Dabei sollte über folgende Themen referiert und diskutiert werden: 1. Unsere geistigen Grundlagen; 2. Unsere staatspolitischen Forderungen; 3. Unsere wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. 4. Die außenpolitische Lage. Einladungsschreiben *Dehlers* vom 18. 11. 1955 liegt dem Protokoll als Anlage bei.

11 Bei dem Bericht handelt es sich möglicherweise um eine Ausarbeitung über die Ausschüsse der Partei, für die *Middelhauve* zuständig war. Eine undatierte Aufzeichnung, die aus dieser Zeit stammt, kritisierte die Arbeit der Ausschüsse als „unbefriedigend" und regte an, ihre Zahl zu reduzieren und „die Ausschußarbeit durch Arbeitskreise und Unterausschüsse zu intensivieren". ADL, Ordner-Nr. 970.

18.

3. 2. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Kurzprotokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 3. Februar 1956 in Stuttgart." 20.55 Uhr–1.00 Uhr (4. 2. 1956).

Teilnehmer: Bezold, Bleek, Dehler (zeitweise), Dohr, Ehrich, Engelhard, Euler, Haußmann, Hedergott, Hucklenbroich, Herta Ilk, Kessler, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Middelhauve, Mischnick, Neumayer, Pietschack, Preiß, Rademacher, Hermann Schäfer, Strömer, [Ungeheuer], Weyer.

[WAHLRECHT UND KOALITIONSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN]

In Abwesenheit von Herrn Dr. *Dehler* (Sitzung in Schorndorf[1]) eröffnet Herr Dr. MIDDELHAUVE die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und berichtet kurz über die letzten Besprechungen mit dem Bundeskanzler und der CDU hinsichtlich des Wahlrechtes.[2]

Die Verhandlungen der FDP mit der SPD und dem Zentrum in Nordrhein-Westfalen haben zu dem Fall des Grabensystems den entscheidenden Anstoß gegeben.[3] Dieser Druck von Nordrhein-Westfalen aus war notwendig, weil die Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis kamen und das Junktim mit dem Soldatengesetz nicht „ankam".[4] Das Ergebnis dieses Druckes auf die Verhandlungen mit der CDU (Fall des Grabensystems) ist bekannt.

RADEMACHER berichtet über die Fraktionssitzung der FDP vom 2. 2. Im Grundsatz ist das 53er Wahlrecht akzeptiert worden. Der Dank dafür, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende kamen, gebührt dem Landesverband Nordrhein-Westfalen für seine klare Haltung. Der Kompromiß ist die Bundesliste[5], die ein unzertrennlicher Bestandteil des Proporz ist. Im Zusammenhang mit dieser Bundesliste sind inzwischen die Rinnsalgerüchte aufgetaucht. Die Anwendung der Liste ist noch völlig offen, und über die Frage, ob

1 Nähere Angaben nicht ermittelt. In *Dehlers* Terminkalender lediglich die Eintragung: „20.00 Uhr Schorndorf." ADL, N 1-670 (NL Dehler).

2 Überblick über diese Verhandlungen, die vom 30. 1. bis 2. 2. 1956 stattfanden und mit einer Einigung endeten (im Prinzip eine Bestätigung des Zweistimmensystems von 1953), E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 683–787. Außerdem E. MENDE, 1984, S. 493 ff.

3 Vgl. E. H. M LANGE, Wahlrechtsstreit, 1980, S. 139 f.

4 Am Junktim zwischen der Verabschiedung der Wehrgesetzgebung und des Wahlgesetzes hielt die FDP jedoch weiterhin fest, wie *Mende* am 24. 2. 1956 erklärte. Er begründete dies damit, daß „durch die überraschende Einbringung des Grabensystems ein verständliches Mißtrauen in den Reihen der FDP" entstanden sei, so daß nicht erwartet werden könne, „daß die FDP ihre Stimmen zur Grundgesetzergänzung bezüglich des Oberbefehls und ähnlicher Fragen der verfassungsrechtlichen Machtverteilung geben kann, bevor sie Klarheit über das Wahlgesetz als Grundgesetz des parlamentarischen Lebens" erhalten habe. fdk, 7. Jg., Nr. 14 vom 24. 2. 1956. Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 304.

5 10 % der Listenkandidaten sollten über eine Bundesliste gewählt werden. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 685.

déHonte angewendet werden wird oder ob der Bundesparteitag wählt, muß noch Klarheit geschaffen werden wie über viele andere Einzelheiten (Brief *Krone* an *Dehler*[6]), da die Gefahr noch keineswegs restlos beseitigt ist. Herr *Rademacher* verweist vor allen Dingen auch auf die Aufstellung ein und derselben Kandidaten auf allen Landeslisten. Eine weitere Frage ist, ob an die Einigung noch Bedingungen über Koalitionen in Bund und Ländern sogar über das Jahr 1957 hinaus geknüpft werden.

Dr. UNGEHEUER: Der Brief von Herrn Dr. *Krone* betrifft nicht die Koalition an sich, sondern die Koalitionspolitik in Bund und Ländern. Der Ausdruck im Brief *Krone* ist vage. Es scheint aber, daß damit die Bonner Koalitionspolitik gemeint ist.

Die von *Krone* und *Stücklen* abgehaltene Pressekonferenz[7] ergab folgende Gesichtspunkte: Die CDU ist im Grundsatz für das Mehrheitswahlrecht, wird aber nicht halsstarrig daran festhalten; deshalb kam der Kompromiß zustande. Es besteht kein Graben mehr. Das jetzige Wahlrecht ist ein reines Proporzsystem, d. h. eine hundertprozentige Verrechnung der Direktmandate findet statt, so daß auch kein Rinnsal besteht. Das Wahlrecht an sich ist stabil geklärt, nicht aber der Zeitpunkt. Hier müßte die FDP vordringen, d. h. bestimmte Dinge schriftlich fixieren, evtl. im Zusammenhang mit der Wehrgesetzgebung.

Dr. MIDDELHAUVE: Zwei Fragen sind von besonderer Wichtigkeit:

1. Die Listenanführung, die evtl. im Zusammenhang mit der Bundesliste zu lösen ist. Hier müßte eine konkrete Forderung der FDP einsetzen.
2. Der letzte Termin, an dem das Wahlgesetz endgültig verabschiedet sein muß, kann für die FDP nur der 31. 3. 1956 sein.

EULER: Es besteht kein Zweifel darüber, daß nicht nur der Graben gefallen ist, sondern daß auch kein Rinnsal mehr besteht. Die Bundesliste ist ein Ausdruck des reinen Proporz. Obwohl sie an sich problematisch ist, ist sie für uns doch günstiger als der Stand im Jahre 1953 war, da nur einmal nach déHonte und nicht zehnmal nach déHonte gerechnet wird. Das sollte für uns maßgebend sein. Die Schwierigkeiten liegen in der Aufstellung der Bundeslisten. Der Fragenkomplex Bundesliste sollte im Zusammenhang mit der Listenanführung gelöst werden, d. h. die Kandidaten der Bundesliste dürfen nicht auf den Landeslisten erscheinen.

Zur Zeitfrage der Verabschiedung des Wahlgesetzes: Zweite und dritte Lesung müssen Anfang März erfolgen.

---

6 Am 2. 2. 1956 übersandte *Krone Dehler* einen Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er lautete: „Die Fraktion ermächtigt die Unterhändler, auf dem Boden der gestern erarbeiteten Wahlrechtsvorschläge und unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Koalitionspolitik in Bund und Ländern die Verhandlungen weiterzuführen." ADL, N 1-3426 (NL Dehler).

7 Am 2. 2. 1956. Hierüber der Artikel „CDU gibt das ‚Grabensystem' auf", in: DIE WELT vom 3. 2. 1956. *Krone* bezeichnete hiernach die Verständigung mit der FDP über das Wahlrecht als Grundlage eines „neuen Starts der Koalitionspolitik". Ein Festhalten der Union am Mehrheitswahlrecht wäre nach seinen Worten „unpolitisch" gewesen, weil dies „Konsequenzen" in den Ländern zur Folge gehabt hätte.

Frau Dr. ILK: Die Bundesliste hat zweifellos Vorteile in bezug auf die Berechnung der Mandate. Bedenken bestehen jedoch bezüglich der Mandatsverteilung. Wenn die Mandate erst von der Bundesliste abgezogen werden (also nicht Überhang), dann entstehen u. U. Schwierigkeiten auf den Landeslisten. Im übrigen weist Frau Dr. *Ilk* darauf hin, daß ohne schriftliche Fixierungen keine Abmachungen mit der CDU getroffen werden sollten.

Dr. MIDDELHAUVE stellt fest, daß im allgemeinen eine positive Einstellung zur Bundesliste besteht, daß die Festsetzung der Einzelheiten aber der Bundestagsfraktion überlassen bleiben sollte.

WEYER schlägt vor:

1. Der Wahlrechtsausschuß der Partei und die Experten der Fraktion sollen über die Einzelheiten des Wahlgesetzes beraten und das Ergebnis ihrer Beratung dem Bundesvorstand zur evtl. weiteren Beschlußfassung mitteilen.
2. Mit der CDU müsse eine Punktation getroffen werden. Die Abmachungen mit ihr dürfen nicht im luftleeren Raum stehen.
3. Der Versuch der Umbildung der Koalition in Nordrhein-Westfalen[8] ist die Antwort auf die Erpressung der CDU, da die CDU nur diese Sprache versteht. Die FDP in Nordrhein-Westfalen würde einen echten Beitrag zur Bonner Koalition leisten, wenn sie eine neue Koalition einginge.

HUCKLENBROICH warnt vor einer neuen Koalition in Nordrhein-Westfalen, weil man dabei schnell sein Gesicht verlieren könne. Diesen Kampf um die Mandate honoriert der Wähler uns nicht. Gesinnungsmäßiges Pendeln und das Junktim zwischen Wahlgesetz und Umbildung der Koalition ist in der Öffentlichkeit nicht zu verstehen. Deshalb dürfe Nordrhein-Westfalen das nicht tun, was es vorher angekündigt habe. Was die Koppelung des Wahlgesetzes mit dem Wehrgesetz anbeträfe, so müsse er die Frage stellen: Spielen wir Koalition oder „Die Räuber"?

ENGELHARD: Drei Dinge sind wichtig:

1. die schriftliche Fixierung der abschließenden Gespräche mit der CDU (auch *Krone*-Brief, Pressekonferenz) in Form eines Briefes aus unserer Sicht, der die Dinge bestätigt.
2. Die augenblickliche Lösung des Wahlrechtes hat unsere Erwartungen übertroffen. Trotzdem sollten wir sehr genau auf technische Dinge achten.
3. Hinsichtlich der Einberufung des Wahlrechtsausschusses stimmt Herr *Engelhard* dem Vorschlag von Herrn *Weyer* zu.

Dr. MIDDELHAUVE stellt fest, daß Einstimmigkeit über folgende Angelegenheiten besteht:

---

8 Am 30. 1. 1956 hatte die FDP-Landtagsfraktion in NRW einstimmig folgenden Beschluß gefaßt. „Aufgrund der heutigen Aussprache in der Fraktion sind wir grundsätzlich bereit, ganz gleich, wie heute die Verhandlungen über das Wahlgesetz ausgehen, aus dieser Koalition auszusteigen und eine neue Koalition mit SPD und Zentrum einzugehen." W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 31.

1. Der Wahlrechtsausschuß der Partei soll gemeinsam mit den Experten der Fraktion in eine Beratung der Einzelheiten des Wahlgesetzes eintreten, die Ergebnisse dem Bundesvorstand mitteilen, damit evtl. vom Vorstand weitere Beschlüsse gefaßt werden können.

2. Die bisher mündlich getroffenen Abmachungen mit der CDU sollen von uns aus schriftlich bestätigt werden.

Dr. SCHÄFER: Der Bundesliste ist im allgemeinen zuzustimmen, aber mit Vorsicht, da sie nicht ohne Bedenken ist. Sie verwertet nicht die nicht zum Zuge gekommenen Stimmen der Länder, sondern geht vorweg. Es kann deshalb passieren, daß viele Landesstimmen nicht mehr zum Zuge kommen. Ob das von Vor- oder Nachteil ist, ist eine Frage der jeweiligen Situation. Herr Dr. *Schäfer* betont, daß er hinsichtlich der Umbildung der Koalition in Nordrhein-Westfalen auf einem anderen Standpunkt stehe als Herr *Weyer*.

Dr. EHRICH betont, daß unser Grundsatz sein muß: so wenig déHonte wie möglich. Im Gegensatz zu Herrn *Hucklenbroich* ist er der Meinung, daß die FDP-Taktik des Zusammenhaltens und Durchziehens in der Öffentlichkeit gut angekommen ist. Hinsichtlich der Bundesliste spricht sich Herr Dr. *Ehrich* insbesondere wegen der Bremer Situation positiv aus.

BEZOLD: Die politische Frage Nr. 1 ist: Wie reagieren die Wähler auf unser Handeln? Daß die CDU uns kaputt machen wollte, war ihr gutes Recht. Die SPD würde uns mit Vergnügen ebenso umbringen. Wie sieht es nun nach draußen aus? *Adenauer* hat zu deutlich gesagt, was seine Partei will.[9] Die Reaktion in der deutschen und in der Weltpresse war unangenehm. Dieser Lapsus wird ihm bestimmt nicht ein zweites Mal passieren. Es steht also fest, daß wir mit unseren Gegenmaßnahmen das Ohr der Öffentlichkeit gewonnen haben. Das Wehren trägt aber nur so lange, als es dem Zweck entspricht. Das Ziel ist jetzt erreicht. Wenn wir darüber hinausgehen, wird uns zweifellos das Gefühl der Öffentlichkeit nicht mehr tragen, wenn plausible Gründe für ein weiteres Vorgehen nicht vorhanden sind. Das aber wird nicht der Fall sein.

Sicherlich ist kein Land so schwarz wie Bayern. Trotzdem ist dort die Koalition FDP/SPD nicht einfach[10], denn die Wähler verstehen unser Zusammengehen mit der SPD nicht. Man kann nicht ungestraft jahrelang gegen den Sozialismus und gegen die Gewerkschaften *(Dehler)* wüten und dann mit der SPD zusammengehen. Der Wähler wird uns hier nicht folgen, da es über das Formale hinaus ins Materielle geht. Unser Selbsterhaltungstrieb, der uns zu jeder

9 Im Zuge seiner Auseinandersetzung mit *Dehler* und der FDP am Ausgang des Jahres 1955 (siehe Nr. 17 mit Anm. 2) hatte *Adenauer* auch in der Öffentlichkeit deutlich zu erkennen gegeben, daß er im Falle eines fortdauernden Dissenses mit den Liberalen das Ende der Koalition gekommen sah und danach strebte, der FDP sodann ein Wahlgesetz zu bescheren, „unter dem in den nächsten Bundestag nur noch ein kümmerliches Fähnlein aufrechter Freier Demokraten einziehen könnte". Artikel „Koalitions-Krise: Des Kanzlers Wiederkehr", in: DER SPIEGEL, 9. Jg., Heft 49 vom 30. 11. 1955, S. 11 ff.

10 In Bayern amtierte seit dem Dezember 1954 eine Viererkoalition aus SPD, FDP, GB/BHE und BP. A. C. STORBECK, 1970, S. 105.

Waffe berechtigt, ist nicht mehr gegeben. Jetzt auf dem begonnenen Weg weiterzugehen, wäre für uns als Partei außerordentlich gefährlich.

Dr. MIDDELHAUVE: Die scharfe Haltung Nordrhein-Westfalens hatte zwei Gründe:

1. das Wahlrecht, das zu jeder Notwehr rechtfertigte. Im Zusammenhang damit wurde in Düsseldorf der Beschluß zur entsprechenden Umbildung des Bundesrates gefaßt. Inzwischen haben wir jedoch den Wahlrechtssieg errungen.
2. Die Politik der CDU bzw. die Politik des Bundeskanzlers befindet sich auf schiefer Ebene. Wir müssen uns als Liberale dem entgegenstellen und können dazu nicht schweigen. Auf Landesebene allerdings sind für eine Lösung der Koalition mit der CDU keine triftigen Gründe vorhanden. Die Dinge spielen auf Bundesebene, und wir sind zweifellos mitverantwortlich für den sich abzeichnenden Verlust der Freiheit.

Sobald in Nordrhein-Westfalen, d. h. auf Landesebene, Gründe zur Lösung der Koalition mit der CDU gegeben sind, sollte man die Koalition ändern. Nach dem Wahlrechtssieg ist dies aber z. Zt. nicht möglich. Ein entscheidender Schritt auf Bundesebene ist jedoch nicht zu erwarten. Noch unter dem Aspekt des Wahlrechtes sind von der FDP inoffizielle Verhandlungen mit der SPD und dem Zentrum geführt worden. Trotzdem diese Verhandlungen in die Presse gekommen sind, dürfen wir nicht überdrehen. „Ich könnte aus Gründen der Loyalität einen solchen Schritt nicht mitmachen." Die unbeugsame Entschlossenheit von Nordrhein-Westfalen war gut, jetzt aber sind die Gründe, die *Bezold* angeführt hat, ausschlaggebend. Die Bundessatzung sieht vor, daß bei Koalitionsänderungen in den Ländern der entsprechende Landesverband sich mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen hat. Die Problematik von Düsseldorf ist aufgerollt worden, die Mitglieder des Bundesvorstandes werden um Stellungnahme gebeten.

Dr. HAUSSMANN: Bei allgemeiner Zustimmung zu den Ausführungen von *Bezold* stellt Herr Dr. *Haußmann* die Frage: Wie kann unser Ansehen erhalten, gefestigt und vermehrt werden, das wir in diesem Kampf erhielten? Wir haben uns in der letzten Vergangenheit selbst gefunden, wie z. B. auch die faire Haltung der Minderheit nach der Wiederwahl *Dehlers*[11] beweist. Die Frage ist nun, ob nicht seit dem letzten Montag eine Entwicklung vor sich gegangen ist, die zu neuen Überlegungen Anlaß gibt. Unser Vorgehen ist zweifellos angekommen. Die entscheidende Frage für die Vorgänge in Düsseldorf ist: Ist die Situation in Nordrhein-Westfalen so, daß die FDP sich zur Erreichung unseres Zieles soweit exponiert hat, daß ein Zurückgehen nicht mehr möglich ist? Würde sich, falls sich die FDP von der SPD zurückzieht, evtl. eine Koalition SPD/CDU auf Landesebene zur Vorbereitung einer solchen Koalition auf Bundesebene entwickeln?

EULER: Es ist schon schwer, gegenüber unseren Wählern die gegenwärtige bayerische Koalition zu vertreten, viel schwieriger noch wäre für uns die Situa-

11 Gemeint ist die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 6.

tion im gesamtdeutschen Raum, wenn wir jetzt ohne Not in Nordrhein-Westfalen die Koalition aufgeben. Wir würden damit der DP auf unsere Kosten eine Chance geben. *Middelhauve* hat klar gesagt, daß aus der Landespolitik heraus keine Gründe für die Auflösung der Koalition in Nordrhein-Westfalen vorliegen, und noch vor Weihnachten habe ich auch sonst die Bemerkung gehört: Die Koalition funktioniert gut. Der Gesichtspunkt, daß man mit der SPD bereits Verhandlungen geführt hat, sollte dabei keine Rolle spielen; die SPD begreift auch, daß wir die Koalition jetzt nicht aufgeben können. Sie würde sich in der gleichen Situation genauso verhalten. Außerdem würden große Schichten unserer Wähler stark darauf reagieren, denn man sieht in der SPD einen Gefahrenpunkt außenpolitischer Natur.

Der Kölner Parteitag hat eine starke wirtschaftspolitische Wendung der SPD gebracht[12], das Umschalten auf die liberale Linke, erzwungen durch unsere erfolgreiche wirtschaftliche Praxis. Es hat sich aber auch etwas anderes getan, was unserer Wählerschicht bedrohlich erscheint: Man hat den Wohlfahrtsstaat unterstrichen. Was man wirtschaftlich gut gemacht hat, wurde damit wieder zunichte. Übersehen wir nicht, daß große Wählerschichten eine Gefahr darin sehen, wenn wir mit der SPD paktieren, zumal, wenn keine dringenden Gründe mehr vorhanden sind. Eine weitere Frage ist auch: Wie wird die CDU auf einen solchen Schritt reagieren? Beschwören wir damit nicht wieder eine Situation herauf, die uns in unserer Situation bedroht?

ENGELHARD: Ich muß betonen, daß es uns mit dem Wahlgesetz sehr eilt. Wer den ersten Zug hat, hat hier den Vorteil. Wir haben ein gutes Echo in der Öffentlichkeit gehabt, wir dürfen aber das Interesse der Öffentlichkeit nicht überschätzen; wir dürfen hier nicht überfordern und jetzt nicht mehr mit Detailfragen kommen. Das Verhalten der CDU war nicht aus Liebe zu uns diktiert. Wir haben unsere Stärke gezeigt, das hat uns geholfen. Die CDU will ein Dollfuß-System und nicht einmal ein Zweiparteiensystem. Wir können ruhig sagen, daß die CDU der böse Mann war, und wir sollen das auch sagen; denn sie hat nicht das „gute Recht", uns kaputt zu machen. Wir müssen uns aber immer darüber klar sein, was wir uns der Öffentlichkeit gegenüber leisten können und dürfen die Schraube nicht überdrehen. In Nordrhein-Westfalen wird die nächste Koalition bestimmt rot-schwarz sein.

In Hamburg haben wir ein sehr gutes Verhältnis mit der CDU. Man könnte sagen, wir haben da eine Art Onkelehe, vielleicht sind wir die Frau mit der Rente. Trotzdem haben sich auch bei uns die Dinge schon etwas geändert. Sorge machen uns bereits stattgefundene Besprechungen zwischen CDU und SPD. Die große Koalition haben wir nicht erreichen können. Was wir 1957 machen werden, steht noch in den Sternen. Wenn das Grabensystem gekommen wäre, wären wir aus der Koalition ausgetreten, jetzt aber wollen wir sie loyal durchstehen.

---

12 Gemeint ist der zweitägige Kongreß zum Thema „Die Neuordnung Deutschlands" Mitte Januar 1956, zu dem die Führungsgremien der SPD zusammengetreten waren. K. KLOTZBACH, 1982, S. 368 f.

WEYER: Ich habe den Eindruck, daß wir bereits in einer großen Siegesstimmung sind. *Euler* hat gesagt, wir haben die Schlacht gewonnen. Der Graben ist aber erst zugeschüttet, wenn das Gesetz in der dritten Lesung verabschiedet ist und wenn der Graben nicht mehr aufgeworfen wird. Und der Graben ist erst zugeschüttet worden, weil wir am Dienstag in Nordrhein-Westfalen den Beschluß gefaßt haben. Die CDU hat versprochen, den Graben zuzuschütten; diesen Beschluß faßte sie im Hinblick auf Stuttgart, auf unsere Tagung. Es mußte eine Atmosphäre für Stuttgart geschaffen werden, eine Atmosphäre des guten Willens, und das ist der CDU gelungen. Wir haben aber gute Gründe, der CDU keinen Glauben mehr zu schenken. Die Schreiben vom 22. und 24. 11. [1955][13] hatten ein klares Ziel: Es sollte *Dehler* nicht mehr Vorsitzender der Fraktion werden. Es wurden auch sehr klare personelle Forderungen gestellt, und als das nicht ausreichte, wurde der Graben aufgeworfen. Das Ziel der CDU war Integration der FDP, das erstrebte Satellitenverhältnis sollte legitimiert werden. Nicht nur ein Zweiparteiensystem droht, nein, ein Einparteiensystem. Wir ringen aber um ein Dreiparteiensystem, und zwar um eines, wo nicht der eine Partner abgestempelt ist, daß er nie mit dem anderen gehen darf. Unser Ziel ist die unabhängige FDP.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen gegenüber der SPD einmal einen völlig anderen Standpunkt vertreten, und wir haben aus diesem Fehler gelernt. Wir haben eingesehen, daß eine zu große Festlegung nach einer Seite falsch ist.

Die CDU wird sich diesem Druck, dem sie jetzt gegenüberstand, nicht mehr gegenüberstellen. Man hat nicht geglaubt, daß wir diesen Schritt gehen werden, man hat nicht geglaubt, daß wir handeln. Nur die nordrhein-westfälische CDU traute uns dieses Handeln zu, deshalb hat ein maßgebener Landtagsabgeordneter bereits den SPD-Fraktionsvorsitzenden aufgesucht und erklärt: „Es wird in den nächsten Tagen in Bonn etwas geschehen. Kampf mit der FDP. Frage: Wären Sie bereit usw." Davon bekamen wir Kenntnis, und es war uns deutlich, daß hier ein Doppelspiel gespielt wird. Wir sind nicht übermütig, und wir gehen nicht mit Begeisterung in eine SPD-Koalition. Die Verhältnisse liegen aber bei uns so.

Die SPD an der Ruhr ist überfordert, sie hat laufend Ausschlußverfahren gegen SPD-Mitglieder (KPD). Sie hat gleichzeitig den Kampf zu führen als Oppositionspartei. Sie sucht händeringend nach einem Partner, und sie nimmt jeden Partner, und ihr ist die CDU lieber. Es ist nicht zu leugnen, daß auch in Bonn schon SPD-Abgeordnete an *Arnold* herangetreten sind. *Arnold* hat bestätigt, daß Gespräche geführt wurden.[14] Und das alles geschieht nicht ohne Wissen des Bundeskanzlers.

---

13 Schreiben *Adenauers* an *Dehler* bzw. die FDP-Fraktion mit der ultimativen Aufforderung, nicht nur in der Außenpolitik, sondern ganz allgemein jegliche Distanzierung von der Bundesregierung aufzugeben, da sich für *Adenauer* ansonsten die Koalitionsfrage stelle. ADL, N 1-2222 (NL Dehler). Vgl. K. ADENAUER, Bd. 3, 1967, S. 80–87; E. MENDE, 1984, S. 486; E. H. M LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 659 ff.; F. KLINGL, 1985, S. 347 ff. und S. 352.

14 D. HÜWEL, 1980, S. 291 f.

Wir glauben nicht, eine Liebes-, noch nicht einmal eine Onkelehe mit der SPD einzugehen. Wir haben Bedingungen zu stellen: Die Außenpolitik darf nicht gestört werden, auch wirtschaftspolitisch müssen Sicherungen eingebaut werden, und kulturpolitisch müssen ebenfalls Vereinbarungen getroffen werden.

Herr Dr. *Middelhauve* hat gesprochen als Person, er ist mit seiner Auffassung in der Fraktion allein. Ich habe weder mit *Steinhoff* noch mit *Amelunxen* gesprochen, und ich werde mir sehr überlegen, ob ich in dieses Kabinett eintrete, wenn *Middelhauve* nicht mitmacht. Ich will mir nicht den Vorwurf der Illoyalität zuziehen. Das hat aber nichts damit zu tun, daß wir uns in Nordrhein-Westfalen das nicht überlegen, daß wir uns aus staatspolitischen Gründen entscheiden müssen. Wir können einen Partner, der ein Stillhalteabkommen mit uns getroffen hat, der gewillt war, den Kampf mit uns aufzunehmen, nicht im Stich lassen, denn das würde bedeuten, daß wir in alle Zukunft mit diesem Partner nicht mehr rechnen können. Und daß es so weit gekommen ist, dazu hat uns die CDU gezwungen. Wir haben darum gebeten, daß man schneller handeln möge, man ist aber immer wieder ausgewichen. Wir hatten nicht den Eindruck, daß man uns entgegenkommen wollte, deshalb kam bei unserer Fraktion in Düsseldorf dieser einstimmige Beschluß zustande.[15] Man wollte unabhängig vom Wahlrecht die Koalition lösen. Ich identifiziere mich nicht mit diesem Entschluß; ich habe dagegen opponiert, daß man in Abwesenheit von *Middelhauve* und mir diesen Beschluß gefaßt hat.

Die Tatsache, daß dieser Beschluß gefaßt ist, daß er der SPD zur Kenntnis gelangte, daß Verhandlungen begonnen wurden, ist nicht zu ändern, und ich glaube nicht, daß unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen noch zurückgehen.

Ich würde es jedoch für untunlich halten, wenn nun in anderen Ländern Koalitionen abgeschlossen würden, die nicht auf der Bonner Basis liegen. Der Fall Nordrhein-Westfalen ist ein anderer. Wir müssen von der SPD die gewünschten Zusicherungen bekommen: Die Bundespolitik darf nicht gestört werden. Wir haben uns sehr weit vorgewagt im Interesse der Gesamtpartei. Einstweilen ist die SPD noch bereit, mit uns zu paktieren. Die Frage ist nur: wie lange? Und dann käme die schwarz-rote Koalition.

Zur Gefahr der DP: *Euler* hat in bestimmter Beziehung recht, die DP wird uns einen Teil unserer Wähler wegnehmen. Wir werden diesen Kampf aber durchstehen, denn wir rechnen damit, daß wir neue Wähler gewinnen, und zwar die, die uns bisher nur als Anhängsel der CDU gesehen haben.

NEUMAYER: Wir haben zweifellos jetzt einen Erfolg errungen. Die Konsequenzen, die wir für den Fall des Unterliegens angekündigt haben, fallen damit weg. Ein Weiterbeschreiten dieses Weges würde niemand verstehen. Es kommt bei einer politischen Partei auch auf die Optik an, und das Volk würde einen anderen Kurs in Nordrhein-Westfalen für illoyal halten. Ich bin der

15 Anm. 8.

Meinung, daß der Bundesvorstand eine Empfehlung abgeben sollte, daß Nordrhein-Westfalen keine Koalition mit der SPD eingeht und seine Verhandlungen mit dieser Partei aufgibt.

Dr. Ilk: Der Erfolg in bezug auf das Wahlrecht liegt in der Intensität der Verhandlungen von Nordrhein-Westfalen begründet. Wir ringen insgesamt um die Demokratie schlechthin. Wenn wir jetzt ganz ausgespielt werden, kann das den Verlust unserer Bewegungsfreiheit bedeuten. Die Gefahr besteht, daß wir, wenn wir uns in Nordrhein-Westfalen zurückziehen, in Zukunft keinen Verhandlungspartner mehr haben. Es kommt darauf an, wie weit in Düsseldorf gegangen wurde. Wenn die Verhandlungen schon sehr weit gediehen sind und wir ziehen zurück, dann sind wir für 1957 keine Verhandlungspartner mehr. Die Frage ist: Können wir mit Anstand Nordrhein-Westfalen den Rückzug empfehlen?

Hucklenbroich: Es überrascht trotz allem, daß unsere Freunde aus Nordrhein-Westfalen so weit vorgeprescht sind. Es ist doch offensichtlich, daß wir das Verhältniswahlrecht behalten können, und das war doch unser Wunsch. Einige Fragen an Nordrhein-Westfalen – und betrachten Sie sich bitte nicht als angegriffen: Sie haben gesagt, das Verhältniswahlrecht müßte durchgesetzt werden und, um dieses Ziel zu erreichen, müßten die Dinge scharf angepackt werden. Glauben Sie, das zu erreichen, wenn Sie jetzt diesen Trumpf ausspielen? Man wird sagen, jetzt haben sie ihr Wahlrecht bekommen und trotzdem geht Nordrhein-Westfalen aus der Koalition. Wir können uns doch nicht jedermann an den Hals schmeißen.

Sie haben weiter erklärt, daß man sich kulturpolitisch, wirtschaftspolitisch usw. wird einigen können. Bleibt also nur die Vermutung, daß Sie außenpolitisch irgend etwas mit der SPD werden aufbauen wollen, und da hätte ich gern die Frage beantwortet, ob in dieser Richtung Überlegungen angestellt worden sind. Wir müssen doch Gesinnung zeigen, und das sind Dinge, die über Nordrhein-Westfalen hinaus in das ganze Land wirken. Was soll für die Bundespartei damit erreicht werden? Ich kann mir bei aller Anerkennung um die Bemühungen in der Wahlrechtsfrage nicht denken, daß Sie die Dinge im Alleingang durchbringen. Wenn wir eine einheitliche geschlossene Leitung der Bundespartei haben, muß man doch etwas durchdrücken können. Wenn wir die Minderheit sind, müssen wir uns fügen, so wie wir es von den anderen erwarten. Es hat nur Zweck, hier zu diskutieren, wenn wir uns einer Mehrheitsbildung unterwerfen und nicht, wenn die Auffassung herrscht, daß es so gemacht wird, wie man es sich schon überlegt hat. Die Wünsche der Bundespartei müssen auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Dr. Middelhauve: Ausgangspunkt für die Überlegungen, mit der SPD Kontakt aufzunehmen, war: Was kann geschehen, um das Grabenwahlgesetz zu verhindern? Die Gründe, daß bestimmte Entwicklungstendenzen unerfreulich sind und von uns nicht mitverantwortet werden können, waren nicht die Ursache, sie sind Bundesangelegenheit. Auf Bundesebene hat *Dehler* mit *Ollenhau-*

er nur besprochen[16]: gehen wir auf Landesebene zusammen, um dieses Wahlgesetz zu zerschlagen. Das war die einzige Überlegung, und die hat auch in Nordrhein-Westfalen am Anfang gestanden. *Döring* hat im Einverständnis mit mir ein völlig unverbindliches Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD in Nordrhein-Westfalen geführt. Ein zweites Gespräch wurde von *Döring* geführt, um vorzufühlen.[17] Das waren die einzigen beiden echten Gespräche. *Scheel* hat mit *Kühn* lediglich im Gang des Bundeshauses gesprochen. Dann hat *Döring* auf Veranlassung der SPD zum dritten Mal mit *Steinhoff* Fühlung aufgenommen[18], und er wurde gefragt: „Steht Ihr zur Stange?" Am Montag kam die Sitzung der Landtagsfraktion, an der *Weyer* und ich nicht teilgenommen haben. Wir wußten auch nichts von der Tagesordnung, und ich wußte auch nicht, daß der Beschluß der SPD bekanntgegeben wurde. Meine Bitte war, daß vor Montag keine Verhandlungen geführt würden. Beschlossen wurde, ein Verhandlungsgremium zu beauftragen und die politischen Bedingungen für eine evtl. Koalition mit der SPD festzulegen. Mir war – wie gesagt – nicht bekannt, daß dieser Beschluß der SPD mitgeteilt worden ist, ich hätte mich dagegen gewehrt.

Ist ein Zurück nicht mehr möglich? Die SPD hat uns mit aller Deutlichkeit bisher doch immer stark abgelehnt. Sie will aber in Nordrhein-Westfalen an die Macht kommen, und es ist ihr Recht, jede Möglichkeit zu nutzen, die sich ergibt. Da aber offizielle Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, brauchen wir uns nicht gebunden zu fühlen.

Der Ausgangspunkt unserer Verhandlungen auf Bundes- und Landesebene war, das Grabensystem zu verhindern. Dieser primäre Grund ist jetzt weggefallen. Wir würden illoyal handeln, wenn wir jetzt die Koalition Nordrhein-Westfalen aufsagen. Wir könnten das auch unseren Wählern gegenüber nicht verantworten. Wir müssen in der Koalition bleiben und der SPD mit aller Offenheit unsere Gründe dafür mitteilen. Wir können diesen Weg nicht gehen, zu dem die Fraktion entschlossen ist; niemand würde das verstehen. Ich jedenfalls kann diesen Schritt nicht mitmachen, gerade ich, der ich im Wahlkampf mit aller Schärfe gegen die CDU vorgegangen bin.

Dr. SCHÄFER: Im Augenblick ist es für uns gefährlich, mit der SPD zu koalieren. Jetzt, wo das Wahlrechtszugeständnis gegeben wurde, wird man uns draußen nicht verstehen. *Weyer* sagt, die Außenpolitik soll nicht gestört werden. Ich bin der Ansicht, jede Koalition mit der SPD bedeutet eine Störung der Außenpolitik und bringt uns Kreditverlust im Ausland. Irgendwie entsteht ein Zweifel an der Stabilität der deutschen Situation. Es wird immer wieder gesagt, wir wollen keine Verfassungsänderungen; wir betreiben aber eine Verfassungsänderung. Es ist doch eine große Gefahr, daß das, war wir verfolgen, nicht erreicht wird ohne Verfassungsänderung. Wir müssen auch an die künfti-

16 Das Gespräch hatte am 4. 1. 1956 stattgefunden. Vgl. E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 637 f.

17 Zu den ersten Gesprächen *Dörings* mit *Steinhoff* zwischen Weihnachten 1955 und dem Neujahrstag der Hinweis in: DER SPIEGEL, 10 Jg., Nr. 7 vom 15. 2. 1956, S. 12.

18 Zu diesem Gespräch, das Ende Januar 1956 stattfand, W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 30.

gen Bundestagswahlen denken. Ich bin der letzte, der sagt, wir können nur mit einer Partei koalieren. Wir können aber nicht im Hinblick auf künftige Wahlen heute Versprechungen geben.

Und noch ein Gesichtspunkt: Über der Parteipolitik steht die Notwendigkeit, diesem Staat halbwegs ein Gefüge zu geben. Glauben Sie, daß das möglich ist, wenn wir uns so stark mit der SPD anlegen? Die SPD hat doch kein Verantwortungsbewußtsein, sie handelt nur agitatorisch.

Dr. DEHLER: Da die Freunde aus Nordrhein-Westfalen heute noch eine Zusammenkunft haben, wird diese Frage heute hier nicht zu Ende gebracht werden können. Wir werden für morgen noch eine Vorstandssitzung ansetzen müssen.

Dr. KESSLER: Wir können selbstverständlich koalieren mit der CDU und mit der SPD, obwohl *Dehler* einmal überspitzt formuliert hat: „Der Sozialismus ist schlecht, und der Sozialismus macht schlecht." Nun, wir können den einen Weg gehen oder den anderen; ob aber der Zeitpunkt dafür jetzt gegeben ist, bezweifele ich. Psychologisch ist es so schlecht wie möglich. Wenn die neue Koalition vor dem 4. März Gestalt annimmt, verlieren wir 50 % der Wähler. Wir müssen als Freie Demokraten irgendwie mit der SPD Fühlung halten, um sie vor einem Abgleiten in die KPD zu bewahren; aber doch nicht jetzt zu diesem Zeitpunkt! Ich glaube auch, daß die SPD dafür Verständnis haben wird, wenn wir die Koalition jetzt zurückstellen. *Adenauer* und *Krone* werden uns Gelegenheit geben, darauf wieder zurückzukommen.

ENGELHARD: Wir sollten die Sitzung heute abbrechen und morgen versuchen, noch eine Stunde dafür zu erübrigen. Im Augenblick ist es doch nicht möglich, uns eine Meinung zu bilden über die Situation in Nordrhein-Westfalen.

RADEMACHER: Diese Aussprache wird sich morgen im Hauptausschuß wiederholen. Wozu berufen wir denn sonst einen Hauptausschuß ein? Ich glaube nicht, daß es gut ist, den Vorstand vor dem Hauptausschuß einzuberufen. Aber nach dem Hauptausschuß sollten wir zusammenkommen.

WEYER: Nordrhein-Westfalen hat kein Interesse daran, diese Dinge im Hauptausschuß zu besprechen.

Dr. DEHLER: Der Hauptausschuß war sei Juli vorigen Jahres nicht mehr zusammen; er muß unterrichtet werden.

EULER: Keiner von uns ist nach Stuttgart gekommen, um hier Auseinandersetzungen im Hauptausschuß zu bieten. Diese lassen sich vermeiden, und wir sollten jetzt nicht einem errungenen Vorteil eine Parteikrise folgen lassen. Die Frage Nordrhein-Westfalen darf nicht vor ein Gremium, wo sie nicht hingehört. Im Vorstand können wir darüber diskutieren, ohne daß etwas in die Presse kommt. Im Hauptausschuß ist das unmöglich.

HUCKLENBROICH: „Koalitionsabsprachen im Benehmen mit dem Vorstand", das kann doch nur heißen, daß wir uns aussprechen, bevor Entscheidungen fallen. Die Meinung des Vorstandes muß vorher bekannt sein. Das ist geschehen, das muß dem Hauptausschuß auch mitgeteilt werden. Im übrigen haben

wir unsere Delegierten nach dem Gesichtspunkt gewählt, daß sozialpolitische Fragen im Vordergrund stehen.

WEYER: Ich bitte nochmals, im Hauptausschuß das Thema Nordrhein-Westfalen nicht zu behandeln.[19] Ich bitte aber auch, hier keinen Beschluß zu fassen und keine Empfehlung zu geben.[20] Ich bitte abzuwarten. Der 4. März liegt ja nicht mehr sehr weit.

Dr. ILK: Sie haben also noch Zeit? Herr *Weyer,* es drängt nicht?

WEYER: Es sind Grundsatzverhandlungen geführt worden. Zentrum und SPD haben erklärt, dazu bereit zu sein, mit uns zu koalieren.[21]

19.

25. 2. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Erika Fischer. Überschrift: „Kurzprotokoll über die Sitzung des Gesamtvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Samstag, dem 25. Februar 1956, in Stuttgart." 10.20 Uhr–14.45 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Borttscheller, Bucher, Dehler, Dohr, Engelhard, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hummel, Herta Ilk, Kessler, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Middelhauve, Rademacher, Strömer, Weyer.

---

19 Dies geschah gleichwohl, wie dem Bericht der fdk, 7. Jg., Nr. 10 vom 7. 2. 1956, zu entnehmen ist. Hiernach bestand im Hauptausschuß „Klarheit darüber, daß die Gesamtpartei nach der Einigung im Wahlrecht eine in den Ländern vorzunehmende Umbildung der mit der Union eingegangenen Koalition für bedenklich halten würde". Speziell in der Beurteilung der Düsseldorfer Frage legte sich der Hauptauschuß jedoch „Zurückhaltung" auf, da es nicht seine Sache sei, „Beschlüsse für oder gegen eine Landeskoalition zu fassen", „solange die Bundespolitik nicht unmittelbar berührt" werde.

20 Eine Sonderausgabe der fdk vom 5. 2. 1956 berichtet über die Bundesvorstandssitzung wie folgt: „Der Bundesvorstand der FDP befaßte sich unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Minister Dr. *Middelhauve* am Freitagabend in Stuttgart mit der Wahlrechtsfrage und ihren Auswirkungen auf Bund und Länder. Dr. *Middelhauve* und Bundestagsabgeordneter Willy Max *Rademacher* berichteten über die mit der CDU getroffenen Vereinbarungen. Der Bundesvorstand stimmte einem Wahlrecht zu, das auf der Grundlage des Gesetzes von 1953 unter Einfügung einer Bundesliste erarbeitet werden soll. Angesichts der getroffenen Vereinbarungen erwartet der Bundesvorstand der FDP nunmehr einen zügigen Ablauf der Wahlrechtsberatungen im Bundestag, die im Monat März zum Abschluß gebracht werden sollten. Ein Bedingungsverhältnis zwischen Wahlrecht und Koalitionszusammensetzung in Bund und Ländern wurde abgelehnt."

21 Am 16. 2. 1956 brachten die SPD- und die FDP-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag gemeinsam den Antrag ein, Ministerpräsident *Arnold* das Mißtrauen auszusprechen und Fritz *Steinhoff* zu seinem Nachfolger zu wählen. Dieser Antrag erhielt am 20. 2. 1956 mit 102 gegen 96 Stimmen bei einer Enthaltung die Mehrheit. W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 35 f.; D. HÜWEL, 1980, S. 298 f.

[SPALTUNG DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION, AUSSCHEIDEN DER FDP AUS DER REGIERUNGSKOALITION]

Herr Dr. DEHLER berichtet über die Vorgänge der letzten Tage.[1] Die Konflikte wurden endgültig in der Fraktion offenbar, in der eine Gruppe gegen die Mehrheit, besonders gegen den Fraktionsvorsitzenden stand. Am Montag (20. 2. 1956) wurde bekannt, daß die Dinge auf hohen Touren liefen. Geheime Sitzungen bei *Blücher* und *Preusker* fanden laufend statt. Dazu kamen seit Jahr und Tag die Oppositionssitzungen der Hessen mit der Ministergruppe, die gleichsam ein Sonderparlament darstellten und in gemeinsamen Sitzungen die Motive für ihr Vorgehen in der Fraktion festlegten. Das war auch für den Mißtrauensantrag gegen Dr. *Dehler,* der am Dienstag in der Fraktion eingebracht werden sollte, aber dann zurückgestellt wurde, der Fall.

Die Besprechungen am Dienstag in der Fraktion über die Vorgänge in Düsseldorf[2] brachten das Ergebnis, daß sich daraus für Bonn keine Konsequenzen ergeben würden, da die Bundestagsfraktion nach wie vor zur Punktation des Koalitionsprogramms stand. Es wurde am Dienstag jedoch der von *Euler, Berg, Wellhausen, Mauk* unterzeichnete (von *Blücher* entworfene) Antrag eingebracht, der eine Art Programm der Euler- und Ministergruppe enthielt.[3] In diesem Antrag sollte am Schluß von Düsseldorf abgerückt werden, die Sache insgesamt ein Testfall sein. Erst nach und nach begriff die Fraktion, daß es auf eine Kampfabstimmung herausging. In verständlicher Weise wurde von verschiedenen Seiten versucht, zu vermitteln mit dem Hinweis darauf, daß man abwarten solle, vor allem da am Tage vorher eine inhaltlich gleiche Entschließung gefaßt worden war.[4] Am Ende lag der Fraktion ein Antrag von Dr. *Jentzsch* und Dr. *Ilk* vor, den Dezemberentwurf (Punktation) zu motivieren.[5] Dieser Antrag wurde im Stimmenverhältnis 19:16 angenommen. Die Reaktion der Oppositionsgruppe darauf bestand in einer „Demonstration der Unzufriedenheit".

Am Mittwoch fand bei Abwesenheit *Preuskers* und *Blüchers* eine Kabinettssitzung statt, über die Dr. *Schäfer* Herrn Dr. *Dehler* berichtete. In dieser Kabinettssitzung richtete *Adenauer* schwere Vorwürfe gegen die FDP (Vorgänge in Düsseldorf), die im ganzen den gleichen Tenor hatten wie seine Erklärungen am Montag im Presseclub.[6] Er betonte, daß Remedur geschaffen werden müsse, und zeigte eine starke Verstimmung über das Junktim Wahlgesetz-Soldatengesetz.[7] Dr. *Dehler* richtete an Dr. *Schäfer* dabei die Frage: Was will *Adenauer* konkret? *Schäfer* habe ihm darauf geantwortet, Konkretes sei nicht zur Sprache gekommen, es bestünde aber eine Koalitionskrise in schwerster Form.

---

1 Am 23. 2. 1956 war es zur Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion gekommen, als insgesamt 16 Mitglieder, darunter die vier Bundesminister und August Martin *Euler,* ihren Austritt aus der Fraktion erklärten. AdG 1956, S. 5643 A 11. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 496.

2 Siehe Nr. 18, Anm. 21.

3 Hinweis hierauf in: W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 47.

4 Vgl. E. MENDE, 1984, S. 496.

5 Zur Punktation vom Dezember 1955 E. H. M. LANGE, Wahlrecht, 1975, S. 664 f.

6 Am 20. 2. 1956. AdG 1956, S. 5643 A 10.

7 Vgl. Nr. 18, Anm. 4.

Dehler habe dann zugesagt, die Dinge am Donnerstag in der Fraktion zu behandeln.

Im Laufe des Donnerstag wurde die *Euler*-Aktion nach und nach bekannt. Die Mitglieder der Fraktion waren der Meinung, wir können diese Dinge nicht schleifen lassen, sondern müssen die Situation klären. *Dehler* selbst hielt sich dabei zurück, Dr. *Becker* stellte zu Beginn der Fraktionssitzung geschäftsordnungsmäßig sehr geschickt die entsprechenden Fragen. Die Herren der Opposition reagierten nicht gut. *Schneider* erklärte z. B.: „Wir lassen uns das Gesetz des Handelns nicht aufzwingen." *Mendes* Kritik (Dienstag) an dem Entschließungsantrag *Euler, Berg* usw. wurde als unerträglich bezeichnet. Der Appell an den good will, an die lange Gemeinschaft usw. wurde von seiten Dr. *Schäfers* mit Aufbrausen begegnet. Er verbat sich Moralpauken. Daraufhin wurde erklärt, daß, wer den Antrag auf Ausscheiden aus der Fraktion unterzeichnet hat, an den Beratungen der Fraktion nicht mehr teilnehmen könne. Von der Gegenseite äußerte *Neumayer* dazu: „Wir wollten den 4. März abwarten, deshalb habe ich noch nicht unterzeichnet. Ich bin aber jederzeit bereit dazu." Dr. *Schäfer* erklärte: „Ich kann meine Politik in dieser Fraktion nicht durchsetzen, deshalb habe ich unterzeichnet." Daraufhin erfolgte der Auszug. Die Namen der Ausgeschiedenen sind bekannt, bei einigen ist die Haltung noch unklar. Dr. *Hammer* und *Lenz* haben erklärt, daß sie zur FDP stehen, ebenso hat *Mauk* den Standpunkt der FDP vertreten.

Für die Geschehnisse in den Landesverbänden ist die Entschließung von Berlin wichtig, die besagt, daß die Einheit der Partei gewahrt wird, daß sich aber der Landesausschuß zur gegebenen Zeit noch mit dem politischen Standpunkt beschäftigen wird.[8]

Herr Dr. *Dehler* weist auf die Frage des Ausschlusses aus der Partei hin (§ 3 der Bundessatzung[9]). Da *Euler* erklärt hat, daß der Wille zur Parteigründung bestünde, ist die Konsequenz, daß die Ausgeschiedenen auch aus der FDP sich ausgeschlossen haben. Eine entsprechende Mitteilung ist von Dr. *Dehler* zunächst an diejenigen, die im Wahlkampf von Baden-Württemberg[10] sprechen sollten, gegangen.

Der Sinn der heutigen Sitzung ist:

1. Was soll von der Partei aus geschehen? Eine klare Willensentschließung ist notwendig.

---

8 Die Entschließung des Landesausschusses Berlin datierte vom 24. 4. 1956 und hatte folgenden Wortlaut: „Der Landesausschuß Berlin der FDP hat von dem Bericht des Landesvorsitzenden Dr. *Schwennicke* über die jüngsten Vorgänge in Bonn Kenntnis genommen. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Zusammenhänge noch nicht hinreichend geklärt sind, hält es der Landesausschuß nicht für zweckmäßig, im gegenwärtigen Zeitpunkt entscheidende Beschlüsse zu fassen. Nach Auffassung des Landesausschusses sind alle Bemühungen darauf zu konzentrieren, die Einheit der Partei zu bewahren. Der Landesausschuß wird zu gegebener Zeit zusammentreten, um seinen politischen Standort festzulegen." Rundschreiben des FDP-Landesverbandes Berlin vom 25. 2. 1956, ADL, N 1-2283 (NL Dehler).

9 Er lautet: „Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Freien Demokratischen Partei und bei einer anderen mit ihr im Wettbewerb stehenden Partei oder Wählergruppe ist ausgeschlossen."

10 Der Termin der Landtagswahlen in Baden-Württemberg war der 4. 3. 1956.

2. Die Klärung der Frage eines außerordentlichen Parteitages.

Am Schluß verweist Herr Dr. *Dehler* auf die Erklärung des Bundeskanzlers und der CDU in bezug auf die Koalition.[11]

Herr Dr. HAUSSMANN betont zunächst die Unverantwortlichkeit des Handelns der Ausgeschiedenen im Hinblick auf die baden-württembergische Wahl. Er warnt vor einer Untersuchung der Schuldfrage und bittet, die Konsequenzen aus der Situation zu ziehen, da dies von entscheidender Bedeutung für Baden-Württemberg ist.

Herr Dr. *Haußmann* geht im einzelnen auf die Reden von Dr. *Blücher* in Karlsruhe am Donnerstag und in Bühl am Freitag ein. In Karlsruhe hat *Blücher* u. a. erklärt, daß es nicht seine Absicht wäre, die FDP zu verlassen, daß es nicht seine Absicht wäre, zur CDU zu gehen, und daß keine neue Parteigründung bevorstünde. Die Sache sei durch Düsseldorf ausgelöst worden und beträfe nur die Bundestagsfraktion. Die Dinge im Lande würden dadurch überhaupt nicht berührt.[12]

Herr HUMMEL gibt ergänzende Erklärungen über sein Gespräch mit *Blücher* in Bühl ab. Für *Blücher* seien die Dinge nicht so, wie sie in der Presse dargestellt würden. Es handele sich nur um einen Streitfall in der Fraktion. Die Weisung von *Stahl,* daß er in Bühl nicht sprechen solle, habe *Blücher* nicht geglaubt. Als er, *Hummel,* in Bühl eingetroffen sei, habe er bereits mit den FDP-Leuten in Bühl verhandelt, die ohne Zweifel von seinen Argumenten beeindruckt waren und ihn sprechen ließen. *Blücher* habe Delikatesse versprochen. Es käme darauf an, Ruhe zu bewahren und keine voreiligen Beschlüsse zu fassen. Die Einberufung des Bundesvorstandes auf Samstag, den 25. Februar 1956, hielt er für unklug. Er habe insbesondere auf die Erklärung von Dr. *Mälzig* hingewiesen, der ebenso wie er zur Besonnenheit mahne. Mit der Lage an sich solle man sich erst nach dem 4. März befassen. Auf die Frage von Herrn *Hummel* nach der neuen Parteigründung habe *Blücher* geantwortet, das sei dummes Geschwätz, daran sei nicht gedacht. Durch die Gegenargumente von *Hummel* sei *Blücher* allmählich nachdenklicher geworden, trotzdem sei er bei folgender Schlußfolgerung geblieben:

1. Das ganze sei eine reine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion.
2. Die Auswirkungen hingen von den Erörterungen in den Landesverbänden ab.

---

11 Der Bundesvorstand der CDU hatte am 24. 2. 1956 die Empfehlung ausgesprochen, „die Koalition nur mit denjenigen Abgeordneten fortzusetzen, die loyal die Zusammenarbeit in der Koalition weiterzuführen gewillt sind und das Verhalten der FDP in Nordrhein-Westfalen ablehnen." AdG 1956, S. 5643 A 12.

12 Nach einer Meldung der FAZ vom 25. 2. 1956 („Blücher: Ich bleibe dabei.") hatte *Blücher* in Karlsruhe am 23. 2. 1956 u. a. ausgeführt: „Die FDP wird immer das mahnende Gewissen neben der CDU sein müssen. Wir werden weder CDU-Politik machen, noch werden wir zur CDU gehen. Wir werden die schweren Sünden gegen ein koalitionsmäßiges Verhalten immer anprangern. Es ist eine Sünde, von der Wiedervereinigung zu sprechen, wenn man nichts dafür tut. Das Tun besteht nicht im Reden, sondern im Sorgen." Auf Fragen nach einer Parteineugründung bzw. einen Parteiwechsel hatte *Blücher* im Anschluß an die Rede erklärt: „Ich habe immer der FDP angehört und gehöre ihr immer an."

3. Es käme alles darauf an, Ruhe und Überlegung zu bewahren.
4. Der Wahlkampf (wegen der Landespolitik) in Baden-Württemberg würde durch diese Vorgänge nicht berührt.
5. Es sei jetzt an keine neue Parteigründung gedacht, auch an keinen Übertritt zur CDU.
6. Die Parteigründung hinge von der Überprüfung der Lage in den Landesverbänden ab. Wenn sich grundsätzlich in der Partei nichts ändern würde, dann sei das das Ende der Partei.

Herr Dr. DEHLER berichtet ergänzend über Vorgänge in Bonn. Man habe hinauszögern wollen, weil man einen Teil des Apparates mitnehmen wollte. In der Fraktionssitzung vom 21. 2., in der Debatte um die Vorgänge in Düsseldorf, habe man allerdings schon eine Entscheidung gewollt. Es sei aber von unserer Seite alles getan worden, um Brücken zu bauen. Er, *Dehler,* habe auch ein Gespräch mit *Schneider* gehabt, der aber gekniffen habe. In einem Gespräch mit ihm habe *Preiß* erklärt, daß er sich positiv einsetzen solle, um die Dinge zu verhindern. Dr. *Dehler* verweist auf den Bericht von Dr. *Becker* und Dr. *Jentzsch,* in dem versucht wird, den Ministern gerecht zu werden.[13] Außerdem sei dieser Bericht Herrn Dr. *Wellhausen* vorgelegt worden, der seine Einwilligung gegeben habe.

Herr ENGELHARD: Was soll mit den 16 aus der Fraktion Ausgeschiedenen qua Partei geschehen? Tatsache sei, daß auf der einen Seite die Bundespartei mit ihren Landesverbänden, auf der anderen Seite die 16 Ausgeschiedenen stünden. Das alles sei gelinde ausgedrückt eine nicht sehr noble Konspiration. Er verweist auf Äußerungen von *Blücher* vor einer Fernsehsendung am 21. 2., wo *Blücher* erklärt habe, daß er aus einer besonders harmonischen Fraktionssitzung käme. Alle diese Dinge bewiesen doch, wie konspirativ die Angelegenheit angelegt worden sei. Herr *Engelhard* bittet sehr dringend um Einzelheiten des Gesamtvorganges. Hamburg sei durch Dr. *Schäfer* betroffen, und es müßten parteiinterne Hinweise auf das Verhalten der einzelnen gegeben werden. Die 16 müßten ins Unrecht gesetzt werden, und deshalb seien alle Details wichtig. Zum Abschluß bittet Herr *Engelhard,* nicht von Dehler- und Euler-Partei zu sprechen, sondern von der FDP bzw. der Gesamtpartei und den Abtrünnigen.

Herr Dr. DEHLER: Es sei nicht schön, die Schäbigkeit der einzelnen aufzuzeigen. Um die Details zu geben, müsse man im Grunde eine Geschichte der Partei und Fraktion in den letzten zwei Jahren schreiben. Die Ursache von allem sei, daß *Euler* die Herrschaft in der Partei haben wolle oder ausscheiden [wolle]. *Eulers* jetzige Argumentation sei, daß Düsseldorf keine Rücksicht auf die

13 Hierbei handelte es sich um den von der fdk, 7. Jg., Nr. 13 vom 22. 2. 1956, unter der Überschrift „Wahlgesetzterminierung keine Folge von Düsseldorf" veröffentlichten Bericht über die Sitzung der Bundestagsfraktion vom Tage zuvor. Dieser Bericht war gemeinsam von *Bekker, Jentzsch, Wellhausen* und *Schneider* abgefaßt und von *Dehler* „ausdrücklich gebilligt" worden. INFORMATIONSRUNDBRIEF der FDP-Bundestagsfraktion Nr. 65 vom 27. 2. 1956 (2. Wahlperiode), S. 3, ADL, unverzeichneter Bestand.

Entscheidungen der Parteigremien genommen habe und daß *Dehler* die Sache nicht verhindert habe. Herr Dr. *Dehler* gibt eine Abstimmung der Landtagsfraktion in Hessen bekannt, die mit 16:2 Stimmen die Haltung *Eulers* mißbilligt hat.[14] Das bedeute aber keine Billigung *Dehlers.*

Frau Dr. ILK stellt nochmals heraus, daß die Fraktion am Donnerstag die Oppositionsgruppe gezwungen hätte, Farbe zu bekennen, und zwar wegen Baden-Württemberg. *Schneider* habe sich durchweg unglaublich verhalten. Vor Wochen habe er in einem Gespräch schon die Drohung ausgesprochen, daß, wenn es so weiterginge, eine neue Partei gegründet würde.

Herr Dr. MIDDELHAUVE: Im Gegensatz zu Herrn *Blücher* ist die Bundesvorstandssitzung dringend notwendig. Er sei nicht für die Holzhammermethode, obwohl er als einer der ersten der Partei eine Erklärung abgegeben habe, in der er von Fahnenflucht und Dolchstoß der Ausgeschiedenen gesprochen habe.[15]

Die Bestrebungen *Eulers,* aus der Partei auszuscheren, gingen bis in das Jahr 1952 zurück, und zwar seit der Koalition Reinhold *Maiers* in Baden-Württemberg mit der SPD. Er habe im Jahre 1953 auch Verbindungen in dieser Hinsicht mit Nordrhein-Westfalen aufgenommen.

Die Sondergruppe *Eulers* in der Fraktion ist niemals ein guter Zustand gewesen. Der Schritt, der jetzt vollzogen worden sei, könne selbstverständlich nicht ohne Konsequenzen bleiben. Bei den Abtrünnigen handele es sich jedoch nicht um eine geschlossene Aktion, sondern um Anti-*Dehler*-Leute. Jetzt müsse man sich die Frage stellen: Hätte der Bundesvorstand nicht manches tun können, um das zu verhindern, was jetzt eingetreten ist?

Liberale Parteien, das beweise der Liberalismus im Auslande, sind anfällig für solche Sachen. Aus der Spaltung der Fraktion kann sich eine Spaltung der Partei ergeben. Die Landesverbände haben eindeutig reagiert, wie Hessen und Berlin beweisen. Eine neue Partei würde zweifellos scheitern.

Herr Dr. *Middelhauve* verweist auf sein Gespräch mit *Euler* und Dr. *Wellhausen,* das um die Frage ging: Gibt es die Möglichkeit, einen Teil der Ausgeschiedenen über kurz oder lang, jedenfalls aber vor der Bundestagswahl, zu uns zurückzubringen? *Eulers* Haltung sei die eines Illusionisten. *Wellhausen* dagegen sei zumindest nachdenklich gewesen. Man solle auch die Erklärung *Blüchers* in Karlsruhe, daß er sich an die FDP gebunden fühlt, nicht in den Wind schlagen. Notwendig ist vor allem, daß wir als einzige liberale Partei in Deutschland bleiben.

Die Erstellung eines Weißbuches zum Zwecke der Unterrichtung sei gut. Es dürfe darin aber keine Schärfe enthalten sein, ebensowenig wie in Reden, damit die Kluft nicht weiter aufgerissen würde. Man müsse vielmehr überlegen, wie man sie schrittweise wieder zuschütten könne.

---

14 In dem Artikel „Bruch Dehler – Koalition erwartet" hatte die FRANKFURTER RUNDSCHAU in ihrer Ausgabe vom 25./26. 2. 1956 gemeldet, daß die Haltung der hessischen Landtagsfraktion noch offen sei, zugleich aber von einer Isolierung *Eulers* im hessischen Landesverband berichtet.

15 Hinweis auf diese Erklärung *Middelhauves* in: ebd.

Herr Dr. *Middelhauve* hält die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages ohne Presse und Öffentlichkeit für notwendig. Dieser Parteitag müsse eine Reihe von programmatischen Grundsätzen herausstellen, damit der Weg der FDP deutlich gemacht würde. Außerdem müsse man erklären, daß nicht an eine Umbildung der Koalition in anderen Ländern gedacht sei. Eine echte politische Aussprache sei notwendig. Man dürfe sich nicht in Vorwürfen erschöpfen, sondern müsse positive Vorschläge machen.

Zum Schluß weist Herr Dr. *Middelhauve* auf die Gefahr hin, die in einem evtl. Übertritt *Eulers* zur DP besteht, weil dadurch die DP vielleicht eine Zukunftschance erhält.

Herr Strömer hält die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nicht für richtig, da man sonst der Angelegenheit zuviel Gewicht beimesse. Was das Weißbuch anbeträfe, so müßten darin auch die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen enthalten sein.

Herr Prof. Haas (Schleswig-Holstein) unterstützt die Bitte *Engelhards* und *Strömers* um ein Weißbuch, vor allem auch, damit sich die Landesverbände in ihrer Haltung gegenseitig unterstützen können. Der äußerste Termin für dieses Weißbuch muß der Parteitag sein.

Herr Rademacher: Interessant war schon, daß *Euler* bei der Wahl des Fraktionsvorstandes nicht kandidierte.[16] Seine damalige Erklärung muß man im Zusammenhang mit den jetzigen Vorgängen sehen.

Die Entschließung am Dienstag[17] sollte insbesondere mit dem Nachsatz über Nordrhein-Westfalen ein Ultimatum sein, denn am Donnerstag wurde erklärt: Wir wurden majorisiert. Wenn die Entschließung vom Dienstag angenommen worden wäre, hätte alles ein anderes Gesicht gehabt.

Herr *Middelhauve* hat recht, wenn er betonte, daß man jetzt nicht mit dem Holzhammer gegen die Ausgeschiedenen vorgehen solle. Man dürfe aber auch keine Politik verfolgen, die dahin hinausginge, daß diese Verräter die Möglichkeit haben, ohne weiteres, als ob nichts geschehen wäre, wieder zu uns zurückzukommen. Seit Monaten wäre in der Fraktion kein Arbeiten mehr möglich gewesen, weil alles unter den Gesichtspunkten der verschiedenen Lager betrachtet worden sei. Die sachliche Arbeit ist nunmehr gewährleistet, und es muß dabei bleiben. Wenn der eine oder andere von den Ausgeschiedenen zurückkäme, dann könne das von der Partei aus nur ein Akt der Gnade sein.

Was die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen anbeträfe, so habe es von vornherein an einer klaren Sprachregelung gefehlt. Eine vernünftige Darstellung der Dinge würde uns zweifellos sehr viel Argumente in die Hand geben und auch bei der Wählerschaft Verständnis finden.

---

16 Am 10. 1. 1956. Vgl. Nr. 17 mit Anm. 6. *Eulers* Erklärung lautete: „Spekulationen, die an die Wahl des Fraktionsvorstandes anknüpfen, gehen fehl, denn die Fraktion ist in der Koalitionsstreitfrage des Wahlrechts völlig geschlossen. Ebenso bestehen keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten gegenüber den innenpolitischen Problemen, die Gegenstand der nächsten Koalitionserörterung sind." fdk, 7. Jg., Nr. 3 vom 12. 1. 1956.

17 Anm. 3.

Herr *Rademacher* verweist auf einen Brief von Herrn Dr. *Schäfer* (Datum 22. 2. 1956, Poststempel 23. 2. 1956), den dieser an ihn wegen des Ablaufes des Hamburger Parteitages geschrieben habe.[18] Damit ist die Frage aufgeworfen, ob wir den 16 Ausgeschiedenen noch die Möglichkeit belassen sollen, sich als FDP-Mitglieder zu betätigen. Wir können uns nicht der Gefahr aussetzen, durch eine solche zwiespältige Haltung ins Zwielicht zu kommen. Hier liegt die Gefahr des Spaltpilzes. Deshalb schlägt Herr *Rademacher* vor, den Brief an *Schäfer* folgendermaßen zu beantworten: Sein Schreiben sei überholt, da er nichts mehr im Landesverband zu suchen habe. Über diese Einzelheiten hinaus müsse man sich aber klar werden, daß hier ein einheitliches Vorgehen in allen Landesverbänden gesichert sei.

Herr Dr. DEHLER verweist nochmals auf § 3 der Bundessatzung, der dahin ausgelegt werden müsse, daß eine Parteigruppe im Sinne des § 3 gegeben wäre. Die FDP müsse die Konsequenzen ziehen. Er habe seine Ansicht auch den Landesverbänden bereits mitgeteilt.[19] Im Verfolg davon habe z. B. *Kohut* die Angelegenheit im Landesverband halten und *Witten* entlassen können.

Im übrigen sei er im Gegensatz zu Dr. *Middelhauve* der Meinung, daß man nicht tuschen, nicht leimen, nicht kitten könne. „Ich werde mit *Euler* und *Blücher* keinesfalls mehr in einer Partei sein." Wenn wir noch eine Chance als Partei haben, dann durch ein klares Gesicht. Auf keinen Fall dürfe der Ausdruck „Dehler-Partei" weiter gebraucht werden, weil sich das als sehr kümmerlich erweisen würde.

Herr WEYER: Die Situation für Baden-Württemberg ist, wie alle zugeben müssen (Vorgänge in Nordrhein-Westfalen und die Sezession), furchtbar. Hilfe in jeder Form müsse gewährleistet werden.

Wichtig für die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen sei der auf die Abgeordneten der FDP-Fraktion ausgeübte materielle Druck, der eine ernste Bedrohung der Freiheit des Abgeordneten darstelle (Beispiel *Dörnhaus, Risse*[20] usw.).

---

18 Der Landesparteitag des FDP-LV Hamburg war für den 3. und 4. 3. 1956 angesetzt. Das Programm vom 18. 2. 1956 hatte auf der 1. Seite die Anwesenheit *Dehlers* und *Schäfers* angekündigt. Brief *Schäfers* an *Rademacher* nicht ermittelt. Der stellvertretende Vorsitzende des LV Hamburg, *Engelhard*, teilte *Schäfer* am 27. 2. 1956 mit, letzterer habe in der Öffentlichkeit seine Absage an die FDP so deutlich zum Ausdruck gebracht, „daß der Hamburger Landesverband der peinlichen Verpflichtung enthoben ist, Ihnen *[Schäfer]* aufgrund von Satzungsbestimmungen das Erlöschen der Mitgliedschaft anzukündigen, und sich darauf beschränken kann, Ihnen in Verfolg Ihrer eigenen Äußerungen mit ehrlichem Bedauern das Ende Ihrer Mitgliedschaft zu bestätigen". ADL, N 1-2291 (NL Dehler).

19 Rundschreiben nicht ermittelt. Siehe aber *Dehlers* Hinweis hierauf oben in diesem Dokument (Anm. 10). Die im folgenden erwähnte Entlassung des Landesgeschäftsführers *Witten* hatte *Kohut* ausgesprochen, weil dieser erklärt hatte, der hessische Landesverband stehe „der in Bonn eingetretenen Entwicklung durchaus positiv gegenüber". Artikel „Bruch Dehler-Koalition erwartet", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 25./26. 2. 1956.

20 Die FDP-Politiker *Dörnhaus* und *Risse* gehörten offensichtlich zu den Abgeordneten, über die DER SPIEGEL, 10. Jg., Nr. 7 vom 15. 2. 1956, S. 11–16, in dem Artikel „Koalitions-Krise. Die Düsseldorfer Bö" berichtete. Sein Schlußsatz lautete: „Falls Karl *Arnold* dennoch im Amt bleiben sollte, bedeutet das nichts anderes, als daß einige Düsseldorfer Landtagsabgeordnete doch nicht vermochten, eine Woche lang gewissen Bonner Lockungen oder Drohungen, Versuchungen oder Pressionen standzuhalten." (S. 13).

Was die 16 Ausgeschiedenen anbeträfe, so müsse heute Klarheit geschaffen werden. Selbstverständlich solle man keine Holzhammermethode anwenden, aber auch nicht kitten. Man dürfe auch keine weiteren Gespräche mit ihnen führen. Wer die Bundestagsfraktion verlassen hat, tritt nach § 3 der Bundessatzung automatisch in Gegensatz und in Konkurrenz zur Partei.

Ein Gespräch zwischen *Euler* und *Döring* im Dezember vorigen Jahres hat deutlich gezeigt, daß *Euler* gewillt war, sich von der FDP zu trennen. Weitere Mitteilungen, die diese Dinge bestätigt haben, seien uns bislang durch *Berg* zugekommen. Eine Übereinstimmung mit dem Bundeskanzleramt sei durch Verschiedene hergestellt worden. Herr *Weyer* verweist dabei auf folgenden Vorgang: Der Abgeordnete *Körner* habe sich in einer Sitzung des Landesausschusses von Nordrhein-Westfalen eifrig Notizen gemacht und diese dann, wie Herr Dr. *Mende* festgestellt hat, einem Mittelsmann im Bundeskanzleramt weitergegeben. Es sei völlig klar, daß der Fall FDP den lange erwarteten Parallelfall zum BHE-Fall darstelle.[21]

Wichtig sei, daß *Dehler* keine Einzelaktionen vornimmt. Er muß sich des Rates des Bundesvorstandes bedienen und nur in Abstimmung mit seinen Stellvertretern und den Landesverbänden agieren, damit die Geschlossenheit der Partei sichtbar ist.

Bei einigen der 16 Ausgeschiedenen würde sicherlich überlegt werden, wie sie den Weg zurückfinden können. Diesen solle man den Weg nicht verbauen. Er denke dabei nicht an *Blücher* und *Euler*, wohl aber z. B. an *Preiß*. Trotzdem müsse heute der Beschluß gefaßt werden, daß sich die 16 aus der Fraktion Ausgeschiedenen automatisch aus der Partei ausgeschlossen haben. Nach dem 4. März solle man dann die Gespräche mit einzelnen suchen.

Dr. BUCHER weist darauf hin, daß der Ausschlußantrag der Fraktion gegen *Euler* und *Schneider* nicht kausal gewesen sei. Im übrigen sei es völlig klar, daß man nach außen nicht über die Ausgeschiedenen herfallen solle, nach innen bestünde jedoch nicht die Möglichkeit, sich in absehbarer Zeit wieder mit ihnen zusammenzusetzen. Einen außerordentlichen Parteitag hält Dr. *Bucher* für unzweckmäßig, dafür müsse aber Wimpfen durchgeführt werden.[22]

Frau Dr. LÜDERS: Die Vorgänge in Hessen (Austritt *Eulers* aus der FDP[23], um seinem Ausschluß zuvorzukommen) bedeuten eine neue Niederlage für *Adenauer*. Im ganzen würde es sich nicht um unsere Partei allein handeln, sondern um den Grundsatz der Freiheit und Demokratie überhaupt. Nach ihren Begriffen sei Herr Dr. *Middelhauve* mißverstanden worden. Wer von den Ausgeschiedenen minderwertig wäre, solle wegbleiben, für alle anderen aber müsse man die Türen offen halten. Im übrigen müßten sich alle persönlich in der

---

21 Bezieht sich auf die Spaltung der BHE-Bundestagsfraktion in der sog. Kraft-Oberländer-Krise Mitte Juli 1955. Dazu ausführlich F. NEUMANN, 1968, S. 137–168.

22 Nr. 20 a und b.

23 *Euler* hatte am 25. 2. 1956 auf Druck des Landeshauptausschusses seinen Rücktritt als FDP-Landesvorsitzender und seinen Austritt aus der FDP erklärt. Artikel „Euler aus der FDP ausgetreten", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 27. 2. 1956.

Gewalt haben und nicht unbedenklich loshauen, sondern klar und sachlich bleiben.

Die Erstellung des Weißbuches müsse so schnell wie möglich geschehen, da es datenmäßig auf die Reihenfolge ankäme. Polemik dürfe darin nicht enthalten sein; es solle mehr eine Art Geschichtstabelle darstellen. Als praktisches Resultat der Vorstandssitzung müsse Disziplin und ein klares Programm in außen- und innenpolitischer Richtung herauskommen.

Herr Dr. DEHLER weist darauf hin, daß folgende Fragen zu klären sind:

1. die heutige Verlautbarung des Bundesvorstandes;
2. die Erstellung eines Weißbuches;
3. die Frage des außerordentlichen Parteitages;
4. die finanzielle Lage.

Herr Dr. MIDDELHAUVE weist als kleinen Parallelfall auf die seinerzeitige Gründung des „Liberalen Klubs" in Hannover hin.[24] Auch von diesem „Liberalen Klub" seien nach und nach die vernünftigen Leute wieder für die Partei gewonnen worden, so daß die Einheit der Partei in Niedersachsen gewahrt wurde. Daß die ausgeschiedenen Bundestagsabgeordneten nicht mehr Mitglieder der Partei seien, wäre klar, unklar jedoch die Anwendung des § 3 der Bundessatzung. Dagegen müsse § 7,1 der Satzung angewandt werden (Landesverbände).[25] Dr. *Middelhauve* bittet darum, heute keinen Beschluß lt. § 3 der Satzung auszusprechen, sondern das den Landesverbänden zu überlassen.

Zur Frage des Leimens erklärt Herr Dr. *Middelhauve,* daß der Weg für die guten Leute unter den Ausgeschiedenen nicht verbaut werden dürfe. Sicher käme man nicht heute und morgen zu einer Lösung. Er werde aber auch in Zukunft versuchen, die guten Abtrünnigen wieder für die Partei zu gewinnen. Dafür seien aber scharfe Beschlüsse nicht tunlich. Außerdem müsse man verhindern, daß sich eine neue Partei gründet.

Herr Dr. DEHLER betont, daß er in einem Gespräch mit *Hellwege* festgestellt habe, daß *Euler* in der DP nicht ohne weiteres aufgenommen würde. Die Gefahr, daß *Euler* gemeinsam mit der DP eine neue Partei gründe, sei nicht groß.

Herr Dr. HAAS (Bayern): Im ganzen gesehen sei die Situation nicht leicht, obwohl wahrscheinlich die Sezession zerniert werden könne und die Organisation bei uns zu bleiben scheint. Es ist ziemlich rasch gelungen, uns zu fassen. Das aber sei nicht alles, denn es kommt auf die Frage an: Wie verkraftet das der Wähler? Die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen waren, gerade aus der Sicht Bayerns, eine gefährliche Überspannung des Bogens. Die Koalitionssituation in Bayern sei völlig anders als die in Nordrhein-Westfalen, da in

---

24 Gemeint ist der „Liberale Bund". Siehe Nr. 1, TOP „Entschließung des ‚Liberalen Bundes', Hannover".

25 § 7 Abs. 1 legte fest, daß das Ende der Parteimitgliedschaft durch Austritt, Streichung oder Ausschluß herbeigeführt werde. § 7 Abs. 3 enthielt die Regelung, daß die Landessatzungen „das Verfahren des Ausschlusses" bestimmen.

Bayern die Koalition unmittelbar nach der Wahl ordnungsgemäß gebildet worden sei[26] mit dem materiellen Inhalt der Kulturpolitik. Es hätte also nicht wie in Nordrhein-Westfalen eine Umbildung in der Legislaturperiode stattgefunden, und es hätten keine bundespolitischen Argumente vorgelegen. Die Frage der Schützenhilfe der SPD sei in Ordnung gewesen bis zur Zuschüttung des Grabens. Was darüber hinaus passiert wäre, erscheine unnötig.

Durch die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen ist unsere Wählerschaft schokkiert worden. Für den Bezirk Mittelfranken (einziger bayerischer Bezirk mit über 10 % FDP-Stimmen) ist unmittelbare Gefahr gegeben. Die Zahl der inzwischen aus der Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten ist außerdem geeignet, auf den Wähler zu wirken. Deshalb muß auf jeden Fall der Versuch zur Zernierung unternommen worden.

Es wurde im Bundesvorstand behauptet, daß wir innerlich stärker geworden seien. Er glaube nicht, daß der Mann auf der Straße das begreift. Die Frage, ob man nicht anders über die Runden gekommen wäre, obwohl das in vielen Dingen eine Zumutung für Dr. *Dehler* gewesen wäre, wäre wichtig. Hätte nicht die Möglichkeit zur Geduld bestanden, um wenigstens über die nächste Bundestagswahl hinwegzukommen? Bei der Aufstellung der Listen in den Ländern wären die Störenfriede sowieso nicht wieder berücksichtigt worden. Daß das nicht unmöglich sei, bewiesen ähnliche Vorgänge in Bayern. Er müsse deshalb ausdrücklich Herrn Dr. *Middelhauve* zustimmen und sagen, daß wir so großzügig wie möglich sein müßten, um den Rückweg zu ebnen. Durch eine falsche Taktik kommen wir nur in eine immer schlechtere Position, und wir könnten es uns nicht leisten, noch das Geringste an Boden zu verlieren.

Herr Dr. DOHR: Der Ausschluß der 16 Abgeschiedenen aus der Partei darf nicht durch den Vorstand, sondern muß durch die Landesverbände vorgenommen werden. Er selbst wolle sich dafür einsetzen, daß z. B. *Neumayer* den Weg zurückfindet. Eine Arbeit mit Paragraphen sei aber im Augenblick untunlich, man müsse den Weg über die Landesverbände suchen.

Herr Dr. *Dohr* weist sehr dringend auf die Gefahr des Wirkens der 16 Ausgeschiedenen in den Bezirken der Partei hin. Es wäre durchaus möglich, daß es in den unteren Gremien zu gären beginnt und daß ehrgeizige Leute versuchen würden, ihren Weg mit einer neuen Partei zu machen.

Herr Dr. BORTTSCHELLER: Die Haltung Bremens sei, daß man den 16 Ausgeschiedenen nicht ins Kreuz treten solle, sondern versuchen müsse, die Guten der 16 Ausgeschiedenen zurückzugewinnen. Er verweist dabei insbesondere auf Herrn Dr. *Wellhausen,* dessen Ausscheiden besonders für Bremen schmerzlich wäre. Die Senatoren der FDP in Bremen, die FDP-Fraktion, der Landesvorstand und der Landesausschuß stehen eindeutig zur FDP und werden geschlossen bei der FDP bleiben. Die Partei- und Fraktionsgremien in Bremen erwarten aber vom Bundesvorstand eine unbedingt klare Linie der politischen Führung. Daran, daß das gefehlt hat, hat sich die Spaltung vollzogen.

---

26 Siehe Nr. 18, Anm. 10.

(Wortwechsel Herr Dr. *Dehler*, Herr Dr. *Borttscheller*, Herr Dr. *Middelhauve*[27]).

Er müsse dies im Auftrag der Bremer Gremien sagen und könne feststellen, daß bei manchem der Diskussionsredner diese Stellungnahme auch durchgeklungen habe.

Herr Dr. MÄLZIG nimmt Stellung zur Frage der DP. In Niedersachsen sei nichts zu befürchten, da sich die DP dort nicht mit weggelaufenen Leuten belasten würde. Im übrigen habe die DP auch eine Kontra-Stellung zur CDU, was immer zu wenig beachtet würde. Man könne also in dieser Beziehung ohne Sorge sein.

Herr Dr. ATZENROTH stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. *Haas* zu. Die FDP hat vieles versäumt, weil sie sich immer zu sehr auf persönliche Dinge eingelassen hat und dadurch sachliche Beratungen zurücktraten. Er habe außerdem die Befürchtung, daß sich in der verbleibenden Fraktion die Dinge wiederholen könnten, wenn nicht von allem Anfang an Sachlichkeit geübt würde. Dem Schlag, der uns versetzt wurde, hat die Organisation standgehalten. Das aber allein sei nicht ausschlaggebend, wichtiger seien die Wähler und wichtig sei auch das Geld. Die Meinung der Wähler ginge aber dahin, daß die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen schädlich wären.

Es käme jetzt darauf an, nicht zu frohlocken und kein Scherbengericht abzuhalten, sondern für eine Reihe von Ausgeschiedenen die Türe offen zu lassen. Den Weg zurück dürfe man auch nicht durch Erklärungen verbauen. Im übrigen stimme er Herrn Dr. *Borttscheller* zu. Notwendig sei, daß wir unsere Haltung klar herausstellen, um damit vor allem die Vorwürfe von *Euler* zu widerlegen. Deshalb sei in der Frage der Außenpolitik und in der Frage der Haltung zur SPD bzw. zum Sozialismus, eine deutliche Erklärung notwendig.

Was die Finanzen anbeträfe, so müsse man mit den zuständigen Leuten Verbindung aufnehmen und genau erklären, was geschehen ist.

Herr RADEMACHER betont, daß auch Hamburg in der Parteiführung eine größere Straffheit wünsche. Z. B. wären im Falle *Schlüter*[28] durch eine klare Führung die Dinge schneller bereinigt worden.

Nicht jeder könne die Möglichkeit haben zurückzukehren. Seiner Ansicht nach weder die vier Minister noch *Wellhausen*, der einen bösen Geist in die Sache getragen habe. Der Bundesvorstand könne den Ausschluß im einzelnen den Landesverbänden überlassen, müsse ihnen aber eine moralisch-politische Unterstützung durch eine entsprechende Entschließung heute geben.

Herr Dr. LEUZE erklärt, daß der Konflikt seiner Meinung nach in der Bundestagsfraktion läge und die Sache in der Partei noch verarbeitet werden müßte. „Ich kann für meinen Bezirk keine definitive Erklärung abgeben." Die Fakten in der Fraktion sind nicht gleichzusetzen mit der Partei. Der Konflikt muß in

27 In der Vorlage folgt der handschriftlich gestrichene Ausruf: „Machen Sie Ihren Dreck alleine!"

28 Vgl. Nr. 16 mit den Anm. 1 und 2.

den Landesverbänden nach dem 4. März eingehend überlegt werden, und der Bundesvorstand darf nicht präjudizieren.

Nach einer ins einzelne gehenden Diskussion über die von Herrn Dr. *Ungeheuer* entworfene Entschließung wird diese einstimmig im folgenden Wortlaut angenommen:

„Die Freie Demokratische Partei ist aus den Auseinandersetzungen, die unter Druck von außen in ihre Bundestagsfraktion getragen wurden, mit allen ihren Landesverbänden ungespalten hervorgegangen. Im Bewußtsein der politischen und organisatorischen Geschlossenheit der Partei verwahrt sich der Bundesvorstand gegen die von interessierter Seite aufgestellte Behauptung, die Freie Demokratische Partei sei in zwei Gruppen auseinandergefallen.

Mit ihrem Austritt aus der Bundestagsfraktion hat eine Gruppe von Abgeordneten das Band zur Bundespartei zerschnitten. Diese Abgeordneten haben sich mit ihrem Entschluß in klaren Gegensatz zu ihren Landesverbänden gestellt. Einzelne, die zu der Überzeugung kommen sollten, übereilt gehandelt zu haben, können den Weg zur Partei zurückfinden.

Der Bundesvorstand sieht sich nach der Erklärung des Bundeskanzlers und seiner Partei vor die Tatsache gestellt, daß die Bonner Koalition nach siebenjährigem Bestand durch die Methode der Koalitionsführung zerbrochen wurde. Die Freien Demokraten werden sich auch künftig im Geiste der Verbundenheit mit dem Westen eindeutig von den Gegnern der Vertragspolitik und der freien Marktwirtschaft, die sie mitgetragen haben, unterscheiden, werden aber mit der gleichen Entschlossenheit die nunmehr auf sie zukommende Aufgabe einer konstruktiven und demokratischen Kritik des Regierungsgeschehens aus freiheitlichem Geiste erfüllen."[29]

Der Vorstand beschließt weiter:

1. Es findet kein außerordentlicher Parteitag statt. Der ordentliche Parteitag der FDP wird, wie vorgesehen, vom 20.–22. 4. 1956 in Würzburg abgehalten.
2. Das für Wimpfen angesetzte Konklave findet statt.

29 Abgedruckt in: fdk, 7. Jg., Nr. 15 vom 28. 2. 1956; W. Dorn/W. Wiedner, 1974, S. 46 f.

20a.

17. 3. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Überschrift: „Kurzprotokoll der Bonner [?] Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 17. 3. 56 in Bad Wimpfen."[1] 20.30 Uhr–0.30 Uhr (18. 3.).

Teilnehmer: Becker, Borttscheller, Dehler, Döring, Engelhard, Giloy, Paul Haas, Hammer, Haußmann, Hummel, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Mälzig, Mahler, Mende, Mischnick, Rademacher, Rubin, Scheel, Strömer.

Der Vorstand gibt seine Zustimmung zur Beiziehung der Herren Dr. *Hammer, Scheel, Döring* und *Hummel* zur Vorstandssitzung.

TOP 1: ANTRAG AUF SATZUNGSÄNDERUNG FÜR DEN BUNDESPARTEITAG

Dr. DEHLER wirft die Frage auf, ob die vorgeschlagene Satzungsänderung rückwirkende Kraft habe. Er bejaht diese Frage, weil die Diskrepanz fortdauert.

MISCHNICK weist darauf hin, daß die vorgeschlagene Satzungsbestimmung auch auf die Situation einer Weigerung beim Beitritt abgehoben werden muß.

Der Vorstand beschließt: in die Bundessatzung als § 7 c folgende Änderung zur Genehmigung vorzuschlagen.[2]

Der Satzungsausschuß bzw. die Vorsitzenden, Herr *Bezold* und *Graf Lambsdorff,* werden gebeten, die Formulierung nachzuprüfen.

Der Antrag auf diese Satzungsänderung muß dem Bundesparteitag als Antrag des Vorstandes beigelegt werden.

TOP 2: AUSSCHLUSSANTRAG GEGEN DR. C. H. SCHWENNICKE

Dr. DEHLER bringt zunächst die Frage seiner Teilnahme an dem Landesparteitag in Berlin am 14. 3. 1956 zur Sprache. Er drückt aus, daß er selbst nicht an dem Landesparteitag teilnehmen möchte, weil sonst die Gefahr des Streitgespräches zwischen *Schwennicke* und ihm gegeben sei.

Dr. MAHLER unterstreicht diese Absicht von Herrn Dr. *Dehler.* Eine Anwesenheit von Dr. *Dehler* zum Parteitag in Berlin würde die Lage nur verschär-

---

1 Die Vorstandssitzungen am 17. und 18. 3. 1956 fanden am Rande einer Arbeitstagung statt, in der die FDP-Spitze „über die geistigen Grundlagen, die staatspolitischen Forderungen, die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen und die Beurteilung der außenpolitischen Lage" beriet. Zusammenfassender Bericht hierüber in: fdk, 7. Jg., Nr. 21 vom 21. 3. 1956.

2 Der verabschiedete Text lautete: „Fraktionsaustritt: Ein Mitglied verliert die Mitgliedschaft, wenn es nach seiner Wahl in ein Parlament der parlamentarischen Gruppe der Partei nicht beitritt oder wenn es aus einer parlamentarischen Gruppe der Partei austritt, ohne sein Mandat niederzulegen."

fen. Der Landesverband Berlin steht zur Partei, wird aber in Würzburg den Versuch eines Wechsels im Vorsitz unternehmen.[3] Es steht fest, daß in Würzburg zwischen der Partei und dem Landesverband kein Bruch erfolgt, auch wenn Herr Dr. *Dehler* wieder zum Vorsitzenden gewählt wird. Es bleibt dann den einzelnen Mitgliedern von Berlin überlassen, aus der Partei auszutreten.

Dr. MENDE betont, daß, wenn Herr Dr. *Dehler* nicht zum Landesparteitag nach Berlin ginge, zwei bis drei Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion dort anwesend sein müßten.

Dr. KOHUT bittet um Schilderung der von Herrn Dr. *Schwennicke* für Donnerstag, den 28. 2. 1956, einberufenen Vorstandssitzung in Berlin.

Dr. MAHLER berichtet, daß der Vorstand am 28. 2. 1956 am Abend kurz getagt habe.

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß, während die Vorgänge in Bonn am Donnerstag noch offen waren, Dr. *Schwennicke* bereits eine Sitzung einberufen habe. *Kirchhoff* habe bestätigt, daß die Einberufung dieser Sitzung im Laufe des Vormittags für den Abend erfolgt sei. Das bedeute aber eine Kooperation zwischen *Euler, Schwennicke* und *Blücher.* Interessant zu wissen wäre, was *Schwennicke* an diesem Abend berichtet habe.

Dr. MAHLER antwortet, daß Dr. *Schwennicke* die Tatsache der Sezession bekanntgegeben habe.[4] Der Vorstand habe den Beschluß gefaßt, bei der Partei zu bleiben, und daß an diesem Abend nichts gegen *Henn* und *Hübner* unternommen worden sei.[5]

MISCHNICK weist auf die Erklärung von Herrn *Witten* um 21.00 Uhr hin (Donnerstag, 23. 2. 1956), in der dieser zum Ausdruck gebracht habe, daß sich Hessen mit Berlin einig wisse.

Herr Dr. MAHLER bringt zum Ausdruck, daß er eine solche Abmachung nicht kenne.

SCHEEL berichtet anschließend über den in Berlin einberufenen Informationsabend am 23. 2. 1956. Er habe die Einladung in Baden-Württemberg mit den entsprechenden Anlagen gesehen und da Nordrhein-Westfalen angesprochen worden wäre, sei er nach Berlin gekommen. In seiner Rede habe *Schwennicke* u. a. von einzelnen Herren in Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck gebracht, „von denen mir berichtet wird, daß sie Nationalbolschewiken seien", er habe insbesondere auf ihn, *Döring* und *Weyer* hingewiesen und an einer anderen Stelle gesagt: „Ich kann aus Gründen staatspolitischer Verantwortung über das Treiben dieser Herren nicht sprechen." Das Klima in Berlin sei hitzig gewesen; fest stünde, daß die Anschauungen von Herrn *Schwennicke* nicht die des Landesverbandes seien. Er habe die Vorgänge, die zur Umbildung der Führung in

3 Einen entsprechenden Beschluß hatte der Berliner FDP-Landesvorstand am 29. 2. 1956 gefaßt. fdk, 7. Jg., Nr. 16 vom 1. 3. 1956.

4 Vgl. Nr. 19 mit Anm. 1.

5 Die Bundestagsabgeordneten *Henn* und *Hübner* gehörten zu den 16 ausgeschiedenen Fraktionsmitgliedern der FDP.

Nordrhein-Westfalen geführt haben[6], dargelegt und erheblichen Beifall geerntet.

Dr. MAHLER weist darauf hin, daß Herr *Schwennicke* die „Neue Zürcher Zeitung" zitiert habe.[7]

Herr SCHEEL betont, daß es nicht um ein Zitat aus der „Neuen Zürcher Zeitung" gegangen sein könne, da dort keine Namen genannt worden seien. Außerdem habe Herr Dr. *Schwennicke* laut Protokoll ähnliche Äußerungen im Abgeordnetenhaus getan. *Scheel* verweist auf das „Montags-Echo" und bestimmte tendenziöse Meldungen in dieser Zeitung. Im übrigen sei bekannt, daß die Quelle von Herrn *Luchsinger* der Bundeskanzler sei.

Dr. MENDE berichtet über einen Vorfall anläßlich seiner Einladung zum Jugoslawischen Botschafter am 24. 2. 1956[8], wo er mit Herrn *Sorin* zusammengetroffen wäre. Diese Dinge stünden im Zusammenhang mit den Vorgängen um *Klein* in Berlin, der, will er mit Sicherheit wissen, kein politisches Wort mit *Sorin* gewechselt habe.

Dr. DEHLER: Es besteht in der Bundespartei der Eindruck, daß sich Herr *Schwennicke* mit *Adenauer* laufend abstimmt. *Adenauer* ist die Kraftquelle, Herr *Schwennicke* wirft die Pfeile, die ihm vom Bundeskanzler gegeben werden.

Herr RUBIN regt an, daß der vorliegende Antrag gegen Herrn *Schwennicke* zurückgestellt wird, daß aber in Berlin ein außerordentlicher Parteitag noch vor Würzburg einberufen werden solle, um dort die Angelegenheit zu klären.

Dr. KOHUT stimmt dem Vorschlag von Herrn *Rubin* zu, ebenso Herr Dr. MENDE, MISCHNICK und Herr STRÖMER.

Herr Dr. MAHLER warnt vor einem solchen Beschluß, da Berlin dies als Provokation empfinden würde.

Herr RADEMACHER regt an, daß Herr Dr. *Mahler* telefonisch Herrn *Schwennicke* bittet, den Parteitag vom 24. 3. 1956 zu vertagen. Würde Berlin nicht darauf eingehen, solle Herr Dr. *Mende* am 24. 3. 1956 als Mitglied des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion am Parteitag in Berlin teilnehmen und versuchen, eine freiwillige Vereinbarung zu einem weiteren außerordentlichen Parteitag vor Würzburg zu erreichen. Würde Berlin auch auf diesen Vor-

---

6 *Middelhauve* war am 22. 2. 1956 als Landesvorsitzender zurückgetreten. AdG 1956, S. 5643 A 11. Auf dem für den 24. 3. 1956 einberufenen Landesparteitag kandidierte allein Willi *Weyer,* der dann auch mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde. W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 50.

7 Der Bonner Korrespondent der NZZ, Fred *Luchsinger,* hatte in einem Artikel unter der Überschrift „Sturz der Regierung Arnold in Nordrhein-Westfalen" auf S. 1 der Fernausgabe Nr. 52 vom 22. 2. 1956 der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG einen kritischen Bericht über die Vorgänge gegeben. Den Düsseldorfer „Jungtürken", von denen nur *Döring* namentlich genannt wurde, wurde „Aktivismus als Selbstzweck" bescheinigt und insbesondere ihr „national-liberales" Anliegen herausgestrichen. *Luchsinger* hatte nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß die nunmehr in der FDP Nordrhein-Westfalen dominierende Gruppierung, die „die Führung an sich gerissen" habe, im Zusammenhang mit der Naumann-Affäre unter neonazistischen Verdacht geraten war. Das im folgenden genannte „Montags-Echo" konnte nicht eingesehen werden.

8 In seinen Memoiren datiert *Mende* diese Angelegenheit auf den 31. 1. 1956. E. MENDE, 1984, S. 494 f.

schlag nicht eingehen, solle der Vorstand eine Sitzung nach Berlin einberufen und die Mitglieder des Landesverbandes dazu einladen, damit die erforderlichen Erklärungen abgegeben werden könnten.

Dr. HAUSSMANN schlägt in Zustimmung zu *Rademacher* vor, diese Vorstandssitzung in Berlin am 23. 3. 1956 abzuhalten.

Es wird beschlossen, daß Herr Dr. *Mahler* und Herr *Rademacher* ein entsprechendes telefonisches Gespräch mit Herrn *Schwennicke* führen und daß die Herren Dr. *Mende*, *Scheel* und *Stephan* an dem Parteitag in Berlin am 24. 3. 1956 teilnehmen. Endgültige Beschlußfassung über diesen Punkt soll am nächsten Vormittag vorgenommen werden, nachdem das Gespräch mit Herrn *Schwennicke* stattgefunden hat.

TOP 3: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Der Vorstand stimmt der für den Bundesparteitag vorgesehenen Tagesordnung zu.[9]

Dr. LEVERENZ stellt den Antrag, vor der Vorstandswahl die Frage der Koalition bis 1957 zu klären. Die übrigen Vorstandsmitglieder weisen darauf hin, daß die Frage der Koalition bereits geklärt ist. Herr Dr. *Ungeheuer* wird beauftragt, eine entsprechende Entschließung für den Vorstand vorzubereiten.

TOP 4: ORGANISATORISCHE UND FINANZIELLE FRAGEN

Herr RUBIN gibt den Finanzbericht. In immer steigendem Maße seien die Bundespartei und die Landesverbände trotz seiner Warnungen von den Fördergesellschaften abhängig geworden. Seit Anfang Februar hat die Fördergesellschaft für die Zentrale, für Nordrhein-Westfalen und Hessen die Gelder gesperrt.[10] Da diese Sperrung schlagartig eingesetzt hat, müsse bei der Fördergesellschaft ein einheitlicher Wille regiert haben. Die Begründung der Sperrung sei unterschiedlich. Es wurde behauptet, daß die Fördergesellschaft nur zu dem Zwecke gegründet worden wäre, die Koalition zu fördern. Dies aber sei eindeutig bei der Gründung nicht der Fall gewesen. Man habe damals vereinbart, daß bestimmte Parteien wegen ihrer politischen Grundhaltung unterstützt werden sollen. Es habe also bei der Gründung keine Vereinbarung gegeben. Die Aufkündigung sei nicht offiziell erfolgt, sondern man habe die Zahlungen einfach eingestellt. Diese Einstellung befindet sich nicht in Übereinstimmung mit den eigentlichen Geldgebern, die dieses Vorgehen nicht billigen.

---

9 Die Tagesordnung veröffentlichte die fdk am 24. 4. 1956 (7. Jg., Nr. 28).

10 DER SPIEGEL, 10. Jg., Nr. 9 vom 29. 2. 1956, S. 16, veröffentlichte einen Brief eines Unternehmerverbandes an ein prominentes FDP-Mitglied vom 10. 2. 1956. Sein Text lautete: „Die FDP-Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen führt zur Zeit Verhandlungen mit der SPD-Fraktion wegen der Umbildung der Landesregierung. Bei dieser Sachlage entfallen für uns als Unternehmerverband die Voraussetzungen, unter denen wir Ihnen seinerzeit zugesagt haben, Ihre politischen Ziele zu unterstützen. Der Vorstand hat daher in seiner Sitzung vom 9. Februar 1956 vollzählig und einstimmig beschlossen, die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen."

Die Folge von all dem sei, daß wir in Zukunft nicht auf die Fördergesellschaften angewiesen sein dürfen, da fast überall die Dinge politisiert worden seien und sozusagen an unser „anständiges Verhalten" gebunden worden wären.

Die Fördergesellschaft befindet sich an sich in einer schlechten Lage, weil die Wirtschaft nicht mehr zahlen würde, wenn die Fördergesellschaften eindeutig an eine Partei gebunden sind. Bei einer echten Argumentation wäre die Wirtschaft sicherlich bereit, für die FDP zu zahlen. Aber fest stünde, daß sie nicht doppelt finanzieren müßte. Es käme also darauf an, die einzelnen Geldgeber zu überzeugen, daß eine direkte Unterstützung der FDP für sie von Vorteil wäre (Wegfall der verschiedenen Fonds usw.).

Die Frage, die so schnell wie möglich geklärt werden müßte, ist: Soll man den generellen Schnitt zwischen der FDP und den Fördergesellschaften ziehen oder sich von Fall zu Fall nach den regionalen Gegebenheiten richten? Sicher wäre, daß durch unser Ausscheiden die ganze Organisation zusammenbrechen würde. Wichtig ist, daß von uns aus ein klarer Kurs und ein klares Zusammenstehen erfolge. Man dürfe die Dinge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Utilität, sondern müsse sie politisch sehen. Eine Direktfinanzierung der FDP also sei mit allen Mitteln anzustreben. Bei Verhandlungen mit der Fördergesellschaft müßte man die Auflage machen, daß keine Bedingungen politischer Art mit der Finanzierung verbunden seien, sondern nur die Förderung der Freien Marktwirtschaft die Ausgangsbasis sein dürfe. Es komme also im Augenblick auf folgenden Entscheid an: Soll nochmals der Versuch des Gesprächs unter bestimmten Vereinbarungen bzw. Auflagen mit der Fördergesellschaft gemacht werden, oder müsse man die Konsequenzen ziehen und ausscheiden?

Die Entscheidung des Vorstandes ist folgende: Auf die Dauer ist ein Zusammenarbeiten mit der Fördergesellschaft nicht möglich. Man dürfe aber auch nicht müßig abbrechen. Was regional gut funktioniert, dürfe nicht zerschnitten werden. Herr *Rubin* wird beauftragt, mit der Zentrale und den Fördergesellschaften von Hessen und Nordrhein-Westfalen nach bestimmten schriftlich fixierten Vereinbarungen zu verhandeln.

Außerdem wird der Finanzausgleichsvorschlag von Herrn *Rubin* bestätigt.[11] Die Gläubiger der Landesverbände sollen zur Begleichung ihrer Anteile angemahnt werden. Einzelheiten wird der Vorstand in seiner nächsten Sitzung nochmals durchsprechen.

---

11 *Rubins* Vorschlag war dem Organisationsausschuß mit Schreiben vom 4. 11. 1955 zugegangen, ADL, Ordner-Nr. 64. Nach diesem Vorschlag hatten „alle Landesverbände nach Maßgabe der Möglichkeiten" Zahlungen in einen „Ausgleichstopf" zu leisten, aus dem die „schwachen Landesverbände" Zuschüsse erhalten sollten. *Rubin* hatte vorgeschlagen, „daß der Normalsatz der abzugebenden Beträge nicht 10 % der gesamten nicht zweckgebundenen Einnahmen übersteigen sollte und daß auf der anderen Seite die laufenden Zuschüsse gleichfalls nicht über 10 % der vom jeweiligen Landesverband insgesamt vereinnahmten nicht zweckgebundenen Beträge hinausgehen sollten". Abweichend hiervon war jedoch vorgesehen, daß die finanzstarken Landesverbände „über die normalen Beträge hinaus einen 50 bis 100 %igen Zuschlag" zu zahlen hatten. Zum Fortgang siehe Nr. 24 mit Anm. 7.

[VERSCHIEDENES]

Herr RADEMACHER schlägt vor, daß der Vorstand an die Bundestagsfraktion den Wunsch bringt, in der Frage des Parteiengesetzes in Bund und Ländern initiativ zu werden.

Der Vorstand beschließt, die Herren Dr. *Preusker,* Dr. *Schäfer* und *von Manteuffel* von ihrem Vorsitz des wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und Verteidigungsausschusses abzuberufen.[12] Bis zur Neubennung von Vorsitzenden werden die Stellvertreter mit der kommissarischen Führung dieser Ausschüsse beauftragt.

20b.

18. 3. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Überschrift: „Vorstandssitzung 18. 3. 56 Bad Wimpfen – 9.30 Uhr." 9.30 Uhr–10.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Borttscheller, Dehler, Döring, Engelhard, Giloy, Paul Haas, Hammer, Haußmann, Hummel (zeitweise), Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Mälzig, Mahler, Mende, Mischnick, Rademacher, Rubin, Scheel, Strömer.

ENTSCHLIESSUNG BETR. KOALITIONSPOLITIK

Die auf der gestrigen Vorstandssitzung entworfene Entschließung liegt zur Diskussion vor. Sie lautet wie folgt: (Anlage) endgültige Fassung.[1]

Nach längerer Debatte wird diese Entschließung einstimmig angenommen mit einer Enthaltung (Dr. *Mahler,* Berlin).

HAUSSMANN weist darauf hin, daß wir nicht wissen, wie die Fraktion auf diese Entschließung reagieren wird; dieses Risiko ist gegeben.

MENDE: Die Fraktion steht nicht isoliert im Raum. Es ist eine gewisse Nervosität gegeben; es wird sich darum handeln, wer die besseren Nerven behält.

---

12 Dieser Beschluß wurde durch die fdk, 7. Jg., Nr. 21 vom 21. 3. 1956, veröffentlicht.

1 „Der Bundesvorstand der Freien Demokraten wiederholt seine Stuttgarter Erklärung vom 25. Februar, daß die Bonner Regierungskoalition an den Methoden der Koalitionsführung zerbrochen ist. Die Freien Demokraten zogen mit dieser Erklärung die Folgerung aus den Willensäußerungen des Bundeskanzlers und seines Parteivorstandes, die sich am 24. Februar gegen eine Fortsetzung Koalition mit der Fraktion der Freien Demokraten ausgesprochen hatten. Die Ereignisse der Folgezeit, insbesondere die gegen schwerste parlamentarische Bedenken erfolgte Anerkennung einer abgespalteten Abgeordnetengruppe als Bundestagsfraktion, bestätigen die Richtigkeit der Stuttgarter Erklärung. Wenn bis heute kein formaler Fraktionsbeschluß der Union zur Koalitionsfrage vorliegt, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die CDU das Ende der Bonner Koalition herbeigeführt hat." fdk, 7. Jg., Nr. 21 vom 21. 3. 1956.

Uns interessiert ja viel mehr die neue Fraktion, die kommen wird, nicht mehr die jetzige, die nur noch ein Jahr besteht.

[ENTSCHEIDUNGEN BETR. LANDESVERBAND BERLIN]

RADEMACHER berichtet anschließend über sein Gespräch mit Berlin.[2] Frage, ob man auf dem außerordentlichen Parteitag, der stattfinden soll, die Frage der Meinungsverschiedenheit ausklammern soll. Geklärt muß noch werden, [was geschehen soll], wenn der 23. als Termin nicht klappt. *Schwennicke* hat erklärt: „Ich wäre bereit zu erklären, daß in der Berichterstattung die Meinungsverschiedenheit nicht behandelt werden soll, also zurückgestellt auf den Termin des besonderen Landesausschusses, wenn die Mehrheit des Bundesvorstandes teilnehmen kann." Frage: Kann man telegraphisch verständigen, ob der 23. möglich ist?

DEHLER: Wünscht Herr Dr. *Mahler* das Wort?

Dr. MAHLER: Ich habe dem Bericht nichts hinzuzufügen.

DEHLER: Dann wäre es wohl richtig, keinen Beschluß zu fassen.

HAUSSMANN: Herr Dr. *Mahler,* sind Sie bereit und in der Lage, sich für den 23. einzusetzen? Und wenn das nicht möglich ist: Welcher Termin wird vorgeschlagen, wenn Berlin auf den 23. nicht eingeht? Irgendeinen Beschluß in dieser Richtung sollten wir fassen, nicht einen Beschluß nach § 7, wir wollen ja Berlin abwarten.

MENDE: § 9 Absatz 3 der Satzung lautet: (verliest den Wortlaut[3]). Es hat also jedes Vorstandsmitglied das Recht, auf einem Landesparteitag zu sprechen. Es fällt mir nicht ganz leicht, diese Aufgabe zu übernehmen, da der Termin zusammenfällt mit dem Parteitag in NRW und der Neuwahl des Landesvorsitzenden meines Landesverbandes.

DEHLER: Wer soll *Mende* begleiten?

(Vorschlag von verschiedenen Seiten: *Scheel!*)

Ich schlage vor, daß auch *Stephan* mitkommen soll. Wir danken unserem Freund *Mende,* daß er uns dieses Opfer bringt und diese Aufgabe übernimmt.

Dr. MAHLER: Ich werde morgen mit *Schwennicke* sprechen bezüglich des Termines 23. März, ob diese Möglichkeit besteht.

DEHLER: Der Bundesvorstand beauftragt also unseren Freund *Mende,* im Sinne des § 9 Absatz 3 zur Vertretung des Bundesvorstandes am 23. März. Der Bundesvorstand ist einverstanden, daß Herr *Mende* von den Herren *Scheel* und *Stephan* begleitet wird. Ein geeigneter Zeitpunkt wäre der 13. 4., oder es

---

2 Hierzu und zum folgenden Nr. 20 a, TOP 2.

3 „Der Bundesvorsitzende, seine Stellvertreter sowie jedes beauftragte Mitglied des Bundesvorstandes haben auf den Landesparteitagen das Recht zu sprechen und, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein, Anträge zu stellen."

erfolgt darüber noch eine Abstimmung. Wir würden den Bundesvorstand nach Berlin einberufen und der LV Berlin wird den Landesausschuß einberufen.

HAUSSMANN: In erster Linie sollten wir den Beschluß fassen, daß wir Wert darauf legen, daß die Bundesvorstandssitzung für den 23. März einberufen wird, und nur wenn das nicht geht, dann *Mende* zu dem anderen Termin. Ich möchte Herrn Dr. *Mahler* bitten, in diesem Sinne auf Herrn *Schwennicke* einzuwirken, daß es bei dem 23. 3. bleibt.[4]

DEHLER: Unser Freund *Haußmann* wollte uns noch einiges zur Regierungsbildung in Baden-Württemberg sagen.

HAUSSMANN bittet, dazu auch Herrn *Hummel* zuziehen zu dürfen, dem ein bedeutender Anteil an dem Erfolg zu danken ist.

[VORBEREITUNG DES BUNDESTAGSWAHLKAMPFES]

Haußmann berichtet über eine Organisationsausschußsitzung, in der beschlossen worden ist, für die Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes die vier Landesgeschäftsführer *Brandt, Döring, Hummel, Lotz* zu bestimmen. Spezielle Bitte von Dr. *Haußmann* dazu: Diese vier Herren sollen für die Zeit dieser Wahlvorbereitungen zu allen Sitzungen eingeladen werden, die sich mit diesen Dingen befassen.

RUBIN: nicht generell, nur wenn es nötig ist!

Zustimmung.

[WAHLEN UND REGIERUNGSBILDUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG]

DEHLER: Ein Mißerfolg der Wahl in Stuttgart[5] wäre ein schwerer Mißerfolg für die Partei gewesen. Ich möchte deshalb im Namen meiner Freunde Herrn *Hummel* unseren Dank sagen.

Herr *Hummel* nimmt an den weiteren Besprechungen bezüglich der Regierungsbildung in Baden-Württemberg teil.

Dr. HAUSSMANN zeigt noch einmal die großen Schwierigkeiten auf, die durch die Spannungen in Bonn, die Regierungsumbildung in Düsseldorf und nicht zuletzt durch den Absprung der 16 Fraktionsmitglieder entstanden sind. Er verweist auf die Mittel, mit denen die CDU gearbeitet hat, und daß wir mit dem Ausgang dieser Test-Wahl sehr zufrieden sein konnten. Alte und neue zugkräftige Kandidaten haben zum Sieg verholfen.

Morgen früh werden die Verhandlungen um die Regierungsbildung beginnen. Die CDU wird zweifellos nicht anstreben, mit uns allein eine Koalition zu machen. Sie hat zu erkennen gegeben, daß sie mit der SPD allein gehen möchte. Aber das ist auch nicht leicht für sie. *Dehler* hat sich eingeschaltet, und die

4 Zum Fortgang Nr. 21 mit Anm. 11–13.

5 In den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 4. 3. 1956 hatten die CDU 42,6 %, die SPD 28,9 %, die FDP 16,6 % und der GB/BHE 6,3 % der Stimmen errungen. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 145.

SPD wird nun nicht bereit sein, mit der CDU zu gehen. Die Möglichkeit einer großen Koalition steht im Vordergrund unserer Überlegungen.[6]

21.

9. 4. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Protokoll Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9. April 1956 in Bonn." 9.30 Uhr–19.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Dohr, Frühwald, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Middelhauve, Mischnick, Müller-Link, Nowack, Rubin, Strömer, Weyer, Will.

TOP 1: VORBEREITUNG PARTEITAG

Zum äußeren Rahmen wird beschlossen, nur ein Spruchband zur Ausschmückung des Saales zu benutzen mit der Inschrift: „Das ganze Deutschland soll es sein." Auf musikalische Umrahmung soll verzichtet werden. Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende, Herr *Bezold,* wird für das Land Bayern Begrüßungsworte sprechen, der Vorsitzende der DPS, Herr Dr. *Schneider,* für seine Partei. Herr Dr. *Dehler* wird beim Dank für *Schneiders* Worte zur Begrüßung zum Ausdruck bringen, daß der Vorsitzende der DPS in Zukunft zu allen Vorstandssitzungen eingeladen werden wird. Alle darüber hinausgehenden engeren Verbindungen mit der DPS scheinen dem Bundesvorstand verfrüht. Herr Dr. *Dehler* und Herr *Weyer* werden vor dem Parteitag mit Herrn Dr. *Schneider* sprechen.

Über das Verhältnis zu den aus der Bundestagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten[1] wird folgendes einstimmig beschlossen:

1. Der § 3 der Bundessatzung[2] trifft auch auf den vorliegenden Tatbestand zu. In dem Austritt aus der Fraktion lag ein Willensakt der Ausgeschiedenen, Mitglieder einer konkurrierenden Gruppe zu sein.

2. § 19[3] ergibt, daß die vier aus der Fraktion ausgetretenen Bundesminister nicht mehr dem Bundesvorstand angehören; da die FDP nicht mehr der Koa-

---

6 Diesen Vorstellungen entsprechend ergab sich ab Mai 1956 eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aus CDU, SPD, FDP und dem GB/BHE unter Ministerpräsident Gebhard *Müller* (CDU). A. C. Storbeck, 1970, S. 87 f.

1 Vgl. Nr. 19.

2 Text ebd., Anm. 9.

3 „Der Bundesvorstand besteht aus [. . .] den der Partei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder; scheidet einer von ihnen aus einem Amt aus, so behält er seine Zugehörigkeit zum Bundesvorstand bis zu dessen Neuwahl."

lition angehört, wie sowohl von der CDU als auch von der FDP festgestellt worden ist[4], kann auch kein Bundesminister als solcher mehr Mitglied des Bundesvorstandes sein.

3. Der bei der Wimpfener Bundesvorstandssitzung am 17. März 1956 angenommene § 7 c der Bundessatzung[5] soll als erster Punkt der Tagesordnung in Würzburg verhandelt werden; das Verfahren, das hierbei anzuwenden ist, wird im einzelnen besprochen. Sollte ein Ausgetretener (etwa mit einer einstweiligen Verfügung eines Gerichtes) zum Parteitag erscheinen, dann wird er nach Annahme des § 7 c zum Verlassen des Saales aufgefordert werden. Es wird jedem Ausgetretenen, der in Würzburg anwesend ist, Zeit bis zur Beendigung der Mittagspause gelassen werden für eine schriftliche Mitteilung, ob er seinen Austritt aus der Fraktion der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärt und damit die Voraussetzung für ein Verbleiben in der FDP schafft.

Der Vorstand wünscht, daß für die Debatte eine gewisse Rollenverteilung vorgenommen wird und daß die Diskussion nicht vollkommen ungegliedert stattfindet.

Herr Dr. MENDE erklärt sich bereit, über Wiedervereinigungsfragen zu sprechen.

Die weiteren Dispositionen werden bei der nächsten Vorstandssitzung am 19. April 1956 in Würzburg getroffen werden.

Zur bevorstehenden Neuwahl des Bundesvorstandes legen die Vertreter aller Landesverbände dar, wie die Stimmung unter ihren Delegierten ist. Es ergibt sich daraus, daß in allen Landesverbänden, mit Ausnahme von Hessen und Berlin, die weit überwiegende Mehrzahl für die Wiederwahl Herrn Dr. *Dehlers* zum Bundesparteivorsitzenden eintreten wird. Aus Hessen klingt das Bedenken an, daß einzelne Kreisverbände ausscheiden könnten, wenn Herr Dr. *Dehler* wiedergewählt wird. Für die propagandistische Stellung im Lande wird die Möglichkeit, die traditionelle Kundgebung auf dem Hoherodskopf[6] abzuhalten, von entscheidender Bedeutung sein. Herr *Rubin* sagt die Finanzierung der Veranstaltung zu.

Herr WEYER erklärt, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen an Stelle von Herrn Dr. *Middelhauve* Herrn Dr. *Mende* zum stellvertretenden Vorsitzenden vorschlagen werde.

Herr Dr. MIDDELHAUVE erklärt, daß er als Gegenkandidat auftreten werde.

Herr Dr. KOHUT erklärt es als außerordentlich wichtig, daß ein maßgebender Mann der hessischen Landespartei zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werde. Die Lage würde dadurch in Hessen sehr erleichtert werden.

Es wird dann der als Anlage 1 beigefügte Antrag des Landesvorstandes des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, betr. geschäftsführendes Direktori-

4 Nr. 19 mit Anm. 11 und Anm. 29.
5 Nr. 20 a mit Anm. 2.
6 Vgl. Nr. 23, TOP 4 „Großveranstaltungen".

um[7], beraten. Dazu hatte der Satzungsausschuß den als Anlage 2 anliegenden Beschluß gefaßt[8], der von Herrn BEZOLD erläutert wird.

Der Bundesvorstand beschließt, daß dem Bundesparteitag die Wahl von drei geeigneten Persönlichkeiten als Beisitzer vorgeschlagen werden soll, die sich sowohl der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes wie der notwendigen Straffung der Parteiorganisation annehmen können. Der Antrag wird in entsprechender Formulierung eingereicht werden.

[VERSCHIEDENES]

[1.] Antrag bezüglich Kritik: Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hat den folgenden Antrag gestellt: „Jedes Parteimitglied ist berechtigt, sachliche und auch persönlich Kritik in allen Parteigremien zu üben. Kritik an der Arbeit der Partei und ihren gewählten Vertretern in der Öffentlichkeit ist parteischädigend und muß für jedes Parteimitglied entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen."

Herr BEZOLD macht auf die Bedenken aufmerksam, die der Satzungsausschuß gegen diesen Antrag hat.

Herr WEYER stellt in Aussicht, daß sich der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen FDP noch einmal mit dem Antrag befassen wird, damit er evtl. neugefaßt eingereicht wird. Das negative Votum des Satzungsausschusses wird dem Düsseldorfer Landesvorstand mitgeteilt werden.

[2.] Liberale Weltunion: Herr Dr. MIDDELHAUVE weist darauf hin, daß er voraussichtlich Herrn Bundesminister Dr. *Schäfer* bei einer Sitzung der Liberalen Weltunion in Brüssel[9] sehen werde. Gegen die Haltung der Liberalen Weltunion werden von mehreren Vorstandsmitgliedern erhebliche Bedenken vorgebracht.[10] Auf Vorschlag von Frau Dr. *Lüders* soll vor der Sitzung geklärt werden, ob und in welcher Eigenschaft Herr Dr. *Schäfer* zu der Sitzung eingeladen worden ist. Herr Dr. *Middelhauve* wird darüber Herrn Dr. *Dehler* berichten.

TOP 2: AUSSCHLUSS BLÜCHER, NEUMAYER, PREUSKER, SCHÄFER, SCHWENNICKE

Herr WEYER weist darauf hin, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen bereits einen Ausschlußantrag gegen Herrn Dr. *Blücher* gestellt hat und daß

---

7 Text des Antrages: Der Bundesvorstand besteht aus: „c) einem aus drei Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden Direktorium, das vom Bundesvorstand kooptiert wird und dessen Geschäftsordnung vom Bundesvorstand beschlossen wird."

8 Der Satzungsausschuß hatte gegen die Einrichtung eines geschäftsführenden Direktoriums Stellung bezogen.

9 Tagung des Exekutivkomitees und der daran anschließenden Tagung der Liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa vom 12.–14. 4. 1956. fdk, 7. Jg., Nr. 27 vom 17. 4. 1956.

10 Gegen diese Formulierungen des Protokolls erhob *Middelhauve* am 30. 4. 1956 Einspruch, da keine kritische Haltung gegenüber der Liberalen Weltunion eingenommen, sondern an einzelnen Vorgängen Kritik geübt worden sei. Anlage zum Protokoll.

das Verfahren bereits läuft. Die gleiche Feststellung trifft Herr Dr. NOWACK für den Landesverband Rheinland-Pfalz in bezug auf Herrn *Neumayer.* Herr MÜLLER-LINK weist für den Landesverband Hamburg darauf hin, daß Herr Dr. *Schäfer* dort als ausgeschieden betrachtet wird, da dieser sich öffentlich in einer Rundfunkrede von der FDP losgesagt hat, daß Herr Dr. *Schäfer* aber erklärt habe, er betrachte sich nicht als aus der Partei ausgeschieden.

Es wird beschlossen: Der Bundesvorstand tritt den bereits eingeleiteten Verfahren gegen Herrn Dr. *Blücher* und Herrn *Neumayer* bei und bringt beim Bundesschiedsgericht entsprechend § 7, 5 einen Ausschlußantrag gegen die Herren Dr. *Preusker* und Dr. *Schäfer* ein.

Mit Bezug auf die Frage, ob gegen den Berliner Landesvorsitzenden Herrn Dr. *Schwennicke* ebenfalls ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden soll, berichtet Herr Dr. MENDE über die Landesausschußsitzung, die am 23. März 1956 in Berlin stattgefunden [hat] und bei der er, zusammen mit Herrn *Rademacher,* den Bundesvorstand vertrat.[11] Er kommt zu dem Schluß, daß man auf ein Verfahren verzichten solle, da Dr. *Schwennicke* die nötigen Aufklärungen gegeben hat.

Herr STEPHAN berichtet über den Verlauf des Berliner Landesparteitages vom 24. März 1956.[12] Es wird einstimmig beschlossen, daß vom Vorstand kein Ausschlußantrag gestellt wird.[13]

TOP 3: WAHL EINES NEUEN VORSITZENDEN FÜR DEN SOZIALPOLITISCHEN AUSSCHUSS DER BUNDESPARTEI UND EVTL. WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN AUSSCHUSS

Herr Dr. DEHLER schlägt vor, Herrn Dr. *Hoernigk* zum Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses (als Nachfolger von Herrn Dr. *Schäfer*) zu wählen.

Herr Dr. KOHUT vertritt den Standpunkt, daß Herr Dr. Dr. *Kellner* (Wetzlar) gewählt werden solle.

Die Wahl wird auf die nächste Sitzung nach dem Parteitag verschoben, ebenso wie die Neuwahl des Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses. Herr Abgeordneter *Scheel* wird als Vorsitzender anstelle von Herrn Dr. *Preusker* in Aussicht genommen.

---

11 Vgl. Nr. 20 a, TOP 2, und Nr. 20 b mit Anm. 3 und 4.

12 Der Parteitag verabschiedete eine Entschließung, „in der er sich einstimmig zur Einheit der Bundespartei" bekannte. BERLIN 1955–1956, 1971, S. 453.

13 Eine entsprechende Mitteilung in: fdk, 7. Jg., Nr. 25 vom 10. 4. 1956. Gegen einen möglichen Ausschlußantrag hatte *Schwennicke* in einem Schreiben an *Mende* vom 4. 4. 1956 Verwahrung eingelegt. ADL, N 1-2281 (NL Dehler).

Unter VERSCHIEDENES – [FORTSETZUNG]

gibt

a) Herr RUBIN ein Bild der Finanzlage aufgrund der Verhandlungen mit den maßgebenden Herren der Fördergesellschaften.[14] Er hebt hervor, daß Voraussetzung für weitere Zusammenarbeit

1. pünktliche Zahlung und Nachvergütung der rückständigen Summe sei,

2. der Verzicht auf alle Bedingungen.

Die weitere Aussprache bezieht sich speziell auch auf die Tendenzen der Staatsbürgerlichen Vereinigung von 1954 in Köln.

Im Anschluß an eine Diskussion über die Existenz von Sonderkonten, die auf den Namen einzelner Personen eingerichtet werden, stellt der Vorstand fest, daß diese, soweit es sich um der Partei zur Verfügung gestellte Gelder handelt, in die üblichen Prüfungen mit einzubeziehen sind. Der Vorstand beschließt, die Schatzmeister des Landesverbandes Berlin zu beauftragen, die Konten, die Herr Dr. *Schwennicke* für die Partei führt, zu überprüfen.[15]

Herr Dr. KOHUT erklärt, daß er mit einer Überprüfung der finanziellen Verhältnisse in Hessen beschäftigt ist und zu gegebener Zeit darüber berichten werde.

Der Vorstand gibt einmütig der Auffassung Ausdruck, daß jeder Kandidat, der von irgendwelchen Geldgebern Beträge in Empfang nimmt, den Eingang schriftlich der zuständigen Parteiorganisation mitteilt.

b) Unser Mitteilungsblatt „Das freie Wort" soll in jeder Ausgabe ein Kernwort am Kopf der Titelseite veröffentlichen und nicht nur eine gleichbleibende Devise an der Spitze des Blattes bringen.

Die nächste Vorstandssitzung ist auf Donnerstag, den 19. April 1956, 17.00 Uhr, Würzburg, Hotel Lämmle, festgesetzt worden.

---

14 Zum Anlaß siehe Nr. 20 a, TOP 4 „Organisatorische und finanzielle Fragen".

15 Anlaß zu diesem Beschluß war ein Brief von Hans *Reif* an Thomas *Dehler* vom 5. 4. 1956, der den Hinweis enthielt, daß das Konto der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Vereinigung in Berlin mit dem persönlichen Konto *Schwennickes* identisch sei. ADL, N 1-2281 (NL Dehler).

22a.

19. 4. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung vom 19. April 1956 in Würzburg, Hotel ‚Lämmle'." 17.00 Uhr–20.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Dohr, Engelhard, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Mende, Middelhauve, Mischnick, Nowack, Rademacher, Rubin, Schwennicke, Strömer, Weyer.

VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Zunächst wird die Frage beraten, ob die Ergänzung der Satzungen durch Einfügung eines § 7 c[1] zu Beginn der Tagung behandelt werden soll – wie in der vorigen Sitzung beschlossen – oder mit den anderen Anträgen zusammen zum Schluß. Es wird beschlossen, den diesbezüglichen Antrag nach Möglichkeit nicht am Beginn des Parteitages zur Abstimmung zu stellen. Falls sich aber die Notwendigkeit dazu ergibt, kann auf den Beschluß aus der vorigen Sitzung durch den Vorsitzenden zurückgegriffen werden.[2]

Bezüglich des Verhältnisses der DPS zur FDP sollen Dr. *Becker* und Dr. *Middelhauve* noch vor Beginn des Parteitages mit Dr. *Schneider* sprechen.

Herr Dr. DEHLER gibt einige Aufschlüsse über den Grundcharakter seiner Rede.[3] Der Vorstand ist einmütig der Auffassung, daß keine umfangreiche Auseinandersetzung mit den ausgetretenen Abgeordneten stattfinden soll, insbesondere auch nicht mit den Broschüren, die von der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft verteilt worden sind.[4] Die polemische Auseinandersetzung müßte der CDU und der SPD, nicht aber der Splittergruppe der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft gelten. Es wird ferner beschlossen, daß in der Diskussion Dr. *Mende* über die militärpolitischen, Dr. *Becker* über die koalitionspolitischen Probleme und Dr. *Nowack* über die gesamtpolitischen Fragen sprechen werden.[5]

---

1 Vgl. Nr. 20 a mit Anm. 2 und Nr. 21 mit Anm. 5.

2 Der Parteitag nahm die Satzungsänderung am 21. 4. 1956 ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen an. ADL, A 1-97.

3 *Dehler* hielt seine Rede am 20. 4. 1956. Folgende Stichworte umschreiben die Thematik: Scheitern der Koalition; autoritärer Führungsstil *Adenauers;* Saarfrage; Versuche der CDU, die FDP-Bundestagsfraktion zu spalten; *Adenauer* und die Wiedervereinigung; Wahlrecht; Bedingungen für eine Koalitionsbildung; Machtmißbrauch *Adenauers;* Parteienstruktur, Kirche und Politik; Reichskonkordat; Wiedervereinigung; Pariser Verträge; Politisierung des Volkes: Europa; Wahltaktische Hintergründe für wirtschaftliche Maßnahmen; Konsolidierung der FDP. ADL, A 1-96.

4 Hierbei handelte es sich insbesondere um eine 36 Seiten umfassende Ausarbeitung unter dem Titel „Dehler contra Dehler", hrsg. von der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft, die während des Bundesparteitages in Würzburg verteilt wurde. BA, NL 80/91 (NL Blücher).

5 *Mende* hielt einen Vortrag zum Thema „Aufgaben der Zukunft". *Becker* und *Nowack* sprachen

Es ist ferner die einmütige Auffassung des Vorstandes, daß die FDP sich nicht einseitig auf eine bestimmte Koalition nach den Wahlen 1957 festlegen darf. Sie muß unabhängig zwischen SPD und CDU stehen. Wenn sie auch nicht mit der heutigen, übermütigen CDU über ein Koalitionsverhältnis verhandeln kann, so lehnt sie doch nicht grundsätzlich Verhandlungen mit einer nach Neuwahlen etwa gewandelten CDU ab.

Herr RUBIN berichtet über die Finanzlage und hebt hervor, daß die bisherigen Besprechungen die Möglichkeit eines halbwegs erträglichen Arrangements mit der Fördergesellschaft ergeben hätten, die freilich keine künftige SPD/FDP-Koalition finanzieren will.[6] Bei der Fördergesellschaft wird jedoch eine CDU/SPD-Koalition als noch bedenklicher angesehen. Mit Bezug auf den von Herrn *Rubin* zu erstattenden Finanzbericht wird der Wunsch ausgesprochen, daß keine Einzelheiten veröffentlicht werden und das Problem der Fördergesellschaft nur mit Zurückhaltung angesprochen wird.[7]

Herr *Rubin* berichtet über die Verhandlungen, die mit der Berliner FDP wegen der Einsichtnahme in die Bücher geführt werden.[8]

Mit Bezug auf die bevorstehende Vorstandswahl wird von zahlreichen Vorstandsmitgliedern der Wunsch ausgedrückt, Dr. *Dehler* möge mit großer Mehrheit wiedergewählt werden.

Dr. DOHR weist auf die Verärgerung hin, die in Rheinland-Pfalz herrsche, weil der Landesvorsitzende Dr. *Nowack* zum stellvertretenden Vorsitzenden nicht wiedergewählt werden solle, und kündigt eine Gegenkandidatur Dr. *Nowacks* gegen Dr. *Dehler* als möglich an. Der Landesverband Rheinland-Pfalz wird darüber am Abend eine Entscheidung treffen.

Herr RUBIN weist darauf hin, daß es nicht günstig wirken würde, wenn zwei Mitglieder des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bei der Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden gegeneinander kandidieren würden.

Herr Dr. MIDDELHAUVE kündigt an, daß er unter allen Umständen kandidieren werde, wenn für diesen Posten, wie vom Landesverband Nordrhein-Westfalen beschlossen, Herr Dr. *Mende* aufgestellt werden sollte.[9]

Herr Dr. DEHLER berichtet über die Besprechungen, die er wegen des vom Landesverband Nordrhein-Westfalen gestellten Antrages auf Einrichtung eines Direktoriums[10] geführt habe. Es bleibt bei dem Beschluß des Vorstandes, daß

---

nur als Diskussionsredner und brachten – so *Becker* – „einige Präzisionen". Alle Äußerungen in: ADL, A 1-96.

6 Vgl. Nr. 20 a, TOP 4 „Organisatorische und finanzielle Fragen".

7 Diesem Wunsch entsprechend leitete *Rubin* seinen Finanzbericht am 21. 4. 1956 mit den Worten ein, daß er um Verständnis bitte, wenn er seinen „Finanzbericht nur sehr summarisch abstatten und manches Problem nur andeutungsweise behandeln werde". In den folgenden sehr knappen Ausführungen nannte *Rubin* keine Zahlen, erwähnte nur andeutungsweise die aufgetretenen finanziellen Probleme und plädierte für die Stärkung der eigenen Finanzorganisation und damit der finanziellen Unabhängigkeit. ADL, A 1-97.

8 Zum Anlaß siehe Nr. 21 mit Anm. 15.

9 Vgl. Nr. 21, TOP 1 „Vorbereitung des Parteitages".

10 Vgl. ebd. Anm. 7 und 8.

drei junge und von Ämtern nicht belastete Persönlichkeiten aus verschiedenen Landesverbänden dem Bundesparteitag zur Wahl in den Vorstand vorgeschlagen werden sollen, damit sie sich dann besonders der organisatorischen und propagandistischen Arbeit annehmen können.[11]

Es wird beschlossen, am nächsten Tag sofort nach Ende des Bundesparteitages zu einer Vorstandssitzung zusammenzutreten.[12]

22b.

20. 4. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung vom 20. April 1956 in Würzburg, Hotel ‚Lämmle'." 20.00 Uhr–21.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Dohr, Engelhard, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Hucklenbroich, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Mende, Middelhauve, Mischnick, Nowack, Rademacher, Rubin, Strömer, Weyer.

[WAHL DES BUNDESVORSTANDES]

Zur morgigen Vorstandswahl erklärt der Landesverband Hessen, daß Herr Dr. *Becker* gegen Herrn Dr. *Dehler* kandidieren werde. Herr MISCHNICK erklärt, die taktische Lage gegenüber den Anhängern *Eulers* innerhalb des Landesverbandes sei besser, wenn ein Gegenkandidat aufgestellt worden sei.

Auch Herr HUCKLENBROICH meint, daß es in Berlin günstiger wirken würde, wenn man die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei klarmache. Außerdem sei Dr. *Becker* kein Gegner Dr. *Dehlers,* und er stehe auch nicht im Verdacht, ein Anhänger *Adenauers* zu sein. Eine Anzahl Stimmen für einen Gegenkandidaten wirkten besser als weiße Stimmzettel.

Dr. DOHR erklärt, daß Herr Dr. *Nowack* gebeten habe, von seiner Gegenkandidatur abzusehen. Der Landesverband Rheinland-Pfalz habe dem Rechnung getragen.

Dr. KOHUT erklärt, daß der Landesverband Hessen voraussichtlich kein Mitglied als stellvertretenden Parteivorsitzenden benennen werde, doch werde er erst heute abend endgültig Beschluß fassen.

---

11 Am 21. 4. 1956 schlug *Dehler* dem Parteitag vor, *Scheel, Bucher* und *Mischnick* in den Bundesvorstand zu wählen, wo sie sich allein um „die geistige, organisatorische und propagandistische Vorbereitung der Wahl" kümmern sollten. Dem Vorschlag *Dehlers* gemäß wurden alle drei Kandidaten in den Vorstand gewählt. ADL, A 1-97.

12 Nr. 22 b.

Herr LEUZE weist darauf hin, daß die Koalitionsverhandlungen in Stuttgart[1] ungünstig beeinflußt werden würden, wenn Dr. *Haußmann* nicht oder nur mit geringer Mehrheit wiedergewählt würde. Es besteht Übereinstimmung darüber, daß es unerwünscht wäre, wenn Dr. *Haußmann* einen Gegenkandidaten erhielte.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen macht geltend, daß die Wiederwahl Dr. *Middelhauves* eine Mißbilligung der Düsseldorfer Regierungsumbildung bedeuten würde. Herr Dr. MENDE erklärt, er werde kein anderes Amt im Vorstand annehmen, wenn er nicht zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt werde.

Der Landesverband Niedersachsen wird Herrn *Hedergott* anstelle von Herrn *Strömer* für den geschäftsführenden Vorstand vorschlagen.[2]

23.

4. 5. 1956: Besprechung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Stephan. Überschrift: „Ergebnisprotokoll. Besprechung am Freitag, dem 4. Mai 1956, 11.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus."

Teilnehmer: Becker, Brandt, Bucher, Dehler, Döring, Hummel, Kohut, Mischnick, Rademacher, Reichardt, Rinné, Rubin, Scheel, Schröder, Stender, Stephan, Ungeheuer.

Es wird zunächst beschlossen, nicht über den Inhalt unserer Propaganda zu diskutieren, sondern nur über organisatorische Maßnahmen.

TOP 1: BUNDESPARTEISCHULE

Es wird beschlossen, grundsätzlich der Gründung einer Bundesparteischule zuzustimmen, wobei die Wahl der Bezeichnung noch offenbleibt. Die näheren Einzelheiten sollen im Dreierausschuß (Dr. *Bucher, Mischnick, Scheel*)[1] besprochen und vom Gesamtvorstand endgültig beschlossen werden.

---

1 Das Ergebnis in: Nr. 20 b, Anm. 6. Das neue Kabinett amtierte ab dem 9. 5. 1956. A. C. STORBECK, 1970, S. 87 f.

2 Der Würzburger Parteitag entschied am 21. 4. 1956 die Zusammensetzung des Bundesvorstandes wie folgt: Vorsitzender: *Dehler* (155 Stimmen) – Gegenkandidat *Becker* (67) –; stellv. Vorsitzende: *Mende* (128) – Gegenkandidat *Middelhauve* (100) –, *Haußmann* (156), *Kohut* (181) – Gegenkandidat *Nowack* (48) –; Schatzmeister: *Rubin* (177); Beisitzer geschäftsführender Vorstand: *Rademacher* (160), *Frühwald* (132), *Scheel* (160), Marie-Elisabeth *Lüders* (170), *Hedergott* (139), *Kessler* (135) – Gegenkandidat *Leverenz* (71); ADL, A 1-97, S. H 1–H 13. Beisitzer zum Gesamtvorstand: *Atzenroth, Mischnick, Leverenz, Luchtenberg, Bucher,* Herta *Ilk, Reichardt.* fdk, 7. Jg., Nr. 28 vom 24. 4. 1956.

1 Vgl. Nr. 22 a mit Anm. 11.

Als Leiter einer Bundesparteischule wird Reinhold *Schulze* (Hamburg) in Aussicht genommen. Es sollen nicht Wochenendkurse veranstaltet werden, sondern etwa achttägige Lehrgänge. Die Kosten müssen von der Bundespartei getragen werden. Herr *Rinné* wird beauftragt, Vorschläge vorzubereiten, wo die Bundesparteischule untergebracht werden kann (nicht zu weit von Bonn entfernt, etwa in der Eifel, im Bergischen Land oder im Hunsrück, so daß auch vielbeschäftigte Politiker ohne allzu lange Anfahrt zu Vorträgen dorthin gelangen können).

Herr DÖRING fordert, daß sich die Parteischule speziell auch mit der Ideologie der Ostzone auseinandersetzt. Wir müßten dort „Dialektiker der Freiheit" erziehen.

Es wird beschlossen, geistige und politische Schwerpunkte vorher festzulegen, was nicht nur für die Parteischule, sondern auch für die allgemeine Propaganda gilt. Der Vorstand wird sich hiermit befassen. Ist die Wiedervereinigung der Schwerpunkt?

TOP 2: „FREIES WORT"

Es wird in Aussicht genommen, „Das freie Wort"[2] als Informationsblatt der Bundespartei allen Mitgliedern der Bundespartei und nicht nur den Funktionären zuzustellen. Die Selbstkosten, die durch diese erweiterete Zirkulation entstehen, sollen der Bundespartei erstattet werden. Sie werden vierteljährlich bei Herausgabe von sechs Nummern 2,50 DM pro Bezieher betragen. Die Zustellung soll für Alt- und Neubezieher durch die Post erfolgen, so daß die Bundesgeschäftsstelle nicht mit dem Versand belastet ist.

Die einzelnen Informationsdienste der Bundesgeschäftsstelle und der Landesverbände sollen in „Das freie Wort" einbezogen werden. Die Einzelheiten werden von der Bundesgeschäftsstelle mit den Landesverbänden geklärt werden.

Es besteht Einmütigkeit darüber, daß die bisherige Auflage des „freien Wortes" (ca. 5 000) weiterhin kostenfrei an die bisherigen Bezieher abgegeben werden soll. Die für die Herstellung dieser Erstauflage entstehenden Kosten sollen in Zukunft möglichst durch Anzeigenwerbung ausgeglichen werden. Eine karteimäßige Erfassung der Bezieher möglichst unter Angabe ihres Alters und ihrer Berufe soll angestrebt werden.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß der „Agrarpolitische Rundbrief"[3] erhalten bleibt, ebenso wie der „Informationsdienst für Wirtschafts- und Sozialpolitik".[4] Er soll durch Ausbau der Informationen für den gewerblichen Mittelstand ergänzt werden. Eine größere Auflage des „Agrarpolitischen Rundbriefs" wird von mehreren Landesverbänden dringend verlangt.

---

2 „Das freie Wort" erschien erstmals am 24. 2. 1956 und war die Fortsetzung des Rednerschnellbriefes der FDP.

3 Der „Agrarpolitische Rundbrief", hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der FDP, verantwortlich F. *Keim*, erschien erstmals am 9. 7. 1953.

4 „Wirtschafts- und Sozialpolitik. Informationsdienst für die deutsche Wirtschaft", hrsg. von der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung, erschien erstmals am 16. 1. 1950.

Das Propagandareferat der Bundesgeschäftsstelle muß gegebenenfalls verstärkt werden.

TOP 3: HERAUSGABE VON BROSCHÜREN

Von der Würzburger Festschrift „Weg und Ziel" sollen noch einige tausend Exemplare nachgedruckt werden. Sie soll durch einen Aufsatz von Herrn Dr. *Dehler* ergänzt werden und womöglich durch eine programmatische Erklärung, für die die Vorarbeiten bereits begonnen haben.[5] Herr Dr. DEHLER teilt mit, daß er beabsichtige, spätestens auf dem bayerischen Landesparteitag eine Rede zu halten, in der ein positives Programm verkündigt wird.[6] Der Vorstand müsse sich mit diesem Programm befassen. Frau Dr. *Fischer* wird dafür Sorge tragen, daß die verschiedenen, zu Beiträgen aufgeforderten Persönlichkeiten das Material rechtzeitig liefern; sie wird auch die redaktionelle Zusammenfassung vornehmen. Es wird der Wunsch geäußert, diese programmatische Erklärung womöglich schon Anfang Juni zum hessischen Landesparteitag[7] und nicht erst Ende Juni veröffentlichen zu können.

Das von Herrn *Niebel* erarbeitete Politische Taschenbuch soll ergänzt und neu herausgebracht werden.[8]

Mit der Herausgabe weiteren Werbematerials soll sich das Dreierkomité befassen.

TOP 4: GROSSVERANSTALTUNGEN

Die Großveranstaltungen am Hermannsdenkmal und auf dem Hoherodskopf sollen nachdrücklich vorbereitet werden. Herr RUBIN erklärt sich bereit, dem Landesverband Hessen einen Vorschuß zur Ingangsetzung der Veranstaltung auf dem Hoherodskopf zur Verfügung zu stellen. Im Vorjahr habe die Kundgebung 18 000 DM gekostet. Es erscheint möglich, denselben Effekt mit geringerem Aufwand von Mitteln zu erzielen. Beide Kundgebungen werden am

---

5 Die Broschüre „Weg und Ziel, ein Bericht der Freien Demokratischen Partei", erschien im November 1956 und enthielt Beiträge von Thomas *Dehler,* Werner *Stephan,* Erik *Rinné,* Josef *Ungeheuer,* Reinhold *Schulze,* Karl-Hermann *Flach* und Helmuth *Jaekel.*

6 *Dehlers* Rede auf dem Landesparteitag der bayerischen FDP am 8. 7. 1956 stand unter der Überschrift „Weg und Ziel der FDP". Seine Ausführungen enthielten jedoch weniger ein Programm, als vielmehr eine Abrechnung mit der CDU/CSU. Siehe den Artikel „Haas an der Spitze der FDP Bayerns", in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. 7. 1956 (S. 2).

7 Der Landesparteitag der hessischen FDP fand am 2./3. 6. 1956 in Hanau statt. *Dehler* trat nicht als Redner auf. Der neugewählte stellv. Landesvorsitzende *Kohut* hielt das Grundsatzreferat, das ein Zwölfpunkteprogramm enthielt, das als „oberstes Ziel" der deutschen Außenpolitik die Wiedervereinigung nannte. Artikel „Gegen Mißbrauch des Christentums", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 4. 6. 1956 (S. 2).

8 Fritz NIEBEL, Stichworte zur Bundespolitik, hrsg. von der Bundesparteileitung der FDP. Die behandelten Stichworte lauteten: Agrarpolitik, Amnestie, Arbeitslosenversicherung, Atomwaffen, Aufwertung, Außenpolitik, Beamtenrecht, Bergarbeiterwohnungsbau, Berlin, Besatzungsschäden, Ehegattenbesteuerung, Euratom, Gemeinsamer Markt, Gleichberechtigung, Häftlingshilfe, Handwerk, Kernenergiegesetz, Kindergeld, Kommunalsteuern, Kriegsopfer, Ladenschluß, Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Onkelehe, Ostpolitik, Pariser Verträge, Privatisierung, Rentenreform, Saarfrage, Schwarzarbeit, Sozialisierung, Sozialpolitik, Staatsübermacht, Steuerpolitik, Südweststaat, Wahlgesetz, Wehrpolitik, Wiedervereinigung, Wohnungsbau.

17. Juni stattfinden. Herr *Rinné* wird für die Bundespartei mit Düsseldorf zusammen die Kundgebung am Hermannsdenkmal vorbereiten, Herr *Stender* mit dem Landesverband Hessen die auf dem Hoherodskopf.[9]

TOP 5: PROPAGANDAMASSNAHMEN

Die übrigen Propagandamaßnahmen sollen entsprechend einer Anregung von Herrn *Scheel* nach modernen werbetechnischen Grundsätzen vorgenommen werden. Zunächst soll eine Analyse der Wähler vorgenommen werden. Die Partei braucht eine Werbeberatung. Es muß ein Exklusiv-Vertrag mit einer geeigneten Persönlichkeit bzw. einem Büro abgeschlossen werden. Vielleicht wird es sich als notwendig erweisen, im Herbst den Wahlkampf in USA zu studieren, wo der Kampf um die Wiederwahl *Eisenhowers* sich vermutlich ähnlich abspielen wird wie im nächsten Jahr unser Bundestagswahlkampf.

Von einer Plakataktion soll auch in den bedrohten Gebieten abgesehen werden, da sie zu teuer und zu wenig eindrucksvoll ist.

Anzeigen für Parteizeitschriften und Parteidrucksachen sollen gegebenenfalls durch eine Agentur zentral geworben werden.

Verschiedentlich wird eine Bundeszeitung für notwendig erklärt. Herr Dr. DEHLER erklärt, er halte das Projekt einer Bundeszeitung im Augenblick aus finanziellen Gründen nicht für diskutabel.

TOP 6: MITGLIEDERWERBUNG

Herr SCHEEL schlägt vor, bei den Meinungstesten denjenigen Wählern, die sich als der FDP nahestehend bezeichnen, u. a. die Frage vorzulegen: „Unter welchen Voraussetzungen würden Sie Mitglied werden?"

Herr RADEMACHER weist darauf hin, daß man im Landesverband Hamburg Rentnern und Pensionären die Mitgliederwerbung übertragen habe und ihnen drei Monatsbeiträge als Prämie zahle. Damit seien doch gute Erfolg erzielt worden.

Herr Dr. KOHUT schlägt vor, die Mitgliederwerbung besonders über Berufsverbände und Organisationen aller Art zu betreiben, die sich mit vielfältigen Wünschen an uns wenden. Besonderer Wert soll auf Ergänzung des Vertrauensmännernetzes in den kleinen Orten gelegt werden, in denen wir keine Ortsverbände haben.

Herr SCHEEL regt an zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig ist, unsere Parteisatzung zu verändern. Für die Vertretung auf Parteitagen müsse eine Kombination von Wählerzahl und Mitgliederzahl maßgebend sein. Heute seien die Orts- und Kreisverbände z. T. gar nicht an der Gewinnung von neuen Mitgliedern interessiert. Man müsse das Interesse an der Zunahme der Mitglieder verstärken.

---

9 Über die Kundgebung am Hermannsdenkmal berichtete DAS FREIE WORT, 5. Jg., Nr. 111 vom 29. 6. 1956, S. 12, in dem Artikel „Das Gesetz der Geschichte verlangt die Anerkennung der Nation. Zum dritten Mal machtvolle Wiedervereinigungskundgebung mit Dehler und Weyer am Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald."

TOP 7: AUSSCHUSSTÄTIGKEIT

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die Ausschüsse den Fraktionen an die Hand gehen müssen. Sie müssen Anregungen geben und durch Beschlüsse sachliches Material liefern. Es genügt besonders in der Zeit vor den Wahlen nicht, daß sie Diskussionen führen. Kleine Gremien von Fachleuten sind dringend notwendig, die gerade auch die bevorstehenden Gesetzgebungsaktionen in den Parlamenten durch Materiallieferungen beeinflussen.

Herr Dr. *Bucher* kann als parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer den Ausschüssen mitteilen, welche Fragen in den nächsten Monaten im Parlament zur Beratung kommen werden, damit die Ausschüsse ihre Arbeit darauf entsprechend einstellen. Daneben ist auch eigene Initiative der Ausschüsse mit konkreten Vorschlägen erwünscht. Bei der Bildung von Arbeitskreisen kann mit Hilfe der Landesverbände eine Kartei von Fachleuten geschaffen werden.

TOP 8: LAGE IN HESSEN UND ANDEREN LANDESVERBÄNDEN

Herr Dr. BECKER und Herr Dr. KOHUT berichten ausführlich über die Situation in Hessen, wo vier Kreisverbände von 48 zur neuen Euler-Gruppe[10] übergegangen sind. Vier weitere Kreise haben einen Teil ihrer Vorstands- und Kreistagsfraktionsmitglieder verloren.

Herr Dr. KOHUT stellt fest, daß die Organisation in sämtlichen Kreisverbänden binnen kurzem wieder feststehen werde. In den bedrohten Kreisen werden Versammlungen mit führenden Männern als Rednern abgehalten. Es seien in ganz Hessen etwa 100 Mitglieder von 6 000 ausgetreten und keineswegs alle zu der Euler-Gruppe. Einige halten sich überhaupt von der Politik fern, andere sind zur DP übergetreten. Für die Arbeit werden mehr Mittel benötigt. Es ist *Euler* und seinen Freunden nicht gelungen, eine Lawine in Hessen auszulösen, die dann auch die Entwicklung in den anderen Landesverbänden nachteilig beeinflußt haben würde.

In allen anderen Landesverbänden hat sich die neue Partei[11] kaum bemerkbar gemacht.

Der Landesverband Bremen teilt mit, daß die Gründung eines Landesverbandes der FVP durch den früheren Bürgerschaftsabgeordneten *Entholt* ohne jede Bedeutung sei.

Herr *Entholt* war im Jahre 1955 nicht wieder aufgestellt worden und ist seitdem sehr verstimmt. Er ist am 30. 4. 1956 aus der FDP ausgetreten, ohne daß ihm auch nur ein einziges Mitglied gefolgt wäre. Dem Landesverband der FVP seien mit Mühe und Not sieben Personen beigetreten, darunter die Angehörigen des Büros von *Entholt*.

---

10 Bezeichnung für die gegen die Mehrheit in der Bundestagsfraktion und im Bundesvorstand opponierende Gruppierung, die im Februar aus der FDP ausgeschieden war.

11 Die aus der FDP-Bundestagsfraktion ausgeschiedenen Mitglieder hatten am 23. 4. 1956 die Gründung einer neuen Partei, die „Freie Volkspartei", beschlossen. AdG 1956, S. 5740 A.

In Hamburg sind 70 Personen, die dem ausgetretenen Minister Dr. *Schäfer*[12] nahestanden, aus der FDP ausgeschieden, darunter ein Bezirksvorsitzender und zwei Kreisvorsitzende. Die Austritte zeigen keine regionale Massierung, sondern verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet.

Der Landesverband wird zwei große aufklärende Versammlungen abhalten.

TOP 9: VERTEILUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN [IM BUNDESVORSTAND]

Herr Dr. DEHLER schlägt vor, daß das Arbeitsgebiet von Herrn Dr. *Nowack* (innere Organisation, insbesondere Bundesgeschäftsstelle) von Herrn Dr. *Mende* übernommen wird, der allein von den drei stellvertretenden Vorsitzenden in Bonn ansässig ist.

Er schlägt ferner vor, daß Herr Dr. *Haußmann,* der aus dienstlichen Gründen abwesend ist, das Arbeitsgebiet von Herrn Dr. *Middelhauve* (Koordination, Liberale Weltunion) übernimmt. Seine Zustimmung wird erbeten werden.

Herr Dr. KOHUT weist darauf hin, daß er in nächster Zeit durch die Reorganisation des Landesverbandes Hessen voll in Anspruch genommen sein wird, so daß er keine Sonderaufgaben übernehmen könne. Dies wird allgemein als richtig anerkannt.

TOP 10: FINANZLAGE

Herr RUBIN berichtet über die Verhandlungen mit Wirtschaftskreisen, die sich positiv entwickeln. Es seien fast „endgültige Zusagen" gegeben worden. Über konkrete Ergebnisse hoffe er bei der nächsten Vorstandssitzung berichten zu können. Keinesfalls könnten wir auf eigene Finanzierungsmaßnahmen in der Zukunft verzichten.

TOP 11: DREIER-KOMITEE

Das Dreier-Komitee soll bei jeder Bundesvorstandssitzung einen Zwischenbericht über seine Arbeit erstatten. Es wird nach Möglichkeit an jedem Freitag eine Sitzung abhalten.

12 *Schäfer* hatte zusammen mit etlichen anderen aus der FDP-Bundestagsfraktion ausgeschiedenen Kollegen (darunter die Minister *Blücher, Neumayer, Preusker*) am 21. 4. 1956 seinen Austritt aus der FDP erklärt. fdk, 7. Jg., Nr. 28 vom 24. 4. 1956.

24.

31. 5. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am Donnerstag, den 31. 5. 1956, in Bonn, Bundeshaus." 11.00 Uhr–19.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Bote, Bucher, Dehler, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Müller-Link, Reichardt, Rubin, Scheel, Strömer, Weyer, Will.

TOP 1: KONSTITUIERUNG DES VORSTANDES

Herr Dr. DEHLER schlägt vor, Herrn Dr. *Mende* die Zuständigkeit für die Aufgaben der inneren Organisation zu übertragen. Der Vorstand ist damit einverstanden.

Er billigt auch die erneute Beauftragung des Organisationsausschusses mit der Wahrnehmung der bisher von diesem ausgeführten Aufgaben. Der Organisationsausschuß setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden: Dr. Thomas *Dehler,* den drei stellv. Vorsitzenden: Dr. Erich *Mende,* Dr. Wolfgang *Haußmann,* Dr. Oswald *Kohut,* dem Bundesschatzmeister: Hans Wolfgang *Rubin,* ferner, wie bisher: Willy Max *Rademacher,* und anstelle des ausgeschiedenen Dr. Hermann *Schäfer:* Dr. Max *Becker.*

Die Praxis, daß die Protokolle über die Sitzungen des Organisationsausschusses allen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis zugestellt werden, hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

TOP 2: ERSTE MASSNAHMEN ZUR VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHLEN

Herr SCHEEL erstattet Bericht über die bisherigen Sitzungen des in Würzburg gewählten Dreier-Komitees (Dr. *Bucher, Mischnick, Scheel*).[1] Es hat sich bisher mit folgendem Themen befaßt[2]:

a) Gründung einer Bundesparteischule in einem nahe Bonn gelegenen Ort.

Sie ist dazu bestimmt, in Kursen von achttägiger Dauer drei Gruppen von politisch aktiven Parteimitgliedern zu erfassen, nämlich 1. hauptamtliche Geschäftsführer der Partei, 2. Landes- und Kreisredner, 3. Mitglieder von Kreisvorständen bzw. Geschäftsführer der Kreisverbände.

Für die dritte Gruppe wären Wochenendkurse im Bereich jedes Landesverbandes in Aussicht zu nehmen, die mit Hilfe des Stabes der Bundesparteischule durchzuführen wären.

---

1 Vgl. Nr. 22 a, Anm. 11.
2 Vgl. zum folgenden Nr. 23, TOP 1–5.

b) „Das freie Wort" ist als Mitteilungsblatt der Bundespartei in Zukunft allen Mitgliedern der Partei im gesamten Bereich der Bundesrepublik zuzustellen.

c) Ab sofort erscheint die regelmäßige Durchführung einer Meinungsforschung erforderlich. Mit der Durchführung könnte, da die Institute Allensbach und Emnid für die CDU bzw. die SPD arbeiten, die „Gesellschaft für internationale Markt- und Meinungsforschung INTERMARKET" in Düsseldorf in Anspruch genommen werden. Die Meinungsforschung muß sich auf das gesamte Bundesgebiet beziehen. Regionale Ergänzungsfragen, z. B. solche, die sich auf die Vorbereitung der Kommunalwahlen in verschiedenen Ländern beziehen, sind möglich. Die Meinungsforschung sollte sich auf die gesamte Zeit bis nach der Regierungsbildung im Herbst 1957 erstrecken.

d) Eine Werbeberatung ist in Aussicht zu nehmen, die bei der Durchführung aller praktischen Maßnahmen des Wahlkampfes einzuschalten ist. Es ist die Frage zu prüfen, ob man, wenn eine geeignete Firma gefunden wird, dieser die Gesamtdurchführung nach der technischen Seite hin übertragen kann.

e) Eine Einwirkung auf die überparteilichen Progagandainstitutionen und auf Zeitungen und Zeitschriften erscheint möglich und geboten. Herr SCHEEL macht darüber Angaben im einzelnen.

In einer ausführlichen Aussprache werden die einzelnen Vorschläge des Ausschusses diskutiert.

Der Vorstand billigt die Schaffung einer Bundesparteischule, die etwa im Herbst arbeitsfähig sein soll. Einzelheiten sollen zunächst von der Bundesgeschäftsstelle mit den Landesgeschäftsführern in einer Sitzung am 13. 6. geklärt und dann im Organisationsausschuß behandelt werden.[3]

Der Bundesvorstand stimmt der Lieferung des „freien Wortes" an alle Mitglieder der FDP in sämtlichen Landesverbänden zu. Einzelheiten sollen gleichfalls mit den Landesgeschäftsführern erörtert und im Organisationsausschuß abschließend behandelt werden.

Der Vorstand beschließt, die Meinungsforschung, gerade mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen[4], möglichst sofort ins Werk zu setzen.

Herr RUBIN erklärt, er sei in der Lage, die erforderlichen Beträge im Vorschuß auf die erst später verfügbaren Wahlgelder zur Verfügung zu stellen. Es sei zu erwarten, daß Wahlgelder in gleicher Höhe wie 1953 und frühzeitig verfügbar sein würden.

Mit der Frage, in welchem Umfang eine Werbeberatung durchgeführt werden soll, wird sich das Dreier-Komitee gemeinsam mit dem Bundesschatzmeister weiter befassen. Eine ständige Beratung über die progagandistisch richtige Gestaltung von Werbemaßnahmen erscheint richtig. Über die Folgerungen, die

3 Die Bundesparteischule der FDP, die in Rengsdorf (Westerwald) ihren Platz fand, wurde im November 1956 von Erich *Mende* eröffnet. Leiter der Parteischule wurde Reinhold *Schulze,* bisher Referent in der Bundesgeschäftsstelle. fdk, 7. Jg., Nr. 76 vom 13. 11. 1956.

4 Kommunalwahlen in NRW, Hessen und Niedersachsen am 28. 10. 1956 sowie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am 11. 11. 1956.

sich aus dieser grundsätzlichen Einstellung ergeben, wird der Vorstand nach Stellungnahme der zuständigen Ausschüsse später Beschluß fassen.[5]

Die Frage einer intensiveren Zusammenarbeit mit der Presse erscheint noch nicht spruchreif und wird später noch einmal behandelt werden.

Eine Frage von Frau Dr. LÜDERS, ob ein Wahllotto möglich erscheine, wird von Herrn WEYER negativ beantwortet, da die Zustimmung von seiten der Länderregierungen nicht erteilt werden kann.

Herr FRÜHWALD weist auf die besondere Bedeutung der politischen Karikaturen hin, Herr Dr. BECKER auf die Nützlichkeit gut geschliffener Propagandaverse, Herr Dr. MENDE auf populäre Schlager („Der alte Specht, der klopft schon schlecht . . ." usw.).

Herr HEDERGOTT ist der Meinung, daß „Das freie Wort" als Zentralmitteilungsblatt einen Rednerschnelldienst nicht vollkommen ersetzen könne.

Herr WEYER wünscht statt der zahlreichen Parteizeitungen in den Ländern Beilagen der Landesverbände zum „freien Wort". Er weist darauf hin, daß die Organisationen der verschiedensten Art heute für die Werbung größere Bedeutung haben als Versammlungen. Beobachtung der anderen Parteien sei eine besonders wichtige Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstellen. Der Wahlkampf kann nach seiner Meinung nicht von Firmen, sondern nur durch hauptamtliche Kräfte unserer Partei geführt werden. Seine richtige Durchführung bedarf des persönlichen ideellen Interesses der Beteiligten.

Frau Dr. LÜDERS wünscht die intensive Einschaltung der Frauen bei der Wahlvorbereitung.

TOP 3: FINANZLAGE – FINANZAUSGLEICH

Herr RUBIN berichtet über seine Verhandlungen[6], die befriedigend verlaufen sind. Sie geben die erforderliche Sicherheit für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle, lassen aber eigene Anstrengungen zur weiteren Finanzierung auch weiter durchaus notwendig erscheinen. Im übrigen ist die für uns besonders wichtige Zusage erreicht worden, daß nicht noch einmal kurzfristig Aktionen gegen

5 Die Bundesparteileitung der FDP schloß am 31. 1. 1957 einen Vertrag mit dem Beratungsbüro Heinz Wienholt, Werbeberatung und Verkaufsförderung, Düsseldorf, ab, durch den dem Büro Wienholt „die im engsten Einvernehmen mit der Bundeswahlkampfleitung vorzunehmende Planung und Gestaltung für alle in dem Wahlkampf 1957 anfallenden FDP-Werbemittel sowie deren Verteilung" übertragen wurde. ADL, Ordner-Nr. 851.

6 Hierüber heißt es in einem Aktenvermerk *Bodes* über die Behandlung dieses TOP vom 1. 6. 1956 (Anlage zum Protokoll) wie folgt: „Seit April 1956 seien sowohl Einzelgespräche wie auch Gespräche mit kleineren Gruppen von Wirtschaftlern geführt worden. Anfang Mai habe dann eine entscheidende Besprechung mit den Spitzengremien der Industrie stattgefunden, wobei eine Angleichung der Standpunkte erreicht werden konnte. Es wurden auch eindeutige Zusagen auf Weiterzahlung von laufenden Geldern abgegeben. Im Augenblick fließe daher das Geld wieder mit Ausnahme von Hessen. Wenn auch in Bayern z. Zt. noch nichts gezahlt worden sei, so seien aber doch auch für diesen Landesverband bindende Zusagen gemacht worden. Zur Führung des Wahlkampfes würden ebenfalls rechtzeitig bestimmte Mittel bereitgestellt werden."

uns ins Werk gesetzt werden. Die Finanzierung sei bis über den Termin der Bundestagswahlen hinaus gesichert.

Unbefriedigend ist die Lage noch in Hessen; doch besteht die begründete Erwartung, daß auch dort die regelmäßigen Zahlungen binnen kurzem wieder aufgenommen werden.

Es hat sich der Grundsatz durchgesetzt, daß die FDP durch Zahlungen, die etwa an die FVP geleistet werden, weil sie vor einigen Monaten zugesagt wurden, zumindest nicht schlechter als bisher gestellt werden darf.

Herr *Rubin* weist daraufhin, daß der Finanzausgleich, der in der Vorstandssitzung vom 17. 3. 1956 beschlossen worden ist[7], durchgeführt werden muß. Herr Dr. HAUSSMANN hat Bedenken wegen der besonderen Lage der Partei in Baden-Württemberg, die durch die Wahlen bedingt sei.[8] Herr Dr. DEHLER und Herr RUBIN sagen zu, daß den baden-württembergischen Freunden bei der Abtragung ihrer Verpflichtungen durch Einwirkung auf geeignete Persönlichkeiten geholfen werden soll, daß durch diese Sonderlage aber das Inkrafttreten des Finanzausgleichs nicht beeinträchtigt werden darf.

Herr MÜLLER-LINK (Hamburg) macht geltend, die Hamburger Partei befände sich dadurch im Nachteil gegenüber anderen Landesverbänden, daß sie wesentlich höhere Reisekosten für die Ausschußarbeit aufzubringen habe als etwa Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.[9] Der Vorstand beschließt, den schon früher in Aussicht genommenen Reisekostenausgleich durch den Organisationsausschuß in den Einzelheiten festlegen zu lassen.[10]

Herr Dr. KOHUT (Hessen) hält eine eigene Finanzierungsgesellschaft in Hessen für notwendig.[11]

Herr Dr. WILL (Berlin) wünscht, daß der Bundesschatzmeister von den ihm satzungsgemäß zustehenden Rechten den Landesverbänden gegenüber Ge-

---

7 Nr. 20 a mit Anm. 11.

8 Gemäß Aktenvermerk, Anm. 6, hatte *Haußmann* die Schwierigkeiten betont, „in denen sich der Landesverband Baden-Württemberg befände. Es bestünden zwar keine großen Schulden aus dem Wahlkampf, wohl müßten aber noch für Bezirks- und Kreisverbände verschiedene Verpflichtungen erfüllt werden. Die mißliche Lage sei insbesondere deshalb eingetreten, weil einzelne fest zugesagte Wahlunterstützungen von seiten der Fördergesellschaft nicht erfüllt worden wären."

9 Hierüber heißt es im in Anm. 6 erwähnten Aktenvermerk: „Herr *Müller-Link* aus Hamburg erklärte offiziell im Namen seines Landesverbandes, daß dieser den Wimpfener Beschluß nicht anerkenne. Außerdem sei die finanzielle Belastung, die sich aus dem Finanzausgleichsvorschlag ergäbe, für den Landesverband nicht tragbar. Schließlich würde sich Hamburg auch nur dann für einen Finanzausgleich entschließen können, wenn der Kostenausgleich für Reisen zu Ausschußsitzungen durchgeführt würde."

10 Der Organisationsausschuß beschloß in seiner Sitzung am 20. 6. 1956 die Frage des Reisekostenausgleichs erst dann zu behandeln, wenn der allgemeine Finanzausgleich funktioniere. ADL, unverzeichneter Bestand.

11 Nach dem Aktenvermerk, Anm. 6, hatte *Kohut* erklärt, „daß er eine Schuldenlast von DM 60 000 übernommen habe. Diese Summe sei bis jetzt infolge größter Sparsamkeit nicht angestiegen, hätte aber durch das Ausbleiben der Zahlungen der Fördergesellschaft auch nicht verringert werden können. Aus diesem Grunde habe er stärkste Bedenken, daß Hessen seinen Verpflichtungen aus dem Finanzausgleich nachkommen könne."

brauch machen, insbesondere gegebenenfalls auch Prüfungen entsprechend den Satzungsbestimmungen vornehmen möge.[12]

Abschließend stellt der Vorstand fest, daß der Finanzausgleich durch den in Bad Wimpfen gefaßten Vorstandsbeschluß in Kraft getreten ist. Dieser Beschluß wird ausdrücklich bestätigt; nur Herr MÜLLER-LINK erhebt Widerspruch.[13]

TOP 4: LAGE IN DEN LÄNDERN

Hessen: Herr Dr. BECKER berichtet über die Agitation der Euler-Gruppe im hessischen Bereich, wobei vor allem mit dem angeblichen „Links-Abmarsch" der FDP und mit der Wehrpflichtfrage gearbeitet wird.

Herr Dr. KOHUT gibt einen Bericht über die Reorganisation der FDP in Hessen. Die Zahl der Austritte betrage nur 200, ihnen ständen Zugänge in gleicher Höhe gegenüber. Es seien Gruppenaustritte nur in zwölf Orten erfolgt, wovon 131 Mitglieder erfaßt worden seien. Der bedeutendste sei der in Alsfeld gewesen, wo 28 Personen geschlossen ausgetreten seien. Überall sei man an den Neuaufbau der Organisationen sofort herangegangen. Der Landesparteitag am 2. 6. 1956 in Hanau werde einen Schlußstrich unter die Krise setzen.[14]

Baden-Württemberg: Herr Dr. HAUSSMANN berichtet über die Regierungsbildung in Baden-Württemberg, wo die bisherige Koalition mit den gleichen FDP-Ministern im Amt bestätigt worden ist.[15]

Niedersachsen: Herr HEDERGOTT berichtet über die Auseinandersetzungen um die Neubesetzung des Kultusministeriums in Niedersachsen[16] und insbesondere über die Verwicklungen, die sich im Zusammenhang mit der Benennung von Dr. *Heinrich* als FDP-Kandidat für das Kultusministerium ergeben haben. Der Vorstand ist der Meinung, daß unseren Parteifreunden in Niedersachsen geholfen werden muß. Herr *Hedergott* wird den Bundesvorsitzenden und Bundesvorstand benachrichtigen, sobald bei den weiteren Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten *Hellwege* die Einschaltung des Bundesvorstandes erforderlich ist.[17]

---

12 Laut Aktenvermerk, Anm. 6, hatte *Will* außerdem „für seinen Landesverband Berlin auf der Durchführung des Finanzausgleichs bestand[en]".

13 Nach dem Aktenvermerk, Anm. 6, hatte ebenfalls Rheinland-Pfalz Widerspruch eingelegt.

14 Auf dem Landesparteitag der hessischen FDP am 2./3. 6. 1956 wurden Max *Becker* zum Vorsitzenden und Oswald *Kohut* zum stellv. Vorsitzenden gewählt. Letzterem wurde besonderer Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen, daß „er die Einheit des Landesverbandes in Hessen gegen *Euler* und damit die der Gesamtpartei in schwerer Krise gewahrt" habe. Artikel „Gegen Mißbrauch des Christentums", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 4. 6. 1956 (S. 2).

15 Vgl. Nr. 20 b mit Anm. 6.

16 Richard *Tantzen* (FDP) war im Februar 1956 als Kultusminister zurückgetreten. Ministerpräsident *Hellwege* hatte daraufhin Richard *Langeheine* (DP) kommissarisch mit der Führung des Kultusministeriums betraut und ihn dann Ende Mai 1956 endgültig zum Kultusminister ernannt. Die FDP-Fraktion hatte daraufhin die Koalitionsfrage gestellt. AdG 1956, S. 5795 A.

17 *Langeheine* blieb Kultusminister, gab aber Anfang Oktober das von ihm ebenfalls geleitete Justizministerium auf, das sodann von Arvid *von Nottbeck* (FDP) übernommen wurde. Ebd., S. 6004 D. Vgl. auch A. C. STORBECK, 1970, S. 234 f.

Berlin: Herr Dr. WILL berichtet über die Vorbereitung des Landesparteitages am 23. 6. 1956.[18] Herr Dr. DEHLER weist darauf hin, daß der Fraktionsvorstand am 11. 6. 1956 in Berlin tagen wird. Herr Dr. WILL wird die Verbindung mit dem Berliner Landesvorstand herstellen. Herr Dr. DEHLER erklärt sich bereit, in einer Parteiversammlung am 11. 6. 1956 in Berlin zu sprechen.[19]

Rheinland-Pfalz: Da Herr Dr. *Nowack* auf Urlaub in Südfrankreich und Herr Dr. *Atzenroth* in USA weilt – Herr Dr. *Dohr* ist erkrankt –, ist kein Vertreter von Rheinland-Pfalz anwesend.

Herr STEPHAN berichtet über den Übertritt der Bezirksgeschäftsführer von Koblenz und Trier zur FVP.

Herr Dr. *Dehler* wird mit Herrn *Lotz* und dem Fraktionsvorsitzenden *Glahn* Besprechungen führen.

Hamburg: Herr STEPHAN berichtet über die Aktionen, die Dr. *Schäfer* zugunsten der FVP in Hamburg durchführt, und über die einzuleitenden Gegenmaßnahmen.

In den übrigen Ländern ist keine nennenswerte Tätigkeit der FVP festzustellen.

TOP 5: AUSSCHUSSARBEIT

Herr Dr. Walther *Kunze* (Hamburg) wird als Vorsitzender des LDP-Bundesbeirates bestätigt.

Zum Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses wird Bundestagsabgeordneter Walter *Scheel* gewählt, zu seinem Stellvertreter Bundestagsabgeordneter Dr. Karl *Atzenroth*.

Zum Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses wird Dr. Rudolf *Hoernigk* (Frankfurt) gewählt; die Stellvertretung soll Frau Dr. Margarete *Fischer-Bosch* (Stuttgart) behalten; falls sie dazu nicht bereit sein sollte, soll Dr. Dr. Wolfgang *Kellner* (Wetzlar) an ihre Stelle treten.

Zum Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses wird General a. D. Hubert *Lanz* (Bayern) gewählt, zu seinem Stellvertreter General a. D. Ernst *Goettke* (Nordrhein-Westfalen).

---

18 Zum Verlauf dieses Parteitages, auf dem *Will* zum Landesvorsitzenden gewählt wurde, BERLIN 1955–1956, 1976, S. 527 f.

19 *Dehler* hielt sich am 11. 6. 1956 in Berlin auf, um die Unstimmigkeiten mit *Schwennicke* zu beseitigen. Am Abend des Tages sprach er auf einer Versammlung der Bezirksverbände Wilmersdorf und Schöneberg der FDP. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen Angriffe auf *Adenauer*, dem er absprach, ein Staatsmann zu sein, und dem er vorwarf, daß es ihm nicht gelungen sei, „die Integration Europas und die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen". Wörtlich sagte *Dehler:* „Mein Glaube an *Adenauer*, daß er alles für die Wiedervereinigung tue, ist geschwunden." Artikel: „Keine Einigung zwischen Dehler und Schwennicke", in: FAZ vom 13. 6. 1956 (Titelseite).

Zum Vorsitzenden des Unterausschusses Außenhandel wird Bundestagsabgeordneter Robert *Margulies* gewählt.

Herr Dr. DEHLER stellt die Konstituierung des Ausschusses für Atomenergie in Aussicht. In der nächsten Vorstandssitzung wird hierüber berichtet werden, sowie über die weitere Tätigkeit des gesamtdeutschen Ausschusses, der seit langem nicht zusammengetreten ist; letzteres nach Fühlungnahme mit dem Landesverband Berlin.

TOP 6: POLITISCHE LAGE IM BUND

Herr Dr. DEHLER legt einen Entschließungsantrag zur Finanz- und Wirtschaftspolitik vor.

Nach ausführlicher Aussprache wird eine Erwähnung der Zollsenkung für unnötig gehalten. Die Entschließung wird in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Bundesvorstand der FDP hält es im Interesse der ungestörten Fortentwicklung unserer Wirtschaft für dringend notwendig, durch eine wirksame Konjunkturpolitik in kürzester Frist der Notenbank die Möglichkeit zu geben, ihre den Kredit verteuernden und einschränkenden Maßnahmen[20] wieder zu mildern.

Verantwortlich für diese Maßnahmen, die besonders hart den gewerblichen Mittelstand und den Außenhandel treffen, ist die mangelnde Entschlußfähigkeit des Bundeskanzlers und der Bundesregierung und ihre Rücksichtnahme auf Sonderinteressen. Ein Konjunkturrat, der von der FDP bereits im Oktober vergangenen Jahres beantragt wurde, ist darum heute nötiger denn je.

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die gewerbliche Wirtschaft zu ihrer finanziellen Konsolidierung einer durchgreifenden Steuerentlastung bedarf. Neben einer 10 %igen linearen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ab 1. Juli fordert er die Rückkehr zur steuerlichen Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns und der Kapitalansammlungserträge, um das Mißverhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital zu beseitigen. Sollte die geforderte Senkung der Einkommensteuer zum 1. Juli unmöglich sein, so müßte das Notopfer Berlin ersatzlos gestrichen werden."

20 Die Bank deutscher Länder hatte innerhalb kurzer Zeit den Diskontsatz zweimal erhöht: Anfang März 1956 von 3,5 % auf 4,5 % und Mitte Mai 1956 von 4,5 % auf 5,5 %. Im Mai hatte sie außerdem beschlossen, „alle neu rediskontierten Wechsel in die Rediskontkontingente einzubeziehen". AdG 1956, S. 5665 C und S. 5782 B.

25.

18. 7. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 103. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei am Mittwoch, den 18. Juli 1956, in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 9.30 Uhr–18.30 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Bezold, Borttscheller, Bucher, Dehler, Engelhard, Frühwald, Hedergott, Kohut, von Kühlmann, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Mälzig, Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Rubin, Weyer, Will.

[VERHÄLTNIS ZUR DPS]

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Herr Dr. DEHLER mit, daß Herr Dr. *Schneider* (Saarbrücken) sich zur Kur in Bad Mergentheim befindet und daher an der Sitzung nicht teilnehmem kann. Er und mehrere andere Vorstandsmitglieder geben ihren Bedenken über die Entwicklung der DPS Ausdruck.[1] Die Entscheidung, ob die DPS in ein engeres Verhältnis zur FDP treten werde oder nicht, könne nicht mehr lange aufgeschoben werden. Herr *Weyer* wird unter Zuziehung von Herrn Dr. *Nowack* und Herrn Dr. *Mende* mit Herrn Dr. *Schneider* und Herrn *Spoerhase* Fühlung nehmen, um möglichst bald volle Klarheit zu schaffen. Diese Aussprache über das Verhältnis zur DPS ist vertraulich.

TOP 1: POLITISCHE LAGE

Zu Punkt 1 berichtet Herr Dr. DEHLER ausführlich. Er geht dabei besonders ein auf die Haltung der Bundestagsfraktion zum Wehrpflichtgesetz[2] und auf den Bundesparteitag der SPD in München[3], der in mancher Beziehung eine Distanzierung gegenüber der SPD ermögliche.

Herr Dr. MENDE berichtet über den Verlauf der Wehrpflichtdebatte und über Einzelheiten der Abstimmung.

---

1 Die DPS, die sich selbst wiederholt als „Schwesterpartei" der FDP bezeichnete, vermied zu diesem Zeitpunkt eine „allzu enge Anlehnung an die FDP". Frank DINGEL, Die Demokratische Partei Saar, in: R. STÖSS (Hrsg.), 1983, S. 791.

2 In der Abstimmung über das Wehrpflichtgesetz im Bundestag am 7. 7. 1956 (3. Lesung) hatten sich die FDP-Abgeordneten der Stimme enthalten bzw. mit Nein gestimmt. BT STEN. BER., Bd. 31, S. 8892. *Mende* hatte die Haltung der Fraktion damit begründet, daß sie „trotz grundsätzlicher Bejahung der Prinzipien einer allgemeinen nationalen Verteidigungsdienstpflicht [. . .] diesem Wehrpflichtgesetz ihre Zustimmung versagen" müsse, „weil es weder aus sachlichen noch aus psychologischen Gründen in diesem Augenblick verabschiedet werden" müsse und dem Wehrwesen nicht nütze, „sondern in der Form und in dem Zeitpunkt, in dem es verabschiedet wird, Deutschland" schade. Ebd., S. 8793 D. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 505 f.

3 10.–14. 7. 1956. Abdruck der Entschließungen in: AdG 1956, S. 5877 A. Vgl. K. KLOTZBACH, 1982, S. 360–365 und S. 371 ff.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird insbesondere das Verhalten der Bundestagsabgeordneten Frau *Hütter* beanstandet, u. a. weil sie gegen den FDP-Antrag stimmte, der die Freistellung von Wehrpflichtigen bezweckte, die Verwandte ersten Grades in der Sowjetzone haben.[4]

Herr Dr. LEUZE schlägt vor, daß das Verhalten von Abgeordneten bei den Abstimmungen zum Wehrpflichtgesetz von den Landesverbänden zum Gegenstand von Besprechungen gemacht wird. Auch der Fall *Hütter* müsse zunächst im Landesverband Baden-Württemberg geklärt werden.

Herr WEYER regt an, alsbald die Kandidatenaufstellungen[5] in den Landesverbänden vorzuklären. Die Präsentation durch Interessenverbände habe höchst unerwünschte Konsequenzen gehabt. Der Aufstieg zum Bundestagsabgeordneten müsse über die Arbeit in den Gemeindeverbänden und Landtagen erfolgen. Es sei unsere erste Aufgabe, eine starke Organisation aufzubauen, einen festen Kern zu bilden und die Landesverbände einander näherzubringen.

Die weitere Aussprache bezieht sich auch auf den Beschluß der Koalitionsparteien, der FDP-Bundestagsfraktion gegen ihren Willen andere Plätze im Plenarsaal durch Mehrheitsbeschluß zuzuweisen.[6] Eine Veröffentlichung, in der der Bundesvorstand gegen eine solche Maßnahme der Koalition entschieden protestiert, wird einstimmig angenommen (siehe Anlage[7]).

Der Bundesvorstand bestätigt die Ausführungen von Herrn Dr. *Mende* in der Wehrpflichtdebatte des Bundestages und sieht in der jüngsten Entwicklung der Wehrfrage eine Bestätigung der von den Freien Demokraten vorgetragenen Bedenken gegen die unzeitige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Bundesvorstand beauftragt die Bundesgeschäftsstelle, gegen die FVP Material zu sammeln und das Material den Landesverbänden zugänglich zu machen. In welcher Weise die Auswertung erfolgt, ist von den Landesverbänden zu entscheiden. Während Hessen, Hamburg und Berlin in weiteren Kreisen gegen die FVP wirken wollen, sehen u. a. die süddeutschen Landesverbände, bei denen die FVP kaum in Erscheinung tritt, keinen Anlaß zu Aktionen solcher Art.

Die Frage, ob man sich durch eine Veröffentlichung von gewissen Gedankengängen des Münchener SPD-Parteitages absetzen solle, wird von einer kleinen Kommission unter Vorsitz von Herrn Dr. *Leuze* geprüft. Herr Dr. LEUZE be-

---

4 Antrag in: BT STEN. BER., Bd. 31, S. 8881 A/B. Abstimmung *Hütter* ebd., S. 8892. Der Abgeordnete *Schloß* hatte sich der Stimme enthalten.

5 Für die Bundestagswahl 1957.

6 BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 44, Drucks. Nr. 2625. Nach dem Antrag vom 10. 7. 1956 sollte die Sitzordnung hinfort von links nach rechts folgende Reihenfolge haben: SPD, GB/BHE, FDP, CDU/CSU, FVP, DP.

7 Wortlaut: „Der Antrag der Koalitionsfraktionen zugunsten einer kleinen Gruppe Abtrünniger die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten gegen ihren Willen und unter Mißachtung der seit sieben Jahren im Bundestag bestehenden Sitzordnung auf neue Plätze zu verweisen, stellt eine Brüskierung einer Parlamentsfraktion dar. Er ist ein Verstoß gegen das Parlamentsrecht und das seit 1949 im Bundestag geübte Verfahren, derartige Fragen nicht durch Mehrheitsentscheidungen, sondern im Einvernehmen aller Fraktionen zu regeln. Die Freien Demokraten werden dieser Herausforderung, die das autoritative und diktatorische Verhalten der Regierungsmehrheit erneut unter Beweis stellt, mit der gebotenen Schärfe zu begegnen wissen."

richtet, daß man im Augenblick zu keiner Formulierung gelangt sei, die dem Vorstand vorgelegt werden könnte. Herr Dr. DEHLER sagt zu, daß er in seinen Reden bei den bevorstehenden Kommunalwahlen, insbesondere auch in Hessen, entsprechende Gedankengänge vortragen wird, um uns klar von der SPD abzugrenzen.

Es werden weiter folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Im Herbst soll in einer Bundesvorstandssitzung das Thema „Ostkontakte" diskutiert werden.[8]
2. Auf Antrag von Herrn *Frühwald* soll die Agrarfrage in der gleichen Vorstandssitzung diskutiert werden, im Zusammenhang damit auch die Zollfrage[9], zu der jetzt die Bundestagsfraktion Stellung nahm.[10]
3. In der gleichen Sitzung soll auf Antrag von Herrn *Hedergott* das Thema „Fördergesellschaften und Parteifinanzierung" behandelt werden.[11] Als Referenten werden die Herren *Weyer* und *Hedergott* in Aussicht genommen. Herr Dr. KOHUT kündigt in diesem Zusammenhang an, daß der hessische Landtag ein Parteiengesetz verabschieden werde.[12]
4. Auf Antrag von Herrn *Weyer* soll in einem kleinen Kreis die Frage der Wahlabkommen für die nächste Bundestagswahl vorbesprochen werden. Das Ergebnis soll dem Gesamtvorstand vorgelegt werden.[13]
5. Auf Anregung von Herrn *Weyer* soll den Landesverbänden nahegelegt werden, daß sie zu ihren Landesvorstandssitzungen die Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der benachbarten Landesverbände mit einladen. Eine bessere Koordination der Parteiarbeit kann auf diese Weise gewährleistet werden.
6. Ein Antrag von Herrn *Reichardt,* der Vorstand solle gegen die Ausschreitungen von Truppeneinheiten der Amerikaner und Franzosen Einspruch erheben, wird als erledigt betrachtet durch einen entsprechenden Schritt von Herrn Dr. *Mende,* der in den letzten Tagen erfolgt ist.[14]

TOP 2: EINSETZUNG EINER WAHLKAMPFLEITUNG

Herr RADEMACHER schlägt die Einsetzung einer Wahlkampfleitung mit besonderen Vollmachten vor. Ihr sollen angehören die Herren Dr. *Bucher, Mischnick, Scheel, Rademacher, Rubin, Döring* und *Stephan.* Die Ausführung der Beschlüsse soll durch einen Wahlkampfstab erfolgen, dessen Leitung Herrn Wolfgang *Döring,* Düsseldorf, zu übertragen wäre. Der Wahlkampfstab müsse

8 Siehe Nr. 26, TOP 2 „Kontakte mit der LDP".
9 Siehe ebd., TOP „Agrarpolitik und Zollfragen."
10 Rede *Scheels* im Bundestag am 22. 6. 1956, BT STEN. BER., Bd. 30, S. 8162 C–8168 D, Zollfrage: S. 8167 A.
11 Siehe Nr. 26, TOP „Fördergesellschaften und Parteifinanzierung".
12 Nicht ermittelt.
13 Zum Fortgang siehe Nr. 27, TOP „Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten anderer Parteien", und Nr. 30, TOP „Wahlabkommen mit anderen Parteien."
14 Näheres nicht ermittelt.

sich auf eine entsprechende Organisation in den Landesverbänden stützen. Im Einvernehmen mit dem Vorstand jedes Landesverbandes soll je ein Wahlkampfleiter ernannt werden.

In der Aussprache wurde geklärt, daß

1. das vom Würzburger Bundesparteitag gewählte Dreier-Komitee[15] in dieser Wahlkampfleitung aufgehen soll;
2. die vor dem Würzburger Parteitag als „Aktionskomitee" berufenen Landesgeschäftsführer von Bayern *(Brandt)*, Baden-Württemberg *(Hummel)* und Rheinland-Pfalz *(Lotz)* in Zukunft als Landeswahlkampfleiter an der Arbeit der Bundeswahlkampfleitung beteiligt sein werden.
3. Herr Dr. DEHLER stellt fest, daß der Organisationsausschuß nach wie vor für die finanziellen Dispositionen der Wahlkampfleitung zuständig sei und für sie die Verantwortung trägt.
4. Ebenso wird an der Verantwortlichkeit des Bundesvorstandes für die politische Grundlinie des Wahlkampfes durch die Einsetzung einer Wahlkampfleitung nichts geändert.

Der Vorstand beschließt einstimmig, den Anträgen von Herrn *Rademacher* zuzustimmen.

TOP 3: DIE LAGE IN:

a) Berlin

Herr Dr. WILL berichtet über die Austritte, die nach Dr. *Schwennickes* Abschwenken zur FVP erfolgten.[16] Es hätten etwa 15 % der Mitglieder die Partei verlassen. In den letzten Tagen sei Ruhe eingetreten. Immerhin seien acht von 19 Abgeordneten ausgetreten. Die Zeitung sei verlorengegangen[17], die Geschäftsstelle, wo der Landesgeschäftsführer *Rieckhoff* mit zwei Stenotypistinnen allein amtiere, sei verwaist, von 79 Bezirksverordneten seien freilich nur zehn ausgetreten. Der letzte Informationsabend sei unter großer Beteiligung der Mitglieder gut verlaufen. Die Erwartungen und Hoffnungen dürften aber jetzt auch nicht enttäuscht werden. Der Landesverband Berlin erwartet von der Bundespartei Hilfe. Eine Großveranstaltung ist geplant, ein Pressereferent wird dringend gesucht. Für eine großangelegte Antwort an die FVP muß Material bereitgestellt werden.

---

15 Nr. 22 a, Anm. 11.

16 *Schwennicke* hatte am 21. 6. 1956 den Vorsitz des Berliner FDP-Verbandes und der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus niedergelegt und gleichzeitig seinen Austritt aus der FDP erklärt. Zur Begründung hatte *Schwennicke* insbesondere auf die „unüberbrückbaren außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Bundesvorsitzenden Dr. *Dehler*" verwiesen. BERLIN 1955–1956, 1971, S. 518 f. Nach Gründung des Landesverbandes Berlin der FVP am 30. 6. 1956 war *Schwennicke* zu seinem Vorsitzenden gewählt worden. Ebd., S. 535 f.

17 Das „Berliner Montags-Echo" war mit dem Ausscheiden von *Schwennicke* und des Mitherausgebers *Torenberg*, die zusammen 67 % des Kapitals hielten, als Parteiorgan der FDP ausgefallen. Ebd., S. 520.

Herr RUBIN sagt zu, daß noch in diesem Monat DM 20 000 gezahlt werden sollen. In die treuhänderisch von Dr. *Schwennicke* verwalteten Konten müsse, notfalls mit Hilfe des Gerichts, Einsicht genommen werden.

Herr Dr. DEHLER sagt zu, daß Herr *von Zühlsdorff*, bisher Düsseldorf, als Pressereferent nach Berlin geschickt werden soll.

Wenn der Bundestag Anfang Oktober in Berlin tagt[18], sollen Versammlungen mit FDP-Abgeordneten in mehreren Stadtteilen stattfinden. Auch eine Großveranstaltung wird durch die Partei ermöglicht werden.

b) Hessen

Herr Dr. KOHUT berichtet über den Neuaufbau der Parteiorganisation in den Kreisen, die durch Übertritte zur FVP besonders betroffen wurden. Auch jetzt sei die FVP immer erst in 19 Kreisverbänden vertreten, also noch nicht in der Hälfte aller Kreise. Die Zahl der Austritte bei der FDP betrage noch nicht 300. Besonders groß sei der Mißerfolg der Euler-Gruppe in Wiesbaden trotz *Preuskers* Eingreifen. In Frankfurt sei es wegen der Annahme des Haushaltsplanes und um die Besetzung von Stadtratsstellen durch die FDP zu örtlichen Differenzen gekommen. Herr Dr. *Kohut* betont die Notwendigkeit, „Das freie Wort" allen hessischen Mitgliedern zu schicken.

Der Schatzmeister der hessischen FDP, Herr VON KÜHLMANN, berichtet ausführlich über die schwierigen Beziehungen zur hessischen Fördergesellschaft und über die großen Schulden, die Herr *Euler* sowohl auf Landesebene (DM 90 000) wie auf Kreisebene (DM 30 000) hinterließ. Zunächst müßten die Kommunalwahlen finanziert werden. Der laufende Etat sei in Ordnung, aber die Schulden könnten nicht von Hessen allein aufgebracht werden.

Herr Dr. KOHUT hält die Stellung der Fördergesellschaft in Hessen für erschüttert; sie habe viele Austritte zu verzeichnen. Große Firmen zahlten direkt nach Köln.

Herr RUBIN betont, daß er zu Besprechungen in Frankfurt bereit sei. Die Bundespartei kann nicht einfach die alten Schulden der Euler-Zeit übernehmen. Wir müssen mit den wirklich entscheidenden Unternehmern sprechen. Das *Euler*sche Konto „Wirtschaftsdienst" muß überprüft werden. Herr VON KÜHLMANN sagt die Prüfung der Konten durch private Buchprüfer zu. Er steht zur Besprechung zur Verfügung, sobald er in jeder Beziehung Klarheit geschaffen hat.

Bei der in Aussicht genommenen Sitzung des Gesamtvorstandes, die sich mit Finanzierungsfragen befassen wird, werden auch die hessischen Probleme erneut behandelt werden.

c) Niedersachsen

Herr Dr. MÄLZIG referiert. Er berichtet, daß, nachdem die FDP auf die Besetzung des Kultusministeriums verzichten mußte, der Rechtsanwalt und Notar

18 Zweite Berliner Arbeitswoche des Deutschen Bundestages vom 8.–13. 10. 1956, ebd., S. 605–609.

von Nottbeck, Walsrode, als Justizminister vorgeschlagen worden sei.[19] Später werde die FDP auch noch ein Staatssekretariat erhalten, das aber erst frei werden müsse. Gegen den Verzicht auf das Kultusministerium seien aus Northeim und Braunschweig Proteste laut geworden, die auch in der SPD-Presse veröffentlicht worden seien. Die FVP sei nur in ganz bescheidenen Ansätzen sichtbar geworden. Eine Anfrage, ob vom Bezirksverband Oldenburg her Gefahren drohen, wird von Herrn Dr. *Mälzig* verneint.

Auf die Anfrage, ob Herr *Stegner* den Versuch gemacht habe, wieder in den Landesverband aufgenommen zu werden, teilt Herr WEYER mit, daß Herr *Stegner* ihn um eine Unterredung gebeten habe, die in nächster Zeit stattfinden werde.

Herr HEDERGOTT weist darauf hin, daß alle 13 niedersächsischen Bezirksverbände heute ohne hauptamtlichen Leiter seien. Herr ENGELHARD erklärt, daß Hamburg die Arbeit in den seinem Landesverband benachbarten Kreisen übernehmen wolle. Dieselbe Zusicherung gibt Herr WEYER für die an Nordrhein-Westfalen grenzenden Kreise.

Herr RUBIN regt an, daß nicht nur Herr Dr. *Dehler* an einer Vorstandssitzung des Landesverbandes teilnehmen soll; an zahlreichen Stellen müßten Vorstandsmitglieder aktiv eingreifen. Er hält es für möglich, aus Sondermitteln bessere Finanzierungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Die Bedeutung der Einsetzung eines in jeder Beziehung geeigneten Landeswahlkampfleiters wird hervorgehoben.

TOP 4: BEZUG DES „FREIEN WORTES" DURCH DIE LANDESVERBÄNDE

Wird abgesetzt.

TOP 5: BEZIEHUNG ZUR LIBERALEN WELTUNION

Es wird festgestellt, daß Herr Dr. *Blücher* am 15. August bei einer Versammlung der Deutschen Gruppe der Liberalen Weltunion seinen Vorsitz niederlegen wird und dann Herr *Kluthe* gewählt werden wird.

Herr Dr. DEHLER stellt fest, daß durch einen Eintritt möglichst vieler Mitglieder der FDP in die Deutsche Gruppe der Liberalen Weltunion eine Besserung der bisher unerfreulichen Verhältnisse herbeigeführt werden kann.

Auf Antrag von Herrn *Reichardt* wird beschlossen, Herrn *Engelhard* als Verbindungsmann des Bundesvorstandes zur Liberalen Weltunion zu benennen.

TOP 6: TEILNAHME AM AKTIONSKOMITEE DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

Eine Beteiligung der FDP am Aktionskomitee der Vereinigten Staaten von Europa[20] wird abgelehnt.

---

19 Vgl. Nr. 24 mit Anm. 16.
20 Gründung des Aktionskomitees im Oktober 1955, AdG 1955, S. 5410 D.

VERSCHIEDENES

Der Antrag der Deutschen Jungdemokraten, eine Stiftung zu gründen, aus welcher den aus der Haft entlassenen politischen Gefangenen Stipendien oder andere laufende Beihilfen zur Berufsausbildung gewährt werden, soll vom Parteivorsitzenden mit Herrn *Rubin* vorbesprochen werden.

26.

31. 8. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am Freitag, den 31. 8. 1956 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer der FDP." Beginn: 9.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Dehler, Döring, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Hucklenbroich, Kohut, Leuze, Leverenz, [Marie-Elisabeth Lüders], Mälzig, Mende, Mischnick, [Niebel], Nowack, Rademacher, Reichardt, [Rinné], Rubin, Scheel.

TOP 1: POLITISCHER LAGEBERICHT

Herr Dr. DEHLER erstattet einen ausführlichen Lagebericht, der sich insbesondere auf die Probleme der Umrüstung[1], des Suez-Konflikts[2], die Auswirkungen des Verbotes der KPD[3] und das Ansteigen der Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik[4] bezieht, aber auch die anderen außen- und innenpolitischen Probleme anspricht.

---

1 Hierbei handelte es sich um die durch die USA aufgeworfene Frage, ob nicht eine deutliche Verlagerung der militärischen Ausrüstung von konventioneller zu atomarer Bewaffnung mit der Konsequenz der Verminderung des Soldatenbestandes erfolgen müsse. Zu diesem Problem hatten *Adenauer* und der SPD-Bundestagsabgeordnete *Mellies* am 21. bzw. 22. 8. 1956 im Hinblick auf den anstehenden Aufbau der Bundeswehr ausführlich Stellung genommen. AdG 1956, S. 5934 B.

2 Nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Suezkanalzone hatte Ägypten im Juli 1956 die Suezkanalgesellschaft, deren Aktien zu 44 % in Händen Großbritanniens waren, verstaatlicht. Die hierdurch entstandene Krise suchte eine Suezkanalkonferenz, die vom 16.–25. 8. 1956 in London stattfand, zu lösen. Zu ihrem Verlauf ebd., S. 5940 A.

3 Das Bundesverfassungsgericht hatte die KPD mit Urteil vom 17. 8. 1956 für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 5, Nr. 14, S. 83–393.

4 Hierzu die Angaben im Text der Resolution in: Nr. 27, TOP 7 „Agrarpolitik, Zollfragen und Konjunkturpolitik".

TOP 2: KONTAKTE MIT DER LDP

a) Herr SCHEEL erstattet ein ausführliches Referat über die Lage, die sich aufgrund zahlreicher Einzelinitiativen entwickelt hat, und betont die Notwendigkeit, den gesamten Fragenkomplex von seiten der Zentrale in die Hand zu nehmen.[5]

Da Herr Dr. *Will* (Berlin) verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen, ergänzt Herr DÖRING die Ausführungen von Herrn *Scheel* durch eine Reihe von eigenen Beobachtungen.

In der Aussprache wird auch die Frage erörtert, wie die Bundestagsfraktion der FDP sich gegenüber der an den Deutschen Bundestag gerichteten Einladung nach Moskau[6] verhalten soll.

Herr RADEMACHER schlägt vor, auch ohne CDU auf alle Fälle nach Moskau zu fahren. Herr Dr. NOWACK äußert hiergegen Bedenken. Über die Teilnahme wird die Bundestagsfraktion der FDP entscheiden. Nach den im Vorstand aufgetretenen Auffassungen von maßgebenden Mitgliedern der Fraktion werden die Freien Demokraten keinen Alleingang nach Moskau vornehmen. Falls eine repräsentative Delegation des Bundestages zustande kommen sollte, werden die Freien Demokraten sich an ihr beteiligen, auch wenn die eine oder andere Fraktion des Bundestages nicht an der Reise teilnehmen sollte.

Herr HUCKLENBROICH (Berlin) vertritt den Standpunkt, daß Kontakte mit den LDP-Ortsgruppen möglich sind, nicht aber mit der zentralen Leitung und mit den Bezirksleitungen der LDP. Die Aufhebung der Länder der Sowjetzone sei gerade mit der Zielsetzung erfolgt, die selbständigen Landesleitungen der Parteien zu vernichten und sie durch von der SED abhängige Bezirksleitungen zu ersetzen.

Es werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Man müsse in der Aktion vorn bleiben, alle Möglichkeiten nutzen und daher einige Abgeordnete im Zusammenhang mit der Berliner Tagung des Bundestages[7] in der Zone sprechen lassen. Auch die Berliner Industrieaus-

---

5 Der LDP-Bundesbeirat der FDP hatte auf Vorschlag einer von ihm gebildeten Sonderkommission am 21. 7. 1956 die Anregung ausgesprochen, mit der LDP unter der Voraussetzung Kontakte aufzunehmen, „daß westdeutsche Besucher in öffentlichen Versammlungen in der SBZ frei und ungehindert die Stellung der FDP zu den entscheidenden deutschen Problemen vortragen können". Außerdem hatte der Beirat die Frage aufgeworfen, „ob nicht die FDP von sich aus eine große Versammlungswelle mit prominenten Vertretern unserer Partei in der Zone vorschlagen soll und der LDP verspricht, als Gegenleistung ihre Redner in Versammlungen der Bundesrepublik frei auftreten zu lassen". Prot. der Sitzung des Bundesbeirates am 21. 7. 1956, Anlage zum Protokoll. Zur gleichen Zeit hatte Wolfgang *Döring* Kontakt mit der LDP-Zentrale in Ostberlin aufgenommen, um die Möglichkeiten für einen Redneraustausch zu ventilieren. Am 22. 7. 1956 war es in Garmisch Partenkirchen zu einer ersten ausführlichen Aussprache zwischen LDP- und FDP-Politikern gekommen. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 506 f.

6 Die Einladung datierte vom 4. 7. 1956. Hierzu ausführlich Eugen GERSTENMAIER, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981, S. 431 f.

7 Am 10. und 11. 10. 1956. DATENHANDBUCH, 1983, S. 651.

stellung[8] müsse für eine bessere Verbindung mit der Bevölkerung der Zone ausgenutzt werden.

2. Es sollen Reisen in die Zone propagiert werden, insbesondere auch die Möglichkeit, den Urlaub dort zu verbringen. Gerade vor den Bundestagswahlen könne dies besonders wichtig sein.

Herr MISCHNICK stellt den Antrag,

a) die Kontakte grundsätzlich zu bejahen,

b) zwei Mitglieder des Vorstandes zu beauftragen, Vorbereitungen für die Intensivierung der Kontakte zu treffen.

Herr RADEMACHER schlägt vor, Handelsvertretungen nach Prag, Budapest oder Warschau zu schicken, statt diplomatische Vertretungen.

Herr NIEBEL weist darauf hin, daß die Bundestagsfraktion zahlreiche gesteuerte Briefe aus der Sowjetzone erhalte, die bisher nicht beantwortet werden. Soll man diese Praxis ändern? Man könnte auch umgekehrt von uns aus „Gewissensfragen an die Bewohner der Zone stellen".

Herr Dr. BECKER weist darauf hin, daß die deutsche Einheit im vorigen Jahrhundert durch Turner, Sänger und Schützen vorbereitet worden sei. Die Intensivierung der kulturellen Beziehungen müsse auch heute sich nützlich auswirken.

Herr Dr. KOHUT vertritt den Standpunkt, daß man nicht darum herumkomme, auch mit führenden Männern der Zone zu sprechen.

Nach ausführlicher Erörterung beschließt der Bundesvorstand, einen Ausschuß einzusetzen, der die Möglichkeiten der politischen Verbindung mit den Menschen der Sowjetzone prüfen soll. Als Vorsitzender wird Herr Dr. *Nowack* bestimmt, als Mitglieder die Herren Dr. *Mende*, Dr. *Will*, Dr. *Leverenz*, *Mischnick*, *Scheel* und *Döring*. Als Sekretäre werden die Herren *Genscher* und *Schollwer* diesen Vorstandsausschuß betreuen.

Der Vorstand beschließt, über dieses Thema keinerlei Berichte auszugeben. Die Verhandlungen werden als „vertraulich" behandelt.

Es wird jedoch auf Antrag von Herrn Dr. *Nowack* beschlossen, den Wunsch des Vorstandes der FDP zu veröffentlichen, daß der Bundesrat möglichst zahlreiche Sitzungen in Berlin abhält (mindestens viermal im Jahr).[9] Die FDP-Mitglieder des Bundesrates sollen entsprechend unterrichtet werden, damit sie auch ihrerseits im Bundesrat entsprechend Stellung nehmen.

Herr RADEMACHER regt an, daß der vom Vorstand eingesetzte Ausschuß sich auch mit der Tätigkeit des Ostbüros befaßt und darüber Bericht erstattet.

b) Für die Flüchtlinge im Lager Wentorf soll auf Antrag von Herrn Dr. *Leverenz* eine besondere Ortsgruppe geschaffen werden, da sie sich in den Landesverband Schleswig-Holstein nur schwer einfügen lassen. Der Landesverband

---

8 Die 7. Deutsche Industrieausstellung wurde am 15. 9. 1956 eröffnet. BERLIN 1955–1956, 1971, S. 584 f.

9 Als Ergebnis der Beratungen des Bundesvorstandes in dieser Angelegenheit veröffentlichte die fdk (7. Jg., Nr. 58 vom 6. 9. 1956), der Bundesvorstand habe eine Initiative aus Niedersachsen begrüßt, „die eine Verlegung des Sitzes des Bundesrates von Bonn nach Berlin zum Ziel hat".

Hamburg ist bereit, die Organisation mit in die Hand zu nehmen und das Bergedorfer Büro mit der Arbeit zu beauftragen. Die Bundesgeschäftsstelle soll Mittel für die Ortsgruppe Wentorf bereitstellen. Der Vorstand ist grundsätzlich einverstanden. Einzelheiten regelt die Bundesgeschäftsstelle.

Herr Dr. LEVERENZ lenkt die Aufmerksamkeit auf die unerträglichen Verhältnisse, unter denen die Repatriierten aus Polen leben müssen. Sie fallen nicht unter die Bestimmungen des Flüchtlingsgesetzes und bedürfen daher besonderer Betreuung.

TOP 3: VORBEREITUNGEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Herr DÖRING referiert über die Lage, in der sich die Partei bei Beginn des Wahlkampfes[10] befindet.

Zwei Mängel wirken sich nachteilig aus: das Fehlen ständiger Verbindungen mit den Landesverbänden und der Mangel an Informationen. Es erscheint dringend erforderlich, daß die Landesverbandsvorsitzenden dem geschäftsführenden Bundesvorstand angehören. Einmal monatlich müßten sie in Bonn tagen. Die Bundesgeschäftsstelle ist in den Fragen, die die Organisation betreffen, schwächer besetzt als viele Landesverbände. Sie muß mindestens so ausgestaltet werden, daß sie imstande ist, Unterlagen zu erarbeiten, auch für den Vorstand. Herr *Döring* legt ein Organisationsschema vor. In der nächsten Vorstandssitzung werden Vorschläge vorgelegt werden, in welcher Weise die hier vorgesehenen Referate zu besetzen sind.

Er berichtet über die Anmietung eines Hauses am Bonner Talweg 57, in dem nach dem 1. November d. J. die gesamte Bundesgeschäftsstelle zusammengefaßt werden kann. Vorkaufsrecht ist gesichert. Vorstandssitzungen sollen in Zukunft ebenfalls im Parteihaus und nicht im Bundeshaus stattfinden.

Herr STEPHAN weist darauf hin, daß die Wahlkampfleitung bis zu den Wahlen vielfach die Aufgaben des Organisationsausschusses wahrzunehmen haben wird.

Herr Dr. BECKER äußert den Wunsch, daß Material für die Kommunalwahlen baldigst den beteiligten Landesverbänden zugestellt werden möchte.

Herr RINNÉ bemerkt dazu, daß am 7. 9. im Anschluß an die Landesgeschäftsführerbesprechung eine Sitzung stattfinden werde, auf der diese Fragen behandelt werden sollen. Aus dem „Informationsbrief der Bundestagsfraktion" könnten die einschlägigen Abschnitte den Landesverbänden ohne weiteres zugänglich gemacht werden.

TOP 3 b: VERSTÄRKUNG DER WAHLKAMPFLEITUNG DURCH EIN MITGLIED DES BUNDESFRAUENAUSSCHUSSES

Frau Dr. LÜDERS schlägt als Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses vor, Frau Lotte *Friese-Korn,* MdB, in die Wahlkampfleitung zusätzlich zu wählen.

---

10 Für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen am 28. 10. 1956 sowie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg am 11. 11. 1956.

Von nordrhein-westfälischer Seite werden Bedenken dagegen geäußert, weil bereits mehrere führende Persönlichkeiten des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in die Wahlkampfleitung gewählt seien. Es wird beschlossen, den Bundesfrauenausschuß zu bitten, unter Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse dem Vorstand einen Vorschlag zu machen.

TOP 4: FÖRDERGESELLSCHAFTEN UND PARTEIFINANZIERUNG

Herr RUBIN berichtet über die Vorbereitungen, die für die Wahlkampffinanzierung getroffen worden sind, und gibt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß die erforderlichen Mittel aufgebracht werden.

Herr HEDERGOTT beginnt mit einem Referat über das Thema „Fördergesellschaften und Parteifinanzierung", wird jedoch nach einiger Zeit vom Vorsitzenden unterbrochen, da es notwendig erscheint, noch einige aktuelle Probleme zu behandeln.

Es wird beschlossen, das Thema „Fördergesellschaften und Parteifinanzierung" in der nächsten Bundesvorstandssitzung gründlich zu behandeln.

TOP 5: AGRARPOLITIK UND ZOLLFRAGEN

Bei der Beratung der Themen „Agrarpolitik und Zollfragen" legt Herr RADEMACHER den Entwurf einer Entschließung vor, die nach längerer Aussprache mit geringen Abänderungen in der folgenden Fassung angenommen wird:

„Die jüngste Steigerung der Lebenshaltungskosten bedeutet eine ernste Gefahr. Es ist der Bunderegierung nicht gelungen, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiet der Steuer- und Agrarpolitik Preise und Löhne stabil zu halten. Es ist abwegig, für dieses Versagen der Bundesregierung die Hausfrauen verantwortlich zu machen. Die FDP fordert daher erneut eine zielbewußte Koordinierung der gesamten Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik, an der es bisher gefehlt hat."

Die Entschließung soll sofort veröffentlicht werden.[11] Der Bundesvorstand wird in der nächsten Sitzung die Agrar-, Zoll- und Konjunkturfragen weiter beraten.

TOP 6: VERTRETUNG BEIM DGB-KONGRESS[12]

Es wird beschlossen, die Herren Dr. *Nowack* und *Rademacher* zu bitten, die Vertretung zu übernehmen.

Beide Herren stimmen zu.

11 So geschehen in: fdk, 7. Jg., Nr. 58 vom 6. 9. 1956.
12 4. ordentlicher DGB-Kongreß vom 1.–6. 10. 1956 in Hamburg. AdG 1956, S. 6016 A.

TOP 7: ANTRAG DER BAYERISCHEN FDP AUF EINSETZUNG EINES ARBEITSKREISES, DER DIE AUFGABE HAT, DIE ALLGEMEINE GEISTIGE UND POLITISCHE GRUNDLAGE DER FDP UND IHRE AUSSTRAHLUNG AUF DIE GROSSEN LEBENSGEBIETE DER NATION KLAR UND ALLGEMEIN VERSTÄNDLICH IN KNAPPER FORM NIEDERZULEGEN

Wird gegen den Einspruch von Herrn *Reichardt* vertagt.

TOP 8: NEUORDNUNG DER AUSSCHUSSARBEIT

Wird vertagt.

VERSCHIEDENES

a) DPS

Herr Dr. DEHLER berichtet über die Gestaltung des Verhältnisses zur DPS und ihrem Vorsitzenden.[13] Nach längerer Aussprache wird beschlossen, die Herren *Weyer*, Dr. *Nowack* und Dr. *Mende* zu bitten, die Fühlungnahme mit Herrn Dr. *Schneider* und den verantwortlichen Persönlichkeiten der DPS fortzusetzen. Herr *Weyer* wird bereits am 1. 9. in Bochum eine Rücksprache mit Herrn Dr. *Schneider* haben.

Herr MISCHNICK berichtet über die Haltung des Landesverbandes Saar der Jungdemokraten, die eine unabhängige Stellung gegenüber der DPS einnehmen.

Bei der Landestagung der DPS am 15. und 16. 9. werden die Herren *Weyer* und Dr. *Nowack* die Vertretung der FDP übernehmen. Herrn Dr. *Schneider* soll dieses mitgeteilt werden.

b) Wehrpflicht

Herr Dr. MENDE berichtet über die Unstimmigkeiten, die sich im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Wehrpflichtgesetz in der Bundestagsfraktion ergeben haben, insbesondere über das Verhalten der Abgeordneten Frau *Hütter* und *Schloß*, die gegen einen Antrag der FDP gestimmt haben.[14] Herr Abg. *Leuze* hat es übernommen, die Angelegenheit zu klären. Herr Dr. LEUZE sagt zu, daß er zusammen mit Herrn *Lenz* die Dinge weiter behandeln will. Die Bundestagsfraktion wird sich mit dem Fall befassen. Dem Vorstand wird darüber berichtet werden.[15] Herr HUCKLENBROICH befaßt sich kritisch mit dem Verlauf der Pressekonferenz, bei der nach der Vertagung des Bundestages auch diese personellen Dinge behandelt wurden.[16]

---

13 Vgl. Nr. 25, Anm. 1.

14 Vgl. ebd. mit Anm. 4.

15 Siehe Nr. 27 mit Anm. 20.

16 Bezieht sich auf eine Pressekonferenz *Dehlers* und *Mendes* am 27. 7. 1956. Im Hinblick auf die Schlußabstimmung zum Wehrpflichtgesetz im Bundestag hatte *Mende* von Einwirkungen „früherer Freunde der FDP" sowie „einer großen Regierungspartei" auf FDP-Abgeordnete gesprochen. Auf die Frage nach der Art der Einwirkungen hatte *Dehler* ausweichend geantwortet. Artikel „Mende: FDP-Abgeordnete wurden beeinflußt", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 28./29. 7. 1956.

Aufgrund der Mängel, die Herr Dr. *Mende* beim Aufbau der Wehrmacht festgestellt hat, schlagen mehrere Vorstandsmitglieder entschiedenes oppositionelles Auftreten vor, etwa einen Antrag der FDP auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses oder eine große Anfrage im Bundestag. Herr REICHARDT wünscht, daß der FDP-Wirtschaftsausschuß gegen die Ausschaltung des Mittelstandes bei den Militärlieferungen scharf Stellung nimmt.

Der Bundesvorstand faßt folgende Entschließung:

„Die in der Öffentlichkeit zutage getretenen Mängel beim Aufbau der Bundeswehr können nicht mit den Aufbauschwierigkeiten entschuldigt werden. Vorfälle, wie sie von den Flugplätzen Fürstenfeldbruck und Uetersen[17] gemeldet werden, sowie andere dem Bundesvorstand bekannt gewordene Mängel bestätigen die Auffassung der Freien Demokraten, daß die Verabschiedung des Organisationsgesetzes, des Gesetzes über die Wehrbeauftragten des Parlaments, des Besoldungsgesetzes, des Versorgungsgesetzes und der Beschwerde- und Disziplinarordnung dringender gewesen sind als die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes noch vor den Parlamentsferien.

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundestagsausschuß für Verteidigung, den trotz fünfjähriger theoretischer Planung nunmehr auftretenden Mängeln bei der praktischen Gestaltung des Wehrwesens nachzugehen und von seinen ihm durch das Grundgesetz gebotenen Untersuchungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen, um so weitere, dem Gefüge der Bundeswehr abträgliche Entwicklungen zu verhindern.

Die durch Elektronik und Kernphysik sich gegenwärtig abzeichnenden Veränderungen im gesamten Wehrwesen der Welt erfordern nach Auffassung des Bundesvorstandes der FDP eine sorgfältige Prüfung, um Fehlorganisationen und Fehlinvestitionen bei der Aufstellung der deutschen militärischen Verbände zu vermeiden.

Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, bei der Behandlung des Gesetzes über die Feststellung des Grundwehrdienstes für einen zwölfmonatlichen Grundwehrdienst zu stimmen.[18] Das Erfordernis der technischen Truppen auf eine längere Ausbildungszeit ist durch Berufssoldaten und länger dienende Freiwillige zu erfüllen."[19]

---

17 Die Militärflugplätze Uetersen und Fürstenfeldbruck waren zusammen mit anderen im Aufbau befindlichen militärischen Einrichtungen durch Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages einer Inspektion unterzogen worden (Juni und Juli 1956). Dabei war eine Vielzahl von Mängeln festgestellt worden, die vor allem aus einer starken Überbelegung der Anlagen herrührten. Z. B. war die Kapazität in Ueteresen für 1 500 Mann berechnet, tatsächlich mußten aber 3 000 Mann untergebracht werden. Dazu die Berichte der Abgeordneten Josef *Stingl* und Alfred *Frenzel* vom 7. 6. 1956 sowie des Abgeordenten *Gerns* vom 13. 9. 1956. Drucksachen Nr. 154 und Nr. 158 des Verteidigungsausschusses des Bundestages, BT Parl. Arch.

18 Einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedete das Kabinett am 27. 9. 1956, AdG 1956, S. 5994 D. Text des Gesetzentwurfs in BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 45, Drucks. Nr. 2807. Verabschiedung durch den Bundestag am 5. 12. 1956 mit den Stimmen der FDP. BT STEN. BER., Bd. 33, S. 9764 B und S. 9767 C.

19 Veröffentlicht in: fdk, 7. Jg., Nr. 58 vom 8. 9. 1956.

c) Innerpolitische Verhältnisse

Herr Dr. BECKER warnt vor ungünstigen Entwicklungen, die sich in Nordhessen, insbesondere infolge der schlechten finanziellen Verhältnisse, ergeben könnten. Herr RUBIN stellt Abhilfe in Aussicht. Herr DÖRING weist darauf hin, daß die Wahlkampfleitung sich am 1. 9. mit den Verhältnissen in Nordhessen, Berlin und Niedersachsen befassen werde.

Der Vorstand wünscht internes Material über das Verhalten der FVP, insbesondere für die Redner im Kommunalwahlkampf. Herr Dr. KOHUT weist darauf hin, daß es in Hessen sehr günstig wirken würde, wenn die FDP in ihren verschiedenen Organen sich lebhaft für die Vergütung von Ernteschäden und dergleichen aussprechen würde.

d) SPD

Herr Dr. NOWACK wünscht eine offizielle Stellungnahme der FDP zum Münchener SPD-Parteitag.[20] Er weist unter zahlreichen Zitaten aus der Rede Carlo *Schmids* darauf hin, daß in München lebhaft für den Marxismus Propaganda gemacht worden sei.[21] Herr Dr. *Arndt* soll den Auftrag erhalten, eine Analyse der Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie anhand der Reden von Carlo *Schmid* und Erich *Ollenhauer* herzustellen.[22]

Herr Dr. MENDE weist auf die Gefahr hin, daß sich eine CDU-SPD-Koalition bilden könne.

Es wird beschlossen, die nächste Sitzung des Bundesvorstandes am Freitag, den 28. September, in Bonn abzuhalten.

27.

28. 9. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes unter zeitweiser Teilnahme der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am Freitag, den 28. 9. 1956, in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer der FDP." 9.30 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Engelhard, Frühwald, [Graaff], Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Mälzig, Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Scheel, [Schwann], Schwertner, Weyer, Will.

---

20 Der Parteitag fand vom 10.–14. 7. 1956 statt. JAHRBUCH DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS 1956/57, S. 318–339.

21 K. KLOTZBACH, 1982, S. 376, stellt zum Referat *Schmids* fest, es erweckte den Anschein, daß die SPD „wieder mehr zum Planungs- und Gemeinwirtschaftsdenken zurückgekehrt" sei.

22 Nicht ermittelt.

TOP 1: BESPRECHUNGEN MIT FÜHRENDEN PERSÖNLICHKEITEN ANDERER PARTEIEN

Herr Dr. DEHLER referiert über die Besprechungen, die er mit führenden Persönlichkeiten anderer Parteien in den letzten Wochen hatte.[1] In der ausführlichen Debatte werden die folgenden Gesichtspunkte besonders herausgestellt: Wir sind bereit zu einer Koalition mit demjenigen, der uns hilft, unseren FDP-Standpunkt durchzusetzen, und: mit wem immer wir in einer Regierung zusammenarbeiten, unsere Prinzipien geben wir nicht auf.

Gegenüber der Tendenz, durch Verschmelzung von FVP und DP[2] für den nächsten Wahlkampf eine „Deutsche Volkspartei" zu gründen, ist rechtzeitige Abwehr erforderlich. In Nordrhein-Westfalen ist der Name DVP bereits von uns nahestehenden Persönlichkeiten in das Vereinsregister eingetragen worden. Dies kann auch in einigen anderen Landesverbänden geschehen, damit der Name geschützt wird.

Herr Dr. HAAS (Bayern) berichtet über die Entwicklung der Bayernpartei, die auf Annullierung der 5 %-Klausel durch das Bundesverfassungsgericht hofft[3] und beim Fehlschlagen dieser Erwartung unter Umständen Unterschlupf auf der Liste der FDP suchen werde.

Herr WEYER verlangt, daß keinerlei Verhandlungen mit der FVP über eine Fusion mehr stattfinden sollen und daß auch kein Redner der FDP sich mehr für einen Zusammenschluß mit der FVP einsetzen dürfe.

Gespräche mit Persönlichkeiten anderer Parteien sollten, falls die andere Partei mehrere Vertreter entsendet, auch nicht von einem Mann unserer Partei allein geführt werden.

---

1 Hierzu ausführlich der Bericht „Koalitionsgespräche. Politisches Laienspiel", in: DER SPIEGEL, 10. Jg., Nr. 39 vom 26. 9. 1956, S. 11–14. Hierin wurde u. a. auf durch *Erhard, Schröder* und *von Eckardt* eingeleitete und geführte Gespräche mit FDP-Politikern hingewiesen, deren Gegenstand der Wiedereintritt der FDP in die Bundesregierung gewesen sein sollte. Einbezogen in das Gespräch zwischen *Erhard* und *Dehler* wurde am 7. 9. 1956 auch *Preusker*, der hierüber im Anschluß die Bundespressekonferenz unterrichtete. Am 13. 9. 1956 kam es schließlich zu einem Gespräch zwischen *Dehler* und *Adenauer* und ebenso zu einer Aussprache *Dehlers* mit *Ollenhauer*. Über die im folgenden erwähnte ausführliche Debatte liegt eine mehrseitige handschriftliche Aufzeichnung *Haußmanns* vor, die allerdings infolge ihrer stichwortartigen Anlage nur teilweise verständlich ist, aber doch die Schlußfolgerung erlaubt, daß obiger „Spiegel"-Bericht weitgehend zutreffend ist. Nach *Haußmann* beteiligten sich an der Aussprache: *Rademacher, Mende, Leuze, Will, Dehler, Engelhard, Borttscheller, Mischnick, Mälzig, Kohut*, Albrecht *Haas, Haußmann, Döring, Becker, Hedergott, Scheel*, Marie-Elisabeth *Lüders*, Herta *Ilk, Reichardt* und *Weyer*. HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann). Über das Gespräch *Adenauers* mit *Dehler* auch der Bericht *Adenauers* vor dem CDU-Bundesvorstand am 20. 9. 1956. Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1990, S. 1019 ff.

2 Nach Bildung einer Fraktionsgemeinschaft im Bundestag zwischen DP und FVP im Juli 1956 führten beide Parteiführungen Kontaktgespräche, um die Möglichkeit einer Parteienfusion zu ergründen. Vgl. H. MEYN, 1965, S. 48.

3 Einen entsprechenden Antrag hatte die Bayernpartei gemeinsam mit der Gesamtdeutschen Volkspartei beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das die Klagen abweisende Urteil des Gerichts erging am 22. 1. 1957. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 6, Nr. 10, S. 84–99. Vgl. I. UNGER, 1979, S. 197.

Herr Dr. HAUSSMANN verlangt, daß jeder FDP-Angehörige, der bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auf einer FVP-Liste kandidiert, ausgeschlossen wird.

In der Zusammenfassung betont Herr Dr. DEHLER, daß Gespräche mit Vertretern anderer Parteien auch in Zukunft notwendig sein werden. Er werde dem Bundesvorstand regelmäßig berichten.

Die folgende Entschließung wird einstimmig angenommen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hält einen laufenden Meinungsaustausch mit anderen tragenden Willensrichtungen in der Bundesrepublik für erforderlich, um einer Verkrampfung unserer Innenpolitik zu wehren und um nach allen Seiten die sachlichen Voraussetzungen für eine verantwortliche Zusammenarbeit zu prüfen. Es wird deshalb als richtig anerkannt, daß sich führende Freie Demokraten während der letzten Wochen den Gesprächsmöglichkeiten mit Vertretern der CDU/CSU und der SPD nicht verschlossen haben. Um falschen Schlußfolgerungen zu begegnen, bekennt sich der Bundesvorstand erneut zur ‚Würzburger Formel', wonach die koalitionspolitische Entscheidung vom Wahlausgang abhängt und nicht durch Parteiabsprachen vorweggenommen werden soll. Fusionsgespräche mit der abgesplitterten FVP-Gruppe werden ebenso nachdrücklich abgelehnt wie Wahlbündnisse mit der neu gebildeten Fraktionsgemeinschaft FVP/DP."[4]

TOP 2: BEZIEHUNGEN ZUR SOWJETZONE

Herr Dr. NOWACK erstattet ausführlich Bericht über die Verhandlungen des vom Bundesvorstand eingesetzten Arbeitskreises für Kontakte mit der Sowjetzone.[5]

Er hat folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Kontakte sollen keine Verhandlungen zur Wiedervereinigung zum Inhalt haben; sie haben nur ein begrenztes Ziel.

b) Zur Aufnahme der Kontakte Geltungsbedürfnis der LDP-Funktionäre (Wunsch nach Anerkennung ihrer Bedeutung durch Besatzungsmacht und SED) in entsprechender Weise auszunützen.

c) Kontaktaufnahme mit der Sowjetzonen-LDP offensiv durchführen, um die Dinge in die Hand zu bekommen und propagandistisch in der Zone erfolgreich wirken zu können.

d) Nach Möglichkeit bei Kontakten auf öffentliche Veranstaltungen in Ost und West konzentrieren.

---

4 Veröffentlicht in fdk, 7. Jg., Nr. 65 vom 2. 10. 1956. Bei der angesprochenen „Würzburger Formel" handelte es sich um einen Beschluß des Würzburger Parteitages vom 21. 4. 1956, in dem es wörtlich hieß: „Allein gestützt auf die überzeugende Kraft ihres Gedankengutes und ihrer Haltung und ungebunden durch Absprachen nach irgendwelcher Seite erwarten die Freien Demokraten die koalitionspolitische Entscheidung des Jahres 1957 von ihrem Volk als der höchsten Instanz des demokratischen Staates. Sie behalten sich deshalb ihre eigene Entscheidung vor bis zum Morgen nach der Wahl." fdk, 7. Jg., Nr. 28 vom 24. 4. 1956.

5 Vgl. Nr. 26, TOP 2 „Kontakte mit der LDP".

e) Versuch unternehmen, durch Absprachen mit LDP-Kreisen den Stil solcher Veranstaltungen von vornherein festzulegen.

f) Feststellung der bisherigen Kontakte zwischen FDP und LDP auf Orts- und Kreisebene durch Rundschreiben an alle Kreisverbände.

g) Ausarbeitung einer Studie über Kontakte mit der Sowjetzone mit konkreten Vorschlägen.

Betreffs künftiger Arbeit des Ostbüros der FDP sind folgende Beschlüsse gefaßt:

a) Das Ostbüro wird umbenannt. Entsprechende Vorschläge sollen vom Ostbüro unterbreitet werden.

b) Die Finanzierung durch ausländische Stellen soll ab 1. 10. 1956 eingestellt werden.

c) Die Propagandaarbeit in die Zone wird bis auf weiteres fortgeführt; sie muß mit der übrigen Tätigkeit des Referats koordiniert werden. Die Finanzierung soll durch die Partei erfolgen.

d) Die Propagandaarbeit in die Zone wird eingestellt, sobald sich die Sowjetzone bereit erklärt, FDP-Zeitungen im Gebiet der sogenannten DDR zum Vertrieb zuzulassen.

e) Die Flüchtlingsbetreuungsarbeit und der ärztliche Beratungs- und Hilfsdienst werden fortgeführt. Aus diesem Grunde bleibt auch die Organisation des Ostbüros (Zentrale und drei Außenstellen) im Prinzip erhalten.

f) Das Ostbüro unterbreitet dem Bundesvorstand eine Beschlußvorlage zur Umstellung der Arbeit des derzeitigen Ostbüros im Sinne der vorgenannten Punkte.

g) Das Nachfolgereferat des Ostbüros wird beauftragt, die Bundestagsfraktion laufend mit Anträgen zur Unterstützung der Sowjetzonenbevölkerung und Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu versorgen.

Der Bundesvorstand beschließt, daß das Ostbüro der FDP ab 1. November 1956 die Bezeichnung „Referat Wiedervereinigung in der Bundesparteileitung" trägt. Es wird aufgeteilt in die Sachgebiete Wiedervereinigung und Flüchtlingsbetreuung.

Die übrigen Vorschläge werden weiter behandelt werden.

Herr DÖRING berichtet über die Kontakte, die in den letzten Wochen mit Persönlichkeiten der LDP stattgefunden haben.[6]

Er hält es für notwendig:

1. in Zunkunft jede Einzelaktion zu verbieten und bei Übertretungen mit Disziplinarmaßnahmen vorzugehen;
2. sich bei der Vereinbarung von Versammlungen von der LDP Sicherungen dafür geben zu lassen, daß die LDP-Mitglieder und nicht nur ein begrenzter Kreis eingeladen werden;

---

6 Zur Vorgeschichte siehe ebd., Anm. 5.

3. nur in solchen Veranstaltungen zu reden, bei denen in die LDP wirklich hineingewirkt werden kann.

Herr *Döring* erbittet die prinzipielle Bejahung einer politischen Diskussion mit den Menschen aus Mitteldeutschland.

Herr WEYER verlangt, daß wir energisch dazu beitragen, den Stacheldraht, der durch Deutschland läuft, zu beseitigen. Der eingesetzte Arbeitskreis solle konkrete Vorschläge hierfür ausarbeiten.

Herr Dr. NOWACK wünscht, daß durch Verhandlungen der freie Reiseverkehr von beiden Seiten hergestellt wird. Der Arbeitskreis werde auch weitere Vorschläge für die Ostkontakte machen.

Herr Dr. WILL hält es für notwendig, vier bis fünf Persönlichkeiten der LDP nach Bonn einzuladen. Dafür wird ein Betrag von 1 200 bis 1 500 DM erforderlich sein. Der Betrag wird bewilligt.

Es wird festgestellt, daß der Bundesvorstand keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Behandlung des Problems hat.

Am späteren Nachmittag berichtet Herr Dr. DEHLER zur Frage der Ostkontakte, daß in der Sowjetzone Meldungen erschienen sind, die eine Antwort erforderlich machen.

Es wird folgende Veröffentlichung gebilligt:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten prüfte die Voraussetzungen einer Aussprache zwischen Deutschen des Bundesgebietes und der sowjetischen Zone auf Parteiebene. Die Möglichkeit eines Meinungsaustausches mit Parteien der sowjetischen Zone außer der SED wird in nächster Zeit abgeklärt werden."[7]

Nach einer einstündigen Mittagspause tritt der Vorstand um 15.00 Uhr gemeinsam mit der Bundestagsfraktion der FDP zusammen.

TOP 6: VERHÄLTNIS ZUR DPS

Herr Dr. DEHLER teilt mit, daß Herr Dr. *Schneider* (Saarbrücken) sich entschuldigt und gebeten habe, an seiner Stelle Herrn *Schwertner* bei der Verhandlung zum Tagesordnungspunkt 6 zuzulassen. Herr *Schwertner* ist anwesend und wird vom Vorsitzenden begrüßt.

Herr Dr. *Dehler* berichtet über die Entwicklung des Verhältnisses der DPS zur FDP.[8] Er stellt Herrn *Schwertner* einige konkrete Fragen, wie er sich das Verhältnis in Zukunft vorstelle.

Herr SCHWERTNER weist in seiner Antwort auf die prekäre saarländische Situation hin. Die Verhältnisse im Saarland machten ein enges Zusammenstehen der Saarparteien nach Ansicht der DPS-Führung erforderlich. Deshalb sei aber die Freundschaft der DPS zur FDP nicht aufgekündigt. Eine endgültige Entschei-

7 fdk, 7. Jg., Nr. 65 vom 2. 10. 1956.
8 Vgl. Nr. 25, Anm. 1.

dung über das Vorgehen bei der Bundestagswahl sei noch nicht möglich. Der Vorstand der DPS sei durch den Landesparteitag vom 16. September ermächtigt worden, über Listenverbindungen zu verhandeln. Man wolle die Eigenständigkeit der DPS nicht aufgeben[9], könne aber trotzdem Landesverband der FDP werden. Die Struktur der DPS sei anders als die der FDP, dennoch sei die freundschaftliche Zusammenarbeit schon rein historisch bedingt. Aus einer weiteren konstruktiven Zusammenarbeit der beiden Parteien werde sich ergeben, daß die Möglichkeit negativer Entschlüsse der DPS gegen die FPD ausgeschlossen würde. Führende Männer der DPS hätten sich schon in Baden-Württemberg[10] am Wahlkampf beteiligt und träten jetzt auch in Nordrhein-Westfalen bei den Kommunalwahlen[11] in zahlreichen Versammlungen als Redner auf. Man müsse nun eine gesunde Basis für das nächste Jahr schaffen. Die DPS habe der FDP keine Absage erteilt, sondern ihre Entschlüsse nur hinausgeschoben infolge der innersaarländischen Verhältnisse.

Herr WEYER erklärt, daß kein Zweifel am Willen zur Zusammenarbeit bestände. Die DPS habe in der Tat noch bestimmte politische Aufgaben zu erfüllen. Auch das Motto der DPS, „Christlich, Sozial, Deutsch", steht nicht im Widerspruch zu unseren Zielen. Er wünscht, daß ein führendes Mitglied der DPS immer an den Vorstandssitzungen teilnimmt, daß also Herr Dr. *Schneider* sich stets vertreten läßt, wenn er selbst nicht teilnehmen kann. Umgekehrt sollten auch Vertreter der FDP an den Vorstandssitzungen der DPS teilnehmen. Herr *Spoerhase* müsse auch an den Sitzungen der FDP-Wahlkampfleiter teilnehmen. Sehr erwünscht wäre es, wenn der Chefredakteur der Zeitung „Deutsche Saar" dazu veranlaßt werden würde, sich in seinen Artikeln Mäßigung aufzuerlegen.

Herr Dr. NOWACK berichtet über den Verlauf des Parteitages der DPS, an dem er als Vertreter der FDP teilnahm. Er hat lebhafte Bedenken wegen der Tendenzen, die dort zutage traten, und wegen des Beschlusses, der dort gefaßt wurde, „keine Fusion mit irgendeiner Partei vorzunehmen". Es sei verständlich, daß die DPS, bedrängt von den Angelegenheiten des eigenen Landes, Zeit gewinnen wolle. Man müsse aber Klarheit gewinnen und könne die Entscheidung nicht mehr lange vertagen.

Herr Dr. DEHLER betont, daß Vorstandsmitglieder der DPS uns immer willkommen seien, und unterstreicht, daß wir nicht mehr lange zuwarten können. Wenn die DPS andere Möglichkeiten des Zusammengehens bei den bevorstehenden Wahlen erwäge, müssen wir binnen kurzem eine eigene Organisation im Saargebiet aufbauen.

Herr SCHWERTNER entgegnet, es sei kein Zweifel daran, daß die nach dem 1. 1. [1957] in den Bundestag zu entsendenden drei Mitglieder der DPS in der FDP-Fraktion sitzen werden und nicht nur als Hospitanten.[12] Diese Abgeord-

---

9 Anläßlich des Parteitages hatte der DPS-Vorsitzende *Schneider* „heftig alle Fusionsgerüchte" mit der FDP dementiert. Frank DINGEL, Die Demokratische Partei Saar, in: R. STÖSS, (Hrsg.), 1983, S. 791.

10 Für die Landtagswahlen am 4. 3. 1956.

11 Am 28. 10. 1956.

12 Dabei handelte es sich um Heinrich *Schneider,* Fritz *Wedel* und Erich *Schwertner,* die am

neten werden sehr auf die Hilfe der FDP in den Angelegenheiten des Saarlandes angewiesen sein. Der Vertrag, den die Bundesregierung mit Frankreich abschließe[13], enthalte viele Fehler. Man könne ihn aber trotzdem nicht ablehnen. Eine eigene FDP-Organisation an der Saar wäre für alle Teile der schlechteste Dienst. Die DPS müsse ein Landesverband der FDP mit Eigenständigkeit werden. Ein besserer Kontakt sei nötig. Die Pressemitteilungen, die z. T. von Bonn lanciert seien, hätten bei der DPS genau so eine Mißstimmung geschaffen wie Äußerungen der „Deutschen Saar" bei der FDP.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„In Anwesenheit des stellv. Vorsitzenden der DPS, des Staatskommissars Erich *Schwertner,* befaßte sich der Bundesvorstand der Freien Demokraten mit dem Verhältnis der Freien Demokratischen Partei zur Demokratischen Partei Saar. Es wurde eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Parteien vereinbart, die u. a. in gegenseitiger Teilnahme an den beiderseitigen Vorstandssitzungen ihren Ausdruck finden wird."[14]

TOP 3: STAND DER WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

Herr DÖRING erläutert den von der Wahlkampfleitung aufgestellten Organisationsplan und die Besetzung der darin vorgesehenen Stellen. Die Bundesgeschäftsstelle wird in den Dienst der Wahlkampfleitung gestellt und in fünf Gruppen gegliedert.

Es sind vorgesehen für die Leitung der Gruppe Politik: Bundesgeschäftsführer Werner *Stephan;* Presse: Dr. Josef *Ungeheuer;* Werbung und Information: Erik *Rinné;* Organisation und Verwaltung: Herbert *Stender.* Für die Gruppe Wirtschaftswerbung wird später ein Vorschlag gemacht werden.

Innerhalb der Gruppe Politik sind folgende Referate vorgesehen: Außenpolitik, Innenpolitik, Wiedervereinigung, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Agrarpolitik, Kulturpolitik, Wehrpolitik, Frauenfragen, Jugendfragen.

Als Referenten werden vorgeschlagen: Außenpolitik: Reinhold *Schulze* (zugleich Leitung der Bundesparteischule); Sozialpolitik: Helmuth *Jaekel* (bisher Düsseldorf). Der bisherige Referatsleiter *Kirchgeorg* verbleibt im Referat und

---

10. 1. 1957 in den Bundestag einzogen. BT STEN. BER., Bd. 34, S. 10106 B. Sie gehörten der FDP-Fraktion bis zum Ende der Legislaturperiode als Hospitanten an. Ebd., S. 10107 D. DATENHANDBUCH, 1983, S. 246.

13 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. 10. 1956, Text in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 46, Drucks. Nr. 2901. Hierzu auch Per FISCHER, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich. Politische Entwicklung von 1945-1959, Frankfurt/Main-Berlin 1959, S. 232–245.

14 fdk, 7. Jg., Nr. 65 vom 2. 10. 1956. Auf dem Würzburger Parteitag hatte *Dehler* am 21. 4. 1956 ausgeführt: „Der bisherige Bundesvorstand hat die Frage erwogen, wie die Zusammenarbeit zwischen unseren Freunden an der Saar und der FDP vertieft werden kann. Es ist der Vorschlag gemacht worden, daß der Vorsitzende der DPS, also jetzt unser Freund *Schneider,* das Recht haben soll, beratend an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilzunehmen. Unser Vorschlag ist, daß der Parteitag diese Regelung billigt. Sind Sie damit einverstanden? (Lebhafter Beifall!) Wenn Bedenken bestehen, bitte ich, das zum Ausdruck zu bringen. – Das ist nicht der Fall. Dann gilt also diese Regelung." ADL, A 1-97.

ist insbesondere für den Außendienst vorgesehen. Agrarpolitik: Dr. Fritz *Keim.* Wehrpolitik: Herbert *Stender.* Jugendfragen: Erich *Weber,* DJD, Wolfgang *Ramroth,* LSD. Mit der Leitung des wirtschaftspolitischen Referats ist vorläufig Dr. Hans-Joachim *Arndt* beauftragt.

Zur Gruppe Politik gehört auch das Referat Wiedervereinigung, das nach Umwandlung des bisherigen Ostbüros entsprechend dem vom Vorstand gefaßten Beschluß gebildet wird. Leitung: Karl-Heinz *Naase.*

Gruppe Presse: Als Stellvertreter des Leiters Dr. Josef *Ungeheuer* wird Karl-Hermann *Flach* beauftragt, der zugleich zum ständigen Sekretär der Bundeswahlkampfleitung bestellt wird.

Gruppe Werbung und Information: Leitung des Referates Information: Josef M. *Gerwald* (zugleich stellvertretender Redaktionsleiter des „Freien Worts").

Weitere personelle Dispositionen werden noch getroffen und dem Vorstand vorgelegt werden.

Der Bundesvorstand erklärt sich mit den von der Bundeswahlkampfleitung getroffenen Maßnahmen einverstanden.

Herr DÖRING erläutert ferner die Beschlüsse, die die Wahlkampfleitung inzwischen gefaßt hat

a) bezüglich des Bundesparteitages, der in Hamburg in großem Stile aufgezogen werden soll[15];

b) bezüglich Vorbereitung einer festen programmatischen Grundlage, an der Herr *Niebel* maßgebend mitwirkt;

c) bezüglich Ausstattung aller Landesverbände mit Fernschreibern.

Der Vorstand erklärt sich hiermit einverstanden.

TOP 4: BILDUNG EINES ARBEITSKREISES ZWECKS AUFSTELLUNG EINES FÖRDERUNGSPLANES FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG USW.

Der folgende von Herrn *Reichardt* eingebrachte Antrag wird einstimmig angenommen:

„Es wird ein Arbeitskreis gebildet, der einen umfassenden Förderungsplan für die deutsche Wissenschaft und Forschung, den technischen Nachwuchs und die Begabten ausarbeitet. Dieser Plan soll dann im kulturpolitischen Ausschuß beraten und bis spätestens zum 28. 2. 1957 dem Bundesvorstand zur Beschlußfassung vorgelegt werden."

Herr Senator *Biermann-Ratjen* soll gebeten werden, den Vorsitz zu übernehmen. Herr Prof. *Luchtenberg* soll gebeten werden, diesem Ausschuß in besonderem Maße seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Herren *Biermann-Ratjen* und *Luchtenberg* werden Mitarbeiter für den Arbeitskreis von sich aus heranziehen.

---

15 Der für Hamburg vorgesehene Parteitag (geplanter Termin: 2.–4. 5. 1957, fdk, 7. Jg., Nr. 63 vom 25. 9. 1956) wurde im Januar 1957 in Berlin abgehalten. Siehe Nr. 29, TOP „Vorverlegung des Bundesparteitages", und Nr. 30, TOP 1 „Festsetzung des Bundesparteitages".

TOP 5: PARTEIFINANZIERUNG UND FÖRDERGESELLSCHAFTEN

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt, da Herr *Rubin* an dieser Sitzung nicht teilnehmen konnte.

TOP 7: AGRARPOLITIK, ZOLLFRAGEN UND KONJUNKTURPOLITIK

Bundestagsabgeordneter GRAAFF referiert über die Beratungen des Konjunkturbeirates der Bundestagsfraktion.

Herr FRÜHWALD unterbreitet dazu den folgenden Entschließungsentwurf:

„Der Preissteigerung auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Dabei ist es nötig, das Verhältnis der Gewichte ins rechte Licht zu setzen. Man kann nicht im selben Atemzuge gegen die schon abflauende Preiswelle bei Lebensmitteln wettern (Rückggang der Preise von nur 0,6 %!), indem man die anhaltende Aufwärtsentwicklung der Preise bei anderen Konsumgütern übersieht und eben dabei ist, erneute Preissteigerungen bei den industriellen Grundstoffen hinzunehmen. Der letzte Grund für die ganze Entwicklung ist doch in der Tatsache zu sehen, daß man die den Produktivitätsgrad überholenden Lohnsteigerungen nicht verhinderte und – wie die jüngsten Abmachungen im Bergbau beweisen[16] – nicht verhindern will. Bringt man Lohnhöhe und Produktivität nicht in eine gesunde Relation, dann ist alles andere nur eine Kur an den Symptomen.

In der Zeit von Mai bis August d. J. ist die allgemeine Konsumrate um 14 % gestiegen. Davon sind nur 2 % als echte Preiserhöhungen anzusprechen. Dagegen sind 12 % auf den Mehrverbrauch (Menge und Qualität) zurückzuführen. Den größten Zuwachs buchen mit 26 % Oberbekleidung, mit 24 % Unterbekleidung, mit 23 % die Genußmittel. Die Nahrungsmittel sind lediglich mit 7,1 % an dem Zuwachs beteiligt.

Was den Agrar- und Ernährungssektor betrifft, so ist dazu folgendes zu sagen: Der Herr Bundesernährungsminister hat in der Öffentlichkeit wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Steigen der landwirtschaftlichen Preise unvermeidlich ist, wenn es nicht gelingt, die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion ausreichend zu senken.[17] Dies festzuhalten, ist um so wichtiger, als der Herr Bundeswirtschaftsminister ständig entgegen dem klaren Wortlaut und Sinn des Landwirtschaftsgesetzes in der Öffentlichkeit diese erste Voraussetzung jeder rentablen Wirtschaftsführung verneint.

Weiterhin ist es ein unverzeihlicher Mangel der Informations- und Aufklärungsarbeit der Bundesregierung, daß in der Öffentlichkeit keine Klarheit über die Unterschiede zwischen Agrarpreis und Lebensmittelpreis, also zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis und ihre unterschiedliche Entwicklung

16 Am 21. 9. 1956 hatten sich der Unternehmerverband Ruhrbergbau und die Industriegewerkschaft Bergbau auf die Verkürzung der Arbeitszeit geeinigt. Eingeführt wurden die 5-Tage-Woche und zusätzliche bezahlte Ruhetage für die Bergleute. Artikel „Fünf-Tage-Woche im Kohlebergbau" im Bonner GENERAL-ANZEIGER vom 22./23. 9. 1956.

17 Vgl. die ausführlichen Darlegungen von Minister *Lübke* im Bundestag am 9. 5. 1956, BT STEN. BER., Bd. 29, S. 7634 B–7637 C.

herrscht. Während die Agrarpreise zu 80 % im Verbraucherinteresse manipuliert werden, entwickeln sich die Verbraucherpreise nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Dazu ein Beispiel: Obwohl sich die Getreidepreise seit 1950/51 praktisch nicht geändert haben, stiegen die Brotpreise einzig und allein deshalb, weil Handel und Verarbeitung in Anbetracht der steigenden Kosten ihre Preise erhöhen mußten. Nachdem das Landwirtschaftsgesetz den in allen anderen Wirtschaftsbereichen gültigen Grundsatz der Kostendeckung auch für die Landwirtschaft anerkannt hat, ist es widersinnig, die heute noch ungenügenden Agrarpreise unter Druck setzen zu wollen, weil man die Lebensmittelpreise für zu hoch hält. Da sich das Realeinkommen erheblich kräftiger nach oben entwickelt hat als die Lebenshaltungskosten, hätten an sich nur die einkommensschwächeren Kreise der Bevölkerung berechtigten Anlaß zur Klage. So lange das Grundübel unserer augenblicklichen Wirtschaftsentwicklung nicht behoben wird (siehe oben!), gibt es nur die Lösung, daß der Staat die Verbraucherpreise in der von ihm für notwendig und angemessen gehaltenen Höhe subventioniert. Auf alle Fälle gibt es Möglichkeiten, Preiserhöhungen, die man nicht bis zum Verbraucher durchschlagen lassen will, aufzufangen.

So ließe sich z. B. daran denken, die Preiserhöhungen für Butter, die mit Rücksicht auf den jahreszeitlich bedingten Rückgang der Produktion und den Werkmilchpreis zu erwarten sind, durch Erlaß der Umsatzsteuer beim Handel zugunsten des Verbrauchers abzufangen. Ähnliche Lösungen bieten sich auch bei anderen Lebensmitteln an.

Zu einer spürbaren Bereinigung der Lohn- und Preisentwicklung gehört jedoch eine durchdachte Koordinierung der gesamten Wirtschafts-, Handels-, Steuer- und Finanzpolitik, von der die Bundesregierung weiter denn je entfernt ist. Der immer wieder einsetzende Streit der führenden Bundesminister in der Öffentlichkeit über die gewollte oder gemeinte, auf alle Fälle aber nicht sichtbar vorhandene politische Generallinie ist Ausdruck der vollkommenen Hilflosigkeit einer Bundesregierung, deren Chef zwar nach dem Gesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, sie aber offensichtlich entweder nicht gibt oder nicht durchzusetzen vermag."

Der Vorstand stimmt mit der Fraktion darin überein, daß die von Herrn *Frühwald* behandelten Agrarfragen zunächst im Konjunkturbeirat und im agrarpolitischen Ausschuß behandelt werden sollen. Die Schlußfolgerung, die sich daraus ergibt, soll in Antragsform an die Fraktionsvorsitzenden Dr. *Dehler* und Dr. *Mende* gegeben werden. Herr Dr. *Dehler* wird nach Abstimmung mit den Freunden aus der Fraktion aufgrund des ihm übergebenen Materials eine Erklärung abgeben.[18]

Angenommen wird ein Antrag des Herrn *Scheel:*

„Zur Rationalisierung der Arbeit werden mit sofortiger Wirkung der wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei und der Konjunkturbeirat der Bundestagsfraktion vereinigt."

---

18 Nicht ermittelt.

TOP 8: BERICHT DES ABG. SCHWANN ÜBER SEINE OSTASIENREISE

Herr SCHWANN berichtet ausführlich über seine Ostreise.[19] Er stellt am Schluß den Antrag, die Bundesregierung zu veranlassen, sofort Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß eine stänge Wirtschaftsdelegation mit konsularischen Rechten nach Rotchina entsandt wird. Der Vorstand beschließt, den Antrag als Material an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

TOP 9: ANTRAG DER BAYERISCHEN FDP, EINEN KLEINEN KREIS VON PARTEIFREUNDEN ZU BERUFEN, DER DIE AUFGABE HAT, DIE ALLGEMEINE GEISTIGE UND POLITISCHE GRUNDLAGE DER FDP UND IHRE AUSSTRAHLUNG AUF DIE GROSSEN LEBENSGEBIETE DER NATION KLAR UND ALLGEMEIN VERSTÄNDLICH IN KNAPPER FORM NIEDERZULEGEN

Wird zurückgestellt.

TOP 10: VERSCHIEDENES

Herr Dr. DEHLER erklärt zu dem in der vorigen Sitzung diskutierten Verhalten der Abgeordneten Frau *Hütter* bei den Abstimmungen zum Wehrpflichtgesetz[20], daß die Bundestagsfraktion den Fall inzwischen bereinigt habe. Die Angelegenheit wird damit als erledigt erklärt.

28.

18. 10. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am Donnerstag, den 18. 10. 1956, in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer der FDP."

Teilnehmer: Atzenroth, Dehler, Döring, Frühwald, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Mende, Mischnick, Müller-Link, [Nowack], Reichardt, Rubin, Scheel, Schwertner.

TOP 2: [STAND DER SOZIAL- UND RENTENREFORM]

Herr Dr. Karl ATZENROTH, MdB, erstattet Bericht über den Stand der Sozial- und Rentenreform. Er weist darauf hin, daß die Vertreter der FDP-Fraktion im zuständigen Ausschuß gegen die generelle Versicherungspflicht Stellung

19 Hermann *Schwann* war Anfang September 1956 von einer mehrwöchigen Reise nach China zurückgekehrt, das er auf Einladung der „Studiengesellschaft für Außenpolitik" besucht hatte. Zusammenstellung von Presseartikeln hierüber in: AdsD, Sammlung Personalia-Schwann.

20 Siehe Nr. 26 mit Anm. 14 und 15.

nehmen und daß wir dem Gedanken der Produktivitätsrente in keiner Form zustimmen werden.[1] Es sei bezeichnend, daß die Bundesregierung nicht wage, die Gutachten der Herren *Vocke* und *Heubeck* zu veröffentlichen.[2] Die FDP werde allen Nachdruck auf rechtzeitige und angemessene Überbrückungsbeträge bei den Sozialrenten legen.

Herr Dr. DEHLER teilt mit, daß der Arbeitsstab, den er einzusetzen beabsichtigte, nach der Entwicklung der letzten Wochen nicht mehr erforderlich scheine.

Der Vorstand beschließt: Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Gutachten von *Vocke* und *Heubeck* alsbald allen Bundestagsabgeordneten zuzustellen. Herr Dr. *Atzenroth* wird die entsprechenden Schritte unternehmen.[3]

Dr. DEHLER sagt zu, daß bei dem Hamburger Bundesparteitag[4] neben den geistespolitischen auch die sozialpolitischen Fragen besonders herausgestellt werden sollen.

TOP 1: [BERICHT ÜBER DIE OST-WEST-KONTAKTE]

Dr. Erich MENDE erstattet einen ausführlichen Bericht über die Ost-West-Kontakte.[5] Er gibt die Vereinbarung bekannt, die in Weimar zwischen den Vertretern der FDP und der LDP getroffen wurde und die folgenden Wortlaut hat:

„In dem Bewußtsein, daß die deutsche Wiedervereinigung nur zu erreichen ist, wenn das ganze deutsche Volk sich zum ersten Anwalt seiner eigenen Sache macht und nicht die Wiedervereinigung allein der Rechtsverpflichtung der vier Siegermächte aus dem Potsdamer Abkommen überläßt, setzen Mitglieder des Bundesvorstandes der Freien Demokratischen Partei und des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands ihre in Berlin und Garmisch-Partenkirchen begonnenen Gespräche in der Zeit vom 4.–6. Oktober 1956 in Weimar fort.

---

1 Zum Stand der Beratungen zur Rentenreform, über die im Bundeskabinett am 17. 10. 1956 eine heftige Diskussion entbrannt war, in deren Verlauf Bundeskanzler *Adenauer* gegen Finanzminister *Schäffer* an dem Gedanken der Produktivitätsrente festhielt, siehe H. G. HOCKERTS, 1980, S. 404 f.

2 Zu den Gutachen *Vockes* (der befürchtete, daß durch das Reformwerk das „Vertrauen in die Währung" untergraben werde) und *Heubecks* (der eine enorme Steigerung von Bundeszuschuß und Beitragssatz für die kommenden Jahre voraussagte) ebd., S. 378 f. und S. 384.

3 Die FDP-Bundestagsfraktion brachte am 23. 10. 1956 einen Antrag ein, der die Bundesregierung ersuchte, die Gutachten *Heubecks* und *Vockes* zu veröffentlichen. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 45, Drucks. Nr. 2791. Das Gutachten *Heubecks* wurde noch 1956 als Broschüre veröffentlicht (Stollfuß-Verlag Bonn), das Gutachten *Vockes* 1957 in: Die Rentenreform 1956/57. Eine Zusammenfassung kritischer Stimmen, hrsg. von der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Köln 1957, S. 60–64.

4 Siehe Nr. 27, Anm. 15.

5 Vom 4.–6. 10. 1956 waren *Döring, Mende* und *Scheel* mit den LDP-Politikern *Agsten, Gerlach* und *Werthmann* in Weimar zu einer ausführlichen Aussprache zusammengetroffen. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 507 ff. Zur Vorgeschichte Nr. 27, TOP 2 „Beziehungen zur Sowjetzone".

Von der FDP nahmen die Herren Dr. Erich *Mende,* Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Parteivorsitzender, Walter *Scheel,* Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Bundesvorstandes, und Wolfgang *Döring,* Vorsitzender der Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen, von der LDPD die Herren Manfred *Gerlach,* Volkskammerabgeordneter und Generalsekretär der LDPD, Rudolf *Agsten,* Vorsitzender der Volkskammerfraktion und Sekretär der Parteileitung, und Harald *Werthmann,* Volkskammerabgeordneter und Mitglied des Zentralvorstandes, an der Besprechung teil.

Im Mittelpunkt der Besprechung standen Fragen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Parteien zur Erreichung dieses Zieles und damit zur Beendigung der unseligen Spaltung Deutschlands. Trotz stark divergierender Auffassungen in Fragen der geistigen und politischen Grundlagen der Parteien ergaben sich eine Reihe gemeinsamer Vorstellungen über praktische Wege zur Förderung der Wiedervereinigung. Erörtert wurden u. a. die Möglichkeit einer Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in beiden Teilen Deutschlands, die wesentlich zur innerdeutschen Entspannung beitragen würden, sowie Anregungen und Vorschläge zu einem verstärkten Meinungsaustausch und Begegnungen der Deutschen untereinander. In diesem Zusammenhang kamen die Vertreter beider Parteien überein, den öffentlichen Meinungsaustausch zwischen beiden Teilen Deutschlands über die inneren Voraussetzungen der Wiedervereinigung zu unterstützen. Sie gelangten zu der gemeinsamen Auffassung, die Besprechungen fortzusetzen, und werden ihren Parteivorständen Bericht erstatten.

Die Gesprächsteilnehmer statteten dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald einen Besuch ab und ehrten die 56 000 Opfer aus 23 Nationen, indem sie im Namen ihrer Parteien an der Gedenkstätte Kränze niederlegten."[6]

Nach ausführlicher Aussprache wird beschlossen, daß der Ausschuß für die Wiedervereinigung unter Vorsitz von Dr. *Nowack* erneut zusammentreten soll und auf der Basis der bisherigen Besprechungen ein Programm für die Fortführung der Kontakte aufstellen soll. Er wird dem Vorstand in nächster Zeit, auf alle Fälle noch vor den nächsten Besprechungen zwischen Vertretern der FDP und der LDP, berichten.[7]

TOP 3: PARTEIFINANZIERUNG UND FÖRDERGESELLSCHAFTEN

Wird vertagt.

TOP 4 a: [BESTÄTIGUNG DER WAHL DER STELLV. VORSITZENDEN DES BUNDESFRAUENAUSSCHUSSES]

Der Vorstand bestätigt die Wahl von Frau Lotte *Friese-Korn,* MdB, zur stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses.

---

6 Dieses Kommuniqué, von den Gesprächsteilnehmern eigenhändig unterzeichnet, in der Anlage zum Protokoll.

7 Siehe Nr. 31 b, TOP 4 „Antrag Baden-Württemberg bezüglich Ostkontakte".

TOP 4 b: [ERWEITERUNG DER BUNDESWAHLKAMPFLEITUNG UM EINE FRAU]

Aufgrund des Vorschlages des Bundesfrauenausschusses wählt der Bundesvorstand Frau Dr. Emmy *Diemer,* MdL, in die Bundeswahlkampfleitung. Als Stellvertreterin von Frau Dr. *Diemer* wird Frau Dr. Herta *Ilk,* MdB, gewählt.

[VERHÄLTNIS VON FDP UND DPS]

Außerhalb der Tagesordnung befaßt sich der Vorstand in Anwesenheit von Herrn Dipl. Ing. *Schwertner* als Vertreter der DPS mit dem Verhältnis von FDP und DPS im Anschluß an Erklärungen, die Herr Dr. *Dehler* am 17. 10. 1956 bei einer Konferenz mit saarländischen Journalisten in Bonn abgegeben hat.[8] Da die Äußerungen aller Redner in der fraglichen Presseveranstaltung auf Band genommen worden sind, wird die Sitzung unterbrochen und den Vorstandsmitgliedern Gelegenheit gegeben, sich in einem anderen Raum des Bundeshauses über den Verlauf der Pressekonferenz zu unterrichten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weist Dr. HAUSSMANN darauf hin, daß die Saarexperten nicht anwesend sind.

Dr. KOHUT macht besonders auf das Fehlen von Dr. *Becker* aufmerksam.

Herr RUBIN hält den Zeitpunkt für gekommen, das Verhältnis der DPS zur FDP nun endgültig zu klären.

Herr Dr. DEHLER vertritt die Auffassung, daß zu dem neugeschlossenen Saarabkommen[9], das er persönlich ablehne, in erster Linie die Fraktion Stellung nehmen müsse. Im übrigen sollte sich der Hauptausschuß mit dem Verhältnis von FDP und DPS befassen.

Herr SCHWERTNER wiederholt die in der vorigen Vorstandssitzung abgegebenen Erklärungen, daß sich die DPS-Bundestagsabgeordneten am 1. Januar 1957 der FDP anschließen werden[10] und die DPS nur wegen der besonderen Verhältnisse im Saargebiet Zeit für die Regelung des Verhältnisses zur FDP brauche.

Dr. NOWACK meint, daß nur noch bis Anfang Januar, dem Termin, an dem die Saarabgeordneten in den Bundestag eintreten, Zeit gelassen werden könne, aber nicht länger.

---

8 Nach Zeitungsberichten hatte sich *Dehler* bei dieser Gelegenheit für die Ablehnung des deutsch-französischen Saarvertrages durch den Bundestag ausgesprochen und „in scharfen Formulierungen zu seinem gespannten persönlichen Verhältnis zum saarländischen Landtagspräsidenten Dr. Heinrich *Schneider* (DPS) Stellung genommen". U. a. war von *Dehler* behauptet worden, er habe „*Schneider* erst von der Notwendigkeit einer Volksabstimmung zum Saarstatut überzeugen müssen". Artikel „Dr. Thomas Dehler kontra Dr. Schneider", in: BONNER RUNDSCHAU vom 19. 10. 1956. Außerdem hatte *Dehler,* so der Artikel „Dehler lehnt den Staatsvertrag ab", in: FAZ vom 18. 10. 1956, *Schneider* unterstellt, dieser „sehe offenbar in ihm, *Dehler,* einen ‚räudigen liberalen Hund'".

9 Siehe Nr. 27, Anm. 13.

10 Siehe ebd. mit Anm. 12.

Nach mehreren Telefongesprächen *Schwertners* mit Dr. *Schneider,* Saarbrücken, wird die folgende Erklärung angenommen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat sich in Anwesenheit des Vertreters der Demokratischen Partei Saar, Staatskommissar *Schwertner,* mit den im Saarabkommen liegenden politischen und wirtschaftlichen Fragen befaßt. Eine endgültige Stellungnahme erfordert die genaue Kenntnis des Inhalts der Abmachungen und die Überprüfung ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Es ist festgelegt worden, daß nach Vorliegen aller notwendigen Unterlagen umgehend der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten mit verantwortlichen Vertretern der Demokratischen Partei Saar zusammentreten, um eine Stellungnahme zu erarbeiten. Es wurde nachdrücklich festgestellt, daß die bisherige erfolgreiche, vertrauensvolle politische Zusammenarbeit mit der DPS unter Führung ihres Vorsitzenden Heinrich *Schneider* fortgesetzt und gefestigt werden soll."[11]

Nachdem Dr. *Dehler* gegen Ende der Sitzung den Vorsitz an Dr. HAUSSMANN übertragen hat, gibt dieser dem Wunsch Ausdruck, daß die nächste Sitzung am 2. November stattfindet; vielleicht könne sie sich schon mit den neuen Arbeitsergebnissen des Ausschusses für Wiedervereinigung befassen, da Dr. *Nowack* den Ausschuß bereits für Mittwoch, den 24. 10. 1956, 14.30 Uhr, einberufen hat.

29.

16. 11. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme von Mitgliedern der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung vom 16. November 1956 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 14.00 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Graaff, Albrecht Haas, Paul Haas, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Kohut, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Richter, Rubin, Schwertner, Weyer, Will.

[VORVERLEGUNG DES BUNDESPARTEITAGES]

Herr Dr. DEHLER gibt den Antrag der Landesverbände Bayern, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz bekannt, den Bundesparteitag auf Januar 1957 vorzuverlegen: „Wir beantragen, auf die Tagesordnung der Vorstandssitzung

11 Veröffentlicht in: fdk, 7. Jg., Nr. 69 vom 18. 10. 1956.

am Freitag, den 16. November, zu setzen: Beschlußfassung über Einberufung des ordentlichen Parteitages für Januar – Landesverband Hessen: *Kohut,* Landesverband Rheinland-Pfalz: *Nowack,* Landesverband Bayern: *Haas,* Landesverband Bremen: *Borttscheller,* Landesverband Niedersachsen: *Graaff.*"

Herr RUBIN beantragt, zunächst eine Aussprache über die aktuellen politischen Fragen vorzunehmen und dann die Debatte über den Antrag der fünf Landesverbände anzuschließen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird auf Antrag von Herrn *Rubin* einstimmig beschlossen, daß die politische Aussprache um 16.30 Uhr unterbrochen werden soll, um den Antrag der fünf Landesverbände zu behandeln.

[POLITISCHE AUSSPRACHE]

Herr Dr. DEHLER nimmt sodann in einem ausführlichen Referat zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen[1] Stellung. An der sich anschließenden Aussprache nehmen auch mehrere Mitglieder der Bundestagsfraktion teil.

[VORVERLEGUNG DES BUNDESPARTEITAGES – FORTSETZUNG]

Um 16.30 Uhr wird die Aussprache gemäß Beschluß unterbrochen und der Antrag auf Vorverlegung des Bundesparteitages zur Debatte gestellt. Herr WEYER erklärt, daß er den bisher festgesetzten Termin des Parteitages, nämlich Anfang Mai 1957, für zu spät halte. Auch aus allgemeinpolitischen Überlegungen müsse der Bundesparteitag früher stattfinden. Herr Dr. WILL erkärt für den Landesverband Berlin, daß er die Abhaltung des Bundesparteitages im Januar für notwendig hält. Herr Dr. LEUZE schlägt vor, am Tage vor der bereits einberufenen Hauptausschußsitzung, also am 14. Dezember, eine weitere Vorstandssitzung abzuhalten und dabei als Punkt 1 den Antrag auf Vorverlegung des Bundesparteitages zu behandeln.

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die Frage behandelt, ob der Vorstand heute einen Beschluß auf Vorverlegung des Bundesparteitages fassen kann. Herr Dr. KOHUT drängt namens des Landesverbandes Hessen auf sofortige Beschlußfassung. Herr Dr. MENDE vertritt die Auffassung, die allgemeine Weltlage erzwinge die frühere Abhaltung des Bundesparteitages; Hindernisse, die in Satzungsbestimmungen etwa bestehen könnten, müßten überwunden werden. Dr. NOWACK schlägt vor, den Vorstand erneut auf Freitag, den 30. November, einzuberufen und dann endgültig Beschluß über die Festsetzung des Bundesparteitages zu fassen.

Da mehrere Vorstandsmitglieder am 30. November verhindert sind, wird einstimmig beschlossen, die nächste Vorstandssitzung auf Samstag, den 1. Dezember, einzuberufen. Als erster Punkt der Tagesordnung soll die Festsetzung des Bundesparteitages behandelt werden.

---

1 Dazu die knappen Hinweise in: E. MENDE, 1984, S. 511 f. Auf besondere Kritik war die Rede *Dehlers* im Bundestag am 8. 11. 1956 gestoßen, da sie „teilweise als Inschutznahme der Sowjets [Einmarsch in Ungarn] mißdeutet werden konnte".

Herr DÖRING betont, daß es beim Bundesparteitag keine Debatte über die Person des Vorsitzenden und einen denkbaren Nachfolger mehr geben dürfe.

Mehrere Redner verlangen, daß die Programmvorschläge rechtzeitig vorliegen, so daß sie bereits am 15. Dezember vom Hauptausschuß behandelt werden können.

Einstimmig wird die nachstehende Entschließung angenommen, die sofort veröffentlicht werden soll:

„Die Entwicklung der Innen- und Außenpolitik hat zur Auffassung des Bundesvorstandes geführt, den nächsten ordentlichen Parteitag zum baldmöglichen Termin einzuberufen. Der Termin wird auf der nächsten ordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes am 1. Dezember festgelegt.

Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei berieten in ihrer heutigen Sitzung die innen- und außenpolitische Lage. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Politik der Freien Demokratischen Partei eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren habe. Mehr denn je habe die jüngste Zeit unter Beweis gestellt, daß die Lösung nationaler und internationaler Probleme nur auf dem Wege der Verhandlungen erreichbar ist. Nachdem sowohl das Prestige der NATO durch die eigenwillige Handlung zweier ihrer Mitglieder[2] wie des Warschauer Paktes durch die Ereignisse in Polen und Ungarn in Mitleidenschaft gezogen wurden, erinnern die Freien Demokraten erneut an ihre letzten Vorstellungen, aus der NATO und dem Warschauer Pakt ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen[3], das beide Weltmächte einschließt und so Europa die Hoffnung gibt, bewaffneten Konflikten zu entgehen. Die Freien Demokraten begrüßen das Umschwenken der Verteidigungspolitik der Bundesregierung[4] an die von ihnen Anfang dieses Jahres entwickelten Vorstellungen, das Schwergewicht der Verteidigungsplanung auf die beschleunigte Aufstellung von Notwehrverbänden wie auf den Schutz der Zivilbevölkerung zu verlegen, anstatt langfristige theoretische Planungen zu pflegen. Entsprechende Vorschläge waren seitens der Fraktion bereits [im] Januar 1956 an den Bundeskanzler gelangt.[5]

Der Bundesvorstand hält an dem Bemühen, mit der mitteldeutschen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, unverändert fest.[6] Die jüngste Entwicklung

---

2 Bezieht sich auf das gemeinsame militärische Vorgehen Großbritanniens und Frankreichs gegen Ägypten anläßlich des Konfliktes um den Suezkanal Ende Oktober/Anfang November 1956, das ohne Konsultation der NATO-Verbündeten erfolgte. AdG 1956, S. 6072.

3 Diese Vorstellungen der FDP unterbreitete Josef *Ungeheuer* am 22. 11. 1956 noch einmal detailliert in der fdk, 7. Jg., Nr. 79 vom 22. 11. 1956.

4 Der neue Bundesverteidigungsminister *Strauß* hatte auf seiner ersten Pressekonferenz am 6. 11. 1956 bekanntgegeben, daß die bisherigen Aufbaupläne für die Bundeswehr umgestoßen würden und ab nunmehr der Grundsatz gelte: „Qualität geht vor Quantität." AdG 1956, S. 6080 A. Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 301 f.

5 Nach eigenem Bekunden hatte die FDP in diesem von *Mende* und von *von Manteuffel* ausgearbeiteten Schriftstück „eine umfassende Konzeption für den Aufbau der demokratischen Wehrmacht entwickelt, in der bisherige Fehler aufgezeigt und Vorschläge für Abhilfe gemacht" worden seien. Näheres zum Inhalt in: Informationsrundbrief Nr. 62 der FDP-Bundestagsfraktion vom 3. 2. 1956, ADL, unverzeichneter Bestand.

6 Zur Vorgeschichte siehe Nr. 28 mit Anm. 5–7.

zwingt jedoch zu der Überlegung, auf welche Weise dieses Ziel zu erreichen ist. Gerade die nach den jüngsten Ereignissen sichtbare Depression der mitteldeutschen Bevölkerung, die sich von ihren westdeutschen Brüdern und Schwestern verlassen fühlt, zwingt zu dieser Maßnahme."[7]

An der Abstimmung nehmen auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion teil.

[POLITISCHE AUSSPRACHE – FORTSETZUNG]

Die Aussprache über die politischen Fragen wird dann fortgesetzt. Sie bezieht sich besonders auch auf die Äußerungen, die Herr Dr. *Haas,* München, nach Pressemeldungen bei Versammlungen in Bayern und Berlin getan haben soll.[8] Herr Dr. HAAS erklärt, daß sie vielfach unrichtig wiedergegeben worden seien. Insbesondere könne ihm die Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 15. 11. 1956[9] nicht angelastet werden. Wohl aber habe er Klarheit über unsere Haltung in der Wehrfrage verlangt und eine Überprüfung der bisherigen Stellungnahme gefordert. Er werde jeden Beschluß, den der Hauptausschuß in dieser Frage fasse, für verbindlich ansehen und öffentlich vertreten.

---

7 Veröffentlicht in: fdk, 7. Jg., Nr. 78 vom 20. 11. 1956.

8 Der ARCHIVDIENST DER UNION IN DEUTSCHLAND, 10. Jg., Nr. 85/86 vom 15. 11. 1956, hatte berichtet, *Haas* fordere jetzt, „daß seine Partei ihre Haltung in der Wehrpolitik und der Wiedervereinigungspolitik überprüfe". So habe er auf einer FDP-Versammlung erklärt, „die FDP sei zu der Erkenntnis gelangt, daß es im Augenblick keine realen Möglichkeiten für die Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik gebe. Die Kontaktversuche mit der LDP seien gescheitert, weil bei den Funktionären der LDP ‚auch nicht ein Funke liberalen Geistes mehr vorhanden'" sei.

9 Bezieht sich offensichtlich auf den Artikel „Bayerns Freie Demokraten wollen zurück", in: FAZ vom 15. 11. 1956 (S. 4). Hierin hieß es: „Maßgebliche Kreise des Landesverbandes Bayern der FDP, die sich bisher auch in schwierigen Situationen hinter den Parteivorsitzenden Dr. *Dehler* zu stellen pflegten, halten jetzt ein weiteres Verbleiben *Dehlers* an der Parteispitze für kaum noch tragbar. Man bezeichnet es als fast ausgeschlossen, daß er sich nochmals durchsetzen könnte, und unterstreicht, es gehe hier gar nicht mal um die Person *Dehlers,* sondern um eine sachliche Entscheidung von äußerster Tragweite für die Partei. Diese Entscheidung aber müsse zwangsläufig ein Votum gegen *Dehler* beinhalten. Die Vorgänge in Ungarn und Ägypten bedeuteten einen Wendepunkt in der Weltpolitik. Der sogenannte neue Kurs der SU könne keine entscheidende Rolle mehr in den Überlegungen der Partei spielen. Man müsse jetzt in der Wehrfrage und der Frage der Ostpolitik wieder an den Ausgangspunkt der Freien Demokraten zurückkehren."

30.

1. 12. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Dehler. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 1. Dezember 1956 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." 9.30 Uhr–15.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Frühwald, Graaff, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Kohut, Letz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Müller-Link, [Niebel], Nowack, Rademacher, Reichardt, Scheel, Weyer, Will.

[VORSITZ IM LDP-BUNDESBEIRAT]

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Herr Dr. DEHLER als Vorsitzender mit, daß Herr Dr. *Kunze* seinen Vorsitz im LDP-Bundesbeirat niedergelegt habe. In Besprechungen mit Herrn Dr. *Kunze* sei jedoch klargestellt worden, daß er das Amt wieder übernehmen werde, wenn er vom Vorstand neu bestätigt würde. Der Bundesvorstand bestätigt einstimmig Herrn Dr. *Kunze* als Vorsitzenden des LDP-Bundesbeirates.

TOP 1: FESTSETZUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Herr Dr. DEHLER stellt fest, daß die Woche vom 20. bis 27. 1. 1957 sitzungsfrei sei und sich daher als besonders geeignet anbiete.

Herr *Rademacher* klärt durch ein Telefongespräch mit Hamburg, daß am Sonnabend, den 26. Januar nachmittags, in Hamburg keinesfalls getagt werden könne. Das Curio-Haus als Tagungslokal für den eigentlichen Bundesparteitag stehe nur am Freitag, den 25., und am Samstag, den 26., früh zur Verfügung. Anfragen in Hannover, die von Herrn *Graaff* gestellt werden, ergeben, daß der Bundesparteitag dort nur in den Tagen vom 31. Januar bis zum 2. Februar in einem geeigneten Tagungslokal stattfinden könnte. Diese Tage erscheinen jedoch mit Rücksicht auf die parlamentarische Session ungeeignet. Eine Sondierung, die Herr Dr. *Will* in Berlin vornimmt, ergibt hingegen, daß dort der Bundesparteitag vom 24. bis 26. Januar im Casino am Funkturm eine in jeder Beziehung geeignete Stätte finden würde. Es wird einstimmig beschlossen, den Bundesparteitag vom 24. bis 26. Januar 1957 in Berlin abzuhalten.

Die Sitzung des Bundesvorstandes soll am Mittwoch, den 23. Januar, in Berlin stattfinden. Auf Antrag von Herrn *Rademacher* wird in Aussicht genommen, in den Tagen vom 2. bis 4. Mai 1957, in denen der Bundesparteitag nach einem früheren Beschluß des Bundesvorstandes in Hamburg stattfinden sollte, einen Parteikongreß nach näherer Vereinbarung gleichzeitig mit dem Hamburger Landesparteitag abzuhalten.[1]

1 Siehe Nr. 39 mit Anm. 1.

Auf der Tagesordnung des Bundesparteitages soll die Neuwahl des Vorstandes[2] stehen und ferner die Festlegung programmatischer Grundlagen. Die programmatischen Grundlagen sollen in Arbeitskreisen vorbereitet werden. Der Vorstand beschließt, mit der Vorbereitung die folgenden Vorstandsmitglieder zu beauftragen: Wirtschaftspolitik: *Scheel;* Sozialpolitik: *Atzenroth;* Agrarpolitik: *Frühwald;* Wiedervereinigung: *Will;* Außenpolitik: *Becker;* Wehrpolitik: *Mende;* Gesellschaft-Geistespolitik: *Letz.*

Die Diskussion über die programmatischen Grundlagen soll noch vor der Hauptausschußsitzung vom 15. Dezember in Arbeitskreisen stattfinden. Die Ergebnisse sollen dem Hauptausschuß in der bevorstehenden Sitzung vorgelegt werden. Die zusammenfassenden Referate im Hauptausschuß werden die Herren *Niebel* und *Letz* übernehmen.

Ein Tag soll während des Bundesparteitages für Arbeitskreise reserviert werden. Die Delegierten können an den Arbeitskreissitzungen in Berlin nach Wahl teilnehmen. Die Presse soll an den Beratungen der Arbeitskreise nicht beteiligt werden.

Die Wahlkampfleitung wird am 6. Dezember 1956 gemeinsam mit den Beauftragten des Vorstandes für die Arbeitskreise tagen und das Programm des Bundesparteitages festlegen. Dem Vorstand wird in seiner nächsten Sitzung, die für den 14. Dezember einberufen wird, über das Ergebnis berichtet werden.[3]

Der Bundesvorstand diskutiert nicht die Personalfragen, insbesondere die Wahl des Vorsitzenden, die durch den bevorstehenden Bundesparteitag vorzunehmen ist.

Herr Dr. DEHLER verweist darauf, daß die Landesvorsitzenden im Anschluß an die Vorstandssitzung gemeinsam mit den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundespartei über diese Fragen sprechen werden.[4]

Herr WEYER kündigt einen Antrag des Landesverbandes NRW an, wonach durch eine Satzungsänderung in Zukunft der geschäftsführende Vorstand aus den folgenden Mitgliedern bestehen soll: dem Vorsitzenden der Bundespartei, seinen drei Stellvertretern, dem Bundesschatzmeister und den Vorsitzenden der Landesverbände.[5]

---

2 Nach E. MENDE, 1984, S. 512 f., hatte zu diesem Zeitpunkt eine Unterredung zwischen *Mende, Döring,* Reinhold *Maier* und *Haußmann* stattgefunden, in deren Verlauf die Abgesandten aus NRW *Maier* baten, im Januar 1957 für den Parteivorsitz zu kandidieren. *Maier* hatte zugestimmt, sofern *Dehler* auf eine erneute Kandidatur verzichtete und der Bundesvorstand *Maiers* Grundsatzrede, die er auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen halten wollte, billige. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 450 f.

3 Siehe Nr. 31 a, TOP 1 „Vorbereitung der Hauptausschußsitzung".

4 Über diese Sitzung, die bis 17.00 Uhr dauerte, existiert ein von *Stephan* angefertigtes Protokoll. Danach sprach sich die Mehrzahl der Landesvorsitzenden für einen Wechsel im Parteivorsitz aus, und ebenso votierte bereits zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit für die Kandidatur Reinhold *Maiers.* Als Alternativkandidaten nannte *Will* (Berlin) noch *Nowack,* und *Graaff* (Niedersachsen) hielt *Middelhauve* für besonders geeignet. Allerdings ließen auch diese beiden Sprecher die Zustimmung ihrer Landesverbände zu *Maiers* Kandidatur erkennen. HStASt, Q 1/22, Bü 833 (NL Haußmann).

5 Siehe Nr. 31 b, TOP 5 „Antrag NRW auf Satzungsänderung".

Herr DÖRING regt an, zum Bundesparteitag eine Sternfahrt nach Berlin durch die Zone vorzunehmen.

TOP 2 a: BERICHT DER WAHLKAMPFLEITUNG

Herr RADEMACHER legt einen Antrag der Wahlkampfleitung vor, in dem straffere Disziplin verlangt und Maßnahmen für Disziplinarverstöße angekündigt werden.

Es wird beschlossen, in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes am 14. Dezember darüber zu beraten[6] und diesen Antrag auch im Hauptausschuß einzubringen.

Herr RADEMACHER bittet, den Antrag in der Tendenz schon jetzt gutzuheißen.

Herr HEDERGOTT macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß er noch in den Landesvorständen diskutiert werden müßte.

Herr Dr. HAUSSMANN, der in Stellvertretung von Herrn Dr. *Dehler* bei dieser Debatte den Vorsitz führt, stellt abschließend fest, es solle schon bis zur nächsten Vorstandssitzung im Geiste dieses Antrages gehandelt werden. Bis zur nächsten Vorstandssitzung solle eine Debatte in den Landesvorständen über den Antrag stattfinden. Die endgültige Fassung des Antrages werde am 14. Dezember entschieden werden.

[ANTRAG BADEN-WÜRTTEMBERG BZGL. OSTKONTAKTE]

Herr Dr. HAUSSMANN beantragt zugleich namens des Landesvorstandes von Baden-Württemberg: „Bis auf weiteres sollen alle sogenannten Ost-West-Kontakte unterbleiben.[7] Eine Wiederaufnahme kommt nur in Frage, nachdem in den verantwortlichen Parteigremien eine Abstimmung der Meinungen herbeigeführt worden ist."

Herr Dr. NOWACK erklärt dazu, daß dieser Antrag zweckmäßigerweise im Kontaktausschuß geprüft werde, der am 14. Dezember um 14.30 Uhr tagen werde. Er werde als Vorsitzender dieses Ausschusses in der nächsten Vorstandssitzung über das Ergebnis Bericht erstatten.[8]

Herr Dr. HAAS erklärt, bis zur nächsten Vorstandssitzung müsse schon im Geiste des von Herrn Dr. *Haußmann* gestellten Antrages gehandelt werden.

Herr Dr. MENDE erklärt eine Beschlußfassung über den Antrag für nicht möglich, da er nicht auf der Tagesordnung stehe. Es werde aber niemand in der gegenwärtigen Situation Gespräche mit Vertretern der Sowjetzone führen wollen.

Herr Dr. LEUZE hält eine vorläufige Verständigung der Parteiorganisationen im Sinne des baden-württembergischen Antrages für erforderlich, zieht aber diese Anregung zurück, nachdem Herr WEYER Widerspruch erhob und auf die Zu-

6 Siehe ebd., TOP 3 „Antrag bzgl. Parteidisziplin".
7 Zur Vorgeschichte siehe Nr. 28 mit Anm. 5–7.
8 Siehe Nr. 31 b, TOP 4 „Antrag Baden-Württemberg bzgl. Ostkontakte".

ständigkeit des Kontaktausschusses, der vom Vorstand beauftragt worden sei, hinwies.

Herr Dr. HAUSSMANN stellt Übereinstimmung im Vorstand im Sinne der Äußerung von Herrn Dr. *Mende* fest.

Über diesen Punkt soll keine Presseveröffentlichung herausgehen.

TOP 2 b: PROGRAMMATISCHE RICHTLINIEN

Über die Fertigstellung der programmatischen Richtlinien berichtet Herr NIEBEL: Es werde sich um kein umfassendes Parteiprogramm handeln, sondern um eine Zusammenstellung von Punkten, zu denen jeweils eine Erläuterung gegeben werde. Ein von der Wahlkampfleitung beauftragter Unterausschuß werde sich in den nächsten Tagen mit der Formulierung der Unterlagen befassen. Im übrigen werden die Arbeitskreise, wie unter Punkt 1 wiedergegeben, tätig werden.

TOP 3: WAHLABKOMMEN MIT ANDEREN PARTEIEN

Unter Vorsitz von Herrn Dr. *Dehler* wird über die Frage der Wahlabkommen mit anderen Parteien verhandelt.

Herr WEYER berichtet über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Blocks/BHE, *von Kessel,* der bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung an ihn herangetreten sei und die Möglichkeit der Zusammenfassung von BHE und FDP in einer neuen Partei erörtert habe. Er, *Weyer,* sei von vornherein skeptisch gewesen, da dem BHE offenbar daran liege, durch groß aufgemachte Meldungen über Verhandlungen des BHE mit der FDP bei der CDU ein Entgegenkommen für Direktmandate des BHE zu erzielen.

Herr Dr. DEHLER berichtet über Gespräche, die der Vorsitzende der GVP, *Heinemann,* mit maßgeblichen Persönlichkeiten der SPD geführt habe.[9] Der GVP sei hier die kalte Schulter gezeigt worden.

Herr Dr. HAAS weist darauf hin, daß am 23. Januar 1957 in Karlsruhe das Urteil in der Klagesache der Bayernpartei gegen die 5 %-Klausel des Bundeswahlgesetzes erfolgen werde.[10] Werde die Klage abgewiesen, dann erscheine ihm eine „Tuchfühlung mit der Bayernpartei" möglich.

Herr STEPHAN berichtet über Tendenzen, in einzelnen Wahlkreisen Abkommen zwischen FDP und CDU zustande zu bringen, und weist darauf hin, daß der Verzicht auf Wahlkreiskandidaturen auch eine Stimmeneinbuße auf den Landeslisten bedeute.

Herr Dr. KOHUT beantragt: In jedem Wahlkreis muß ein Kandidat der FDP aufgestellt werden.

Der Vorstand beschließt in diesem Sinne und wird den Antrag an den Hauptausschuß weiterleiten.

---

9 Hinweis auf diese Gespräche, in denen auf SPD-Seite *Mellies* und *Eichler* vertreten waren, in: D. KOCH, 1972, S. 481.

10 Siehe Nr. 27, Anm. 3.

Der Vorstand ist sich darüber einig, daß ein später Wahltermin erstrebenswert ist, schon weil eine Wahl im Hochsommer den Ausfall zahlreicher Stimmen von Ferienreisenden bedeutet, obgleich nach dem neuen Wahlgesetz auch vom Ausland her die Einsendung von Stimmscheinen möglich ist.[11]

31 a.

14. 12. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Haußmann. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 14. Dezember 1956 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssaal." 16.00 Uhr–23.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Bucher, Döring, Ehrich, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, Müller-Link, [Niebel], Nowack, Reichardt, Scheel, [Ungeheuer], Will.

Dr. HAUSSMANN teilt mit, daß Dr. *Dehler* infolge seines Autounfalls[1] schonungsbedürftig sei und an den Sitzungen vom 14. und 15. Dezember nicht teilnehmen könne. Er habe ihn mit seiner Stellvertretung beauftragt. Der Vorstand gibt seinem Bedauern über den Unfall Ausdruck und beschließt, Dr. *Dehler* seine besten Wünsche für baldige Wiederherstellung verbunden mit den Glückwünschen zu seinem heutigen Geburtstag zu übermitteln.[2] Der Brief wird von allen anwesenden Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.

[VERHÄLTNIS VON FDP UND DPS]

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet DÖRING über einen Besuch in Saarbrücken, der am 13. Dezember stattfand im Zusammenhang mit der Gründung einer Gruppe des LSD an der dortigen Universität. *Döring* nahm an der Nachtsitzung des Saarparlaments teil, bei der die DPS ihren Austritt aus der

11 Das am 9. 5. 1956 in Kraft getretene Bundeswahlgesetz enthielt die Möglichkeit der Briefwahl.

1 Bei diesem Autounfall, der sich am 10. 12. 1956 ereignet hatte, war *Dehler* durch Schnittwunden verletzt worden. Meldung in: DIE WELT vom 11. 12. 1956.

2 Der Brief in: ADL, Ordner-Nr. 136. Sein Text lautete: „Lieber, sehr geehrter Herr Dr. *Dehler!* Die heute in Bonn versammelten Mitglieder des Bundesvorstandes übermitteln Ihnen zu Ihrem Geburtstag die besten Wünsche und Grüße. Wir alle bedauern es insbesondere sehr, daß Sie an diesem Tage nicht an unseren wichtigen Beratungen teilnehmen können, weil Sie durch die Folgen Ihres vor einigen Tagen erlittenen Autounfalles daran gehindert sind. Wir hoffen und wünschen von Herzen, daß Ihre Gesundheit und Ihre Schaffenskraft möglichst bald voll wiederhergestellt sind. In freundschaftlicher Verbundenheit."

Regierung und aus der Koalition der Heimatbundparteien erklärte.[3] In Gesprächen mit Dr. *Schneider* und *Schwertner* wurde deutlich, daß nach der Veränderung der politischen Verhältnisse an der Saar mit einer raschen Annäherung der DPS an die FDP zu rechnen ist.[4] Die Mitglieder der DPS, die nach dem 1. Januar 1957 in den Bundestag eintreten werden, werden den Antrag stellen, in die FDP-Fraktion aufgenommen zu werden.[5]

Nach längerer Aussprache erklärt Dr. KOHUT, daß noch vor dem Zusammentritt der FDP-Bundestagsfraktion am 1. Januar ein Gespräch mit den führenden Persönlichkeiten der DPS erforderlich ist.

Dr. HAUSSMANN schlägt die Herren Dr. *Becker,* Dr. *Nowack* und *Döring* vor. Dr. *Ungeheuer,* der gleichfalls vorgeschlagen wurde, verzichtet. Anstelle von Dr. *Becker,* der anderweitig in Anspruch genommen ist, wird Dr. *Mende* an dem Gespräch teilnehmen. Dr. *Nowack* wird die Verbindung mit Dr. *Schneider,* Saarbrücken, aufnehmen und den beiden anderen beteiligten Herren Mitteilung über den Termin der Zusammenkunft machen.[6]

TOP 1: VORBEREITUNG DER HAUPTAUSSCHUSSITZUNG

a) Dr. HAUSSMANN teilt mit, daß Dr. *Dehler* Dr. *Mende* beauftragt hat, im Hauptausschuß den politischen Bericht statt seiner zu erstatten.

Dr. LEVERENZ beantragt, im Hauptausschuß zunächst das Parteiprogramm der FDP zu beraten, damit dieses auf alle Fälle verabschiedet wird, und sich dann erst den politischen Fragen zuzuwenden.

Dies wird beschlossen und ferner der Beschluß gefaßt, die Sitzung des Hauptausschusses um 17.45 Uhr zu beenden.

b) NIEBEL legt dar, wie das Programm, das dem Vorstand vorliegt, zustande gekommen ist.[7] Ein Entwurf wurde von ihm, *Niebel,* verfaßt unter Beiziehung des umfangreichen Materials, das seit dem Frühjahr von den Ausschüssen der Bundespartei und der Landesverbände sowie einer Anzahl von Parteimitgliedern, u. a. Senator *Nolting-Hauff* (Bremen), erarbeitet wurde. Es wurde dann in zwei Konferenzen, die in Oberwinter stattfanden, von den Abteilungsleitern und einigen Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion begutachtet und ergänzt.

STEPHAN gibt eine kurze Darstellung, wie sich die Bundeswahlkampfleitung die Behandlung des Programms während des Bundesparteitages denkt. Ent-

---

3 Die DPS hatte am 13. 12. 1956 unmittelbar nach der Annahme der Beitrittserklärung des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland durch den Landtag den Austritt aus der Landesregierung erklärt. Sie begründete ihren Schritt damit, daß die Annahme der Beitrittserklärung „ohne Prüfung der Einzelheiten in wenigen Stunden" erfolgt sei. AdG 1956, S. 6153 A.

4 Zum Stand der bisherigen Beziehungen siehe Nr. 28, TOP „Verhältnis von FDP und DPS".

5 Siehe Nr. 27, Anm. 12.

6 Zum Fortgang siehe Nr. 32, TOP 2 „Verhältnis zur DPS".

7 Der Auftrag, „einen Programmentwurf als Materialsammlung zu erarbeiten", war *Niebel* am 19. 9. 1956 aufgrund einer Gruppenleiterbesprechung in der Bundesgeschäftsstelle erteilt worden. Protokoll dieser Sitzung in: ADL, Ordner-Nr. 1302. Der 10 Punkte umfassende Entwurf mit handschriftlichen Korrekturen *Haußmanns* in: HStASt, Q I/22, Bü 721 (NL Haußmann).

sprechend dem am 1. Dezember vom Vorstand gefaßten Beschluß sollen vier Arbeitskreise gebildet werden, für die jeweils ein Vorsitzender und ein Berichterstatter zu wählen sind.[8]

Es wird vorgeschlagen, als Vorsitzenden für den Arbeitskreis „Staat und Gesellschaft" Dr. *Borttscheller* und als Berichterstatter *Letz,* für den Arbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen" als Vorsitzenden *Scheel* und als Berichterstatter *Weyer,* für den Arbeitskreis „Agrarpolitik" als Vorsitzenden *Mauk* (anstelle von *Frühwald,* der ablehnte) und als Berichterstatter *Köhler,* für den Arbeitskreis „Wiedervereinigung und Außenpolitik" als Vorsitzenden Dr. *Becker* und als Berichterstatter Dr. *Mende* zu wählen. Die Bildung von Unterausschüssen für „Sozialpolitik", für „Wehrpolitik" und für „Kulturpolitik" kann evtl. noch beschlossen werden.

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, den Vorsitzenden des finanzpolitischen Ausschusses der FDP, Dr. *Frank,* Stuttgart, beim Wirtschaftsprogramm einzuschalten.

Der Vorstand ist mit der Abgrenzung und der Besetzung der Arbeitskreise einverstanden.

Es wird beschlossen, die Ausschüsse der Partei nicht mehr zur Stellungnahme zum Programm aufzufordern. Das Programm soll, sobald es den Bundeshauptausschuß passiert hat, den Landesverbänden zur Weiterleitung an die Delegierten des Bundesparteitages zugestellt werden. Die weitere Debatte über die einzelnen Programmpunkte wird auf dem Berliner Parteitag stattfinden, und zwar zunächst in den Arbeitskreisen.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß der Hauptausschuß die Thesen im einzelnen debattiert.

Der Vorstand tritt dann in eine Aussprache über die einzelnen Thesen des Programms ein. Bei der Debatte wird vielfach auch auf die ausführliche Erläuterung, die jeder These beigefügt ist, Bezug genommen.

Gegenüber dem Bedenken von HEDERGOTT, das Wort „Christentum" in der These 1 zu verwenden, wird mit großer Mehrheit beschlossen, daß ausdrücklich auf das Christentum verwiesen werden solle.[9]

Zu Punkt 2 wird festgestellt, daß die Formel, die in der Erläuterung zu dieser These mit Bezug auf den „aus den Zeiten deutscher Kleinstaaterei stammenden überlebten Föderalismus" gefunden ist, nicht der Ansicht des Vorstandes entspricht.[10]

---

8 Siehe Nr. 30, TOP 1 „Festsetzung des Bundesparteitages".

9 Entsprechend hieß es nunmehr in der vom Bundesvorstand beschlossenen Fassung: „Die FDP ist die politische Heimat aller Deutschen, die sich zur Freiheit des einzelnen Menschen und zur Freiheit ihres Volkes bekennen, den Marxismus und sozialistische Experimente jeder Art ablehnen und den christlichen Glauben nicht im politischen Tageskampf mißbrauchen lassen wollen."

10 These 2 erhielt die Formulierung: „Zwischen Bürger und demokratischem Staat muß ein besseres Vertrauensverhältnis geschaffen werden. Jeder Deutsche muß aus Überzeugung seinen Staat und seine freiheitlichen Rechte vertreten können, damit unser Volk die geistige, soziale und politische Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien besteht."

Dr. WILL beanstandet das Fehlen einer Erwähnung der Konsumenten.

In These 10 soll neben der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland, die im Entwurf gefordert war, auch die Wiedervereinigung mit den ostdeutschen Gebieten auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes eingefügt werden.[11]

Es wird beschlossen, die agrarpolitische These[12], die im Entwurf als These 7 einrangiert, als These 5 unmittelbar derjenigen über die Marktwirtschaft[13] folgen zu lassen.

Mit Ausnahme der These 4 (sozialverpflichtete Marktwirtschaft) wird jede These[14] verändert oder weitgehend neu formuliert. Die Fassung, in der der Vorstand die Thesen dem Hauptausschuß vorlegt, wird der Urschrift des Protokolls beigefügt. Es wird beschlossen, für jede These ein Stichwort besonders hervorzuheben. Die einzelnen Thesen sollen in einer Schriftenreihe der FDP in Form von sogenannten Monographien behandelt werden.[15]

Es wird beschlossen, am folgenden Tage (15. Dezember) in der Mittagspause während der Hauptausschußsitzung eine weitere Vorstandssitzung abzuhalten, in der die unerledigten Punkte der Tagesordnung behandelt werden sollen.[16]

Am Anschluß an die Vorstandssitzung erörtern die anwesenden Landesvorsitzenden bzw. ihre Stellvertreter die innerparteilichen Probleme.[17]

---

11 Text der These 10: „Die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten ist unser oberstes Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen."

12 Text der These 5: „Die Sonderlage der Landwirtschaft ist gebührend zu berücksichtigen. Für sie ist unter Verbesserung der Agrarstruktur und Rationalisierung eine der gewerblichen Wirtschaft gleichwertige Ordnung zu schaffen, die ihr zur Erhaltung und Sicherung der bäuerlichen Existenz eine kostenwahre Preisgestaltung erlaubt."

13 These 4: „Die sozialverpflichtete Marktwirtschaft ist unbeirrt fortzuführen und in allen Bereichen der Wirtschaft zur Geltung zu bringen, da nur so die stetige Steigerung des Volkseinkommens möglich ist, die Kaufkraft der Währung erhalten und eine Eigentumsbildung für breiteste Schichten erreicht werden kann."

14 Die bisher nicht angeführten Thesen betrafen die Kulturpolitik („Eine zielbewußte Kulturpolitik muß die Geistesfreiheit festigen, der Religion ihren Raum im öffentlichen Leben sichern, Volksbildung, Kunst, Wissenschaft und Forschung ... fördern und dem kulturellen Auseinanderleben Gesamtdeutschlands begegnen."), die Finanz- und Steuerpolitik (Beschränkung der Staatsausgaben, steuerliche Entlastungen, Vereinfachung des Steuersystems), die Sozialpolitik („Unsere Sozialpolitik will die Furcht vor Not und Alter nehmen, den Kriegs- und Arbeitsopfern, Heimkehrern, Vertriebenen und allen unverschuldet in Not geratenen rasch und ausreichend helfen."), die Wehrpolitik („Wir bejahen eine Wehrpolitik, die sich der strategischen Lage, dem Stand der Rüstungstechnik und der besonderen deutschen Lage anpaßt.") und die Außenpolitik („Jede deutsche Außenpolitik muß unserer Lage in der Mitte Europas Rechnung tragen, dem entspannenden Ausgleich und der Erhaltung des Friedens dienen. Sie muß bei Achtung der bestehenden Verträge die Freundschaft mit allen jenen Völkern pflegen, die für die freiheitlichen Menschenrechte und für die nationale Selbstbestimmung eintreten.").

15 Siehe Nr. 41 mit Anm. 14.

16 Nr. 31 b.

17 Hierüber ist ein Protokoll nicht überliefert.

31 b.

15. 12. 1956: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 104. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Haußmann. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 15. Dezember 1956 in Bad Godesberg, Redoute." 12.30 Uhr–14.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Döring, Ehrich, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, Müller-Link, Nowack, Reichardt, Scheel, Ungeheuer, Weyer, Will.

Der Vorstand beriet unter Vorsitz von Dr. *Haußmann* diejenigen Punkte, die am Vortage nicht mehr erledigt werden konnten.

TOP 3: ANTRAG BEZÜGLICH PARTEIDISZIPLIN

Es liegt folgender Antrag der Bundeswahlkampfleitung vor:

„1. Die Mitglieder der Partei einschließlich der Mitglieder des Bundesvorstandes und der Landesvorstände sind gehalten, keine Erklärungen gegenüber Presse, Rundfunk oder in öffentlichen Versammlungen zur Politik der Bundespartei abzugeben, die zu den Beschlüssen des Bundesparteitages, des Bundeshauptausschusses oder des Bundesvorstandes in Widerspruch stehen oder einem Beschluß des zuständigen Gremiums vorgreifen.

2. Gibt ein Mitglied der Partei im Namen der Partei oder unter Umständen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen müssen, er habe im Namen der Partei gesprochen, eine Erklärung ab, die zur Politik der Bundespartei in Widerspruch steht oder einer Stellungnahme des zuständigen Parteigremiums vorgreift, so ist die Pressestelle der FDP ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesvorsitzenden oder seinem amtierenden Stellvertreter sofort zu erklären, daß der Betreffende nicht im Namen der Partei gesprochen hat. Die Pressestelle kann an diese Erklärung den Standpunkt der Partei zu der angeschnittenen Frage anfügen.

3. Alle Parteimitglieder sind gehalten, auch in vertraulichen Informationsgesprächen mit Journalisten nicht über innerparteiliche Vorgänge zu berichten. Für Kritik an der Politik der Partei sind einzig und allein die entsprechenden Parteigremien zuständig.

4. Kommen Indiskretionen aus Parteikreisen vor, wird die Pressestelle der FDP ermächtigt, ihr bekannt gewordene Namen parteiintern zu veröffentlichen und das Material auf Antrag des Bundesvorstandes dem zuständigen Ehrengericht der Partei zuzuleiten.

5. Die Parteimitglieder werden gebeten, sich vor Informationsgesprächen mit Journalisten und vor Pressekonferenzen mit der Pressestelle der Partei in Verbindung zu setzen und sich über Hintergründe unterrichten zu lassen."

Der Vorstand stellt fest, daß die Bundeswahlkampfleitung Anregungen an den Vorstand gibt, jedoch keine Anträge stellen kann. Nach längerer Aussprache

beantragt Dr. MENDE, in dem Antrag die Punkte 3 bis 5 zu streichen und die Punkte 1 und 2 zu ändern. Der Antrag wird in der folgenden Form einstimmig angenommen:

„1. Die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion und der Bundesgeschäftsführer sowie die Vorsitzenden der Fachausschüsse sind gehalten, keine Erklärungen gegenüber Presse, Rundfunk oder in öffentlichen Versammlungen zur Politik der Bundespartei abzugeben, die zu den Beschlüssen des Bundesparteitages, des Bundeshauptausschusses oder des Bundesvorstandes in offensichtlichem Widerspruch stehen.

2. Gibt ein Mitglied der Partei im Namen der Partei oder unter Umständen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen müssen, er habe im Namen der Partei gesprochen, eine Erklärung ab, die zur Politik der Bundespartei in Widerspruch steht oder einer Stellungnahme des zuständigen Parteigremiums vorgreift, so wird der Bundesvorsitzende oder einer seiner amtierenden Stellvertreter erklären, daß der Betreffende nicht im Namen der Partei gesprochen hat."

TOP 4: ANTRAG BADEN-WÜRTTEMBERG BEZÜGLICH OSTKONTAKTE[1]

Dr. NOWACK berichtet über die Beratungen des Kontaktausschusses und gibt folgenden Beschluß bekannt:

„Der Bundesvorstand hat einen Bericht über die Gespräche entgegengenommen, die zu persönlichen und politischen Verbindungen auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände der FDP und der LDP führen sollten.

Das Ergebnis dieser Gespräche entspricht insofern nicht den Vorschlägen der Freien Demokraten, als von seiten der LDP der Versuch unternommen wird, anstelle der Absprache einen Redneraustausch auf offizielle und zentrale Besprechungen zwischen den Parteiführungen und Regierungsstellen abzulenken.

Eine Fortsetzung der Gespräche erscheint nur dann sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Bereitschaft der LDP zum Redneraustausch auf Kreis- und Ortsebene sichtbar ist."

WEYER hält eine Beschlußfassung heute für überflüssig. Niemand will zur Zeit Kontakte aufnehmen oder weiterführen. Jeder wird anfragen, ehe er derartige Dinge unternimmt. Es wäre aber falsch, heute öffentlich dem Gedanken der Kontakte eine Absage zu erteilen. Man tut gut, die Dinge in der Schwebe zu lassen und keine Bekenntnisse abzulegen, solange man es vermeiden kann.

Dr. LEVERENZ regt an, scharf gegen die CDU-Veröffentlichung in gleicher Sache[2] Stellung zu nehmen.

---

1 Text des Antrages und bisherige Behandlung durch den Bundesvorstand in: Nr. 30, TOP „Antrag Baden-Württemberg bzgl. Ostkontakte".

2 Bezieht sich auf den Artikel „In die Schranken gewiesen" in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 10. Jg., Nr. 242 vom 14. 12. 1956. Darin wurde auf einen Artikel in der fdk, in dem der Bundesregierung vorgeworfen wurde, die Wiedervereinigungspolitik gegenüber der westlichen Integrationspolitik zu vernachlässigen, mit den Worten Bezug genommen: „Die Fraktion der

Dr. MENDE widerspricht dieser Anregung. Er ist der Meinung, daß wir zur Zeit keine öffentlichen Erörterungen über die Kontakte brauchen können.

Der Vorstand ist sich nach weiterer Aussprache einig darüber, daß einstweilen keine weiteren Kontakte vorgenommen werden sollen, daß aber auch keine Veröffentlichung erfolgen soll. Auf Antrag Dr. *Nowacks* wird beschlossen, daß das Referat Wiedervereinigung den Auftrag erhält, einen Entwurf für die Mitteilung dieses Beschlusses an alle Landesverbände zu fertigen, und daß die Landesverbände ihrerseits die Kreisverbände unterrichten. Es soll darin betont werden, daß ohne vorherige Verständigung mit dem Bundesvorstand keine Untergliederung der Partei Kontakte aufzunehmen hat.[3]

TOP 5: ANTRAG NRW AUF SATZUNGSÄNDERUNG

Der Vorstand des LV NRW hat den Antrag gestellt: „Der Bundesparteitag wolle beschließen, § 19 Ziff. 1 und 2 sowie § 20 Ziff. 3 der Bundessatzung gemäß der nachstehenden Fassung zu ändern:

„§ 19: Der Bundesvorstand:

1. Der Bundesvorstand besteht aus
   a) dem Bundesvorsitzenden,
   b) drei stellvertretenden Vorsitzenden (Der Aufgabenbereich des stellvertretenden Vorsitzenden wird vom Bundesvorsitzenden festgelegt.),
   c) dem Bundesschatzmeister,
   d) 10 Beisitzern, die aus den Vorsitzenden der Landesverbände bestehen sollen,
   e) den der Partei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder; scheidet einer von ihnen aus seinem Amt aus, so behält er seine Zugehörigkeit zum Bundesvorstand bis zu dessen Neuwahl,
   f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion,
   g) 13 weiteren Beisitzern.

CDU/CSU versagt es sich, im einzelnen auf das Perfide dieses Artikels einzugehen. Nach ihrer Aufassung hat das Recht, sich zum Sprecher in nationalen Schicksalsfragen aufzuwerfen, derjenige verwirkt, der sich auch heute noch mit den Funktionären des sowjetischen Systems an einen Tisch setzt, obwohl er weiß, daß diese von allen Deutschen in der SBZ abgelehnt werden, weil sie nichts anderes sind als Steigbügelhalter Pankows und damit Moskaus. Zu den dilletantischen Versuchen, auf diese Weise in nationalen Schicksalsfragen Politik zu machen, gesellt sich würdig dieser Versuch, die Gradlinigkeit der Wiedervereinigungspolitik einer Partei zu verdächtigen, der das deutsche Volk in freier, gleicher und geheimer Wahl in überzeugender Weise das Vertrauen ausgesprochen hat."

3 Rundschreiben nicht ermittelt. Hinweis hierauf aber in: Kurzprotokoll über die Sitzung des Arbeitskreises des Bundesvorstandes für Kontakte mit der Sowjetzonen-LDP vom 21. März 1957, ADL, A 34-76. Danach hatten auf das diesbezügliche Rundschreiben nur 5 Kreisverbände geantwortet, so daß der Arbeitskreis beschloß, ein weiteres Rundschreiben zu versenden, in dem die Landesverbände „noch einmal eindringlich darauf hingewiesen werden" sollten, daß die Anweisungen des ersten Rundschreibens bzgl. Kontakte mit der LDP zu befolgen seien.

2. Die unter Ziff. 1 a–d genannten Mitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.[4]

§ 20: Aufgaben des Bundesvorstandes:

3. Der Bundesvorsitzende, jeder seiner Stellvertreter sowie jedes Bundesvorstandsmitglied, das seinen Auftrag nachzuweisen hat, haben das Recht, an allen Beratungen der nachgeordneten Gliederungen und den Organen der Partei teilzunehmen und Anträge zu stellen, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein. Dieses Recht gilt nicht gegenüber den Einrichtungen der Parteigerichtsbarkeit."[5]

Frau Dr. Ilk beantragt, auch den unter f) aufgeführten Vorsitzenden der Bundestagsfraktion zum Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes zu machen. Dieser Antrag wird vom Vorstand einstimmig angenommen. Der Antrag, auch die unter e) aufgeführten „der Partei angehörenden Bundesminister und Regierungschefs der Länder" zu Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes zu machen, wird nach längerer Aussprache abgelehnt. Der Punkt d) des Antrages NRW wird wie folgt geändert: „d) den Vorsitzenden der Landesverbände oder deren Stellvertreter."

Der Antrag wird sodann in der folgenden Fassung einstimmig angenommen:
„§ 19: Der Bundesvorstand:

1. Der Bundesvorstand besteht aus
   a) dem Bundesvorsitzenden,
   b) drei stellvertretenden Vorsitzenden (Der Aufgabenbereich der stellvertretenden Vorsitzenden wird vom Bundesvorsitzenden festgelegt.),
   c) dem Bundesschatzmeister,
   d) den Vorsitzenden der Landesverbände oder deren Stellvertreter,
   e) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion,
   f) den der Partei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder; scheidet einer von ihnen aus seinem Amt aus, so behält er seine Zugehörigkeit zum Bundesvorstand bis zu dessen Neuwahl,
   g) 13 weiteren Beisitzern.
2. Die unter Ziff. 1 a–e genannten Mitglieder bilden den geschäftsführenden Bundesvorstand.

„§ 20: Aufgaben des Bundesvorstandes:

3. Der Bundesvorsitzende, jeder seiner Stellvertreter sowie jedes Bundesvorstandsmitglied, das seinen Auftrag nachzuweisen hat, haben das Recht, an allen Beratungen der nachgeordneten Gliederungen und den Organen der Partei teilzunehmen und Anträge zu stellen, ohne an eine Frist oder Form

4 Dies bedeutete gegenüber der Wiesbadener Satzung von 1954 insofern eine Änderung, als nach diesem Vorschlag anstelle von sechs vom Bundesparteitag zu wählenden Beisitzern die jeweiligen Landesvorsitzenden Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sein sollten.

5 Das Antragsrecht war in der Wiesbadener Satzung nicht enthalten.

gebunden zu sein. Dieses Recht gilt nicht gegenüber den Einrichtungen der Parteigerichtsbarkeit."

Der Vorsitzende des Satzungsausschusses, Herr *Bezold,* nahm an den Beratungen über die Satzungsänderung teil.

Dr. MENDE stellt die folgenden beiden Anträge auf Satzungsänderung:

1. Der Bundesvorsitzende darf nicht zugleich Landesvorsitzender sein.
2. Der Bundesvorsitzende darf nicht zugleich Fraktionsvorsitzender sein.

WEYER erklärt dazu, daß die Anträge zunächst in den Landesverbänden beraten werden sollten, zumal im Augenblick keine Zeit für eine längere Aussprache mehr verfügbar sei.

Dr. HAUSSMANN riet, eine Probeabstimmung über die beiden Anträge vorzunehmen, die dadurch aber noch nicht als Anträge des Vorstandes an den Bundesparteitag gekennzeichnet werden sollten.

Die Abstimmung über den Antrag 1 ergibt 9 Stimmen für und 10 Stimmen gegen den Antrag. Die Abstimmung über den Antrag 2 ergibt 10 Stimmen für und 9 Stimmen gegen den Antrag.

Frau Dr. ILK stellt folgenden Antrag auf Satzungsänderung:

„Im § 16 (2) wird unter f) hinzugefügt: Angehörige der Bundestagsfraktion, die nicht Mitglied des Hauptausschusses sind, haben das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundeshauptausschusses teilzunehmen."

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, da es im Augenblick an Zeit fehle, über ihn zu diskutieren.[6]

TOP 6: ANTRAG BAYERN GEGEN BUNDESKULTUSMINISTERIUM[7]

Dr. MENDE weist darauf hin, daß die Bundestagsfraktion den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, für ein Bundeskultusministerium zu stimmen.[8] Lediglich drei bayerische Mitglieder der Bundestagsfraktion haben sich in der Fraktion der Stimme enthalten, als über diesen Antrag Beschluß gefaßt wurde.

Es wird festgestellt, daß vor Wiederzusammentreten des Bundestages über den bayerischen Antrag beraten werden muß.[9] Es wird beschlossen, die nächste Sitzung des Bundesvorstandes auf Sonntag, den 6. Januar 1957, 17.00 Uhr, nach Stuttgart, Park-Hotel, Stuttgart-O, Villastraße 21, einzuberufen. Der Bundestagsabgeordnete *Gaul* soll zu diesem Punkt als Vorsitzender des Kul-

6 Fortgang der Satzungsberatungen in: Nr. 33, TOP 1 „Satzungsänderung".

7 Der Antrag datierte vom 10. 12. 1956 und lautete: „Der Vorstand des Landesverbandes Bayern beantragt in Übereinstimmung mit den Bezirksverbänden Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken: Die Schaffung eines Bundeskultusministeriums wird von der FDP abgelehnt." Anlage zum Protokoll.

8 Für eine Erweiterung der Kompetenzen des Bundes in Kulturfragen hatte sich der FDP-Abgeordnete *Gaul* namens seiner Fraktion im Bundestag am 7. 6. 1956 ausgesprochen. BT STEN. BER., Bd. 30, S. 7861 B. Am 8. 5. 1957 plädierte er für Errichtung eines Bundeskultusministeriums. Ebd., S. 11929 D.

9 Siehe Nr. 32, TOP 5 „Antrag der bayerischen FDP betr. Bundeskultusministerium."

turausschusses des Bundestages miteingeladen werden. Der Punkt Bundeskultusministerium soll als Punkt 2 auf der Tagesordnung erscheinen. Minister *Luchtenberg* soll besonders aufgefordert werden, an der Tagung teilzunehmen.

[BEHANDLUNG DER WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN IM HAUPTAUSSCHUSS]

Nach Erledigung der Tagesordnung fragt Dr. HAUSSMANN an, wie der Bundesvorstand sich die Behandlung der Frage des Parteivorsitzes in der Sitzung des Bundeshauptausschusses denke. Da der Bundeshauptausschuß bereits seit längerer Zeit im Nebensaal versammelt ist, sei es unmöglich, im Bundesvorstand noch eine Aussprache über diese Dinge vorzunehmen. Es wird einstimmig beschlossen, daß Dr. *Haußmann* einen Situationsbericht geben soll.[10]

32.

6. 1. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 6. Januar 1957 in Stuttgart, Park-Hotel, Villastraße." Vorsitz: Mende bzw. Haußmann. 15.30 Uhr–22.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Bezold, Bote, Bucher, Döring, Frühwald, Gaul, Graaff, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kessler, Kohut, von Kühlmann, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier (zeitweise), Mauk, Mende, Mischnick, Müller-Link, Niebel, Nowack, Rademacher, Reichardt, Reif, Rinné, Rubin, Scheel, Schwann, Schwertner, Starke, Ungeheuer, Weber, Will.

Der Vorstand beschließt, die aus Anlaß des Dreikönigstages in Stuttgart anwesenden Bundestagsabgeordneten zur Sitzung als Gäste zuzulassen. Als Gast wird auch der Landesschatzmeister von Hessen, Herr *von Kühlmann,* zugelassen, ferner Herr *Niebel.*

---

10 Nach dem Bericht *Haußmanns* im Hauptausschuß ergab eine Befragung der Landesvorsitzenden, daß sie alle für einen Wechsel im Parteivorsitz plädierten. Die Vorsitzenden von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin machten allerdings Vorbehalte „im Zusammenhang mit der Frage der Zusammensetzung der gesamten Parteileitung". Eine Einschränkung machte auch *Weyer,* als er sagte: „Reinhold *Maier* muß bis zur nächsten Vorstandssitzung am 6. Januar verbindlich und unabhängig von Thomas *Dehler* Ja zu seiner Kandidatur gesagt haben, andernfalls kann er nicht auf die Stimmen von NRW rechnen." Die Frage *Haußmanns,* ob *Dehler* mitgeteilt werden solle, „daß seine Wiederwahl auch dann nicht erfolgen wird, falls Reinhold *Maier* nicht kandidieren sollte", wurde einstimmig bejaht. Die drei stellvertretenden Vorsitzenden wurden beauftragt, *Dehler* entsprechend zu informieren. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundeshauptausschusses am 15. 12. 1956, ADL, A 12-24.

Der Vorstand stimmt der Anwesenheit der Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle zu.

TOP 1: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. MENDE berichtet über die letzten politischen Ereignisse in Bonn, u. a. das Gespräch *Adenauer/Nehru*.[1] Dr. *Dehler* ist von den Folgen seines Autounfalls[2] noch nicht wiederhergestellt und kann deshalb an der Sitzung nicht teilnehmen. Nach längerer Aussprache, die sich sowohl auf die Notwendigkeit endgültiger Erklärungen von seiten des Herrn Dr. *Dehler* über den Verzicht auf eine neue Kandidatur für das Amt des Bundesvorsitzenden[3] wie von Dr. *Maier* für die Annahme einer solchen Kandidatur bezieht[4], stellt Dr. *Mende* als Vorsitzender die Frage, wie die Landesverbände sich gegenüber der Kandidatur von Dr. Reinhold *Maier* verhalten.

Es erklärt:

Dr. HAUSSMANN für Baden Württemberg: einstimmige Zustimmung;

RUBIN für Nordrhein-Westfalen: überwiegende Mehrheit;

Dr. ATZENROTH für Rheinland-Pfalz: überwiegende Mehrheit, nur vereinzelt Bedenken;

GRAAFF für Niedersachsen: Dreiviertelmehrheit bei Gegenkandidatur, sonst einstimmig für Dr. *Maier;*

Dr. KOHUT für Hessen: einzelne Stimmenthaltungen möglich, sonst allgemeine Zustimmung;

Dr. WILL für Berlin: überwiegende Mehrheit;

Dr. LEVERENZ für Schleswig-Holstein: Eine ausreichende Mehrheit der schleswig-holsteinischen Delegierten zugunsten Reinhold *Maiers* wird erreicht werden;

BOTE für Bremen: einstimmige Zustimmung;

Dr. HAAS für Bayern: bei Gegenkandidatur vielleicht ein Viertel für *Dehler.* Auch dann große Mehrheit für Reinhold *Maier;*

RADEMACHER für Hamburg: einstimmige Zustimmung. Bei Gegenkandidatur *Dehlers* ein einziger Delegierter für diesen.

Dr. MENDE stellt als Vorsitzender fest, daß auch der Vorstand insgesamt einstimmig für die Kandidatur Reinhold *Maiers* zum ersten Vorsitzenden der Bundespartei eintritt und daß alle Landesverbände vertreten sind und diesem Beschluß zustimmen.

---

1 Das Gespräch *Adenauer-Nehru* hatte am 26. 12. 1956 in Düsseldorf stattgefunden. AdG 1956, S. 6175 G. Hierzu auch K. ADENAUER, Bd. 3, 1967, S. 239.

2 Siehe Nr. 31 a, Anm. 1.

3 Zur Haltung *Dehlers* sein Brief an *Maier* vom Weihnachtsabend 1956; der Text in *Maiers* Stellungnahme in diesem Dokument.

4 Zur Haltung *Maiers* siehe Nr. 30, Anm. 2.

Dr. *Haußmann* wird gebeten, Dr. Reinhold *Maier* zu benachrichtigen und seine Anwesenheit in der Sitzung zu erbitten.

RUBIN drückt den Wunsch aus, daß Dr. *Dehler* in den Vorstand gewählt wird, damit dieser aus dem politischen Leben nicht ausscheidet.

Dr. MENDE fügt hinzu, er rechne bestimmt mit der Aufstellung Dr. *Dehlers* an der Spitze der bayerischen Bundestagswahlliste.

Dr. HAAS, Bayern, macht eine entsprechende Zusage; die Aufstellung Dr. *Dehlers* an der Spitze der Landesliste scheine gesichert.[5]

Döring übernimmt es, mit Dr. *Dehler* wegen seiner Wahl in den Vorstand und wegen der Anwesenheit auf dem Berliner Bundesparteitag zu sprechen.

Es wird dann besprochen, welche Vorschläge für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden gemacht werden.

Dr. MENDE teilt mit, daß Dr. *Haußmann* für den Fall der Wahl von Dr. Reinhold *Maier* auf die Wiederwahl zum stellvertretenden Vorsitzenden verzichtet.

RUBIN erklärt, daß NRW Dr. *Mende* wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden vorschlagen wird.

Dr. LEVERENZ erklärt das gleiche mit Bezug auf Dr. *Kohut.*

Dr. ATZENROTH schlägt als stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Nowack* vor.

MÜLLER-LINK schlägt *Rademacher* vor.

Dr. WILL erklärt, daß Berlin Wert auf Vertretung in der Parteileitung lege. Er bringt deshalb den Berliner Antrag auf Schaffung des Postens eines stellvertretenden Bundesschatzmeisters ein.

SCHEEL erklärt, daß kein sachliches Erfordernis für den Posten eines stellvertretenden Schatzmeisters bestände, und bittet um Rücknahme des Antrags.

Dr. LEVERENZ schlägt als stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Jentzsch* vor.

Dr. KOHUT erklärt, daß Dr. *Haußmann* sich vorbehalte, die Neuschaffung des Amtes eines Schriftführers zu beantragen.

Dr. MENDE erklärt, er werde einen solchen Antrag entschieden ablehnen. Es sei auch die Frist für die Einbringung eines solchen Antrages auf Satzungsänderung abgelaufen.

Dr. *Maier* trifft, geleitet von Dr. *Haußmann,* ein und wird von Dr. MENDE begrüßt, der ihm mitteilt, daß der Vorstand einstimmig seine Wahl zum Vorsitzenden auf dem Berliner Bundesparteitag unterstützen werde und daß sämtliche Landesvorsitzende entsprechende Erklärungen abgegeben hätten. Hierin liege auch die Zustimmung zu seinen programmatischen Ausführungen[6], die

---

5 Den Äußerungen von *Haas* entsprechend kandidierte *Dehler* auf Platz 1 der bayerischen Landesliste.

6 Bezieht sich auf die Rede *Maiers* am selben Tag vor ca. 3 000 Zuhörern, unter ihnen die Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes, anläßlich des Dreikönigstreffens. Auszüge der Rede in: AdG 1957, S. 6203 A. Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 453.

vom Vorstand gebilligt worden seien. Er erbittet nun eine Erklärung, ob Dr. Reinhold *Maier* sich zur Wahl stelle.

Dr. Reinhold MAIER erklärt u. a.: „Es ist nicht meine Art, große Umschweife zu machen. Ich nehme die Aufforderung des Bundesvorstandes, in Berlin mich zur Verfügung zu stellen, mit zwei Vorbehalten an, die aber nach meinem Dafürhalten in den nächsten Tagen vollkommen geklärt werden können und die heute unwesentlich sind:

1. ist nötig die völlige Wegfertigung aller Dinge, die zwischen der Partei und *Dehler* stehen könnten, wobei ich hier mitteilen kann, daß *Dehler* mir am Weihnachtsabend folgenden Brief geschrieben hat: ‚Lieber Freund, ich möchte die Lage noch einmal klar umreißen: Du wirst bei der Dreikönigsparade Deine Bereitschaft, für den Bundesvorsitz zu kandidieren, erklären. Für diesen Fall besteht meine hiermit wiederholte Erklärung, daß ich mich für den Bundesvorsitz (auch für den Fraktionsvorsitz) nicht zur Wahl stelle.'[7]

Ich habe ihm darauf geschrieben, daß diese Dinge nicht ganz so liegen, daß ich vielmehr diese Erklärung nicht abgeben werde, sondern daß ich mich erst erklären werde, wenn ich einen Überblick habe über den parteiinternen Eindruck, den meine Rede hervorrufen wird, und auch über die Wirkung auf die Öffentlichkeit.[8] Was das letztere anlangt: Es kommt überhaupt bei den ganzen nächsten Dingen, die sich vollziehen, auf meine Person, ob ich Schlagseite erleide oder irgendwie emporgehoben bin, überhaupt nicht an. Es kommt nur darauf an, wie die Dinge für die Partei günstig oder ungünstig sich auswirken.

Ich werde also die Aufforderung zu kandidieren, in den nächsten Tagen annehmen.[9] Ich glaube, daß damit die Sachlage geklärt ist.

Sie wissen, daß ich von der Entwicklung überrascht bin, daß ich genau das Gegenteil eingeleitet hatte, daß ich die beste Absicht hatte, mich aus der Bundespolitik zurückzuziehen. Es sind deshalb einige Vorstellungen zu korrigieren. Es wird mir nicht möglich sein, meinen Wohnsitz nach Bonn zu verlegen. Und wir sollten doch auch nicht so viel nach außen hin tätig werden und täglich und bei jeder Gelegenheit etwas tun. Wir sollten nur ganz bestimmte kon-

---

7 Handschriftliches Original in: HStASt, Q 1/8, Bü 326 (NL Maier). Faksimile-Reproduktion S. XVIII f.

8 Handschriftliches Original des Briefes vom 28. 12. 1956 in: ADL, N 1-3148 (NL Dehler). Der Text: „Lieber Freund! Ich wollte Dir heute auf Neujahr sowieso schreiben und Dir nochmals sagen, daß ich keinesfalls gegen Dich kandidieren werde. Deinen Standpunkt habe ich nach allen Seiten konsequent vertreten. Von Deinen neuesten Mitteilungen habe ich Kenntnis genommen. Du stellst Dir aber den Ablauf der Dinge nicht richtig vor. Ich denke nicht daran, auf dem Dreikönigstreffen zu erklären, daß ich kandidieren werde. Ich werde es von der Aufnahme der Rede in den parteiinternen Gremien und auch in der Öffentlichkeit abhängig machen, ob ich mich zur Verfügung stelle. Die Partei ist so labil, daß Bindungen unentbehrlich sind. Es soll niemand eine Katze im Sack gekauft haben. Ich genieße mit meiner Familie herrliche sonnenerleuchtete, aber nicht sonnenerwärmte Hochgebirgstage. Wir alle grüßen Dich und Deine liebe Frau aufs Beste. Mit herzlichen Wünschen für 1957 stets Dein R[einhold] *M[aier].*" Faksimile-Reproduktion S. XX.

9 *Maier* an *Mende* vom 10. 1. 1957, HStASt, Q 1/8, Bü 329 (NL Maier).

krete, aber nicht widerrufliche Erklärungen abgeben, damit die Leute draußen auch wissen, wie sie dran sind. Lieber eine falsche Ansicht aufrechterhalten, als dauernd zu ändern. Glauben Sie mir, ich werde die Sache schon richtig in die Hand nehmen; ich werde mich nicht drücken, und ich werde nicht alles den Stellvertretern überlassen. Vor dieser Bundestagswahl werde ich mich nicht beteiligen an einer Neukonstruktion des Parteiapparates, das müssen schon andere tun. Meine Art der Behandlung der Dinge ist so – auch in den acht Jahren, in denen ich das Ministerpräsidentenamt innehatte, habe ich niemals etwas hintenherum gemacht –, daß ich alle Fragen offen darlege, um darüber zu beraten. Ich bin der Meinung, wir sollten uns das eine sagen: Es soll nicht ein Bundesvorsitzender einfach handeln, er soll mit seinen Stellvertretern zusammenarbeiten. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß dieses ‚Miteinander' die Partei darstellt. Der Vorsitzende muß geschützt sein vor ständigen Angriffen und eine Art Rückendeckung haben, und auch die Partei muß vor dem Vorsitzenden geschützt werden.

Ich glaube auch, daß der Kontakt in der Bundestagsfraktion gefunden werden kann; außerdem ist der Bundestag ja ein in Auflösung begriffenes Organ. Natürlich sind noch Beschlüsse notwendig. Um eines aber bitte ich Sie: so in der Weltgeschichte herumfahren wie *Dehler,* das kann ich nicht. Ich brauche immer wieder einmal eine Ruhepause, um auch etwas nachdenken zu können. Sie können damit rechnen, daß ich in den nächsten Tagen eine endgültige Erklärung abgeben werde, daß ich das Amt annehmen werde."

RUBIN äußert Bedenken gegen eine Verschiebung der Entscheidung.

Auf Vorschlag von *Scheel* wird mit Zustimmung von Dr. *Maier* beschlossen, den einstimmigen Vorstandsbeschluß zugunsten einer Kandidatur von Dr. *Maier* bekanntzugeben und hinzuzufügen, daß eine zustimmende Erklärung von Dr. *Maier* in den nächsten Tagen erwartet wird.[10]

Dr. MENDE bittet Dr. *Maier,* weiter an der Sitzung teilzunehmen.

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, Frau Dr. *Lüders* zur Ehrenvorsitzenden zu machen.

Dr. LEVERENZ schlägt Frau Dr. *Lüders* für die freiwerdende Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Frau Dr. ILK äußert lebhafte Bedenken, daß keine Frau dem geschäftsführenden Vorstand angehören werde, wenn der in der vorigen Vorstandssitzung beschlossene Satzungsänderungsantrag[11] vom Bundesparteitag angenommen werde.

BEZOLD weist darauf hin, daß die Schaffung der Stelle eines Ehrenvorsitzenden mit Stimmrecht im Vorstand eine Satzungsänderung bedeute. Er äußert Bedenken dagegen, wenn in Zukunft zehn Mitglieder des 16-köpfigen Parteivorstandes von den Vorsitzenden der Landesverbände gestellt würden.

---

10 fdk, 8. Jg., Nr. 2 vom 8. 1. 1957.
11 Siehe Nr. 31 b, TOP 5 „Antrag NRW auf Satzungsänderung".

DÖRING begründet erneut die Notwendigkeit der Umformung des geschäftsführenden Vorstandes, während BEZOLD die Auffassung vertritt, daß auch der Organisationsausschuß diese Funktionen wahrnehmen könne und auf die Satzungsänderung verzichtet werden könne.

Eine Umfrage bei den anwesenden Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände ergibt, daß die Herren *Rubin* (NRW), *Kohut* (Hessen), *Nowack* (Rheinland-Pfalz), *Bote* (Bremen), *Haas* (Bayern), *Rademacher* (Hamburg) für den Satzungsänderungsantrag eintreten.

GRAAFF (Niedersachsen) äußert gewisse Bedenken gegen eine allzu föderalistische Struktur des geschäftsführenden Vorstandes.

Dr. HAUSSMANN (Baden-Württemberg) möchte den von *Bezold* vorgeschlagenen Weg einer Verstärkung der Aufgaben des Organisationsausschusses einschlagen. Im Ganzen ist der Vorstand mit überwiegender Mehrheit der Meinung, daß es bei dem in der vorigen Sitzung angenommenen Satzungsänderungsantrag bleiben soll. Der Vorstand vertritt die Auffassung, daß Abänderungsanträge zu dem Satzungsänderungsantrag möglich sein müssen.

BEZOLD hat als Vorsitzender des Satzungsausschusses keine Bedenken dagegen. So könnte z. B. noch die Wahl einer Frau in den geschäftsführenden Vorstand durch den Bundesparteitag möglich werden.

Dr. NOWACK regt an, Frau Dr. *Lüders* zur Ehrenvorsitzenden des Bundesparteitages zu wählen. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

TOP 2: VERHÄLTNIS ZUR DPS

Dr. MENDE berichtet über die Gespräche, die aufgrund des vom Vorstand erteilten Auftrags[12] am gestrigen Tage mit den drei nach Stuttgart entsandten Vertretern der Demokratischen Partei Saar, *Schwertner, Simonis* und *Wedel,* geführt worden sind.

Dr. NOWACK ergänzt den Bericht von Dr. *Mende.*

SCHWERTNER, der in Vertretung von Dr. *Schneider* anwesend ist, sagt zu, daß die DPS eine loyale Zusammenarbeit mit der FDP anstrebe. Die DPS habe die Absicht, in Berlin stark vertreten zu sein. Dr. *Schneider* selbst werde wahrscheinlich nicht kommen. Darüber werde die endgültige Entscheidung nächste Woche getroffen werden. Das Ziel der DPS sei, mit der FDP bis zur nächsten Bundestagswahl zusammenzuwachsen. *Schwertner* wirft die Frage auf, wie die Vertretung der DPS im Bundesvorstand geregelt werden solle.

Dr. MENDE weist darauf hin, daß der Beschluß von Würzburg, nach dem der Vorsitzende der DPS zu den Vorstandssitzungen stets eingeladen werde und im Falle der Verhinderung einen Vertreter schicken könne[13], weiter gelten solle.

---

12 Siehe Nr. 31 a mit Anm. 6.
13 Siehe Nr. 27 mit Anm. 14.

Der Vorstand ist damit einverstanden, daß dies bei der Vorstandswahl in Berlin noch einmal ausdrücklich betont wird.[14]

Von der DPS liegt eine Einladung zur Wiedervereinigungsfeier am 13. Januar in Saarbrücken vor. Der Vorstand legt Wert darauf, bei dieser Feier im Sinne der von Dr. *Schneider* übersandten Einladung[15] stark vertreten zu sein. Dr. *Kohut* wird als stellvertretender Vorsitzender teilnehmen, evtl. auch Dr. *Haußmann*. Dr. *Becker* wird den Fraktionsvorstand vertreten. Weitere Fraktionsmitglieder wird Herr *Niebel* der Bundesgeschäftsstelle namhaft machen.

Dr. NOWACK erklärt, daß zahlreiche Angehörige der Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz teilnehmen werden.

Weyer soll von *Döring* befragt werden, ob er teilnehmen kann. Von der Bundesgeschäftsstelle sollen die Herren *Stephan*, Dr. *Ungeheuer* und *Rinné* teilnehmen.[16]

Dr. MENDE hat den Wunsch, daß beim Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Saarbrücken[17] Richard *Becker* besonders geehrt wird. *Stephan* soll Entsprechendes veranlassen.[18]

TOP 3: ARBEITSKREISE

SCHEEL schlägt vor, die Beratungen der Arbeitskreise[19] am Freitag, den 25. Januar, jeweils mit einem einleitenden 45-Minuten-Referat zu eröffnen und hierfür besondere Referenten zu benennen. Für den Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen benennt er *Weyer*.

Der Vorstand beschließt, daß im Arbeitskreis Staat und Gesellschaft *Letz* das einleitende Referat hält; im Arbeitskreis Landwirtschaft *Frühwald*, im Arbeitskreis Außenpolitik und Wiedervereinigung wird ein einleitendes Referat voraussichtlich nicht notwendig sein. Prof. *Erbe* soll gebeten werden, im Arbeitskreis Staat und Gesellschaft führend mitzuarbeiten.

Dr. HAAS (Bayern) schlägt vor, daß jeder Delegierte sich für einen Arbeitskreis einträgt, bevor er den Delegiertenausweis erhält. Auf diese Weise soll eine Übersicht geschaffen werden, wie stark die Arbeitskreise besucht sein werden.

---

14 Dies ist laut Parteitagsprotokoll nicht geschehen.

15 Nicht ermittelt.

16 Rückgliederungskundgebung der DPS am 13. 1. 1975 in der Wartburg Saarbrücken. Max *Bekker* und Erwin *Feller* (BHE) sprachen Grußworte, Heinrich *Schneider* und Richard *Becker* hielten Reden. Artikel „DPS schafft neuen Unfrieden. Eigene ‚Rückgliederungsfeier' mit Hetzansprache Dr. Schneiders", in: SAARLÄNDISCHE VOLKSZEITUNG vom 14. 1. 1957, S. 2. *Dehler* sandte ein Grußtelegramm, abgedruckt in: fdk, 8. Jg., Nr. 4 vom 15. 1. 1957.

17 *Heuss* stattete dem Saarland am 26. und 27. 1. 1957 einen Besuch ab. AdG 1957, S. 6234 C.

18 In dem ausführlichen Bericht „Die Saarheimat im Zeichen des Heuss-Besuches" über den Ablauf des Besuchs des Bundespräsidenten in der „Saarländischen Volkszeitung" vom 28. 1. 1957, S. 2 und 3, ist kein Hinweis auf eine Ehrung *Beckers* enthalten.

19 Zu ihrer Einsetzung siehe Nr. 31 a mit Anm. 8.

TOP 4: ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES IM ALLGEMEINEN

Es wird besprochen, daß in Anbetracht des Gesundheitszustandes von Dr. *Dehler*[20] nicht sicher ist, ob er den Rechenschaftsbericht geben kann. Evtl. soll Dr. *Mende* in seiner Vertretung den Partei- und Fraktionsbericht erstatten.[21]

Falls Dr. *Dehler* nicht teilnimmt, soll Dr. *Haußmann* die Leitung des Parteitages übernehmen.

RADEMACHER schlägt vor, den politischen Bericht vom Vorsitzenden und seinen drei Stellvertretern erarbeiten zu lassen.

Dr. HAUSSMANN stellt die Frage, in welchem Maße Kosten für die Reisen der Delegierten nach Berlin erstattet werden.

RUBIN entgegnet: Wenn die Kosten der Delegationen der Bundespartei übertragen werden sollten, müsse die Bundespartei Sammlungsfreiheit im Bereich der Landesverbände erhalten.

Dr. MENDE schlägt vor, Geld vom Gesamtdeutschen Ministerium zu erbitten, da es sich um eine Berliner Tagung handelt, die dem Ministerium besonders willkommen sein müsse.

DÖRING betont die Notwendigkeit, nach dem Bundesparteitag über die gesamte Finanzlage der Bundespartei zu sprechen.

Es wird beschlossen, in einem Gespräch mit Staatssekretär *Thedieck* einen größeren Betrag vom Gesamtdeutschen Ministerium zu erbitten.[22] Bescheid muß bis Ende der Woche an die Landesverbände gegeben werden, denen es schwerfällt, die Kosten für die Delegierten aufzubringen. Auf Anfrage des Vorsitzenden Dr. *Haußmann* erklären die Landesverbände Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, daß sie nicht in der Lage seien, die Reisen zu finanzieren.

Der Bundesvorstand ermächtigt den Bundesschatzmeister zu Sondersammlungen für den Berliner Parteitag. Die Verteilung an die Landesverbände soll von Herrn *Rubin* entschieden werden. Evtl. soll der Organisationsausschuß eingeschaltet werden.

DÖRING wirft die Frage auf, wie eine beim Bundesparteitag evtl. erscheinende Delegation der LDP behandelt werden solle. Er bringt zum Ausdruck, daß der LDP mitgeteilt werden muß, wie unzweckmäßig es sei, wenn von ihr eine öffentliche Stellungnahme der FDP provoziert werden würde.

Es wird beschlossen, daß *Döring* gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Kontaktausschusses, Dr. *Nowack*, sich mit den stellvertretenden Vorsitzenden über das Ergebnis einer entsprechenden Mitteilung an die LDP und die sich daraus evtl. ergebenden Maßnahmen abstimmen wird.[23]

---

20 Siehe ebd., Anm. 1.
21 Rechenschaftsbericht *Mendes* veröffentlicht in: Schriftenreihe FDP, Heft 4, hrsg. vom LV NRW (1957).
22 Ergebnis nicht ermittelt.
23 Ergebnis nicht ermittelt.

TOP 5: ANTRAG DER BAYERISCHEN FDP BETR. BUNDESKULTUSMINISTERIUM[24]

Der Bundestagsabgeordnete *Gaul* war zu diesem Punkt miteingeladen, da er zum Antrag der Deutschen Partei auf Schaffung eines Bundeskultusministeriums[25] im Bundestag sprechen wird.[26] Professor *Luchtenberg*, der als Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses sich an dem Antrag besonders interessiert gezeigt hat, fehlt entschuldigt.

Dr. HAAS (Bayern) erklärt, daß die bayerische FDP durchaus für eine Koordinierungsstelle für Kulturfragen sei, jedoch nicht für ein Bundeskultusministerium. Selbst die SPD sei heute vorsichtig in zentralistischen Forderungen. Im übrigen könne ein derartiger Antrag doch nicht zum Ziele führen, da das Grundgesetz die Schaffung eines Bundeskultusministeriums verbiete und eine Verfassungsänderung spätestens im Bundesrat scheitern würde. Nach längerer Aussprache verzichtet Dr. *Haas* auf die Behandlung des vom bayerischen Landesvorstand gestellten Antrages auf dem Bundesparteitag.

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes wird am 23. Januar 1957 um 15.00 Uhr in Berlin, Hotel am Zoo, Kurfürstendamm 17, stattfinden.

33.

23. 1. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 23. Januar in Berlin, Hotel am Zoo." Vorsitz: Mende. 15.00 Uhr–21.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Becker, Bezold, Borttscheller, Bucher, Döring, Engelhard, Graaff, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hedergott, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Niebel, Nowack, Rademacher, Reichardt, Rubin, Scheel, Schwertner, Ungeheuer, Weyer, Will.

TOP 1: SATZUNGSÄNDERUNG

Dr. NOWACK erhebt Bedenken gegen die vom Landesverband Nordrhein-Westfalen beantragte Neufassung des § 20 der Satzung[1], wonach dieser Paragraph den folgenden Wortlaut bekommen soll: „Der Bundesvorsitzende, jeder seiner Stellvertreter sowie jedes Bundesvorstandstandsmitglied, das seinen Auftrag nachzuweisen hat, haben das Recht, an allen Beratungen der nachge-

24 Text des Antrages in Nr. 31 b, Anm. 7.
25 BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 30, Drucks. Nr. 622.
26 Nachweis der Äußerungen *Gauls* zu diesem Thema in: Nr. 31 b, Anm. 8.
1 Zum Vorgang siehe Nr. 31 b, TOP 5 „Antrag NRW auf Satzungsänderung".

ordneten Gliederungen und den Organen der Partei teilzunehmen und Anträge zu stellen, ohne an eine Frist oder Form gebunden zu sein. Dieses Recht gilt nicht gegenüber den Einrichtungen der Parteigerichtsbarkeit."

Dr. MENDE gibt für den Landesverband Nordrhein-Westfalen die Erklärung ab, daß der Antrag zu § 20 zurückgezogen wird und bedauert gleichzeitig das Mißtrauen, das in den Ausführungen von Dr. *Nowack* gegen die mit dem Antrag etwa verfolgten Zwecke zum Ausdruck gekommen ist.

Frau Dr. ILK und RUBIN beantragen, daß der Vorstand in einer späteren Sitzung über den § 20 und die mit einer Änderung verfolgten Ziele diskutieren soll. Für den Parteitag sei die Sache jedenfalls nicht spruchreif.

Es wird entsprechend beschlossen.[2]

Dr. HAAS (Bayern) wünscht, daß der Bundesvorstand sich in einer späteren Sitzung auch mit der Frage Bundeskultusministerum befaßt, die für den Parteitag nicht aktuell ist und heute nicht behandelt werden soll.[3]

TOP 2: VORBEREITUNGEN FÜR DIE NEUWAHL DER PARTEIGREMIEN

Da alle Landesverbände die Wahl Dr. Reinhold *Maiers* zum Bundesparteivorsitzenden unterstützen[4], wird die Frage gestellt, ob es zweckmäßig ist, daß eine entsprechende Erklärung bei Beginn der Wahlhandlung von allen Landesverbänden abgegeben wird.

Dr. MENDE schlägt vor, entweder Frau Dr. *Lüders* als Alterspräsidentin oder Dr. *Will* als Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes eine solche Erklärung abgeben zu lassen.

Der Vorstand entscheidet sich für Dr. *Will,* der im Namen aller Landesverbände sprechen soll.[5]

Dr. Reinhold MAIER, der als Gast an der Sitzung teilnimmt, gibt ein Telegramm von Dr. Thomas *Dehler* bekannt, in dem er Dr. Reinhold *Maier* zum Bundesparteivorsitzenden vorschlägt.[6]

a) Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden:

Dr. LEUZE erklärt namens des Landesverbandes Baden-Württemberg, daß der Rücktritt Dr. *Haußmanns* vom stellvertretenden Vorsitz, der durch die Wahl Dr. Reinhold *Maiers* bedingt sei, den Wunsch aufkommen lasse, Baden-Würt-

2 Wiederaufnahme der Diskussion über die Parteisatzung im Bundesvorstand im Januar 1958, siehe Nr. 47, TOP „Satzungsänderungen".

3 Zum Vorgang siehe Nr. 32, TOP 5 „Antrag der bayerischen FDP betr. Bundeskultusministerium".

4 Zum Vorgang siehe ebd., TOP 1 „Vorbereitung des Bundesparteitages".

5 *Will* schlug dem Parteitag die Kandidatur *Maiers* zum Bundesvorsitzenden am 24. 1. 1957 mit den Worten vor: „Ich habe die Ehre, Ihnen im Namen sämtlicher Landesverbände zum neuen Bundesvorsitzenden Herrn Dr. Reinhold *Maier* vorzuschlagen." ADL, A 1-109.

6 Das Telegramm datierte vom 23. 1. 1957 und hatte folgenden Wortlaut: „Lieber Freund Reinhold, ich danke Dir für Deine Bereitschaft, das Amt des Bundesvorsitzenden zu übernehmen. Meine besten Wünsche begleiten Dich. Herzlich Dein Thomas *Dehler.*" ADL, N 1-3148 (NL Dehler).

temberg unter den Beisitzern gut zu berücksichtigen. Er schlägt vor, Dr. *Haußmann* als Beisitzer zu wählen.

Dr. LEVERENZ meint, die Landesvorsitzenden sollten sich aus dem Kampf um die Beisitzerstellen heraushalten, zumal sie durch die Satzungsänderung im § 19 dem geschäftsführenden Vorstand angehören.[7]

Der Vorstand beschließt gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen, daß Landesvorsitzende, die nach der Satzungsänderung dem geschäftsführenden Vorstand angehören, nicht für das Amt eines Beisitzers im Gesamtvorstand kandidieren können.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen schlägt Dr. *Mende* als stellvertretenden Vorsitzenden vor, der Landesverband Hessen Dr. *Kohut*, der Landesverband Hamburg Willy Max *Rademacher.*

Dr. LEVERENZ erklärt, daß Herr *Jentzsch*, der kürzlich namhaft gemacht worden war[8], nicht für die Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden kandidieren werde.

Rheinland-Pfalz wird Dr. *Nowack* zum stellvertretenden Vorsitzenden vorschlagen.

Dr. WILL erklärt, daß Berlin keinen Vorschlag macht, da der Landesverbandsvorsitzende durch den Wiederaufbau des Landesverbandes Berlin voll in Anspruch genommen sei und kein anderes Amt übernehmen könne.

b) Wahl von Frau Dr. *Lüders* zur Ehrenpräsidentin:

Dr. LEVERENZ erklärt, es müsse unbedingt eine Frau dem geschäftsführenden Vorstand angehören.

WEYER schlägt vor, Frau Dr. *Lüders* zum Ehrenmitglied zu wählen[9] und sie zu allen Vorstandssitzungen, auch des geschäftsführenden Vorstandes, einzuladen.

Dr. KOHUT regt an, ihr den Titel „Ehrenpräsidentin" zu geben.

Auf Vorschlag von Dr. Reinhold MAIER wird der Bundesvorstand beim Bundesparteitag beantragen, Frau Dr. *Lüders* zur Ehrenpräsidentin der FDP zu wählen mit dem Recht der Teilnahme an den Sitzungen aller Organe der Bundespartei. So wird einstimmig beschlossen, nachdem BEZOLD als Vorsitzender des Satzungsausschusses erklärt hat, daß hiergegen keine satzungsmäßigen Bedenken bestehen.

Dr. MENDE regt an, daß die Wahl von Frau Dr. *Lüders* zur Ehrenpräsidentin auf Vorschlag Dr. Reinhold *Maiers* durch Akklamation von seiten des Bundesparteitages vorgenommen wird.[10]

---

7 Vgl. Nr. 31 b mit Anm. 4. Die Annahme dieser Satzungsänderung durch den Bundesparteitag erfolgte am 24. 1. 1957 gegen „eine ganz schwache Anzahl von Gegenstimmen". ADL, A 1-109, S. D 20 ff.

8 Siehe Nr. 32, TOP 1 „Vorbereitung des Bundesparteitages".

9 Dieser Vorschlag von *Haußmann* bereits in: ebd.

10 Nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden schlug *Maier* dem Parteitag die Wahl von Frau *Lüders* zur Ehrenpräsidentin der FDP vor. Als starker Beifall aufkam, fuhr *Maier* fort: „Sie

c) Wahl der Beisitzer:

Dr. *Mende* erklärt, daß Dr. *Dehler* bereit ist, sich als Beisitzer wählen zu lassen und zum Bundestag zu kandidieren. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß der Vorstand dem Bundesparteitag vorschlagen soll, Dr. *Dehler* zum Beisitzer zu wählen.

BEZOLD erklärt, daß die Wahl aller 13 Beisitzer aufgrund der Satzungsbestimmungen in einem Wahlgang erfolgen sollte. Die Landesverbände erklären nacheinander, wen sie für die Beisitzerstellen in Vorschlag bringen wollen. Es schlagen vor:

Dr. MENDE (NRW): *Scheel,* Professor *Luchtenberg, Schwann,* als Frauenvertreterin Frau Dr. *Ilk,* für LSD *Reichardt;*

Dr. HAUSSMANN (Baden-Württemberg): Dr. *Leuze;* Dr. *Bucher,* Professor *Erbe;*

Dr. KOHUT (Hessen): *Mischnick;*

GRAAFF (Niedersachsen): *Hedergott;*

Dr. HAAS (Bayern): *Bezold, Letz;*

Dr. LEVERENZ (Schleswig-Holstein): *Jentzsch;*

Dr. WILL (Berlin): Dr. *Falk* oder einen anderen Berliner;

Dr. NOWACK (Rheinland-Pfalz): *Atzenroth* und evtl. einen aktiven Soldaten;

RADEMACHER (Hamburg): *Engelhard;*

MISCHNICK für Jungdemokraten: *Daub.*

HEDERGOTT ist der Meinung, daß kein Vorschlag des Vorstandes an den Parteitag gemacht werden soll mit Ausnahme des bereits angenommenen Vorschlages, Dr. *Dehler* als Beisitzer zu wählen.

Es besteht Übereinstimmung darüber, daß die drei vom Würzburger Bundesparteitag für die Wahlpropaganda bestimmten Vorstandsmitglieder, Dr. *Bucher, Scheel* und *Mischnick*[11], dem Bundesparteitag gleichfalls vom Vorstand aus zur Wahl empfohlen werden sollen. Es besteht ferner Übereinstimmung darüber, daß Frau Dr. *Ilk* als Frauenkandidatin vom Vorstand vorzuschlagen ist. Ferner erscheint die Wahl mindestens eines Vertreters der Jugend notwendig.

Da Herr *Frühwald* erklärt hat, daß er aus Gesundheitsgründen nicht wieder als Beisitzer kandidiert, empfiehlt der Vorstand dringend einen Agrarpolitiker an seiner Stelle.

Daß als Kulturpolitiker entweder Professor *Luchtenberg* oder Professor *Erbe* gewählt werden muß, ist gleichfalls die Meinung des Vorstandes.

---

haben mich durch Ihren Beifall einer Verpflichtung enthoben, eine formelle Abstimmung durchzuführen. Ich stelle fest, daß Sie diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt haben." (Erneuter Beifall). ADL, A 1-109.

11 Nr. 22 a, Anm. 11.

Es wird beschlossen, daß das Ergebnis dieser Meinungsumfrage bei den Vorstandsmitgliedern den Delegationen der Landesverbände am Abend mitgeteilt werden soll. Ihnen sollen auch die Empfehlungen des Vorstandes bekanntgemacht werden.

Weitere Beschlüsse mit Bezug auf die Beisitzerwahl werden nicht gefaßt.[12]

TOP 3: ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Der Vorstand beschließt gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung, daß zu den Beratungen der Arbeitskreise die Pressevertreter zugelassen werden sollen. Das Plenum des Parteitages soll die Vorsitzenden und die Referenten der Arbeitskreise bestätigen.[13]

Dem Bundesparteitag wird vorgeschlagen werden, Herrn Professor *Erbe* das Gesamtreferat über den Programmentwurf bei den Beratungen am Sonnabend zu übertragen.[14]

Nach den Beratungen der Arbeitskreise soll eine Redaktionskommission zusammentreten, der u. a. *Erbe, Niebel* und *Letz* angehören sollen.[15]

STEPHAN berichtet über die Zusagen von eingeladenen Ehrengästen. Besonders groß ist die Zahl von Gewerkschaftlern, die anwesend sein werden. *Stephan* wird beauftragt, unmittelbar vor Beginn des Parteitages zu klären, wer von den Gewerkschaftsvertretern sprechen will. Auf alle Fälle sollen auch die Vertreter der Wirtschaft vom Leiter des Bundesparteitages begrüßt werden.[16]

Zum Schluß der Beratungen legt Dr. Reinhold MAIER dar, welche Ausführungen er nach seiner Wahl am 24. Januar und in seiner Rede am 26. Januar machen wird.[17] Er stellt heraus, daß er weitgehend wirtschafts- und sozialpoliti-

---

12 Der Berliner Parteitag wählte den Bundesvorstand wie folgt: Vors. *Maier* (223 von 228 Stimmen); Stellvertreter: *Mende* (192/233), *Kohut* (211/231), *Rademacher* (139, Gegenkandidat *Nowack* 93); Schatzmeister: *Rubin* (213/231); Beisitzer: *Dehler* (223), *Mischnick* (185), *Bucher* (185), *Scheel* (177), Herta *Ilk* (152), *Leuze* (148), *Daub* (137), *Schwann* (111), *Luchtenberg* (94), *Atzenroth* (86), *Reichardt* (73), *Bezold* (70) und *Hoppe* (68). ADL, A 1-103.

13 Dies geschah am 24. 1. 1957, ADL, A 1-109, S. D 23 ff.

14 *Erbe* berichtete am Vormittag des 26. 1. 1957 auf dem Parteitag über das Arbeitsergebnis der vier Arbeitskreise „Die programmatischen Richtlinien der FDP": Wesensmerkmale des Liberalismus; Verhältnis von Demokratie und Freiheit sowie von Staat und Freiheit; Aufgaben des Liberalismus; soziale Verpflichtung und Liberalismus. ADL, A 1-112.

15 Ergebnis all dieser Beratungen war das Berliner Programm. Die 10 Leitsätze dieses Programms, die auf den vom Bundesvorstand am 14. 12. 1956 verabschiedeten 10 Thesen basierten (Nr. 31 a mit den Anm. 9–14), erhielten folgende Überschriften: 1. Freie Menschen, 2. Freiheitlicher Rechtsstaat, 3. Kultur braucht Freiheit, 4. Sozial - nicht sozialistisch, 5. Eigentum für jedermann, 6. Für ein gesundes Bauerntum, 7. Sparsame Finanzpolitik, 8. Verteidigung der Freiheit, 9. Außenpolitik der Entspannung, 10. Das ganze Deutschland soll es sein. Abgedruckt in: AdG 1957, S. 6231 B; E. MENDE, 1984, S. 516 ff.

16 Zu Beginn des Parteitages am 24. 1. 1957 begrüßte *Haußmann* den stellv. Vorsitzenden des DGB, Georg *Reuter,* den stellv. Hauptgeschäftsführer des BDI, Gustav *Stein,* den Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, Bernhard *Skrodzki,* sowie weitere Gewerkschaftsvertreter. ADL, A 1-108.

17 Die Rede vom 26. stand unter der Überschrift: „Das wollen wir!" Als Broschüre veröffentlicht von der Bundesparteileitung der FDP (1957). Dazu auch K.-J. MATZ, 1989, S. 455 f. Die Ausführungen vom 24. 1. in: ADL, A 1-108.

sche Probleme behandeln wird, dagegen die Fragen der Wehrpolitik, der Außenpolitik und der Religion nicht behandeln werde, da sie auch aus dem Wahlkampf möglichst herausgehalten werden sollen. Auch die Koalitionsfrage werde er ganz in den Hintergrund drängen. Er sei der Meinung, daß wir erst einmal zwei Monate arbeiten müßten, ehe wir stehen. Wir müssen gegen rechts und gegen links kämpfen und weder gegen CDU noch gegen SPD Sentiments noch Ressentiments haben.

Der Vorstand erhebt gegen diese Darlegungen keine Bedenken. Es wird beschlossen, das Telegramm Dr. *Dehlers* bekanntzugeben.[18]

Am Schluß der Sitzung protestiert WEYER gegen persönliche Äußerungen, die *Graaff* (Niedersachsen) gegen führende Persönlichkeiten Nordrhein-Westfalens in Bonn getan habe.[19]

HEDERGOTT erklärt, er werde mit *Graaff* (der nicht mehr anwesend ist) sprechen und eine Aufklärung herbeiführen.

34.

23. 2. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 23. Februar 1957 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal." Vorsitz: Maier. 9.30 Uhr–16.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Bezold, Hildegard Brücher, Bucher, Daub, Döring, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, von Kühlmann, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Niebel, Nowack, Reichardt, Scheel, Schwann, Schwertner, [Ungeheuer], Will.

---

18 Gemeint war nicht das in Anm. 6. genannte Telegramm, sondern ein Telegramm vom selben Tag, das an den Parteitag gerichtet war. Es lautete: „Liebe Freunde, es ist für mich überaus schmerzlich, zum erstenmal an einem Bundesparteitag nicht teilnehmen zu können. Ich darf Ihnen auf diesem Wege in unveränderter und unveränderlicher Verbundenheit meine besten Grüße und Wünsche senden. Ich habe Ihnen dafür zu danken, daß Sie mir in einer Zeit schwerer politischer Spannungen und Belastungen kameradschaftlich zur Seite gestanden sind. Die Entscheidungen, die wir im letzten Jahr getroffen haben, waren richtig. Wir haben uns freigekämpft. Eigenständig und eigenwillig gehen wir in den bedeutsamen Bundestagswahlkampf. Wir sind die Partei der deutschen Menschen, die in klaren Vorstellungen vom Wesen eines lebenskräftigen Staates, einer organischen Gesellschaft und einer gesunden Wirtschaft und aus hoher Verantwortung für das Ganze denken und handeln. Der Wähler wird in der beklemmenden Alternative von schwarz und rot erkennen: Ein Glück, daß es uns, daß es Freie Demokraten gibt. In voller Zuversicht für unsere Sache bin ich Ihr Thomas *Dehler.*" ADL, N 1-3148 (NL Dehler). *Haußmann* verlas das Telegramm gleich zu Beginn des Parteitages. ADL, A 1-108.

19 Nicht ermittelt.

Dr. Reinhold MAIER begrüßt die Ehrenpräsidentin, Frau Dr. Dr. Marie-Elisabeth *Lüders,* und beglückwünscht sie zu ihrer völligen Wiederherstellung von einer Erkrankung. Er begrüßt ferner als neue Mitglieder die Herren *Daub, Hoppe* und *von Kühlmann.*

Zum Punkt 6 der Tagesordnung ist Frau Abgeordnete Dr. Hildegard *Brücher* geladen. Der Vorstand bittet sie, an der gesamten Sitzung teilzunehmen. Als Gäste sind ferner die Herren *Lenz* (vom Vorstand der Bundestagsfraktion) und *Niebel* anwesend.

Zu TOP 1: BERICHT ÜBER VERLAUF DER SITZUNG DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN BUNDESVORSTANDES

[a) Finanzlage der Partei und Wahlkampffinanzierung]

berichtet STEPHAN über den Verlauf der Sitzung, insbesondere über die Finanzlage der Partei und über die Wahlkampffinanzierung.[1]

In der Aussprache darüber führt Dr. MENDE Klage, daß gegen bestimmte Persönlichkeiten der Partei in Kreisen führender Wirtschaftler aus dem Kreise des Vorstandes heraus Verleumdungen ausgesprochen worden seien. Insbesondere seien Persönlichkeiten der Wirtschaft gewarnt worden, dem Bundesschatzmeister der Partei Geld zu geben.

Dr. NOWACK verlangt, daß Namen genannt und keine allgemeinen Verdächtigungen ausgesprochen werden.

Dr. KOHUT meint, gewisse Kreise der Wirtschaft machten den Versuch, eine Bombe in unsere Partei zu werfen.

Frau Dr. LÜDERS beantragt, die Dinge in kleinem Kreise unter Vorsitz von Dr. Reinhold *Maier* zu klären.

Dr. Reinhold MAIER hält es für richtig, daß im Vorstand alle Dinge frei gesagt werden, daß aber nach außen nichts ausgesprochen wird, was der Partei schaden könnte.

Es wird auf seinen Antrag hin beschlossen, daß unter Vorsitz Dr. Reinhold *Maiers* die stellvertretenden Vorsitzenden, die Herren des Fraktionsvorstandes und Frau Dr. *Lüders* unter Beiziehung der zur Aufklärung nötigen Persönlichkeiten die Dinge klären sollen.[2]

---

1 In der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 14. 2. 1957 hatte *Rubin* auf die nach wie vor bestehenden Finanzierungsprobleme hingewiesen, aber auch in Aussicht gestellt, daß er aufgrund von Zusagen aus der Wirtschaft mit einer Besserung der Finanzlage rechne. Die Vertreter der Landesverbände wiesen auf die bei ihnen bestehenden Schwierigkeiten hin. Man kam überein, „in Abstimmung mit den Landesverbänden Repräsentativ-Veranstaltungen durchzuführen" (Wahlkampf). *Rubin* bat abschließend die Landesverbände, ihm bis zum 31. 3. 1957 über den Stand der Finanzierungen zu berichten. Ergebnisprotokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 14. 2. 1957. ADL, Ordner-Nr. 83.

2 Fortgang siehe Nr. 40, TOP 1.

b) Koalitionsfrage:

Aufgrund des Berichtes über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes[3] wird auch kurz die Frage der künfigen Regierungskoalition besprochen.[4]

DÖRING schlägt vor, bei Festhaltung des Standpunktes, daß wir uns vor den Wahlen nicht festlegen, dennoch zu erklären:

1. Wir gehen nicht in eine Koalition, wenn eine Partei mehr als 50 % der Stimmen erreicht hat.
2. Wir gehen nicht in eine Koalition, wenn ein weiterer Partner herbeigezogen werden soll, etwa die Deutsche Partei.

Fraglich sei es, ob man auch erklären könne, wir würden nicht unter Dr. *Adenauer* als Kanzler in eine Koalition eintreten.

Dr. HAAS wünscht keinerlei Festlegungen. Beschlüsse werden nicht gefaßt.

c) Konflikt DPS/LSD:

Der vom geschäftsführenden Vorstand an den Gesamtvorstand verwiesene Konflikt zwischen der Demokratischen Partei Saar und dem Liberalen Studentenbund wird behandelt, nachdem Dr. MENDE darauf hingewiesen hat, daß die Abmachung von Stuttgart zwischen FDP und DPS[5] sich bewährt hat.

STEPHAN berichtet über die Entstehung des Konfliktes, der mit der Gründung von zwei miteinander nicht verknüpften Hochschulgruppen an der Universität Saarbrücken seinen Anfang nahm. Er bezeichnet die Angriffe der „Liberalen Studentenzeitung“[6] als unqualifizierbar. Der Vorstand müsse davon durch eine Erklärung abrücken.

---

3 *Maier* hatte im Verlauf der Sitzung (Anm. 1) festgestellt, daß die Frage einer Koalitionsbildung „nach den Wahlen in allen zuständigen Gremien sehr ernst und eingehend erörtert“ werden müsse, und dann hinzugefügt, daß eine Regierungsbeteiligung der FDP wohl dann nicht in Frage käme, „wenn sie zur Mehrheitsbildung nicht nötig“ sei. Im Hinblick auf Presseberichte über Verhandlungen zwischen SPD- und FDP-Politikern über eine evtl. Koalitionsbildung beschloß der Vorstand, eine Resolution zu veröffentlichen, in der es hieß: „Es wurden und werden keine vorbereitenden Gespräche über eine künftige Koalitionsbildung ins Auge gefaßt.“

4 In einem Kurzbericht über die Bundesvorstandssitzung, den *Haußmann* am 1. 3. 1957 an Parteifreunde verschickte und den er vermutlich selbst erstellt hat, heißt es hierzu: „*Döring* berichtet über die Vorbereitung für die Wahlkampfdiktion. Es gebe zwei verschiedene Vorstellungen über verschiedene Koalitionen. Ein Teil wünsche eine andere Koalition als bis 1956, der andere Teil wünsche die Koalition, wie sie bis 1956 bestanden habe. Es wäre schlecht, wenn in den eigenen Reihen ein Werben und ein Versuch um Anhangfinden für die eine oder andere Koalition im jetzigen Stadium stattfinden würde. Man solle nicht Gedanken über Koalitionen äußern, sondern einmal versuchen zu erarbeiten, was für jede in Betracht kommende Koalitionsbetrachtung in sachlicher Beziehung die gemeinsame Überlegung sei. Es sollen keine Gespräche hierüber außerhalb des Parteivorstandes geführt werden. Reinhold *Maier* erklärte, es sei nicht schlimm, wenn im Vorstand über alle diese Dinge gesprochen werde, man dürfe sich jedoch nicht verlocken lassen, Erklärungen abzugeben. Es wäre unsinnig, wenn von vornherein erklärt würde, mit welcher Seite man nachher zusammenarbeiten wolle. Die Einigkeit sei das wichtigste und es bedürfe sorgfältiger Beratungen, daß nach keiner Richtung vorgegriffen werde.“ HStASt, QI/22, Bü 747 (NL Haußmann).

5 Siehe Nr. 32, TOP 2 „Verhältnis zur DPS“.

6 Bezieht sich auf den Artikel „Des ‚Topfes‘ neueste Würze“, in: LIBERALE STUDENTENZEITUNG, 6. Jg., Nr. 2/3 (1956), S. 2. Darin eine Auseinandersetzung mit einem Artikel des Informations-

SCHWERTNER weist darauf hin, daß das Pamphlet in der „Liberalen Studentenzeitung" bereits in der Saabrücker CDU-Zeitung vom 23. Februar abgedruckt sei.[7] Dadurch sei die Lage sehr erschwert worden.

Nach längerer Aussprache werden die Herren Dr. *Mende, Schwertner* und Dr. *Ungeheuer* beauftragt, eine Erklärung zu formulieren. Die Erklärung wird in der Nachmittagssitzung nach kurzer weiterer Aussprache, an der sich insbesondere auch *Reichardt* und *Bezold* beteiligen, in der folgenden Fassung einstimmig angenommen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten weist mit Entrüstung den Versuch des Saarbrücker CDU-Organs ‚Neueste Nachrichten', die Zusammenarbeit zwischen der DPS und der FDP zu stören, zurück. Die am 5. Januar 1957 in Stuttgart beschlossene Zusammenarbeit wurde durch die Fraktionsgemeinschaft im Bundestag vertieft und wird von beiden Seiten mit Entschiedenheit fortgesetzt werden.

Das Saarbrücker CDU-Organ beruft sich auf eine Veröffentlichung der ‚Liberalen Studentenzeitung' gegen Dr. *Schneider.* Der Bundesvorstand distanziert sich von Art und Inhalt dieser Veröffentlichung. Er nimmt den Vorgang zum Anlaß, dem Vorstand der DPS erneut seiner Hochachtung vor den im Saarkampf errungenen Verdiensten und seines festen Willens zu unverbrüchlicher Zusammenarbeit zu versichern."[8]

TOP 2: HAMBURGER TAGUNG ZUR ERÖFFNUNG DES WAHLKAMPFES

DÖRING erstattet Bericht über die Vorbereitungen der bereits beschlossenen Hamburger Tagung, die die Bezeichnung Hamburger Wahlkongreß der FDP tragen soll.[9] Er schlägt vor, die folgenden Schwerpunkte für die Behandlung der Wahlplattform zu bilden:

---

dienstes der DPS, in dem u. a. der Bundestag als „großer parlamentarischer Topf" bezeichnet worden war. Diese Bezeichnung wurde von der Liberalen Studentenzeitung zurückgewiesen und den Bundestagsabgeordneten der DPS vorgeworfen, daß sie „sich wie Vertreter einer nationalen Minderheit benehmen und künstliche Gegensätze der Saar und der Bundesrepublik schaffen".

7 Gemeint sind die „Neuesten Nachrichten", das Saarbrücker CDU-Organ.

8 Abgedruckt in: fdk, 8. Jg., Nr. 15 vom 26. 2. 1957.

9 Siehe Nr. 39 mit Anm. 1. Zum folgenden heißt es in dem Kurzbericht (Anm. 4): „*Döring* erklärte, daß der auf den 5. Juni in Hamburg beschlossene Kongreß u. a. vor allem der Verkündung der Wahlplattform gelten soll. Man könne drei Phasen unterscheiden. Diejenige der inneren Konsolidierung der Partei. Sie habe ihren Abschluß im Berliner Parteitag auch durch die Überprüfung und Neuherausarbeitung der Grundsätze gefunden. Die zweite Phase von jetzt bis Hamburg (5. 6. 1957), dritte Phase Hamburg bis 15. September 1957 (Wahltag). Das Wahlkampfprogramm müsse die aktuellen Fragen in erfolgreicher und werbewirksamer Weise ansprechen. Sie müßten gründlich ausdiskutiert werden. Es handle sich um die Frage des Leitmotivs. Die großen Parteien hätten richtig erfaßt, was die Menschen im Unterbewußtsein beschäftige. Es handle sich um drei Komplexe. 1. Furcht vor möglichem Krieg. 2. Furcht vor einer möglichen neuen Inflation. 3. Furcht vor Massenarbeitslosigkeit. Es steht so gut wie fest, daß die CDU ‚Stabilität um jeden Preis', die SPD ‚Sicherheit für alle' als Leitmotiv aufstellen werde. Für die FDP erhebe sich die Frage, inwieweit der freiheitliche Akzent in Vordergrund zu rücken sei, wie groß das Freiheitsbedürfnis der Menschen jetzt sei. Beim größten Teil werde er durch genügendes Essen, Moped und die Möglichkeit, auf die Regierung zu schimpfen, befriedigt. Es sei schwierig, sich allein auf den Freiheitsbegriff zu stützen, wenn die Freiheit als nicht

1. Wiedervereinigung, 2. Außen- und Wehrpolitik, 3. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, 4. Staats- und Gesellschaftspolitik, 5. Agrarpolitik.

Dr. Reinhold MAIER weist auf die Notwendigkeit hin, die Landesverbände bei der Vorbereitung der Wahlplattform mitarbeiten zu lassen. Der Entwurf der Wahlplattform müsse dann den Weg über Vorstand und Hauptausschuß nehmen.

Gegenüber den Bedenken von Dr. *Kohut* unterstreicht Dr. Reinhold MAIER, daß die Behandlung der Struktur, die wir dem künftigen Deutschen Reiche nach der Wiedervereinigung geben wollen, auch in Westdeutschland günstig wirken müsse, da eine Beruhigung der westdeutschen Bevölkerung hierdurch eintreten könnte.

SCHEEL möchte die Gefahr der Geldentwertung in den Vordergrund stellen und schlägt die Beschaffung von entsprechenden Professorengutachten vor.

---

bedroht angesehen werde. Die Frage des Leitmotivs lasse sich noch nicht beantworten. Jedenfalls habe es keinen Sinn, sich in abstrakten Bereichen zu bewegen. Jeder Zuhörer und Leser wolle in seinen persönlichen Interessen angesprochen und berührt werden. Es wäre falsch, im Rahmen des Wahlprogramms einen bunten Blumenstrauß darzureichen. Der Schwerpunkt müsse in den innerpolitischen, sozialen und gesellschaftlichen Fragen und der Möglichkeit der Herausarbeitung eines eigenen Standpunktes gesehen werden. Es wäre nicht erfolgsversprechend, die Fragen der Außen-, Wehr- und Wiedervereinigungspolitik in den Vordergrund zu rücken, weil dort alles zu behaupten und nichts zu beweisen sei. Die Menschen seien in dieser Richtung skeptisch. Sie wollen bei dem bleiben, was sie haben. Auch wenn man die Ergebnisse der Meinungsforschung nicht ausschließlich zugrunde lege, ergebe sich die Notwendigkeit, die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen konkret und nicht in unverbindlichen Erklärungen in den Vordergrund zu rücken. Es sei notwendig, nicht so sehr die Wege zur Wiedervereinigung zu behandeln als sich mindestens einmal intern darüber Rechenschaft zu geben, ob und wie man sich konkret darüber äußern könnte, wie die Struktur eines wiedervereinigten Deutschlands überhaupt sein könne und würde. Äußerungen hierüber müßten hieb- und stichfest, nicht angreifbar sein. Dabei sei die Schwierigkeit der vollzogenen Agrarreform in Mitteldeutschland, die erkannt werden müsse, wobei nach unseren Vorstellungen eine Entschädigungspflicht bestünde. Es erhebe sich die Frage, welche Schwerpunkte man herausarbeiten solle. Keinesfalls dürfe die Außen-, Wehr- und Wiedervereinigungspolitik polemisch behandelt werden. Bei den Fragen der Kulturpolitik sollte der Akzent nicht auf der Konfessionalisierung liegen. Es handle sich um die Planung der nächsten drei bis vier Monate. In der letzten Phase nach dem 6. Juni bis zum 15. September müsse man ‚elastisch' fechten. Hoffentlich gelinge der Versuch, die Auffassungen und Vorschläge möglichst gut anzubringen. Reinhold *Maier* unterstreicht die Notwendigkeit, gewisse Fragen nicht polemisch zu behandeln, weil es bedauert werde, daß in den Grundfragen der Fraktion keine einheitliche Auffassung zustande komme. Es bestünde die Gefahr, daß die Wirtschaftspolitik *Erhards* durch die Sozialpolitik in ihrer Wirkung in Gefahr komme. Es gelte, die Herausarbeitung der Unterschiede in den Auffassungen von den anderen Parteien zu erreichen. *Scheel* empfiehlt, sich nur mit vordergründigen Problemen zu beschäftigen und nur zwei bis drei Probleme propagandistisch wirkungsvoll zu behandeln. Man sehe ja, wie die Popularitätskurve leicht eine andere Wendung nehme und mit einer gewissen Gesetzmäßigkeit Gegenkräfte ausgelöst würden. Es sei mit einer Steigerung der Preise in den Konsumgütern, Industrie um 10 % zu rechnen. Man müsse sich mit dem Kapitel der Preise beschäftigen. Wer könne dies tun, die Regierung? Die SPD auch noch nicht. Die soziologischen Bereiche seien normalerweise suspekt. Man müsse die Wählerschichten nach ihrem ökonomischen Interesse ansprechen. Dabei müßten die Sparer angesprochen werden. Es müsse nach Reinhold *Maier* Schluß mit dem Geldentwertungsvorgang gemacht werden; aber wie? Es gelte, eine exakte Analyse breit anzulegen und permanent eine entsprechende Beeinflussung vorzulegen. *Haas* (Bayern) unterstreicht die Furcht vor der Geldentwertung. *Nowack* hält das Werben um Vertrauen insbesondere in Fragen der Wirtschaftspolitik für wichtig und notwendig."

Die Preisentwicklung gefährde das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Die Steigerung der Preise könne im einzelnen nachgewiesen werden. Die FDP allein sei Garant der Wertstabilität des Geldes.

MISCHNICK möchte die Freizeitgestaltung behandelt wissen.

Dr. NOWACK will besonders die Steuer- und die Agrarfragen herausstellen.

Es wird beschlossen, fünf Arbeitskreise einzusetzen entsprechend den von *Döring* gemachten Vorschlägen. Es sollen die folgenden Vorstandsmitglieder an den Arbeitskreisen beteiligt sein:

1. Wiedervereinigung: Dr. *Nowack,* Dr. *Leverenz,* 2. Außen- und Wehrpolitik: Dr. *Becker,* Dr. *Dehler,* Dr. *Mende,* 3. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: *Weyer,* Dr. *Atzenroth, Scheel, Graaff,* 4. Staats- und Gesellschaftspolitik: Prof. *Luchtenberg,* Dr. *Haußmann,* Frau Dr. *Ilk, Daub,* 5. Agrarpolitik: *von Kühlmann, Schwann.*

Für die Koordinierung der Arbeit soll *Stephan* zuständig sein. Jedes Vorstandsmitglied kann in dem von ihm gewünschten Arbeitskreis tätig sein. Parteimitglieder, die besondere Befähigung für einen Arbeitskreis mitbringen (z. B. *Erbe* für Staat und Gesellschaft) sollen zu den Beratungen aufgefordert werden.

Zum Technischen der Tagung wird beschlossen, die Landesverbände entsprechend ihren Delegiertenzahlen einzuladen. Gäste sind willkommen. Eine Aussprache nach den Referaten soll stattfinden. Es soll in der Bundeswahlkampfleitung geklärt werden, ob die Wahlkreiskandidaten auf Kosten der Bundespartei zum Wahlkongreß nach Hamburg eingeladen werden sollen.

Einladungen sollen an alle Landtagsabgeordneten, Landräte und Bürgermeister der FDP gerichtet werden.

Die Bestimmung der Redner wird einer späteren Sitzung vorbehalten. Ebenso behält sich der Vorstand eine Entscheidung darüber vor, ob eine Sondertagung für Agrarpolitik, etwa in Schleswig-Holstein, abgehalten werden soll.

Führende ausländische Liberale sollen zum Wahlkongreß eingeladen werden.

Anträge zum Wahlkongreß sollen rechtzeitig gestellt werden. Der Vorstand ist der Meinung, daß über Anträge abgestimmt werden kann, obgleich es sich nicht um einen Parteitag mit Regularien handelt.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß es sich um einen außerordentlichen Bundesparteitag handelt, der aus besonderen Gründen die Bezeichnung Wahlkongreß trägt.

TOP 3 a: WAHL EINES NEUEN VORSITZENDEN DES AGRARPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES

Entsprechend einem Vorschlag des agrarpolitischen Ausschusses wird der Landwirtschaftsminister von NRW, Dr. Josef *Effertz,* zum Vorsitzenden des agrarpolitischen Bundesausschusses gewählt.

Entgegen einem von Dr. *Keim* übersandten Schreiben[10] wird darauf hingewiesen, daß die Vorstandsmitglieder *von Kühlmann* und *Schwann* hauptberuflich als Landwirte tätig sind. Auf Vorschlag von *Hoppe* wird beschlossen, bei allen Beratungen des Vorstandes, die sich auf landwirtschaftliche Fragen beziehen, den neuen Vorsitzenden des agrarpolitischen Ausschusses, Dr. *Effertz,* sowie den Bundestagsabgeordneten *Mauk* und Otto *Köhler* (Schleswig-Holstein) als Sachverständige hinzuzuziehen. Gegen die Zuwahl eines vom Parteitag nicht gewählten Vertreters bestehen Satzungsbedenken.

TOP 4: BERICHT DER BUNDESWAHLKAMPFLEITUNG – SCHWERPUNKTBILDUNG FÜR DEN WAHLKAMPF

Ist durch Behandlung von Punkt 2 erledigt.

TOP 5: BERICHT ÜBER AKTIONEN DER PARTEI

Dr. UNGEHEUER referiert über die redaktionelle Gestaltung der Erläuterung zu den zehn in Berlin verabschiedeten Thesen des Berliner Programms.[11]

Der Vorstand erklärt sich bereit, nachdem Dr. *Leverenz* Bedenken gegen mehrere Formulierungen geltend gemacht hat,

1. eine Erläuterung des Bundesfrauenausschusses (Frau Dr. *Tangemann*) zu These 4 noch einzuarbeiten[12],
2. Herrn *Jaekel* mit der Prüfung zu beauftragen, ob die von Herrn Dr. Dr. *Kellner* (Wetzlar) eingereichten Vorschläge[13] nicht noch berücksichtigt werden können.

Gegenüber Bedenken von Dr. HAAS, daß die Erläuterungen den Vorstandsmitgliedern spät zugestellt worden seien, weist Dr. Reinhold MAIER darauf hin, daß die Erläuterungen in Berlin von den Arbeitskreisen und anschließend von zahlreichen Sachverständigen durchgearbeitet worden seien.

Eine Redaktionskommission bestehend aus den Herren Dr. *Leverenz,* Dr. *Ungeheuer, Niebel* und *Döring* wird mit einer abschließenden Überarbeitung beauftragt.

---

10 Nicht ermittelt.

11 Siehe Nr. 33, Anm. 15.

12 Der Antrag des Bundesfrauenausschusses lautete wie folgt: „Zur Sicherung der Familie als Grundzelle staatlicher Ordnung und natürliche gesellschaftliche Einheit gegen jeglichen Kollektivismus streben wir folgende familienfördernde Maßnahmen an: 1. Familiengerechten Wohnungsbau (Eigenheime!). 2. Abbau aller die Ehe diskriminierenden (grundgesetzwidrigen) Steuern. 3. Abbau der (indirekten) Verbrauchssteuern. 4. Kindergeld ab erstem Kind. 5. Eine wirtschaftliche Besserstellung der Jung- und Halbfamilie, damit die Erziehungsarbeit der Mutter nicht wie bisher häufig hinter ganztägigen Erwerbsnotwendigkeiten zurückstehen muß. 6. Eine verstärkte Erziehung des Mädchens zur Hausfrau und Mutter in den letzten Schulklassen aller Schultypen. 7. Steuerliche Abschreibbarkeit aller der Technisierung der Haushalte und der Rationalisierung der Hausarbeit dienenden Geräte zur Entlastung der Landfrau, der kinderreichen Mutter und der erwerbstätigen Ehefrau." *Tangemann* an *Ungeheuer* vom 20. 2. 1957, ADL, A 5-52.

13 Nicht ermittelt.

Dr. LEVERENZ erklärt, daß er sich aus Zeitgründen daran nicht werde beteiligen können.

Die Veröffentlichung des Programms mit Erläuterungen soll Anfang März erfolgen.[14]

TOP 6: BERATUNG DES ENTWURFS DER RICHTLINIEN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG UND DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES

Frau Dr. BRÜCHER referiert über die Richtlinien zur Förderung der Wissenschaft und Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuches. Sie hält es für notwendig, noch einige Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen. Erforderlich sei es, daß die sachverständigen Vertreter der Landtagsfraktionen gemeinsam über die Durchführung der Richtlinien verhandeln.

Dr. *Kohut* übernimmt es, eine Tagung dieser Abgeordneten zustande zu bringen. Der Vorstand beschließt, Frau Dr. *Brücher* zu bitten, in Zusammenarbeit mit Dr. *Scholder* die endgültige Fassung der Richtlinien auszuarbeiten[15], die dann dem Hauptausschuß vorgelegt werden sollen.[16]

35.

20. 3. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes unter zeitweiser Teilnahme der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 20. März 1957 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal." Vorsitz: Maier. 9.30 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Bezold, Bucher, Dehler, Döring, [Drechsel], Giloy, Graaff, Albrecht Haas, Paul Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Krümmer (zeitweise), von Kühlmann, Leuze, Lohmann, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, [Margulies], Mende, Müller-Armack (zeitweise), [Niebel], Rade-

14 Berliner Programm der Freien Demokratischen Partei, beschlossen und verkündet durch den 7. ordentlichen Parteitag am 26. 1. 1957 in der Reichshauptstadt (mit einem Nachwort von Werner Stephan: Zur Geschichte der Freien Demokratischen Partei), hrsg. von der Bundesparteileitung der FDP, Abt. Werbung und Information.

15 Das Programm behandelte den 1. Teil „Wissenschaft und Forschung" unter den Schlagworten: 1. Neben Zweckforschung vor allem Grundlagenforschung; 2. Einheit aller Wissenschaften; 3. Keine nationalistische Dramatisierung; 4. Konzentrierung der finanziellen Mittel; 5. Schaffung eines Forschungsrates – Kooperation zwischen Bund und Ländern; 6. Verhältnis von Forschung und Lehre; 7. Förderung von Hochschulbauten; 8. Notprogramm. Der 2. Teil „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses" war untergliedert in die Unterkapitel: 1. Keine Sozialisierung der Bildung; 2. Begabtenförderung auf breiter Basis; 3. Zentral oder regional?; 4. Gefahr einseitiger Spezialisierung; 5. Studentisches Gemeinschaftsleben.

16 Dem Hauptausschuß wurden die Richtlinien vor der Verabschiedung nicht mehr vorgelegt.

macher, Reichardt, Rubin, Rutschke (zeitweise), Scheel, Heinrich Schneider, Schwann, Schwertner, Sonnenhol (zeitweise), Will.

TOP 1: ARBEITSKREISTAGUNG IN RENGSDORF

STEPHAN berichtet über die Vorbereitungen für die Arbeitskreistagung in Rengsdorf, die am 6. und 7. April zwecks Formulierung der Wahlplattform abgehalten wird. An die Sitzung der fünf vom Gesamtvorstand am 23. Februar d. J. eingesetzten Arbeitskreise[1] wird sich eine Sitzung des Gesamtvorstandes anschließen. Es wird beschlossen, das Ergebnis nach der Tagung den Landesverbänden zu übermitteln, die dann im Laufe des Monats April darüber beraten. Auf Vorschlag Dr. Reinhold *Maiers* wird beschlossen, den Hauptausschuß der Bundespartei für den 30. April einzuberufen und die Stellungnahme zur Wahlplattform auf die Tagesordnung zu setzen.[2]

TOP 2: NEUWAHL EINES VORSITZENDEN DES VERKEHRSPOLITISCHEN BUNDESAUSSCHUSSES

Als Vorsitzender des verkehrspolitischen Ausschusses wird, nachdem Cäsar *Oehding*, Hamburg, sein Amt niedergelegt hat, der Abg. Willy Max *Rademacher* gewählt.

Abg. Carlo GRAAFF bestätigt als Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen, daß von seinem Landesverband kein Anspruch auf dieses Amt erhoben wird.

TOP 3: DER GEMEINSAME MARKT

Als Gäste sind anwesend die Parteifreunde Generalkonsul a. D. *Krümmer*, Iserlohn, Dr. *Sonnenhol* und Regierungsdirektor *Rutschke*, München. Professor Dr. MÜLLER-ARMACK, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, referiert in einem eineinhalbstündigen Vortrag umfassend über Gesamtanlage und Einzelheiten des Vertrages über den Gemeinsamen Markt.[3]

Dr. Reinhold MAIER dankt für das Referat, aus dem alle Anwesenden viel gelernt hätten. Eine große Anzahl von Mitgliedern des Vorstandes und der Bundestagsfraktion stellen anschließend Fragen.

Ausführlich sprechen die Abg. MARGULIES und SCHEEL als Korreferenten sowie Dr. SONNENHOL ergänzend zu den Ausführungen *Müller-Armacks*, der nach Beendigung der Fragestellung und vor Beginn der Debatte den Sitzungssaal verläßt.

Dr. Reinhold MAIER erklärt, daß eine Ablehnung des Vertrages in der morgigen Bundestagssitzung der Partei keinerlei Vorteile bringen könne. Eine Ab-

---

1 Siehe Nr. 34, TOP 2 „Hamburger Tagung zur Eröffnung des Wahlkampfes".

2 Siehe Nr. 37 mit Anm. 17.

3 Die Unterzeichnung des Vertragswerkes erfolgte am 25. 3. 1957. *Müller-Armack* gehörte wie Bundeswirtschaftsminister *Erhard* und die FDP zu den Kritikern des Abkommens. Siehe H. J. KÜSTERS, 1982, S. 423 f. Zur Würdigung der römischen Verträge ebd., S. 433–438. Text in: AdG 1957, S. 6338 A.

lehnung ohne genaue Kenntnis der Einzelheiten des Vertragswerkes könne geeignet sein, die ruhige Entwicklung der FDP zu stören. Es dürfe morgen von den Rednern der Bundestagsfraktion keine Rede gehalten werden, aus der wir nur das Nein heraushörten. Wir müssen miteinander zu einem geschlossenen Nein oder einem geschlossenen Ja kommen. Deshalb dürfe nur eine konstruktive Kritik geübt werden. Dafür müßten morgen die Vorbereitungen getroffen werden.

Nach längerer Aussprache, an der sich zahlreiche Mitglieder beider Gremien beteiligen, weist NIEBEL darauf hin, daß die Bundestagsfraktion sich aufgrund der heutigen Debatte erneut wird schlüssig werden müssen, wie sie verfahren und insbesondere, wen sie als Redner bestimmen will.

Die Bundestagsfraktion beschließt für sich, alsbald nach dem Ende der Plenarsitzung zusammenzutreten.

Dr. HAAS (Bayern) bittet den Bundesvorsitzenden, den Bundeshauptausschuß, ferner gegebenenfalls vorher den wirtschaftspolitischen Ausschuß der Bundespartei, einzuberufen. Die bayerischen Parteiinstanzen werden den Bundeshauptausschuß bitten, das Vertragswerk nicht abzulehnen.

Es wird beschlossen, den Hauptausschuß bei seiner Sitzung am 30. April, 9.30 Uhr vormittags, zunächst mit den Fragen des Gemeinsamen Marktes, am Nachmittag mit der Wahlplattform zu befassen.[4] Von der Einberufung des wirtschaftspolitischen Ausschusses soll aus Zeitmangel abgesehen werden.

Nach einer Mittagspause tritt der Gesamtvorstand ohne die Bundestagsfraktion wieder zusammen.

[VERSCHIEDENES]

Dr. Reinhold MAIER berichtet über die falschen Darstellungen, die die Deutsche Presseagentur über seine Ausführungen in einer Münchener Pressekonferenz gegeben habe.[5] Er halte ein ernsthaftes Gespräch mit dem Chefredakteur der dpa und anderen verantwortlichen Stellen dieser Depeschenagentur für erforderlich.

RADEMACHER äußert Bedenken gegenüber einem Verzicht auf Behandlung der Außenpolitik während des Wahlkampfes.[6]

Dr. Reinhold MAIER entgegnet, daß er lediglich davon gesprochen habe, es müsse die polemische Kraft im Wahlkampf auf innenpolitische Themen gelegt

4 Hierzu Nr. 37, Anm. 17 und 18.

5 Unter Berufung auf dpa berichtete DIE WELT am 12. 3. 1957 über diese Pressekonferenz in dem Artikel „FDP: Bremse in der Sozialpolitik. Reinhold Maier wünscht eine Regierung mit großer Mehrheit". *Maier* hatte dem Bericht zufolge Kritik an der „geheimen Koalition" im Bundestag „zwischen dem linken gewerkschaftlich ausgerichteten CDU-Flügel und den Sozialdemokraten" geübt, eine „echte Vertretung der Mittelstandspolitik" angemahnt und für die FDP „Schutz vor allen sozialistischen Experimenten" verlangt. Weiterhin hatte *Maier* in Aussicht gestellt, daß die FDP im Wahlkampf die Außenpolitik, die Wiedervereinigung und die Wehrfrage ausklammern werde, „da diese Dinge zu ernst seien". Eine Realisierung der Wiedervereinigung war nach *Maiers* Ansicht „nur ohne Bindung an die Westverträge" möglich.

6 Zu der dahingehenden Absicht *Maiers* Nr. 33 mit Anm. 17.

werden, während Außenpolitik und Wiedervereinigung zwar behandelt, aber nicht polemisch ausgewertet werden sollten.

SCHEEL äußert Bedenken über die mangelhafte Berichterstattung in der deutschen Presse mit Bezug auf die Ausschußarbeit der FDP-Abgeordneten im Bundestag, während über die SPD hervorragend berichtet werde.

STEPHAN weist darauf hin, daß zwischen der Bundespressestelle der Partei und der Bundestagsfraktion z. Zt. gewisse Reibungen beständen.[7] Ein ausgleichendes Gespräch erscheine erforderlich. Durch Neueinstellungen in der Pressestelle erhoffe man ebenfalls eine bessere Verbindung.

Frau Dr. ILK weist darauf hin, daß die Vorstandsmitglieder über die Personalien der neuen Referenten in der Bundesgeschäftsstelle nicht unterrichtet seien.

DÖRING stellt in Aussicht, daß den Vorstandsmitgliedern baldigst nähere Informationen zugehen werden.

TOP 4: VERSCHIEDENES – [FORTSETZUNG]

Dr. MENDE äußert Sorgen über die beim Landesverband Bayern der FDP herrschende Tendenz, zugunsten der Bayernpartei auf Wahlkreiskandidaten zu verzichten.

BEZOLD antwortet darauf heftig: Es schweben z. Zt. keine diesbezüglichen Verhandlungen. Wenn sie entsprechend dem Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes eingeleitet werden sollten[8], wird dem Gesamtvorstand berichtet werden.[9]

Dr. Reinhold MAIER unterstreicht, daß demgemäß verfahren werden solle.

[TOP 3: DER GEMEINSAME MARKT – FORTSETZUNG]

Um 18.00 Uhr erscheinen die Mitglieder der Bundestagsfraktion erneut im Sitzungssaal.

---

7 Reibungen zwischen der Bundespressestelle der FDP und der Bundestagsfraktion bestanden schon seit Jahren. Sie wurden durch das Mißtrauen hervorgerufen, mit dem einflußreiche Fraktionsmitglieder dem Leiter der Bundespressestelle der FDP, Josef *Ungeheuer,* begegneten. Nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden hatte Max *Becker* am 8. 1. 1957 verlangt, „offiziöse Parteierklärungen" nur nach „Rücksprache mit dem Fraktionsvorstand zu bringen". Da *Ungeheuer* weiterhin auf einer gewissen Eigenverantwortlichkeit bestand, kam es zu einem Konflikt mit *Becker,* woraufhin *Ungeheuer* beim Bundesvorstand beantragte, sich mit der Angelegenheit zu befassen. *Ungeheuer* an *Becker* vom 9. 1. 1957; *Becker* an *Ungeheuer* vom 10. 1. 1957; *Ungeheuer* an *Becker* vom 14. 1. 1957, ADL, N 11-3 (NL Becker).

8 In der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 3. 3. 1957 hatte *Haas* um Vollmachten für Verhandlungen mit der Bayernpartei gebeten. Auf Vorschlag von *Mende* hatte der Vorstand jedoch hiervon abgesehen und war lediglich übereingekommen, „die Tatsache von Verhandlungen zwischen FDP und Bayernpartei zur Kenntnis zu nehmen". Ergebnisprotokoll der Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes am 3. 3. 1957, ADL, Ordner-Nr. 83.

9 In der Bundestagswahl verzichtete die FPD wie auch die SPD in den Wahlkreisen München-Land, Traunstein, Altötting und Pfarrkirchen auf die Aufstellung eigener Kandidaten. Sie empfahlen ihren Wählern, die Erststimmen dem Kandidaten der FU (Zusammenschluß aus Zentrum und Bayernpartei) zu geben. I. UNGER, 1979, S. 200.

Dr. MENDE berichtet, daß die Fraktion morgen zum Vertragswerk weder positiv noch negativ Stellung nehmen wird. Es wird als Hauptredner der Fraktion *Margulies* sprechen.[10] Dr. *Dehler,* dem gleichfalls der Auftrag erteilt worden war, sich auf eine Rede vorzubereiten, wird nicht sprechen.

Dr. Reinhold MAIER unterstreicht erneut die Notwendigkeit, daß das Ergebnis der heutigen Beratungen in der morgigen Stellungnahme der Bundestagsfraktion berücksichtigt werde. Wir dürfen nicht als festgelegt erscheinen, sonst sei eine schwere Krise innerhalb der Partei möglich.

Eine Frage des Abg. SCHWANN, ob eine Verschiebung der Abstimmung über das Vertragswerk bis zur dritten Legislaturperiode möglich erscheine, wird von Dr. MENDE verneint mit Rücksicht auf die Haltung sowohl von CDU wie SPD.[11]

Dr. DRECHSEL berichtet kurz über den EURATOM-Vertrag.[12] Die Regierungserklärung wird sich auf diesen Vertrag voraussichtlich nicht beziehen. Wenn der Vertrag überhaupt auf der Tagesordnung stehe, so geht das nur auf unsere parlamentarische Anfrage zurück.[13]

36.

6./7. 4. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Arbeitskreise

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 6. und 7. April 1957 in Rengsdorf/Westerwald mit Gästen, die zum Zwecke von Arbeitskreistagungen eingeladen waren." Vorsitz: Maier bzw. Döring. 14.00 Uhr–15.30 (6. 4.) und 10.15 Uhr–13.45 Uhr (7. 4.).

Teilnehmer: Aschoff, Atzenroth, Augstein, Bezold (7. 4.), Böhmler, Borttscheller, Hildegard Brücher, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Ertl, Falk, Fellner, Flach, Freudenberg, Glahn, Graaff, Griesau, Haagmann, Albrecht Haas, Hedergott, Hoppe, Herta Ilk, Jaekel, Keim, Klink, Köhler, Kohut, Kreitmeyer, Krümmer, von Kühlmann, Kunze, Kutzscher, Letz, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mauk, Mischnick, Müller-Link (7. 4.), Neveling, Nowack, Porst, Rahn, Reichardt, Rinné, Scholder, Schollwer, Schroeder, Schul-

10 BT STEN. BER., Bd. 35, S. 11350 C–11355 D.

11 Die Annahme durch den Bundestag erfolgte am 5. 7. 1957 mit den Stimmen der CDU/CSU, der DP/FVP und der SPD gegen die Stimmen des GB/BHE und der FDP. Vgl. H. J. KÜSTERS, 1982, S. 473 f.

12 Der Euratomvertrag war Teil der römischen Verträge. Text: AdG 1957, S. 6338 A.

13 Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 17. 1. 1957, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 48, Drucks. Nr. 3101. Ihre Behandlung erfolgte am 21. 3. 1957, BT STEN. BER., Bd. 35, S. 11375 B–11379 D.

ze, Schwann, Schwertner (7. 4.), Stender, Ruth Tangemann, Ungeheuer, Waess, Will, Zimmerer.

[VORBEREITUNG DER WAHLPLATTFORM]

Dr. Reinhold MAIER verliest ein Begrüßungsschreiben des Amtsbürgermeisters von Rengsdorf.[1] Er schlägt vor, daß *Döring* als Bundeswahlkampfleiter den Vorsitz übernimmt.

DÖRING legt dar, wie die Tätigkeit der Arbeitskreise[2] sich zweckentsprechend vollziehen sollte. Er gibt ein Resümee über die zu erstrebende einheitliche Führung des Wahlkampfes und über die Technik der Werbung, die anzuwenden wäre. Er weist besonders darauf hin, daß es gilt, 25–30 % Unentschiedene zu gewinnen. Der Kampf muß offensiv und nicht defensiv geführt werden. Für die Wahlplattform muß ein einheitlicher Stil, eine einheitliche Diktion angestrebt werden.

LETZ hält ein viertelstündiges Referat über das Resultat der Umfrage, die Intermarket über die Wirksamkeit des Freiheitsbegriffes in der heutigen Zeit im Auftrage der Bundesparteileitung veranstaltet hat.[3]

Es werden dann auf Vorschlag von *Döring* als Leiter der Arbeitskreise bestimmt: Wiedervereinigung: Dr. *Nowack;* Außenpolitik: Dr. *Rahn;* Staat und Gesellschaft: *Letz;* Wirtschaft und Finanzen: *Graaff;* Agrarpolitik: *Schwann.*

Die Tagung der Arbeitskreise beginnt sofort anschließend in den hierfür bereitgestellten Sälen.

Nachdem die Arbeitskreise am 6. April abends bzw. in der Nacht vom 6./7. April ihre Arbeit abgeschlossen haben, beginnt die Vorstandssitzung am Sonntag, dem 7. April, um 10.15 Uhr wieder unter dem Vorsitz von Dr. Reinhold MAIER, der vorschlägt, zunächst die Leiter der Arbeitskreise berichten zu lassen. Es wird so beschlossen.

1. Zunächst berichtet Dr. RAHN für den außenpolitischen Arbeitskreis, der bei einer zweiten Sitzung auch die Fragen der Wiedervereinigung gemeinsam mit dem Arbeitskreis Wiedervereinigung mitbehandelt hat.[4]

---

1 Nicht ermittelt.

2 Zum Vorgang siehe Nr. 34, TOP 2 „Hamburger Tagung zur Eröffnung des Wahlkampfes".

3 Intermarket. Gesellschaft für internationale Markt- und Meinungsforschung m. b. H., Düsseldorf: Der Freiheitsbegriff im Licht der öffentlichen Meinung. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage, durchgeführt für den Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei, Januar 1957. Politische Analysen, Bd. VII.

4 Das Ergebnis war in 11 Punkten zusammengefaßt. Die Forderungen bezogen sich 1. auf eine gemeinsame Außenpolitik aller Parteien; 2. eine verschärfte parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik; 3. die Aufrechterhaltung der deutschen Wiedervereinigung als „das zentrale und vordringliche Anliegen der deutschen Außenpolitik"; 4. die Förderung der Wiedervereinigung durch Verhandlungen der neuen Bundesregierung mit den Vier Mächten; 5. die Ergänzung der westlichen Vertragspolitik durch östliche Entspannungspolitik; 6. die Aufnahme von Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem; 7. die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Welt im Sinne der Unterstützung der Wiedervereinigungsbestrebungen; 8. die Ablehnung eines Verzichts auf Gebiete, auf die ein Rechtsanspruch besteht; 9. die Überstellung der Kriegs-

KREITMEYER verlangt in Punkt 11 den Zusatz: „Die bodenständige Heimatverteidigung wurde in ihrer Bedeutung nicht erkannt." Der Antrag wird angenommen.

ZIMMERER ist der Meinung, daß der Bundeswehr atomare Waffen nicht vorenthalten werden können, da sie erstklassig bewaffnet sein müsse.

Hierüber findet eine längere Aussprache statt. Es wird ein Antrag *Reichardts* angenommen, den Punkt 11 des außenpolitischen Programms wie folgt zu fassen:

„11. Der deutsche Verteidigungsbeitrag soll dem Schutze der Bevölkerung der Bundesrepublik dienen. Die Regierung Adenauer beschränkte sich auf die Aufstellung von bewaffneten Streitkräften. Die bodenständige Heimatverteidigung wurde in ihrer Bedeutung nicht erkannt. Der moderne Krieg trifft Soldaten und Zivilisten gleichermaßen. Deshalb muß vordringliche Aufgabe sein, die Maßnahmen zum Schutze der zivilen Bevölkerung unverzüglich in Angriff zu nehmen. Wir lehnen Produktion und Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden ab."

Angenommen wird ferner ein Antrag, als Punkt 12 hinzuzufügen:

„12. Die deutsche Hauptstadt heißt Berlin. Eine neue Bundesregierung hat dafür zu sorgen, daß Berlin diese Funktion in kurzfristigen Etappen wieder übernehmen kann."

Es wird ferner beschlossen, die einzelnen Punkte schärfer zu formulieren.

So weist HEDERGOTT darauf hin, daß bei der Erwähnung der Saarfrage festgestellt werden müsse, welche Auswirkungen die Behandlung der Saarfrage durch die Bundesregierung hätte haben müssen, wenn nicht das Saarvolk anders entschieden hätte.

DÖRING weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es sich hier nur um eine gedankliche Skizze handele. Die Akzentuierung werde entsprechend vorgenommen werden.

2. GRAAFF referiert über die Ergebnisse des Arbeitskreises Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Man habe vor der Frage gestanden, ob man einen Katalog von rund 80 Forderungen aufstellen solle. Diese Frage sei zwecks verstärkter Durchschlagskraft der Wahlplattform verneint worden. Man habe sich auf zwei grundlegende Fragen konzentriert, nämlich:

a) daß heute „zuviel Staat" vorhanden sei,

b) daß die heutige wirtschaftliche Entwicklung zur Währungsgefährdung führe.

Dr. BUCHER wünscht Ergänzungen im einzelnen, z. B. daß eine Änderung bei der Gewerbesteuer erfolgen müsse nicht nur im Zusammenhang mit einer gesunden Finanzierung der Gemeinden, sondern auch zugunsten der Gewerbetreibenden.

---

verurteilten an die deutschen Behörden; 10. die Förderung der Verbundenheit zwischen beiden deutschen Staaten. Wortlaut von Punkt 11 unten im Text. ADL, Ordner-Nr. 224.

Frau Dr. ILK verlangt, daß nicht nur von der mitarbeitenden Ehefrau gesprochen werde, sondern von den Frauen insgesamt.

Es schließt sich eine längere Aussprache an über die Frage des Splitting.

ZIMMERER verlangt die Erwähnung der Notwendigkeit einer Steuervereinfachung.

ASCHOFF wünscht, daß in die Wahlplattform eine Forderung nach Maßnahmen für die Wertbeständigkeit des Geldes und aller Ersparnisse aufgenommen werde.

AUGSTEIN bezeichnet die Formel, daß „nicht die Reichen reicher und die Armen ärmer werden sollen", als abgegriffenes sozialistisches Schlagwort.

Es wird ferner bemängelt, daß schwere Fehler, die von der Bundesregierung begangen worden sind, z. B. auf dem Gebiete der Verkehrspolitik, Straßenbau, in dem Ergebnis des Arbeitskreises nicht berücksichtigt worden seien. Wenn das aufgestellte Schema: „Rettet die DM"[5] nicht ausreiche, müsse eben eine zweite Kategorie für den Punkt Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik geschaffen werden, etwa unter dem Stichwort: „Schwere Unterlassungen der letzten Bundesregierung", die in der nächsten Legislaturperiode wieder gutgemacht werden müssen.

3. LETZ berichtet über das Ergebnis des Arbeitskreises Staat und Gesellschaft. Über den vorgelegten Wortlaut[6] hinaus seien Forderungen erhoben worden von *Daub,* der ein neues Konkordat anstelle des durch das Karlsruher Urteil[7] teils bestätigten, teils ausgehöhlten verlangen möchte und ferner die Ablehnung der Konfessionsschule in den Katalog der Forderungen aufgenommen sehen möchte; weiter ein Antrag von *Haagmann,* der ein Bundeskultusministeri-

---

5 Es enthielt Forderungen nach einer Begrenzung des Staatshaushaltes, nach der Beendigung der „Geldhamsterei *Schäffers* im Juliusturm", nach Steuerabbau und nach einer Sozialpolitik, die die Währung nicht untergrabe. Gefordert wurde deshalb eine „leistungsgerechte Entlohnung durch verantwortungsbewußte Lohnpolitik der Sozialpartner und Ergänzung des Tariflohns durch geeignete Formen einer leistungsgebundenen Ertragsbeteiligung". ADL, Ordner-Nr. 224.

6 Die Vorlage umfaßte 5 Punkte: 1. Vorschlag, diesen Teil der Wahlplattform unter die Überschrift „Innen- und Kulturpolitik" zu stellen. 2. Forderungen für den Bereich Innenpolitik: a) für Sauberkeit im Staate; b) gegen den Verwaltungsstaat (gegen die Bürokratisierung); c) gegen den Interessentenstaat; d) für eine Stärkung der Macht und der Würde des Parlaments gegenüber der Regierung und ihrer Bürokratie. 3. Themen für den Bereich der Kulturpolitik: a) Schulproblem; b) zweiter Bildungsweg; c) Förderung von Wissenschaft und Forschung; evtl. noch Grundsatzproblem FDP und Kirchen und die Frage der Freizeitgestaltung bei abnehmender Arbeitszeit. 4. Jugendpolitik. 5. Kampf gegen die Einparteienherrschaft. Der Vorlage war eine Anlage beigeheftet, die ein konkretes „innenpolitisches Neuordnungsprogramm" enthielt. Es forderte eine „Innenpolitik der Stärke", untergliedert in die Punkte: 1. Stärkung des Parlaments; 2. Stärkung der politischen Parteien; 3. Stärkung der Abwehrkraft gegenüber Interessenverbänden; 4. Stärkung der öffentlichen Meinung. ADL, Ordner-Nr. 224.

7 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. 3. 1957. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 6, Nr. 22, S. 309–367. Zur Vorgeschichte und den Hintergründen dieses Urteils nunmehr umfassend Konrad REPGEN, Der Konkordatsstreit in den fünfziger Jahren. Von Bonn nach Karlsruhe (1949–1955/57), in: KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE, 3. Jg. (1990), S. 201–245.

um anstelle des nebelhaften „zentralen Selbstverwaltungsorgans" fordern will.

Dr. HAAS (Bayern) spricht sich entschieden gegen die Forderung nach einem Bundeskultusministerium aus.

DÖRING verlangt, daß ausdrücklich die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens abgelehnt wird.

KREITMEYER möchte, daß „die Bekämpfung des überspitzten Föderalismus" im Katalog berücksichtigt wird; ferner ein zentraler Gesundheitsdienst.

Dr. Reinhold MAIER hält es für richtig, auf die Forderung nach einem Bundeskultusministerium zu verzichten. Die Frage des Zentralismus oder Förderalismus werde erst bei der Verwirklichung der Wiedervereinigung aktuell.

ZIMMERER will die Reinerhaltung von Wasser und Luft sowie die Lärmbekämpfung mit in das Programm aufnehmen.

STEPHAN weist darauf hin, daß im Rahmen der Gesundheitspolitik auch die Verfälschung von Nahrungsmitteln bekämpft werden müsse.

SCHWANN ergänzt den Katalog durch den Hinweis auf die Notwendigkeit des Strahlenschutzes.

WILL möchte die Ministerverantwortlichkeit und die Stärkung der Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung berücksichtigt sehen.

Frau Dr. TANGEMANN hält einen Hinweis auf die Familienfragen für notwendig. In die Präambel dieses Abschnittes müsse die Forderung nach der Entwicklung einer freien Gesellschaft aufgenommen werden.

LETZ beantragt, an der Spitze des Abschnittes einen Satz einzufügen, daß „die FDP alle Bestrebungen unterstütze, die es der Familie ermöglichen, ihre großen Aufgaben zu erfüllen".

Es wird beschlossen, keine Forderung nach einem Bundeskultusministerium zu erheben, die Bekämpfung des Konfessionalismus unter die Forderungen aufzunehmen und den Föderalismus nicht hier, sondern im Rednermaterial zu behandeln, eine aktive Gesundheitspolitik zu fordern, bei der insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärms, Reinhaltung von Wasser und Luft, Bekämpfung der Lebensmittelverfälschung und Strahlenschutz zu berücksichtigen sind. Die Konkordatsfrage soll nicht erwähnt werden. Die Ministerverantwortlichkeit soll mit aufgenommen werden. Ob die Konfessionsschule unter die Forderungen aufgenommen werden soll, ist von der Wahlkampfleitung zu prüfen.

4. SCHWANN berichtet über den Arbeitskreis Agrarpolitik.

Dr. Reinhold MAIER hält es für richtig, an die Spitze als Motiv unserer Sorge um die Agrarwirtschaft zu stellen den Gedanken: „Selbständige Existenzen sind notwendig, um Vermassung zu vermeiden." Eine positive Landwirtschaftspolitik wird den Interessen des gesamten Volkes gerecht.

HOPPE weist darauf hin, daß die vom Arbeitskreis angeregte Überschrift „Hunger tut weh" bei den heutigen Zeitverhältnissen verfehlt sei.

Dr. KOHUT beantragt, die Wahlkampfleitung solle das Agrarprogramm im einzelnen überprüfen. Es sei jetzt nicht möglich, den recht ausführlichen Forderungskatalog auf eine einheitliche Gesamtdiktion abzustimmen. Der Vorstand ist damit einverstanden.

FREUDENBERG verlangt, daß zwei Hauptsätze in der endgültigen Veröffentlichung enthalten sind, nämlich:

a) „Nur eine gesunde Landwirtschaft verbürgt das tägliche Brot."

b) „Nur ein gesundes Landvolk ist ein sicherer Schutzwall gegen Vermassung und Sozialisierung."

Er weist ferner darauf hin, daß als wichtigste Parole für das Landvolk die Forderung nach dem kostendeckenden Preis zu betrachten sei.

SCHWANN formuliert den Grundgedanken des Programms mit dem Satz: „Die Lebensmittelerzeugung muß erhöht werden, um politische Abhängigkeit zu vermeiden."[8]

Es besteht der Wunsch, gerade im Agrarprogramm Fremdwörter nach Möglichkeit auszumerzen und eine populäre Fassung anzustreben.

Es wird beschlossen, daß die Bundeswahlkampfleitung, insbesondere die Herren *Döring* und Dr. *Keim,* die Fassung des Abschnittes Agrarpolitik in Gemeinschaft mit Herrn *Klink* noch einmal überarbeiten.[9]

5. In der Zusammenfassung betont DÖRING, es habe sich bei der heutigen Debatte darum gehandelt, die Gedanken festzuhalten. Das sei geschehen. Nun müßte eine gemeinverständliche Form erarbeitet werden, damit die Ideen in ansprechender Weise unter das Volk gebracht werden könnten.

Dr. Reinhold MAIER schlägt folgendes Verfahren vor: In der Bundesparteileitung wird das in Rengsdorf erarbeitete Material zusammen mit den heute niedergelegten Gedankengängen verarbeitet und in Form gebracht. Die Fassung wird Ende der Woche an die Landesverbände zwecks Beratung im Landesvorstand usw. versandt und auch der Bundestagsfraktion zugestellt. Anregungen und Änderungswünsche sollen etwa bis zum 25. April der Bundesgeschäftsstelle zugestellt werden. Am 29. April soll der Gesamtvorstand in einer ganztägigen Sitzung die Beratung vornehmen, am 30. April der Hauptausschuß die endgültige Fassung verabschieden.[10] So wird beschlossen.

---

8 Das Ergebnis der Beratungen war eine Ausarbeitung, die unter der Überschrift stand: „Nur eine gesunde Landwirtschaft verbürgt unser tägliches Brot." Die einzelnen Abschnitte der Vorlage hatten folgende Zwischentitel erhalten: 1. Agrarpolitik für das ganze Volk; 2. Keine gesunde Landwirtschaft ohne Kostendeckung; 3. Die Modernisierung der Landwirtschaft – ein Anliegen der Nation; 4. Der Kleinbauer muß bleiben; 5. Mehr Nahrungsraum durch Neulandgewinnung; 6. Gesunder Körper – gesunder Geist. Am Schluß stand die These: „Nur ein gesundes Landvolk ist ein sicherer Schutzwall gegen Vermassung und Sozialisierung!" ADL, Ordner-Nr. 224.

9 Hinweise auf diese Überarbeitung im Rundschreiben *Keims* an die Vorsitzenden der agrarpolitischen Landesausschüsse vom 18. 4. 1957 mit Anlagen, ADL, Ordner-Nr. 851.

10 Siehe Nr. 37, TOP 2 „Wahlplattform".

37.

29./30. 4. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 29. April 1957 in Bonn und am 30. April 1957 in Bad Godesberg, Redoute." Vorsitz: Maier. 15.00 Uhr (29. 4.)–1.30 Uhr (30. 4.) und 9.00 Uhr–945. Uhr (30. 4.).

Teilnehmer: Becker, Bezold (29. 4.), Bucher, Daub, Döring, Ehrich, Giloy (29. 4.), Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kirst (29. 4.), Köhler, Kohut, von Kühlmann, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Niebel (29. 4.), Rademacher, Rubin (29. 4.), Scheel (30. 4.), Schwann, Schwertner.

Dr. Reinhold MAIER begrüßt Otto *Köhler*, der zu Punkt 2 geladen ist, aber auch bei der Beratung der übrigen Punkte willkommen ist.

[ATOMARE BEWAFFNUNG DER BUNDESWEHR]

Es wird beschlossen, außerhalb der Tagesordnung die Frage der atomaren Bewaffnung vorweg zu behandeln. Es wird einstimmig beschlossen, eine Erklärung zur Sachlage abzugeben. Nach ausführlicher Aussprache wird die folgende Veröffentlichung einstimmig angenommen:

„Mit Bedauern stellen die Freien Demokraten fest, daß der auf gutem Weg befindliche Prozeß der freien Meinungsbildung in der Bundesrepublik durch die jüngste Sowjetnote[1] behindert wird. Obwohl sich die Sowjetregierung dem Worte nach zum Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker bekennt, hat sie ihre Note nicht auf auswärtige Angelegenheiten beschränkt, sondern den Regierungsparteien den Vorwand geliefert, sie mische sich in den deutschen Wahlkampf ein.[2] Die Freien Demokraten wei-

1 Note der Regierung der SU an die Bundesregierung vom 27. 4. 1957, die sich in scharfer Form gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Stationierung von Atomwaffen der westlichen Verbündeten auf dem Gebiet der Bundesrepublik aussprach. Text der sehr ausführlich gehaltenen Note in: AdG 1957, S. 6416 E 2.

2 Der DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 11. Jg., Nr. 82 vom 29. 4. 1957, schrieb in dem Artikel „Bonn ist nicht London": „Man kann nicht daran zweifeln, daß Moskau mit seiner Note nicht zuletzt eine Einflußnahme auf die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik versucht hat. Selbst ausländische Sozialisten meinen, der Kreml wolle hier Einfluß auf den deutschen Wahlkampf gewinnen. Tatsache ist jedenfalls, daß die unbegründeten Vorwürfe Moskaus weithin mit Äußerungen übereinstimmen, die aus den Reihen der deutschen Opposition ständig laut werden [. . .]. Mit seinen Einmischungsversuchen will Moskau natürlich nur seine eigenen Ziele fördern. Der Opposition aber kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie durch ihr Verhalten solche Versuche begünstigt, wenn nicht gar herausfordert."

sen die Unterstellung einer auswärtigen Wahlhilfe ebenso zurück wie den Versuch, ihre Bedenken durch Drohungen von außen zu verstärken. Die Befürchtungen, welche die Freien Demokraten bereits vor dem Appell der Atomwissenschaftler[3], Albert *Schweitzers*[4] und höchster kirchlicher Spitzen[5] äußerten, haben ein so großes Eigengewicht, daß sie auf eine Unterstützung in Art der Moskauer Note verzichten können.

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten richtet seine Bedenken gegen die Entwicklung, die Erzeugung und die Anwendung von atomaren Waffen durch und für die Bundesrepublik. Der friedliche Zweck der Forschungsarbeit für nutzbringende Atomvorhaben darf nicht durch die Umstellung auf den Kriegszweck verfälscht werden. Auch hat in der gegenwärtigen Lage ein entschlossener Verzicht auf die atomare Aufrüstung mehr Aussicht auf Achtung der deutschen Belange als der Versuch, den Weltmächten auf diesem gefahrvollen Felde nachzueifern.

Die Mitteilung der Bundesregierung, daß die Bundesrepublik keine Atomwaffen besitze und auch nicht um deren Zuteilung gebeten habe[6], enthält nur die halbe Wahrheit. Widersprechende Äußerungen des Bundeskanzlers[7] und anderer Regierungsmitglieder[8] geben den Freien Demokraten Veranlassung, von der Bundesregierung eine klare und verbindliche Aussage zu verlangen, die sich gegen die Entwicklung, die Erzeugung und die Anwendung von Atomwaffen durch und für die Bundesrepublik richtet."[9]

Auf Anregung von Dr. *Mende* wird beschlossen, die Ausführungen Albert *Schweitzers*, die Rede des Professors *von Weizsäcker* vom 29. 4. 1957 vor der deutschen Studentenschaft in Bonn[10] und die Erklärungen der führenden FDP-Männer zur Atomfrage in der Schriftenreihe der FDP in einer Broschüre herauszubringen.

---

3 Text des Appells von 18 führenden deutschen Atomwissenschaftlern von Mitte April in: AdG 1957, S. 6385 A. Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1949–1957, 1981, S. 359 ff.

4 Text der Rede *Schweitzers*, die am 23. 4. 1957 über Radio Oslo und fast 150 weitere Rundfunkstationen der ganzen Welt ausgestrahlt wurde, in: AdG 1957, S. 6397 A.

5 Eine Minderheit der EKD, darunter *Niemöller*, *Grüber*, *Heinemann*, *Gollwitzer*, *Iwand* und *Scharf*, hatte den Atomwissenschaftlern (Anm. 3) ein Danktelegramm für ihre Stellungnahme übersandt. D. KOCH, 1972, S. 473.

6 Vorläufige Stellungnahme der Bundesregierung vom 28. 4. 1957, Text in: AdG 1957, S. 6416 E 3.

7 Auf einer Pressekonferenz am 4. 4. 1957 hatte sich *Adenauer* für die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen ausgesprochen, bei denen es sich um „nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie" handele. Ebd., S. 6370 E.

8 So z. B. Verteidigungsminister *Strauß* wenig später in einem Interview mit einem Sprecher des Hessischen Rundfunks, ebd., S. 6378 D.

9 Resolution veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 31 vom 30. 4. 1957.

10 *Weizsäcker* sprach über das Thema „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter". Nach *Weizsäckers* Auffassung bot die atomare Rüstung keine Sicherheitsgarantie; vielmehr liege es im Interesse des Westens und des Ostens, die Atomrüstung zu vermeiden. Artikel „Wissenschaftler widerspricht Bonn", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU, Titelseite. Die im folgenden genannte Broschüre nicht ermittelt.

ZU TOP 1: VORBEREITUNG DES HAMBURGER WAHLKONGRESSES[11]

berichtet STEPHAN über den Stand der Vorbereitungen. Es wird beschlossen, den Kongreß nicht als „Wahlkongreß", sondern als „Hamburger Kongreß der Freien Demokratischen Partei" zu bezeichnen.

Als Redner werden in Aussicht genommen: Begrüßung: *Rademacher* für die FDP Hamburg; *Engelhard* für den Senat der Stadt Hamburg (falls Bürgermeister *Sieveking* nicht seinerseits die Begrüßungsansprache halten wird). Verkündung des Aktionsprogramms: *Döring*. Sicherheit im Atomzeitalter: *Mende*. Wiedervereinigung: *Leverenz*. Wirtschafts- und Finanzpolitik: *Weyer*. Agrarpolitik: *Glahn*. Zusammenfassung und Schlußrede: Dr. Reinhold *Maier*.

Der Vorstand beschäftigt sich ausführlich mit der Frage, ob zwischen die Referate Diskussionsbeiträge eingefügt werden sollen im Rahmen einer gelenkten Diskussion.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, statt der Diskussionsbeiträge kurze Korreferate auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bundeswahlkampfleitung wird beauftragt, die Korreferenten zu bestimmen.

Auf Wunsch von *Rademacher* erklärt Dr. Reinhold MAIER sich bereit, seine Rede in der Großkundgebung in den Hamburger Messehallen und nicht im Curio-Haus zu halten.

An den Hamburger Kongreß wird sich die Agrartagung in Celle am 7. Juni anschließen.[12]

TOP 2: WAHLPLATTFORM

Vor Beratung der vorliegenden Entwürfe[13] wird die Wahlkampfsituation besprochen.

RUBIN weist darauf hin, daß der BHE durch Aufwendung beträchtlicher Summen gekauft worden ist.[14] Er fragt nach den Konsequenzen, die sich für uns daraus ergeben.

GRAAFF ergänzt die Mitteilung durch eine Darlegung der Situation in Niedersachsen, wo dem BHE Direktmandate von der Deutschen Partei und indirekt von der CDU gesichert werden sollen.[15]

DÖRING weist auf die Gefahren eines konzentrischen Angriffs gegen uns sowie auf die Korrumpierung der Demokratie durch die geschilderten Methoden hin.

---

11 Zum Vorgang siehe Nr. 39 mit Anm. 1.

12 Die agrarpolitische Bundestagung in Celle am 7. 6. 1957 sollte „die Zielsetzung der Freien Demokraten insbesondere zu agrarpolitischen Fragen darlegen". Als Redner war u. a. Reinhold *Maier* vorgesehen. LIBERALE KORRESPONDENZ. Pressedienst der FDP/DVP Baden-Württemberg, 9. Jg., Nr. 57 vom 24. 5. 1957; *Keim* an *Maier* vom 8. 5. 1957, ADL, Ordner-Nr. 3175.

13 Zu ihrer Entstehung Nr. 36.

14 Ein Artikel in: DER SPIEGEL, 11. Jg., Nr. 18 vom 1. 5. 1957, S. 24 f., nannte die Summe von 1,2 Millionen DM, die an den BHE aus der Wirtschaft gezahlt worden sei.

15 Hinweis auf diese Verhandlungen, die letztendlich scheiterten, in: F. NEUMANN, 1968, S. 199.

Auf Vorschlag von Dr. Reinhold *Maier* wird beschlossen, daß

1. die Vorsitzenden sich in einem Schreiben beim Bundesverband der Deutschen Industrie anmelden und dort ihre Bedenken gegen die in den letzten Tagen sichtbar gewordene Entwicklung vortragen sollen[16];
2. gegen den BHE eine energische Polemik in der Öffentlichkeit gerichtet werden soll.

Dr. BECKER schlägt vor, in den fraglichen Wahlkreisen Niedersachsens schärfstens vorzugehen. Es müßten, bevor Briefe geschrieben werden, die Parteifreunde, die mit den fraglichen Gremien in Verbindung stehen, informiert werden.

Abschließend betont Dr. Reinhold MAIER, daß unter allen Umständen Klarheit über die Absichten der fraglichen Stellen geschaffen werden müsse.

Es wird beschlossen, der Wahlplattform die Bezeichnung „Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei" zu geben.

Nach sehr ausgiebiger Aussprache, die bis 1.30 Uhr morgens dauert, werden vier Abschnitte des Aktionsprogramms fertiggestellt. Der Teil, der sich auf die Agrarpolitik bezieht, wird in einer Sondersitzung vorbereitet, an der *von Kühlmann, Schwann, Köhler* und *Mauk* teilnehmen. Es wird beschlossen, daß der Vorstand am 30. April, vormittags 9.00 Uhr, in Bad Godesberg, Redoute, zur endgültigen Verabschiedung des Aktionsprogramms noch einmal zusammentritt.

Bei der zweiten Sitzung am 30. April, 9.00 Uhr, berichtet einleitend DÖRING über das Ergebnis der gestrigen Beratungen und beantragt, daß dem Hauptausschuß nach einem zusammenfassenden Referat vorgeschlagen wird, die sechs Abschnitte des Aktionsprogramms einzeln zu beraten.

Dr. Reinhold MAIER weist auf die Notwendigkeit hin, daß das Aktionsprogramm recht ausgiebig diskutiert wird. Die Schlußredaktion des Aktionsprogramms soll die folgende Kommission vornehmen: Dr. Wolfgang *Haußmann,* Wolfgang *Mischnick,* Frau Dr. Herta *Ilk,* Hans-Günther *Hoppe,* Erich *Schwertner,* Wolfgang *Döring,* Werner *Stephan,* Hermann *Hummel.* Der Vorschlag *Dörings* wird angenommen.[17]

---

16 Am 15. 5. 1957 schrieb *Maier* wie folgt an Fritz *Berg,* den Präsidenten des BDI: „In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes meiner Partei wurde der Wunsch nach einer Aussprache mit Ihnen und maßgeblichen Vertretern Ihres Präsidiums über aktuelle Fragen geäußert. Da diese Anregung auch meinen Überlegungen entgegenkommt, wäre ich Ihnen verbunden, wenn Sie nach Absprache mit Ihrem Präsidium durch Ihre Geschäftsführung einen Terminvorschlag unterbreiten ließen." ADL, Ordner-Nr. 3152. Zum Fortgang siehe Nr. 39, TOP 3 „Verschiedenes", Punkt 3.

17 Im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung beriet der Hauptausschuß den Entwurf des Aktionsprogramms ausführlich – es gab insgesamt 88 Wortmeldungen. Die Verabschiedung des Programms wurde jedoch der Bundesparteileitung überlassen. Auf dem Hamburger Wahlkongreß sollte nur noch die Verkündung erfolgen (siehe Nr. 39 mit Anm. 4), eine Debatte hierüber war dort nicht mehr vorgesehen. Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundeshauptausschusses am 30. 4. 1957, ADL, A 12-25.

[GEMEINSAMER MARKT]

GRAAFF regt an, dem Hauptausschuß vorzutragen, daß zur Frage des Gemeinsamen Marktes kein Beschluß gefaßt werden kann, weil die Voraussetzungen noch fehlen.

Auch Dr. Reinhold MAIER und Dr. Erich MENDE betonen, daß eine endgültige Festlegung und eine definitive Bindung heute nicht möglich sein werde.[18]

38.

25. 5. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Rademacher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 25. Mai 1957 in Frankfurt/Main, Hotel Metropol/Monopol." Vorsitz: Mende bzw. Rademacher. 15.00 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Borttscheller, Daub, Döring, Haußmann, Hedergott, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Letz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Rademacher, Reichardt, Scheel, Schwann, Weyer.

Es wird Kenntnis genommen von den Ergebnissen der Vorbesprechung, die am Vormittag in Frankfurt unter den Rednern von Hamburg stattgefunden hat.[1]

Es wird beschlossen, daß das am Vortage fertiggestellte Aktionsprogramm[2] an die Haupt- und Korreferenten versandt werden soll mit der Aufforderung, sich untereinander über die großen Linien ihrer Referate abzustimmen.

Der Rednerplan wird genehmigt.

---

18 In der in Anm. 17 genannten Sitzung führte der Hauptausschuß eine ausführliche Debatte über den EWG- und Euratom-Vertrag und verabschiedete dazu mehrere Entschließungen, in denen vor allem um die einheitliche Abstimmung der FDP-Fraktion im Bundestag über die Vertragswerke ersucht und desweiteren empfohlen wurde, auf die Sicherung parlamentarischer Mitwirkung in Zukunft hinzuwirken und die Bundesregierung zu drängen, unverzüglich Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, „eine Einigung zu erwirken über die Fragen der Schaffung einer europäischen Freihandelszone, der Konvertierbarkeit der Währungen und der beschleunigten Durchführung der staatsrechtlichen Reformen, die den überseeischen Gebieten eine Entwicklung gemäß den Bestimmungen der Vereinten Nationen ermöglichen". Zur Haltung der FDP bei der Abstimmung im Bundestag siehe Nr. 35, Anm. 11.

1 Zur vorausgehenden Planung des Hamburger Wahlkongresses Nr. 37 mit Anm. 11. Gegenüber den dort aufgeführten Rednern hatte sich deren Zahl nunmehr erhöht, da zusätzliche Referate vorgesehen waren von *Schwertner, Mischnick, Schroeder, Lenz, Waess, Borttscheller, Mauk, Köhler, Lüders, Drechsel, Brücher, Luchtenberg, Dürr, Stammberger* und *Hoppe*. Anlage zum Rundschreiben *Stephans* vom 29. 5. 1957, ADL, A 1-122. Zum Ablauf des Wahlkongresses Nr. 39, Anm. 1.

2 Siehe Nr. 37, Anm. 17.

[POLITISCHER LAGEBERICHT]

Dr. MENDE gibt einen politischen Überblick. Er geht dabei ein auf die Kampagne, die die DP/FVP in verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik gegen die FDP richtet, insbesondere mit der Behauptung, in der FDP verbergen sich nationalbolschewistische Kräfte. Er berichtet ferner über ein Gespräch, das er bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung mit dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz *Berg*, hatte.[3]

RADEMACHER ergänzt diese Mitteilung durch Beobachtungen über das Verhalten des Herrn *Berg* anläßlich eines Kongresses der Internationalen Handelskammern in Neapel. Es erscheint sehr wichtig, das Treffen mit Herren der Wirtschaft in Köln am 31. Mai gut vorzubereiten und entsprechend durchzuführen. Es drohen Gefahren von Persönlichkeiten aus Wirtschaftskreisen, die die FDP noch einmal spalten möchten, falls die CDU mit ihren Satelliten keine 51 % erreicht. *Rademacher* weist darauf hin, daß alle Parteifreunde in der Koalitionsfrage an der „Würzburger Formel"[4] festhalten und keine entgegengesetzten Äußerungen machen.

In diesem Zusammenhang werden auch die von der SPD behaupteten Korruptionsaffären *Blank, Manteuffel, Berendsen* erwähnt.[5]

Der Vorstand hat die Absicht, bald das Verhältnis zur Liberalen Weltunion, insbesondere zur Deutschen Gruppe, zu behandeln.[6]

Dr. MENDE teilt den vom Landesverband Nordrhein-Westfalen gemachten Vorschlag mit, bei den anderen Parteien eine Versammlungsruhe vom 10. Juli bis zum 10. August anzuregen.

Der Vorstand beschließt entsprechend: „Der Bundesvorstand der FDP hat beschlossen, an die Vorstände der anderen Parteien mit dem Vorschlag heranzutreten, vom 10. Juli bis 10. August d. J. eine Versammlungspause für öffentliche Wahlveranstaltungen der Parteien eintreten zu lassen."[7]

[ANTRAG AUF ÄNDERUNG VON ART. 15 GG]

Dr. MENDE berichtet über den Beschluß der Bundestagsfraktion, den Artikel 15 des Grundgesetzes, der bisher die Sozialisierung von Grundstoffindustrien

---

3 Über den Bericht *Mendes* über dieses Gespräch, das am 21. 5. 1957 stattfand, notierte *Haußmann* folgendes: „Gespräch *Mendes* mit Fritz *Berg:* Auslandspresse großer Wert – Mißverständnisse; linker Flügel CDU – Regieren fast unmöglich. FVP – aber Boden [?]. Rüstungsskandale. Aussprache 31. Mai 1957 in Köln." HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann). Zum Verlauf der Besprechung am 31. 5. 1957 siehe Nr. 40, TOP 1 „Besprechungen mit den Fördergesellschaften".

4 Siehe Nr. 27, Anm. 4.

5 Den genannten Bundestagsabgeordneten war unterstellt worden, sie hätten ihre Stellung im Verteidigungsausschuß des Bundestages dazu mißbraucht, bestimmten Firmen Aufträge zuzuschanzen. Hierzu und zum weiteren Verlauf der Affäre die dpa-Meldungen vom 27. 5. und 29. 8. 1957, in: AdsD, Sammlung Personalia-Manteuffel.

6 Nr. 40, TOP 4 „Unsere Stellung zur Liberalen Weltunion".

7 Veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 39 vom 28. 5. 1957.

usw. ermöglichte, so zu ändern, daß eine derartige Sozialisierung verboten wird.[8]

DÖRING berichtet über Besprechungen mit *Ollenhauer,* die er in diesem Zusammenhang hatte.

Es wird ausführlich die Situation im Bundesrat besprochen und vor allem darauf hingewiesen, daß aller Voraussicht nach nur noch in diesem Bundestag eine Zweidrittelmehrheit zur Verfassungsänderung vorhanden sei. Dies müsse auch für Wirtschaftskreise von Bedeutung sein. Es wird der folgende Beschluß gefaßt:

„Zur Diskussion über den Antrag der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten, durch Änderung des Artikels 15 des Grundgesetzes ein Sozialisierungsverbot zu erreichen, stellt der Bundesvorstand der FDP fest:

1. Er erwartet von der Behandlung dieses Antrages eine Klärung der wirtschaftspolitischen Grundhaltung der CDU/CSU.
2. Dieser Antrag kann im gegenwärtigen Bundestag verabschiedet werden, wenn die CDU/CSU ihn nicht zu verschleppen versucht.[9]
3. Der Bundesrat kann sich erst nach Verabschiedung durch den Bundestag mit dem Antrag befassen. Die politische Zusammensetzung der Landesregierungen läßt schon jetzt eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat als gegeben erscheinen."[10]

Dr. LEVERENZ stellt die Frage, ob es zweckmäßig sei, auch in den Ländern Anträge einzubringen, durch die Sozialisierungsartikel in den Landesverfassungen gestrichen werden. Auf Bedenken von WEYER, der darauf hinweist, daß in Nordrhein-Westfalen die SPD mehr als ein Drittel der Stimmen besitze, wird der Gedanke fallengelassen.

[HEILBRONNER BESCHLÜSSE DES LSD]

WEYER führt Beschwerde über Beschlüsse des LSD auf der Heilbronner Tagung, besonders bezüglich der DPS.[11]

---

8 Nach diesem Antrag sollte Art. 15 GG folgenden Wortlaut erhalten: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel dürfen nicht zum Zwecke der Vergesellschaftung enteignet werden." BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 52, Drucks. Nr. 3525.

9 *Atzenroth* brachte den Antrag am 31. 5. 1957 in erster Lesung im Bundestag ein und beantragte die Überweisung des Antrages an einen eigens für die Behandlung dieses Antrages zu schaffenden „Ausschusses für Artikel 15 des Grundgesetzes". Auf Einspruch des SPD-Abgeordneten *Deist* zog *Atzenroth* den Überweisungsantrag zurück. Anschließend wurde die Debatte vertagt. BT STEN. BER., Bd. 37, S. 12614 B–12615 B. Der Antrag der FDP ist bis zum Ende der Legislaturperiode im Bundestag nicht mehr behandelt worden. Vgl. AdG 1957, S. 6535 F.

10 Veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 39 vom 28. 5. 1957.

11 Das Beschlußprotokoll der 9. Delegiertenversammlung des LSD war bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle am 8. 5. 1957 eingegangen. Bezüglich der DPS hatte der LSD Kritik an der Aufnahme ihrer drei Bundestagsabgeordneten als Hospitanten in die FDP-Fraktion geübt und „einen Abbruch der Beziehungen zur DPS" angeregt. Dieser Beschluß war allerdings „mit Rücksicht auf den Bundestagswahlkampf vorläufig nicht veröffentlicht", sondern lediglich dem FDP-Bundesvorstand zugeleitet worden. ADL, Ordner-Nr. 3155.

STEPHAN teilt mit, daß für die DPS *Schwertner* und für den LSD der neue Vorsitzende *Menke* zur nächsten Vorstandssitzung in Hamburg eingeladen sind, um die Sache endgültig zu klären.[12]

Es wird festgestellt, daß keine finanziellen Zwangsmaßnahmen gegen den LSD eingeleitet werden sollen. *Reichardt* und *Flach* sollen als Verbindungsleute zum LSD dafür sorgen, daß Polemiken, die sich störend für den Wahlkampf auswirken, unterbleiben.

[WAHLKAMPFPROBLEME]

Frau Dr. ILK und LETZ berichten über die Situation in Bayern, wo die Bayernpartei voraussichtlich von der SPD Direktmandate in Wahlkreisen erhalten wird. Sie teilen mit, daß die FDP nirgends zugunsten der Bayernpartei auf Kandidaturen verzichten wird.[13]

DÖRING weist darauf hin, daß in Westfalen das Zentrum eine Direktkandidatur mit Unterstützung der SPD zum Siege zu führen versucht, so daß die Föderalistische Union (Bayernpartei und Zentrum) dann mit drei Mandaten die 5 %-Klausel überspringen werde.[14]

HEDERGOTT berichtet über Verhandlungen der CDU mit DP und BHE betr. Wahlabsprachen in Niedersachsen.[15]

Der Vorstand hält es für notwendig, Schwerpunkte in solchen Wahlkreisen zu bilden, wo der BHE bzw. die Deutsche Partei aufgrund von Wahlabmachungen mit der CDU die Direktkandidatur innehaben. Die Bundesparteileitung wird eine große Veranstaltung in Hannover einberufen, in der der Kampf gegen die DP/FVP mit Nachdruck aufgenommen wird.[16]

HEDERGOTT gibt Kenntnis von Gesprächen, die mit einer Gruppe der DRP in Niedersachsen stattfinden.

DÖRING rät Vorsicht bei solchen Gesprächen an, da es in der DRP von Spitzeln wimmele.

STEPHAN erinnert an die Pflicht der Landesverbände Hamburg und Bremen, in den Regierungsbezirken Stade und Lüneburg dem Landesverband Niedersachsen zu Hilfe zu kommen, der in diesen weiten Räumen sich sonst gegen DP und BHE nicht durchsetzen könne. Entsprechende Zusicherungen werden gegeben.

Der Vorstand weist alle Landesverbände auf die Notwendigkeit hin, alle Landeslisten miteinander zu verbinden.

---

12 Siehe Nr. 39, TOP 2 „Heilbronner Beschlüsse des LSD".
13 Siehe dagegen Nr. 35, Anm. 9.
14 Hinweis hierauf in: I. UNGER, 1979, S. 199.
15 Hinweis hierauf in: H. MEYN, 1965, S. 57.
16 Diese Veranstaltung wurde von der Bundeswahlkampfleitung am 26. 6. 1957 für den 14. 8. 1957 angesetzt. Vermerk *Stephans*, ADL, Ordner-Nr. 1302.

39.

4. 6. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Rademacher. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 4. Juni 1957 in Hamburg, Curio-Haus." Vorsitz: Rademacher. 17.00 Uhr–20.30 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Borttscheller, Bucher, Daub, Döring, Engelhard, Haußmann, Hedergott, Hoppe, Kohut, von Kühlmann, Letz, Leuze, Leverenz, Luchtenberg, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, [Menke, zeitweise], Mischnick, Nowack, Rademacher, [Ramroth, zeitweise], Reichardt, Rubin, Scheel, Schwann, Schwertner, Weyer, Will.

TOP 1: VORBEREITUNG DES HAMBURGER KONGRESSES

Es wird beanstandet, daß im Programm des Kongresses[1] noch verschiedene Umänderungen erfolgt sind, die nicht mit den Frankfurter Beschlüssen übereinstimmen.[2]

DÖRING und STEPHAN legen die Gründe dar, die zu diesen Umänderungen geführt haben.

Frau Dr. LÜDERS bemängelt insbesondere, daß Veränderungen auch noch nach Drucklegung des Programms vorgenommen wurden.

An der Festnummer des „Freien Wortes"[3] wird Kritik geübt. Insbesondere wird sie als zu umfangreich bezeichnet und die Reihenfolge der Aufsätze bemängelt.

RADEMACHER beanstandet den Spiegel der Vorder- und der ersten Seiten, die nicht genügend im Zeichen des Kongresses stehen. Er schlägt als Leiter der Sitzung vor, die „Manöverkritik" nach dem Kongreß abzuhalten.

DÖRING gibt die Gedanken wieder, die er der Verkündung des Aktionsprogramms voranstellen will.

---

1 Der Hamburger Wahlkongreß begann am Morgen des 5. 6. 1957 mit Eröffnungs- und Begrüßungsansprachen. Anschließend verkündete *Döring* das Aktionsprogramm (Anm. 4), und *Schwertner* und *Mischnick* sprachen über das Saar- bzw. Deutschlandproblem. Der Nachmittag war wirtschaftspolitischen *(Weyer, Schroeder, Lenz, Waess, Borttscheller, Rademacher)* und agrarpolitischen *(Glahn, Mauk, Köhler)* Referaten vorbehalten. Am 6. 6. standen das Thema Sicherheit im Atomzeitalter *(Mende, Lüders, Drechsel, Brücher, Luchtenberg)* und Wiedervereinigungsfragen *(Leverenz, Stammberger, Hoppe)* auf der Tagesordnung. Diesen Abschnitt beschloß *Maier* mit einer Rede, die unter der Überschrift stand: „Nach Niederlage und Teilung – Kampf um die deutsche Nation." Hierauf folgte eine Pressekonferenz. Der Wahlkongreß wurde am Abend mit einer Großkundgebung abgeschlossen, auf der *Mende, Schneider, Döring* und *Lüders* als Redner auftraten. ADL, A 1-125/127.

2 Zu den Frankfurter Beschlüssen Nr. 38 mit Anm. 1. Bei den monierten Umänderungen handelte es sich um zeitliche Umdispositionen. Rundschreiben *Stephans* vom 29. 5. 1957, ADL, A 1-122.

3 „Das freie Wort", 6. Jg., Nr. 23 vom 5. 6. 1957, 48 Seiten Umfang.

Mehrere Vorstandsmitglieder geben der Befürchtung Ausdruck, daß anwesende Ehrengäste, die anderen Parteien angehören, Anstoß an zu scharf formulierten Polemiken nehmen könnten. Nach längerer Aussprache wird vereinbart, daß *Döring* seine Erläuterungen der Verkündung des Aktionsprogramms folgen läßt. Er sagt ferner einige Abschwächungen zu.[4]

TOP 2: HEILBRONNER BESCHLÜSSE DES LSD[5]

Es sind besonders geladen Herr *Menke* als neuer Vorsitzender des LSD und der Geschäftsführer des LSD, *Ramroth*. Von der DPS ist *Schwertner* anwesend. Nach längerer Aussprache sagt *Schwertner* ein direktes Gespräch von führenden Persönlichkeiten der DPS mit dem neuen Vorsitzenden des LSD zu.

Reichardt übernimmt es, in einem Gespräch mit Dr. *Schneider* die Lage des Vorsitzenden der Saarbrücker LSD-Gruppe, *Gräser,* zu klären, der in der „Deutschen Saar" heftig angegriffen worden war.[6]

SCHWERTNER ergänzt von sich aus, daß innerhalb von 14 Tagen in Saarbrücken ein Gespräch mit *Gräser* stattfinden soll.

TOP 3: VERSCHIEDENES

1. DAUB äußert Bedenken, daß, nachdem im Lande Baden-Württemberg die Landesliste der FDP rechtsgültig durch einen Landesparteitag aufgestellt worden war[7], der Bezirksvorstand von Baden über die Zweckmäßigkeit einer Kandidatur des Herrn *Spitzmüller* an neunter Stelle verhandelt hat.

Dr. MENDE warnt vor einem Eingreifen des Bundesvorstandes in Fragen der Kandidatenaufstellungen, die Sache der Länder sei, aber auch vor einem Verhalten, das zum Wahlprotest in Baden-Württemberg führen könne.

Dr. HAUSSMANN bittet, dem Landesvorstand Baden-Württemberg seine Zuständigkeit zu belassen; er werde sich in nächster Zeit mit der Angelegenheit befassen.

Dr. LEUZE betont, daß es sich nur darum handeln könne, Herrn *Spitzmüller* die Frage zu stellen, ob er seine Kandidatur aufrechterhalten will; *Spitzmüller,*

---

4 *Dörings* Rede in: ADL, A 1-125. Nach der Verkündung des Aktionsprogramms setzte sich *Döring* mit der CDU und der DP auseinander. Den Parteitag der CDU von 1957 nannte er dabei „einen Parteitag der politischen Ratlosigkeit und einen Parteitag der Plagiate", und die DP bezeichnete er als „willfährige Koalitionsopportunisten". Abschließend beschwor er den Kampfgeist der FDP und stellte fest: „Wir werden am 15. September die absolute Mehrheit dieser Christlich-Demokratischen Staatspartei samt ihrer Satelliten brechen, und wir werden [so] stark sein, um zu verhindern, daß sie von einer Alleinherrschaft sozialistischer Funktionäre abgelöst wird." Das Hamburger Aktionsprogramm enthielt folgende Forderungen: 1. Schafft endlich Deutschlands Einheit. Erst Deutschland – dann Europa. 2. Bewahrt uns vor Atomgefahr. 3. Sorgt für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. 4. Rettet die D-Mark – Sichert die Kaufkraft. 5. Schafft ein gesundes Bauerntum. 6. Verhindert die Allmacht des Staates. 7. Nie wieder Einparteien-Herrschaft.

5 Siehe Nr. 38 mit Anm. 11 und 12.

6 Nicht ermittelt.

7 2. ordentlicher Landesparteitag der DVP in Donaueschingen am 16. 5. 1957.

und nur dieser, könne entscheiden, und er müsse dies in völlig freier Verantwortung tun.[8]

RADEMACHER richtet als Vorsitzender an die Beteiligten die dringende Warnung, nichts zu tun, was der Wahlordnung widerspricht und damit das gesamte Bundeswahlergebnis der FDP in Gefahr bringen könne.

2. RUBIN macht darauf aufmerksam, daß die Unterbringung in den Hamburger Hotels besonders teuer ist. Muß den Vorstandsmitgliedern nicht ein besonderer Auslagenersatz gewährt werden? Es wird beschlossen, daß jedes Vorstandsmitglied einen Spesensatz von DM 35 für einen Tag zusätzlich in Anspruch nehmen kann.

In Zukunft sollen bei Tagungen auch an die Vorstandsmitglieder Karten versandt werden, in denen sie ihren Wunsch nach Unterbringung in Hotels bestimmter Preisklasse vermerken können.

3. Dr. HAUSSMANN bittet, den Vorstand über das Gespräch zu unterrichten, das am 31. Mai in Köln mit Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie stattgefunden hat.

RADEMACHER schlägt demgegenüber vor, hierüber in der nächsten Vorstandssitzung zu berichten.[9]

VON KÜHLMANN bittet, diese Frage, an der Hessen ganz besonders interessiert sei, sehr bald im Vorstand zu besprechen.

RUBIN macht einige kurze Mitteilungen zum Thema, weist im übrigen darauf hin, daß die Reihen schon stark gelichtet sind, weil mehrere Vorstandsmitglieder die Theatereinladung des Hamburger Senats angenommen haben.

40.

27. 6. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 27. Juni 1957 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz: Maier. 9.30 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Arndt, Atzenroth, Becker, Borttscheller, Daub, Döring, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Koch, Köhler, Kohut, von Kühlmann, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Rademacher, Reichardt, Rubin, Schwann, Schwertner, Will.

8 Fortgang Nr. 42, TOP 2 „Organisatorische Fragen ", Punkt d.
9 Siehe Nr. 40, TOP 1 „Besprechung mit den Fördergesellschaften".

TOP 1: BESPRECHUNGEN MIT DEN FÖRDERGESELLSCHAFTEN

RUBIN berichtet über seine Gespräche mit den Fördergesellschaften und über die Besprechungen mit Herrn *Berg* und führenden Wirtschaftlern in Köln am 31. Mai des Jahres.[1] Er teilt mit, daß ein weiteres Gespräch Mitte Juli unter führender Mitwirkung Dr. Reinhold *Maiers* stattfinden soll.[2] In einer längeren Aussprache wird u. a. die Behauptung behandelt, daß Persönlichkeiten der Fördergesellschaften Informationen aus Vorstandssitzungen bekommen und daß Vorstandsmitglieder gebeten haben, lieber ihnen für bestimmte Landesverbände als dem Bundesschatzmeister Geld zu übermitteln. Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß diese Behauptung schon früher in einer Vorstandssitzung behandelt worden ist und daß damals der Wunsch nach Aufklärung in kleinem Kreise laut wurde[3]; diesen Wunsch habe er bisher nicht erfüllen können. RUBIN erklärt, daß er bei etwa neuen Interventionen aus dem Parteikreis den Vorstand detailliert unterrichten wird und gegebenenfalls ein Verfahren wegen parteischädigenden Verhaltens zu beantragen entschlossen ist. Dr. KOHUT und DÖRING weisen darauf hin, daß Außenstehende offensichtlich die Absicht haben, Mißtrauen in den Reihen der FDP zu säen. Dr. Reinhold MAIER stellt abschließend fest, daß dieses Thema heute nicht zu behandeln ist. Auf die Frage SCHWERTNERS, ob auch die Saar an den von den Fördergesellschaften überwiesenen Geldern partipizieren soll, antwortet RUBIN, daß derartige Institutionen an der Saar noch nicht vorhanden sind und dort die direkten Leitungen zu Wirtschaftlern aufrechterhalten blieben. Einzelforderungen, z. B. von Schleswig-Holstein, sollen vom Schatzmeister einzeln mit den Landesverbandsvertretern besprochen werden.

Zu TOP 4: UNSERE STELLUNG ZUR LIBERALEN WELTUNION

berichtet Dr. MENDE über eine Sitzung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion in Rom[4], an der er teilnahm, weil die FDP-Mitglieder dieses Gremiums nicht nach Rom kommen konnten und er aus anderem Anlaß zufällig dort weilte. Die negative Haltung des Schweizer Vertreters *Bretscher* fiel in

1 Über den Verlauf dieser Besprechung liegt ein Gedächtnisprotokoll *Stephans* vor. ADL, Ordner-Nr. 3175. Als Ergebnis der mehr als vierstündigen Aussprache hielt *Rubin* fest, „daß der FDP keinerlei politische Bedingungen gestellt würden oder werden". Allerdings sagten die FDP-Vertreter zu, „daß unmittelbar nach den Bundestagswahlen eine neue Besprechung zwischen führenden Persönlichkeiten der FDP und der Fördergesellschaften" stattfinden solle. Da *Berg* an der Haltung *Maiers* Kritik übte, wurde eine baldige Besprechung (Mitte Juli 1957) unter Beteiligung *Maiers* ins Auge gefaßt. Außerdem ließ *Berg* verlauten, daß es nach seiner Auffassung „Aufgabe der FDP sei, den linken Flügel der CDU zu neutralisieren. Deshalb wird auf evtl. Mitwirkung der FDP in der Bundesregierung so großer Wert gelegt." Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 457.

2 Siehe Nr. 42, Anm. 7.

3 Siehe Nr. 34 mit Anm. 2.

4 Tagung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion in Rom am 14. und 15. 6. 1957. Thema der Beratungen war u. a. die politische Situation in der Bundesrepublik „unter besonderer Berücksichtigung der Parteiverhältnisse auf liberaler Seite". In diesem Zusammenhang wurde „die zunehmende politische Aufspaltung der Liberalen" bedauert. Nach Mitteilung Nr. 5 der Deutschen Gruppe der Liberalen Weltunion vom 25. 7. 1957, ADL, N 14-48 (NL Erika Fischer).

Rom besonders auf; dieser vertrat dort den Standpunkt, daß kein Europa möglich sei, wenn Deutschland wiedervereinigt werde. *Bretscher* und sein Vertreter propagierten in der Liberalen Weltunion eine potenzierte *Adenauer*politik.

In einer längeren Aussprache, bei der auch ein von *Engelhard* verteiltes Rundschreiben zur Frage der Liberalen Weltunion[5] zur Diskussion gestellt wird, wird die Möglichkeit eines Austritts der FDP aus der Liberalen Weltunion allgemein verneint.

RADEMACHER als der zuständige Verbindungsmann zur Liberalen Weltunion empfiehlt:

1. vor der Oxforder Tagung der Liberalen Weltunion Ende August des Jahres[6] in der Versammlung der Deutschen Gruppe eine Änderung des Vorstandes durchzusetzen; es müsse erreicht werden, daß diese Versammlung spätestens Mitte August stattfindet;
2. Einzelmitgliedschaften von FDP-Mitgliedern bei der Deutschen Gruppe zu forcieren;
3. die Forderung nach Wahl eines wirklichen FDP-Mannes in das Präsidium der Liberalen Weltunion aufzustellen;
4. nach der Bundestagswahl sollen führende Leute der Liberalen Weltunion nach Bonn eingeladen werden, damit sie engeren Kontakt mit der FDP bekommen;
5. an das Büro der Liberalen Weltunion soll unter Bezugnahme auf einen Artikel, der in der „Neuen Zürcher Zeitung" über die Sitzung in Rom erschien[7], ein Brief geschrieben werden, in dem die Irrtümer über die Lage der FDP richtiggestellt werden.[8]

Der Vorstand beschließt, daß kein Gegenartikel gegen die unzutreffende Darstellung der „Neuen Zürcher Zeitung" über die Verhältnisse in der FDP durch die fdk veröffentlicht werden soll, und erklärt sich im übrigen mit *Rademachers* Vorschlägen einverstanden. Zur Tagung in Oxford soll eine Delegation

---

5 *Engelhard* an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 11. 6. 1957, Anlage zum Protokoll. Darin Hinweise auf das recht abgekühlte Verhältnis zwischen Liberaler Weltunion und FDP, für das *Engelhard* auch den Bundesvorstand der FDP verantwortlich machte.

6 Text der dort verabschiedeten Resolution abgedruckt in: AdG 1957, S. 6619 C.

7 Der Artikel war auf der ersten Seite der Abendausgabe (Nr. 1841) der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG am 24. 6. 1957 unter dem Titel „Zehn Jahre Liberale Weltunion" erschienen. Darin hieß es zu dem hier angesprochenen Zusammenhang: „Präsident *Motz* verschwieg die ernste Besorgnis nicht, mit der alle Liberalen die zunehmende parteipolitische Aufspaltung der Liberalen in diesen wichtigen beiden Ländern Europas [Bundesrepublik und Frankreich] beobachteten. Dr. *Mende* von der Freien Demokratischen Partei erläuterte und rechtfertigte die Haltung der FDP hauptsächlich mit den Notwendigkeiten des bevorstehenden Wahlkampfes und suchte die auch im Schoße der Liberalen Weltunion deutlich angemeldeten Bedenken wegen des in Hamburg angekündigten außenpolitischen Kurses seiner Partei zu zerstreuen."

8 Brief nicht ermittelt. Aus einem Schreiben der Chefredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung" (W. *Bretscher*) an *Maier* vom 16. 7. 1957 ergibt sich jedoch, daß dieser am 8. 7. 1957 einen entsprechenden Brief mit „beiliegenden Publikationen der FDP" abgesandt hatte. ADL, Ordner-Nr. 137.

entsandt werden. Das Verhältnis zur Freiheitlichen Partei Österreichs soll auf Antrag Dr. *Beckers* erst nach den Wahlen behandelt werden.[9]

Die TOP 2 und 5: DAS ERGEBNIS DES HAMBURGER KONGRESSES UND WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

werden verbunden. DÖRING weist auf die außerordentlich gute Berichterstattung hin, die Presse und Rundfunk dem Hamburger Kongreß[10] haben zuteil werden lassen. CDU und SPD haben mit ihren Parteitagen[11] publizistisch nicht annähernd so gut abgeschnitten. Wenn man bedenkt, wie geringe Mittel uns für Insertionszwecke zur Verfügung stehen, so liegt die Frage nahe, ob man nicht noch eine Großveranstaltung kurz vor den Wahlen durchführen kann, die uns ein Presseecho größeren Umfanges bringt. Er schlägt vor, am 5. September in Godesberg eine Tagung abzuhalten, zu der neben Parteimitgliedern die Presse geladen wird.

In einer längeren Aussprache werden verschiedene Themen genannt, die bei dieser Veranstaltung behandelt werden könnten. So schlägt SCHWANN vor, die Verstöße gegen den Rechtsstaat, die von der CDU-Regierung begangen worden sind, besonders herauszustellen, und erinnert an die gerade erfolgte Amnestierung des Staatssekretärs *Sonnemann*.[12]

Dr. HAAS hebt die Hereinziehung der kirchlichen Stellen in den Wahlkampf der CDU/CSU hervor. Frau Dr. LÜDERS regt an, einen Offenen Brief an Dr. *Adenauer* wegen seiner Bamberger Rede[13] zu schreiben. SCHWANN schlägt unter allgemeinem Beifall vor, daß Frau Dr. *Lüders* diesen Brief selbst abfaßt und unterzeichnet.[14] Auf Vorschlag von Dr. Reinhold *Maier* wird beschlossen, daß zum 5. September eine Schlußkundgebung eines möglichst großen Gremiums (Hauptausschuß?) einberufen wird. Als Orte werden noch Köln und Frankfurt vorgeschlagen. Redner, Themenwahl, Ort und Stunde der Veranstaltung bleiben noch offen. Den Landesverbänden soll die Anweisung gegeben wer-

9 Hierauf in den folgenden Protokollen kein Hinweis enthalten.

10 Siehe Nr. 39, Anm. 1.

11 Bundesparteitag der CDU vom 12.–15. 5. 1957 in Hamburg (AdG 1957, S. 6451 E) und der Wahlkongreß der SPD vom 14.–16. 6. 1957 in Dortmund (Ebd., S. 6499 A).

12 Staatssekretär *Sonnemann* war im Januar 1954 vom Bonner Schöffengericht wegen Beleidigung des Außenhandelskaufmanns Joachim *Herslet* zur Zahlung von 1 500 DM bzw. zu 5 Monaten Haft verurteilt worden. Die Berufungskammer des Landgerichts Bonn hatte das Verfahren am 15. 6. 1957 aufgrund des Straffreiheitsgesetzes von 1954 eingestellt. Die Amnestierung aufgrund dieses Gesetzes war deshalb möglich, weil das Gericht im nachhinein die Ersatzfreiheitsstrafe auf 30 Tage herabgesetzt hatte und damit die Voraussetzung für die Anwendung des Amnestiegesetzes erfüllt war. Artikel „Staatssekretär Sonnemann überraschend amnestiert", in: NEUE RHEIN-ZEITUNG vom 20. 6. 1957.

13 Rede *Adenauers* am 2. 6. 1957 vor 30 000 Zuhörern auf dem Bamberger Domplatz zum Abschluß einer „Staatspolitischen Tagung der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands". Darin das Bekenntnis zu einer christlichen Politik. In der bevorstehenden Bundestagswahl ging es nach *Adenauer* vor allem darum, „ob dieses Deutschland, ob Europa christlich bleibt oder ob es kommunistisch wird". Artikel „Adenauer eröffnet in Bamberg den Wahlkampf", in: MÜNCHNER MERKUR vom 3. 6. 1957. Redetext in: Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf, 02.15.

14 Zum Fortgang siehe Nr. 41, TOP „Kirche und Christentum im Wahlkampf".

den, den 5. September auszusparen, doch soll das Überraschungsmoment gewahrt werden.[15]

Im Rahmen des Berichtes über die Wahlkampfsituation berichtet DÖRING weiter über den Strafantrag, den der BHE gegen Dr. *Ungeheuer* gestellt hat.[16] Der BHE bestreitet, daß er Auflagen für den Empfang von Wahlgeldern bekommen hat. Jedoch wird sich aus den Wahlabreden des BHE mit CDU und DP[17] ergeben, daß unsere Behauptung richtig war. Auch Dr. Reinhold MAIER unterstreicht, daß bei den gestrigen Vorgängen im baden-württembergischen Parlament das Einreihen des BHE in die CDU-Front sich herausgestellt habe.[18] GRAAFF bestätigt dies auch für Niedersachsen, wo zwar die CDU das Wahlbündnis mit dem BHE nicht wolle, *von Kessel* aber ausdrücklich erklärt habe, daß ein Gespräch seinerseits mit dem Bundeskanzler genüge, um die CDU in die richtige Linie zu bringen.

DÖRING berichtet weiter über den Beschluß der Bundeswahlkampfleitung, Schwerpunktwahlkreise in Niedersachsen und Hessen zu schaffen, in denen der Kampf gegen DP und BHE mit dem Ziel, diese an der Gewinnung der erforderlichen drei Direktmandate zu hindern, aufgenommen werden soll. Drei Großveranstaltungen gegen die DP sollen in Hannover, Bremerhaven und in Schleswig-Holstein (Husum?) stattfinden. Es soll eine „Anklageliste" gegen führende DP-Männer geschaffen werden.

Dr. BORTTSCHELLER äußert sich erfreut darüber, daß die von ihm propagierte Idee der Schwerpunktwahlkreise in Niedersachsen inzwischen realisiert worden sei.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß der Vorstand mit den Ausführungen *Dörings* einverstanden ist.

GRAAFF fragt, wann der Wahlfilm dem Vorstand vorgeführt werden wird. DÖRING schlägt eine Sondersitzung mit der Tagesordnung „Wahlkampfvorbereitungen" vor. Es wird beschlossen, den Vorstand für Montag, den 8. Juli, 14.00 Uhr, zu einer neuen Sitzung nach Bonn einzuladen.

TOP 6: VERSCHIEDENES

a) Anfragen aus der Parteiorganisation, ob der „Kampfbund gegen Atomschäden" gefördert werden könne, sollen nicht positiv beantwortet werden. Dr. Reinhold MAIER stellt fest, man wisse nicht, wo diese Bewegung ende und ob

15 Zum Fortgang siehe Nr. 43, TOP 1 „Vorbereitung der Frankfurter Tagung vom 5. September".

16 Aufgrund des von *Ungeheuer* verfaßten Artikels „Käufliche Freiheit: Parteien fallen einer Einkaufsaktion zum Opfer", in: fdk, 8. Jg., Nr. 31 vom 30. 4. 1957, hatte der BHE beim Amtsgericht Bonn eine Klage gegen *Ungeheuer* eingereicht. *Ungeheuer* war am 31. 5. 1957 vom Gericht vernommen worden und hatte dabei bestritten, daß der Artikel den „Tatbestand der Verleumdung und üblen Nachrede" erfülle. Aktenvermerk *Ungeheuers* vom 31. 5. 1957, ADL, Ordner-Nr. 3175.

17 Siehe Nr. 37, Anm. 15.

18 Bezieht sich auf die Abstimmungen in der zweiten Lesung über das Ministergesetz, in denen CDU und BHE gemeinsam gegen SPD und DVP votierten. Artikel „Arbeitsministerium soll selbständig bleiben", in: STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 27. 6. 1957 (Titelseite).

nicht Anhänger verbotener Parteien dort Unterschlupf finden würden. Wir sollten für uns selbst und nicht für einen neutralen Bund kämpfen.

b) DÖRING fragt an, ob, nachdem die Sowjetzonen-LDP zahlreiche Journalisten, auch solche, die in der FDP-Bundesparteileitung tätig sind, zu ihrem Weimarer Parteitag[19] eingeladen habe, zwei bis drei Pressevertreter entsandt werden könnten. Im übrigen müsse aus politischen Gründen die Teilnahme an diesem Parteitag zweifellos untersagt werden. Frau Dr. LÜDERS bringt zum Ausdruck, daß unter keinen Umständen irgendein Angestellter der FDP-Geschäftsstellen in Weimar teilnehmen könne. RADEMACHER stellt fest, daß wohl ein Beobachter mit einem Bericht beauftragt, aber keinesfalls ein Parteimitglied entsandt werden könne. ARNDT (Worms) schlägt einen geeigneten Journalisten vor. In diesem Sinne wird beschlossen.

c) Der Bundesvorstand beschließt, einen Aufruf zur Unterbringung von Berliner Kindern in Ferienplätzen Westdeutschlands zu erlassen. Frau Dr. *Tangemann* soll den Aufruf formulieren.[20]

d) Die Gewerkschaftsfrage und die Listenverbindung sollen bei einer späteren Sitzung behandelt werden.

41.

8. 7. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 8. Juli 1957 in Bonn, Bundesparteileitung, Bonner Talweg 57." 15.00 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Arndt, Becker, Daub, Döring, Finzel, [Flach], Harms, Haußmann, Kohut, von Kühlmann, Leuze, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Reichardt, [Rinné], Rubin, Schwarz, [Stender, Ungeheuer].

Vor Eintritt in die Tagesordnung verteilt *Stephan* eine Übersicht über den bisherigen Stand der Kandidatenaufstellungen in den Ländern. Nur in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen ist die Landesliste noch nicht aufgestellt worden.

WAHLFILM

Nachdem der FDP-Wahlfilm „So leben wir" um 14.00 Uhr den Vorstandsmitgliedern in einem Bonner Filmtheater vorgeführt worden war, erläutert jetzt

19 Der 7. Parteitag der LDP wurde am 6. 7. 1957 in Weimar eröffnet.

20 Die fdk, 8. Jg., Nr. 48 vom 9. 7. 1957, veröffentlichte Aufrufe von Marie-Elisabeth *Lüders* und Max *Becker*, die um Unterstützung der Bemühungen des Hilfswerkes Berlin um die Aufnahme von Berliner Ferienkindern baten.

DÖRING die Motive, von denen sich die Verfasser des Drehbuches leiten ließen. Dr. MENDE nennt Regie und Filmtechnik ein „kleines Meisterstück".[1] Er regt einige Änderungen an. RUBIN stellt fest, daß durchgreifende Änderungen nicht möglich seien. Eine kleine Änderung sei freilich im Zusammenhang mit der „Weimarer Begegnung"[2] erforderlich. Sie wird vorgenommen.

Nach kurzer Aussprache erteilt der Vorstand seine Zustimmung zur Konzeption und Ausführung des Filmes.

POLITISCHE AUSSPRACHE

Dr. Reinhold MAIER leitet eine politische Aussprache mit der Frage ein, ob der Vorstand noch mit der in Berlin festgelegten Grundlage unserer Politik[3] einverstanden sei. Er habe gehört, daß in der Bundestagsfraktion am Schluß der Session erregte Diskussionen, vor allem im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einer EMNID-Umfrage stattgefunden hätten. Dies wird von Dr. BECKER bestritten, der im übrigen der Auffassung Ausdruck gibt, daß die CDU in ihrer Zurückhaltung gegenüber der FDP nicht verbleiben, sondern die FDP im weiteren Verlauf des Wahlkampfes massiv angreifen wird. VON KÜHLMANN stellt die Frage, ob man sich nicht, wie es Dr. Reinhold *Maier* in einer Besprechung mit Bonner Vertretern der Auslandspresse[4] getan habe, von der SPD distanzieren könne, ohne deshalb eine Erklärung zugunsten einer CDU-Koalition abzugeben. Dr. Reinhold MAIER bittet zu beachten, daß es fehlerhaft ist, Dr. *Adenauer* persönlich anzugreifen; dies habe nichts mit der Frage der künftigen Koalition zu tun. Dr. LEUZE bittet, unsere Kandidaten und Redner noch einmal aufzufordern, unseren Standpunkt in der Koalitionsfrage scharf zu vertreten und das Gleichgewicht zwischen CDU und SPD zu halten. DÖRING weist darauf hin, daß auch die Bundeswahlkampfleitung die Erfolgsmöglichkeit von Angriffen auf *Adenauer* negativ beurteilt habe. Andererseits werbe die CDU hauptsächlich mit der Persönlichkeit des Kanzlers. Daraus ergäbe sich immer wieder die Erwägung, wie man sie daran hindern könne, mit dieser Methode Erfolg zu erzielen.

Dr. Reinhold MAIER faßt zusammen: Diese Aussprache war nötig. Es müsse die Unsitte abgestellt werden, daß Beschlüsse, die die höchsten Gremien der Partei gefaßt haben, nicht beachtet werden.

---

1 Vgl. dagegen das negative Urteil *Mendes* in seinen Erinnerungen: „glatter Fehlschlag", „langweiliger Filmstreifen". E. MENDE, 1984, S. 525.

2 Siehe Nr. 28, TOP 1 „Bericht über die Ost-West-Kontakte".

3 Siehe Nr. 33 mit Anm. 15 und 17.

4 Diese Besprechung hatte Ende Juni 1957 stattgefunden. *Maier* hatte sich dabei skeptisch über die Möglichkeit einer Koalition zwischen SPD und FDP geäußert, da es „äußerst schwer" sei, „die wirtschafts- und sozialpolitischen Auffassungen der SPD mit denen der FDP zu vereinen". Gegen eine Koalition mit der CDU waren von *Maier* keine Argumente vorgebracht, eine Beteiligung der FDP an der Bundesregierung jedoch von einer „überparteilichen, gemeinsamen Außenpolitik abhängig gemacht worden". Artikel „Maier will kein Ministeramt, in: DIE WELT vom 29. 6. 1957.

AGRARPOLITIK

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß der Bundeswirtschaftsminister *Erhard* gestern in einer Rundfunkansprache im Südwestfunk die kleinbäuerlichen Betriebe als nicht mehr lebensfähig bezeichnete.[5] Er hält eine Antwort für unbedingt notwendig.

Dr. MENDE äußert wegen der Persönlichkeit *Erhards,* aber auch mit Rücksicht auf die Großstädte und die Industriegebiete gewisse Bedenken. VON KÜHLMANN möchte im Gegensatz zu Dr. *Mende Erhard* wegen seiner Vernachlässigung des Mittelstandes in allen seinen Zweigen nachdrücklich angreifen.

Es wird auf Anregung von Dr. Reinhold *Maier* beschlossen, eine Erklärung zu formulieren, die als Beschluß des Bundesvorstandes veröffentlicht werden soll. Diese Erklärung hat den folgenden Wortlaut: (siehe Anlage[6]).

Dr. *Keim* soll gebeten haben, einen polemischen Artikel für den „Agrarpolitischen Rundbrief" zu schreiben.[7]

[KIRCHE UND CHRISTENTUM IM WAHLKAMPF]

Nachdem Frau Dr. *Lüders* es abgelehnt hat, im Zusammenhang mit Dr. *Adenauers* Bamberger Rede einen Offenen Brief an Dr. *Adenauer* zu schreiben[8], stellt Dr. Reinhold MAIER die Frage, ob das Problem „Kirche und Christentum im Wahlkampf" zur Debatte gestellt werden soll. Diese Frage wird bejaht. HARMS (Bayern) gibt zu erwägen, ob die FDP-Antwort an die CDU wegen des Hereinziehens religiöser Fragen in den Wahlkampf nicht noch zurückgestellt werden solle, da noch mehr Exzesse in dieser Hinsicht zu erwarten seien. Dr. Reinhold MAIER berichtet über sein Gespräch mit dem Bischof *Kunst*[9], aus dem er entnommen habe, daß in evangelischen CDU-Kreisen keineswegs eine

---

5 *Erhard* hatte u. a. ausgeführt: „Sicherlich wird es immer bodenverbundene Landwirte geben, die sich auch dann nicht von ihrem Hof trennen wollen, wenn er ihnen auch nur ein Hungerdasein verspricht; das ist aber in jedem Fall eine freie individuelle Entscheidung." *Erhard* empfahl nachdrücklich, „daß Bauern und landwirtschaftliche Arbeitskräfte von unrentablen Höfen in die Stadt abwandern". fdk, 8. Jg., Nr. 48 vom 9. 7. 1957.

6 Die Erklärung begann mit den Sätzen: „Mit Entrüstung wies der Bundesvorstand der Freien Demokraten am Montag in Bonn die zynischen Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers gegen das bodenverbundene Bauerntum zurück. Der Bundesvorsitzende Dr. Reinhold *Maier* kennzeichnete *Erhards* Aufruf zur Landflucht als ‚Grabgesang für Hunderttausende von Bauern.'" Nach der Zitierung der Äußerungen *Erhards* stellte die Erklärung fest, daß „die Wurzel des Übels in der derzeitigen Agrarpolitik des Bonner Kabinetts" zu sehen sei. Ebd.

7 Der Artikel erschien unter der Überschrift „Das Menetekel der Agrarpreisentwicklung. CDU-Erhard unbelehrbar", in: AGRARPOLITISCHER RUNDBRIEF, Nr. 12 vom 13. 7. 1957. Er schloß mit dem Satz: „Die deutschen Bauern werden am 15. September 1957 entscheiden müssen, ob sie der Vernunft oder mit der CDU Herrn *Erhards* Aufforstungsparolen den Vorzug geben wollen."

8 Siehe Nr. 40 mit Anm. 13 und 14.

9 Dieses Gespräch fand am 29. 6. 1957 in der FDP-Parteizentrale im Bonner Talweg statt. *Stephan* an *Maier* vom 24. 6. 1957, ADL, Ordner-Nr. 3175. Die fdk, 8. Jg., Nr. 46 vom 2. 7. 1957, meldete hierüber: „Die beiden Gesprächspartner waren sich darüber einig, daß die Verbindung zwischen der Evangelischen Kirche und der FDP stärker als in den vergangenen Jahren gepflegt werden müsse. Die Unterredung verlief in einer Atmosphäre großer Aufgeschlossenheit."

Hochstimmung herrsche. Die Evangelische Kirche wünsche zweifellos in weiten Bezirken eine gute Zusammenarbeit mit der FDP. Dr. UNGEHEUER schlägt vor, scharf gegen die CDU zu polemisieren, aber gegen den Episkopat zurückhaltend zu sein. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, einen von Dr. *Scholder* vorgelegten Entwurf journalistisch zu verbessern und dann zu veröffentlichen.[10] Dieser soll an die Evangelischen Landeskirchen und an die Evangelische Kirche Deutschlands, aber auch an die katholischen Bischöfe gesandt werden.

[FINANZIELLE LAGE]

RUBIN berichtet über die finanzielle Lage und die von ihm eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen. Es stehe eine zweite Besprechung mit *Berg*[11] und führenden Herren vom Bundesverband der Deutschen Industrie bevor, die diesmal unter der Leitung von Dr. Reinhold *Maier* stehen werde.[12] Er hoffe, daß das finanzielle Thema dank seiner Vorbesprechungen nicht angesprochen werden müsse; notfalls sei aber eine deutliche Sprache im Hinblick auf die erwiesene unverhältnismäßig hohe Unterstützung an CDU und DP/FVP notwendig. *Rubin* weist ferner darauf hin, daß die Bundespartei zugunsten propagandistischer Maßnahmen, die den Landesverbänden zugute kämen, eine Million DM an Verpflichtungen bereits auf sich genommen habe. Sonderaufwendungen müßten für besonders schwierige Landesverbände gemacht werden: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern. Leider sei die Gesamtpartei geldlich behindert, da manche Landesverbände sich separierten und keine Gesamtverantwortung anerkannten. *Rubin* richtet in diesem Zusammenhang speziell an den Vorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg eine Frage und schlägt eine gemeinsame Aktion mit den Landesverbänden vor. Dr. HAUSSMANN bittet *Rubin*, an einer Wirtschaftsbesprechung in Stuttgart teilzunehmen. MÜLLER-LINK meint: Wenn Geld in Hamburg mobilisiert wird, dann muß es auch in Hamburg bleiben. VON KÜHLMANN glaubt, daß durch die vorgeschlagenen Briefe, die von Dr. Reinhold *Maier* an bestimmte Firmen gerichtet werden, Erfolge zu erzielen seien. Zu Wirtschaftsgesprächen seien jetzt nur noch wenig Möglichkeiten vorhanden, da die Ferienzeit dicht bevorstehe. Es wird beschlossen, den Bundesschatzmeister zu beauftragen, an eine größere Anzahl von Firmen im Bundesgebiet heranzutreten. Die Auswahl der Firmen soll im Benehmen mit den Landesverbänden vorgenommen werden.

WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

DÖRING berichtet über den Stand der Wahlkampfvorbereitungen hinsichtlich Plakatierung, Wahlfibel, allgemeiner Druckschriften und Individualansprache. Er weist besonders darauf hin, daß wir zu den bisher beabsichtigten Plakaten

---

10 fdk, 8. Jg., Nr. 52 vom 18. 7. 1957. Darin die Zurückweisung des angeblichen Anspruchs der CDU, „daß die Politik der Bundesregierung sich unmittelbar mit Gottes Plänen deckt". Die Evangelische und die Katholische Kirche wurden um eine faire Behandlung der FDP im Wahlkampf ersucht.

11 Zur ersten Besprechung siehe Nr. 40, TOP „Besprechung mit den Fördergesellschaften".

12 Dazu Nr. 42, TOP 1: „Politische Aussprache".

noch ein Plakat mit dem Kopf Dr. Reinhold *Maiers* brauchen, weil nicht nur die Köpfe *Adenauers* und *Ollenhauers* in den Straßen erscheinen dürften. Der Vorstand ist damit einverstanden.[13]

STEPHAN berichtet über eine Schriftenreihe, die 15 Hefte umfassen soll.[14] Er trägt vor, in welchen Schwerpunktwahlkreisen eine Unterstützung von seiten der Bundesparteileitung angebracht erscheine. Es gibt drei Typen von Schwerpunktwahlkreisen:

1. Die niedersächsischen Gebiete, in denen DP bzw. BHE an der Erlangung von Direktmandaten verhindert werden sollten (acht Wahlkreise, in denen die FDP durchweg nur schwach vertreten ist);
2. die vier hessischen Wahlkreise, in denen 1953 FDP-Kandidaten gewählt wurden, die heute der Deutschen Partei angehören, und in denen die FDP mit Nachdruck auftreten müßte, um ihren Vorrang gegenüber der DP zu behaupten;
3. Wahlkreise, in denen die FDP eine besonders starke Organisation besitzt, so daß sie ein Direktmandat bisher schon erreichte oder doch durch nachdrückliche Agitation weiter Boden gewinnen kann (insgesamt acht Wahlkreise in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen).

Der Vorstand billigt den Bericht und überläßt der Bundeswahlkampfleitung die Bestimmung derjenigen Wahlkreise, die zu Schwerpunktwahlkreisen erklärt werden sollen.

Für Hessen sollen Einzelheiten bei einer Zusammenkunft in Marburg am 11. Juli beschlossen werden, nachdem von mehreren Vorstandsmitgliedern angeregt wurde, den Wahlkreis Kassel und evtl. den Wahlkreis Wiesbaden in das Schwerpunktprogramm einzubeziehen.

RINNÉ berichtet über die Steigerung der Auflage des „Freien Wortes" von 6 000 Exemplaren im Frühjahr 1956 auf 120 000 Exemplare und über die Sonderausgaben des „Freien Wortes". Dr. UNGEHEUER schildert die verstärkte Pressearbeit, insbesondere die Länderausgabe, den Sonderartikelversand an die FDP-Zeitungen in den Ländern sowie über die Fremdsprachenausgabe der fdk. FLACH berichtet über die Zusammenarbeit mit Korrespondenzen und Materndiensten. STENDER gibt einen Überblick über den zentralen Rednereinsatz, für den 196 Versammlungen bisher zustande gebracht seien. Er appelliert an den Vorstand, die Landesminister an ihre Aufgaben gegenüber der Gesamtpartei zu erinnern. Auf Vorschlag von Dr. *Mende* wird beschlossen, die Landes-

---

13 Das Plakat mit dem Kopf Reinhold *Maiers* und dem Text „Auf ihn kommts an!" diente der FDP schließlich als Hauptwerbeträger im Wahlkampf.

14 Erschienen sind 13 Hefte: 1. Georg LETZ: Liberalismus heute. 2. Reinhold MAIER: Hamburger Rede. 3. Erich MENDE: Hamburger Rede. 4. Willy WEYER: Hamburger Rede. 5. Bernhard LEVERENZ: Hamburger Rede. 6. Fritz GLAHN: Hamburger Rede. 7. Hellmuth JAEKEL: Sozialpolitik I. 8. Hellmuth JAEKEL: Sozialpolitik II. 8. Hellmuth JAEKEL: Sozialpolitik III. 10. Hans-Joachim ARNDT: Wirtschaftspolitik. 11. Klaus SCHOLDER: Kulturpolitik. 12. Willy Max RADEMACHER: Verkehrspolitik. 13. Josef UNGEHEUER: Gebunden an Bonn? Zusammenstellung in: Das Jahr der Selbstbehauptung. Ein Bericht der Bundesparteileitung der FDP (1958).

minister zu Versammlungen außerhalb ihres eigenen Landes aufzufordern, da hiermit eine besondere Wirkung erzielt werden könne. Dr. Reinhold MAIER erklärt sich bereit, entsprechende Briefe zu unterschreiben. Er schlägt des weiteren vor, die für den 5. September in Aussicht genommene Schlußveranstaltung in Frankfurt/Main abzuhalten. MISCHNICK unterstützt dies unter Hinweis darauf, daß der 5. September der letzte Messetag ist und hier besondere Chancen geboten seien. Es wird entsprechend beschlossen.[15]

Auf Vorschlag von *Rinné* wird beschlossen, von den Sendezeiten für Bundesredner 50 % zur Verfügung zu stellen und 50 % für die Redner der Länder. Als Bundesredner für die Sendungen werden der Vorsitzende, seine Stellvertreter und Frau Dr. *Lüders* benannt.

[PERSONALIEN DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE]

Am Schluß der Sitzung befaßt sich der Vorstand, nachdem alle Nichtmitglieder den Sitzungssaal verlassen haben, mit den Vertragsverhältnissen von *Döring, Stephan* und Dr. *Gentner.* Der von *Rubin* vorgelegte Vorvertrag für *Döring* wird genehmigt mit der Maßgabe, daß als Endtermin für das Auslaufen des Vertrages, falls eine Einigung über einen neuen Vertrag nach den Bundestagswahlen nicht zustande kommen sollte, äußerstens der 30. Juni 1958 bestimmt wird. Das Vertragsverhältnis zu *Stephan* wird bis zum 31. März 1958 verlängert.

Der Vorstand gibt seine Zustimmung zum Abschluß eines Vertrages mit Dr. Hermann *Gentner,* dem persönlichen Referenten des Bundesparteivorsitzenden.

42.

3. 8. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 3. August 1957 in Bonn, Bundesparteileitung, Bonner Talweg 57." Vorsitz: Mende bzw. Kohut. 10.00 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth, Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Graaff, Harms, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, von Kühlmann, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Rubin, Schwertner, Sußmann.

Da der Vorsitzende der Bundespartei, Dr. Reinhold *Maier,* sich z. Zt. in der Schweiz befindet, leitet Dr. Erich *Mende* vormittags, Dr. Oswald *Kohut* nach-

15 Siehe Nr. 43, TOP 1 „Vorbereitung der Frankfurter Tagung vom 5. September".

mittags die Sitzung. Der Vorstand richtet zu Beginn einen Gruß an Dr. Reinhold *Maier*.[1]

Dr. MENDE schlägt vor, mit einer Besprechung der großen politischen Fragen zu beginnen und dann die organisatorischen und die Finanzfragen zu erledigen. Frau Dr. LÜDERS regt an, daß nur die Vorstandsmitglieder, der Bundeswahlkampfleiter und der Bundesgeschäftsführer bei der Besprechung dieser Fragen zugegen sein sollen. DAUB erhebt hiergegen Einspruch; RADEMACHER und NOWACK regen an, daß die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle wohl bei den politischen, nicht aber bei den internen Fragen anwesend sein sollen. So wird beschlossen.

TOP 1: [POLITISCHE AUSSPRACHE]

Dr. MENDE referiert dann über die Berliner Erklärung der Außenminister[2], über die Londoner Abrüstungskonferenz[3], über die Probleme der deutschen Aufrüstung in Verbindung mit den Mißständen im Beschaffungswesen.[4] Er geht dann ein auf den Kandidaturverzicht der Herren *Augstein* und *Schwann* auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen[5] und auf den am Vortage veröffentlichten Artikel *Sethes* in der „Welt".[6] Er bedauert, daß Nordrhein-Westfalen nicht vollständig vertreten ist und daß zahlreiche Landesvorsitzende fehlen.

DÖRING berichtet ergänzend über ein Gespräch mit *Sethe,* das er am gestrigen Tage hatte. Er habe bewirkt, daß *Sethe* nicht im gleichen Stile weitermache.

Nachdem die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle den Sitzungssaal verlassen haben, berichtet Dr. MENDE über Gespräche mit dem Bundespressechef *von Eckardt,* dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, *Mellies,* und über ein weiteres Gespräch mit führenden Herren des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, das am 16. Juli in Köln unter führender Beteiligung von Dr. Reinhold *Maier* stattgefunden hat.[7]

---

1 Nicht ermittelt.

2 Berliner Erklärung vom 29. 7. 1957, unterzeichnet vom Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, den Botschaftern Englands, Frankreichs und der USA in der Bundesrepublik; in 12 Punkten wird hierin der westliche Standpunkt zur Wiedervereinigung dargelegt. Text in: AdG 1957, S. 6572 A.

3 Der amerikanische Außenminister John Foster *Dulles* war am 29. 7. 1957 in London eingetroffen, um sich im Auftrag von Präsident *Eisenhower* in die Verhandlungen des Subkomitees der UN-Abrüstungskommission einzuschalten. Am 2. 8. 1957 unterbreitete er nach Absprache mit den westlichen Verbündeten einen Plan zur Boden- und Luftinspektion. AdG 1957, S. 6578 B.

4 Infolge dieser Mißstände sah sich Bundesverteidigungsminister *Strauß* gezwungen, Ende des Jahres ein neues Amt für Wehrtechnik und Beschaffung einzurichten. AdG 1957, S. 6749 C.

5 Der Verzicht *Augsteins* auf die Bundestagskandidatur auf der Landesliste von NRW erfolgte nach *Mende* aufgrund des Drucks seines Mitverlegers John *Jahr* und von Teilen der „Spiegel"-Redaktion. E. MENDE, 1984, S. 524. Zum Verzicht *Schwanns* siehe TOP 5 b.

6 „Ave Cäsar" von Paul SETHE, in: DIE WELT vom 2. 8. 1957, S. 1 f. Darin vor allem die Feststellung, daß die FDP-Führung (mit Ausnahme *Dörings)* vor *Adenauer* kapituliert habe und eine Koalitionsbildung mit seiner CDU erwäge.

7 Über den Verlauf dieser Unterredung, an der von FDP-Seite u. a. die Vorstandsmitglieder *Maier, Mende, Rademacher* und *Rubin* und auf Unternehmerseite u. a. Fritz *Berg, Merkle, Stein, Wolff von Amerongen* und *Rodenstock* beteiligt waren, informiert eine undatierte Aufzeichnung

RUBIN ergänzt: Die FDP ist keinerlei materiellem Druck in politischer Richtung ausgesetzt. Die einzige Konzession, die in den Besprechungen gemacht wurde, besteht darin, daß wir eine orientierende Fühlungnahme mit *Berg* und seinen Freunden nach dem 15. September vor der Bildung der neuen Bundesregierung zugesagt haben.

Dr. DEHLER stellt dazu fest, daß er diese Zusage bereits im Mai 1956 für die Parteiführung der FDP gegeben hat.

RADEMACHER beantragt, daß jetzt die allgemeine politische Debatte unterbrochen und die Frage erörtert wird, ob wir die „Würzburger Formel"[8] aufrechterhalten oder ob es etwa eine neue Lage gibt, die die Proklamierung des „nationalen Notstandes" und die Bildung einer alle Parteien umfassenden Regierung rechtfertigen würde. Er beantragt, *Döring* zu dieser Frage das Wort zu erteilen.

Es wird jedoch beschlossen, in der Rednerliste fortzufahren. In der Aussprache wird von fast allen Rednern die Proklamierung des „nationalen Notstandes" als nicht der Lage entsprechend abgelehnt. Nach der Mittagspause nehmen die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle an der Sitzung wieder teil.

KOHUT faßt die Debatte wie folgt zusammen: Es sind drei Vorschläge gemacht worden:

1. Vorschlag *Döring:* Erklärung des „nationalen Notstandes" und daraus resultierend die Aufforderung nach Zusammenfassung aller Parteien in der Bundesregierung;
2. Vorschlag *Rubin:* die FDP kann aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen auf Bundesebene nicht mit der SPD in eine Koalition gehen. Sie kann mit der CDU eine Koalitionsregierung bilden, aber nur ohne *Adenauer,* da mit diesem nach allen Erfahrungen eine echte Partnerschaft nicht möglich ist. Kann eine Regierung ohne *Adenauer* nicht gebildet werden, so wird sich die FDP nicht an einer Bundesregierung beteiligen;
3. Vorschlag des Landesverbandes Hessen, von Dr. *Kohut* vorgetragen: Es sollen Koalitionsbedingungen der FDP im einzelnen aufgestellt werden.

Es wird beschlossen, eine neue Vorstandssitzung auf den 19. August einzuberufen, damit erneut über die politische Lage gesprochen wird. Die Landesverbandsvorsitzenden sollen besonders gebeten werden, bei dieser Sitzung nicht zu fehlen. Mehrere Vorstandsmitglieder vertreten die Auffassung, daß eine Ablehnung *Adenauers* von unserer Seite die CDU noch fester hinter *Adenauer*

Hummels, die eine telefonische Mitteilung *Mendes* festhält: „Industrie nimmt zur Kenntnis, daß FDP nicht in der Lage ist, irgendwelche Bindungen über Koalitionsmöglichkeiten einzugehen. Entscheidung liegt am 15. September beim Wähler. Die FDP erklärt jedoch, daß sie keine Koalition eingehen wird, in der die Wirtschafts- und Sozialpolitik durch sozialistische Experimente irgendwo gefährdet werden könnte. Eine Zusammenarbeit zwischen SPD und FDP erscheint auf Bundesebene daher höchst unwahrscheinlich, wenn nicht klar ausgeschlossen. Entscheidend wäre bei Koalitionsverhandlungen das Regierungsprogramm, keineswegs die Personenfrage. Der Gesamtverlauf war positiv. Industrie durch Erklärung der FDP sehr befriedigt. Gespräch völlig vertraulich. Beide Parteien haben sich zu absolutem Stillschweigen verpflichtet." HStASt, Q 1/22, Bü 747 (NL Haußmann).

8 Siehe Nr. 27, Anm. 4.

einigen würde; damit werde die schwarz-rote Koalition begünstigt. REICHARDT verlangt einen Meinungstest über die Stellungnahme der einzelnen Vorstandsmitglieder zu der Frage, ob man auch bei einer Kanzlerschaft *Adenauers* in eine Regierung eintreten könne. Die 16 noch anwesenden Vorstandsmitglieder äußern sich nacheinander zu dieser Frage.

Zum Schluß der politischen Aussprache bittet DÖRING die Vorstandsmitglieder, sich die heute gemachten Vorschläge noch einmal zu durchdenken und auch mit ihren Landesvorständen zu besprechen. Es wird dann die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokraten wendet sich mit Schärfe gegen die Verfälschung des Wahlkampfes durch Untergangsparolen, aus denen ein Mann und eine Partei ihren Nutzen zum Schaden der Nation zu ziehen suchen. Es ist der Bundesregierung nicht gelungen, das deutsche Volk aus seiner zwölfjährigen Spaltung herauszuführen. Sie hat nicht einmal den Versuch gemacht, den Zwiespalt in den Schicksalsfragen wenigstens in der Bundesrepublik durch eine gemeinsame Außenpolitik zu überwinden. Herausfordernd erklärt die CDU, sie werde diesen verhängnisvollen Kurs auch in Zukunft unverändert fortsetzen.

Die Freien Demokraten halten es für unmöglich, eine Politik zu unterstützen, die uns der Wiedervereinigung nach weiteren vier Jahren nicht näher gebracht haben wird als heute und die sich der gleichen Methoden bedient, an denen die Bonner Koalition 1956 zerbrochen ist. Eine Partei, die Wert auf eine Zusammenarbeit mit der FDP legt, muß den Beweis erbringen, daß sie die Wiedervereinigung wirklich will.

Die Freien Demokraten sehen auch in der widerspruchsvollen und schwankenden Haltung der Sozialdemokraten keine tragbare Alternative zu der fehlerhaften Regierungspolitik. Die SPD hat nicht die Kraft aufgebracht, sich von ihrem bündnisfeindlichen Veto in der Vertragsfrage und von den überholten sozialistischen Forderungen freizumachen.

Es gibt nur einen Weg, der aus der Spaltung führt und vor dem Untergang rettet: Schluß mit der Politik des toten Punktes in der nationalen Existenzfrage und die Bereitschaft zu äußersten Anstrengungen im Verein mit allen verantwortungsbewußten Kräften unseres Volkes."[9]

TOP 2: [ORGANISATORISCHE FRAGEN]

In der Diskussion über die organisatorischen Fragen des Wahlkampfes werden die folgenden Punkte berührt:

a) Zu der Broschüre „Die Ehemaligen"[10] bemerkt Dr. KOHUT, daß der Versand durch die Bundesgeschäftsstelle mißbilligt werden müsse. Die Broschüre sei im übrigen, so fremd uns ihre Argumentation sei, für die Wahlen notwen-

9 Veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 56 vom 6. 8. 1957.

10 Die 32-seitige Broschüre sprach eine nachhaltige Wahlempfehlung für die FDP aus. Verantwortlich zeichnete ein Aktionsausschuß „Die Ehemaligen", der als seine Ziele angab: „1. Beseitigung des zweigeteilten Rechts in der gesamten Gesetzgebung der Bundesrepublik, unter

dig. Dieser Auffassung schließt sich auch Dr. MENDE an. HOPPE stellt nach längerer Aussprache fest, daß Einigkeit in der Bewertung der Schrift bestehe. Niemand identifiziere sich mit dem Inhalt.

Dr. MENDE faßt zusammen: Die Verantwortung trägt allein der Verfasser der Broschüre. Die FDP ist an der Abfassung unbeteiligt, lehnt es aber ab, Zustimmung zu ihrer Haltung von seiten ehemaliger Nationalsozialisten abzuweisen. Genauso verfuhr 1953 auch Dr. *Adenauer*. Die FDP ist der Ansicht, daß der Rechtsfriede hergestellt werden muß. Weitere Kritik kann bis zum 16. September vertagt werden.

b) Frau Dr. LÜDERS führt Beschwerde über die Bezeichnung „Bundesparteileitung", die häufig mit der „Bundesgeschäftsstelle" verwechselt werde. DÖRING begründet die Einführung der Bezeichnung Bundesparteileitung. RUBIN hält es für unmöglich, im Augenblick eine Änderung der Schilder vorzunehmen, mit denen unser Haus am Bonner Talweg gekennzeichnet ist.

c) Dr. MENDE spricht die in der Presse viel erörterte Frage an, ob Frau Dr. *Lüders* dem nächsten Bundestag angehören werde oder nicht. Er hält es für unmöglich, Frau Dr. *Lüders* zu zahlreichen Wahlreden zu veranlassen und dann am 6. September zu veröffentlichen, daß sie in Berlin nicht wieder aufgestellt worden sei. STEPHAN weist darauf hin, daß auf die Nachricht von der Gefährdung der Kandidatur *Lüders* ein Proteststurm aus den verschiedensten Kreisen eingesetzt habe. HOPPE erklärt, daß die Berliner Abgeordnetenhausfraktion allein bestimmend sei. Sie wisse die Kandidaten durchaus ihrer Bedeutung entsprechend zu würdigen. GRAAFF schlägt vor, den Beschluß des Berliner Landesausschusses für null und nichtig zu erklären; zieht aber aufgrund von Warnungen, man würde dadurch bei den örtlich zuständigen Kreisen nur Widerstand hervorrufen, diese Anregung zurück. Der Vorstand beschließt einstimmig: Der Berliner Abgeordnetenhausfraktion der FDP wird empfohlen, unter Einschätzung der Bedeutung, die die Ehrenpräsidentin der FDP und Alterspräsidentin des Bundestages im öffentlichen Leben einnimmt, Frau Dr. *Lüders* wieder an entsprechender Stelle der Kandidatenliste aufzustellen.[11] Der Brief soll von Dr. Reinhold *Maier* unterschrieben werden.[12]

d) STEPHAN weist darauf hin, daß der Fall *Spitzmüller* in Südbaden immer noch nicht erledigt sei.[13] Im Wahlkreis Freiburg sei noch immer kein Kandidat auf-

---

welches die ‚Ehemaligen' gestellt sind. 2. Überwindung der unglückseligen und gefährlichen Spaltung unseres Volkes in ‚Ehemalige' und ‚Heutige' zur Herstellung einer inneren Wiedervereinigung. 3. Bekämpfung der andauernden Verleumdungen, Diskriminierungen und Beleidigungen, denen die ‚Ehemaligen' im In- und Ausland ausgesetzt sind. 4. Sozial- und Rechtshilfe für alle ‚Ehemaligen', die heute noch verfolgt werden und unter den erlittenen Verfolgungen leiden. 5. Wiedergutmachung allen an den ‚Ehemaligen' begangenen Unrechts, der erlittenen Schäden und ihrer Folgen. 6. Schaffung eines gerechten Geschichtsbildes über die ‚Epoche des 3. Reiches'." S. 31 der genannten Broschüre.

11 Marie-Elisabeth *Lüders* gehörte dem Deutschen Bundestag nach der Wahl von 1957 wiederum an.

12 *Maier* an *Ronge* vom 19. 8. 1957, ADL, Ordner-Nr. 1090.

13 Siehe Nr. 39 mit Anm. 7 und 8.

gestellt worden. Neuerdings würde auf *Spitzmüller* gedrückt, er solle zugunsten von Dr. *Waeldin* verzichten, der gerade in den Ruhestand trat. Es wird beschlossen, daß *Stephan* an Dr. *Waeldin* schreiben und den Bezirksvorsitzenden *Stahl* und dem Landesvorsitzenden *Haußmann* Abschriften des Briefes schicken soll.[14] Ferner soll auch an den Kreisverbandsvorsitzenden Pius *Berger* in Freiburg geschrieben werden, um ihn zur baldigen Aufstellung eines Wahlkreiskandidaten und ordnungsmäßiger Agitation zu veranlassen.[15]

e) Die Beschwerde der Landesverbände Hamburg und Bayern wegen der Veröffentlichung des Artikels des Bundestagsabgeordneten *Gaul* zugunsten eines Bundeskultusministeriums[16] wird bis nach dem 16. September vertagt.

TOP 3: DPS-PARTEITAG IN SAARBRÜCKEN

SCHWERTNER erklärt als Vertreter der DPS: Am Sonntag, dem 11. August, wird die Demokratische Partei Saar den Beschluß fassen, ihre Satzung zu ändern, und den Untertitel „Landesverband der Freien Demokratischen Partei" annehmen.[17]

STEPHAN berichtet von seinen Besprechungen mit dem Vertreter des Bundeswahlleiters und dem Leiter des Wahlrechtsreferates im Bundesinnenministerium. Beide Herren haben darauf hingewiesen, daß eine Listenverbindung nur anerkannt werden wird, wenn fraglos die Listenverbindung nur zwischen Landesverbänden der gleichen Partei erklärt wird. Er berichtet weiter über seine Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Satzungsausschusses der Bundespartei, *Bezold*. Die Satzung enthalte keine Vorschriften über die Form, in der der Landesverband der Freien Demokratischen Partei Saar in die Partei aufgenommen werden müsse. Es sei in der Bundessatzung lediglich vorgesehen, daß die Satzung eines neuen Verbandes über die Wahl der Parteigremien keine anderen Vorschriften enthalten dürfe als die Bundessatzung.

SCHWERTNER bestätigt, daß die Satzung der DPS durch einen Rechtsausschuß der DPS überprüft worden sei. Der Beschluß: „Die DPS ist ein Landesverband

14 In seinem Schreiben an *Waeldin* vom 6. 8. 1957 teilte *Stephan* als Meinung des Bundesvorstandes mit, daß er es abgelehnt habe, *Spitzmüller* einen Verzicht auf die Kandidatur nahezulegen. HStASt, Q 1/22, Bü 753 (NL Haußmann).

15 Brief nicht ermittelt. Über die weitere Entwicklung in Freiburg informiert ein Schreiben *Hummels* an *Haußmann* vom 12. 8. 1957: „Die Freiburger Kreiswahlkonferenz ist gut ausgegangen. [...] Kandidat ist Präsident *Raule*, Freiburg. Er hat mir heute am Telefon seine Zustimmung zu seiner Aufstellung gegeben. Am kommenden Donnerstag werde ich ihn in Bad Dürrheim aufsuchen und die Wahlkampfführung Stadt und Land mit ihm besprechen." HStASt, Q I/22, Bü 747 (NL Haußmann).

16 Bezieht sich möglicherweise auf den Artikel GAULS „Trauriges Fazit. Zum Ende der Wahlperiode des Deutschen Bundestages", in: KULTURPOLITISCHE MITTEILUNGEN DER FDP, 4. Jg., Nr. 6 vom 18. 7. 1957, in dem u. a. das Scheitern des Antrages der DP auf Einrichtung einen Bundesministeriums für Erziehung und Unterricht bedauert wurde.

17 Einen entsprechenden Beschluß faßte der Parteitag mit 371 gegen 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Artikel „Des Saarlandes Wahl – Deutschlands Einheit", in: DEUTSCHE SAAR vom 13. 8. 1957 (S. 1).

der FDP", werde mit satzungsändernder Mehrheit auf dem Landesparteitag gefaßt werden. Die Landesliste und die Wahlkreisvorschläge der DPS würden die Bezeichnung tragen: „Demokratische Partei Saar/Landesverband der Freien Demokratischen Partei." Eine Satzungsänderungskommission werde Vorschläge verschiedenster Art prüfen, was aber keine Unstimmigkeiten gegenüber der Bundespartei ergeben werde.

Der Vorstand stimmt einstimmig der Aufnahme der Demokratischen Partei Saar als Landesverband der FDP zu entsprechend den bereits auf dem Würzburger Parteitag im April 1956 gefaßten Beschlüssen (Zuwahl des DPS-Vorsitzenden zum Vorstand der FDP).[18]

Der Vorstand beschließt, eine repräsentative Vertretung zum Parteitag der DPS am 11. August in Saarbrücken zu entsenden, die dort die Genugtuung über die Aufnahme des neuen Landesverbandes in die FDP zum Ausdruck bringen wird. Die Delegation wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. *Mende* geführt werden, da Dr. Reinhold *Maier* sich im Ausland befindet. Ihr werden ferner der stellvertretende Vorsitzende Dr. *Kohut* sowie die Vorstandsmitglieder Dr. Wilhelm *Nowack* und Walter *Scheel* und der Bundeswahlkampfleiter Wolfgang *Döring* angehören.

TOP 4: FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND IHRE DECKUNG

Dr. NOWACK weist darauf hin, daß er die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung verlangt habe. Da die FDP kein eingetragener Verein sei, so haften alle Vorstandsmitglieder unbegrenzt für die Ausgaben.

RUBIN erklärt dazu, es bestehe keine Gefahr; die Ausgaben für die Wahlen seien gedeckt, und zwar nicht nur durch Versprechungen. Das Geld für die Wahlen befinde sich bereits in der Kasse. Darüber hinaus liegen feste Zusagen bis zum 30. Juni 1958 vor. Freilich könnten die Ausgaben nicht in dem Umfange aufrechterhalten werden, der durch die Wahlen hervorgerufen worden sei. Er warnt die Bundeswahlkampfleitung vor weiteren Engagements. Es sei genug getan worden, vielleicht sogar schon zu viel. Er werde alle weitergehenden finanziellen Wünsche ablehnen. Die jetzt angelaufene Finanzaktion sei notwendig, um gewisse Reserven anzulegen, die sicherlich in den Nachwahlmonaten benötigt würden.

DAUB wünscht eine besondere Beihilfe für den Kreis Calw, in dem begründete Aussicht für ein Direktmandat bestehe, und für andere baden-württembergische Wahlkreise, in denen wir besonders gute Aussichten hätten.

RUBIN lehnt diese neuerliche Belastung ab.

Der Bundesvorstand beschließt, den Bundesvorsitzenden zu bitten, beim Landesvorstand in Stuttgart etwas für eine besondere Unterstützung derjenigen baden-württembergischen Wahlkreise zu tun, in denen Aussicht auf ein Direktmandat besteht.

---

18 Siehe Nr. 27 mit Anm. 14.

TOP 5: VERSCHIEDENES

a) Dr. KOHUT weist darauf hin, daß die ihm übertragene Koordinationsarbeit infolge der Erkrankung seines Mitarbeites *Kandziora* z. Zt. ruht. Es müsse nach dem 15. September ein neuer Anfang gemacht werden.

b) Ein inzwischen eingelaufener Brief des Vorstandsmitgliedes *Schwann*, der an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, wird verlesen.[19] Er wird dem Originalprotokoll beigefügt. *Schwann* erklärt, er werde auf der Reserveliste von NRW nicht kandidieren, außer wenn der Bundesvorstand eine von ihm vorgelegte Entschließung annehme.[20]

Frau Dr. LÜDERS weist darauf hin, daß die bereits verabschiedete Entschließung den Wünschen *Schwanns* durchaus entspreche. Sie sei in Übereinstimmung mit dem Inhalt des *Schwann*schen Briefes.

Der Vorstand beschließt, *Schwann* unter Hinweis auf die getroffene Entscheidung des Bundesvorstandes zu bitten, von seinem Entschluß, nicht auf der Landesliste von NRW zu kandidieren, Abstand zu nehmen.[21]

43.

19. 8. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 19. August 1957 in Frankfurt, Restaurant Schultheiss im Westend." Vorsitz: Maier. 10.00 Uhr–15.00 Uhr.

Teilnehmer: Becker, Bezold, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Hucklenbroich, Herta Ilk, Kohut, von Kühlmann, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Scheel, Schwann, Schwertner, Weyer, Will.

Einleitend gibt Dr. Reinhold MAIER einen Überblick über die Entwicklung des Wahlkampfes und betont, daß es nur eine Wahlkampfregel gibt: gegen beide große Parteien zu kämpfen, jedoch den Nachdruck auf den Kampf gegen diejenigen zu legen, die glauben, eine absolute Mehrheit erreichen zu können,

19 Brief datiert vom 3. 8. 1957, Anlage zum Protokoll.

20 Darin die Ablehnung der Beteiligung an einer Regierung, die von einem Bundeskanzler *Adenauer* geführt wird (Gründe: *Adenauer* habe es nicht vermocht, „die für den Bestand einer Demokratie entscheidenden rechtsstaatlichen Grundlagen zu schaffen"; er habe „die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ihrer Lösung keinen Schritt nähergebracht"; schließlich sei die Regierung unter seiner Führung in einen Zustand „der Führungs- und Direktionslosigkeit" geraten). Die Beteiligung der FDP an einer Regierung wollte *Schwann* daran gebunden wissen, daß es gelingt, die im Berliner Programm und den Hamburger Leitsätzen „festgelegten politischen Forderungen durchzuführen". Anlage zum Protokoll.

21 *Schwann* kehrte nach der Bundestagswahl 1957 nicht in den Bundestag zurück.

und die als Staatspartei auftreten. Im übrigen müssen wir kämpfen und nicht an zukünftige Koalitionen denken. Nicht die Schärfe des Kampfes und seine Formen verhindern künftige Koalitionsabschlüsse, sondern nur die Machtlosigkeit. Wir dürfen auch nicht glauben, daß die gesamte Bevölkerung schon auf die Stimmabgabe festgelegt ist.
Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

TOP 1: VORBEREITUNG DER FRANKFURTER TAGUNG VOM 5. SEPTEMBER[1]

STEPHAN zeichnet den Rahmen für die Veranstaltung: Sie sollte „Bundesversammlung der FDP" benannt werden, wobei die Einberufung des Bundeshauptausschusses der Partei die feste Grundlage bildet. Die Veranstaltung sollte nur etwa drei Stunden dauern. Zunächst sollte der Bundeswahlkampfleiter Wolfgang *Döring* einen Bericht über den Wahlkampf erstatten, dann der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dr. Max *Becker* über Außenpolitik und Wiedervereinigung sprechen und zum Schluß der Vorsitzende der Bundespartei Dr. Reinhold *Maier* die Voraussetzungen der FDP für eine Regierungsbeteiligung umreißen. Die Presse muß zu der Veranstaltung eingeladen werden. *Stephan* schlägt vor, nicht zu viele im Wahlkampf tätige Parteifreunde nach Frankfurt einzuladen, sondern den Saal mit Parteifreunden aus Frankfurt und Umgebung zu füllen.
In der Aussprache wird beschlossen, auch unsere Kandidaten, sowohl die der Wahlkreise wie die der Landeslisten, einzuladen, jedoch nicht die Kosten für die Entsendung zu tragen.
Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, das *Döring*sche Referat auf 20 Minuten, das von Dr. *Becker* auf 40 Minuten zu begrenzen. Er selbst wolle fünf Viertelstunden sprechen. Man sollte um 10.30 Uhr anfangen und um 13.00 Uhr schließen; anschließend sei Pressekonferenz. Es sollten 500 Parteifreunde aus der ganzen Bundesrepublik eingeladen werden, die noch einmal angespornt werden sollen. Er selbst wolle eine Neuformulierung und Reform der gesamten Staatspraxis fordern. Dr. Reinhold *Maier* trägt einige Grundgedanken seines Referates vor: „Wir müssen in unseren Forderungen gegen den autoritären Staat auftreten. Wir allein sichern den Staat vor einer Einparteienherrschaft."
Nach längerer Aussprache wird, entsprechend den Vorschlägen von Dr. Reinhold *Maier,* beschlossen, die Bundesversammlung der FDP auf der Basis einer Bundeshauptausschußsitzung einzuberufen und die Kandidaten auf eigene Kosten bzw. auf Kosten der Landesverbände miteinzuladen. In der Aussprache werden verschiedene Wünsche für die Rede des Bundesvorsitzenden der Partei geäußert. Dieser erklärt sich bereit, am 29. August in Bonn um 12.30 Uhr mit den stellvertretenden Vorsitzenden und den Landesvorsitzenden, die sich aus Anlaß der Bundestagssitzung in Bonn befinden, über die Grundlagen seiner Rede zu sprechen.[2]

---

1 Beschluß für diese Verantstaltung in: Nr. 41 mit Anm. 15.
2 Auf diesen Gesprächstermin wies *Stephan* mit Rundschreiben vom 22. 8. 1957 an *Mende, Kohut, Rademacher, Nowack, Graaff, Becker, Will* und *Schwertner* noch einmal nachdrücklich hin. ADL, Ordner-Nr. 3175. In seiner Rede in Frankfurt äußerte sich *Maier* zur Koalitionsfrage wie folgt: „Eine Koalition ist eine Verbindung von Parteien miteinander, keine Verbindung,

Der Presse soll schon heute eine entsprechende Mitteilung gegeben werden.

TOP 2: [WAHLKAMPF UND KOALITIONSFRAGE]

Mit Bezug auf das Rundschreiben, das Dr. *Nowack* an alle Vorstandsmitglieder gerichtet hat[3], wird beschlossen: Es soll keine neue Erklärung an die Presse gegeben, aber in der anschließenden Pressekonferenz auf frühere Erklärungen Bezug genommen werden. Dr. Reinhold *Maier* wird die näheren Erläuterungen mündlich geben und dabei betonen, daß die Wahlkampffront nicht mit der Koalitionsfront zu verwechseln ist.[4]

TOP 3: [BUNDESTAGSKANDIDATUR SCHWANNS AUF DER LANDESLISTE VON NRW]

SCHWANN schlägt vor, die Parole auszugeben: „Weder *Adenauer* noch *Ollenhauer* als Kanzler!" Dr. Reinhold MAIER appelliert an ihn, die Landeslistenkandidatur nicht abzulehnen.[5] In diesem Sinne richtet der Bundesvorstand eine Aufforderung an *Schwann*, der indessen erklärt, der Termin zur Einreichung

---

in welcher der Leiter der Koalition und seine Partei die andere in ihrem Innern auflöst und nach außen ruiniert. Eine Koalition mit irgend jemand gehen wir Freien Demokraten in aller Zukunft jemals wieder ein, wenn eine echte Partnerschaft in ihr sichergestellt erscheint. Ein Katz- und Mausspiel – so wie genossen – fangen wir gar nicht erst wieder an." HStASt, Q 1/22, BÜ 751 (NL Haußmann). Darüber hinaus verkündete *Maier* neun weitere Punkte, die als Koalitionsbedingungen der FDP bezeichnet wurden: „1. eine Staatspraxis, in deren Mittelpunkt unverrückbar der Grundsatz einer gemeinschaftlichen Außenpolitik stehe. 2. Eine parlamentarische Mehrheit müsse sich bei der Neuwahl dem gleichen Wahlrecht stellen, mit dem sie zur Macht gelangte [. . .]. 3. Die deutsche Innenpolitik müsse durch Herausnahme außenpolitischer Argumentationen in den sachlichen Raum zurückgebracht werden [. . .]. 4. Schaffung eines Einjahres-Sofortplanes zur Behebung des Mangels an Schulräumen und einen Ausbau aller Bildungsmöglichkeiten. 5. Eine radikale Beschneidung des materiellen Aufwandes bei festlichen Staatsanlässen. 6. Wiederherstellung der Organisation der Bundesregierung ‚gemäß den Regelungen des Grundgesetzes' [Beschneidung der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers]. 7. [Echte Partnerschaft der Koalitionspartner, s. o.]. 8. Bundesbank, Bundesverfassungsschutz und Bundeswehr sowie andere ‚Staatsbereiche' sollten unabhängig und ‚entparteipolitisiert' sein. 9. Eine strenge Handhabung der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit. 10 [Bewahrung] des rechtsstaatlichen Aufbaus der Bundesrepublik." Neben *Maier* hatten *Döring* zur Innen- und *Becker* zur Außenpolitik gesprochen. In einer Pressekonferenz nach dem Ende des Kongresses hatte *Maier* Kritik am Bundesaußenminister und am Bundesverteidigungsminister geübt und auf die Frage nach einem Eintritt der FDP in eine Koalitionsregierung unter *Adenauer* geantwortet, daß dieser dann zuvor „Buße in Sack und Asche" tun müsse. Artikel „Freie Demokraten verlangen umfassende Staatsreform", in: FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 6. 9. 1957 (Titelseite).

3 Das Rundschreiben *Nowacks* datierte vom 5. 8. 1957 und plädierte unter Bezugnahme auf die Bundesvorstandssitzung vom 3. 8. 1957 dafür, im Wahlkampf bzgl. Koalitionsfrage an der „Würzburger Formel" (Nr. 27, Anm. 4) festzuhalten. HStASt, Q 1/22, BÜ 747 (NL Haußmann).

4 Während der Pressekonferenz kündigte *Maier* an, daß die FDP am 5. 9. 1957 (Bundesversammlung in Frankfurt/Main) „die grundsätzlichen Bedingungen bekanntgeben [werde], von denen sie eine etwaige Beteiligung an der künftigen Bundesregierung abhängig machen" werde. Das habe jedoch, wie *Maier* erklärte, „nichts mit einem Koalitionsangebot an irgendeine Seite zu tun". fdk, 8. Jg., Nr. 60 vom 20. 8. 1957.

5 Siehe Nr. 42 mit Anm. 19–21.

der Landesliste sei bereits abgelaufen. Er halte es auch im Interesse der Partei für besser, wenn er in nächster Zeit durch das Mandat des Bundestages nicht gebunden sei. Im übrigen werde er als Direktkandidat in seinem Wahlkreis mit allem Nachdruck propagandistisch wirken.

TOP 4: VERÖFFENTLICHUNGEN DES „NEUEN ABENDLAND"

DÖRING richtet die Aufmerksamkeit des Vorstandes auf die Veröffentlichungen des „Neuen Abendlandes".[6] SCHWERTNER beantragt, der Bundesvorstand solle eine Entschließung fassen, durch die die gesamte Öffentlichkeit mit dieser ungeheuerlichen Veröffentlichung befaßt werde. Dr. KOHUT beantragt, aus der Veröffentlichung des „Neuen Abendland" ein Flugblatt zu machen, das insbesondere auch den evangelischen Pfarrern zugesandt werden solle. Entsprechend wird beschlossen. Ein Beschluß in dieser Frage wird in der folgenden Form der Presse bekanntgegeben werden:

„Mit wachsender Sorge verfolgen die Freien Demokraten Sonderbestrebungen einer Gruppe vornehmlich rheinischer Politiker und Publizisten, die unter Förderung des Bundeskanzlers Dr. Konrad *Adenauer* für einen neuen ‚abendländischen' Staatsgedanken zu werben und die Wiederherstellung der von *Bismarck* überkommenen deutschen Staatseinheit zu verhindern suchen. Das Werbemittel dieser Gruppe ist die Vierteljahresschrift ‚Neues Abendland', die mit einem Vorwort *Adenauers* erschien und vom Bundespresseamt empfohlen wird.[7]

Kennzeichnend für die politische Zielsetzung dieser Gruppe ist das Bestreben, die Gemeinschaft Westdeutschlands mit den westlichen Völkern auf Kosten der gesamtdeutschen Staatseinheit zu vertiefen und das Bonner Provisorium zu einem endgültigen Zukunftsstaat zu machen, in dem die ‚staatstragenden christlichen Kräfte' ihre Macht ‚urbi et orbi demonstrieren'. Zu diesem Zweck wird der Staatsgedanke, der seit 1871 für Deutschland bestimmend war, als ‚protestantisch und jakobinisch' abgewertet. Der staatspolitische Kurs *Adenauers* erhält die Deutung, daß nicht die deutsche Wiedervereinigung sein ‚schlechthin höchstes Ziel' sei, sondern die europäische Integration im Sinne des abendländischen Gedankens vom sacrum imperium.

Aufschlußreich für diese Haltung ist insbesondere ein Aufsatz ‚Herbst der Illusionen' des Chefredakteurs des Rheinischen Merkur, Dr. *Roegele*, in: ‚Neues Abendland' (2. Quartal 1957), in dem es beispielsweise heißt: ‚Da gibt es ferner jene wenigen, aber lautstarken Repräsentanten eines gewissen politischen Protestantismus, deren Denken in konfessionellen Besitzständen einge-

6 „Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte", erstmals erschienen im März 1946; nach dem 15. Jg. 1958 Erscheinen eingestellt. In dem Einleitungsartikel in Nr. 1 der Zeitschrift nannte der Herausgeber Johann Wilhelm *Naumann* als Ziel der Publikation die „Erneuerung Deutschlands aus christlich-universalistischem Geist, also im Sinne echter abendländischer Geisteshaltung; wohl wissend, daß nur ein wieder christliches und föderalistisches Deutschland hineinfindet zur Mater occidentalis."

7 Bundeskanzler *Adenauer* hatte dem unten genannten Heft 2 (12. Jg. 1957, S. 97) ein Vorwort vorangestellt, in dem er die „in greifbare Nähe" gerückte Einigung Europas beschwor, „in dem auch einmal das wiedervereinigte ganze Deutschland seinen Platz finden wird".

froren ist und die daher geneigt sind, die Gefahren einer Wiedervereinigung um jeden Preis auch unter kommunistischen Vorzeichen gering zu achten gegenüber der Aussicht, daß die süd- und westdeutschen Landeskirchen mit den Kernländern der Reformation wieder vereinigt werden, daß das lästige, weil zu ungewohnter Parität zwingende 1:1-Verhältnis der beiden christlichen Konfessionen verschwindet und wieder einer evangelischen Zweidrittelmehrheit Platz macht.'

Die Freien Demokraten halten diese einheitsfeindlichen Sonderbestrebungen, die den Geist der konfessionellen Unversöhnlichkeit atmen und gegen jedes fortschrittliche Staatsdenken gerichtet sind, für eine Gefahr. Völlig unverantwortlich ist es jedoch, daß die Bundesregierung diesen Bestrebungen, die im Widerspruch zum Grundgesetz den Bonner Staat zu einer Dauereinrichtung machen und damit die Wiedervereinigung verhindern wollen, noch Vorschub leistet."

TOP 5: [VORSTÖSSE IN DER FRAGE EINER WIRTSCHAFTSKONTROLLE]

SCHEEL lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vorstöße der SPD in der Frage einer Wirtschaftskontrolle.[8] Auch die CDU habe durch ihre Sozialausschüsse große Sympathie für diese sozialistichen Gedankengänge bekundet.[9]

TOP 6: [FINANZWERBUNG]

RADEMACHER beschwert sich darüber, daß die Finanzwerbung von der Bundespartei zum Teil ohne Abstimmung mit den Landesverbänden vorgenommen worden sei. Jetzt werde auch noch angekündigt, daß Besuche im Bereich der einzelnen Landesverbände stattfinden sollten.[10] Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß in Baden-Württemberg an verschiedene Firmen mit seiner Unterschrift versehene Briefe gesandt wurden, obgleich er diese Firmen ausdrücklich ausgeklammert habe. Einen ähnlichen Protest erhoben Dr. NOWACK und Dr. HAUSSMANN. STEPHAN versichert, daß die Werbung nur im Einvernehmen mit den Landesgeschäftsstellen erfolgen werde. Die Bedeutung der Werbeakti-

8 Während sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD seit 1956 immer stärker auf eine Anerkennung marktwirtschaftlicher Prinzipien hin entwickelten, blieb hiervon der Kohlebergbau ausgespart. Hier erhielt die SPD „das Verlangen nach einer vorbeugend planenden und straff kontrollierenden Kohlewirtschaftspolitik" aufrecht, und die SPD-Bundestagsfraktion reichte sogleich nach der Bundestagswahl einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag ein. Siehe K. KLOTZBACH, 1982, S. 375–388, das Zitat S. 384 f. Gesetzentwurf in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 55, Drucks. Nr. 19.

9 In ihrer Zeitschrift SOZIALE ORDNUNG, Christlich-Demokratische Blätter der Arbeit, 11. Jg., Heft Juli und August 1957, hielten die Sozialausschüsse daran fest, daß „die Grundsätze des Ahlener Programms [. . .] heute so gültig wie 1947" seien. Die „Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht" wollten die Sozialausschüsse allerdings nicht mehr durch die „Vergesellschaftung von Kohle und Eisen" erreichen, sondern durch eine „neue Eigentumsordnung", die durch die Ausgabe von Volksaktien, die Schaffung durch Miteigentum in Arbeitnehmerhand und Investivlohn geschaffen werden müsse.

10 Ein entsprechendes Rundschreiben, in dem die Landesverbände aufgefordert wurden, weitere Firmen zur Finanzwerbung durch den Bund freizugeben, war am 5. 8. 1957 von Bonn abgesandt worden. Hinweis hierauf in einem Schreiben von Georg *Hertel* an *Haußmann* vom 6. 8. 1957, HStASt, Q 1/22, Bü 747 (NL Haußmann).

on werde offenbar überschätzt. Es handele sich nicht um einen fundamentalen Eingriff in die Finanzierungsquellen der Landesverbände. Es werde dafür Sorge getragen, daß die Werbung nur in Übereinstimmung mit den Landesverbänden betrieben werde.

44.

19. 9. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 19. September 1957 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssaal." Vorsitz: Maier bzw. Rademacher bzw. Marie-Elisabeth Lüders. 11.00 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: [Achenbach], Atzenroth, Becker, Bezold, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Ehrich, Engelhard, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, [Margulies], Mende, Mischnick, Nowack, Rademacher, Reichardt, Rubin, Scheel, Schwann, Schwertner, Weyer, Will.

Dr. Reinhold MAIER eröffnet die Vorstandssitzung mit einem Dank an den Bundeswahlkampfleiter, den Bundesgeschäftsführer, die Bundesparteileitung, die Landesleitungen der Partei und die Kandidaten, die sich ausnahmslos bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit dafür eingesetzt hätten, der dritten deutschen Partei ihren Platz im neuen Bundestag zu sichern, und erteilt dann das Wort dem Bundesgeschäftsführer Werner *Stephan* zu seiner Wahlanalyse.[1]

[KONFLIKT MAIER/MENDE]

Dr. Reinhold MAIER erklärt sodann, daß, bevor man in die Behandlung der politischen Probleme eintreten könne, noch eine persönliche Angelegenheit besprochen werden müsse[2]: Der stellvertretende Parteivorsitzende Dr. Erich

1 Die 7-seitige Analyse in der Anlage zum Protokoll. Darin wird die Wahlniederlage ohne Beschönigung eingestanden und eine detaillierte Gewinn- und Verlustrechnung für die FDP in den einzelnen Bundesländern gegeben. Anschließend traf *Stephan* die Feststellung, daß allein CDU und SPD gegenüber 1953 Stimmen gewonnen hätten und damit das Zweiparteiensystem nähergerückt sei. Er gab jedoch auch zu bedenken, daß durch das Scheitern aller kleinen Parteien an der 5 %-Klausel (nur die DP war infolge der Wahlhilfe der CDU noch im Bundestag vertreten) die Rolle der FDP „als der einzigen dritten Kraft um so deutlicher geworden" sei. Das Wahlergebnis in: G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 74. Die CDU/CSU hatte die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate (50,2 %; 270) erlangt. SPD: 31,8 %; 169. FDP. 7,7 %; 41. DP: 3,4 %; 17.

2 Vgl. zum folgenden E. MENDE, 1984, S. 526 f.; K.-J. MATZ, 1989, S. 465 f.

Mende habe am 17. September über dpa die folgende Erklärung abgegeben: „Im Hinblick auf Meldungen in der heutigen Tagespresse, die offensichtlich Verwirrung stiften sollen, erkläre ich für meine Person: Ohne dem Beschluß der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes vom kommenden Donnerstag vorgreifen zu wollen, kann ich für meine Person sagen, daß ich es für ausgeschlossen halte, in eine Regierungskoalition einzutreten, in der eine Partei bereits über eine absolute Mehrheit verfügt. Das war schon während des Wahlkampfes die allgemeine Überzeugung der Freien Demokraten.

Die Freie Demokratische Partei, die als drittstärkste Fraktion mit völliger Unabhängigkeit von den beiden anderen Fraktionen in den Bundestag einziehen wird, wird ihre Aufgabe darin sehen, mit den 43 Abgeordneten eine eigenständige, nationale, demokratische und freiheitliche Opposition zu betreiben, deren oberste Ziele die deutsche Wiedervereinigung und die Wahrung der Grundfreiheit in der nun auf uns zukommenden Einparteienherrschaft der CDU sein werden."

Dieses Verfahren sei unmöglich. Dr. *Mende* habe auch schon früher Stellungnahmen vorgegriffen; so habe er z. B. am Abend vor der Frankfurter Bundesversammlung vom 5. September in einer Wahlveranstaltung zusammen mit der örtlichen Presse des Rhein-Wupper Kreises in Wermelskirchen das Zehnpunkteprogramm[3] verkündet. Er müsse leider in diesem Zusammenhang die Kabinettsfrage stellen. Auch die Tatsache, daß die fdk die Erklärung Dr. *Mendes* verbreitet habe[4], ohne dazu eine Genehmigung bei ihm, Reinhold *Maier*, einzuholen, sei bedenklich.

Während der Verhandlungen über diese Frage führt der stellvertretende Vorsitzende Willy Max *Rademacher* den Vorsitz.

Dr. MENDE entgegnet, er habe mit einer Selbstverteidigung gegen die Angriffe, die in der Presse gegen ihn gerichtet waren, nicht länger zögern dürfen. Sein gesamtes politisches Ansehen stand auf dem Spiel, als behauptet wurde, daß er, *Mende*, aus dem Bestreben, ein Ministeramt zu erhalten, nach einer Beteiligung der FDP an einer Koalition mit der CDU strebe.[5]

Dr. DEHLER betont, daß Dr. *Mende* sich mit ihm über die Dinge ausgesprochen habe. Er, *Dehler*, habe es für notwendig gehalten, schnell und klar zu handeln.

WEYER weist darauf hin, daß im Wahlkampf in der Koalitionsfrage wiederholt Eigenmächtigkeiten begangen worden seien. Mehrere Vorstandsmitglieder hätten sich über die „Würzburger Formel"[6] hinweggesetzt.

---

3 Zu diesem Programm Nr. 43, Anm. 2.

4 fdk, 8. Jg., Nr. 68 vom 17. 9. 1957.

5 Ein entsprechender Artikel war z. B. Anfang September 1957 in der „Neuen Rhein-Zeitung", Köln, erschienen, woraufhin *Mende* postwendend ein Fernschreiben an die Redaktion gesandt hatte, in dem es hieß: „Sie irren! Wenn ich für eine CDU-Koalition sein sollte, was ebenso ein Irrtum ist, steht das in eklatantem Widerspruch zu meinem Ministerwillen." Am 12. 9. 1957 erschien sodann ein Artikel *Mendes* unter der Überschrift „Wir können auch in der Opposition bleiben. Wo stehen eigentlich die Freien Demokraten? Die Trennungslinien zur CDU und zur Sozialdemokratie?" in: NEUE RHEINZEITUNG.

6 Siehe Nr. 27, Anm. 4.

Dr. HAUSSMANN beantragt, Dr. *Mendes* Verhalten zu mißbilligen, diese Mißbilligung jedoch nicht zu veröffentlichen.

ENGELHARD weist darauf hin, daß auch er mit dem Hamburger Vorstand am Tage nach der Wahl einen Verstoß gegen die Richtlinien des Parteivorsitzenden begangen habe[7], der jedoch seinerseits darauf hinweist, daß dies in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden sei.

Nach längerer Aussprache erklärt Dr. MENDE, daß er den Vorfall sehr bedauere, während Dr. Reinhold MAIER seiner Wertschätzung für Dr. *Mende* Ausdruck gibt. Es findet dann ein persönliches Gespräch zwischen Dr. Reinhold *Maier* und Dr. Erich *Mende* statt, das mit folgender Erklärung Dr. MENDES endet:

„Ich bedauere, den Bundesvorsitzenden Dr. Reinhold *Maier* bei der von mir abgegebenen persönlichen Erklärung vom 17. 9. 1957 nicht vorher informiert zu haben. Meine Erklärung sollte weder in der Sache den Bundesvorstand, noch die Bundestagsfraktion in ihrer Entscheidung präjudizieren. Sie diente lediglich der Abwehr persönlich diffamierender Kombinationen zur Koalitionsfrage in einem Teil der Tagespresse.

Ich halte es für selbstverständlich, in Zukunft bei derart bedeutsamen politischen Erklärungen mich mit dem Bundesvorsitzenden vorher ins Benehmen zu setzen.

In der Sache selbst bin ich der Überzeugung, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen ist, in eine Regierungskoalition unter Vorsitz Konrad *Adenauers* und unter der absoluten Mehrheit der CDU/CSU einzutreten."

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß durch diese Erklärung der Vorfall beigelegt ist und daß sich der Vorstand einstimmig mit der abgegebenen Erklärung einverstanden erklärt.

Zum Verhalten der fdk erklärt Dr. MENDE, daß nicht Dr. *Ungeheuer*, sondern die Deutsche Presse-Agentur (dpa) seine Erklärung verbreitet habe. Die fdk habe sie nur nachträglich registriert.

[POLITISCHE AUSSPRACHE: KONSEQUENZEN FÜR DIE PARTEI AUFGRUND DES WAHLERGEBNISSES]

Nach der Mittagspause übernimmt Dr. Reinhold *Maier* wieder den Vorsitz.

Frau Dr. Marie-Elisabeth LÜDERS spricht ihm Dank und Vertrauen für die Führung der Partei, insbesondere auch in der Zeit des Wahlkampfes aus. Der Vorstand schließt sich einstimmig dieser Vertrauens- und Dankkundgebung an, die auch der Presse bekanntgegeben wird.[8]

---

7 Siehe unten.

8 In der fdk, 8. Jg., Nr. 69 vom 20. 9. 1957, hieß es dementsprechend: „Im Laufe einer eingehenden Beratung des Wahlergebnisses vom 15. September sprach die Ehrenpräsidentin der Freien Demokraten, Frau Dr. Marie-Elisabeth *Lüders*, MdB, am Donnerstag in Bonn dem Bundesvorsitzenden Dr. Reinhold *Maier* namens des Vorstandes und der Fraktion der FDP Anerkennung und Dank für seinen unermüdlichen und erfolgreichen Einsatz im Wahlkampf aus."

Dr. HAUSSMANN stellt den folgenden Antrag:

„1. die Koalitionsfrage, falls sie auftritt, sorgfältig unter Berücksichtigung aller politischen Umstände in volldemokratischen Verfahren [zu] beraten;

2. im Falle einer Opposition die Bundesregierung dort zu unterstützen, wo ihre Ziele mit denen der FDP übereinstimmen, und der Bundesregierung dort mit energischer, sachlicher Kritik entgegenzutreten, wo sie die freiheitlichen Grundsätze der FDP vorzugsweise in den vaterländischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen verletzt."

Dr. ATZENROTH beantragt zu Dr. *Haußmanns* Entschließungsentwurf den folgenden Zusatz:

„Die FDP wird sich nach wie vor für die konsequente Durchführung der Marktwirtschaft und gegen weitere Experimente auf dem Wege zum Versorgungsstaat einsetzen. Die von ihr zu erwartende Opposition liegt daher in einer anderen Richtung und häufig in stärkstem Gegensatz zu der der SPD."

Erich SCHWERTNER stellt den folgenden Antrag:

„Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben heute in freier Aussprache die Folgen des Wahlausganges behandelt. Sie stellten fest, daß seitens der CDU bis zum heutigen Tage kein Koalitionsangebot eingegangen ist. Sie glauben, aufgrund des Wahlausganges annehmen zu können, daß seitens der CDU ein solches Angebot nicht vorgelegt werden wird. Sie sind deshalb der Ansicht, daß die FDP zukünftig als Oppositionspartei in Deutschland eine Politik der nationalen Verantwortung mit dem Ziele der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und der Erhaltung demokratischer Freiheiten gegenüber der Gefahr der Alleinherrschaft einer Mehrheitspartei führen muß.

Die FDP ist gewillt, diesen Weg als echte Dritte Kraft zu gehen, um damit dem Auftrag ihrer Wählerschaft in allen politischen Lebensfragen gerecht zu werden."

ENGELHARD gibt den Antrag bekannt, der vom Hamburger Parteivorstand angenommen wurde und auch vom Gesamtvorstand der Bundespartei zur Grundlage der Politik gemacht werden könne:

„Die Freien Demokraten werden in den Fällen die neue Bundesregierung unterstützen, wo sie eine Politik betreibt, die den Zielen der FDP entspricht. Die Freien Demokraten werden überall da der CDU-Regierung entschiedenen Widerstand entgegensetzen, wo die Gefahr des Mißbrauchs der Macht durch die absolute CDU-Mehrheit gegeben ist. Auch in der ihr durch den Wahlentscheid zugewiesenen Oppositionsrolle wird die FDP unbeirrt für ihre staats- und wirtschaftspolitischen Ziele eintreten und die Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft sichern."

WEYER gibt den Beschluß des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bekannt, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landesverbandsvorstand Nordrhein-Westfalen empfiehlt dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion der FDP, in keine Regierungskoalition einzutreten, in der die CDU bereits über eine absolute Mehrheit im Bundestag

verfügt. Das war schon während des Wahlkampfes die allgemeine Überzeugung der Freien Demokraten. Die FDP, die als drittstärkste Fraktion mit völliger Unabhängigkeit in den Bundestag einzieht, soll ihre Aufgabe darin sehen, mit 43 Abgeordneten eine eigenständige, nationale, demokratische und freiheitliche Opposition zu betreiben, deren oberste Ziele die deutsche Wiedervereinigung und die Wahrung der Grundfreiheiten in der nun auf uns zukommenden Einparteienherrschaft der CDU sein werden. Aus den gleichen Erwägungen lehnt der Landesverbandsvorstand alle Versuche ab, aus dem Bundestagswahlergebnis eine Gleichschaltung der Landespolitik herleiten zu wollen. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die bisherige loyale Zusammenarbeit in der Düsseldorfer Landeskoalition fortzusetzen."

In ausgiebiger Aussprache werden alle Anträge diskutiert.

Dabei bringt SCHEEL zum Ausdruck, daß in Zukunft die Bundestagsfraktion den Vortrupp der Partei bilden müsse. In der Parteispitze müsse ein Gremium geschaffen werden, das der Fraktion Anregungen für ihre Arbeit gibt.

Dr. HAAS weist auf die Gefahren des bayerischen Wahlgesetzes hin.[9] Wir müßten in einem bayerischen Bezirk bei den nächsten Landtagswahlen im Dezember 1958 10 % erreichen. Wir brauchen eine scharfe antisozialistische Tendenz.

Dr. Reinhold MAIER macht wiederholt geltend, man dürfe keine Sache ablehnen, ehe sie überhaupt da sei, sonst könnten wir illusionäre Angebote der CDU provozieren. Wir dürften keinen Verstoß gegen die ungeschriebenen Regeln des Parlaments begehen, indem wir verfrüht Beschlüsse faßten. Reagieren würden wir nur auf offizielle Aufforderungen hin.[10]

Dr. MENDE beantragt, die Erklärung, die Dr. Reinhold *Maier* in der Wahlnacht abgegeben hat, an die Spitze der heutigen Entschließung zu setzen. Sie hatte den folgenden Wortlaut:

„Die CDU/CSU hat die absolute Mehrheit im Bundestag erreicht. Sie trägt damit die vollständige Verantwortung für alles, was jetzt nach der Wahl in Angriff genommen wird. Auf außenpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet kommen schwerwiegende Entscheidungen auf die Bundesrepublik zu. Die

---

9 Knappe Hinweise auf die Sperrklausel des Bayerischen Wahlgesetzes von 1950 in: G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 14.

10 Mit dieser Haltung befand sich *Maier* in Übereinstimmung mit Vertretern der Wirtschaft. *Haußmann* hatte am 17. 9. 1957 zusammen mit Landesgeschäftsführer *Hummel* ein Gespräch mit Hans L. *Merkle,* Vorstandsmitglied des BDI, geführt, dessen Ergebnis er in einem handschriftlichen Brief wie folgt zusammenfaßte: „Im Mittelpunkt stand die Frage unseres Wählerauftrages und die unserer künftigen Haltung. Wir haben nicht verfehlt, sehr klar, eindeutig und eindringlich unseren Standpunkt hierzu zu vertreten. Direktor *Merkle,* der bereits mit einigen seiner Freunde sich besprochen hatte, hat sehr aufmerksam unsere Argumente entgegengenommen und die Schwierigkeit unserer Situation gewürdigt. Das Ergebnis des Gesprächs: Sein Rat, am Donnerstag es nicht zu einem endgültigen ‚Nein' hinsichtlich der Koalitionsfrage kommen zu lassen, vielmehr, wenn es uns aus vielerlei Gründen ratsam scheint, in die Opposition zu gehen, dies dem Verhalten *Adenauers* und der CDU im Anschluß an die Wahl und deren Vorstandssitzung vom Donnerstag zuzuschieben. Die Wirtschaft würde eine Mitwirkung der FDP in der Regierung begrüßen. Dabei steht das Argument der größeren [?] Einwirkungschance im Vordergrund." HStASt, Q I/8, Bü 169 (NL Maier).

CDU/CSU wird nun sehen müssen, wie sie mit dieser Last der Verantwortung fertig werden wird."

Dr. Reinhold MAIER hält diese Erklärung für überholt. Man müsse eine neue Grundlage schaffen.

Dr. ACHENBACH beantragt einen Entschließungsentwurf, bei dem Dr. Reinhold *Maier* einige Änderungen wünscht. Sie erhält damit den folgenden Wortlaut:

„Der Bundesvorstand und die neue Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei haben heute das Wahlergebnis erörtert. Bundesvorstand wie Fraktion haben einmütig beschlossen, im künftigen Bundestag eine nach allen Seiten unabhängige Politik zu treiben, die bestimmt sein wird von dem Berliner Programm der FDP[11] und den 10 Punkten der Rede des Parteivorsitzenden in Frankfurt.[12] Die Bundestagsfraktion wird sich insbesondere allen sozialistischen Experimenten widersetzen, von welcher Seite sie auch immer angeregt oder in welchem Gewande sie auftreten mögen. Vor allem aber wird die Bundestagsfraktion nichts unversucht lassen, um die Hauptanliegen des deutschen Volkes – Wiedervereinigung und Erhaltung des Friedens – in jeder Weise zu fördern. Die CDU/CSU hat die absolute Mehrheit im Bundestag erreicht. Sie trägt damit die Verantwortung für alles, was jetzt von ihr nach der Wahl in Angriff genommen wird."

SCHEEL schlägt dazu den folgenden Zusatz vor: „Wir wollen nicht die Beteiligung an einer Koalition." Die obige Erklärung *Achenbach/Maier* wird mit 24:9 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Dr. Reinhold MAIER erklärt dieses Ergebnis für unbefriedigend. Dr. MENDE weist darauf hin, daß in der Entschließung die Bindungslosigkeit sowohl gegenüber der CDU wie gegenüber der SPD durch den Ausdruck „nach allen Seiten unabhängige Partei" ausgedrückt sei. Nach einer kurzen Aussprache erklärt sich die Minderheit mit dieser Auslegung für befriedigt. Dr. Reinhold *Maier* wird beauftragt, der Presse die obige Entschließung als einstimmig angenommen bekanntzugeben.[13]

VERSCHIEDENES

a) WEYER berichtet, daß sowohl vom BHE wie von der DRP Fühler ausgestreckt worden seien, ob nach den Wahlniederlagen beider Parteien nicht ein Zusammengehen bzw. eine Aufnahme in die FDP möglich sei.[14] Dr. Reinhold

11 Siehe Nr. 33 mit Anm. 15.

12 Siehe Nr. 43 mit Anm. 2.

13 fdk, 8. Jg., Nr. 69 vom 20. 9. 1957. Über die Pressekonferenz *Maiers* im Anschluß an die Sitzung berichteten die Zeitungen in dem Tenor, daß *Maier* die Koalitionsbereitschaft der FDP offengelassen habe, „indem er die Unabhängigkeit seiner Partei nach allen Seiten unterstrich und die Äußerungen *Mendes* [Absage an die CDU] in gewisser Hinsicht revidierte". BPA-Archiv, Morgenbericht Nr. 216 vom 20. 9. 1957.

14 Zu diesen Kontakten, die im Frühjahr 1958 zu einem „Vorabkommen" zwischen dem BHE und dem Landesverband NRW der FDP führten, der Hinweis in: F. NEUMANN, 1968, S. 212. Siehe auch Nr. 50, TOP „Verhandlungen mit dem BHE in NRW".

MAIER hält es für notwendig, zunächst Gespräche auf Landesebene zu führen. Der geschäftsführende Bundesvorstand solle dann die Besprechungen koordinieren.

Da Dr. Reinhold *Maier* und Dr. Erich *Mende* zur Pressekonferenz gehen, leitet Frau Dr. Marie-Elisabeth *Lüders* die Sitzung.

Mehrere Vorstandsmitglieder berichten über Fühler, die von beiden Parteien zu uns hin ausgestreckt worden seien. GRAAFF erklärt, die FDP solle es als ihre Aufgabe betrachten, der Vertretung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Bundestag besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.[15]

b) MARGULIES stellt die Frage, ob man sich noch in der Europa-Union, die immer mehr kleineuropäische CDU-Politik betreibe, betätigen sollte. Der Vorstand wird in einer späteren Sitzung dazu Stellung nehmen.[16]

c) Dr. WILL macht darauf aufmerksam, daß im Zusammenhang mit der Bundestagssitzung in Berlin am 15. Oktober dort eine Großveranstaltung stattfinden müsse. *Stephan* wird beauftragt festzustellen, wann und wie diese Veranstaltung gestaltet werden soll.[17] Dr. WILL weist besonders auf die Konzentrationsbewegung in Berlin nach dem Zerbrechen der Schwennicke-Gruppe hin[18], die ein sofortiges Auftreten der FDP notwendig mache.

45.

1./2. 11. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 105. Überschrift: „Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion am 1. und 2. November 1957 in Frankfurt/Main."

Teilnehmer: Achenbach (2. 11.), Atzenroth (1. 11.), [Becker, 1. 11.], Bezold, Borttscheller (1. 11.), Bucher, Dehler, Döring, [Eilers, 1. 11.], Glahn, Albrecht Haas, Haußmann, Hedergott, Hoppe, Herta Ilk (2. 11.), Kohut, von Kühlmann, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, [Margulies, 1. 11.], Mende, Mischnick, Niebel, Nowack, Rademacher, Reichardt (2. 11.), Rubin, Rutschke (1. 11.), [Sander, 1. 11.], Schwann, Schwertner (1. 11.), Spitzmüller (1. 11.), Will.

---

15 Zur weiteren Entwicklung zwischen der FDP und GB/BHE sowie DRP in Niedersachsen siehe Nr. 46, TOP 1 „Bildung der Dritten Kraft".

16 Fortgang in Nr. 48, TOP 3 c: „Europaunion".

17 Die Großveranstaltung fand am Abend des 14. 10. 1957 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin statt. Hauptredner war Reinhold *Maier*. Eine Zusammenstellung der Presseberichte über die Veranstaltung sandte *Rieckhoff* am 16. 10. 1957 an *Maier*, ADL, Ordner-Nr. 3171.

18 In Berlin war im Juli 1957 die Arbeitsgemeinschaft zwischen FVP und DP auseinandergebrochen. Im August gab sich die FVP den Namen Freie Deutsche Volkspartei, die jedoch in den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1958 nur 0,7 % der Stimmen erhielt. Horst W. SCHMOLLINGER, Die Deutsche Partei, in: R. STÖSS, 1983, S. 1080 f.

[ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESPARTEI UND BUNDESTAGSFRAKTION]

Dr. MAIER: Zur Vorbereitung der heutigen Sitzung sind den Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion einige Unterlagen zugegangen:

1. eine Ausarbeitung des Geschäftsführers der Bundestagsfraktion, Herrn Fritz *Niebel*[1];
2. Gedanken über die zukünftige Arbeit der FDP von Herrn Dr. Wolfgang *Haußmann*[2];
3. eine Denkschrift: „Die FDP nach dem 15. September 1957", bearbeitet in Verbindung mit dem Bundesvorsitzenden von den Herren *Flach*, Dr. *Gentner* und Dr. *Scholder*[3];
4. Anmerkungen hierzu von der Hand des leider erkrankten und deshalb nicht anwesenden Hauptgeschäftsführers, Herrn Werner *Stephan*.[4]

In diesen Unterlagen ist eine Fülle von Problemen angesprochen. In einer Vorberatung im Kreise von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes und der Bundestagsfraktion und besonders des Fraktionsvorstandes wurde folgende Referatsverteilung befürwortet:

1. Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion, Referent: Dr. Reinhold *Maier;* 2. Grundsätze der FDP in der Opposition, Referent: Dr. Erich *Mende;* 3. Vorbereitung der Landtagswahlen, Referent: Wolfgang *Döring*.

Das mir übertragene Referat befaßt sich demnach ausschließlich mit den im Beitrag *Niebel* und im Abschnitt III des Beitrages *Flach*, Dr. *Gentner*, Dr. *Scholder* („Die Organisation der politischen Arbeit") behandelten Fragestellungen. Im Vordergrund meines Referates steht also die Zusammenarbeit von Bundesorganen in den Spitzengebieten der Politik. Das erfordert eine Reihe von technischen Vorschlägen auf der Grundlage in hohem Maße politischer Erwägungen.

Wer dem sich stellenden technischen Problem auf den Leib rücken will, muß sich über die politische Gesamtlage der Partei klar sein. Wir waren über sechs Jahre hinweg in der Bundesrepublik Regierungspartei. In vielen Bundesländern waren wir seit 1945 in den Landesregierungen teilweise führend beteiligt. Gegenwärtig sind wir in allen Landesregierungen mit Ausnahme von zwei Ländern Regierungspartei.[5]

---

1 Anlage zum Protokoll. Dabei handelte es sich um „eine Skizze über die Verbesserung der künftigen Arbeit der FDP-Bundestagsfraktion und die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion [...], die auf den Erfahrungen der letzten beiden Legislaturperioden" basierte.

2 Nicht ermittelt.

3 Anlage zum Protokoll. Sie enthielt „Gedanken über die künftige Arbeit der FDP" und war unterteilt in die Abschnitte: 1. Die Grundlagen, 2. Die politische Praxis, 3. Die Organisation der politischen Arbeit.

4 Anlage zum Protokoll.

5 Dabei handelte es sich um Berlin und Hessen.

Seit unserem Ausscheiden aus der Bundeskoalition im Februar 1956 war es ungewiß, wie sich die Position der FDP endgültig gestaltet. Die Wahl vom 15. September 1957 hat Klarheit geschaffen. Wir sind in der Opposition.

Wo und wie auch immer die FDP politisch aktiv ist, so handelt sie aufgrund ihres geistigen Gedankengutes der Freiheit. Ob wir regieren oder opponieren, die Grundsätze bleiben die gleichen. Auf drei Säulen werden wir die Opposition der FDP vorantragen.

Die erste Säule ist die demokratische Opposition. Das ist die staatspolitische Komponente. Sie zielt auf Verbreiterung, Vertiefung und Verteidigung der Staats- und Volksfreiheiten.

Die andere Säule ist die liberale Opposition. Das ist die wirtschafts- und sozialpolitische sowie die kulturelle Komponente.

Die dritte Säule ist die freiheitliche Opposition. Das ist die deutsche Komponente. Sie zielt auf die Befreiung Deutschlands von Teilung, innerer Knechtschaft und Fremdherrschaft. Alle die erwähnten drei Säulen ruhen auf dem Untergrund: Schutz des deutschen Bürgers in Ost und West vor der Übermacht und der Allmacht des Staates.

Mit großer Gelassenheit könnte das Wahlergebnis des 15. September 1957[6] aufgenommen werden, wenn . . ., ja, wenn das Wörtchen „wenn" nicht wäre! Nämlich wenn sich dahinter nicht ein neuer Machtergreifungsvorgang verbirgt.

Jedenfalls hat die siegreiche Staatspartei die Beweislast, daß sie die Staatsmacht nicht ewig behalten will. Mit einem wahlgesetzlichen Trick vermag sie sich zur Daueralleinherrschaft über die nächsten Wahlperioden aufzuschwingen. Das Wahlergebnis des 15. September wäre völlig ungefährlich, wenn die CDU nach vier Jahren dem gleichen Wahlrecht sich wieder stellen müßte, das ihr jetzt die absolute Mehrheit gebracht hat. Das muß sie aber nicht.

Es bedarf nämlich keiner Revolution, um die demokratische Bundesrepublik auf den Kopf zu stellen. Es bedarf einiger Drehungen am Schalthebel, nur noch einiger weiterer Drehungen. Unser Wahlkampfziel war die Verhinderung der absoluten Mehrheit einer einzigen Partei. Wir sind gescheitert. Die CDU hat die absolute Mehrheit gewonnen. Das war ihr Ziel und war auch ihr gutes Recht. Bis hierher ist alles in Ordnung.

Die Dinge bekommen ein ernsthaft undemokratisches Gesicht beim Blick auf die Unverbindlichkeit unseres Wahlrechts. Das ist die Achillesferse der bundesrepublikanischen Demokratie. In keinem demokratischen Land der Welt besteht der Fall, das jeweils jedes Parlament das jeweils für die spätere Neuwahl geltende Wahlrecht nach den parteiegoistischen Bedürfnissen der Mehrheit neu fabriziert.

Das demokratische Ausland sperrt Mund und Augen auf, wenn es hiervon hört. Die Demokratien des Westens entsetzen sich, daß in der Bundesrepublik

6 Siehe Nr. 44, Anm. 1.

die parlamentarische Mehrheit sich bei der Neuwahl dem gleichen Wahlrecht nicht zu stellen hat, mit dem sie zur Macht gelangt ist.

Demokratisches Anstandsgefühl im Inneren und die Pflege demokratischer Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit außen hätten längst die Schaffung eines Wahlgesetzes von Dauergültigkeit erfordert. Weitausschauende Parteiraison einer Richtung, welche Staatspartei werden will, hat sich dem beharrlich entgegengestellt.

Es wird auf ein Zwischending von einem schon halbautoritären und noch halb demokratischen (formal demokratischen) Staatsgebilde hingearbeitet.

Wir unterschieben der CDU die Absicht, über einen Autoritätsstaat sich der Bundesrepublik auf immer zu bemächtigen mit gutem Grund.

Auf ihrem Hamburger Parteitag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich und unmißverständlich mit dem Zaunpfahl des Grabensystems (35 % Stimmen, 65 % Mandate) gewunken.[7] Ja, er hat dieses Wahlrecht der sittenwidrigen Verfälschung der Demokratie verlangt.

Das heißt, diese Leute wollen die Bundesrepublik in die Hand bekommen und sie niemals mehr aus der Hand geben. Dr. *Krone* hat zwar die Katze aus dem Sack gelassen. Er handelte bestimmt nicht auf eigene Faust. Er ist der Willensvollstrecker des „Alten". Der Bundeskanzler setzt seine Anti-FDP-Politik konsequent fort. Sie ist ihm, wie er selbst sagte, während seiner Krankheit im Herbst 1955 eingefallen.

Sie ist in der Unterwerfungsforderung im Brief vom November 1955 formuliert worden.[8] Nie hat er das Ziel aus den Augen verloren. Er wird es unter dem populären Deckwort „Zweiparteiensystem" weiter verfolgen. Er hat im Bundestag die Macht dazu. Er wird alles daransetzen, auch im Bundesrat eine allmächtige, omnipotente Position zu erringen.

Dieser rote Faden tritt klar zutage. Hoffentlich ist in unserem Kreis niemand, der den untrennbaren Zusammenhang zwischen Landespolitik und Bundespolitik, zwischen den Landesparteien und der Bundespartei nicht begreift. Es ist hoffentlich auch niemand, der unverzichtbare organisatorische Konsequenzen ablehnt.

Aber nicht allein über die Gesetzgebungsorgane des Bundes, über die Landesparlamente und den Bundesrat müssen wir uns zur Wehr setzen. Publizistisch gilt es, ganz groß einzusteigen. In der Bundesrepublik ist vor der Wahl genug geschwätzt und gefaselt worden über das Zweiparteiensystem.

Noch gedankenloser wird jetzt ihm das Wort geredet oder die Entwicklung dorthin als unausweichlich betrachtet. Mit dem Nürnberger Trichter muß hier gearbeitet werden. Die Theoretiker des Zweiparteiensystems stehen meistens

---

7 Seinem Redemanuskript zufolge hatte *Krone* zum Wahlrecht gesagt, er hoffe, daß uns der neue Bundestag „ein Wahlrecht gibt, das staatsgerechten und mehrheitsbildenden und nicht nur stimmgerechten Charakter hat, ein Wahlrecht, wie es eine Demokratie verlangt, die existieren und funktionieren will". BT Pressedokumentation, Ausschnittesammlung Krone.

8 Siehe Nr. 18, Anm. 13.

nicht in der aktiven Politik. Sie sind Kiebitze der Politik. Sie wagen gar nicht, in einem eigenen Spiel ihre Haut zu Markte zu tragen. Sie sprechen von der Wahl, über die Wahl. Sich selbst einer Wahl zu unterziehen, das riskieren sie nicht. Haufenweise würden sie durchfallen. Allen, welche mit dem Zweiparteiensystem liebäugeln, ein Wort ins Stammbuch: Entweder wollt Ihr der immerwährenden Staatspartei den Weg bereiten oder Ihr seid Träumer!

Solange in der Bundesrepublik kein Dauerwahlrecht besteht, führt das Zweiparteiensystem unweigerlich und unaufhaltsam zum Einparteienregiment, zur Daueralleinherrschaft einer einzigen Partei. Wer bei dieser Sachlage das Zweiparteiensystem mit Wort oder Tat unterstützt, der muß sich nachsagen lassen: Er ist bereit zur Diktatur, einer zunächst sanften, total und totaler werdenden Diktatur.

Wie gesagt, die CDU kann mit einem Federstrich das berüchtigte Grabensystem einführen. Es genügt die Einfügung eines Halbsatzes mit wenigen Worten in das gegenwärtige Wahlgesetz. Auf den 15. September angewandt hätte dies 329 CDU/CSU-Sitze erbracht anstatt 270, 128 SPD-Sitze anstatt 189, 23 FDP-Sitze anstatt den von ihr erzielten 41 und 14 DP-Sitze anstatt 17.

Heute schon ist die Begünstigung der größten Partei sehr stark. Die CDU/CSU hat 50,2 % Stimmen und 270 Mandate. Die übrigen Parteien haben 49,8 % Stimmen und nur 227 Mandate. Rechnerisch würden der CDU/CSU 20 Mandate weniger zukommen, den anderen 20 Mandate mehr. Die demokratische Gebrechlichkeit der Bundesrepublik ist mit diesen Vergleichszahlen der Grabensystemverteilung dokumentiert. Unverbindliches Versprechen wie Maßhalten, Mäßigung u. ä. können der politischen Labilität unseres Staates nicht helfen. Manch einer ist in der Geschichte zum Tyrannen selbst wider Willen geworden. Er geriet in eine Staatskrise, griff – vorübergehend – zu diktatorischen Mitteln und verstrickte sich mehr und mehr darin. In „Wallensteins Lager" ist der Vorgang klassisch formuliert: „Denn seine Macht ist's, die sein Herz verführt. Sein Lager nur erkläret sein Verbrechen."[9]

Der bundesrepublikanischen Wahlrechtssituation gegenüber gibt es nur Mißtrauen, täglich erneutes lautes Mißtrauen.

Der Erdrutsch wird übrigens psychologisch viel stärker empfunden, als er ist. Die Regierungskoalition, aus CDU/CSU und Deutscher Partei bestehend, verfügt über 270 CDU/CSU plus 17 DP gleich 287 Sitze. Im bisherigen Bundestag hatten diese Parteien 255 (CDU/CSU)[10] plus 33 (DP)[11], also 288 Sitze. Die SPD hat 169 Sitze inne, die FDP 41. Das sind zusammen 210 Sitze. Bisher hatten die oppositionellen Parteien (SPD 153[12], FDP 36[13], BHE 19[14]) zusammen 208 Stimmen. Die Koalition hat also jetzt einen Sitz weniger, SPD und

9 Zitat aus dem Prolog, Ende des drittletzten Absatzes des Dramas von Friedrich *Schiller*.
10 Am Ende der Legislaturperiode betrug die Zahl der Abgeordneten 250 (ohne Berliner Vertreter). DATENHANDBUCH, 1983, S. 35 und 255.
11 Die korrekte Zahl lautet 36, ebd.
12 Die korrekte Zahl lautet 151, ebd.
13 Die korrekte Zahl lautet 31, ebd.
14 Die korrekte Zahl lautet 18, ebd.

FDP zwei Stimmen mehr. Das Übergewicht der beiden Koalitionsparteien ist beträchtlich. Bleiben normale demokratische Verhältnisse, d. h. wird das Wahlrecht nicht auf den Kopf gestellt, so wäre die heutige Vorherrschaft in der Zukunft unschwer zu brechen bzw. umzuwandeln.

Die Bundestagswahlen sind vorbei, die Wahlen jedoch nicht. Am 10. November finden in Hamburg die Bürgerschaftswahlen statt. Im Frühsommer 1958 folgen die Landtagswahlen im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen.[15] Dann folgen Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Berlin, alle noch im Jahre 1958.[16] Weit mehr als die Hälfte der bundesrepublikanischen Wähler werden also in der Frist ungefähr eines Jahres erneut ein Votum abgeben.

Die erste Wahl, die Wahl von Hamburg, scheint gottseidank eine echte Eigenwahl zu sein. Üblicherweise werden sonst die Landeswahlen durch die Bundespolitik völlig überflutet.

Wir dürfen aber die Augen nicht vor der anderen Tatsache verschließen, daß landespolitische Vorgänge stark auf die Bundestagswahl reflektieren. Tatsächlich war der Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen[17] gar nicht mehr eine Landesangelegenheit allein. Dieser Regierungswechsel war eine Fortführung der FDP-Politik in der Abwehr *Adenauer*scher Gleichschaltung auf einer anderen Ebene.

Nochmals: Es komme keiner mehr und behaupte, Bundesparteipolitik und Landesparteipolitik seien isolierte Bezirke! Soweit sie es noch nicht sind, werden sie immer mehr eine Einheit. Sichtlich gelangen sie in die Region der Parteispitze.

Kein Zweifel! *Adenauer* wird bei den Länderwahlen 1958 aufs Ganze gehen. Auf das Ganze, angefangen bei der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen im Juni 1958. Auf das Ganze, nämlich gegen die FDP.

Wir gehen einem mörderischen Kampf entgegen. Werden wir die Standfestigkeit im Widerstand und die Zivilcourage im Gegenangriff aufbringen? Unsere eigene Meinungsumfrage durch Intermarket im August 1957 hat ergeben, daß, in groben Zahlen, ungefähr 50 % der FDP Anhänger für die Regierung Adenauer sind, die anderen 50 % dagegen.

Das ist alles, nur kein solider Untergrund. Trotzdem haben wir uns zum mindesten mit Mut und Zähigkeit geschlagen.

Was ist auf uns eingeredet worden wegen der sog. Gretchenfrage: Mit wem geht Ihr nach der Wahl? Wir sagten: Das kommt auf das arithmetische Ergebnis der Wahl an. Dann kamen die Ratschläge der Klugen und Weisen und der Hinterlistigen: „Ihr müßt mit der CDU“ oder „Ihr müßt mit der SPD. Sonst wählen wir die CDU bzw. die SPD.“ Wir blieben fest. Unser Standpunkt war logisch. Kein Geschäftsmann gibt während eines schweren Konkurrenzkamp-

15 Am 6. 7. 1958.

16 Die genauen Daten in der Reihenfolge der Nennung im Text: 28. 9. 1958, 23. 11. 1958, 23. 11. 1958, 7. 12. 1958.

17 Am 16. 2. 1956, siehe Nr. 18, Anm. 21.

fes vor dessen Ende bekannt: „Nachher werde ich mich dem und dem Konkurrenten verbünden."

Hätte die FDP anders gehandelt, so wäre sie auch in ihrem heutigen Bestand nicht mehr vorhanden. Hätten wir uns für die SPD entschieden, so wären wir in ihre verwirrte Lage hinein- und hinuntergerissen worden.

Hätten wir uns für die CDU entschieden, so hätten wir große Teile der 2,3 Millionen FDP-Wähler unmittelbar zur CDU ermuntert. Die Deutsche Partei hat das praktisch vorexerziert. Sie hatte sich für die CDU erklärt, sich ihr verschworen. Sie war direkt prädestiniert, eine Art Vorsammelbecken vor der CDU zu bilden. Die Wählerstimmen sind an ihr vorbei direkt zur CDU gegangen.

Die FDP ist keiner Verlockung erlegen. Der Ansturm war gewaltig. Wir sind konsequent geblieben. Nur deshalb sind wir „übrig" geblieben.

Wir leben in einer parteipolitischen Welt, wo alles sich duckt, keiner mehr muckt, wo der Mensch vor auch nur vermeintlich Mächtigen zusammenzuckt. In einem solchen Milieu fehlt allmählich das Unterscheidungsvermögen, wenn jemand im allgemeinen Schwanken und Wanken noch aufrecht bleibt. Keiner hat es so mitgemacht wie ich, dieses Verbleiben auf dem Standpunkt, daß man ohne Bindung bleibt. Das hat Kaltblütigkeit erfordert. Oft waren einige wenige allein. Das war das Gegenteil von Unentschlossenheit, von auf-zwei-Achseln Wassertragen. Die FDP ist trotz aller Anfechtungen unabhängig geblieben. Sie hat sich nicht unterworfen. Sie wird unabhängig nach allen Seiten bleiben. Dazu bedarf es Vetrauen aller zu allen, der Landesparteien zur Bundespartei, der Landesparteien untereinander.

Vor allem bedarf es einer unverrückbar festgelegten, von allen gemeinschaftlich gesuchten und schließlich gemeinschaftlich errungenen verbindlichen politischen Linie.

Die Freie Demokratische Partei ist als einzige neben den großen Parteien übrig geblieben. Der Gesamtdeutsche Block BHE ist vom Mißgeschick der Fünfprozentklausel betroffen worden.[18] Die Deutsche Partei mit ihren 17 Mandaten verdankt deutlich ihr Überleben einzig und allein der Abkommandierung von CDU-Stimmen auf die DP-Bezirkslisten.[19] Bundespolitisch hat sie den Charakter einer selbständigen Partei eingebüßt. So ist die Freie Demokratische Partei jetzt die einzige dritte Partei. Mit ihren 43 Stimmen repräsentiert sie eine bescheidene Größenordnung. Ihre Situation im Wahlkampf war schwierig. Vielfach wurde sie von ihr früher zugehörigen Männern bekämpft, darunter mehrere Bundesminister. Gerade den insgesamt 19 Abgeordneten der Spaltungsgruppe[20] ist die verübte Untreue schlecht bekommen. Nur vier von ihnen kehren in den Bundestag zurück.[21] Die FDP-Bundestagsfraktion konnte sich

18 Der BHE/GB hatte 4,6 % Stimmenanteil errungen. G. A. Ritter/M. Niehuss, 1987, S. 74.
19 Vgl. H. Meyn, 1965, S. 59.
20 Siehe Nr. 19, Anm. 1.
21 Dabei handelte es sich um *Blücher, Euler, Preusker* und Ludwig *Schneider*.

von 36 auf 43 erholen.[22] Sie erreicht beinahe die Stärke der ungeteilten Fraktion von 1953.

43 Abgeordnete, das ist nicht viel. Es ist das zu wenig, um nochmals zu verlieren. Es ist aber nicht zu wenig, um dazu zu gewinnen. Heute sind wir die dritte Partei. Werden wir uns zur „Dritten Kraft" hinaufentwickeln? Nur mit Überlegung, nur mit Bedacht, allerdings mit Mut, Entschlossenheit und Ausdauer. Niemals mit politischem Draufgängertum!

Systematische Politik, nicht leichthin ergriffene Improvisation kann helfen. Nicht von einem Stein zum anderen springen, darf die Methode sein, sondern Terraingewinn Stück für Stück nach festem Plan.

Die „Dritte Kraft" werden wir bestimmt dann nicht, wenn wir uns nicht von dem liberalen Erbübel der Uneinigkeit befreien, von der chronischen Spaltung. Wie soll eine Richtung Anziehungskraft ausüben mit offen zu Tage tretenden Gegensätzlichkeiten? Im Wahlkampf haben wir uns weidlich geärgert über Quantität und Qualität der CDU-Werbung.

Aber erstens: Sie haben damit gewonnen. Und zweitens: Man soll vom Gegner lernen.

Hinter dieser Totalplakatierung der Bundesrepublik, hinter dieser Sintflut von Papier, Worten und Bildern stand eine minutiöse, von langer Hand vorbereitete, sorgfältig durchdachte Planung. Sie klappte. Aus diesem eindrucksvollen Vorgang gilt es, für die FDP die Lehre zu ziehen, diesen Gegner sehr ernst zu nehmen.

Mit ihrer Wahlpropaganda hat die CDU etwas vor uns hingestellt, das ihren unbändigen Willen zur Macht dokumentiert, aber auch ihr Können, das Zusammenarbeiten von vielen in ihren Reihen, ihre Beherrschung der volkspsychologischen Grundregeln. Dagegen kommt niemand bloß mit emotionellen und sensationellen Teilaktionen durch. Wir kommen nur durch ein Gesamtverhalten äußerster Konsequenz durch. Täglich, stündlich muß dies neu geprüft und neu in Angriff genommen werden.

Die Geschlossenheit der Partei hat in diesem kritischen Abschnitt als das oberste Ziel zu gelten. Das muß von jedem einzelnen erkannt, anerkannt und peinlich eingehalten werden.

Der Jammer ist, daß die Liberalen nicht nur Liberale, sondern gleichzeitig Individualisten, verbohrte Individualisten, vielfach sehr selbstgefällige Individualisten sind. Viele Menschen halten sich für liberal, sind es aber nicht. Der Liberale achtet den Nebenmenschen und seine Interessen. Er achtet die Gemeinschaft. So manchem Pseudo-Liberalen begegnen wir. Er vermittelt den Eindruck, als ob er sagen wollte: Ich bin der feine Mann, auf mich kommt es an. Die FDP ist liberal und demokratisch. Den falschen Ausgaben der liberalen Überindividualisten muß der Demokrat in uns gegenübergestellt werden. Das ist der rauhere Geselle. Er sagt: Nicht auf Supraeinzelne kommt es an. Auf die Gemeinschaft kommt es an. Dieser Demokrat hat die Aufgabe, den überzüch-

22 Die Zahl 43 unter Einschluß der beiden Berliner Vertreter.

teten, hochegoistischen Typ vom Postament herunterzuholen. Wohin? In die normal gebliebene Gemeinschaft seiner Parteifreunde, seiner Fraktionskollegen und dito Bundesvorstandsmitglieder.

Die FDP ist in diesem Wahlkampf bewußt in viel höherem Ausmaß als sonst „planerisch" eingestiegen. Zentral wurde überlegt, was zieht und was nicht zieht, wie etwas vorzutragen ist und wie nicht. Für die neue Legislaturperiode brauchen wir ebenso einen Plan, eine Art Oppositionsplan, weniger der Festlegung der FDP-Strategie im Großen, sondern der genauen Prüfung der einzusetzenden taktischen Mittel, auf deren Wirksamkeit: erstens für den Erfolg in der Sache und zweitens für den publizistischen Eindruck.

Offenkundig stehen uns zweierlei Wege für die Führung der Opposition offen, und zwar nebeneinander. Der erste ist entschiedener, entschiedenster Widerspruch gegen Handlungen der Regierung. Dabei wird es auch da und dort zur Opposition gegen die SPD-Opposition kommen. Ja, es muß alles getan werden, um die optische Gleichstellung von FDP und SPD zu verhindern. Die Berichterstattung: „Die Regierung und die CDU/CSU sagen dies, SPD und FDP sagen dies", ist für die Presse sehr bequem. Für uns ist dies ein Schaden. Lieber einmal nicht kommentieren, als dauernd in dieser Gleichung zu erscheinen.

Der zweite Weg der FDP-Opposition ist ein anderer. Er entfernt sich von dem unentwegt fortgesetzten „Nein" und dem „Dagegen". Er öffnet uns den Weg zum „Dafür" und „Wofür". Wohlüberlegte Einzelaktionen aus unseren geistigen Gebieten sollten parlamentarisch in angemessenen Zeitabständen gestartet werden. Nicht viele, aber inhaltlich viel. Dinge, welche nicht überhört werden können. Diesen Katalog sollten Bundesvorstand und Bundestagsfraktion miteinander aufstellen.

Das Nächstwichtige ist eine Art Plan, wie, in welcher Form wir in der Opposition vorgehen. Nicht in erster Linie, wie wir uns in der Sache verhalten, sondern wie wir zweckmäßigerweise verfahren. Die Bundestagsfraktion ist gut beraten, wenn sie ganz allgemein sich der Mitarbeit der ganzen Partei in allen diesen Fragen versichert. Mit wachsendem Verständnis unten wächst die Durchschlagskraft der Partei oben. Mit welchem Mittel haben wir die sichtbar zunehmende, keineswegs aber abgeschlossene Einheitlichkeit der Partei gefördert? Erstens, durch das Berliner Programm.[23] Aber nicht durch das Programm allein, keineswegs! Die Partei wurde durch die Vorarbeit am Berliner Programm zusammengeführt, durch das demokratische Verfahren bei seinem Zustandekommen.[24] Die Parteimitglieder hatten das Gefühl, daß miteinander etwas Gutes geschaffen wurde.

Es war jetzt viel die Rede von Einheitlichkeit, Geschlossenheit, auch von „Planung". Bei letzterem Wort wird es unsereinem sowieso bald schlecht. Wir sind für die Freiheit überall, auch in der FDP. Niemand soll der Mund verbunden werden. Jeder soll zum Wort kommen. Aber innen, unter uns selbst. Im Bera-

23 Siehe Nr. 33, Anm. 15.
24 Siehe Nr. 31 a mit den Anm. 9–14 und Nr. 33 mit Anm. 15.

tungszimmer mag es knallen und krachen. Aber ist die Entscheidung gefallen, so mag der eine oder der andere noch innerlich weiter knurren. Nach außen gilt sie auch für ihn. Jedes andere Verhalten verbietet sich für jeden, der uns zugehört. Wir operieren nicht mit Zwang, aber wir vertrauen auf die freiwillige Einordnung, auch wenn es schwerfällt. Wir denken an keinen Fraktionszwang. Wir appellieren aber an den Verstand aller in der Fraktion.

Hat einer der Alleingänger aus Gewohnheit oder bei Gelegenheit einmal nachgerechnet, was ihm das Aus-der-Reihe-Tanzen in so und so vielen Fällen bei den späteren Wahlen genützt hat? Sicher hat es der Partei geschadet. Wahrscheinlich ihm auch!

Nach Artikel 38 des Grundgesetzes ist ein Abgeordneter an keine Weisungen gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen. Ein schönes Wort. Das Gewissen hört aber schon durch seine unbedingt rechtliche Bindung an das Grundgesetz auf. Und da steht bekanntlich Verschiedenes drin. Wagt jemand zu leugnen, daß ein Bundestagsabgeordneter mit seiner vorausgehenden Aufnahme in die Landesliste der FDP, auch in die Bezirksliste etwa nicht das Parteiprogramm anerkannt hätte?! Moralisch sind wir alle – innerhalb und außerhalb der Fraktion – an das Berliner Programm gebunden. Dieser moralischen Bindung von uns allen miteinander wohnt, wenn nicht ein Übergewicht, so doch ein Schwergewicht bei der Gewissensbindung des einzelnen inne. Das gilt für alle bindenden Beschlüsse der Gesamtpartei in den Spitzenfragen der Politik.

Der Bundestagsfraktion steht ein außergewöhnlicher Rang zu. Er soll nicht geschmälert werden. Er soll ihr nicht weggenommen werden. Die Bundestagsfraktion ist und bleibt aber ein Organ der Partei, ein Organ innerhalb der Partei. Erfreulicherweise hat die FDP in letzter Zeit erhebliche Fortschritte in der Richtung der Entwicklung eines eigenen Willens als Gesamtpartei über die zusammengezählte Summe der Landesverbände hinaus gemacht. Ob wir es beschließen oder es nicht beschließen: Das alles setzt sich im Verhältnis zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion durch.

Warum pocht die Bundestagsfraktion so auf ihr Recht, im Grund genommen auf ein Vorrecht? Die Veteranen der Fraktion sind auf diesem Gebiet führend. Wir haben ja jetzt acht Acht-Ender und 20 Vier-Ender und 23 Neue. Kein Mensch verlangt ein Primat der Bundespartei über die Fraktion. Kategorisch müssen aber gemeinschaftliche, verbindliche Beschlüsse beider Organe in den Spitzenfragen der Politik herbeigeführt werden. Sonst nähren wir Uneinigkeit. Sonst fördern wir den nur allzu bekannten ungünstigen Eindruck nach außen.

Wie gesagt: Ich sprach nur über Teil III der Denkschrift (Organisation der politischen Arbeit). Hierauf bitte ich die Diskussion zu beschränken.

Es handelt sich nicht um die Frage liberal oder national. Das ist entschieden. Es ist mein Wunsch als Bundesvorstand, daß dieser Teil III durch Beschluß der heute versammelten Organe vorläufig in Kraft gesetzt und dann den Landesverbänden unterbreitet und nach deren Votum vom Hauptausschuß endgültig verabschiedet wird. Über Einzelheiten lasse ich mit mir reden. Einigen

Punkten lege ich für die Zukunft der FDP eine so entscheidende Bedeutung bei, daß mir ein Verzicht nicht möglich sein wird.

Bei Durchsicht des Teils III bin ich auf eine Lücke gestoßen: Wer ist legitimiert, für die FDP nach außen verbindliche politische Erklärungen abzugeben? Selbstverständlich derjenige, welcher zu einer Erklärung dieses oder jenes Inhaltes, zu dieser oder jener Angelegenheit beauftragt ist. Liegt ein solcher Aufrag nicht vor, so sollten wir uns auf folgendes einigen:

Es dürfen immer nur zwei miteinander in einer solchen Situation miteinander handeln. Entweder der Bundesvorsitzende zusammen mit dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden oder der Bundesvorsitzende mit einem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden oder ein stellvertretender Bundesvorsitzender mit einem entsprechenden Fraktionsvorsitzenden usw. Wir stehen im politischen Kampf gegen den Typ eines einzigen. Wir bekennen uns dazu, daß es immer besser ist, wenn zwei oder mehr vor einer Äußerung einander gefragt haben müssen.

Dr. BECKER regt an, daß die FDP ihre publizistischen Bemühungen vor allen Dingen auch auf Fachzeitschriften, Verbandsorgane usw. ausdehne, da diese sehr genau gelesen werden.

MARGULIES stellt fest, daß innerhalb der Fraktion weitgehende Einigkeit besteht. Wenn die Fraktion und der Vorstand in der von Dr. *Maier* geforderten Weise zusammenarbeiten, sind gute Ergebnisse zu erwarten. Der Fraktionsvorstand hat keine größeren Rechte, als nur die Arbeit der Fraktion vorzubereiten. An diesem Prinzip muß festgehalten werden. *Margulies* vertrat weiter den Standpunkt, daß im allgemeinen die politischen Fragen von der Fraktion entschieden werden sollten; nur bei hochwichtigen Themen und grundsätzlichen politischen Entscheidungen sollte der Bundesvorstand zugezogen werden.

Dr. DEHLER verwahrt sich gegen die in der Denkschrift unter III, 1 (S. 9) unterstellte Unterscheidung zwischen Direktmandat und Listenmandat.[25] Die Gewissensfreiheit der Abgeordneten darf nicht angetastet werden. Es ist nicht nötig und auch nicht möglich, daß ein Abgeordneter in jedem Fall so abstimmt, wie die Fraktion es vorher bestimmt hat; das rührt an die Wurzel der Demokratie. Die Fraktion ist kein Hilfsorgan der Partei. Die Verantwortung des Abgeordneten nach Art. 38 steht über allen anderen Bestimmungen. Politik können im übrigen nur der Bundesvorstand oder der Hauptausschuß machen.

Dr. MAIER stellt fest, daß sich seit seiner Übernahme des Parteivorsitzes die Partei in keine Fraktionsentscheidungen eingemischt hat.

Dr. DEHLER erinnert daran, daß zu seiner Zeit (als Vorsitzender) der Vorstand nicht immer ein politisches Gremium war, sondern eher eine gedrillte Mann-

25 Der von *Dehler* monierte Satz lautete: „Da mit einer Ausnahme alle Mitglieder der Fraktion über die Landeslisten der Partei in den Bundestag eingerückt sind, besteht für die Bundestagsfraktion die demokratische Verpflichtung, ihre Entscheidungen gemeinsam mit den Gremien der Partei zu treffen."

schaft. Das darf er nicht wieder werden. Es ist für ihn selbstverständlich, daß die Fraktion keine wichtige Entscheidung ohne Anhörung der Parteigremien trifft. Er schlägt vor, die Worte „rechtliche Verpflichtung" aus der Denkschrift als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar zu streichen.

Dr. MAIER schlägt vor, diesen Satz mit wenigen Worten zu ändern, so daß es heißen könnte: (S. 9,1) „. . .sich widersprechende Haltungen einnehmen. Es empfiehlt sich, daß die Fraktion ihre Entscheidungen gemeinsam mit den Gremien der Partei zusammen fällt." Die Partei muß sich dagegen sichern, daß große Differenzen zwischen Fraktion und Vorstand entstehen. Eine theoretische Erörterung sämtlicher Probleme der Fraktion ist nicht notwendig. An einen Fraktionszwang ist nicht gedacht. Es gibt genügend Verfahren, die solche Differenzen abmildern können. Niemand will den Artikel 38 abschaffen. Der einzelne Abgeordnete muß jedoch nach dem Parteiinteresse und -programm entscheiden.

Dr. LEUZE empfiehlt, daß sich beide Gremien einer Integration unterziehen, damit man der Öffentlichkeit gegenüber zu der Geschlossenheit kommt, die für die Partei und ihr Ansehen notwendig ist.

Dr. MAIER schlägt Streichung des umstrittenen Satzes vor.

Dr. ATZENROTH meint, daß die vorgetragenen Differenzen gar nicht so ernstzunehmen seien. Der Abgeordnete hat Rechte und Pflichten, aber die Verantwortung kann ihm nicht abgenommen werden. Er darf selbst bei wichtigen Entschließungen hoher Parteigremien nicht gezwungen werden, sich dieser Entscheidung zu beugen.

Dr. LEUZE ist der Ansicht, daß bei geteilter Meinung die Fraktion sich nicht unbedingt der Meinung der Partei unterordnen muß. Auch wenn innerhalb der Fraktion bei der Mehrheit ihrer Mitglieder eine andere Meinung herrscht, darf und kann man den einzelnen Abgeordneten nicht zur Unterordnung zwingen, denn das würde die persönlichen Rechte des Abgeordneten verletzen. Zu diesem Punkt muß in der Denkschrift eine weichere Formulierung gefunden werden.

RADEMACHER fragt zum Art. 38, ob es in der Vergangenheit immer das Gewissen gewesen ist, wenn sich der Abgeordnete bei Entscheidungen auf Art. 38 berufen hat. Er sieht den Fehler im Text der Denkschrift darin, daß das, was durch Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei erreicht werden muß, zu sehr im Institutionellen verankert ist. *Rademacher* ist der Ansicht, daß in politischen Spitzenfragen Übereinstimmung zwischen Fraktion und Partei bestehen muß.

Als Richtschnur der künftigen Politik dienen das Berliner Programm und das Hamburger Aktionsprogramm.[26] Danach muß auch die Fraktion sich richten. Beides ist unser Parteikatechismus; aber in Ergänzung hierzu muß ein grundsätzliches Oppositionsprogramm geschaffen werden.

---

26 Siehe Nr. 39, Anm. 4.

Jedoch ist es nicht immer möglich, alle Entscheidungen verbindlich festzulegen. Beispiel: Wiedereinführung der Todesstrafe. In diesem Falle würde sich *Rademacher* nie an einen Fraktionszwang gebunden fühlen. Gegenteiliges Beispiel: Abstimmung zum Wehrpflichtgesetz.[27] In diesem Falle darf es nur eine einzige Meinung geben. Wichtig ist, daß der Abgeordnete nicht in rechtliche Konflikte kommt.

Dr. MAIER befürchtet, daß auf diese Weise der alte Schlendrian weitergeht.

Dr. LEUZE ist der Meinung, daß Gegensätze innerhalb der Fraktion nicht dramatisiert werden dürfen. Er bedauert, daß der Wille zur Gemeinsamkeit zusammengeschrumpft ist und daß die Gefahr besteht, daß gewisse grundsätzliche Dinge vergessen werden. Leider vergessen viele Abgeordnete, daß die Partei sie als Kandidaten aufgestellt hat und daß sie als Abgeordnete die Partei repräsentieren. Dr. *Leuze* meint aber, daß das, was in der Denkschrift gefordert wird, gleichbedeutend ist mit der absoluten Unterwerfung der Fraktion unter den Parteivorstand. Notwendig aber ist eine gemeinsame Linie Fraktion/Partei, wenn die Partei die nächsten vier Jahre überstehen will.

Zu III, 1 der Denkschrift meint Dr. *Leuze*, daß die Unterschiede der Wahl, also Direktmandat oder Listenmandat, zwar existieren, daß sie aber für die Arbeit der Fraktion nicht entscheidend sind. Nach seiner Ansicht genügt es, wenn sich die Ansicht von Partei und Fraktion in allen politischen Grundsatzentscheidungen decken. Man muß zur Gemeinsamkeit der Linie und Haltung kommen.

Es muß auch geklärt werden, wer für die Partei zu sprechen hat. Parteivorsitzender und Fraktion müssen für einen geschlossenen Eindruck nach außen hin sorgen. Es hat sich erwiesen, daß die Landesverbände die Entscheidungen der Abgeordneten respektieren, wenn sie aus dem Gewissen heraus erfolgt sind. Man wird sie jedoch nicht respektieren, wenn man das Gefühl hat, daß der Abgeordnete aus Individualismus oder ständischem Sonderinteresse gehandelt hat. Es ist vor allem wichtig, daß jeder einzelne Abgeordnete gegen sein übertriebenes Geltungsbedürfnis ankämpft.

Dr. MAIER schlägt vor, Abs. III, 1 der Denkschrift wie folgt abzuändern: Der Satz „Da mit einer Ausnahme . . ." fällt fort, dafür ist zu setzen: „Die Fraktion soll ihre Entscheidungen in ständiger und enger Abstimmung mit den Gremien der Partei treffen."

III, 1 a[28] ändert sich nach Antrag Dr. *Dehler* in: „Alle politischen Spitzenfragen müssen daher von den Parteiorganen (Bundeshauptausschuß oder Bundes-

27 Zur Haltung der FDP-Fraktion bei der Abstimmung über das Wehrpflichtgesetz siehe Nr. 25 mit den Anm. 2 und 4.

28 Der Text der Vorlage lautete: „Bei allen auftretenden politischen Spitzenfragen kann die Entscheidung nur durch gemeinsamen Beschluß von Parteiorganen (Bundeshauptausschuß bzw. Bundesvorstand) und Bundestagsfraktion getroffen werden. Hieraus ergibt sich, daß eine der ersten Aufgaben des Bundesvorsitzenden der Partei darin bestehen wird, die auf diese Weise zustande gekommenen Entscheidungen und Beschlüsse in der Öffentlichkeit und gegebenenfalls auch im Deutschen Bundestag zu vertreten."

vorstand) und der Bundestagsfraktion gemeinsam beraten werden." Der zweite Satz von a fällt fort.

Zu b: Der zweite Satz entfällt.[29]

Zu c, d, e: bleiben bestehen.[30]

Dr. DEHLER befürwortet den Plan, einen sogenannten Jour fix einzurichten, an dem Mitglieder des Bundestages, also unsere Länderminister, sowie auch Vorstandsmitglieder der Partei teilnehmen.

Dr. MAIER verliest folgenden Antrag:

a) Die in der vorliegenden Denkschrift aufgestellten Richtlinien über die Gestaltung der Zusammenarbeit von Parteigremien und Fraktion, über die Bildung der Arbeitskreise[31], über die gemeinsame Erarbeitung des Aufgabenprogramms der FDP im Dritten Bundestag und über die von der Fraktion vorgeschlagene ständige Verbindung zwischen Bundestagsfraktion und Länderministern, werden mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

b) Die gemeinsamen Arbeitskreise (Partei und Fraktion) werden beauftragt, in möglichst kurzer Frist die Ergebnisse einer erneuten gemeinsamen Sitzung der heute zusammengekommenen Gremien vorzulegen. Den Landesverbänden ist Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Ihre Stellungnahmen sind bei der Schlußberatung in den Arbeitskreisen zu berücksichtigen.

Dr. MENDE gibt zum Thema Arbeitskreise zu bedenken, daß die Bundesausschüsse lt. § 25 der Satzung gebildet sind und arbeiten. Ihre Auflösung bedingt zuvor eine Satzungsänderung. Andernfalls würde mit den Arbeitskreisen eine neue satzungswidrige Funktion geschaffen.

---

29 Punkt b enthielt in der Vorlage nur folgenden einen Satz: „Für die laufende parlamentarische Arbeit, die eine regelmäßige Inanspruchnahme aller Gremien nicht erforderlich macht, sollte diese politische Abstimmung durch eine ständige Verbindung und gemeinsame Aussprache zwischen Fraktionsvorstand und Bundesvorstand bzw. Bundesvorsitzenden erreicht werden."

30 Hier lautete der Text der Vorlage: „c) Um die Abstimmung der parlamentarischen Arbeit in Bund und Ländern zu erleichtern, sollte die Möglichkeit der Mitwirkung der FDP-Landesminister und der Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen in der Bundestagsfraktion gegeben sein. d) Die notwendige Initiative der Bundestagsfraktion sollte durch die Mitarbeit der Referenten der Bundesparteileitung verstärkt werden, wie das schon bisher der Fall war. Die Bundespartei sollte mit ihrer gesamten Organisation auf allen Ebenen und mit ihren publizistischen Möglichkeiten der auf den gemeinsamen Entscheidungen von Partei und Fraktion beruhenden parlamentarischen Arbeit Breitenwirkung und Verständnis verschaffen. e) Eine nicht unwesentliche Förderung der Gemeinschaftsarbeit von Bundespartei und Bundestagsfraktion wird durch eine gleichberechtigte, vertrauens- und verständnisvolle Zusammenarbeit des Personals der Bundesgeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion erreicht. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und der Bundesgeschäftsführer werden unter Mitwirkung des Bundesvorsitzenden hierauf ein Hauptaugenmerk richten."

31 Hierzu hieß es in der Denkschrift u. a.: „Anstelle der zu großen und unbeweglichen Bundesausschüsse sollten kleinere, fachlich qualifiziert besetzte Arbeitskreise für die einzelnen Fragenkomplexe ständig oder ad hoc zusammentreten." Sowohl Parteiorganisation als auch Fraktion sollten eigene Arbeitskreise einrichten, deren Zusammenarbeit durch die Mitwirkung der Referenten der Bundesparteileitung in allen Arbeitskreisen und durch personelle Verzahnung der Mitglieder gewährleistet werden sollte.

Dr. MAIER stellt dazu fest, daß bis zum nächsten Bundesparteitag die alte Satzung in Kraft und die Fachausschüsse bestehen bleiben.

RUBIN befürchtet, daß dieser Weg zu kompliziert ist.

Dr. LEVERENZ schlägt vor, auf Seite 9 der Denkschrift die Absätze b und a zu vertauschen, was Dr. MAIER für nicht wichtig hält. Zur Klarstellung verliest Dr. *Maier* noch einmal den Antrag a und b.

DÖRING empfiehlt zum Thema Arbeitskreise, daß Bundesvorstand und Fraktion die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Fachausschüsse weiter pflegen. Qualität der Arbeit und der Köpfe ist in diesen Gremien erforderlich (siehe Protokoll der Sitzung vom 28. 10. 1957[32]).

Zur Vermeidung von Doppelarbeit, Mißverständnissen und Überschneidungen muß der Bundesvorstand die geplante Neuregelung sehr kritisch prüfen. Es müssen zunächst die institutionellen Voraussetzungen zur Schaffung der Willensbildung gefunden werden. Diese Gremien müssen dann so oft wie möglich tagen.

Nach Schaffung der Institutionen muß überlegt werden, wie sie wirklich wirksam werden. Aus den bösen Erfahrungen der Vergangenheit müssen die Lehren gezogen werden. Die neue Zusammenarbeit muß ohne Skepsis begonnen werden. Die Grundhaltung der Fraktion in Fragen der Zusammenarbeit muß anders werden. Der gute Wille ist vorhanden.

Dr. NOWACK befürwortet besonders die Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Länderministern, also Bundestag und Bundesrat. Die bisherige Zusammenarbeit war beziehungslos; ein sogenannter Jour fix genügt dafür nicht. Eine fruchtbare Verbindung kommt aus enger Zusammenarbeit.

Die Fraktion solle bedenken, daß die Fachminister der Länder in der Lage sind, der Fraktion mehr als jede andere Stelle Material und Unterlagen zu bestimmten Komplexen durch ihre Ministerien zu beschaffen. Die alte Fraktion hat von dieser Möglichkeit leider keinen Gebrauch gemacht.

Dr. MENDE erinnert daran, daß 1950 der Beschluß gefaßt wurde, die FDP-Länderminister zu den Fraktionssitzungen einzuladen. Das wurde zuerst auch durchgeführt, schlief aber später wieder ein. Die neue Fraktion sollte den Ministern den Zeitplan zuschicken, denn der gute Wille zur Zusammenarbeit scheitert oft am Zeitmangel.

Dr. MAIER schlägt vor, diese Frage bei der nächsten Vorstandssitzung zu erörtern. Dr. *Maier* empfiehlt, den Bundesratsmitgliedern zu den Fraktionssitzungen Zutritt zu geben und ihnen dort beratende Stimme einzuräumen. Bei wichtigen Dingen sollen ad hoc-Einladungen an die Länderminister erfolgen. Wichtige Entscheidungen sind u. U. nicht an einem Jour fix abzuwickeln.

Nachdem zum Thema Arbeitskreise Grundsätzliches beschlossen worden ist, meint Dr. *Maier,* daß man das Weitere der Praxis überlassen solle.

---

32 Nicht ermittelt.

EILERS schlägt vor, ein aus drei Herren bestehendes Redaktionskollegium zu bilden, das bis zum nächsten Tag konkrete Vorschläge über die Bildung der Arbeitskreise vorlegt. Der Vorschlag findet keine Zustimmung.

Dr. ACHENBACH fragt zu Punkt III, ob denn nun die Ausschüsse abgeschafft und dafür Arbeitskreise gebildet werden. Wenn die Partei mit den bisherigen Fachausschüssen nicht einverstanden ist oder umgekehrt, werden dann in diese Arbeitskreise neue Leute auch von außen her delegiert?

SANDER empfiehlt, neben den geplanten Arbeitskreisen die Fachausschüsse beizubehalten, weil bei Auflösung der Fachausschüsse die Verbindung nach unten abreißt. Bundesarbeitskreise müssen sich zusammensetzen aus Fraktionsmitgliedern, Vorstandsmitgliedern und Fachleuten aus den Ländern, Kreisen usw.

Dr. MAIER fragt danach, ob nun die Arbeitskreise der Fraktion allein arbeiten sollen oder ob Mitglieder des Bundesvorstandes beigezogen werden sollen.

Dr. DEHLER zitiert § 25 der Parteisatzung zu diesem Thema. Er befürwortet Arbeitskreise, meint aber, daß die Fachausschüsse nicht aufgehoben werden dürfen. Zu Ziffer 3, dem letzten Satz, der Denkschrift bringt Dr. *Dehler* einen zweiten Antrag ein; der Satz soll heißen: „Die Fachausschüsse gemäß § 25 bleiben bestehen."

Dr. MAIER verliest den zweiten Antrag Dr. *Dehlers.*

RADEMACHER empfiehlt folgenden Zusatz: „Sie haben zu ihren Arbeiten die betreffenden Fraktionsmitglieder oder Experten und die Länderminister des betreffenden Ressorts einzuladen."

Dr. MAIER stellt fest, daß der Antrag Dr. *Dehler* sowie der Zusatz *Rademachers* angenommen sind.

2. November 1957:

1. Referat Dr. *Mende.*[33]
2. Dr. *Haas:* Erläuterungen zur bayerischen Regierungsbildung.[34]

---

33 *Mende* sprach über das Thema: „Grundsätze der FDP in der Opposition". Ein Manuskript der Ausführungen ist den Bundesvorstandsmitgliedern zwar angekündigt, offensichtlich aber nicht zugesandt worden. Hinweise auf den Inhalt der Ausführungen ergeben sich aus handschriftlichen Notizen, die *Haußmann* während des Vortrages anfertigte. Aus diesen zum Teil unleserlichen und auch inhaltlich nicht immer verständlichen Stichpunkten ergibt sich, daß *Mende* zunächst in Absetzung von der „absoluten Opposition" der SPD für eine „relative Opposition aus der Sache" der FDP plädierte. Für die Durchführung der FDP-Politik mahnte *Mende* eine „Verzahnung der Verantwortung" zwischen den einzelnen Parteigremien an, die aber nur gelingen könne unter der Voraussetzung der „Kollegialität [und] Solidarität auch im Menschlichen". Es folgten längere Ausführungen zur Deutschlandpolitik, in denen das Ziel der Wiedervereinigung als die zentrale Frage genannt und an der Politik der Bundesregierung grundsätzliche Kritik geübt wurde (Das „Bonner Provisorium [werde] zu einem Definitivum"). Als oberstes Ziel der innenpolitischen Arbeit gab *Mende* die Erhaltung des Rechtsstaates an („Rechtsstaat verteidigen – Aushöhlung verhindern") und ging abschließend noch auf einige Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ein. HStASt , Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann).

34 Durch den Austritt der Bayernpartei aus der sog. Viererkoalition unter Ministerpräsident *Hoegner* (SPD) am 7. 10. 1957 und dem am Tag darauf folgenden Rücktritt des Ministerpräsi-

3. *Rademacher* zur politischen Lage in Hamburg.[35]

[AUSSPRACHE: SCHWERPUNKT ZUSAMMENSCHLUSS VON PARTEIEN]

Dr. MAIER stellt fest, daß das Referat Dr. *Mende* als Grundlage für die künftige Parteiarbeit anzusehen ist. Bei der nächsten gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Parteivorstand werden entsprechende Anträge vorgelegt werden. Das Referat *Mende* wird heute nicht mehr diskutiert werden.

SCHWANN fragt, wie weit der Inhalt des *Mende*-Referates in der Stellungnahme der Freien Demokraten zur Regierungserklärung berücksichtigt werden wird.

Dr. MAIER sagt, daß diese Dinge in der Fraktion sehr in den Vordergrund gestellt worden sind. Natürlich wird Dr. *Becker* die Themen temperamentsmäßig anders behandeln als Dr. *Mende*, aber *Becker* wird im wesentlichen das eben Gehörte behandeln.[36]

Dr. KOHUT meint, daß es für die Partei einfacher wäre, wenn die Wahlen in NRW am Ende aller Wahlen ständen, denn die Ergebnisse in NRW werden die aller anderen Länder überschatten. Die seinerzeitige Regierungsumbildung in Düsseldorf hat den Hessen einen schweren Schlag versetzt. Die Wahlkampftaktik in NRW wird auch Hessens Wahlkampf beeinflussen.

Hessens Wahlkampf wird gegen die SPD gerichtet sein. Das ist mit Erfolg nur möglich, wenn die politischen Voraussetzungen dazu bereits in NRW geschaffen werden. In Hessen müssen BHE und DP so weit wie möglich dezimiert werden. Das ist möglich, wenn die Entscheidung in NRW die taktische Situation der hessischen FDP wirklich weitgehend berücksichtigt.

Dr. HAAS schlägt die baldige Einberufung einer Bundesvorstandssitzung vor, die sich mit dem Verhalten der FDP gegenüber dem BHE befaßt. Das Bundestagswahlergebnis zwingt zu der Schlußfolgerung, daß eine größere Zusammenfassung notwendig, für Bayern sogar lebenswichtig ist. Bayern hat im Wahlgesetz leider eine 10 %-Klausel. Es müssen also in einem der sieben Bezirke 10 % der Stimmen für uns abgegeben werden, damit die FDP nicht durchfällt. Wenn der Bundesvorstand nicht mit ensprechenden Beschlüssen hilft, steht eine sehr schwierige Situation bevor. Es müssen dem BHE gegenüber bessere Ausgangspositionen geschaffen werden, indem beide Bundesvorstände gemeinsam verhandeln, auch wenn wir Freien Demokraten den BHE nicht gerade lieben. Die Gefahr der Majorisierung durch den BHE ist gegeben. Verhandlungen können diese Gefahr abmildern, denn auf Bundesebene sind die

---

denten war eine Neubildung der Landesregierung erforderlich geworden. Nach der Wahl von Hanns *Seidel* (CSU) zum Ministerpräsidenten am 16. 10. 1957 bildeten CSU, GB/BHE und FDP eine neue Landesregierung. Siehe E. DEUERLEIN/W. D. GRUNER, 1974, S. 634 f. Die Erläuterungen von *Haas* sind nicht überliefert.

35 Hierbei handelte es sich wohl um Mitteilungen über den Wahlkampf (Wahltermin in Hamburg war der 10. 11. 1957). Zum Wahlergebnis und den anschließenden Koalitionsverhandlungen siehe Nr. 46, TOP „Koalitionsverhandlungen in Hamburg".

36 Rede *Beckers* im Bundestag am 5. 11. 1957 in der Aussprache zur Regierungserklärung *Adenauers* vom 29. 10. 1957, BT STEN. BER., Bd. 39, S. 55 B–66 D.

Freien Demokraten die einzig „Überlebenden". Wir dürfen nicht inaktiv bleiben und müssen die größere Zusammenfassung anstreben. Das ist jedoch nicht so möglich, wie man sich das in NRW vorstellt, nämlich indem man dem BHE einige Plätze auf der Landesliste zur Verfügung stellt.

Dr. NOWACK empfiehlt dringend eine Diskussion über das *Mende*-Referat, da es die Grundlage für die sehr komplizierte Oppositionsarbeit ist.

Die Herabsetzung der Haushaltsausgaben wurde bereits im Wahlkampf diskutiert. Dringend erforderlich ist eine Diskussion des Themas „Bundesverteidigungspflicht". Der Bundesvorstand sollte sehr ausführlich darüber informiert werden, was geplant ist, was gespielt wird und wie das finanziell zu verkraften ist. Die finanzielle Seite der Wehrfrage ist sehr schwierig: Wenn wir nämlich soziale Verbesserungen anstreben, können wir dann einem hohen Wehrhaushalt zustimmen? In der Verwaltung muß über die 45-Stunden-Woche entschieden werden. Wie steht die Partei zu diesen Dingen? Das sind Fragen, deren Entscheidung auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Politik beeinflußt.

Zur Frage der kleinen Parteien neben uns: Wir müssen es vermeiden, uns auf kleinliche Geschäftemacherei einzustellen. Geistiger Schwung ist notwendig, und wir dürfen uns nicht verzetteln. Die Vertriebenenorganisationen sind mehr denn je in das Fahrwasser der CDU geraten. Der deutschen Öffentlichkeit muß klargemacht werden, worum es geht und daß es drei Parteien im Deutschen Bundestag gibt.

Dr. HAUSSMANN bittet *Döring* dringend, genau zu bedenken, daß mit der Entscheidung über die Wahlkampfpolitik in NRW eine bundespolitische Entscheidung fällt. Für die Landtagswahlen müssen zahlreiche prominente FDP-Redner eingesetzt werden. Dazu ist eine rechtzeitige Terminabstimmung notwendig.

Dr. MAIER versteht die Bedenken von Dr. *Haas* zum Problem BHE, meint aber, daß es außerordentlich schwer ist, auf Bundesebene zur Vereinigung oder zu gemeinsamen Beschlüssen mit dem BHE zu kommen. Wir dürfen nicht den Fehler machen, von Partei zu Partei zu verhandeln, denn dadurch wird der BHE auf Bundesebene wieder zum Leben erweckt. Deshalb ist bei allen solchen Gesprächen Vorsicht geboten. Man kann z. B. einen *Feller* zur FDP herüberziehen, man könnte aber einen Linus *Kather* nicht gebrauchen. Es kann also aus solchen Verhandlungen auf Bundesebene nicht allzu viel herausspringen.

VON KÜHLMANN stellt fest, daß Hessen auf eine schwarz-rote Koalition hinsteuert. Die Entwicklung ist kaum aufzuhalten.

Dr. HAAS betont die Notwendigkeit, ab sofort zu verhindern, daß weitere Wähler in das Lager der CDU übergehen. Die BHE-Wähler haben eine betonte Kohärenz bewiesen, und diese wird sich in den nächsten Jahren kaum ändern. Wir müssen versuchen, zu größeren Zusammenfassungen zu kommen. Eine baldige Vorstandssitzung sollte auch dieses Thema hinreichend erörtern.

Dr. MAIER bestätigt, daß das Thema „Zusammenschluß von Parteien" auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung gesetzt wird.[37]

HEDERGOTT erläutert die Situation in Niedersachsen: Nach dem 15. September ist man dort ausgegangen von der Überlegung, daß die FDP von den BHE-Wählern nur die bekommen kann, die wirklich zu uns gehören, also keine Katholiken und keine solchen, die zur SPD tendieren. Es sind für uns besonders diejenigen BHEler geeignet, die bisher dem Sog zur Blockbildung CDU-SPD widerstanden haben. Wir müssen darauf achten, daß in Niedersachsen der BHE nicht von CDU oder SPD geschluckt wird. Der BHE ist auf Bundesebene heimatlos geworden; wir sollten ihn nicht durch Verhandlungen auf Bundesebene wieder aktionsfähig machen. Wir können kein Interesse daran haben, ihn so stark zu machen, daß die Assimilation im politischen Raum aufgeschoben oder gar aufgehoben wird.

Der BHE ist gut durchorganisiert. Auf der politischen Ebene sind in Niedersachsen viele Gespräche geführt worden. In der Fraktion wurde sofort gehandelt. Die niedersächsische FDP hat mit der Fraktionsvereinigung die Weiche gestellt[38]; es sind Anweisungen gegeben worden, daß das Gleiche auf Stadtrats- und Kreistagsebene geschieht. Allgemeine Marschrichtung in Niedersachsen also auf die FDP hin.

Die DRP wollte sich dieser Fraktionsgemeinschaft anschließen, was die FDP mit Erfolg verhindern konnte. Sie hat den BHE davon überzeugt, daß man die DRP nicht künstlich am Leben erhalten sollte, daß man aber über die Aufnahme einzelner DRP-Mitglieder in Verhandlung stehe.[39]

Allgemein ist zu sagen: Die Tendenz des niedersächsischen BHE läuft auf die FDP zu. Niedersachsen bittet, dazu beizutragen, daß durch Verhandlungen auf Bundesebene keine Störungen entstehen. Verhandlungen sollten nicht abgelehnt werden, aber es dürften keine Entschlüsse gefaßt werden. Sachliche Zusammenarbeit ist notwendig mit dem Ziel, daß der BHE eines Tages gar nicht mehr anders kann, als der FDP zu folgen.

Dr. MAIER stellt fest, daß der Landesverband Bayern, in dem ein starkes Übergewicht des BHE vorhanden ist, eine Taktik wünscht, die nicht mit der Vorstellung der Bundespartei übereinstimmt. Dr. *Maier* bittet, diese Gedankengänge absolut diskret zu behandeln.

SCHWANN warnt vor schematischen Additionen von Parteispitzen. Das würde uns die nicht erwünschten Spitzenkräfte der anderen Parteien einbringen, aber nicht die Wählerstimmen. Notwendig ist eine glasklare, freidemokratische Politik.

---

37 Siehe Nr. 46, TOP 1 „Bildung der Dritten Kraft".

38 Am 28. 9. 1957 hatten FDP und BHE im niedersächsischen Landtag eine gemeinsame Fraktion gebildet. H. BEYER/K. MÜLLER, 1988, S. 608.

39 Bereits am 5. 11. 1957 nahm die Gemeinschaftsfraktion FDP/BHE die sechs DRP-Abgeordneten als Hospitanten auf. Ebd., S. 609.

[VERSCHIEDENES]

Dr. LÜDERS schlägt vor, solche ehemaligen Fraktionsmitglieder, die durch den Wahlausgang nicht wieder in den Bundestag gekommen sind, aber vorher sehr intensiv mitgearbeitet haben, zu Tagungen wie der heutigen und ähnlichen hinzuzuziehen. Die Erfahrungen der anderen müssen genutzt werden. Die Fraktion täte gut daran, sich dieser Freunde auch zukünftig zu bedienen.

Dr. DEHLER erinnert daran, daß das Problem der Aufwertung der D-Mark die Kernfrage der Wirtschaftspolitik der nächsten Monate ist, also darüber diskutiert werden muß.

Dr. MAIER hält es für notwendig, die Regierung darauf hinzuweisen, daß hier eine Entscheidung fällig ist.

Dr. MENDE registriert das Thema D-Mark-Aufwertung als Thema für die nächste Fraktionssitzung.

DÖRING gibt einen Überblick über die Problematik der zukünftigen Politik hinsichtlich der Wahlen in den Ländern.[40]

46.

30. 11. 1957: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Bundestagsfraktion und der Landesgeschäftsführer

ADL, Ordner-Nr. 105. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 30. November 1957 in Frankfurt/Main, Restaurant Schultheiss." Vorsitz: Maier. 10.30 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Borttscheller, Daub, Dehler, Döring, Engelhard, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, [Hedergott], Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Letz, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, [Menke], Mischnick, [Heinz Müller], [Niebel], Nowack, Reichardt, Rubin, Schwann, Schwertner, Will.

---

40 Unterlage der Ausführungen *Dörings* in der Anlage zum Protokoll. *Döring* schilderte die Situation in den Ländern, in denen Wahlen anstanden, wobei er den Schwerpunkt auf Nordrhein-Westfalen legte. Außerdem ging er auf das Problem von Gesprächen mit den „kleineren Parteien" ein. *Döring* faßte seine Ausführungen in folgendem Resümee zusammen: „1. Die Landtagswahlkämpfe werden voraussichtlich in den Ländern nach unterschiedlichen Gesichtspunkten geführt werden müssen. Der Bundesvorstand muß mit den in Frage kommenden Landesverbänden das jeweilige politische Ziel des anstehenden Landeswahlkampfes besprechen. 2. Es muß kurzfristig darüber entschieden werden, ob die FDP bereit ist, Mitglieder des BHE, der DP und der DRP auf Landeslisten zuzulassen, und unter welchen Voraussetzungen das geschehen könnte. 3. Es muß geklärt werden, was in den Ländern geschieht für den Fall, daß die CDU in etwa zwei Jahren erneut ein Grabenwahlgesetz im Bundestag einbringt. Für diesen Fall sollte bereits heute eine Art ‚Alarmplan' geschaffen werden, damit unter Kalkulation aller verfassungsrechtlichen, zeitbedingten Probleme eine Gegenwehr über die Länder überhaupt noch möglich ist."

Der Vorstand begrüßt die Mitglieder der Bundestagsfraktion, die zu dieser Sitzung eingeladen worden sind, ferner die Landesgeschäftsführer, die am Vortage in Frankfurt eine Tagung hatten. Dr. Reinhold MAIER bittet den Vorstand, der Teilnahme des Vorsitzenden des Liberalen Studentenbundes Deutschland, Albrecht *Menke,* und des Vorsitzenden der niedersächsischen FDP-Fraktion, Heinz *Müller,* zuzustimmen. Der Vorstand ist damit einverstanden.

Zu TOP 1: BILDUNG DER „DRITTEN KRAFT"

beantragt SCHWANN zur Geschäftsordnung, zunächst zu der bevorstehenden NATO-Tagung in Paris[1] Stellung zu nehmen, da unsere Haltung gegenüber den dort anstehenden außenpolitischen Problemen für das Schicksal der „Dritten Kraft" bestimmend sein werde. Der Antrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Dr. BORTTSCHELLER beantragt darauf, man solle zunächst die Verhältnisse in Niedersachsen behandeln. Dies wird abgelehnt, nachdem der Vorsitzende erklärt hat, daß die Herren *Graaff* und *Hedergott* infolge Ausfalls eines Flugzeuges noch nicht anwesend wären, jedoch am Mittag eintreffen würden. Gegen die Stimme Dr. *Borttschellers* wird beschlossen, die Behandlung der niedersächsischen Frage bis zum Eintreffen der Genannten zu verschieben.

Dr. Reinhold MAIER berichtet sodann, was bisher von seiten des Bundesvorstandes geschehen ist. Er erinnert an die Beschlüsse, die in der Vorstandssitzung vom 19. September[2] und in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 28. September[3] gefaßt worden sind und umreißt kurz das Ergebnis der Sitzungen vom 1. und 2. November[4]: Wir bleiben dabei, daß

1. keine Addierung von Gruppen angestrebt werden soll und daß
2. diejenigen, die mit uns Verbindung aufnehmen, die freiheitliche und demokratische Ordnung des Grundgesetzes anerkennen und bereit sein müssen, es in der politischen Praxis anzuwenden.

Über die Stellung zum BHE gebe es in Bayern andere Auffassungen als in anderen Ländern. Darüber müsse heute gesprochen werden.

---

1 Tagung des Nordatlantikrates auf der Ebene der Regierungschefs vom 16.–19. 12. 1957, AdG 1957, S. 6800 A.

2 Siehe Nr. 44, TOP „Politische Aussprache. Konsequenzen für die Partei aufgrund des Wahlergebnisses".

3 In dieser Sitzung hatte der geschäftsführende Vorstand den Zusammenschluß von FDP und BHE zu einer gemeinsamen Fraktion im niedersächsischen Landtag gebilligt. Außerdem war er auf Gerüchte eingegangen, die einen angeblich bevorstehenden Übertritt von FDP-Bundestagsabgeordneten zur DP kolportierten. *Maier* hatte diese Debatte mit den Worten abgeschlossen: „Wenn Angebote [zum Parteienzusammenschluß] kommen, müssen sie gemeinsam abgewehrt werden. Es ist die Tragödie der FDP, daß immer wieder Erklärungen von nicht genügend legitimierten Persönlichkeiten abgegeben werden. Er werde in der anschließenden Pressekonferenz energisch den lügenhaften Behauptungen bezüglich des drohenden Austritts von FDP-Abgeordneten entgegentreten." ADL, Ordner-Nr. 83.

4 Siehe Nr. 45.

Dr. DEHLER meint, es handelt sich in erster Linie um die Frage, wie wir eine ausstrahlende Kraft sein können. Dr. Reinhold MAIER entgegnet, es handele sich nicht darum, heute ein brillantes Aktionsprogramm aufzustellen; diese Programme besäßen wir bereits. Wir müßten uns über praktische Dinge unterhalten. Daraufhin berichtet Dr. HAAS über die Verhältnisse in Bayern, insbesondere die Stellung der Bayernpartei[5] und des BHE.[6] Er schließt mit dem Wunsche, daß Gespräche mit dem BHE auch zentral geführt werden sollten. Demgegenüber vertreten ENGELHARD und andere Vorstandsmitglieder den Standpunkt, es solle nur auf Landes-, vielleicht sogar auf Kreisebene mit dem BHE verhandelt werden.

Frau Dr. ILK schildert die Sonderlage Bayerns. Dr. HAAS wünscht, daß der Bundesvorsitzende eine „Vorfühlung" mit *von Kessel* und anderen BHE-Führern unternehmen solle. Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß Verhandlungen, die der stellvertretende Vorsitzende des BHE, *Feller,* mit ihm aufnahm, vom Bundesvorstand des BHE desavouiert worden seien, und daß der baden-württembergische Vorsitzende, *Fiedler,* ihn gemahnt habe, nicht zuviel zu tun. Bedenken gegen zentrale Verhandlungen beständen auch mit Rücksicht auf Bayern.

Mit 10:6 Stimmen wird Schluß der Debatte beschlossen. Der Antrag Dr. HAAS, auf Bundesebene Fühlung zwischen FDP und BHE zu nehmen und bei positivem Ergebnis dieser Fühlungnahme Verhandlungen zu führen, wird mit 12:2 Stimmen abgelehnt.

RUBIN stellt den Antrag:

1. Verhandlungen mit anderen Parteien, insbesondere dem BHE, nur unverbindlich und auf Landes- und Kreisebene zu führen;
2. über den Fortschritt von Verhandlungen auf Landesebene den Bundesparteivorsitzenden und seine Stellvertreter stets auf dem Laufenden zu halten;
3. die Bundesgeschäftsstelle zu beauftragen, andere interessierte Landesverbände von diesen Verhandlungen stets zu unterrichten;
4. die Landesverbände aufzufordern, bei diesen Verhandlungen den Rat des Bundesvorsitzenden in Zweifelsfällen in Anspruch zu nehmen;
5. vor endgültigen Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen die Genehmigung des Bundesvorstandes herbeizuführen.

Dr. NOWACK fügt folgenden Punkt 6 hinzu:

---

5 Anfang November 1957 war bekannt geworden, daß Ende Oktober 28 BP-Funktionäre mit der Begründung zur FDP gegangen waren, „in Bayern müßten alle zwischen den Sozialdemokraten und der CSU stehenden Parteien und Wählergruppen zu einer künftigen ‚Demokratischen Volkspartei' zusammengeführt werden, weil anders der kommende Landtagswahlkampf nicht mehr erfolgreich geführt werden könne". Alf MINTZEL, Die Bayernpartei, in: R. STÖSS (Hrsg.), 1983, S. 479 f.

6 In Bayern gab es Bestrebungen in der Führung des BHE-Landesverbandes, aus allen „nationalen Kräften" – gedacht war an den BHE, die FDP, die DRP und Teile der DP – eine „National-Demokratische Volkspartei" zu gründen. F. NEUMANN, 1968, S. 221.

6. Auf Wunsch eines Landesverbandes kann der Bundesvorsitzende Hilfsstellung leisten, damit Gespräche auf Landesebene zustande kommen.

Der Antrag wird in allen sechs Punkten mit 14 Stimmen ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Gleichzeitig wird die folgende Verlautbarung, die der Bundesvorsitzende und seine drei Stellvertreter am 12. November erlassen haben, einstimmig gutgeheißen und bestätigt:

„Die Freie Demokratische Partei, die als unabhängige Kraft aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist, beweist eine zunehmende Anziehungskraft auf einzelne politische Gruppen und Persönlichkeiten. Sie ist heute in der Lage, ihre Tore allen freiheitlich gesinnten Menschen zu öffnen, die mit ihr auf der Grundlage ihres Programms zusammenarbeiten wollen. Die FDP kann jedoch im Zuge der Entwicklung der Ausbildung einer „Dritten Kraft" in der Bundesrepublik nur mit solchen Gruppen und Persönlichkeiten Verbindung aufnehmen, welche die freiheitliche und demokratische Ordnung unseres Grundgesetzes voll anerkennen und in der Praxis anzuwenden bereit sind."[7]

[KOALITIONSVERHANDLUNGEN IN HAMBURG UND BAYERN]

Der Vorstand beschließt, nunmehr einen Bericht von Bürgermeister *Engelhard* über die Koalitionsverhandlungen in Hamburg entgegenzunehmen.

ENGELHARD gibt einen Überblick über die Hamburger Wahlen[8] und weist darauf hin, daß das Ergebnis negativ beeinflußt worden sei

a) durch die lange Zugehörigkeit der FDP zum Hamburger-Block[9], der den Wählern als Filiale der CDU erschienen sei;
b) durch die Ereignisse in Niedersachsen.[10]

Es gab nur einen Monat lang die Möglichkeit, in Hamburg für die FDP propagandistisch zu wirken. Erst jetzt seien wir Herr unserer Entscheidungen. *Engelhard* glaubt, daß mit der SPD eine faire Zusammenarbeit im Senat möglich sein werde.[11] Würden wir die Beteiligung am Senat ablehnen, so würde die SPD an die CDU herantreten, und wir hätten dann Opposition ohne Resonanz zu betreiben. In Erwägung dieser Verhältnisse seien im Landesausschuß der FDP bei 228 Mitgliedern nur 17 Stimmen gegen die Koalition mit der SPD abgegeben worden. Die Koalitionsabrede halte uns den Rücken frei.

---

7 Veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 89 vom 3. 12. 1957.

8 In den Wahlen am 10. 11. 1957 hatte die SPD 53,9 % der Stimmen (69 Mandate) errungen, die CDU 32,2 % (41 Mandate) und die FDP 8,6 % (10 Mandate). Alle anderen Parteien waren an der Sperrklausel gescheitert. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 139.

9 1957 war die FDP in den Bürgerschaftswahlen in Hamburg erstmals selbständig angetreten. 1949 hatte sie zusammen mit der CDU und der Deutschkonservativen Partei den Vaterstädtischen Bund gebildet, 1953 zusammen mit der CDU und der DP den Hamburg-Block. Ebd.

10 Siehe unten TOP 4 „Vorgänge im niedersächsischen Landtag".

11 Am 4. 12. 1957 wurde in Hamburg ein Senat aus SPD und FDP gebildet, in dem Max *Brauer* (SPD) als 1. Bürgermeister und *Engelhard* als 2. Bürgermeister fungierten. A. C. STORBECK, 1970, S. 191.

Dr. Reinhold MAIER betont, daß die Führung der Hamburger FDP ein Muster dafür aufgestellt habe, wie ein Landesverband sich bei Koalitionsverhandlungen verhalten müsse. Die Satzungsvoraussetzungen wurden voll erfüllt. Auch der Landesverbandsvorsitzende von Bayern, Dr. *Haas,* hielt die Bundesparteileitung über die Koalitionsverhandlungen[12] auf dem Laufenden. Er sprach stets mit den erreichbaren Herren.

Der Vorstand erhebt gegen den Abschluß der Koalition in Hamburg keinen Widerspruch und hat auch keine Bedenken gegen die Haltung der bayerischen Parteifreunde in der Koalitionsfrage.

TOP 2: AUSFÜHRUNG DER FRANKFURTER BESCHLÜSSE[13]

STEPHAN berichtet über die Bildung von fünf Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion, die sich am 28. November konstituiert hätten. Es sei erwünscht, daß die Vorstandsmitglieder bei allen den Fragen, die nicht reine Routinearbeit der Fraktion beträfen, mitarbeiten. Er legt einen unverbindlichen Entwurf vor, wie die nicht der Bundestagsfraktion angehörenden Vorstandsmitglieder sich auf die Arbeitskreise verteilen könnten. Dieser Entwurf wird in einzelnen Punkten auf Wunsch der Vorstandsmitglieder geändert und sieht danach folgende Verteilung vor:

Außenpolitik: Dr. Bernhard *Leverenz,* Hans-Günther *Hoppe,* Dr. Albrecht *Haas;*

Wirtschaftspolitik: Hans-Wolfgang *Rubin,* Edgar *Engelhard,* Dr. Georg *Borttscheller,* Willi *Weyer,* Dr. Wilhelm *Nowack;*

Sozialpolitik: Frau Dr. Herta *Ilk,* Dr. Eduard *Leuze;*

Innenpolitik: Dr. Wolfgang *Haußmann,* Otto *Bezold,* Günther *Reichardt,* Gerhard *Daub;*

Agrarpolitik: Hermann *Schwann.*

Die Arbeitskreise haben sich wie folgt konstituiert:

Arbeitskreis I: Außenpolitik und Verteidigung: Vorsitzender: Dr. Thomas *Dehler,* stellv. Vors.: Dr. Max *Becker,* Geschäftsführer: Karl-Hermann *Flach,* Reinhold *Schulze,* Herbert *Stender;*

Arbeitskreis II: Wirtschaftspolitik: Vorsitzender: Dr. Karl *Atzenroth,* stellv. Vors.: Adolf *Mauk,* Geschäftsführer: Dr. Walter *Bökel;*

Arbeitskreis III: Sozialpolitik: Vorsitzender: Frau Lotte *Friese-Korn;* stellv. Vors.: Wolfgang *Mischnick,* Geschäftsführer: Helmuth *Jaekel;*

Arbeitskreis IV: Innenpolitik: Vorsitzender: Dr. Wolfgang *Stammberger;* stellv. Vors.: Walther *Kühn,* Geschäftsführer: Fritz *Pittelkow,* Dr. Klaus *Scholder;*

Arbeitskreis V: Agrarpolitik: Vorsitzender: Adolf *Mauk;* stellv. Vors.: Fritz *Glahn,* Geschäftsführer: Dr. Fritz *Keim.*

---

12 Siehe Nr. 45 mit Anm. 34.

13 Siehe ebd., TOP „Zusammenarbeit zwischen Bundespartei und Bundestagsfraktion".

STEPHAN weist darauf hin, daß die Absicht besteht, die Arbeitskreise durch Parteifreunde zu ergänzen, die über besondere Sachkenntnis auf den verschiedenen Gebieten verfügen. Er teilt in diesem Zusammenhang mit, daß zur ersten Sitzung des Arbeitskreises II: Wirtschaftspolitik bereits Dr. Franz *Reuter*, Frankfurt, und Dr. Carl *Zimmerer*, Düsseldorf, eingeladen worden seien und an den Beratungen teilgenommen hätten. Ein ähnliches Verfahren werde auch für alle anderen Arbeitskreise empfohlen.

NIEBEL empfiehlt insbesondere die Heranziehung derjenigen Bundestagsabgeordneten, die der neuen Fraktion nicht mehr angehören, z. B. des Herrn *Jentzsch* im Arbeitskreis III: Sozialpolitik.

Dr. HAAS weist auf Herrn *Letz* hin, der gleichfalls im Arbeitskreis III: Sozialpolitik mitwirken sollte und dazu bereit sei.

Dr. Reinhold MAIER erklärt es auf Antrag für erwünscht, daß als Sachverständige auch Persönlichkeiten zu den Sitzungen der Arbeitskreise geladen würden, die nicht der Partei angehören.

Dr. NOWACK widerspricht entschieden dieser Anregung.

Dr. Reinhold MAIER weist demgegenüber darauf hin, daß Professor *Müller-Armack* z. B. zur Frage des Gemeinsamen Marktes auch im Bundesvorstand referiert habe[14], obgleich er Mitglied der CDU sei.

Der Vorstand spricht sich für die Möglichkeit der Hinzuziehung von Nicht-Parteimitgliedern entsprechend aus.

Dr. Reinhold MAIER erklärt auf Anfrage, die Landesverbände müßten bei der Finanzierung der Reisen von Nichtabgeordneten zu den Sitzungen der Arbeitskreise helfen und dürften nicht die gesamte Last der Bundespartei überlassen.

Dr. MENDE weist darauf hin, daß der erste Versuch, diejenigen Mitglieder der FDP, die Landesregierungen angehören, mit den Bundestagsabgeordneten zusammen zu bringen, mißlungen sei. Von 18 Regierungsmitgliedern hätten nur zwei ihre Teilnahme an einem gemeinsamen Abend zugesagt. Der Versuch werde in nächster Zeit mit hoffentlich besserem Erfolg wiederholt werden.

Dr. HAUSSMANN bittet, diesen Versuch erst im neuen Jahr zu machen.

Dr. MENDE sagt zu, daß die Verteilung der FDP-Abgeordneten auf die Bundestagsausschüsse in der kommenden Woche allen Vorstandsmitgliedern zugestellt würde.

Frau Dr. ILK verlangt, daß jedem Arbeitskreis ein Mitglied des Bundesvorstandes angehören müsse.

Dr. Reinhold MAIER stellt abschließend fest, daß die Vorstandsmitglieder auch an den Sitzungen derjenigen Arbeitskreise teilnehmen können, in denen sie nicht Mitglieder sind. Er verlangt, daß wir parlamentarisch die Initiative ergreifen. Nur dann könnten wir das Ohr der Öffentlichkeit gewinnen. Hierfür sei der Weg über die Arbeitskreise besonders geeignet.

---

14 Siehe Nr. 35, TOP 3 „Der Gemeinsame Markt".

Es wird sodann auf Antrag von Dr. Reinhold *Maier* einstimmig beschlossen:

„Der Vorsitzende des Satzungsausschusses wird beauftragt, zusammen mit der Bundesgeschäftsstelle die Bundessatzung in allen ihren Teilen auf evtl. notwendige Änderungen zu überprüfen, besonders auch im Hinblick auf folgende Punkte: Verhältnis Bundespartei/Landesverbände, Bildung eines einheitlichen Parteiwillens, satzungsmäßige Festlegung der Arbeitskreise. Die Vorlage der Vorschläge soll zu Beginn des Monats Januar 1958 erfolgen."

Dr. Reinhold MAIER verliest weiter folgenden Antrag: „Den Arbeitskreisen (Parteiseite) wird der Auftrag erteilt, jeweils für ihren Bereich bald möglichst einen Entwurf für das Oppositionsprogramm der FDP vorzulegen (auf der Grundlage des Berliner Programms[15], des Hamburger Aktionsprogramms[16], soweit noch gültig, und der Ausführungen des Parteivorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden in Frankfurt/Main am 1. und 2. November d. J.[17]). Die Bundestagsfraktion wird ersucht, in gleicher Weise zu verfahren, um die gemeinsame Aktion zu gewährleisten."

Dr. DEHLER erhebt Bedenken gegen den Auftrag, ein „Oppositionsprogramm" vorzulegen. Die Arbeitskreise sollen nach seiner Ansicht die täglich aktuellen politischen Fragen behandeln und erledigen. Es fehle uns nicht an Programmen, sondern an wirksamen Aktionen.

Dr. Reinhold MAIER entgegnet, daß die Arbeitskreise sich sowohl mit den aktuellen Fragen befassen wie auch vorausschauend planen sollen. Man könne sich nicht allein auf das Aktuelle beschränken, man müsse auch große Initiativen ins Werk setzen.

Dr. NOWACK fragt, wann der Vorstand sich mit den in nächster Zeit akut werdenden Fragen befassen werde. Es handele sich um so gewichtige Dinge wie die 45-Stunden-Woche für den öffentlichen Dienst, um die wachsenden Aufwendungen für den Wehretat, die mit unserem Sparwillen in Konflikt gerieten, und andere große Probleme.

Der Antrag des Bundesvorsitzenden wird sodann gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 3: BUNDESPARTEITAG 1958

Es liegt ein Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen vor, den Bundesparteitag 1958 in Düsseldorf abzuhalten.

Dr. HAUSSMANN erklärt dazu, er sei grundsätzlich einverstanden; sein Landesverband, in dessen Bereich noch kein Bundesparteitag stattgefunden habe, wünsche jedoch zunächst die Erzielung von Übereinstimmung der politischen Richtlinien vor einem Bundesparteitag in Düsseldorf.

Der Landesverband NRW wird ermächtigt, für die Tage vom 20. bis 22. März 1958 – ein anderer Zeitpunkt ist in Düsseldorf wegen Saalbeschaffungsschwie-

15 Siehe Nr. 33, Anm. 15.
16 Siehe Nr. 39, Anm. 4.
17 Wie Anm. 13.

rigkeiten nicht möglich – eine Saalbestellung in Düsseldorf vorzunehmen. Es bestehen jedoch Bedenken wegen der Sitzungsperiode des Bundestages. Dr. *Mende* wird zu klären versuchen, daß an den fraglichen Tagen, da die Bundestagssitzungen keinesfalls ausfallen werden, mindestens auf besonders wichtige Beratungsgegenstände und auf Abstimmungen im Bundestag verzichtet wird.[18]

[TOP 3: AUSSENPOLITISCHE ENTSCHLIESSUNGEN]

Nach der Mittagspause beantragt Dr. MENDE, folgende außenpolitische Entschließungen anzunehmen:

1. „Der Bundesvorstand und der Vorstand der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei begrüßen die Initiative der Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Dr. Elisabeth *Lüders,* sich angesichts der gegenwärtigen Raketenpsychose und Kriegshysterie in West und Ost an die Frauen in aller Welt mit einem Friedensappell zu wenden.[19] Die Freien Demokraten erhoffen eine Unterstützung dieses Schrittes durch die Frauenverbände und die Träger der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik und darüber hinaus der gesamten Welt, die unter dem Einfluß der Technik mehr denn je in der Gefahr der Selbstvernichtung steht, wenn es nicht gelingt, den selbstmörderischen Wettlauf der atomaren Rüstung durch ein internationales Übereinkommen zu beenden."

2. „Der Bundesvorstand und der Fraktionsvorstand der Freien Demokratischen Partei sehen in den Plänen des ehemaligen Botschafters der USA in Moskau, George *Kennan*[20], einen wertvollen Beitrag zur Lösung der deutschen Frage. Nachdem das Deutschlandproblem in der letzten Zeit immer mehr in den Hintergrund getreten ist, ist es begrüßenswert, daß George *Kennan* die Deutschlandfrage wieder in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion gerückt hat.

Über das selbstverständliche nationale Anliegen des ganzen deutschen Volkes hinaus ist die deutsche Wiedervereinigung auch eine Sicherheitsfrage, da es keinen dauerhaften Frieden geben kann, wenn man ein 70-Millionen-Volk im Herzen Europas zwangsweise geteilt und in zwei politisch völlig voneinander verschiedenen Systemen mit eigenen Armeen sich entwickeln läßt.

Die Freien Demokraten finden in den Gedankengängen George *Kennans* die Wiederaufnahme ihrer eigenen Vorstellungen, die bereits 1952 der verstorbene

---

18 Fortgang siehe Nr. 47, TOP 1 „Bundesparteitag".

19 Der Friedensappell war am 27. 11. 1957 durch das Deutsche Fernsehen ausgestrahlt worden. Notiz in: FAZ vom 28. 11. 1957. Frau *Lüders* sandte den Friedensappell kurz darauf mit einem Begleitschreiben an alle weiblichen Minister, Staatssekretäre und Botschafter in der Welt. Text des Begleitschreibens ist veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 90 vom 5. 12. 1957.

20 Bezieht sich auf eine Rede *Kennans,* die am 24. 11. 1957 von BBC ausgestrahlt wurde, in der er u. a. ausführte, „daß die deutsche Frage im Zentrum der Weltspannungen stehe und daß kein größerer Beitrag zum Weltfrieden gemacht werden könne als durch die Überwindung des gegenwärtigen toten Punktes in der Deutschlandfrage". AdG 1957, S. 6762 A.

Botschafter Dr. *Pfleiderer* bekanntgegeben hat.[21] Partei und Fraktion sehen es als ihre Verpflichtung an, das Vermächtnis Karl Georg *Pfleiderers* durch eine Weiterentwicklung der Pariser und Warschauer Verträge im Sinne entspannenden Bündnisausgleichs und durch Schaffung militärisch verdünnter Zonen in Mitteleuropa zu erfüllen."

3. „Die Erklärungen der sozialdemokratischen Politiker *Schmid* und *Erler* für direkte Geheimverhandlungen zwischen Washington und Moskau über die Abrüstung[22] werden von den Freien Demokraten insoweit als richtig anerkannt, als die Lösung schwieriger außenpolitischer Fragen nicht in der Propagandaatmosphäre internationaler Konferenzen, sondern nur in diplomatischen Gesprächen vorangetrieben werden kann. Es wird Aufgabe einer wendigen deutschen Politik sein zu verhindern, daß solche Verhandlungen zwischen Washington und Moskau zu einem Ausgleich auf der Basis des status quo und auf Kosten des geteilten Deutschlands führt."

Die drei Entschließungen werden einstimmig angenommen.[23]

[TOP 4: VORGÄNGE IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG]

Nachdem die Herren *Graaff* und *Hedergott* eingetroffen sind, wird das Hospitantenverhältnis der DRP zur FDP/BHE-Fraktion in Niedersachsen[24] behandelt.

Dr. Reinhold MAIER gibt einleitend einen Überblick über die Lage und betont, daß es sich darum handelt, Einigkeit zu bewahren und nicht neue Uneinigkeit zu schaffen. Leider fehle es noch an der Einheitlichkeit der Partei. Dr. Reinhold *Maier* verliest die Ausführungen *Hedergotts* in der Sitzung vom 2. November.[25] Die dort geschilderte Lage sei offenbar schon am nächsten Tage durch eine völlig neue Entwicklung überholt worden. Zum Glück habe es seitdem keine öffentlichen Erklärungen der verschiedenen Parteiinstanzen, die sich in allen Teilen der Bundesrepublik mit den Vorgängen in Niedersachsen befaßt hätten, gegeben. Wohl aber liegt eine große Zahl von sehr besorgten Zuschriften und Resolutionen vor, so des langjährigen Bremer Senators *Harmssen*[26] und des Vorsitzenden der Berliner Abgeordnetenhausfraktion, *Ronge*[27], sowie von zahlreichen Kreisverbänden. Er habe nie die Absicht gehabt, diese Dinge auf sich beruhen zu lassen. Eine Zusammenarbeit mit Per-

21 FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, Nr. 18 a mit Anm. 11, S. 336.
22 AdG 1957, S. 6770 A.
23 Die Entschließungen 2 und 3 sind veröffentlicht in: fdk, 8. Jg., Nr. 89 vom 3. 12. 1957.
24 Siehe Nr. 45, Anm. 39.
25 Siehe ebd. mit Anm. 38 und 39.
26 *Harmssen* kündigte seinen Parteiaustritt an, falls der Bundesvorstand das Vorgehen des Landesverbandes Niedersachsen tolerieren sollte. *Harmssen* an *Maier* vom 22. 11. 1957, ADL, Ordner-Nr. 3154.
27 *Ronge* sprach sich zwar dafür aus, grundsätzlich „das politische Eigenleben eines Landesverbandes [. . .] zu respektieren", wollte aber dort eine Grenze gezogen wissen, wo das von einem Landesverband „verfolgte Ziel eine Partei wie die unsrige ihr Ziel verkümmern, wenn nicht gar verlieren läßt". Dies war nach Ansicht *Ronges* in Niedersachsen geschehen, und er bat daher *Maier,* alles zu tun, „um derartige, die Grenzen eines Landes überschreitende Alleingänge künftig zu verhindern". *Ronge* an *Maier* vom 19. 11. 1957, ADL, Ordner-Nr. 3171.

sönlichkeiten der DRP sei gewiß verfassungsrechtlich nicht anzufechten. Es handele sich vielmehr um die einzelnen Persönlichkeiten, die in ein Hospitantenverhältnis zu der auch von uns mitgetragenen FDP/BHE-Fraktion getreten seien, und ihre Qualifikation. Der DRP-Abgeordnete *Schütz* sei durch seine Verlagswerke, die auf der Buchmesse in Frankfurt ausgestellt und dann von dort eliminiert wurden[28], überall ein Begriff geworden. Das Rundschreiben, das der DRP-Geschäftsführer Erwin *Stolz* am 9. November erlassen habe und das in den „Deutschen Informationen" veröffentlicht worden sei, widerspreche zudem der in Hannover ausgegebenen Version, daß die DRP jetzt verschwindet.[29]

GRAAFF bittet, seine Verspätung zu entschuldigen; das Flugzeug konnte in Bremen nicht starten. Er weist darauf hin, daß die Landesverbände die Genehmigung zu Verhandlungen mit dem BHE hatten und der Vorstand sich lediglich die Koordination vorbehielt. Der BHE hätte von Anbeginn an eine Dreier-Fraktion in Hannover unter Einbeziehung der DRP gewünscht. Die FDP lehnte *Freiberger* und *von Thadden* als unmöglich ab. Daraufhin wurde *Freiberger* veranlaßt, seine Stellung als Vorsitzender abzugeben. Ganz überraschend sei dann der Vorschlag gemacht worden, die sechs DRP-Abgeordneten lediglich in ein Hospitantenverhältnis aufzunehmen. Der BHE verzichtete auf die volle Heranziehung der DRP-Mitglieder. Alle niedersächsischen Kreisvorsitzenden waren einverstanden, auch *Föge*, Göttingen, der zwar Einwendungen gegen *von Thadden* und *Schütz* auf Kreisebene aufrechterhielt. Auch *Wilts* (Ostfriesland) widersprach mit Rücksicht auf *Föge* nicht. *Hellwege* möchte seine Partei bei den Landtagswahlen als „Dritte Kraft" etablieren, sieht diese Absicht aber bedroht durch den Zusammenschluß von FDP und BHE zur Gemeinschaftsfraktion und das Hospitantenverhältnis von DRP.

Bei der Zusammenkunft mit Vertretern der Bundespartei in Recklinghausen[30] sei kein Widerspruch gegen die Entwicklung in Hannover erfolgt. *Graaff* weist auf die Loyalitätserklärung der sechs DRP-Abgeordneten hin.[31] Wenn trotzdem einer der sechs eine politische Dummheit mache, werde er sofort entfernt werden, und zwar mit Zustimmung aller anderen BHE- und DRP-Abgeordneten. Er erbittet dringend den Verzicht auf überstürzte Gegenmaßnahmen.

---

28 Nicht ermittelt.

29 So hieß es in dem angesprochenen Bericht: „Die Abgeordneten der DRP haben keine ‚Fusion' vollzogen, sie haben keine ‚Arbeitsgemeinschaft' gegründet, sie haben nicht ihre Zugehörigkeit zur DRP aufgegeben, sie haben nicht ihre Funktionen in der DRP aufgegeben." DEUTSCHE INFORMATIONEN, Nachrichten-Kommentare-Reportagen-Interviews-Feuilleton, 2. Jg., Nr. 33 vom 20. 11. 1957, Anlage zum Protokoll.

30 Hinweis auf dieses Treffen, das am 5. 11. 1957 stattfand, in dem Artikel „Heil, Herr Minister", in: DER SPIEGEL, 11. Jg., Nr. 46 vom 13. 11. 1957, S. 15. Nach diesem Bericht war in Recklinghausen *Graaff* mit dem Fraktionsführer der FDP im niedersächsischen Landtag, Heinz *Müller*, zusammengetroffen, um über die Aufnahme der DRP-Abgeordneten in die gemeinsame Fraktion von FDP und BHE zu verhandeln. *Graaff* habe *Mende* und *Döring* zuvor informiert – *Maier* war nicht aufzutreiben –, ohne daß von diesen Einspruch erhoben worden sei.

31 Die Abgeordneten hatten „schriftlich eine Verpflichtung zur loyalen Unterstützung der Landeskoalition" abgegeben. H. BEYER/K. MÜLLER, 1988, S. 609 f.

Die Dinge werden sich innerhalb eines Vierteljahres so entwickeln, wie der Bundesvorstand es wünscht, indem nämlich die Position der besonders belasteten DRP-Abgeordneten unhaltbar werde. Man müsse in Niedersachsen auf das Fehlen einer demokratischen Tradition eine gewisse Rücksicht nehmen.

Dr. Reinhold MAIER weist im Gegensatz dazu darauf hin, daß unsere niedersächsischen Freunde dem überaus starken Widerspruch, der sich in der Partei gegen jede Art von Gemeinschaft mit DRP-Abgeordneten zeige, Rechnung tragen müßten.

Nach längeren Ausführungen von HEDERGOTT protestieren BORTTSCHELLER für Bremen und ENGELHARD für Hamburg nachdrücklichst gegen die Diskreditierung unserer Partei, die durch die Entwicklung in Niedersachsen Tatsache geworden sei. Es handele sich um eine zweiten Fall *Schlüter*.[32] *Engelhard* beantragt, die niedersächsischen Freunde aufzufordern, ihre Abmachung mit den DRP-Abgeordneten rückgängig zu machen.

Da um 17.00 Uhr mehrere Vorstandsmitglieder die Sitzung verlassen wollen, fragt HAUSSMANN, ob die Verhandlungen nicht vertagt werden sollen. Dieses wird verneint und die Vollmacht gegeben, die Sitzung auch dann mit einem Beschluß zu beenden, wenn die in den Satzungen vorgesehene Zahl der Mitglieder, die zur Beschlußfähigkeit erforderlich ist, nicht mehr anwesend sein sollte.

Dr. HAUSSMANN erklärt sich im wesentlichen einig mit den Ausführungen *Borttschellers* und *Engelhards* und fragt, ob nicht der BHE in Wirklichkeit bei der Aufnahme der DRP-Abgeordneten der treibende Faktor war. Die niedersächsischen Freunde hätten die Pflicht zu rechtzeitiger Berichterstattung gehabt. Es sei ein wirklich großer Schaden entstanden.

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, der Landesverband Niedersachsen solle die Erklärung der vier Bundesvorsitzenden, die heute vom Vorstand bestätigt worden sei[33], ausdrücklich anerkennen und dadurch bestätigen, daß eine Gemeinschaft, gleich welcher Art, nur mit solchen Gruppen bestehen dürfe, die die demokratische Grundordnung anerkennen.

MENKE, der Vorsitzende des LSD, weist darauf hin, daß eine Diskreditierung des LSD drohe. Die Verhältnisse in Niedersachsen könnten das Ende der „Dritten Kraft" an den Universitäten bedeuten. Wenn die FDP mit Neo-Nazis paktiere und eine prinzipienlose Additionspolitik betreibe, so würden zahlreiche Jungliberale heimatlos werden. Man habe bisher Disziplin geübt und keine Beschlüsse veröffentlicht. Jetzt aber seien klare Entscheidungen zu fällen, sonst würden auch die Auswirkungen auf das Ausland, mit dem der LSD bisher erfolgreich zusammenwirke, verhängnisvoll sein.

Dr. HAAS unterstützt den Vorschlag Dr. Reinhold *Maiers* und befürchtet, daß unsere niedersächsischen Freunde, besonders nachdem der Fall *Schlüter* vorangegangen war, nicht mehr koalitionsfähig sein werden.

---

32 Hierzu Nr. 13 mit Anm. 7.
33 Siehe Anm. 7.

Dr. KOHUT wendet sich in scharfen Worten gegen den Liberalismus in seiner traditionellen Form, worauf Dr. Reinhold MAIER nachdrücklich entgegnet, daß die FDP eine liberale und demokratische Partei sei und es bleiben müsse.

SCHWERTNER betont, daß die „Dritte Kraft" nicht nur aus liberalen Elementen bestehen könnte. Die Demokratische Partei Saar war nach Ansicht des LSD auch suspekt. Es muß ein Grundsatzgespräch stattfinden. *Schwertner* stellt den folgenden Antrag:

„Der Landesvorstand Niedersachsen wird beauftragt, mit dem BHE zu verhandeln mit dem Ziel, in der Fraktionsgemeinschaft mit diesem zu erreichen, daß durch die Hospitanten anerkannt wird, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landtages sich an die festzulegenden Richtlinien der Fraktionsgemeinschaft zu halten, widrigenfalls sie als Hospitanten für die Fraktionsgemeinschaft FDP/BHE nicht tragbar sind."

Zum Schluß der ausführlichen Debatte wiederholt GRAAFF, daß er in kürzester Frist eine Bereinigung in dem vom Bundesvorstand gewünschten Sinne aus der Entwicklung heraus erwarte. Von der Notwendigkeit dieser Bereinigung seien auch die niedersächsischen Freunde überzeugt.

Dr. NOWACK bringt dann den folgenden Antrag ein:

„Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß das Fraktionsverhältnis in Hannover einer Überprüfung bedarf. Der Landesvorstand Niedersachsen hat eine solche Überprüfung zugesagt."

Der Antrag wird mit 13 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.[34]

HEDERGOTT gibt die Zusage, daß Niedersachsen dem Bundesvorstand binnen kurzem über die weitere Entwicklung berichten wird.[35]

---

34 Äußerst unzufrieden mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Debatte über Niedersachsen war *Rademacher,* der an der Sitzung nicht teilgenommen hatte. Nach dem Bericht, den er hierüber von *Engelhard* erhalten hatte, ließ er in Schreiben an *Maier* und *Haußmann* vom 5. 12. 1957 erkennen, daß er erwäge, das Amt des stellv. Bundesvorsitzenden niederzulegen. *Maier* antwortete ihm am 9. 12. 1957: „Die Sitzung des Bundesvorstandes vom 30. November 1957 stand von vornherein unter der nicht weg zu diskutierenden Tatsache, daß keine klare Mehrheit für eine scharfe Distanzierung von den Vorgängen in Niedersachsen vorhanden war [. . .]. Zuverlässig waren nur Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg. Wichtige Landesverbände haben sich vollkommen ausgeschwiegen. Hochinteressant waren die Vorgänge im Bundeshaus während der Bundestagssitzung vom Donnerstag, den 28. November 1957. Sowohl im Bundestagsrestaurant wie auf meinem Abgeordnetenplatz haben abwechslungsweise Vertreter einzelner Landesverbände Platz genommen und mir vor Augen geführt, welche schweren Folgen es haben werde, wenn ich bei der bevorstehenden Bundesvorstandssitzung ‚aus dem Fall Niedersachsen etwas mache'. Ich habe nicht verfehlt, darauf hinzuweisen, daß der Fall Niedersachsen schon ‚gemacht' sei und daß ich ihn auf der Bundesvorstandssitzung so behandeln werde, daß er nach der Bundesvorstandssitzung endgültig aus der Welt geschafft sei. Sehr geehrter, lieber Herr *Rademacher,* was wollen Sie aber tun, wenn nur einige Landesverbände energisch mitzuwirken bereit sind und andere sich ebenso scharf dagegen aussprechen und der entscheidende Teil sich lau, unklar und undurchsichtig verhält?" HStASt, Q I/22, Bü 964 (NL Haußmann).

35 Fortgang Nr. 47, TOP 3 „Vorgänge im niedersächsischen Landtag".

47.

6. 1. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 6. Januar 1958 in Stuttgart." Vorsitz: Maier. 15.30 Uhr–20.00 Uhr.

Teilnehmer: Arndt, Bezold, Bucher, Daub, Dehler, Albrecht Haas, Haußmann, Hedergott, Hoppe, Hucklenbroich, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Maier, Mende, Mischnick, Rademacher, Reichardt, Rubin.

Dr. Reinhold MAIER teilt mit, daß mehrere Vorstandsmitglieder sich entschuldigt haben, und gibt seinem besonderen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Ehrenpräsidentin, Frau Dr. Marie-Elisabeth *Lüders,* durch einen schweren Unfall[1] an der Teilnahme verhindert und daß Dr. Max *Becker* für die Dauer des Monats Januar an das Krankenlager gefesselt ist. Beiden Vorstandsmitgliedern werden telegrafisch herzliche Genesungswünsche übermittelt.

TOP 1: BUNDESPARTEITAG

Dr. Erich MENDE schlägt vor, am 28./29. März 1958 in Düsseldorf den nächsten Bundesparteitag abzuhalten. Diese Tage seien günstiger als die bisher in Aussicht genommenen[2], da der Bundestag in der fraglichen Zeit nicht versammelt ist.

Dr. Reinhold MAIER gibt der Überzeugung Ausdruck, daß man mit zwei Tagen auskommen könne. Am 27. März müsse dann die vorbereitende Vorstandssitzung ebenfalls in Düsseldorf stattfinden.[3]

STEPHAN legt dar, daß neben dem Bericht des Bundesparteivorsitzenden und dem Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion zwei Punkte von besonderer Bedeutung zu berücksichtigen seien: 1. das Oppositionsprogramm der Partei, 2. die Straffung der Organisation bzw. die Bildung eines einheitlichen Parteiwillens, wozu eine Reihe von Satzungsänderungen beschlossen werden müßte.

Dr. KOHUT hat Bedenken, die Straffung des Parteiwillens zu stark herauszustellen. Er fürchtet, daß dadurch falsche Folgerungen auf die Durchsetzung eines dogmatischen Liberalismus genährt werden könnten.

Dr. Reinhold MAIER weist demgegenüber darauf hin, daß es tatsächlich häufig an dem einheitlichen Parteiwillen fehle. So hätten sich zwei Bundestagsabgeordnete an einer Versammlung der „Entnazifizierungsgeschädigten" beteiligt[4],

1 Marie-Elisabeth *Lüders* hatte sich durch einen Sturz eine schwere Knieverletzung zugezogen, die einen wochenlangen Krankenhausaufenthalt und einen anschließenden Kuraufenthalt notwendig machte. Notiz in: FAZ vom 23. 1. 1958.

2 Siehe Nr. 46, TOP 3 „Bundesparteitag 1958".

3 Nr. 50.

4 Genaues Datum nicht ermittelt. Möglicherweise handelt es sich um eine Versammlung „Ehema-

ohne darüber irgendeine Mitteilung an die Parteivorsitzenden zu machen, die dann von großen Zeitungen diesbezüglich interpelliert worden seien. Bei einer Kreisversammlung in Köln sei an ihm (Dr. Reinhold *Maier*) rüde Kritik geübt worden.[5] Die Notwendigkeit einer Straffung könne wohl kaum bezweifelt werden.

Dr. MENDE spricht sich im gleichen Sinne aus. Der Fall *Kate* (Köln) sei im Landesvorstand bereits behandelt worden[6]; Bericht hierüber werde erstattet werden. Der Abg. *Dowidat* sei nicht unterrichtet gewesen, welche Forderungen die „Entnazifizierungsgeschädigten" aufstellen würden.

MISCHNICK wünscht möglichst wenig Parteitagsdiskussion über Satzungsänderungen, die vorher fix und fertig sein müßten.

Dr. Reinhold MAIER stimmt dem zu und schlägt vor, daß die beantragten Satzungsänderungen von den Landesverbänden diskutiert werden.

Der Gesamtvorstand beschließt einstimmig die Abhaltung des Bundesparteitages am 28./29. März 1958 in Düsseldorf. Den Programmvorschlägen wird zugestimmt. Die Satzungsänderungen sollen, wie vom Bundesvorsitzenden vorgeschlagen, von den Landesverbänden behandelt werden.

[SATZUNGSÄNDERUNGEN]

Ausführlich diskutiert wird die Fassung, die die einzelnen Paragraphen erhalten sollen.

Es wird beschlossen, daß im § 9[7] der bisherige Abs. 2 als Abs. 3 in den Satzungen verbleiben soll (Abs. 3 wird Abs. 4) und daß als Abs. 2 eingefügt wird: „Bei organisatorischen oder grundsätzlichen Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen (Gruppen) oder Teilen von diesen ist rechtzeitig die Genehmigung des Bundesvorstandes herbeizuführen."

---

liger" in Düsseldorf, in der der FDP-Bundestagsabgeordnete Otto *Dowidat* als Redner aufgetreten war, über die DER SPIEGEL, 12. Jg., Nr. 7 vom 12. 2. 1958, unter der Überschrift: „Wiedergutmachung: Dowidats Sitten" berichtete (S. 15 f.). Nach diesem Bericht hatte sich *Dowidat* in höchst anfechtbarer Weise zu *Hitlers* Machtergreifung geäußert und sich bereit erklärt, einen Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen, demzufolge „alle Maßnahmen, Anordnungen, Verwaltungsakte und Urteile, die der ‚Entnazifizierung' dienten", aufzuheben waren. *Dowidat* selbst hatte die Darstellung des „Spiegels" als „falsch" zurückgewiesen. *Bucher* an den FDP-BV Zehlendorf vom 8. 3. 1958, ADL, N 19-272 (NL Reif).

5 In dieser Kreisversammlung, die am 25. 11. 1957 stattgefunden hatte, sollte *Kate,* angeblich Landtagsabgeordneter in NRW, was aber nicht zutraf, geäußert haben, er halte *Maier* „für völlig ungeeignet, unsere Partei neben *Adenauer* und *Ollenhauer* vollwertig zu repräsentieren". Charles Raymond *Schneider* an *Maier* vom 28. 11. 1957, FDP-Landesgeschäftsstelle NRW, Akten des FDP-LV NRW. Alfred *Fuhlrodt,* der Vorsitzende des KV Köln, teilte dem FDP-LV NRW am 17. 12. 1957 mit, *Kate* habe sinngemäß gesagt, „daß die Wahl Dr. Reinhold *Maiers* zum Bundesvorsitzenden wegen seines Alters nicht glücklich gewesen sei und daß es an der Zeit wäre, junge Kräfte wie Willy *Weyer* und sein Team nach vorne zu bringen". Ebd. *Kate* selbst hatte in einem Schreiben an *Weyer* vom 12. 12. 1957 bestritten, *Maier* „verunglimpft und geschmäht" zu haben. Ebd.

6 So geschehen am 9. 12. 1957. Ergebnis: Aufforderung an *Fuhlrodt* und *Kate,* Stellung zu beziehen. Siehe Anm. 5.

7 Betr. das Verhältnis von Bundespartei und Landesverbänden.

Im § 19[8] soll es im Abs. e) heißen: „dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion oder seinem Stellvertreter."

Die folgende Neufassung des § 25 soll den Landesverbänden als Diskussionsgrundlage zugestellt werden: § 25: Fachausschüsse und Arbeitskreise:

„1. Der Bundesvorstand kann nach Bedarf zur Bearbeitung von politischen oder organisatorischen Parteiaufgaben die Bildung von Fachausschüssen und Arbeitskreisen[9] sowie deren Auflösung beschließen. Die Aufgabe der Ausschüsse und der Arbeitskreise[10] ist es, insbesondere die Arbeit des Vorstandes und der Bundestagsfraktion auf einem bestimmten Gebiet sachverständig zu unterstützen.

(Abs. 2 bis Abs. 5 wie bisher)

6. Der Bundesvorstand beruft die Mitglieder der Arbeitskreise. Er kann sie jederzeit abberufen. Die Berufung ist nicht an eine anteilmäßige Teilnahme der Landesverbände gebunden. Die Mitglieder der Bundestagsfraktion können mit allen Rechten und Pflichten an den Arbeitskreisen teilnehmen, die ihren Arbeitsgebieten in der Fraktion entsprechen.

7. Spätestens einen Monat nach der Bildung der Arbeitskreise wählen die Mitglieder jedes Arbeitskreises einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

8. Die Arbeitskreise werden durch ihre Vorsitzenden von Fall zu Fall sowie auf Wunsch des Bundesvorsitzenden oder seiner Vertreter einberufen. Sie haben im Rahmen der sachverständigen Unterstützung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion (§ 25 Abs. 1) das Recht und die Pflicht, politische Aktionen anzuregen und vorzubereiten. Sie nehmen zu wichtigen Bundestagsvorlagen Stellung und übermitteln ihre Stellungnahmen rechtzeitig der Bundestagsfraktion."

Auf die Frage, ob die bisherigen Fachausschüsse neben den Arbeitskreisen überhaupt noch eine Existenzberechtigung haben, weist STEPHAN darauf hin, daß beispielsweise der Bundesvertriebenenausschuß oder der kommunalpolitische Ausschuß nicht durch die Arbeitskreise ersetzt werden können. Dem wird zugestimmt. Falls einzelne Fachausschüsse neben den Arbeitskreisen keine Existenzberechtigung mehr besitzen, können sie durch den Bundesvorstand aufgelöst werden.

Es soll folgender § 37 eingefügt werden: Rechtsnatur und Sitz:

„1. Die Freie Demokratische Partei ist in das Vereinsregister einzutragen.

2. Der Sitz der Freien Demokratischen Partei ist Bonn."

Aus rechtlichen Bedenken wird ein Eventualvorschlag *Niebels* nicht angenommen, der angeregt hatte, zu bestimmen, daß Sitz der FDP Berlin ist, der Sitz der FDP jedoch Bonn bleibt, solange der Sitz des Bundestages sich dort befindet.

---

8 Zusammensetzung des Bundesvorstandes.
9 Die letzten beiden Worte Einfügung in den bisherigen Text.
10 Die letzten drei Worte Einfügung in den bisherigen Text.

Die den Landesverbänden mitzuteilende Neufassung der fraglichen Paragraphen ist beigefügt.[11]

STEPHAN macht darauf aufmerksam, daß zur Straffung der Partei auch eine Änderung des Paragraphen 8 gehören könnte. Bisher sieht dieser Paragraph vor, daß die Landesverbände Untergliederungen in beliebiger Form schaffen können. Die heute bestehenden Untergliederungen haben in einigen Landesverbänden zu Kritik Anlaß gegeben, da teils Verwaltungsbezirke, die nicht einmal groß seien, noch unterteilt wurden, was dann willkürlich erscheine und für das Stimmengewicht in den Parteigremien bedeutsame Auswirkungen habe. Andere Landesverbände hätten Untergliederungen geschaffen, die über die Grenzen von Verwaltungsbezirken hinweggingen.

Dr. Reinhold MAIER hält ein Hineinleuchten in die Bildung der Unterbezirke für nötig und verlangt eine Prüfung, ob der § 8 nach der Gleichgewichtigkeit hin ausgestaltet ist.

STEPHAN weist darauf hin, daß nicht alle Landesverbände ihre Landeslisten auf Landesparteitagen aufstellen, sondern daß das Aufstellungsrecht zum Teil den Landesausschüssen oder ähnlichen Gremien vorbehalten ist. Auch hier sei eine Vereinheitlichung vielleicht am Platz.

Nach längerer Aussprache wird beschlossen, den Bundesgeschäftsführer zu beauftragen, Vorarbeiten in Gang zu setzen, damit dem Vorstand etwa in einem Vierteljahr ein Überblick über die Gestaltung der Untergliederungen und deren Auswirkung auf das Stimmrecht in den Gremien der Landesverbände gegeben werden kann.

HUCKLENBROICH wünscht, daß die im § 13 Abs. 7[12] gegebenen Vorschriften mit denen des § 8 kombiniert werden. Auch dieser Vorschlag soll in die Prüfung einbezogen werden.[13]

TOP 2: FINANZLAGE

RUBIN erklärt, er werde sich kurz fassen, da auch er den Wunsch teile, daß im Gesamtvorstand nicht soviel organisatorische, sondern bald politische Themen behandelt werden. Er weist darauf hin, daß der Geldeingang speziell bei einer Partei wie der unseren sich im Verhältnis zur Aktivität der Partei befindet und daß er auch von der vermuteten oder vorauszusehenden politischen Entwicklung abhängt. Daß der Geldeingang derzeit in großem Maße von der Güte der persönlichen Beziehungen abhänge, sei nicht erwünscht. Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse in Niedersachsen sei seit Jahren eine Warnung für die anderen Landesverbände. Die heutige Finanzlage des Landesverbandes Hessen gebe zu Bedenken Anlaß. Hilfe sei hier durchaus möglich, z. B. durch ein langfristiges Darlehen. Auf eine Zwischenfrage von Dr. *Kohut* erklärt *Rubin,*

11 Die Anlage trug das Datum vom 10. 1. 1958.

12 Betr. Angleichung der Bestimmungen der Landessatzungen an die Bestimmungen der Bundessatzung im Hinblick auf Teilnahme und Stimmrecht der Delegierten in den Landesgremien.

13 Fortgang der Beratung in: Nr. 48, TOP 3 a „Satzungsänderungen".

daß er seine Vermittlung für ein solches Darlehen wiederholt dem LV Hessen angeboten habe und kein Verlangen nach solchen Sicherheiten bisher gestellt worden sei. Er weist darauf hin, daß die Bundespartei zur Hilfe für die einzelnen Landesverbände befähigt sein würde, wenn sie ihre Guthaben bei verschiedenen Landesverbänden realisieren könne, was aber derzeit offensichtlich nicht realisierbar sei. Der Etat der Bundesgeschäftsstelle sei im Augenblick schwer auszugleichen.

Rubin verlangt, daß sich der Vorstand über den Finanzausgleich Gedanken macht und schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, die dem Gesamtvorstand – nach vorheriger Beratung im Organisationsausschuß – konkrete Vorschläge über die zukünftige Parteifinanzierung vorlegt.

Dr. Reinhold MAIER berichtet über Gespräche mit führenden Wirtschaftlern[14] und teilt mit, daß eine „Dritte Kraft" auch von diesen für notwendig gehalten wird. In diesen Gesprächen habe sich ergeben, daß wir politisch durch Einwirkung aus Wirtschaftskreisen nicht eingeengt werden.

RUBIN bestätigt, daß Versuche, uns politisch zu beeinflussen, auch früher stets zurückgewiesen worden sind.

Dr. Reinhold MAIER weist zur Lage in Niedersachsen darauf hin, daß der Gesamtvorstand hier nichts unternehmen könne, und hält eine Unterredung zwischen *Rubin* und Dr. *Kohut* für nötig.

DAUB verlangt, daß die Bundestagsfraktion in der Frage des Parteiengesetzes vorstößt.

BUCHER erklärt sich dazu bereit, doch sei die Materie zu schwierig, als daß ein Parteiengesetz als Initiativantrag der FDP eingebracht werden könne.[15]

Der Vorstand beschließt im Sinne des Antrages einstimmig, eine Kommission zu bilden, der unter Vorsitz des Bundesschatzmeisters als Mitglieder des Bundesvorstandes Dr. Wilhelm *Nowack*, Walter *Scheel* und Hans *Lenz*, als Landesgeschäftsführer Heinz *Brandt* (München) und Martin *Plat* (Hamburg) sowie der Bundesgeschäftsführer und Dr. Alexander *Reinhard* angehören sollen.[16]

---

14 Knappe Hinweise hierauf in: K.-J. MATZ, 1989, S. 458. Die Notwendigkeit und Richtung dieser Gespräche enthielt eine Aufzeichnung *Haußmanns* vom 26. 10. 1957: „Der dritte Punkt, der mich beschäftigt, umschließt die Finanzierung unserer Partei in der Rolle der demokratischen, liberalen und vaterländischen Opposition. Ohne hinreichende Geldmittel bleiben auch die schönsten Grundsätze und besten Vorhaben mehr oder minder auf dem Papier. Daraus folgt, daß die Finanziers und die dafür in Frage kommenden Kreise von der Notwendigkeit der FDP als Dritter Kraft, als Gegengewicht, als Regulativ mehr als bisher überzeugt werden müssen. Wenn ich auch sicher bin, daß in diesen Kreisen durch den Wandel der Dinge die Erleuchtung Platz greifen wird, so läuft doch nicht alles ohne ein kräftiges Dazutun von unserer Seite. Ich denke z. B. an Gespräche mit Leuten aus der Wirtschaft, an kurze Rundschreiben in kurzen Abständen, an die Verbreitung von Fotokopien von wichtigen Stellungnahmen der FDP, kurz: an eine Aktivierung aller Kontakte mit solchen Kreisen." HStASt, Q I/22, Bü 1167 (NL Haußmann).

15 Den Entwurf eines Parteiengesetzes der Bundesregierung übersandte der Stellvertreter des Bundeskanzlers erst am 22. 12. 1959 an den Bundestagspräsidenten. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 65, Drucks. Nr. 1509.

16 Die konstituierende Sitzung dieser Kommission fand am 5. 2. 1958 statt. Darin bestand Über-

[VORGÄNGE IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG]

Zu TOP 3 erklärt Dr. Reinhold MAIER, daß der Bundesvorstand sich erneut mit dem Hospitantenverhältnis der DRP-Abgeordneten bei der FDP/BHE-Fraktion in Niedersachsen befassen müsse.[17] Er bedauert, daß der Vertreter des Landesverbandes Niedersachsen, *Hedergott,* der den erkrankten Landesvorsitzenden Carlo *Graaff* vertritt, vor Aufrufung dieses Punktes die Sitzung verlassen habe. Er hält es für unmöglich, diese Wunde über die Landtagswahlkämpfe hinweg am Körper der Partei weiter schwären zu lassen. Die Sache müsse im Sinne der Beschlüsse vom 30. 11. 1957[18] rechtzeitig vor dem Bundesparteitag bereinigt werden. Andernfalls werde er (Dr. Reinhold *Maier*) sich nicht wieder zur Wahl als Bundesvorsitzender stellen.

In einer langen Aussprache wird von allen Rednern heftige Kritik an dem Verhalten des Vertreters des niedersächsischen Landesverbandes geübt. Insbesondere wird mißbilligt, daß der Beschluß des Bundesvorstandes vom 30. 11. 1957 dem Landesausschuß der niedersächsischen FDP bei seiner Sitzung am 1. 12. 1957 nicht mitgeteilt wurde. HUCKLENBROICH bezeichnet das heutige Verhalten *Hedergotts* als Brüskierung des Vorstandes. RUBIN erklärt, auch namens des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, daß eine grundlegende Änderung in Niedersachsen erforderlich sei. DAUB (Hessen) und Dr. HAAS (Bayern) verlangen eine deutliche Profilierung und Beseitigung aller Unklarheiten, wie sie in Niedersachsen entstanden seien. Dr. Reinhold MAIER weist noch auf die Selbständigkeitstendenzen in Bremen und Bayern hin, die nur durch eine Klärung der Lage in Niedersachsen ausgeräumt werden könnten. Einstimmig wird der folgende Antrag *Rademachers* angenommen:

„Der Landesverband Niedersachsen wird aufgefordert, den Frankfurter Vorstandsbeschluß vom 30. 11. 1957 unverzüglich durchzuführen. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß mindestens die DRP-Abgeordneten *Schütz* und *von Thadden* aus der Fraktionsgemeinschaft ausgeschlossen werden müssen. Der Bundesvorstand erwartet, daß entsprechende Entscheidungen des Landesverbandes von der FDP-Fraktion bis zum 31. Januar 1958 durchgeführt werden. Andernfalls steht der Bundesvorstand vor der Notwendigkeit, den § 9[19] und ggf. auch den § 35 der Bundessatzung[20] anzuwenden."

Der Antrag soll nicht in der Öffentlichkeit behandelt werden, sondern in geeigneter Weise dem Vorstand in Niedersachsen mitgeteilt werden.[21]

---

einstimmung, daß eine Erhöhung der Einnahmen der Partei notwendig sei. Als besonders aussichtsreich wurde eine zentrale Konzernwerbung und eine Aktivierung der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Vereinigung und ihres Informationsdienstes angesehen. Protokoll der Sitzung in: HStASt, Q I/22, Bü 826 (NL Haußmann).

17 Siehe Nr. 45 mit den Anm. 38 und 39.

18 Siehe Nr. 46, TOP „Vorgänge im niedersächsischen Landtag".

19 Gemeint sind die Abschnitte 3 und 4: Rede- und Antragsrecht der Mitglieder des Bundesvorstandes auf Landesparteitagen sowie das Recht und die Pflicht des Bundesvorstandes, auf Beschluß des Bundeshauptausschusses „Ermittlungen und Prüfungen" in einem Landesverband durchzuführen.

20 Auflösung eines Landesverbandes durch Beschluß des Bundesparteitages.

21 Die FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag bezog am 8. 1. 1958 Stellung zu den Be-

RADEMACHER bittet, in der nächsten Sitzung auch das Verhältnis zur Liberalen Weltunion zu behandeln[22]; er müsse in 14 Tagen an einer Präsidialsitzung in London teilnehmen.

48.

28. 2. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 28. Februar 1958 in Bonn, Bundesparteileitung." Vorsitz: Maier. 16.00 Uhr–20.30 Uhr.

Teilnehmer: Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Letz, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, Nowack, Reichardt, Scheel, Heinrich Schneider, Will.

Dr. Reinhold MAIER begründet als Vorsitzender, warum bei der heutigen Sitzung die mehr technischen Fragen, morgen hingegen die politischen Fragen behandelt werden müssen.[1] Infolge der Tagung von Ministerpräsidenten und Finanzministern in Berlin[2] und des in Hamburg stattfindenden Landesparteitages könnten mehrere Mitglieder des Vorstandes erst morgen zur Sitzung kommen.

Zu TOP 1: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

schlägt Dr. Reinhold *Maier* vor, neben den Präsidialmitgliedern der Liberalen Weltunion den Bundesvorstand der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freiheitlichen Partei Österreichs zum Bundesparteitag besonders einzuladen. Dementsprechend wird beschlossen. Nachdem Dr. KOHUT Bedenken geäußert hat, einem Sprecher der Liberalen Weltunion zur Begrüßung das Wort zu erteilen, da von dieser Tendenzen propagiert würden, die von den unsrigen stark abweichen, wird festgestellt, daß aufgrund der Zusagen geprüft werden soll, welcher von den ausländischen Gästen um eine Begrü-

---

schlüssen des Bundesvorstandes. Hierin bedauerte sie die bisherige öffentliche Behandlung der Angelegenheit und bat für die Zukunft um interne Beratungen. Eine „eingehende Prüfung" der Beschlüsse des Bundesvorstandes wurde zugesagt, der Ausschluß der Abgeordneten *von Thadden* und *Schütz* bis zum 31. 1. 1958 aber für kaum durchführbar erachtet. Schließlich wurde der Bundesvorstand eindringlich gebeten, zu ausführlichen Gesprächen mit Niedersachsen bereitzustehen. *Müller* an *Maier* vom 14. 1. 1958, HStASt, Q 1/22, Bü 964 (NL Haußmann). Fortgang in: Nr. 52, TOP 1 „Lage in Niedersachsen".

22 Siehe Nr. 48, TOP 3 d „Liberale Weltunion".

1 Nr. 49.

2 Dabei handelte es sich um die 189. Sitzung des Bundesrates, in deren Mittelpunkt die erste Lesung von Gesetzentwürfen der Bundesregierung zur Reform der Einkommen- und Körperschaftssteuer stand. BERLIN 1957–1958, 1974, S. 442 ff.

ßungsansprache gebeten werden soll; es soll möglichst nur ein ausländischer Gast reden.[3]

TOP 2: AKTIONSPROGRAMM

Dr. Reinhold MAIER bemerkt, daß es sich nicht eigentlich um ein Aktionsprogramm, sondern vielmehr um „Leitsätze für die Politik der FDP" handele. Die in den Arbeitskreissitzungen beschlossenen Leitsätze[4] würden in einer Koordinierungstagung am 2. März 1958 miteinander in Übereinstimmung zu bringen sein[5]; dann werde der Hauptausschuß am 15. März 1958 endgültige Beschlüsse fassen[6], so daß auf dem Bundesparteitag nur noch eine Bekanntgabe erfolgen soll.

Dr. NOWACK erhebt Einspruch gegen dieses Verfahren und legt folgenden Beschluß des Landesverbandes Rheinland-Pfalz vor: „Der Landesverband Rheinland-Pfalz hält es für überflüssig und nicht zweckdienlich, daß die FDP mit einem neuen Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit tritt. Mit dem Berliner Programm[7] und dem zur Bundestagswahl verabschiedeten Aktionsprogramm[8] stehen der FDP wirksame und umfassende programmatische Richtlinien zur Verfügung, die keiner Neuformulierung oder Ergänzung bedürfen. Ein neues Programm würde zudem die Aufnahmefähigkeit der Öffentlichkeit überfordern. Der Landesvorstand beabsichtigt, diesen Beschluß auf der Bundeshauptausschußsitzung am 15. März 1958 zum Antrag zu erheben."

Dr. MENDE weist darauf hin, daß Partei und Fraktion sehr wohl Leitsätze für die vierjährige Legislaturperiode brauchen. Der Parteivorsitzende könne diese Leitsätze aufgrund der Beschlüsse, die am 1. März zu fassen seien, in seiner Rede verkünden.

DAUB weist darauf hin, daß nicht nur Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, sondern auch die Landesverbände und Landtagsfraktionen, gerade auch in den bevorstehenden Landtagswahlkämpfen, ein Aktionsprogramm brauchen.

Dr. NOWACK hebt noch einmal hervor, daß ein großes Interesse an den aktuellen Fragen, nämlich der Steuerreform, den Aufrüstungsausgaben, dem Problem der Territorialarmee, besteht. Auf dem Bundesparteitag sollte man statt des Aktionsprogramms landwirtschaftliche Fragen behandeln, da wir gerade auf dem Lande besonders gute Aussichten hätten.

Dr. LEUZE meint, daß Sozialpolitik und Lohn-Preis-Spirale der Behandlung bedürften, weil hier Fragen nach der Verabschiedung des Berliner Programms neu enstanden seien. Es müsse auch die Realisierung des Einparteien-Staates durch *Adenauer* behandelt werden.

---

3 Auf dem Bundesparteitag am 28./29. 3. 1958 sprach für die Liberale Weltunion *Kluthe*. Siehe Nr. 50, TOP 1 „Bundesparteitag".
4 Der Entwurf für den außenpolitischen Teil dieser Leitsätze in: ADL, Ordner-Nr. 1852.
5 Siehe Nr. 49, Anm. 46.
6 Diese Sitzung wurde abgesagt. Siehe Nr. 49, TOP „Absetzung der Sitzung des Hauptausschusses".
7 Siehe Nr. 33, Anm. 15.
8 Siehe Nr. 39, Anm. 4.

Nachdem auch LETZ unterstrichen hat, daß geistespolitische Ziele proklamiert werden müßten, durch die wir als Partei Profil gewinnen, wird auf Antrag von Dr. Reinhold *Maier* beschlossen, in den Arbeitskreisen einige wenige bedeutsame Probleme herauszugreifen und zur Reife zu bringen.

Auf Antrag Dr. *Nowack* wird beschlossen, von der Tagesordnung für den Bundesparteitag das „Aktionsprogramm" völlig abzusetzen und die damit zusammenhängenden Fragen aufgrund der Vorschläge der fünf Arbeitskreise durch die Hauptredner behandeln zu lassen.

Zum Ablauf des Bundesparteitages wird beschlossen, daß der Parteitag durch den stellv. Bundesvorsitzenden Dr. Erich *Mende* eröffnet werden soll. Dann wird der Vorsitzende des Landesverbandes NRW, Willi *Weyer,* die Teilnehmer begrüßen.

Da mit der Entsendung von Vertretern durch DGB und DAG zu rechnen ist, soll rechtzeitig geklärt werden, wer vom BDI und ähnlichen Organisationen entsandt wird, damit nicht wieder – wie in Berlin[9] – die Wirtschaftskreise schweigen, während die Gewerkschaften reden. SCHEEL schlägt vor, evtl. den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Dr. *Schneider,* zu einer Rede aufzufordern.[10]

Am Samstag, dem 28. März, nachmittags, soll nicht mehr verhandelt werden. Der Parteitag soll mit der Pressekonferenz, die etwa gegen 14.30 Uhr stattfindet, schließen.

TOP 3 a: SATZUNGSÄNDERUNGEN

Zu den vom Vorstand am 6. Januar 1958 beschlossenen Satzungsänderungen[11] sind von den Landesverbänden Hamburg und Rheinland-Pfalz Änderungsanträge eingereicht worden.[12] Der Landesverband Hamburg beantragt die folgende Fassung: „Organisatorische oder grundsätzliche Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen (Gruppen) oder Teilen von diesen bedürfen der Einwilligung des Bundesvorstandes."

Der Landesverband Rheinland-Pfalz beantragt dagegen folgende Fassung: „Über organisatorische oder grundsätzliche Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen (Gruppen) oder Teilen von solchen ist der Bundesvorstand zu unterrichten. Erhebt der Bundesvorstand Einspruch, so ist die Durchführung der Verhandlungen so lange zurückzustellen, bis eine Behandlung der Frage in der zuständigen Vertretungskörperschaft der Landespartei möglich ist."

Der Vorstand lehnt beide Anträge ab und bestätigt den Antrag an den Bundesparteitag in der bereits am 6. Januar 1958 beschlossenen Form. Jedoch soll der Antrag nicht als § 9, 2, sondern als § 9, 3 eingefügt werden.

---

9 Bundesparteitag 1957.

10 Zur Teilnahme von Interessenvertretern am Düsseldorfer Parteitag siehe Nr. 50 mit Anm. 2 und 4. *Schneider* hat auf dem Parteitag keine Rede gehalten.

11 Nr. 47, TOP „Satzungsänderungen".

12 Beide betrafen § 9 Abs. 2 (neu) der Satzung.

Es wird ausdrücklich bestätigt, daß § 9, 2 in der bisherigen Form erhalten bleibt. Ferner soll bei § 9, 3 die gleiche Form gewählt werden wie bei § 9, 1 und 2, so daß der endgültige Wortlaut von § 9, 3 lautet: „Die Landesverbände sind verpflichtet, bei organisatorischen oder grundsätzlichen Abmachungen mit anderen Parteien oder Fraktionen (Gruppen) oder Teilen von diesen rechtzeitig die Genehmigung des Bundesvorstandes herbeizuführen."

Dadurch wird auch geklärt, daß es sich um Abmachungen auf der Basis der Landesverbände und nicht auf der Kreis- oder Ortsebene handelt.

In § 16, 2 a werden die Worte „und der Arbeitskreise" hinzugefügt.[13] In § 19 soll hinzugefügt werden, daß nicht nur der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sondern an seiner Statt auch „sein Stellvertreter" dem Bundesvorstand angehören soll.

Dr. NOWACK erklärt für Rheinland-Pfalz und SCHEEL für NRW, daß sie die Änderung ablehnen. Es wird mit 12 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, dem Bundesparteitag die fragliche Satzungsänderung vorzuschlagen.[14]

Der Landesverband Hamburg schlägt die folgende Änderung des § 25, 6 vor: „Bei der Bildung der Arbeitskreise ist jeder Landesverband zu berücksichtigen. Der Bundesvorstand beruft die Mitglieder der Arbeitskreise im Einvernehmen mit den Landesverbänden. Er kann sie jederzeit abberufen. Die Mitglieder der Bundestagsfraktion können mit allen Rechten an den Sitzungen der Arbeitskreise teilnehmen, die ihren Arbeitsgebieten in der Fraktion entsprechen."

STEPHAN stellt fest, daß es sich hier um eine vollkommen andere Auffassung der Aufgaben der Arbeitskreise handelt. Bisher habe der Vorstand nicht gewünscht, daß die auf eine geringe Mitgliederzahl zu beschränkenden Arbeitskreise jeden Landesverband zu berücksichtigen hätten. In dem Hamburger Antrag werde der allgemeinen Tendenz entgegen die förderalistische Struktur der Partei unterstrichen. Der Antrag Hamburg wird vom Vorstand nicht übernommen.[15]

Zum § 37 (Eintragung der FDP in das Vereinsregister) beantragt der LV Schleswig-Holstein Ablehnung. Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag des LV Schleswig-Holstein nicht angenommen. Der Vorstand beharrt auf seiner Fassung.

Abgelehnt wird auch der Antrag des LV Rheinland-Pfalz, als Sitz der FDP „zunächst" Bonn zu bestimmen.

Neu vorgelegt wird vom LV Baden-Württemberg der Antrag zu § 13: „Mitglieder der Bundestagsfraktion sind stimmberechtigt auf den Bundesparteitagen"; und zu § 16: „Die Mitglieder des Vorstandes der Bundestagsfraktion der FDP sind Mitglieder des Bundeshauptausschusses."

---

13 Aufgrund dieser Ergänzung erhielten die Vorsitzenden der Arbeitskreise das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundeshauptausschusses teilzunehmen.

14 Fortgang in: Nr. 50, TOP „Satzungsänderungen".

15 Fortgang ebd.

Es wird dazu folgende Begründung gegeben: „Eine Reihe von Bundestagsabgeordneten hat von sich aus auf eine Wahl als Bundesparteitagsdelegierte verzichtet. Diesen Abgeordneten sollte aber auf den Bundesparteitagen die Möglichkeit gegeben werden, bei der Beschlußfassung mitzuwirken. Ihnen sollte daher auf den Bundesparteitagen das Stimmrecht gegeben werden. Im Hauptausschuß jedoch sollten nur die Mitglieder des Vorstandes der Bundestagsfraktion stimmberechtigt sein."

Dr. BUCHER begründet den Antrag, der eine bessere Verbindung zwischen der Bundestagsfraktion und den Gremien der Partei anstrebe.

Dr. HAUSSMANN weist entgegen Vorhaltungen, daß durch das Stimmrecht der Bundestagsabgeordneten das demokratische Prinzip gefährdet werde, darauf hin, daß die Aufstellung für den Bundestag durch ein demokratisches Verfahren innerhalb der Partei zustande komme und ein größeres Vertrauen bedeute als die Wahl zum Parteitagsdelegierten.

Der Antrag zum § 13 wird mit 14 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zum § 16 wird mit 13 gegen 5 Stimmen abgelehnt.[16]

STEPHAN gibt einen Antrag zum § 8 bekannt, der ein Normalverfahren der Kandidatenaufstellung für die Landeslisten bei Bundestags- und Landtagswahlen vorsieht.[17]

Dr. HAUSSMANN meint, daß es sich hierbei um ein heißes Eisen handele, das aber einmal angepackt werden müsse.

Der Vorstand beschließt, sich auf dem diesjährigen Bundesparteitag nicht mit der Angelegenheit zu befassen, und erinnert an den Auftrag an den Bundesgeschäftsführer, die Untergliederung der Landesverbände, die aufgrund des § 8 der Satzungen vorgenommen ist, nach dem Bundesparteitag zu überprüfen.[18]

TOP 3 b: AKTION „ATOMTOD"

Der Vorsitzende lenkt die Aufmerksamkeit auf die Aktion „Atomtod".[19] MISCHNICK weist darauf hin, daß es gefährlich sein könne, wenn dabei nur

16 Fortgang ebd.

17 Der Wortlaut: „Die Kandidaten für die Landeslisten müssen sowohl vor Bundestags- wie vor Landtagswahlen von Landesparteitagen aufgestellt werden. Bei der Aufstellung muß über jeden Platz auf der Liste in schriftlicher geheimer Wahl einzeln abgestimmt werden. Die Aufstellung eines Gegenkandidaten darf durch keinen Landesverbandsbeschluß unmöglich gemacht werden. Über die Plätze auf der Kandidatenliste, die nach den Ergebnissen früherer Wahlen keinerlei Aussicht auf Erfolg bieten, kann – soweit die Wahlgesetze dies zulassen – global abgestimmt werden. Die Delegiertenstimmen werden bei diesen Kandidatenaufstellungen auf die regionalen Untergliederungen des Landesverbandes lediglich nach den Stimmergebnissen, die bei der letzten Landtags- bzw. Bundestagswahl im Bereiche jeder Untergliederung für eine Liste der FDP erzielt wurden, verteilt. Außer den Delegierten der Untergliederungen sind nur die Mitglieder des Landesvorstandes abstimmungsberechtigt, soweit diese auf einem Landesparteitag als solche gewählt worden sind." ADL, Ordner-Nr. 616.

18 Siehe Nr. 47, TOP „Satzungsänderungen".

19 Ein überparteilicher Arbeitsausschuß unter Leitung von Walter *Menzel* (SPD) veröffentlichte am 10. 3. 1958 einen Aufruf „Kampf dem Atomtod". Zu den Unterzeichnern zählten auch die

SPD und FDP beteiligt würden. Dr. Reinhold MAIER hält es für richtig, daß man nur mitmache, wenn weitere Kreise der Mitte beteiligt werden.

Es wird beschlossen, daß vom Gesamtvorstand Frau Dr. M. E. *Lüders,* MdB, Dr. Reinhold *Maier,* MdB, Dr. Erich *Mende,* MdB, und Dr. Thomas *Dehler,* MdB, weitere Verhandlungen führen sollen.[20]

TOP 3 c: EUROPA-UNION

SCHEEL meint, die FDP könne nur ganz oder gar nicht mitarbeiten. Er selbst sei bereit, etwas zu tun. Es müsse aber ausführlich über den Stand der Dinge in der Europaunion Auskunft gegeben werden. Es wird beschlossen, daß der Abg. *Margulies* um ein Referat in der ersten Vorstandssitzung nach dem Bundesparteitag gebeten werden soll.[21] Dies sei auch wichtig, weil von der CDU der Gedanke einer Direktwahl eines europäischen Parlaments propagiert werde.

TOP 3 d: LIBERALE WELTUNION

In der ersten Vorstandssitzung nach dem Bundesparteitag soll der Abgeordnete *Rademacher* gebeten werden, über die Lage, die sich nach der letzten Tagung des Präsidiums der Liberalen Weltunion[22] ergeben hat, zu berichten.[23]

Dr. LEVERENZ weist darauf hin, daß die Deutsch-Englische Gesellschaft gerade während unseres Bundesparteitages in Königswinter tagen wird. Wir müßten dabei vertreten sein. Dies ist auch die Meinung des Vorstandes.[24]

TOP 3 e: BRIEF DER LDPD

Dr. KOHUT lenkt die Aufmerksamkeit auf den Brief des Vorsitzenden der LDPD, *Loch*[25], der ihm bis heute nicht bekannt sei.

FDP-Vorstandsmitglieder Thomas *Dehler* und Marie-Elisabeth *Lüders.* Text des Aufrufes und die Namen aller Unterzeichner in: AdG 1958, S. 6944 B.

20 Fortgang siehe Nr. 51, TOP „Politische Lage: Volksbefragung und Mitgliedschaft im Ausschuß Kampf dem Atomtod".

21 Siehe Nr. 52, TOP 4 „Verhältnis zur Europaunion".

22 Die Tagung fand am 22. und 23. 1. 1958 in London statt und behandelte ausführlich auch die „Deutsche Frage" und damit im Zusammenhang die Außenpolitik der FDP. Der Standpunkt *Rademachers* in knapper Zusammenfassung wiedergegeben in: fdk, 9. Jg., Nr. 7 vom 28. 1. 1958. Ausführliches Protokoll der Sitzung in: ADL, N 14-48 (NL Fischer). Hieraus geht hervor, daß die Ostpolitik der FDP im Kreis der Liberalen Weltunion nicht unumstritten war.

23 Ein Bericht *Rademachers* im Bundesvorstand erfolgte nicht. Weitere Behandlung des Themas im Bundesvorstand in: Nr. 52, TOP „Liberale Weltunion".

24 Die Deutsch-Englische Gesellschaft tagte vom 27. bis 30. 3. 1958. Sie debattierte über das Thema „Interdependenz und Disengagement 1958". Für die FDP trat allein Hans *Reif* als Redner auf.

25 In diesem Brief forderte *Loch Maier* auf, den Kampf der FDP gegen die Stationierung atomarer Waffen in der Bundesrepublik zu forcieren und die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu unterstützen. Anlage zum Protokoll.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß er nur einen Zwischenbescheid erteilt habe, nämlich, daß der Brief dem Vorstand vorgelegt werde.[26] Er hält es für nötig, ihn in der nächsten Vorstandssitzung zu erörtern.

Dr. NOWACK schlägt vor, diese Erörterung durch einen kleinen Ausschuß vorzubereiten.

Es wird beschlossen, daß Dr. *Nowack*, Dr. *Will* und Wolfgang *Schollwer* diese Vorbereitung miteinander vornehmen sollen.[27]

49.

1. 3. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme von zahlreichen Mitgliedern der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 1. März 1958 in Bonn, Bundesparteileitung." Vorsitz: Maier bzw. Mende. 9.00 Uhr–14.00 Uhr und 17.30 Uhr–21.00 Uhr.

Teilnehmer: Atzenroth (morgens), Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Letz (abends), Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick (morgens), Claus-Christian Müller (abends), Nowack, Rademacher (morgens), Reichardt, Scheel, Heinrich Schneider (morgens), [Ungeheuer], Weyer (morgens), Will.

[REDE DES BUNDESVORSITZENDEN ÜBER DIE POLITISCHE LAGE MIT ANSCHLIESSENDER AUSSPRACHE]

Dr. Reinhold MAIER erklärt einleitend, ein offenes Gespräch sei nötig; einige Dinge müßten in Ordnung gebracht werden. [Er führt sodann wörtlich aus[1]:]

Ich glaube, es ist heute unsere Aufgabe, die politische Linie der FDP zu prüfen und festzulegen. Es gilt nicht etwa – was so in den Tageszeitungen steht – „Bedingungen" des Bundesvorsitzenden usw. zu erörtern und überhaupt die Wahl des Bundesvorsitzenden für 1958/59 vorzubesprechen, sondern es gilt, nach Festlegung der politischen Linie den Bundesvorsitzenden herauszusuchen, der in diese Linie hineinpaßt. Das scheint mir die richtige Formulierung

26 Brief nicht ermittelt.

27 Über die Arbeit dieses Ausschusses nichts ermittelt. Der Bundesvorstand kam auf den Brief *Lochs* nicht zurück.

1 Im Protokoll an dieser Stelle der Satz: „Die Rede des Bundesvorsitzenden wurde stenographisch aufgenommen und befindet sich in der Anlage." Abgedruckt ist im folgenden der Text dieser Anlage.

zu sein. Es erweist sich erstens eine Diskussion über das Verfahren als notwendig, das der FDP nun am besten zur Erreichung ihrer Ziele zu empfehlen ist, und zweitens die Diskussion über die zentralen sachlichen Fragen. Noch notwendiger aber ist eine abschließende, verbindliche Einigung, welche dann gilt und auch allseits eingehalten wird.

Fürchten Sie nicht, daß ich ein langes Referat halte. Ich hoffe, in nicht ganz zwanzig Minuten fertig zu sein. Ich darf einen ganz kurzen Rückblick auf die einzelnen Abschnitte seit dem Berliner Parteitag werfen, zunächst auf den Zeitraum zwischen Berliner Parteitag und Bundestagswahl. In welcher Situation waren wir damals? Wir hatten selbst eine Umfrage veranlaßt. Dabei wurde festgestellt, daß 45 % der FDP-Anhänger für *Adenauer* und 45 % der FDP-Anhänger gegen *Adenauer* sind. Wir waren also in eine kaum lösbare Situation hineingestellt. Es gab zunächst auch noch lange Zeit gegensätzliche Meinungen, die teilweise innen und damals leider auch noch mehrfach nach außen ausgesprochen wurden. Aber schließlich hat der Wahlkampf alle zusammengezwungen.

Wir hatten die drei großen Streitobjekte: Sollen wir, wie am Anfang sehr stürmisch verlangt wurde, unser Zusammengehen mit der SPD erklären oder mit der CDU? Wir sind dann den Weg des Würzburger Parteitages gegangen.[2] Wir wissen alle, wie diese Dinge sich vollzogen haben.

Dann war ein Streitobjekt die Außenpolitik – nicht etwa das sachliche Ziel, auch kaum die Wege –, die Wiedervereinigungspolitik: Soll man diese Dinge ganz in den Vordergrund stellen und die Menschen damit in den Bann der FDP ziehen, oder soll man die Dinge zwar behandeln, sie aber unpolemisch behandeln? Ich möchte sagen, nie ist etwa ein Beschluß der FDP oder eine Erklärung von mir gefallen, daß wir die Außenpolitik „ausklammern" sollten.[3] Wenn das heute in rückwärtiger Betrachtung wiederkehrt, daß das damals verkündet worden sei, so möchte ich die Herren, die weiterhin solche Aussagen machen, doch dringend bitten, sich nun nachträglich noch zu überzeugen, daß von einer Ausklammerung niemals die Rede war. Wir haben uns sehr deutlich zur Außenpolitik und Wiedervereinigung geäußert.

Das dritte Streitobjekt war die Frage, ob man massive Angriffe oder nur dosierte Angriffe auf *Adenauer* erheben sollte. Wir haben ja gesehen, wie das mit den massiven Angriffen ging. Der Kandidat, der in NRW der Hauptvertreter der ganz massiven Angriffe gegen *Adenauer* war, hat kandidiert[4], und dort sind die schlechtesten Wahlergebnisse erzielt worden.

---

2 Siehe Nr. 27, Anm. 4.

3 *Maiers* Haltung in Nr. 33 mit Anm. 17 und Nr. 35 mit Anm. 6. Dazu außerdem ein Rundschreiben *Stephans* an die Vorstandsmitglieder vom 29. 7. 1957 im Auftrag *Maiers*, in dem es u. a. hieß: „Es ist nie die Rede davon gewesen, daß die Außenpolitik, die Wehrpolitik, die Wiedervereinigungspolitik und der Atomstreit aus dem Wahlkampf ‚ausgeklammert' werden. Es wurde lediglich empfohlen, unseren Standpunkt kurz und sachlich, jedoch unpolemisch darzustellen. Dieses Verfahren ist schon deshalb zwangsläufig, weil wir ja entschieden für eine gemeinschaftliche Außenpolitik etc. einzutreten." ADL, Ordner-Nr. 3175.

4 Gemeint ist *Döring*.

Nach der Bundestagswahl ist eine schwere Malaise über die Partei gekommen. Die FDP war nicht mehr notwendig im Bundestag. Sie hatte keine entscheidende Stellung. Nun kamen natürlich die berühmten törichten Schuldhinweise: Der ist schuldig, jener ist schuldig, das ist schuldig, jenes ist schuldig. Dann sind Leute aufgetreten, die gesagt haben: Der General, nämlich der General *Maier,* der die Schlacht verloren hat, muß weg! Ich war nicht so tief mit diesem Amt verbunden, daß ich nicht weggegangen wäre, wenn mich einer aufgefordert hätte. Ich wäre sofort gegangen. Aber ich hätte es nicht für besonders gewissenhaft. . .

(*Weyer:* Können wir keine Namen erfahren? – Zuruf: Ohne Namen hat das keinen Zweck! – Weitere Zurufe!)

Ich bin sehr gern bereit, Ihnen den Namen auch zu nennen. Aber diese Ware wurde damals vielfach angeboten. Dabei kann ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich dort, wo ich einen Landesverband als Spitzenkandidat ins Feuer geführt hatte, persönlich die Wahl glatt gewonnen hatte.

Mein Bestreben war seither, die Bundespartei im Verfahren zusammenzuführen. Ich habe einem methodischen Vorgehen das Wort geredet, nicht sich Aushilfen von Fall zu Fall anzuvertrauen. Ich habe immer gesagt: Wir müssen vorausdenken und vorausbedenken, wir müssen vor allem voraussehen, wo ein künftiger Zusammenprall von Meinungen erfolgen kann und neue Parteikrisen entstehen können. Ich habe ein demokratisches Verfahren empfohlen, nämlich eine Aussprache mit schließlicher Einigung. Meine sehr verehrten Parteifreunde, das habe ich in meinem Leben gelernt. Ich bin seit meinem 18. Lebensjahr in der Politik, in der kleinen Organisation, in der größeren und auch in anderen Positionen, und meine Lebenserfahrung geht dahin: Das Gefährlichste ist das Losprellen einiger, einzelner, sind eben die Eigenmächtigkeiten einzelner. Das ist der Mutterboden für den so sehr beliebten Krach innerhalb der Partei. Kurzum: Ich habe mit Engelszungen in der Richtung geredet: Sicherstellung der Einheit der Partei, sachlich und organisatorisch. Organisatorisch: Schaffung eines politischen Gesamtwillens der Bundespartei, Zusammenwirkung von Bundespartei und Bundestagsfraktion, Zusammenwirken von Bundespartei und Landesverbänden.

Einiges wurde erreicht, einiges wird sich vielleicht noch gut auswirken. Aber wenn wir auf den Weg der letzten sechs Monate, d. h. der Monate seit der Bundestagswahl, zurücksehen, so müssen wir doch sagen: Immer, wenn wir das aus dem Auge verloren und nicht angewandt haben, ist es zur Enttäuschung gekommen. Ich will eine Sache bringen, die ganz außerhalb der großen und hohen Politik ist. Wir haben von der Bundestagsfraktion alle miteinander gemeint, mit einem Entwurf zur Aufhebung des Ladenschlußgesetzes[5] könnten wir ein gutes politisches Geschäft machen. Es hat sich aber gezeigt, daß wir, weil die Dinge nicht genügend vorbereitet waren, weil sie vorher nicht genügend untersucht waren, wirklich in eine Minuslinie gekommen sind und zu

5 BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 56, Drucks. Nr. 184.

den schärfsten Protesten des Einzelhandels Anlaß gegeben haben. Ich sage das nur als ein Beispiel dessen, daß man sogar dann, wenn man eine gute Sache hineinwirft – aus irgendeiner Erwägung heraus, aus irgendeinem Gefühl heraus, daß das gut sein wird –, zwangsläufig Fehler macht.

Wir haben dann den Fall Niedersachsen erlebt.[6] Ich möchte Herrn Dr. Carlo *Graaff* nun heute hier keine bitteren Stunden bereiten; er hat deren genug erlebt, und es ist ihm ganz genauso wie mir gegangen, daß ihm die Hauptstadien dieser ganzen Vorgänge nicht mit der Deutlichkeit auseinandergesetzt worden sind, die nötig gewesen wäre.

Aber es ist dort eine Situation eingetreten, wo die FDP nicht mehr Herr im eigenen Lager, sondern eben gebunden ist.

Ich möchte an die außenpolitischen Differenzen erinnern, die erst neuerdings aufgetreten sind.[7] In diesen Bemühungen der Sicherstellung der Einheit der Partei habe ich nicht so sehr viel Unterstützung, habe ich keine stürmische Unterstützung gefunden. Das wurde belächelt, es wurde kritisiert, man wurde so als ein ganz großer Umstandskrämer hingestellt. Diejenigen, die nach dem Grundsatz handeln: „Die Sache wird gemacht, sie wird schon schiefgehen", tun sich natürlich in entsprechenden Situationen immer leichter. Wer das Methodische ablehnt, der will die empirische Methode und vielleicht Zufallserfolge, aber auch garantierte Rückschläge. Einige Scherbenhaufen sind ja schon aufgeschichtet.

Bis in den Januar hinein ist im großen und ganzen alles recht gut gegangen. Aber während dieser intensiven Bemühungen um die Einheit in der Sache und in der Form kamen nun die Vorstöße der Aktivisten. Das waren gar nicht immer die berufenen Abgeordneten und Leute, die wirklich das Recht hatten, hier aktiv tätig zu werden. Diese haben extra folgende Stimmung verbreitet: „Das ist eine ganz langweilige Geschichte. Über der Einheit steht die Gewissensfreiheit der Abgeordneten; Wirtschaft, Steuern, Geldwert, Mittelschicht, Agrarpolitik und Lehrerbildung sind alles Dinge, die ganz im Hintergrund kommen. In den Vordergrund sind die großen nationalen Belange zu stellen, und wenn wir die richtig bearbeiten, dann gewinnen wir es."

Meine Herren, wir haben in den letzten drei Tagen erlebt, daß wir im Bundestag durch seriöse Behandlung von sachlichen Fragen durchaus die Aufmerksamkeit des Parlaments auf uns lenken konnten. Ich möchte an die hervorragende Rede von Herrn Bundestagsabgeordneten *Köhler* (Bühnsdorf/Schleswig-Holstein) zur Agrarpolitik erinnern[8], der das ganze Haus gefangen hat. Die Agrarpolitiker aller Parteien, insbesondere der bayerischen CSU und der CDU, haben die Ohren nur so gespitzt. In ähnlicher Weise konnte auch Herr Abgeordneter *Zoglmann* gestern bei der Fernsehdebatte das Haus fesseln.[9]

---

6 Siehe Nr. 45 mit Anm. 38 und 39, Nr. 46, TOP 4 „Vorgänge im niedersächsischen Landtag", und Nr. 47, TOP 3 „Vorgänge im niedersächsischen Landtag".

7 Beteiligung am Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod". Siehe Nr. 48 mit Anm. 19 und 20.

8 Rede am 27. 2. 1958, BT Sten. Ber., Bd. 39, S. 656 A–664 B.

9 Ebd., S. 700 B–705 B.

Es gibt Leute, die sagen: Es gibt gar keinen Mittelstand mehr in der Bundesrepublik. Man muß die nationalen Belange ganz in den Vordergrund stellen. Sie verkümmern unter den Bemühungen des Bundesvorsitzenden um eine innere Parteiordnung. Dann ist die Devise gekommen: „Ran an den Feind, es muß zum Angriff gepfiffen werden, und wenn der Bundesvorstand nicht pfeift, so pfeifen wir. Es naht sich sozusagen die neue Zeit, die der Jugend gehört und den Alten mit den jungen, jugendlichen Herzen und Sinnen."

Es ist einfach eine Tatsache, die ich offen vor Ihnen bekennen muß: Es liegen zwei Richtungen und Auffassungen in der Partei vor. Die eine sagt: Die Einbruchstelle, auf die wir alle warten und die bei der Regierung Adenauer notwendig kommen muß, kann vorverlegt werden. Es sind auch gewisse Erfolge erzielt worden. Wir wissen alle, wie die *Dehler*-Rede[10] gewirkt hat. Sie hat Widerspruch gefunden, sie hat aber das eine erreicht, daß wir wieder in den Vordergrund gekommen sind. Es ist aber eigentlich die Frage: Haben wir die CDU damit niedergeritten? Gewiß – das ist gar kein Zweifel – haben wir in dem Augenblick einen Erfolg gehabt. Aber wahrscheinlich wird die Entwicklung so weitergehen, daß wir die CDU auch aufgeweckt haben. Das ist an und für sich ein normaler Vorgang. Die parlamentarische Reaktion wird in Gang kommen, und wir wollen uns an diesem Leistungswettbewerb beteiligen, jedoch miteinander und nicht im Einzelgang, und zwar aufgrund von Vorstands- und Fraktionsberatungen, nicht durch Aktionen einzelner.

Durch diese Vorgänge ist in unseren jungen, aufstrebenden Kräften in der Partei der Eindruck erweckt worden: Wir machen eine rasante Opposition, ein stürmisches Vorwärtstragen der nationalen Fragen. Das setzt uns in Stand, alles zu überrennen, auf uns die Aufmerksamkeit zu lenken, heikelste Situationen mit den Koalitionen, die heute eine Rolle spielen, vergessen zu machen und vor allem – was das sachlich Wichtigste ist – neue Wählerschichten zu gewinnen. Diese Leute wollen also eine dynamische Politik. Ich verstehe unter dynamischer Politik etwas ganz Besonderes, ich verstehe darunter eine Politik, die einfach vorwärtsstürmt, ohne viel Bedenken und ohne Rücksicht auf Verluste: Wir wollen eine radikale Außenpolitik, eine hoch aktive Ostpolitik mit all den Schwierigkeiten, die daraus entstehen und die in die heikelsten Fragen der deutschen Politik überhaupt hineinführen – ich komme noch einmal darauf: Gespräche mit Pankow und ähnliches –, und wir wollen eine nationale Politik über alles. Wir wollen die FDP in eine nationale Volkspartei umwandeln.[11]

Die andere Auffassung, die sehr viele Vertreter hat, noch hat und auch haben wird, sagt folgendes: Die sogenannten neu gefundenen Wählerschichten (Man sagt ja immer: Jetzt haben wir das Ohr der Taxichauffeure und der Streckenarbeiter gefunden. Das ist ja nur ein Schlagwort. Man will sagen: Wir sind in ganz andere soziale Schichten eingedrungen.) werden sich nicht mit einer *Deh-*

10 Gemeint ist die Rede *Dehlers* im Bundestag am 23. 1. 1958, in der er mit der Außenpolitik *Adenauers* abrechnete (Die versäumte Gelegenheit der *Stalin*-Note von 1952), ebd., S. 384 D–399 C. Hierzu ausführlich F. KLINGL, S. 475–484.

11 So die Zielsetzung der nordrhein-westfälischen FDP. Dazu ebd., S. 485 f.

ler-Rede und einer nochmals fortgesetzten anderen Rede abspeisen lassen. Wenn wir uns so umstellen wollen, so müssen wir diesen Schichten auch ganz entscheidende Konzessionen in der inneren Politik machen. Meine Herren, wir haben uns z. B. die Bundestagsdebatte über die Erhöhung der Bundesbahntarife[12] angehört. Die SPD hatte beantragt, das solle aufgehoben werden.[13] Unser Sprecher ist natürlich aufgrund unserer Auffassung hinaufgegangen und hat gesagt: „Nein, es ist einfach notwendig, daß ein solches außerordentlich wichtiges Unternehmen von großer, allgemeiner Bedeutung sich selber trägt. Das führt eben dazu, daß die weit zurückgebliebenen Tarife erhöht werden müssen."[14] Wenn wir aber nun die Politik dynamisch weitertreiben wollen und wenn wir nun diesen „neuen" Schichten etwas bieten wollen, dann müssen wir mindestens gegen die Erhöhung stimmen, ja, wenn wir wirklich auch noch die SPD übertrumpfen wollen, müssen wir sagen: Diese Tarife müssen noch gesenkt werden. Den alten Wählerschichten müssen wir dann das nehmen, was wir den neuen geben. Wir müssen uns dann auf eine Porpaganda einrichten, auf die unsere Parteiorganisation gar nicht eingestellt ist. Wir müssen wie einst eben die NSDAP, natürlich nur in der Form, nicht in den sachlichen Zielen, die Dinge in eine Linie bringen, die in solchen Fällen wirksam wird.

Diese andere Auffassung fordert eine zwar aktive, aber überlegte, konsequente Außenpolitik. Zu „konsequent" müssen wir leider auch das eine sagen, daß wir die Kontinuität der FDP-Linie in der Außenpolitik nicht einfach unterbrechen können. Wir waren bis zu einem weit fortgeschrittenen Zeitpunkt dabei, und wir können das nicht einfach auslöschen. Wir wollen auch mit dem Westen gehen. Sogar die SPD sagt: Die Verträge sind in Ordnung.[15] Sie sind legal zustande gekommen, und sie bestehen. Diese andere Auffassung will das Schwergewicht auf die Wirtschaftspolitik, auf die Sozialpolitik, auf die Steuerpolitik, auf die Wahrung der inneren Demokratie lenken und gegen die Herrschaft einer Partei und eines Mannes, eine Angelegenheit, die wir im Wahlkampf sehr behandelt haben und die noch aktueller ist als je, noch aktueller als im Wahlkampf selbst. Wenn wir die Wahrung des Rechtsstaates in den Vordergrund stellen und uns für einen sauberen Staat einsetzen, haben wir damit, glaube ich, Momente, die mindestens ebenso zugkräftig sind wie die anderen.

Wenn ich bei der Außenpolitik immer für Zurückhaltung eintrete, so ist das deswegen: Wenn wir im Wahlkampf und auch nachher mit Leuten sprechen, dann sagen diese – wollen wir sagen, der Bundesverband der Deutschen Industrie, aber auch viele, viele andere Menschen –: Eure wirtschaftspolitischen Ziele und eure sozialpolitischen Ziele sind direkt ideal; aber was wollt ihr mit der Außenpolitik? Wir haben das Gefühl, daß hier keine Sicherheit besteht, wie hier richtig agiert wird.

---

12 Die Debatte fand am 12. 2. 1958 statt, BT Sten. Ber., Bd. 39, S. 435 C–478 C.

13 BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 56, Drucks. Nr. 141 (neu).

14 So in der Tendenz die Ausführungen *Starkes*, BT Sten. Ber., Bd. 39, S. 471 C–473 C.

15 Gemeint sind die Pariser Verträge von 1954: Deutschland-Vertrag und Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Siehe Nr. 6 mit Anm. 1.

Ich möchte hier das eine betonen: Die FDP-Fraktion macht eine durchaus vernünftige Außenpolitik, und sie ist keineswegs schüchtern. Ich möchte auch sagen – und keiner wird das leugnen können –, daß ich mich persönlich eifrig und positiv an ihr beteilige, bei den einzelnen Aktionen, die hier zu unternehmen sind. Aber es ist klar, wenn einer mit 140 km dahinbraust, so erscheint der andere, der den normalen Gang von 80 km hat, natürlich als Schlafhaube. Aber die Schlafhaube wird in dem Augenblick gewürdigt, wenn der 140er im Graben liegt und das Unfallkommando kommt und der Sanitätswagen.

Ich meine also, meine sehr verehrten Freunde: Nachdem wir in der Bundestagsfraktion eine gute Außenpolitik machen, brauchen wir keine Außenpolitik zur linken Hand. Das ist gar nicht notwendig. Wir können da von der einen außenpolitischen Debatte zur anderen fortschreiten. Wir werden nach meinem Dafürhalten dadurch kein schlechtes Geschäft machen.

Aber ich bin verpflichtet, Ihre Aufmerksamkeit auf eine Entwicklung zu lenken, welche vielfach gar nicht erkannt wird. Es wird nicht nur diese rasante Politik empfohlen, sondern auch ein rasantes Verfahren. Es wird gesagt: Einige Leute mit Mumm, mit Bravour, auch mit Rednergabe, stoßen vor, verkünden die neue Linie ohne Rücksicht darauf, ob sie und von wem sie gutgeheißen ist, und diese wenigen reißen die anderen mit. Wer aber, wenn Fakten geschaffen sind, widerspricht und sich öffentlich auflehnt, der hat sich schon ins Unrecht gesetzt. Wer bei der Linie geblieben ist, ist derjenige, welcher die Einheit der Partei verletzt. Wer eine Äußerung als Eigenmächtigkeit kennzeichnet, der petzt, der trägt einen Streit nach außen.

Meine sehr verehrten Parteifreunde – ich möchte mich da gerade auch an einige Herren in der Bundesgeschäftsstelle wenden –: Ich freue mich, daß Sie die Lehrbücher über die Funktionen der Elite, über die jeweils wiederkehrende Aufgabe der historischen Minderheit gelesen haben. Aber, glauben Sie ja nicht, daß sich das ohne weiteres auf eine Partei wie die FDP, überhaupt auf eine demokratische Partei übertragen läßt. Es brauen sich da hochtheoretische Vorstellungen zusammen, ich möchte sagen: mit Jugenderinnerungen, als wir noch Bücher über die Sioux-Indianer lasen.

(*Weyer:* Die Sioux-Indianer waren ehrenwerte Leute!)

Ehrenwerte Leute! Aber ob sie heute so passen? Sie können ja solche Leute in NRW für den Landtagswahlkampf engagieren.

(*Weyer:* Das macht *Adenauer* schon! – Heiterkeit.)

Es wird ganz offen gesagt: Den Dr. *Maier* bringen wir schon dahin, wohin wir wollen; wir gehen nicht den Weg der langweiligen Parteibeschlüsse.

(*Weyer:* Wer sagt das? – Zurufe: Die Sioux! – Weitere Zurufe!)

Das Wort von *Demetrius:* „Die Mehrheit ist der Unsinn, Vernunft ist stets bei wenigen nur gewesen", wird von einigen in Anspruch genommen, wo wir nicht unbedingt wissen, ob sie die Vernunft gepachtet haben; denn auch die anderen haben ein Stückchen Vernunft. Es wird gesagt: Dr. *Maier* kann wohl oder übel dagegen sein, er kann den Finger noch so draufhalten – was kann er denn machen, wenn wir es trotzdem tun? Und es wird eine Art Naturrecht

konstruiert, daß man in diesen Dingen überhaupt keine Parteidisziplin zu wahren habe. Da möchte ich nur sagen: Ein herzliches Glückauf dem Bundesvorsitzenden der Zukunft; an diesen Bundesvorsitzenden wenden sich nämlich dann am Montag morgen die entrüsteten Landesvorsitzenden und stellen ihn zur Rede, nicht diejenigen, welche in der Morgenpresse aufgefallen sind.

Zurzeit sind die Ostkontakte in ganz anderer Richtung, als sie früher waren, im Schwange. Die Probleme: Gespräche mit Pankow, Gespräche Konföderation[16], Gespräche Volksbefragung[17], Beteiligung von Mitteldeutschen bei zukünftigen Erörterungen aufgrund der Gipfelkonferenz[18], werden sehr behandelt.[19] Eine Minderheit, aber sehr wichtige Repräsentanten der FDP, hat sich mit dem Gedanken angefreundet, daß man das machen muß. Eine starke Mehrheit ist dagegen und sieht es sogar als ruinös für unsere Partei an. Aber mein Gefühl geht dahin, daß uns das in Bälde serviert werden wird, und zwar von den Dynamikern. Im außenpolitischen Arbeitskreis, in der Fraktion und noch einmal haben wir im außenpolitischen Arbeitskreis über diese Fragen gesprochen. Es ehrt jeden, der in diesen Kreisen sagt: Wir kommen auf die Dauer um diese Gespräche nicht herum. Man kann da sehr viel sagen. Diese Gespräche können ja überhaupt erst dann kommen, wenn einmal der Rahmen von seiten der Vier Mächte überhaupt gesteckt ist. Die Gespräche können dann über das Technische kommen. Aber es gibt Leute, die sagen: Wir sollten sie heute schon beginnen, wenn wir richtig handelten. Das sind ganz maßgebende Leute in der Partei.

(Dr. *Dehler:* Wer hat das gesagt, Herr Reinhold *Maier?* Sie erzählen ja lauter Märchen! – Zuruf: Herr *Maier,* es wäre wirklich besser, es würden Namen gesagt! – Dr. *Dehler:* Kein Mensch hat das in meiner Gegenwart dort gesagt!)

Ich bin erst am Anfang dieser Ausführungen. Ich bin sehr gern bereit, etwas deutlicher zu werden. Lieber Freund Thomas *Dehler,* ich habe Dich bei diesen

16 Eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten als Weg zur Wiedervereinigung hatte *Bulganin* unter Aufgreifen einer Anregung *Grotewohls* vom Juli 1957 (AdG 1957, S. 6571 A) *Adenauer* in einer Note vom 8. 1. 1958 vorgeschlagen (AdG 1958, S. 6839 A 2). *Adenauer* hatte diesen Vorschlag jedoch in einer Note vom 20. 1. 1958 zurückgewiesen (Ebd., S. 6854 E).

17 Einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten darüber, ob die DDR und die Bundesrepublik Deutschland einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen, hatte *Grotewohl* am 24. 1. 1958 vorgeschlagen. AdG 1958, S. 6864 B. Im Bundestag brachte die SPD-Fraktion am 25. 3. 1958 einen Gesetzentwurf zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ein. BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 57, Drucks.-Nr. 303.

18 Über die Abhaltung einer Gipfelkonferenz hatte im Januar und Februar 1958 ein Notenwechsel zwischen *Bulganin* und *Eisenhower* begonnen. AdG 1958, S. 6839 A und S. 6899 A.

19 Diese Bemerkungen zielten vor allem auf den Landesparteitag der FDP in Nordrhein-Westfalen am 7. und 8. 2. 1958 ab, auf dem *Döring* ein 5-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vorgelegt hatte, das in Punkt 1 eine gemeinsame Deutschlandpolitik aller Parteien in Absetzung des Kurses von *Adenauer/von Brentano* einerseits und *Ulbricht* andererseits forderte. Punkt 2 verlangte die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und Abzug aller auswärtigen Streitkräfte aus Deutschland. Punkt 3 enthielt die Forderung nach einer Viermächtekonferenz über Deutschland unter Beteiligung Deutscher aus Ost und West. Punkt 4 betraf die Durchführung einer Volksbefragung über den militärischen und politischen Status Deutschlands, und Punkt 5 sprach sich für freie deutsche Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung aus. W. Dorn/W. Wiedner, 1974, S. 91 f.

Beratungen öfters beobachtet. Du warst vollkommen geistesabwesend und bist den Verhandlungen gar nicht mit der notwendigen Zuverlässigkeit gefolgt. Wir hatten letzten Montag eine Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises, und da wurde die Angelegenheit nach Deiner Theorie so behandelt: Zuerst müßten wir fragen: Was ist objektiv richtig? Dann müßten wir die zweite Frage darüber legen: Was ist politisch zweckmäßig? Und dann müßten wir die dritte Frage darüber legen: Was ist für die Partei tragbar? Das ist doch Deine Theorie der Dreiteilung.

(Dr. *Dehler:* Ich weiß nicht, ob ich geistesabwesend war, wenn ich das sagte!)

Ich komme darauf, und zwar auf Aufforderung. Ich hätte Deinen Namen überhaupt nicht genannt. Ich komme darauf aufgrund von Aufforderung.

Nun ist über diese Frage gesprochen worden, und es sind ganz bestimmte Persönlichkeiten von großem Ansehen in der Partei, welche nun sagen: Wir kommen um diese Angelegenheit nicht herum. Ein Vertreter davon ist Dr. X, ein Vertreter davon ist Dr. Y, ein Vertreter davon ist Herr Z. Einer hat sich sogar auf den Standpunkt gestellt: Wir müssen sogar sehen, daß wir von der CDU nicht überrundet werden.

(Dr. *Dehler:* Aber keiner hat gesagt, daß . . . werden soll, das wird doch jetzt behauptet!)

Bitte, ich bin doch noch nicht fertig. Es wird mir doch keiner unterstellen wollen, daß ich eine falsche Tatsachenschilderung gebe. Ich kann aber nur dann eine richtige Tatsachenschilderung geben, wenn man mich ausreden läßt. Ich möchte Ihnen sagen, daß die Mehrheit der Bundestagsfraktion diese Auffassung, von der ich eben gesprochen habe, nicht teilt.

Die Besprechungen, die Diskussionen sind in dieser Sitzung zeitlich vorangerückt. Man hat gesagt: Wir hören um 20.50 Uhr auf. Um 19.30 Uhr konnte ich eine Einigung feststellen, und zwar dahingehend, daß wir uns alle, diejenigen, welche dafür sind, und diejenigen, welche dagegen sind, versprachen, daß in dieser Frage überhaupt nichts verlautbart wird, sondern daß wir alle miteinander anerkennen, daß das durch einen zukünftigen, außerordentlich wichtigen, bindenden Parteibeschluß sowohl bezüglich der Sache wie bezüglich des Zeitpunktes festgelegt werden muß. Stimmt es bis dahin?

(Zustimmung!)

Und wie haben sich die Verhandlungen dann in der letzten halben Stunde weiterentwickelt? Diesen Beschluß, der für alle eine große Erleichterung bedeutet hat, haben wir nun gefaßt gehabt, und nach einer Viertelstunde fing Thomas *Dehler* wieder an, ins Leere seine Hand streckend, und sagte: Wir müssen diese Sache doch machen; es ist doch notwendig, daß wir sie machen, und ich habe den Eindruck. . .

(Dr. *Dehler:* reine Phantasie!)

Nein, ich hatte das Empfinden, daß Dir dieser Beschluß gar nicht zugegangen war, daß Du ihn gar nicht aufgenommen hast. Ich bin dann bekanntlich aufgestanden und habe gesagt: Ich sehe, diese Sache wird uns eines schönen Tages

überraschen, und wir werden es erleben, daß wir plötzlich vor einer Situation stehen, die außerordentlich schwierig für uns ist.

(Dr. *Dehler:* Ist das Geistesabwesenheit?)

Ja, ich habe den Eindruck, daß Du den ganzen Nachmittag manchmal vollkommen geistesabwesend warst.

(Dr. *Dehler:* ein freundlicher Mann, wirklich ein freundlicher Mann!)

Meine sehr Verehrten, ich habe Ihnen meine Auffassung gesagt. Diese Bestrebungen sind da und werden von sehr energischen Leuten getragen. Der Bundesvorsitzende ist zwar nicht allein. Es sind sehr viele mit ihm, aber im Bundesvorstand sind meistens sehr beschäftigte Leute, die die Kontinuität der Entwicklung gar nicht mitmachen. Die Bundesvorstandsmitglieder sind teils aktiv, sie sind teilweise beispielhaft gewissenhaft. Teilweise sind sie auch inaktiv, teilweise sind sie chronisch verhindert, teilweise wirken sie überhaupt nicht mit.

Ich habe Ihnen nun einen Überblick gegeben. Gestern ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein Artikel erschienen, daß der Bundesvorsitzende der Erste unter Gleichen sei, also primus inter pares.[20] Ich habe nie eine andere Stellung angestrebt. Ich habe wirklich nie den Anspruch gestellt, über die anderen hinausgehoben zu werden. Aber es kann natürlich auch so sein, daß die pares, die Gleichen, sich anschicken, mit dem primus Fußball zu spielen. In diese Situation begebe ich mich nicht. Sie können daraus entnehmen, wie ich zu der ganzen politischen Lage in der FDP stehe. Aber Sie werden mir immerhin zutrauen, daß ich ein Ohr für die Dinge habe, die sich abspielen, und daß ich auf jeden Fall in keiner Weise gewillt bin, mich in diesen Strudel einfach einfangen zu lassen. Ich bin dafür, daß wir in der Partei die zentralen Fragen zentral besprechen und lösen, und daß eine Garantie dafür vorhanden sein muß, daß der Wille der Partei maßgebend ist, und daß nicht in ganz wichtigen Dingen einfach einzelne [Parteimitglieder] gewisse Teile der Politik vorwegnehmen und die Partei in irgendeine unangenehme Lage bringen.

Vor Eintritt in die Debatte erheben *Weyer* und *Leverenz* Einspruch dagegen, daß auch die Debatte mitstenographiert wird.

Weyer entgegnet Dr. Reinhold *Maier* in etwa einstündigen Ausführungen. Er geht aus von dem Lübecker Bundesparteitag 1953, während dessen [Verlauf] er – *Weyer* – versucht habe, die Kluft, die damals zwischen Baden-Württemberg und NRW bestand, zu schließen.[21] Darin bestand damals die Taktik der „jugendlichen Stürmer". Die Rede, die er beim Düsseldorfer Landesparteitag ge-

---

20 Artikel „Wahlkampf mit außenpolitischen Waffen. Die Freien Demokraten rüsten sich für die Düsseldorfer Landtagswahlen", in: FAZ vom 28. 2. 1958, S. 4. Darin lauteten die letzten Sätze (Auszug): „Maßgebende Mitglieder des Vorstandes meinen, [...] sie wünschten die Wiederwahl *Maiers,* aber in ihrer Partei sei der Vorsitzende ‚Erster unter Gleichen' und könne der Partei weder Vorschriften machen noch Bedingungen für seine Kandidatur stellen."

21 *Weyer* hatte seine Devise schon in der letzten Bundesvorstandssitzung vor Beginn des Lübecker Parteitages von 1953 in die Worte gefaßt: „Erst einmal Lübeck über die Bühne bringen, dann können wir uns [...] auseinandersetzen." FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, S. 1061. Eine Intervention *Weyers* zur Einigung am Ende der Bundevorstandssitzung am Rande des Parteitages am 27. 6. 1953 in: ebd., S. 1093.

halten habe[22], enthielt keinerlei Konzessionen an die sozialistische Seite; der LV NRW hat auch keine Querverbindungen zur Zone. Befremdend habe auf ihn gewirkt, daß Dr. Reinhold *Maier* einen Brief, den er – *Maier* – als persönlich gekennzeichnet habe, in Abschrift dem gesamten Vorstand habe zukommen lassen[23], wodurch der persönliche Charakter aufgehoben sei.

Er – *Weyer* – wehre sich als Liberaler gegen den Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, gegen das zunehmende Denken in Konzernen. Dieses dürfe auch nicht steuerlich begünstigt werden. Hierin habe die Hauptforderung seiner Düsseldorfer Rede bestanden, nicht in den außenpolitischen Passagen. *Weyer* verliest die Äußerungen, die er zur Außenpolitik in der Pressekonferenz in Düsseldorf gemacht hat.[24] Diese wären von ihm ganz persönlich. Dr. *Mende* habe das sofort unterstrichen. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibe dann von den „wilden Schreien der Cherusker aus dem Teutoburger Wald".[25] Sie, und nicht der wirkliche Inhalt seiner Rede, hätte das Zeichen zum Entrüstungssturm gegeben. Dr. *Haußmanns* Stuttgarter Rede sei auch von der allgemeinen Linie abgewichen.[26] Wurde sie mißbilligt? Die Mißbilligung, die Dr. Reinhold *Maier* nach den Bundestagswahlen Dr. *Mende* in einer großen Sitzung von Vorstand und Fraktion bezeigte[27], sei wenig parteifreundlich gewesen. Das Verdikt, das er jetzt in der Fraktion gegen die Düsseldorfer verlange[28], sei von

---

22 Am 7. 2. 1958. Nach dem Bericht „Landesparteitag der FDP in Düsseldorf. Radikalisierung im Fahrwasser Dehlers", in: NZZ vom 10. 2. 1958 (Blatt 2) hatte *Weyer* dabei in bezug auf die Außenpolitik gefordert: „Wir müssen Brücke sein zum Osten, das ist unsere geschichtliche Mission als Herz Europas. Der Lorbeerkranz gehört dem, der Freiheit und Vaterland gewinnt." Im innenpolitischen Teil seiner Rede ritt *Weyer* wütende Attacken gegen die Bonner CDU-Politik, während die Kritik an der SPD „recht mild" ausfiel. An dem Willen zur Fortsetzung der Koalition mit der SPD in Nordrhein-Westfalen ließ *Weyer* keinen Zweifel. Er warnte „vor Sozialisierungsexperimenten und versorgungsstaatlichem Denken, wetterte aber gleichzeitig gegen die ‚Großindustrie' und die ‚Superkapitalisten', die den Mittelstand an die Wand drückten. Mit scharfen Worten lehnte er Fusionen mit anderen Parteien ab."

23 Siehe Anm. 33.

24 Pressekonferenz am Ende des Parteitages. Dazu hieß es in dem Bericht der NZZ (Anm. 22): *Weyer* „plädierte für ein Eingehen auf *Ulbrichts* Idee einer Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten, wobei er bemerkte, wenn man immer nur Nein sage, dann werde der Preis der Einheit noch höher. *Weyer* betonte allerdings, daß er damit nur seine ganz persönliche Meinung geäußert habe."

25 So in dem Bericht (Anm. 22).

26 Rede *Haußmanns* auf einer öffentlichen Kundgebung in Stuttgart am 6. 1. 1958 anläßlich des traditionellen Dreikönigstreffens der DVP. *Haußmann* hatte die Ansicht vertreten, „daß die Wiedervereinigung Deutschlands über mehrere ‚Zwischenlösungen' angestrebt werden müsse. Die Möglichkeit einer ersten Zwischenlösung biete der Vorschlag, in Europa ‚entspannte Räume' zu bilden." Der Bundesregierung hatte *Haußmann* vorgeworfen versäumt zu haben, „bei den Westmächten überzeugend für die deutsche Wiedervereinigung zu werben. Die Bundesregierung habe kaum ein Ereignis richtig eingeschätzt oder rechtzeitig vorausgesehen. Auch in der Wiedervereinigungspolitik entpuppten sich heute die Zauberformeln der Regierung als eitle Selbsttäuschung." Bericht „FDP für neue Wege in der Wiedervereinigungspolitik", in: STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 7. 1. 1958 (Titelseite).

27 Siehe Nr. 44, TOP „Konflikt Maier/Mende".

28 Bereits am 11. 2. 1958 hatte Landesgeschäftsführer *Hummel* mit *Stephan* über die Haltung der Bundestagsfraktion zu den Äußerungen von *Weyer* und *Döring* auf dem Landesparteitag ein Telefongespräch geführt. *Hummel* hat hierüber eine Aufzeichnung angefertigt, aus der hervor-

der Fraktion abgelehnt worden. Es war gut, daß die fdk die Gegenerklärung Dr. Reinhold *Maiers* gegen die Reden des Düsseldorfer Parteitages nicht veröffentlicht habe. „Ich war erstaunt, daß *Stephan* die Erklärung ins ‚Freie Wort' brachte[29] und daß der Landesverband Baden-Württemberg eine Erklärung, die sich gegen mich richtete, auch noch durch seinen Informationsdienst überallhin verbreiten ließ.

Wenn ich mich für die Wiederwahl Dr. Reinhold *Maiers* einsetzte, bekam ich dafür bittere Vorwürfe. Die Empfindlichkeit Dr. Reinhold *Maiers* ist groß. Das zeigte sich schon in Berlin, als ‚Die Zeit', ein gegnerisches Blatt, die Überschrift brachte: ‚Auf Maier folgt Weyer'[30], und Dr. Reinhold *Maier* darauf öffentlich einging und bekundete: ‚Einmal da, bleibe ich auch da'.[31] Die gleiche Empfindlichkeit zeigte er, als ein Kölner Parteifreund, *Kate,* in einer Parteiversammlung Krik an Dr. Reinhold *Maier* übte[32] und bei manchen späteren Anlässen.

Niemals habe ich gesagt, daß ich auf den Bundesvorsitzenden pfeife, weil dieser die Parole ‚Klein aber fein' gegeben hat. Dies beweist der Wortlaut meiner Formulierungen von Düsseldorf."[33]

---

geht, daß *Maier* eine Erklärung der Bundestagsfraktion zu den Äußerungen anstrebte. HStASt, Q I/22, Bü 946 (NL Haußmann).

29 Die Erklärung lautete: „In den letzten Tagen sind aus FDP-Kreisen Äußerungen zu der Frage der Konföderation bekannt geworden, denen eine grundsätzliche Bedeutung nicht zukommt. Es handelt sich um Stellungnahmen, wie sie auch in anderen Parteien und zu anderen Problemen als persönliche Diskussionsgrundlage erfolgten und erfolgen. Die Ablehnung von Verhandlungen mit Pankow ist mehrfach, zuletzt in der Bundestagsdebatte vom 23. Januar 1958, von der Freien Demokratischen Partei verbindlich erklärt worden. Desgleichen verbleibt es bei der Ablehnung einer Konföderation der Bundesrepublik und der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik durch die FDP." DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 7 vom 14. 2. 1958, S. 2.

30 Artikel „Dehler stürzte auf lautlose Weise. Heute ist es Maier - morgen folgt ihm Weyer", in: DIE ZEIT vom 10. 1. 1957 (Seite 2).

31 Dieser Satz war in *Maiers* Antrittsrede als Parteivorsitzender nach seiner Wahl am 24. 1. 1957 gefallen. In dem Artikel „Die FDP fand ihr Selbstbewußtsein zurück", in: MANNHEIMER MORGEN vom 26. 1. 1957 hieß es hierzu: „Aus der selbstbewußten Antrittsrede Dr. *Maiers,* in der er sich als guter Demokrat empfahl, war den Delegierten der kurze, aber sehr klare Satz ‚Einmal da, bleibe ich da' besonders im Gedächtnis geblieben. Die ‚Jungtürken aus Düsseldorf' suchten ihn mit Gelassenheit zu interpretieren."

32 Siehe Nr. 47 mit Anm. 5.

33 Laut Bericht der NZZ (Anm. 22) hatte *Weyer* ausgeführt: „Wir pfeifen auf das Epitheton ‚klein aber fein'. Nicht klein und erst recht nicht fein – sondern freiheitlich, sozial und national!" Dies war eine Anspielung auf eine Rede *Maiers* in Stuttgart am 6. 1. 1958, in der er gesagt hatte, „daß sich die FDP durch zuverlässige treue Kleinarbeit sowie durch unerschütterliche Prinzipienfestigkeit das schmückende Beiwort ‚klein aber fein' verdienen müsse". Bericht der STUTTGARTER NACHRICHTEN (Anm. 26). *Maier* hatte am 20. 2. 1958 *Weyer* einen Brief geschrieben (Abschrift an die Mitglieder des Bundesvorstandes), in dem es u. a. hieß: „Ihre öffentlich ausgesprochenen Sätze, daß Sie auf dieses Wort [klein aber fein] des Bundesvorsitzenden pfeifen, ist hier weithin so aufgefaßt worden, daß Sie (und andere in Nordrhein-Westfalen) auf den Bundesvorsitzenden pfeifen. Nicht nur die gegnerische Presse hat Ihre burschikose Formulierung im Sinne einer absichtlichen Autoritätsminderung der Spitze der FDP-Bundespartei ausgelegt und erörtert. Nachdem diese Sachlage eingetreten ist, bitte ich Sie um einen konkreten Vorschlag zur Beseitigung der Unstimmigkeiten. Ich bin jedenfalls nicht gesonnen, sie auf sich beruhen zu lassen." HStASt, Q I/22, Bü 946 (NL Haußmann).

Weyer faßt den Standpunkt Nordrhein-Westfalens dahin zusammen, daß eine Wiederwahl Dr. Reinhold *Maiers* unter bestimmten, von ihm – Dr. Reinhold *Maier* – aufgestellten Bedingungen abgelehnt wird; NRW ließe sich auch nicht an die Kette nehmen. Freilich solle man seine Erklärungen nicht so auffassen, als ob er eine eigene Linie ohne Rücksicht auf die Gesamtpartei verfolge.

Dr. Reinhold MAIER entgegnet, es handele sich darum, die politische Linie der Partei jetzt festzulegen und dann den Bundesvorsitzenden auszusuchen, der diese Linie durchführen könne.

Dr. LEVERENZ beantragt, zunächst die politischen Fragen zu verhandeln.

Dr. MENDE nennt als wichtigste politische Probleme:

1. Sind Verhandlungen mit Pankow sinnlos?
2. Wird der Konföderationsgedanke zurzeit als unsinnig abgelehnt?
3. Kann heute schon darüber gesprochen werden, daß für die Gipfelkonferenz mitteldeutsche Vertreter mit eingeladen werden können?
4. Soll der Gedanke einer Volksbefragung propagiert werden?

Der Antrag, zunächst die politischen Fragen zu behandeln, wird gegen eine Stimme bei zwei Enthaltungen angenommen.

Dr. DEHLER wünscht, bei der politischen Debatte den Bericht des Arbeitskreises I mit zugrunde zu legen, aus dem der Bundesvorsitzende die Volksabstimmung herausgestrichen habe.[34] Über die Redigierung des Arbeitskreisberichtes wird zwischen dem Bundesvorsitzenden und Dr. *Dehler* eine kurze, heftige Auseinandersetzung geführt. Dr. Reinhold MAIER weist dabei darauf hin, daß seine Erklärung im Bundestag vom 23. Januar 1958[35], in der Verhandlungen mit Pankow eindeutig abgelehnt worden seien, vorher die Zustimmung der Fraktion gefunden habe.

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß er hier die schärfste Formulierung gegen die Pankower fand, die er als Lepra-Kranke bezeichnet habe.[36] Erst die falsche Politik seit der Genfer Konferenz[37] habe Gespräche mit Pankow notwendig

---

34 Der fragliche Absatz im Entwurf vom 26. 2. 1958 lautete: „Vorausgesetzt, daß die Konferenz [der Vier Mächte] mit einer Vereinbarung über die Sicherheit Europas und die Einheit Deutschlands abschließt, fordern die Vier Mächte das deutsche Volk auf, durch eine Volksabstimmung das Konferenzergebnis zu bestätigen und die mit der Wiedervereinigung verbundenen Sicherheitsverpflichtungen auf sich zu nehmen. Die Volksbefragung wird in beiden Teilen Deutschlands gemäß den Regeln freiheitlicher Demokratie durchgeführt. Sie ist eine völkerrechtlich gültige Willensäußerung, die das deutsche Volk nach seiner staatlichen Wiedervereinigung bindet." ADL, Ordner-Nr. 1852.

35 BT STEN. BER., Bd. 39, S. 333 C–343 C.

36 Laut Protokoll hatte *Maier* folgendes über Pankow gesagt: „Pankow ist nicht allein wegen seines rein autoritären Aufbaus kein Verhandlungspartner. Es wäre nur eine seiner Besatzungsmacht hörige, allein ihr gehorchende Zwischenstation. Es hätte nur die Aufgabe, die sowjetrussische Politik in die deutsche Sprache zu übersetzen." Ebd., S. 335 B.

37 Genfer Außenministerkonferenz, die am 16. 11. 1955 ohne eine Annäherung über die Lösung des Deutschlandproblems zu Ende ging. AdG 1955, S. 5464 B. Vgl. die ausführliche Darstellung in: W. GREWE, 1979, S. 265–273.

gemacht, da mit dem Kreml erst Verhandlungen möglich seien, wenn man in der Fühlungnahme mit Pankow die Unmöglichkeit des Vorwärtskommens festgestellt habe.

REICHARDT meint, es bestehe keine Notwendigkeit, Erklärungen darüber abzugeben, was man nicht getan habe oder was man nicht tun wolle.

Dr. LEVERENZ weist demgegenüber darauf hin, daß die Pankower Frage in der bevorstehenden Bundestagsdebatte[38] an uns gestellt werde und von uns eindeutig beantwortet werden müsse.

Dr. Reinhold MAIER unterstreicht dies: Wir werden die Landtagswahlen verlieren, wenn wir nicht klar Farbe bekennen. Gespräche mit Pankow in demselben Augenblick zu fordern, wo *Ulbricht* schwach ist[39], wird überall als „Aufweichung" empfunden werden.

DÖRING stellt in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Empfehlungen von russischer Seite, daß für Moskau Pankow und der Kapitalismus gleichgültig seien, aber die russische Sicherheit wichtig sei. An der Spitze von Gesamtdeutschland dürfe kein Aggressor stehen. Man könne mit CDU-Politikern – aber nicht mit *Adenauer* – eine gesamtdeutsche Politik machen.[40]

Dr. LEUZE gibt zu bedenken, daß überscharfe Angriffe auf *Adenauer* nur dessen Stellung festigen.

WEYER hebt noch einmal hervor, daß eine Konföderation mit *Ulbricht*-Pankow undenkbar sei, daß aber das *Lemmer*-Interview in der „Süddeutschen Zeitung" vielleicht eine Grundlage bilden könne.[41]

Da um 14.00 Uhr die Sitzungen der fünf Arbeitskreise beginnen, vertagt sich der Vorstand auf 17.30 Uhr. Es wird beschlossen, daß inzwischen Dr. *Nowack*, Dr. *Haas* und Dr. *Ungeheuer* eine Resolution ausarbeiten sollen.

---

38 Aussprache über die Großen Anfragen der FDP-Fraktion betr. Gipfelkonferenz und atomwaffenfreie Zone (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 56, Drucks.-Nr. 230) und der CDU/CSU-Fraktion betr. die deutsche Frage auf künftigen internationalen Konferenzen (Ebd., Drucks.-Nr. 238) vom 20.–25. 3. 1958: BT STEN. BER., Bd. 40, S. 823 C–913 D, S. 917 B–1012 B, S. 1015 B–1054 B und S. 1059 C–1166 C.

39 In Verbindung mit der Maßregelung von *Schirdewan*, *Wollweber* und *Oelßner* durch das ZK der SED Anfang Februar 1958 (AdG 1958, S. 6890 B) war es zu Gerüchten über Differenzen zwischen *Grotewohl* und *Ulbricht* gekommen, die allerdings von *Grotewohl* dementiert wurden (AdG 1958, S. 6915 D).

40 Auf dem Düsseldorfer FDP-Landesparteitag am 7. 2. 1958 hatte *Döring* nach dem Bericht der NZZ (Anm. 22) die Feststellung getroffen, beide, *Adenauer* und *Ulbricht*, „wollten die Spaltung Deutschlands zementieren und sabotierten deshalb jeden Versuch zur Lösung der nationalen Frage".

41 Das Interview mit Ernst *Lemmer* erschien in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 20. 2. 1958, Seite 3, unter der Überschrift: „Was sagen Sie zum Ulbricht-Interview?" Hierin hielt *Lemmer* eine Konföderation zwischen den beiden Staaten erst dann für möglich, wenn eine ostdeutsche Regierung mit demokratischer Legitimation vorhanden sei.

Fortsetzung der Sitzung um 17.30 Uhr:

Dr. UNGEHEUER verliest den Text eines Vorschlages über eine Entschließung zur Wiedervereinigungspolitik (liegt dem Originalprotokoll bei[42]).

Dr. HAAS erklärt dazu, daß er seine Zustimmung nicht gegeben habe.

Dr. Reinhold MAIER und Dr. LEVERENZ lehnen den Entschließungsentwurf ab.

Dr. Reinhold MAIER beantragt, statt dessen klar zu sagen: „Die FDP hält Gespräche mit Pankow für sinnlos."

Dr. DEHLER meint, man müsse solche Verhandlungen systematisch bei der Partei vorbereiten, und klagt heftig darüber, daß nach dem 15. September außenpolitische Aktionen unterlassen worden seien. Dr. Reinhold *Maier* habe systematisch die politische Arbeit in der Partei unterbunden.

Dr. LEUZE entgegnet, daß es verkehrt sei, die Partei an der Außenpolitik profilieren zu wollen, ebenso könne sie nicht an *Adenauer* Profil gewinnen wollen.

Dr. NOWACK bittet, der außenpolitischen Debatte des Bundestages nicht vorzugreifen.

DÖRING hat Bedenken, ob eine Erklärung gegen Verhandlungen mit Pankow nicht als Bestätigung aufgefaßt werden würde dafür, daß Gespräche mit Pankow von einigen Parteifreunden beabsichtigt worden wären.

Daraufhin beantragt Dr. LEVERENZ die folgende Feststellung:

„Der Gesamtvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 1. März 1958 ausführlich mit außenpolitischen Fragen befaßt. Dabei wurde einstimmig festgestellt, daß niemand im Vorstand für Verhandlungen mit Pankow eintritt. Es bestand Klarheit darüber, daß die Frage nach der Haltung der FDP zu derartigen Verhandlungen in der bevorstehenden außenpolitischen Debatte des Bundestages an uns herantreten wird. Einstimmigkeit bestand darüber, daß – wenn dieses geschieht – die Frage durch uns klar negativ beantwortet werden muß. Der Gesamtvorstand beschloß, hierüber keine Veröffentlichung vorzunehmen."

Dr. Reinhold MAIER erklärt sich voll mit diesem Verfahren einverstanden. Die politischen Fragen seien damit sachlich erledigt. Für die Presse sei nur eine Erklärung notwendig, daß der Gesamtkomplex aller politischen Fragen behandelt und die Bundestagsdebatte vorbereitet wurde.[43]

Dr. HAUSSMANN stellt die Frage, welche Gewähr dafür bestehe, daß die Bundestagsfraktion auch entsprechend sich entscheiden werde.

---

42 Das ist nicht der Fall.

43 Wie *Ungeheuer* der Presse mitteilte, stand „im Mittelpunkt aller Beratungen [. . .] die Forderung der Freien Demokraten nach einer gemeinsamen Deutschlandpolitik als Alternative zum gegenwärtigen starren Bonner Kurs". Eine Veröffentlichung der Ergebnisse erfolge nicht. Artikel „Die Alternative heißt gemeinsame Deutschlandpolitik", in: DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 10 vom 7. 3. 1958.

Daraufhin stellt Dr. Reinhold MAIER fest, daß zahlreiche Bundestagsabgeordnete in der Sitzung anwesend sind und der getroffenen Vereinbarung zugestimmt haben. Man könne danach wohl erwarten, daß die Bundestagsfraktion gleichfalls einverstanden sein werde.

[ERNEUTE KANDIDATUR MAIERS FÜR DAS AMT DES BUNDESVORSITZENDEN]

REICHARDT hält es für notwendig, nun die Frage zu stellen, ob die Partei sich an der Außenpolitik profilieren dürfe oder nicht.

Dr. Reinhold MAIER warnt davor, jetzt in eine lang andauernde nächtliche Debatte einzutreten und übergibt den Vorsitz Dr. Erich *Mende.*

Dr. LEVERENZ meint, diese Debatte sei nicht erforderlich, wenn der Bundesvorsitzende jetzt seine Entscheidung bekanntgebe, ob er sich zur Wiederwahl stellen werde oder nicht.

Dr. Reinhold MAIER entgegnet, er werde bei seinem Entschluß das Interesse der Partei in den Vordergrund stellen.

DÖRING hält eine schnelle Entscheidung für notwendig.

Dr. DEHLER erklärt, daß er Dr. Reinhold *Maier* nicht bekämpft habe.[44]

Dr. BORTTSCHELLER gibt unter allgemeiner Zustimmung seiner bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Dr. Reinhold *Maier* wieder kandidieren werde.

Dr. LEUZE bittet, Dr. Reinhold *Maier* Zeit für seinen Entschluß zu lassen, der eine Schicksalsfrage für die Partei sei.

Dr. Reinhold MAIER erklärt: „Ich bin in der Sache sehr erleichtert über die drei einstimmigen Beschlüsse. Mir ist ein Stein vom Herzen. Ich werde in aller Bälde meine Erklärung abgeben.[45] Die offene Aussprache und die Kritik begrüße ich sehr. Im übrigen gilt das schwäbische Sprichwort: ‚Die besten Händel haben keinen Wert, aber gesprochen muß werden'".

---

44 Gleichwohl war das Tischtuch fortan zwischen *Dehler* und *Maier* zerschnitten. Am 3. 3. 1958 schrieb *Dehler* an *Maier:* „Sehr geehrter Herr Dr. *Maier,* kein Gegner hat sich jemals so feindselig zu mir verhalten, wie Sie es jetzt seit Jahr und Tag tun. Es entspricht dem Gebot der Sauberkeit, zu der diesem Verhältnis gemäßen Verkehrsform zurückzukehren. Mit vorzüglicher Hochachtung. gez. *Dehler.*" HStASt, Q 1/22, Bü 1144 (NL Haußmann). Vgl. K.-J. MATZ, 1989, S. 452 f.

45 Mit Schreiben vom 10. 3. 1958 an *Mende* machte *Maier* seine erneute Kandidatur als Parteivorsitzender von der Bereitschaft der Bundestagsfraktion abhängig, „bei einem in Zukunft eintretenden Wechsel in der Besetzung des Arbeitskreises ‚Außenpolitik' und in der FDP-Vertretung im auswärtigen Bundestagsausschuß die Besetzung durch den Bundesvorsitzenden [...] ins Auge zu fassen". Anlage zum Protokoll. Die Antwort auf diese gegen *Dehler* gerichtete Attacke ist nicht überliefert. *Dehler* blieb während der 3. Legislaturperiode Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik und vertrat auch weiterhin die FDP im auswärtigen Bundestagsausschuß.

[ABSETZUNG DER SITZUNG DES HAUPTAUSSCHUSSES]

Dr. MENDE stellt zur Debatte, wie die morgige gemeinsame Sitzung von Gesamtvorstand und Arbeitskreisen[46] ablaufen soll. Man müsse zu festen Beschlüssen kommen, die den Referenten des Bundesparteitages als Material übermittelt werden würden.

Dr. DEHLER stellt die Frage, ob bei der veränderten Aufgabenstellung für die Arbeitskreise eine Hauptauschußsitzung überhaupt noch erforderlich sei.

Dr. Reinhold MAIER meint, es werde genügen, den Mitgliedern des Hauptausschusses das erarbeitete Material zuzustellen. Dem Hauptausschuß soll als Grund für die Absage mitgeteilt werden, daß „der Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 1. März 1958 beschlossen hat, auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf kein Aktionsprogramm zu verkünden. Er hat sich dabei leiten lassen von dem Wunsche, das Berliner Programm als einzige Grundlage unserer Arbeit weiter stark herauszustellen und zu propagieren. Bei dem Beschluß spielte ferner die Tatsache eine Rolle, daß die Mitglieder des Bundeshauptausschusses als solche auch Delegierte für den Bundesparteitag sind und daß ihnen zwei Reisen zu großen Tagungen mit noch nicht halbmonatlichem Zwischenraum erspart werden sollten."

Die Mehrheit des Vorstandes teilt die Auffassung, daß die Sitzung des Hauptausschusses mit der gegebenen Begründung abgesagt werden soll.

[VERSCHIEDENES]

Zum Schluß warnt Dr. MENDE davor, Auseinandersetzungen innerhalb des Vorstandes durch „Notenwechsel im Umdruckverfahren" zu führen. Diese Meinung wird vom Vorstand unterstützt.

Dr. MENDE kündigt an, daß er fünf Fragen zur Außenpolitik von Radio Moskau beantworten werde.[47] Der Vorstand erhebt keine Bedenken.

SCHEEL fragt, ob es unbedenklich sei, daß die Liberale Weltunion Ortsgruppen in der Bundesrepublik gründe. In Düsseldorf stehe jetzt eine Neugründung bevor. Die Frage wird positiv beantwortet.

---

46 Von dieser Sitzung ist lediglich ein Teilprotokoll, betr. das Thema „Außenpolitik", überliefert. ADL, Ordner-Nr. 1852. Ergebnis dieser Sitzung waren die „Leitsätze der Freien Demokratischen Partei für die Arbeit im Dritten Deutschen Bundestag und in den Landtagen."

47 Hierin kritisierte *Mende* die Atomversuche der UdSSR, da sie Abrüstungsmöglichkeiten behinderten. Er lehnte die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen ab, „solange noch die geringste Hoffnung auf eine Abrüstung und Wiedervereinigung Deutschlands sichtbar sei". *Mende* sprach sich dafür aus, alles zu tun, „um die deutsche Frage zu einem Tagesordnungspunkt der Gipfelkonferenz zu machen". Eine Mitsprache der Bundesregierung auf der Gipfelkonferenz war nach *Mende* zu begrüßen, „wenn dadurch zur Lösung der deutschen Frage beigetragen werden könne". *Mende* ließ schließlich keinen Zweifel daran, daß nach seiner Meinung „das deutsche Volk [. . .] einen Rechtsanspruch auf seine Einheit" habe. Artikel „Interview Mendes mit Radio Moskau", in: STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 5. 3. 1958. Wörtliche Wiedergabe des Interviews in: fdk, 9. Jg., Nr. 17 vom 4. 3. 1958.

50.

27. 3. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 27. März 1958 in Düsseldorf, Hotel Savoy." Vorsitz Maier. 16.00 Uhr–20.30 Uhr.

Teilnehmer: Bezold, Bucher, Daub, Dohr (zeitweise), Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, Nowack (zeitweise), Rademacher, Reichardt, Rubin, Scheel, Schwertner, Schwinge, Weyer, Will.

Dr. Reinhold MAIER gibt bekannt, daß Frau Dr. *Lüders* und Dr. Max *Becker* wegen ihrer schweren Erkrankung an der heutigen Sitzung und am Bundesparteitag nicht teilnehmen können. Dr. *Dehler* fehle wegen eines Trauerfalls in der Familie. Er begrüßt Professor *Schwinge* (Marburg), der für den Landesverband Hessen dem Vorstand angehört.

RUBIN beantragt, zur Tagesordnung folgende Punkte hinzuzufügen: 1. Verhandlungen mit dem BHE in NRW; 2. Besprechung mit den führenden Herren des BDI.

Es wird entsprechend beschlossen.

TOP 1: BUNDESPARTEITAG

STEPHAN schildert den äußeren Rahmen des Bundesparteitages. Er macht darauf aufmerksam, daß *Kluthe* (Liberale Weltunion) das Wort zu einer Begrüßungsansprache wünscht. *Scheel* wird gebeten, mit Herrn *Kluthe* entsprechend Verbindung aufzunehmen.[1]

STEPHAN weist darauf hin, daß von den eingeladenen Wirtschaftsverbänden kein Vertreter entsandt worden ist, während DGB und DAG namhafte Repräsentanten delegiert haben.[2]

[BESPRECHUNGEN MIT DEN FÜHRENDEN HERREN DES BDI]

Daraufhin wird beschlossen, daß *Rubin* sofort über seine Gespräche mit den Herren *Berg* und *Stein* berichten soll. Dies geschieht.

Dr. Reinhold MAIER ergänzt den Bericht durch Hinweise auf frühere Gespräche, die er mit Herrn *Berg* führte.

---

1 *Kluthe* sprach gleich zu Beginn des Parteitages am 28. 3. 1958 als dritter Sprecher nach *Mende* (Eröffnung des Parteitages) und Willi *Weyer* (Grußwort des LV Nordrhein-Westfalen). ADL, A 1-139, S. I/A 8-A 11.

2 *Mende* begrüßte in seiner Eröffnungsansprache den Vorsitzenden des DGB, Willy *Richter,* und Friedrich *Nolting* als Vertreter der DAG. Ebd., S. I/A 2.

Dr. HAAS und Dr. LEVERENZ weisen auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern hin.

Dr. Reinhold MAIER warnt vor einer polemischen Behandlung dieser Frage bei der Begrüßung der Ehrengäste. Was kritisch gesagt werden müsse, solle im Finanzbericht[3] zum Ausdruck kommen. Es wird beschlossen, daß Dr. *Mende* lediglich das Fehlen von Vertretern der Wirtschaft im Rahmen der Begrüßung feststellen soll.[4] Dann werden die

SATZUNGSÄNDERUNGEN[5]

behandelt:

Zu § 9 erklärt der Landesvorsitzende von NRW die Zustimmung seines LV zum Antrag des Vorstandes; für den LV Hamburg erklärt RADEMACHER, daß man auf dem Hamburger Antrag nicht bestehen werde, wenn auch der LV Rheinland-Pfalz auf seinen Antrag verzichtet. Ein Vertreter des LV Rheinland-Pfalz ist zu Beginn der Sitzung nicht anwesend.

Zu § 19 erklärt der Vorsitzende des LV Nordrhein-Westfalen, man werde dagegen stimmen.

Dr. MENDE betont als Vorsitzender der Bundestagsfraktion, daß die Fraktion kein besonderes Interesse an der Behandlung dieses Antrages habe, da der stv. Vorsitzende der Fraktion nach der bisherigen Praxis auch bei den Vorstandssitzungen anwesend sei.

Dr. Reinhold MAIER erklärt daraufhin, daß der Antrag zurückgezogen werden sollte. Entsprechend wird beschlossen.

Zu § 25 äußert der Vorstand den Wunsch, der LV Hamburg möge seinen Antrag zurückziehen. Dies wird in Aussicht gestellt.

Eine längere Aussprache ergibt sich über den Antrag des LV Baden-Württemberg zu den §§ 16 und 29. Der Vorsitzende des Satzungsausschusses der Bundespartei, BEZOLD, schlägt vor zu beschließen, daß alle Mitglieder der Bundestagsfraktion der FDP als beratende Mitglieder dem Bundesparteitag und dem Bundeshauptausschuß angehören. Daraufhin erklärt sich Dr. HAUSSMANN bereit, den Antrag des LV Baden-Württemberg zurückzuziehen. Der Vorstand bittet die Herren *Bezold,* Dr. *Haußmann* und Dr. *Leverenz,* sofort eine For-

---

3 Ebd., S. I/A 50–54. Darin wies *Rubin* auf die geringen zur Verfügung stehenden Mittel hin. Die FDP sei von manchen ihrer „Freunde und Gönner" mit Rücksicht auf ihre Haltung zur Außen- und Wehrpolitik nicht mehr mit finanziellen Zuwendungen bedacht worden, und gewisse Organisationen hätten geglaubt, „eine Massierung ihrer finanziellen Möglichkeiten zugunsten der CDU vornehmen zu müssen". *Rubin* drückte jedoch auch die Hoffnung aus, „daß das veränderte politische Klima und die innenpolitischen Sorgen [. . .] manchen unserer alten Freunde veranlassen werden, sich wieder stärker uns zuzuwenden".

4 *Mende* tat dies mit den Worten: „Ich begrüße zahlreiche Vertreter und Gäste aus der Wirtschaft von Rhein und Ruhr mit besonderer Freude, nach dem leider der Bundesverband der Deutschen Industrie unserer Einladung offiziell nicht gefolgt ist." Ebd., S. I/A 1.

5 Siehe zum folgenden Nr. 48, TOP 3 a „Satzungsänderungen".

mulierung festzulegen, die dem Bundesparteitag als Ersatz für den baden-württembergischen Antrag vorgelegt werden soll. Sie lautet: Der Bundesvorstand beantragt, im § 13 am Schluß von Punkt 1 einzufügen: „Satz 2 und 3 gelten nicht für die Mitglieder der Bundestagsfraktion hinsichtlich der Teilnahme und der Wortergreifung."

Ferner [ist] bei § 16, 2 hinzuzufügen: „f) die Mitglieder der Bundestagsfraktion".

Der Vorstand beschließt einstimmig, dem Bundesparteitag diesen Antrag von sich aus vorzulegen.[6]

Zur VORSTANDSWAHL

erklärt Dr. MENDE, er habe bereits vor Monaten festgelegt, daß er keinesfalls gegen Dr. Reinhold *Maier* kandidieren werde.[7] Es wird festgestellt, daß ein Gegenvorschlag gegen die Wahl Dr. Reinhold *Maiers* von keiner Seite erfolgen wird.

Dr. HAUSSMANN erklärt, daß ebenfalls Übereinstimmung darüber besteht, auch Dr. *Mende* zum stv. Bundesvorsitzenden wiederzuwählen.

MISCHNICK erklärt als Vertreter Hessens, daß Dr. *Kohut* für das weitere Amt des stv. Vorsitzenden vorgeschlagen wird. Auch hier ergibt sich, daß kein Gegenkandidat genannt wird.

Als stv. Vorsitzender werden weiter vorgeschlagen: *Rademacher,* Dr. *Nowack,* Dr. *Leverenz;* diese drei Parteifreunde werden also gegeneinander kandidieren.

Bei der Besprechung über die Beisitzerwahl ergibt sich, daß vorschlagen werden: Nordrhein-Westfalen: *Scheel, Döring* und Dr. *Achenbach;* Baden-Württemberg: Dr. *Leuze,* Professor *Erbe* und Dr. *Bucher;* Bayern: *Bezold, Letz* und Dr. *Ilk;* Schleswig-Holstein: *Köhler;* Hessen: Dr. *Becker* und *Daub;* Rheinland-Pfalz: Dr. *Atzenroth;* Niedersachsen: Dr. *von Nottbeck;* Berlin: *Hoppe* oder Dr. *Falk;* Hamburg: *Rademacher* (für den Fall, daß er nicht zum stv. Vorsitzenden gewählt werden sollte).

Dr. HAAS betont, daß Bayern darauf rechnet, daß Dr. *Dehler* unter allen Umständen wieder als Beisitzer gewählt wird, genau wie in Berlin.

Dr. LEUZE hält es für notwendig, daß die Atmosphäre zwischen Dr. *Dehler* und Dr. Reinhold *Maier* verbessert werde.[8] Dr. Reinhold MAIER erklärt, er werde Dr. *Dehler* zur Wiederwahl vorschlagen.

---

6 Der Bundesparteitag nahm am 29. 3. 1958 die Satzungsänderungen gem. den Empfehlungen des Bundesvorstandes an. ADL, A 1-140, S. 1–6 und S. 59 ff.

7 Gerüchte über eine Kandidatur *Mendes* für das Amt des Parteivorsitzenden am Bundesparteitag Ende März 1958 waren z. B. am Rande des Landesparteitages in Düsseldorf am 7. und 8. 2. 1958 aufgetaucht. So hieß es in dem Bericht der NZZ (Nr. 49, Anm. 22): „Es scheint, daß gewisse Kräfte den Plan verfolgen, *Mende* Ende März auf dem Bundesparteitag zum Vorsitzenden der Gesamtpartei zu wählen."

8 Zu den gestörten Beziehungen zwischen *Maier* und *Dehler* Nr. 49, Anm. 44 und 45.

DAUB wird *Reichardt* vom LSD als Beisitzer vorschlagen.[9]

In die Sitzung wird die Nachricht vom Sturz *Bulganins*[10] gebracht. Der Vorstand bittet Dr. *Mende*, hierzu im Rundfunk eine kurze Erklärung abzugeben.[11]

[POLITISCHE FRAGEN AUF DEM BUNDESPARTEITAG]

Zur Behandlung der politischen Fragen auf dem Bundesparteitag verlangt RADEMACHER, es solle ein Antrag vorgelegt werden, in dem der Bundesparteitag die Haltung der Bundestagsfraktion[12] billigt; zur näheren Erläuterung seien mehrere bedeutungsvolle Punkte hervorzuheben. Dr. *Ungeheuer* wird mit der Ausarbeitung beauftragt.

Dr. LEVERENZ wirft die Frage auf, ob und wie wir zu den Volksbefragungen[13] Stellung nehmen wollten. Er selbst lehne sie ab. Auch Dr. MENDE betont, daß wir eine repräsentative Demokratie hätten und keine plebiszitäre. Eine Korrektur der Bundestagswahlen erfolge durch die Landtagswahlen. Er erinnert auch daran, daß Dr. *Dehler* erbittert dagegen protestiert habe, als beim Mitbestimmungrecht ein Druck auf das Parlament von außen her verlangt wurde.[14] Auch BEZOLDS Frage, ob die Volksbewegung zum Begriff des Staatsnotstandes gehöre, den die FDP im Bundestag erklärt habe, verneint Dr. MENDE entschieden: *Adenauer* symbolisiert nach Ansicht der FDP-Bundestagsfraktion den Staatsnotstand.

---

9 Der Bundesparteitag wählte den Vorstand wie folgt: *Maier:* Bundesvorsitzender (180 von 215 Stimmen); *Mende* (205 von 217), *Kohut* (194 von 217) und *Leverenz* (105 von 213): stellv. Vorsitzende; *Rubin* (170 von 211): Schatzmeister; *Dehler* (157 von 221), *Becker* (133 von 221), *Döring* (132 von 221), *Rademacher* (131 von 221), *Schwertner* (131 von 221), *Bucher* (130 von 221), Herta *Ilk* (128 von 221) und *Scheel* (119 von 221): Beisitzer des Gesamtvorstandes. Ebenso durch Stichwahl: *Hoppe* (104 von 183), *Daub* (101 von 183), *Leuze* (78 von 183), *Achenbach* (75 von 183) und *von Nottbeck* (73 von 183). Hinzu kamen noch die Landesvorsitzenden und die Ehrenpräsidentin Marie-Elisabeth *Lüders*. fdk, 9. Jg., Nr. 25 vom 1. 4. 1958.

10 *Bulganin* war am 27. 3. 1958 auf Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU als Vorsitzender des Ministerats durch *Chruschtschow* abgelöst und zum Präsidenten der Staatsbank ernannt worden. AdG 1958, S. 6989 B.

11 Sie lautete: „Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nahm von der Veränderung in der Spitze der Sowjetunion Kenntnis und sieht im Regierungswechsel von *Bulganin* auf *Chruschtschow* den Beweis, daß die innere Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tode *Stalins* noch nicht abgeschlossen ist. Es handelt sich um einen ernsten Vorgang, den man unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtig schwebenden großen politischen Fragen im Hinblick auf eine Gipfelkonferenz ernsthaft prüfen muß. Der Bundesvorstand der FDP gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch diesen Wechsel keine Verschärfung der internationalen Lage eintreten möge." Anlage zum Protokoll.

12 In der außenpolitischen Debatte im Bundestag vom 20.–25. 3. 1958, siehe Nr. 49, Anm. 38. Vgl. E. MENDE, 1984, S. 540–545.

13 Hierzu Nr. 49, Anm. 17 und 19.

14 1951 hatte *Dehler* z. B. auf einer FDP-Wahlversammlung in Goslar erklärt: „Durch ihre Streikdrohung haben die Gewerkschaften eine ‚Machtpolitik aus Übermut' getrieben und seien dadurch ‚des Zuchthauses würdig' geworden." MONTANMITBESTIMMUNG. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 5, bearb. von Gabriele MÜLLER-LIST, Düsseldorf 1984, S. 476.

Die Meinung des Vorstandes wird dahin festgelegt, daß es verfassungsrechtlichen Zweifeln unterliegt, ob eine Volksbefragung der eingeleiteten gefährlichen Politik Einhalt zu gebieten vermöge, daß wir aber die politische Zweckmäßigkeit einer Volksbefragung verneinen.[15] Auch ein politischer Streik wird von der FDP nachdrücklich abgelehnt. Es wird für erwünscht erklärt, daß Dr. Heinrich *Schneider* oder Erich *Schwertner* zu den besonderen Schwierigkeiten im Saarland sprechen.[16]

[VERHANDLUNGEN MIT DEM BHE IN NRW]

Der Vorstand erörtert dann Verhandlungen, die mit dem BHE in NRW geführt werden. SCHEEL referiert und weist darauf hin, daß das Wahlabkommen mit dem BHE so gut wie fertig sei[17] und auch bedeutungsvoll für andere Länder werde. Es werde seine Auswirkungen auch 1961 bei den Bundestagswahlen haben.

Dr. HAAS erklärt seine große Zufriedenheit wegen der Auswirkungen auf Bayern, wo freilich ein Teil des BHE sich ausgesprochen als Satellit der CDU/CSU fühle. Für die Gegner eines Anschlusses des BHE an die CSU bedeute das Düsseldorfer Abkommen eine taktische Verbesserung der Lage.

DAUB begrüßt das Abkommen gleichfalls für den LV Hessen.

SCHEEL ergänzt seinen Bericht, daß auch mit der DP in NRW Verhandlungen beabsichtigt seien, sobald man mit dem BHE einig wäre.

GRAAFF stellt die Frage, was Vertreter des Vorstandes mit dem BHE verhandelt hätten. Es wird bestätigt, daß derartige Besprechungen stattgefunden haben.

Dr. Reinhold MAIER sagt zu, daß auf der nächsten Sitzung darüber verhandelt werden soll.[18]

Der Vorstand nimmt die Mitteilung des LV Nordrhein-Westfalen über seine Verhandlungen mit dem BHE entgegen und erhebt keine Bedenken.

Dr. Reinhold MAIER gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß NRW in diesem Punkt bereits nach den vorgesehenen Satzungsänderungen verfahre, die der Bundesparteitag beschließen soll.

---

15 In der Entschließung des Parteitages zum Deutschlandproblem, die zur weiteren Behandlung an den Bundeshauptausschuß verwiesen wurde, kam der Begriff der Volksbefragung nicht vor. Hierin hieß es, daß die FDP trotz der Enttäuschung über die Entscheidung des Bundestages für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr an der Absicht festhalte, „politische Entscheidungen in der demokratischen Arena des Parlaments auszufechten und nicht auf außerparlamentarische Abwege auszuweichen". Deshalb sei die FDP nicht bereit, „in dieser Lage dem politischen Streik das Wort zu reden". fdk, 9. Jg., Nr. 25 vom 1. 4. 1958.

16 Weder *Schneider* noch *Schwertner* ergriffen auf dem Parteitag das Wort.

17 Siehe F. NEUMANN, 1968, S. 212.

18 Siehe Nr. 51, TOP „Verschiedenes", 3: „Verhandlungen zwischen FDP und BHE".

51.

18. 4. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes unter Teilnahme der Mitglieder der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Mende. Überschrift:„Ergebnisprotokoll des Gesamtvorstandes der FDP am 18. April 1958 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz Mende. 15.00 Uhr–22.15 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bucher, Daub, Döring, Ehrich, [Eilers], Engelhard, Graaff, Albrecht Haas, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Nowack, [Rinné], Rubin, Scheel, Schwertner, Will.

Die Sitzung wird von Dr. MENDE geleitet, der Grüße des erkrankten Bundesvorsitzenden[1] überbringt und mitteilt, daß Dr. Reinhold *Maier* noch für 14 Tage dem politischen Leben aus gesundheitlichen Gründen fernbleiben muß. Der Gesamtvorstand schickt dem Bundesvorsitzenden ein Telegramm mit den besten Grüßen und Wünschen.

Dr. MENDE begrüßt in dieser ersten Sitzung des neugewählten Bundesvorstandes erstmalig anwesende Vorstandsmitglieder: Dr. *Jentzsch,* Erich *Schwertner,* Dr. *Achenbach* und Dr. *von Nottbeck* und weist darauf hin, daß die Einladung zu dieser Sitzung telegrafisch erfolgen mußte, weil die vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge[2] der beschleunigten Behandlung bedürfen. Da insbesondere die Volksbefragung im Zusammenhang mit der Atombewaffnung der Bundeswehr[3] zu diskutieren sein wird, sind sämtliche Mitglieder der Bundestagsfraktion der FDP eingeladen worden.

ZUR GESCHÄFTSORDNUNG

a) Frau Dr. ILK fragt, ob die Sitzungen der Arbeitskreise so gehandhabt werden könnten, daß auch die Teilnahme der nicht der Bundestagsfraktion angehörenden Mitglieder möglich würde.

STEPHAN weist darauf hin, daß die endgültige Konstituierung der Arbeitskreise erst jetzt erfolgen werde, nachdem der Bundesparteitag die entsprechenden Satzungsänderungen verabschiedet habe.[4] Der geschäftsführende Vorstand

1 Reinhold *Maier* litt seit dem 22. 3. 1958 unter einer schweren Bronchitis, die ihn auch während des Düsseldorfer Parteitages beinträchtigt hatte. *Maier* an *Mende* vom 10. 4. 1958, HStASt, Q I/22, Bü 723 (NL Haußmann).

2 Neben der Entschließung zum Deutschlandproblem (Nr. 50, Anm. 15) hatte der Bundesparteitag noch die Überweisung einer Entschließung des Bundesfrauenausschusses (Einstellung aller Atombombenversuche) und einer Entschließung des LV Bayerns (keine letzten Entscheidungen über atomare Bewaffnung der Bundeswehr fällen) an den Bundeshauptausschuß beschlossen. fdk, 9. Jg., Nr. 25 vom 1. 4. 1958.

3 Siehe TOP „Politische Lage . . ." unten in diesem Dokument.

4 Siehe Nr. 50, Anm. 6.

werde sich in der nächsten Woche damit befassen und dabei auch die von Frau Dr. *Ilk* gestellte Frage beantworten müssen.[5]

EILERS betont als der für Koordinierung zuständige stv. Fraktionsvorsitzende sein besonderes Interesse an dieser Frage.

b) Dr. JENTZSCH wünscht, daß Veröffentlichungen im „Freien Wort" heute behandelt werden. Der Vorstand wird diese Frage nach Erledigung der bereits aufgestellten Tagesordnung behandeln.

c) Dr. MENDE weist darauf hin, daß der geschäftsführende Vorstand nicht zu dem bisher in Aussicht genommenen Termin, 24. April 1958, werde tagen können, da am gleichen Tage eine große Parlamentsdebatte stattfindet. Er schlägt vor, die Sitzung auf Freitag, 25. April, 9.00 Uhr, zu verschieben. Es wird entsprechend beschlossen.

Der Bundeshauptausschuß soll für Samstag, den 17. Mai 1958, nach Bonn eingeladen werden, da der in Aussicht genommene Termin, 10. Mai, durch den Landesparteitag von Rheinland-Pfalz besetzt ist.

TOP: [POLITISCHE LAGE: VOLKSBEFRAGUNG UND MITGLIEDSCHAFT IM AUSSCHUSS „KAMPF DEM ATOMTOD"]

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die Entwicklung der politischen Lage nach dem Bundesparteitag. Er betont die Mitverantwortung des Gesamtvorstandes, der die politischen Entschließungen für den Bundesparteitag nicht konkret genug vorbereitet habe. Dr. *Mende* weist dann auf den Beschluß der Bundestagsfraktion zum Problem der Volksbefragung hin[6] und gibt einen Brief Dr. Reinhold *Maiers* zu diesem Thema[7] sowie seine Antwort an den Bundesvorsitzenden[8] bekannt. Es müsse heute auch über die Mitgliedschaft im Ausschuß „Kampf dem Atomtod"[9] gesprochen werden, für den nur die individuelle Be-

---

5 Der geschäftsführende Vorstand entschied am 25. 4. 1958, daß nicht der Bundestagsfraktion angehörende Mitglieder als Sachverständige auf besondere Einladung der Arbeitskreisvorsitzenden teilnehmen können und diesen Sachverständigen auch die üblichen Reisespesen zustehen würden. ADL, Ordner-Nr. 83.

6 In der Bundestagsdebatte am 24. 4. 1958 lehnte *Bucher* für die FDP-Fraktion eine Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr ab, nicht weil sie „verfassungswidrig", sondern weil sie „verfassungspolitisch verfehlt" sei. BT STEN. BER., Bd. 40, S. 1433 C. Den Ablehnungsbeschluß hatte die Fraktion am 15. 4. 1958 gefaßt. fdk, 9. Jg., Nr. 28 vom 15. 4. 1958.

7 Dabei handelte es sich um den in Anm. 1. erwähnten Brief. *Maier* hatte sich hierin beunruhigt darüber gezeigt, daß Anfang April 1958 in der Presse Artikel erschienen waren, denen zufolge „die FDP-Fraktion [. . .] geneigt [sei], der Volksbefragung zuzustimmen". Hierzu bemerkte *Maier* abschließend: „Auch wenn in der Bundestagsfraktion eine der Volksbefragung günstige Meinung sich durchsetzen sollte, bleibe ich selbst auf der Erklärung auf dem Parteitag vom Freitag, dem 28. 3. 1958. Die dissidenting opinion würde dann nicht von mir, sondern von anderen geäußert. Dagegen füge ich mich einer anderweitigen Entscheidung des Hauptausschusses."

8 *Mende* an *Maier* vom 14. 4. 1958, ADL, A 31-23. Darin vor allem die Mitteilung, daß die Haltung der FDP-Bundestagsfraktion in bezug auf die Volksbefragung unverändert sei: „d. h. Nein auf Bundesebene, mögliche Befragung konsultativer Art auf Landesebene oder Kommunalebene, wenn es die entsprechenden Verfassungen gestatten".

9 Siehe Nr. 48, Anm. 19.

teiligung freigegeben wurde, während die Parteiführer es abgelehnt hätten, eine Unterschrift hierfür zu geben. Dr. *Mende* gibt einen Brief bekannt, den der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Max *Becker,* der wegen Erkrankung nicht teilnehmen kann, geschrieben hat[10], sowie ein Schreiben des durch eine auswärtige Sitzung verhinderten Vorstandsmitgliedes Willy Max *Rademacher.*[11]

Eine Stellungnahme des stv. Bundesvorsitzenden Dr. *Leverenz*[12] ist als Material verteilt worden.

Dr. MENDE weist darauf hin, daß die ablehnende Haltung der Bundestagsfraktion zu einer Volksbefragung auf Bundesebene politisch und verfassungsrechtlich begründet war. Überall dort, wo die CDU die Mehrheit besitzt, kann sie auch die Fragen formulieren, die einer Befragung zugrunde zu legen sind. Dies dürfe man nicht vergessen. Heute hätte man es speziell mit den LV Bremen und Hamburg zu tun, in denen sich die FDP bereits auf Volksbefragungen festgelegt habe, sowie mit der Stadt Frankfurt/Main, wo – anders als im LV Hessen – eine Zustimmung zur Volksbefragung gegeben worden sei.

ENGELHARD schildert die Voraussetzungen, unter denen in Hamburg die Zustimmung erteilt worden sei, nachdem der Vorsitzende der Bundespartei Vollmacht für eine Beteiligung bei örtlichen Befragungen gegeben hatte.[13] Nach dem Kommentar zur Hamburger Verfassung, der von dem stv. Vorsitzenden der Hamburger CDU ausgearbeitet worden sei[14], sind Volksbefragungen in Hamburg möglich. Sollte die Hamburger Partei heute hier desavouiert werden, müßte ihr Vorsitzender daraus die Konsequenzen ziehen. *Engelhard* verlangt eine Sonderregelung für Hamburg und Bremen, die vielleicht auch allgemein auf die großen Städte angewandt werden könnte.

Dr. EHRICH ergänzt diese Darstellung durch eine Schilderung des Ablaufs der Volksbefragungsvorbereitungen in Bremen, wo die FDP, nicht die SPD, den fraglichen Antrag gestellt hat.

DÖRING weist darauf hin, daß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr das erste ist, was den Menschen nach 1945 wieder ernsthaft an die Nieren geht. Er schildert die Situation in NRW, wo man zu dem Schluß gekommen sei, daß nicht Volksbefragung, sondern die Landtagswahl[15] das Plebiszit sein solle.

Der Vorsitzende fragt dann die Vertreter der einzelnen LV, wie sie sich zur Volksbefragung stellen. Einer Befragung auf Landesebene werden – wie sich ergibt – nur die LV Hamburg und Bremen zustimmen.

---

10 Nicht ermittelt.

11 Nicht ermittelt.

12 Diese knapp 9 Seiten lange Ausarbeitung betraf die „Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Bundes- und Landesgesetzen, die eine Volksbefragung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und zur Stationierung von Atomwaffen auswärtiger Mächte im Bundesgebiet zum Gegenstand haben". *Leverenz* kam zu dem Ergebnis, daß eine „Volksbefragung zwecks Erforschung der Volksmeinung" verfassungsrechtlich nicht ausgeschlossen sei, so lange damit keine Bindung der Entscheidungsbefugnis der Verfassungsorgane angestrebt werde. Anlage zum Protokoll.

13 Hinweis hierauf in dem Brief *Mendes* an *Maier,* siehe Anm. 8.

14 Nicht ermittelt.

15 Am 6. 7. 1958.

Dr. LEVERENZ betont, daß eine Befragung in verschiedenen Ländern möglich ist; sie dürfe aber nur über Fragen der Landespolitik veranstaltet werden. Auch eine Testbefragung über bundespolitische Angelegenheiten hält er für unmöglich. Er kritisiert das in der fdk veröffentlichte Kommuniqué von Vertretern der FDP-Bundestagsfraktion über Besprechungen mit Vertretern des DGB.[16] Dr. Reinhold *Maier* hätte dem Vorstand die Entscheidung vorbehalten. Dem durfte nicht vorgegriffen werden. Freilich sei die Vorstandssitzung zu spät angesetzt worden.

Weitere Redner unterstreichen die Bedeutung der kommenden sieben Landtagswahlen als Volksentscheid. Der Vorstand beauftragt *Schwertner*, Dr. *Achenbach*, Dr. *Ehrich* und *Daub* mit der Abfassung eines Entschließungsentwurfs.

RUBIN regt dazu an, die Befragung in Bremen, Hamburg und Frankfurt/Main als Testbefragung für die gesamte Bundesrepublik zu billigen und sich an den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod" zu beteiligen.

Dr. MENDE stellt fest, daß die Entschließung die Ablehnung der atomaren Bewaffnung und die Zustimmung zum Verteidigungsbeitrag enthalten müsse.

Unter Vorsitz von Dr. *Leverenz* wird dann der von dem eingesetzten Ausschuß vorgelegte Entwurf eingehend diskutiert. Auf Wunsch von Dr. *Haas* wird eine Empfehlung der Mitarbeit in den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod" gestrichen und lediglich allgemein die Fortsetzung des Kampfes gegen die Atomgefahren gefordert.

Auf Antrag *Rubin* wird beschlossen, die Landtagswahlen als Test für die Volksstimmung herauszustellen. Die einstimmig angenommene Entschließung ist als Anlage beigefügt.[17]

In einem Rundschreiben an alle Landesverbände soll dringend empfohlen werden, sich regional und örtlich an keinen weiteren Volksbefragungen mehr zu beteiligen.

Es soll darin ferner betont werden, daß radikale Elemente sich in die Arbeit gegen die atomare Bewaffnung hineindrängen könnten und wir daher bei der Beteiligung an Aktionen stets unsere politische Haltung und die Abwehr radikal-pazifistischer Bestrebungen im Auge behalten müßten.[18]

---

16 Das Kommuniqué über diese Besprechung, die am 2. 4. 1958 geführt wurde, stand im FDP-Pressedienst unter der Überschrift: „Einig in Ablehnung der Atomrüstung." fdk, 9. Jg., Nr. 26 vom 3. 4. 1958.

17 In dieser Entschließung wandte sich die FDP gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, befürwortete jedoch ein Verbleiben in der NATO. Die ablehnende Haltung der FDP-Bundestagsfraktion bzgl. einer Volksbefragung auf Bundesebene wurde ebenso gebilligt wie die „Zustimmung der dortigen Fraktionen der FDP" in Hamburg, Bremen und Frankfurt/M. zur Volksbefragung. Die Resolution schloß mit dem Satz: „Nachdem durch die absolute Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag vollendete Tatsachen geschaffen wurden, hat die Bevölkerung jetzt die Möglichkeit, in den bevorstehenden Landtagswahlen diese verhängnisvolle Entwicklung abzuwenden." fdk, 9. Jg., Nr. 30 vom 22. 4. 1958.

18 Das Rundschreiben datiert vom 19. 4. 1958, Anlage zum Protokoll. Unter Hinweis auf den Vorstandsbeschluß (Anm. 17) wurden die Landesverbände nachdrücklich um Zurückhaltung beim Thema Volksbefragungen ersucht: „Wo etwa noch das Bestreben vorhanden ist, derartige

VERSCHIEDENES

1. RUBIN berichtet über seine Besprechung mit den Landesschatzmeistern und Landesgeschäftsführern am gestrigen Tage und die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der LV Hessen, in geringem Maße auch [der LV] Niedersachsen befinden. Mit Erfolg habe er an das Solidaritätsgefühl der anderen Landesverbände appelliert, so daß ein Beschluß über Abhilfemaßnahmen zustande gekommen sei, der jedoch noch weitere Maßnahmen erfordere.[19]

Dr. NOWACK erklärt, es sei in erster Linie notwendig, denen zu helfen, die vor einer Landtagswahl stünden.

Dr. LEVERENZ hebt die finanziellen Sorgen des LV Schleswig-Holstein bei Beginn des Landtagswahlkampfes hervor.

RUBIN berichtet demgegenüber, daß Schleswig-Holstein mit in den Gesamtplan aufgenommen sei.

2. Dr. JENTZSCH übt Kritik an zwei Veröffentlichungen im „Freien Wort", nämlich einmal an einem Artikel über die „Butterschlacht" in Flensburg, bei der der Präsident der Industrie- und Handelskammer Flensburg unsachlich angegriffen worden sei.[20] RINNÉ stellt fest, daß der Artikel von einem Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle in Kiel in dieser Form geliefert worden sei.

Der Kommentar zu dem Kommuniqué über die Besprechung FDP/DGB[21] wird gleichfalls von Dr. JENTZSCH beanstandet. In einer kurzen Debatte wird der Wunsch ausgesprochen, daß innerhalb der Bundesparteileitung jede Nummer des „Freien Worts" geplant und durchgesprochen wird.

DAUB fragt, warum sein Artikel zur Volksbefragung in Frankfurt/M. nicht im „Freien Wort" erschienen sei.

STEPHAN antwortet, daß man den Beschlüssen des Bundesvorstandes hierzu nicht habe vorgreifen können.

Aktionen einzuleiten, sollten wir sie abbremsen." Die Beteiligung an den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod" wurde freigestellt. Den FDP-Mitgliedern, die sich beteiligen wollten, jedoch aufgegeben, die „politische Linie" der FDP zu vertreten „und auf die Abwehr von Bestrebungen eingestellt [zu] sein, die unserer politischen Haltung entgegensetzt sind". Dies bezog sich insbesondere auf die Gefahr der Abwertung des Wehrgedankens durch „radikal-pazifistisch gesinnte Kreise".

19 Bzgl. dieses TOP schrieb *Rubin* am 26. 4. 1958 an *Maier:* „Wenngleich es mir im Augenblick gelungen ist, das Schlimmste zu verhindern, so müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß es nicht mehr möglich ist, in der bisherigen Weise fortzufahren. Wir können den Landesverbänden – nicht zuletzt infolge deren unzulänglicher personeller Besetzung und der geringen Aktivität der Vorsitzenden, Minister u. ä. – nicht mehr allein die ‚Finanzhoheit' überlassen. Ich halte es für zweckmäßig, wenn wir uns speziell über diesen Fragenkomplex gelegentlich unserer demnächstigen Zusammenkunft eingehender unterhalten." HStASt, Q I/22, Bü 173 (NL Haußmann). Fortgang Nr. 55, TOP „Finanzlage der Partei".

20 Artikel „Bonn setzte Flensburger ‚Butterschlacht' ein jähes Ende. Handelskammerpräsident führte Einfuhrbeschränkung herbei – Auch die Dänen kaufen jenseits der Grenze", in: DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 14 vom 4. 4. 1958, S. 4.

21 „FDP und DGB" von Erik *Rinné,* in: DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 15 vom 11. 4. 1958, S. 3. Darin als Schlußfolgerung, daß die Annahme der Einladung zu einem Gespräch mit dem DGB durch den Bundesvorstand der FDP eine „staatspolitische Pflicht" gewesen sei.

3. Dr. LEVERENZ fragt nach den Verhandlungen zwischen FDP und BHE in NRW, wo sich doch offenbar die bei der vorigen Vorstandssitzung in Düsseldorf gehegten Erwartungen[22] nicht realisiert hätten.

DÖRING erklärt hierzu, im BHE sei nach dem Abschwenken seines Landeshauptausschusses großer Krach. Das Endresultat könnten wir in Ruhe abwarten.[23]

52.

3. 6. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 106. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes vom 3. Juni 1958 in Bonn, Bundeshaus." Vorsitz Maier. 15.00 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Dohr, Engelhard, Graaff, Haußmann, Hoppe, Kohut, Letz, Leverenz, Maier, [Margulies], Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Rubin, Scheel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Dr. MENDE unter allgemeinem Beifall der Freude des Vorstandes über die Wiedergenesung des Bundesvorsitzenden[1] Ausdruck. Nach der schweren Erkrankung begrüße man es ganz besonders, daß er heute wieder in alter Frische den Vorsitz führt.

Dr. Reinhold MAIER dankt für die freundlichen Worte. Er erklärt, entgegen Gerüchten, die in letzter Zeit verbreitet wurden, beabsichtige er nicht, sein Bundestagsmandat niederzulegen. Wohl befinde er sich noch in der Rekonvaleszenz. Er hoffe aber, bei den bevorstehenden Versammlungen im nordrhein-westfälischen Wahlkampf mit seiner Stimme durchzuhalten.

TOP 1: LAGE IN NIEDERSACHSEN

GRAAFF gibt einen umfassenden Bericht über Niedersachsen.[2] Er betont dabei, daß das allen Vorstandsmitgliedern zugegangene Schreiben vom 26. April d. J., in dem ein Wahlabkommen vom GB/BHE angeregt wurde[3], überholt ist. Es hat sich eine vollkommen neue Sachlage ergeben, die in der folgenden Punktation zum Ausdruck kommt:

---

22 Nr. 50, TOP „Verhandlungen mit dem BHE in NRW".

23 Die BHE-Führung in NRW schloß ein Wahlabkommen mit der DP ab – ein Vorgehen, das vom BHE-Bundesvorstand mißbilligt wurde und zum Parteiausschluß der Mitglieder des Landesvorstandes führte. Vgl. F. NEUMANN, 1968, S. 212 f.

1 Vgl. Nr. 51 mit Anm. 1.

2 Zur Vorgeschichte Nr. 47 mit Anm. 17–21.

3 Anlage zum Protokoll.

„Die Vertreter der Landesverbände der FDP und des GB/BHE Niedersachsen sind sich einig in dem Willen:

1. die durch die Bildung der Gemeinschaftsfraktion von FDP und GB/BHE im Niedersächsischen Landtag eingeleitete gemeinsame Politik fortzusetzen,
2. die rechtlichen, organisatorischen und politischen Voraussetzungen für eine gemeinsame Durchführung der Wahlen zum Niedersächsischen Landtag im Jahre 1959 zu schaffen mit dem Ziel, im politischen Bereich Niedersachsens die Bildung einer starken nationalen, liberalen, antimarxistischen Kraft sicherzustellen,
3. nach den Wahlen im Jahre 1959 eine gemeinsame Fraktion im Niedersächsischen Landtag zu bilden.

Die Absprache tritt in Kraft, sobald die satzungsgemäß zuständigen Gremien beider Parteien zugestimmt haben."

Das neue Abkommen mit dem BHE bedürfe der Zustimmung von seiten der Vorstände der beiden beteiligten Parteien. *Graaff* weist ferner darauf hin, daß das Hospitantenverhältnis mit der DRP durch übereinstimmende Erklärung von FDP-GB/BHE-Fraktion aufgehoben worden sei; die DRP habe ihrerseits der Lösung des Hospitantenverhältnisses zugestimmt. Man habe also vollkommen reinen Tisch.

Dr. Reinhold MAIER gibt seiner Erleichterung über die Erledigung der wiederholt im Vorstand behandelten DRP-Angelegenheit Ausdruck. Er weist ferner darauf hin, daß bisher vom Landesparteitag Niedersachsens beschlossen war, die FDP werde den Landtagswahlkampf allein führen.[4]

GRAAFF entgegnet, daß man zunächst der Gefahr eines Bündnisses DP-GB/BHE habe entgegenwirken wollen. Wir haben jetzt den BHE gebunden, damit er nicht kurzerhand mit der DP abschließen kann. Im übrigen würde ein Zusammengehen mit dem BHE, auch aufgrund des niedersächsischen Wahlgesetzes, nur möglich sein, wenn die Liste lediglich eine Parteibezeichnung, also „FDP", führt. Hierüber ist auch den Unterhändlern des BHE kein Zweifel gelassen worden.

Dr. KOHUT bemerkt, daß die BHE-Bundesleitung wenig Einfluß auf die Landesverbände habe. Er will trotzdem, nachdem *Seiboth* zum Nachfolger *von Kessels* gewählt worden ist[5], auf hessischer Ebene mit ihm Fühlung nehmen.

LETZ weist auf die Situation in Bayern hin, wo der BHE-Landesvorsitzende *Gutsmuths* den Anschluß an die CSU anstrebe, die ihm aber die kalte Schulter gezeigt habe.

MISCHNICK regt an, Gespräche mit maßgebenden Vertretern des Bundes vertriebener Deutscher zu suchen, wo man nach dem Ausfall des BHE in der Bundespolitik ein Gefühl von Heimatlosigkeit habe.

---

4 Vgl. H. BEYER/K. MÜLLER, 1988, S. 624.

5 Der Wechsel im Vorsitz erfolgte auf dem Hersfelder Parteitag am 31. 5. 1958. Vgl. F. NEUMANN, 1968, S. 211.

Dr. LEVERENZ weist auf die Auflösungserscheinungen in der DP und im BHE hin. Diese könnten durch einen Abschluß von FDP und BHE in Niedersachsen gestört werden.

Dr. Reinhold MAIER bemerkt, daß man die Rückwirkungen auf NRW bedenken müsse. Die FDP könne mindestens 20 % der BHE-Anhänger gewinnen.

Dr. BECKER schlägt vor, von *Kohuts* Fühlern lediglich zu *Seiboth* Kenntnis zu nehmen und sich von ihm Bericht erstatten zu lassen.

Dr. Reinhold MAIER faßt zusammen: Die FDP-Landesverbände sollen noch einmal aufgefordert werden, über Besprechungen, die aufgrund früherer Vorstandsbeschlüsse mit dem BHE stattgefunden haben und noch stattfinden, zu berichten. Eine solche Berichterstattung werde insbesondere auch von Dr. *Kohut* nach seinem Gespräch mit *Seiboth* erwartet. Wir werden ferner uns besonders der Verbände der Heimatvertriebenen annehmen. Der Vorstand bestätigt gegen eine Stimme, daß dies seine Auffassung ist.

Mit Bezug auf Niedersachsen weist VON NOTTBECK darauf hin, daß die vorliegende Punktation der niedersächsischen Landesverbände von FDP und GB/BHE nur eine Deklaration und kein Abkommen sei.

Dr. LEVERENZ bittet darum, die Entwicklung in den anderen Ländern, die auf Auflösung des GB/BHE hinzielt, nicht durch verfrühte Beschlüsse zu hemmen.

Auch Dr. MENDE spricht sich für Hinhalten aus und gegen einen Beschluß in der heutigen Vorstandssitzung.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß wir von den Absichten, die in Niedersachsen bestehen, Kenntnis nehmen und uns eine abschließende Behandlung für später - etwa im Herbst - vorbehalten.[6]

Dem stimmt der Vorstand einstimmig zu.

TOP 2: BUNDESHAUPTAUSSCHUSS

Dr. Reinhold MAIER weist auf ein Schreiben des stv. Landesvorsitzenden des LV Hessen, Prof. Dr. Erich *Schwinge,* hin, der verlangt, daß der Hauptausschuß sich mit dem ungünstigen Echo des Düsseldorfer Bundesparteitages befassen soll.[7] Er stellt fest, daß eine Vertagung der Sitzung vorgenommen werden mußte, weil die stv. Bundesvorsitzenden nicht in seiner Abwesenheit tagen wollten und er durch Krankheit verhindert war, an einer Bundeshauptausschußsitzung teilzunehmen. Jetzt sei der Hauptausschuß für Mitte Juni, drei

6 Siehe Nr. 54, TOP 6 „Bericht über Besprechungen mit dem BHE, insbesondere wegen Niedersachsen".

7 Das Schreiben *Schwinges* datierte vom 24. 5. 1958, ADL, Ordner-Nr. 3163. Das ungünstige Presseecho sei durch folgende Schlagzeilen veranschaulicht: „Die Helden sind müde geworden (FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 31. 3. 1958). „Vollständige Verwirrung auf dem FDP-Kongreß" (DAGENS NYHETER vom 1. 4. 1958); „Die zwiespältigen Freien Demokraten" (BASELER NATIONALZEITUNG vom 1. 4. 1958); „FDP-Parteitag endet ohne Beschlüsse. Differenzen in der Partei über die Volksbefragung" (KÖLNER STADTANZEIGER vom 31. 3. 1958); „Die FDP zwischen Hott und Hü. ‚Parteitag der Ratlosigkeit' in Düsseldorf" (DIE ZEIT vom 3. 4. 1958).

Wochen vor den Wahlen in NRW, einberufen worden. Man müsse Themen behandeln, die uns vereinigen.

Dr. KOHUT bedauert, daß - woran er nicht unschuldig sei - der Bundeshauptausschuß nach der Bundestagswahl nicht einberufen und auch später mehrfach wieder ausgeladen wurde.

Dr. MENDE meint, der Hauptausschuß müsse in diesem Jahr noch dreimal tagen. Er dürfe freilich nicht zuviel retrospektive Betrachtungen anstellen. Wohl aber sei positive Kritik dort durchaus erwünscht.

Dr. Reinhold MAIER schlägt konkret vor, im Hauptausschuß zu behandeln:

1. Die wirtschaftliche Lage im Zusammenhang mit der finanziellen Situation des Bundes, die bei der Etatberatung offenkundig geworden sei[8], sowie die wirtschaftspolitischen Thesen, die beim SPD-Bundesparteitag aufgestellt worden seien.[9] Als Referenten schlägt er Hans *Lenz,* MdB, vor.
2. Es müsse ein außenpolitischer Überblick gegeben werden, wobei auf die Entwicklung in Frankreich und auf die Frage der atomaren Bewaffnung eingegangen werden sollte. Für ein dreiviertelstündiges Referat schlägt er Dr. Max *Becker,* MdB, vor.

Die Frage der Freihandelszone in Verbindung mit dem gemeinsamen Markt, zu der der besonders zur Sitzung eingeladene Abg. MARGULIES einige Ausführungen macht, erscheine noch nicht spruchreif.

Dr. ACHENBACH warnt zur Vorsicht mit Bezug auf das de-Gaulle-Regime in Frankreich.[10] Man solle entgegen einer von *Döring* gegebenen Anregung nur referieren, nichts beschließen, um eine deutsch-französische Spannung zu vermeiden, die gefährlich für unsere Wiedervereinigungspolitik sein könne.

Der Vorstand erklärt sich mit den Vorschlägen Dr. Reinhold *Maiers* einverstanden.

TOP 3: LIBERALE WELTUNION

STEPHAN berichtet, daß das Exekutivkomitée der Liberalen Weltunion am 29./30. Juni 1958 in der Bundesrepublik tagen werde. Man werde Gelegenheit haben, mit maßgebenden Persönlichkeiten der Liberalen Weltunion in Kontakt zu kommen.

---

8 Die zweite Lesung des Bundeshaushaltes im Bundestag hatte am 8. 5. 1958 begonnen, BT STEN. BER., Bd. 40, S. 1572 A. In der Schlußabstimmung über den Gesamthaushalt am 4. 7. 1958 stimmte die FDP-Fraktion mit Nein, da sie nach den Worten von Hans *Lenz* „große Bedenken und große Sorgen bezüglich der Entwicklung der Behandlung unseres Budgetrechts" geltend zu machen hatte und außerdem „zu große Risiken in der Haushaltsgebarung" feststellen zu können glaubte. Ebd., Bd. 41, S. 2373 A.

9 SPD-Parteitag vom 19.–23. 5. 1958. Der Parteitag hatte den Vorstand beauftragt, bis zum nächsten Parteitag ein konkretes Programm zur Überführung des deuschen Kohlenbergbaus in Gemeineigentum vorzulegen. AdG 1958, S. 7076 D.

10 *De Gaulle* war am 1. 6. 1958 von der Nationalversammlung zum französischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Es wird beschlossen, daß möglichst viele Vorstandsmitglieder an dem Treffen, daß für Köln geplant ist, teilnehmen sollen, schon weil man nur so gegenüber den Tendenzen der FDP-Gegner und *Adenauer*-Freunde in diesem Gremium Erfolge erzielen könne.[11]

TOP 4: VERHÄLTNIS ZUR EUROPA-UNION

MARGULIES weist darauf hin, daß die Europa-Union in den letzten Jahren sehr ihr Gesicht gewandelt habe. Bei dem Wechsel im Vorsitz von *Kogon* über *Friedlaender* zu *Baron Oppenheim* sei die Europa-Union immer mehr in das *Adenauer*-Fahrwasser eingeschwenkt. Der Einfluß der Bundesregierung sei auch aufgrund von finanziellen Unterstützungen immer mehr gewachsen.[12] Könne man noch weiter mitarbeiten?

ENGELHARD unterstreicht, daß besonders bei der Jugend der Europagedanke ein beträchtliches Echo auch heute finde. Eine liberale Partei müsse unbedingt mitmachen und auf den Kurs Einfluß nehmen.

STEPHAN berichtet über ein Gespräch mit dem Geschäftsführer *Lüders*, der unserer Partei nahesteht und darauf aufmerksam gemacht hat, daß unsere Vertreter durch vielfältige Aufgaben in Anspruch genommen und deshalb weniger eingeschaltet seien als die Spezialisten anderer Parteien.

Der Vorstand beschließt, Professor *Schwinge* (Marburg) als weiteren Vertreter der FDP in der Europa-Union namhaft zu machen.

53.

11. 7. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 107. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 11. Juli 1958 in Frankfurt." Vorsitz Maier. 10.00 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Jentzsch, Lenz, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Nowack, Rademacher, Reif, Scheel, Schwertner, Weyer.

---

11 Die Tagung des Exekutivkomitees fand zum angegebenen Zeitpunkt in Bonn statt. Am Abend des 29. 9. 1958 kam es auf dem Petersberg zu einer Aussprache des Exekutivkomitees mit Mitgliedern des FDP-Bundesvorstandes. fdk, 9. Jg., Nr. 48 vom 1. 7. 1958.

12 Zur Finanzierung der Europa-Union Christel RUPPERT, Die Europa-Union Deutschland. Organisation und Tätigkeit eines Europa-Verbandes, Phil. Diss. Heidelberg 1960, S. 44 ff. Zuschüsse der öffentlichen Hand, vor allem der Bundesregierung, bildeten jedoch nur eine Säule der Finanzierung. Dazu kamen Spenden und Beiträge aus der Wirtschaft und die – allerdings nicht sehr ertragreichen – Mitgliedsbeiträge.

Zu TOP 1: WIRTSCHAFTSPOLITISCHER BUNDESAUSSCHUSS

schlägt Dr. Reinhold MAIER vor, zum Vorsitzenden Dr. Franz *Reuter* (Frankfurt/Main) zu wählen. Der bisherige Vorsitzende, Walter *Scheel,* habe sein Amt wegen Überlastung, die auch durch seine Teilnahme an den europäischen Parlamenten zu erklären sei, niedergelegt. Er glaube, daß die Lücke, die in der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei entstanden sei, rasch ausgefüllt werden müsse. Dr. *Atzenroth,* MdB, soll Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik bleiben, könne jedoch nicht noch zusätzlich den wirtschaftspolitischen Ausschuß der Bundespartei übernehmen. Man müsse diesen Fachausschuß aktivieren.

Prof. REIF äußert gewisse Bedenken gegen die Wahl Dr. *Reuters.*

Dr. MENDE unterstützt den Vorschlag Dr. *Maiers* und regt an, nach der Mittagspause einen endgültigen Beschluß zu fassen. Dem wird zugestimmt.

[TOP 6: ENTSCHLIESSUNG RHEINLAND-PFALZ]

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, den Punkt 6 der Tagesordnung (Entschließung Rheinland-Pfalz) zu vertagen, nachdem der LV Rheinland-Pfalz mitgeteilt habe, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages in Sachen Dr. *Nowack*[1] seine Beratungen noch vor den Sommerferien abschließen werde. Man könne daher bis etwa Anfang August auf einen Abschluß der Angelegenheit rechnen.[2] Der Vorstand erklärt sich hiermit einverstanden.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung schlägt Dr. MENDE vor, die Bundestagsabgeordneten unter den Vorstandsmitgliedern möchten recht bald nach Berlin mitteilen, an welchen Tagen sie für Versammlungen in Berlin zur Verfügung stehen, wenn Ende September der Bundestag seine Sitzungen in Berlin abhält. Dem wird zugestimmt.

Zu TOP 2: FOLGERUNGEN AUS DEM WAHLKAMPF UND DEM WAHLERGEBNIS IN NRW

führt Dr. Reinhold MAIER aus, es handele sich heute nicht darum, über die Arbeit der Koalition in Düsseldorf ein Votum abzugeben. Vielmehr sollte sich der Vorstand klar werden, wie in Zukunft der Abschluß von Landeskoalitionen zu behandeln ist. Das Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Juli 1958[3] habe

---

1 In dem Artikel „Läßt sich nicht verkommen", in: DER SPIEGEL, 12. Jg., Nr. 24 vom 11. 6. 1958, S. 18, war *Nowack* vorgeworfen worden, aus seiner Stellung in einem Wirtschaftsunternehmen aufgrund von ihm als Finanzminister von Rheinland-Pfalz bekannten Informationen persönliche Vorteile gezogen zu haben.

2 Der Bericht des Untersuchungsausschusses wurde Mitte Oktober 1958 vorgelegt und bestätigte die in der Presse erhobenen Vorwürfe, ohne jedoch *Nowack* ehrenrühriges Verhalten anzulasten. Gleichwohl trat *Nowack* von seinen Ämtern als Landesminister und Landesvorsitzender der FDP zurück. AdG 1958, S. 7360 C.

3 CDU = 50,5 % (104 Mandate); SPD = 39,2 % (81); FDP = 7,1 % (15). G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 142.

uns an den Rand der Fortexistenz gebracht. Heute müsse nun für die Gesamtpartei verbindlich festgelegt werden, daß wir unabhängig bleiben. Es stehe keine Annäherung an die Bonner Regierungskoalition zur Debatte. Es sollte auch nicht festgelegt werden, daß man unter allen Umständen gegen jede Koalition mit der CDU in den Ländern sei. Er könne feststellen, daß innerhalb der CDU eine freundlichere Haltung gegenüber der FDP sich anbahne, und zwar wegen des Herannahens des Tages X. Deshalb würden Gespräche mit gewissen Persönlichkeiten geführt. Er habe durch seinen Aufruf[4] keineswegs ein Präjudiz geschaffen; freilich habe er Anmerkungen zu dem dritten großen Mißerfolg gemacht, den unsere Freunde in NRW mit ihrer Politik in den letzten zwei Jahren, seit den Kommunalwahlen von 1956, erlitten hätten. Er kenne die Stimmung in NRW aus seinen eigenen Versammlungen in diesem Bundesland. Die Atmosphäre sei nicht anders als sonst in der Bundesrepublik. Leider habe man von Düsseldorf her nach der Wahl in keiner Beziehung, auch nicht telefonisch, Verbindung mit ihm aufgenommen. Nach dem Bundesparteitag seien von verschiedenen Seiten allerhand Eigenmächtigkeiten begangen worden. Er habe sich nach dem 6. Juli zum selbständigen Handeln entschlossen, ohne die gesetzten Grenzen zu überschreiten.

Auf eine Frage von DÖRING, ob über die Proklamation Dr. Reinhold *Maiers* vom 8. Juli besonders gesprochen werde, bestätigt der Vorsitzende, daß sie innerhalb dieses Tagesordnungspunktes mit behandelt werde.

Es spricht dann der Vorsitzende des LV NRW, WEYER, ausführlich über den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, seinen Verlauf und sein Ergebnis, das in der Tat in einer offenbaren Wahlniederlage bestehe. Die Wahlkampfführung könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Sie habe nicht versagt. Die Partei habe einen großen Einsatz gemacht, die Verbindung zur Wirtschaft wieder gesucht, zu ihr eine bessere Atmosphäre wieder hergestellt. Sie habe ihre Linie dabei nicht verlassen. Von überall her habe die FDP in NRW Hilfe be-

4 In seinem Aufruf an die Landesverbände der FDP vom 8. 7. 1958 hatte *Maier* festgestellt, daß die FDP von Nordrhein-Westfalen ihr Wahlziel nicht erreicht hätte, aber nach wie vor über eine „Gesamtposition" verfüge, die ihr „eine selbständige politische Wirkungsmöglichkeit durchaus beläßt". Als Kritik an der Arbeit des Landesverbandes NRW lassen sich folgene Sätze werten: „Die Überwindung der gegenwärtigen Situation erfordert eine wohlüberlegte, systematische, auf weite Sicht abgestellte, jeweils sachlich fundierte und vor allem einheitliche Politik der FDP. Dabei gilt es, sich des Aufgreifens sensationeller, in ihrer Werbekraft rasch dahinschwindender Themata zu enthalten [. . .]. Die FDP wird ihr Ansehen erhöhen, wenn sie in der Außenpolitik nicht bestechenden neuen Ideen sich hingibt, sondern die Position von Deutschland durch solide Vorschläge zu unterbauen hilft." fdk, 9. Jg., Nr. 50 vom 8. 7. 1958. Zu diesem Aufruf schrieb *Haußmann* am 10. 7. 1958 an *Weyer:* „Bei guter Besetzung des Landesvorstandes und in Anwesenheit von mindestens 6 Bundestagsabgeordneten von Baden-Württemberg fand der Aufruf in allen Punkten nicht nur keinen Widerspruch, sondern die ausdrückliche Zustimmung der an der Debatte Beteiligten. Offenbar hast Du dann am Dienstag nachmittag Deine Bedenken hinsichtlich des Aufrufs fernmündlich zum Ausdruck gebracht, als er bereits veröffentlicht war. Der Aufruf präjudiziert den Bundesvorstand nicht. Es muß aber in einer derartigen Situation möglich sein, daß der Bundesvorsitzende seine Pflicht gegenüber den Parteifreunden, den Wählern sowie der Öffentlichkeit dadurch erfüllt, daß er seinen Standpunkt zwei Tage nach einer derartigen Wahlentscheidung präzisiert." HStASt, Q I/22, Bü 333 (NL Haußmann).

kommen. *Weyer* nennt in diesem Zusammenhang die Namen Dr. Reinhold *Maier,* Dr. *Haußmann,* Dr. *Leverenz,* Dr. *Leuze* u. a. . . Mit dem DGB habe es infolge seiner Erklärung auf dem Wahlkongreß in Düsseldorf über die Abkürzung der Arbeitszeit[5] heftige Auseinandersetzungen gegeben. Er habe sich auch deutlich von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD distanziert. Andererseits habe *Arnold* frühzeitig erklärt, daß für die CDU eine Koalition mit der FDP nicht in Frage komme. *Brentano* sei soweit gegangen, die Wähler aufzufordern, sie sollten – falls sie nicht CDU wählen wollten – für die SPD stimmen, keinesfalls jedoch für die FDP. Die Situation sei im Lande ganz anders gewesen als 1954, wo die FDP noch in der Bonner Koalition gewesen sei.

Man habe auf 8–9 % FDP-Stimmen ernstlich gehofft; er sei also über das Ergebnis enttäuscht. Auch das große Wahlziel der Verhinderung einer Alleinherrschaft der CDU sei nicht erreicht worden. Es handele sich um eine ausgesprochene *Adenauer*-Wahl, vielleicht provoziert durch die Atom-Kampagne. Die Mitwirkung der katholischen Kirche zugunsten der CDU sei stärker gewesen als 1957. Die Hinrichtungen in Ungarn[6] und der plötzliche Tod *Arnolds*[7] seien der CDU zugute gekommen. Wenn man sich frage, wie eine Koalition mit der CDU für die FDP sich ausgewirkt hätte, so müsse man auf das Schicksal der DP verweisen.[8] Es sei festzustellen, daß ein „Zünglein an der Waage" nicht mehr gefragt ist. Andererseits ist es für die FDP noch nicht möglich, regulierend als „Dritte Kraft" zu wirken. Es scheine ihm vor allem nötig, dem Meinungswirrwarr in der FDP ein Ende zu machen und eine eigene Konzeption herauszustellen, unabhängig von *Erhards* Wirtschafts- und von *Etzels* Steuerpolitik. Kann man Schlimmeres verhüten, z. B. Mehrheitswahlrecht und Einparteienstaat, durch Mitarbeit in der heutigen Regierungskoalition? Angebote liegen nicht vor. (Dr. Reinhold *Maier* stellt im Zuruf dazu fest, daß er nirgends angerufen habe, sondern angerufen worden sei.) Wir wollen mit der CDU nicht unter allen Umständen auf Kriegsfuß stehen: *Meyers* ist ein anderer Mensch als *Arnold.* Wir werden gegen ihn nicht Opposition um jeden Preis treiben. Aber wir werden an dem Berliner Programm und an unserem Landesprogramm festhalten. Der Aufruf Dr. Reinhold *Maiers* ließ eine Distanzierung von der nordrhein-westfälischen FDP, mindestens von *Weyer/Döring* vermuten. Dadurch hatte die gegnerische Presse verstärkte Möglichkeiten, auf die Geschlagenen noch einzudreschen.

---

5 Auf dem Wahlkongreß der FDP am 8. 6. 1958 hatte *Weyer* ausgeführt: „Unter den gegebenen Umständen halte ich nichts von einer weiteren Verkürzung [der Arbeitszeit]. Kein Volk ist bisher durch Faulheit zum Wohlstand gekommen." Artikel „Düsseldorfer Wahlkongreß der Freien Demokraten", in: Das freie Wort, 7. Jg., Nr. 24 vom 14. 6. 1958, S. 5.

6 Am 17. 6. 1958 hatte TASS die Mitteilung des ungarischen Justizministeriums veröffentlicht, in der die Vollstreckung der Todesurteile gegen Imre *Nagy,* Niklas *Gimes,* Pal *Maleter* und Joszef *Szilagyi* wegen ihrer führenden Beteiligung am Aufstand von 1956 verkündet wurde. AdG 1958, S. 7132 B 1.

7 Der Spitzenkandidat der CDU im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, Karl *Arnold,* war am 29. 6. 1958 einer Herzattacke erlegen. D. Hüwel, 1980, S. 326.

8 Die DP hatte in den Wahlen am 6. 7. 1958 lediglich 1,6 % der Stimmen erhalten. G. A. Ritter/M. Niehuss, 1987, S. 142.

In einer mehrstündigen Aussprache wird von Dr. HAAS, Dr. HAUSSMANN und Dr. LEUZE Kritik an der zu scharfen Sprache der nordrhein-westfälischen Freunde geübt, die nicht abgenommen wurde, z. B. Formulierungen wie: „Die CDU lebt von der deutschen Spaltung", oder der Proklamierung des „nationalen Notstandes" und der Formel: „Nicht klein aber fein, sondern breit und trutzig!"

Prof. REIF weist auf die Notwendigkeit hin, durch eine liberale Sozialpolitik den Stiefkindern des Wirtschaftswunders zu helfen.

Dr. LEVERENZ verlangt, in sachlicher Weise Wirtschafts- und Wiedervereinigungspolitik zu treiben und lehnt die lauten Formen ab.

Dr. BECKER glaubt, daß wir zuviel Außenpolitik herausgestellt hätten; dies scheine mangels Publikationsmittel nicht richtig. Wir müssen uns mehr mit dem beschäftigen, was den Menschen täglich angeht. Ruhigere Sprache, auch im „Freien Wort", sei geboten.

STEPHAN gibt bekannt, daß in Schleswig-Holstein weitere Übertritte von BHE-Landtagsabgeordneten zur FDP zu verzeichnen sind. Die Abgeordnete Frau *Weiß* gab dabei die dem Originalprotokoll beigefügte Erklärung ab.[9]

MISCHNICK schlägt vor, nicht mehr von der „Dritten Kraft" zu sprechen, und verlangt für den Herbst eine sozialpolitische Tagung.

Dr. Reinhold MAIER stellt die Frage, ob auch mit Rücksicht auf die publizistischen Bedürfnisse eine Entschließung sofort verabschiedet werden soll. Dies wird gegen eine Stimme bei einer Enthaltung bestätigt.

RADEMACHER beantragt, den von Dr. *Mende* vorgelegten Entschließungsentwurf absatzweise zu beraten. Dr. MENDE verliest einen zweiten Entwurf. Dr. Reinhold MAIER regt an, daß eine sechsköpfige Kommission beide Anträge überarbeiten solle. Dies wird gegen zwei Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Dr. LEUZE beantragt Aufnahme von Teilen der Proklamation Dr. Reinhold *Maiers* in die Entschließung. Dr. Reinhold MAIER verzichtet hierauf und Dr. LEUZE zieht seinen Antrag zurück.

Auf Antrag von Dr. *Dehler* wird aus dem Entwurf Dr. *Mendes* der letzte Absatz als Absatz 2 der Entschließung eingefügt. Die Entschließung erhält folgenden Wortlaut:

---

9 Text der Erklärung: „Ich habe nicht die Absicht, mich ein zweites Mal mißbrauchen zu lassen und die Wähler zu täuschen. Darum bin ich aus dem BHE ausgetreten und habe mich der FDP angeschlossen. Wählergruppen, Organisationen und Verbände haben sich hinter meine These gestellt: Eine dritte Partei ist unbedingt notwendig; diese dritte Partei kann nur die FDP sein, die ohne Wahlhilfe in den Bundestag gekommen ist und im Gegensatz zu anderen Parteien eine konstruktive Wiedervereinigungspolitik betreibt. Ich glaube nicht, daß der durch innere Auseinandersetzungen gelähmte und führungslos gewordene BHE-Haufen die 5 %-Klausel überspringt. Ich habe alle Wähler, die nicht CDU oder SPD wählen können, aufgefordert, mir zur FDP zu folgen. Ich glaube, daß meine Freunde sich mir anschließen. Fraktionskollegen haben mir erklärt: Dieser Weg scheint richtig zu sein. Ich glaube nicht, daß in der Landtagssitzung am 11. 8. noch viele Abgeordnete den BHE vertreten werden."

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei trat am 11. Juli in Frankfurt unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden Dr. Reinhold *Maier* zu einer ganztägigen Sitzung zusammen. Nach Prüfung des Ergebnisses der nordrhein-westfälischen Landtagswahl stellt der Bundesvorstand fest, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP in einem schweren Wahlkampf als einzige politische Partei gegen CDU und SPD einen Bestand wahren konnte, der den weiteren Aufbau der FDP als dritter Partei in Deutschland sicherstellt.

Die FDP wird auf der Grundlage ihres Berliner Programms ihre eigenständige und unabhängige Politik fortsetzen. Sie bekräftigt ihre Forderung nach einer deutschen Außenpolitik, die sich zu den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung, der freiheitlichen Menschenrechte und des Rechtes auf Heimat bekennt. Die Außenpolitik muß unserer Lage in Mitteleuropa Rechnung tragen, den entspannenden Ausgleich nach allen Seiten suchen und damit der Erhaltung des Friedens dienen. Diese Politik der Entspannung ist nur möglich unter Achtung der bestehenden Verträge und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den uns befreundeten Völkern. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Sicherheit, eine der besonderen geographischen Lage des gespaltenen Deutschlands entsprechende Verteidigungspolitik, eine eigentumschützende und eigentumbildende Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Erhaltung der Kaufkraft der D-Mark und eine die Freiheit im geistigen Bereich schützende Kulturpolitik werden die maßgeblichen Richtlinien ihrer Arbeit bleiben.

In völliger Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber der CDU wie gegenüber der SPD wird die FDP in Bund und Ländern ihre Entscheidungen zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien auch in Zukunft davon abhängig machen, ob ein Höchstmaß von eigenen politischen Vorstellungen in den jeweiligen Regierungsprogrammen durchsetzbar erscheint. Personelle Fragen sind demgegenüber von untergeordneter Bedeutung."[10]

Die Entschließung wird vom Gesamtvorstand einstimmig angenommen.

Bei der Fortsetzung der Debatte führt Dr. DEHLER aus, daß *Adenauers* Europakonzeption im Zusammenbrechen ist (*de Gaulle*[11] – englisches Engagement in Transjordanien[12]). Innenpolitisch werde sich das erst 1961 auswirken. Wir müssen uns auf lange Fristen einstellen.

Dr. MENDE nimmt an, daß schwere internationale Rückschläge für uns bevorstehen. Der von der Bundesregierung auf Antrag der FDP verlangte Viermäch-

10 Veröffentlicht in: fdk, 9. Jg., Nr. 52 vom 14. 7. 1958.

11 Siehe Nr. 52 mit Anm. 10.

12 Auf Ansuchen des jordanischen Königs und Ministerpräsidenten war Mitte Juli 1958 eine britische Fallschirmjägerbrigade von der Regierung Großbritanniens nach Jordanien verlegt worden. AdG 1958, S. 7180 E 18.

te-Ausschuß[13] wird abgelehnt werden.[14] Dr. *Mende* berichtet über Schilderungen, die ihm Botschafter *Kroll* über die Lage in der Sowjetunion und die internationale Politik gegeben hat. Innenpolitisch sei das nächste Ziel der CDU jetzt die Zerschlagung der hessischen FDP.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß *Chruschtschows* Politik *Adenauer* und der CDU zugute gekommen ist.

DÖRING schildert die rücksichtslosen Wahlkampfmethoden der CDU und den schrankenlosen Einsatz katholischer Verbände zugunsten dieser Partei im nordrhein-westfälischen Wahlkampf. Er zweifelt daran, daß man mit der gegenwärtigen Bundesregierung gemeinsame Außenpolitik machen könne (Dr. Reinhold *Maier* weist demgegenüber auf ein Gespräch hin, das er mit Bundesminister *Lemmer* in diesen Tagen hatte[15]). *Döring* weist die Verdächtigungen zurück, die gegen ihn von seiten der CDU erhoben würden, z. B. daß er sich der SPD anschließen werde, und fragt, wie wir auf diese Methoden reagieren, jeden zum Popanz zu machen, der gegen die CDU auftritt. Er werde seine rednerische Tätigkeit in der nächsten Zeit auf seinen eigenen Landesverband beschränken. *Döring* schließt mit den Worten: „Ich werde nicht kapitulieren!"

SCHWERTNER schlägt vor, einen „Rat der Weisen" einzusetzen, der aus sechs oder sieben Personen bestehen und dem Vorstand Vorschläge machen müsse. Die DPS sei durch ihre Finanzlage schwer belastet und sei enttäuscht, daß ihr bei der Abtragung der Schulden keine ausreichende Hilfe von der Bundespartei zuteil geworden sei.

[TOP 1: WIRTSCHAFTSPOLITISCHER BUNDESAUSSCHUSS - FORTSETZUNG]

Der Vorstand kehrt dann zu Punkt 1 der Tagesordnung zurück. Er erklärt sich gegen eine Stimme damit einverstanden, daß Dr. Franz *Reuter* den Vorsitz des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Bundespartei übernimmt.

---

13 Auf Antrag der FDP hatte der Bundestagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten eine Entschließung ausgearbeitet, in der die Vier Mächte aufgefordert wurden, „ein Vier-Mächte-Gremium (mindestens im Range einer Botschafter-Konferenz) mit dem Auftrag" zu bilden, „gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten". Dieser Entscheidung erteilte der Bundestag am 2. 7. 1958 seine Zustimmung. BT STEN. BER., Bd. 41, S. 2177 D–2446 C. Text der Entschließung S. 2178 A.

14 Die Ablehnung durch *Chruschtschow* erfolgte Mitte Juli 1958 auf dem 5. Parteitag der SED. AdG 1958, S. 7178 D 2.

15 Hierzu hieß es in einer Aufzeichnung *Stephans* vom 30. 8. 1958: „In diesen Tagen sprach ich mit Bundesminister *Lemmer*, den ich vor zwei Monaten gemeinsam mit Herrn Dr. *Ungeheuer* und *Flach* aufgesucht hatte. Er erklärte, daß die von der FDP ausgehende und von ihm mit Herrn Dr. Reinhold *Maier* besprochene Initiative wegen eines ständigen Ausschusses der Parteien, der sich mit gesamtdeutschen Angelegenheiten befassen soll, inzwischen von ihm auch mit Herbert *Wehner* und maßgebenden Männern der CDU behandelt worden sei. Weder bei der SPD noch bei der CDU beständen Bedenken, im Gegenteil, man halte die Idee für fruchtbar." ADL, Ordner-Nr. 3175.

Zu TOP 3: LANDTAGSWAHLEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

referiert Dr. LEVERENZ über die Lage in Schleswig-Holstein.[16] Bei der Vorbereitung ist insbesondere das Verhältnis zum BHE von Bedeutung.

Dr. Reinhold MAIER berichtet über sein Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden des BHE, *Seiboth*. *Seiboth* habe eine vorbereitende Kommission gewünscht, die nach Abschluß der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern die Annäherungsmöglichkeiten rasch prüfen solle.

WEYER wünscht ein kleines Gremium, das die Vorbereitungen treffen soll. Ihm sollen Dr. Reinhold *Maier, Weyer, von Nottbeck, Mischnick* angehören. Dr. Reinhold *Maier* wird Einladungen ergehen lassen. *Weyer* will mit *Seiboth* sprechen, um festzustellen, ob Gespräche sofort aufgenommen werden können.[17]

Dr. LEVERENZ weist darauf hin, daß der Landesvorsitzende des BHE in Schleswig-Holstein, *Asbach*, ihm die Gründung einer „Bindestrich-Partei" vorgeschlagen habe (FDP-BHE).

Dr. JENTZSCH verlangt, der Vorstand solle jede Diskussion über einen solchen Vorschlag ablehnen.

Dr. Reinhold MAIER erklärt, er werde bei den Verhandlungen des Viererausschusses solche Vorschläge zurückweisen.

Dr. LEVERENZ weist darauf hin, daß durch den CDU-Bundesparteitag in Kiel[18] eine besondere Erschwerung der Propaganda für die FDP geschaffen werde. Auch die finanzielle Lage sei schwierig. Der Bundesvorstand müsse den LV Schleswig-Holstein stützen.

Dr. Reinhold MAIER sagt seitens des Vorstandes jede Unterstützung, die möglich ist, zu.

---

16 Wahltermin war der 28. 9. 1958.

17 In einer Aufzeichnung *Stephans* vom 29. 8. 1958 über ein Telefonat mit dem Bundesgeschäftsführer des BHE, *Strauch*, heißt es: „Herr *Seiboth* erinnere an die Fühlungnahmen, die im Juli mit Herrn Dr. Reinhold *Maier* stattgefunden haben und möchte diese gern vor den schleswig-holsteinischen Wahlen fortsetzen. Er schlug vor, sich in Hamburg oder Kiel zu treffen [...]. Folgende Themen sollten nach seiner Meinung behandelt werden: 1. Grundsätzliche Fragen des Zusammengehens. 2. Speziell die Fortentwicklung der Dinge in Niedersachsen. *Strauch* betonte, nach Meinung von Herrn *Seiboth* müsse die niedersächsische Frage baldigst geklärt werden. Aber auch über die Frage, ob überhaupt ein Zusammenwirken von FDP und BHE möglich sei, müsse ein Gespräch im Herbst unbedingt stattfinden." ADL, Ordner-Nr. 3175. Fortgang Nr. 54, TOP 6 „Bericht über Besprechungen mit dem BHE, insbesondere wegen Niedersachsen".

18 Vom 18.–21. 9. 1958, Dazu AdG 1958, S. 7301 A.

54.

23. 9. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 107. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 23. September 1958 in Kiel." Vorsitz Maier. 10.00 Uhr–19.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Borttscheller, Daub, Döring, Ehrich, Eilers, Engelhard, Glahn, Graaff, Haußmann, Jentzsch, Köhler, Kohut, Letz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Reif, Weyer.

Dr. Reinhold MAIER gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Ehrenpräsidentin, Frau Dr. Marie-Elisabeth *Lüders*, wieder an den Vorstandssitzungen teilnehmen kann und gekräftigt aus den Ferien zurückkehrte. Er weist darauf hin, daß man Kiel als Tagungsort gewählt habe, weil die FDP dort in schwerstem Wahlkampf stehe. Diese Wahl[1] betrifft uns alle; wir haben uns vor allem auf sie einzustellen. Es muß aber bald eine weitere Vorstandssitzung stattfinden, in der alle strittigen Fragen behandelt werden.

[STELLUNGNAHME MAIERS ZU EINER PARTEITAGSREDE GERSTENMAIERS]

Dr. Reinhold *Maier* nimmt dann zu der Rede Stellung, die Bundestagspräsident Dr. *Gerstenmaier* auf dem CDU-Bundesparteitag in Kiel gehalten hat.[2] [Wörtlich führt er aus:]

„Nach Zeitungsberichten hat Bundestagspräsident Dr. *Gerstenmaier* die CDU in einem neuen Kleid, nämlich als den Hort liberaler Staats- und Gesellschaftsgestaltung vorgestellt. Die FDP versagt dem Redner nicht die Hochachtung vor seinen grundsätzlichen Erkenntnissen und dessen Bekenntnis vor der CDU-Mitgliedschaft. Die Öffentlichkeit dürfte sich klar darüber sein, daß Dr. *Gerstenmaier* eine CDU dargestellt hat, wie er sie sich vielleicht wünscht, die aber real so gar nicht existiert. Alle wesentlichen Äußerungen ihrer Politik, vor allem ihre Handlungen, wenden sich gegen eine freiheitliche Entwicklung. Sie ist darauf bedacht, daß die großen Freiheitsrechte, welche in dem Grundgesetz verankert sind, in wesentlichen Bereichen auf dem Papier bleiben, ja mit der Tendenz zur Unfreiheit in die Praxis umgesetzt werden.

Laufend waren in den letzten Jahren gefährliche Vorstöße z. B. gegen die Pressefreiheit abzuwehren. Alle miteinander kamen aus der Ecke der großen Re-

1 Am 28. 9. 1958.

2 Das Referat *Gerstenmaiers* stand unter der Überschrift: „Staatsordnung und Gesellschaftsbild". Darin z. B. der Satz: „Wir von der CDU glauben, daß, weil der Mensch zur Freiheit berufen, mit eigenem Gewissen und eigener Verantwortung ausgestattet ist, er weder vom Staat noch von der Gesellschaft mediatisiert und bewirtschaftet werden darf." Rede abgedruckt in: CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS, 8. Bundesparteitag, Kiel, 18.–21. 9. 1958, Hamburg o. J., S. 90–108, Zitat S. 98.

gierungspartei. Sie konnte zwar ein Propagandaministerium unseligen Angedenkens nicht schaffen. Das Mammutinstitut des Bonner Informationsamtes mit allen Einflußnahmen ist ein vollwertiger Ersatz dafür. Es macht erfolgreich öffentliche Meinung von staatswegen. Die ganze Bundesrepublik marschiert mit Riesenschritten auf einen mit demokratischen Äußerlichkeiten umkleideten Autoritätsstaat hin. In Kiel hat die Regierungspartei jetzt offiziell die Toga der Staatspartei angenommen. Es ist trefflich gelungen, mit den Mitteln der Freiheitsrechte der Unfreiheit Bahn zu schaffen. Unverhüllt wird jetzt auf den Staatsrundfunk, einem unmittelbaren Element der Staatsallmacht, losgesteuert.

Die CDU ist keine Heimstätte freiheitlichen Geistes. Ihr innerster, nach außen hin ausschließlich maßgebender Kreis mag sich über die Rede von Dr. *Gerstenmaier* ins Fäustchen lachen und wünschen, es mögen möglichst viele an dieser Leimrute hängen bleiben. Dr. *Gerstenmaier* hat klingende liberale Namen aus der deutschen Geisteswelt erwähnt. Der Kern der CDU bekämpft alle - *Kant, Hegel, Fichte, Schleiermacher* mit vielen anderen großen Denkern und Dichtern - bis aufs Messer. *Goethes* „Faust", zweiter Teil, steht immer noch auf dem Index. Mit sturer Abneigung steht der Familienminister dem Worte des *Marquis de Posa:* ‚Geben sie Gedankenfreiheit' gegenüber. Die CDU, ein Hort liberalen Gedankengutes nach Dr. *Gerstenmaier* einerseits, und die CDU, verstärkt durch die in ihrer geistigen Substanz noch um Grade rückschrittlichere bayerische CSU andererseits, ist eine unerträgliche Zumutung.

So dürfte nicht gesprochen werden in den gegenwärtigen Zeitabläufen nicht abreißender Angriffe und Verletzungen des Grundrechtes der Gewissensfreiheit, nicht allein in den Schulen, bei der Lehrerbildung, sondern in dem Staatsgefüge selbst bei der täglichen Staatspraxis. Die Beamtenpersonalpolitik ist in dieser Beziehung ein öffentlicher Skandal.

Bleibt Herr Dr. *Gerstenmaier* standfest, so hat die FDP Aussicht auf einen wirksamen Mitstreiter gegen die CDU. Dr. *Gerstenmaier* hat schon häufig eigene Meinungen geäußert. Leider hat er sich danach stets löblich unterworfen."

Diese Stellungnahme wird durch fdk verbreitet.[3]

[VERSCHIEDENES]

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt WEYER, daß die von Dr. *Leuze* in der vorigen Vorstandssitzung der nordrhein-westfälischen FDP zugeschriebene Devise: „breit, aber trutzig"[4], nicht von ihm oder einer kompetenten Persönlichkeit des Landesverbandes stamme. Er bittet, dies auch protokollarisch festzuhalten.

STEPHAN weist darauf hin, daß die beiden Vorstandsmitglieder aus dem Saarland, Dr. *Schneider* und *Schwertner,* wieder, wie in der vorigen Sitzung, an

3 fdk, 9. Jg., Nr. 65 vom 24. 9. 1958.
4 Nr. 53, TOP 2 „Folgerungen aus dem Wahlkampf und dem Wahlergebnis in NRW".

der Teilnahme verhindert seien. Auch in der Hauptausschußsitzung war kein Vertreter der DPS anwesend.

Dr. MENDE schlägt darauf[hin] vor, eine der nächsten Sitzungen des Bundesvorstandes in Saarbrücken abzuhalten.

Es wird sodann beschlossen, die nächste Sitzung am Mittwoch, dem 8. Oktober 1958, in Mannheim abzuhalten und eine der darauffolgenden Sitzungen nach Saarbrücken einzuberufen.

[ZUM POLITISCHEN KURS DER PARTEI]

Ein Vorschlag Dr. KOHUTS, eine Auseinandersetzung über verschiedene Grundsatzfragen bis nach den Hessen-Wahlen[5] zu vertagen, war vorher mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden, nachdem Dr. Reinhold MAIER erklärt hatte, er könne keinerlei Verantwortung für die Landtagswahlen tragen, wenn nicht eine Aussprache im Vorstand baldigst stattfände. Es wird dann die folgende Entschließung vorgeschlagen und einstimmig angenommen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei wiederholt seine schon früher getroffene Feststellung, daß die FDP die einzige liberale Willensträgerin im deutschen Parteileben ist. Er erkennt an, daß die Grundgedanken des freiheitlichen Rechtsstaates heute Gemeingut aller demokratischen Parteien sind. Der Bundesvorstand verurteilt es jedoch, wenn Parteien ihre politischen Leitbilder je nach der taktischen Lage vertauschen. Die CDU läßt das gute Beispiel vermissen. Dort, wo das Volk den konfessionellen Hader verabscheut, gibt sie sich betont liberal. In Gegenden aber, wo von den Kanzeln gegen den Liberalismus gepredigt wird, fährt sie fort, sich als angeblich christlichen Hort der Intoleranz zu empfehlen.

Ferner hält es der Bundesvorstand für unpassend, wenn angesichts der tragischen Spaltung Deutschlands in überschwenglichen Worten vom außenpolitischen Erfolg der Bundesrepublik gesprochen wird. So lange Deutschland geteilt ist, müssen Erfolg und Mißerfolg daran gemessen werden, ob wir der Wiedervereinigung näher gekommen sind oder ob wir uns von ihr entfernt haben. Um so mehr begrüßt es der Bundesvorstand, daß der von den Freien Demokraten beigesteuerte Gedanke einer gemeinsamen Deutschlandpolitik immer stärkeren Widerhall bei den anderen Parteien findet. Wie der einmütige Bundestagsbeschluß vom 2. Juli zeigt[6], wird er zunehmend in die Tat umgesetzt.

Der Bundesvorstand gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Bundestag sich für den Zusammentritt der ständigen Deutschlandkonferenz der Vier Mächte einsetzt, damit ungeachtet aller Mißhelligkeiten im jüngsten Notenwechsel[7] un-

5 Am 23. 11. 1958.
6 Siehe Nr. 53, Anm. 13.
7 Notenwechsel zwischen der Regierung der UdSSR und der Bundesregierung zwischen dem 26. 7. 1958 und dem 8. 9. 1958. Darin der Vorwurf an die Adresse der Bundesregierung, das

verzüglich mit der Vorbereitung des Vertrages für und mit Gesamtdeutschland begonnen werden kann."[8]

Zu TOP 1: POLITISCHE LAGE ZU BEGINN DER NEUEN PARLAMENTS-SESSION

begrüßt Dr. LEVERENZ die in Kiel anwesenden Vorstandsmitglieder und gibt einen Überblick über die Wahlsituation. Hauptforderung der FDP im Wahlkampf ist: Die CDU darf keine absolute Mehrheit erhalten; Hauptangriffspunkt gegen die CDU: der Klerikalismus. Es wird kein totes Rennen zwischen CDU und SPD wie 1954 geben; der Wahlkampf der SPD ist ohne Pfeffer. Dr. *Leverenz* schlägt vor, allen Vorstandsmitgliedern die Reden von *Gerstenmaier*, *Strauß* und *Adenauer* vom Kieler Bundesparteitag der CDU bzw. aus dem schleswig-holsteinischen Wahlkampf[9] zuzustellen. Den Wortlaut der Reden stellt er zur Verfügung. *Gerstenmaier* sagte einigen Journalisten, geistig sei das Zweiparteiensystem schon da, organisatorisch könne es dann verwirklicht werden, wenn der klerikale Einfluß der CDU zurückgedrängt und liberaler Geist zugelassen werde. Hiermit müsse sich die FDP auseinandersetzen. Die Sozialausschüsse der CDU sind sehr rege in ihrer Propagierung des Ahlener Programms.[10] Wir sollten den Gegenzug machen und den Antrag stellen, die Sozialisierungsbestimmungen aus dem Grundgesetz und aus den Länderverfassungen herauszubringen.[11]

Wir müßten ferner nachdrücklich darauf hinweisen, daß der Bund schuldenfrei, die Länder verschuldet und die Gemeinden hoch überschuldet seien. Hier sei ein Ausgleich notwendig.

Ferner müßte die FDP sich konkret mit der Lage der Heimatvertriebenen befassen, z. B. mit der Aktivierung der Hauptentschädigung.

Wir brauchen eine Stellungnahme zum Gemeinsamen Markt, nachdem die Freihandelszone jetzt nicht kommt.[12]

Territorium der Bundesrepublik zum Aufmarschgebiet der Amerikaner für militärische Interventionen in arabischen Staaten zur Verfügung gestellt zu haben und damit zu den Feinden des Friedens im Nahen Osten zu gehören. Die Bundesregierung hatte diesen Vorwurf als unbegründet zurückgewiesen. AdG 1958, S. 7193 A 20; S. 7250 D 2; S. 7278 D

8 Veröffentlicht in: fdk, 9. Jg., Nr. 65 vom 24. 9. 1958.

9 *Adenauers* Rede auf dem Bundesparteitag abgedruckt im Protokoll (Anm. 2), S. 21–31. Hierin durchgehend scharfe Attacken auf die SPD. *Strauß* galt im schleswig-holsteinischen Wahlkampf als „einer der zugkräftigsten Redner der Union, sein Auftritt garantierte das volle Haus". Inhaltlich dominierten in seinen Reden Bekenntnisse zur Bundeswehr und westlichen Bündnispolitik. Artikel „Große Politik in kleinen Städten", in: DIE WELT vom 20. 9. 1958.

10 Programm des Zonenverbandes der CDU (britische Zone) vom 3. 2. 1947, das auf gemeinwirtschaftlichen Gedanken gründete.

11 Ein entsprechender vergeblicher Versuch in: Nr. 38 mit Anm. 8 und 9.

12 Die Verhandlungen über eine Europäische Freihandelszone aller 17 europäischen OEEC-Staaten scheiterten Mitte November 1958 an der ablehnenden Haltung Frankreichs. AdG 1958, S. 7395 A.

Endlich dürfen wir das Problem der Wiedervereinigung nicht aus den Augen verlieren; der „nationale Notstand" wird heute von der CDU proklamiert, nachdem sie uns im März wegen der gleichen Proklamation beschimpft hatte.

KÖHLER ergänzt: Wirksam im Wahlkampf erweist sich nicht Landespolitik, sondern Bundespolitik. Wir müssen das behandeln, was die Deutschen interessiert, einmal Steuerfragen und ihre sozialpolitischen Folgen, sowie die Auswirkung des Gemeinsamen Marktes.

LETZ berichtet über den Stand des Wahlkampfes in Bayern.[13] Wirksam sei dort der Begriff „freiheitlich". Der Wähler erwarte von der FDP aber auch steuerpolitische und sozialpolitische Aussagen. Die FDP kann im Wahlkampf darauf hinweisen, daß sie sowohl in der Koalition mit der SPD wie jetzt in der Koalition mit der CSU die freiheitlichen Kräfte beschützt und angeregt hat. Dies habe auch den Erfolg gezeitigt, daß 85 % der Bevölkerung mit der jeweiligen Regierung zufrieden waren. Dem Lehrerbildungsgesetz konnte die FDP zustimmen, nachdem sie ihm die Giftzähne herausgebrochen hatte.[14] Das bayerische Konkordat[15] konnte sie nicht aus der Welt schaffen, doch treibt sie auch eine aktive Kulturpolitik.

Dr. VON NOTTBECK weist darauf hin, daß bisher noch nicht einmal die Richtlinien für die Feststellung der Schäden der Heimatvertriebenen heraus seien.[16]

Dr. LEUZE macht auf die anderen Kategorien der Kriegsgeschädigten aufmerksam. Auch ihre Forderungen müßten aktiver behandelt werden.

ENGELHARD erklärt, daß der Landesverband Hamburg zu jeder Unterstützung für die Parteifreunde in Bayern bereit sei. Dieselbe Erklärung geben die Vorsitzenden von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ab.

MISCHNICK regt an, recht bald eine gemeinsame Sitzung der mit sozialpolitischen Fragen befaßten Ausschüsse der Bundespartei zu veranstalten.

Es wird beschlossen, daß der Vertriebenenausschuß, der Kriegsopferausschuß, der gesundheitspolitische Ausschuß, der sozialpolitische Ausschuß und der LDP-Bundesbeirat der FDP etwa Ende Oktober zusammentreten und konkrete Aussagen machen sollen.[17]

---

13 Wahltermin war der 23. 11. 1958.

14 Das Lehrerbildungsgesetz datierte vom 14. 6. 1958. Es betraf die Errichtung Pädagogischer Hochschulen mit konfessionellem Charakter und sechssemestrigem Studiengang. Albert REBLE, Das Schulwesen, in: Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. 4, hrsg. von M. SPINDLER, München 1974, S. 987.

15 Vom 29. 3. 1924. Zu seinen Auswirkungen auf das Schulwesen ebd., S. 979.

16 Bezug der Äußerung unklar. Das Bundesausgleichsamt hatte seit dem Dezember 1953 Richtlinien für die Schadensberechnung (Ermittlung von Vertreibungs- und Ostschäden) herausgegeben und im folgenden wiederholt ergänzt und geändert: „Amtliche Mitteilungsblätter des Bundesausgleichsamtes", ab 4. Jg. (1954).

17 Diese Sitzung fand am 1. und 2. 11. 1958 in Frankfurt/Main statt. Zum Ergebnis fdk, 9. Jg., Nr. 76 vom 4. 11. 1958.

Dr. MENDE schlägt vor, das Parteiengesetz[18], das Pressegesetz[19] und das Rundfunkgesetz[20] stark herauszustellen und hierbei eigene Vorstellungen zu entwickeln und wichtige Beiträge zur Diskussion zu geben.

Professor REIF regt an, eine Entschädigung für Westberliner, die ihren Besitz in Ostberlin verloren haben, zu beantragen.

WEYER hebt die Notwendigkeit hervor, ständigen Kontakt mit den evangelischen Landeskirchen zu halten.

RADEMACHER weist darauf hin, daß der Ausgleichsfonds für die Geschädigten aus dem Verkauf von Bundeseigentum gespeist werden kann.

ENGELHARD meint, daß man einen Teil der aufgeworfenen Fragen in einer Klausurtagung behandeln sollte.

Dr. Reinhold MAIER faßt zusammen: In der Pressekonferenz[21] sollen folgende Probleme behandelt werden:

1. Beschleunigte Vorfinanzierung von Ansprüchen der Geschädigten im Lastenausgleich;
2. Ungleichmäßigkeit der Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden;
3. Familienlastenausgleich (Kindergeld);
4. Sozialisierungsprobleme unter Hinweis auf die Reden und Beschlüsse der gerade abgeschlossenen Tagung der Metallarbeitergewerkschaft.[22]

DAUB wünscht, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß die Frage prüft: Haben wir noch eine Wettbewerbswirtschaft?

---

18 Über den Entwurf eines Parteiengesetzes (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 65, Drucks. Nr. 1509) beriet der Bundestag erstmals am 19. 2. 1960. BT STEN. BER., Bd. 45, S. 5627 B–5655 C.

19 Zielt wahrscheinlich auf Überlegungen ab, die in den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes mündeten, den die Bundesregierung am 18. 8. 1959 im Bundestag einbrachte. Hierin eine detaillierte Abgrenzung des Informationsrechts von Presse, Rundfunk und Film auf der einen Seite und des Persönlichkeitsschutzes auf der anderen Seite. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 63, Drucks. Nr. 1237.

20 Über den Entwurf eines Rundfunkgesetzes (BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 65, Drucks.-Nr. 1434) beriet der Bundestag am 27. 1. 1960 in erster Lesung. BT STEN. BER., Bd. 45, S. 5330 C–5357 C. Hierzu Nr. 68 mit Anm. 20 und 21 und Nr. 69 mit Anm. 12.

21 Über die Pressekonferenz *Maiers* berichtete DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 39 vom 27. 9. 1958, S. 1, unter der Überschrift „Keine Kursänderung gegenüber CDU und SPD" wie folgt: „In unmißverständlicher Weise hat der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten im Anschluß an die Kieler Bundesvorstandssitzung auf einer Pressekonferenz klargemacht, daß ein Kurswechsel in der FDP nicht bevorsteht. *Maier* dementierte zugleich Pressemeldungen, wonach seitens der Freien Demokraten Gespräche und Verhandlungen mit anderen Parteien geführt worden seien. Für die FDP bestehe keinerlei Veranlassung, sagte er, ihren grundsätzlichen Standpunkt zu ändern, demzufolge CDU und SPD für sie gegnerische Parteien seien. Zu Meldungen über Gespräche führender FDP-Politiker mit dem Bundesvorsitzenden des GB/BHE, Franz *Seiboth*, erläuterte *Maier*, daß hierbei ausschließlich die Frage erörtert worden sei, wie die Belange der Heimatvertriebenen durch die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten im Bonner Parlament zweckentsprechend und wirkungsvoll vertreten werden könnten."

22 6. Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg Mitte September 1958, AdG 1958, S. 7297 A.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß dieses bereits im Gange sei.

TOP 2: FESTLEGUNG DES TERMINS FÜR EINE KLAUSURTAGUNG

Dr. Reinhold *Maier* stellt die Frage, wann und wo die allgemein gewünschte Klausurtagung stattfinden soll. Es sei seiner Meinung nach erforderlich, daß die Fachausschüsse die Tagung genau vorbereiten.

Professor REIF wünscht, daß die Tagung erst nach den Wahlen in Bayern, Hessen und Berlin stattfindet. Bis zum 15. November sollten alle Arbeitskreise tagen und das Material für die Tagung erarbeiten.

DAUB schlägt vor, drei Referate für die Tagung anzusetzen: 1. Gesellschaftspolitische Tatbestände; 2. Liberalismus im 20. Jahrhundert; 3. Folgerungen für die FDP.

ENGELHARD schlägt vor zu behandeln: a) Außenpolitik; b) Sozialpolitik; c) Föderalismus, insbes. auf dem Gebiet der Kulturpolitik.

Dr. Reinhold MAIER hält es für notwendig, eine kleine Kommission zur Vorbereitung der Klausurtagung zu bilden. Ihr sollen angehören: Gerhard *Daub*, Georg *Letz*, Wolfgang *Mischnick*, Dr. Emilie *Kiep-Altenloh*.

So wird beschlossen.

Die Tagung soll bald nach den Berliner Wahlen, also etwa am 12./13. Dezember 1958 stattfinden.[23]

TOP 3[24] wird vertagt.

---

23 Mit Schreiben vom 17. 11. 1958 an die Mitglieder des Bundesvorstandes kündigte *Maier* die Klausurtagung für den 12. und 13. 12. 1958 an. Als Tagesordnung schlug der vorbereitende Ausschuß vor: 1. Analyse der politischen Lage; 2. Folgerungen dieser Analyse – grundsätzlicher Kurs der Partei; 3. Methoden der zukünftigen Arbeit; 4. grundsätzliche Fragen der Parteiorganisation. Anlage zum Sitzungsprotokoll vom 12./13. 12. 1958. Teilnehmerverzeichnis der Klausurtagung ebd. Redeunterlage *Maiers* hierfür in: HStASt, Q I/8, Bü 155 (NL Maier) und Q I/22, Bü 811 (NL Haußmann). Über den ersten Tag der Klausurtagung berichtete die fdk, Sonderausgabe vom 12. 12. 1958, daß die Aussprache unter dem Motto „Gestaltung der Parteiarbeit" mit einer Analyse der FDP-Anhängerschaft von *Stephan* begonnen habe. Hieraus habe sich die Notwendigkeit des Wandels von der Honoratioren- zur Volkspartei ergeben. Die FDP müsse „neue Schichten gewinnen, ohne die alten abzustoßen", und dabei berücksichtigen, daß die Mehrzahl der FDP-Anhänger „keine Annäherung an die SPD" wolle, „aber auch gegen eine Überlassung weiterer Machtpositionen an die CDU" sei. Trotz einer „massenpsychologischen Tendenz zum Zweiparteiensystem", so *Stephan* weiter, „sei es gerade den politisch Interessierten in unserem Volk zunehmend bewußt geworden, daß Deutschland das Dreiparteiensystem brauche". Für den weiteren Verlauf der Tagung wurden Reden *Maiers* (siehe u.) und *Flachs* (Thema: „Grundsätzliche Fragen der Parteiorganisation") angekündigt. Über die Rede *Maiers* berichtete DAS FREIE WORT, 7. Jg., Nr. 51/52 vom 22. 12. 1958, S. 3, unter der Überschrift: „Dr. Reinhold Maier vor der Klausurtagung in Bonn: Unveräußerliches Bekenntnis zum ‚Berliner Programm'". Im Text hieß es: „Besonders starke Beachtung fand die Feststellung, mit der *Maier* seine Ausführungen abschloß: ‚Nichts deutet auf eine Rückkehr der FDP in die Bundesregierung hin, nichts kann als die Absicht der Rückkehr gedeutet werden, nichts ist in dieser Hinsicht unternommen worden. Der FDP-Bundestagsfraktion ist es wohl in ihrer gegenwärtigen Haut, und sie bereitet sich darauf vor, aus dieser Position in der ganzen Bundesrepublik 1961 zum Erfolgsschlag anzusetzen.'"

24 „Pressestatut der Partei", Tagesordnung in der Anlage zum Protokoll.

Zu TOP 4: VERABSCHIEDUNG DER KOMMUNALPOLITISCHEN RICHTLINIEN

bemerkt EILERS, daß diese nicht unverändert angenommen werden können. Er schlägt vor, sie gleichfalls auf der Klausurtagung zu behandeln. Der Vorstand beauftragt *Eilers,* sobald wie möglich Anmerkungen und Wünsche hierzu zu geben.[25]

TOP 5[26] wird vertagt.

Zu TOP 6: BERICHT ÜBER BESPRECHUNGEN MIT DEM BHE, INSBESONDERE WEGEN NIEDERSACHSEN

berichtet Dr. MENDE über Besprechungen mit führenden Männern des BHE in Hamburg am 8. September 1958.[27] Die Versammelten seien überzeugt gewesen, daß es 1961 keine BHE-Liste mehr geben werde. *Ahrens* (Niedersachsen) war pessimistisch auch wegen der Wahlaussichten in Bayern und Niedersachsen.

GRAAFF weist darauf hin, daß der LV Niedersachsen inzwischen eine „Bindestrich-Partei“[28] abgelehnt habe. Er habe dagegen nicht Nein gesagt zur Aufnahme von BHE-Vertretern in die FDP-Liste.

Auf Antrag *Weyers* beschließt der Bundesvorstand, die Stellungnahme des LV Niedersachsen zu billigen. Die Entschließung soll nicht veröffentlicht werden.

Zu TOP 7: EINLADUNGEN UND REISEN

äußert Dr. KOHUT Bedenken gegen eine Reise von Frau Dr. *Tangemann* nach Moskau.

Dr. MENDE schlägt vor, die Sache noch einmal zu erwägen, sobald der Teilnehmerkreis feststeht. So wird beschlossen.

[VERHANDLUNGEN MIT DER FVP IN BERLIN]

Außerhalb der Tagesordnung berichtet Prof. REIF über Verhandlungen, die einige Berliner Vorstandsmitglieder mit *Schwennicke* und dessen Freunden geführt haben. Die entscheidende Sitzung wird am kommenden Montag in Berlin stattfinden.[29] Es sollen möglichst Bundesvorstandsmitglieder daran teilnehmen.

---

25 Fortgang Nr. 56, TOP 2 „Kommunalpolitische Richtlinien und Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft“.

26 „Bericht über die Tagung der Liberalen Weltunion in Kopenhagen“, Tagesordnung in der Anlage zum Protokoll.

27 Zur Vorgeschichte Nr. 53 mit Anm. 17.

28 Zu diesen Bestrebungen Nr. 52, TOP 1 „Lage in Niedersachsen“.

29 Über dieses Treffen nichts ermittelt. Wie einem Schreiben *Stephans* an *Reif* vom 17. 9. 1958 zu entnehmen ist, war Gegenstand der Verhandlungen die Möglichkeit eines Wahlbündnisses, das „Mitglieder der Berliner FDP [...] mit kleinen politischen Gruppen, darunter auch der Schwennicke-Gruppe“, anstrebten. ADL, Ordner-Nr. 138. Zum Ergebnis siehe Nr. 56, TOP 2 a: „Berliner Wahlen“.

Zu TOP 8: ZWISCHENBERICHT IN DER ANGELEGENHEIT DR. NOWACK[30]

berichtet Dr. Reinhold MAIER über eine Besprechung, die vor einigen Tagen mit Dr. *Nowack* stattfand. Er habe inzwischen erfahren, daß Dr. *Nowack* seinen Rücktritt als Landesvorsitzender und Minister nach Vorliegen des Berichtes des Untersuchungsausschusses erklären werde.[31] Der Vorstand nimmt dies zur Kenntnis, nachdem auch Dr. *Kohut* über die Besprechung mit Dr. *Nowack* ergänzend Mitteilung gemacht hat.

55.

8. 10. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 107. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP [am] 8. Oktober 1958 in Mannheim, Hotel ‚Mannheimer Hof', Augusta-Anlage 4–6." Vorsitz: Maier bzw. Mende. 10.30 Uhr–19.15 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach (zeitweise), Arndt, Becker (zeitweise), Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Engelhard, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Jentzsch, Karry, Kohut, [Kussmaul - zeitweise], Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Reif, Rubin, Scheel, [Ungeheuer], Weyer.

Der Vorsitzende des Stadtverbandes Mannheim der FDP, Bürgermeister a. D. RIEDEL, spricht Worte der Begrüßung.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß die beiden Vorstandsmitglieder aus dem Saarland, Dr. Heinrich *Schneider* und Erich *Schwertner,* wegen Krankheit an der Teilnahme verhindert sind. Die Vorstandsmitglieder Dr. *Becker* und Dr. *Achenbach* nehmen vormittags noch an der Sitzung des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten teil, sind aber nach der Mittagspause anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt Dr. Reinhold *Maier* vor, für die Punkte 1 und 2 je 75 Minuten zur Verfügung zu stellen und nach der Mittagspause die finanzielle Lage zu diskutieren. Es wird entsprechend beschlossen, nachdem Dr. *Kohuts* Antrag, die Finanzfragen voranzunehmen, ebenso abgelehnt worden ist wie *Mischnicks* Antrag, zunächst über die geplante sozialpolitische Tagung in Frankfurt/Main[1] zu sprechen.

---

30 Siehe Nr. 53, TOP 6: „Entschließung Rheinland-Pfalz."
31 Ebd., Anm. 2.
1 Siehe Nr. 54 mit Anm. 17.

Zu TOP 1: WAHLERGEBNIS UND REGIERUNGSBILDUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

schildert Dr. LEVERENZ den Wahlkampf und das Wahlergebnis.[2] Er weist darauf hin, daß der Landesvorstand einstimmig die Führung des Wahlkampfes gebilligt habe. Nach der Wahl war nur die Frage: Soll die Koalition CDU/FDP durch den BHE erweitert werden oder nicht? Wir kamen zu dem Schluß, dem BHE keine neue Chance zu geben, zumal eine Zusammenarbeit mit dem jetzigen schleswig-holsteinischen Fraktionsvorsitzenden des BHE, *Gille,* unmöglich ist. Dr. *Leverenz* gibt dann die Koalitionsvereinbarungen bekannt, die der FDP genügend Garantien boten. Eine rücksichtslose Ausnutzung der entscheidenden Stellung, die die drei FDP-Abgeordneten für jede Mehrheitsbildung haben, war jedoch nicht möglich, weil die öffentliche Meinung dies nicht verstanden haben würde. Auch ein Austausch des Ministeriums, etwa Wirtschaftsministerium statt Justizministerium, erschien nicht zweckmäßig.[3]

Dr. *Leverenz* schildert die organisatorischen Lücken, die bei der FDP Schleswig-Holsteins vorhanden sind, und gibt seiner festen Absicht Ausdruck, diese in nächster Zeit zu schließen. Er dankt der Bundesparteileitung für ihre Hilfe, die mit dazu beigetragen habe, den überwältigenden Druck der CDU soweit abzuschwächen, daß die FDP das Ergebnis der Bundestagswahl fast wieder erreichen konnte.[4]

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß durch Dr. *Leverenz'* Bericht das Satzungserfordernis erfüllt worden ist, nach dem die Landesverbände wegen der Beteiligung an einer Koalition sich mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen haben.

WEYER unterstreicht, daß Landtagswahlen in Wirklichkeit „Bundestagsnachwahlen" sind. Wir müssen eine Mitgliederpartei werden. Abgeordnete und Minister müssen wenigstens einmal im Jahr jeden Kreisverband besuchen, was auch in NRW nicht geschehen ist. Neue Organisationsformen müssen gesucht werden.

RADEMACHER bedauert, daß in einem Rundschreiben des LV Baden-Württemberg der Ausgang der Schleswig-Holstein-Wahl als befriedigend bezeichnet worden ist.[5]

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß die Anstellung von Kreisgeschäftsführern allein nicht genügt. Baden-Württemberg sei von ehrenamtlichen Kräften wirklich durchorganisiert; der Aufbau müsse in den Ortsgruppen beginnen. Auch während der Legislaturperiode müßten die kleinen Orte regelmäßig besucht werden.

---

2 In der Landtagswahl am 28. 9. 1958 erzielte die CDU 44,4 % (= 33 Mandate), die SPD 35,9 % (26), der BHE 6,9 % (5), die FDP 5,4 % (3) und der SSW 2,8 % (2). G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 138.

3 In der neuen Landesregierung von Schleswig-Holstein behielt *Leverenz* das Justizministerium bei, amtierte jetzt jedoch zusätzlich noch als stellvertretender Ministerpräsident. A. C. STORBECK, 1970, S. 343.

4 In der Bundestagswahl von 1957 hatte die FDP in Schleswig-Holstein 5,6 % erzielt. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 87.

5 Nicht ermittelt.

EILERS verlangt den Ausbau der kommunalen Arbeit, Frau Dr. LÜDERS die Mitarbeit im „Unteilbaren Deutschland" und verstärkte politische Arbeit unter den Frauen.

Zu TOP 2: FOLGERUNGEN FÜR DIE BUNDESPARTEI [AUS INNERPARTEILICHEN AUSEINANDERSETZUNGEN]

übergibt Dr. Reinhold *Maier* den Vorsitz an Dr. Erich MENDE, der bekanntgibt:

1. das Schreiben der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten vom 13. September 1958[6];
2. das Schreiben der Hamburger Jungdemokraten und die Antwort Dr. Reinhold *Maiers*[7];
3. ein Schreiben, das Dr. *Haußmann* und Dr. *Leuze* an die stv. Bundesvorsitzenden gerichtet haben.[8]

Dr. LEUZE begründet diesen Brief und weist auf die Tagung der DJD in Schliersee hin, die gleich nach der Frankfurter Vorstandssitzung am 11. Juli 1958 stattgefunden habe[9], sowie auf die Veröffentlichungen in der „Stuttgarter

---

6 Unter Hinweis auf Presseveröffentlichungen über Interna der FDP (Der Text sprach von „innerparteilichen Schwankungen" und „Differenzen") ersuchte der Landesvorstand NRW der Jungdemokraten den Bundesvorstand „1. zu ermitteln, wie die erwähnten Informationen an die Öffentlichkeit gelangten, und die dafür verantwortlichen Parteimitglieder zur Rechenschaft zu ziehen und 2. zu verhüten, daß diese Entwicklung in der gegenwärtigen Situation der Gesamtpartei fortgesetzt wird". Anlage 1 zum Protokoll.

7 Die Hamburger Jungdemokraten hatten am 16. 9. 1958 folgende Entschließung an *Maier* gesandt: „Die Deutschen Jungdemokraten des LV Hamburg haben mit Erstaunen von abwertenden Pressemeldungen über den bisherigen Wahlkampfleiter der FDP, Wolfgang *Döring*, Kenntnis genommen. Sie vermissen eine Entgegnung des Bundesvorstandes der FDP, die eindeutig klarstellt, daß sein Ausscheiden in keinem Zusammenhang mit dem Wahlausgang in NRW steht. Sie fordern sofortige Aktivität bei zukünftigem Anlaß in diesem Falle, damit in der Behandlung dieser Frage seitens des Bundesvorstandes neben politischer nicht auch menschliche Unzulänglichkeit deutlich wird." *Maier* hatte am 20. 9. 1958 durch *Gentner* antworten lassen: „Bei dem Ausscheiden von Herrn *Döring* aus der Bundesgeschäftsstelle handelt es sich um einen eigenen Entschluß, der begründet ist in der Satzung der FDP, nach der eine Mitgliedschaft im Bundesvorstand mit dem Bestehen eines Angestelltenverhältnisses zur Bundespartei nicht vereinbar ist." Anlagen 2 und 3 zum Protokoll.

8 Das Schreiben datierte vom 30. 9. 1958. Darin wurde auf Presseangriffe gegen *Maier* hingewiesen, insbesondere auf den Artikel „Die Düsseldorfer FDP wendet sich gegen Reinhold Maier", in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 5. 8. 1958. *Haußmann* und *Leuze* ersuchten nunmehr im Namen ihres Landesverbandes dem Bundesvorstand, „dem Bundesvorsitzenden für seine bisherige Arbeit das Vertrauen auszusprechen und sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu distanzieren". Außerdem hielt der LV Baden-Württemberg, wie es in dem Brief weiter hieß, es für unerläßlich, „diese Angriffe, die das innere Leben unserer Partei vergiften, die Aktionsfähigkeit der FDP lähmen und ihr äußeres Ansehen ruinieren, mit unzweideutiger Klarheit und Strenge" zurückzuweisen. Anlage 4 zum Protokoll.

9 Treffen der DJD am 20. und 21. 7. 1958. Vom Parteivorstand waren anwesend *Dehler, Weyer* und *Döring*. Ergebnis der Aussprache war die Absicht, künftig „angesichts der ernsten Lage der FDP [...] näher zusammen[zu]rücken und auch stärker innerhalb der Partei [zu] wirken." Artikel „Die Partei kann auf ihre jüngeren Kräfte nicht verzichten", in: DAS FREIE WORT vom 26. 7. 1958.

Zeitung" vom 5. August[10] und in der „Deutschen Saar" vom 14. August[11] sowie auf das Schreiben, das Dr. Heinrich *Schneider* in diesem Zusammenhang an Dr. *Nowack* gerichtet und von dem er Kopie an Dr. Reinhold *Maier* gesandt hat[12]; endlich auf eine Veröffentlichung in der „Frankfurter Rundschau" vom 11. September, in der Reinhold *Maier* unterstellt wird, daß er „die Freie Demokratische Partei in neue Abhängigkeit von der CDU hineinbringen" wolle[13]; dem Verfasser waren die Ferienbriefe Dr. Reinhold *Maiers* und *Daubs* bekannt.[14] Auch die anderen zitierten Veröffentlichungen enthielten persönliche Angriffe gegen Reinhold *Maier*. Wir schulden ihm und der Partei, daß wir ihn schützen und uns vor ihn stellen. Wir stellen fest, daß der Bundesvorsitzende das Recht hat, sich politisch zu äußern. Wir müssen nach den für die Veröffentlichungen Verantwortlichen fragen und mit ihnen reden. Von den Freunden an der Saar müssen wir ein klares Bekenntnis ihrer Ziele und des von ihnen angestrebten Verhältnisses zur FDP verlangen.

Frau Dr. LÜDERS verurteilt insbesondere das Verhalten der „Deutschen Saar" und weist darauf hin, daß die Indiskretionen ein unerträgliches Ausmaß angenommen haben.

Dr. MENDE schlägt vor, in der Debatte sich nicht auf das Persönliche zu beschränken, sondern auch die sachlichen Fragen gleich mitzubehandeln.

---

10 Der Artikel erschien unter der Schlagzeile „Die Düsseldorfer FDP wendet sich gegen Reinhold Maier" auf der ersten Seite der Ausgabe. Darin u. a. die Feststellung: „Es darf als unwahrscheinlich gelten, daß der nordrhein-westfälische Landesverband noch einmal der Wahl Reinhold *Maiers* zum Bundesvorsitzenden zustimmen wird."

11 Der Artikel trug die Überschrift: „Unter Großmutters Spitzenhaube?" und warf Reinhold *Maier* vor, eine Annäherung an die CDU zu betreiben und dabei die Wiedervereinigungspolitik aus den Augen zu verlieren. Wörtlich hieß es in dem Artikel u. a.: „Reinhold *Maier* ging 1933 nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für Adolf *Hitler* mit dem letzten Häuflein der Deutschen Staatspartei ehrenvoll unter. Mit ihm an der Spitze droht der FDP das gleiche Schicksal. Ein paar Rettungsboote sind schon zu Wasser gelassen, die den sicheren Port des christlich-demokratischen Festlandes zu erreichen suchen." Abschrift des Artikels in der Anlage zum Protokoll.

12 Das Schreiben nicht ermittelt, wohl aber einen Brief *Nowacks* an *Schneider* vom 26. 8. 1958, der sich auf den Artikel in der „Deutschen Saar" (Anm. 11) bezieht und aus dem hervorgeht, daß *Schneider Maier* vorgeworfen habe, daß er *Nowack* nicht nahegelegt habe, „ein Ehrengerichtsverfahren einzuleiten" (wegen der Vorwürfe des „Spiegel"; siehe Nr. 53, Anm. 1). ADL, A 34-49.

13 Der angesprochene Artikel war in großer Aufmachung auf der ersten Seite unter den Schlagzeilen erschienen: „FDP soll Opposition aufgeben. Reinhold Maier will die Partei wieder dem Regierungskurs annäheren." Verfasser war der Bonner Korrespondent der „Frankfurter Rundschau", Eghard *Mörbitz*.

14 Bei dem Ferienbrief *Maiers* handelte es sich nach dem Bericht der FRANKFURTER RUNDSCHAU (Anm. 13) um ein fünfseitiges vertrauliches Schreiben vom 23. 7. 1958 an die Vorstandsmitglieder, in dem *Maier* „mit vorsichtigen, aber unmißverständlichen Formulierungen die Überzeugung ausgesprochen [habe], daß die FDP als erklärte Oppositionspartei keine Chancen mehr habe". *Maier* habe seine Vorstandskollegen aufgefordert, zu seinen Vorstellungen Stellung zu beziehen. Über die Antwort *Daubs* schrieb *Mörbitz:* „Die schärfste Erwiderung soll von dem Vorsitzenden der Jungdemokraten, *Daub*, stammen, der, wie es heißt, den Parteivorsitzenden an das Ermächtigungsgesetz erinnert haben soll mit der Feststellung, daß man es leid sei, von ihm gegängelt und belehrt zu werden." Der Rundbrief *Maiers* in: ADL, Ordner-Nr. 3157. Der Antwortbrief *Daubs* vom 2. 8. 1958 in: ADL, Ordner-Nr. 3159.

Dr. DEHLER nennt Dr. *Schneiders* und *Schwertners* Resignation „alarmierend". Auch die nächsten Wahlen werden *Adenauer*-Wahlen sein; wenn wir nicht mit voller Kraft gegen ihn auftreten, werden auch sie Mißerfolge bringen. Wir sind eine Oppositionspartei ohne Opposition. Wenn wir nicht gegen die *Adenauer*sche Außenpolitik, gegen die Verbindung von Religion und Politik in der Bundesrepublik scharf anrennen, würden wir besser in die Regierung gehen. Wir haben unsere Stellung nicht genügend klargemacht. Die Kanzlerdemokratie, die Beherrschung des Staates durch die katholische Staatspartei verstößt gegen unsere Grundbegriffe. Nach den Ereignissen in Ungarn verloren wir den Mut, die Kontakte mit den Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs fortzusetzen. Unerbittliche Klarheit ist nötig, nicht leises Auftreten. Die Äußerung Dr. Reinhold *Maiers* nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl[15] war eine Abwertung aller Bemühungen um neue Ziele. Der Vorsitzende verlangte in der Vorstandssitzung vom 1. 3. die Führung der Außenpolitik für sich allein.[16] Ein Vertrauensvotum für Dr. Reinhold *Maier* hängt von dem Programm ab, das er uns entwickelt, nicht aber von den Presseäußerungen, die gegen ihn erschienen sind.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß, als er Anfang 1957 an die Spitze der FDP trat, die Meinungsforscher herausgefunden hatten, 48 % der FDP-Anhänger seien für und 45 % gegen *Adenauer*. Daß man sich nicht auf eine künftige Koalition festlegen solle, wurde von der Gesamtpartei gebilligt. Bei der großen Sitzung in Frankfurt/Main am 1./2. November 1957[17] kamen keine Beschlüsse über die künftige Aktivität der Partei zustande, weil Dr. *Dehler* nur die „nationalen Belange" herausstellen wollte. Als ich 1952 gegen *Adenauer*- und Kleinst-Europa auftrat, wurde ich auch von *Dehler* desavouiert.[18] Ich hielt es für notwendig, nach dem Düsseldorfer Bundesparteitag der FDP[19] neue Selbständigkeit zu erringen; sie besteht darin, daß das Verhältnis zur CDU nicht anders ist als das zur SPD.

Als die „Welt" am 5. August mit Angriffen auf *Döring* erschien[20], habe ich sofort geantwortet, daß *Dörings* Entschluß zum Ausscheiden aus seinem Parteiamt freiwillig und durch seine Wahl in den Bundesvorstand bedingt war. In Düsseldorf aber hat man keine Erklärung gegen die aus Düsseldorf stammende feindselige Veröffentlichung der „Stuttgarter Zeitung" herausgegeben. Da *Daub* erneut auf die Annahme des Ermächtigungsgesetzes im März 1933 ein-

15 Siehe Nr. 53, Anm. 4.
16 Siehe Nr. 49, einleitendes Referat *Maiers*.
17 Nr. 45.
18 Zur Auseinandersetzung zwischen *Dehler* und *Maier* 1952/53 während der Debatte um die Westverträge die Hinweise in: FDP-BUNDESVORSTAND 1949–1954, 1990, S. XLVIII.
19 Ende März 1958. Siehe Nr. 50.
20 Der angesprochene Artikel trug die Überschrift: „Schwenkung der Freien Demokraten. Die ‚Jungtürken' um Döring in den Hintergrund gedrängt." Die ersten beiden Sätze lauteten: „Wolfgang *Döring* ist aus der Bundesparteileitung der Freien Demokraten am Bonner Talweg ausgezogen. Seine Hoffnung, vom Bundeswahlkampfleiter zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der liberalen Partei zu werden, wurde unter den Trümmern des Düsseldorfer Wahlergebnisses begraben."

gegangen ist, weise ich darauf hin, daß mein Verhalten und das von Theodor *Heuss* immer aufs Neue geprüft worden ist.[21] Als ich zum Vorsitzenden gewählt wurde, waren diese Vorgänge in allen Zusammenhängen allen bekannt. Ich stellte die Opposition gegen *Adenauer* nicht ein, der mich im nordrhein-westfälischen Wahlkampf als „gefährlichsten Opponenten" hingestellt hat.

WEYER erklärt, die Auseinandersetzungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und die zwischen Dr. *Dehler* und Dr. Reinhold *Maier* dürften nicht so weitergehen. Der Ausgangspunkt der öffentlichen Polemiken sei nicht der 5. August 1958, sondern das Abrücken von den Düsseldorfern gleich nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, auch von seiten des Bundesvorsitzenden. Neben der „Stuttgarter Zeitung" dürfe man die Veröffentlichung der „Welt" vom 5. August, die im gleichen Wortlaut auch im „Kölner Stadtanzeiger" erschien, sowie die verschiedenen Artikel im „Südwest-Kurier", z. B. vom 8. August[22], nicht vergessen. *Weyer* mißbilligt entschieden den Artikel in der „Deutschen Saar", aber auch „Rundschreiben mit verklausulierten Formulierungen". In Schliersee machte man sich ernsthaft Gedanken um die Partei. Dort wurde aber auch ein Rundschreiben der baden-württembergischen Jungdemokraten gegen die nordrhein-westfälische FDP verteilt. *Weyer* schlägt vor, unmittelbar mit *Schneider* und den führenden Männern der DPS zu sprechen. Eine Dreier-Kommission des Bundesvorstandes sollte dies sofort in die Hand nehmen. Für die Diskussion über die Außenpolitik sei im Bundesvorstand ein voller Tag notwendig. Ein Vertrauensvotum mitten in der Amtszeit des Bundesvorsitzenden scheine ihm nicht angebracht.

GRAAFF gibt für den LV Niedersachsen folgende Erklärung ab:

„1. Der Landesverband Niedersachsen bedauert jede Art von veröffentlichtem Notenwechsel und Zeitungsveröffentlichungen – unbeschadet von welcher Seite auch immer sie kommen –, weil sie letzten Endes nur parteischädigend sich auswirken können.

2. Der Landesverband Niedersachsen distanziert sich mit allem Nachdruck von allen diesen Vorgängen.

3. Der Landesverband Niedersachsen wird in Zukunft zu solchen Vorgängen nicht mehr schweigen und die ihm geeignet erscheinenden Schritte unternehmen, um die politische Arbeit im Landesverband nicht noch mehr zu gefährden. Er wird bei nachweisbar parteischädigendem Verhalten die erforderlichen Anträge an den Bundesvorstand richten.

---

21 Hierzu ausführlich K.-J. MATZ, 1989, S. 115–155.

22 Gemeint ist der Artikel „Nervosität in und um Düsseldorf" in: SÜDWEST-MERKUR. Darin die Sätze: „Der Landesverband Baden-Württemberg verfolgt die Erörterungen in Nordrhein-Westfalen in fester eigener Haltung, die sich völlig mit der Erklärung deckt, die der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Reinhold *Maier*, umittelbar nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen abgegeben hat [Nr. 53, Anm. 4]. Der Landesverband Baden-Württemberg wird seine Haltung in den Gremien, die über die Willensbildung der Bundespartei der FDP zu entscheiden haben, stets mit Nachdruck vertreten." ADL, Ordner-Nr./1453.

4. Der Landesverband Niedersachsen behält sich dabei aufklärende Pressemitteilungen ausdrücklich vor."

Dr. MENDE schlägt vor, eine Entschließung anzunehmen, die folgende Punkte enthält:

a) der Bundesvorstand verurteilt den Artikel Günter *Kaufmanns* in der „Deutschen Saar" und die in diesem der DPS nahestehenden Blatt zu Unrecht getriebene Polemik;

b) er bedauert die Presse-Polemik gegen die Haltung der FDP in einigen Zeitungen;

c) er wünscht, daß Meinungsverschiedenheiten nicht durch Rundschreiben, sondern in mündlichen Debatten ausgetragen werden;

d) er setzt eine Dreier-Kommission ein zwecks Klärung des Verhältnisses zur DPS.

Dr. Reinhold MAIER bittet Frau Dr. *Lüders,* in der Mittagspause die Formulierung zu erarbeiten. *Weyer* wird sich an dieser Arbeit beteiligen.

Mittagspause

[NEUEINTEILUNG DER BUNDESTAGSWAHLKREISE]

Nach der Mittagspause macht Dr. MENDE Mitteilung von einer Besprechung, bei der Innenminister Dr. *Schröder* ihn davon unterrichtete, daß die Kommission zur Neueinteilung der Bundestagswahlkreise ihren Bericht vorgelegt habe.[23] Der Bericht werde dem Bundestag in nächster Zeit zugehen. Es sei keine Wahlgesetzänderung erwogen, auch nicht für die kommende Zeit bis zu den Wahlen. Dr. *Mende* bittet, in diesem Zusammenhang keine Polemik zu beginnen.

[TOP 2: FOLGERUNGEN FÜR DIE BUNDESPARTEI AUS INNERPARTEILICHEN AUSEINANDERSETZUNGEN - FORTSETZUNG]

Bei der Fortsetzung der Debatte zu Punkt 2 der Tagesordnung meint Dr. HAAS, daß die Unterschiede nur im Taktischen und in der Tonart beständen.

DAUB kritisiert, daß die FDP keine Alternative in der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Staatspolitik allgemein aufgezeigt hat. Er verlangt, daß der Bundesparteitag langfristig vorbereitet wird.

Die weitere Aussprache bezieht sich auf die Frage, wer die „Welt" und die „Stuttgarter Zeitung" informiert haben könne.

---

23 Den ersten Bericht der durch das Wahlgesetz vom Mai 1956 eingesetzten Ständigen Wahlkreiskommission erläuterte Innenminister *Schröder* am 10. 12. 1958 vor der Bundespressekonferenz. Die Wahlkreiskommission empfahl, in den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern je drei Wahlkreise wegfallen zu lassen und in NRW sechs, in Baden-Württemberg zwei und in Rheinland-Pfalz einen neuen Wahkreis zu bilden. Artikel „Neun neue Bundestagskreise empfohlen", in: STUTTGARTER ZEITUNG vom 11. 12. 1958.

DÖRING glaubt, Dr. Reinhold *Maier* beurteile die Folgen von *Adenauers* Politik mit Bezug auf die demokratische Entwicklung und die Einheit Deutschlands ebenso wie er. Wenn man aber darin gleicher Meinung sei, dann könne man sich auch über das taktische Vorgehen einigen. Die CDU kann die Männer von *Wuermeling* bis *Gerstenmaier* zusammenhalten, die SPD verschiedene Richtungen von *Wehner* bis Carlo *Schmid*. Warum müssen wir bei sehr viel geringerer Spannweite immer gegeneinander sein? Wir Jüngeren möchten das Berliner Programm mit Leben erfüllen; im Vorstand wird jedoch kaum darüber gesprochen. Nach der Bundestagswahl waren wir überrascht, daß man in Stuttgart Koalitionsmöglichkeiten sah.[24] Wir wollen lieber mit klarer Haltung untergehen als überleben, wenn wir in eine andere Richtung integriert werden sollen.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß er und seine Freunde aus Baden-Württemberg vielleicht in der ersten Sitzung nach der Bundestagswahl in der Auseinandersetzung mit Veröffentlichungen Dr. *Mendes* zu weit gegangen seien. Es lag aber kein Versuch vor, sich mit Dr. *Adenauer* zu vereinigen. An der Haltung, die er - Dr. Reinhold *Maier* - bei der Bundesversammlung am 5. September 1957 in Frankfurt/Main unmittelbar vor den Bundestagswahlen[25] eingenommen habe, habe sich auch nach den Wahlen nichts geändert. Gegen die Düsseldorfer Regierungsmitglieder erhebe er nicht den Vorwurf, daß sie die kleine Koalition gemacht hätten, sondern daß sie sich als Propheten einer neuen Zeit hingestellt, hinterher aber nur die *Arnold*sche Politik fortgesetzt hätten. Man könne unsere klerikalen Gegner aber nicht versöhnen, indem man ein neues Bistum gründe, sondern damit nur die eigenen Freunde vor den Kopf stoßen. Mit *Döring* sei er uneins geworden, als dieser ihm die vom üblichen abweichenden Teile seiner für den Düsseldorfer Landesparteitag vorbereiteten Rede[26] verschwiegen habe. Wie wäre die Landtagswahl in NRW ausgegangen, wenn Gespräche mit Pankow geführt worden wären und dann unmittelbar vor den Wahlen die Hinrichtung *Nagys*[27] erfolgte? *Adenauer* erzielt seine Erfolge mit dem Kommunistenschreck. CDU und SPD werden gewählt, weil weite Kreise sich für diejenigen entscheiden, die Einfluß haben. Unsere Alternative gegen CDU und SPD ist die Freiheit. Manche führende FDP-Politiker kennen nicht genau die Grundlagen unserer freiheitlichen Weltanschauung; sie sollten von *Plato* bis Max *Weber* ebenso liberale geistige Grundlagen erarbeiten wie die Sozialisten dies mit Karl *Marx* und die Katholiken mit ihren Kirchenvätern tun.

Dr. ACHENBACH hält *Döring* entgegen, der demokratische Grundcharakter der Bundesrepublik werde auch durch die liberalen Flügel der beiden großen Parteien garantiert. Nicht mit ihnen, sondern mit den Gegnern des demokratischen Systems im Osten werde die entscheidende Auseinandersetzung stattfin-

---

24 Siehe Nr. 44, TOP „Konflikt Maier-Mende" und TOP „Politische Aussprache: Konsequenzen für die Partei aufgrund des Wahlergebnisses".

25 Siehe Nr. 43, Anm. 2.

26 Landesparteitag vom 7. und 8. 2. 1958. Hinweise auf *Dörings* Ausführungen in Nr. 49, Anm. 19 und 40.

27 Siehe Nr. 53, Anm. 6.

den. Unsere Aufgabe sei es, einen Teil der CDU von der Richtigkeit unserer Außenpolitik zu überzeugen.

DÖRING stimmt der Notwendigkeit zu, diese Thesen zu diskutieren.

DEHLER fürchtet, daß nicht Carlo *Schmid,* sondern *Brenner* in der SPD das Heft in die Hand nehmen und eine neue Gesellschaftsordnung propagieren werde, wenn *Adenauer* seine Politik fortsetze.

Dr. UNGEHEUER erbittet die Ermächtigung, den wartenden Pressevertretern eine positive Erklärung über den Verlauf der Sitzung zu geben. Dem wird zugestimmt.

Es wird dann einstimmig die folgende Erklärung angenommen:

1. Der Bundesvorstand verurteilt die gegen den Bundesvorsitzenden Dr. Reinhold *Maier* gerichteten Veröffentlichungen in der Saarbrücker Zeitung „Die Deutsche Saar" nach Form und Inhalt.
2. Er bedauert die gegen die FDP gerichtete Polemik einiger Zeitungen und stellt fest, daß sie auf Entstellungen und phantasievollen Kombinationen beruht.
3. Er beauftragt eine dreiköpfige Kommission, sofort Verhandlungen über die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesvorstand der FDP und dem Vorstand der DPS aufzunehmen.
4. Der Bundesvorstand erwartet, daß politische oder persönliche Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder durch mündliche Verhandlungen geklärt und bereinigt werden.[28]

In die dreiköpfige Kommission werden vom Bundesvorstand die Herren *Weyer,* Dr. *Becker* und Dr. *Ungeheuer* gewählt.[29]

Es wird beschlossen, in der Klausurtagung auch organisatorische Fragen mitzubehandeln.

Zu TOP 3: RESTPUNKTE DER TO DER VORIGEN SITZUNG

berichtet a) RADEMACHER, daß die Finanzkommission der Liberalen Weltunion die Absicht habe, den Beitrag für die Landesorganisationen von 750 £ auf 1 000 £ zu erhöhen zuzüglich einem Beitrag für die „School of Freedom" von 250 £. Es sei offensichtlich, daß man einerseits die FDP beschimpfe, wo man könne, aber andererseits immer höhere Beiträge haben wolle.

Dr. KOHUT fragt, ob man nicht die Mitgliedschaft kündigen solle.

RADEMACHER und STEPHAN treten dem entgegen. Der Vorstand beschließt, keinesfalls mehr als 750 £ zu zahlen.

---

28 Diese Erklärung wurde nicht in der fdk veröffentlicht. Darin nur einige allgemein gehaltene Sätze über den Verlauf der Sitzung unter der Überschrift „Sachliche Prüfung im engsten Kreis", in: fdk, 9. Jg., Nr. 69 vom 9. 10. 1958.

29 Zum Fortgang Nr. 56, TOP 3 „Bericht über Besprechungen in Saarbrücken".

b) Das Pressestatut der Partei[30] wird einstimmig genehmigt, nachdem STEPHAN darauf hingewiesen hat, daß allgemeine Übereinstimmung hierüber erzielt worden sei.

Zu TOP 4: FINANZLAGE DER PARTEI[31]

berichtet RUBIN und geht auf die Schwierigkeiten, die in Hessen, in Niedersachsen und auch in Bayern bestehen, ein. Er weist darauf hin, daß Finanzausgleichszahlungen an die Bonner Zentrale zu 85 % von Nordrhein-Westfalen getragen worden seien; den Rest habe – mit Ausnahme eines kleinen Betrages aus Hamburg – der Landesverband Baden-Württemberg aufgebracht. Erfreulich sei, daß im Hochsommer eine Nachbarschaftshilfe für finanzschwache Landesverbände ins Werk gesetzt werden konnte, die 155 000 DM erbracht habe. Zwei Drittel seien von NRW, ein Drittel von Baden-Württemberg aufgebracht worden. Die Beträge seien über den Bundesschatzmeister an die Landesverbände abgeführt worden. Noch etwas höher seien leider die Schulden der Landesverbände bei der Zentrale. Neben Hessen steht hier der LV Rheinland-Pfalz hoch zu Buche, aber auch Baden-Württemberg (und Südbaden) schuldeten beträchtliche Summen; der LV Bremen habe seit langem nicht gezahlt.

Rubin schildert dann die Folgen des Karlsruher Urteils.[32] Die Staatsbürgerliche Vereinigung hörte sofort - trotz schriftlicher Verpflichtung - auf zu zahlen.[33] Aber auch die Einnahmen aus Eigenfinanzierung versiegten.

Rubin berichtet über Versuche, den Kontakt mit den Fördergesellschaften wieder aufzunehmen. Es habe Besprechungen mit Herrn Dr. *Maier* gegeben[34], jedoch sei notwendig, daß er baldigst zugezogen werde. Ein verstärkter direkter Kontakt zur Wirtschaft sei im Interesse der finanziellen Unabhängigkeit dringender denn je. Die WSV ist wieder zum Berufsverband geworden.

---

30 Hierbei handelte es sich um einen „Vorschlag zur Einheit des Pressewesens in der Freien Demokratischen Partei". Für die Bundespartei war demnach vorgesehen: „1. Interne Abstimmung der Redaktionen des ‚Freien Wortes' und der ‚fdk' über Themenwahl und Art der Behandlung dieser Themen; 2. Abstimmung mit der Parteiführung; 3. Bildung eines dreiköpfigen Presserates im Bundesvorstand." Bezüglich der Landesverbände wurde dem Presserat der Bundespartei anheim gegeben, „die Einheitlichkeit der Pressepolitik der Landesverbände in allen Fragen der Bundespolitik zu gewährleisten". Anlage zum Protokoll vom 23. 9. 1958.

31 Auf die Behandlung dieses TOP hatte *Rubin* gegenüber *Maier* gedrungen, da infolge des Stopps aller Zahlungen von seiten der Staatsbürgerlichen Vereinigung Probleme aufgetreten waren. Hierzu *Rubin* an *Pferdmenges* vom 16. 9. 1958, HStASt, Q I/8, Bü 173 (NL Maier). Am 2. 10. 1958 hatte *Maier Rubin* zugesagt, in der Sitzung am 8. 10. 1958 „die finanzielle Situation der Partei und die sich hieraus ergebenden organisatorischen Konsequenzen alsbald nach der Mittagspause zu behandeln". Ebd.

32 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. 6. 1958, das die steuerliche Absetzung von Spenden für politische Parteien als verfassungswidrig erklärte. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 8, 1959, Nr. 6, S. 51–69.

33 Siehe Anm. 31.

34 Hinweis hierauf in einem Brief *Maiers* an *Rubin* vom 18. 9. 1958: „Ich bin [. . .] im Besitz gewisser zwar zuverlässiger, aber sehr vertraulicher Informationen. Diese erlauben es mir, Ihnen mitzuteilen, daß die Dinge [Zahlungen der Staatsbürgerlichen Vereinigung bzw. der Fördergesellschaften] doch wohl wieder in Fluß kommen werden." HStASt, Q I/8, Bü 173 (NL Maier).

Eine organisatorische Umstellung sei erforderlich. Wir müßten bescheidener und ökonomischer leben als bisher. Für niemanden ist es möglich, die Partei in der bisherigen Form zu finanzieren. In den nächsten zwei Jahren bedarf es eines größeren Einsatzes aller Verantwortlichen, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich u. a. auch aus der abgesunkenen politischen Bedeutung der FDP ergeben. Es gibt einige Sicherheit dafür, daß die bayerischen Parteifreunde für ihre Wahl ausreichend versorgt werden und daß auch die Hessen für ihren Landtagswahlkampf etwas bekommen werden.[35]

Dr. Reinhold MAIER hebt das Interesse der Wirtschaft an der FDP hervor. Die richtige Form kann gefunden werden. Verstimmungen bei bestimmten Personen müssen behoben werden.

RUBIN ist der Meinung, daß ein Gespräch in größerem Kreis unter Zuziehung der Zahlenden ein anderes Bild ergeben würde als das Gespräch mit den Verteilern. Unter keinen Umständen dürften wir ein kaudinisches Joch zulassen.

Auf die Frage von WEYER, ob Geld, das für die FDP bestimmt sei, zurückgehalten werde bis zur Wahl des Landesvorsitzenden NRW, antwortet Dr. Reinhold MAIER mit Nein. Es seien auch keine politischen Bedingungen für die Hergabe von Geldern gestellt worden. Alles hängt – so erklärt Dr. Reinhold *Maier* – von dem richtigen Zusammenspiel zwischen dem Bundesvorsitzenden und dem Bundesschatzmeister ab.

Dr. BUCHER bittet, weitere Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergäben, auf einen kleineren Kreis zu beschränken.

Dr. KOHUT regt an, den Organisationsausschuß einzuberufen.

Herr KUSSMAUL, der zu diesem Punkt der Tagesordnung anwesend ist, fragt, ob eine außerordentliche Revision erforderlich sei.

RUBIN erklärt, daß diese seinetwegen jeden Tag stattfinden könne, daß er jedoch keinen besonderen Anlaß dafür sehe.

Dr. BECKER unterstreicht die Notwendigkeit der sofortigen Initiative zugunsten des durch das Grundgesetz geforderten Parteiengesetzes.[36] Er hält außerdem für notwendig, daß die Fraktion pro Kopf monatlich DM 100 an die Zentrale der Partei abführe.

RUBIN weist darauf hin, daß ein entsprechender Beschluß bereits im Sommer gefaßt worden sei.

Dr. REIF gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der LV Baden-Württemberg Schulden bei der Zentrale habe. Er regt an, Baden-Württemberg möge den Betrag von 21 000 DM statt an die Bundespartei an den Landesverband Berlin abführen.

Dr. HAUSSMANN erklärt, er werde dies mit seinem Landesschatzmeister besprechen.

---

35 Beide Landtagswahlen fanden am 23. 11. 1958 statt.
36 Siehe Nr. 54, Anm. 18.

56.

11./13. 12. 1958: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 107. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier und Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 11. Dezember (Fortsetzung am 13. Dezember) 1958 in Bonn, Bundeshaus, FDP-Fraktion." Vorsitz Maier bzw. Mende. 15.00 Uhr–23.00 Uhr (11.12.) und 9.00 Uhr–10.30 Uhr (13.12.).

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Bucher, Dehler, Döring, [Dowidat - 11.12.], Dürr, Eilers (13.12.), Engelhard, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Hoven, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link (13.12.), Rademacher, Reif, Rubin, Scheel, Schwertner (13.12.), Weyer, [Will - 11.12.].

Dr. Reinhold MAIER weist auf die Umstellung der Tagesordnung hin, bei der er die formalen Fragen vorweg genommen habe, zumal drei Landesvorsitzende, auf deren Anwesenheit Wert gelegt werde, sich noch in der Justizministerkonferenz befänden, jedoch in etwa einer Stunde zur Vorstandssitzung erscheinen würden.

Dr. KOHUT beantragt folgende Ergänzung der Tagesordnung:

1. Bericht und Aussprache über die Berliner Wahlen;
2. Stellungnahme zu den Veröffentlichungen der „Stuttgarter Zeitung" über Äußerungen *Dörings* auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Plettenberg.

Dem wird zugestimmt.

TOP 1: WAHLEN

a) Anstelle des zurückgetretenen Dr. Walther *Kunze* wird Wolfgang *Mischnick* zum Vorsitzenden des LDP-Bundesbeirates der FDP einstimmig gewählt.

b) Zum Vorsitzenden des gesundheitspolitischen Ausschusses wird anstelle des zurückgetretenen Dr. Richard *Hammer* Dr. Klaus *Dehler* gewählt. Es war zuvor kurz die Frage erörtert worden, ob es ratsam sei, ggf. den von den Hamburger Parteifreunden vorgeschlagenen und mit keinerlei anderen Parteiämtern belasteten Dr. *Weber,* Hamburg, für dieses Amt in Aussicht zu nehmen.

c) In den Pressebeirat der FDP[1] werden gewählt: Dr. Erich *Mende,* Dr. Oswald *Kohut,* Dr. Georg *Borttscheller.*

d) Anstelle des von seinen Ämtern zurückgetretenen Dr. Wilhelm *Nowack*[2] wird Dr. Bernhard *Leverenz* als Vertreter der FDP im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gewählt. Es wird dabei einmütig der Auffassung Aus-

1 Siehe Nr. 55 mit Anm. 30.
2 Siehe Nr. 53 mit Anm. 1 und 2.

druck gegeben, daß ein Mitglied des Vorstandes in den Forschungsbeirat entsandt werden soll, da die anderen FDP-Vertreter Dr. *Kunze* (Hamburg) und Dr. Rudolf *Will* (Berlin) beide nicht dem Bundesvorstand angehören. Von der Nominierung des von dem Bundestagsabgeordneten *Köhler* vorgeschlagenen Hansjoachim *von Rohr* wird daher abgesehen.

e) Zum Vorsitzenden des Kriegsopferausschusses wird anstelle von Frau Irmgard *Gusovius* der Ministerialrat Fritz *Niebel* gewählt.

f) Zum Vorsitzenden des Jugendausschusses wird anstelle von Wolfgang *Mischnick* der Bundestagsabgeordnete Hermann *Dürr* gewählt.

TOP 2: KOMMUNALPOLITISCHE RICHTLINIEN UND RICHTLINIEN FÜR DIE KOMMUNALE VERSORGUNGSWIRTSCHAFT

Da eine Verständigung über den Gegenvorschlag, den Jan *Eilers*, MdB, zu den Richtlinien des kommunalpolitischen Ausschusses der Partei gemacht hat[3], noch nicht erfolgt ist, wird beschlossen, die Vorstandsmitglieder Wolfgang *Mischnick* und Dr. Wilhelm *Jentzsch* zu bitten, gemeinsam mit den beiden Vorsitzenden des kommunalpolitischen Ausschusses der FDP, Professor *Gönnenwein* und Bürgermeister a. D. *Gerhard* unter Hinzuziehung von Oberbürgermeister *Mix* (Wiesbaden) und Jan *Eilers* alsbald Beratungen abzuhalten. Dabei soll ein Vorschlag an den Vorstand gelangen, der nach Möglichkeit ohne lange Debatte verabschiedet werden kann. Prof. *Gönnenwein* wird gebeten werden, auch einen oder zwei ehrenamtlich in Gemeinden tätige Parteifreunde an dieser Beratung zu beteiligen.[4]

Die Sitzung wird sodann für eine halbe Stunde unterbrochen, damit die Bundestagsabgeordneten an der Rede des Abg. Hans *Lenz* (Trossingen) zur ersten Lesung des Haushaltsplanes[5] teilnehmen können.

Nach Wiederaufnahme wird beschlossen, den

TOP 2 a: BERLINER WAHLEN

vorwegzunehmen.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Prof. REIF, gibt eine eingehende Darstellung der politischen Verhältnisse in Berlin[6] und geht dabei auch auf die Frage, ob es zweckmäßig gewesen wäre, zu Beginn des Wahlkampfes ein Wahlbündnis mit der Freien Deutschen Volkspartei *Schwennickes* abzuschlie-

3 Dieser Entwurf der Richtlinien und der Gegenentwurf von Jan *Eilers* nicht ermittelt. Hierzu jedoch der Hinweis in: Nr. 57, Anm. 2.

4 Fortgang ebd., TOP 1 „Kommunalpolitische Richtlinien und Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft".

5 BT STEN. BER., Bd. 42, S. 2929 B–2933 A.

6 In der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 7. 12. 1958 hatte die SPD 52,6 % (= 78 Mandate) und die CDU 37,7 % (55) erzielt. Die FDP war lediglich auf 3,8 % gekommen und daher im Abgeordnetenhaus nicht mehr vertreten. G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 148.

ßen, ausführlich ein. Die nachträgliche Erörterung darüber, ob man auch mit der Deutschen Partei ein Wahlbündnis hätte abschließen können, sei gegenstandslos, da es sich bei der Berliner DP um eine rechtsradikale Gruppe handelt. Prof. *Reif* weist zur Begründung des außerordentlich ungünstigen Berliner Wahlergebnisses vor allem darauf hin, daß der Wahlkampf auf der innenpolitischen Opposition der FDP basierte. Sie war aber völlig unwirksam, seit kurz vor dem Wahltag die bedrohte Stellung der Reichshauptstadt durch die *Chruschtschow*-Note[7] allen Wählern deutlich wurde. Er weist darauf hin, daß das Ergebnis in der gesamten Stadt ohne Rücksicht auf ihre soziale Struktur fast gleichmäßig war. Die Partei müsse in Berlin in nachdrücklicher Arbeit neu aufgebaut werden.

HOPPE ergänzt: Die weit überdurchschnittlichen Verluste der FDP in Berlin hätten die Partei dort an den Rand der Existenz gebracht. Entscheidend sei dafür das allgemeine Bewußtsein gewesen, daß die Liberalen in sich gespalten sind. Nirgends in der Bundesrepublik sei dem Austritt der Blücher/Euler-Gruppe auch die Spaltung einer Landtagsfraktion gefolgt.[8] Bei der plötzlichen Gefährdung Berlins hätte nur eine Sondersitzung des Bundesvorstandes in der Reichshauptstadt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf die Partei lenken können.

ENGELHARD verlangt solidarisches Eintreten aller Landesverbände unter Mitwirkung der Bundespartei in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, so wie es auch in Bayern und Hessen der Fall gewesen sei.

Auf Antrag von Dr. Reinhold *Maier* wird zur Vervollständigung des Bildes über den Ausgang der Wahlen in Hessen und Bayern Bericht erstattet.

TOP 2 b: [LANDTAGSWAHLEN IN HESSEN]

Dr. KOHUT berichtet über den hessischen Landtagswahlkampf.[9] Es erwies sich als notwendig, daß die FDP vor der Wahl sagte, was sie nach der Wahl zu tun beabsichtige. Die Konzentration auf bestimmte Kreise erwies sich als richtig. Die Vorbereitung auf Kommunalwahlen hat auch für Landtags- und Bundestagswahlen entsprechende Auswirkungen.

MISCHNICK verlangt, daß die Wahlkampferfahrungen der Länder festgehalten werden. Ein bestimmter Kreis von Parteifreunden muß mit der Auswertung beauftragt werden.

Frau Dr. LÜDERS verlangt, daß hierbei auch die Unterorganisationen beteiligt werden.

---

7 Note datierte vom 27. 11. 1958 und war an die Westmächte gerichtet. Sie kündigte den Vier-Mächte-Status Berlins auf und enthielt die Aufforderung, binnen sechs Monaten einen neuen Status als „Freie Stadt" für Westberlin auszuhandeln; andernfalls werde die Sowjetunion ihr Berlin-Rechte an die DDR übertragen. AdG 1958, S. 7412 B 2.

8 Siehe Nr. 25, TOP 3a „Die Lage in Berlin".

9 Das Wahlergebnis vom 23. 11. 1958: SPD: 46,9 % (= 48 Mandate); CDU: 32,0 % (32); FDP: 9,5 % (9); BHE: 7,4 % (7). G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 143.

TOP 2 c: [LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN]

Dr. HAAS berichtet über den Wahlkampf in Bayern.[10] Er spricht der Bundesparteileitung und den Landesverbänden Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg den Dank für ihre Hilfe aus. Die Hilfe sei ideell und materiell gleich wichtig gewesen. 40 % der Mittel flossen nach Mittelfranken, da nur dort die 10 %-Bestimmung des bayerischen Wahlgesetzes erfüllt werden konnte. Die sorgfältig vorbereiteten Versammlungen waren in Mittelfranken besonders wirksam. Hinderlich für den Gesamterfolg war, daß man außerhalb Mittelfrankens vielfach nicht an einen Erfolg der FDP glaubte. Trotzdem konnten zwei Drittel der 1957 zur CSU abgewanderten Wähler zurückgeholt werden. Im Wahlkampf wurde erklärt, daß die FDP einer „bürgerlichen Koalition" den Vorzug geben werde, ihren sozial fortschrittlichen Kurs aber auf alle Fälle beibehalten wolle. Es mußte vor allem die Frage beantwortet werden: „Dürfen wir Euch wieder trauen?" Landespolitische Gesichtspunkte wurden vorangestellt. Die Bundespolitik wurde in strenger Sachlichkeit behandelt.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß entsprechend dem § 9,2 der Satzung der Landesverband Bayern vor seiner Beteiligung an einer Regierungskoalition[11] sich fortlaufend mit dem Bundesvorsitzenden in Verbindung gesetzt habe. Die Bestimmung des § 9,2 der Bundessatzung sei damit erfüllt.

TOP 2 d: BERICHT DER „STUTTGARTER ZEITUNG"

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird sodann der Bericht der „Stuttgarter Zeitung" über Äußerungen Wolfgang *Dörings* bei dem außerordentlichen Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen in Plettenberg am 6. Dezember 1958 behandelt.[12]

Dr. Reinhold MAIER übergibt den Vorsitz an Dr. *Mende*, da er sich mit dem Telegramm, das Dr. *Haußmann* und Dr. *Leuze* an Wolfgang *Döring* geschickt haben[13], solidarisch erklärt.

---

10 Das Wahlergebnis vom 23. 11. 1958: CSU: 45,6 % (= 101 Mandate); SPD: 30,8 % (64); BHE: 8,6 % (17); BP: 8,1 % (14); FDP: 5,6 % (8). Ebd., S. 146.

11 Die FDP war mit der CSU und dem BHE am 9. 12. 1958 eine Regierungskoalition eingegangen und stellte mit Albrecht *Haas* den Justizminister. A. C. STORBECK, 1972, S. 106.

12 Der Bericht der STUTTGARTER ZEITUNG vom 9. 12. 1958 enthielt u. a. folgende Sätze: „Den stärksten und demonstrativsten Beifall erhielt bei zwei Gelegenheiten *Döring*. In dem ersten Fall verwahrte er sich gegen die Bezeichnung ‚bürgerliche Partei' für die FDP, im anderen hob er hervor, ein in der SPD organisierter und für die Wiedervereinigung eintretender Arbeiter sei ihm lieber als jeder andere, der die Einheit stillschweigend abgeschrieben habe."

13 Das Telegramm datierte vom 9. 12. 1958. Darin wurde *Döring* gebeten, „sich endlich in die allgemeine Linie der Gesamt-FDP einzuordnen". Zu der Äußerung *Dörings*, daß die FDP keine bürgerliche Partei sei, meinten *Haußmann* und *Leuze:* „Es mag der Begriff der bürgerlichen Partei durch die soziologischen Verwandlungen einen veränderten Inhalt bekommen haben, jedenfalls verlangen unserer Wähler, zu denen wir viele Arbeiter zählen, daß die FDP sich als eine Partei staatserhaltender Bürger verhält." Meldung in: STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 10. 2. 1958, S. 2.

Dr. MENDE bittet die Nichtmitglieder des Bundesvorstandes, den Raum zu verlassen mit Ausnahme von *Stephan,* der als Protokollführer an der Sitzung weiter teilnimmt. Von der Bundestagsfraktion sind die Abgeordneten *Dowidat, Hoven, Will* und *Dürr* anwesend.

Dr. LEUZE referiert, wie das Telegramm an *Döring* zustande gekommen ist. In der „Stuttgarter Zeitung" sei ein Bericht aus Düsseldorf erschienen, nach dem *Döring* auf dem Plettenberger Landesparteitag am 6. Dezember 1958 erklärt habe, die FDP sei keine bürgerliche Partei und ein national denkender Arbeiter sei ihm mehr willkommen als diejenigen Bürger, die die Wiedervereinigung abgeschrieben hätten. Die Negierung des bürgerlichen Charakters der FDP bedeute aber das Ende der Partei in Baden-Württemberg. Die „Stuttgarter Zeitung" schaffe in Baden-Württemberg eine Standardmeinung. Deshalb habe man den heftigen Widerspruch nicht nur telegrafisch *Döring* mitgeteilt, sondern auch dpa und den Zeitungen übermittelt. *Witt,* der Verfasser der Düsseldorfer Meldung, sei von der Redaktion der „Stuttgarter Zeitung" als besonders zuverlässiger Journalist bezeichnet worden.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß der gleiche *Witt* am 5. August 1958 eine ebenfalls katastrophal wirkende Meldung aus Düsseldorf durchgegeben habe[14], die vom Landesvorstand NRW trotz Anfrage nicht dementiert worden sei. Auch in der Zwischenzeit seien zwei recht bedenkliche Meldungen von dem gleichen Mann verbreitet worden, offenbar immer in Verbindung mit einzelnen Mitgliedern des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

DÖRING weist demgegenüber darauf hin, daß es ein amtliches Protokoll seiner Rede gebe. Danach habe er folgendes gesagt:

„Lieber Parteifreund Dr. *Schlepple,* Sie haben hier ein Wort ausgesprochen: Bürgerlich ist für mich alles, was nicht SPD ist. Glauben Sie, daß diese Formel im Jahre 1958 in einem gespaltenen Deutschland eine tragfähige politische Basis für uns sein kann? Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der mit uns gemeinsam für die deutsche Einheit kämpft, ist mir tausendmal lieber als ein bürgerlicher Separatist".[15]

Dr. HAUSSMANN unterstreicht die großen Sorgen, die man in Baden-Württemberg habe, und verlangt Verständnis dafür. Man dürfe dem nicht eine Bonner Solidarität entgegensetzen. Wir müssen unsere Position, die auch durch das Berliner Wahlergebnis geschwächt war, wiederherstellen.

Dr. ACHENBACH stellt fest, daß die Unrichtigkeit der Meldung in der „Stuttgarter Zeitung" klargestellt sei. Es sei freilich notwendig, den „bürgerlichen Charakter" unserer Partei zu unterstreichen.

Dr. KOHUT verlangt, daß der Vorstand das Verhalten derer mißbilligt, die die Meldung leichtfertig als wahr unterstellt hätten.

GLAHN wünscht, daß endlich der Hausstreit aufhört.

---

14 Siehe Nr. 55, Anm. 10.

15 Nicht ganz übereinstimmend, aber inhaltlich identisch die Wiedergabe dieser Redepassage in: W. DORN/W. WIEDNER, 1974, S. 117 f.

Dr. Reinhold MAIER weist auf einen zweiten Bericht der „Stuttgarter Zeitung" vom 10. Dezember 1958, der nach dem Telegramm erschienen ist, hin:

„Wolfgang *Döring* hat am Dienstag in Düsseldorf zu dem Telegramm Dr. *Haußmanns* und Dr. *Leuzes* Stellung genommen. Er erklärte zu den Vorwürfen, ein Delegierter des Landesparteitages, Syndikus eines Arbeitgeberverbandes, habe gefordert, daß sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen müßten, und hinzugefügt, bürgerlich sei, wer kein Sozialdemokrat sei. Er habe darauf geantwortet, sagte *Döring,* daß bürgerlich als Sammelbegriff für alle nichtsozialdemokratischen Menschen im Jahre 1958 keine gültige Formel mehr sei. Wörtlich habe er gesagt: ‚Mir ist jedenfalls ein sozialdemokratischer Arbeiter, der mit uns für die deutsche Einheit kämpft, tausendmal lieber als ein bürgerlicher Separatist.'"[16]

Dr. *Maier* fügt bei, daß damit *Döring* noch viel weiter gegangen sei; er habe nicht nur das Fortbestehen des Begriffes der bürgerlichen Partei angezweifelt, er habe den Arbeiter aufgewertet, den Bürger abgewertet. Auf die Frage von Dr. *Mende* erklärt Wolfgang DÖRING, er habe diese Erklärung nicht abgegeben, er habe überhaupt keine Presseerklärung abgegeben.

RUBIN bedauert, daß die baden-württembergischen Vertreter eine Art von DVP-Solidarität der Gesamtpartei entgegengestellt hätten.

EILERS weist darauf hin, daß die Bonner Solidarität der Bundestagsfraktion überall wohltuend empfunden und nicht kritisiert werden sollte. Die Partei habe vor 1957 Schaden genug an der fehlenden Solidarität der Bundestagsfraktion genommen.

Dr. LEUZE meint, der Düsseldorfer Journalist habe *Dörings* wirkliche Meinung nur um einen Millimeter verlängert. Der demokratische Südwesten sei in Sorge um die Landtagswahlen vom März 1960. Durch die Düsseldorfer Meldungen würde innerer Zwiespalt in den Landesverband hineingetragen.

Dr. MENDE erklärt, daß der Journalist *Witt* es nicht wert sei, sich seinetwegen im Bundesvorstand zu zerstreiten.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, er habe immer wieder Schäden, die der Partei zugefügt wurden, indem ihre Mittelstandspolitik und ihre Agrarpolitik lächerlich gemacht wurden, gutzumachen versucht; die „Stimmen der Jungen Generation" hätten den Begriff „bürgerlich" ausdrücklich abgelehnt. Schon dadurch sei eine gereizte Stimmung entstanden. Er macht den Vorschlag, daß Dr. *Bekker* und Dr. *Achenbach* gemeinsam mit Dr. *Haußmann,* Dr. *Leuze* und ihm eine Erklärung formulieren sollten. Dem wird zugestimmt. Während die fünf genannten Vorstandsmitglieder sich zur Beratung zurückziehen, wird

16 Der Bericht war nicht in der „Stuttgarter Zeitung", sondern in den STUTTGARTER NACHRICHTEN unter der Überschrift „Döring antwortet" am 11. 12. 1958 erschienen.

TOP 3: BERICHT ÜBER BESPRECHUNGEN IN SAARBRÜCKEN

behandelt.

WEYER erklärt, daß er - entsprechend dem vom Bundesvorstand erteilten Auftrag[17] - in Saarbrücken mit den dortigen Parteifreunden verhandelt habe.[18] Das Gespräch soll vertieft werden, wenn der Landesvorsitzende, Dr. *Schneider*, von seiner schweren Krankheit wiederhergestellt sei. Es sei viel Unzufriedenheit mit der FDP bei den Saarbrücker Parteifreunden vorhanden. Es gebe aber auch Meinungsverschiedenheiten über die weitere Teilnahme der DPS an der Saarregierung für den Fall, daß die CVP an der Regierung beteiligt werden sollte. Das Gespräch mit den Freunden der DPS bedürfe besonders in den sozialpolitischen Fragen der Vertiefung.

Dr. KOHUT berichtet über die Gespräche, die er während einer Koordinierungstagung in Saarbrücken führte. Es habe ein freundlicheres Klima geschaffen werden können.

Auch Dr. MENDE schildert seine Gespräche in Saarbrücken. Die Gefahren, daß man eine Sammlung einer „Dritten Kraft" außerhalb der FDP dort versuchen werde, seien zunächst gebannt. Die Angliederung des Saarlandes habe sich als schwieriger erwiesen, als man erwartet hatte. Es sei richtig, auch mit anderen Veranstaltungen nach Saarbrücken zu gehen. Einen Bundesparteitag könne man freilich dort nicht abhalten.

TOP 2 d: [BERICHT DER „STUTTGARTER ZEITUNG" - FORTSETZUNG]

Es wird dann die Beratung über den Bericht in der „Stuttgarter Zeitung" fortgesetzt.

Dr. BECKER teilt als Ergebnis der Besprechungen mit: „Ich bin ermächtigt zu erklären: Es wird bedauert, daß durch eine offenbar unrichtige Pressemeldung Herrn *Döring* eine Erklärung unterstellt worden ist, die nicht zutrifft."

Dr. *Becker* teilt ferner mit, daß vorgeschlagen werde, folgendes Kommuniqué zu veröffentlichen: „In der heutigen Sitzung hat der Bundesvorstand der FDP aufgrund eines amtlichen Stenogramms über den Verlauf des außerordentlichen Parteitages des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP festgestellt, daß dort Herr *Döring*, MdB, die in einer Pressemeldung berichtete Erklärung: ‚Die FDP sei keine bürgerliche Partei' nicht gemacht hat. Der Bundesvorstand erklärt einmütig, daß die FDP eine bürgerliche Partei ist und bleibt."

Nach einer kurzen Aussprache wurde beschlossen:

1. keine Veröffentlichung vorzunehmen;
2. den Schlußsatz wie folgt zu formulieren: „Der Bundesvorstand erklärt einmütig, daß die FDP eine freiheitlich-demokratische und antisozialistische Partei ist und bleibt";

---

17 Siehe Nr. 55 mit Anm. 28 und 29.

18 Einer Aufzeichnung *Ungeheuers* vom 10. 11. 1958 zufolge hatten die Verhandlungen am 7. und 8. 11. 1958 stattgefunden. Anlage zum Protokoll.

3. diese in der letztgenannten Formulierung vorliegende durch Dr. *Becker* mitgeteilte Erklärung lediglich zum Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes vom 11.12.1958 zu nehmen.

Dem wird einmütig zugestimmt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde ferner beschlossen, die Verhandlungen, welche zu diesem Ergebnis geführt haben, als absolut vertraulich zu bezeichnen.

Dr. KOHUT zieht seinen Mißbilligungsantrag aufgrund des weiteren Verlaufs der Sitzung zurück.

TOP 4: FESTSETZUNG VON ORT UND ZEITPUNKT DES BUNDESPARTEITAGES 1959

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, den Bundesparteitag vom 11. bis zum 13. März 1959 abzuhalten.

WEYER schlägt als Tagungsort Berlin vor.

Dr. HAUSSMANN weist darauf hin, daß noch kein Bundesparteitag in Baden-Württemberg stattgefunden habe.

GLAHN schlägt Mannheim als Tagungsort vor, da von dort aus Einfluß auf Rheinland-Pfalz ausstrahlen werde, was wegen der bevorstehenden Landtagswahlen erwünscht sei.

HOPPE unterstützt den Vorschlag Berlin, da dadurch ein Vertrauen in die Situation der Reichshauptstadt zum Ausdruck komme.

Dr. ACHENBACH meint, die ganze Kraft müsse auf Niedersachsen und Rheinland-Pfalz konzentriert werden.

Dr. BUCHER schlägt vor, nach den Wahlen von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen[19] in Baden-Württemberg zu tagen.

Dr. Reinhold MAIER äußert Bedenken, ob der Antrag Berlin durchführbar sei.

Fortsetzung der Sitzung des Bundesvorstandes am Samstag, 13. 12.

TOP 4: BUNDESPARTEITAG

Dr. Reinhold MAIER erklärt, daß die Amtszeit der Amtsträger aufgrund der Satzung genau eingehalten werden müsse. Es müsse also vor Ende März die Neuwahl der Vorsitzenden und des Vorstandes erfolgen. Ungenauigkeiten bei der Einhaltung des Termins können peinliche Folgen haben.

Dr. MENDE warnt davor, den Parteitag zu kurzfristig anzusetzen. Man dürfe nicht in Zeitdruck kommen, müsse auch Rücksicht auf die im April stattfindenden Landtagswahlen nehmen. Man solle bis Mai warten, aber vor Pfingsten tagen. Er schlägt den 8./9. Mai 1959 als Datum vor. Nach einer Aussprache, an der zahlreiche Vorstandsmitglieder sich beteiligen, erklärt Dr. Reinhold MAIER: „Ich sehe, daß die große Mehrheit des Vorstandes gegen den Termin

19 Wahltermin war in beiden Ländern der 19. 4. 1959.

im März ist. Ich halte meine Bedenken dagegen aufrecht, füge mich aber der Ansicht des Bundesvorstandes."

Dr. HAUSSMANN schlägt darauf hin vor, gleich nach Pfingsten in Stuttgart zu tagen.

Dr. DEHLER wiederholt, daß aus allgemeinpolitischen wie aus parteipolitischen Gründen Berlin als Tagungsort gewählt werden solle.

Dr. HAAS weist darauf hin, daß die Kosten für einen Parteitag in Berlin sehr hoch seien. Berlin brauche auch einen Regenerationsprozeß von längerer Dauer. Das Vertrauen in die eigenen Kräfte müsse in Berlin erst wieder wachsen, bevor die Bundespartei dorthin komme.

Auf Anfrage bemißt STEPHAN die Kosten eines Bundesparteitages in Berlin als etwa um 50 % höher als die in Stuttgart entstehenden.

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, eine Hauptausschußsitzung in Berlin abzuhalten.

Dr. WILL meint, der Berliner Landesvorstand müsse zunächst gehört werden.

Dr. Reinhold MAIER läßt nun über den Ort des Bundesparteitages abstimmen. Auf Antrag *Daub* wird mit 11:8 Stimmen beschlossen, in Berlin zu tagen. Es wird dann über den Zeitpunkt abgestimmt und beschlossen, am 8./9. Mai 1959 in Berlin zu tagen. 16 Stimmen waren dafür, 3 dagegen, bei einer Enthaltung abgegeben.[20]

Als Sonderpunkt der Tagesordnung wird der Entwurf eines

BRIEFES AN BRENTANO

behandelt, den Dr. Reinhold *Maier* als Bundesvorsitzender und Dr. Erich *Mende* als Vorsitzender der Bundestagsfraktion über die aktuellen politischen Fragen an Bundesaußenminister *von Brentano* richten wollen. Der Inhalt soll nicht veröffentlicht werden. Es soll nur eine Meldung herausgegeben werden, in der die Tatsache der Briefabsendung mitgeteilt wird.

Der Entwurf wird einstimmig gutgeheißen, nachdem Dr. *Becker* einige Ergänzungen als wünschenswert erklärt hat.[21]

SCHWERTNER teilt mit, daß der Landtagsabgeordnete Dr. *Buchholz,* Saarbrücken, vor einigen Stunden an einem Herzinfarkt verstorben ist. Der Bundesvorstand erhebt sich zu Ehre des Parteifreundes.

---

20 Fortgang Nr. 57, TOP 3 b „Bundesparteitag".

21 Der Brief wurde am 13. 12. 1958 ausgefertigt. Hierin ging es um Berlin und die deutsche Frage. *Mende* und *Haußmann* sahen in dem sowjetischen Vorschlag, aus Westberlin eine „Freie Stadt" zu machen, „keinen geeigneten Ansatzpunkt für Verhandlungen", und sie stellten fest: „Eine dauerhafte Lösung der Berliner Frage ist nur im Zuge einer Lösung der deutschen Frage insgesamt denkbar." Sodann wurde die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, darauf zu dringen, „daß es zu Deutschland-Verhandlungen der Vier Mächte unter Hinzuziehung deutscher Vertretungen aus beiden Teilen Deutschlands" komme. HStASt, Q I/22, Bü 843 (NL Haußmann).

TOP 5: ETAT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Dr. Reinhold MAIER verläßt die Sitzung, da in einem anderen Saal des Bundeshauses sich die eingeladenen Parteifreunde zur Klausurtagung[22] versammelt haben, und stellt fest, daß nur Vorstandsmitglieder bei diesem Tagesordnungspunkt anwesend sein dürfen. Den Vorsitz übernimmt Dr. *Mende*.

Nachdem die Bundestagsabgeordneten und die Angehörigen der Bundesgeschäftsstelle die Sitzung verlassen haben, erklärt STEPHAN, daß sein Vertrag zum 31. März 1959 auslaufe. Er habe bereits bei der ersten Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes nach den Bundestagswahlen 1957 erklärt, daß er den Vertrag keinesfalls über das festgelegte Datum hinaus verlängern werde, da die Vorbereitung der Bundestagswahlen 1961 rechtzeitig beginnen und in einer Hand liegen müsse. Er wolle und könne jedoch an diesem Wahlkampf auf keinen Fall hauptamtlich beteiligt werden. Es sei daher notwendig, daß der Vorstand sich alsbald mit der Wahl eines neuen Bundesgeschäftsführers befasse.

Stephan verläßt nach dieser Erklärung die Sitzung.

Es wird sodann beschlossen, daß, auch aus finanziellen Gründen, zunächst keine Neueinstellungen vorgenommen werden sollen. Karl-Hermann *Flach* könne als kommissarischer Leiter in Aussicht genommen und bis zum Ausscheiden von *Stephan* eingearbeitet werden. Es wird festgestellt, daß entsprechend den vom Organisationsausschuß gefaßten Beschlüssen Einsparungen in beträchtlichem Ausmaß unerläßlich sind, nachdem die finanzielle Basis der Partei - aber auch anderer Parteien - durch das Karlsruher Urteil bezüglich Steuerfreiheit von Spenden erheblich beeinträchtigt ist.[23] Da zum Teil längerfristige Verträge gekündigt werden müssen, hat der Organisationsausschuß vorgeschlagen, mehrere Abteilungsleiter und Hauptreferenten der Bundesgeschäftsstelle zu kündigen. Die Kündigungen sollen nach Weihnachten erfolgen. Für die Unterbringung der Genannten sollen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden. Die Umorganisation soll zum 31. März 1959 erfolgen. Kündigungen von nichtpolitischen Referenten, Sekretärinnen und technischem Personal sollen bis Mitte Februar ausgesprochen werden. Nach den Satzungen liegen diese Personalveränderungen nicht im Zuständigkeitsbereich des Bundesvorstandes.

22 Siehe Nr. 54 mit Anm. 23.
23 Siehe Nr. 55 mit Anm. 32.

57.

29. 1. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 108. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes am 29. Januar 1959, 10.00 Uhr in Bonn, Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal." Vorsitz Maier. 10.00 Uhr–19.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Borttscheller, Bucher, Dehler, Döring, Eilers, Flach, Glahn, Albrecht Haas, Haußmann, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck, Reif, Hans Schäfer, Scheel, Weyer, Will.

[KOMMUNALPOLITISCHE RICHTLINIEN UND RICHTLINIEN FÜR DIE KOMMUNALE VERSORGUNGSWIRTSCHAFT]

Dr. Reinhold MAIER regt an, die Verabschiedung der „Kommunalpolitischen Richtlinien" vorwegzunehmen, da sie bereits bei der Vorstandssitzung in Kiel am 23. September 1958 behandelt worden seien[1] und inzwischen der zuständige kommunalpolitische Ausschuß und eine vom Bundesvorstand eingesetzte Kommission an der Fertigstellung gearbeitet hätten.[2]

EILERS berichtet über die Beratungen dieser Kommission. Es sei völlige Einigkeit erzielt worden. Einige Unebenheiten könnten noch durch eine Redaktionskommission beseitigt werden.

Dr. LEVERENZ erhebt Bedenken, ob man die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer wirklich fordern könne. Er bringt ferner das Problem der wohlhabenden kleinen Industriegemeinden zur Sprache, die gegenüber anderen finanzschwachen Gemeinden ungewöhnlich bevorzugt seien.

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß die Gemeinden bei einer Abschwächung der Konjunktur unbedingt die Stütze durch die Umsatzsteuer brauchten.

Auch Dr. BORTTSCHELLER unterstreicht, daß ein Ausweichen von der Gewerbesteuer nur auf die Umsatzsteuer möglich sei. Es wird beschlossen, die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer, so wie im Entwurf der „Kommunalpolitischen Richtlinien" festgelegt, zu fordern.

Bei der Ziffer 3 hat Dr. JENTZSCH Bedenken, eine „zusätzliche Sozialhilfe und Versorgung" der Gemeindeangestellten und -arbeiter zuzusagen.

---

1 Siehe Nr. 56 mit Anm. 3 und 4.

2 Hierzu hieß es in einem Rundschreiben von *Gönnenwein* und *Eilers* an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 28. 1. 1959: „Diese Kommission hat am 27. Januar 1959 in Bonn die ihr gestellte Aufgabe erledigt. Anwesend waren die Herren Professor Dr. *Gönnenwein, Eilers, Gerhard, Bareiter, Arndt* und *Pittelkow*. Die von Herrn *Eilers* vorgelegten Änderungsvorschläge zu dem Entwurf der kommunalpolitischen Richtlinien wurden eingehend beraten. Die Kommission legt Ihnen nunmehr fristgerecht den überarbeiteten Entwurf zur Beschlußfassung vor. Der vorgelegte Entwurf wurde von allen am 27. Janaur 1959 Beteiligten gebilligt. Eine von Herr Dr. *Jentzsch* eingesandte Stellungnahme fand ebenfalls Berücksichtigung." ADL, A 10-11.

Der Vorstand beschließt die Streichung. Ebenso wird ein Satz gestrichen, der „die Schaffung politischer Futterkrippen" betrifft. Im folgenden Satz wird an die Stelle der Forderung, daß ein „Befähigungsnachweis" erbracht werden muß, die Forderung nach nachgewiesener „Eignung" gesetzt. Sodann werden die „Kommunalpolitischen Richtlinien" einstimmig angenommen.[3]

Bei der Aussprache über die gleichfalls vorliegenden „Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft" wünscht Dr. REIF, daß man sich ausdrücklich gegen die Ausdehnung der Versorgungswirtschaft wendet.

EILERS erklärt sich hiermit einverstanden. Er erklärt, daß er nach redaktioneller Fertigstellung des Gesamtprogramms eine Pressekonferenz in Bonn einberufen und das neue Kommunalprogramm der FDP verkünden werde.

Dr. SCHÄFER (Braunschweig) wünscht, daß diese Konferenz rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz stattfindet. Man müßte bis zum 1. März damit vor der Öffentlichkeit erscheinen können.

Dr. REIF möchte noch die Gleichstellung der öffentlichen Betriebe mit den privaten beim Lastenausgleich im Programm festgelegt haben.

EILERS sagt Prüfung in der kleinen Redaktionskommission zu, betont aber, daß baldiger Abschluß, spätestens bis Ende Februar, nötig sei. Er wird Professor *Gönnenwein* an der Pressekonferenz beteiligen.[4]

[FALL NIEMÖLLER]

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Dr. MENDE über den Fall *Niemöller*[5] und seine Behandlung im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Die Erklärung, die Dr. *Mende* hierzu abgibt, wird vom Vorstand ge-

---

3 Hierzu hieß es in der fdk, 10. Jg., Nr. 8 vom 30. 1. 1959: „Auf seiner Sitzung am Donnerstag verabschiedete der Bundesvorstand der Freien Demokraten die kommunalpolitischen Richtlinien der FDP und die Richtlinien für die kommunale Versorgungswirtschaft, die den Kommunalpolitikern der FDP zugeleitet werden." Text der Richtlinien in der Anlage zum Protokoll. Die Überschriften dieser 13 Seiten langen Ausarbeitung lauteten: 1. Grundsätzliches; 2. Zur Gemeindeverfassung; 3. Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung; 4. Gemeindefinanzen; 5. Gemeindewirtschaft; 6. Gemeindliche Wohlfahrts- und Sozialarbeit; 7. Wohnungs- und Siedlungspolitik und Bauwesen in den Gemeinden; 8. Gemeindliche Kulturpflege; 9. Gemeinde und Schule; 10. Jugend und Gemeinde; 11. Von den Gemeindeverbänden.

4 Die Veröffentlichung der Richtlinien erfolgte im Februarheft von DAS RATHAUS. Zeitschrift für Kommunalpolitik, 12. Jg. (1959), S. 59 ff. Eine kommunalpolitische Arbeitstagung der FDP fand am 16. 3. 1959 in Göttingen statt. Das Hauptreferat *Gönnenweins* behandelte „Die Neuordnung der Gemeindefinanzen". Ebd., S. 58.

5 Den Berichten von zwei Kasseler Journalisten zufolge hatte *Niemöller* am 25. 1. 1959 in einer „Mahn-Feierstunde" in der Aula einer Kasseler Schule im Laufe seiner Rede die Feststellung getroffen: „Die Ausbildung zum Soldaten ist heute die hohe Schule für Berufsverbrecher", bzw.: „Jede Ausbildung zum Soldaten und zu Führungspositionen in übergeordneten Kommandostellen muß heute als eine hohe Schule zum Berufsverbrechertum bezeichnet werden." *Niemöller* hatte diese Formulierungen dementiert, jedoch bestätigt, daß er die Frage aufgeworfen habe, „ob ein Christ heute im Zeitalter der Kommando-Unternehmen und der Atombombe Soldat sein könne, eine Frage, die er als Pazifist und Gegner der Aufrüstung allerdings verneine". Artikel „Niemöller: Potentielle Verbrecher", in: DER SPIEGEL, 13. Jg., Nr. 8 vom 18. 2. 1959, S. 29–32, Zitate S. 29.

billigt. Sein Bestreben ging dahin, eine Einstimmigkeit des Ausschusses herbeizuführen, was leider nicht gelang.[6]

TOP 1: ORGANISATIONSFRAGEN

FLACH berichtet über die Arbeit der Kommission, die von der Klausurtagung am 13. Dezember 1958 eingesetzt worden war.[7] Der Bericht der Kommission liegt dem Originalprotokoll bei.[8]

Der Vorstand erklärt sich mit dem von der Kommission vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Es sollen also die Vorschläge, die der Vorstand sich zu eigen macht, den Landesverbänden zur Beratung zugeleitet werden. Falls sich darunter Satzungsänderungen befinden, soll auch der Satzungsausschuß mit den Vorschlägen befaßt werden. Die Beratungsergebnisse der Landesverbände und des Satzungsausschusses sollen dem Bundesvorstand innerhalb einer bestimmten Frist mitgeteilt werden. Der Bundesvorstand wird sodann die Vorschläge im Hauptausschuß oder vor dem Bundesparteitag zur Entscheidung stellen.

Punkt 1: Zentrale Information der Parteimitglieder:

a) Beim Zwangsbezug des „Freien Wortes" erhebt sich eine ausführliche Aussprache. Danach soll der Landesverband Hessen einen Erfahrungsbericht erstatten. Die Frage, ob der „Südwest-Merkur" künftig mit dem „Freien Wort" zusammengeführt werden soll, soll bis nach den baden-württembergischen Landtagswahlen im Jahre 1960 zurückgestellt werden.

MÜLLER-LINK äußert lebhafte Bedenken, ob der Parteibeitrag nicht zu hoch angesetzt werden müsse, wenn man einen Zwangsbezug des „Freien Wortes" beschließe.

---

6 Der Ausschuß für Verteidigung des Bundestages hatte sich in seiner Sitzung am Morgen des 29. 1. 1959 mit dem Fall *Niemöller* befaßt und eine Entschließung verabschiedet, der die SPD-Mitglieder nicht zustimmten. Die Entschließung lautete: „Der Bundestagsausschuß für Verteidigung hat mit Empörung Kenntnis von einer Äußerung des Herrn D. Dr. *Niemöller* genommen, die Ausbildung zum Soldaten sei eine hohe Schule für Berufsverbrecher. Der Ausschuß weist diese schwere Beleidigung der Bundeswehr scharf zurück. Er versichert die Bundeswehr seiner Achtung und Fürsorge." *Mendes* Vorschlag lief auf eine „weichere" Formulierung hinaus: „Der Bundestagsausschuß für Verteidigung hat mit Empörung Kenntnis von einer Äußerung genommen, die Herr D. Dr. *Niemöller* gemacht haben soll [. . .]. Falls diese Äußerung so gefallen ist, weist der Ausschuß [. . .]". Kurzprotokoll der 41. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung des Bundestages, BT Parl. Arch., Sammlung der Ausschußprotokolle.

7 Zur Aufgabe dieser Kommission heißt es in einem Schreiben *Hummels* an *Haußmann* vom 18. 12. 1958: Sie habe „die Vorschläge von Herrn *Flach* zur Reorganisation der Parteiarbeit [zu] prüfen und dem Bundesvorstand möglichst bald hierüber Bericht" zu erstatten. Mitglieder der Kommission waren: *Hummel, Kohl, Kohut, Letz, Mischnick, Müller-Link* und *Rieger*, außerdem *Flach* und *Stephan*. Die erste Sitzung der Kommission fand am 9. 1. 1958 statt. Eine Aktennotiz *Hummels* hierüber als Anlage zum o. a. Brief. HStASt, Q I/22, Bü 824 (NL Haußmann).

8 Der Bericht datierte vom 26. 1. 1959 und basierte auf den Beratungen der Kommission am 9. 1. (siehe Anm. 7) und 23. 1. 1959. Teilgenommen hatten neben den in Anm. 7 genannten Mitgliedern noch *Brandt, Rinné* und *Stender*. „Erster Bericht der Kommission für Fragen der Parteiorganisation an den Bundesvorstand der FDP", Anlage zum Protokoll. Sein Inhalt ergibt sich aus dem folgenden Protokolltext.

WEYER weist auf die Schwierigkeiten der Postzustellung hin. Beim Einkassieren durch den Briefträger würden nur wegen technischer Schwierigkeiten viele Bestellungen nicht eingelöst.

MISCHNICK meint, daß sich bei Neuaufnahmen kaum jeweils Bedenken gegen den Bezug des „Freien Wortes" ergeben. Es gäbe nur bei alten Mitgliedern Schwierigkeiten.

b) Es wird zur Kenntnis genommen, daß Dr. *Mende* für die Zukunft ein 14-tägiges Erscheinen des „Rundbriefes der Bundestagsfraktion" zusagt.

MÜLLER-LINK regt an, darüber hinaus „Parteidienstliche Mitteilungen" herauszugeben.

WEYER regt eine Zusammenlegung der verschiedenen Informationsdienste an.

FLACH meint, daß der „Agrarpolitische Rundbrief" nicht miteinbezogen werden dürfe.

GLAHN äußert hingegen die Ansicht, daß die Bauern nicht nur über Agrarpolitik Bescheid wissen wollen, sondern auch über alle anderen Fragen.

Dr. WILL fragt, ob der Fernschreiber beibehalten werden solle.

Dies bestätigt FLACH.

Von verschiedenen Vorstandsmitgliedern wird eine rasche Unterrichtung der Landesverbände in eiligen Fällen über Fernschreiber verlangt.

STEPHAN weist darauf hin, daß die fdk normalerweise über eilige Angelegenheiten sofort berichte, und daß die Landesgeschäftsstellen die fdk regelmäßig erhielten. Trotzdem seien einige Eilmitteilungen über Fernschreiber zu bewerkstelligen.

FLACH sagt nochmalige Diskussion der gesamten Fragen zu a und b in der Kommission zu.

c) Der Vorschlag, ein „Thema des Quartals" zu schaffen, wird ausführlich diskutiert.

Dr. Reinhold MAIER nennt als Beispiele von möglichen Themen die Todesstrafe und die Volksverhetzung.

Dr. REIF weist darauf hin, daß keine Themen behandelt werden sollten, die Spezialkenntnisse erfordern. Sehr wohl könne man aber über das Verhältnis zur Kirche sprechen.

Dr. KOHUT findet, daß lahme Kreis- und Ortsverbände durch das „Thema des Quartals" beschäftigt würden. Man müsse ihnen aber Material an die Hand geben.

Der Vorstand ist mit der Schaffung eines „Themas des Quartals" einverstanden. Der Vorstand soll sich am Ende jeden Quartals mit der aktuellen Frage befassen. Einer der fünf Arbeitskreise soll das Material für die Kreisverbände erarbeiten.

Zu Punkt 2: Mitgliedswesen,

berichtet FLACH, daß keine Zentralkartei beabsichtigt sei, wohl aber eine Festlegung der Notwendigkeit, daß die unteren Verbände Karteien führen. Auch

sei ein einheitliches Mitgliedsbuch notwendig, schon damit die Mitglieder bei Umzügen nicht verlorengehen.

SCHÄFER regt an, diese Mitgliedsbücher durch die Landesverbände, nicht durch die Kreisverbände ausstellen zu lassen. Der Vorstand beschließt, es offen zu lassen, ob die Landesverbände oder die Kreisverbände die Mitgliedsbücher ausstellen. Die eingesetzte Kommission soll noch die Frage behandeln, ob eine Vorschrift in dieser Beziehung nötig ist. Eine Fachkartei auf Bundesebene erscheint zweckmäßig; ein Organisationshandbuch ist erwünscht. Seine Drucklegung ist lediglich eine Kostenfrage.

Zu Punkt 3: Mittelinstanzen:

Dr. KOHUT weist darauf hin, daß in Hessen triftige Gründe beständen, Bezirksverbände nicht einzuführen.

STEPHAN stellt fest, daß dasselbe in Schleswig-Holstein der Fall wäre.

Dr. Reinhold MAIER regt an, einen „Zusammenschluß von Kreisverbänden zwecks Beschäftigung von Geschäftsführern" zur Diskussion zu stellen.

Zu Punkt 4: Organe der Partei:

Der Fortfall der Bestimmung über Bezirksverbände macht eine Neufassung von Ziffer 4 notwendig.

FLACH erklärt, das eigentliche Anliegen bestehe darin, einmal im Jahr alle Kreisverbände zusammenzufassen.

Dr. Reinhold MAIER warnt vor der Beantragung einer Satzungsänderung, die nötig würde, wenn man den geschäftsführenden Vorstand abschaffen und einen politischen Ausschuß an seiner Stelle bilden will. Der Bundesparteitag dürfe damit nicht belastet werden.

Auch Dr. MENDE meint, wir könnten nicht jedes Jahr Satzungsänderungen vornehmen. Ein kleines Gremium sei freilich notwendig.

Dr. KOHUT findet auch, daß man dieses kleine Gremium schaffen, aber daraus keine Institution machen solle.

Dr. Reinhold MAIER wünscht, daß einem politischen Ausschuß angehören sollten der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter, der Fraktionsvorsitzende und seine Stellvertreter sowie der Fraktionsgeschäftsführer.

Dr. Reinhold *Maier* weist darauf hin, daß nicht die Satzung mit Bezug auf den Bundesvorstand fehlerhaft sei. Es fehle an der Kontinuität, weil zahlreiche Vorstandsmitglieder gar nicht oder nur kurz an den Sitzungen teilnehmen.

WEYER sieht eine Abhilfe hiergegen nur darin, daß nicht in Bonn, sondern außerhalb von Bonn getagt würde. Man solle mit dem Ort der Vorstandssitzung wechseln. In Kiel und in Mannheim wären die Vorstandsmitglieder während der ganzen Dauer der Sitzung anwesend gewesen.

Zu Punkt 5: Antragsrecht für Kreisverbände:

LEVERENZ spricht sich dafür aus, diesen Vorschlag schon heute abzulehnen. Mit 13 Stimmen wird bei einigen Enthaltungen die Streichung von Punkt 5 angenommen.

Zu Punkt 6: Parteiengesetz[9],

stellt der Parteivorsitzende fest, daß der Bundesvorstand noch Gelegenheit erhalten wird, zum Parteiengesetz Stellung zu nehmen, bevor die Fraktion einen endgültigen Beschluß faßt.

Zu dem gesamten ersten Bericht der Kommission für Fragen der Parteiorganisation beschließt der Vorstand, daß die Kommission die Änderungen vornehmen soll, die sich aus den heutigen Beratungen ergeben, und sie dann den Landesverbänden zur weiteren Behandlung zustellen soll.[10]

TOP 2 a: FINANZLAGE DER PARTEI

Dr. Reinhold MAIER berichtet über die Organisationsausschußsitzung und über die Verhandlungen, die er seit September 1958 geführt hat.[11] An der Beratung dieses Punktes nehmen nur die Vorstandsmitglieder und der Bundesgeschäftsführer teil.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß bei allen seinen Besprechungen ihm niemals eine politische Forderung gestellt worden sei. Beträge, die von Köln[12] bisher nicht gezahlt wurden, sollen je zur Hälfte im Februar und im März zur Auszahlung gelangen. Seine Meinungsverschiedenheiten mit *Rubin* bezögen sich nur auf die Zahlungsfähigkeit des Kölner Instituts.

DÖRING hält es für erforderlich, in Gegenwart von *Rubin* noch einmal über die Finanzfrage zu sprechen.

Dr. Reinhold MAIER erklärt dieses für selbstverständlich. Er weist dann auf die Notwendigkeit von erheblichen Einsparungen in der Bundesgeschäftsstelle hin und schlägt vor, daß die Abgeordneten *Kühn, Lenz* und *Starke* den Stellenplan der Bundesgeschäftsstelle beraten und ihm Bericht erstatten sollen. Hiergegen bestehen keine Bedenken.[13]

TOP 2 b: PERSONALIEN

Dr. Reinhold MAIER stellt sodann den Antrag, Karl Hermann *Flach* zum Bundesgeschäftsführer zu bestellen und Dr. Hermann *Gentner* das Referat Verwaltung und Finanzfragen zu übertragen neben dem bisher von ihm bearbeiteten wirtschaftspolitischen Referat. Er berichtet, daß der Organisationsaus-

9 Siehe Nr. 54, Anm. 18.

10 Fortgang Nr. 66 mit Anm. 16 und 17.

11 Dazu Nr. 55 mit Anm. 34. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen heißt es in einem Schreiben von *Maier* an *Rubin* vom 11. 2. 1959: „Es ist mir gelungen, eine Grundfinanzierung von monatlich DM 50 000 für die Bundesgeschäftsstelle bis auf weiteres sicherzustellen. Zudem haben sich die Herren des BDI bei den Besprechungen mit mir und meinem Beauftragten, *Freiherr von Mühlen*, bereit erklärt, die in den Monaten Juli und August 1958 ausgebliebenen Zahlungen von je DM 50 000 in den Monaten Februar und März 1959 zusätzlich zu den laufenden Monatszuwendungen in derselben Höhe ‚nachzuholen'". HStASt, Q I/22, Bü 826 (NL Haußmann).

12 Staatsbürgerliche Vereinigung.

13 Fortgang in Nr. 58, TOP 2 „Finanzlage der Partei".

schuß beschlossen habe, Herbert *Stender* im Außendienst, zunächst in Niedersachsen während des Wahlkampfes, zu verwenden und ihm im Falle der Bewährung am 30. Juni einen auf vierteljährliche Kündigung abgestellten Vertrag zu geben.

Dr. DEHLER hält die Sachreferate der Bundesgeschäftsstelle für fehl am Platz. Man solle sie völlig streichen und die Arbeit auf die publizistischen und organisatorischen Arbeiten beschränken.

Professor REIF widerspricht diesem Antrag.

Dr. DEHLER beantragt daraufhin, dem Organisationsausschuß seine Anregung zu überweisen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Darauf wird Dr. Reinhold *Maiers* Antrag mit Bezug auf Karl Hermann *Flach* und Dr. Hermann *Gentner* bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Dr. DEHLER erklärt zur Abstimmung, daß er lediglich der Bestellung von *Flach*, nicht aber der von Dr. *Gentner* zugestimmt habe.[14]

Nach ausführlicher Aussprache wird beschlossen, Herbert *Stender* bei vierteljährlicher Kündigung im Außendienst zu beschäftigen.

TOP 2 c: WAHLKAMPFHILFE FÜR RHEINLAND-PFALZ UND NIEDERSACHSEN

Die Anträge der Landesverbände auf freie Lieferung des „Freien Wortes" und des „Agrarpolitischen Rundbriefes" während des Wahlkampfes sollen von *Rubin* und dem Bundesgeschäftsführer gemeinsam mit den beiden Landesverbandsvorsitzenden entschieden werden, da der Vorstand wegen der finanziellen Verbindlichkeiten in Abwesenheit des Bundesschatzmeisters keine Entscheidung treffen will.

TOP 3: WEITERE ORGANISATORISCHE BESCHLÜSSE

a) [Hauptausschußsitzung]

Es wird beschlossen, die nächste Hauptausschußsitzung am Samstag, dem 21. März, 11.00 Uhr, in Hannover abzuhalten[15], damit die Beteiligten sich für den 20. März dem Landesverband für Wahlversammlungen zur Verfügung stellen können.

b) Bundesparteitag

STEPHAN weist darauf hin, daß die Berliner Kongreßhalle nicht am 8. und 9. Mai[16], sondern nur am 9. und 10. Mai zur Verfügung stehe. Es besteht

---

14 Mit Schreiben vom 17. 2. 1959 hatte *Dehler* gebeten, an dieser Stelle das Protokoll wie folgt zu ergänzen: „Dr. *Dehler* widerspricht dem Junktim zwischen der Bestellung von *Flach* und Dr. *Gentner* als geschäftsordnungsmäßig unmöglich." Auf dem Schreiben der handschriftliche Vermerk *Stephans:* „Hat Dr. R. *Maier* vorgelegen. Soll zum Protokoll genommen werden."

15 Hierzu Nr. 58, TOP 3 „Verbreitung der Sitzung des Bundeshauptausschusses".

16 Dieser Termin war am 13. 12. 1958 festgelegt worden. Nr. 56, TOP 4 „Bundesparteitag".

Übereinstimmung darüber, daß der 9. und 10. Mai (Sonnabend und Sonntag) nicht in Frage kommen.

Dr. REIF stellt telefonisch fest, daß am 8. und 9. Mai der Saal von Schultheiß, Hasenheide, in dem 1957 der Bundesparteitag stattfand, verfügbar sei. Darauf hin wird beschlossen, den Bundesparteitag endgültig am 8. und 9. Mai in Berlin in dem genannten Lokal abzuhalten.[17]

c) [Termin Bundesvorstandssitzung]

Die nächste Vorstandssitzung soll am Freitag, dem 27. Februar, 14.00 Uhr, am Bonner Talweg stattfinden.[18] Es soll mitgeteilt werden, daß sie bis 20.00 Uhr beendet sein soll.

TOP 4: POLITISCHE LAGE

Dr. MENDE referiert über den Entwurf eines Grundrisses eines deutschen Friedensvertrages (Deutschlandvertrages) aufgrund der Ausarbeitung, die eine von der Bundestagsfraktion eingesetzte Kommission vorgenommen hat.[19]

Dr. Reinhold MAIER berichtet über die Gespräche, die er in der vorigen Woche mit Dr. *Adenauer,* dem Bundespräsidenten Professor Dr. Theodor *Heuss* und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Erich *Ollenhauer,* führte.[20]

Nach kurzer Aussprache erklärt sich der Bundesvorstand mit dem Grundriß eines deutschen Friedensvertrages einverstanden.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß die außenpolitische Information ausführlich wahrgenommen wurde.

---

17 Fortgang Nr. 58, TOP 4 „Vorbereitung des Bundesparteitages" bzw. „Bundesparteitag".

18 Nr. 58.

19 Hierbei handelte es sich um einen Entwurf zum Deutschlandplan der FDP. Ihm lagen zwei Leitgedanken zugrunde: 1. Regelung der Bündnisfrage in der Weise, daß das wiedervereinigte Deutschland in einem gesamteuropäischen Bündnis integriert wird (für Deutschland Rüstungsbegrenzung und Atomwaffenverzicht); 2. innerdeutsche Vereinbarungen über den Vollzug der Wiedervereinigung als unlöslicher Bestandteil des Friedensvertrages. AdG 1959, S. 7526 B. Zur Entstehungsgeschichte F. KLINGL, 1985, S. 495–498. Der Plan wurde am 20. 3. 1959 veröffentlicht. AdG 1959, S. 7614 A, 3. Siehe auch E. MENDE, 1984, S. 568–571.

20 *Dehler* hatte gebeten (siehe Anm. 14), das Protokoll an dieser Stelle wie folgt zu ergänzen: „Dr. Reinhold *Maier* berichtet, daß ihm *Ollenhauer* bei ihrer Unterredung erklärt habe: ‚Niemals ein Gespräch mit Pankow – niemals Konföderation'. Dr. *Dehler* weist darauf hin, daß nach seiner Information *Ollenhauer* diese Angabe als unrichtig bezeichne." Hierzu hieß es in einer Meldung der FAZ vom 15. 1. 1959 („Reinhold Maier bei Ollenhauer"): „Der FDP-Bundesvorsitzende Reinhold *Maier* hatte am Mittwoch vormittag [14. 1.] ein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Erich *Ollenhauer* über die politische Lage am Jahresbeginn und aktuelle innen- und außenpolitische Fragen. *Maier* war am Dienstag [13. 1.] zu ähnlichen Gesprächen von Bundespräsident *Heuss* und Bundeskanzler *Adenauer* empfangen worden."

58.

27. 2. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 108. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 27. Februar 1959 in Bonn, Bonner Talweg 57, Sitzungszimmer." Vorsitz Maier bzw. Mende. 14.00 Uhr–22.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Borttscheller, Bucher, Dahlgrün, Daub, Dehler, Flach, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Reif, Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Schwertner.

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, bei Punkt 1 der Tagesordnung „Aktuelle politische Fragen" das Problem der Bundespräsidentenwahl an die Spitze zu stellen.

TOP 1 a: BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Dr. Reinhold *Maier* führt einleitend aus: Wir können davon ausgehen, daß die rund 80 FDP-Mitglieder der Bundesversammlung beinahe „Zünglein an der Waage" sein werden. Wir dürfen es nicht wie die CDU-Führung machen, nämlich den Abgeordneten durch Beschlüsse eines kleinen Gremiums die Entscheidung vorwegnehmen.[1] Aufgabe des Vorstandes kann es lediglich sein, Empfehlungen zu geben.

GRAAFF meint, wir könnten auf alle Fälle unserem Bedauern über *Erhards* Ausscheiden als Wirtschaftsminister Ausdruck geben.

Dr. KOHUT erklärt, daß Dr. *Dörinkels* Eintreten für einen eigenen Kandidaten[2] ein Alleingang gewesen sei.

Dr. MENDE hält eine Entschließung des Vorstandes zu dieser Frage heute für notwendig, weil sonst aus der ganzen Bundesrepublik eigene FDP-Vorschläge mannigfaltigster Art kommen würden.

Dr. ACHENBACH möchte, daß wir noch einmal die Wahl Dr. *Adenauers* zum Bundespräsidenten und die Bildung eines Kabinetts der „nationalen Konzentration" vorschlagen.

---

1 *Adenauer* hatte als Vorsitzender der CDU 16 führende CDU- und CSU-Politiker für den 24. 2. 1959 nach Bonn eingeladen, „um die Nominierung eines Kandidaten vorzubereiten". W. WAGNER, 1972, S. 11. Dieses Gremium entschied sodann die Nominierung von Ludwig *Erhard*. Ebd. S. 17 f.

2 Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, *Dörinkel*, hatte sich in einem Schreiben an den FDP-Bundesvorstand vom 16. 2. 1959 für einen eigenen Kandidaten der FDP bei den Wahlen zum Bundespräsidenten ausgesprochen und Reinhold *Maier* vorgeschlagen. ADL, N 11-8 (NL Becker).

Dr. SCHNEIDER ist dafür, alle Wege offen zu halten.

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß die FDP-Fraktion in der Bundesversammlung allein zuständig für die Entscheidung sei. Dies müsse heute klargestellt werden.

Dr. LEUZE schlägt vor, noch einmal die Einigung aller Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verlangen.

DAUB tritt nachdrücklich für einen eigenen Kandidaten der FDP ein, weil sonst das Zweiparteiensystem für die breite Öffentlichkeit wieder einmal sichtbar werde.

Dr. Reinhold MAIER erklärt, daß jeder, der von einer dritten Partei auf den Schild gehoben werde, schweren Schaden erleiden werde. Wir sollten uns im übrigen unter keinen Umständen in den Hausstreit der CDU um die Kandidatur einmischen.

Es wird sodann die folgende von Dr. *Haas,* Dr. *Achenbach* und Dr. *Leuze* verfaßte Entschließung vorgelegt:

„Der Bundesvorstand der FDP hat sich in seiner Sitzung vom 27. Februar 1959 mit der Frage der Bundespräsidentenwahl befaßt. Er vertritt die Auffassung, daß im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Lage des Vaterlandes als Nachfolger von Theodor *Heuss* wiederum eine politisch erfahrene, möglichst von dem Vertrauen aller Parteien getragene Persönlichkeit mit dem hohen und verantwortungsvollen Amt des Bundespräsidenten betraut werden sollte. Zu diesem Zweck beauftragte der Bundesvorstand den Bundes- und den Fraktionsvorsitzenden, mit den anderen Parteien in diesem Sinne zu verhandeln. Die endgültige Entscheidung wird Sache der FDP-Fraktion in der Bundesversammlung sein, der zu gegebener Zeit der Bundesvorstand eine Empfehlung geben wird."

Nach kurzer Aussprache wird der dritte Satz auf Antrag von Dr. *Mende* gestrichen; an dem Text werden einige Änderungen vorgenommen. Die Entschließung wird sodann mit 17 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen und hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesvorstand der FDP hat sich in seiner Sitzung vom 27. Februar 1959 mit der Frage der Bundespräsidentenwahl befaßt. Er vertritt die Auffassung, daß im Hinblick auf die außerordentlich schwierige Lage des Vaterlandes als Nachfolger von Theodor *Heuss* wiederum eine politisch erfahrene, von dem Vertrauen der großen Mehrheit der Bundesversammlung getragene Persönlichkeit mit dem hohen und verantwortungsvollen Amt betraut werden sollte.

Die endgültige Entscheidung über die Stimmabgabe der Freien Demokraten ist Sache der 87 Delegierten der FDP in der Bundesversammlung, die vom Bundesvorsitzenden zur Vorbereitung dieser Entscheidung zusammengerufen werden."

TOP 1 b: [BERLIN-FRAGE]

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, nunmehr die Berlin-Frage zu behandeln.

Dr. MENDE begründet die Notwendigkeit zur Zurückhaltung, vor die die Fraktion gestellt war, weil jede Initiative durch Reden von *Eisenhower* und *Chruschtschow* desavouiert werden kann.[3] Unser Memorandum ist inzwischen dem auswärtigen Ausschuß des Bundestages zugegangen.[4] Es wird dort vermutlich abgelehnt werden. Eine öffentliche Debatte im Bundestag zu erzwingen, erschiene im Augenblick auch der SPD bedenklich, weil auf diese Weise nur die Einheit der CDU wiederhergestellt werden würde. Eine außenpolitische Aussprache im Plenum würde in diesem Moment nicht der von uns gewünschten Auflockerung der Fronten dienen.

Dr. DEHLER widerspricht diesem Standpunkt entschieden: „Das Schicksal Deutschlands entscheidet sich jetzt; wenn sich das Parlament mit diesen Lebensfragen nicht einmal beschäftigt, so versagt es."

RUBIN meint, es habe keinen Zweck, heute eine Teildiskussion zu führen. Wir müßten uns gründlich mit der Deutschlandfrage befassen.

Auch Dr. Reinhold MAIER gibt dieser Meinung Ausdruck. Wir dürften nicht dazu beitragen, die Viermächte-Verantwortung für Berlin zu zerstören, da wir sonst Berlin verlieren würden. Man könne Entschlüsse erst fassen, wenn die Situation übersehen werden könne.

Dr. MENDE stellt abschließend fest, wir würden eine Debatte verlangen, wenn die CDU im auswärtigen Ausschuß das FDP-Memorandum abgelehnt und damit gegen das Disengagement Stellung genommen habe.

Der Vorstand beschließt, daß am 6. April 1959, 9.30 Uhr, eine Vorstandssitzung in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn stattfinden soll, bei der die Deutschlandfrage gründlich behandelt werden würde.[5] Auf Antrag Dr. *Leverenz* wird beschlossen, daß an dieser Sitzung nur der Bundesvorstand teilnehmen soll.

Dr. Reinhold MAIER beantragt, die Tagesordnungspunkte 3: Vorbereitung der Sitzung des Hauptausschusses, und 4: Vorbereitung des Bundesparteitages am 8./9. Mai 1959 in Berlin, jetzt zu behandeln und dann ab 18.00 Uhr den Punkt 2: Finanzlage. So wird beschlossen.

---

3 Angesichts der unübersichtlichen Lage in der Berlin-Krise hatte die FDP-Bundestagsfraktion am 17. 2. 1959 entschieden, „zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer außenpolitischen Debatte im Bundestag abzusehen", und daher darauf verzichtet, eine Große Anfrage einzubringen. fdk, 10. Jg., Nr. 13 vom 18. 2. 1959.

4 Gemeint ist der Deutschlandplan (Nr. 57, Anm. 19), den der Auswärtige Ausschuß des Bundestages am 8. 4. 1959 behandelte und der dort auch von der CDU als „nützliche Diskussionsgrundlage" akzeptiert wurde. F. KLINGL, 1985, S. 498.

5 Nr. 60, TOP 2 „Die Deutschlandfrage".

TOP 3: VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES

FLACH schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden.
2. Referat zur Deutschlandpolitik. Referent: Dr. Erich *Mende.*
3. Ist die Marktwirtschaft gefährdet? Referent: Dr. *Starke.*
4. Vorschläge zur Innenpolitik. Referent: Dr. *Bucher.*

Ferner muß die Mandatsprüfungskommission für den Bundesparteitag vom Bundeshauptausschuß gewählt werden. Es wird zunächst beschlossen, den Beginn der Sitzung auf 9.30 Uhr festzulegen. Die Referate sollen auf etwa 30 Minuten begrenzt werden.

Es wird dann ausführlich die Frage debattiert, ob im Anschluß an Dr. *Mendes* Referat die Deutschlandfrage vom Hauptausschuß diskutiert werden soll oder nicht. Dagegen wird geltend gemacht, daß der Bundesvorstand sich erst nach der Sitzung des Hauptausschusses mit diesem Problem befasse. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Delegierten den Wunsch haben werden, auch ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Es wird beschlossen, die Tagesordnung wie vorgeschlagen festzulegen und die Deutschlandfrage auch zu diskutieren. Am Nachmittag werden die innenpolitischen Fragen behandelt werden. Zur Frage der Marktwirtschaft wird nicht Dr. *Starke,* sondern Carlo *Graaff* referieren, da es richtig erscheint, ihn im Zusammenhang mit den niedersächsischen Landtagswahlen besonders herauszustellen. Es soll nach Möglichkeit eine Pressekonferenz im Anschluß an die Hauptausschußsitzung stattfinden.[6]

TOP 4: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Frau Dr. LÜDERS gibt der Auffassung Ausdruck, Tag und Ort des Bundesparteitages, wie sie durch den Vorstand festgelegt wurden[7], seien falsch gewählt. Man solle rechtzeitig eine Änderung vornehmen.

Diese Auffassung wird auch von Dr. HAAS nachdrücklich unterstützt.

Dr. HAUSSMANN bittet, den Antrag bis nach Erledigung des Punktes 2 zurückzustellen. So wird beschlossen.

---

6 In der Bundeshauptausschußsitzung am 21. 3. 1959 in Hannover sprach *Maier* über das Thema „Gemeinsame Außenpolitik – Opposition in gewandelter Form". *Mende* hielt einen Vortrag über „Die Entwicklung der Deutschlandpolitik und der Beitrag der Freien Demokraten". *Graaffs* Rede war überschrieben mit „Ist die Marktwirtschaft gefährdet? Zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage", und *Bucher* referierte über „Die Beiträge der Freien Demokraten zur Innenpolitik". Nach ausgiebiger Diskussion der Referate unterbreitete die FDP nach Abschluß der Sitzung ihren Deutschlandplan vom 27. 1. 1959 der Öffentlichkeit. Veröffentlichung der Reden von *Maier* und *Mende* sowie des Deutschlandplanes, außerdem eine Zusammenfassung der Reden *Graaffs* und *Buchers* in: DAS FREIE WORT, 8. Jg., Nr. 13 vom 28. 3. 1959, S. 2–7. Rede *Maiers* außerdem in: fdk, 10. Jg., Nr. 23 vom 24. 5. 1959.

7 Siehe Nr. 57 mit Anm. 15 und 16.

[ZUM FALL ALTMAIER]

Außerhalb der Tagesordnung berichtet Dr. LEVERENZ über Beschwerden, die der rheinland-pfälzische Justizminister *Becher* gegen Parteifreunde erhebt, weil sie sich im Zusammenhang mit dem Fall *Altmaier* über *Bechers* Verhalten kritisch geäußert hatten.

GLAHN stellt fest, daß die Behauptungen hinsichtlich des Verhaltens von *Becher* falsch sind.[8]

Die Sitzung wird von 18.45 Uhr bis 19.20 Uhr unterbrochen.

TOP 2: FINANZLAGE DER PARTEI

Dr. Reinhold MAIER schildert die Entwicklung dieser Frage seit dem Karlsruher Urteil.[9] Auffassungsunterschiede zwischen ihm und *Rubin* hätten sich vor allem in der Frage der Zahlungsfähigkeit oder Zahlungswilligkeit der fraglichen Stellen ergeben.[10] Gegen eine eigene Sammeltätigkeit unserer Partei sei von keiner Stelle Einspruch erhoben worden. Der Organisationsausschuß habe im übrigen den Beschluß gefaßt, die Tätigkeit des Herrn *von Eckartsberg* baldmöglich zu beenden.[11] Dr. Reinhold *Maier* dankt dem Bundesschatzmeister

8 Gegenüber *Altmeier* war im Januar 1959 der Vorwurf erhoben worden, im Frühjahr 1956 vom Land Rheinland-Pfalz ein Haus in Koblenz weit unter Wert gekauft zu haben. Artikel „Minister: Zum Halben Preis", in: DER SPIEGEL, 13. Jg., Nr. 5 vom 28. 1. 1959, S. 29–32. *Becher* war dadurch ins Gerede gekommen, daß er der Staatsanwaltschaft wiederholt Weisungen erteilt hatte, die nicht sachgerecht erschienen: „in Fällen nämlich, in denen gegen Landesprominente hätte ermittelt werden sollen". Artikel „Keine neue Ära", in: ebd., Nr. 43 vom 21. 10. 1959, S. 34. Außerdem gab es auch Kritik an *Becher,* da er unter dem Verdacht stand, sich unter Ausnutzung seiner Ministerstellung durch Beteiligung an einem Lava-Vorkommen in der Eifel nicht unbeträchtlich bereichert zu haben. Artikel „Der Lava-Berg", in: ebd., Nr. 17 vom 22. 4. 1959, S. 29 ff.

9 Siehe Nr. 55, Anm. 32.

10 Die Meinungsverschiedenheiten zwischen *Maier* und *Rubin* hatten inzwischen ein beträchtliches Ausmaß angenommen. *Maier* warf *Rubin* vor, die Partei in eine „heillose finanzielle Lage" gebracht zu haben, und verwahrte sich gegen Vorwürfe *Rubins,* daß er *(Maier) Freiherrn von Mühlen* dazu ausersehen hatte, mit Vertretern des BDI zu verhandeln. Dagegen erinnerte *Maier Rubin* nachdrücklich daran, daß er sich allein auf Bitten des Schatzmeisters hin im September 1958 der Parteifinanzierung angenommen habe. *Maier* an *Rubin* vom 11. 2. 1959, HStASt, Q I/22, Bü 826 (NL Haußmann). Die Antwort *Rubins* vom 17. 2. 1959 fiel äußerst scharf aus: *Maiers* Vorwürfe bezeichnete er als „unqualifizierbare Ausführungen" und warf ihm vor, daß *Maier* aus der „Stuttgarter Perspektive heraus das Verständnis für die komplexen Zusammenhänge" fehle und er in seiner „Aufgabe schlechthin überfordert" sei. *Rubin* kündigte an, daß er das Thema im Bundesvorstand zur Sprache bringen werde, und richtete abschließend an *Maier* den Vorwurf, erst das Zusammenwirken des Vorsitzenden „mit einigen sogenannten Vertretern der Wirtschaft" habe es vermocht, die bislang erfolgreiche Arbeit des Bundesschatzmeisters „nachhaltig zum Schaden unserer Partei zu stören". HStASt, Q I/22, Bü 797 (NL Haußmann).

11 Im Protokoll der Sitzung des Organisationsausschusses am 27. 2. 1959 (Beginn 11.00 Uhr) heißt es hierzu: „Die Briefaktion des Herrn *von Eckartsberg* habe sich freilich als völliger Fehlschlag erwiesen. Auf 98 von ihm (Reinhold *Maier*) unterschriebene Briefe seien 10 Antworten gekommen; davon zwei mit der Bitte um einen Besuch – aber auch diese hätten kein Geld gebracht. *Stephans* Aufgabe werde sein, den Fall *von Eckartsberg* vor seinem Ausscheiden zu liquidieren." ADL, Ordner-Nr. 66.

Rubin für seine Arbeit. Ihm (Dr. *Maier*) sei auf diesem Gebiet lediglich das Herausholen der Gelder auf einem ganz begrenzten Sektor zugefallen. Dr. Reinhold *Maier* weist dann auf die Arbeit hin, die die Herren *Kühn, Lenz* und Dr. *Starke* sich vorgenommen haben, indem sie einen Stellenplan für die Bundesgeschäftsstelle erarbeiten wollen.[12]

RUBIN entgegnet ausführlich und weist darauf hin, daß neben den Geldern, mit deren neuer Mobilisierung Reinhold *Maier* befaßt worden sei, der Finanzausgleich mit den Landesverbänden die Basis für die politische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bedeute. Den Löwenanteil habe Nordrhein-Westfalen aufgebracht. Daneben seien nicht sehr große Summen von Baden-Württemberg und Hamburg gezahlt worden. Es sei anzuerkennen, daß im Frühsommer d. J. durch die Nachbarschaftshilfe, an der sich auch Baden-Württemberg beteiligt habe, ein solidarisches Handeln möglich geworden sei.

Rubin weist auf den Unterschied hin, der zwischen den in der Wirtschaft führenden Persönlichkeiten von Köln und Stuttgart bestände. Seine Hauptforderung geht dahin, daß wir direkt mit den Wirtschaftlern sprechen und daß der Finanzausgleich, der seit dem 30. September 1958 von Baden-Württemberg nicht mehr erfüllt würde[13], wieder in Kraft tritt. Nur mit Einsparungen könne man die Partei nicht kampfkräftig machen. Man brauche die direkte politische Ansprache der Wirtschaftler, und diese müsse von einer einheitlichen Mannschaft in gleichem Geiste vorgetragen werden. Auch sei das Gefühl für die gegenseitige Verpflichtung bei den Landesverbänden zu steigern. Mit den bisherigen Methoden müsse Schluß gemacht werden. Es sei eine breitere Basis zu schaffen, auch indem die Landesverbände ihre Verpflichtungen einhielten. Täten sie dies nicht, so könne er *(Rubin)* gezwungen sein, Revisoren zur Durchsicht der Konten anzuweisen. Er sei bereit, zahlungsunfähigen Landesverbänden ihre Schulden zu erlassen. Die anderen müßten jedoch ihre Verpflichtungen erfüllen. Wenn man die Bundesgeschäftsstelle reorganisiere, könne man Geld für zweckmäßige politische Arbeit verfügbar machen.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß er der FDP eine absolut unabhängige Stellung verschafft habe, die sehr bekömmlich sei. Er habe nie einen „Tanz ums Goldene Kalb" mitgemacht. Die Verantwortung dafür, daß dauernd mehr Geld ausgegeben als eingenommen werde, treffe nicht ihn; diesem Zustand müsse schleunigst ein Ende gemacht werden.

GRAAFF weist darauf hin, daß in Hannover neuerdings ein „Informationsdienst für den Mittelstand" herauskommt, der abgewandelt auch für die gesamte Bundesrepublik geeignet sei. Man könne auch hiermit die Finanzlage bessern.

---

12 Einsetzung dieser Kommission in: Nr. 57 mit Anm. 13.

13 Die Einstellung der Zahlungen war seitens des Landesverbandes Baden-Württemberg erfolgt, da über die Berechnungsgrundlagen keine Einigkeit erzielt werden konnte. Vermerk vom 11. 5. 1959 der Landesgeschäftsstelle Stuttgart betr. Finanzausgleich Bonn, HStASt, Q I/22, Bü 826 (NL Haußmann).

Als Dr. DEHLER scharfe Angriffe gegen Dr. Reinhold *Maier* richtet, verläßt dieser den Saal und übergibt Dr. *Mende* die Leitung.[14]

Dr. HAUSSMANN ist der Meinung, daß er die Antwort an Herrn *Rubin* nur in einer vollbesetzten Vorstandssitzung geben könne. Auch die Angriffe Dr. *Dehlers,* die bei vorgeschrittener Zeit und Übermüdung der Anwesenden die Atmosphäre verhängnisvoll beeinflußten, ließen es geraten erscheinen, jetzt nicht weiter zu verhandeln. Er beantragt, die Sitzung abzubrechen.

Dr. Reinhold MAIER erklärt sich sodann zu jeder Aussprache bereit.[15]

Mit 11 gegen eine Stimme wird der Vertagungsantrag angenommen.[16]

TOP 4: BUNDESPARTEITAG [-FORTSETZUNG]

Dr. SCHNEIDER weist noch darauf hin, daß die Frage, ob der Berliner Bundesparteitag – so wie beschlossen – Anfang Mai abgehalten werden soll, bis zum Zusammentreten des Bundeshauptausschusses am 21. März 1959 entschieden werden müsse.[17]

---

14 Hierzu heißt es in einem Schreiben vom 2. 3. 1959 von *Haußmann* an *Rahn:* „Ich muß es aufs tiefste bedauern, daß Dr. Erich *Mende* sich nicht veranlaßt gesehen hat, die unqualifizierbaren Ausführungen von Dr. *Dehler* sofort im Wege der Verhandlungsleitung zu berichtigen, nachdem es klar war, daß Dr. Reinhold *Maier* in diesem Augenblick dies als Verhandlungsleiter nicht tun konnte." HStASt, Q I/22, Bü 797 (NL Haußmann).

15 Am 2. 3. 1959 schrieb *Maier* an *Mende:* „Die Sitzung des Gesamtvorstandes am Freitag, den 27. Februar 1959, mußte nach zehnstündiger Dauer mit Rücksicht auf die Wahrung einfacher Ehrbegriffe in der FDP abgebrochen werden. Damit sind die begrüßenswerten, auch aussichtsreichen Versuche, einen Ausgleich entgegengesetzter Auffassungen innerhalb der FDP herbeizuführen, erdrosselt worden. Herr *Rubin* und Herr Thomas *Dehler* werden kaum den Vorwurf entkräften können, daß sie planmäßig darauf hingearbeitet haben. Herr *Rubin* hat den alten Streit um den Finanzausgleich der Landesverbände verschärft, obwohl bei der Sitzung des Organisationsausschusses vom Vormittag desselben Tags (27. 2.) der Fragenkomplex eingehend behandelt und ein Verfahren zur Regelung der Differenzen vereinbart worden war. Bei der gegebenen Sachlage sehe ich folgender Erklärung des Bundesvorstands entgegen: 1. Der Bundesvorsitzende hat sich strikte an den Beschluß des Bundesvorstands vom 11. Juli 1958 (Frankfurt a. M.) auf absolute Unabhängigkeit der FDP nach allen Seiten gehalten, diese Unabhängigkeit unter Mitwirkung jeweiliger großer Mehrheiten verwirklicht und fremde Einflußnahmen nicht zugelassen. 2. Der Bundesvorsitzende hat bei der von Herrn *Rubin* zur Diskussion gestellten Übernahme einer Teilaufgabe für eine zeitlich beschränkte Zeit die Interessen der FDP voll gewahrt. 3. Der Bundesvorstand ist mit den Ausführungen von MdB Thomas *Dehler* zum Tagesordnungspunkt 3 nicht einverstanden. Ich bitte um Übermittlung des dem vorstehenden Begehren zustimmenden oder es ablehnenden Beschlusses des Bundesvorstands bis spätestens Freitag, den 20. März 1959." HStASt, Q I/22, Bü 797 (NL Haußmann).

16 Fortgang Nr. 62, TOP 3 „Finanzlage".

17 Fortgang Nr. 59, TOP 2 „Bundesparteitag 1959".

59.

19. 3. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 108. Prot. Stephan. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 19. März 1959 in Bonn, Bundeshaus, Sitzungszimmer der FDP-Bundestagsfraktion." Vorsitz Maier. 19.00 Uhr–22.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bucher, Dahlgrün, Daub, Dehler, Döring, Flach, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Jentzsch, Kohut, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Reif, Scheel, Heinrich Schneider, Schwertner, Weyer.

TOP 1: ANTRÄGE

Dr. Reinhold MAIER erklärt zu Beginn, daß er seine Anträge vom 2. März 1959[1] zurückzieht, da die Tatbestände inzwischen weitgehend geklärt sind. Es wird auch nicht möglich sein, heute die Aussprache über die Finanzlage der Partei fortzusetzen, da der Bundesschatzmeister abwesend ist.

Dr. MENDE vertritt gleichfalls die Auffassung, daß die von *Rubin* mit Schreiben vom 7. März 1959 übermittelten fünf Anträge[2] in dessen Abwesenheit nicht behandelt werden können.

TOP 3: FINANZLAGE

Dr. MENDE berichtet über eine Besprechung, die in der vorigen Woche mit führenden Herren des BDI stattgefunden hat. Es sei wieder völlig deutlich geworden, daß die Herren des BDI sich jeder Einmischung in die Personalien der FDP enthalten. Nachdem in günstigerer Atmosphäre gesprochen und ein positiver Eindruck erzielt worden sei, sei man übereingekommen, daß wir in absehbarer Zeit die Herren des BDI zu uns einladen würden.

Dr. LEVERENZ macht auf das Gutachten von Professor *Meilicke* (Bonn) aufmerksam, das bedenkliche Auswirkungen auf die Finanzierung der Parteien haben könnte.[3]

---

1 Siehe Nr. 58, Anm. 15.

2 *Rubin* an *Mende* vom 7. 3. 1959, ADL, Ordner-Nr. 138. Die Anträge lauteten: 1. Erklärung der Unzweckmäßigkeit der „ausschließlichen Wahrnehmung von Finanzierungsgesprächen durch den Herrn Bundesvorsitzenden" durch den Bundesvorstand. 2. Empfehlung an die Landesverbände, „Finanzierungsgespräche grundsätzlich nur durch mehrere Vorstandsmitglieder führen zu lassen". 3. Ausdrückliche Feststellung durch den Bundesvorstand, daß der „Finanzausgleich der Landesverbände unverändert Gültigkeit hat". 4. Beauftragung der Revisoren durch den Bundesvorstand festzustellen, „ob und inwieweit der Landesverband Baden-Württemberg in den Jahren 1957/1958 seinen Verpflichtungen aus dem Finanzausgleich nachgekommen ist". 5. Beauftragung der Bundesgeschäftsführung durch den Bundesvorstand, „schnellstens einen endgültigen Etat ab 1. 4. 1959 vorzulegen", und Verpflichtung des Bundesgeschäftsführers „zur strikten Einhaltung dieses Etats".

3 Heinz MEILICKE, Zuwendungen an politische Parteien aus Mitteln wirtschaftlicher Unternehmen, in: NEUE JURISTISCHE WOCHENZEITUNG, 12. Jg. (1959), S. 409–413. Darin u. a. die Fest-

GRAAFF steht auf dem Standpunkt, daß man in führenden Wirtschaftskreisen entschlossen sei, trotzdem zu zahlen. Man solle übrigens nicht vergessen, daß auch die SPD über die Bank für Gemeinwirtschaft betroffen sein würde, wenn man den *Meilicke*schen Gedanken folgt.

WEYER ist der Auffassung, man solle sich über das Gesamtproblem noch einmal in kleinem Kreise Gedanken machen, z. B. ob man durch ein Gesetz oder auf andere Weise etwas tun könne.

Es wird beschlossen, daß diese Erörterungen in folgendem Kreise stattfinden sollen: Finanzminister Dr. *Frank* (Stuttgart), Abgeordneter Walter *Kühn,* Hans Wolfgang *Rubin,* Willi *Weyer,* Justizminister Dr. *Leverenz.*

Die Sitzung soll nach der Osterpause stattfinden.[4]

TOP 2: BUNDESPARTEITAG 1959

Frau Dr. LÜDERS begründet ihre Anregung, den Vorstandsbeschluß bezüglich Abhaltung des Bundesparteitages in Berlin am 8./9. Mai 1959[5] noch einmal zu überprüfen. Sie weist insbesondere auf die große Veranstaltung am 12. Mai hin, zu der ein großer Kreis von Prominenten erscheinen wird.[6]

Dr. Reinhold MAIER schildert einzelne Stadien des Vorstandsbeschlusses. Er weist darauf hin, daß man den Satzungen entsprechend die Jahresfrist einhalten muß.

Dr. REIF ist entschieden der Meinung, daß wir keinesfalls an einen anderen Ort gehen könnten.

Dr. HAAS schlägt Coburg oder Nürnberg vor.

Dr. SCHNEIDER hält den 8. Mai für zu früh.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest: Es bleibt unter allen Umständen bei dem Beschluß, in Berlin zu tagen.

Dr. KOHUT beantragt Verschiebung auf den 21. bis 23. Mai 1959.

WEYER betont dazu, daß es richtig sei, zweieinhalb Tage und nicht nur eineinhalb Tage Bundesparteitag durchzuführen.[7]

Der Antrag Dr. *Kohut* wird mit 16 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

---

stellung, daß die Berufsverbände (z. B. BDI) ihre Körperschaftssteuerfreiheit mit der Finanzierung politischer Parteien gefährden. Außerdem sprach *Meilicke* allen Fördergesellschaften die Gemeinnützigkeit ab.

4 Über die Arbeit der Kommission nichts näheres ermittelt. Zum Fortgang aber Nr. 65, TOP „Parteifinanzierung".

5 Siehe Nr. 57 mit Anm. 15 und 16.

6 Gemeint die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Beendigung der Berliner Blockade. Aufzählung der prominenten Teilnehmer und Bericht über den Verlauf in: BERLIN 1959–1960, 1978, S. 183 ff.

7 Handschriftlichen Notizen *Haußmanns* zufolge hatte sich *Weyer* außerdem dafür ausgesprochen, die Reden für den Parteitag im Bundesvorstand zu erarbeiten, da er einen „gelenkten Parteitag [für] erforderlich" hielt. HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann).

Zur Vorbereitung des Bundesparteitages wird eine Kommission eingesetzt, der neben dem Bundes- und dem Fraktionsvorsitzenden angehören sollen: H. G. *Hoppe,* Wolfgang *Döring,* Karl-Hermann *Flach.*

Der Vorstand ist damit einverstanden, daß zur Finanzierung des Bundesparteitages eine Anzeigenaktion für das „Freie Wort" gestartet wird.

Der Bundesvorstand beauftragt den Bundesvorsitzenden, bei seinen Kölner Gesprächspartnern [vom BDI] eine einmalige Zuwendung für den Berliner Bundesparteitag zu beantragen.

Der Vorstand befaßt sich sodann abschließend mit der Vorbereitung der Vorstandssitzung am 6. April 1959. Als neuer Punkt der Tagesordnung wird aufgenommen: „Vorbereitung des Bundesparteitages."[8]

Zum Schluß berichten auf Verlangen von Dr. *Leverenz* die Abgeordneten Dr. *Dehler,* Dr. *Mende* und Dr. *Achenbach* über die außenpolitische Lage.

60.

6. 4. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 108. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 6. April 1959 in Bonn, Parlamentarische Gesellschaft." Vorsitz Maier. 9.30 Uhr–17.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bucher, Daub, Dehler, Engelhard, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Köhler, Kohut, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Scheel, Heinrich Schneider, Schwertner, Ungeheuer.

Dr. Reinhold MAIER begrüßt den neuen Bundesgeschäftsführer der FDP, Karl-Hermann *Flach.*

TOP 1: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. Reinhold *Maier* gibt bekannt, daß die auf der letzten Vorstandssitzung eingesetzte Kommission zur Vorbereitung des Bundesparteitages[1] teils in persönlicher, teils in telefonischer Abstimmung einen Vorschlag ausgearbeitet habe, und bittet *Flach,* diesen Vorschlag zu erläutern.

FLACH gibt einen Überblick über das bisher in Aussicht genommene Tagungsprogramm für Berlin.

---

8 Fortgang Nr. 60, TOP 1 „Vorbereitung des Bundesparteitages".
1 Siehe Nr. 59, TOP 2 „Bundesparteitag 1959".

Dr. MENDE erklärt sich mit dem geplanten Verlauf des ersten Tages einverstanden. In seiner Rede will er über die gesamte Arbeit der Bundestagsfraktion referieren und sich nicht nur auf das Deutschlandproblem beschränken. Für das Grundsatzreferat schlägt er Dr. *Dehler* vor.

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, als Referenten für das Grundsatzreferat Professor Dr. Hans *Freyer* zu gewinnen. Falls das nicht gelingen sollte, macht er den Alternativvorschlag, Dr. *Dehler* und Professor *Erbe* sprechen zu lassen.

Dr. DEHLER spricht sich für die Referate des Partei- und des Fraktionsvorsitzenden vor den Regularien aus.

SCHWERTNER weist auf [den] Zeitdruck hin und schlägt vor, die Vorstandssitzung schon am 20. Mai stattfinden zu lassen, am 21. 5., vormittags, mit der Rede des Parteivorsitzenden zu beginnen und am Nachmittag die Regularien durchzuführen.

Nach einer längeren Diskussion über die Zweckmäßigkeit, einen außenstehenden Wissenschaftler über Grundsatzfragen sprechen oder dieses Thema nur von Parteifreunden behandeln zu lassen, wird mit 17 gegen 0 [Stimmen] bei 2 Stimmenthaltungen folgende Tagesordnung beschlossen:
21. Mai 1959: 14.30 Uhr: Eröffnung des Bundesparteitages; Rede des Bundesvorsitzenden; Geschäftsbericht; Bericht des Schatzmeisters; Bericht der Revisoren; Entlastung und Neuwahl des Vorstandes.
22. Mai 1959: 9.00 Uhr: Rede des Fraktionsvorsitzenden; 11.30 Uhr: Aussprache; 15.00 Uhr: Grundsatzreferate zum Gesellschaftsbild und zur geistigen Situation des Liberalismus; Aussprache.
23. Mai 1959: 10.00 Uhr: Anträge; „Berliner Erklärung der Freien Demokraten"; 12.00 Uhr: Schlußwort des Parteivorsitzenden.
Am Vormittag des 21. Mai 1959 soll der Bundesvorstand in Berlin zu einer Sitzung zusammentreten.
Mit 15 gegen 2 [Stimmen] bei 2 Stimmenthaltungen beschließt der Bundesvorstand, daß der Bundesvorsitzende Professor *Freyer* wegen eines Referats ansprechen soll. Wenn Professor *Freyer* zusagt, werden Dr. *Dehler* und Prof. Dr. *Erbe* gebeten, die Korreferate zu halten. Falls Prof. *Freyer* nicht erreichbar ist oder absagt, werden Dr. *Dehler* und Prof. Dr. *Erbe* beauftragt, die beiden Grundsatzreferate zu halten.[2]

TOP 2: DIE DEUTSCHLANDFRAGE

Dr. Reinhold MAIER weist darauf hin, daß in der Behandlung der Deutschlandfrage während der Sitzung des Bundeshauptausschusses trotz einiger Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen weitgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte.[3] Er bittet Dr. *Mende,* über den neuesten Stand der Entwicklung zu berichten.

2 Fortgang Nr. 61, TOP 2 „Bundesparteitag 1959".
3 Siehe Nr. 58, Anm. 6.

Dr. MENDE erklärt, daß folgende Fragen zur Entscheidung stehen:

a) die Abhaltung einer außenpolitischen Debatte im Bundestag noch vor der Genfer Konferenz[4] oder Verzicht darauf;

b) die Zusammensetzung der deutschen Delegation zur Genfer Konferenz;

c) die Entsendung einiger Beobachter der FDP nach Genf.

Dr. *Mende* berichtet dann über das interfraktionelle Gespräch bei Bundestagspräsident *Gerstenmaier*[5], der den Versuch unternehme, die Reste der Gemeinsamkeit in der Deutschlandfrage über die Fraktionen hinweg zu erhalten. Er berichtet weiter über die NATO-Konferenz in Washington[6], bei der Außenminister *von Brentano* offensichtlich den Boden der Berliner Entschließung[7] verlassen habe. Es bestehe die Gefahr, daß alle positiven Ansätze noch vor der Konferenz in Genf wieder zerstört würden.

Dr. SCHNEIDER wendet sich gegen Äußerungen *de Gaulles* in der Grenzfrage[8] und regt an, einen entsprechenden Antrag im Bundestag einzubringen.[9]

Dr. DEHLER weist darauf hin, daß die außenpolitischen Fronten wieder völlig erstarrt seien und die Bundesregierung ohne konstruktiven Plan nach Genf gehe. Eine außenpolitische Debatte habe nur Sinn als Kampfdebatte gegen die Politik *Adenauers*. Der Plan der FDP sei nach wie vor gut.[10] Es sei eine Schicksalsfrage für die Partei, in der Deutschlandfrage zum Angriff überzugehen.

Dr. ACHENBACH weist darauf hin, daß alles Umdenken in der Außenpolitik nur langsam und mit Schwierigkeiten vor sich gehe. Die FDP habe sich in vielen Punkten durchgesetzt. Jetzt sei zu entscheiden:

---

4 Die Genfer Außenministerkonferenz begann am 11. 5. 1959, AdG 1959, S. 7708 A.

5 Als Themen der Besprechungen zwischen *Gerstenmaier* und den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, die in der letzten Märzwoche stattfanden, nannten Presseberichte die Frage einer außenpolitischen Debatte im Bundestag vor Beginn der Genfer Konferenz, das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten bei der Wahl des Bundespräsidenten, die Einladung des Obersten Sowjet an den Bundestag und das Problem der Entsendung einer Abgeordnetengruppe zur Genfer Konferenz. Artikel „Wieder Gespräche bei Gerstenmaier", in: MANNHEIMER MORGEN vom 3. 4. 1959.

6 Konferenz der Außenminister der drei Westmächte unter Hinzuziehung des Außenministers der Bundesrepublik, Heinrich *von Brentano*, am 31. 3. und 1. 4. 1959. AdG 1959, S. 7637 B.

7 Entschließung des Bundestages betr. Flüchtlingsfragen und Zonenverhältnisse vom 1. 10. 1958, BT STEN. BER., Bd. 42, S. 2427 B (Umdruck 160).

8 In einer Pressekonferenz am 25. 3. 1959 hatte *de Gaulle* gesagt: „Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt." AdG 1959, S. 7628 B.

9 Die Äußerungen *de Gaulles* und anderer französischer Politiker zur Oder-Neiße-Grenze waren ein Thema in der Debatte des Bundestages am 5. 11. 1959. Insbesondere *Ollenhauer* und *Mende* kritisierten dabei *de Gaulles* Äußerungen sowie die ausgebliebenen Proteste aus dem Bundeskanzleramt. BT STEN. BER., Bd. 44, S. 4699 A und S. 4713 C.

10 Deutschlandplan der FDP. Siehe Nr. 57, Anm.19.

a) die Haltung in der Frage der Ostgrenzen. Ausgangspunkt müsse die Formulierung im Deutschlandplan sein[11];
b) daß die Bundesrepublik keinen Friedensvertrag unterzeichnet, in dem nicht Zeitpunkt und Modalitäten für freie Wahlen enthalten sind;
c) die Notwendigkeit von Gesprächen mit Pankow aus einer Position der moralischen Offensive heraus, wobei Gespräche keine Anerkennung bedeuteten;
d) ob die deutsche Delegation für Genf mit einem parlamentarischen Beirat versehen wird.

Mittagspause von 13 bis 14.15 Uhr.

Dr. Reinhold MAIER verliest einen Brief von Dr. *Becker* zu außenpolitischen Fragen.[12]

Dr. MENDE berichtet, daß Dr. Reinhold *Maier* und er in der Mittagspause ein Gespräch mit dem Bundeskanzler hatten, in dem die Vertreter der FDP die Sorgen bezüglich des Deutschlandplanes vorgebracht und um Aufklärung zu einigen Fragen ersucht haben.

Dr. SCHNEIDER warnt davor, daß die Grenzfrage von der FDP aufgegriffen wird. Er schlägt vor festzustellen, daß keine Regierung befugt ist, über das Selbstbestimmungsrecht hinweg Verzichte zu leisten, und Gebietsabtretungen vorher einer Volksabstimmung unterworfen werden müßten.

Dr. UNGEHEUER erläutert die Formel des FDP-Planes „Wiedervereinigung durch Friedensvertrag".

Dr. MENDE stellt fest, daß die Formulierung des Planes in der Grenzfrage nach außen hin durch den entsprechenden Grundsatz des Berliner Programms[13] interpretiert werden müsse.

In der weiteren Diskussion wird der Deutschlandplan der FDP von allen Rednern als gute Grundlage anerkannt. Gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Frage, ob eine außenpolitische Debatte vor der Genfer Konferenz zweckmäßig ist. Der Bundesvorstand faßt sodann einstimmig folgenden Beschluß:

---

11 Hierin hieß es: „Die Grenzen Deutschlands im Osten müssen deshalb so gezogen werden, daß nicht durch eine grobe Verletzung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Vernunft die vom deutschen Volk aufrichtig gewünschte dauerhafte Versöhnung mit seinen Nachbarn im Osten in der Zukunft gefährdet wird." AdG 1959, S. 7614 A, 3.

12 *Beckers* Brief datierte vom 2. 4. 1959. Hierin Ausführungen über Berlin, die „sogenannte Entmilitarisierung Mitteleuropas" und die Wiedervereinigung. Auf Berlin sah *Becker* schwere Zeiten zukommen, „wenn die Verwaltung von den Sowjets in die Hände der DDR gelegt wird". Ein Disengagement in Europa kam für *Becker* nur als Angebot deutscherseits, nur „als Gegenleistung für die Wiedervereinigung" infrage. Die Chancen für eine Wiedervereinigung schätzte *Becker* nicht hoch ein, da von den ehemaligen Siegermächten „niemand die Wiedervereinigung wolle". Von einer außenpolitischen Debatte riet *Becker* abschließend ab, da sie zugunsten *Adenauers* ausfallen würde. ADL, Ordner-Nr. 3164.

13 Siehe Nr. 31 a, Anm. 11.

„Am Vorabend der Genfer Konferenz hält der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei eine einmütige Willensäußerung des Bundestages in der Deutschlandpolitik für erforderlich. Das Parlament ist dafür mitverantwortlich, daß kein Zweifel am politischen Einheitswillen unseres Volkes aufkommt. Ein längeres Schweigen der Volksvertretung würde den Kräften zugute kommen, die sich mit der Teilung Deutschlands abgefunden haben. Der Bundesvorstand der FDP ist ferner der Auffassung, daß gegenüber bedenklichen Ratschlägen westlicher Verbündeter ein klarer deutscher Standpunkt bezogen werden muß. Nachdem der Bundestag mehrfach Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag befürwortet und die Bundesregierung sich in ihrer Note für Friedensverhandlungen ausgesprochen hat[14], ist es befremdlich, daß Generalsekretär *Spaak* bei Abschluß der Washingtoner NATO-Konferenz einen deutschen Friedensvertrag für überflüssig erklärt. Ebenso kann es nicht gebilligt werden, wenn der französische Staatspräsident dem Osten einen Gebietsverzicht auf deutsche Kosten anbietet."[15]

[BERICHT ÜBER SÜDTIROL]

Außerhalb der Tagesordnung berichtet Dr. BUCHER über seine Reise nach Südtirol. Er schlägt folgende Maßnahmen vor:

a) stärkere Wirtschaftshilfe durch die Bundesrepublik (wie gegenüber Süditalien);

b) die Bundesregierung soll aus gesamteuropäischer Verantwortung gegenüber Italien auf Einhaltung des Pariser Abkommens[16] hinweisen;

c) wenn es nicht gelingt, Italien zur Einhaltung dieses Abkommens zu zwingen, soll der Europarat damit befaßt werden.[17]

14 Note der Bundesregierung an die Regierung der UdSSR vom 2. 3. 1959, AdG 1959, S. 7629 B, 1.

15 Veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 27 vom 8. 4. 1959.

16 Das Abkommen datierte vom 5. 9. 1946. AdG 1946/47, S. 861 D.

17 Am 20. 4. 1959 sprach der österreichische Außenminister *Figl* während der Sitzung des Europarates die Südtirolfrage an und löste damit eine Kontroverse aus. AdG 1959, S. 7671 B, 2.

61.

15. 4. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 108. Prot. Flach.[1] Gegenzeichnung Leverenz und Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 15. April 1959 in Bonn, Parlamentarische Gesellschaft." Vorsitz Maier bzw. Leverenz. 13.30 Uhr–18.30 Uhr

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Bezold, Bucher, Daub, Ehrich, Eilers, Haußmann, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Lischewski, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Weyer.

TOP 2: BUNDESPARTEITAG 1959

Dr. Reinhold MAIER gibt bekannt, daß zehn Vorstandsmitglieder in der vergangenen Woche über die Abhaltung des Bundesparteitages[2] beraten[3] und beantragt haben, den Parteitag zu verschieben, weil die außenpolitische Entwicklung gegenwärtig nicht zu übersehen und nach der Präsidentschaftskandidatur *Adenauers*[4] auch die innenpolitische Lage unklar sei.

KOHUT schlägt vor, den Bundesparteitag auf Ende Oktober/Anfang November 1959 zu verlegen; das sei satzungsmäßig möglich. Als Gründe gibt Dr. *Kohut* an:

a) die unübersichtliche außenpolitische Entwicklung;

b) die neue innenpolitische Lage mit dem Abtreten *Adenauers* als Bundeskanzler;

c) die parteiinterne Situation in bezug auf den neuen Bundesvorsitzenden.[5]

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß er sich sofort gegen eine Verschiebung ausgesprochen hätte, wenn bekannt geworden wäre, daß die parteiinternen Wah-

---

1 *Flach* hat das Protokoll nicht gezeichnet. Der Stil des Protokolls und der Nachweis der Anwesenheit von *Flach* durch das Teilnehmerverzeichnis lassen jedoch darauf schließen, daß *Flach* das Protokoll erstellt hat.

2 Als Termin vorgesehen war der Zeitraum vom 21.–23. 5. 1959. Siehe Nr. 59, TOP 2 „Bundesparteitag 1959".

3 Diese Besprechung hatte am 9. 4. 1959 stattgefunden. Als Teilnehmer nannte *Weyer* in der Bundesvorstandssitzung am 15. 4. 1959 *Maier, Mende, Kohut,* Marie-Elisabeth *Lüders, Achenbach, Mischnick, Eilers, Bucher* und *Lenz.* Handschriftliche Mitschrift *Haußmanns,* HStASt, QI/22, Bü 806 (NL Haußmann).

4 *Adenauer* war am 7. 4. 1959 von der CDU zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden. W. WAGNER, 1972, S. 31 ff.

5 In einer Beratung der Landesvorsitzenden, die im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung vom 6. 4. 1959 (Nr. 60) stattgefunden hatte (Eintragung im Terminkalender *Haußmanns,* HStASt, Q I/22, Bü 1040 – NL Haußmann), hatten sich diese darauf geeinigt, dem Parteitag die Wiederwahl *Maiers* zum Bundesvorsitzenden zu empfehlen. Daran war allerdings die Zusicherung *Maiers* gebunden, auf dem Bundesparteitag von 1960 auf eine erneute Kandidatur zu verzichten und *Mende* als seinen Nachfolger vorzuschlagen. Jörg Michael GUTSCHER, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Königstein i. T., 1984, S. 208.

len dabei auch eine Rolle spielen. Er wendet sich grundsätzlich gegen eine Überschreitung der in der Satzung festgelegten Termine.

WEYER stellt fest, daß für die Antragstellung anscheinend allein die parteiinterne Lage ausschlaggebend war. Er weist darauf hin, daß der Landesvorstand NRW gegen eine Vertagung ist und sich für die Einhaltung des Abkommens der Landesvorsitzenden in Fragen des Parteivorsitzes einsetzt.[6] Es sei allerdings notwendig, dieses Abkommen schriftlich festzulegen.

Dr. Reinhold MAIER berichtet über sein Gespräch mit Dr. *Mende* und teilt mit, daß er folgenden Vorschlag den Herren Dr. *Haußmann* und *Weyer* gemacht habe:

a) Wiederwahl nach dem Übereinkommen der Landesvorsitzenden;

b) bei Wiederaufstellung als Direktkandidat in seinem Landtagswahlkreis natürlicher Übergang der Führung der Geschäfte auf Dr. Erich *Mende;*

c) Zusammenlegung von Drei-Königs-Treffen und Bundesparteitag 1960 in Stuttgart und Wahl Dr. Erich *Mendes* zum Bundesvorsitzenden.[7]

Dr. Reinhold *Maier* übergibt den Vorsitz an Dr. *Kohut.*

Dr. SCHNEIDER spricht sich aus allen drei genannten Gründen für eine Verschiebung des Bundesparteitages auf Herbst aus.

Dr. EHRICH, LISCHEWSKI, Dr. HAUSSMANN und Dr. ACHENBACH sprechen sich gegen eine Verschiebung aus, wobei Dr. *Achenbach* vorschlägt, den Berliner Parteitag als „Parteitag der vaterländischen Verantwortung" zu bezeichnen. Er weist darauf hin, daß Baden-Württemberg das Abkommen der Landesvorsitzenden einhalten müsse.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß er der Bürge für die Einhaltung des Abkommens sei, falls man Baden-Württemberg als den Hauptschuldner bezeichnen wolle.

Dr. HAUSSMANN schlägt vor, *Bezold* als Vorsitzenden des Satzungsausschusses um ein Gutachten über die Möglichkeit der Verschiebung zu bitten.

---

6 Die handschriftliche Mitschrift *Haußmanns* (Anm. 3) enthält zu den Äußerungen *Weyers* folgende Stichworte: „Außenpolitik – Bundesrepublik – parteiinterne Situation. Glaubwürdigkeit – Gesetz des Handelns. R[einhold] *M[aier]* Berlin – noch einmal. Abkommen einstimmig. Willen – Versuch, Abkommen durchzusetzen. [. . .] – nicht einseitige Vorleistung W. *Haußmanns.* Leistung und Gegenleistung."

7 Eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erfolgte am 24. 4. 1959. Sie enthielt folgende sechs Punkte: „1. Der Bundesparteitag wird nicht verschoben, sondern findet im Mai in Berlin statt. 2. Die beiden Landesverbände sind entschlossen, für die Wahl von Dr. *Maier* zum Bundesvorsitzenden einzutreten. 3. Nach erfolgter Wahl wird Dr. *Maier* die Überführung der praktischen Leitung des Bundesvorstandes auf Dr. *Mende* behutsam vorbereiten. 4. Dr. *Maier* wird bei geeigneter Gelegenheit die Absicht bekanntgeben, Dr. *Mende* als seinen Nachfolger im Bundesvorsitz zu empfehlen. 5. Anläßlich des Dreikönigstreffens 1960 soll der ordentliche Bundesparteitag in Stuttgart stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird der Übergang vollzogen. 6. Über die Lösung dieser Frage des Parteivorsitzes hinaus vereinbaren die beiden Landesverbände, in allen Fragen aufs engste zusammenzuarbeiten und vor allem nach außen hin keinerlei Unstimmigkeiten zum Ausdruck zu bringen." HStASt, Q I/22, Bü 716 (NL Haußmann).

WEYER stimmt gegen die formelle Behandlung der Angelegenheit; der Antrag Dr. *Haußmanns* wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprechen sich Dr. Reinhold MAIER, DAUB, Dr. LEUZE, Dr. ILK und Dr. VON NOTTBECK noch einmal gegen eine Verschiebung des Bundesparteitages aus. Dr. LÜDERS und RADEMACHER sind für eine Verschiebung. Auf Antrag von Dr. *Mende* wird abgestimmt. Der Vorstand spricht sich mit 13 gegen 7 bei 2 Stimmenthaltungen gegen eine Verschiebung des Bundesparteitages aus. (Dr. *Achenbach,* der die Sitzung vorher verlassen mußte, hatte zu Protokoll gegeben, daß er ebenfalls gegen eine Verschiebung stimmt.)

Der Vorstand diskutiert dann die Frage, ob das vorgesehene Treffen der Landesvorsitzenden am 10. Mai 1959 stattfinden soll. Auf Ersuchen von Dr. Reinhold *Maier* gibt Dr. *Kohut* den Vorsitz an Dr. *Leverenz* ab.

Nach einer grundsätzlichen Aussprache über das Führungsrecht des Bundesvorstandes und die demokratische Legitimation der Delegierten bei Vorstandswahlen wird beschlossen, kein gesondertes Treffen der Landesvorsitzenden mehr abzuhalten, sondern den Bundesvorstand für den 10. Mai 1959 einzuberufen.

Auf Antrag von *Rubin* wird beschlossen, auf dieser Sitzung die finanzielle Lage der Partei und die Vorbereitung des Bundesparteitages zu erörtern.

Auf Antrag von Dr. *Schneider* beschließt der Bundesvorstand, den Bundesparteitag um einen halben Tag vorzuverlegen. Der Parteitag soll am Donnerstag, dem 21. 5. um 10.00 Uhr, mit den Referaten von Dr. Reinhold *Maier* und Dr. *Mende* beginnen. Am Nachmittag soll eine allgemeine politische Aussprache stattfinden. Die Regularien werden auf Freitagvormittag vorverlegt. Die Sitzung des Bundesvorstandes findet bereits am Mittwochabend statt. Im übrigen bleibt es bei der bereits festgelegten Tagesordnung vom 6. April 1959.[8]

Nach einer kurzen Diskussion über die Lage nach der Präsidentschaftskandidatur *Adenauers* wird die Sitzung mit der Herausgabe eines Kommuniqués geschlossen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat am 15. April 1959 in Bonn getagt, um die innenpolitische Lage zu erörtern und den Bundesparteitag 1959, der – wie vorgesehen – vom 21. bis 23. Mai in Berlin stattfindet, vorzubereiten. Auf dem Parteitag werden der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Reinhold *Maier,* und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dr. Erich *Mende,* die politischen Referate halten. Über Grundsatzfragen des Liberalismus in der heutigen Zeit werden Dr. Thomas *Dehler* und Professor Dr. Walter *Erbe* sprechen."[9]

---

8 Siehe Nr. 60, TOP 1 „Vorbereitung des Bundesparteitages".

9 Das Kommuniqué wurde nicht in der fdk veröffentlicht. Hinweis hierauf aber in dem Artikel „FDP bleibt beim Termin" in: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. 4. 1959. Zum Verlauf der Vorstandssitzung hieß es in dem Artikel weiter: „Als Grund für eine Vertagung [des Parteitages] wurde in der Aussprache des Vorstandes auch angeführt, daß angesichts der Präsidentschaftskandidatur *Adenauers* und der bevorstehenden internationalen Konferenzen über die deutsche

62.

10. 5. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 10. Mai 1959 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz Mende. 11.30 Uhr–16.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Borttscheller, Daub, Dehler, Döring, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Köhler, Kohut, Leuze, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck, Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Weyer.

Dr. MENDE eröffnet und überbringt die Grüße des verhinderten Parteivorsitzenden.

TOP 1: ERGEBNISSE DER LANDTAGSWAHLEN IN NIEDERSACHSEN UND RHEINLAND-PFALZ

GRAAFF berichtet über die Regierungsbildung in Niedersachsen.[1] Die geplante Koalition mit der CDU war nicht möglich, nachdem die CDU nicht bereit war, feste Zusagen in Hinsicht auf das Regierungsprogramm (Schul- und Wahlgesetz) und im Hinblick auf die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages und die Vertretung der FDP in den Ausschüssen zu machen. Nach Ansicht der CDU sollten auftretende Meinungsverschiedenheiten im Kabinett behandelt werden. Wenn keine Einigung erzielt wird, sei die Koalitionsfrage neu gestellt. Nachdem *Hellwege* gegen eine Koalition mit der FDP aufgetreten sei und aus diesem Grunde auch mit *Kopf* verhandelt habe, und nachdem Dr. *Fricke* schließlich ein Ultimatum gestellt habe, die CDU würde eine große Koalition eingehen, wenn die kleinen Parteien sich nicht auf ihre Bedingungen einigen, habe der Landesvorstand gegen zwei Stimmen beschlossen, mit der SPD zu verhandeln. Mit *Kopf* sei schließlich eine faire Koalitionsvereinbarung zustande gekommen, die die Wünsche der FDP in materieller und geschäftsordnungsmäßiger Hinsicht erfülle.[2] Die Verhandlungen seien unter Konsultation des Bundesvorsitzenden erfolgt.

Frage ein Parteitag im Mai durch möglicherweise leidenschaftliche Diskussionen einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt sein könnte. Die Mehrheit des Vorstandes war jedoch der Meinung, daß man einer Diskussion beispielsweise über die Fragen eines Wiedereintritts der FDP in eine Koalition mit der CDU/CSU nicht ausweichen könne. Man will selbst in Kauf nehmen, daß auf dem Parteitag von den Landesverbänden hierzu Anträge gestellt werden."

1 Das Landtagswahlergebnis vom 19. 4. 1959 in Niedersachsen: SPD 39,5 % (65 Mandate); CDU 30,8 % (51); DP 12,4 % (20); BHE/GB/GDP 8,3 % (13); FDP 5,2 % (8). G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 140.

2 Zu den Koalitionsverhandlungen, die am 28. 4. 1959 zu einer Vereinbarung zwischen SPD, BHE und FDP über eine Regierungsbildung führten, H. BEYER/K. MÜLLER, 1988, S. 632 f. Die FDP übernahm zwei Ministerämter: *Graaff* wurde Wirtschafts- und *von Nottbeck* Justizminister.

Dr. MENDE stellt fest, daß nach der Bundessatzung der Landesverband nur verpflichtet ist, sich mit dem Bundesvorstand ins Benehmen zu setzen. Das sei erfolgt. Vorwürfe gebe es nicht wegen der gegenwärtigen Koalition, sondern wegen der vorherigen Festlegung des Landesverbandes auf eine bürgerliche Koalition.

GRAAFF und VON NOTTBECK stellen fest, daß keine unabdingbare Festlegung erfolgt sei. Es sei lediglich erklärt worden, daß eine bürgerliche Koalition anzustreben sei; nach der von der CDU vorgelegten Unterwerfungsklausel sei das jedoch nicht möglich gewesen.

In der nachfolgenden Diskussion besteht Einigkeit darüber, daß

a) vorherige Festlegungen auf bestimmte Koalitionen grundsätzlich zu vermeiden sind und
b) eine Stärkung der Bundespartei in ihrem Einfluß auf die Entscheidung der Landesverbände anzustreben ist.

Dr. BORTTSCHELLER weist nachdrücklich auf die am 11. Oktober 1959 stattfindenden Bürgerschaftswahlen hin und appelliert an den Bundesvorstand, die gesamte Kraft der Bundespartei auf diese Wahlen zu konzentrieren.

GLAHN berichtet über das Ergebnis der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz.[3] Die Lage sei gekennzeichnet durch die Erklärung der CDU, nicht mit der SPD zu koalieren, aber doch die Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Da eine Erhöhung der Ministerstellen nicht beabsichtigt sei, werde man sich in bezug auf die Beteiligung der FDP voraussichtlich auf den Finanzminister und den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium einigen.[4] Die FDP werde vor allem auf die Einhaltung ihrer sachlichen Forderungen[5] und die Erhaltung des konfessionellen Friedens im Lande Wert legen.

Der Bundesvorstand stellt fest, daß die Bedingungen des § 9 der Satzung nach den Berichten der Landesvorsitzenden von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz erfüllt sind.

[VERSCHIEDENES]

Außerhalb der Tagesordnung gibt Dr. MENDE einen kurzen Bericht über die politische Situation am Vorabend der Genfer Konferenz.[6]

---

3 Das Landtagswahlergebnis vom 19. 4. 1959 in Rheinland-Pfalz: CDU 48,4 % (52 Mandate); SPD 34,9 % (37); FDP 9,7 % (10); DRP 5,1 % (1). G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1987, S. 144.

4 In der neuen Landesregierung, die CDU und FDP am 19. 5. 1959 bildeten, übernahm Fritz *Glahn* das Ministerium für Finanzen und Wiederaufbau. A. C. STORBECK, 1970, S. 276. Staatssekretär im Wirtschaftsministerium wurde auf Vorschlag der FDP Ferry *von Berghes*. Artikel „Das Kabinett Altmeiers ist vollzählig", in: RHEIN-ZEITUNG, Koblenz, vom 16. 5. 1959.

5 Der handschriftlichen Mitschrift *Haußmanns* über die Sitzung zufolge nannte *Glahn* folgende Punkte: „1. Freie Hand in Neugliederung (Volksbegehren), 2. Verwaltungsvereinfachung, 3. Erhaltung des konfessionellen Friedens, 4. Personalpolitik Verwaltungsbehörden." HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann).

6 Der Beginn der Genfer Außenministerkonferenz war auf den 11. 5. 1959 angesetzt. Für die FDP reiste am 11. 5. 1959 eine Beobachterdelegation (*Mende, Dehler, Achenbach, Döring* und *Ungeheuer*) nach Genf. E. MENDE, 1984, S. 581 f. Aus der Mitschrift *Haußmanns* (Anm. 5) ergibt sich, daß *Mende* in seinen Ausführungen auf die vorbereitenden Fühlungnahmen dieser

Der Bundesvorstand beschließt, des 60-jährigen Geburtstages von *Pfleiderer* in einem Telegramm an dessen Schwester zu gedenken.[7]

TOP 2: BUNDESPARTEITAG 1959

Der Bundesvorstand diskutiert über den Antrag des Landesverbandes Saar in der Frage der Ostgrenzen.[8] Er beschließt, Dr. *Becker* zu bitten, einen Abänderungsantrag des Bundesvorstandes zu formulieren, der dem Landesverband Saar zugeleitet werden und in der Bundesvorstandssitzung am 20. Mai behandelt werden soll.[9]

Der Bundesvorstand beschließt einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen, dem Bundesparteitag die Annahme des Antrages des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen[10] in der Fassung des Abänderungsantrages des Landesverban-

---

Delegation mit den anderen Fraktionen des Bundestages und mit Außenminister *von Brentano* einging und die Parteifreunde um Zurückhaltung bei Äußerungen zur Genfer Konferenz ermahnte, damit die Position der Bundesregierung nicht durch vorzeitige Kritik aus der Opposition erschwert werde.

7 Abgedruckt am Ende des Dokumentes.

8 Er lautete wie folgt: „Die FDP bekräftigt erneut ihren Standpunkt, daß das Ziel der deutschen Wiedervereinigung der friedliche Zusammenschluß aller deutschen Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten, in einem gemeinsamen Vaterland sein muß. Die FDP erkennt einer deutschen Regierung nicht das Recht zu, auf Teile des Deutschen Reiches zu verzichten. Sie wird sich an einer Regierung, welche diesen Grundsätzen zuwider handeln will, nicht beteiligen. Sollte bei etwaigen Friedensverhandlungen ein Verzicht auf deutsches Land unabdingbar gefordert werden, so ist vor der Unterzeichnung eine besondere Volksbefragung über den geforderten Gebietsverzicht durchzuführen. Darüber hinaus erkennt die FDP allen Vertriebenen, die nach dem letzten Weltkrieg ihren Wohnort verlassen mußten, das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung ohne Einschränkung zu." ADL, A 1-145. Der Antrag des LV Saar löste eine heftige Diskussion aus, die die Mitschrift *Haußmanns* (Anm. 5) wie folgt festhält: „*Schneider:* Grenzprobleme Farbe bekennen. Trend zum nationalen Bekenntnis. Nationale Frage. *Dehler:* Problem der Grenzen – 17. Mai CDU – mehr als an Grenzen – falsch auf Parteitag – nicht herausstellen d[er] Fragen. *Achenbach:* keine Meinungsverschiedenheit. Nationale Interessen ansprechen. Stimmen – Beifall. Deutscher Sache keinen Dienst geleistet. Grenzforderungen mit Sicherungen dauerhaften Friedens. Vorbereitung moralischer Situation auch westliche Welt. Ausgangslage durch FDP-Fraktion. Forderung der Einigung der anderen. *Schneider:* 100 %ig alles erreichen [?]. In FDP freiwillig darauf verzichtet. *Mischnick: Zoglmanns* Warnung vor Grenzen von 1937. *Glahn:* Warum nicht zeigen nationales Programm? Frau *Ilk:* Recht, Heimatrecht stärker formulieren. Dr. *Haas:* Wenn Antrag *Schneider*, Vermutung, kein Delegierter dagegen – operative Möglichkeiten. Dr. *Schneider:* Völkerrechtliche Abkommen 3. Reich wirksam. Gretchenfrage an FDP: Gesicht verlieren. Wer es vorhat, mag das Volk fragen. Nicht wichtig Ausschüsse – Schwarzer Peter. *Borttscheller:* Ganz scharfe Unterscheidung gegen CDU, SPD. Wirklich auf Nägeln brennt. *Leuze:* Abfangen durch [?] *Schneider.* – UTU [?] – nationaler Strömungen – Nicht verhindern nationaler, sondern nationalistischer Reaktion auf Genf. Keine Rücksicht von CDU wird gegen FDP. Höchst negativer Dauererfolg – keine neuen Spannungen [?]. Weltfrieden gefährden. FDP-Plan klüger als Saarantrag. Max *Becker:* Erfahrungen in internationalen Gremien. *Schneider:* FDP."

9 Siehe Nr. 63, TOP „Bundesparteitag".

10 Änderung von § 27 (Amtsführung) der Parteisatzung wie folgt: „Die Amtsdauer der vom Bundesparteitag gewählten Parteiorgane gilt jeweils für den Zeitraum von zwei Jahren, in jedem

des Hamburg[11] zu empfehlen, daß der Bundesvorstand künftig alle zwei Jahre gewählt wird, während weiterhin jährlich ein Ordentlicher Bundesparteitag stattfinden soll.

TOP 3: FINANZLAGE

Herr RUBIN berichtet, daß im Organisationsausschuß eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten mit dem Landesverband Baden-Württemberg[12] erfolgt sei. Er stellt fest, daß

a) sich in der Finanzlage der Bundespartei nach dem 27. 2. [1959] wenig geändert hat[13], die Lage der Bundespartei noch sehr angespannt ist und auch in den Landesverbänden eine ungünstige Entwicklung zu verzeichnen war;

b) demnächst darüber entschieden werden muß, ob der Finanzausgleich vorerst noch Gültigkeit behalten soll oder aufgehoben bzw. ausgesetzt wird. Die Finanzlage wäre besser, wenn die Landesverbände ihren Verpflichtungen gegenüber der Bundespartei nachkommen könnten.

Dr. HAUSSMANN bestätigt die Klärung innerhalb des Organisationsausschusses.[14]

[WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN]

Außerhalb der Tagesordnung befaßt sich der Bundesvorstand schließlich noch mit der Bundesversammlung. MISCHNICK und WEYER schlagen vor, Dr. Max *Becker* als eigenen Kandidaten der FDP aufzustellen und mit dem BHE darüber zu verhandeln.[15] Dr. HAUSSMANN stellt fest, daß diese Frage eine Angelegenheit der Fraktion in der Bundesversammlung sei. Der Bundesvorstand be-

---

Fall jedoch bis zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag. Abs. 2 des § 27 bleibt unverändert. Als Folge erhält Satz 1 des § 12 (Art und Einberufung des Bundesparteitages) den Wortlaut: Ein ordentlicher Bundesparteitag findet alle zwei Jahre statt." ADL, A 1-145.

11 Er lautete: „Die Worte ‚zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag' sind durch die Worte ‚zu dem dem Ablauf der Amtsdauer folgenden ordentlichen Bundesparteitag' zu ersetzen. Die vorgesehene Änderung des § 12 Satz 1 entfällt." Ebd.

12 Siehe Nr. 58 mit Anm. 13.

13 Hierzu ebd., TOP 2 „Finanzlage der Partei".

14 Hierzu heißt es im Protokoll der Sitzung des Organisationsausschusses am 10. 5. 1959 (9.45 Uhr–11.20 Uhr): „a) Der Landesverband Baden-Württemberg rechnet zum 31. 12. 1958 ab. b) Zur Regelung der Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit erfolgt eine Besprechung zwischen Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer und Landesvorsitzenden, Landesschatzmeister und Landesgeschäftsführer von Baden-Württemberg, bei der die Frage einer á-conto-Zahlung des Landesverbandes an die Bundespartei geprüft wird. c) Die Meinungsverschiedenheiten in Finanzfragen werden auf der nachfolgenden Bundesvorstandssitzung und auf dem Bundesparteitag in Berlin nicht angeschnitten. d) Auf einer späteren Sitzung der Landesschatzmeister und Landesgeschäftsführer werden Vorschläge für ein neues Finanzsystem ausgearbeitet, nachdem der Finanzausgleich in der gegenwärtigen Form nicht mehr funktioniert." ADL, Ordner-Nr. 66.

15 Der BHE stimmte der Kandidatur *Beckers* zu. Hierzu, zu den Überlegungen der FDP, die zur Nominierung *Beckers* führten, sowie zu deren Auswirkungen W. WAGNER, 1972, S. 57 f.

schließt, die Bundestagsfraktion und die Landesverbände zu bitten, die Frage zu prüfen, ob Dr. Max *Becker* gebeten werden soll, sich als Kandidat der FDP für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen.

[KOMMUNIQUÉ DER SITZUNG]

Der Bundesvorstand beschließt, nachfolgendes Kommuniqué über seine Sitzung zu veröffentlichen:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat sich am 10. Mai in Bonn unter Vorsitz des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Dr. Erich *Mende*, mit der politischen Lage am Vorabend der Genfer Konferenz und der Vorbereitung des Berliner Bundesparteitages befaßt.

Der Bundesvorstand hat die Bemühungen der FDP-Bundestagsfraktion begrüßt, eine einmütige Willenserklärung des Deutschen Bundestages zur deutschen Wiedervereinigung herbeizuführen.[16] Er bedauert, daß eine Gemeinsamkeit der deutschen Parteien am Vorabend der Genfer Konferenz nicht zu erzielen war.

Der Bundesvorstand hat dem Bundespräsidenten seine herzlichsten Genesungswünsche übermittelt.[17]

Der Bundesvorstand hat der Schwester des verstorbenen FDP-Bundestagsabgeordneten Karl Georg *Pfleiderer* das folgende Telegramm übersandt:

‚Sehr geehrte gnädige Frau!

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei gedenkt heute am 60. Geburtstag seines verstorbenen Parteifreundes Karl Georg *Pfleiderer*.

Am Vorabend der Genfer Außenministerkonferenz sind jene Gedanken und Pläne Gegenstand der allgemeinen internationalen Erörterungen, die der Bundestagsabgeordnete Karl Georg *Pfleiderer* vor sieben Jahren der deutschen Öffentlichkeit in dem *Pfleiderer*-Plan unterbreitet hatte.[18] Der frühe Tod Ihres Herrn Bruders auf dem Posten des Botschafters in Belgrad hat leider verhindert, daß Karl Georg *Pfleiderer* die Erfüllung seiner Bemühungen in der Deutschlandfrage noch erlebt hat.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten halten es daher für ihre Pflicht, das Vermächtnis Karl Georg *Pfleiderers* politisch weiterzutragen.‘“[19]

16 Hierzu die Erklärung der FDP vom 5. 5. 1959, AdG 1959, S. 7696 A, 3.

17 *Heuss* war am 30. 4. 1959 in die Medizinische Klinik in Bonn eingeliefert worden. Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. und eingel. von Eberhard Pikart, Tübingen-Stuttgart 1970, S. 429 ff.

18 FDP-Bundesvorstand 1949–1954, 1990, S. LXXVI.

19 Das Kommuniqué wurde nach der Sitzung veröffentlicht, in die auf die Sitzung folgende Nummer der fdk aber nicht aufgenommen.

63.

20. 5.1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 20. Mai 1959 in Berlin, Hotel Kempinski, Kurfürstendamm, Konferenzzimmer." Vorsitz Maier. 19.00 Uhr–24.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Gentner, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Maier, Mende, Mischnick, von Nottbeck, Rademacher, Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Schwertner, Ungeheuer, Weyer, Will.

[VERHANDLUNGEN MIT DEM BEZIRKSVORSTAND HANNOVER]

Dr. Reinhold MAIER eröffnet die Sitzung und schlägt vor, eine Kommission des Bundesvorstandes zur Verhandlung mit Vertretern des Bezirksverbandes Hannover zu bilden, die darum ersucht haben. Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, diese Kommission unter Vorsitz von Dr. *Leverenz* aus den Herren *Eilers,* Dr. *Bucher* und *Hoppe* zu bilden.[1]

[BUNDESPARTEITAG]

FLACH bittet um Entscheidung, ob Begrüßungsansprachen an dem Bundesparteitag erwünscht sind. Es würden Ersuchen einiger Kriegsopferverbände, des Sowjetzonen-Flüchtlingsverbandes und der DAG vorliegen. Der Bundesvorstand beschließt nach kurzer Diskussion, Begrüßungsansprachen in begrenzter Zahl auf ausdrücklichen Wunsch der entsprechenden Vertreter zuzulassen.[2]

Dr. UNGEHEUER legt dem Bundesvorstand seinen Entwurf für „Die Berliner Erklärung der Freien Demokraten" vor.[3] Nach kurzer Diskussion stellt der Bundesvorstand fest, daß der Entwurf in der vorgelegten Fassung nicht seiner Auffassung entspricht und bildet eine kleine Redaktionskommission, die bis Freitag abend einen neuen Entwurf ausarbeiten soll. Der Bundesvorstand will

---

1 Nicht ermittelt.

2 Laut Parteitagsprotokoll hielten *Schröder* (Beauftragter des Hauptvorstandes der DAG), *Hammel* (Vorsitzender des Verbandes der Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner im Auftrag des Präsidiums der VdK) und *Steltzner* (Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge) Begrüßungsansprachen. ADL, A 1-148, S. 11–19.

3 Hierin die Erklärung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland „sich aus freien Stücken im Friedensvertrag eine bündnispolitische und militärische Selbstbeschränkung" auferlegen werde. Ablehnung einer Konföderation und eines Gesamtdeutschen Rates, denn das Deutsche Volk könne „als Souverän der demokratischen Ordnung in einem freien Volksentscheid sein Ja unmittelbar sprechen". Die „staatlichen Organe in beiden Teilen Deutschlands und ihre Vertretungen in Genf" werden aufgefordert, sich „über den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung" zu verständigen, „sobald die Mächte die Hindernisse, die diesen Weg noch sperren, ausgeräumt haben". ADL, A 1-145.

sich am Freitag abend noch einmal mit der Berliner Erklärung befassen.[4] Die Kommission wird aus den Herren Dr. *Becker*, Dr. *Dehler*, Dr. *Achenbach*, Dr. *Leverenz*, *Schwertner* und Dr. *Ungeheuer* gebildet.

Der Bundesvorstand befaßt sich dann mit dem Antrag Saar betreffs Ostgrenze.[5] SCHWERTNER stellt fest, daß der Alternativentwurf Dr. *Beckers*[6] die Zustimmung des Landesverbandes Saar finden kann, wenn einige redaktionelle Änderungen vorgenommen werden. Der Bundesvorstand beauftragt Dr. *Bekker*, Dr. *Schneider* und *Schwertner*, diese redaktionellen Änderungen vorzunehmen.[7]

Der Bundesvorstand beauftragt die Herren *Eilers*, *Mischnick* und *Scheel*, die vorliegenden innenpolitischen Entschließungen durchzuarbeiten und dem Bundesvorstand bis Freitag abend Bericht zu erstatten.[8]

[WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN]

Dr. MENDE stellt fest, daß der Bundesparteitag sich auch mit der bevorstehenden Bundespräsidentenwahl befassen muß. Er schlägt vor, daß der Bundesparteitag Dr. Max *Becker* als eigenen Kandidaten der FDP aufstellt.[9]

Dr. Reinhold MAIER schlägt vor, daß der Parteitag dieser Frage ausweichen soll, da die Frage der Bundespräsidentenwahl Sache der 85 Wahlmänner der FDP in der Bundesversammlung sei.

DÖRING erklärt, daß es sich ja nur um eine Empfehlung des Bundesparteitages an die Bundesversammlung handeln könnte,

und Dr. ACHENBACH schlägt vor, die Aufstellung Dr. Max *Beckers* für den 1. Wahlgang zu empfehlen.

Dr. MENDE verliest einen Brief Dr. *Beckers*, in dem dieser sich bereit erklärt, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren (wenn die sichere Aussicht

---

4 Siehe Nr. 64, TOP „Berliner Erklärung".

5 Siehe Nr. 62, Anm. 8.

6 Sein Wortlaut: „Die FDP bekräftigt ihren Standpunkt, daß die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den deutschen Ostgebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ihr oberstes Ziel ist. Die FDP fordert deshalb eine deutsche Außenpolitik, die sich zu den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung, der freiheitlichen Menschenrechte und des Rechts auf Heimat bekennt. Die FDP bestreitet demgemäß jeder Regierung, die nur einen Teil Deutschlands vertritt, das Recht, auf Teile des Deutschen Reiches zu verzichten. Ein Friedensvertrag kann nur mit einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland abgeschlossen werden; sollte er einen Verzicht auf deutsches Land je zum Inhalt haben, so ist mit seiner Ratifikation eine besondere Volksbefragung über diesen Gebietsverzicht durchzuführen. Darüber hinaus erkennt die FDP allen Vertriebenen das Heimatrecht zu, das Teil des Völkerrechts werden muß. Das Heimatrecht besteht in dem Recht für jeden Menschen, im Lande seiner Geburt oder seines langjährigen Aufenthalts zu gleichen Rechten mit den Bürgern dieses Landes sich aufzuhalten, Wohnsitz zu nehmen, sich niederzulassen und tätig zu werden." ADL, A 1-145.

7 Der Entschließungsantrag wurde am 22. 5. 1959 durch *Schwertner* zurückgezogen. Siehe Nr. 64 mit Anm. 6 und 7.

8 Siehe ebd., TOP „Bundesparteitag – innenpolitische Entschließungen".

9 Siehe Nr. 62, TOP „Wahl des Bundespräsidenten".

besteht), wenn der Bundesvorstand das als nützlich für die Partei ansieht und sichergestellt ist, daß die große Mehrheit der FDP-Delegierten ihn wählt.[10]

Dr. Reinhold MAIER schlägt nochmals vor, die Partei nicht festzulegen. Er weist darauf hin, daß die in den Landesregierungen mit der CDU befindlichen Landesverbände möglicherweise mit ihren Koalitionspartnern bereits über die Bundespräsidentenwahl gesprochen haben.

Dr. LEVERENZ stellt fest, daß bisher kein Landesverband offiziell wegen der Bundespräsidentenwahl angesprochen worden ist. Eine Rundfrage bei allen Landesvorsitzenden ergibt, daß sich alle Landesvorstände für eine Wahl Dr. *Beckers* stark machen würden, wenn dieser aufgestellt wird.

Dr. Reinhold MAIER bittet, in dieser ernsten Frage die Entwicklung noch abzuwarten.

LENZ stellt fest, daß die Aufstellung Dr. Max *Beckers* der notwendigen Geschlossenheit der FDP dienen würde, aber kein Werk politischer Entscheidung, sondern im Grunde genommen ein Verzicht auf Politik in dieser Frage sei.

Dr. KOHUT stellt den Antrag, der Bundesvorstand möge den Bundesparteitag ersuchen, der FDP-Fraktion in der Bundesversammlung zu empfehlen, Dr. Max *Becker* als eigenen Kandidaten aufzustellen.

Der Bundesvorstand beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung dem Bundesparteitag vorzuschlagen, der Fraktion der Bundesversammlung die Wahl Dr. Max *Beckers* zu empfehlen.

Dr. LEVERENZ teilt Dr. Max *Becker* mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, ihn zu bitten, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren.

Dr. Max BECKER dankt für die Ehre, die ihm durch diesen Beschluß zuteil geworden sei. Die Kandidatur sei keineswegs nur eine angenehme Sache. Das letzte Wort liegt bei der Fraktion der Bundesversammlung. Er sei bereit zu kandidieren, da er fest davon überzeugt sei, damit der Sache der FDP zu dienen.

Dr. Reinhold MAIER erklärt, daß er selbst in seiner Rede dem Bundesparteitag von dem Beschluß des Bundesvorstandes Kenntnis geben wird.[11]

---

10 Diesen Brief nicht ermittelt. In diesem Zusammenhang aber auch das Schreiben von *Becker* an *Mende* vom 11. 5. 1959 mit folgendem Text: „Nach nochmaligen Überlegungen möchte ich meine bedingt gegebene Zusage für den 1. 7. doch dahin einschränken, daß ich bitte, den Gedanken im Augenblick noch nicht weiter zu verfolgen. Ich muß mir mit hiesigen Bekannten noch überlegen, wie ein möglicherweise ziffernmäßig unerfreulicher Ausgang mich und meine Stellung hier, auch beruflich, berühren könnte." ADL, N 11-7 (NL Becker).

11 In seine Rede vor dem Parteitag am 21. 5. 1959 flocht *Maier* den im Manuskript noch nicht enthaltenen Satz ein: „Der Bundesvorstand hat gestern abend beschlossen, dem Bundesparteitag vorzuschlagen, er möge den FDP-Wahlmännern empfehlen, bei der Wahl des Bundespräsidenten ihre Stimmen geschlossen unserem Freund Bundestagsabgeordneten Dr. Max *Becker*, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zu geben." Das Parteitagsprotokoll vermerkt im Anschluß hieran: „anhaltender starker Beifall." ADL, A 1-148, S. 23.

64.

22. 5.1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 22. Mai 1959 in Berlin, Schultheiss, Kurfürstendamm, Berliner Zimmer." Vorsitz Maier. 20.00 Uhr–23.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Erbe, Gentner, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, [Hoppe], Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rubin, Hans Schäfer, Scheel, Heinrich Schneider, Schwertner, Ungeheuer, Weyer, Will.

Dr. Reinhold MAIER eröffnet die Sitzung und stellt die Konstituierung des am 22. 5. neu gewählten Bundesvorstandes fest.[1] Er würdigt die Verdienste der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder *von Nottbeck* und *Rademacher* und begrüßt Prof. *Erbe* und *Schäfer* als neue Mitglieder des Bundesvorstandes.

Auf Vorschlag von Dr. *Maier* und Dr. *Mende* beschließt der Bundesvorstand, ein Telegramm an den Bundespräsidenten zu senden, in dem der 10. Bundesparteitag des 1. Bundesparteitages gedenkt, an dem Prof. *Heuss* zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt wurde.[2]

[BERLINER ERKLÄRUNG]

Zur „Berliner Erklärung" liegen zwei Entwürfe vor. Einer wurde von Dr. *Achenbach* und einer von Herrn *Schwertner* formuliert.[3]

---

1 Als Bundesvorsitzender war *Maier* (161 von 202 Stimmen) ebenso bestätigt worden wie *Mende* (194 von 211), *Kohut* (124 von 201) und *Leverenz* (164 von 208) als Stellvertreter und *Rubin* (167 von 214) als Schatzmeister. Als Beisitzer wurden gewählt (in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl: Max *Becker*, Ernst *Achenbach*, Erich *Schwertner*, Ewald *Bucher*, Thomas *Dehler*, Herta *Ilk*, Walter *Scheel*, Wolfgang *Döring*, Walter *Erbe*, Hans-Günther *Hoppe*, Hans *Schäfer*, Gerhard *Daub* und Eduard *Leuze*. ADL, A 1-143.

2 Telegrammtext veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 38 vom 27. 5. 1959 (Anhang).

3 In *Achenbachs* Entwurf zunächst der Hinweis auf den Deutschland-Plan der FDP-Bundestagsfraktion (Nr. 57, Anm. 19) und die Erklärung der Fraktion am Vorabend der Genfer Konferenz (Nr. 60 mit Anm. 15). Daran anschließend heißt es dann: „II. Der Bundesparteitag der FDP richtet an alle Deutschen in West und Ost und darüber hinaus an alle Völker den Appell, sich redlich zu bemühen, den Weltfrieden zu erhalten und neuem Unheil vorzubeugen. Er fordert für das deutsche Volk nichts, was er nicht auch jedem anderen Volk zuzugestehen bereit ist, nämlich das Recht, in staatlicher Einheit nach seinen eigenen Gesetzen zu leben und sein inneres Gefüge nach seinem freien Entschluß zu gestalten. Im militärischen Bereich unterstreicht der Bundesparteitag seine rückhaltlose Bereitschaft, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk in ein internationales Sicherheitssystem eingegliedert wird, das allen Völkern [und] insbesondere Deutschlands Nachbarn, aber auch dem deutschen Volk selbst, Sicherheit und Frieden gewährleistet. III. Der Bundesparteitag der FDP weiß sich mit der überwältigenden Mehrheit aller Deutschen in West und Ost einig, wenn er feststellt: 1. Das deutsche Volk will keine Regierung, die auf fremden Bajonetten sitzt. 2. Das deutsche Volk will in der Lage sein, eine Regie-

rung, die ihm nicht gefällt, in allgemeiner, freier und geheimer Wahl zu ändern. 3. Das deutsche Volk will die persönliche Freiheitssphäre des einzelnen, seine Grund- und Menschenrechte, die allein die echte Würde der Menschen verbürgen, durch klare rechtsstaatliche Garantie gesichert wissen und nicht polizeilicher Willkür ausgeliefert sein. IV. Der Bundesparteitag der FDP richtet an die Vier Mächte, an die Deutschen in West und Ost und an alle anderen an der deutschen Frage interessierten Völker den Appell, die jetzt begonnenen Verhandlungen erst dann zu beenden, wenn eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage im freiverhandelten und gegenseitigen Einverständnis gefunden worden ist. Von der jetzt in Genf tagenden Außenministerkonferenz erwartet er als Mindestergebnis 1. einen freiwilligen Verzicht aller Teilnehmermächte auf Anwendung von Gewalt zur Lösung aller mit der deutschen Frage verbundenen Probleme, insbesondere des Problems Berlin. 2. Die Einsetzung einer ständigen Konferenz (auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister) zur Lösung der deutschen Frage, die in regelmäßigen Zeitabschnitten ihre Ergebnisse weiteren Außenminister- oder Gipfelkonferenzen zu unterbreiten hat. 3. Die Schaffung einer Gemischten Deutschen Kommission mit der Aufgabe, den Kalten Krieg zwischen den beiden Teilen Deutschlands abzubauen, die beiden Teile Deutschlands einander anzunähern, ein Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und einen gemeinsamen deutschen Standpunkt für einen gerechten Friedensvertrag für Gesamtdeutschland zu erarbeiten." ADL, A 1-145. Der von *Schwertner* vorgelegte Text, der zahlreiche Formulierungen von *Ungeheuers* Entwurf (Nr. 63, Anm. 3) übernommen hatte, lautete wie folgt: „I. Das deutsche Volk geht in das fünfzehnte Jahr seiner Teilung. Die Wiedervereinigung dieses Volkes ist nicht nur eine innerdeutsche, sondern eine weltpolitische Frage geworden. Es kann keiner Siegermacht des letzten Krieges gleichgültig sein, ob im Herzen Europas ein innerlich zerrissenes und deshalb ewig unruhiges oder ein geeintes Volk von 70 Millionen Menschen lebt, das bereit ist, seinen Beitrag zur Sicherheit und Befriedung des Kontinents zu leisten. Das deutsche Volk fordert nichts, was es nicht jedem anderen Volke zuzugestehen bereit wäre, nämlich das Recht, in staatlicher Einheit nach eigenen Gesetzen zu leben und sein inneres Gefüge nach seinem freien Entschluß zu gestalten. Das deutsche Volk weiß, daß es selbst den entscheidenden Beitrag zur Wiedervereinigung zu leisten hat, um seine staatliche Einheit zu vollenden. Wenn die Mächte dem deutschen Volk den Weg zur Selbstbestimmung freigeben, ist es imstande, aus eigener Kraft aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Das deutsche Volk bedarf keiner zweifachen Regierungsgewalt, keiner Konföderation und keines Gesamtdeutschen Rates, um zum Friedensvertrag, der unter konsultativer Teilnahme der Deutschen abgefaßt werden muß, eine unumstößliche Willensäußerung abzugeben; es kann als Souverän der demokratischen Ordnung in einem freien Volksentscheid sein ‚Ja' unmittelbar sprechen. Über den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung sollten sich deshalb die staatlichen Organe in beiden Teilen Deutschlands und ihre derzeitigen Vertretungen in Genf verständigen, sobald die Siegermächte die Hindernisse, die diesen Weg noch sperren, ausgeräumt haben. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, sich im weltpolitischen Spiel der Kräfte auf die eine Seite zu schlagen und dadurch die andere Seite gegen sich herauszufordern. Die nachbarliche Furcht vor einer deutschen Gefahr muß durch die Zuversicht abgelöst werden, daß die künftige Politik Deutschlands – nach dem Wort des Gründers seiner Reichseinheit – friedliebend und gerecht sein wird. Nur wenn Deutschland bereit ist, seiner bündnispolitischen Entscheidungsfreiheit Beschränkungen aufzuerlegen, wie es der ‚Politik des entspannenden Ausgleichs' entspricht, kann es die Zustimmung der Mächte in West und Ost zur Wiederherstellung seiner Einheit erwarten. Eingebettet in eine festgefügte und allseits garantierte Sicherheitsordnung, wird das wiedervereinigte Deutschland sein natürliches Schwergewicht den gesamteuropäischen Bemühungen um freundschaftliche Verbundenheit der Völker, um uneingeschränkten Kulturaustausch und um größere Wirtschaftsräume dienstbar machen. II. Nach einer Kette gescheiterter Konferenzen blickt das deutsche Volk heute erneut nach Genf in der Erwartung, daß es den Bemühungen der Vier Mächte und der beiden deutschen Vertretungen gelingen möge, der Teilung Deutschlands ein Ende zu setzen. Der Bundesparteitag der FDP richtet deshalb an die Vier Mächte, an die Deutschen in West und Ost und alle anderen an der deutschen Frage interessierten Völker den Appell, die jetzt begonnenen Verhandlungen erst dann zu beenden, wenn eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage im allseitigen Einverständnis gefunden worden ist. Von der jetzt in Genf tagenden Außenministerkonferenz erwartet deshalb der Bundesparteitag der FDP 1. einen freiwilligen Verzicht aller Teilnehmermächte auf Anwendung von Gewalt zur Lösung

Dr. ACHENBACH stellt fest, daß er nicht mit dem *Schwertner*-Entwurf einverstanden sei.

Prof. ERBE und LENZ sprechen sich für den *Achenbach*-Entwurf aus.

Dr. LEVERENZ regt an, die „Berliner Erklärung" stärker als Aktualisierung des Berliner Programms[4] aufzufassen, das Berliner Problem ebenfalls darin zu erwähnen und einen Passus gegen die Äußerungen *de Gaulles* in der Frage der deutschen Ostgrenzen[5] einzubauen.

SCHWERTNER erklärt, daß er mit seinem Entwurf lediglich der Vollstrecker des Willens der Kommission gewesen sei.

Dr. MENDE schlägt vor, die Entwürfe Dr. *Achenbachs* und *Schwertners* zu kombinieren, da einzelne Abschnitte beider Entwürfe sich sehr gut für die „Berliner Erklärung" eigneten. Er regt an, als ersten Teil der „Berliner Erklärung" die Formulierungen des *Schwertner*-Entwurfes ohne dessen Absatz 5 zu nehmen, als Teil II und III die entsprechenden Abschnitte des *Achenbach*-Entwurfes einzuordnen und Abschnitt I des *Achenbach*-Entwurfes zu einem Schlußabschnitt zu verarbeiten.

HOPPE beantragt, die Herren Dr. *Achenbach,* Dr. *Leverenz,* Dr. *Mende* und *Schwertner* sollten in diesem Sinne einen gemeinsamen Entwurf fertigstellen.

Der Bundesvorstand nimmt diesen Antrag an.

Dr. LEVERENZ wiederholt seine Anregung, eine Erklärung in der Frage der Ostgrenzen einzubauen.

SCHWERTNER stellt fest, daß der Landesverband Saar seinen Antrag 2 betreffs Ostgrenzen[6] zurückzieht, wenn eine entsprechende Formulierung über die Grenzfrage in die Präambel der „Berliner Erklärung" eingebaut wird. Der Bundesvorstand billigt dieses Verfahren.[7]

---

aller mit der deutschen Frage verbundenen Probleme, insbesondere des Problems der alten Reichshauptstadt Berlin. 2. Die Einsetzung einer ständigen Konferenz auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister zur Lösung der deutschen Frage, die in regelmäßigen Abständen ihre Ergebnisse weiteren Außenminister- oder Gipfelkonferenzen zu unterbreiten hat. 3. Die Schaffung einer Gemischten Deutschen Kommission mit der Aufgabe, den Kalten Krieg zwischen den beiden Teilen Deutschlands abzubauen, die beiden Teile Deutschlands einander anzunähern, ein Wahlgesetz für gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und einen gemeinsamen deutschen Standpunkt für einen gerechten Friedensvertrag für Gesamtdeutschland zu erarbeiten. III. Das Gebot der Stunde ist ein gemeinsames Handeln aller Deutschen mit dem Ziele der Wiederherstellung der Einheit des Vaterlandes. In dieser Absicht hatte die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten am 27. Januar 1959 einen Deutschlandplan entwickelt, den der Bundesparteitag einmütig billigt. Die Freien Demokraten rufen das deutsche Volk in beiden Teilen Deutschlands auf, für sich das Recht der Selbstbestimmung zu fordern, um seinen Beitrag zur Wiedervereinigung leisten zu können. Wie an der Saar muß der Anstoß zur Lösung der Deutschlandfrage vom deutschen Volk selbst ausgehen." ADL, A 1-145.

4 Siehe Nr. 33 mit Anm. 15.

5 Siehe Nr. 60, Anm. 8.

6 Siehe Nr. 62, Anm. 8.

7 In die Präambel wurde der Satz aufgenommen: „Darüber hinaus erkennt die FDP allen Vertriebenen das Heimatrecht zu. Dieses gewährt jedem Menschen das Recht, im Lande seiner Geburt oder seines langjährigen Aufenthaltes gleichberechtigt mit den Bürgern dieses Landes sich niederzulassen und tätig zu werden." AdG 1959, S. 7746 C.

[BUNDESPARTEITAG - INNENPOLITISCHE ENTSCHLIESSUNGEN]

FLACH bittet den Bundesvorstand, noch zu den innenpolitischen Entschließungen Stellung zu nehmen. Er schlägt vor, die Entschließungen zur Wirtschaftspolitik[8] und zur Agrarpolitik[9] auf dem Bundesparteitag nicht zu verhandeln, dafür aber die beiden Entschließungen zur Sozialpolitik und die Entschließung zur Innenpolitik zu verabschieden.

MISCHNICK erklärt, daß die Entschließungen zur Sozialpolitik voll und ganz den Auffassungen des sozialpolitischen Arbeitskreises entsprechen und befürwortet ihre Verabschiedung durch den Bundesparteitag.

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß auch die Entschließung zur Innenpolitik den Auffassungen von Bundespartei und Bundestagsfraktion entspricht.

Der Vorstand beschließt, die beiden Entschließungen zur Sozialpolitik und die Entschließung zur Innenpolitik dem Bundesparteitag zur Verabschiedung vorzulegen.[10]

Der Bundesvorstand bittet Frau Dr. *Lüders,* die „Berliner Erklärung" vor dem Bundesparteitag zu verkünden.[11]

[WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN]

MÜLLER-LINK bittet um Klarstellung, daß die Präsidentschaftskandidatur Dr. *Beckers*[12] in allen Wahlgängen erfolgt.

Dr. Reinhold MAIER erklärt, daß die einmütige Zustimmung des Bundesparteitages zu dieser Kandidatur[13] keine andere Auslegung möglich mache und er in der Pressekonferenz auf Befragen eine entsprechende Haltung einnehmen würde.[14]

---

8 Darin wurde gefordert: 1. Ablehnung von „umfassenden allgemeinen Staatsmaßnahmen gegen Einfuhren, wie sie jetzt fast täglich gefordert werden"; 2. Forderung der „Beseitigung der konzentrationsfördernden Bestimmungen in den Steuergesetzen"; 3. Verurteilung der „Ausgabeninflation der öffentlichen Hand". ADL, A 1-145.

9 Darin die Forderungen: 1. Weitergabe von Rationalisierungsgewinnen an die Allgemeinheit, um das Disparitätsproblem der Landwirtschaft von der Kostenseite zu lösen. 2. Ansteuerung einer Preiskostenregelung in der Landwirtschaft. 3. Ablehnung von staatlichem Zwang beim strukturellen Umwandlungsprozeß der Landwirtschaft. 4. Energische Nutzung der im EWG-Vertrag vorgesehenen Ausgleichsfristen zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft. 5. Ausweitung des EWG-Raumes zur Freihandelszone unter Einschluß des englischen Marktes. 6. Förderung der Selbsthilfebemühungen der Landwirtschaft durch den Staat. ADL, A 1-145.

10 Die sozialpolitische Entschließung des Bundesparteitages enthielt die Punkte: 1. Reform der Rentenform, 2. Reform der Krankenversicherung, 3. Reform des Kindergeldgesetzes und 4. Aufwertung der Alt-Lebenversicherungen. Eine ebenfalls verabschiedete Kriegsopferresolution betraf die Punkte: 1. Reform des Bundesversorgungsrechts, 2. Neuordnung des Schwerbeschädigtengesetzes und 3. Neuregelung des Schwerbeschädigtenausweisrechts. Veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 39 vom 27. 5. 1959 (Anhang).

11 Die Annahme der „Berliner Erklärung der FDP" durch den Bundesparteitag erfolgte einstimmig. Abdruck der Erklärung in: AdG 1959, S. 7746 C.

12 Siehe Nr. 63, TOP „Wahl des Bundespräsidenten".

13 Ebd., Anm. 11.

14 In der Pressekonferenz im Anschluß an den Parteitag wurde keine Frage bzgl. der Kandidatur

65.

20. 6. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 20. Juni 1959 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz Mende. 10.20 Uhr–16.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Arndt, Bezold, Borttscheller, Bucher, Dehler, [Döring], Gentner, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Leuze, Leverenz, Mende, Mischnick, Müller-Link, von Nottbeck, Heinrich Schneider, Ungeheuer, Weyer, Will.

Dr. Erich MENDE eröffnet die Sitzung und überbringt die Grüße des erkrankten Bundesvorsitzenden. Der Bundesvorstand beschließt, in Telegrammen an Dr. Reinhold *Maier* und *Köhler* die besten Genesungswünsche des Vorstandes auszusprechen.[1]

Dr. MENDE und Dr. HAUSSMANN weisen darauf hin, daß der Bundesparteitag wegen Terminschwierigkeiten mit der Stuttgarter Liederhalle nicht am Dreikönigstag[2], sondern erst am 28. und 29. Januar in Stuttgart stattfinden kann. Der Bundesvorstand beschließt einstimmig, den Bundesparteitag 1960 am 28. und 29. Januar in Stuttgart abzuhalten.

Der Bundesvorstand bildet aus den Herren Dr. *Achenbach*, Dr. *Will* und Dr. *Ungeheuer* eine Redaktionskommission, die eine Entschließung des Vorstandes zur Genfer Konferenz ausarbeiten soll.[3]

Zu TOP 1 und 2: [DIE INNENPOLITISCHE LAGE NACH DEM RÜCKTRITT ADENAUERS VON DER PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATUR - VORBEREITUNG DER SITZUNG DER BUNDESVERSAMMLUNG]

berichtet Dr. MENDE ausführlich über die Entwicklung in Bonn nach dem Rücktritt *Adenauers* von der Präsidentschaftskandidatur[4], die Spannungen innerhalb der CDU/CSU[5], die Forderungen der DP im Falle einer Unterstüt-

---

Beckers gestellt. *Maier* ging auch von sich aus nicht darauf ein. Nach Protokoll der Pressekonferenz, in: ADL, A 1-150, S. 64–77.

1 Das Telegramm an *Maier* hatte folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Herr Dr. *Maier!* Der in Bonn versammelte Bundesvorstand hat mit Bedauern von Ihren gesundheitlichen Sorgen Kenntnis genommen und übermittelt Ihnen durch mich die herzlichsten Genesungswünsche. Nachdem die Bundesversammlung nun nach Berlin einberufen ist, dürften die größten Schwierigkeiten in dieser Frage überwunden sein. Wir werden uns daher glücklich schätzen, Sie in Berlin am Montag, den 29. 6., wieder in alter Gesundheit und Frische begrüßen zu können. Mit den besten Wünschen Ihr Erich *Mende*." Anlage zum Protokoll.

2 So die Planung. Siehe Nr. 61, Anm. 7.

3 Ergebnis im TOP 3 „Die außenpolitische Lage nach dem Ablauf der Genfer Konferenz".

4 *Adenauer* hatte am 4. 6. 1959 in einem Brief an *Krone* und *Höcherl* seinen Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur erklärt. W. WAGNER, 1972, S. 63–66.

5 Hierzu ebd., S. 67–88.

zung des CDU-Präsidentschaftskandidaten[6] und über das Ergebnis gewisser Fühlungnahmen mit der SPD. Er schlägt vor, im ersten und zweiten Wahlgang auf jeden Fall an der Kandidatur Dr. Max *Beckers*[7] festzuhalten. Es bestehe eine gewisse Aussicht, daß die SPD im dritten Wahlgang auf die Kandidatur Carlo *Schmids* verzichtet, wenn sich zeigt, daß Dr. *Becker* echte Chancen hat, die Stimmen der *Lübke*-Gegner auf sich zu vereinigen.

WEYER, Dr. BUCHER und Dr. HAUSSMANN unterstreichen, daß gewisse Chancen für Dr. *Becker* im dritten Wahlgang bestehen. Dr. *Haußmann* gibt eine Anregung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und FDP-Wahlmannes, Dr. *Paulssen,* weiter, im zweiten und dritten Wahlgang einen neuen Kandidaten evtl. als Gemeinschaftsvorschlag aller Parteien aufzustellen.

Dr. BORTTSCHELLER, Frau Dr. ILK, ARNDT, Dr. LEUZE, Dr. SCHNEIDER, Dr. DEHLER und FLACH sprechen sich nachdrücklich für ein Festhalten an der Kandidatur Dr. *Beckers* in allen Wahlgängen aus.

Es wird beschlossen, informelle Fühlungnahmen mit den anderen Fraktionen wegen der Wahl Dr. *Beckers* im dritten Wahlgang vorzunehmen.

Dr. ACHENBACH, Dr. BUCHER und DÖRING erklären sich bereit, mit der SPD Fühlung aufzunehmen, ARNDT und Dr. HAUSSMANN mit dem BHE. Dr. LEVERENZ erklärt, daß man sich auch Verhandlungen mit der CDU offen lassen müsse.

Dr. MENDE weist auf die Erklärung von Bischof *Dibelius* zur Präsidentschaftskandidatur *Lübkes* hin[8] und gibt bekannt, daß Frau Dr. *Lüders* im Namen der 35 Protestanten innerhalb der Bundestagsfraktion einen Offenen Brief an Bischof *Dibelius* richten wird.[9]

---

6 Als ihren Kandidaten für das Bundespräsidentenamt hatten die CDU/CSU-Wahlmänner am 15. 6. 1959 Heinrich *Lübke* gekürt. Die DP war hierüber verärgert, da sie ein Gegner der Agrarpolitik *Lübkes* war. Ebd., S. 89 ff. Über die Bedingungen, unter denen die DP möglicherweise gleichwohl für *Lübke* zu stimmen beabsichtigte, hatte der Fraktionsvorsitzende der DP im Bundestag, Herbert *Schneider,* am 18. 6. 1959 mit seinem Kollegen von der CDU, Heinrich *Krone,* verhandelt. *Schneider* hatte gefordert, „es müßte eine Gewähr gegeben werden, daß die Deutsche Partei auch nach 1961 mit der CDU/CSU eine Regierung bilden werde". Die DP dachte dabei „an eine Änderung des Wahlgesetzes, sei es in dem Sinne, daß die Fünf-Prozent-Klausel für Parteien, die seit 1949 ununterbrochen im Deutschen Bundestag vertreten sind, nicht gelten würde, sei es, daß sie dahin gemildert würde, Parteien von dieser Klausel auszunehmen, die in drei Wahlkreisen entweder die Fünf-Prozent-Klausel überspringen oder Direkt-Kandidaten durchbringen". Artikel „DP will Ihre Stimmen teuer verkaufen", in: STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 19. 6. 1959.

7 Zur Präsidentschaftskandidatur *Beckers* Nrn. 63 und 64, jeweils TOP „Wahl des Bundespräsidenten".

8 Zur Kandidatur *Lübkes* hatte *Dibelius* gegenüber der Presse in Göttingen auf Anfrage geäußert, „daß die untadelige Persönlichkeit von Herrn *Lübke* auch in der Evangelischen Kirche allerlei Vertrauen genieße". Artikel „Bischof Dibelius: Keine Stellungnahme für Lübke", in: DIE WELT vom 24. 6. 1959.

9 In dem Brief bat Frau *Lüders* um eine Stellungnahme von *Dibelius* zu seiner Äußerung über *Lübke* (Anm. 8), denn „viele Protestanten empfänden das von Bischof *Dibelius* geäußerte Vertrauen zu dem von der CDU/CSU nominierten Bundespräsidenten-Kandidaten *Lübke* [. . .] als einen ausgesprochenen politischen Hinweis, der geeignet sei, ihre innere Freiheit zu beein-

Es wird beschlossen, wegen der Erklärung [von] Bischof *Dibelius* mit anderen evangelischen Kirchenführern in Verbindung zu treten. Dr. HAUSSMANN erklärt sich bereit, mit Bischof *Haug* zu verhandeln, Dr. VON NOTTBECK mit Bischof *Lilje*, WEYER mit Präses *Wilm* und Präses *Beckmann* und Dr. KOHUT mit dem stellvertretenden Kirchenpräsidenten Dr. *Sucker*.

[ENTWICKLUNGEN IM DP-LANDESVERBAND NRW]

WEYER berichtet über gewisse Entwicklungen in der DP Nordrhein-Westfalens. Voraussichtlich werden einige DP-Kandidaten bei den nächsten Kommunalwahlen auf den FDP-Listen kandidieren und keine selbständige Liste einreichen.[10] Der DP-Vorsitzende *von Manteuffel* sei aus dieser Partei ausgetreten und suche wieder eine gewisse Annäherung an die FDP.[11]

Zu TOP 3: [DIE AUSSENPOLITISCHE LAGE NACH DEM ABLAUF DER GENFER KONFERENZ]

beschließt der Bundesvorstand nach längerer Diskussion[12] einstimmig das nachstehende Kommuniqué:

---

trächtigen". Artikel „Dibelius antwortete der Alterspräsidentin", in: DIE WELT vom 30. 6. 1959.

10 Die DP von Nordrhein-Westfalen, die nach Auffassung des Generalsekretärs der Bundesorganisation, Herbert *Schneider*, schon im April 1959 „überhaupt nicht mehr existent" war (H. MEYN, 1965, S. 63), kandidierte dennoch selbständig in den Kommunalwahlen am 19. 3. 1961 in Nordrhein-Westfalen. Sie erreichte jedoch nur noch 3 180 Stimmen und wurde damit im Wahlergebnis mit 0,0 % der Stimmen geführt. AdG 1961, S. 8985 B.

11 Genaueres nicht ermittelt. Eine Distanzierung *von Manteuffels* von der DP schon in einem Brief an *Blücher* vom 10. 8. 1958. Darin die Feststellung *von Manteuffels:* „Ich halte den politischen Raum, in dem wir uns bei geschickter politischer Führung noch bewegen könnten, für zu klein, um eine selbständige Politik zu betreiben, zumal in keiner Weise zu erkennen ist, daß Herr *Hellwege* die DP über den engen Rahmen der niedersächsischen Hauspartei wachsen lassen kann oder will." BA, NL 80-132 (NL Blücher).

12 Nach der handschriftlichen Mitschrift *Haußmanns* über diesen Teil der Sitzung beteiligten sich *Borttscheller, Dehler, Haußmann, Will, Achenbach, Bezold, Flach, Mischnick, Müller-Link, Bucher, Hoppe, Ungeheuer, Mende* und *Weyer* an der Diskussion. Scharfe Kritik an der Bundesregierung übte *Dehler:* „Verantwortungslose Behandlung der deutschen Dinge durch deutsche Delegation." Große Sorge machte er sich über Berlin, da er befürchtete, daß der nunmehr eingeleitete „Prozeß im Verlauf weniger Jahre zur Isolierung Berlins führt". *Dehler* sprach sich für Gespräche zwischen den Deutschen in Ost und West aus und begrüßte den Vorschlag *Gromykos*, zur Lösung der Berlin-Frage einen gesamtdeutschen Ausschuß einzurichten. Das Berliner Problem stand auch in *Wills* Beitrag im Vordergrund, und zu seiner Lösung war er bereit, DDR-Außenminister *Bolz* die „Hand [zu] geben". In längeren Ausführungen gab *Achenbach* seine Zustimmung zur „Schaffung [eines] gesamtdeutschen Willensträgers" und vertrat die Auffassung, daß die „deutsche Delegation [eine] Schlüsselstellung" einnehme. Wie zuvor *Dehler* trat auch *Achenbach* für „wechselseitige Truppenreduzierungen" ein. *Flach* vertrat die These: „Ohne Einschaltung [der] DDR keine Fortschritte", während *Bucher* und *Borttscheller* vor allem das Problem der Wirkung der Diskussion über die Außenpolitik auf die Öffentlichkeit ansprachen. *Borttscheller:* „Mit Außenpolitik keine Geschäfte zu machen." Bei *Mende* finden sich nur die wenig aussagekräftigen Stichworte: „Berlin. Bundesregierung. Deutschlandfragen [?]. Beide Entschließungen. Briefe. Jeder gebunden." HStASt, Q I/22, BÜ 806 (NL Haußmann). Die Haltung *Maiers* zu den angesprochenen Fragen ist in folgender Notiz zusammen-

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der Genfer Konferenz, begrüßt aber die Tatsache, daß sie nicht endgültig abgebrochen, sondern nur vertagt worden ist.[13]

Der Bundesvorstand bekräftigt den vom letzten Bundesparteitag der FDP im Interesse des Weltfriedens an alle Beteiligten gerichteten feierlichen Appell, solange zu verhandeln, bis die deutsche Frage gelöst ist.[14]

Der Bundesvorstand erinnert an die in der Vergangenheit sowohl von den Westmächten wie von allen Parteien des Deutschen Bundestages zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, daß eine dauerhafte Lösung des Problems Berlin nur im Rahmen einer Gesamtlösung der deutschen Frage gefunden werden kann. Am 2. Juni 1959 unterbreitete die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten dem Bundeskanzler Vorschläge mit dem Ziel, die Kernpunkte der Deutschlandfrage wieder in den Mittelpunkt der Genfer Erörterungen zu rücken.[15] Der Bundesvorstand der FDP erneuert diese Vorschläge und wendet sich an die Bundesregierung mit der Mahnung, alle Anstrengungen auf eine umfassende Behandlung der Deutschlandfrage zu richten und sich nicht bei fragwürdigen isolierten Lösungsversuchen für Berlin aufzuhalten.

Der Bundesvorstand der FDP begrüßt die Entscheidung des Bundestagspräsidenten für Berlin als Wahlort der Bundesversammlung.[16] Damit ist dem Antrag der Freien Demokraten[17] Genüge getan. Der Bundesvorstand erkennt an, daß mit der Entscheidung des Bundestagspräsidenten in letzter Stunde größe-

---

gefaßt: „Für Außenpolitik empfiehlt R[einhold] *M[aier]:* Nach Genf und parallelen Erklärungen von *Chruschtschow* doch genug klar, daß DDR und UdSSR unsere schärfsten und konsequentesten Gegner. Dies auch allgemeiner Eindruck in der Öffentlichkeit. Ergo: Wir müssen unsere harte Frontstellung gegen die Wiedersacher UdSSR und DDR klar und eindeutig herausstellen und dies nicht in den Schatten der Parole ‚*Adenauer* ist an allem schuld' stellen. Also: Wegen des innenpolitischen Widersachers nicht den entscheidenden außenpolitischen Gegner verkennen." HStASt, Q I/22 Bü 806 (NL Haußmann).

13 Das Schlußkommuniqué vom 20. 6. 1959 lautete: „Auf der Außenministerkonferenz in Genf, die am 11. Mai 1959 begann, fand ein ausgedehnter Meinungsaustausch über die zur Diskussion stehenden Fragen zwischen den Teilnehmern statt. Diese sind der Auffassung, daß weitere Gespräche und Verhandlungen notwendig sind. Die Minister kamen überein, die Arbeit der Konferenz zu unterbrechen und sie am 13. Juli 1959 in Genf wiederaufzunehmen." AdG 1959, S. 7795 A, 7. Zur Orientierung über den Konferenzverlauf und die zur Diskussion stehenden Probleme W. G. Grewe, 1979, S. 402–410; H.-P. Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, 1983, S. 88–94.

14 Zur „Berliner Erklärung" Nr. 64 mit den Anm. 3–7 und Anm. 11.

15 Hinweis auf den Brief vom 2. 6. 1959 in: fdk, 10. Jg., Nr. 40 vom 3. 6. 1959. Darin der Satz: Die FDP ist „angesichts der jetzigen Konferenzlage der Auffassung, daß die Konferenz nur dann noch einen günstigen Lauf nehmen kann, wenn die Vier Mächte, die das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands anerkennen, einen Schritt weitergehen und in einer Vier-Mächte-Vereinbarung die beiden Teile Deutschlands und ihre Vertretungen auffordern, in Verhandlungen über den Weg zur Wiedervereinigung einzutreten".

16 Dies war am Abend des 19. 6. 1959 geschehen. AdG 1959, S. 7792 E.

17 Die FDP-Bundestagsfraktion hatte am 9. 6. 1959 einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung eingereicht, der die Bestimmung enthielt: „Die Bundesversammlung tritt in Berlin zusammen." BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 62, Drucks.-Nr. 1152.

rer Schaden für das Ansehen der Bundesrepublik und ihre Verbundenheit mit der Hauptstadt Berlin abgewandt wurde."[18]

[TEILNAHME VON DJD UND LSD AN DEN WELTJUGENDFESTSPIELEN IN WIEN]

Der Bundesvorstand befaßt sich dann mit der geplanten Teilnahme von Jungdemokraten und Liberalen Studenten an den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Wien.[19] In bezug auf die den Beschlüssen der Parteigremien unterliegenden Jungdemokraten wird beschlossen, daß Reisen in den Ostblock und Mitteldeutschland und Verhandlungen mit Vertretern Mitteldeutschlands oder des Ostblocks nur mit Genehmigung des Bundesvorstandes der FDP erfolgen dürfen. In bezug auf den LSD wird beschlossen, den Bundesgeschäftsführer zu beauftragen, in Gesprächen mit dem Bundesvorstand des LSD möglichst sicherzustellen, daß die Teilnahme des LSD in Wien klar im Sinne der Vertretung liberaler Ideen gegenüber den kommunistischen Jugendlichen erfolgt.

Die Punkte 4, 5, und 6 der Tagesordnung[20] werden wegen Abwesenheit des Bundesvorsitzenden vertagt.

Zu TOP 7: [VERHÄLTNIS ZUR LIBERALEN WELTUNION]

wird beschlossen, für den ausgeschiedenen *Rademacher* als Kontaktmann zur Liberalen Weltunion *Rubin* und *Scheel* zu beauftragen.

Zu TOP 8: [UMBENENNUNG DES BEAMTENAUSSCHUSSES]

wird beschlossen, dem Antrag des Bundesbeamtenausschusses stattzugeben, sich in „Ausschuß für Angelegenheiten der Angehörigen der öffentlichen Verwaltung" umzubenennen.

Zu TOP 9: [WAHL EINES NEUEN VORSITZENDEN DES VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSSES]

gibt der Bundesvorstand dem Antrag von General a. D. Hubert *Lanz* statt, ihn von den Pflichten als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses zu ent-

18 Veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 46 vom 24. 6. 1959 (Anhang).

19 Die 7. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden in Wien fanden vom 26. 7.–5. 8. 1959 statt. AdG 1959, S. 7870 F. Während der Bundesvorstand der Jungdemokraten am 4. 4. 1959 eine Beteiligung an den Festspielen abgelehnt hatte, „da dieses kommunistische Festival nicht [. . .] der Völkerverständigung dient, sondern die kommunistische Infiltration demokratischer und freier Jugendverbände und die politische Verführung junger Menschen erstrebt", war der LSD für eine Teilnahme eingetreten, da er in den Weltfestspielen die „einmalige Chance" sah, „ein offenes Gespräch und im persönlichen Kontakt die Verständigung von Menschen der verschiedensten Weltanschauungen, Religionen und Rassen zu suchen". DJD, Informationen für Presse und Rundfunk vom 23. 7. 1959, ADL, Ordner-Nr. 1927. Fortgang Nr. 66, Anm. 15.

20 TOP 4: „Geschäftsverteilung im Bundesvorstand"; TOP 5: „Bildung des Organisationsausschusses"; TOP 6: „Bildung einer Beschwerdekommission". Einladungsschreiben vom 10. 6. 1959, Anlage zum Protokoll.

binden. Der Bundesvorstand beruft den Bundestagsabgeordneten Fritz-Rudolf *Schultz* zum neuen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses.

[PARTEIENFINANZIERUNG]

WEYER berichtet außerhalb der Tagesordnung über seine Gespräche mit Minister *Sträter* und Bundeskanzler *Adenauer* in der Frage der Parteienfinanzierung. Es sei eine gewisse Aufgeschlossenheit vorhanden, nach und nach zu einer Grundfinanzierung der Parteiarbeit aus öffentlichen Mitteln überzugehen. Der stärkste Widerstand gegen eine solche Regelung, die auch von Bundesminister *Etzel* unterstützt würde, gehe von Bundesinnenminister Dr. *Schröder* aus.

66.

4. 9. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 4. September 1959 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz Maier bzw. Mende. 10.20 Uhr–18.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Borttscheller, Bucher, Dehler, [Döring], Dohr, Genscher, Gentner, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Köhler, Kohut, Lenz, Leuze, Maier, Mende, von Mühlen, Claus-Christian Müller, von Nottbeck, Rubin, Hans Schäfer, Scheel, Heinrich Schneider, Ungeheuer, Weyer, Wichmann, Will.

Dr. Reinhold MAIER eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die FDP die lange Ferienzeit ohne jede innerparteiliche Auseinandersetzung hinter sich gebracht hat. Er verliest einen Brief Dr. Max *Beckers* an den Bundesvorstand[1] und übergibt dann den Vorsitz an Dr. Erich *Mende*.

---

1 Der Brief datierte vom 18. 7. 1959. Darin der Dank an die Wahlmänner der FDP, „daß sie so einstimmig und einsatzbewußt für mich eingetreten sind". Daran anschließend die Feststellung, daß für *Becker* in beiden Wahlgängen auch die 15 Wahlmänner des BHE gestimmt hätten. *Bekker* wertete sodann seine Kandidatur als Erfolg, da sie der FDP Publizität verschafft und ihre Geschlossenheit demonstriert habe. Abschließend befaßte sich *Becker* noch in längeren Ausführungen mit den Aufgaben, die die FDP nach seiner Ansicht in Zukunft in Angriff zu nehmen hatte. ADL, N 11-7 (NL Becker). Bei der Bundespräsidentenwahl am 1. 7. 1959 war Heinrich *Lübke* im 2. Wahlgang mit 526 Stimmen (1. Wahlgang: 517) gewählt worden. Auf Carlo *Schmid* waren 386 Stimmen entfallen (1. Wahlgang: 385), auf Max *Becker* 99 Stimmen (1. Wahlgang: 104 Stimmen). DATENHANDBUCH, 1983, S. 934.

TOP 1: DIE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE

Dr. MENDE gibt einen umfassenden Bericht der Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage seit der letzten Bundesvorstandssitzung am 20. Juni.[2] Im Anschluß an diesen Bericht findet zunächst eine ausgedehnte Diskussion über die außenpolitische Lage statt[3], bei der auch die grundsätzliche Frage behandelt wird, ob die FDP in ihrer künftigen Arbeit das Schwergewicht weiterhin auf die Außenpolitik legen soll. Übereinstimmung besteht darüber, auf jeden Fall die innenpolitischen Aufgaben ebenso stark in den Vordergrund zu stellen wie die außenpolitischen. Der Bundesvorstand beschließt mit 11 gegen 8 Stimmen, eine von Dr. *Achenbach* vorgelegte Entschließung zur Außenpolitik[4] zunächst zurückzustellen. Der Vorstand will wieder zur Außenpolitik Stellung nehmen, wenn die Ergebnisse des *Chruschtschow*-Besuches in den USA[5] abzusehen sind.

Der Vorstand behandelt dann zwei von Dr. *Achenbach* vorgelegte Anträge über eine Generalamnestie und Änderung der Strafprozeßordnung in Fragen der Untersuchungshaft. Der Bundesvorstand beschließt, die Frage der Generalamnestie zunächst einer Zusammenkunft der der FDP angehörenden Justizminister mit den FDP-Mitgliedern im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zu überweisen. Dieser Kreis soll sich ebenfalls mit der Frage des Ehrenschutzgesetzes[6] befassen. Der Bundesvorstand will auf seiner nächsten Sitzung diese beiden Fragen wieder behandeln.[7] Zur Frage der Untersuchungshaft faßt

2 Die Ausführungen *Mendes* hat *Haußmann* in schwer zu entziffernden handschriftlichen Notizen (4 1/2 Seiten) festgehalten. Danach sprach *Mende* zunächst die Bundesversammlung – Wahl des Bundespräsidenten – an: „Verlauf ordentlich – Dank an *Becker* durch R[einhold] *M[aier]* und *Mende* erfolgt." Anschließend befaßte sich *Mende* ausführlich mit dem Verlauf der Genfer Konferenz („Deprimiert von Genf – Nicht nur an *Adenauer* [gescheitert]; Verhalten der Sowjets – unduldsame Haltung *Chruschtschows*"), ihren Auswirkungen auf Deutschland („Wiedervereinigung ferner denn je"; „Deutschland ade – Wiedervereinigung nicht zu erwarten") und Berlin („Berlin immer Daumenschraube – immer kürzeren ziehen"). *Mende* ging ebenfalls auf Einzelheiten der Konferenz ein (Besuch *Brandts,* Gespräch *Mende/Achenbach* mit *Duckwitz* und *von Brentano*), erläuterte Personalveränderungen in der sowjetischen Regierung („Statt *Mikojan* nun *Koslow,* [. . ..] *Semjonow* nicht mehr – *Puschkin* härterer Mann"), verwies auf *Herters* Initiativen („*Herter* hat Versuch der Institutionalisierung gemacht") und machte Ausführungen über das geplante Treffen *Eisenhowers* mit *Chruschtschow* („Hoffnung zur Entspannung"). *Mende* befaßte sich mit der Vertriebenen-Charta von Stuttgart („Initiative zur Entspannung") und ging schließlich auf einige innenpolitische Fragen ein, wobei er u. a. das Problem „freie Wettbewerbswirtschaft" ansprach. HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann).

3 Hieran beteiligten sich nach *Haußmanns* Notizen (Anm. 2): *Haußmann, Döring, Achenbach, Rubin, Hoppe, Haas, Dehler* und *Scheel.*

4 Nicht ermittelt.

5 *Chruschtschow* traf am 15. 9. 1959 in den USA ein (AdG 1959, S. 7947 A) und reiste am 27. 9. 1959 wieder ab (Ebd., S. 7962 A).

6 Den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes hatte das Bundeskanzleramt am 18. 8. 1959 beim Bundestag eingereicht. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 63, Drucks.-Nr. 1237. Seine Verabschiedung durch den Bundestag kam nicht zustande.

7 Siehe Nr. 67, TOP 4 „Bericht über Verlauf und Ergebnis der Vorbesprechungen betr. Generalamnestie".

der Bundesvorstand einstimmig bei Stimmenthaltung von Dr. *von Nottbeck* folgende Entschließung:

„Der Bundesvorstand der FDP bittet die Bundestagsfraktion der FDP, in enger Fühlungnahme mit den der FDP angehörenden Landesjustizministern einen Gesetzesvorschlag für die Reform der Bestimmungen der Strafprozeßordnung über die Untersuchungshaft zu erarbeiten und unverzüglich im Bundestag einzubringen.

Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, bei dieser Reform von dem Grundsatz auszugehen, daß, wenn bei einem in Untersuchungshaft genommenen Bürger

a) nicht binnen einer gesetzlich festzulegenden Frist das Hauptverfahren eröffnet,

b) nach Eröffnung nicht binnen einer weiteren ebenfalls gesetzlich festzulegenden Frist durchgeführt wird,

Freilassung zu erfolgen hat."[8]

Der Bundesvorstand befaßt sich dann ausführlich mit den Fragen der Energiewirtschaft und der gegenwärtigen Kohlenkrise.[9] Er beschließt mit 18 gegen 2 Stimmen (Dr. *Achenbach* und Dr. *Schneider*) die Stellungnahmen von Dr. *Atzenroth* und *Weyer* zur Kohlenkrise[10] zu billigen und der Bundestagsfraktion zu empfehlen, die Heizölsteuer abzulehnen.[11]

TOP 7 (vorgezogen): EINBERUFUNG DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES

Dr. BORTTSCHELLER regt an, die Hauptausschußsitzung in Bremen in Gegenwart der Presse abzuhalten, um eine größere Werbewirksamkeit für die Bürgerschaftswahlen zu erzielen.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Bundesvorstand, die Hauptausschußsitzung als Sitzung eines Beschlußorgans nicht öffentlich abzuhalten und dafür eine Pressekonferenz über die Ergebnisse der Hauptausschußsitzung in Bremen abzuhalten.

---

8 Zu diesem Punkt ergriff die Bundesregierung die Initiative und reichte am 17. 8. 1960 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes im Bundestag ein. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 69, Druck.-Nr. 2037.

9 Trotz steigendem Energieverbrauch auf der einen Seite und sinkender Förderleistung bei starkem Abbau des Personalbestandes im deutschen Kohlebergbau auf der anderen Seite wuchsen zwischen 1957 und 1959 die „nicht absetzbaren Kohlenhalden". Die Energiepolitik befand sich in einer Strukturkrise. H.-P. SCHWARZ, Ära Adenauer 1957–1963, 1983, S. 169–173. Der Unternehmens-Verband Ruhrbergbau kündigte daher am 9. 9. 1959 die Schließung von 12 bis 15 Kohlengruben an. AdG 1959, S. 7926 E.

10 Die Stellungnahmen von *Atzenroth* und *Weyer*, die sich beide gegen die von der Bundesregierung geplante Heizölsteuer aussprachen, sind abgedruckt in: fdk, 10. Jg., Nr. 55 vom 19. 8. 1959 und Nr. 56 vom 26. 8. 1959.

11 Den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes reichte die Bundesregierung am 31. 10. 1959 beim Bundestag ein. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 64, Drucks.-Nr. 1327. In der Schlußabstimmung über das Gesetz am 7. 4. 1960 im Bundestag lehnte es die FDP-Fraktion ab. BT STEN. BER., Bd. 45, S. 6062 D.

Dr. BORTTSCHELLER schlägt als Themen für die Hauptausschußsitzung in Bremen vor:

1. die Gefahren des Gemeinsamen Marktes für die deutschen Häfen;
2. die Sozialpolitik der FDP unter Hervorhebung der Kriegsopferversorgung;
3. die innenpolitische Entwicklung nach der Kanzlerkrise und
4. einen kurzen Überblick über die Außenpolitik.

Dr. Reinhold MAIER teilt mit, daß er aufgrund langfristiger Termindispositionen nicht an der Hauptausschußsitzung teilnehmen kann und Dr. *Mende* daher die Sitzung leiten wird.

Der Bundesvorstand beschließt folgende Tagesordnung:

1. allgemeiner Überblick über die politische Lage durch Dr. *Mende;*
2. Einführung in die Wahlkampfsituation Bremens[12] unter besonderer Berücksichtigung der innenpolitischen Entwicklung seit der Kanzlerkrise durch Dr. *Borttscheller;*
3. Referate über die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die deutsche Wirtschaft durch die Abgeordneten *Margulies* und *Scheel;*
4. Referate über die Sozialpolitik der Freien Demokraten unter Einschluß der Bemühungen für eine Verbesserung der Kriegsopferversorgung durch die Abgeordneten Frau *Friese-Korn, Mischnick* und Dr. *Rutschke.*[13]

TOP 2: GESCHÄFTSVERTEILUNG IM BUNDESVORSTAND

Der Aufgabenbereich der Bundesgeschäftsstelle wird Dr. *Kohut* übertragen. Der Aufgabenbereich Koordinierung soll Dr. *Leverenz* übertragen werden, falls dieser zustimmt. Bis zur Zusage von Dr. *Leverenz* wird Dr. *Kohut* gebeten, auch weiterhin den Aufgabenbereich Koordinierung mit zu betreuen.

TOP 3: BILDUNG DES ORGANISATIONSAUSSCHUSSES

Der Bundesvorstand beschließt, den Organisationsausschuß in folgender Zusammensetzung zu bilden: Bundesvorsitzender, stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesschatzmeister. Dazu kommen Dr. *Haußmann* und Dr. *Will.*

---

12 Termin für die Bürgerschaftswahlen in Bremen war der 11. 10. 1959.

13 Die Hauptausschußsitzung fand am 25. 9. 1959 in Bremen im Deutschen Haus statt. Laut Tagesordnung vom 9. 9. 1959 war zunächst die Eröffnung und Begrüßung durch *Mende* und im Anschluß hieran eine Begrüßungsansprache von *Borttscheller* vorgesehen. Die Sachreferate hielten *Mende* („Vor der zweiten Halbzeit des 3. Deutschen Bundestages"), *Scheel* („Der Gemeinsame Markt und die deutsche Wirtschaft") sowie Lotte *Friese-Korn, Mischnick* und *Rutschke* („Die Beiträge der Freien Demokraten zur Sozialpolitik"), jeweils mit Aussprache. Tagesordnung und Aktenvermerk über den Verlauf der Sitzung in: ADL, A 12-32. Einziger Beschluß der Sitzung war eine Entschließung zur Energiepolitik, veröffentlicht in: fdk, Sonderausgabe vom 28. 9. 1959. Darin Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung zur Beseitigung der Kohlenkrise und die Empfehlung an die FDP-Bundestagsfraktion zu prüfen, ob „die Mittel zur Beseitigung der Strukturkrise im Kohlebergbau durch eine Anleihe aufgebracht werden" können.

TOP 4: BILDUNG EINER BESCHWERDEKOMMISSION

Der Bundesvorstand beschließt, eine kleine Beschwerdekommission zu bilden. Diese Kommission soll Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei im Auftrage des Bundesvorstandes zu schlichten versuchen und dem Bundesvorstand über ihre Ergebnisse Bericht erstatten. Zum Vorsitzenden der Kommission wird Dr. *Achenbach,* zu Mitgliedern werden Dr. *Kohut, Lenz* und Dr. *Schneider* gewählt. Ferner wird Prof. Dr. *Erbe* oder Dr. *Leuze* Mitglied der Kommission sein. Die Entscheidung liegt beim Landesverband Baden-Württemberg.

Die Kommission wird beauftragt, zunächst die Meinungsverschiedenheiten zwischen LSD und DJD über die Teilnahme an den Jugendfestspielen in Wien[14] zu schlichten[15] und beide Organisationen anzuhalten, keinerlei öffentliche Auseinandersetzungen gegeneinander zu führen.

TOP 5: BILDUNG EINER SIEBENKÖPFIGEN KOMMISSION ZUR AUSARBEITUNG VON SATZUNGSÄNDERUNGEN GEM. BESCHLUSS DES BUNDESPARTEITAGES VOM 23. MAI 1959 (ANTRAG 1)

In Erledigung des Antrages 1 vom Bundesparteitag 1959[16] beschließt der Bundesvorstand folgende Kommission zur Ausarbeitung von Satzungsänderungen zu bilden. Als Vorsitzender wird Otto *Bezold* und als Mitglieder werden *Döring,* Dr. *Leuze, Mischnick, Müller-Link,* Dr. *von Nottbeck,* Dr. *Schneider, Weyer, Flach, Hummel, Lotz* und *Rieger* gewählt. Der Bundesvorstand hat mehr als sieben Mitglieder berufen, da für die praktische Arbeit erfahrungsgemäß ein Teil der Mitglieder ausfällt.[17]

TOP 6: BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS ÜBER DIE FINANZLAGE

Der Bundesschatzmeister teilt in einem kurzen Bericht mit, daß sich die Finanzlage der Bundespartei gegenüber dem Jahreswechsel weiter verschlechtert hat und die leichte Besserung vom Frühjahr wieder überholt ist.[18] Die Finanz-

---

14 Siehe Nr. 65 mit Anm. 19.

15 Eine gemeinsame Sitzung der Kommission mit den Bundesvorständen der DJD und des LSD berief *Achenbach* für den 22. 10. 1959 nach Bonn ein. ADL, Ordner-Nr. 1612. Das Ergebnis in: Nr. 68, TOP 5 „Verhältnis zwischen FDP, DJD und LSD".

16 Der Text lautete: „1. Der Bundesvorstand wird beauftragt, sofort eine Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, zu berufen, welche die Aufgabe hat, Satzungsänderungen nach folgenden Gesichtspunkten zu erarbeiten: a) personelle Verringerung des Bundesvorstandes, um dadurch b) eine Straffung der Führungstätigkeit dieses Vorstandes zu ermöglichen. c) Die Vollmachten dieses Bundesvorstandes insbesondere den Landesverbänden gegenüber zu erweitern, um d) eine tatsächliche und einheitliche Mitgliederorganisation in allen Städten und Dörfern des Bundesgebietes zu erreichen. Vor allem sollen die Satzungsänderungen dem Bundesvorstand das Recht und die Möglichkeit geben, im gesamten Bundesgebiet im erforderlichen Falle nach Anhörung aller Beteiligten direkt und unmittelbar von sich aus organisatorisch initiativ zu werden. 2. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen werden auf dem nächstfolgenden Bundesparteitag verabschiedet."Anlage zum Protokoll.

17 Fortgang Nr. 68, TOP 2 „Vorbereitung des Bundesparteitages 1960".

18 Letzter Bericht *Rubins* über die Finanzlage in: Nr. 62, TOP 3 „Finanzlage".

lage der Landesverbände ist ebenfalls weiterhin sehr angespannt. Für die Bundespartei ist unbedingt notwendig, eine einmalige Entschuldungsaktion in Höhe von mindestens DM 200 000 durchzuführen und die monatlichen Einnahmen um DM 20 000 zu erhöhen. Wenn die Wirtschaft nicht bereit ist, die Parteien im notwendigen Ausmaß zu unterstützen, ist eine Teilfinanzierung der Parteiarbeit aus öffentlichen Mitteln nicht mehr zu umgehen. Das gegenwärtige Halbdunkel der Parteienfinanzierung, bei weitgehender rechtlicher Unklarheit, ist für alle Beteiligten nicht mehr lange zumutbar. Der Bundesschatzmeister schlägt vor, daß die Landesverbände auch auf Landesebene den Versuch unternehmen, bestimmte staatsbürgerliche Aufgaben der Parteien aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Er regt ferner an, ein Gespräch mit den anderen Parteien, vor allem mit der CDU, über die Zukunft der Parteienfinanzierung aufzunehmen.

Der Bundesschatzmeister gibt dann bekannt, daß der Finanzausgleich in Übereinstimmung mit den Landesschatzmeistern mit Wirkung vom 30. Juni ausgesetzt ist. Seitdem sind keine Einnahmen für die Bundespartei von den Landesverbänden zu verzeichnen. Die Bundespartei muß allerdings darauf bestehen, die Kosten für die effektiven Lieferungen an Informationsmaterial und Druckschriften ersetzt zu erhalten. Die Wünsche und Forderungen mehrerer Landesverbände, nach wie vor Zuwendungen aus dem Finanzausgleich zu erhalten, können nicht erfüllt werden, solange nicht Vereinbarungen getroffen sind, die der Bundespartei über die reine Kostenerstattung hinausgehende Einnahmen erbringen.

LENZ berichtet über seine Bemühungen, im Bundeshaushalt einen Titel für die Unterstützung der staatsbürgerlichen Arbeit der Parteien einzusetzen. Aufgrund dieser Bemühungen, die zusammen mit dem CDU-Abgeordneten Dr. *Stoltenberg* unternommen wurden, ist der 5-Millionen-Fonds entstanden. Ein Unterausschuß des Haushaltsausschusses wird noch im Oktober zusammentreten, um die Vergaberichtlinien zu beschließen. Es besteht eine gewisse Hoffnung, daß die ersten Mittel noch vor Weihnachten freigegeben werden. Die Verwaltungsaufgaben der Parteien dürften kaum aus diesen Mitteln finanziert werden. Dagegen ist zu erwarten, daß gewisse publizistische Aufgaben der Parteien, ebenso wie die Aufgaben der staatsbürgerlichen Bildung, aus diesen Mitteln finanziert werden können.[19] *Lenz* erklärte sich bereit, nach Fertigstellung der Richtlinien allen Landtagsfraktionen ein Memorandem zuzuleiten, das zur Anleitung für entsprechende Initiativen in den Landtagen dienen kann. Aus den Bundesmitteln werden voraussichtlich nur die Bundesparteien finanziert werden können.

19 Im Haushaltsplan 1959 waren in Kapitel 0602, Titel 620, 5 Millionen DM „Sondermittel für politische Bildungsarbeit" ausgewiesen, die allerdings zunächst gesperrt waren. Der Haushaltsausschuß des Bundestages beschloß am 10. 2. 1960 die Entsperrung mit dem Zusatz: „Die Aufteilung erfolgt auf die im Bundestag vertretenen Parteien nach dem Schlüssel ihrer Stärke im Bundesparlament." BT Parl. Arch., Protokolle der Ausschußsitzungen, 3. WP.

TOP 8: BRIEF DES BEZIRKSVORSITZENDEN DIETRICH BAHNER

Wird auf die nächste Sitzung vertagt.[20]

[BESPRECHUNGEN MIT DEM BHE]

Außerhalb der Tagesordnung befaßt sich der Vorstand zum Schluß seiner Sitzung noch mit der Verbindung zum BHE. Dr. MENDE berichtet über sein Gespräch mit *Feller* und *Seiboth*.[21] Er wird beauftragt, zusammen mit Dr. *Achenbach*, Dr. *Bucher*, Dr. *von Nottbeck* und *Weyer* die unverbindlichen und vertraulichen Gespräche mit den Vertretern vom BHE im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 fortzusetzen.[22]

67.

24. 10. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 24. Oktober 1959 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer." Vorsitz Maier. 10.00 Uhr–17.15 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bahner, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Ehrich, Erbe, Genscher, Gentner, Glahn, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Keller, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Müller-Link, Rinné, Rubin, Hans Schäfer, Schollwer, Schwertner, Seitz, Weyer, Will.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Dr. Reinhold MAIER ehrende Worte des Gedenkens für den verstorbenen Pressechef der FDP, Dr. Josef *Ungeheuer*.[1]

TOP 1: BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Dr. Erich MENDE gibt einen kurzen Bericht über die Entwicklung der außen- und innenpolitischen Lage seit der letzten Bundesvorstandssitzung.

---

20 Siehe Nr. 67, TOP 8 „Brief des Bezirksvorsitzenden Dietrich Bahner".

21 Hinweise auf die im Herbst 1958 stattgefundenen Gespräche in: Nr. 53 mit Anm. 17 und in: Nr. 54, TOP 6 „Bericht über Besprechungen mit dem BHE, insbesondere wegen Niedersachsen". Über die Gespräche von 1959 nichts Näheres ermittelt.

22 Der BHE setzte jedoch im folgenden stärker auf die DP, mit der er nach einem erfolgreichen „Spitzengespräch" der beiden Parteiführungen am 22. 11. 1960 im April 1961 zur Gesamtdeutschen Partei fusionierte. Bestrebungen, die bis zum Beginn des Jahres 1961 darauf hinausliefen, aus FDP, BHE und DP eine „sogenannte Dreierlösung" zu schaffen, scheiterten. Dazu auch Nr. 67 mit Anm. 5 und 6. H. MEYN, 1965, S. 70–73; F. NEUMANN, 1968, S. 233 f. In den Bundestagswahlen 1961 scheiterte die Gesamtdeutsche Partei mit 2,8 % an der 5 %-Klausel.

1 Josef *Ungeheuer* war am 7. 10. 1959 an den Folgen einer Gehirnblutung gestorben. Artikel „Josef Ungeheuer gestorben", in: FAZ vom 8. 10. 1959.

Die Diskussion konzentriert sich auf die Frage, wie der jüngsten Flaggenprovokation der „DDR“[2] begegnet werden kann. Die große Mehrheit des Vorstandes spricht sich gegen ein gesetzliches Verbot des Zeigens der DDR-Flagge in der Bundesrepublik aus und warnt vor den Folgen für die wenigen noch bestehenden gesamtdeutschen Beziehungen. Der Bundesvorstand faßt einstimmig folgenden Beschluß:

„Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei protestiert gegen den Versuch der Regierung in Ostberlin, durch die Einführung und das Zeigen einer eigenen Flagge das Unglück der Zerreißung unseres Vaterlandes in aller Welt zu dokumentieren. Das Zeigen dieser Flagge unterstreicht erneut die separatistischen Tendenzen der Regierung in Ostberlin.

Angesichts der Gefahr einer weiteren Entfremdung zwischen den beiden Teilen Deutschlands raten die Freien Demokraten jedoch dringend davon ab, dieser jüngsten Provokation mit gesetzlichen Maßnahmen begegnen zu wollen, die nur eine weitere Einschränkung der menschlichen Kontakte zwischen West- und Mitteldeutschland zur Folge haben. Nicht durch Verbotsgesetze, sondern nur durch die freiheitlich demokratische Haltung der Bevölkerung in der Bundesrepublik kann dem neuerlichen Anschlag auf die Einheit unseres Vaterlandes wirksam begegnet werden.“[3]

Der Bundesvorstand beauftragt ferner die im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ tätigen Vorstandsmitglieder dafür einzutreten, daß der geplante Aufruf des Kuratoriums gegen die Flaggenprovokation keine Aufforderung zu öffentlichen Demonstrationen enthält.[4]

Der Bundesvorstand beschäftigt sich im Verlauf der Debatte über die politische Lage mit den Schwierigkeiten der Deutschen Partei. Er bestätigt frühere Beschlüsse, nach denen eine Fusion der FDP mit anderen Parteien nicht in Frage kommt, die Tür für die Aufnahme von Kräften anderer Parteien in die FDP aber offen bleiben soll.[5] Es wird beschlossen, die Frage des Verhältnisses

---

2 Am 7. und 8. 10. 1959 hatten die Ostberliner Behörden die Flagge der DDR auf Westberliner S-Bahnanlagen aufgezogen, was zu Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und Westberliner Polizei führte. Auf Intervention der drei westlichen Kommandanten bei ihrem sowjetischen Kollegen wurden die Flaggen am 8. 10. 1959 eingezogen. AdG 1959, S. 7987 A, Schlußabsätze.

3 Der Beschluß wurde nach der Sitzung veröffentlicht, aber nicht in die fdk aufgenommen. Das Bundeskabinett beschloß Ende Oktober 1959, gegen das Zeigen der DDR-Flagge auf bundesdeutschem Gebiet „polizeilich einzuschreiten“. Das Kabinett hielt es „nicht für zweckmäßig, ein besonderes Gesetz gegen diese kommunistische Aktion zu beschließen“, da es der Meinung war, „daß das geltende Recht ausreicht, mit allen Provokationen fertig zu werden“. AdG 1959, S. 8024 A.

4 Der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Wolfgang Wilhelm *Schütz*, hatte bereits am 8. 10. 1959 zum Flaggenzwischenfall Stellung bezogen. Darin die Formulierung: „Auf diese offene Provokation des freien Berlin und der freien Welt gibt es nur eine Antwort: Festigung und Klarheit. Auf dem Gebiet des freien Berlin müssen die Hoheitszeichen des freien Deutschland und die Rechtsgrundsätze eines freien Gemeinwesens gewahrt werden.“ BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 10. 10. 1959. Das Abschlußkommuniqué der Jahrestagung des Kuratoriums vom 26.–28. 11. 1959 enthielt keine Stellungnahme zum Flaggenzwischenfall. BULLETIN vom 2. 12. 1959.

5 Siehe Nr. 66, Anm. 22.

zu den kleineren Parteien auf einer weiteren Vorstandssitzung nochmals ausführlich zu behandeln.[6]

[VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES 1960]

Der Bundesvorstand beschließt auf Antrag von *Weyer*, zur Vorbereitung des Bundesparteitages 1960 eine kleine Kommission zu bilden, die dem Bundesvorstand für seine nächste Sitzung Vorschläge unterbreiten soll. In die Kommission werden gewählt: Dr. *Kohut*, Dr. *Leverenz*, Dr. *Haußmann*, *Weyer*, *Döring*, *Flach* und *Hummel*.[7]

[VORWÜRFE DER SPD GEGENÜBER LEVERENZ]

Außerhalb der Tagesordnung nimmt der Bundesvorstand eine Erklärung von Dr. *Leverenz* zu den in der sozialdemokratischen Presse gegen ihn erhobenen Vorwürfe[8] entgegen.

Dr. LEVERENZ stellt fest, daß die erhobenen Vorwürfe in allen Punkten jeder Grundlage entbehren. Es handelt sich um eine bewußte Verleumdungskampagne bestimmter SPD-Angehöriger vor den Kommunalwahlen, von der sich inzwischen die SPD in einer Erklärung distanziert hat.[9]

TOP 8 (vorgezogen): BRIEF DES BEZIRKSVORSITZENDEN DIETRICH BAHNER, AUGSBURG

FLACH verliest den Brief von *Bahner* an den Bundesvorsitzenden[10] (den Bundesvorstandsmitgliedern am 7. Juli zugestellt).

BAHNER begründet seine Vorwürfe, daß die FDP-Bundestagsfraktion in letzter

---

6 Siehe FDP-BUNDESVORSTAND 1960–1967, 1993, Nr. 8 mit Anm. 13–17.

7 Ergebnis der Kommissionsberatungen in: Nr. 68, TOP 2 „Vorbereitung des Bundesparteitages 1960".

8 Am 30. 9. 1959 war in der FRANKFURTER RUNDSCHAU auf S. 3 ein ganzseitiger Artikel unter der Überschrift „Männer die im Glashaus sitzen" erschienen, in dem insbesondere Vorwürfe gegen *von Hassel*, *Lemke* und *Leverenz* erhoben wurden. Letzterem wurde angelastet, unter Ausnutzung seiner Stellung als Minister verbilligte Kredite für den Bau eines Miethauses (32 Wohnungen) erlangt, Urlaubsreisen mit dem Dienstwagen getätigt zu haben und unter Mißachtung der Landesverfassung Schleswig-Holstein weiterhin seinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar auszuüben.

9 Am 6. 10. 1959 war im Bonner GENERAL ANZEIGER ein Artikel unter der Überschrift „SPD distanziert sich von Angriffen gegen Hassel" erschienen. Darin der Satz auch in bezug auf die gegen *Leverenz* erhobenen Vorwürfe: „Gestern versicherte [. . ..] der Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, *Käber*, die SPD habe von diesen Vorwürfen nicht das Geringste gewußt."

10 Die Quintessenz dieses Briefes, der vom 2. 7. 1959 datierte, in folgendem Passus: „Ich weiß wirklich nicht mehr, wo in der Bundestagsfraktion der FDP jene Kräfte sind, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet mit Erfolg für eine klare liberale Profilierung dieser Partei einsetzen. Alles ist auf diesem Gebiet verwaschen, wir überlassen der CDU/CSU die Führung im Kampf um eine Liberalisierung unseres Staatswesens. Welche Berechtigung soll dann noch eine liberale Partei vor der liberalen Wählerschaft aufweisen? Es ist ein Unglück, daß man in der FDP nur noch glaubt, Außenpolitik machen zu müssen, im übrigen wird taktiert und dies ohne Grundsatz und damit schlecht." ADL, Ordner-Nr. 3164.

Zeit die liberalen Grundsätze aus Gründen der Taktik nicht überall berücksichtigt habe, an Hand des ständig gestiegenen Sozialetats und des mangelnden Willens zur Umsatzsteuerreform, der kompromißbereiten Haltung in den Fragen des Kartellgesetzes[11], der Initiative zur Landwirtschaftsversicherung[12], der Novelle zur Kriegsopferversorgung[13] und dem nicht genügenden Eintreten für einen stärkeren Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.[14]

Dr. Reinhold MAIER stellt fest, daß die Debatte über diese Fragen richtig und wertvoll war. Er hält *Bahner* aber die zahlreichen Fälle entgegen, in denen die FDP selbst mit unpopulären Maßnahmen die liberalen Grundsätze vertreten hat. Er erinnert dabei an das Nein der FDP zur Rentenreform[15], die Einbringung einer Novelle zu den Rentengesetzen zur Beseitigung der gefährlichen Rentendynamik[16], an den Kampf gegen Kohlenzoll[17] und Heizölsteuer.[18] Dr. *Maier* verwahrt sich dagegen, die richtige Kriegsopferpolitik der FDP, die mit ihrem Berufsschadensprinzip den liberalen Grundsätzen entspricht, in diesem Zusammenhang mit zu kritisieren.

SCHWERTNER wendet sich in einer kurzen Erklärung gegen die im Brief *Bahners* enthaltenen Vorwürfe wegen der Saareingliederung.[19] Er hebt die Saareingliederung als Modellfall für die Wiedervereinigung hervor und weist darauf hin, daß die Harmonisierung der Soziallasten im EWG-Vertrag vorgesehen seien, der Saarvertrag in diesem Punkt nur eine Vorwegnahme des EWG-Abkommens bedeute.

---

11 Bezieht sich auf die Beratung des SPD-Antrages betr. Maßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht im Bundestag am 15. 10. 1959, BT STEN. BER., Bd. 44, S. 4419 B–4473 D. Die Stellungnahme der FDP auf S. 4443 D–4447 C und auf S. 4473 C.

12 Antrag der FDP-Fraktion vom 9. 10. 1959: Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 63, Drucks.-Nr. 1274.

13 Antrag der FDP-Fraktion vom 3. 4. 1959: Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung der Versorgung der Opfer des Krieges, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 61, Drucks.-Nr. 962.

14 Bezieht sich auf den Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht, den die Bundesregierung am 6. 8. 1959 im Bundestag einreichte, nachdem der Bundesrat am 26. 6. 1959 dazu Stellung genommen hatte. BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 63, Drucks.-Nr. 1234.

15 In der Schlußabstimmung im Bundestag in der Nacht vom 21. bis zum 22. 1. 1957. Hierzu und grundsätzlich zur Haltung der FDP in der Rentenreform in den Wochen vor der Entscheidung H. G. HOCKERTS, 1980, S. 416–421.

16 Antrag der FDP-Fraktion vom 8. 10. 1959: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 63, Drucks.-Nr. 1277.

17 In der Debatte über den Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Kohlenzoll) im Bundestag am 29. 1. 1959 faßte *Atzenroth* für die FDP seine Stellungnahme in den Worten zusammen: „Den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Weg eines Prohibitivzolls – das ist er ja doch – halten wir für falsch und verhängnisvoll. Da können wir unsere Zustimmung nicht geben. Wir müssen vielmehr fordern: *Erhard,* bleib bei deiner Marktwirtschaft!" BT STEN. BER., Bd. 42, S. 3252 C.

18 Siehe Nr. 66, Anm. 11.

19 *Bahner* hatte die Frage aufgeworfen, wie es sich mit den Grundsätzen einer liberalen Partei vereinbaren lasse, daß die FDP-Fraktion es für richtig hält, „die die gesamte Wirtschaft stark belastende allzu weitgehende soziale Beihilfe auf den mannigfaltigsten Gebieten des Saarlandes – ebenso wie die SPD – auch für die Bundesrepublik zu fordern".

Der Bundesvorstand beschließt, die Diskussion über diesen Fragenkomplex zu vertagen.

Auf Antrag von *Mischnick* beschließt er ferner, die Arbeitskreise II (Wirtschaftspolitik) und III (Sozialpolitik) aufzufordern, eine kleine Arbeitsgruppe für die Eigentumspolitik einzusetzen.

TOP 4: BERICHT ÜBER VERLAUF UND ERGEBNIS DER VORBESPRECHUNGEN BETR. GENERALAMNESTIE

Dr. BUCHER berichtet über die Sitzung der FDP-Justizminister mit dem Arbeitskreis IV, auf welcher ein Straffreiheitsgesetz in der vorliegenden Form und zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt worden ist.[20]

Dr. ACHENBACH begründet ausführlich seinen Entwurf.[21]

Nach einer sehr eingehenden Diskussion faßt der Bundesvorstand mit 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden Beschluß: „Der Bundesvorstand empfiehlt nach gründlicher Prüfung den Mitgliedern der Bundestagsfraktion, gegenwärtig von einem Amnestieantrag Abstand zu nehmen, zumal nach der bisherigen Reaktion der CDU und SPD eine Annahme durch den Bundestag aussichtslos erscheint."

TOP 7: STELLUNGNAHMEN ZUM ENTWURF DES INTERNATIONALEN ROTEN KREUZES BETR. GEFAHREN FÜR DIE ZIVILBEVÖLKERUNG IN KRIEGSZEITEN

Nach einer kurzen Unterrichtung durch Dr. *Bucher* stellt der Bundesvorstand fest, daß den Mitgliedern der FDP gestattet ist, die Entschließung zum Entwurf des Internationalen Roten Kreuzes betr. Gefahren für die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten[22] zu unterschreiben, wenn sichergestellt ist, daß außer

---

20 Über diese Sitzung nichts ermittelt.

21 Den Entwurf hatte *Achenbach* am 16. 10. 1959 an die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion gesandt. Der Entwurf lautete: „§ 1: Straffreiheit wird gewährt für alle Taten, bei denen auf nicht mehr als 6 Monate Gefängnis oder entsprechende Geldstrafe erkannt wird und die vor dem 15. September 1959 begangen worden sind, vorausgesetzt, daß der Täter in den letzten 2 Jahren vor diesem Datum nicht bereits vorbestraft ist. § 2: Straffreiheit wird gewährt für alle vor dem 15. September 1959 begangenen Taten, die im Zusammenhang stehen mit dem Verbot der Kommunistischen Partei. § 3: Straffreiheit wird gewährt für alle Taten, die vor dem 15. September 1959 begangen worden sind und im Zusammenhang stehen mit der durch die nationalsozialistische Tyrannis, durch Krieg und Nachkriegszeit geschaffenen Lage, soweit der Täter nicht eigene Mordlust oder Grausamkeit an den Tag gelegt hat." ADL, Ordner-Nr. 109.

22 Den angesprochenen Entwurf, der in seinem Artikel 14 eine Ächtung des Atomkrieges enthielt, hatte das Internationale Rote Kreuz auf seiner 19. Konferenz im November 1957 ausgearbeitet und einstimmig angenommen. Text abgedruckt in: ATOMZEITALTER. Informationen aus Politik, Wissenschaft und Technik, 1. Jg. (1959), S. 56 f. Der Aktionsausschuß „Kampf dem Atomtod" beabsichtigte nunmehr, mit einer Unterschriftenaktion die Bundesregierung aufzufordern, auf einen in Aussicht stehenden Schritt der Schweizer Regierung, zu einer internationalen Konferenz mit dem Thema „Ächtung des Atomkrieges" einzuladen, positiv zu reagieren. *Bucher* an die Bundesvorstandsmitglieder vom 25. 9. 1959, Anlage zum Protokoll.

FDP-Mitgliedern nicht nur Angehörige der SPD, sondern auch weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Mitunterzeichner sind.
Die Punkte 2, 3, 5 und 6 der Tagesordnung[23] werden vertagt.

68.

21. 11. 1959: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 109. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 21. November 1959 in Frankfurt/M., Carlton-Hotel, Sitzungszimmer." Vorsitz Maier. 10.20 Uhr–15.30 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Borttscheller, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Engelhard, Gäsing, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Letz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Mischnick, Rubin, Scheel, Heinrich Schneider, Schollwer, Weyer.

TOP 1: BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

Dr. MENDE gibt einen Bericht über die politische Lage. Er gibt einen Abriß über die Entwicklung der Außenpolitik seit der letzten Bundesvorstandssitzung, berichtet über die außenpolitische Debatte vom 5. November[1], die Erklärungen französischer Staatsmänner zur Oder-Neiße-Linie[2], die Kräfteverschiebung in der Europapolitik durch die Maßnahmen *de Gaulles*[3], die Wen-

---

23 TOP 2: „Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen"; TOP 3: „Stand der Beratungen über das Parteiengesetz"; TOP 5: „Stellungnahme zum Bundesrundfunkgesetz"; TOP 6: „Verhältnis zwischen FDP, DJD und LSD". Einladungsschreiben vom 15. 10. 1959, Anlage zum Protokoll.

1 Debatte im Bundestag: Entgegennahme einer Erklärung der Bundesregierung *(von Brentano)*, verbunden mit einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion betr. die internationale Lage, die Sicherung Berlins und die Wiedervereinigung Deutschlands, verbunden mit einer Großen Anfrage der FDP-Fraktion betr. die deutsche Einheit und verbunden mit einem Antrag der FDP-Fraktion betr. Konvention zur Sicherung des Heimatrechts, BT STEN. BER., Bd. 44, S. 4682 A–4768 B.

2 In einer Rede im Bundestag hatte sich *Mende* auf eine Äußerung *de Gaulles* aus dem Jahr 1958 und eine Regierungserklärung *Debrés* vom 13. 10. 1959 bezogen, ebd., S. 4713 D. *Debré* hatte als „Grundbedingung" für eine Einigung über die Berlin-Frage die „Bekräftigung des status quo" genannt und hinzugefügt: „Dazu gehört auch die Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sogenannten Oder-Neiße-Linie." AdG 1959, S. 8002 B. *Haußmann* hielt diesen Punkt der *Mende*-Rede im Bundesvorstand wie folgt fest: „Sowjetunion zur Verwaltung unterstellt sind, vorbehaltlich der endgültigen Regelung im Friedensvertrag. Zwischen Anspruch und Durchsetzung weite Spanne." Handschriftliche Notizen *Haußmanns* über die Sitzung des Bundesvorstandes am 21. 11. 1959, HStASt, Q I/22, Bü 806 (NL Haußmann).

3 Bezieht sich wahrscheinlich auf die Proklamation der Selbstbestimmung Algeriens in einem Zeitraum von 4 Jahren vom 16. 9. 1959 (AdG 1959, S. 7946 A) sowie die Erklärung *Debrés* vom

dungen der amerikanischen Politiker nach der letzten Rede *Herters*[4] und die Ergebnisse des Englandbesuches des Bundeskanzlers.[5]

Dr. *Mende* berichtet aus dem Bereich der Innenpolitik über den außerordentlichen SPD-Parteitag[6], die Wahlerfolge der FDP bei den letzten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg[7] und über ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten, der künftig die Vorstände aller Fraktionen des Bundestages einmal im Monat zusammenrufen will, um ein Minimum an Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten.

Nach einer ausführlichen Diskussion über die außenpolitische Entwicklung[8] beschließt der Bundesvorstand auf Antrag von Dr. *Schneider,* die Bundesgeschäftsstelle zu beauftragen, eine geeignete Persönlichkeit mit der Zusammenstellung von dokumentarischem Material über die Politik *Adenauers* zu betrauen.

Der Bundesvorstand faßt auf Antrag von *Weyer* folgende Entschließung zur Frage der Olympiaflagge:

---

13. 10. 1959, daß Frankreich gegenüber *Eisenhower* gewisse Revisionen an den NATO-Verträgen gefordert habe (AdG 1959, S. 8002 B). *Haußmann* notierte über diesen Passus der Rede *Mendes* im Bundesvorstand: „Haltung der Franzosen. Verdiktsbeschluß; Austritt UNO-NATO" (Anm. 2).

4 Rede vor dem amerikanischen Außenhandelsrat in New York am 16. 11. 1959. Hierin die Schilderung des neuen Kurses der amerikanischen Außenpolitik, die auf eine „Abkühlung der akuten politischen Fragen" hinauslief und auf einen „stärkeren Einsatz der anderen westlichen Länder" setzte, da nur so der „wirtschaftliche Konkurrenzkampf mit dem Kommunismus" gewonnen werden könne. AdG 1959, S. 8058 A. Zu diesem Teil der Ausführungen *Mendes* lauten *Haußmanns* handschriftliche Notizen (Anm. 2): „Rede *Herters* vor Außenhandelsrat der USA. „Deutsche Zeitung" vom 18. November 1959 in Bonn schockartig gewirkt. Wille zum Überleben. *Herter:* keinen Zweifel: USA neue Politik einschlagen. Neues Verhalten zum entgegengesetzten System."

5 Der Besuch fand vom 17.–19. 11. 1959 statt. AdG 1959, S. 8064 A. *Haußmann* notierte (Anm. 2): „Englandreise auch unübersichtlich – spärlich."

6 Godesberger Parteitag vom 13.–15. 11. 1959, auf dem die Verabschiedung des Godesberger Programms erfolgte. AdG 1959, S. 8065 E. Hierzu ausführlich K. KLOTZBACH, 1982, S. 449–454. In *Haußmanns* Notizen (Anm. 2) heißt es hierzu: „Eindrucksvoller Verlauf. Einheitlichkeit – Presse – *Wehner*-Haltung. Gegenangriff gegen SPD. Abkehr vom alten Hut. Journalisten vom SPD-Programm beeindruckt. Gefahr für FDP."

7 In Schleswig-Holstein hatte die FDP am 25. 10. 1959 8,8 % der Stimmen errungen und in Baden-Württemberg am 8. 11. 1959 9,4 % (Gemeinden) und 8,4 % (Kreistage). AdG 1959, S. 8019 A und S. 8071 E.

8 *Haußmanns* Notizen (Anm. 2) zufolge sprachen *Becker* („Wir müssen Opfer bringen an Westen"), *Dehler* („Außenpolitik völlig unkontrolliert – von einem Mann – Hinnehmen sündig – Hinweggehen über Parlament. Außenpolitische Lage sehr ernst. *Herter* hatte Willen zu verantwortlichen Vorschlägen. Gesamtdeutscher Ausschuß einzige Chance. Differenz nur in Beteiligung beider Staaten. Chance der Fortsetzung zerschlagen – *Adenauer* manipuliert, um zu verhindern. 60 % USA-Etat für militärische Zwecke. Für England auch sehr ernstes Problem. Nicht wahr: Engländer Disengagementpläne über Bord geworfen"), *Engelhard* („Grenzziehung: Rechtsstandpunkt nicht aufgeben, aber Krieg nicht umsonst verloren"), *Scheel* („Freihandelszone kommt nicht, weil Amerikaner sie nicht wollen"), *Rubin* (bestätigt *Scheels* Aussage), *Achenbach* („*Scheel* Akzente nicht richtig [. . .] Deutschlandplan konsequent, ruhig weiterverfolgen") und *Maier* („*Adenauer* will von Wiedervereinigung weg. Aequivalent schaffen für politische Linie – Abendland – mitteleuropäisch. *Adenauer* sucht Ersatz für 18 Millionen Deutsche – als ob es ihm gelingen würde, Hand auf Frankreich und umliegende [Länder zu legen]. *Adenauer* verliert von Monat zu Monat an Ansehen. An *Adenauer* verzweifelt Führungskreis").

„Der Bundesvorstand der FDP nimmt mit Befremden von der Einwirkung der Bundesregierung auf das NOK bei den Vorbereitungsarbeiten für die Olympischen Spiele Kenntnis. Er bedauert vor allem die Erklärung des Bundeskabinetts, der Vorschlag des Präsidenten des IOK, *Brundage,* die schwarz-rot-goldene Fahne mit den fünf Olympischen Ringen als Flagge der gesamtdeutschen Mannschaft zu nehmen, sei mit der nationalen Würde nicht vereinbar.[9]

Die Stellungnahme der Bundesregierung zeugt entweder von völliger Unkenntnis der mit der Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft zwangsläufig verbundenen Problematik, oder aber sie läßt deutlich werden, daß die Bundesregierung anscheinend an dem gemeinsamen Auftreten deutscher Sportler aus beiden Teilen Deutschlands ebensowenig interessiert ist, wie das bei den mitteldeutschen Machthabern der Fall ist. Wer aber nicht bereit ist, wie 1956 in Melbourne ein gemeinsames Emblem als Wappen oder ein gemeinsames Symbol als Flagge zu akzeptieren, schafft die Voraussetzung für die seit langem von der SED angestrebte Anerkennung des NOK der sogenannten DDR und damit das Zeigen der Pankower Spalterflagge in Squaw-Valley.

Im übrigen warnt der Bundesvorstand der FDP vor dem ungewöhnlichen Versuch einer politischen Einflußnahme auf Entscheidungen, die in der alleinigen Zuständigkeit des IOK oder NOK liegen. Die Freien Demokraten sprechen der deutschen Sportführung das Vertrauen aus. Sie anerkennen dankbar die immer wieder sichtbaren Bemühungen der deutschen Sportführung, der deutschen Wiedervereinigung auf dem Gebiete des Sports zu dienen."[10]

Der Bundesvorstand beschäftigt sich sodann mit den Ergebnissen des außerordentlichen Parteitages der SPD.[11] Eine Kommission, unter Vorsitz von *Deh-*

---

9 Der entsprechende Beschluß der Bundesregierung datierte vom 20. 11. 1959, AdG 1959, S. 8096 A.

10 Veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 75 vom 24. 11. 1959. Am 6. 12. 1959 beschloß das NOK seine Zustimmung zur schwarz-rot-goldenen Fahne mit den 5 olympischen Ringen als Flagge für die gesamtdeutsche Olympia-Mannschaft, obwohl die Bundesregierung ihre Bedenken aufrechterhalten hatte. AdG 1959, S. 8096 A.

11 Die dabei geführte Diskussion hat *Haußmann* (Anm. 2) wie folgt festgehalten: „*Dehler:* SPD-Programm [. . .] Soll Atomkernenergie staatlich oder marktwirtschaftlich behandelt werden? Wird Genehmigungsverfahren erteilt? Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn keine Verwertung mit rechtsstaatlichen Mitteln. SPD Gefahr für FDP – staatstreue Partei; Falsche Taktik: Glaubt denen nicht. Ungeheuerlich: SPD wirft alles über Bord, was sie jahrelang vertreten hat. Werden Sie einem Arzt noch vertrauen, der jahrelang falsch [behandelt hat]? SPD anerkennt bisherige Haltung [als] falsch – nicht falschen Propheten wählen, sondern denjenigen, der seit langem [den richtigen Standpunkt vertreten hat]. *Rubin:* Jemand, der sich erst wandelt, ist nicht verläßlicher Garant. An Sozialprogramm FDP zu tun – glaubwürdiger werden. Nicht hinstellen, was wir für Kerle sind. Liberale [sind] wesentlich mutiger, [wenn] diese Dinge angesprochen werden. Untermauerung von SPD unterschieden – solide Finanz- und Wirtschaftspolitik. *Mende:* SPD nicht von Versorgungsstaat getrennt. Popanzgefahr für Mittelstand darlegen. *Letz:* Grundlinie von *Dehler* richtig. *Mischnick:* Gegen Versorgungsstaat. *Engelhard:* Kommission einsetzen. *Lüders:* Kommentierung Abs. 2 im Sinne *Dehlers.* Korrektur von *Mischnick. Daub:* Hauptakzent Sozialismus bankrott. Scheitern der SPD. *Leuze:* Sozialistische Ideen kommen bei Arbeitern nicht mehr an. Praktisch überholt. Wozu sozialistische Ideen? Es geht uns ja gut. Einsetzen an diesem Punkt. Preisgabe des Sozialismus durch SPD, weil [sie] Versorgungsstaat hat. Entgegensetzen dem Versorgungsstaat (Wohlfahrt). Repräsentierung bürgerlicher Vorstellungen – auf diesem Weg marschieren. Gefahr Mißverständ-

ler, der ferner *Mischnick*, *Letz* und *Leuze* angehören, wird beauftragt, den vorliegenden Entschließungsentwurf zum SPD-Parteitag[12] zu verabschieden. Der Entwurf der Kommission wird in folgender Fassung angenommen, nachdem ein Antrag von *Rubin* gegen 3 Stimmen abgelehnt wurde, die Einleitung des ursprünglichen Entwurfs voranzustellen:

„Der Bundesvorstand stellt zu dem neuen Grundsatzprogramm der SPD fest:

Die SPD muß zugestehen, daß ihre bisherigen Programme falsch waren und daß die sozialistischen Ideen gescheitert sind. Sie muß die Tatsache einräumen, daß allein der liberale Gedanke sich im Staate, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft als wirksam erwiesen hat.

Die Sozialdemokraten unternehmen den Versuch, den Erfolg der bisher von ihnen bekämpften Marktwirtschaft auch für sich in Anspruch zu nehmen, ohne auf die Möglichkeit zu verzichten, auch weiterhin ihre widerlegten Sozialisierungsvorstellungen unter neuen Formeln zu verfolgen. Sie werden ebenso wie große Teile der CDU Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen, wenn der Antrag der Freien Demokraten auf Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziele, die Sozialisierung von Betrieben und Wirtschaftszweigen zu verhindern[13], im Bundestag behandelt wird.

Die sozialpolitischen Forderungen der SPD zeigen nach wie vor die Tendenz zur Vermassung; ihre Verwirklichung würde die von uns gerade für die Mittelschichten erstrebte freiheitliche Lebensordnung verhindern.

Die Freie Demokratische Partei hat mehr denn je Anlaß, ihren Weg als eine Partei, die den schöpferischen Kräften unserer Zeit verpflichtet ist, unbeirrt weiterzugehen."[14]

---

nisses: (Dem Denken [des] 20. Jahrhunderts widerstehen). Dies verlangen Leute von uns. Markierung. Kapitulation vor liberalem Wirtschaftsdenken, aber . . ."

12 Text des Entwurfes: Der Bundesvorstand der FDP „begrüßt, daß der Parteitag in seiner Mehrheit eine Absage an alle radikalen Tendenzen in der Staatspolitik, Wehrpolitik und Kulturpolitik erteilt hat. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese neue Haltung in der politischen und parlamentarischen Praxis der SPD auf allen Ebenen wirksam wird. Der wirtschafts- und sozialpolitische Teil des Grundsatzprogramms mit seinen bewußt allgemein gehaltenen Formulierungen soll nach Auffassung des Bundesvorstandes der FDP den Anschein einer Sinnesänderung der SPD in diesen Fragen hervorrufen. Die Sozialdemokraten unternehmen mit diesem Teil ihres Programms den Versuch, die Erfolge der bisher vor ihr bekämpften Marktwirtschaft nach außen hin für sich in Anspruch zu nehmen, ohne auf die Möglichkeit zu verzichten, weiterhin veralteten Sozialisierungsvorstellungen unter neuen Formeln nachzugeben. Bei der Beratung des Antrags der Freien Demokraten zur Änderung des Grundgesetzes, durch den die Enteignung von Produktionsmitteln zum Zwecke der Vergesellschaftung verboten werden soll, werden die Sozialdemokraten ebenso wie auch große Teile der CDU Gelegenheit haben, ihr Abkehr von alten sozialistischen Vorstellungen zu beweisen. Die sozialpolitischen Forderungen des Grundsatzprogramms der SPD sind weiterhin von der Tendenz zum Versorgungsstaat getragen, ihre Verwirklichung würde die Erfolge der Marktwirtschaft gefährden." Anlage zum Protokoll.

13 Antrag der FDP-Fraktion vom 4. 11. 1959: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 15 des Grundgesetzes, BT Sten. Ber., Anlg.-Bd. 64, Drucks.-Nr. 1336.

14 Veröffentlicht in: fdk, 10. Jg., Nr. 75 vom 24. 11. 1959.

TOP 2: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES 1960

Nach ausführlicher Diskussion des Entwurfes der Kommission zur Vorbereitung des Bundesparteitages[15] wird beschlossen, die von der Kommission vorgeschlagene Tagesordnung für den Bundesparteitag anzunehmen. Lediglich das am zweiten Tag vorgesehene Referat über Außenhandelsfragen soll durch ein Referat über Kulturpolitik ersetzt werden. Dieser Beschluß wird mit 9 gegen 5 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen gefaßt. Der Bundesvorsitzende wird ermächtigt, eine geeignete Persönlichkeit mit dem Referat über Kulturpolitik zu betrauen.

Am Abend des ersten Tages des Parteitages wird der Bundesvorstand einen Empfang für die Ehrengäste und die Presse geben, sofern die Bundestagsfraktion die Kosten dafür übernimmt. Der Parteitag erhält somit folgende vorläufige Tagesordnung:

Mittwoch, 27. Januar 1960: 18.00 Uhr: Bundesvorstandssitzung.

Donnerstag, 28. Januar 1960: 9.00 Uhr: Eröffnung des Bundesparteitages; Begrüßungsansprachen; Rede des Bundesvorsitzenden, Dr. Reinhold *Maier,* MdL; Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Dr. Erich *Mende,* MdB. 13.00 Uhr: Mittagspause. 15.00 Uhr: Aussprache; Geschäftsbericht; Kassenbericht; Bericht der Revisoren; Antrag auf Satzungsänderung; Entlastung; Neuwahl des Bundesvorstandes. 20.00 Uhr: Empfang für Ehrengäste und Presse.

Freitag, 29. Januar 1960: 9.00 Uhr: Referat Dr. *Leuze,* MdL, über Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelschichten; Referat über Kulturpolitik; Aussprache. 13.00 Uhr: Mittagspause. 15.00 Uhr: Referat Willi *Weyer,* MdL, über Innenpolitik; Aussprache; Anträge und Entschließungen; Schlußwort des Bundesvorsitzenden.

Der Bundesvorstand beschließt, im Hinblick auf den Zeitdruck und das bevorstehende Parteiengesetz[16] die Satzungsreform[17] auf dem kommenden Bundesparteitag nicht durchzuführen. Der Bundesparteitag soll gebeten werden, der Vertagung der Satzungsreform zuzustimmen. Auf Antrag von *Graaff* wird in Aussicht genommen, für die Satzungsreform einen außerordentlichen Bundesparteitag durchzuführen.

Der Bundesvorstand beschließt, dem kommenden Bundesparteitag lediglich folgende Satzungsänderung vorzuschlagen:

„§ 19 Abs. 1 der Satzung erhält folgende Ziffer b: bis zu drei Ehrenpräsidenten, die vom Bundesparteitag mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder auf Lebenszeit berufen werden.

§ 19 Abs. 1 hat somit folgenden Wortlaut: Der Bundesvorstand. 1. Der Bundesvorstand besteht aus: a) dem Bundesvorsitzenden, b) bis zu drei Ehrenpräsidenten, die vom Bundesparteitag mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten

15 Einsetzung in: Nr. 67, TOP „Vorbereitung des Bundesparteitages 1960".
16 Siehe Nr. 54, Anm. 18.
17 Hierzu Nr. 66 mit Anm. 16 und 17.

Mitglieder auf Lebenszeit berufen werden, c) drei stellvertretenden Vorsitzenden (Der Aufgabenbereich der stellvertretenden Vorsitzenden wird vom Bundesvorsitzenden festgelegt.), d) dem Bundesschatzmeister, e) den Vorsitzenden der Landesverbände oder deren Stellvertreter, f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, g) den der Partei angehörenden Bundesministern und Regierungschefs der Länder; scheidet einer von ihnen aus seinem Amt aus, so behält er seine Zugehörigkeit zum Bundesvorstand bis zu dessen Neuwahl, h) 13 weiteren Beisitzern."[18]

TOP 3: PARTEIENGESETZ UND PARTEIENFINANZIERUNG

Der Bundesschatzmeister gibt einen Bericht über einige Vorgänge in Berlin. Auf Antrag des Bundesschatzmeisters wird einstimmig beschlossen, die Bundesrevisoren zu beauftragen, eine Gesamtprüfung der FDP, WSV und Vertriebs-GmbH in Berlin durchzuführen.

Der Bundesvorstand beschließt weiter, zur Finanzierung des Bundesparteitages 1960 eine Anzeigenaktion im gesamten Bundesgebiet durchzuführen. Die Bundesgeschäftsstelle ist gehalten, sich dabei mit den betroffenen Landesverbänden abzustimmen. Nach einigen Ausführungen von Dr. SCHNEIDER über die Finanzierung der Bundestagswahl 1957 und die Finanzlage an der Saar beschließt der Bundesvorstand auf Antrag von Dr. *Leverenz,* eine Sondersitzung über Fragen der Parteienfinanzierung und des Parteiengesetzes durchzuführen, sobald sich die Lage auf beiden Gebieten klarer abzeichnet.[19]

TOP 4: STELLUNGNAHME ZUM BUNDESRUNDFUNKGESETZ

Dr. MENDE gibt dem Bundesvorstand bekannt, daß die Bundestagsfraktion zwar grundsätzlich für eine bundesgesetzliche Regelung des Rundfunkwesens ist, aber den vorliegenden Entwurf eines Bundesrundfunkgesetzes[20] ablehnt. Die Fraktion hat vor allem starke Bedenken gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Zusammensetzung der Aufsichtsgremien.[21]

TOP 5: VERHÄLTNIS ZWISCHEN FDP, DJD UND LSD

FLACH berichtet, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen DJD und LSD anläßlich der Wiener Festspiele nach einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vorsitzenden der Beschwerdekommission, Dr. Ernst *Achenbach,* bereinigt worden sind.[22] Der Schlußstrich unter diese Auseinandersetzungen wird durch ei-

---

18 Fortgang Nr. 70 mit Anm. 8.

19 Siehe FDP-BUNDESVORSTAND 1960–1967, 1993, Nr. 1 mit Anm. 11–13.

20 Der Entwurf wurde von der Bundesregierung am 26. 11. 1959 im Bundestag eingereicht. Der Bundesrat hatte zuvor am 13. 11. 1959 beschlossen, „den Gesetzentwurf aus verfassungsrechtlichen und staatspolitischen Gründen abzulehnen, und die Bundesregierung ersucht, den Entwurf zurückzuziehen". BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 65, Druck.-Nr. 1434.

21 Verwaltungsräte und Beiräte. Zusammensetzung je unterschiedlich für Rundfunksendungen über Kurzwelle (Deutsche Welle), Rundfunksendungen für Deutschland (Deutschlandfunk) und Fernsehsendungen (Deutschland-Fernsehen). Siehe ebd. Dazu auch H. BAUSCH, 1980, S. 397.

22 Siehe Nr. 65 mit Anm. 19 und Nr. 66 mit Anm. 14 und 15.

nen gegenseitigen Briefwechsel[23] und ein gemeinsames Seminar über die Erfahrungen bei den Wiener Festspielen gezogen.

DAUB entwickelt dem Vorstand das Sieben-Punkte-Programm der DJD für eine Zusammenarbeit mit FDP und LSD.[24]

GÄSING stimmt diesem Programm in einigen Punkten zu und wünscht in einigen weiteren Punkten Änderungen.

Nachdem der Vorstand zur Kenntnis genommen hat, daß die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit der beiden Organisationen mit der FDP und untereinander wieder gegeben sind, teilt LETZ mit, daß der Landesvorstand Bayern eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten über die Aufnahme von LSD-Mitgliedern in den Kreisverband München der FDP vornehmen wird.

69.

19. 1. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion

ADL, Ordner-Nr. 111. Prot. Flach. Gegenzeichnung Mende. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 19. Januar 1960 in Bonn, Bundeshaus, Fraktionszimmer (gemeinsam mit Bundestagsfraktion)." Vorsitz Mende. 15.00 Uhr–18.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Bucher, Dahlgrün, Daub, Dehler, Döring, Ehrich, Genscher, Gentner, Graaff, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Marie-Elisabeth Lüders, Mende, Mischnick, Claus-Christian Müller, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Schultz, Will.

---

23 Die Entwürfe für diesen Briefwechsel hatte *Achenbach* verfaßt. Die Jungdemokraten entschuldigten sich beim LSD für eine polemische Presseveröffentlichung im Zusammenhang mit den Weltjugendfestspielen und versicherten, „daß sowohl diejenigen, die seinerzeit öffentlich an den Weltjugendfestspielen teilnahmen, wie diejenigen, die dies nicht für glücklich ansahen, von honorigen Motiven geleitet waren und das Beste für unsere Sache und unser Volk" gewollt hätten. Der LSD begrüßte in seinem Antwortschreiben den Brief der Jungdemokraten, entschuldigte sich seinerseits für „gewisse Veröffentlichungen" und schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß es dem „gemeinsamen Bemühen" gelingen werde, „dem von uns vertretenen Gedankengut eine immer stärker werdende Resonanz im deutschen Volk und insbesondere in der jungen Generation zu verschaffen". Anlagen zu einem Aktenvermerk *Flachs* vom 6. 11. 1959, ADL, Ordner-Nr. 1927.

24 Das 7-Punkte-Programm schlug vor: 1. regelmäßige gemeinsame Gespräche der Bundesvorstände von FDP, DJD und LSD; 2. regelmäßige Treffen der Bundesgeschäftsführer der drei Organisationen; 3. wiederkehrende Aussprachen der Redaktionen der jeweiligen Presseorgane über die Pressepolitik; 4. gegenseitige Teilnahme von Vertretern der Bundesvorstände von DJD und LSD an den Bundesvorstandsitzungen der jeweiligen anderen Organisation; 5. Unterstützung durch FDP und DJD bei der Gründung neuer LSD-Gruppen; 6. gemeinsame Arbeitstagung von DJD und LSD unter Zuziehung von FDP-Vertretern zur Diskussion von „Fragen der Kontaktaufnahme mit Jugendverbänden aus den Ostblockstaaten"; 7. abschließende beiderseitige Erklärung von DJD und LSD betreffs Ende der Auseinandersetzungen über die Frage der Teilnahme an den Weltjugendfestspielen. ADL, Ordner-Nr. 2025.

Dr. MENDE eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, daß der Bundesvorsitzende Dr. Reinhold *Maier* sich entschuldigen läßt. Dr. Erich *Mende* teilt ferner einen Einspruch des Landesverbandes Bayern gegen die plötzliche Einberufung der Sitzung mit und stellt fest, daß die Dringlichkeit der zu behandelnden Frage eine telegraphische Einberufung des Vorstandes notwendig gemacht habe. Dr. *Mende* gibt anschließend einen kurzen Bericht über die letzte Sitzung des Europarates[1] und die Haltung der CDU, die lieber einen Ausländer zum Präsidenten des Europarates wählen möchte als einen deutschen Sozialdemokraten (Carlo *Schmid*).[2]

Dr. BUCHER gibt für die anwesenden Mitglieder der Bundestagsfraktion einen Bericht aus dem Ältestenrat des Bundestages.

TOP 1: NOTSTANDSGESETZ

Dr. DEHLER gibt einen ausführlichen Abriß über die historische Entwicklung des Notstandsrechts von der Weimarer Verfassung bis zum Grundgesetz.[3] Er verweist auf die bereits im Grundgesetz bestehenden Bestimmungen gegen verfassungsfeindliche Vereinigungen[4], über den Gesetzgebungsnotstand[5], die Unterstellung aller Polizeistreitkräfte unter die Bundesregierung in Notfällen[6] und die Bundesexekutive.[7] Da es sich beim Notstandsrecht im übrigen um ein übergesetzliches Recht wie beim Widerstandsrecht handelt, sei keine Regierung im tatsächlichen Notstand handlungsunfähig. Der alliierte Vorbehalt[8] sei durch die bestehenden Rechte bereits erfüllt.

Dr. *Dehler* untersucht dann die Frage, warum nach zehn Jahren Grundgesetz plötzlich eine neue Notstandsregelung notwendig sei, und äußert den Verdacht, daß die vom Bundesinnenminister vorgelegte Notstandsgesetzgebung[9] die Möglichkeit des Mißbrauchs durch Ausschaltung der demokratischen Institutionen eröffne. Dr. *Dehler* schlägt vor, das Notstandsgesetz der Bundesregierung einmütig abzulehnen.

---

1 Tagung des Ministerkomitees des Europarates am 14. 12. 1959. Verabschiedet wurde eine Resolution über einen „Brückenschlag zwischen der EWG und der EFTA". AdG 1959, S. 8110 C. Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 18.–22. 1. 1960. AdG 1960, S. 8185 A.

2 Zum Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates wurde am 25. 4. 1960 der Däne Per *Fedderspiel* gewählt. Ebd., S. 8366 A.

3 Vgl. M. SCHNEIDER, 1986, S. 25–30.

4 Art. 9 Abs. 2 GG.

5 Art. 81 GG.

6 Art. 91 GG.

7 Gemeint der Bundeszwang, Art. 37 GG.

8 Art. 3 des Besatzungsstatuts.

9 Innenminister *Schröder* hatte am 18. 1. 1960 den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes" in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit unterbreitet. *Schröders* Begründung des Gesetzentwurfs und seine Analyse in: M. SCHNEIDER, 1986, S. 54–57. Text des Entwurfs in: BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 67, Drucks.-Nr. 1800.

Der Bundesvorstand diskutiert anschließend ausführlich den vorliegenden Entwurf des Notstandsgesetzes der Bundesregierung, wobei Einmütigkeit über die Ablehnung dieser Vorlage besteht.

Der Bundesvorstand beauftragt eine kleine Kommission unter Vorsitz von Dr. *Dehler,* bestehend aus Dr. *Achenbach,* Dr. *Ehrich* und Dr. *Leuze,* mit der Formulierung seiner Stellungnahme.

Bundesvorstand und Bundestagsfraktion beschließen folgendes Kommuniqué:

„Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten haben am Dienstag unter Vorsitz von Dr. Erich *Mende* in einer gemeinsamen Sitzung den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Notstandsgesetzes eingehend beraten. Sie kamen zu der einmütigen Auffassung, daß der vorgelegte Entwurf aus politischen und rechtsstaatlichen Gründen abgelehnt werden muß.

Zur Begründung ihrer Ablehnung erklärten die Freien Demokraten: Der Gesetzentwurf gibt der Bundesregierung ohne genaue Präzisierung des Notstandsbegriffs schrankenlose Ermächtigungen und ermöglicht praktisch eine Ausschaltung der demokratischen Institutionen und der freiheitlichen Grundrechte auf unbefristete Zeit. Das Notstandsgesetz der Bundesregierung führt zur Rechtlosigkeit."[10]

TOP 2: TARIFVERTRAGSGESETZ

Herr GENSCHER erläutert den Entwurf der Bundestagsfraktion zum Tarifvertragsgesetz.[11] Bundesvorstand und Bundestagsfraktion sprechen sich für den Entwurf aus.

[BUNDESRUNDFUNKGESETZ]

Dr. MENDE unterrichtet Bundesvorstand und Bundestagsfraktion über die neueste Entwicklung auf dem Gebiet des Rundfunkwesens.[12]

---

10 Veröffentlicht in: fdk, 11. Jg., Nr. 5 vom 20. 1. 1960.

11 Antrag der FDP-Fraktion vom 20. 1. 1960: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertragsgesetzes, BT STEN. BER., Anlg.-Bd. 65, Drucks.-Nr. 1563.

12 Siehe hierzu Nr. 68 mit Anm. 20 und 21. Im Dezember 1959 und Januar 1960 hatten eine Reihe von Besprechungen zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten stattgefunden, um den Konflikt zwischen dem Bund und den Ländern über den Rundfunkgesetzentwurf zu lösen. Vgl. H. BAUSCH, 1980, S. 402 f.

70.

27. 1. 1960: Sitzung des Bundesvorstandes

ADL, Ordner-Nr. 111. Prot. Flach. Gegenzeichnung Maier. Überschrift: „Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes am 27. Januar 1960 in Stuttgart, Parkrestaurant Weigelschmidt, Stresemannstr. 39." Vorsitz Maier. 15.15 Uhr–18.00 Uhr.

Teilnehmer: Achenbach, Becker, Bucher, Daub, Dehler, Döring, Eilers, Engelhard, Erbe, Genscher, Gentner, Glahn, Graaff, Albrecht Haas, Haußmann, Hoppe, Herta Ilk, Kohut, Lenz, Leuze, Leverenz, Marie-Elisabeth Lüders, Maier, Mende, Hans Schäfer, Heinrich Schneider, Schollwer, Ullmann, Will.

TOP 1: VORBEREITUNG DES BUNDESPARTEITAGES

Dr. MENDE weist darauf hin, daß *Weyer* aufgrund seiner Erkrankung möglicherweise nicht in der Lage ist, sein Referat zum Thema „Freie Bürger in einem freien Staat" am zweiten Tag des Bundesparteitages zu halten.[1] Der Bundesvorstand beschließt nach kurzer Diskussion, Wolfgang *Döring* zu beauftragen, das Referat zur Innenpolitik zu übernehmen, falls *Weyer* verhindert ist.[2]

FLACH weist darauf hin, daß der Bundesschatzmeister ebenfalls erkrankt ist und möglicherweise den Finanzbericht nicht erstatten kann.

Der Bundesvorstand beauftragt Dr. *Kohut,* den Finanzbericht zu erstatten, falls der Bundesschatzmeister verhindert ist.[3]

Der Bundesvorstand beschließt ferner, auf Begrüßungsreden der Vertreter der Verbände beim Bundesparteitag zu verzichten. Lediglich der Vertreter der Landesregierung, Minister *Renner,* der Vertreter der Stadt Stuttgart, Bürgermeister *Hirn,* und der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes, Minister Dr. Wolfgang *Haußmann,* werden zu kurzen Begrüßungsansprachen gebeten.[4]

Dr. Reinhold MAIER gibt den eingeladenen Teilnehmerkreis für den geplanten Empfang des Bundesvorstandes am 28. Januar bekannt.

---

1 Programm des Parteitages in: Nr. 68, TOP 2 „Vorbereitung des Bundesparteitages 1960".

2 *Döring* sprach auf dem Bundesparteitag am 29. 1. 1960 über das Thema „Freie Bürger in einem freien Staat". Text der Rede in: ADL, A 1-156, S. 39–61.

3 Die von *Rubin* ausgearbeitete Vorlage in: ADL, A 1-157. Etwas abweichend in einzelnen Formulierungen der von *Kohut* gegebene Kassenbericht am Parteitag in: ADL, A 1-155, Parteitagsprotokoll, S. 68–72. Zahlen enthielt der Bericht kaum. Trotz einer leichten Verbesserung der finanziellen Lage der FDP gegenüber dem Vorjahr war die Finanzierung nach wie vor unbefriedigend. In den Worten *Rubins:* „Unverändert leben die bürgerlichen Wählerparteien am Rande des finanziellen Ruins, ihre Hoffnung bleibt vorerst die Bereitstellung öffentlicher Mittel."

4 Diese Begrüßungsreden in: ADL, A 1-154, Parteitagsprotokoll S. 7–17.

Nach kurzer Diskussion über die Frage, ob alle Delegierten zusätzlich zu diesem Empfang eingeladen werden sollen, beschließt der Bundesvorstand, es bei dem eingeladenen Kreis zu belassen. Er bittet Frau Dr. *Lüders*, Dr. Reinhold *Maier*, Dr. *Mende* und Dr. *Haußmann*, die Gäste zu empfangen.

FLACH erbittet Beschluß, zu welchem Zeitpunkt die Berufung des Ehrenpräsidenten erfolgen soll.[5] Nach kurzer Diskussion wird eine kleine Kommission, bestehend aus *Bezold*, Dr. *Bucher* und Prof. *Erbe*, beauftragt, eine Neuformulierung des Satzungsänderungsantrages betreffend Ehrenpräsidenten vorzunehmen.[6] Es wird beschlossen, den Ehrenpräsidenten vor der Wahl des Bundesvorstandes zu berufen.[7] Die Kommission hat folgenden Satzungsänderungsantrag ausgearbeitet, der vom Bundesvorstand beschlossen wird:

„Der Abschnitt ‚Der Bundesvorstand' der Bundessatzung erhält folgende Fassung: Der Bundesvorstand. § 19 (wie bisher). § 19 a: Der Bundesparteitag kann auf Vorschlag des Bundesvorstandes Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit berufen. Sie sind Mitglieder des Bundesvorstandes mit Sitz und Stimme."[8]

Dr. MENDE berichtet, daß je eine Entschließung zur Außenpolitik und zur Wirtschaftspolitik vorliegt.[9] Der Bundesvorstand setzt zwei Arbeitskreise zur endgültigen Formulierung der Entschließungen ein. Ihnen gehören für die außenpolitische Entschließung an: Dr. *Achenbach*, Dr. *Becker*, Dr. *Dehler* [als Vorsitzender], Dr. *Leverenz*, *Genscher* und *Schollwer*; für die wirtschaftspolitische Entschließung: Dr. *Atzenroth*, *Engelhard*, *Graaff* [als Vorsitzender], Dr. *Reuter* und Dr. *Gentner*.

---

5 Hierbei handelte es sich – wie *Haußmann* in einem Schreiben an *Weyer* und *Rahn* vom 28. 10. 1959 mitteilte – um eine „lex Reinhold *Maier*". Es ging darum, „in der Satzung eine Bestimmung zu verankern, die es Reinhold *Maier* möglich machte, als Ehrenvorsitzender an den Sitzungen des Vorstandes stimmberechtigt teilzunehmen". HStASt, Q I/22, Bü 725 (NL Haußmann).

6 Bisher vorliegender Neuformulierungsvorschlag in: Nr. 68 mit Anm. 18.

7 Die Berufung Reinhold *Maiers* zum Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand durch den Bundesparteitag erfolgte einstimmig. K.-J. MATZ, 1989, S. 476.

8 Diese Satzungsänderung wurde vom Parteitag einstimmig beschlossen. ADL, A 1-155, Parteitagsprotokoll S. 59.

9 Ermittelt lediglich den Entwurf zur Außenpolitik, der, vier Seiten lang, allein die deutsche Frage zum Inhalt hatte. An die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA wurde die Forderung gestellt, einen Beschluß zu fassen, in dem sie „das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" anerkennen. Der Entwurf schloß mit drei Feststellungen: 1. Ablehnung eines Friedensvertrages, „der dem deutschen Volk ungerechtfertigte territoriale Opfer auferlegt" und „der nicht gleichzeitig und mit Zustimmung der Vier Mächte verbindliche Abmachungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands über die Modalitäten und den Zeitpunkt von gesamtdeutschen Wahlen trifft". 2. Abschluß eines europäischen Sicherheitsvertrages zur Bildung eines Bündnissystems, dem zumindest die Vier Mächte angehören müßten, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag. 3. Nachdrückliche Warnung „vor jedem Versuch einer isolierten Lösung der Berlin-Frage". ADL, A 1-153. Eine Verabschiedung dieser Entschließung noch einer anderen durch den Parteitag erfolgte nicht.

Anschließend geben die Vertreter der einzelnen Landesverbände dem Bundesvorstand ihre Vorschläge für die Neuwahl des Bundesvorstandes bekannt.[10]

10 Hierzu hatte Albrecht *Haas Mende* am 25. 1. 1960 einen Brief geschrieben mit der Bitte, ihn in der Bundesvorstandssitzung zu verlesen. Darin eine scharfe Kritik an den „bisher gehandhabten Wahlpraktiken". Dies zielte auf die „dauernden Wahlabsprachen" zwischen einzelnen Landesverbänden ab, die zur Majorisierung der hieran nicht beteiligten Landesverbände führten. „Mit liberalen Methoden", so *Haas*, „haben Vergatterung und Absprachen jedenfalls nichts zu tun." *Haas* monierte die bislang ungenügende Vertretung des bayerischen Landesverbandes im Bundesvorstand („Thomas *Dehler* ist niemals als Vertreter Bayerns, sondern als der frühere Bundesvorsitzende und bedeutsame FDP-Politiker in den Bundesvorstand gewählt worden und ebenso Frau Dr. *Ilk* niemals als Vertreterin Bayerns, sondern als Vertreterin der Frauen.") und drohte an, vor Eintritt in den Wahlgang auf dem Bundesparteitag die undemokratischen Wahlpraktiken zur Sprache zu bringen. HStASt, Q I/22, Bü 725 (NL Haußmann). Offenbar ist es gelungen, Albrecht *Haas* zu beruhigen, denn eine Äußerung seinerseits im Verlauf des Wahlaktes unterblieb. Der Parteitag wählte am 28. 1. 1960 Erich *Mende* zum neuen Bundesvorsitzenden, Hans *Lenz*, Oswald *Kohut* und Heinrich *Schneider* zu seinen Stellvertretern. Bundesschatzmeister wurde erneut *Rubin*. Als Beisitzer wurden gewählt (in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl): Max *Becker*, Thomas *Dehler*, Ewald *Bucher*, Herta *Ilk*, Ernst *Achenbach*, Wolfgang *Döring*, Eduard *Leuze*, Hans Günter *Hoppe*, Otto *Eisenmann*, Karl *Atzenroth*, Walter *Scheel*, Walter *Erbe* und Hans *Schäfer*. fdk, 11. Jg., Nr. 9 vom 5. 2. 1960.

Register

Die Angaben zu den Personen beschränken sich in aller Regel auf die (wichtigsten) öffentlichen Ämter und politischen Funktionen, die diese Personen von 1954 bis 1960 wahrgenommen haben. Zeitangaben erfolgen nur dann, wenn während der in der Edition dokumentierten Zeitspanne Änderungen eingetreten sind oder der jeweilige Name in einem anderen Zusammenhang genannt wird (Beschränkung auf die Angabe von Jahreszahlen). Personen, die nur einmal genannt werden und über die keine weiteren Angaben ermittelt werden konnten, als schon das jeweilige Dokument vermittelt, werden dann nicht in das Personenregister aufgenommen, wenn nicht verifiziert werden konnte, ob die Wiedergabe der Namen in den Dokumenten korrekt ist. Titel von Zeitungen sind in Anführungszeichen gesetzt; sie werden nur aufgeführt, wenn sie im Dokumententext genannt werden.

Achenbach, Ernst, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1958 auch im FDP-Bundesvorstand, ab 1959 Vorsitzender der Beschwerdekommission des FDP-Bundesvorstandes; bis 1958 MdL in NRW, ab 1957 MdB XXIV, 105, 292, 297 f., 313, 360 f., 363, 366, 368, 371 f., 380, 388, 395, 399, 403 f., 406, 409, 417 f., 424, 426, 428 f., 431–436, 439 f., 442, 444, 446 ff., 451 ff., 455, 457, 461 ff., 467–473

Adenauer, Konrad, Vors. der CDU; MdB; Bundeskanzler, bis 1955 gleichzeitig Außenminister 54, 83, 172, 272, 274, 314, 330, 346, 371
- im Urteil von FDP-Politikern XLII ff., XLVI f., LI, LX, LXVIII f., LXX f., 86, 88 f., 95 ff., 100 f., 119, 130, 137, 143, 152, 159, 170, 184 f., 208, 282, 287, 289 f., 301, 303, 336, 354, 361, 377 f., 395 f., 449, 452, 463
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLI f., XLIV, XLVI f., LXIV, LXVI, LXIX f., 55, 57–67, 74, 82, 86, 88 f., 94, 96, 104, 119 f., 122 f., 125 f., 130, 170, 184, 231, 273, 287, 290, 345, 348, 354, 377, 392, 428 f., 449, 452, 463
- und Bundesregierung/-koalition XLII f., XLVII, LI, LVII ff., 87, 90–93, 97 ff., 104, 113, 120, 123, 131, 139, 145, 147, 156, 162, 208, 245, 282 f., 287, 289, 294, 296, 431
- und Bundespräsident 417, 431, 433, 446
- und Dehler XLVII, L, 125, 130, 136, 139, 200, 345, 428
- und FDP XLV ff., IL, LX, 41, 43, 74, 120, 130 f., 136, 145, 147, 159, 162, 301, 303, 342, 355, 395, 429
- und Kirche/Christentum 273, 277
- und Kulturpolitik 9, 11, 27
- und Länderregierungen 75
- und Maier XLII, 82, 393, 416, 429, 449
- und Parteienfinanzierung XL, 451
- und Sozialpolitik 210
- und SPD 89
- und Verteidigungspolitik 120, 123, 192, 215, 261
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht LVII f., 43–48, 93, 133, 136, 145, 273, 276, 279, 283 f., 303, 342, 347, 375, 383, 392 f., 395

Ägypten 192, 215 f.

Agrarpolitik LI, LIV ff., 188, 196, 207 f., 218, 224, 247 ff., 258 f., 262 f., 268 f., 277, 336, 344, 404, 412, 445, 447

„Agrarpolitischer Rundbrief" 174, 277, 412, 415

Agsten, Rudolf, Sekretär der Parteileitung der LDP; Mitglied der Volkskammer (Fraktionsvors.) 210 f.

Ahrens, Hermann, 1955/56 stellv. Vors., ab 1956 Vors. des BHE-LV Niedersachsen und Mitglied des Bundesvorstandes; MdL in Niedersachsen; bis 1957 Wirtschafts- und Verkehrsminister, ab 1959 Finanzminister 387

Aktionsausschuß „Kampf dem Atomtod" LXII f., 339 f., 344, 364–367, 461

Aktionskomitee der Vereinigten Staaten von Europa 191

Algerien 462

Alliierte/Siegermächte LXVII, LXXI, 14 f., 57, 59, 62, 67, 210, 255, 348, 353, 377 f., 382, 401, 407, 429 f., 439, 443, 449, 469, 472

Altmeier, Peter, Landesvorsitzender der CDU von Rheinland-Pfalz; MdL; Ministerpräsident, 1954–1955 Bundesratspräsident 421

Amelunxen, Rudolf, bis 1958 MdL (Zentrum) in NRW; bis 1958 Justizminister 140

Andersen, Hermann Rudolf, bis 1952 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Schleswig-Holstein (FDP) 53

Arndt, Hans-Joachim, bis 1957 Referent für Wirtschaftspolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 199, 206

Arndt, Otto, Vors. des BvD in Rheinland-Pfalz; Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz 270, 275, 329, 388, 409, 446 f.

Arnold, Karl († 1958), ab 1956 stellv. Vorsitzender der CDU; MdL (CDU) in NRW, ab 1957 MdB; bis 1956 Ministerpräsident XXXIII, 42, 83, 139, 144, 151, 375, 395

Asbach, Hans-Adolf, Vors. des BHE-LV Schleswig-Holstein und Mitglied des Bundesvorstandes; MdL in Schleswig-Holstein; bis 1957 Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene und stellv. Ministerpräsident 40, 102 f., 379

Aschoff, Albrecht, bis 1955 sowj. Kriegsgefangenschaft; ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW 254, 257

Atzenroth, Karl, 1956–1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, ab 1957 Vors. des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik; MdB

XXVI, 5, 144, 155, 173, 184, 186, 199, 209 f., 213, 217 f., 221, 230 ff., 238, 241 ff., 248, 250, 254, 266, 270, 280, 292, 295, 297, 309, 321, 341, 360, 373, 453, 460, 472 f.

Augstein, Rudolf, Herausgeber und Chefredakteur des „Spiegel" (FDP) 254, 257, 281

Außenministerkonferenzen siehe Internationale Konferenzen

Außenpolitik XVI, XLIII, LIV ff., LXII ff., LXIX, 85 f., 100, 108, 111, 115, 128, 140 ff., 155, 157, 218, 224, 243, 247 f., 252 f., 255, 272, 346 f., 359, 374, 376 f., 386, 392 ff., 396, 426, 431 f., 452, 454, 457
- Entspannung 377
- Moskaureise 1955 XLVI, 122 f., 125 f., 130
- Organisationsfragen LXVII, 64, 86 ff., 90–96, 255, 283, 289, 342, 420, 463
- Ostpolitik XLI ff., LXI, 55–67, 74, 82, 93, 99, 255, 340, 345
- Souveränitässtreben 88, 90 f., 93, 97, 104, 106
- Suez-Konflikt 1956 LII, 192, 215
- Westbindung XLII, XLVI, LXI, 60 ff., 64 f., 67, 84, 96 f., 99, 128, 156, 226, 252, 255, 283, 290, 346, 377, 383

Baden-Württemberg 8, 40, 100, 274, 406
- Regierungen XXI, XXXI, 149, 164 f., 173, 183, 471
- Schulwesen 9, 11
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 48, 146–149, 164, 180, 182, 195, 204, 269 f., 279, 284 f., 394, 404, 411, 432, 463

Bahner, Dietrich, Vors. des FDP-BV Augsburg LXIX, 457, 459 f.

Bank deutscher Länder 185

Bareiter, Franz, ab 1958 Geschäftsführer des FDP-LV Hessen 409

Barowsky, Ella, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin (1956–1958 stellv. Vors.); MdA 114, 124

Barz, Richard, bis 1953 Vors. des FDP-BV Groß-Hannover, 1950–1953 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (1951–1953 stellv. Vors.) 37

Bayern 88, 319
- Regierungen XXV, XXXI, 45, 107, 136, 153 f., 313 f., 321, 384, 402
- Schulwesen/Kulturpolitik 154, 384
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 49, 102, 154, 232, 267, 279, 296, 303, 314, 319, 362, 379, 384, 386 f., 394, 398, 401 f.

Bayernpartei (BP) 107, 136, 200, 220, 253, 267, 313, 319, 402

Beaumont, Guérin de, französischer Diplomat und Politiker, 1954 Staatssekretär für Auswärtiges, 1954–1955 Innenminister 86

Becher, Bruno, MdL (FDP) in Rheinland-Pfalz; bis 1959 Justizminister 8, 10, 121, 421

Becker, Max, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen (1956–1958 Vors., ab 1958 stellv. Vors. bzw. Ehrenvors.), ab 1955 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. des Wahlrechtsausschusses und stellv. Vors. des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung; MdB (1956–1957 stellv. Fraktionsvors.), ab 1956 Vizepräsident des Bundestages 87, 329, 358
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 104, 107, 119, 122, 125, 129, 157, 162, 165, 170, 172 f., 179, 192, 199, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 260, 268, 270, 275, 287, 292, 298, 368, 372, 388, 399, 431, 434, 439, 442, 462, 471
- und andere Parteien 276, 370
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLI, LXVIII, 55 f., 111, 126, 194, 218, 248, 273, 288 f., 321, 371, 376, 407, 429, 436, 440, 463, 472
- und Bundespräsident LXVII, 437, 440 f., 445 ff., 451 f.
- und Bundesregierung/-koalition 170 f., 200, 314
- und Bundesverfassungsgericht 24 f., 27
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XVII, XXIV, 115, 172 f., 360 f., 442, 473
- und DPS 170, 222, 236
- und Länder/Landesverbände XXIV, 177, 183, 199, 263, 275, 405, 407, 429
- und Parteifinanzierung 54, 199, 244, 263, 398
- und Parteiprogramme 218, 223, 248, 405 f.
- und Parteipropaganda/-werbung 308, 376
- und Parteisatzung/-organisation 146, 148, 179, 183, 212, 253, 321, 376, 396, 404 ff., 451
- und Presse/Rundfunk 253
- und Verteidigungspolitik 321, 365, 371, 429
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 131, 181, 195, 248, 276, 288 f.

Becker, Richard, Präsident auf Lebenszeit der DPS; MdL im Saarland 236

Beckmann, Joachim, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland 448

Belgien 86

Berendsen, Fritz, bis 1959 MdB (CDU) 265

Berg, Fritz, Präsident des BDI XXXVII, 84, 263, 265, 271, 278, 281 f., 358

Berg, Hermann, bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP) 145 f., 152

Berger, Pius, Vors. des FDP-KV Freiburg 285

Berghes, Ferry von, ab 1959 Staatsekretär im Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz (FDP) 435

Berlin 100, 125, 190, 193 f., 275, 298, 373, 385, 406 f., 425
- Notopfer 185
- Senate XXXI, 110, 299
- Status LXVI, LXVIII, LXXI, 256, 331, 401, 406 f., 419, 428 f., 443 f., 448 ff., 452, 458, 462, 472
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht XXXI, 44 f., 102, 110, 284, 298, 303, 386 f., 399 ff., 403

Bernhard, Henry, Herausgeber der „Stuttgarter Nachrichten"; Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der FDP 105

Bezold, Otto, stellv. Vors. des FDP-LV Bayern, bis 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. des Satzungsausschusses; MdL in Bayern; 1954–1957 Wirtschaftsminister, 1957–1958 Innenminister XXV, 3, 24, 75, 78, 85, 104, 107, 109, 116, 129, 131, 133, 136 f., 157, 165, 167, 170, 172, 179, 186, 192, 225, 229 f., 234 f., 238, 240–243, 246, 250, 253 f., 260, 285, 287, 292, 297, 321, 323, 329, 358–361, 431 f., 446, 448, 455, 472

Biermann-Ratjen, Hans Harder, MdBü (FDP) in Hamburg; Senator (verschiedene Ressorts) 206

Bismarck, Fürst Otto von (1815–1898), Reichkanzler und preußischer Ministerpräsident 290, 443

Blank, Martin, Direktor in der Hauptverwaltung der GHH; bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP), bis 1956 parlamentarischer Geschäftsführer 72, 109, 127, 265

Blankenhorn, Herbert, bis 1955 MinDir. im AA, 1955–1958 ständiger Vertreter bei der NATO, ab 1958 Botschafter in Frankreich 60

Bleek, Karl Theodor, bis 1957 Staatssekretär im BMI, ab 1957 Chef des Bundespräsidialamtes (FDP) 109, 116, 122, 129, 133

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) XXX f., XXXVI, 28, 117, 152, 187, 220, 254, 263, 297 f., 315, 318, 379, 385
- in den Ländern XXIX ff., 40 f., 43 f., 46, 51, 102, 107, 118, 128, 136, 164 f., 262, 267, 274, 279, 314–317, 319, 325–328, 334, 358, 362, 368 ff., 376, 379, 387, 389, 401 f., 434
- und Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht XXX, 43, 102, 118, 128, 164, 220, 262, 274, 279, 302, 304, 314, 317, 368 ff., 401 f., 434, 437, 447, 457

Blücher, Franz († 1959), bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1958 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP); bis 1957 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Stellv. des Bundeskanzlers XVI, XLIII ff., XLVIII f., IL, 3, 10, 27, 29, 32, 54 f., 72, 75, 79–83, 87, 101, 113 f., 117, 120, 137, 145, 147 ff., 151 f., 155, 158, 167 f., 178, 191, 304, 448
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 98, 109, 111, 116, 122

Bode, Waldemar, bis 1957 Mitarbeiter (Abteilungsleiter Finanzen) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 107, 181

Bökel, Walter, ab 1954 Abteilungsleiter (Wirtschaftswerbung) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1957 Geschäftsführer des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik 321

Bolz, Lothar, Vors. der NDPD (DDR); Mitglied der Volkskammer; Außenminister und stellv. Ministerpräsident 448

Borttscheller, Georg, Vors. des FDP-LV Bremen, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; ab 1959 Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr XXIV, 64, 84, 128, 131, 154 f., 200, 214, 223, 264, 268, 274, 318, 321, 327, 356, 399, 409, 435 f., 447 f., 453 f.
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 55, 75, 104 f., 107, 111, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 144, 157, 162, 165, 170, 172, 186, 192, 199, 213, 217, 238, 254, 264, 268, 270, 280, 287, 298, 317, 335, 341, 368, 380, 409, 417, 434, 439, 442, 446, 451, 462

Bote, Albert, 1957–1958 stellv. Vors. des FDP-LV Bremen 179, 230 f., 235

Brandt, Heinz, Geschäftsführer des FDP-LV Bayern, 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung XI f., 164, 173, 189, 333, 411

Brandt, Willy, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Berlin (1954–1958 stellv. Vors., ab 1958 Vors.), ab 1958 Mitglied des Bundesparteivorstandes; MdA in Berlin (1955–1957 Präsident des Abgeordnetenhauses), bis 1957 MdB; ab 1957 Regierender Bürgermeister 452

Brauer, Max, MdBü (SPD) in Hamburg; ab 1957 1. Bürgermeister 320

Bremen 136, 365 f.
- Schulwesen 44
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 44, 128, 435, 453 f., 462

Brennecke, Kurt, General a. D. 112

Brenner, Eduard, 1950–1954 Staatsekretär im bayerischen Kultusministerium (SPD) 24

Brenner, Otto, Vors. der IG Metall, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB 396

Brentano, Heinrich von, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; MdB (bis 1955 Fraktionsvors.); ab 1955 Bundesaußenminister 100, 122, 289, 348, 375, 407, 428, 436, 452, 462

Bretscher, Willy, Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung"; Mitglied des schweizerischen Nationalrates (Freisinnig-demokratische Partei); Vizepräsident der Liberalen Weltunion 271 f.

Brücher, Hildegard, MdL (FDP) in Bayern 243 f., 250, 254, 264, 268

Brüning, Heinrich, 1930–1932 Reichskanzler (Zentrum), bis 1954 Prof. Univ. Köln 84

Brüsseler Pakt 104, 106

Brundage, Avery, Präsident des IOK 464

Bruhn, Wolfgang, bis 1956 Mitarbeiter (Referent für Kulturpolitik) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 132

Bucher, Ewald, ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung; ab 1953 MdB (ab 1956 parlamentarischer Geschäftsführer) XII, XXIV, 152, 172 f., 177, 179, 188, 241 f., 256, 330, 333, 339, 360 f., 364, 398, 406, 420, 430 f., 442, 447 f., 457, 461, 469, 472 f.
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 144, 173, 179, 186, 199, 213, 217, 221, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 268, 280, 287, 292, 298, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471

Buchholz, Karl-Heinz († 1958), MdL (DPS) im Saarland 407

Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch, sowjetischer Politiker, bis 1955 Verteidigungsminister, 1955–1958 Ministerpräsident 348, 361

Bulgarien 23, 56

Bundesgesetzgebung
- Bewahrungsgesetz 112
- Ehrenschutzgesetz 452
- Finanzgesetze 82
- Flüchtlingsgesetze 195
- Kartellgesetz 13–23, 460
- Kriegsfolgenschlußgesetz 82
- Kriegsopfergesetze 460
- Ladenschlußgesetz 343
- Landwirtschaftsgesetze 207 f., 440
- Mitbestimmungsgesetz 82 f.
- Notstandsgesetz 469 f.
- Parteiengesetz XI, XV, 162, 333, 385, 398, 414, 462, 466 f.
- Personenstandsgesetz 8, 28
- Pressegesetz 385
- Rundfunkgesetz 385, 467, 470
- Straffreiheitsgesetz/Amnestiegesetz 273, 452, 461
- Strafprozeßverordnungsgesetz 453
- Tarifvertragsgesetz 453
- Wehrgesetzgebung XXXV, LI, 54, 120 ff., 133 ff., 145, 186 f., 197 f., 209, 215, 310
- Wohnungsbaugesetze XLII, 60, 460

Bundesministerien
- Arbeit 94
- Atomfragen 129
- Auswärtiges Amt XLII, 11, 27, 64, 87 f., 92 ff., 96
- Gesamtdeutsche Fragen 237, 399 f.
- Inneres 27
- Kanzleramt 64, 152
- Kultusministerium 229 f., 238 f., 258, 285
- Presseamt 290, 381
- Verkehr 94
- Verteidigung XLVI, 120, 123
- Wirtschaft 94
- wirtschaftliche Zusammenarbeit XLIV, 113

Bundespräsidentenwahl 1959 LXVI f., 417 f., 428, 431, 433, 437, 440 f., 445–449, 451 f.

Bundesrat 8 ff., 24, 27 f., 90, 120, 126, 137, 194, 238, 266, 301, 312, 335, 467

Bundesregierung/-koalition 11, 82, 92, 187, 196, 199, 207 f., 273, 303, 345
- Ausscheiden/Eintreten der FDP IX, XXI, XXXV, XXXVII, XLIII ff., XLVII, L f., LVI–LX, LXIII, LXV, LXXI, 6, 87, 93, 96 f., 104, 113, 136, 139, 144 f., 147, 156, 162, 165, 170, 200 f., 271, 276, 281 ff., 287 ff., 293–297, 300, 374 f., 386, 391 f., 395, 417, 434,
- Bildung 1957 XXI, XXXVII, L f., 180, 245, 265, 271, 276, 281 ff., 289, 293–297, 395
- Bildung 1961 447
- Bundeskanzlerdominanz/-krise/Ministerverantwortlichkeit XLVI, LI, 100, 104, 170, 208, 258, 289, 336, 392, 454
- Kabinettsräson 62 ff., 92, 287
- Ministerdemissionen/Umbildungen XLII ff., 87–96, 98 f., 113, 129, 131, 137, 431
- und Agrarpolitik 277
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLI–XLVII, LXIII, LXVII f., LXXI, 86 f., 100, 106, 209, 226, 256, 264, 283, 291, 313, 351, 372, 377 f., 383, 407, 428, 430, 436, 448 f., 458, 464
- und Finanzpolitik 257, 317
- und Kulturpolitik 28, 467
- und Rechtspolitik 453, 469 f.
- und Sozialpolitik 210, 257
- und Steuerpolitik 335
- und Verteidigungspolitik 215, 261
- und Wirtschaftspolitik 257, 264, 375, 453 f.
- Wirtschaftskabinett 94

Bundestag siehe Deutscher Bundestag

Bundesverband vertriebener Deutscher (BvD) 369 f.

Bundesverfassungsgericht XXXVIII, 192, 200, 220, 257, 397, 408, 421
- Präsidentenwahl 1954 XLI, 24–27

Burandt, Jürgen, bis 1954 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 5 f.

Buscham, Lina, bis 1955 Vors. des Frauenausschusses der FDP; bis 1954 MdL in NRW 124

China XLI, 56 ff., 64 ff., 209

Christlich-Demokratische Union (CDU) 82, 117, 298, 315, 365
- Arbeitnehmerflügel/„linker" Flügel XXXVII, 265, 271, 291, 383
- evangelischer Flügel/Arbeitskreis 101, 277 ff.
- im Urteil von FDP-Politikern XLI, LX, 46, 88, 95, 137 ff., 175, 269, 273, 301, 351, 376, 380 ff., 392, 395
- in Baden-Württemberg 164 f., 274
- in Berlin 44, 110, 400
- in Bremen 44, 128
- in Hamburg 138, 320
- in Hessen 38 f., 45 ff., 49, 315, 378, 401
- in Niedersachsen 43, 48, 118, 155, 262, 267, 274, 316, 434 f.
- in NRW XXXII f., XLVII, 42 f., 46, 83, 135, 137 ff., 142, 373, 375–378
- in Rheinland-Pfalz 435
- im Saarland 123
- in Schleswig-Holstein 40 f., 46, 48, 51 ff., 102, 383, 389
- Parteiprogramme 383
- Parteitage 269, 273, 301, 379 f., 383
- und Außen-/Deutschlandpolitik LXXI, 84, 89, 94, 97, 104, 193, 226 f., 254, 340, 345, 349, 376, 378, 396, 419, 436, 469
- und Bundespräsident 417 f., 431, 441, 446 f.
- und Bundesverfassungsgericht 24 ff.
- und FDP IX, XLVII, LVII f., LXI, LXIII ff., LXX f., 92, 94, 130 f., 136, 138 f., 147 f., 170 f., 243, 271, 276, 282, 293–297, 303 f., 342, 374 f., 377 f., 385 f., 391 f., 434, 436
- und Koalitions-/Regierungsbildungen XXXII, XLVII, LVII ff., 97, 100, 102 f., 110, 118, 134 f., 137 ff., 147, 156, 162, 164 ff., 171, 199, 201, 265, 276, 282 f., 293–297, 303 f., 342, 346, 374 f., 389, 434 f., 447
- und Kulturpolitik 12, 28, 44
- und Parteifinanzierung XXXVIII, XL, 278, 359, 451, 456
- und Verteidigungspolitik 197, 366
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XXXIII, XXXVI, XLVII, LIX f., 38–49, 51 ff., 102, 128, 131–136, 139 f., 142, 144, 164, 180, 220, 246, 260, 262, 265, 267, 273 f., 276 ff., 283, 287 f., 292, 300 ff., 305, 315, 317, 320, 340, 373, 375–378, 383, 389, 395, 400 f., 434 f.
- und Wirtschaftsordnung/-politik LXX, 266, 291, 464

CDU/CSU-Fraktionen
- im Bundestag XVI, XLII, LXIX, 26, 60, 134, 162, 187, 226 f., 252, 254, 266, 292, 295 ff., 302, 344, 354, 366, 419, 434, 459, 461

– in der Bundesversammlung 446 f.

Christlich-Soziale Union (CSU) LIX, 25 f., 45 f., 52, 175, 273, 314, 319, 344, 362, 369, 381, 384, 402, 417

Christliche Volkspartei (CVP) 405

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch, sowjetischer Politiker, 1. ZK-Sekretär der KPdSU; ab 1958 Ministerpräsident LXIX, 361, 378, 401, 419, 449, 452

Churchill, Sir Winston, britischer Politiker, bis 1955 Premierminister 62 f.

Czermak, Fritz, bis 1957 MdB (GB/BHE, FDP) 126

Dahlgrün, Rolf, bis 1957 MdBü (FDP) in Hamburg, ab 1957 MdB 417, 424, 468

Dannemann, Robert, 1954–1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen; bis 1955 (MdB) 32

Daub, Gerhard, ab 1958 Vors. der DJD, ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; 1958–1960 MdL in Hessen; ab 1959 Oberbürgermeister von Marburg XXV, LXX, 241 f., 244, 248, 257, 269, 281, 286, 321, 333 f., 336, 360 ff., 365, 367, 385 f., 391 f., 394, 407, 418, 433, 442, 464
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 243, 254, 260, 264, 268, 270, 275, 280, 292, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 457, 462, 468, 471

Debré, Michel, französischer Politiker, 1958 Justizminister, ab 1959 Ministerpräsident LXX, 462

Dehler, Klaus, bis 1957 Vors. der DJD Bayern, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bayern, ab 1956 Vors. des FDP-BV Mittelfranken, ab 1958 Vors. des gesundheitspolitischen Ausschusses; MdL 79, 399

Dehler, Thomas, bis 1956 Vors. des FDP-LV Bayern, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (bis 1957 Vors.), Vors. des außenpolitischen Ausschusses und ab 1957 des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung, ab 1956 Vors. des Atomenergiebeirates; MdB (bis 1957 Fraktionsvors.) 95, 221, 358, 390
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 85, 98, 104 f., 107, 109, 111, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 133, 144, 157, 162, 165, 170, 172 f., 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 250, 254, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 368, 372, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471
– innerparteiliche Kritik an XVI f., XLI, XLVff., L, 113 f., 126, 128, 189, 214, 216, 392, 423
– und Adenauer XLII ff., XLVI f., L, LXIV, LXVIII, LXX, 86, 88, 125 f., 130, 136, 139, 145, 159, 170, 184, 200, 345, 377, 392, 396, 428, 463
– und Agrarpolitik 208
– und andere Parteien XVI, L f., LXIX, 45, 50–53, 83, 87 f., 111, 130, 147, 153, 170, 175, 186, 188, 192, 197, 200 f., 220, 340, 396, 436, 464 f.
– und Außen-/Deutschlandpolitik XVI, XLI–XLVII, LXI f., LXVI, LXVIII, LXX, 55 f., 60–67, 74, 83, 86 ff., 99, 104, 111, 119, 122 f., 125 f., 128, 130, 170, 184, 189, 192, 203, 212, 214, 248, 254, 321, 345, 348 ff., 353 ff., 377, 392, 416, 419, 426, 428, 435 f., 440, 448, 452, 463, 472
– und Bundespräsident 418, 447
– und Bundesregierung/-koalition XVI, XLII, XLVII, L, LXIV, LXVIII, LXX, 11, 86–89, 96, 98 ff., 111, 123, 145, 147, 153, 170, 200, 282, 293, 392, 428, 448, 469
– und Bundestag/-fraktion XVII, XXI, XLVII, LIV, LXVI, 85 f., 131 f., 209, 419, 428
– und Bundesverfassungsgericht XLI, 24–27
– und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XII, XVI–XXI, XXV, XLI, 113, 115, 158, 166, 171 ff., 178 f., 205, 216, 218, 230–234, 239, 241 f., 360 f., 442, 473
– und DPS XXXIV, 165, 186, 197, 203 f., 212, 236
– und Finanzpolitik 185
– und Gewerkschaften 136, 361
– und Kirchen/Christentum 72 ff., 111, 170, 392
– und Kommunalpolitik 79 f.
– und Kulturpolitik 9, 11 f., 27 f., 50
– und (LV) Baden-Württemberg XXXI, 149, 164, 182
– und (LV) Bayern XXV, 45, 175, 184, 473
– und (LV) Berlin XLV, IL, 114, 146, 157 ff., 163, 169, 184 f., 190, 407, 448
– und (LV) Hamburg 50, 151
– und (LV) Hessen XLVI, XLVIII, 45, 50, 127, 145, 149, 188
– und (LV) Niedersachsen 28–32, 35–38, 68–72, 75, 78 f., 109, 118, 121 f., 183, 191
– und (LV) NRW 42, 75, 143, 145, 148, 171, 200, 376, 392
– und (LV) Rheinland-Pfalz 184

- und (LV) Schleswig-Holstein 41, 45, 50–54, 102
- und Liberale Weltunion 191
- und Maier XXI f., LXII, LXIV, 98–101, 223, 239, 348 ff., 353, 355 f., 360, 392 f., 416, 423
- und Parteifinanzierung 4, 54, 78 f., 169, 176, 182, 189
- und Parteiprogramme 175, 248, 319, 323, 392
- und Parteipropaganda/-werbung 80
- und Parteisatzung/-organisation X ff., XIV f., XXI, XLV, XLVIII f., LXIX, 3–8, 55, 81 ff., 85, 103, 108, 110–114, 122, 124, 128, 132, 139, 143, 145–149, 151–155, 157 f., 168, 170, 176, 179, 185, 189 f., 196, 204, 210, 212 f., 217, 219, 221 f., 237, 243, 308–311, 313, 319, 321, 323, 357, 392, 407, 415, 423, 427, 433, 436
- und Rechtspolitik 469 f.
- und Sozialpolitik 111, 210
- und Verteidigungspolitik 186, 192, 197, 248, 321, 340, 448
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XII, LI, 44 f., 50–53, 111, 118, 134, 141 f., 145 f., 170, 188 f., 200, 232, 241, 243, 248, 392
- und Wirtschaftsordnung/-politik 13, 15–18, 21 ff., 111, 136, 143, 185, 192, 317

Deist, Heinrich, MdB (SPD, ab 1958 stellv. Fraktionsvors.) 266

Demetrius von Phaleron (um 360–280 v. Chr.), athenischer Philosoph und Staatsmann 347

Demokratische Arbeitsgemeinschaft (DA) 166, 170

Demokratische Partei Saar (DPS) siehe auch FDP-Landesverbände XXVI, XXXIII ff., 165, 170, 186, 197, 203 ff., 212 f., 221 f., 235 f., 245 f., 266 f., 269, 271, 285 f., 328, 378, 382, 394, 396, 405

Demokratische Volkspartei 319

Demoskopie/Demoskopische Institute 180, 247, 255, 276, 303, 342, 392

Deutsche Bundesbahn 93, 346

Deutsche Bundesbank 289

Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei XV, XXI, 391

Deutsche Demokratische Republik/Ostzone LII f., LXVIII, 57 ff., 61, 63 f., 67, 86, 100 f., 125, 174, 187, 193 f., 201 ff., 215 f., 219, 227, 247, 256, 348, 351 ff., 401, 428 f., 448 ff., 458, 464

„Deutsche Informationen" 326

Deutsche Jungdemokraten (DJD) XXIII, XXV, XLIII, 99, 112, 192, 197, 241, 390, 393, 450, 455, 462, 467 f.

Deutsche Partei (DP) L, 46 f., 49, 117, 138, 140, 150, 153, 187, 200 f., 238, 245, 254, 265, 269, 278, 285, 304, 318, 370, 458 f.
- in Bayern 319
- in Berlin 400
- in Bremen 128
- in Hessen 177, 274, 279, 314
- in Niedersachsen 43, 118, 155, 262, 267, 274, 279, 326, 369, 434, 448
- in NRW 46 f., 362, 368, 375, 448
- in Schleswig-Holstein 40 f., 46, 53, 274
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 118, 128, 262, 267, 274, 279, 292, 302, 314, 317, 326, 368 f., 375, 434, 446 ff., 457

„Deutsche Presseagentur" (dpa) 252, 294, 403

Deutsche Reichspartei (DRP) XXVIII f., 267, 297 f., 316 f., 319, 325 ff., 334 f., 369, 435

„Die Deutsche Saar" 204 f., 269, 391, 393 f., 396

Deutsche Volkspartei 200

Deutsche-englische Gesellschaft 340

Deutscher Bundestag XXVI, XLI, XLIV, LI, LXX, 8, 10, 28, 85, 90, 92, 99, 101, 136, 186 f., 190, 200, 212, 234, 245, 257 f., 266, 298, 312, 315, 324, 331, 344, 346, 364, 368, 371, 373, 400, 453, 461, 463, 469
- Ausschüsse XL f., 8–11, 14, 24, 59, 96, 122 f., 125 f., 198, 252 f., 265, 322, 356, 378, 388, 410 f., 419, 452, 456
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLIV, LXVI, 60, 65 f., 106, 122 f., 125 f., 193, 251 f., 254, 264, 354 f., 362, 378, 382, 419, 428 ff., 436, 438, 449, 462 f.
- Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht (1953) 38, 40 f., 44, 47, 53, 109, 131, 133 f.
- Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht (1957) X–XV, XXI, XXX, XXXVI ff., XLVII, LV–LX, 51, 83, 93, 97, 120, 131–145, 148 ff., 154, 164, 167, 172, 176, 180 ff., 187 ff., 195 f., 200 f., 204 ff., 220 f., 232, 234 f., 241, 243–249, 251 ff., 255–260, 262 f., 265–281, 283–290, 292–297, 300, 302–306, 314 f., 317, 320, 342 f., 346, 351, 371, 376, 389, 392, 395, 467
- Wahldiskussion nach 1957 XXXIV, 300–303, 317, 362, 375, 392, 394, 408, 447, 457

Deutscher Städtetag 79 f.

Deutscher Wahlblock 40

Deutsches Rotes Kreuz 58, 63, 67

Deutschkonservative Partei 320

Deutschlandpolitik XVI, XXIII, XLIII, 84, 419 f., 427 f., 433 f., 458
- Deutschlandpläne LXVI ff., 416, 419 f., 427 ff., 436, 442–445, 449, 463
- Friedensvertrag LXVI, 429 f., 436, 439 f., 443, 462, 472
- Gemischte deutsche Kommission LXVII, 443 f., 448, 463
- Gesamtdeutsche Wahlen/Volksbefragungen LXXI, 348, 353, 429, 440, 442 ff., 472
- Gespräche mit Pankow LXII, 345, 348 ff., 352–355, 395, 416, 429, 448, 450
- Konföderation 348, 351–354, 416, 439, 443
- Kontakte mit der LDP LI ff., 188, 193 f., 201 ff., 210 f., 216, 226 f., 237
- Oder-Neiße-Linie/deutsche Ostgebiete LIV, LXVI ff., LXX f., 224, 255, 428 ff., 436, 440, 444, 462 f., 472
- Österreich-Lösung XLIV, 106
- Pfleiderer-Plan XLIV, 106
- Saargebiet/-frage/-statut XXXIII ff., XLIII f., 6, 56, 60, 104 ff., 111, 113 f., 123, 170, 203, 205, 212 f., 222, 236, 246, 256, 268, 362, 405, 444, 460
- Wiedervereinigung XLV ff., LII–LVI, LX f., LXV–LXXI, 62, 67, 91, 95 ff., 101, 106, 118 f., 121, 124 ff., 130, 147, 166, 170, 174, 194, 201 f., 210 f., 216, 218, 224, 226 f., 247 f., 252 f., 255, 258, 262, 268 f., 272, 281, 283, 287 f., 290 f., 293, 295 ff., 300, 313, 324 f., 340, 342, 344 f., 348, 351, 353 ff., 357, 363, 371, 376 ff., 382, 384, 391 f., 402 ff., 407, 416, 428 ff., 436, 438 ff., 442 f., 449, 452, 460, 462 ff., 472

Dibelius, Otto, ev. Bischof von Berlin, Vors. des Rates der EKD 447 f.

Dieckmann, Johannes, Mitglied des Zentralvorstandes der LDP (stellv. Vors.); bis 1952 MdL in Sachsen, Mitglied der Volkskammer (DDR, Präsident) 84

Diemer-Nicolaus, Emmy, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung, ab 1958 stellv. Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik; bis 1957 MdL in Baden-Württemberg, ab 1957 MdB XII, 124, 212

Döring, Wolfgang, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW (ab 1956 stellv. Vors.), bis 1956 Landesgeschäftsführer, 1956–1958 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle (1956/57 Bundeswahlkampfleiter), ab 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1958 MdL in NRW (ab 1956 Fraktionsvors.), ab 1957 MdB
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 157, 162, 173, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 264, 268, 270, 275, 280, 287, 292, 298, 317, 335, 341, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 424, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471
- innerparteiliche Kritik an 158, 342, 351, 375, 392
- und Adenauer 276, 354, 395
- und andere Parteien XXIII, XXVIII, LXV, 85, 142, 200, 202 f., 237, 245 f., 266 f., 269, 273–276, 282, 317, 368, 378, 395 f., 402 ff., 447
- und Außen-/Deutschlandpolitik XXIII, LII, LVI, LXI, LXIII, LXV, 174, 193 f., 202 f., 210 f., 219, 237, 247, 275, 290, 348, 351, 354 f., 371, 378, 396, 402 ff., 435, 452
- und Bundespräsident 440, 447
- und Bundesregierung/-koalition LVII f., LXIII f., 200, 245, 282 f., 378, 395
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XV, XXIII, 215, 218, 235, 356, 360 f., 392, 442, 473
- und DPS XXXIV, 221 f., 236, 286
- und Kirche/Christentum 258, 378
- und (LV) Baden-Württemberg 395
- und (LV) Berlin 199
- und (LV) Hessen 199, 274
- und (LV) Niedersachsen XXVIII, 199, 267, 274, 326
- und (LV) NRW XV, XXIII, LXI, LXV, 142, 159, 267, 315, 317, 342, 348, 351, 354, 365, 368, 374 f., 378, 395, 399, 402–405
- und Parteifinanzierung XXXVI f., 237, 271, 414
- und Parteiprogramme LV f., LXV, 246 f., 249, 255 f., 258, 262 f., 268 f., 395, 402–405
- und Parteisatzung/-organisation XI f., XV, 108, 152, 174, 188, 194 f., 202, 205 f., 235, 237, 253, 255, 259, 263, 268, 271, 280, 284, 312, 390, 392, 395, 426, 455, 459, 471
- und Verteidigungspolitik LVI, LXIII, 365
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XII, LV f., 164, 188, 195, 205 f., 232, 245 ff., 255 f., 258 f., 262, 267, 269, 273 f., 276, 278 f., 281, 288 f., 299, 315, 317, 342, 365, 378, 395
- und Wirtschaftsordnung/-politik 266

Dörinkel, Wolfram, Mitglied des FDP-Lan-

desvorstandes Hessen; ab 1954 MdL (ab 1957 Fraktionsvors.) 417

Dörnhaus, Wilhelm, bis 1958 MdL in NRW (FDP) 151

Dohr, Josef, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland Pfalz XXVI, 116, 119, 122, 129, 133, 144, 154, 165, 170 ff., 184, 358, 368, 451

Dowidat, Otto, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW; ab 1957 MdB 330, 399, 403

Drechsel, Walter, bis 1957 MdB (FDP) 71, 250, 254, 264, 268

Duckwitz, Georg, bis 1955 Konsul in Helsinki, 1955–1958 Botschafter in Dänemark, ab 1958 Leiter der Abteilung Ost in AA 452

Dürr, Hermann, 1955 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, 1957/58 Vors. der DJD, ab 1958 Vors. des Jugendausschusses; ab 1957 MdB 264, 399 f., 403

Dulles, John Foster († 1959), amerikanischer Politiker, Außenminister 281

Eckardt, Felix von, Journalist; bis 1955 und ab 1956 Leiter des Bundespresseamtes, 1955–1956 ständiger Beobachter bei der UNO 200, 281

Eckartsberg, Manfred von, Finanzwerber für die FDP im Auftrag von Maier 421

Eden, Sir Anthony, britischer Politiker, bis 1955 Außenminister, 1955–1957 Premierminister 9 f., 87

Effertz, Josef, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1957 Vors. des agrarpolitischen Ausschusses; ab 1954 MdL in NRW; 1956–1958 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 248 f.

Ehlers, Hermann († 1954), 2. Vors. der CDU; MdB, Bundestagspräsident 84

Ehmke, Max, Rechtsanwalt; Oberbürgermeister a. D., Kiel, bis 1950 CDU 102 f.

Ehrich, Werner, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bremen (bis 1957 und ab 1958 stellv. Vors.); ab 1955 MdBü 2, 23, 44, 51, 85, 95, 98, 100, 133, 136, 221, 225, 260, 292, 363, 365 f., 380, 431 f., 457, 468, 470

Eichler, Willi, Journalist, Chefredakteur; Mitglied des SPD-Bundesparteivorstandes 220

Eilers, Jan, ab 1957 MdB (FDP, stellv. Fraktionsvors.) 298, 313, 341, 363 f., 372, 380, 387 f., 390, 399 f., 404, 409 f., 431, 439 f., 442, 471

Eisenhower, Dwight D., amerikanischer General und Politiker, Präsident der Vereinigten Staaten 176, 281, 348, 419, 452, 463

Eisenmann, Otto, ab 1959 stellv. Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein; ab 1957 MdB (DP, FDP) 473

Engelhard, Edgar, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg (bis 1958 stellv. Vors., danach Vors.), ab 1954 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdBü; 2. Bürgermeister XXV, LXX, 128, 131, 135, 138, 143, 148, 150 f., 191, 200, 241, 262, 272, 294 f., 319 f., 327 f., 365, 372, 384 ff., 401, 463 f., 472
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 107, 109, 116, 122, 127, 129, 133, 144, 157, 162, 170, 172, 186, 199, 238, 268, 292, 317, 363, 368, 380, 388, 399, 426, 462, 471

Entholt, Kurt, bis 1955 MdBü (FDP) in Bremen; 1956 Übertritt zur FVP 177

Erbe, Walter, Prof. Univ. Tübingen; Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg und ab 1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; ab 1959 MdL in Baden-Württemberg XXIV, LIV, 26, 121 f., 236, 241 f., 248, 360, 427, 433, 442, 444, 455, 457, 471 ff.

Erhard, Ludwig, MdB (CDU); Bundeswirtschaftsminister L, 14 f., 19, 200, 207, 247, 251, 277, 375, 417, 460

Erler, Fritz, ab 1956 Mitglied des SPD-Bundesparteivorstandes; MdB (ab 1957 stellv. Fraktionsvors.) 325

Ermächtigungsgesetz (1933) 391 f.

Ertl, Josef, ab 1954 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bayern 254

Etzel, Franz, bis 1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl; ab 1957 MdB (CDU); ab 1957 Bundesfinanzminister 375, 451

Euler, August Martin, bis 1956 Vors. des FDP-Landesverbandes Hessen und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1956/57 Mitglied des FVP/DP-Landesvorstandes Hessen (Vors.) und des FVP-Bundesvorstandes;

bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP; bis 1956 stellv. Fraktionsvors.); ab 1958 Generaldirektor bei EURATOM
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 75, 98, 104 f., 107, 111, 116, 119, 127, 129, 133
- und Adenauer 82, 86
- und andere Parteien XLV, 38 f., 45–51, 102, 138, 140, 150, 153
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLIII, 82, 86, 99, 106, 118 f., 128
- und Bundesregierung/-koalition XLIII, 87 f., 99
- und Bundestag/-fraktion 132, 304
- und Bundesverfassungsgericht 25, 27
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XVI, 115
- und Kulturpolitik 11, 50
- und (LV) Baden-Württemberg 149
- und (LV) Bayern 137
- und (LV) Hessen XXIV, XLVIII, 38 f., 45–51, 127 f., 149, 152, 172, 177, 183, 190
- und (LV) Niedersachsen 29, 35 ff., 79
- und (LV) NRW 137 f., 143, 148
- und (LV) Schleswig-Holstein 41, 51 f., 102
- und Maier XLIII, 99, 101
- und Parteifinanzierung 190
- und Parteisatzung/-organisation X, XLV, XLVIII f., 6, 116 f., 128, 143, 145 f., 148–152, 155, 158
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 38 f., 41, 45–50, 102, 134, 137 ff., 150
- und Wirtschaftsordnung/-politik 18 f., 23, 138

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 254, 264

Europäische Integration siehe auch Verteidigungspolitik XLII, 60, 87, 90 f., 93 f., 97, 106, 170, 272, 290, 377, 392
- europäisches Parlament 340
- Freihandelszone 264, 371, 383, 445, 463
- politische Gemeinschaft 90

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) XLII f., 59 ff., 64 f., 67, 83, 85–89, 91, 93 f., 97

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 251–254, 264, 322, 371, 383 f., 445, 454, 460

Europarat 11, 57, 430, 469

Europa-Union 298, 340, 372

Fabricius, Wilhelm, Gesandter a. D., Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der FDP (LV Bayern) 105 f.

Falk, Wilhelm, bis 1948 Hauptgeschäftsführer der FDP in der britischen Zone, danach bis 1956 Haft in der DDR; ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin 241, 254, 360

Fassbender, Heinrich, bis 1957 MdB (FDP, DP, DP/FVP) XLV, 15, 117 f.

Fay, Wilhelm, Vors. des CDU-LV Hessen; MdL 50

Fedderspiel, Per, dänischer Politiker, ab 1960 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates 469

Feller, Erwin, Mitglied des BHE-Landesvorstandes Baden-Württemberg (ab 1956 Vors.) und Mitglied des Bundesvorstandes; bis 1957 MdB (1955/56 stellv. Fraktionsvors., 1956/57 Fraktionsvors.) 236, 315, 319, 457

Fichte, Johann Gottlieb (1762–1824), Philosoph 381

Fiedler, Eduard, Mitglied des BHE-Landesvorstandes Baden-Württemberg (bis 1956 Vors.); MdL in Baden-Württemberg; Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 319

Figl, Leopold, österreichischer Politiker, bis 1959 Außenminister, ab 1959 Präsident des Nationalrates 430

Finanzpolitik LI, LV, LXX, 196, 208, 224, 247 f., 262, 464
- Bundeshaushalt XL, 101, 315, 371, 400, 456
- Diskontsatz 185
- Verschuldung 383, 385
- Währung LVI, 101, 185, 247, 256 f., 264, 269, 317, 344, 377

Finzel, Oswald, 1956–1959 Geschäftsführer des FDP-LV Niedersachsen 275

Fischer, Erika, bis 1956 Mitarbeiterin in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 55, 75, 85, 105, 107, 109 f., 116, 119, 122, 125, 129, 133, 144, 175

Fischer-Bosch, Margarete, 1955/56 stellv. Vors. des sozialpolitischen Ausschusses der FDP 119, 184

Flach, Karl Hermann, Journalist; 1954–1956 Wirtschaftsredakteur, ab 1956 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle (1956:

stellv. Pressechef, 1958: Leiter Politische Abteilung, 1959: Bundesgeschäftsführer) XVI, 175, 206, 254, 266, 275, 279, 299, 321, 378, 386, 408 f., 411–415, 417, 420, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 445–448, 450 f., 455, 457, 459, 462, 467 ff., 471 f.

Flüchtlinge/Vertriebene 194 f., 202, 224, 298, 315, 383 ff., 428, 436, 439 f., 444, 452

Föderalistische Union (FU) 253, 267

Föge, Hermann, Vors. des FDP-KV Göttingen; bis 1955 MdL in Niedersachsen (Fraktionsvors.) 29, 31, 37, 71, 326

Forster, Hans-Karl, bis 1954 Vizekonsul und Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Brasilien 84

Frank, Karl, Vors. des finanzpolitischen Ausschusses der FDP; MdL in Baden-Württemberg; Finanzminister 26, 223, 425

„Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)" 216, 350

„Frankfurter Rundschau" 391

Frankreich XLII, LII, 59, 62, 65, 74, 83, 86–89, 91, 93 f., 97, 188, 205, 215, 272, 281, 371, 383, 463

Freiberger, Herbert, bis 1954 Geschäftsführer des FDP-LV Niedersachsen, 1955–1957 Vors. des DRP-LV Niedersachsen, 1956/57 Mitglied in der Parteileitung der DRP 33 ff., 37, 75, 326

„freie demokratische korrespondenz (fdk)" 56, 272, 279, 293 f., 352, 366, 381, 412

Freie Demokratische Partei (FDP)
- als „Dritte Kraft" IX, 292, 295, 305, 318, 320, 328, 333, 375 f.
- Ausschlußverfahren/Austritte XXVIII, IL, 167 f., 178
- Bundesparteischule 173 f., 179 f.
- Bundeswahlkampfleitung/Dreier-Komitee (1956/57) X ff., XV, XXIV, XXXVII, LIV f., 164, 167, 171 ff., 175, 178–181, 188 f., 195 f., 199, 205 f., 212, 218 f., 222, 225, 248 f., 259, 262, 267, 274, 276, 279, 286
- Parteidisziplin/innerparteiliche Auseinandersetzungen XIII f., XVI, XXII, XXVII, XLI–XLVII, LX f., LXIV f., 81 f., 112, 124, 128 f., 141, 153, 167 f., 202, 219, 225 f., 245, 271, 276, 305–313, 318, 323, 325, 329 f., 332, 342–345, 347 f., 350, 352 f., 357, 374 f., 390–396, 402 f., 423, 432, 451, 455
- Propaganda/Werbung 73, 80 f., 173–176, 180 f., 202, 241, 255, 301, 308, 346, 374, 376, 379, 397, 411 f.
- Satzungsfragen X–XV, XXVII, XXX f., XLVIII f., 3, 32, 68 f., 73, 76, 80, 116, 137, 146, 151 f., 157, 163, 165 f., 170, 182 f., 214, 218, 227 ff., 232, 234 f., 238–241, 249, 285 f., 296, 311 ff., 321, 323, 327, 329–332, 334, 337 ff., 359 f., 362 f., 389 f., 402, 408, 411, 413, 431 ff., 435 ff., 455, 466 f., 472
- Sezession (1956) XXXVI, XLVIII ff., 70 f., 100, 117 f., 122, 148 f., 156, 177 f., 183 f., 189 f., 401

FDP-Arbeitskreise XII f., LIV f., LX f., LXXI, 118 f., 132, 177, 206, 218, 220, 223, 227, 236, 242, 248 f., 251, 255–259, 311 ff., 321 ff., 331, 336 ff., 354, 357, 363 f., 373, 386, 412, 445, 461, 472
- Außen-/Verteidigungspolitik 348 ff., 353, 356

FDP-Bundesgeschäftsstelle XII f., XV f., XXI, XXXIX, LIV f., LXXI, 4–7, 74, 79 ff., 84, 98, 110, 112, 116 f., 132, 174 f., 178, 180 f., 187, 194 f., 202 f., 205 f., 222, 227, 231, 236, 253, 259, 280 ff., 284, 311, 319, 323, 333, 347, 390, 392, 408, 414 f., 422, 424, 454, 467
- Bundesgeschäftsführer XIV f., 103, 108 f., 112, 226, 408, 414, 426
- Zentralkartei 412

FDP-Bundesparteitage/Kongresse X, 147, 150, 152 f., 156, 176, 225 f., 249, 338 f., 436 f.
- München (1951) 114
- Lübeck (1953) 350
- Wiesbaden (1954) XIV, 3, 5, 31, 62, 73
- Oldenburg (1955) XXXV, XLV, 108, 110–115
- Würzburg (1956) XII, XVII, XXVI, XXXIII, IL f., 132, 156 ff., 160, 165 ff., 170–173, 179, 189, 201, 205, 235, 241, 282, 286, 289, 293, 342
- Berlin (1957) XVII, XXI, XXV, LIV f., 132, 206, 210, 213 ff., 217 ff., 222 f., 231–243, 246, 249, 337, 342, 352
- Wahlkongreß Hamburg (1957) LVI, 246 ff., 262, 264, 268 f., 272 f.
- Bundesversammlung Frankfurt (1957) LIX, 273 f., 280, 288 f., 293, 321, 395
- Düsseldorf (1958) XXX, XXXVIII, LXII, 323 f., 329 f., 335 f., 357–364, 370, 374, 392
- Berlin (1959) XI, XIV, XXII, LXVII f., 406 f., 411, 413, 415 f., 420, 423, 425 ff., 431–434, 436–445, 449, 455

- Stuttgart (1960) XL, LXXI, 431 f., 446, 459, 466 f., 471 ff.

FDP-Bundestagsfraktion X f., XIII f., XLIV–XLVII, LI, LIV f., LXII f., LXVI, 4 ff., 26 ff., 38, 54, 56, 61, 63, 83 ff., 87 f., 92 f., 95 f., 98 f., 101, 104 ff., 111–115, 117–120, 122 f., 125 f., 128 f., 133, 135 f., 162 f., 186 ff., 193 ff., 197 f., 202–205, 208 ff., 212–216, 222, 226–229, 233 f., 236 f., 244, 246 f., 251–254, 259, 264 –267, 292–295, 299, 304–312, 314, 317 f., 321–324, 331, 336, 338 f., 343, 345, 347 ff., 351–356, 359 ff., 363–366, 371, 385 f., 398, 402, 404, 412, 414, 416, 419, 427, 436 ff., 442, 444 f., 447, 449, 453 f., 459 ff., 462, 466 f., 469 f.
- Spaltung (1956) IX, XVI f., XLVIII, 82, 145–156, 158, 162, 164 f., 170, 177, 304
- Vorsitz XVII, XXI, XXIII f., XLVII, 131 f., 137, 139, 145, 150

FDP-Bundesvorstand
- Direktorium/politischer Ausschuß XI f., 166, 171, 413
- engerer/geschäftsführender Vorstand X f., XIV f., XXIII, LVII, 4, 116, 195, 218, 228, 234 f., 240, 244 f., 253, 298 f., 318, 363 f., 408, 413
- Geschäftsverteilung 4, 114, 178 f., 233 f., 287, 450, 454
- Kompetenzen X f., XIII ff., XXVII–XXXV, 4, 85, 114, 116, 143, 155 f., 163, 189, 225–229, 238 f., 269, 293 f., 319, 330 f., 334, 337 f., 350, 359, 374, 389, 391, 402, 433 ff., 450, 455
- Wahlen/Zusammensetzung X ff., XIV–XXVI, XXIX, XXXIII, XLV, 73 f., 113 ff., 122, 158, 160, 165 ff., 171 ff., 205, 215 f., 218, 227–236, 239–242, 286, 328, 331, 334, 341, 350, 352 f., 356, 360 f., 363, 390–393, 406, 431 f., 437, 442, 455, 466 f., 472 f.

FDP-Finanzierung XI, XXVII, XXXV–XL, 4, 34, 71, 75–80, 105, 107 f., 112, 153, 155, 166, 169, 171, 174 ff., 178, 180 f., 189 ff., 196, 199, 202 f., 237, 244, 262 f., 270, 278, 281 f., 286, 291 f., 322, 332 f., 359, 367, 378 f., 388, 397 f., 402, 408, 414 f., 421–426, 433, 437, 455 f., 467, 471
- Finanzausgleich XXXV–XL, 98, 112, 161, 182 f., 333, 397, 422 ff., 437, 456
- Fördergesellschaften XXXV–XXXIX, 37, 54, 108, 160 f., 169, 171, 182, 188, 190, 196, 207, 211, 271, 278, 397, 425
- Gesellschaft zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft 37
- öffentliche Mittel XL, 451, 455, 471
- Staatsbürgerliche Vereinigung XXXVIII, 169, 397, 414
- Wirtschafts- und Sozialpolitische Vereinigung (WSV) XXXVIII, 108, 169, 397, 467

FDP-Koalitions-/Oppositionspolitik
- im Bund IX, XXXV, XXXVII, XLIII f., XLVII, L f., LVI–LX, LXV, LXX f., 6, 62, 87, 93–97, 99 f., 111, 120, 129 ff., 134 f., 139, 144 f., 147, 156, 160, 162, 165, 170 f., 201, 243, 245, 276, 282 f., 287 ff., 293–297, 299 f., 303 f., 306, 313, 315, 342, 345, 374 f., 377, 391 ff., 395, 420, 434
- in den Ländern XXVI, XXXI–XXXIV, XLVII, LXXI, 42, 45, 83, 97, 107, 110, 118, 121, 133–145, 149 ff., 153 ff., 160, 164 f., 170, 299, 320 f., 373 ff., 377, 384, 389, 395, 402, 434 f.

FDP-Landesverbände X f., XIV f., XVII, XXII, XXVII, XXX f., XXXV–XL, LIII ff., LIX, 3 f., 61, 81, 98, 100, 105, 124, 147, 150–156, 166, 174 f., 177, 179, 181 ff., 187 f., 195, 206, 219, 222, 227, 229, 237, 239, 242, 244, 247 f., 251, 259, 267, 271, 273, 288, 291 f., 301, 304, 307, 310 f., 317, 319 f., 322 f., 326, 328, 330–333, 336, 338 f., 343, 348, 370, 389, 397, 401, 411–415, 422, 424, 431–435, 437, 441, 455 f., 467, 473
- Baden-WürttembergXXII, XXIV, XXXI, XXXIII, XXXVIII f., LIII, LXIV f., 63, 147 ff., 151, 164 f., 182 f., 187, 195, 219, 226, 231, 235, 239 ff., 269 f., 274, 278 f., 284 ff., 291, 323, 328, 338 f., 343, 350 ff., 359 f., 374, 384, 389 f., 393, 395, 397 f., 402 ff., 406, 422, 424, 432, 437, 454, 463, 471
- Bayern XXV, XXX f., 45, 102, 107, 136, 153 f., 165, 175, 181, 197, 209, 213 f., 216, 229, 231 f., 235, 237 f., 241, 252 f., 267, 278 f., 285, 313 f., 316, 318 f., 321, 334, 360, 362 f., 384, 387, 397 f., 402, 468 f., 473
- Berlin XVII, XXV, XXXI, IL f., 44 f., 100, 102, 110, 114 f., 125, 128, 146, 149, 157–160, 163 f., 166, 168 f., 171 f., 183 ff., 187, 189 f., 197, 214, 218, 231 f., 239 ff., 284, 298, 360, 387, 398, 400 f., 406 f., 467
- Bremen XXIV, LXIII, 44, 128, 136, 154 f., 177, 213 f., 231, 235, 267, 328, 334, 365 f., 397, 435, 453 f.
- Hamburg XXV, XXXI, IL f., LXIII, 45, 47 f., 68–72, 138, 148, 151, 155, 168, 176, 178, 182, 184, 187, 191, 194 f., 217, 231, 235, 240 f., 262, 267, 278, 285, 294 f., 314,

320 f., 328, 337 f., 359 f., 365 f., 384, 390, 397, 399, 402, 422, 436 f.
- Hessen XVII, XXIV f., XXXV, XLVI, XLVIII f., 38 f., 45–50, 102, 126 ff., 145, 149, 151 f., 158, 160 f., 166, 169, 172, 175–178, 181 ff., 187, 190, 199, 213 f., 231, 235, 237, 240 f., 270, 274, 278 f., 282, 314, 332 f., 358, 360, 362, 365, 367, 369 f., 378, 397 f., 401, 411, 413
- Niedersachsen XXVI–XXXII, 28–38, 43, 48, 68–72, 75–79, 109 f., 118, 121 ff., 127, 153, 173, 183, 190 f., 194 f., 199, 213 f., 218, 231, 235, 241, 251, 262 f., 267, 274 f., 278 f., 316, 318, 325–328, 332–335, 344, 360, 367–370, 379, 387, 393 f., 397, 415, 422, 434 f., 439
- NRW X, XII, XIV–XVII, XXI–XXIV, XXX, XXXII f., XXXV, XLIV f., XLVII, IL f., LXI–LXV, 42 f., 45 f., 76, 80, 83, 85, 97, 113, 133, 135–145, 147–155, 158–161, 163 f., 166 f., 171, 173, 176, 182, 191, 195 f., 218, 227 f., 231 f., 235, 238–241, 243, 265, 279, 281, 287, 289 f., 295 ff., 303, 314 f., 323 f., 330, 334, 342, 345, 347 f., 350–354, 358 ff., 362, 365, 368, 370, 378, 381, 384, 390–393, 395, 397 ff., 402–405, 422, 432, 436, 448
- Rheinland-Pfalz XXVI, IL f., 168, 171 f., 182 ff., 195, 213 f., 231, 235 ff., 240 f., 279, 336 ff., 359 f., 364, 373, 388, 391, 397, 400, 415, 421, 435
- Saarland, siehe auch Demokratische Partei Saar LXVII f., 436, 440, 444, 467
- Schleswig-Holstein XXIV, XXX f., 40 ff., 45 f., 51–54, 102 f., 131, 194, 231, 237, 241, 271, 274 f., 278, 338, 360, 367, 376, 379 f., 383 f., 412, 463

FDP-Parteiausschüsse XII f., LIV, 4, 83, 112, 132, 177, 182, 197, 222 f., 226, 311 ff., 331, 386
- agrarpolitischer Ausschuß 124, 208, 248 f.
- Atomenergieausschuß 124, 185
- Außenhandelsausschuß 184
- außenpolitischer Ausschuß 73, 83 f., 98, 103, 105 f., 119, 124, 127
- Bau- und Wohnungsausschuß 124
- Beamtenausschuß 124, 450
- Beschwerdekommission 450, 455, 467 f.
- Bundesschiedsgericht IL, 168
- Finanzausschuß 124
- Frauenausschuß XII, 111 f., 124, 195 f., 211 f., 249, 363
- gesamtdeutscher Ausschuß XLIV, 109, 111, 185
- Gesundheitsausschuß 124, 384, 399
- gewerbepolitischer Ausschuß 124
- Hauptausschuß XVII, LV, LXI, LXVI, 85, 108, 121, 132, 143 f., 212, 214 f., 218 ff., 222–226, 229 f., 247, 250 ff., 259, 263 f., 273, 288, 307 f., 310, 336, 338 f., 357, 360, 362 ff., 370 f., 382, 407, 411, 415, 420, 423, 427, 453 f.
- Jugendausschuß 98, 124, 400
- kommunalpolitischer Ausschuß 80, 124, 331, 400, 409
- Kontaktausschuß (LDP) LII, 194, 201 ff., 211, 213, 219 f., 226, 237
- Kriegsopferausschuß 98, 384, 400
- kulturpolitischer Ausschuß 206, 238
- LDP-Bundesbeirat LI, 184, 193, 217, 384, 399
- Organisationsausschuß XI, XXVIII, XXXVI, 4 f., 73, 75, 78 f., 81, 84, 105, 108, 110, 116, 124, 161, 164, 179 f., 182, 189, 195, 235, 237, 333, 398, 408, 414 f., 421, 423, 437, 450, 454
- Presseausschuß/-beirat (Rundfunk, Film) 121, 123, 399
- Satzungsausschuß XII, 124, 167, 229, 235, 240, 411, 432
- Sicherheitsausschuß 112
- sozialpolitischer Ausschuß 119, 162, 168, 184, 384
- Verkehrsausschuß 124, 251
- Verteidigungsausschuß 162, 184, 450 f.
- Vertriebenenausschuß 331, 384
- Wahlrechtsausschuß 109, 120, 135 f.
- Wiedervereinigungsausschuß siehe Kontaktausschuß
- wirtschaftspolitischer Ausschuß 124, 162, 168, 184, 198, 208, 252, 373, 378, 385

FDP-Parteiprogramme LX f., LXV, 129, 150, 153, 175, 197, 206, 209, 218, 220, 232 f., 319 f., 323, 329, 336 f., 341, 353, 357, 382, 392, 402–405, 436, 464
- Berliner Programm (1957) LIV f., LXI, LXV, 222 ff., 242, 249 f., 276, 287, 297, 306 f., 309, 323, 336, 357, 375, 377
- Wahlplattform/Aktionsprogramm (1957) LV f., 246 ff., 251 f., 255–259, 262 ff., 268 f., 287, 293, 297, 309, 323, 336
- Kommunalpolitische Richtlinien (1959) 400, 409 f.
- Deutschlandplan (1959) LXVI f., 416, 419 f., 428 f., 436, 442, 444, 463
- Berliner Erklärung (1959) LXVII f., 427, 439 f., 442–445, 449

Freie Deutsche Volkspartei 298, 400

Freie Volkspartei (FVP) IL f., 177, 182, 184, 187, 189 ff., 199 ff., 254, 265, 267, 278, 298, 387

„Das freie Wort“ 169, 174, 180 f., 190 f.,

206, 268, 279, 352, 364, 367, 376, 411 f., 415, 426

Freihandelszone siehe Europäische Integration

Freiheitliche Partei Österreichs 273, 335

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz 335

Frenzel, Alfred, MdB (SPD) 198

Freudenberg, Richard, Präsident der IHK Mannheim, Präsidialmitglied des BDI (FDP) 254, 259

Freyer, Hans, em. Prof. für Philosophie und Soziologie 427

Fricke, Otto, Vors. des CDU-LV Braunschweig; ab 1955 MdL in Niedersachsen 434

Friedensvertrag siehe Deutschlandpolitik

Friedlaender, Ernst, Publizist; 1953–1958 Präsident der Europa-Union in Deutschland 86, 372

Friese-Korn, Lotte, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, ab 1956 stellv. Vors. des Frauenausschusses, ab 1957 Vors. des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialpolitik; MdB 195, 211, 321, 454

Frühwald, Konrad, bis 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, bis 1957 Vors. des agrarpolitischen Ausschusses; bis 1957 MdB XXV, 3, 45 f., 48 f., 55, 72, 75, 98, 104 f., 107, 109, 115, 122, 124 f., 129, 165, 170, 172 f., 179, 181, 186, 188, 192, 199, 207 f., 209, 217 f., 223, 230, 236, 241

Fuhlrodt, Afred, Vors. des FDP-KV Köln 330

Gäsing, Reinhard, LSD-Mitglied, zeitweise Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 462, 468

Gaul, Karl, bis 1957 MdB (FDP) 229 f., 238, 285

Gaulle, Charles de, französischer General und Politiker, ab 1958 Staatspräsident 371, 377, 428, 430, 444, 462

Genscher, Hans-Dietrich, 1957–1959 Assistent in der Geschäftsstelle der FDP-Bundestagsfraktion, ab 1959 Fraktionsgeschäftsführer 194, 451, 457, 462, 468, 470 ff.

Gentner, Hermann, 1957–1959 pers. Referent Reinhold Maiers und Leiter von dessen Stuttgarter Büro, ab 1959 Abteilungsleiter (Finanzen und Verwaltung) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 280, 299, 390, 414 f., 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471 f.

Gerhard, Hans, Vors. des Beamtenausschusses der FDP; bis 1954 MdL in NRW 400, 409

Gerlach, Manfred, ab 1954 Generalsekretär der LDP (DDR); Mitglied der Volkskammer 210 f.

Gerns, Heinrich, MdB (CDU) 194

Gerstenmaier, Eugen, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes (ab 1956 stellv. Vors.); MdB (ab 1954 Bundestagspräsident) 380 f., 383, 395, 428, 449

Gerwald, Josef, bis 1958 Referent (Werbung und Information) in der Bundesgeschäftsstelle der FDP 206

Gesamtdeutsche Partei 457

Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) 82, 200, 220

Gewerkschaften 111, 136, 242, 275
- Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) 337, 358, 439
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 16 f., 196, 242, 337, 358, 366 f., 375
- IG Bergbau 207
- IG Metall 385

Gienanth, Ulrich Frhr. von, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der FDP sowie des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung (LV Rheinland-Pfalz) 105

Gille, Alfred, Bundesvors. der Landsmannschaft Ostpreußen; bis 1957 und ab 1958 stellv. Vors. des BHE-LV Schleswig-Holstein, Mitglied des Bundesvorstandes (ab 1955 stellv. Vors.); bis 1957 MdB (GB/BHE, stellv. Fraktionsvors.), ab 1958 MdL in Schleswig-Holstein 102, 389

Giloy, Karl († 1957), ab 1955 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz 125, 157, 162, 250, 260

Gimes, Niklas († 1958), ungarischer Politiker, 1956 am Aufstand führend beteiligt 375

Glahn, Fritz, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz (ab 1958 Vors.), ab 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft; ab 1955 MdL (bis 1959 Fraktionsvors.), 1957–1959 MdB; ab 1959

Finanz- und Wiederaufbauminister in Rheinland-Pfalz XXVI, 127, 184, 254, 262, 268, 298, 321, 380, 399, 403, 406, 409, 412, 415, 417, 421, 426, 434 ff., 439, 442, 457, 462, 471

Globke, Hans, Staatssekretär im Bundeskanzleramt (CDU) 54

Gönnenwein, Otto, Prof. Univ. Heidelberg; bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. des kommunalpolitischen Ausschusses; MdL in Baden-Württemberg XXIV, 3, 75, 79 f., 85, 105, 107, 109, 111, 116 ff., 400, 409 f.

Gönnenwein, Rose, Ehefrau von Otto Gönnenwein; 1955 in den verkehrspolitischen Ausschuß der FDP kooptiert 124

Goethe, Johann Wolfgang von (1749–1832), Dichter 381

Goettke, Ernst, General a. D., ab 1956 stellv. Vors. des Verteidigungsausschusses der FDP 184

Gollwitzer, Helmut, Prof. Univ. Berlin 261

Graaff, Carlo, ab 1954 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (ab 1956 Vors.), ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; 1955–1959 MdB; ab 1959 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Niedersachsen 334
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 199, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 270, 280, 287, 292, 317 f., 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 417, 424, 426, 434, 439, 442, 462, 468, 471
- und andere Parteien XXX, 262, 274, 326 f., 362, 368 f., 387, 425, 434 f.
- und Bundespräsident 417
- und Bundestag 298
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXVI, 218, 230 f., 235, 241
- und (LV) Berlin 284
- und (LV) Niedersachsen XXVI, XXIX f., 251, 262, 274, 325–328, 344, 368 f., 387, 393 f., 415, 422, 434 f.
- und (LV) NRW 243
- und Parteifinanzierung 422, 425
- und Parteiprogramme 248, 255 f.
- und Parteisatzung/-organisation XXIX f., 214, 217, 235, 251, 255, 393 f., 466
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 248, 262, 274, 284, 288, 369, 415, 434
- und Wirtschaftsordnung/-politik 207, 248, 256, 264, 420, 472

Gräser, Albert, 1957 Mitglied des LSD (Saarbrücken) 269

Greve, Otto-Heinrich, MdB (SPD) 25

Gromyko, Andrei Andrejewitsch, sowjetischer Politiker; ab 1956 Mitglied im ZK der KPdSU; bis 1957 1. stellv. Außenminister, ab 1957 Außenminister 448

Großbritannien LII, 9–12, 58, 83, 87, 93 f., 120, 192, 215, 281, 377, 445, 463

Grotewohl, Otto, Mitglied des Politbüros der SED; Mitglied der Volkskammer; Ministerpräsident der DDR 59, 348, 354

Grüber, Heinrich, Probst, bis 1958 Bevollmächtigter der EKD bei der Regierung der DDR 261

Grundgesetz 9–12, 198, 238, 289, 318, 320, 380, 398, 469
- Art. 6 28
- Art. 9 469
- Art. 15 LXX, 265 f., 383, 465
- Art. 37 469
- Art. 38 307 ff.
- Art. 59 105
- Art. 81 469
- Art. 91 469
- Art. 139 90

Günzel, Alfred, bis 1955 stellv. Vors. des FDP-LV Berlin und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1955 MdL in Berlin 71, 98, 100, 109

Gusovius, Irmgard, bis 1958 Vors. des Kriegsopferausschusses der FDP 98, 400

Gutsmuths, Willi, Vors. des BHE-LV Bayern und Mitglied des BHE-Bundesvorstandes (ab 1955 stellv. Vors.) 369

Haagmann, Hans Günter, Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses der FDP (LV NRW) 254, 257

Haas, Albrecht, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bayern (ab 1956 Vors.), ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdL in Bayern; 1954–1958 Leiter der bayerischen Staatskanzlei, ab 1958 Justizminister
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 119, 144, 199, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 270, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 372, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 434, 439, 442, 451, 457, 471
- und andere Parteien XXX, 200, 220, 273, 314 f., 319, 362, 402
- und Außen/-Deutschlandpolitik LIII, 216, 219, 252, 321, 354 f., 436, 452

- und Bundesregierung/-koalition 245
- und Bundespräsident 418
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXV, 231, 235, 241, 360, 473
- und Finanzpolitik 247
- und Kirchen/Christentum 273
- und Kulturpolitik 238 f., 258
- und (LV) Baden-Württemberg 402
- und (LV) Bayern XXV, XXX f., 153 f., 238, 252, 296, 313 f., 319, 321, 362, 402, 473
- und (LV) Berlin 407
- und (LV) Hamburg 402
- und (LV) Niedersachsen 327, 334
- und (LV) NRW 153 f., 315, 376, 402
- und Parteifinanzierung 359, 402
- und Parteiprogramme 258
- und Parteisatzung/-organisation XXX f., XLVIII f., 153 ff., 214, 235 f., 249, 252, 321 f., 394, 407, 420, 425
- und Verteidigungspolitik LIII, 216, 366
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 154, 220, 232, 273, 296, 314, 376, 402

Haas, Paul, Prof., bis 1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein, 1955–1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXIV, 111, 116, 119, 122, 125, 127 ff., 131, 144, 150, 157, 162, 170, 172, 179, 192, 199, 209, 213, 217, 230, 238, 250

Haasler, Horst, bis 1957 MdB (GB/BHE, fraktionslos, Gruppe Kraft-Oberländer, CDU/CSU) 11

Hahn, Sosa, 1955 in den außenpolitischen Ausschuß der FDP kooptiert 124

Hallstein, Walter, bis 1958 Staatssekretär im AA, ab 1958 Präsident der EWG-Kommission XLII f., 9, 11, 56, 65, 74, 86 f.

Hamburg 365 f.
- Senate XXV, XXXI, 138, 320 f.
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 45, 47 f., 303, 314, 320

Hamburg-Block 45, 47 f., 50, 320

Hammel, Hans, (Verband der Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands) 439

Hammer, Richard, bis 1958 Vors. des Ausschusses für Gesundheitswesen der FDP; bis 1957 MdB 72, 146, 157, 162, 399

Harms, Gerhard, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Bayern 275, 277, 280

Harmssen, Wilhelm Gustav, 1945–1953 Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel in Bremen (FDP) 325

Hassel, Kai Uwe von, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes (ab 1956 stellv. Vors.); MdL in Schleswig-Holstein, 1953–1954 MdB; ab 1954 Ministerpräsident 102 f., 459

Haug, Martin, Bischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg, Ratsmitglied der EKD 448

Haußmann, Wolfgang, Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1955–1957 stellv. Vors.); MdL in Baden-Württemberg (Fraktionsvors.); Justizminister 130
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 85, 98, 104 f., 107, 109, 111, 119, 125, 127, 129, 133, 144, 157, 162, 170, 172, 179, 192, 199, 209, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 260, 264, 268, 270, 275, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 471
- als Verfasser von Protokollnotizen (Bundesvorstand) 200, 245 ff., 265, 313, 425, 431 f., 435 f., 448, 452, 462–465
- und andere Parteien 137, 200 f., 327, 447
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLI, LXII, 55, 62–65, 67, 84, 92, 212 f., 219 f., 351, 355, 419, 448, 452
- und Bundespräsident 437, 447 f.
- und Bundesregierung/-koalition 62, 92 f., 137, 162, 200, 294 ff., 296, 351
- und Bundesrat 8 ff.
- und Bundestag/-fraktion 131
- und Bundesverfassungsgericht XLI, 26 f.
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung), XXIV, 115, 173, 178, 218, 230 ff., 239 ff., 360, 432, 472
- und DPS 222, 236
- und Kirchen/Christentum 448
- und Kulturpolitik 8 f., 27 f.
- und (LV) Baden-Württemberg XXIV, 8 f., 48, 63, 147, 164 f., 182 f., 269, 285, 323, 351, 359, 374, 390, 398, 403, 406 f., 437, 471
- und (LV) Bayern 384
- und (LV) Berlin 160, 163 f., 398, 403, 407, 419
- und (LV) Hessen 48
- und (LV) Niedersachsen 72, 327 f.
- und (LV) NRW LXV, 137, 147, 315, 374 ff., 402 ff.
- und (LV) Schleswig-Holstein 54
- und Liberale Weltunion 178
- und Pateifinanzierung 182, 237, 270, 278, 291, 333, 398, 423, 437
- und Parteiprogramme 223, 248, 263

– und Parteisatzung/-organisation LXV, 55, 84 f., 92, 95, 113, 119, 128 f., 132, 137, 147, 162 f., 179, 201, 213, 219 f., 222, 229, 235, 237, 242 f., 299, 321 ff., 327, 339, 355, 359, 390, 404, 406 f., 411, 420, 423, 432 f., 437, 446, 454, 459, 471 f.
– und Presse/Rundfunk 119
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 48, 93, 164, 182, 248, 269, 280, 285, 315, 374 ff., 384, 403

Hedergott, Winfried, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (bis 1958 stellv. Vors.), bis 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdL (ab 1958 Fraktionsvors.)
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 85, 98, 104 f., 107, 109, 111, 116, 125, 133, 165, 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 254, 264, 268, 298, 317 f., 329
– und andere Parteien XXVIII f., 48, 89, 100, 102, 267, 316
– und Außen-/Deutschlandpolitik 64, 89, 256
– und Bundesregierung/-koalition 64, 99 f., 200, 256
– und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXVI, 173, 241
– und Kirche/Christentum 11 ff., 73, 223
– und (LV) Niedersachsen XXVI–XXIX, 11 f., 29, 32, 34 f., 37, 43 f., 48, 70 f., 73, 75 f., 173, 183, 191, 267, 316, 325, 327 f., 334
– und (LV) NRW 243
– und Parteifinanzierung 37, 188, 196
– und Parteiprogramme 223, 256
– und Parteisatzung/-organisation XXVII, 114, 181, 219
– und Presse/Rundfunk 66, 101
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 43 f., 48 f., 267

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1780–1831), Philosoph 381

Heinemann, Gustav, bis 1957 Präsidialmitglied der GVP; ab 1957 MdB (SPD) 58, 220, 261

Heinrich, Ernst, Hilfsrichter am Landesverwaltungsgericht Hannover (BHE bzw. FDP) 183

Hellwege, Heinrich, Mitglied des Direktoriums der DP (Vors.); bis 1955 MdB, ab 1955 MdL in Niedersachsen; bis 1955 Bundesminister für Bundesratsangelegenheiten, 1955–1959 Ministerpräsident XXVIII, 118, 121, 153, 183, 326, 434, 448

Helmken, Ludwig, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der FDP; bis 1959 Senator für Außenhandel in Bremen 105

Henkel, Franz, Fabrikant, ehemaliges Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen, zeitweise Mitglied des „Liberalen Bundes“ 33, 69

Henn, Hans, bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP) 158

Hepp, Karl, bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP) 118

Herslet, Joachim, Außenhandelskaufmann 273

Hertel, Georg, Mitarbeiter in der FDP-Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg 291

Herter, Christian Archibald, amerikanischer Politiker, bis 1957 Gouverneuer von Massachusetts, 1956–1959 Unterstaatssekretär im State Departement, ab 1959 Außenminister 452, 463

Hessen 188
– Regierungen 299
– Schulwesen 50
– Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 38 f., 45–50, 102, 180, 188, 190, 274, 279, 303, 314, 379, 382, 386, 398, 401

Hessen-Block 45–50

Heubeck, Georg, Versicherungsmathematiker (freiberuflich) 210

Heuss, Theodor, bis 1959 Bundespräsident XLII, LXVI, 26, 82, 236, 393, 416, 418, 442

Hirn, Josef, Bürgermeister von Stuttgart (SPD) 471

Hitler, Adolf, Führer der NSDAP; 1933–1945 Reichskanzler 12, 330, 391

Höcherl, Hermann, Mitglied des Landesvorstandes der CSU; MdB (ab 1957 Vors. der CSU-Landesgruppe Bonn) 446

Hoegner, Wilhelm, MdL (SPD) in Bayern; bis 1957 Ministerpräsident 107, 313 f.

Höpker Aschoff, Hermann († 1954), Präsident des Bundesverfassungsgerichts XLI, 12, 24, 26

Hoernigk, Rudolf, Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Hessen; ab 1956 Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses der FDP 168, 184

Hoppe, Hans Günter, ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1958 MdA in

Berlin (ab 1955 Vizepräsident) XXV, 242, 244, 249, 258, 263, 268, 284, 321, 360 f., 401, 406, 439, 442, 444, 448, 452, 473
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 243, 250, 254, 260, 264, 268, 270, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 368, 372, 388, 399, 417, 424, 426, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 471

Hoppenstock, Rudolf, bis 1954 Schatzmeister des FDP-LV Niedersachsen 77

Hornung, Erich, bis 1955 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 5

Hoven, Viktor, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW; 1954–1958 MdL, ab 1957 MdB 399, 403

Hucklenbroich, Volker, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin (ab 1955 stellv. Vors.); bis 1958 MdA XXXII, 133, 135 f., 141, 143 f., 172, 192 f., 197, 287, 329, 332, 334

Hübner, Karl, MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP, FDV, CDU/CSU) 158

Hütter, Margarete, 1955–1957 MdB (FDP); bis 1955 und ab 1957 Tätigkeit im Auswärtigen Amt 187, 197, 209

Huisgen, Horst, bis 1955 Hauptgeschäftsführer des FDP-LV Niedersachsen, ab 1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes; MdL XXVII f., 34–37, 75, 77 f., 110, 121

Hummel, Hermann, Geschäftsführer des FDP-LV Baden-Württemberg, 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung XI f., 98, 104, 124, 144, 147 f., 157, 162, 164, 173, 189, 263, 282, 285, 296, 351, 411, 455, 459

Hussein II., König von Jordanien 377

Ilau, Hans, Volkswirt, bis 1952 Vors. des wirtschaftspolitischen und des Wirtschaftsprogramm-Ausschusses der FDP 21

Ilk, Herta, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1956/57 stellv. Mitglied der Bundeswahlkampfleitung; bis 1957 MdB XXV, 6, 19 f., 25 f., 54, 64, 67, 71, 77, 79, 81, 84 f., 115, 128, 135, 141, 144 f., 149, 173, 200, 212, 228, 234, 239, 241 f., 248, 253, 257 f., 263, 267, 319, 321 f., 360 f., 363 f., 433, 436, 442, 447, 473
– als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 98, 104, 107, 109, 111, 116, 122, 125, 127, 129, 133, 144, 157, 162, 165, 170, 172, 179, 199, 209, 213, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 264, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 372, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 457, 462, 468, 471

Indochina 60, 88

„Informationsdienst für den Mittelstand" 422

„Informationsdienst für Wirtschafts- und Sozialpolitik" 174

Internationale Konferenzen 87, 94 ff., 106, 118, 348, 353 f., 357, 361, 382, 433
– 1954 (Berlin) 96
– 1954 (Genf) 59
– 1954 (Paris) 104
– 1955 (Genf) 353
– 1956 (London) 192
– 1959 (Washington) 428, 430
– 1959 (Genf) LXVI–LXIX, 428 ff., 435 f., 438, 442 f., 446, 448 f., 452

Internationales Olympisches Komitee 464

Internationales Rotes Kreuz 461

Isay, Rudolf, Honorarprof. Univ. Bonn 20 f.

Italien 86, 430

Iwand, Hans-Joachim, Prof. Univ. Bonn 261

Jaekel, Helmuth, bis 1956 Referent in der Geschäftsstelle des FDP-LV NRW, ab 1956 Referent für Sozialpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1957 Geschäftsführer des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialpolitik 175, 205, 249, 254, 321

Jahr, John, Verleger 281

Jentzsch, Wilhelm, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein, ab 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1957 MdB (FDP) XXIV, 105, 127, 145, 148, 221, 232, 240 f., 322, 363 f., 367, 372, 379 f., 388, 399 f., 409, 424

John, Otto, bis 1954 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 1956 Verurteilung zu 4 Jahren Zuchthaus wegen Landesverrat, 1958 entlassen XLII, 86 f., 89 f., 93, 96, 98

Jordanien 377

Jugoslawien 23

Käber, Wilhelm, MdL (SPD) in Schleswig-Holstein (Fraktionsvors.) 459

Kaiser, Jakob, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes (stellv. Vors.); bis 1957 MdB; bis 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 62, 64

Kampfbund gegen Atomschäden 274 f.

Kandziora, Alfons, bis 1958 Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 287

Kant, Immanuel (1724–1804), Philosoph 381

Karry, Heinz Herbert, ab 1958 Schatzmeister und Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen 388

Kate, Georg, Landeshauptmann z. Wv., Mitglied des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP(LV NRW) 330, 352

Kather, Linus, ab 1956 Mitglied des Bundesvorstandes des GB/BHE (ab 1959 stellv. Vors.); bis 1957 MdB (CDU, GB/BHE) 315

Kaufmann, Günter, Journalist 394

Kaufmann, Karl, 1929–1945 Gauleiter der NSDAP, Gau Hamburg; Mitglied des Naumann-Kreises 34 f.

Keim, Fritz, Referent für Agrarpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1957 Geschäftsführer des Arbeitskreises Agrarpolitik; zeitweise pers. Referent von Minister Effertz 124, 174, 206, 249, 254, 259, 262, 277, 321

Keller, Ernst, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW; ab 1957 MdB 457

Kellner, Herbert, bis 1956 (?) Justitiar in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 3, 5 ff.

Kellner, Wolfgang, 1956/57 stellv. Vors. des sozialpolitischen Ausschusses der FDP, 1957 aus der Partei ausgetreten 168, 184, 249

Kennan, George F., amerikanischer Diplomat, Botschafter in der UdSSR LX, 324

Kersig, Hans, ab 1955 stellv. Vors. des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen der FDP; 1954–1958 MdL in Schleswig-Holstein 124

Kessel, Friedrich von, bis 1955 stellv. Vors., 1955–1958 Vors. des GB/BHE; bis 1959 MdL in Niedersachsen; bis 1959 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (bis 1955 auch stellv. Ministerpräsident) 220, 274, 319, 369

Kessler, Hermann, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg (stellv. Vors.), bis 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXIV, 3, 50, 98, 100, 107, 111 f., 115, 119, 125, 129, 131, 133, 143 f., 165, 170, 172 f., 213, 230

Kiep-Altenloh, Emilie, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg; MdBü; ab 1954 Senatorin, bis 1957 Sozialbehörde, danach Ernährung und Landwirtschaft 386

Kiesinger, Kurt-Georg, geschäftsführendes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; bis 1958 MdB; ab 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg 11, 24, 26, 101

Kirchen/Christentum/Religion LIV, 72 f., 84 f., 111, 170, 223 f., 243, 247, 257 f., 261, 273, 277 f., 290 f., 375, 378, 383, 392, 412, 435, 447 f.

Kirchgeorg, Ulrich, bis 1957 Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle der FDP, stellv. Vors. des Kriegsopferausschusses 205

Kirchhoff, Otto, FDP-Mitglied (LV Berlin) 158

Kirst, Victor, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg 260

Kluthe, Hans Albert, Vizepräsident der Liberalen Weltunion 191, 336, 358

Koch, Ekhard, bis 1955 Regierungspräsident in Oldenburg, 1955–1959 Bevollmächtigter Niedersachsens beim Bund, ab 1960 Oberlandesgerichtspräsident in Celle 25

Koch, Harald, Rechtsanwalt, Vors. der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft; Staatsminister a. D. (SPD) 25

Koch, Lutz, Pressereferent des FDP-LV Schleswig-Holstein 270

Köhler, Otto, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein (zeitweise stellv. Vors.); ab 1957 MdB 223, 249, 254, 260, 263 f., 268, 270, 344, 360, 380, 384, 400, 426, 434, 446, 451

„Kölner Stadtanzeiger" 393

Koenning, Reinhold Friedrich, bis 1957 Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Finnland 63

Körner, Georg, bis 1957 MdB (GB/BHE, fraktionslos, FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FDP) 152

Kogon, Eugen, Prof. TH Darmstadt; bis 1953 Präsident der Europa-Union in Deutschland 372

Kohl, Heinrich, Landrat; Mitglied des FDP-Landesvorstandes (ab 1959 stellv. Vors.) Hessen; MdL 411

Kohut, Oswald, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hessen (stellv. Vors., ab 1958 Vors.), Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (ab 1956 stellv. Vors.); ab 1957 MdB
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 55, 75, 85, 98, 107, 116, 119, 122, 127, 129, 157, 162, 165, 170, 172 f., 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 264, 268, 270, 275, 280, 287, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 451, 462, 468, 471
- und Agrarpolitik 259
- und andere Parteien 200, 314, 320, 340, 369 f.
- und Außen-/Deutschlandpolitik 67, 194, 212, 247, 290, 387, 431
- und Bundespräsident 417, 441, 448
- und Bundesregierung/-koalition LVIII, 95, 200, 282, 431
- und Bundesvorstand (Wahlen, Zusammensetzung) XXIV, 166, 172 f., 178, 230 ff., 235, 240 ff., 360 f., 431, 442, 454, 473
- und DPS 222, 236, 286, 405
- und Kirche/Christentum 448
- und (LV) Berlin 158 f., 399
- und (LV) Hessen XXIV, 151, 169, 177 f., 182 f., 188, 190, 199, 214, 314, 332 f., 369, 382, 401, 413
- und (LV) Niedersachsen 71
- und (LV) NRW 314, 399, 403
- und (LV) Rheinland-Pfalz 388
- und Liberale Weltunion 335, 396
- und Parteifinanzierung XXXVI, 169, 182, 190, 244, 271, 332 f., 388, 398, 471
- und Parteiprogramme 175, 259, 328 f.
- und Parteisatzung/-organisation XXXVI, 132, 168, 176, 179, 183, 190, 213 f., 235, 237, 244, 250, 259, 271, 287, 329, 335, 370 f., 382, 388, 399, 403, 405, 411 ff., 425, 431 ff., 454 f., 459, 471
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 220, 259, 280, 283 f., 288, 314, 382, 399, 401

Kommunalpolitik 73, 79 f., 387, 390, 400, 409 f.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 128, 143, 192, 461

Konkordatsfragen 9, 11 f., 28, 170, 257 f., 384

Konservative Partei 44, 97

Kopf, Hinrich Wilhelm, MdL (SPD) in Niedersachsen; bis 1955 und ab 1959 Ministerpräsident 9, 11, 27, 434

Koslow, Frol Romanowitsch, sowjetischer Politiker, bis 1957 Parteisekretär von Leningrad, ab 1957 Mitglied des Parteipräsidiums der KPdSU; ab 1958 1. stellv. Ministerpräsident der UdSSR 452

Kraft, Waldemar, bis 1954 Vors. des BHE; MdB (BHE, fraktionslos, CDU/CSU); bis 1956 Bundesminister für besondere Aufgaben 40, 51

Kreitmeyer, Reinhold, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen; bis 1959 MdL, ab 1957 MdB 254, 256, 258

Kresse, Hermann, zeitweise Herausgeber der „Deutschen Saarzeitung", Mitglied der DPS 122

Kriegsgefangene/-verurteilte/-opfer/Vermißte 58, 63, 67, 117, 130, 255 f., 439, 445, 452, 454, 460

Kroll, Hans, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad (1953–1955), Tokio (1955–1958) und Moskau (ab 1958) 478

Krone, Heinrich, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes (ab 1958 stellv. Vors.); MdB (bis 1955 Geschäftsführer, danach Fraktionsvors.) 134 f., 143, 301, 446 f.

Krümmer, Ewald, Generalkonsul a. D., Bürgermeister von Iserlohn (FDP) 250 f., 254

Kühlmann-Stumm, Knut Frhr. von, 1956–1958 Schatzmeister des FDP-LV Hessen, 1957–1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXV, 186, 190, 230, 243 f., 248 ff., 254, 260, 263, 268, 270, 275–278, 280, 287, 298, 315

Kühn, Heinz, MdB (SPD) 142

Kühn, Walter, 1957/58 stellv. Vors., danach Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik; MdB (FDP) 321, 414, 422, 425

Kühne, Lothar, Vors. des FDP-BV Hannover-West, 1956–1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (stellv. Vors.) 118

Kulturpolitik LIV, 140 f., 154, 194, 224, 229 f., 238, 247, 285, 377, 386, 465 f.
- auswärtige 58
- Erziehungswesen (Schulfrage) 8–12, 27 f., 42 ff., 50, 73, 257 f., 289, 344, 381, 384
- Wissenschaftsförderung 54, 250, 257

Kunst, Hermann, Prälat, Bevollmächtigter der EKD bei der Bundesregierung, ab 1956 ev. Militärbischof (im Nebenamt) 72, 277

Kunze, Walther, bis 1958 Vors. des Bundesbeirates der Ost-LDP beim FDP-Bundesvorstand; Bürgermeister von Altona 184, 217, 254, 399 f.

Kuratorium Unteilbares Deutschland 390, 458

Kussmaul, Richard, Rechnungsprüfer der FDP 73, 388, 398

Kutzscher, Gerhard, ab 1956 Vors. des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen der FDP 124, 254

Lambsdorff, Graf Otto, ab 1955 stellv. Vors. des Satzungsausschusses der FDP 157

Lange, Heinz, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW; ab 1954 MdL 82

Langeheine, Richard, stellv. Vors. des DP-LV Niedersachsen; ab 1955 MdL; 1955–1956 Justiz-, 1956–1959 Kultusminister 183

Langhoff, Wilhelm († 1955), Vors. des sozialpolitischen Ausschusses der FDP 119

Lanz, Herbert, General a. D.; 1956–1959 Vors. des Verteidigungsausschusses der FDP, Mitglied des Arbeitskreises für Außenpolitik und Verteidigung 184, 450

Lehnhoff, Hermann, ehemaliger Schatzmeister des FDP-LV Niedersachsen; nach Austritt 1954 der FDP wieder beigetreten; Mitglied des Stadtrates in Hannover 30, 32 f., 69

Lehnhoff, Margarethe, 1956–1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen 30, 33

Lehr, Robert († 1956), 1949–1953 MdB (CDU/CSU); 1950–1953 Bundesinnenminister 95

Lemke, Helmut, ab 1955 MdL (CDU) in Schleswig-Holstein; 1954–1956 Kultusminister, ab 1956 Innenminister 459

Lemmer, Ernst, stellv. Vors. der Exil-CDU; MdA in Berlin, MdB; 1956–1957 Bundespostminister, ab 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen LXIII, 62, 354, 378

Lenz, Hans, ab 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdB (ab 1957 stellv. Fraktionsvors.) XXIV, XL, 146, 197, 243 f., 264, 268, 329, 333, 371 f., 400, 409, 414, 422, 431, 439, 441 f., 444, 451, 455 f., 462, 468, 471, 473

Letz, Georg, 1956–1959 stellv. Vors. des FDP-LV Bayern 217 f., 223, 236, 241 f., 254 f., 257 f., 264, 267 f., 317, 322, 335, 337

Leuze, Eduard, stellv. Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg, ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; ab 1956 MdL (Fraktionsvors.) XIII, XXIV, LVIII, LXV, LXX, 128, 155 f., 173, 187 f., 198, 200, 214, 219, 239–242, 269, 276, 309 f., 321, 336, 354 ff., 360 f., 375 f., 381, 384, 390 f., 402 ff., 418, 433, 436, 442, 447, 455, 464 ff., 470, 473
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 125, 127, 129, 144, 157, 162, 170, 172, 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 264, 268, 270, 275, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471

Leverenz, Bernhard, Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (ab 1958 stellv. Vors.); MdL; ab 1957 Justizminister und stellv. Ministerpräsident
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 98, 104 f., 107, 109, 116, 119, 122, 125, 157, 162, 170, 172, 186, 192, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 254, 260, 264, 268, 280, 287, 292, 298, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 431, 439, 442, 446, 457, 462, 471
- und andere Parteien XXXI, 40 ff., 46, 48, 51 ff., 226, 368, 370, 379, 383, 389, 447, 459
- und Außen-/Deutschlandpolitik 64, 194, 226, 248, 262, 268, 321, 340, 354 f., 376, 399, 419, 426, 440, 444, 472
- und Bundespräsident 441, 447
- und Bundesregierung/-koalition 160
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXIV, 115, 160, 173, 230 ff., 240 f., 353, 356, 360 f., 442, 454
- und (LV) Hamburg 48
- und (LV) Niedersachsen 370, 439
- und (LV) NRW 368, 375
- und (LV) Rheinland-Pfalz 421
- und (LV) Schleswig-Holstein XXIV, XXXI, 40 ff., 46, 48, 51–54, 102 f., 194, 367, 379, 383, 389, 459

- und Parteifinanzierung 359, 367, 379, 424 f., 467
- und Parteiprogramme 222, 248 ff., 262, 409, 444
- und Parteisatzung/-organisation 194 f., 312, 321, 350, 353, 359, 366, 370, 376, 399, 413, 419, 433, 454, 459
- und Sozialpolitik 195
- und Verteidigungspolitik 361, 365 f.
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 40 ff., 46, 48, 51 ff., 102, 248, 367, 375, 379, 383, 389
- und Wirtschaftsordnung/-politik 266, 376

Ley, Elly, 1955 in den Ausschuß für Wirtschaftspolitik der FDP kooptiert; MdBü in Bremen, 124

Liberaldemokratische Partei (LDP/LDPD) XXV, LII f., 188, 193 f., 201 ff., 210 f., 216, 226 f., 237, 275 f., 340 f.

„Liberale Studentenzeitung" 245 f.

Liberale Weltunion 4, 167, 178, 191, 265, 271 f., 335 f., 340, 357 f., 371 f., 387, 396, 450

Liberaler Bund (Niedersachsen) XXVI, 8, 28–33, 35–38, 68 ff., 153

Liberaler Studentenbund (LSD) XXV, XXXIV, 221, 241, 245 f., 266 f., 269, 327 f., 361, 450, 455, 462, 467 f.

Lilje, Hanns, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, stellv. Vors. des Rates der EKD, Präsident des Lutherischen Weltbundes 448

Lischewski, Otto, 1959 stellv. Vors. des FDP-LV Berlin 431 f.

Loch, Hans, Vors. der LDP; Mitglied der Volkskammer; stellv. Vors. des DDR-Ministerrates, bis 1955 Finanzminister 340 f.

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus Prinz zu, Historiker, bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP) 6, 73, 105

Lohmann, Johann Georg, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses der FDP; 1956–1959 MdBü in Bremen 105, 250

Lotz, Max Theodor, bis 1959 Geschäftsführer des FDP-LV Rheinland-Pfalz, 1956/57 Mitglied der Bundeswahlkampfleitung; bis 1959 MdL XI f., 164, 184, 189, 455

Luchsinger, Fred, Journalist, ab 1955 Bonner Korrespondent der NZZ 159

Luchtenberg, Paul, bis 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vors. des kulturpolitischen Ausschusses; 1954–1956 MdB, ab 1958 MdL in NRW; 1956–1958 Kultusminister XXIII, 8, 55, 72 f., 75, 104, 109, 111, 115 f., 119, 121 f., 125, 129, 170, 172 f., 186, 206, 213, 230, 238, 241 f., 248, 264, 268

Lübke, Friedrich Wilhelm († 1954), Vors. des CDU-LV Schleswig-Holstein; MdL; Ministerpräsident 40 f., 52 f., 102

Lübke, Heinrich, bis 1959 MdB; bis 1959 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, ab 1959 Bundespräsident 207, 447, 451, 463

Lüders, Carl-Heinz, bis 1956 Referent im BMI, danach Vortragender Legationsrat im AA, zur Europa-Union als Generalsekretär abgeordnet 372

Lüders, Marie-Elisabeth, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (ab 1957 Ehrenpräsidentin), ab 1955 Vors. des Frauenausschusses; MdB 244, 329, 358
- als Sitzungsteilnehmerin (Bundesvorstand) 3, 75, 85, 98, 104, 107, 109, 111, 116, 119, 125, 129, 133, 144, 165, 170, 172, 179, 192, 199, 213, 217, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 264, 268, 270, 280, 292, 298, 317, 380, 388, 399, 417, 424, 426, 431, 442, 457, 462, 468, 471
- und Adenauer XLVI, 273, 277
- und andere Parteien 49, 54, 200, 275, 464
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLVI, 119, 273, 275, 324, 390, 445
- und Bundespräsident 447 f.
- und Bundesregierung/-koalition 92, 200
- und Bundestag/-fraktion 8, 10
- und Bundesverfassungsgericht 24 f.
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) X, XXV, 115, 173, 234, 239 ff., 361
- und Grundgesetz 28
- und Kirche/Christentum 273, 277, 447
- und Kulturpolitik 10 ff., 28
- und (LV) Berlin XXV, 275, 284, 425
- und (LV) Hessen 49, 152
- und (LV) Niedersachsen 36 f., 76 f.
- und (LV) Schleswig-Holstein 53
- und Liberale Weltunion 167
- und Parteifinanzierung 76 f., 244
- und Parteiprogramme 153, 445
- und Parteipropaganda/-werbung 81
- und Parteisatzung/-organisation 5 f., 84, 124, 152 f., 195, 235, 244, 268, 281, 284, 317, 390 f., 394, 401, 420, 425, 431, 433, 445, 472

– und Verteidigungspolitik 268, 324, 340
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 49, 53, 181, 195, 273, 277, 280, 284, 287, 294, 401

Mälzig, Konrad, 1955–1956 Vors. des FDP-LV Niedersachsen, 1955–1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; 1955-1957 Aufbauminister XXVI, 127 ff., 131, 133, 144, 147, 155, 157, 162, 170, 186, 190 ff., 199 f.

Mahler, Karl, 1955–1956 stellv. Vors. des FDP-LV Berlin; bis 1955 Senator für Bau- und Wohnungswesen 157–160, 162 ff.

Maier, Reinhold, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg, 1957–1960 Vors. der FDP; MdL in Baden-Württemberg und bis 1956 und 1957–1959 MdB 274 f., 280 f., 363, 434, 446, 469
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 85, 105, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 270, 275, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 439, 442, 451, 457, 462, 471
– innerparteiliche Kritik an XXI f., XLIII, LXI, LXIV, 98–101, 330, 343 f., 347–353, 355 f., 390–393, 395 f., 421 ff.
– und Adenauer XLII, LIX f., LXVIII, LXX, 82, 101, 276, 289, 301, 303, 342, 346, 378, 393, 395, 416, 429, 449, 463
– und Agrarpolitik 258, 262, 277, 344, 404
– und andere Parteien XXX f., LVII, LIX f., LXIII ff., LXXI, 82, 243, 247, 252 f., 263, 274, 276, 287 f., 296 ff., 300-306, 315 f., 318 ff., 325 ff., 334 f., 339 ff., 342, 344 ff., 349, 362, 369 f., 371, 374 f., 378 f., 380 f., 385, 391 f., 395, 417 f., 441
– und Außen-/Deutschlandpolitik XLIII, LVI, LX f., LXIII, LXVI, LXVIII, 63, 82, 89, 95, 100, 243, 247, 251–254, 258, 268, 276, 289, 300, 342, 344–350, 353–356, 371, 378, 391 f., 395, 407, 416, 419 f., 427, 429, 448 f., 463
– und Bundespräsident LXVI f., 417 f., 440 f., 445 f., 451 f.
– und Bundesregierung/-koalition XXI, XLIII, LVII–LX, LXIII ff., LXXI, 89, 95, 99 ff., 243, 245, 252, 276, 288 f., 292 ff., 296 f., 300, 303 f., 306, 314, 317, 342, 345, 374, 378, 386, 391 f., 395, 407, 420
– und Bundestag/-fraktion 99, 344, 346, 368
– und Bundesverfassungsgericht 24
– und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XVII–XXIV, XXIX, 218, 230–234, 239 f., 242, 293, 334, 341, 343, 350, 352 f., 356, 359 ff., 391, 393, 406, 431 f., 442, 472
– und Dehler XXI f., LXII, LXVIII, 233 f., 345, 348 ff., 353, 355 f., 360, 392 f., 423 f.
– und Kirche/Christentum 243, 277 f.
– und Kulturpolitik 11, 258, 289
– und (LV) Baden-Württemberg XXI f., 274, 286, 291, 328, 343, 389, 395, 432
– und (LV) Bayern XXX f., 253, 303, 316, 321, 334, 401 f.
– und (LV) Berlin 284, 298, 303, 406 f., 419, 425
– und (LV) Bremen 328, 334
– und (LV) Hamburg XXXI, 303, 321, 328
– und (LV) Hessen 303, 401
– und (LV) Niedersachsen 318, 325–328, 333 ff., 344, 369 f., 373 ff., 439
– und (LV) NRW XXI f., XXIX, XXXIII, LXI, LXIII, 303, 342, 347, 351 f., 362, 368, 370, 376, 392 f., 395, 402 ff., 434
– und (LV) Rheinland-Pfalz 373, 388, 391
– und (LV) Schleswig-Holstein 379 f., 389
– und Liberale Weltunion 272
– und Parteifinanzierung XXXVII ff., 244, 263, 271, 278, 286, 291, 322, 333, 358 f., 367, 397 f., 414, 421 f., 424, 426
– und Parteiprogramme LV, LX f., LXV, 232 f., 247, 249, 258, 262 f., 276, 306 f., 319, 323, 328, 336 f., 341 f., 353, 357, 386, 392, 395, 404, 409
– und Parteipropaganda/-werbung 301, 305, 376
– und Parteisatzung/-organisation XI, XIII, XV, XXI f., XXIX ff., XXXIII, LVIII, LXI, LXIII, LXVI, LXIX, 82, 233 f., 244, 247 ff., 251 f., 254 f., 259 f., 264, 276, 288, 299, 301, 305–313, 318 f., 321 ff., 325, 329 f., 332, 335, 341–348, 350, 352, 356 f., 358 f., 362, 364 ff., 370, 373 f., 377, 382, 385, 388–392, 394, 399, 402, 404, 406 ff., 412–416, 419, 423, 425 ff., 431 ff., 445, 451, 454, 460, 466, 471 f.
– und Presse/Rundfunk 252
– und Sozialpolitik LXIX, 242 f., 346, 385, 460
– und Verteidigungspolitik LVI, LXII f., 243, 252, 339 f., 342, 364 ff., 371
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XXXIII, LVI f., LIX f., LXIII, 243, 247 f., 252 f., 258, 263, 273 f., 276–280, 284, 286–289, 292 ff., 300–307, 342 f., 345, 368–371, 373 ff., 382, 392 f., 395, 401, 432
– und Wirtschaftsordnung/-politik LX, LXIX, 242 f., 247, 264, 317, 346, 371, 380, 385, 409, 460

Maleter, Pál († 1958), ungarischer General; 1956 am Aufstand führend beteiligt (Verteidigungsminister) 375

Manteuffel, Hasso von, General a. D.; bis 1956 Vors. des Ausschusses für Sicherheitsfragen der FDP; bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP) 105 f., 162, 215, 265, 448

Mao Tse Tung, chinesischer Politiker; Vors. der KP Chinas; 1954–1958 Vors. der Volksrepublik (Staatspräsident) 59

Margulies, Robert, ab 1956 Vors. des Ausschusses für Außenhandelsfragen der FDP; MdB (FDP) 54, 63, 185, 250 f., 254, 292, 298, 308, 340, 368, 371 f., 454

Marx, Karl (1818–1883), Philosoph und Nationalökonom, Begründer des Marxismus 395

Mauk, Rudolf, ab 1957 Vors. des Arbeitskreises Agrarpolitik und stellv. Vors. des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der FDP; MdB 107, 145 f., 223, 230, 249, 254, 263 f., 268, 321

May, Harry, bis 1955 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 110

Mayer, Martha, Witwe von Ernst Mayer 3

Mayer-Falkenberg, Ludwig, Landrat, Mitglied des außenpolitischen Auschusses der FDP 105

Meilicke, Heinz, Rechtsanwalt, Honorarprof. FU Berlin 424 f.

Meineke, Hans August Friedrich, bis 1957 Schatzmeister des FDP-LV Bremen; MdBü 109

Mellies, Wilhelm († 1958), stellv. Parteivors. der SPD; MdB (bis 1957 stellv. Fraktionsvors.) 192, 220, 281

Mende, Erich, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW (bis 1959 stellv. Vors.), Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (ab 1956 stellv. Vors.), Vors. des Ausschusses Presse, Rundfunk, Film; MdB (bis 1957 stellv. Fraktionsvors., ab 1957 Fraktionsvors.) 3, 130
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 55, 98, 104, 107, 109, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 157, 162, 165, 170, 172, 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 250, 260, 264, 268, 270, 275, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462, 468, 471
- und Adenauer LXIX, 361, 429, 452
- und Agrarpolitik 208, 277
- und andere Parteien LX, LXIX ff., 197, 200, 253 f., 265, 293, 296 f., 313, 320, 340, 365, 370, 377, 387, 419, 435, 457, 463 f., 469
- und Außen-/Deutschlandpolitik XXXV, XLI, XLVI, LII, LX, LXVI f., LXIX f., 55, 63 f., 67, 119, 166, 194, 210 f., 219 f., 227, 231, 248, 254, 272, 281, 313, 351, 355, 357, 361, 377 f., 387, 407, 416, 419 f., 426–429, 435 f., 444, 448, 452, 457, 462 f.
- und Bundespräsident LXVI f., 417 f., 440 f., 446 f., 452
- und Bundesregierung/-koalition XXI, XXXVII, XLVI, LIX f., LXXI, 63, 120, 123, 129, 162 f., 199 f., 229, 281 f., 292 ff., 296 f., 299, 313 ff., 351, 407, 435, 448, 467
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XVII, XXIII, 115, 166, 171, 173, 178 f., 218, 230–235, 240 ff., 359 ff., 431 f., 442, 473
- und Bundestag/-fraktion XXIII, 419, 428 f.
- und DPS XXXIV f., 197, 222, 235 f., 245 f., 286, 382, 394, 405
- und Kirche/Christentum 73, 447
- und Kulturpolitik 229
- und (LV) Baden-Württemberg 269, 462
- und (LV) Bayern 253, 469
- und (LV) Berlin 158 ff., 163 f., 168, 284, 373, 407, 419, 448, 452
- und (LV) Bremen 365
- und (LV) Hamburg 365
- und (LV) Niedersachsen 71, 118, 326, 435
- und (LV) NRW XIV, XXIII, 163, 171, 239, 265, 281, 351, 376, 404
- und (LV) Schleswig-Holstein 463
- und Liberale Weltunion 271 f.
- und Parteifinanzierung XXXVI f., 237, 244, 424
- und Parteiprogramme 218, 223, 248, 262, 323, 336, 429, 444
- und Parteisatzung/-organisation XI, XIV, XXIII, LXVI, LXIX, 121, 128, 146, 152, 162 ff., 168, 179 f., 194 f., 214, 219 f., 222, 226, 229, 232, 237, 239, 244, 264, 269, 281, 311 ff., 322, 324, 329 f., 337, 356–359, 363 ff., 370 f., 373, 382, 390 f., 393, 399, 402 ff., 406, 408, 412 f., 423 f., 426 f., 431, 433, 435, 438, 446, 454, 457, 466, 469 f., 471 f.
- und Presse/Rundfunk 119, 121, 385, 394, 399, 467, 470
- und Verteidigungspolitik XLVI, LXII, 120, 123, 133, 170, 186 ff., 197, 215, 218,

248, 261 f., 268, 281, 340, 357, 361, 363–366, 409 f.
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 133, 181, 232, 248, 253, 265, 269, 272, 276, 279–282, 284, 288, 293, 361, 394 f., 406, 457, 463
– und Wirtschaftsordnung/-politik 264 ff., 317, 452

Mendès-France, Pierre, französischer Politiker; 1954–1955 Ministerpräsident und Außenminister 83, 86 ff.

Menke, Albrecht, 1957–1958 Vors. des LSD 266, 268 f., 317 f., 327

Menschenrechtskonvention 8–11, 27 f.

Menzel, Walter, MdB (SPD, Parlamentarischer Geschäftsführer) 339

Merkle, Hans L., Geschäftsführer der Rudolf Bosch GmbH 281, 296

Meyers, Franz, ab 1956 geschäftsführendes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; MdL in NRW; bis 1956 Innenminister, ab 1958 Ministerpräsident 375

Middelhauve, Friedrich, bis 1956 Vors. des FDP-LV NRW und stellv. Vors. der FDP; bis 1958 MdL in NRW; 1954 bis 1956 Wirtschafts- und Verkehrsminister sowie stellv. Ministerpräsident
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 85, 98, 104, 107, 109, 111, 119, 122, 125, 127, 133, 144, 165, 170, 172
– innerparteiliche Kritik an XLV, 113
– und andere Parteien 42 f., 45, 52, 97, 102, 133, 136 f., 141 f., 144, 150
– und Außen-/Deutschlandpolitik XLI, 55, 61 f., 64 ff., 90, 97
– und Bundesregierung/-koalition XLII, 89 f., 97 f., 99, 113
– und Bundestag/-fraktion 11
– und Bundesverfassungsgericht 26 f.
– und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XVII, XXIII, 113, 115, 166, 171, 173, 178, 218
– und DPS 99
– und Kirche/Christentum 72 f.
– und Kulturpolitik 9–12
– und (LV) Berlin 149
– und (LV) Hamburg 45
– und (LV) Hessen 45, 50, 149
– und (LV) Niedersachsen 9 ff., 28, 30 f., 34, 67–72, 121, 153
– und (LV) NRW XXIII, XXXII, 42 f., 45, 75, 83, 97, 133, 137 f., 140, 142, 159, 171, 173
– und (LV) Schleswig-Holstein 52 f., 102 f.
– und Liberale Weltunion 167, 178
– und Maier 99
– und Parteiprogramme 150
– und Parteisatzung/-organisation XXXII, XLVIII, 4, 82, 114, 132, 149–155
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 42 f., 45 f., 50, 52 f., 102, 133–137, 141 f., 144

Miessner, Herwart, ab 1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen; bis 1957 und ab 1959 MdB 3, 29 f., 32 ff., 36, 69 f., 118

Mikojan, Anastas Iwanowitsch, sowjetischer Politiker; bis 1955 Minister, danach Erster Stellv. Ministerpräsident 452

Mischnick, Wolfgang, 1954–1957 Vors. der DJD, ab 1958 stellv. Vors. des FDP-LV Hessen, Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, ab 1958 Vors. des LDP-Bundesbeirates, bis 1958 Vors. des Jugendausschusses, ab 1957 stellv. Vors. des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialpolitik; 1955–1959 MdL in Hessen, ab 1957 MdB (ab 1959 2. Parlamentarischer Geschäftsführer)
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 85, 98, 104 f., 107, 109, 111, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 133, 157, 162, 165, 170, 172 f., 179, 186, 192, 199, 209, 213, 221, 225, 230, 238, 243, 254, 260, 264, 268, 275, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 446, 457, 462, 468
– und andere Parteien 339 f., 369, 379, 464 f.
– und Außen-/Deutschlandpolitik 64, 194, 268, 436, 448
– und Bundespräsident LXVII, 437
– und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XII, 115, 172 f., 241 f., 360
– und DJD 112
– und DPS 197
– und (LV) Berlin 158 f.
– und (LV) Hessen XXV, 158, 172
– und Parteiprogramme 263
– und Parteisatzung/-organisation XII, 98, 157, 179, 188, 194, 321, 330, 376, 384, 386, 388, 399 ff., 411 ff., 431, 440, 455, 461
– und Sozialpolitik 321, 376, 384, 388, 445, 461, 464
– und Verteidigungspolitik 339 f.
– und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XII, 172, 188, 248, 280, 401

Mittelstandsblock 49

Mix, Erich, 1954–1960 Oberbürgermeister

von Wiesbaden, ab 1958 MdL (FDP) in Hessen 400

Mörbitz, Eghard, Journalist, Bonner Korrespondent der „Frankfurter Rundschau" 391

„Montags-Echo" 159, 189

Montanunion 14, 16, 59, 88, 90, 92–95

Motz, Roger, Präsident der Liberalen Weltunion 272

Mouvement Républicain Populaire (MRP) 86

Mühlen, Klaus Frhr. von, Vors. des FDP-KV Waiblingen, Mitglied des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung; ab 1959 MdB 414, 421, 451

Müller, Claus-Christian, Assistent der FDP-Bundestagsfraktion 341, 451, 468

Müller, Gebhard, bis 1959 MdL (CDU) in Baden-Württemberg; bis 1958 Ministerpräsident, ab 1959 Präsident des Bundesverfassungsgerichts XLI, 24, 26 f.

Müller, Heinz, bis 1957 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (bis 1956 stellv. Vors.); MdL (FDP – bis 1957 Fraktionsvors. –, CDU) 69, 317 f., 326, 335

Müller, Käte, Fürsorgerin, 1955 in den Ausschuß für Gesundheitsfragen der FDP kooptiert 124

Müller-Armack, Alfred, Prof. Univ. Köln; bis 1958 Abteilungsleiter, danach Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 250 f., 322

Müller-Kox, Robert, bis 1958 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 6

Müller-Link, Peter-Heinz, stellv. Vors. des FDP-LV Hamburg; MdBü 98, 102, 105, 119, 165, 168, 179, 182 f., 209, 217, 221, 225, 230, 232, 238, 243, 254, 275, 278, 399, 409, 411 f., 434, 442, 445 f., 448, 455, 457

Muench, Alois, bis 1959 Apostolischer Nuntuis, danach Kurienkardinal 9, 27

Muttray, Georg, bis 1959 Staatssekretär in Niedersachsen (FDP) 31, 33

Naase, Karl-Heinz, bis 1956 Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Leiter des Ostbüros 206

Nagy, Imre († 1958), ungarischer Politiker, 1956 Ministerpräsident (Führer des Aufstandes) 375, 395

National-Demokratische Volkspartei 319

Nationales Olympisches Komitee 464

Nationalsozialismus/Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 89 f., 346
- Amnestie NS-Verurteilter 461
- ehemalige Parteimitglieder 283 f., 329 f.
- Widerstand 95

Naumann, Johann Wilhelm, Herausgeber der Zeitschrift „Neues Abendland" 290

Naumann-Affäre 35, 159

Nehru, Dschawaharlal, indischer Politiker; Premierminister 231

Netzer, Susanne, FDP-Mitglied (LV Bayern, KV Aschaffenburg), 1955 in den Ausschuß für Satzungsfragen kooptiert 124

„Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) LXI, 159, 272, 351

„Neues Abendland" 290 f.

„Neueste Nachrichten" 246

Neumayer, Fritz, bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP); bis 1956 Bundesjustizminister XVI, XLIII, XLV, 3, 10 f., 27 f., 55, 64, 75, 85, 92 f., 98, 104 f., 107, 109, 111, 113, 116 f., 119, 122, 125, 127, 129, 133, 140 f., 145, 154 f., 167 f., 173

Neveling, Wolfgang H., FDP-Mitglied 254

Nicolai, Wilhelm, 1954 FDP-Mitglied (LV Niedersachsen, KV Hannover) 70

Niebel, Fritz, Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, ab 1958 Vors. des Kriegsopferausschusses LIV, 104, 175, 192, 194, 206, 217 f., 220 ff., 230, 236, 238, 242 ff., 249 f., 252, 260, 298 f., 317, 322, 331, 400

Niedersachsen XXIX, 155, 194, 316, 318, 325–328, 334 f., 344
- Regierungen XXVI, XXVIII, XXXI f., 118, 121 ff., 183, 190 f., 434 f.
- Schulwesen 8 f., 11 f., 27, 73, 434
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht XXVIII, XXX ff., 43, 48, 109 f., 118, 180, 195, 262 f., 267, 274 f., 279, 368 ff., 387, 394, 401, 406, 410, 415, 420, 434

Niedersachsen-Block 48

Niemöller, Martin, Kirchenpräsident der

Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 261, 410 f.

Nölting, Erik († 1953), MdB (SPD) 23

Nolting, Friedrich (DAG) 358

Nolting-Hauff, Wilhelm, MdBü (FDP) in Bremen; Senator für Finanzen 105, 222

Nordatlantikpakt (NATO) siehe auch Pariser Verträge LIII, 87, 104, 106, 215, 318, 346, 366, 428, 430, 463

Nordrhein-Westfalen 200, 266
- Regierungen XVI f., XXXII f., XXXV, XLVII, 75, 83, 97, 133, 135–144, 151, 153 ff., 160, 164, 173, 296, 303, 314, 351, 395
- Schulwesen 42 f.
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht XXXII f., LXIII, 42 f., 45 f., 180, 195, 204, 267, 279, 281, 287, 289 f., 303, 314 f., 317, 342, 347, 358, 362, 365, 368, 370 f., 373–378, 390, 392–395, 448

Nottbeck, Arvid von, ab 1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen, 1958–1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; 1956–1957 und ab 1959 Justizminister XXVI, 183, 191, 360 f., 363, 368, 370, 372, 379 f., 384, 388, 409, 417, 424, 431, 433 ff., 439, 442, 446, 448, 451, 453, 455, 457

Nowack, Wilhelm, bis 1958 Vors. des FDP-LV Rheinland-Pfalz und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1955–1956 stellv. Vors.); 1955–1959 MdL; bis 1958 Finanz- und Wiederaufbauminister 184
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 8, 55, 75, 85, 98, 105, 109, 111, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 165, 170, 172, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 254, 268, 280, 287, 292, 298, 317, 335, 341, 358, 363, 372
- und Agrarpolitik 336
- und andere Parteien LI, 91, 199, 201 ff., 315, 319 f., 341
- und Außen-/Deutschlandpolitik XLII, LII, 64, 67, 91, 97, 193 f., 201 ff., 211, 213, 219, 226 f., 237, 248, 354 f.
- und Bürokratie 100 f.
- und Bundesregierung/-koalition LVIII, 64, 91, 97 f., 289, 315
- und Bundestag/-fraktion 131
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXVI, 115, 171 f., 178, 218, 232, 235, 240 ff., 360
- und DPS 197, 204, 212, 222, 235 f., 286
- und Finanzpolitik 315, 336
- und Gewerkschaften 196
- und Kulturpolitik 10 ff., 27 f.
- und (LV) Niedersachsen 77, 121, 328
- und (LV) NRW 238 f.
- und (LV) Rheinland-Pfalz XXVI, 168, 236, 336, 338, 373, 388, 391, 399
- und Maier 100
- und Parteifinanzierung 77, 244, 286, 291, 333, 367
- und Parteiprogramme 248, 255, 336 f.
- und Parteisatzung/-organisation XIV, IL, 128, 132, 168, 194, 202, 211, 213 f., 219, 235, 237 ff., 244, 255, 281, 312, 321 ff., 333, 338
- und Sozialpolitik 315
- und Verteidigungspolitik 91, 315, 323, 336
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht LVIII, 247 f., 288 f., 367
- und Wirtschaftsordnung/-politik 247, 321, 323

Nuschke, Otto († 1957), Vors. der Ost-CDU; stellv. Vors. des Ministerrates der DDR 84

Oder-Neiße-Linie siehe Deutschlandpolitik

Oehding, Cäsar, bis 1957 Vors. des Verkehrsausschusses der FDP 251

Oellers, Fritz, bis 1951 Vors. des FDP-LV Schleswig-Holstein; 1951–1956 Botschafter in Brasilien, 1956–1959 in der Türkei 40, 51 f., 84

Oelßner, Fred, bis 1958 Mitglied im Parteivorstand/ZK und im Politbüro der SED 354

Österreich 126, 273, 335

Ollenhauer, Erich, Vors. der SPD; MdB (Fraktionsvors.) 19, 66, 85, 89, 141 f., 199 f., 266, 279, 289, 330, 416, 428

Onnen, Alfred, bis 1957 MdB (FDP) 76–79

Oppenheim, Friedrich Carl Frhr. von, Bankier; ab 1958 Präsident der Europa-Union in Deutschland 372

Pariser Verträge (1954) siehe auch Nordatlantikpakt XLIII–XLVI, 104, 106, 111, 118 f., 125, 170, 325, 346

Parlamentarischer Rat XXIV f., 12

Paulssen, Hans-Constantin, Präsident der

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 447

Petersberger Abkommen (1949) 91

Pferdmenges, Robert, bis 1959 Vors. des Bundesverbandes des privaten Bankiergewerbes; MdB (CDU/CSU) 397

Pfleiderer, Karl Georg († 1957), bis 1955 MdB (FDP); ab 1955 Botschafter in Jugoslawien XLI f., XLIV, 9, 55–67, 74, 82 ff., 89, 93, 105 f., 109, 325, 436, 438

Pietschack, Ernst, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Schleswig-Holstein (zeitweise stellv. Vors.) 75, 133

Pittelkow, Fritz, Referent für Innenpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Geschäftsführer des Arbeitskreises Innenpolitik 321, 409

Plat, Martin, bis 1959 Geschäftsführer des FDP-LV Hamburg 111, 333

Plato (427–347 v. Chr.), griechischer Philosoph 395

Polen 23, 56, 194, 215

„Politik und Wirtschaft" 5

Porst, Hanns, Unternehmer, Präsidialmitglied der IHK für Mittelfranken; zeitweise Vors. des FDP-BV Mittelfranken 254

Posa, Marquis de, Figur aus dem Drama „Don Carlos" von Friedrich Schiller 381

Potsdamer Abkommen (1945) 210

Preiß, Ludwig, MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP, DP) 133, 148, 152

Pressefragen 181, 225 f., 253, 394, 397, 411 f.

Preusker, Viktor-Emanuel, bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Vors. des wirtschaftspolitischen Ausschusses, ab 1958 Vizepräsident des Direktoriums der DP; MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP, DP), ab 1958 Vizepräsdent des Bundestages; bis 1957 Bundeswohnungsbauminister XVI, XLII–XLV, XLVII, IL f., 3, 7 f., 51 f., 55, 60, 72, 85, 87 f., 96 ff., 100, 104 f., 107, 109, 111, 113, 116 f., 122, 129 ff., 145, 155, 162, 167 f., 173, 190, 200, 304

Puschkin, Georgij Maksimowitsch, sowjetischer Politiker, 1954–1958 Botschafter in der DDR, ab 1959 stellv. Außenminister 117, 452

Radecker, Louis, FDP-Mitglied (LV NRW) 73

Rademacher, Willi Max, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg (bis 1958 Vors.) und bis 1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (1957–1958 stellv. Vors.), ab 1957 Vors. des Verkehrsausschusses; MdB 84, 281
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 75, 85, 98, 104 f., 107, 119, 122, 125, 129, 133, 144, 157, 162, 170, 172 f., 186, 192, 199, 213, 217, 230, 238, 250 f., 260, 264, 270, 280, 287, 292, 298, 329, 341, 358, 368, 372, 380, 388, 399, 417, 431, 439
- und Agrarpolitik 196
- und andere Parteien 45, 47 f., 94 f., 97, 144, 200, 265, 275, 320
- und Außen-/Deutschlandpolitik LVI, 93 ff., 104, 193 f., 252, 275, 361
- und Bundesregierung/-koalition XLII, LVIII, 94 f., 97, 99, 145, 200, 265, 282
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXV, 115, 173, 231 f., 235, 240 ff., 328, 360 f., 442
- und (LV) Baden-Württemberg 389
- und (LV) Berlin 159 f., 163
- und (LV) Hamburg XXV, 47 f., 151, 155, 176, 262, 314, 359
- und (LV) Hessen 47, 50
- und (LV) Niedersachsen 34, 78, 328, 334
- und (LV) NRW 133, 143, 150, 376
- und (LV) Schleswig-Holstein 47, 389
- und Liberale Weltunion 272, 335, 340, 396, 450
- und Maier 99
- und Parteifinanzierung XXXVI, 78, 105, 244, 265, 270, 291
- und Parteiprogramme 309
- und Parteisatzung/-organisation XII, XXXVI, 4 f., 7 f., 116, 143, 145, 150 f., 155, 159 f., 176, 179, 188 f., 194, 217, 219, 235, 237, 251, 262, 281, 291, 293, 305 f., 313, 399, 433
- und Presse/Rundfunk 268
- und Sozialpolitik 385
- und Verteidigungspolitik 365
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XII, LVI, 45, 47 f., 50, 97, 133 f., 144, 188 f., 252, 268, 270, 280, 288, 389
- und Wirtschaftsordnung/-politik 268

Rahn, Rudolf, Botschafter a. D., Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses und des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung 105 f., 254 f., 423, 472

Ramroth, Wolfgang, 1957 Geschäftsführer

des LSD, 1956/57 Mitarbeiter in der FDP-Bundeschäftsstelle 206, 268 f.

Rapp, Alfred, Journalist, Bonn-Korrespondent der FAZ, ab 1958 Leiter des Bonner Büros 57, 60

Raule, Peter, bis 1956 Präsident des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes 285

Rechenberg, Hans Albrecht Frhr. von (1892–1953), zuletzt stellv. Vors. des FDP-LV NRW und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes 114

Reichardt, Günther, 1956–1958 Vors. des LSD und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes XXV, 173, 188, 191, 197 f., 200, 206, 241 f., 246, 266, 269, 283, 321, 354, 361
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 173, 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 251, 254, 264, 268, 270, 275, 280, 287, 292, 298, 317, 329, 335, 341, 358

Reif, Hans, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin (1958–1959 Vors.) und 1958–1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1957 MdB XXV, 3, 8, 12 f., 15–19, 22 f., 97, 114, 169, 230, 340, 372 f., 376, 380, 385–388, 398 f., 400 f., 409 f., 412, 416 f., 424 f.

Reinhard, Alexander, Referent für Finanzwesen in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 333

Renner, Viktor, MdL (SPD) in Baden-Württemberg; Innenminister 471

Republikanische Partei 44

Reuter, Franz, Mitarbeiter der WSV, ab 1958 Vors. des wirtschaftspolitischen Ausschusses der FDP 322, 373, 378, 472

Reuter, Georg, bis 1959 stellv. Vors. des DGB 242

Rheinland-Pfalz 8, 28, 236
- Regierungen XXVI, 373, 388, 400, 421, 435
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht 180, 195, 279, 394, 401, 406, 410, 415, 435

Richter, Arnold, bis 1959 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg 55, 68 f., 213

Richter, Willi, Mitglied des Vorstandes (ab 1956 Vors.) des DGB; bis 1957 MdB (SPD) 358

Rieckhoff, Adolf, Geschäftsführer des FDP-LV Berlin 189, 298

Riedel, Paul, Bürgermeister a. D., Mannheim (FDP) 388

Rieger, Alfred, Referent in der Geschäftsstelle des FDP-LV NRW, ab 1956 Hauptgeschäftsführer 411, 455

Rifai, Samir, jordanischer Politiker, 1958/59 Ministerpräsident 377

Rinné, Erik, Abteilungsleiter (Werbung und Information) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Redaktionsleiter von „Das freie Wort" 85, 111, 173–176, 192, 195, 205, 230, 236, 254, 275, 279 f., 363, 367, 411, 457

Risse, Eberhard, 1954–1958 MdL (FDP) in NRW 151

Rodemer, Heinrich, ab 1954 MdL (FDP) in Hessen 105, 109

Rodenstock, Rolf, Vizepräsident des BDI 281

Roegele, Otto B., Chefredakteur des „Rheinischen Merkur", Vors. der Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands 290

Rohr, Hansjoachim von, Staatssekretär a. D., bis 1954 MdL (FDP) in NRW 400

Ronge, Paul, bis 1958 MdA (FDP) in Berlin (ab 1956 Fraktionsvors.) 284, 325

Rubin, Hans Wolfgang, bis 1956 Schatzmeister des FDP-LV NRW, Bundesschatzmeister der FDP 3, 281
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 75, 85, 98, 105, 107, 109, 111, 122, 127, 129, 157, 162, 165, 170, 172 f., 179, 186, 192, 207, 209, 213, 230, 238, 251, 260, 268, 270, 275, 280, 292, 298, 317, 329, 358, 363, 368, 388, 399, 417, 431, 434, 439, 442, 451, 457, 462
- und Adenauer 282
- und andere Parteien XXXVIII, LVIII, LXIX, 262, 278, 282, 319, 358, 456, 464 f.
- und Außen-/Deutschlandpolitik 91 f., 419, 452, 463
- und Bundesregierung/-koalition LVIII, 282
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXIV, 115, 171, 173, 231 f., 234 f., 242, 361, 442, 473
- und DPS 212, 271
- und (LV) Baden-Württemberg 182, 397, 404, 422, 437
- und (LV) Bayern 397
- und (LV) Berlin 159, 171, 190, 467
- und (LV) Bremen 366, 397

- und (LV) Hamburg 366, 397, 422
- und (LV) Hessen 175, 182, 199, 367, 397
- und (LV) Niedersachsen XXVII, 191, 334, 367, 397, 415
- und (LV) NRW XXIV, 171, 334, 397, 422
- und (LV) Rheinland-Pfalz 397, 415
- und (LV) Schleswig-Holstein 103, 367
- und Liberale Weltunion 450
- und Parteifinanzierung XXVII, XXXV–XL, 4, 30, 34 f., 71, 75–78, 80, 107 f., 112, 160 f., 166, 169, 171, 175, 178, 180 ff., 190 f., 196, 199, 237, 244, 262, 270 f., 278, 282, 286, 332 f., 358 f., 367, 397 f., 414 f., 421–425, 427, 433, 437, 455 f., 467, 471
- und Parteisatzung/-organisation XII, 4 f., 82, 112, 159, 164, 179, 182 f., 188, 214, 235, 239, 271, 280, 284, 312, 321, 333, 404, 423, 433, 464
- und Sozialpolitik 92
- und Verteidigungspolitik 366
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht XII, 164, 180, 188, 196, 276, 286, 366
- und Wirtschaftsordnung/-politik 321, 464

Rumänien 23, 56

Rundfunkfragen 119, 225 f., 381, 385, 467, 470
- NWDR 66

Runge, Werner, Journalist, Redakteur des „Münchener Merkur" 117

Rutschke, Wolfgang, ab 1957 MdB (FDP) 250, 298, 454

Saargebiet/Saarfrage/Saarstatut siehe Deutschlandpolitik

Sander, Heinrich, Mitglied des Agrarausschusses und des Arbeitskreises Agrarpolitik der FDP; ab 1957 MdB 298, 313

Schaefer, Carl Anton, bis 1954 MdL (GB/BHE) in Schleswig-Holstein, 1958 Übertritt zur CDU; Finanz-, bis 1954 auch Justizminister 102

Schäfer, Hans, ab 1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen, ab 1959 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; ab 1959 MdL XXVI, 409 f., 413, 442, 451, 457, 468, 471, 473

Schäfer, Hermann, bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (bis 1955 stellv. Vors.) und Vors. des sozialpolitischen Ausschusses; bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP); bis 1956 Bundesminister für besondere Aufgaben XVI, XXVII, XLI, XLIII ff., IL f., 4, 6, 11 f., 20 ff., 28–31, 34, 37, 53–56, 69 ff., 73, 80 ff., 92, 99, 101, 109, 113–116, 119, 136, 142 f., 146, 148, 151, 155, 162, 167 f., 178 f., 184
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 98, 104 f., 107, 109, 111, 116, 119, 122, 125, 127, 129, 133

Schäffer, Fritz, MdB (CSU); bis 1957 Bundesfinanz-, ab 1957 Bundesjustizminister 45, 82, 130 f., 210, 257

Scharf, Kurt, Probst in der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, 1955–1957 stellv. Vors., ab 1957 Vors. des Rates der Evangelischen Kirche der Union 261

Scheel, Walter, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW (ab 1956 Schatzmeister), ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, 1956 bis 1958 Vors. des wirschaftspolitischen Ausschusses; bis 1954 MdL, MdB XII f., XXIII, XXX; LI f., 13–20, 22 f., 142, 157–160, 163, 168, 172 f., 179 f., 184, 188, 193 f., 200, 208, 210 f., 218, 223, 232, 234, 236, 241 f., 247 f., 253, 286, 291, 296 f., 333, 337 f., 340, 357 f., 360 ff., 373, 440, 442, 450, 452, 454, 463, 473
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 157, 162, 173, 179, 192, 199, 209, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 251, 260, 264, 268, 287, 292, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 388, 399, 409, 417, 424, 426, 431, 434, 439, 442, 451, 462

Schepp-Merkel, G., 1955 in den Ausschuß für Jugendfragen der FDP kooptiert 124

Schiller, Friedrich von (1759–1805), Dicher 302

Schiller, Karl, Prof. Univ. Hamburg (SPD) 23

Schirdewan, Karl, bis 1958 Leiter der Westkommission beim Parteivorstand der SED und 1953–1958 Mitglied des Politbüros; ab 1958 Leiter der staatlichen Archivverwaltung (DDR) 354

Schleiermacher, Friedrich (1768–1834), ev. Theologe und Philosoph 381

Schlepple, W., FDP-Mitglied (LV NRW) 403

Schleswig-Holstein 48, 376
- Regierungen XXXI, 40, 102 f., 398, 459
- Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht XXX,

40 ff., 46, 51 ff., 92, 102, 274 f., 303, 367, 379 f., 383 f., 389, 394, 459, 463

Schleswig-Holstein-Block 41, 51 ff.

Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft 40 f., 46, 51 ff.

Schleswig-Holsteinische Landespartei 40 f., 102

Schleswig-Holsteinische Wählergemeinschaft 40 f., 53

Schloß, Hans, bis 1957 MdB (FDP) 85, 88 f., 187, 197

Schlüter, Leonhard, 1954–1956 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (1956 Austritt aus der FDP); bis 1959 MdL (FDP, fraktionslos/1955 Fraktionsvors.); 1955 Kultusminister XXVIII, 121, 123, 127 f., 155, 327

Schmid, Carlo, Prof. Univ. Frankfurt; Mitglied des Parteivorstandes der SPD; MdB (ab 1957 stellv. Fraktionsvors.), Vizepräsident des Bundestages 199, 325, 395 f., 447, 451, 469

Schmidt-Wittmack, Karlfranz, bis 1955 (Mandatsverlust) MdB (CDU, fraktionslos) 86 f., 98

Schmücker, Marie-Therese, 1955 in den Ausschuß für Beamtenfragen der FDP kooptiert 124

Schneider, Charles Raymond, FDP-Mitglied (LV NRW) 72, 330

Schneider, Ernst Georg, Präsident der IHK Düsseldorf 337

Schneider, Heinrich, ab 1955 Vors. der DPS, ab 1957 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdL im Saarland, ab 1957 MdB (FDP-Hospitant, FDP); 1957–1959 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft XXVI, XXXIII f., 122 f., 165, 170, 197, 203 f., 212 f., 222, 235 f., 246, 251, 268 f., 335, 341, 362, 381, 388, 391 ff., 405, 417 f., 423–426, 428 f., 431–434, 436, 439 f., 442, 446 f., 451, 453, 455, 462 f., 467 f., 471, 473

Schneider, Herbert, MdB (DP, DP/FVP, DP, ab 1957 Fraktionsvors.) 447 f.

Schneider, Ludwig, bis 1957 und ab 1958 MdB (FDP, fraktionslos, DA, FVP, DP/FVP, DP), bis 1957 Vizepräsident des Bundestages XLV, 117 f., 122, 146, 148 f., 152, 304

Schöne, Joachim, bis 1957 MdB (SPD) 19

Schöne, Hanno, bis 1954 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle (Redaktion „Wirtschaftlicher Rundblick") 5 f.

Schöpf, Melitta, 1955 in den Ausschuß für Gewerbepolitik der FDP kooptiert 124

Scholder, Klaus, 1956 bis 1958 Referent für Kulturpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, 1957/58 Geschäftsführer des Arbeitskreises Innenpolitik 250, 254, 278, 299, 321

Schollwer, Wolfgang, Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, bis 1957 stellv. bzw. kommissarischer Leiter des Ostbüros, 1957–1959 Redakteur, ab 1959 Chefredakteur der fdk und Pressereferent der Bundespartei 194, 254, 341, 457, 462, 468, 471 f.

Schröder, Bruno, bis 1955 MdL (FDP, fraktionslos) in Niedersachsen 30 f., 68–72

Schröder, Gerhard, ab 1956 geschäftsführendes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; MdB; Bundesinnenminister XLII f., LXX, 87–96, 99 ff., 200, 394, 451, 469

Schröder, Ludwig, 1955/56 Geschäftsführer des FDP-LV Hessen 125 f., 173

Schroeder, Werner, Mitglied des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der FDP (LV Hessen) 254, 264, 268

Schütz, Waldemar, 1955–1959 MdL (DRP) in Niedersachsen XXIX, 326, 334 f.

Schütz, Wolfgang Wilhelm, Publizist; bis 1957 Mitarbeiter des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, ab 1957 geschäftsführender Vors. des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" 458

Schultz, Fritz-Rudolf, ab 1959 Vors. des Verteidigungsausschusses der FDP; bis 1959 MdL in Rheinland-Pfalz, ab 1957 MdB 451, 468

Schulze, Alfred, Herausgeber und Chefredakteur der Korrespondenz „Politik und Wirtschaft" 5 f.

Schulze, Reinhold, Referent für Außenpolitik in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1956 zusätzlich Leiter der Bundesparteischule 105, 174 f., 180, 205, 254 f., 321

Schuman, Robert, französischer Politiker; Mitglied der Nationalversammlung; 1955–1956 Justizminister; ab 1956 Präsident der Europäischen Bewegung, ab 1958 Präsident des Europäischen Parlaments 86

Schwann, Hermann, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW, 1957–1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1957 MdB (FDP) XXIII, 116 f., 199, 209, 230, 241 ff., 248 f., 251, 254 f., 258 ff., 263 f., 268, 270, 273, 281, 287, 289 f., 292, 298, 316 ff., 321

Schwarz, Walter, Geschäftsführer des FDP-LV Schleswig-Holstein 275

Schweden 58

Schweitzer, Albert, Arzt und Theologe; Leiter des Tropenhospitals in Lambarene (Afrika) 261

Schweiz 335, 461

Schwennicke, Carl-Hubert, bis 1956 Vors. des FDP-LV Berlin und Mitglied des FDP-Bundesvorstandes (bis 1955 stellv. Vors.) sowie Vors. des gesamtdeutschen Ausschusses, 1956/57 Vors. des FVP-LV Berlin; bis 1958 MdA XVI, XXV, XXXI, XLIV f., L, 4 f., 7, 44 f., 60 f., 64 f., 67, 73 ff., 79, 81, 101, 104, 109 f., 114 f., 146, 157–160, 163 f., 167 ff., 184, 189 f., 387, 400
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 98, 104, 109, 111, 122, 129, 170

Schwertner, Erich, ab 1955 stellv. Vors. der DPS, ab 1958 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; ab 1955 MdL im Saarland, 1957 MdB (FDP-Hospitant); 1956–1959 Staatskommissar bzw. Minister für öffentliche Arbeiten und Wiederaufbau XXVI, XXXIV, 203 ff., 212 f., 222, 235, 246, 263 f., 266, 269, 271, 285 f., 288, 290, 295, 328, 361 ff., 365, 378, 381, 388, 392, 407, 440, 442 ff., 460
– als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 199, 209, 213, 230, 238, 243, 251, 255, 260, 268, 270, 280, 287, 292, 298, 317, 358, 363, 372, 399, 417, 424, 426, 439, 442, 457

Schwinge, Erich, Prof. Univ. Marburg, 1957/58 stellv. Vors. des FDP-LV Hessen 358, 370, 372

Sehlmeyer, Grete, bis 1955 MdL (FDP, fraktionslos) in Niedersachsen 30 f., 33, 36 f., 68–72

Seib, Christa, 1955 in den Ausschuß für Kommunalpolitik der FDP kooptiert 124

Seiboth, Frank, ab 1954 Mitglied des Bundesvorstandes des GB/BHE (1955–1958 stellv. Vors., ab 1958 Vors.); bis 1957 MdB (ab 1955 stellv. Fraktionsvors.), ab 1958 MdL in Hessen (Fraktionsvors.) XXXI, 369 f., 379, 457

Seidel, Hanns, ab 1955 Vors. der CSU; MdL in Bayern; ab 1957 Ministerpräsident 45, 314

Seitz, Wilhelm, FDP-Mitglied (LV NRW) 457

Semjonow, Wladimir, sowjetischer Politiker und Diplomat; bis 1954 Hochkommissar und Botschafter in der DDR, 1954–1955 Abteilungsleiter im Außenministerium, ab 1955 stellv. Außenminister 74, 452

Sethe, Paul, Publizist; bis 1955 Mitherausgeber der „FAZ", ab 1955 Ressortleiter Politik der Zeitung „Die Welt" 281

Sieveking, Kurt, ab 1957 MdBü (CDU, Fraktionsvors.) in Hamburg; bis 1957 1. Bürgermeister und Präsident des Senats von Hamburg, 1956/57 Bundesratspräsident 262

Simonis, Paul, ab 1955 stellv. Vors. der DPS; ab 1955 MdL im Saarland 235

Skrodzki, Bernhard, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin; ab 1955 MdA (CDU) in Berlin 242

Sonnemann, Theodor, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 15, 273

Sonnenhol, Gustav Adolf, bis 1957 Referent im Bundesministerium für den Marshallplan bzw. wirtschaftliche Zusammenarbeit; danach Botschaftsrat bei der OEEC in Paris 87, 105, 251

Sorin, Walerian Aleksandrowitsch, sowjetischer Diplomat und Politiker; bis 1955 stellv. Außenminister, 1955–1956 Botschafter in Bonn 159

Sowjetunion XLI ff., XLVI, LX, LXVI, LXVIII f., 56–67, 74, 82 f., 87 ff., 99, 106, 117, 119, 125 f., 201, 214 ff., 227, 260 f., 325, 353 f., 357, 361, 378, 382, 401, 407, 428 ff., 449, 452, 462

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 5, 100, 111, 117, 155, 220
– im Bundestag XLIII, LXII f., 28, 88 f., 93 f., 98 f., 187, 252 ff., 265, 291, 302, 306, 313, 346, 348, 411, 419, 461 f.
– im Urteil von FDP-Politikern LI, LXIX f., 143, 186, 238, 273, 304, 351, 395 f., 402 ff., 463 ff.
– in Baden-Württemberg 149, 164 f., 274
– in Bayern 107, 136, 267, 319, 384, 402
– in Berlin 44, 110, 400

- in Bremen 44, 128, 365
- in Hamburg 48, 320
- in Hessen 38 f., 45, 47–51, 188, 314 f., 401
- in Niedersachsen XXVI, XXXI, 43, 48, 118, 191, 316, 434
- in NRW XXXII f., XLVII, 43, 97, 133, 135, 137–144, 154, 160, 266 f., 351, 373, 375 f., 378
- in Rheinland-Pfalz 435
- in Schleswig-Holstein 42, 102, 383, 389, 459
- Parteiprogramme LI, LXIX f., 463 ff.
- Parteitage/-kongresse LI, LXIX, 54, 80, 138, 186 f., 199, 273, 371
- und Außen-/Deutschlandpolitik 94, 96 f., 104, 126, 138, 141 f., 419
- und Bundespräsident 447
- und Bundesverfassungsgericht 24 ff.
- und FDP XXIII, XLVII, LI, LVII f., LX, LXIV f., 136, 170 f., 187 f., 243, 276, 282, 293, 295, 297, 303 f., 306, 314, 342, 377 f., 385 f., 392, 434, 436, 461, 463 f.
- und Koalitions-/Regierungsbildungen XXVI, XXXI ff., XLVII, LVII f., 97, 107, 110, 133, 135–144, 149, 154, 160, 164 f., 171, 199, 201, 245, 276, 282 f., 303 f., 320, 342, 351, 434 f.
- und Kulturpolitik 44
- und Parteifinanzierung 425, 451
- und Sozialpolitik 460
- und Verteidigungspolitik LXII f., 89, 339 f., 348, 365, 411, 461
- Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 38 f., 42–45, 47–51, 97, 102, 128, 164, 180, 246, 253, 267, 276, 287, 292, 302, 314, 320, 373, 375 ff., 383 f., 389, 395, 400 ff., 434 f.
- und Wirtschaftsordnung/-politik LXIX f., 13, 19, 23, 138, 199, 266, 283, 291, 346, 371, 375, 463 ff.

Sozial-Konservative Partei XLV, 117 f.

Sozialpolitik LV, LVIII, 92, 107 f., 111 f., 144, 157, 218, 224, 242 f., 247 f., 315, 336, 346, 376 f., 384, 386, 445, 460
- Familienpolitik 249, 257 f.
- Kriegsopferversorgung 454, 460
- Lastenausgleich 385, 410
- Rentenreform LI, LXIX, 209 f., 445, 460
- Sozialreform LI, 82, 85, 209 f.
- Versorgungsstaat LXX, 464

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 63, 193, 201, 203, 464

Spaak, Paul-Henri, belgischer Politiker; 1954–1957 Außenminister, ab 1957 Generalsekretär der NATO 430

„Der Spiegel" 118

Spitzmüller, Kurt, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg; ab 1957 MdB 269, 284 f., 298

Spoerhase, Willi, 1955–1956 und 1958 Geschäftsführer der DPS 204

„Das Sprachrohr" 37

Stahl, Willy, Bürgermeister von Titisee; Mitglied des FDP-Landesvorstandes Baden-Württemberg; MdB 147, 284

Stalin, Jossif (1879–1953), sowjetischer Politiker, ab 1929 Alleinherrscher der Sowjetunion 345, 361

Stammberger, Wolfgang, 1957/58 Vors. des Arbeitskreises Innenpolitik der FDP; MdB 264, 268, 321

Starke, Heinz, MdB (FDP) 230, 346, 414, 420, 422

Stegner, Artur, bis 1954 Vors. des FDP-LV Niedersachsen; bis 1955 MdL (FDP, fraktionslos), bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, GB/BHE) 4, 29, 31, 35 ff., 70, 75–78, 191

Stein, Gustav, stellv. Hauptgeschäftsführer, ab 1957 Hauptgeschäftsführer des BDI (CDU) 242, 281, 358

Steinhoff, Fritz, bis 1956 Oberbürgermeister von Hagen; MdL (SPD) in NRW (bis 1956 und ab 1958 Fraktionsvors.); 1956–1958 Ministerpräsident 139 f., 142, 144

Steltzer, Theodor, 1946/47 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU) 52

Steltzner, Helmut, Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge, Mitglied im LDP-Bundesbeirat 439

Stender, Herbert, Abteilungsleiter (Organisation und Verwaltung) in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 173, 176, 205 f., 255, 275, 279, 321, 411, 415

Stephan, Werner, 1955–1959 Bundesgeschäftsführer der FDP XII, XV f., LXV, 108 f., 112, 119, 124, 160, 163, 168, 175, 184, 188, 195, 205, 218, 220, 222 f., 236, 242, 244 f., 248, 251, 253, 258, 262 f., 266, 271, 277, 279, 281, 284 f., 288, 291, 298 f., 321 f., 329, 331 ff., 338 f. 342, 351 f., 358, 363, 367, 371, 376, 378 f., 381, 386 f., 396 f., 403, 407 f., 411–415, 421
- als Protokollführer 116, 127, 165, 170, 172 f., 179, 186, 192, 199, 209, 213, 217,

221, 225, 230, 238, 243, 250, 254, 260, 264, 268, 270, 275, 280, 287, 292, 317, 329, 335, 341, 358, 363, 368, 372, 380, 388, 399, 409, 417, 424

Steuer, Lothar († 1957), ab 1955 stellv. Vors. des Wahlrechtsausschusses der FDP; MdL in NRW 108

Steuergesetzgebung/-reform LXIX, 85, 111, 185, 196, 208, 224, 248 f., 256 f., 335 f., 344, 346, 351, 375, 384, 409, 445, 453, 460

„Stimmen der Jungen Generation" 404

Stingl, Josef, MdB (CDU) 194

Stoltenberg, Gerhard, ab 1955 Bundesvors. der Jungen Union, stellv. Vors. des CDU-LV Schleswig-Holstein; 1954–1957 MdL, ab 1957 MdB XL, 456

Stolz, Erwin, Mitglied des Bundesvorstandes und Geschäftsführer der DRP 326

Storch, Anton, MdB (CDU/CSU); bis 1957 Bundesarbeitsminister 88

Sträter, Artur, MdL (CDU) in NRW; bis 1956 und ab 1958 Minister (Wirtschaft und Verkehr, Bundesangelegenheiten, Finanzen) XL, 451

Strauch, Josef, Bundesgeschäftsführer des BHE 379

Strauß, Franz Josef, stellv. Vors. der CSU; MdB; bis 1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesminister für Atomfragen, ab 1956 Bundesverteidigungsminister 25, 87, 129, 215, 261, 281, 289, 383

Strauß, Walter, Staatssekretär im Bundesjustizministerium (CDU) 10, 27, 84

Strömer, Joachim, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen (1954–1955 Vors.) und bis 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1959 MdL XXVI f., 3, 31 f., 34–38, 55, 68, 70 f., 75 f., 78 f., 85, 98, 104 f., 107, 109 ff., 115 f., 118, 122, 127, 129, 131, 133, 144, 150, 157 f., 162, 165, 170, 172 f., 179

Stücklen, Richard, MdB (CSU, bis 1957 stellv. Vors. der CDU/CSU-Fraktion); ab 1957 Bundespostminister 130, 134

„Stuttgarter Nachrichten" 6

„Stuttgarter Zeitung" 390–394, 399, 402–405

Sucker, Wolfgang, bis 1957 Direktor des Evangelischen Bundes und Leiter des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim; ab 1957 stellv. Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau 448

„Süddeutsche Zeitung" 354

Südtirol 430

„Südwest-Merkur" 393, 411

Suhr, Otto († 1957), MdA (SPD) in Berlin; ab 1955 Regierender Bürgermeister 110

Sußmann, Eduard August, ab 1959 Geschäftsführer des FDP-LV Hamburg; MdBü 280

Szilagyi, Joszef († 1958), ungarischer Politiker, 1956 am Aufstand führend beteiligt 375

Tangemann, Ruth, Referentin für Frauenfragen in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, ab 1957 Geschäftsführerin des Arbeitskreises Arbeits- und Sozialpolitik 249, 255, 258, 275, 387

Tantzen, Richard, 1955–1956 Kultusminister in Niedersachsen (FDP) 123, 183

Thadden, Adolf von, Mitglied des DRP-Landesvorstandes Niedersachsen und der DRP-Parteileitung (bis 1955 Mitglied im DRP-Direktorium), 1955–1959 MdL XXIX, 326, 334 f.

Thedieck, Franz, Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (CDU) 237

Torenberg, Erwin-Erich, Mitherausgeber und Verlagsleiter der Zeitung „Berliner Montagsecho" 189

Tschechoslowakei 56, 194

Ulbricht, Walter, 1. Sekretär der SED, Mitglied des Politbüros; Mitglied der Volkskammer; 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR 348, 351, 354

Ullmann, Heinz, Rechnungsprüfer der FDP; bis 1958 MdA in Berlin; bis 1955 Senator für Verkehr und Betriebe 73, 105, 471

Umweltschutz 258

Unckel, Elsbeth, 1955 in den Ausschuß für Agrarpolitik der FDP kooptiert 124

Ungeheuer, Josef († 1959), Leiter der Bundespressestelle der FDP LXII, 3, 5 f., 8, 55,

66 f., 72, 84, 123, 133 f., 156, 160, 173, 175, 205 f., 215, 221 f., 225, 230, 236, 238, 243, 246, 249, 253, 255, 274 f., 277, 279, 294, 341, 354 f., 361, 378, 396, 399, 405, 426, 429, 436, 439 f., 442 f., 446, 448, 451, 457

Ungarn LII, 56, 194, 214 ff., 375, 392

UNICEF 112

Unternehmerverbände 242, 244, 265, 333
- Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) XXXVI ff., LVIII, 20, 242, 263, 270, 278, 281 f., 337, 346, 358 f., 414, 421, 424, 426
- Ruhrbergbau 207

Vatikan 12, 27

Vereinigte Staaten von Nordamerika (USA) LX, LXX, 14, 16, 18, 57, 60, 64 f., 83, 88 f., 91, 93, 106, 120, 125, 176, 188, 192, 215, 281, 325, 383, 452, 463

Verfassungsschutz
- Bundesamt für Verfassungsschutz XLII, 82, 96, 289
- Militärischer Abwehrdienst 96
- Organisation Gehlen 96

Verteidigungspolitik siehe auch Bundesgesetzgebung, EVG und NATO LIII, LV f., 93, 170, 216, 218, 224, 243, 247 f., 252, 315, 359, 377, 410 f., 465
- Atomare Bewaffnung LVI, LX, LXII f., 192, 256, 260 ff., 268 f., 340 ff., 348, 354, 357, 362–366, 371, 375, 416
- Bundeswehr (Organisationsfragen/Rüstungsskandale) 192, 198, 215, 265, 281, 289
- europäisches Sicherheitssystem LIII, LXVI f., LXXI, 215, 255, 416, 442 f.
- nationale Aufrüstung/Nationalarmee 87–91, 94
- Rüstungsbeschränkung/Disengagement/Abrüstung 118, 211, 281, 325, 340, 351, 357, 419, 429, 448, 463
- Wehretat 323, 336
- westliches Verteidigungssystem XLIII, 97

Vertriebene siehe Flüchtlinge

Vocke, Wilhelm, bis 1957 Präsident der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbank 210

Volksbefragungen/Volksentscheide LXII f., LXVIII, 348, 353, 361–367, 370, 435 f., 440

Volkskammer (DDR) 99

Waeldin, Paul, stellv. Vors. des FDP-LV Baden-Württemberg 285

Waess, Leopold, Vors. des gewerbepolitischen Ausschusses der FDP; 1954–1959 MdL in Hessen 255, 264, 268

Wahlen/Wahlkämpfe/Wahlrecht siehe auch Deutscher Bundestag, Deutschlandpolitik und Länder 46, 68, 81, 100, 107, 111 f., 113, 170, 195, 201, 220, 289, 299, 317, 336, 339 f., 345 f., 354, 361, 366 f., 389

Waldau, Hermann, FDP-Mitglied (LV Niedersachsen; zeitweise Mitglied des „Liberalen Bundes") 33

Walther, Wilhelm, Chefpräsident des OLG in München und Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes 24

Warschauer Pakt LIII, 215, 325

Weber, Erich (DJD), 1956/57 Mitarbeiter in der FDP-Bundesgeschäftsstelle 206

Weber, Fritz, ab 1956 MdB (FDP) 230

Weber, Hans-Joachim, Mitglied des gesundheitspolitischen Ausschusses der FDP (LV Hamburg) 399

Weber, Helene, MdB (CDU) 11

Weber, Max (1864–1920), Nationalökonom und Soziologe, Gründungsmitglied der DDP 395

Wedel, Fritz, ab 1955 MdL (DPS) im Saarland, 1957 MdB (FDP-Hospitant) 204, 235

Wehner, Herbert, Mitglied des Parteivorstandes der SPD (ab 1958 stellv. Vors.); MdB, Vors. des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen 378, 395, 463

Weide, Otto, Präsident der IHK Flensburg 367

Weinkauff, Hermann, Präsident des Bundesgerichtshofes 24 f.

Weirauch, Lothar, bis 1954 Bundesgeschäftsführer der FDP XV, 3, 6 f., 55, 73, 75, 80, 85, 103, 112

Weisner, Eduard, Mitarbeiter des Vereins zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf 54

Weiß, Margarete, 1957/58 stellv. Vors. des

BHE-LV Schleswig-Holstein; bis 1959 MdL (GB/BHE, FDP) 376

Weitz, Heinrich, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 130

Weizsäcker, Carl Friedrich Frhr. von, Prof. Univ. Göttingen (bis 1957) und Univ. Hamburg 261

Wellhausen, Hans, bis 1955 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; bis 1957 MdB (FDP, fraktionslos, DA, CDU/CSU) XVI f., XLV, XLVII, 3, 35, 42, 54 f., 72 f., 75, 104 f., 107, 115–118, 122, 132, 145, 148 f., 154 f.

Welsch, Friedrich, bis 1953 Chefpräsident des OLG München und Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes 24

„Die Welt" 281, 392 ff.

Wendt, Hans-Dieter, bis 1955 Vors. des LSD, 1954–1955 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, stellv. Vors. des Jugendausschusses XXV, 3, 55, 67, 70, 75, 82, 85, 95, 98, 104 f., 107, 109ff.

Werthmann, Harald, bis 1956 pers. Referent von Hans Loch, ab 1956 Mitglied im Zentralvorstand der LDP; Mitglied der Volkskammer (DDR) 210 f.

Weyer, Willi, Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW (ab 1956 Vors.), Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, ab 1956 Vors. des Arbeitskreises Sport; bis 1954 MdB, ab 1958 MdL; 1954–1956 Wiederaufbau-, 1956–1958 Finanzminister und stellv. Ministerpräsident 130, 390
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 3, 55, 75, 85, 98, 105, 107, 109, 116, 127, 129, 133, 144, 165, 170, 172, 179, 186, 199, 213, 217, 225, 238, 264, 268, 287, 292, 341, 358, 372, 380, 388, 399, 409, 424, 431, 434, 439, 442, 446, 451, 457, 462
- und andere Parteien XXIII, XXXII, L, 46 f., 53, 101, 135, 139 f., 144, 152, 200, 220, 295 ff., 351, 375, 379, 448, 457
- und Außen-/Deutschlandpolitik XXIII, XLI, LII f., LXI f., 63 f., 66, 140, 203, 219 f., 226, 296, 351, 354, 393, 432, 448, 463
- und Bundespräsident LXVII, 437, 447 f.
- und Bundesregierung/-koalition 101, 135, 293, 295 f., 351
- und Bundestag/-fraktion 131
- und Bundesvorstand (Wahlen/Zusammensetzung) XXIII, 166, 218, 230, 240, 352 f., 359, 432, 472
- und DPS 165, 197, 204, 236, 393, 405
- und Kirche/Christentum 375, 385, 448
- und Kulturpolitik 50, 140
- und (LV) Baden-Württemberg LXIV, 151, 350, 352, 393
- und (LV) Bayern 384
- und (LV) Hessen 46
- und (LV) Niedersachsen 191, 387
- und (LV) NRW XXIII, XXXII f., LXI, LXIV, 46, 83, 135 f., 139 f., 142 ff., 151 f., 159, 167, 243, 266, 295 f., 330, 350–353, 358 f., 374 f., 381, 389, 393, 398, 432, 448
- und (LV) Schleswig-Holstein 46, 53
- und Maier LXI–LXIV, 100 f., 343, 347, 350–353, 393
- und Parteifinanzierung XL, 188, 398, 425, 451
- und Parteiprogramme 223, 248, 262, 375
- und Parteisatzung/-organisation XXXII f., LXIV, 4, 6 f., 51, 128, 151 f., 167, 181, 187 f., 214, 218 ff., 229, 236, 321, 337, 350, 353, 359, 375, 389, 393 f., 396, 406, 412 f., 425, 431 ff., 455, 459, 466, 471
- und Verteidigungspolitik 375
- und Wahlen/Wahlkampf/Wahlrecht 44, 46 f., 50 f., 53, 135, 139 f., 181, 187 f., 248, 293, 296, 374 f., 384, 389, 393, 448, 457
- und Wirtschaftsordnung/-politik 13, 140, 248, 262, 266, 268, 321, 351, 375, 453

Wichmann, Heinz H. R., ab 1959 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Hamburg 451

Wiedervereinigung siehe Deutschlandpolitik

Will, Rudolf, Mitglied des FDP-Landesvorstandes Berlin (1956–1958 und ab 1959 Vors., 1958/59 stellv. Vors.) und ab 1956 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; MdB XXV, L, 64, 66 f., 128, 182 ff., 189, 193 f., 200, 203, 214, 218, 224, 231 f., 239 ff., 258, 288, 298, 341, 400, 403, 407, 412, 446, 448, 454
- als Sitzungsteilnehmer (Bundesvorstand) 55, 75, 105, 111, 116, 125, 127, 165, 179, 186, 199, 213, 217, 221, 225, 230, 238, 243, 251, 255, 268, 270, 287, 292, 298, 317, 335, 341, 358, 363, 399, 409, 439, 442, 446, 451, 457, 468, 471

Wilm, Ernst, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen 448

Wilson, Harold, britischer Politiker; Abgeordneter des Unterhauses (Labour-Party) 63

Wilts, E., 1956 bis 1958 Mitglied des FDP-Landesvorstandes Niedersachsen 326

Wintrich, Joseph, 1954–1959 Präsident des Bundesverfassungsgerichts XLI, 24 ff.

Wirth, Joseph († 1956), 1921–1922 Reichskanzler, 1929–1931 Reichsminister (Zentrum); 1953 Mitbegründer und Vors. des „Bundes der Deutschen" 58

Wirths, Carl († 1955), Vors. des Bau- und Wohnungsausschusses der FDP; MdB 43

Wirtschaftsordnung
- Kartellisierung 13–23
- Konzentrationsprozeß 351
- Marktwirtschaft (soziale) LIV, 13, 15 f., 19 ff., 156, 161, 208, 224, 291, 295, 420, 460, 464 f.
- Mitbestimmung 361
- Sozialismus/Sozialisierung LIV, LVIII, LX, LXX, 111, 136, 143, 155, 252, 259, 265 f., 282 f., 291, 297, 351, 371, 383, 385, 464 f.
- Wettbewerb 385, 452
- Wirtschaftskontrolle 291

Wirtschaftspolitik LI, LV, LXIX f., 111, 140 f., 157, 208, 218, 242 f., 247 f., 262, 268, 344, 346, 371, 375 ff., 394, 445, 459, 464, 466, 472
- Arbeitszeitfrage 315, 323, 375
- Außenhandel LXIX, 58, 63 f., 185, 209, 466
- Energiekrise/-fragen (Kohle/Atom) 453 f., 460, 464
- Interzonenhandel 67
- Lebenshaltungskosten/Preise 93, 192, 196, 207 f., 247 f., 336
- Löhne 196, 207 f., 336
- Streiks 88

Witt, Otto, Wirtschaftskorrespondent der „Stuttgarter Zeitung" 403 f.

Witten, Karl-Heinz, bis 1956 Geschäftsführer des FDP-LV Hessen 151, 158

Wolf von Amerongen, Otto, Mitinhaber der Fa. Otto Wolff, Köln; Vors. des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft 281

Wollweber, Ernst, 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; bis 1958 Mitglied der Volkskammer; bis 1955 Staatssekretär im Ministerium des Innern, 1955–1957 Minister für Staatssicherheit (DDR) 354

Wuermeling, Franz-Josef, bis 1956 geschäftsführendes Mitglied des CDU-Bundesvorstandes; MdB; Bundesminister für Familien- und (ab 1957 gleichzeitig) für Jugendfragen XLII, 60, 74, 381, 395

Wunderlich, Hermann, FDP-Mitglied (LV Niedersachen, zeitweise Mitglied des „Liberalen Bundes") 30

„Die Zeit" 352

Zentrum XXXII f., XLVII, 42, 83, 133, 135, 137, 144, 253, 267

Zimmerer, Carl, Mitglied des Arbeitskreises für Wirtschaft der FDP (LV NRW) 255–258, 322

Zinn, Georg-August, Landesvors. des SPD-LV Hessen; MdL; Ministerpräsident 25

Zörner, Gerhard, 1954 stellv. Vors. des Kriegsopferausschusses der FDP 98

Zoglmann, Siegfried, ab 1957 Mitglied des FDP-Landesvorstandes NRW; ab 1957 MdB 344, 436

Zulauf, Harald, 1955 stellv. Vors. des gewerbepolitischen Ausschusses der FDP (LV NRW) 124

Zweigert, Kurt, Bundesverfassungsrichter a. D., bis 1957 Präsident des Oberverwaltungsgerichtes Berlin 27

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien / im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. – Düsseldorf: Droste

Reihe 4, Deutschland seit 1945 / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]

Bd. 7. Freie Demokratische Partei: Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand.
2. Freie Demokratische Partei: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. – 1991

Freie Demokratische Partei:
Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand / [hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung]. – Düsseldorf: Droste
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4, Deutschland seit 1945; Bd. 7)

2. Freie Demokratische Partei: Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier. – 1991

Freie Demokratische Partei:
Die Liberalen unter dem Vorsitz von Thomas Dehler und Reinhold Maier: 1954–1960 / FDP-Bundesvorstand. [Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien sowie dem Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung]. Bearb. von Udo Wengst. – Düsseldorf: Droste, 1991
(Sitzungsprotokolle / FDP-Bundesvorstand; 2) (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 4, Deutschland seit 1945; Bd. 7)
ISBN 3-7700-5163-7
NE: Wengst, Udo [Bearb.]; HST

This publication is printed on paper which meets the minimum requirements of American National Standard for Information Sciences – Permanence of Paper for Printed Library Materials. ANSI Z39, 48-1984



EX OFFICINA
1991

Satz
Computersatz Bonn GmbH, Bonn
Mergenthaler Type Library

Papier
Geese Papier Hamburg
90 g/qm Werkdruckpapier „Sinfonie“
ohne optische Aufheller

Einbandstoff
Bamberger Kaliko
GmbH

Schutzumschlag
150 g/qm nopaCoat
Nordland

Druck und Einband
Verlagsdruckerei Schmidt GmbH
Neustadt/Aisch

Printed in Germany